



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

HAMBURGER
BEITRÄGE
ZUR
SOZIAL- UND
ZEIT-
GESCHICHTE

Axel Schildt · Detlef Siegfried ·
Karl Christian Lammers (Hrsg.)

Dynamische Zeiten



Die 60er Jahre in den beiden
deutschen Gesellschaften

CHRISTIANS

Hamburger Beiträge
zur Sozial- und Zeitgeschichte
Herausgegeben von der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg

Darstellungen, Band 37

Redaktion: Josef Schmid

Dynamische Zeiten

Die 60er Jahre in den
beiden deutschen Gesellschaften

Herausgegeben von Axel Schildt, Detlef Siegfried
und Karl Christian Lammers

CHRISTIANS

Gefördert vom dänischen Statens Humanistik Forskningsråd

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Berliner Verlag/NBI

© Hans Christians Verlag, Hamburg 2000

2. Auflage 2003

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks und der photomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.

Ausstattung: Alfred Janietz/Carsten Best

Printed in Germany

ISBN 3-7672-1356-7

Inhalt

<i>Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers</i> Einleitung	11
<i>Axel Schildt</i> Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik	21
<i>Arnold Sywottek</i> Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren	54
Der Umgang mit der NS-Vergangenheit	
<i>Detlef Siegfried</i> Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969	77
<i>Bernd-A. Rusinek</i> Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre	114
<i>Karl Christian Lammers</i> Die Auseinandersetzung mit der »braunen« Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen	148

Christoph Classen

Zum öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit
in der DDR. Das Beispiel des Radios

166

Wirtschaft, Europa, Arbeitsimmigration

Gerd Hardach

Krise und Reform der Sozialen Marktwirtschaft.
Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in
der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre

197

André Steiner

Von »Hauptaufgabe« zu »Hauptaufgabe«.
Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre
in der DDR

218

Werner Bührer

Abschied von der Supranationalität.
Deutsche Europapolitik und europäische Integration
1958 bis 1972

248

Ulrich Herbert / Karin Hunn

Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der
Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen
Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955–1973)

273

Gesellschaftlicher Wandel und reformerische Diskurse

Anselm Doering-Manteuffel

Westernisierung. Politisch-ideeller und
gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik
bis zum Ende der 60er Jahre

311

Arnold Sywottek
Nationale Politik als Symbolpolitik.
Die westdeutsche Deutschland- und Außenpolitik
in gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive 342

Michael Ruck
Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie –
Zur westdeutschen Planungsgeschichte der
langen 60er Jahre 362

Alfons Kenkmann
Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere«
zur Bildungsreform in den 60er Jahren 402

Jörg Requate
Standespolitik als Gesellschaftspolitik. Zur Debatte
um den Reformbedarf der Justiz in den 60er Jahren 424

Klaus Weinbauer
»Staatsbürger mit Sehnsucht nach Harmonie« –
Gesellschaftsbild und Staatsverständnis in der
westdeutschen Polizei 444

Parteien, Verbände, Kirchen

Karsten Rudolph
Die 60er Jahre – das Jahrzehnt der Volksparteien? 471

Wolfgang Schroeder
Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren – unter
besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie 492

Karl Gabriel
Zwischen Aufbruch und Absturz in die Moderne.
Die Katholische Kirche in den 60er Jahren 528

Martin Greschat

Protestantismus und Evangelische Kirche
in den 60er Jahren

544

Generationen und Geschlechter

Detlef Siegfried

Vom Teenager zur Pop-Revolution.
Politisierungstendenzen in der westdeutschen
Jugendkultur 1959 bis 1968

582

Dorothee Wierling

Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen
in der DDR der 60er Jahre

624

Ute Frevert

Umbruch der Geschlechterverhältnisse?
Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer
Experimentierraum

642

Kultur und Öffentlichkeit

Anselm Doering-Manteuffel

Eine neue Stufe der Verwestlichung?
Kultur und Öffentlichkeit in den 60er Jahren

661

Konrad Dussel

Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche
in sozialgeschichtlicher Perspektive

673

Claus-Dieter Krohn
Die westdeutsche Studentenbewegung und das
»andere Deutschland« 695

Per Øhrgaard
»ich bin nicht zu herrn willy brandt gefahren« –
Zum politischen Engagement der Schriftsteller in
der Bundesrepublik am Beginn der 60er Jahre 719

Irmgard Wilharm
Tabubrüche in Ost und West – Filme der 60er Jahre
in der Bundesrepublik und der DDR 734

Wolfgang Ruppert
Zur Konsumwelt der 60er Jahre 752

Hans-Joachim Manske
»Das Lachen der Beatles gilt mehr als die
Anerkennung von Marcel Duchamp« –
Zur Bildenden Kunst der 60er Jahre in Deutschland 768

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 808

Auswahlbibliographie 811

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 822

Personenregister 828

Über der Fahnenkorrektur seiner Beiträge für diesen Band ist Arnold Sywottek, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, am 31. August 2000 im Alter von 58 Jahren plötzlich und für uns immer noch völlig unfaßbar verstorben. Wir betrauern einen profilierten Historiker, auf dessen kollegialen Rat wir immer zählen konnten. Seinem Andenken widmen wir diesen Band.

Die Herausgeber

Einleitung

I.

Drei Jahrzehnte nach »1968« wurde das Symboljahr der Studentenbewegung publizistisch weithin als wichtigster Einschnitt in der Geschichte der »alten« Bundesrepublik gewertet – wenngleich umstritten blieb, wie die damit verbundenen Folgen zu charakterisieren seien. Die Debatte darum geriet zu einem regelrechten »Kulturkampf« (Gunter Hofmann), in dem der kontrovers aufgeladene Gründungsmythos von »1968« die 60er Jahre gleichsam in sich aufzog. Das magische Datum konnte nicht zuletzt deshalb für die politischen Absichten des Tagesgeschäfts beliebig herangezogen werden, weil es im kollektiven Gedächtnis zwar tiefe Spuren hinterlassen hatte, seine Bedingungsfaktoren jedoch kaum erforscht worden waren.

Während die einen daran festhielten, daß die westdeutsche Gesellschaft »1968« einen entscheidenden Demokratisierungsimpuls empfangen habe, machten andere in der gewollten Demontage des traditionellen Wertesystems die Ursachen heutiger Orientierungslosigkeit vor allem in der Jugend aus. Doch wie die Interpretationen im einzelnen auch immer ausgingen: Mit dem verengten Blick auf »1968« zerfiel die Geschichte der Bundesrepublik geradezu in zwei scharf voneinander getrennte Epochen: eine vorgängige, je nach Interpretation »bleierne« oder wertestabile Zeit und eine nachfolgende Phase aufgeklärt-toleranter Liberalisierung oder »geistig-moralischen« Verfalls.

Die Wandlungsprozesse der politischen und wirtschaftlichen Strukturen, der kulturellen Paradigmen und mentalen Prägungen, die bereits ein Jahrzehnt vor »1968« eingesetzt hatten, wurden demgegenüber ignoriert oder auf eine reine Vorgeschichte der »Revolte« reduziert. Einige frühe

Versuche, das schillernde Problemgeflecht von Studentenbewegung, gesellschaftlichem Umbruch und politischem Reformschub zu analysieren, blieben deshalb zwangsläufig begrenzt.¹ Es war eine geschichtswissenschaftliche Interpretationslücke entstanden: Während auf der einen Seite die 50er Jahre wissenschaftlich gerade eben ausgeleuchtet worden waren und auf der anderen Seite die publizistische Kontroverse um »1968« zu einer wichtigen Komponente in der Selbstfindungsdebatte der »alten« Bundesrepublik und dann auch der beiden zusammengeführten deutschen Staaten avancierte, blieb die dazwischenliegende Zeit, die Dekade zwischen den späten 50er und den späten 60er Jahren, seltsam blaß.

Mittlerweile aber beginnt sich die zeitgeschichtliche Forschung diesem Abschnitt zwischen Wiederaufbau und postindustrieller Moderne zuzuwenden. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, daß nach dem Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist nun auch die Verwaltungsakten bis zum Ende der 60er Jahre zur Verfügung stehen. Eine ganze Reihe jener Fragestellungen, die aus der intensiven Beschäftigung mit den 50er Jahren entstanden waren², kann nun in die nachfolgende Dekade verlängert und damit hinsichtlich ihrer Reichweite überprüft werden.

Ungeachtet aller aktuellen Kontroversen scheint inzwischen auch der zeitliche Abstand groß genug, um zu ersten einigermaßen fundierten Urteilen kommen zu können. Die 60er Jahre stehen gewissermaßen objektiv auf der Tagesordnung der zeitgeschichtlichen Forschung. Hinzu kommt, daß mit dem Abschluß der »doppelten« deutschen Zeitgeschichte der Blick auf die Entwicklung und Periodisierung der »alten« Bundesrepublik und auf die Gesamtentwicklung der beiden Gesellschaften in der Ära der deutschen Zweistaatlichkeit stärkere Bedeutung bekommen hat.³

1 Vgl. jetzt allerdings den systematischen und international vergleichenden Ansatz zur Untersuchung der 68er-Protestbewegungen: 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey, Göttingen 1998. Zum Stand der Forschung der Bericht von Franz Werner Kersting, Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen »68er«-Bewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 1–19.

2 Vgl. Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993 (aktualisierte Studienausgabe 1998); vgl. außerdem den Überblick von Anselm Döring-Manteuffel, Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967), Bonn 1993 sowie: Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, hrsg. von Matthias Frese u. Michael Prinz, Paderborn 1996.

3 Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die von Hans Günter Hokerts vorgeschlagene tripartistische Zeitgeschichte, die nach den gemeinsamen Wurzeln und unterschiedlichen Traditionsbezügen der beiden deutschen Staaten und Gesellschaften in der Zwischenkriegszeit und darin der Zeit des »Dritten Reiches«

Dies war der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, als 1996 die Idee entstand, einige der bereits laufenden und uns bekannten Forschungsprojekte über die 60er Jahre auf einer Konferenz vorzustellen und zu diskutieren; angesichts des neuerlichen Veranstaltungsreigens über »1968«, der für das Jahr 1998 zu erwarten war, wollten wir auf diese Weise dazu beitragen, dem für die Modernisierung der beiden deutschen Gesellschaften entscheidenden vorhergehenden Jahrzehnt den ihm zukommenden Eigenwert zurückzugeben, der nicht aus »1968« ableitbar ist. Indirekt verbunden ist damit nicht etwa die verharmlosende Dekonstruktion, sondern eine Historisierung dieses immer noch mythischen Datums, ein Beitrag zur Erforschung von »1968« in einer erweiterten Perspektive.

Wir gingen dabei von der Hypothese aus, daß die 60er Jahre als Scharnierjahrzehnt gelten müssen, in dem die bereits im Wiederaufbau der 50er Jahre immer stärker mit modernen Elementen versetzte Gesellschaft der Bundesrepublik in einem enormen Tempo die Nachkriegszeit nun gänzlich hinter sich ließ und Züge einer kulturellen Moderne ausprägte, die unsere Gegenwart nach wie vor zu einem großen Teil bestimmt. Darüber diskutierten wir auf einer Konferenz, die das Germanistische und das Historische Institut der Kopenhagener Universität sowie die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg im März 1998 in Kopenhagen veranstalteten.⁴ Die Mehrzahl der Beiträge dieses Bandes wurde dort vorgestellt, nun ergänzt um weitere Studien, die das thematische Spektrum dort breiter auffächern sollen, wo es uns besonders erforderlich schien. Der Band versammelt Beiträge von Kolleginnen und Kollegen, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit der Geschichte der 60er Jahre beschäftigen. Präsentiert werden sowohl Teilergebnisse aus laufenden Forschungsvorhaben – vor allem Dissertations- und Habilitationsprojekten –, als auch speziell für diese Veröffentlichung angefertigte Beiträge.

Die offenbar schon von den Zeitgenossen deutlich wahrgenommene Rasananz der gesellschaftlichen und soziokulturellen Veränderungen in den 60er Jahren veranlaßten bereits 1967 den Politikwissenschaftler und Publizisten Klaus Mehnert dazu, die Bundesrepublik als »dynamische Ge-

zu fragen hätte; vgl. *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, hrsg. von Hans Günter Hockerts, München 1998.

⁴ Vgl. die Konferenzberichte von Christoph Classen, *Die sechziger Jahre als Suchbewegung. Ein Symposium in Kopenhagen über soziale Kultur und politische Ideen in beiden deutschen Staaten*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, Nr. 13 vom Juli 1998, S. 42–47; Gerald Diesener, *Die sechziger Jahre in beiden deutschen Staaten. Ein Symposium in Kopenhagen*, in: *DA* 31 (1998), H. 4, S. 639–641; Hans Sørensen, in: *AHF-Information*, Nr. 30 vom 24. 6. 1998.

sellschaft« zu charakterisieren, welche »die Deutschen mit ihrer Umgebung und mit sich selbst in Einklang bringen soll«. ⁵ Wir haben diese Kennzeichnung für den Titel unseres Bandes entlehnt und ihr damit den Vorzug vor der u. a. erwogenen Alternative »Aufbruchzeiten« gegeben, die zwar ebenso die Lebendigkeit der 60er Jahre in den Blick hätte nehmen lassen, aber indirekt das mittlerweile erledigte Klischee der langweiligen und langsamen 50er Jahre bedient hätte: Denn die 60er Jahre führten nicht zuletzt durch die Dynamisierung zuvor bereits angelegter Trends zu einer neuen gesellschaftlichen Qualität. Wir fühlten uns übrigens im nachhinein bestätigt, als wir lasen, wie häufig etliche Autorinnen und Autoren dieses Bandes, die bei Abfassung ihrer Beiträge noch nicht dessen Titel kannten, mit dem Begriff »dynamisch« arbeiteten.

II.

Das Titelbild dieses Bandes zeigt eine junge Frau mit auffälliger Sonnenbrille und zeitgenössisch moderner Frisur, durch einen Strohalm – vermutlich – einen Softdrink genießend, vor ihr ein Kofferradio, eines der wichtigsten Insignien der Jugendkultur der 60er Jahre. Auf den ersten Blick handelt es sich um eines jener ungezählten Sommer-Sonne-Spaß-Fotos, wie wir sie aus Versandhauskatalogen und Illustrierten kennen. Die Pointe allerdings: Es imaginiert nicht die aufblühende westdeutsche Konsumgesellschaft, sondern stammt aus der DDR in jener Zeit. ⁶ Zumindest auf der Oberfläche auffälliger Phänomene läßt sich also auch für den »zweiten deutschen Staat« ein gesellschaftlicher Wandel beobachten, der die Sphäre des Konsums aufwertete und mit einer höheren und ungekannten Stufe materiellen Wohlstands einherging. Dies fiel gleichzeitig in jenen Zeitraum, als die DDR, durch den Mauerbau vorläufig stabilisiert, gegenüber der Bundesrepublik »ihr eigenes Profil« ausprägte. ⁷ Aber dieses eigene Profil und die zeitweise extremen Abgrenzungsbemühungen

⁵ Klaus Mehnert, *Der deutsche Standort*, Stuttgart 1967, S. 26.

⁶ Neue Berliner Illustrierte, Nr. 28, 1964, S. 28, abgebildet im Beitrag von Gerlinde Irmscher, *Der Westen im Ost-Alltag. DDR-Jugendkultur in den sechziger Jahren*, in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln u. a. 1996, S. 185–193, hier: S. 191; vgl. unter den zahlreichen neueren Bildbänden zu den 60er Jahren auch Richard Avedon u. Doon Arbus, *The Sixties*, München 1999.

⁷ Dietrich Mühlberg, *Von der Arbeitsgesellschaft in die Konsum-, Freizeit- und Erlebnisgesellschaft. Kulturgeschichtliche Überlegungen zum Bedürfniswandel in beiden deutschen Gesellschaften*, in: *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, hrsg. von Christoph Kleßmann u. a., Berlin 1999, S. 176–205, hier: S. 190.

gegenüber »dem Westen« waren eingebettet in systemübergreifende Modernisierungstrends.

Ganz ähnlich wie in der Bundesrepublik scheinen die 60er Jahre auch in der DDR – trotz des qualitativen politischen Unterschieds einer »realsozialistischen« Diktatur und eines parlamentarisch-demokratischen Systems – durch Phänomene qualitativ erweiterten Konsums charakterisiert zu sein, wenn auch oftmals zeitlich verzögert. In der DDR zeigten sich eine ganze Reihe von Indikatoren für eine moderne, von westlichen Trends beeinflusste Gesellschaft, was wiederum auf westlicher Seite von vielen Sozialwissenschaftlern als »Konvergenz« der Systeme begriffen wurde: die Versorgung mit Gegenständen des Massenkonsums, insbesondere Radio- und Fernsehgeräten, das Entstehen einer eigenständigen und von neuen Stilen geprägten Jugendkultur, aber auch zunehmende Versuche von Intellektuellen, in die Politik neue Denkmuster einzubringen, etwa in der Betonung wissenschaftlich-technischer Nüchternheit. Die systemübergreifenden Trends in den beiden deutschen Gesellschaften in den 60er Jahren dürfen allerdings nicht zur Verwischung der fundamentalen politischen Unterschiede führen. Während sich die Bundesrepublik in einer überaus kontroversen Debatte liberalisierte und demokratisierte, wurde ein solcher Prozeß in der DDR von oben abgeblockt – ohne daß freilich die kulturellen Merkmale einer modernen Gesellschaft gänzlich hätten ausgelöscht werden können.

Im vorliegenden Band soll nicht versucht werden, das Konzept einer asymmetrisch vergleichenden Beziehungsgeschichte systematisch zu verfolgen.⁸ Von den etwa dreißig Beiträgen sind diejenigen, die sich ausschließlich mit den westdeutschen Verhältnissen beschäftigen, in der Mehrzahl. Dies hat zum einen mit den unterschiedlichen Gewichten der beiden Gesellschaften zu tun – im Hinblick auf die rein zahlenmäßigen Größenverhältnisse, aber auch auf ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung. Es hat zum zweiten damit zu tun, daß die historische DDR-Forschung seit 1990 boomt, aber eben gesellschaftsgeschichtlich noch vorwiegend auf das Gründungsjahrzehnt bezogen ist, während für die 60er Jahre der Bundesrepublik zumindest die diesbezüglichen Lücken schon besser sichtbar sind. Allerdings soll zumindest exemplarisch für einige ausgewählte Teilbereiche angedeutet werden, daß auch in der Dekade, in der sich die beiden deutschen Gesellschaften deutlicher als zuvor ausein-

8 Karl Dietrich Bracher, Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen – Einheit trotz Vielfalt historisch-politischer Erfahrungen, in: Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein, hrsg. von Bernd Hey u. Peter Steinbach, Köln 1986, S. 53 ff.; Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ, B 29–30/93 vom 16. 7. 1993, S. 30–41.

ander zu entwickeln begannen, zugleich viele Transformationsprozesse auf beiden Seiten der Mauer nicht ohne den jeweils anderen deutschen Staat verstanden werden können oder doch auffällige Parallelen aufweisen. Auch zeigt sich – zum dritten – eine markante Asymmetrie, die forschungsstrategisch eine stärkere Gewichtung der westdeutschen Modernisierungstrends rechtfertigt: Während die westlichen Verhältnisse auch über die Mauer hinweg die Entwicklungen in der DDR oftmals entscheidend beeinflussten, nahm der Einfluß der DDR auf die Gesellschaft der Bundesrepublik sowie das Interesse der Westdeutschen an den Ostdeutschen im Untersuchungszeitraum aufs ganze gesehen ab.

In den beiden Einleitungsbeiträgen dieses Bandes wird versucht, die jeweiligen Entwicklungsdynamiken der beiden deutschen Gesellschaften überblicksartig zu skizzieren. Darüber hinaus beleuchten einige Autoren ihr Thema explizit über die deutsch-deutsche Doppelperspektive, zwischen anderen Beiträgen scheinen vergleichbare Entwicklungen oder aber wachsende Diskrepanzen auf, die an anderer Stelle weiter verfolgt werden müßten.⁹

III.

Als Jahrzehnt beschleunigten Wandels erscheinen die 60er Jahre keineswegs nur auf jenen Feldern, welche die Öffentlichkeit hauptsächlich beschäftigt haben, also etwa der Jugendkultur, Entspannungspolitik und Bildungsreform. Unter der Zielsetzung, die charakteristischen Züge der 60er Jahre herauszuarbeiten, schien es sinnvoll, möglichst viele relevante Teilbereiche in einem verhältnismäßig weichen zeitlichen Rahmen zu beleuchten. Die Auswahl der hier schließlich präsentierten Beiträge resultierte in erster Linie aus dem Stand der Forschung. Berücksichtigt werden die für eine Charakterisierung relevanten grundlegenden Trends der Wirtschaftsentwicklung, der Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen und politischer Konstellationen, besondere Beachtung findet angesichts ihrer in den 60er Jahren qualitativ gestiegenen Bedeutung die Kultur und die kulturelle Praxis.¹⁰ Ein besonders deutlich sichtbares Zeichen dafür

9 Vgl. Bernd Faulenbach, »Modernisierung« in der Bundesrepublik und in der DDR während der 60er Jahre, in: *Zeitgeschichte* 25 (1998), S. 282–294; Klaus Schönhoven, Kontinuitäten und Brüche – zur doppelten deutschen Geschichte nach 1945, in: *TAJB* 28 (1999), S. 237–255.

10 Vgl. aus der Vielzahl der inzwischen publizierten Beiträge zum »cultural turn« die grundlegenden Texte in: *Kulturgeschichte Heute*, hrsg. von Wolfgang Hardtwig und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996 sowie Ute Daniel, *Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft*, Teil 1 u. 2, in: *GWU* 48 (1997), S. 195–218 u. S. 259–278.

waren die rasante Verbreitung der elektronischen Massenmedien und die politische Aufwertung der Öffentlichkeit, einhergehend mit zunehmender »Verwestlichung« der Bundesrepublik und partiell auch der DDR, befördert durch den generationellen Wandel.

Der vorliegende Band strebt weder inhaltlich noch methodisch eine monolithische Geschlossenheit an, sondern versteht sich vielmehr als erster und notwendigerweise unvollständiger Versuch, die sozialhistorisch rekonstruierbaren harten Basistrends mit den zunehmend bedeutsamen, methodologisch aber schwieriger faßbaren weichen Feldern der kulturellen Praxis und der Ideen zu verknüpfen.

Im Anschluß an die beiden Überblicksartikel über die Bundesrepublik und die DDR werden die Beiträge in sechs Themenblöcken präsentiert, die wesentliche Strukturelemente der 60er Jahre abdecken sollen. Den Auftakt machen vier Studien zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, die im Untersuchungszeitraum – wenn auch auf beiden Seiten der Grenze in signifikant unterschiedlicher Art und Weise – einen ersten Höhepunkt erreichte. Es folgt ein Themenblock zu den Grundzügen der in Bundesrepublik und DDR im wesentlichen stabilen und von Verwissenschaftlichungs- und Planbarkeitsvorstellungen gekennzeichneten ökonomischen Entwicklung, der auch – im Blick auf die Bundesrepublik – zwei Beiträge zu Problemfeldern mit starken wirtschaftspolitischen Implikationen, zur Arbeitsimmigration und zur westeuropäischen Integration enthält. Im dritten Abschnitt werden – ausschließlich auf die Bundesrepublik bezogen – Teilelemente der gesellschaftlichen Reformdebatte näher beleuchtet. Hier wird deutlich, daß die überkommenen, im Wiederaufbau zum Teil rekonstruierten Gesellschaftsstrukturen schon sehr früh als problematisch angesehen und mit wachsender Reformfreude, die bald sogar euphorische Züge annahm, zur Disposition gestellt wurden. Allerdings kommen auch die begleitenden Widerstände in den Blick, die der von oben beförderte Modernisierungsimpuls auslöste. Der vierte Themenblock behandelt, teils mit dem Blick auf beide deutsche Staaten, teils auf die Bundesrepublik fokussiert, die Veränderungen in der Politik und Struktur von Parteien, Kirchen und Verbänden. Auch hier wird deutlich, daß sich die am Ende der Ära Adenauer gegenüber ihren Anfängen bereits erheblich modernisierten Strukturen nun noch dynamischer wandelten. Dies zeigt sich deutlich etwa im Paradigmenwechsel der Deutschlandpolitik, aber auch im Selbstbild der politischen Parteien. Im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird allerdings auch deutlich, daß die Vorstellung von einer »formierten Gesellschaft« (Rüdiger Altmann) eher dem Reich der idealisierten Projektionen als der Wirklichkeit angehörte. Der fünfte Themenblock faßt zwei analytische Zugriffe zusammen, die die Konsumgesellschaften des »Goldenen Zeitalters« (Eric Hobsbawm) jenseits der

strukturbestimmenden sozialen Klassen und Schichten in starkem Maße prägen: Generation und Geschlecht. Insbesondere an der Generationenkonstellation zeigt sich, wie sehr sich die beiden deutschen Gesellschaften ähnelten, aber auch auseinanderentwickelten. Die zunehmende Bedeutung der kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik scheint die Herausbildung eines spezifisch politisierten Profils der nachwachsenden Jugendgeneration bestimmt zu haben, während dies in der DDR durch Repression und Integration stark abgeschwächt wurde. Im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse in Westdeutschland zeigt sich, daß die Dynamik der 60er Jahre zum Teil erst später wirksam wurde als auf anderen Feldern der gesellschaftlichen Entwicklung. Im sechsten Themenblock schließlich wird der Strukturwandel von Kultur und Öffentlichkeit explizit thematisiert. Dabei wird deutlich, daß das Entstehen der Konsum- und Mediengesellschaft in der Bundesrepublik keineswegs eine Entpolitisierung bewirkt, sondern, ganz im Gegenteil, die Teilnahme der Bürger an den Belangen der ganzen Gesellschaft befördert hat. Der im Westen zu beobachtende provokative Grundgestus der Künste machte auch um die DDR – wie Seitenblicke auf die dortige Filmproduktion und die Bildende Kunst zeigen – keinen Umweg, allerdings auf sehr viel vermitteltere Weise und eher in einer Ventilfunktion denn als Ausdruck eines allgemein gewachsenen politischen Selbstbewußtseins.

IV.

Aus diesem ersten Überblick ergibt sich für beide deutsche Staaten der Eindruck eines überaus dynamischen Jahrzehnts. Unter anhaltend günstigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und zunehmend stabilen politischen Verhältnissen, flankiert von einer allmählichen Beruhigung der internationalen Konfrontationssituation, kam es zu einer beschleunigten Modernisierung der beiden deutschen Gesellschaften, die als qualitativer Sprung, als Bruch wahrgenommen wurde. Der Eindruck einer »Gesellschaft im Aufbruch« (Hermann Korte) drängte sich – in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR – auf, und mit dieser Kennzeichnung wurde das wesentliche Merkmal der Dekade schon frühzeitig treffend erfaßt. Gleichwohl waren – wie plakative Embleme nach wie vor suggerieren – die 60er Jahre so wenig ausschließlich »rebellisch« wie die 50er Jahre »bleiern«. Tatsächlich resultierte die Reibungshitze der 60er Jahre gerade daraus, daß der starke Modernisierungssog die teilweise noch kräftigen gesellschaftlichen Kontinuitätsstränge aus der Zwischenkriegszeit und beträchtlichen Residuen konservativer Mentalitäten tangierte und zunehmende Gegenwehr provozierte, was wiederum die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Modernisierung zu belegen schien. Diese Es-

kalationsspirale war samt ihrer Folgen augenscheinlich in der Bundesrepublik sehr viel ausgeprägter als in der DDR, so daß sich beide Gesellschaften am Übergang zu den 70er Jahren schon beträchtlich stärker voneinander unterschieden als zehn Jahre zuvor. Dennoch hatte sich auch die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht komplett gewandelt, sondern im Mischungsverhältnis von »deutschen« Traditionen und »westlichen« Elementen – spürbar nicht zuletzt in politisch-kulturellen Debatten¹¹ – eine deutlich ausgeprägte westlich-liberale Färbung angenommen, während sich in der DDR Elemente einer als spezifisch deutsch wahrgenommenen Kontur offenbar länger hielten.¹²

Doch um diesen vorläufigen Eindruck zu überprüfen und die deutsche Spezifik in einem internationalen Modernisierungsschub auszumachen, wird in Zukunft der Vergleich mit anderen nationalen Entwicklungsprozessen unabdingbar sein. Den nationale Blick zu transzendieren, um die deutsche Nachkriegsgeschichte in eine gesamteuropäische und transatlantische Perspektive einordnen zu können – dies liegt auch angesichts der Beobachtung nahe, daß wesentliche Entwicklungsprozesse in den westlichen Konsumgesellschaften, wie schon zeitgenössische Sozialwissenschaftler feststellten, seit den frühen 60er Jahren immer ähnlichere Züge anzunehmen scheinen.¹³ Aus der Konfrontation nationaler Spezifika mit internationalen Trends werden sich Besonderheiten der deutschen Gesellschaften in jenem Jahrzehnt, etwa hinsichtlich der Herausbildung eines »way-of-life-Nationalismus« als »modernem Typ nationaler Selbstverständigung«¹⁴, besser überprüfen lassen.¹⁵

11 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 211 ff.

12 Vgl. den reizvollen »fremden« Blick – Mitte der 60er Jahre – des israelischen Journalisten Amos Elon, *In einem heimgesuchten Land. Berichte aus beiden Deutschland, Nördlingen 1988*; begriffliche Annäherungen und empirische Befunde enthält der Sammelband *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, hrsg. von Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt a. M./New York 1997.

13 Vgl. etwa die einflußreiche Veröffentlichung des niederländischen Soziologen Ernest Zahn, *Soziologie der Prosperität. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des Wohlstandes*, München 1960 (Tb-Ausgabe 1964).

14 Lutz Niethammer, *Schwierigkeiten beim Schreiben einer deutschen Nationalgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: ders., *Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis*, hrsg. von Ulrich Herbert u. Dirk van Laak, Bonn 1999, S. 434–449, hier: S. 445 (unter Bezug auf Karl Deutsch und Hans Rothfels).

15 Vgl. etwa Anton A. van den Braembussche, *Historical Explanation and Comparative Method. Towards a Theory of the History of Society*, in: *History and Theory* 28 (1989), S. 1–24; *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse internationaler vergleichender Geschichtsschreibung*, hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt u.

Seit unseren vor vier Jahren angestellten Vorüberlegungen für die Tagung hat das Interesse an der historischen Erforschung der 60er Jahre beträchtlich zugenommen¹⁶ – und damit wird auch der Katalog der Desiderata immer umfangreicher. Von daher beanspruchen wir mit dem vorliegenden Sammelband nicht mehr als einen fragmentarischen Zwischenstand zu präsentieren, der vielleicht auf die weitere Forschung anregend wirken kann.

V.

Wir möchten an dieser Stelle allen danken, die am Zustandekommen dieses Bandes beteiligt waren – an erster Stelle den Referentinnen und Referenten, Moderatoren und Gästen, die eine anregende Konferenz gestaltet haben, sowie den zusätzlich gewonnenen Autoren. Ohne tatkräftige Unterstützung auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze wären weder die Konferenz noch die vorliegende Publikation zustande gekommen. Wir danken Statens Humanistisk Forskningsråd, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Germanistischen und dem Historischen Institut der Universität Kopenhagen sowie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg für großzügige finanzielle Unterstützung. Dem Kopenhagener Goethe-Institut, der Deutschen Botschaft und dem Kunstmuseum Louisiana sind wir für Kooperation und Gastfreundschaft verbunden. Bei der Organisation der Konferenz und der Bearbeitung der Manuskripte waren Hans Sørensen in Kopenhagen und Josef Schmid in Hamburg eine unverzichtbare Hilfe. Schließlich danken wir der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg für die Aufnahme des Bandes in ihre Publikationsreihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte«.

Hamburg/Kopenhagen, im Januar 2000

Axel Schildt

Detlef Siegfried

Karl Christian Lammers

Jürgen Kocka, Frankfurt a. M./New York 1996 sowie den zeitlich weit ausgreifenden Sammelband Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert), hrsg. von Hannes Siegrist u. a., Frankfurt a. M./New York 1997.

16 Hinzuweisen ist vor allem auf zwei größere Tagungen: The American Impact on Western Europe: Americanization and Westernization in Transatlantic Perspective, German Historical Institute, Washington, D.C., März 1999; Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik: Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Münster, Februar 2000.

Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik

»For the times they are a-changin.« Diese berühmte Zeile aus einem Song von Bob Dylan stammt aus dem Jahr 1963, dem gleichen Jahr, in dem Konrad Adenauer sein Amt als Bundeskanzler aufgab. In Westdeutschland ging das Ende der erfolgreichen Zeit des Wiederaufbaus, der »Ära Adenauer«, einher mit einem Gefühl tiefgreifender Veränderungen, das Bundeskanzler Ludwig Erhard in seiner ersten Regierungserklärung in Formulierungen zum Ausdruck brachte, die beinahe an den erwähnten amerikanischen Lyriker und Sänger denken lassen: »Nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze Welt ist im Begriff, aus der Nachkriegszeit hervorzutreten. Die Völker sind in Bewegung geraten. Den Strom der Zeit können wir zwar nicht lenken, aber wir werden unser Schiff sicher steuern.« Zwei Jahre später klang es aus seinem Munde bei gleicher Gelegenheit geradezu apodiktisch: »Die Nachkriegszeit ist zu Ende!«¹ Zu welchen konkreten Periodisierungsvorschlägen man aus unterschiedlichem Blickwinkel auch jeweils gelangen mag² – bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre gingen viele Zeitgenossen selbstverständlich davon aus, daß man sich auf der Schwelle einer neuen Gesellschaft befand und die zurückliegende Zeit bilanzieren durfte.³ Die rasante »Mo-

1 Regierungserklärungen vom 18. 10. 1963 und vom 10. 11. 1965, zit. nach: Ulrich Behn, Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1971, S. 114 u. 149.

2 Vgl. Axel Schildt, Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU 44 (1993), S. 567–584.

3 Vgl. als prominentes Beispiel Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, hrsg. von Hans Werner Richter, München u. a. 1962.

denisierung im Wiederaufbau«⁴ der 50er Jahre hatte die in der »Vorkriegszeit« bereits erreichten Standards, die anfangs als Orientierungspunkte gedient hatten, zur immer blasser erinnerten Vergangenheit werden lassen. Eine industriegesellschaftliche Phase, die teils um die Jahrhundertwende, teils in den 20er Jahren begonnen hatte, war zu Ende gegangen.⁵

Nun schritt der gesellschaftliche Wandel in den 60er Jahren kaum weniger dynamisch voran als im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, und die Übergänge vollzogen sich in der Regel eher gleitend als abrupt, so daß im späteren Rückblick der Gesamtzeitraum doch wieder als Einheit erscheinen mochte; dies zeigt sich vor allem in wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Längsschnitten der Nachkriegszeit, die eine Phase des Booms von den späten 40er bis zu den frühen 70er Jahren konturieren.⁶ In der gängigen Vorstellung einer politischen Zweiteilung der westdeutschen Geschichte wiederum⁷, markiert durch die Wegscheide des rebellischen Jahres 1968 und des darauf folgenden Bonner »Machtwechsels«, wurden die 60er Jahre bisweilen zur bloßen Vorgeschichte eines politischen und kulturellen Bruchs degradiert.⁸

Demgegenüber wird erst seit kurzem nach der »eigenständigen Bedeutung jenes Jahrzehnts«⁹ gefragt, und nach einigen frühen synthetisierenden

4 Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, 1998.

5 In einigen Forschungsprojekten ist die relative sozialhistorische Einheit von Jahrhundertwende bzw. Zwischenkriegszeit bis zum Ende der 50er Jahre betont worden; vgl. vor allem Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, 3 Bde., hrsg. von Lutz Niethammer, Berlin/Bonn 1983/85; Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, hrsg. von Matthias Frese u. Michael Prinz, Paderborn 1996.

6 Vgl. Knut Borchardt, Die Bundesrepublik in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, hrsg. von Werner Conze u. M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1983, S. 20–45, hier: S. 23; ders., Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden, in: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat, München 1990, S. 21–33, hier: S. 25 ff.; Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, hrsg. von Hartmut Kaelble, Opladen 1992.

7 Vgl. etwa Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1995 (Erstausgabe 1986).

8 Die naive Vorstellung von »bleiern Zeiten«, die direkt durch die 68er-Bewegung zum Tanzen gebracht worden seien, findet sich hingegen heute kaum noch.

9 Karl Dietrich Bracher, Die Bewahrung der Zweiten Republik. Einleitender Essay, in: Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition: 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 7–16, hier: S. 7; vgl. ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987, S. 177 f.; Peter Pulzer, German Politics, 1945–1995, Oxford 1995, S. 71 ff.;

den Versuchen zur politisch-kulturellen Charakterisierung der 60er Jahre¹⁰ erfolgt nun mit einigem zeitlichem Abstand allmählich der Zugriff durch die historische Forschung. Als kleinster gemeinsamer Nenner bisher vorliegender Deutungen scheint sich herauszukristallisieren, die 60er Jahre als eine »Phase der Gärung« zu verstehen, »in der sich eine Fülle von Veränderungsimpulsen wechselseitig verstärkten«¹¹, als eine »wechselvolle Phase des Übergangs, ja der Zeitenwende«.¹² Viel größere Unsicherheit besteht demgegenüber, vor der exakten gesellschaftsgeschichtlichen Analyse, bei der Bestimmung und Beschreibung der Elemente dieses Übergangs zu einer neuen Stufe postindustrieller Modernität¹³ oder – je nach Definition – einer »Postmoderne«¹⁴, und der Bewertung der Resultate

die 60er Jahre sollten dabei nicht strikt chronologisch begrenzt, sondern als gesellschaftsgeschichtliche Einheit aufgefaßt werden, die vom letzten Drittel der 50er bis zum Beginn der 70er Jahre reichte.

- 10 Vgl. u. a. CheSchahShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow (Redaktion Eckhard Siepmann u. a.), Berlin 1984; Die Sechziger. Die Kultur unseres Jahrhunderts, hrsg. von Hilmar Hoffmann u. Heinrich Klotz, Düsseldorf u. a. 1987; Hermann Korte, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Frankfurt a. M. 1987; Thomas Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989; eine erste kommentierte Dokumentensammlung für schulische Unterrichtszwecke liegt vor von Uwe Reimer, Die Sechziger Jahre. Deutschland zwischen Protest und Erstarrung (1962–1972), Frankfurt a. M. 1993; als illustrative Dokumentation über eine deutsche Großstadt vgl. Kurt Grobecker u. Christian Müller, Die Stadt im Umbruch. Hamburg in den 60er Jahren, Hamburg 1998.
- 11 Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GG 25 (1999), S. 123–145, hier: S. 127.
- 12 Hildebrandt (wie Anm. 9), S. 445; Helga Grebing (Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim 1993, S. 70) sprach sogar von der »zweiten Gründung der Bundesrepublik«; vgl. auch das von der Bundeszentrale für politische Bildung hrsg. Heft der Informationen zur politischen Bildung Nr. 258: Zeiten des Wandels. Deutschland 1961–1974, Bonn 1998, das von Peter Borowsky verfaßt wurde.
- 13 Klassisch Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York 1975; vgl. ders. The Cultural Contradictions of Capitalism, New York 1976 (darin ein interessanter Abschnitt über »Sensibility in the Sixties«); in dieser Hinsicht hat Anselm Doering-Manteuffel (Deutsche Zeitgeschichte nach 1945, in: VfZ 41 [1993], S. 1–29, hier: S. 27) den Zeitraum von 1957 bis 1967 als entscheidend bezeichnet.
- 14 Dieter Langewiesche (»Postmoderne« als Ende der »Moderne«? Überlegungen eines Historikers in einem interdisziplinären Gespräch, in: Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, hrsg. von Wolfram Pyta u. Ludwig Richter, Berlin 1998, S. 331–347, hier: S. 342) betrachtet die Postmoderne nicht als Gegensatz, sondern als breite Realisierung des in der Moderne bereits keimhaft angelegten Pluralismus und meint demzufolge, die »postmoderne Gesellschaft« habe sich in den 60er und 70er Jahren abzuzeichnen begonnen; vgl. zum theoretischen

tate des Transformationsprozesses der 60er Jahre.¹⁵ Die folgende Skizze versucht einige zentrale Grundzüge in ihrem Zusammenhang vorzustellen.

I. Eine neue Gesellschaft

Zentrale demographische, ökonomische und sozialstrukturelle Kennziffern und Trends unterstreichen Dahrendorfs Kennzeichnung der Gesellschaft Anfang der 60er Jahre als »Neuer Gesellschaft«¹⁶:

Die auf dem Gebiet der Bundesrepublik stark angestiegene Bevölkerung bestand dem Ergebnis der Volkszählung von 1961 zufolge zu immerhin einem Viertel aus »Neubürgern«, den Vertriebenen, die vor allem in den ersten Nachkriegsjahren nach Westdeutschland gelangt waren, und den jahresdurchschnittlich über 300 000 Zuwanderern, die – meist aus wirtschaftlichen Gründen – in den 50er Jahren die DDR verlassen hatten.¹⁷ Nach der hermetischen Schließung der Grenzen zwischen West- und Ostdeutschland 1961 versiegte zwar der Zustrom aus östlicher Richtung zunächst. Dafür aber verjüngte sich die Bevölkerung der Bundesre-

schen Hintergrund Wolfgang Welsch, *Unsere postmoderne Moderne*, Weinheim³ 1991 (Erstausgabe 1988); *Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, hrsg. von Christoph Conrad u. Martina Kessel, Stuttgart 1994.

- 15 Konrad Dussel, *Amerikanisierung und Postmoderne in der Bundesrepublik*. Beiträge der Rundfunkgeschichte zu fächerübergreifenden Diskursen, in: *GWU* 50 (1999), S. 221–238, hier: S. 231 f.; vgl. den knappen Abriss gegenwärtiger Gesellschaftstypisierungen von Stefan Immerfall, *Gesellschaftsmodelle und Gesellschaftsanalyse*, in: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, hrsg. von Bernhard Schäfers u. Wolfgang Zapf, Opladen 1998, S. 253–263.
- 16 Ralf Dahrendorf, *Die neue Gesellschaft. Soziale Strukturwandlungen der Nachkriegszeit*, in: Richter (wie Anm. 3), S. 203–220; vgl. als Überblick über seitherige empirische Datenreihen Wolfgang Glatzer u. a., *Recent Social Trends in West Germany 1960–1990*, Frankfurt a. M. u. a. 1992; zum historisch-theoretischen Hintergrund vgl. Michael Prinz, *Ralf Dahrendorfs »Gesellschaft und Demokratie« als epochenübergreifende Interpretation des Nationalsozialismus*, in: *Politische Zäsuren* (wie Anm. 5), S. 755–778.
- 17 Auf dem Gebiet der (späteren) Bundesrepublik lebten 1939: 43 Millionen; 1950: 51 Millionen; 1961: 56 Millionen; 1970: 61 Millionen Menschen; vgl. zur demographischen Entwicklung der Bundesrepublik u. a. Siegfried Bethlehem, *Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik*, Stuttgart 1982; Hermann Korte, *Bevölkerungsstruktur und -entwicklung*, in: *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 3, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1989, S. 11–34; Volker Ackermann, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR*, Osnabrück 1995; Rainer Münz u. a., *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*, Frankfurt a. M./New York 1997.

publik im »Babyboom« der frühen 60er Jahre wie in keinem anderen Jahrzehnt ihrer Geschichte. Der heute bei ca. 20 Prozent liegende Anteil der unter 20jährigen an der Gesamtbevölkerung stieg von 28,8 Prozent (1960) auf 31,1 Prozent (1970). Und zugleich wurde die Bundesrepublik in den 60er Jahren faktisch zum Einwanderungsland. Die rasch expandierende Volkswirtschaft war, nicht zuletzt aufgrund der Errichtung der »Berliner Mauer«, angewiesen auf die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die anfangs vor allem aus südeuropäischen Ländern in die Bundesrepublik gelangten.¹⁸ Von weniger als 700 000 Ausländern 1961 (1,2% der Wohnbevölkerung) erhöhte sich ihre Zahl auf mehr als vier Millionen (7,7%) 1973. Westdeutschland wurde in den 60er Jahren zu einer »multikulturellen Gesellschaft«, der gegenüber die DDR von manchen Beobachtern als geradezu traditionell deutsch wahrgenommen wurde.

Der Strukturwandel der Volkswirtschaft, der in den 50er Jahren bereits mit hohem Tempo begonnen hatte, setzte sich in den 60er Jahren fort.¹⁹ Hatte 1950 noch ein Viertel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft gearbeitet, waren es 1960 14 und 1970 noch 9 Prozent. Während der 60er Jahre stagnierte der Anteil des »sekundären Sektors« an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nahezu (48,0 bzw. 48,9 Prozent), während der Anteil des »tertiären« Dienstleistungssektors von 38,3 auf 42,6 Prozent einen beträchtlichen Zuwachs aufwies. In diesem Umbruch verringerte sich der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten von einem historischen Spitzenwert von 51 Prozent 1955 auf 48 Prozent 1960 und 47 Prozent 1970, während sich der Anteil der Angestellten und Beamten im gleichen Zeitraum von 23 auf 36 Prozent steigerte. Der tertiäre überholte den sekundären Sektor beim Anteil der Beschäftigten zwar erst in den 70er Jahren, ebenso wie in jenem Jahrzehnt erstmals mehr Beamte und Angestellte als Arbeiter gezählt wurden. Gleichwohl zeigen sich auch die 60er Jahre im Blick auf die deutschen Erwerbstätigen als äußerst dynamisches Jahrzehnt.²⁰ Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit, die während der 50er Jahre um 8,4 und zwischen 1960 und 1970 um weitere 9,7 Prozent zunahm. Die »Feminisierung« des Erwerbssystems war eng verknüpft mit der Expansion des Dienstleistungssektors und zugleich mit neuen Möglichkeiten der Teilzeitarbeit²¹, die es Müttern

18 S. den Beitrag von Ulrich Herbert u. Karin Hunn in diesem Band.

19 S. den Beitrag von Gert Hardach in diesem Band.

20 Vgl. zur historischen Einordnung Peter A. Berger, Neue Erwerbsklassenbildung in der Ausweitung der Lohnarbeit, in: Arbeiter im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991, S. 665–693.

21 Christine von Oertzen, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.

mit Kindern erleichterten, einer außerhäuslichen Berufsarbeit nachzugehen, wengleich dies ausweislich demoskopischer Erhebungen zumindest Anfang der 60er Jahre noch weithin abgelehnt wurde.²² Insofern bietet dieses Jahrzehnt im Blick auf die Veränderung von Geschlechterbeziehungen ein ambivalentes Bild.²³

Nicht zuletzt die »Mitarbeit« der Frauen erlaubte es dem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt, in den 60er Jahren am enorm gestiegenen Konsum der neuen »Wohlstandsgesellschaft«, die bekanntlich fast durchgängig Arbeitslosenquoten von unter einem Prozent (»Vollbeschäftigung«) aufwies²⁴, teilzuhaben. Die monatlichen Nettoeinkommen der Arbeiter- sowie der Angestellten- und Beamtenhaushalte stiegen in jener Dekade um ca. 50 Prozent auf ca. 1300 bzw. 1400 DM. Wie beim vorherigen enormen Einkommensanstieg in den 50er Jahren verschoben sich zwar die Relationen sozialer Ungleichheit nur unwesentlich²⁵, und nach wie vor gab es »Stiefkinder des Wirtschaftswunders«, etwa die nach der Reform des Bundessozialhilfegesetzes 1962 sichtbar werdenden etwa 1,5 Millionen Fürsorgeempfänger.²⁶ Aber der in den amtlichen Statistiken beobachtete »durchschnittliche Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt« konnte sich nun viele Konsumgüter leisten, die noch ein Jahrzehnt zuvor als Luxus gegolten hatten – eine zunehmende »Auflockerung des proletarischen Habitus«²⁷ war die Folge. Während 1960 noch 45,1 Prozent der Ausgaben

22 Vgl. Ingrid N. Sommerkorn, Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderungen, in: Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Rosemarie Nave-Herz, Stuttgart 1988, S. 115–144, hier: S. 130ff.

23 S. den Beitrag von Ute Frevert in diesem Band.

24 Vgl. Ralf Rytlewski u. Manfred Opp de Hipt, Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen. 1945/49–1980, München 1987, S. 141.

25 Die Skandalisierung des enormen Reichtums einer schmalen Oberschicht war ein publizistisches Dauerthema; vgl. unter den zahlreichen Veröffentlichungen von Kurt Pritzkolet etwa: Gott erhält die Mächtigen. Rück- und Rundblick auf den deutschen Wohlstand, Düsseldorf 1963; ferner Urs Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt a. M. 1968.

26 Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 39 ff.; ein markanter Anstieg der Sozialhilfeempfänger (von 1,5 auf 2 Millionen) erfolgte dann in der ersten Hälfte der 70er Jahre; auf der anderen Seite wurde seit Mitte der 60er Jahre sehr stark die Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums kritisiert; vgl. Leo Brawand, Das ungerechte Wunder, in: Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, hrsg. von Karl D. Bracher, München 1970, S. 83–106.

27 Schönhoven, (wie Anm. 11), S. 136; vgl. schon Josef Mooser, Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 6), S. 143–186.

privater Haushalte auf Nahrungs- und Genußmittel und 13,5 Prozent auf Kleidung und Schuhe entfielen, waren es 1970 nur noch 35,3 bzw. 10,8 Prozent. Während die meisten Haushaltsposten demgegenüber anteilig in etwa konstant blieben, erhöhten sich die Aufwendungen für die Wohnungsmiete u. a. von 7,6 auf 12,5 und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung von 7,8 auf 13,6 Prozent.²⁸ Vor allem hinter der Entwicklung der beiden zuletzt genannten Ausgabenposten verbarg sich ein tiefgreifender Wandel des gesamten Lebensstils breiter Bevölkerungsschichten in den 60er Jahren: eine neue Qualität des Wohnens, die rapide zunehmende Automobilisierung und Massenmedialisierung.

Die Zahl der Wohnungen hatte sich von 1950 bis 1961 um mehr als 50 Prozent auf ca. 16,4 Millionen erhöht; 1970 wurden ca. 20,6 Millionen Wohnungen registriert. Ein Drittel aller Bundesbürger lebte Anfang der 60er Jahre in einer Neubauwohnung. Die beengten und häufig sanitär unzureichenden Wohnverhältnisse der Nachkriegszeit waren – trotz stetig zuströmender Flüchtlinge und Vertriebener – mit enormen Anstrengungen der öffentlichen Hand im Wiederaufbau, vor allem durch den »Sozialen Wohnungsbau«, überwunden worden. Die Wohnfläche der Neubauwohnungen war stetig angewachsen, von durchschnittlich 55 Quadratmetern (1953) auf 70 Quadratmeter (1960). Und während 1960 noch 80 Prozent aller Wohnungen kein Bad besaßen, fiel dieser Anteil bis 1972 auf lediglich 18 Prozent; auch Zentralheizung und Einbauküche gehörten seit den 60er Jahren zur selbstverständlichen Ausstattung.²⁹

Die stetige Ausweitung des Wohnraums ließ sich immer weniger in den Kernstädten selbst verwirklichen. Der enorme Anstieg der Baulandpreise – u. a. durch zunehmende Tertiärisierung in citynahen Bezirken – führte dazu, daß seit Mitte der 50er Jahre zunehmend an der städtischen Peripherie und in vormals agrarischen Regionen gebaut wurde. Vor allem wuchsen die »Schlafstädte« im Umkreis von einer halben bis einer Stunde Bahn- oder Autofahrt zu den Arbeitsstätten in der City sehr rasch. Verbunden war dieser »Zug ins Grüne« mit einem in der deutschen Geschichte zumindest des 20. Jahrhunderts einmaligen Eigenheimboom. Von 1961 bis 1968 erhöhte sich der Anteil der wohnungsbesitzen-

28 Vgl. die Statistischen Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jge.

29 Zur Datenbasis vgl. Dieter Häring, Zur Geschichte und Wirkung staatlicher Interventionen im Wohnungssektor. Gesellschaftliche und sozialpolitische Aspekte der Wohnungsbaupolitik in Deutschland, Hamburg 1974, S. 237 ff.; zur historischen Einordnung und zur Spezialliteratur Axel Schildt, Wohnungspolitik, in: Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, hrsg. von Hans Günter Hockerts, München 1998, S. 151–189.

den an allen Haushalten von 29,1 auf 34,3 Prozent.³⁰ Vorstädtische Bungalow-Siedlungen galten den Zeitgenossen als Inbegriff der neuen Konsum-Moderne.

Das »Berufspendeln« vom Wohn- zum Arbeitsort, den Ergebnissen der Volkszählung von 1961 zufolge galt dies für fast ein Drittel aller abhängig Beschäftigten, war wohl der wichtigste Grund für die einsetzende Massenmotorisierung. 1960 gab es 4,5 Millionen PKW, eine Verachtfachung gegenüber 1950; im Laufe der 60er Jahre dann verdreifachte sich diese Zahl auf ca. 13 Millionen – Westdeutschland überschritt in eben jenem Jahrzehnt die Schwelle zur automobilen Gesellschaft.

Suburbanes Wohnen und Automobilisierung gingen einher mit einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit, die ihre größte Ausdehnung Mitte der 50er Jahre mit fast 50 Stunden an sechs Werktagen erreicht hatte. Für männliche Industriearbeiter sank die Zahl der bezahlten Wochenarbeitsstunden seither von 49,8 (1955) auf 46,2 (1961) und 44,9 (1969). Die Schrittmacherrolle kam dabei der Industriegewerkschaft Metall zu, die 1966 die Einführung der tariflichen 40-Stunden-Woche erreichte.³¹ Die Arbeitszeitverkürzungen waren die Voraussetzung für die immer raschere Ausbreitung der fünftägigen Arbeitswoche mit einem »langen Wochenende«. Im Zusammenhang mit den Veränderungen der Arbeitswelt durch volkswirtschaftlichen Strukturwandel – Abnahme schwerer körperlicher Arbeit (und deren partielle Delegation an »Gastarbeiter«) sowie Zunahme von Büroarbeit – zeichneten sich Muster neuer Lebensstile³² ab, die sich vor allem im Freizeitverhalten deutlich zeigten. Geändert hatte

30 Vgl. Werner Polster u. Klaus Voy, *Eigenheim und Automobil – Materielle Fundamente der Lebensweise*, in: *Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989)*, hrsg. von Klaus Voy u. a., Marburg 1991, S. 263–320, hier: S. 266 ff.

31 Die Stellungnahme der IG Metall zur Vereinbarung von 1966 ist dokumentiert in: *Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte*, hrsg. von Christoph Kleßmann u. Georg Wagner, München 1993, S. 190 f.; vgl. als Überblick über die Arbeitszeitentwicklung in der Industrie in den 60er Jahren Martin Osterland u. a., *Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD*, Frankfurt a. M. 1973, S. 61 ff.; Edwin Schudlich, *Die Abkehr vom Normalarbeitstag. Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie der Bundesrepublik seit 1945*, Frankfurt a. M./New York 1987, S. 46 ff.; vgl. zur öffentlichen Debatte Matthias Frese, »Samstags gehört Vati mir«. *Arbeit und Freizeit von Frauen und Männern in der gewerkschaftlichen Diskussion der frühen Bundesrepublik Deutschland (1949–1965)*, in: *Westfälische Forschungen* 45 (1995), S. 73–101; *Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution*, hrsg. von Friedrich Fürstenberg u. a., Berlin 1999.

32 Zur Diskussion der mit dem Begriff »Lebensstile« verbundenen sozialwissenschaftlichen Konzepte – Lebensstile als Ergänzung versus Ablösung von Schichtungs- und Klassenmodellen in der Sozialstrukturanalyse vgl. aus der breiten Lite-

sich zwar nicht die schon in den 50er Jahren überwiegende Häuslichkeit³³, aber sie wurde nun in erheblich stärkerem Maße von vermehrten und differenzierteren Angeboten und Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum³⁴ geprägt, die zugleich eine Erleichterung der Hausarbeit bedeuteten. Der amtlichen Statistik zufolge erhöhte sich der Anteil privater Haushalte, in denen ein Kühlschrank vorhanden war, von 52 Prozent (1962) auf 93 Prozent (1973); bei Waschmaschinen stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 34 auf 75 Prozent.³⁵ Der zeitgemäß moderne Haushalt mit einer Ausstattung, die den modernen »way of life«, wie sich Zeitgenossen gern ausdrückten, demonstrierte, wurde in etlichen hochglanzfarbigen Periodika, eines der erfolgreichsten war »Schöner wohnen«, mit großem Erfolg ins Bild gesetzt.³⁶ Die Abgeschlossenheit des privaten Heims war in den 60er Jahren auch deshalb noch besonders ausgeprägt, weil ein heute selbstverständliches Medium der Kommunikation wenig verbreitet war: Über ein Telefon verfügten 1962 nur 14 Prozent aller privaten Haushalte, und auch 1969 war es nur ein Drittel.³⁷

Gleichsam als Gegenpol zur modernisierten und damit attraktiver gewordenen Häuslichkeit am Feierabend und an den Wochenenden expandierte in den 60er Jahren der Massentourismus, vor allem nach der Ausweitung des Zeitbudgets infolge des Bundesurlaubsgesetzes 1963. Zu

ratur Hartmut Lüdtke, *Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile*, Opladen 1989; *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*, hrsg. von Peter A. Berger u. Stefan Hradil, Göttingen 1990; Hans Peter Müller, *Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*, Frankfurt a. M. 1992; Werner Georg, *Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie*, Opladen 1998.

33 Vgl. Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 110 ff.

34 Zu den Anfängen dieser Entwicklung Michal Wildt, *Am Beginn der »Konsumgesellschaft«. Mangelersparung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1994, S. 176 ff.; international vergleichend Victoria de Grazia, *Changing Consumption Regimes in Europe, 1930–1970: Comparative Perspectives on the Distribution Problem*, in: *Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century*, hrsg. von Susan Strasser, Charles McGovern u. Matthias Judt, Cambridge University Press 1998, S. 59–83.

35 Wolfgang Glatzer, *Haushalte und Haushaltsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (wie Anm. 15), S. 288–299, hier: S. 295.

36 Zur Konsumwelt der 60er Jahre s. den Beitrag von Wolfgang Ruppert in diesem Band.

37 Vgl. Werner Polster, *Wandlungen der Lebensweise im Spiegel der Konsumententwicklung – vom Dienstleistungskonsum zum demokratischen Warenkonsum*, in: *Gesellschaftliche Transformationsprozesse* (wie Anm. 30), S. 193–262, hier: S. 232; eine Sozial- und Kulturgeschichte des Telefonierens bildet ein dringliches Desiderat.

Beginn des Jahrzehnts verreiste ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung, davon wiederum ein Drittel ins Ausland. Am Ende der 60er Jahre war es bereits etwa die Hälfte, und mehrheitlich ging es nun in fremde Länder. Während in den 50er Jahren niedrige Einkommen und die Prioritäten des Wiedereinrichtens nur einen sehr bescheidenen Umfang des Tourismus ermöglicht hatten, führte nun vor allem der Individualverkehr mit dem eigenen Auto – häufig verbunden mit preiswertem Camping – zu immer weiteren Zielen. Die sommerliche »Blechlawine«, der »Urlaubsstau«, gehörte seit den 60er Jahren zu den Routine-Themen der Tagespresse. Aber auch die Zahl der Flugtouristen stieg in diesem Zeitraum rapide an, von 78 000 (1962) auf 1,25 Millionen (1969).³⁸

Fast konnte es so scheinen, als sei die »schiere Quantität« das »Kennzeichen der Epoche« gewesen.³⁹ Aber der gestiegene Stellenwert massenkultureller Konsumption im Verlauf der Transformation einer modernen Industrie- zu einer postindustriellen Gesellschaft führte auch zu einer neuen Qualität, für die der Soziologe Gerhard Schulze den Begriff »Erlebnisgesellschaft« eingeführt hat. Der spätindustriellen Gesellschaft des Wiederaufbaus im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik habe noch eine »sehr bescheidene Versorgung mit Erlebnisangeboten« entsprochen. Unter den veränderten materiellen Bedingungen sei das zentrale existenzielle Problem dann nicht mehr im Überleben, sondern im Erleben gesehen worden. Das Lebensalter und Wahrnehmungsraster jung-alt mit einem jugendspezifischen Anspruch auf Progressivität seien in den 60er Jahren in den Vordergrund sozialer Wahrnehmung gerückt, und an die Stelle traditioneller Verteilungskämpfe seien Kulturkonflikte getreten, wobei derjenige zwischen den Generationen besonders scharf ausgetragen worden sei.⁴⁰

Die »Erlebnisgesellschaft« scheint in der Tat als idealtypischer Begriff

38 Als Überblick über die Tourismus-Daten der 60er Jahre vgl. Die Entwicklungsbedingungen des Tourismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Moderner Tourismus. Tendenzen und Aussichten*, hrsg. von Dietrich Storbeck, Trier 1988, S. 77–118; Axel Schildt, »Die kostbarsten Wochen des Jahres«. Urlaubstourismus der Westdeutschen (1945–1970), in: *Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland 1945 bis 1989*, hrsg. von Hasso Spode, Berlin 1996, S. 69–86.

39 Wolfgang Pehnt, *Anarchie nach Vorschrift. Die sechziger Jahre und das Prinzip der Vervielfältigung – Porträt einer optimistischen Dekade*, in: *FAZ (Beilage Bilder und Zeiten)*, Nr. 178 vom 3. 8. 1991.

40 Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnis-Gesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 531; vgl. auch die »basic characteristics of the ›sixties« von Arthur Marwick, *Six Novels of the Sixties – Three French, Three Italian*, in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 563–591, hier: S. 565 f.

den Horizont massenkultureller Veränderungen in jenem Zeitraum recht gut zu erfassen, nicht zuletzt im Blick auf die gesteigerte Medialisierung: Freizeit war in den 60er Jahren in beträchtlichem Ausmaß mit massenmedialem Konsum ausgefüllte Zeit. 1970 verfügten nur noch zwei Prozent der privaten Haushalte weder über ein Fernsehgerät noch über ein Radio noch über das Abonnement einer Tageszeitung.⁴¹ Vor allem aber war dieser Zeitraum gekennzeichnet durch den Umbruch bei den elektronischen Massenmedien – von der Rundfunk- zur Fernsehgesellschaft.⁴² Anfang der 60er Jahre (1961) wurden etwa vier Millionen Fernsehhaushalte gezählt (ein Viertel aller Haushalte), 1970 registrierte die Post über 15 Millionen angemeldete Geräte (in drei Vierteln aller Haushalte). Der Aufstieg des neuen audiovisuellen Mediums⁴³ schuf eine neue Erlebnisdimension, eine gewaltige Vermehrung fiktionaler filmischer Angebote und der Möglichkeiten, sich über ferne und nahe Welten informieren und zugehörige Bilder auf sich wirken zu lassen. Zu erwähnen ist etwa die Fernsehübertragung der Spiele der »Vollprofi«-Bundesliga, deren erste Saison 1963 begann. In den 60er Jahren, in denen für die meisten Menschen das Fernsehen noch den frischen Reiz des Ungewohnten ausstrahlte und zudem wegen der eingeschränkten Programmauswahl viel gemeinsamen Gesprächsstoff an der Arbeitsstelle, beim Einkauf und über den Gartenzaun hinweg lieferte, gewann das neue Medium einen bisher noch kaum ausgeloteten tiefen Einfluß auf die Kommunikation im halböffentlichen Alltagsraum.⁴⁴

In der familiären und privaten Sphäre verstärkte das Fernsehen die bereits seit der Zwischenkriegszeit vom Radio her bekannten Muster der Ausrichtung häuslicher Zeitstrukturen am Programm eines elektronischen Mediums. Das Radio behielt allerdings eine hohe Bedeutung, zumal das Fernsehen noch längst nicht halb- oder gar ganztägig sendete.

41 Ausführlich aufgeschlüsselt von Marie-Luise Kiefer, Massenkommunikation 1964–1970–1974, in: Massenkommunikation. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung, hrsg. von Klaus Berg u. Marie-Luise Kiefer, Mainz 1978, S. 41–321, hier: S. 67 ff.; für die Fortschreibung Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung 1964–1995, hrsg. von Klaus Berg u. Marie-Luise Kiefer, Baden-Baden 1996.

42 S. dazu den Beitrag von Konrad Düssel in diesem Band.

43 Vgl. jetzt als informativen und sehr kompetenten Überblick Knut Hickethier (unter Mitarbeit von Peter Hoff), Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998. Hinsichtlich der Periodisierung folgt Hickethier der Ausdifferenzierung des Programms (Zweites Programm) und läßt die 60er Jahre 1963 beginnen; vgl. ebd., S. 198 ff.

44 Einen Abglanz vermitteln die anekdotischen Erinnerungen an damals beliebte Sendungen: Am Fuß der blauen Berge. Die Flimmerkiste in den sechziger Jahren, hrsg. von Bernd Müllender u. Achim Nöllenheidt, Essen 1994.

Durch den anhaltenden Prozeß der Arbeitszeitverkürzung stand immer mehr Zeit für die Nutzung von Medien zur Verfügung, wobei der Zuwachs an Freizeit zu einem guten Teil vom Fernsehen ausgefüllt wurde. Von einem durchschnittlichen Freizeit-Quantum von 6 ¼ Stunden nutzte die westdeutsche Bevölkerung 1970 etwa 2 ½ Stunden für den Konsum von Print- und elektronischen Massenmedien, davon 1 Stunde und 41 Minuten für das Fernsehen.⁴⁵ Daß das audiovisuelle Medium dem Lesen von Zeitungen und Zeitschriften ausweislich allgemeiner Statistiken keinen Abbruch tat – die verkaufte Auflage von Tages- und Wochenzeitungen stieg von 16,7 (1960) auf 21,8 Millionen (1970) –, weist darauf hin, daß sich das mediale Verhalten ausdifferenzierte und nicht einfach vom Fernsehen monopolisiert wurde. Allerdings steht die Analyse seines Einflusses auf Layout und Inhalt von Zeitungen und Zeitschriften noch aus. Zumindest die an Kiosken dominierenden Titelbilder von Illustrierten lassen den Eindruck eines allgemeinen Drangs zu expressiver Visualisierung und Buntheit gewinnen, der sich vor allem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre stetig verstärkte⁴⁶, als auch in der Mode sogenannte »Schockfarben« für Aufsehen sorgten und das Fernsehen (1967) selbst farbig wurde.

Die Krise des Kinos, die bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre sichtbar geworden war, verstärkte sich in den 60er Jahren auf dramatische Weise. Während 1960 noch 596 Millionen Kinobesuche gezählt wurden, waren es 1970 nur noch 160 Millionen. Gerade der wirtschaftliche Niedergang der Filmbranche führte zugleich zu radikalen ästhetischen Überlegungen – wie sie im legendären Oberhausener Manifest von 1962 formuliert wurden – und zu weitgehend vergeblichen Versuchen, mit marktgängigen Streifen (z. B. die James-Bond-Filme) Massen für das Kino dauerhaft zurückzugewinnen.⁴⁷

Für das Kino ebenso wie für Illustrierte, Boulevardpresse und Konsumwerbung⁴⁸ – im Unterschied zum diesbezüglich recht braven öffentlich-rechtlich kontrollierten Fernsehen – spielte der Einsatz von Sexsym-

45 Kiefer (wie Anm. 41), S. 207.

46 Vgl. das Kapitel »Die Welt der Illustrierten«, in: Jost Hermand, *Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–85*, München 1988, S. 196 ff.

47 S. dazu den Beitrag von Irmgard Wilharm in diesem Band; zu ergänzen ist, daß seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre auch die Besucherzahl in den Theatern leicht zurückging.

48 Zur qualitativen Bedeutungssteigerung der Werbung bzw. nun Marketing seit den 60er Jahren vgl. Harm Schröter, *Die Amerikanisierung der Werbung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1997/1, S. 93–115, hier: S. 109 ff.

bolten für Absatzzwecke eine nie zuvor gekannte Rolle.⁴⁹ Als Hort sexueller Freizügigkeit galten in jenen Jahren im übrigen nicht so sehr die ansonsten massenkulturell gelobten USA, sondern eher Skandinavien, vor allem Dänemark und Schweden. Allerdings wäre es übertrieben, die 60er Jahre als Zeit der sexuellen Revolution zu stilisieren. Zwar war durch die seit 1961 auf Rezept in der Bundesrepublik erhältliche »Pille« die Verhütung ungewünschter Schwangerschaften erleichtert und maßgeblich den Frauen überantwortet worden⁵⁰, und erstmals wurde nun in einer breiteren Öffentlichkeit das sexuelle Verhalten von Männern und Frauen thematisiert. Oswalt Kolle etwa wurde mit Serien in den Illustrierten »Quick« und »Neue Revue« über »Dein Kind«, »Dein Mann«, »Deine Frau«, jeweils mit dem Zusatz: »– das unbekannte Wesen«, und später mit entsprechenden Kinoerfolgen für ein Massenpublikum populär. Seine Aufklärung über sexuelle Praktiken stand jedoch explizit im Dienste einer Stabilisierung von Ehe und Familie. Dem verschrieb sich auch der »Sexualkunde-Atlas« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (1969) oder der mit Bundesmitteln subventionierte legendäre Film »Helga« aus dem gleichen Jahr⁵¹, der von fünf Millionen Zuschauern besucht wurde. Aber noch 1967 wurde der ein Jahr später verstorbene beliebte Fernseh-Showmaster Lou van Burg vom katholisch-moralisierenden ZDF-Intendanten Karl Holzamer umgehend entlassen, als sich herausstellte, daß er, obwohl verheiratet, eine Geliebte hatte. Und letztmalig wurde noch 1971 eine Frau aufgrund des »Kuppelei«-Paragraphen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie es geduldet hatte, daß die Verlobte ihres Sohnes über Nacht geblieben war – erst kurz darauf wurden die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gelockert. Man wird die 60er Jahre wohl eher als Phase der sexuellen Informalisierung und Verunsicherung denn als Phase realer tiefgreifender Verhaltensveränderung verstehen dürfen.⁵²

Bei der Veränderung von Geschlechterbeziehungen ging – wenig

49 Vgl. Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967, München 1986, S. 101 ff. u. 217 f.; Sabine Weißler, *Sexy Sixties*, in: *SheSchahShit* (wie Anm. 10), S. 96–100; Korte (wie Anm. 10), S. 87 ff.; Uwe Hartung u. Elmar Schlüter, *Die Darstellung von Sexualmoral in den Illustrierten »stern« und »Bunte« 1962 bis 1977*, in: *Publizistik* 35 (1990), S. 304–327.

50 Vgl. *Die Pille. Von der Lust und von der Liebe*, hrsg. von Gisela Staupe u. Lisa Vieth, Reinbek 1996 (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden).

51 Vgl. *Unbekanntes Wesen: Frauen in den sechziger Jahren*, hrsg. von Baerbel Becker, Berlin 1987, S. 18.

52 Literarisch gestaltet hat dies jüngst F. C. Delius, *Amerikahaus und der Tanz um die Frauen*, Reinbek 1997.

überraschend – die junge Generation voran. Der kulturelle Konflikt zwischen Jugendlichen und »deren« Publizistik⁵³ sowie der erwachsenen Bevölkerungsmehrheit und ihren journalistischen Sprachrohren, der in jenem Jahrzehnt öffentlich in nie zuvor gekanntem Ausmaß diskutiert wurde und rasch eine politische Dimension gewann⁵⁴, enthielt viele Hinweise auf gewandelte Auffassungen, die sich im Streit um Haar- und Rocklänge, Tänze und Musikstile niederschlugen. Die Twist-, Rock- und Beat-Rhythmen der 60er Jahre, die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts vor allem aus Großbritannien, dann zunehmend aus den USA importiert wurden⁵⁵, sind in ihrer Bedeutung als internationaler jugendkultureller Code von kaum zu überschätzender Bedeutung.⁵⁶ Hierin drückten sich jugendliche Wünsche nach mehr »Lockerheit« und »Freiheit« am nachdrücklichsten aus und wurden entsprechend von einem großen Teil der Elterngeneration – klassenübergreifend – als Kampfansage aufgefaßt. Die mit Amerika (zurecht oder zu Unrecht) verbundene zivilistische Lässigkeit, die erhöhte Akzeptanz der massenkulturellen Moderne des angelsächsischen Westens, die Jugend als Einfallstor einer als unheilvoll angesehenen »Fun morality«⁵⁷ und immer wieder die Furcht vor einer Aufweichung der Sexualmoral prägten die Wahrnehmung der erwachsenen Bevölkerung von der neuen expressiven Jugendkultur. Andererseits unterschied sich jugendliches »Normalverhalten« offenbar noch beträchtlich von derartigen Projektionen. So besaß etwa der deutschspra-

53 Als kursorischer Überblick über die größte kommerzielle Jugendzeitschrift vgl. Thommi Herrwerth, *Partys, Pop und Petting. Die Sixties im Spiegel der BRAVO*, Marburg 1997; die 1956 gegründete Zeitschrift wurde um 1960 von etwa 1,5 bis 2 Millionen Jugendlichen unter 20 Jahren gelesen; zu einem anderen einflussreichen Periodikum für den älteren Teil der Jugendlichen vgl. *Die Zeitschrift TWEN. Revision einer Legende*, hrsg. von Michael Koetzle, München u. a. 1995.

54 S. dazu den Beitrag von Detlef Siegfried in diesem Band.

55 Hinweise bei Peter Zimmermann, *Aufwachsen mit Rockmusik – Rockgeschichte und Sozialisation*, in: Ulf Preuss-Lausitz u. a., *Kriegskinder – Konsumkinder – Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg*, Weinheim/Basel 1983, S. 107–126, hier: S. 114 ff.; Hanna Brunhöber, *Unterhaltungsmusik*, in: *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4: Kultur, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1989, S. 169–199, hier: S. 182–185.

56 Das Verhältnis von jugendkultureller »Amerikanisierung« und »Europäisierung« bleibt noch auszuloten (vgl. Alexander Schmidt-Gernig, *Gibt es eine »europäische Identität«?* Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg, in: *Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften*, hrsg. von Hartmut Kaelble u. Jürgen Schriewer, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 163–216, hier: S. 205).

57 Christian de Nuys-Henkemann, *Alltagskultur. Happening ist überall*, in: *Die Sechziger* (wie Anm. 10), S. 29–59, hier: S. 29.

chige Schlager bis zur Mitte der 60er Jahre auch für Jugendliche noch einen weit höheren Stellenwert als in den 70er Jahren. Besonders wichtig wird in der Zukunft gerade die Analyse des alltagsästhetischen Mainstream – in der Musik, Mode, der Präferenz für Fernsehprogramme usw. – sein, in dem sich die allmähliche Hinwendung breiterer jugendlicher und erwachsener Schichten der Bevölkerung zur neuen konsumistischen Moderne und zugleich ihr Festhalten an gewohnten Formen und Inhalten ausdrückte.

In der Ausrichtung auf Vergnügung, Erholung und Konsum zeichnete sich besonders deutlich die Herausbildung einer neuen spezifischen »Gemeinkultur« ab, eines »Netzes von Einstellungen, Wünschen und Gewohnheiten«, geteilt praktisch von allen Mitgliedern der Gesellschaft.⁵⁸ Das Fundament zeitgenössischer empirisch-soziologischer Forschung ist zwar nicht ohne theoretische Risse, läßt aber doch zumindest im Profil die »Take-off-Phase«⁵⁹ eines tiefgreifenden Wertewandels von der Dominanz sogenannter Pflicht- und Akzeptanzwerte hin zu Selbstentfaltungswerten erkennen, wie soziologische Beobachter schon Anfang der 60er Jahre bemerkten. Ralf Dahrendorf faßte seine Beobachtungen dahingehend zusammen, daß »persönliches Erfolgsstreben, Freizeitorientierung, Konsumorientierung, Individualismus, betonte Ablehnung aller militärischen Disziplin, Sachlichkeit, Materialismus«⁶⁰ dominant geworden seien »im Gegensatz zur heroischen, gemeinschaftsbetonten, arbeitsamen Vergangenheit«⁶¹. Dieser seit der Mitte der 60er Jahre schubartig verstärkte Wertewandel, Indizien lassen sich bis hin zur Veränderung der Sprache anhäu-

58 So – in begrifflicher Anlehnung an Raymond Williams – Kaspar Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970*, Frankfurt a. M. 1997, S. 237.

59 Schönhoven (wie Anm. 11), S. 141.

60 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*, München 1961, S. 315.

61 Ders., *Die neue Gesellschaft* (wie Anm. 16), S. 215; vgl. aus der soziologischen Wertewandel-Forschung Peter Kmicciak, *Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 1976; *Wertewandel – Faktum oder Fiktion?*, hrsg. von Heinz-Otto Luthé u. Heiner Meulemann, Frankfurt a. M./New York 1988; Peter Ph. Mohler, *Wertewandel in der Bundesrepublik in den 60er Jahren. Ein »Top Down«- oder ein »Bottom Up«-Prozeß*, in: *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*, hrsg. von Helmut Klages, Frankfurt a. M. 1992, S. 40–68; Helmut Klages, *Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs*, in: ders., *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 42 ff.; *Vom Obrigkeitsstaat zur entgrenzten Politik. Politische Einstellungen und politisches Verhalten in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, hrsg. von Ralf Zoll, Opladen/Wiesbaden 1999; international vgl. Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M./New York 1989.

fen⁶², bedarf noch einer gesellschaftsgeschichtlichen Aufhellung und Konkretisierung.

II. Auf der Suche nach Reformen

Am »Ende der Nachkriegszeit« verbreitete sich in der westdeutschen Öffentlichkeit zusehends ein Klima der Reformbereitschaft, und die Demoskopien registrierten seit Beginn der 60er Jahre ein allgemein stark ansteigendes politisches Interesse.⁶³ Während manche Journalisten, die sich dem Regierungslager zurechneten oder als unabhängige Konservative empfanden, mit einiger Bangigkeit fragten, was nach Adenauer komme⁶⁴, mehrten sich um 1960 publizistische Beiträge, in welchen Versäumnisse und Fehlentwicklungen im Wiederaufbau mit harter Kritik bedacht wurden. Dies betraf etwa die gravierenden Defizite im Umgang mit der NS-Vergangenheit, die zu öffentlichen Skandalen geführt hatten.⁶⁵ Die 60er Jahre – und nicht erst 1968! – waren insgesamt gekennzeichnet durch eine qualitative Intensivierung vergangenheitspolitischer Diskurse, nicht zuletzt durch die anstößigen Fragen einer neuen Jugendgeneration. Nicht mehr metaphysische Schuld, sondern konkrete Verbrechen beschäftigten die Öffentlichkeit. Die 1960 im Fernsehen ausgestrahlte Serie »Das Dritte Reich« mit hohen Einschaltquoten, die Berichterstattung über NS-Pro-

62 Hinweise in Joachim Stave, *Wie die Leute reden. Betrachtungen über 15 Jahre Deutsch in der Bundesrepublik, Lüneburg 1964*; über die 60er Jahre als Zeitraum sprachlicher Veränderungen in Literatur und politischer Publizistik vgl. auch Hugo Steger, *Sprache im Wandel*, in: *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm. 55), S. 13–52, hier: S. 23 ff.; Matthias Schuppe, *Im Spiegel der Medien: Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse anhand von STERN, ZDF Magazin und MONITOR im Zeitraum 1965 bis 1983*, Frankfurt a. M. 1988.

63 Das Institut für Demoskopie Allensbach hatte seit 1952 immer wieder die Frage gestellt: »Interessieren Sie sich für Politik?« und drei Antwortmöglichkeiten vorgegeben: »Ja«, »Nicht besonders«, »Gar nicht«. Der Anteil der mit »Ja« Antwortenden stieg von 27 Prozent (1952) auf 31 Prozent (1961), 39 Prozent (1965), 41 Prozent (1969) und erreichte mit 49 Prozent (1973) einen ersten Höhepunkt; dokumentiert in: *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung*, Bd. 11: *Bundesrepublik und DDR 1969–1990*, hrsg. von Dieter Grosser u. a., Stuttgart 1995, S. 97.

64 Vgl. Axel Schildt, *Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau* (wie Anm. 4), S. 627–635, und die dort angegebene Literatur; zur innenpolitischen Entwicklung am Ende der Ära Adenauer vgl. Kleßmann (wie Anm. 26), S. 108 ff.

65 Vgl. zur Periodisierung Axel Schildt, *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit*, in: *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der Nachkriegszeit*, hrsg. von Wilfried Loth u. Bernd A. Rusinek, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 19–54.

zesse wie den Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß 1958, den Jerusalemer Eichmann-Prozeß 1961, den Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1963/65, Auseinandersetzungen um die persönliche Verstrickung Bonner Politiker in den Nationalsozialismus, Bundestagsdebatten um die Verjährung von NS-Verbrechen u. a. mögen die Intensität öffentlicher Beschäftigung mit der »braunen Vergangenheit« andeuten.⁶⁶

Die Kritik am formativen Jahrzehnt der Bundesrepublik konzentrierte sich allerdings nicht allein auf moralische Leerstellen des materiellen Wiederaufbaus, sondern ebenso auf diesen selbst. Wenn die heutige zeitgeschichtliche Forschung zurecht die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Rekonstruktion und Modernisierung in den 50er Jahren betont, so war die kritische Öffentlichkeit am Ende dieser Phase viel mehr davon überzeugt, daß der Wiederaufbau zwar quantitativ als Erfolg anzusehen, aber »ohne Konzept« angegangen worden sei.⁶⁷ Schriften von Hans Paul Bahrdt, Otl Aicher, Alexander Mitscherlich und etlicher anderer über die Schädigkeit und Geistlosigkeit der Stadtplanung hoben vor allem auf die Zersiedelung und Zerstörung kultureller Urbanität ab.⁶⁸ Nicht nur der Wiederaufbau, sondern eine ganze Epoche des Städtebaus, in der nachbarschaftliche Nähe durch Gliederung und Auflockerung der seelenlosen Großstadt angestrebt worden war, verfiel nun radikaler Kritik.⁶⁹ Nicht mehr vor dem Hintergrund organologischer Analogien, sondern anhand objektiver soziologischer und betriebswirtschaftlicher Daten sollte künftig geplant werden – ein Zug demonstrativer pragmatischer Nüchternheit beherrschte die einschlägige Spezialliteratur.⁷⁰ Die bald gefundene Formel

66 S. dazu die Beiträge von Detlef Siegfried, Bernd A. Rusinek und Karl C. Lammers in diesem Band; vgl. zur Rolle des Fernsehens in diesem Zusammenhang jetzt Christoph Classen, *Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965*, Köln u. a. 1999.

67 Rudolf Hillebrecht, *Städtebau und Verkehr: Wiederaufbau ohne Konzept*, in: *Nach 25 Jahren* (wie Anm. 26), S. 212–238.

68 Vgl. Edgar Salin, *Urbanität*, in: *Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages*, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Augsburg 1960; S. 9–35; Hans Paul Bahrdt, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, Reinbek 1961; Otl Aicher, *Planung in Mißkredit. Zur Entwicklung von Stadt und Land*, in: *Bestandsaufnahme* (wie Anm. 3), S. 398–420; Wolf Jobst Siedler u. a., *Die gemordete Stadt. Abgang auf Putte und Straße, Platz und Baum*, Berlin 1964; Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt a. M. 1965; dazu kritisch bereits Heide Berndt u. a., *Architektur als Ideologie*, Frankfurt a. M. 1968.

69 Elisabeth Pfeil, *Zur Kritik der Nachbarschaftsidee*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 2 (1963), S. 39–54; Bernd Hamm, *Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs*, Düsseldorf 1973.

70 Vgl. Hans Kampffmeyer, Wolf Jobst Siedler und Friedrich Spengelin im Gespräch mit Stephan Reiß-Schmid und Felix Zwoch: »Zu Beginn der 60er Jahre hatten wir

»Urbanität durch Dichte« führte zur Konzeption von gigantisch dimensionierten Hochhaussiedlungen, die geradezu als bauliches Denkmal der späten 60er und frühen 70er Jahre gelten.⁷¹ Allerdings wurde damit der bereits beschriebene Trend zur Bildung weiträumiger Stadtlandschaften und zum suburbanen Wohnen – auch im eigenen Heim – nicht gebremst, und der vorstädtische Bungalow charakterisiert die soziale Kultur der 60er Jahre ebenso wie die Hochhaus-Anlagen der »Neuen Heimat« und anderer Wohnungsbaugesellschaften. Erwähnenswert ist auch, daß schon in den 60er Jahren nicht mehr die »autogerechte Stadt« angestrebt, sondern über Wege nachgedacht wurde, wie der immer mehr als störend empfundene Individualverkehr im Zaum gehalten werden könnte.⁷²

Während die westdeutsche Wirtschaft von einem Export-Rekord zum nächsten getragen wurde, mehrten sich mahnende Stimmen, die auf Versäumnisse der Bildungspolitik hinwiesen. Angestoßen bereits durch den sogenannten »Sputnik-Schock« 1957, wurde der unter sowjetischer Vorherrschaft stehende »Ostblock« immer weniger als militärische Bedrohung betrachtet, sondern als Konkurrent auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik gefürchtet. Vor diesem Hintergrund verstärkten sich die Forderungen nach einer energischen Bildungsreform, als durch die Errichtung der Berliner Mauer 1961 auch der Zustrom von gut ausgebildeten Fachkräften aus der DDR ausblieb. Georg Pichts griffige Formel von der »Bildungskatastrophe«, die er in einer Serie der Wochenzeitung »Christ und Welt« 1964 diagnostizierte, ist vor diesem Hintergrund zu sehen.⁷³ Das seit

das Gefühl: Jetzt müssen wir von Grund auf neu anfangen«. Eine Diskussion zum Städtebau der Wachstumsjahre, in: *Stadtbauwelt* 88, 1985, S. 326–337; Werner Durth, Vom Sieg der Zahlen über die Bilder. Anmerkungen zum Bedeutungswandel der Städte im Denken der Planer, in: *Ebd.*, S. 362–368; Heinrich Klotz, Architektur und Städtebau. Die Ökonomie triumphiert, in: *Die Sechziger* (wie Anm. 10), S. 133–147; Klaus von Beyme u. a., Leitbilder des Wiederaufbaus in Deutschland, in: *Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit*, hrsg. von dens., München 1992, S. 9–30.

71 Vgl. Ulfert Herlyn u. a., *Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 1988.

72 *Straßen für die Städte. Jetzt muß gehandelt werden!*, hrsg. vom Deutschen Städte-tag, Stuttgart/Köln 1965; vgl. Dietmar Klenke, »Freier Stau für freie Bürger«. Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949–1994, Darmstadt 1995, S. 63 ff.; Axel Schildt, Vom Wohlstandsbarometer zum Belastungsfaktor – Autovision und Autoängste in der westdeutschen Presse von den 50er bis zu den 70er Jahren, in: *Geschichte der Zukunft des Verkehrs. Verkehrskonzepte von der frühen Neuzeit bis zum 21. Jahrhundert*, hrsg. von Hans-Liudger Dienel u. Helmuth Trischler, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 289–309.

73 In Buchform: Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe*, Freiburg 1964; zuvor schon radikaler I Hartmut von Hentig, *Die deutsche Pädagogik*, in: *Bestandsaufnahme* (wie Anm. 3), S. 315–343, hier: S. 329 u. 340; vgl. auch Korte (wie Anm. 10), S. 59 ff.

der Jahrhundertwende in den jeweiligen Anteilen der Schülerschaft wenig veränderte dreigliedrige Schulwesen schien den erhöhten gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Forderungen nach einer Reform begründeten sich anfangs mit der Notwendigkeit internationalen Wettbewerbs, aber bald wurde auch die »Chancengleichheit« für Kinder aus unteren Schichten, den bisher nicht ausgeschöpften »Begabungsreserven«, proklamiert.⁷⁴ 1960 gab es in der Bundesrepublik ebenso wenige Gymnasiasten wie Mitte der 50er Jahre, und Arbeiterkinder waren ebenso unterrepräsentiert wie Mädchen.⁷⁵ In den 60er Jahren öffnete sich dann der Zugang zu höherer schulischer Bildung zwar sukzessive, aber zum Jahrzehnt einer breiten Bildungsexpansion wurden erst die 70er Jahre.

Der Ruf nach Reformen und Phantasie zur Überwindung einer als starr und unbeweglich empfundenen Situation bezog sich schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre auch auf die klassischen Felder der Politik – bis hin zur Überprüfung der Außen- und Deutschlandpolitik. Nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise (1962) bemühten sich die USA und die UdSSR auf der Basis des atomaren Gleichgewichts um begrenzte Kooperation und um Möglichkeiten zur militärischen Entspannung. Diesen veränderten Rahmenbedingungen, die in der Bevölkerung einher gingen mit einer steigenden Popularität Amerikas⁷⁶, mußte Rechnung getragen werden. Während ein Teil der CDU und vor allem der CSU, die »Gaullisten«, die besonderen Beziehungen zu Frankreich betonen wollte, um die Entspannungspolitik der Kennedy-Administration zu unterlaufen, profilierte sich ein größerer Teil des Regierungslagers – und der sozialdemokratischen Opposition – als »Atlantiker«⁷⁷. Kurz nach der großen »Friedensrede« des amerikanischen Präsidenten (10. Juni 1963), formulierte Egon Bahr, enger Vertrauter des SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt, in der Evangelischen Akademie in Tutzing (15. Juli 1963) die berühmt gewordene Formel vom »Wandel durch Annähe-

74 S. den Beitrag von Alfons Kenkmann in diesem Band.

75 Rytlewski/Opp de Hipt (wie Anm. 24), S. 213.

76 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Westdeutschen, die westliche Demokratie und die Westbindung im Licht von Meinungsumfragen, in: Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen im Wandel, hrsg. von James A. Cooney u. a., Stuttgart 1985, S. 87–144, hier: S. 101, 118 u. 128.

77 Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995; speziell zur atomaren Strategie Helga Haftendorn, Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (M.I.F.). Vademecum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie?, in: MGM 54 (1995), S. 417–450; vgl. Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hrsg. von Rainer A. Blasius, München 1994.

rung«⁷⁸. In den folgenden Jahren intensivierten sich die deutsch-deutschen Beziehungen spürbar⁷⁹, nun allerdings unter den Rahmenbedingungen einer weiter voran geschrittenen westeuropäischen Integration.⁸⁰

Der Ruf nach einer Auseinandersetzung über die Grundlagen der westdeutschen Gesellschaft und Politik fand zunehmend Anklang in einer kritischen Öffentlichkeit, die sich um 1960 formierte. Die »Nacht- und Nebel«-Aktion gegen das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse 1962 wurde – für diese wohl überraschend – zum Bumerang für die Regierenden.⁸¹ Studentenproteste und negative Stellungnahmen selbst konservativer Blätter zeigten ein neues staatsbürgerliches Verständnis. Unter Intellektuellen gern gebraucht wurde zu dieser Zeit bereits der Begriff »Pluralismus«, in dem sich zugleich die Beobachtung einer gesteigerten gesellschaftlichen Differenziertheit wie auch das Postulat der Toleranz gegenüber unterschiedlichen Auffassungen ausdrückte. Und interessanterweise waren es die Kirchen, die in dieser Phase besonders großen Wert auf die Entwicklung eines breiten gesellschaftlichen Dialogs legten. Katholische Publizisten bilanzierten sehr kritisch die Rolle ihrer Kirche im Bonner Staat⁸², während das 1962 in Rom eröffnete Zweite Vatikanische Konzil eine überraschende Reformdynamik entfaltete⁸³; auf der evangelischen Seite profilierten sich synodale Gremien gleichzeitig als Vordenker einer neuen Ostpolitik – gipfelnd in der Denkschrift der EKD von 1965.⁸⁴ Zur Signatur der frühen 60er Jahre gehören auch energische Vorstöße gegen die angebliche Vorherrschaft eines Klerikalismus und für aufklärerische Vernunft, wie sie etwa in der Gründung der »Humanistischen Union« durch den Münchner Schriftsteller, Rundfunkredakteur und Verleger Gerhard Szczesny 1961 zum Ausdruck kamen.⁸⁵

78 Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 533.

79 S. dazu den Beitrag von Arnold Sywotek in diesem Band.

80 S. dazu den Beitrag von Werner Bühner in diesem Band.

81 Vgl. die umfangreiche Dokumentation *Die Spiegel-Affäre*, hrsg. von Jürgen Seifert, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1966.

82 Vgl. Carl Amery, Yoghis und Kommissare. *Der westdeutsche Katholizismus 1945–1962*, in: Bestandsaufnahme (wie Anm. 3), S. 157–177; *Deutscher Katholizismus nach 1945. Kirche – Gesellschaft – Geschichte*, hrsg. von Hans Maier, München 1964; *Bilanz des deutschen Katholizismus*, hrsg. von Norbert Greinacher u. H. Theo Risse, Mainz 1966.

83 S. dazu den Beitrag von Karl Gabriel in diesem Band.

84 S. dazu den Beitrag von Martin Greschat in diesem Band.

85 Vgl. bisher nur für einen ersten Überblick Jürgen Hofmann, *Die Humanistische Union. Eine Untersuchung über Struktur und Funktion einer neuen kulturpolitischen Vereinigung*, Diss. München 1967.

Ein besonders auffälliges Merkmal der Kulturlandschaft der frühen 60er Jahre war die Politisierung der Schriftsteller, in gewisser Hinsicht fast an den Hang zur Parteinahme in den 20er Jahren erinnernd. Vor der Bundestagswahl 1961 hatte Martin Walser in einem »rororo-aktuell«-Taschenbuch – ein damals neues und wirksames Medium – die Stimmen zahlreicher Kollegen gesammelt, die offen oder indirekt zur Wahl der SPD aufriefen⁸⁶, und anlässlich der »Spiegel«-Affäre verfaßte die »Gruppe 47« ein »Manifest«, in dem der Rücktritt des verantwortlichen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß gefordert wurde.⁸⁷ Noch offener setzten sich prominente Schriftsteller vor allem aus dieser tonangebenden Gruppe 1965 für den Wahlsieg der SPD ein⁸⁸, obwohl es intern bereits tiefe Risse hinsichtlich der politischen Orientierung und Strategie gab.⁸⁹

Zur Bildung einer breiten kritischen Öffentlichkeit am Ende der »Ära Adenauer« trugen neben dem »Spiegel«, der nicht zuletzt durch den Angriff auf ihn seinen Nimbus und seine Auflagenzahlen beträchtlich erhöhte, einige weitere Medien bei. Die linksliberale Wende der Ende der 50er Jahre noch in ihrer Existenz bedrohten Wochenzeitung »Die Zeit« sorgte auch hier für neue Leser. Die 1962 gegründete satirische Monatszeitschrift »Pardon« steigerte ihre Auflage bis zum Ende der 60er Jahre von 50 000 auf 300 000 Exemplare, und die als linke Studentenzeitung seit Mitte der 50er Jahre bestehende »Konkret« erreichte – wie die »Pardon« unter Einsatz von »erotischen« Titelbildern – ebenfalls eine sechsstellige Auflage. Beträchtliche Aufmerksamkeit erzielte das seit 1962 von der ARD ausgestrahlte kritische Fernsehmagazin »Panorama« – eine in der Bundesrepublik noch neue Form des Journalismus, die in Regierungskreisen als »Volksverhetzung« gebrandmarkt wurde.⁹⁰ In der akademischen Szene eroberte sich die Soziologie den Ruf einer Oppositionswissenschaft, vor allem in Gestalt der »Frankfurter Schule«, nachdem Theodor W. Adorno auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1961 mit Karl R. Popper die theoretische Klinge gekreuzt hatte. Der »Positivismusstreit« hatte einen beträchtlichen Einfluß auf die Bildung »kritischer Theorie«, die etwa durch die bunten Bände der 1963 aus der Taufe gehobenen »edition suhrkamp« (bis 1970 erschienen dort 350 Taschenbücher)

86 Die Alternative oder Brauchen wir eine Neue Regierung?, hrsg. von Martin Walser, Reinbek 1961.

87 Dokumentiert in: Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945, hrsg. von Klaus Wagenbach u. a., Berlin 1979, S. 199.

88 Plädoyer für eine neue Regierung, hrsg. von Hans Werner Richter, Reinbek 1965.

89 S. dazu den Beitrag von Per Øhrgaard in diesem Band.

90 Vgl. Das Panorama der 60er Jahre. Zur Geschichte des ersten politischen Fernsehmagazins der BRD, hrsg. von Gerhard Lampe u. Heidemarie Schumacher, Berlin 1991.

besonders im jungen Bildungsbürgertum Verbreitung fand. Erst jetzt wurde es selbstverständlich, nicht mehr von »Gemeinschaft«, sondern von »Gesellschaft« zu sprechen.⁹¹ Allerdings weist die Zeitgeschichte der Nachkriegszeit hinsichtlich der Rekonstruktion der politischen Ideen und Theorien, ihrer Träger und Förderer, ihrer Wege und ihrer Aufnahme beim Publikum, vor allem im Bildungsbürgertum, gravierende Lücken auf; für die 60er Jahre gilt dieser Befund in verstärktem Maße, denn die Frage nach dem Fortwirken geistiger Traditionen und nach dem Grad der Verwestlichung der Bundesrepublik läßt sich nicht ohne detaillierte ideengeschichtliche Forschungen beantworten.⁹²

Das lockere Netzwerk intellektueller Foren und Medien, von Radioreaktionen, wöchentlich und monatlich erscheinenden Druckerzeugnissen, Verlagen und Buchreihen, den Programmen Evangelischer Akademien⁹³ bis hin zur sehr erfolgreichen Kabarett-Kultur⁹⁴ oder dem neuen politischen Dokumentationstheater (Rolf Hochhuth, Heinar Kipphardt, Peter Weiss), beförderte in den 60er Jahren jedenfalls eine linksliberale und sozialkritische Politisierung der literarischen Intelligenz, auf die Teile der »politischen Klasse« mit einiger Nervosität reagierten. Als der »Spiegel« 1965 unter der Überschrift »Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende« einen Vorabdruck von Rolf Hochhuths Beitrag im erwähnten »Plädoyer für eine neue Regierung« brachte, eine Philippika gegen die

91 Paul Nolte, *Der Verlust der Utopie und die wiedergefundene Mitte. Vorstellungen sozialer Ordnung in der westdeutschen Gesellschaft (1945–1965)*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA) der Ruhr-Universität Bochum*, H. 20, Bochum 1998, S. 298–323; ders., *Broken Utopias: Visions of the Social Order in Modern Germany*, unv. MS 1999, S. 10.

92 S. dazu den Beitrag von Anselm Doering-Manteuffel in diesem Band; zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Fischer-Kontroverse um die Ursachen des Ersten Weltkrieges, die für die Geschichtskultur der 60er Jahre eine erstrangige Bedeutung gewann; vgl. Arnold Sywottek, *Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik*, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. von Imanuel Geiss u. a., Düsseldorf 1973, S. 19–47; Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und Politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1984; vgl. zum allgemeinen Rahmen jetzt Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

93 So waren etwa Wolfgang Abendroth (1961), Ulrich Sonnemann (1963) oder Rudi Dutschke (1966) in der Evangelischen Akademie Loccum zu Gast; vgl. die von der Studienleitung Loccum hrsg. Dokumentation »Loccumer Anstöße. 50 Jahre Forum für gesellschaftspolitischen Diskurs«, Loccum 1996.

94 Vgl. Florian Vaßen, *Politische Lyrik*, in: *Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967*, hrsg. von Ludwig Fischer, München 1986, S. 436–459, hier: S. 444 f.

angeblich systematische Begünstigung des Großunternehmertums durch die Regierung, attackierte Bundeskanzler Erhard bei verschiedenen Gelegenheiten seine intellektuellen Kritiker als »Banausen und Nichtskönner, die über Dinge urteilen, die sie einfach nicht verstehen«, als »ganz kleine Pinscher«, und er sprach von »einem gewissen Intellektualismus, der in Idiotie umschlägt« sowie von »unappetitlichen Entartungserscheinungen der modernen Kunst«⁹⁵.

Die heftigen Reaktionen des Bundeskanzlers waren nur ein besonders deutliches Indiz für Unsicherheiten, Ängste und Widerwillen gegen das neue gesellschaftliche Klima, das sich allmählich ausbreitete. Und es bleibt durchaus noch auszuloten, wie breit und wie tief der Mainstream gehobener linksliberaler Publizistik gesellschaftlich bis zur Mitte der 60er Jahre vordringen konnte. So müssen stets regionale Unterschiede sowie »Ungleichzeitigkeiten« zwischen Großstädten und Provinz in Rechnung gestellt werden, ebenso traditionelle Milieus sowohl konfessioneller Natur als auch der Arbeiterbewegung.⁹⁶ Jedenfalls lassen sich eine ganze Reihe von Indizien anführen, die auf eine virulente politische Abwehr des Reformdranges schließen lassen, selbst wenn man dem »zeitgenössischen Pessimismus«⁹⁷ und Alarmismus der linken Intellektuellen mit einiger Skepsis begegnet. Die Intensivierung der publizistischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und die »Verjährungsdebatten« im Bundestag (1960 und 1965)⁹⁸ ließen gleichzeitig die Forderung nach einem »Schlußstrich« zur – demoskopisch ermittelten – breiten Mehrheitsmeinung der Bundesbürger anwachsen. Die 1964 gegründete Nationaldemo-

95 Zit. nach: Hildebrand (wie Anm. 9), S. 119 f.; Die Worte des Kanzlers. Eine aktuelle Zitatensammlung zum Thema: Der Staat und die Intellektuellen, in: ZEIT – Geschichte der Bonner Republik 1949–1999, hrsg. von Marion Dönhoff u. a., Reinbek 1999, S. 192–198; schon 1963 hatte der CDU-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Josef Hermann Dufhues, gefordert, Kunst solle Kunst bleiben und nicht ins Politische eingreifen; in diesem Zusammenhang hatte er die angeblich meinungsmonopolisierende »Gruppe 47« als »geheime Reichsschrifttumskammer« bezeichnet; zit. nach: Kleßmann (wie Anm. 26), S. 175.

96 Interessanterweise kam es in einem Zeitraum, in dem die »Enttraditionalisierung der proletarischen Lebensweise« (Frank Deppe u. Klaus Dörre, Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert, in: Arbeiter im 20. Jahrhundert [wie Anm. 20], S. 726–771, hier: S. 741; vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984, S. 155 ff.) offensichtlich rasch voranschritt, zur Gründung der »Gruppe 61« als Vereinigung westdeutscher Schriftsteller der Arbeitswelt, die mit Veröffentlichungen von Günter Wallraff, Erika Runge und Max von der Grün enorme literarische Erfolge erzielte; vgl. Glaser (wie Anm. 49), S. 68 f.

97 Schönhoven (wie Anm. 11), S. 131.

98 Vgl. Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des deutschen Bundestages, München/Wien 1999, S. 103 ff.

kratische Partei (NPD)⁹⁹ erzielte mit einer Mischung von nationalistischen Ressentiments »gegen den Ausverkauf Deutschlands« durch »Verzichtspolitiker«, gegen die allgemeine Libertinage und den »Kulturbolschewismus« sowie mit sozialdemagogischen Sentenzen – für mittelständische Verlierer der Modernisierung, gegen die Gewerkschaften und das Bankenkapital – zwischen 1966 und 1968 eine Reihe von spektakulären Wahlerfolgen. Die NPD war aber nur die symbolische Spitze einer rechtspopulistischen Welle in den 60er Jahren, deren gesellschaftsgeschichtliche Analyse noch aussteht.¹⁰⁰ Sie hätte so unterschiedliche Phänomene zu berücksichtigen wie die besonders hartnäckig von Taxifahrern vorgetragene Forderungen nach der Todesstrafe, die offene Feindschaft gegenüber Gastarbeitern, die sich in rüden Schimpfworten äußerte, oder später den blanken Haß, den Teile der Bevölkerung gegenüber linken Demonstranten äußerten. Gerade die Heftigkeit solcher Abwehr-Phänomene lassen die 60er Jahre als Jahrzehnt tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation noch besser verstehen.

III. Zwischen Pragmatismus und Utopie

Die neuen gesellschaftlichen Signaturen am Ende des Wiederaufbaus nötigten die politischen Parteien und Verbände zu einer Überprüfung ihrer jeweiligen Programmatik und deren Präsentation in der gewandelten Öffentlichkeit. Es ging nun nicht mehr vorrangig um grundsätzliche ordnungspolitische Positionen wie im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Parlamentarische Demokratie, »soziale Marktwirtschaft«, europäische Integration und generell die Westoption hatten sich durch ihren Erfolg legitimiert, und mit dem Abtauen des Kalten Krieges verlor auch eine dramatisierende Freund-Feind-Rhetorik an Glaubwürdigkeit. Statt dessen schien nun diejenige politische Partei Führung beanspruchen zu können, die mit glaubwürdigen Konzepten zur Modernisierung und Reformierung der Gesellschaft aufwartete. Seit dem Ende der 50er Jahre schien

99 Vgl. Reinhard Kühnl u. a., *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*, Frankfurt a. M. 1969; Lutz Niethammer, *Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1969; Horst W. Schmollinger, *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, in: *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1983, Bd. 2, S. 1922–1994; vgl. zur Vorläuferpartei der NPD jetzt Oliver Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei*, Frankfurt a. M. u. a. 1998.

100 Einige Hinweise enthielt bereits das rororo-aktuell-Bändchen *Die Restauration entläßt ihre Kinder oder Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik*, hrsg. von Freimut Duve, Reinbek 1968.

diese Kompetenz allmählich an die Sozialdemokratie überzugehen, die mit dem Godesberger Programm »ideologischen Ballast« (Carlo Schmid) abgeworfen hatte und sich erfolgreich als moderne »Volkspartei« mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt als jugendlich wirkendem »deutschen Kennedy« präsentierte. Nicht geringe Besorgnis erweckte bei der CDU/CSU 1964 auch der Empfang einer sozialdemokratischen Delegation unter Fritz Erler durch Papst Paul VI.¹⁰¹, der symbolisierte, daß der katholische Bevölkerungsteil nicht mehr selbstverständlich von der Kirche abgehalten werden würde, »sozialistische« und »liberalistische« Kräfte zu unterstützen, wovon in offiziellen Hirtenbriefen vor den ersten drei Bundestagswahlen gewarnt worden war.¹⁰²

Auch in der CDU gab es in der ersten Hälfte der 60er Jahre Versuche, sich konzeptionell auf die neue gesellschaftliche Situation einzustellen. Adenauers Nachfolger im Bundeskanzleramt, der »gescheiterte Volkskanzler«¹⁰³ Ludwig Erhard, entwickelte 1965 programmatische Überlegungen, derzufolge der immer weiter vordringende Pluralismus partikularer Interessen in ein Konzept der »Verantwortung gegenüber dem Ganzen« eingebunden werden und staatlicher Steuerung ein erhöhtes Gewicht zukommen sollte. Die vom Beraterkreis Erhards dafür gefundene Formel der »Formierten Gesellschaft« erwies sich allerdings als öffentlich derart anstößig und unwillkommene Assoziationen provozierend, daß sie schon sehr bald nicht mehr benutzt wurde.¹⁰⁴ Der Grundgedanke korporativer Integration der Gruppeninteressen einer pluralistischen Gesellschaft begann dagegen zunehmend die Politik zu bestimmen und kennzeichnete nicht zuletzt die Beziehungen im Dreieck von Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.¹⁰⁵

Wenn man den Gesamtzeitraum der 60er Jahre überblickt, so läßt sich – zumal unter Einbeziehung der parlamentarischen Verhältnisse in den

101 Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990, S. 222 f.

102 Erwähnenswert ist es auch, daß Georg Leber bald darauf als erster Sozialdemokrat in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken aufgenommen wurde.

103 Peter Carstens, Der gescheiterte Volkskanzler. Vor dreißig Jahren stürzte Ludwig Erhard, in: FAZ (Wochendbeilage), Nr. 280 vom 30. 11. 1996; vgl. Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 627 ff.

104 Vgl. u. a. Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971, S. 129 ff.; Manfred Hahn, Historiker und Klassen. Zur Grundlegung einer Geschichte der modernen Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York 1976, S. 160 ff.; Heinzgerd Schott, Die Formierte Gesellschaft und das Deutsche Gemeinschaftswerk. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwig Erhards, Phil. Diss. Bonn 1982; Görtemaker (wie Anm. 78), S. 413 ff.

105 S. dazu den Beitrag von Wolfgang Schröder in diesem Band.

Bundesländern¹⁰⁶ – der Eindruck eines demonstrativen Pragmatismus und geradezu einer Ideologie des Ideologieverzichts gewinnen. Im Jahrzehnt der vier Bundeskanzler – Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt – gab es nebeneinander sehr verschiedene politische Regierungskonstellationen und -koalitionen, und die zentralen Wahlplakate etwa der SPD (»Sicherheit JA«) und der CDU (»Unsere Sicherheit«) zur Bundestagswahl 1965 schienen eine Tendenz zur programmatisch nivellierten »Catch all party« (Otto Kirchheimer) anzuzeigen, wie es Ernst Jandl in berühmt gewordenen Versen ein Jahr später ausdrückte: »manche meinen/ lechts und rinks/ kann man nicht/ velwechsern/ werch ein Illtum!«¹⁰⁷ Allerdings läßt sich von der öffentlichen Präsentation der Parteien noch längst nicht umstandslos auf eine Nivellierung der Unterschiede ihrer programmatischen Ziele und organisatorischen Strukturen, der sozialen Angleichung der Mitgliedschaft oder der Wählerklientele schließen, wie dies in retrospektiver Konstruktion bisweilen geschieht.¹⁰⁸

Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD von Ende 1966 bis 1969, dafür vor allem als Beleg herangezogen, wurde von ihren Partnern in erster Linie defensiv begründet, als zeitlich von vornherein begrenzter Ausweg aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen. Während sich die erste wirtschaftliche Rezession 1966/67 nach 16 Jahren ununterbrochenen Aufstiegs in der langfristigen Perspektive rückblickend lediglich als konjunkturelle Delle darstellt, galt sie den Zeitgenossen als deutliches Anzeichen für künftige Gefahren, die nur durch eine breit fundierte und reformbereite Führung in Bonn abzuwehren seien.¹⁰⁹ Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag kamen nach dem Zerfall der Koalition von CDU/CSU und FDP nur zwei Optionen numerisch infrage: eine sozialliberale Regierung von SPD und FDP oder eben eine Große Koalition, für die sich eine Mehrheit in den sozialdemokratischen Führungsgremien fand – wegen der nur knappen Mehrheit von SPD- und FDP-Mandaten im Bundestag, aber wohl vor allem aus prinzipiellen Erwägungen. Als Juniorpartner, so die insgeheime Erwartung, würde die SPD in der gemeinsamen Regierungsverantwortung mit der CDU/CSU auf Bundesebene ihre konzeptionelle und personelle Reife beweisen kön-

106 Vgl. die entsprechenden Daten in Jürgen Hartmann, *Handbuch der deutschen Bundesländer*, Frankfurt a. M./New York 1994.

107 Zit. nach: 50 Jahre Bundesrepublik. Daten und Diskussionen, hrsg. von Eckart Conze u. Gabriele Metzler, Stuttgart 1999, S. 56.

108 S. dazu den Beitrag von Karsten Rudolph in diesem Band.

109 Hinzu kam die Strukturkrise im Bergbau. Im September 1966 demonstrierten 60 000 Bergleute gegen das »Zechensterben« in Bonn; Kleßmann (wie Anm. 26), S. 195 ff.; vgl. Karl Lauschke, *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Jahre der Kohlekrise 1958–1968*, Marburg 1984.

nen, die ihr von dieser stets abgesprochen worden war.¹¹⁰ Das neue Kabinett symbolisierte zugleich einen Aspekt gesellschaftlicher Versöhnung nicht nur der großen politischen Widerlager, wie sie etwa Franz-Josef Strauß (CSU) und Karl Schiller (SPD) als »Plisch und Plum« der Wirtschafts- und Finanzpolitik inszenierten, sondern vor allem konträrer Biographien. Gemeinsam saßen auf der Regierungsbank das »Märzveilchen«, der im März 1933 der NSDAP beigetretene Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, als Ex-Pg aber auch der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller, der frühere kommunistische Spitzenfunktionär Herbert Wehner und Willy Brandt, der als sozialistischer Remigrant in norwegischer Uniform viele Schmähungen hatte über sich ergehen lassen müssen. Nur auf der Basis pragmatischen Hinwegsehens über unterschiedliche Herkünfte konnte ein vor allem »wirtschaftspolitisches Modernisierungsbündnis«¹¹¹ geschlossen werden, in dessen Zentrum gemäß der Regierungserklärung an erster Stelle eine (keynesianische) aktive Konjunkturpolitik und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung stehen sollte.¹¹²

Mit großem Schwung wurde eine »konzertierte Aktion« ins Leben gerufen, ein »Stabilitätsgesetz« (Mai 1967) verabschiedet und die »Mittelfristige Finanzplanung« eingeführt; eine Finanzreform, in welcher das Steueraufkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu aufgeteilt wurde, befreite die Kommunen aus der Abhängigkeit von der Gewerbesteuer. Auf zahlreichen Feldern der Politik begann die Große Koalition parallel dazu mit Reformen.¹¹³ Vieles, was bereits zu Beginn der 60er Jahre keimte, wuchs sich nun zu großen Plänen aus, welche die Infrastruktur der Bundesrepublik nachhaltig modernisieren sollten. In Angriff genommen wurden die Reform kommunaler Verwaltung, die Raumplanung zur forcierten Industrialisierung vormals agrarischer Regionen, Pläne für zahlreiche Kernkraftwerke mit der Perspektive, den Energiebedarf der Bundesrepublik zu einem erheblichen Anteil durch Atomstrom zu befriedigen, der Bau von Großsiedlungen an der Peripherie der Städte, die Expansion höherer Bildung mit einer starken Vermeh-

¹¹⁰ Über die strategischen und taktischen Differenzen in der Führung der SPD vgl. Klaus Schönhoven, Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966, in: Gestaltungskraft des Politischen (wie Anm. 14), S. 379–397.

¹¹¹ Schönhoven (wie Anm. 11), S. 133.

¹¹² Dokumentiert in: Behn (wie Anm. 1), S. 185 ff.

¹¹³ Vgl. Morsey (wie Anm. 7), S. 104 ff.; Kleßmann (wie Anm. 26), S. 203 ff.; Hildebrand (wie Anm. 9), S. 283 ff.; Reinhard Schmoeckel u. Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die Große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Folgen, Bonn 1991; Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1996, S. 170 ff.; Görtemaker (wie Anm. 78), S. 437 ff.

rung der Abiturienten und ein rascher Ausbau des Hochschulwesens mit der Gründung zahlreicher neuer Universitäten und Gesamthochschulen. Begonnen wurde auch mit der Reform des Rechtswesens, die in der Öffentlichkeit, aber auch etwa unter der Richterschaft für dringlich gehalten wurde.¹¹⁴

Selbst die Zulassung einer kommunistischen Partei gelang nach zähen Verhandlungen 1968 und befreite die Bundesrepublik von dem schweren Makel, außer den rechten Diktaturen (Portugal, Spanien, Griechenland) das einzige europäische Land zu sein, in dem Kommunisten nicht legal wirken konnten. Die besondere Reformbereitschaft im Öffentlichen Dienst, aber auch in anderen gesellschaftlichen Institutionen, hing im übrigen sicherlich damit zusammen, daß nun eine neue Generation, diejenige der um 1940 Geborenen, ihren Einzug in gut dotierte und einflußreiche Posten der mittleren Ebene hielt. In keiner anderen Phase der westdeutschen Geschichte herrschte in breiten Kreisen der Bevölkerung eine derart ungebrochen optimistische Sicht auf die Zukunft wie im letzten Drittel der 60er und im ersten Drittel der 70er Jahre. Alles schien machbar, und aus technisch-pragmatischem Denken selbst entstand – in erster Linie in der Sozialdemokratie – eine merkwürdige Steuerungsideologie, die utopischer Züge nicht entbehrte. Als markantes Beispiel sei das Regierungsprogramm des niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel mit dem Titel »Niedersachsen auf dem Weg in das Jahr 2000« genannt, das Worte wie »Planung«, »Planungsvorhaben« und »Gesamtplanung«, »Planungsprozeß«, »Planungsaktivitäten« und »Planungsbeauftragter« geradezu inflationär durchzieht.¹¹⁵ In dieser Perspektive relativieren sich auch die Zäsuren, die mit dem »Stück Machtwechsel«

¹¹⁴ S. dazu den Beitrag von Jörg Requate in diesem Band.

¹¹⁵ Niedersachsen auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen, hrsg. von Ernst Schmacke, Düsseldorf 1971; vgl. auch Waldemar Besson u. a., Perspektiven für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts, Stuttgart u. a. 1968; zuvor schon Deutschland 1975. Analysen, Prognosen, Perspektiven, hrsg. von Ulrich Lohmar, München 1965; eine große Rolle spielten jeweils die Möglichkeiten der EDV, bis hin zu Szenarien, den Schulunterricht teilweise durch Lehrautomaten erteilen zu lassen; daß sich diese technokratische Planungsideologie nicht auf die Sozialdemokratie beschränkte, zeigt sehr deutlich das bayerische Beispiel; vgl. Alfons Goppel, Ein Land plant seine Zukunft, in: Bayern auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen, hrsg. von Ernst Schmacke, Düsseldorf 1971, S. 11–29; erkundet wird dies von einem Projekt des IFZ; vgl. Thomas Schlemmer, Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 46 (1998), S. 311–325; zur Zukunftsforschung der 60er Jahre im westeuropäischen Kontext vgl. Alexander Schmidt-Gernig, Die gesellschaftliche Konstruktion der Zukunft – westeuropäische Zukunftsforschung und Gesellschaftsplanung zwischen 1950 und 1980, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien 18 (1998), S. 63–84.

(Gustav Heinemann) durch die Ablösung der Großen durch die sozial-liberale Koalition 1969 scharf markiert schienen.¹¹⁶

Viele Zeitgenossen sahen die Große Koalition allerdings durchaus nicht als reformfreudiges Modernisierungsbündnis an, sondern fürchteten sie als Etappe auf dem Weg in eine manipulierte Gesellschaft und in totale politische Konformität.¹¹⁷ Das Fehlen einer nennenswerten Opposition im Bundestag, wo allein die kleine FDP-Fraktion die Regierung kontrollieren sollte, wurde in vielen Kommentaren kritisiert, und die Ankündigung einer Wahlrechtsreform mit dem Ziel der Einführung des Mehrheitswahlrechts, propagiert als Mittel zur Schaffung klarer parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse, erschien in dieser Sicht als perfide Ausschaltung jeglicher Konkurrenz gegen die Bonner Großparteien.¹¹⁸ Vor allem die seit Beginn der 60er Jahre intern erörterten und im Mai 1968 verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen für den Fall eines staatlichen Notstandes¹¹⁹ paßten in das Bild von der Vorbereitung eines von gleichgeschalteten Massenmedien unterstützten autoritären Staates als »neues ›33‹«, wie es von Anhängern der sich verbreiternden Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf Transparenten allen Ernstes behauptet wurde. Allerdings teilte auch der Philosoph Karl Jaspers diese düstere Sicht und stieß damit beim bildungsbürgerlichen Publikum auf große Resonanz.¹²⁰ Das z. T. sehr harte Eingreifen der Polizei bei Demonstrationen diente als quasi empirischer Beleg für die Gefahren, die der Demokratie von den Regierenden in Bonn drohten.¹²¹

Das Empfinden, einen politischen Abwehrkampf gegen die autoritäre Umformung von Staat und Gesellschaft zu führen, gehörte zwar zum Selbstverständnis vieler APO-Aktivist¹²², aber unter historischer Ko-

116 Vgl. etwa – hinsichtlich der Sozialpolitik – die Überlegungen zur Periodisierung von Hans Günter Hockerts, *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates*, in: *Zäsuren nach 1945* (wie Anm. 6), S. 35–45, hier: S. 38–40; s. dazu den Beitrag von Michael Ruck in diesem Band.

117 Kleßmann (wie Anm. 26), S. 203.

118 Die SPD distanzierte sich bald von diesem gemeinsamen Vorhaben.

119 Vgl. Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Prozeß (1958–1968)*, Bonn 1986; Maren Krohn, *Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze*, Köln 1981.

120 Vgl. Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München 1966, S. 154; Harry Pross, *Erhard oder Jaspers? (1966)*, in: ders., *Politik und Publizistik in Deutschland seit 1945. Zeitbedingte Positionen*, München 1980, S. 157–174; Ralf Kadereit, *Karl Jaspers und die Bundesrepublik Deutschland. Politische Gedanken eines Philosophen*, Paderborn u. a. 1999.

121 Zum Selbstverständnis der Polizei s. den Beitrag von Klaus Weinbauer in diesem Band.

122 Vgl. zur Geschichte der APO u. a. Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–*

stümierung – vor allem die 20er Jahre waren bevorzugter Ausstatter – überwog doch 1968, in jenen »sonderbar leichten Tagen der Euphorie«¹²³, das Selbstvertrauen, offensiv überlebte und »verkrustete« Zustände zu bekämpfen und überwinden zu können. Utopien für eine libertäre Gesellschaft hatten Konjunktur, die Schriften der Befreiungsbewegungen der »Dritten Welt« (von Franz Fanon bis Che Guevara) faszinierten¹²⁴, und die Frühschriften von Marx sowie vergessener »undogmatischer« Marxisten, vor allem die wiederentdeckten Texte kritischer Theoretiker aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts galten als nützlicher Traditionsbestand, aus dem Anleitungen für eine radikale Gesellschaftsveränderung zu entnehmen wären.¹²⁵

Die Bedeutung der diffusen Protestbewegung, die sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre international und transatlantisch ausbreitete – sie ist bisher erst in Ansätzen analysiert worden¹²⁶ –, lag wohl im Zusammenreffen, für einen kurzen historischen Moment sogar in der Verschmelzung von politischer Bewegung und einer auch kommerziell expansiven jugendlichen Gegenkultur – eine »Kernfusion von Gegenkultur und Kul-

1970, Frankfurt a. M./New York 1980; Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983.

123 Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948*, Frankfurt a. M. 1997, S. 84; vgl. zur literarischen Reflektion Ulrich Schmidt, *Zwischen Aufbruch und Wende. Lebensgeschichten der sechziger und siebziger Jahre*, Tübingen 1993.

124 Vgl. Ingo Juchler, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt*, Berlin 1996.

125 Zur Rezeption der kritischen Theorie vgl. *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995*, Bd. 1: Chronik; Bd. 2: Dokumente; Bd. 3: Aufsätze und Register, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, Frankfurt a. M. 1998; Clemens Albrecht u. a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a. M./New York 1999; s. dazu den Beitrag von Claus Krohn in diesem Band.

126 Vgl. vor allem die beiden Sammelbände 1968 – *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey, Göttingen 1998 (darin vor allem der Beitrag von Jakob Tanner zur »subkulturellen Dynamik« der '68er-Bewegung); 1968. *The World Transformed*, hrsg. von Carole Fink u. a., Cambridge University Press 1998; für Westdeutschland ist bisher wenig bekannt über die Geschehnisse abseits der großen Universitäten (vgl. die Dokumentation: 1968 am Rhein. *Satisfaction und Ruhender Verkehr*, hrsg. von Kurt Holl u. Claudia Glunz, Köln 1998 und *Westfälische Forschungen*, Bd. 48, 1998, mit dem Rahmenthema: »Der gesellschaftliche Ort der '68er« Bewegung«; einen bibliographischen Überblick vermitteln Philipp Gassert/Pavel A. Richter, 1968 in *West Germany. A Guide to Sources and Literature of the Extra-Parliamentarian Opposition*, Washington D. C. [German Historical Institute] 1998) und über die Ausstrahlung der Proteste in verschiedene gesellschaftliche Institutionen: Schulen, Zeitungsredaktionen, Kirchengemeinden, gewerkschaftliche Jugendgruppen usw.

turindustrie«¹²⁷. Die Wirksamkeit des politischen Protests basierte vor allem auf seiner ästhetischen Stilisierung und Vermittlung durch die Massenmedien¹²⁸ – eine »Konvergenz von Protestgeneration und Popkultur«, die sich in den »Kindern von Marx und Coca-Cola« (so der Titel eines bekannten Films von Jean-Luc Godard aus dem Jahr 1967) personifizierte.¹²⁹ Dieser Zusammenhang läßt den schon von manchen Zeitgenossen erhobenen politischen Vorwurf des Antiamerikanismus gegen die »68er-Bewegung« jedenfalls als ebenso wenig erklärungshaltig erscheinen wie ihre Abstempelung als antiliberaler rückwärtsgewandte Romantiker und »Widertäufer der Wohlstandsgesellschaft«¹³⁰. Solche ideologischen Ele-

- 127 So Walter Grasskamp in seinem erhellenden Essay »Die große Maskerade. Kritik der Kulturrevolution«, in: ders., *Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik*, München 1995, S. 11–54, hier: S. 17; vgl. Matthias R. Schmidt, *Bob Dylan und die sechziger Jahre. Aufbruch und Abkehr*, Frankfurt a. M. 1983; Klaus Schröder, *Der kurze Sommer der Revolte, in: Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zu Philosophie, Gesellschaft und Politik. Hellmuth G. Bütow zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Werner Süß, Berlin 1990, S. 307–315; Christoph Kleßmann, *1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution?*, in: *Revolution in Deutschland? 1789–1989*, hrsg. von Manfred Hettling, Göttingen 1991, S. 90–105.
- 128 Vgl. zuletzt Bernd Sösemann, *Die 68er Bewegung und die Massenmedien*, in: *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Jürgen Wilke, Köln u. a. 1999, S. 672–697.
- 129 Einige Beachtung hat in diesem Zusammenhang bisher vor allem die literarische Verarbeitung gefunden; vgl. *Gegenwartsliteratur seit 1968*, hrsg. von Klaus Briegleb u. Sigrid Weigel, München 1992; Klaus Briegleb, *1968. Literatur in der antiautoritären Bewegung*, Frankfurt a. M. 1993; *Deutsche Literatur der 60er Jahre*, hrsg. von Klaus Wagenbach, Berlin 1994; *Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv*, Marbach 1998; vgl. auch die schmale Dokumentation des letzten Konzerts von Jimi Hendrix auf der Insel Fehmarn 1970, in: *Jimi Hendrix und der Sturm auf Fehmarn*, hrsg. von Thorsten Schmidt, Bremen 1997.
- 130 Die Widertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Diagnosen, hrsg. von Erwin K. Scheuch, Köln 1968; vgl. Heinz-Dietrich Ortlieb, *Die mißverstandene Revolte. Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte*, Hamburg 1968; Richard Löwenthal, *Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärtsgewandten Revolte*, Stuttgart 1970; vgl. für diese Deutung auch Ernst Nolte, *Studentenbewegung und »Linksfaschismus« (1970)*, in: ders., *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*, Stuttgart 1977, S. 237–252; Lothar Voigt, *Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er-Studentenbewegung*, Wiesbaden 1991; umgekehrt wurde der 68er-Bewegung schon früh ein »Konformismus der Modernität« vorgeworfen, der wertvolle Potentiale traditioneller Autorität einfach habe alt aussehen lassen (Andreas von Weiss, *Die Neue Linke. Kritische Analyse*, Boppard 1969, S. 151); abschließbar ist die seit 1968 darüber geführte Debatte nicht, da sie sehr eng mit jeweiligen politischen Gegenwartsinteressen verbunden ist.

mente waren zwar anzutreffen, aber hauptsächlich ging es doch um die Durchsetzung von Emanzipationsansprüchen, einer umfassenden Demokratisierung und eines als jugendlich und modern empfundenen Lebensstils, in welchem den von der Kulturindustrie angebotenen Produkten ein hoher Stellenwert zukam.¹³¹ Letztlich wurde die politische Westorientierung der Bundesrepublik gegen bildungsbürgerliche Sonderideologien nun auch massenkulturell breit fundiert.¹³² Die Protestbewegung fungierte insgesamt – weithin unbewußt oder wider Willen – vor allem als Agent einer dynamischen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur¹³³, die allerdings, wie noch einmal betont werden soll, in breitem Ausmaß bereits ein Jahrzehnt zuvor begonnen hatte.¹³⁴ In dieser Perspektive waren die gesamten 60er Jahre eine Phase gesellschaftlichen Umbruchs und reformerischer Aufbrüche, die an ihrem Ende eine kumulative Radikalisierung erfuhren und zu einer Gesellschaft führten, die hinsichtlich der erreichten zivilisatorischen Modernität von der Zeit des Wiederaufbaus mindestens ebenso weit entfernt scheint wie diese von der Jahrhundertwende.

Als ein besonders markanter Zeitraum gesellschaftlicher Transformation endeten die 60er Jahre natürlich nicht am Silvesterabend 1969. Politisch emblematisiert durch Wahlparolen wie die der SPD zur Bundestagswahl jenes Jahres – »Wir schaffen das moderne Deutschland« – zeigten sich Zukunftsgewißheit und Reformeuphorie noch in voller Blüte, und die nach knappem Wahlausgang installierte sozialliberale Koalition segel-

131 Vgl. Erich Straßner, 1968 und die sprachlichen Folgen, in: Sprache und politische Kultur in der Demokratie. Gedenkschrift für Hans Gerd Schumacher, hrsg. von Dieter Emig u. a., Frankfurt a. M. u. a. 1992, S. 241–261.

132 Selbstverständlich gab es keine »Stunde Null« vor allem für den amerikanischen Einfluß auf die Massenkultur in den 60er Jahren, sondern Vorlaufprozesse in der Zwischenkriegszeit sowie nach dem Zweiten Weltkrieg; vgl. dazu als Überblick u. a. Anselm Doering-Manteuffel, Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: AfS 35 (1995), S. 1–34; Einleitung, in: Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Alf Lüdtke u. a., Stuttgart 1996, S. 7–33; Bernd Greiner, »Test the West«. Über die »Amerikanisierung« der Bundesrepublik Deutschland, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 6 (Okt./Nov. 1997), S. 4–40.

133 Vgl. das immer noch lesenswerte Kapitel »Die tatsächlichen Erfolge«, in: Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1969, S. 28 ff.

134 Vgl. den Essay von Hermann Rudolph, Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre, in: Zäsuren nach 1945 (wie Anm. 6), S. 141–151, der dieses Argument für eine Polemik gegen die Bewegung von »'68« instrumentalisiert; vgl. auch ders., Eine Zeit vergessener Anfänge: Die 69er Jahre, in: Politische Kultur und deutsche Frage, hrsg. von Werner Weidenfeld, Köln 1989, S. 59–72.

te zunächst mit dem Wind einer neuen Zeit.¹³⁵ Aber es mehrten sich bald die Stimmen, die vor den »Grenzen des Wachstums« warnten, bevor – diesmal ganz ohne Wechsel der politischen Koalition in Bonn und ironischerweise im Denkmalschutzjahr 1973¹³⁶ – jene »Tendenzwende« durchschlug¹³⁷, welche den planerischen Optimismus und utopischen Überschuss der vorherigen Dekade rasch verblassen ließen. Dies war wohl eine Voraussetzung dafür, einige Jahre später »'68« zu einem positiv oder negativ besetzten Mythos zu adeln, der die Geschichte der 60er Jahre für einige Zeit überdeckte.

135 Vgl. zur Chronologie der politischen Ereignisse Arnulf Baring (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker), *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982; Karl Dietrich Bracher u. a., *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986; illustrativ zu den 70er Jahren: Wild und zahm. *Die siebziger Jahre*, hrsg. von Gabriele Dietz u. a., Berlin 1997.

136 Zur kulturhistorischen Zäsur des Denkmalschutzjahres 1973 vgl. Michael Mentchies, *Die Tradition der Traditionslosigkeit*, in: *Die alte Stadt* 25 (1998), S. 245–271.

137 Durch nichts wurde diese Zäsur wohl so eindrücklich symbolisiert wie durch die Fahrverbotssonntage infolge der »ersten Ölkrise«; vgl. Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996; vgl. Görtemaker (wie Anm. 78), S. 563 ff.

Arnold Sywottek

Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren

Leichter als für die Bundesrepublik Deutschland lassen sich für die DDR die 60er Jahre als Entwicklungsphase profilieren. In diesem Jahrzehnt zeigten sich die Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch -grenzen des seit 1945 zwischen Elbe und Oder im Rahmen des sowjetischen Imperiums errichteten politischen und Gesellschaftssystems. Zu Beginn der 60er Jahre wurde die DDR gleichsam ein zweites Mal gegründet, jetzt – im Unterschied zum grenzoffenen, durchaus auf Ausdehnung nach Westen ausgelegten provisorischen Teilstaat – als geschlossener, vorrangig auf die innere Konsolidierung und Effektivierung gerichteter eigenständiger Staat mit dem Anspruch auf Dauerexistenz.¹ Die Legitimation von außen als zweiter deutscher Staat neben der Bundesrepublik Deutschland wurde zu einem zentralen Ziel seiner Führung.² Als dieses Ziel zu Beginn der 70er Jahre erreicht war, überschritt die DDR ihren Zenit. So jedenfalls erinnerten sich manche Zeitgenossen, und wissenschaftliche Analysen haben diese Erinnerungen bestätigt – nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die gesellschaftliche und politische Entwicklung, für die seit Mitte der 70er Jahre Stagnation und schließlich Zerfall kennzeichnend war.³ Die 60er Jahre waren dagegen ein Jahrzehnt

- 1 Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1997; vgl. auch Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, München 1999, S. 223.
- 2 Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995.
- 3 Gerhard Schürer, *Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung*, in: *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, hrsg. von Eberhard Kuhrt u. a. im Auftrag des Bundesministeriums des Innern,

konzentrierter, reformstimulierter und -begleiteter, meßbarer Leistungssteigerung in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht gewesen.

Darüber, wann in der DDR die 60er Jahre begannen, läßt sich lange streiten. Ohne Einwand wird man den 13. August 1961 als Zäsur nennen können – den Tag, an dem die DDR-Führung West-Berlin einzäunen ließ, um die störenden Einflüsse dieses »Pfahls im Fleische« der DDR – so auch das Westberliner politische Selbstverständnis – zu unterbinden.⁴ Damit änderten sich nicht nur politische und wirtschaftliche Verhältnisse, sondern für nicht wenige Menschen in Deutschland auch die privaten Beziehungen. Über 2,5 Millionen Menschen hatten seit 1949 die DDR, meistens auf dem Wege über die offene Grenze in Berlin, verlassen, weil sie für sich im »Westen« eine bessere Lebensperspektive sahen.⁵ Dieser »Republikflucht«, wie die nicht genehmigte Westwanderung seit 1953 in der DDR genannt wurde, ein Ende zu setzen, war das Hauptziel der Sperrmaßnahmen. Die Zahl der »Republikflüchtigen« hatte seit 1960 nach einem Rückgang 1959 wieder zugenommen. Angst vor einer Schließung des Schlupflochs West-Berlin im Zuge der seit Ende 1958 schwelenden Berlin-Krise – die sowjetische Regierung forderte nachdrücklich, den Viermächte-Status der Stadt im Interesse auch der DDR zu ändern – mag die Bereitschaft mancher Ostdeutscher verstärkt haben, die DDR zu verlassen. Die Bedrängung von »Grenzgängern«, ihre Arbeitsplätze in West-Berlin aufzugeben, und schließlich die fast völlige Überführung des agrarischen Besitzes in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) im Jahre 1960 im Zuge des »Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande« dürften zu diesem erneuten Anstieg beigetragen haben.⁶

Den Hintergrund dieser Maßnahmen und der Reaktionen in der DDR-Bevölkerung lieferte die Intensivierung der wirtschaftlichen Anstrengungen, für die im 1958 beschlossenen Siebenjahresplan (1959–1965) ehrgeizige Ziele gesetzt worden waren. Dieser Plan war auf entsprechende Ziele in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) abgestimmt, dem seit 1957 Aufgaben der wirtschaftlichen Integration der Volkswirtschaften unter sowjetischem Schutz zugewiesen worden waren. Der erfolgreiche Start des »Sputnik«, des er-

Opladen 1999, S. 61–99; Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, hrsg. von Konrad Jarausch u. Martin Sabrow, Göttingen 1999.

4 Der Bau der Mauer durch Berlin. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Bonn 1961.

5 Genauere Erhebungen bei Volker Ackermann, Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995.

6 Lemke (wie Anm. 2).

sten Erdsatelliten im Weltraum im Oktober 1957, hatte den Glauben an die prinzipielle Überlegenheit des sowjetischen Volkswirtschaftsmodells beflügelt und zog die verstärkte Angleichung der staatswirtschaftlichen Systeme in den Ländern des Sowjetunion-Imperiums nach sich.⁷

In der DDR waren entsprechende Reorganisationen des seit 1947/48 etablierten Systems der nahezu völlig staatlicher Verfügung unterliegenden Volkswirtschaft 1958 auch mit der Perfektionierung der sonstigen zentralstaatlichen Verwaltung verquickt. 1957/58 wurden die Kommunen zu »örtlichen Organen der Staatsmacht« erklärt und der Weisung und Kontrolle der vorgeordneten Instanzen unterworfen, vor allem den Räten der Bezirke, die 1952 an die Stelle der bis dahin bestehenden Länder getreten waren.⁸ Zugleich wurde zwar auch die Verbindung zwischen den Kommunen und der Volkskammer, dem Zentralparlament der DDR, verstärkt, doch kam diesem Strang der Willensbildung eher symbolische Funktion im Zuge der Straffung der Staatsverwaltung zu.

Nicht nur eine symbolische, sondern im Feld der zentralen Kommunalpolitik durchaus folgenreiche Änderung trat 1960 mit der Errichtung des Staatsrates der DDR als kollektivem Staatsoberhaupt ein.⁹ Vorsitzender des 40köpfigen, aus Angehörigen aller in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen zusammengesetzten Gremiums wurde der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht. Wie zuvor und weiterhin seine sonstigen Funktionen, besonders die des Ersten Sekretärs (bis 1971), nahm er das höchste staatliche Amt nicht nur als Repräsentationsaufgabe wahr, sondern griff von dieser Position her in die politische Willensbildung und das staatliche Handeln ein. Die 60er Jahre lassen sich als Kulminationsphase der »Ära Ulbricht« charakterisieren.

Bis 1960 hatte Walter Ulbricht (1893–1976) in staatlichen Ämtern formal stets in der zweiten Reihe gestanden – hinter dem ehemaligen KPD- und dann SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck (1886–1960), der seit 1949 in landesväterlichem Stil als Staatspräsident amtiert hatte, und hinter dem ehemaligen Ostzonen-SPD- und SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl (1894–1964), der 1949 zum Ministerpräsidenten bestellt worden war und dieses Amt bis 1964 bekleidete, aber krankheitsbedingt oft ausfiel. Ohnehin lag das politische Machtzentrum in der DDR wie in allen anderen kommunistisch regierten Staaten nicht in der Regierung, sondern in der

7 Siehe die Übersicht bei Janos Kornai, *Das sozialistische System: die politische Ökonomie des Sozialismus*, Baden-Baden 1995.

8 Herwig Roggemann, *Kommunalrecht und Regionalverwaltung in der DDR. Einführung in das Recht der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke*, Berlin 1987.

9 Peter Joachim Lapp, *Der Staatsrat im politischen System der DDR (1960–1971)*, Opladen 1972.

Führung der kommunistischen Partei. Zu einer solchen war die SED spätestens im Januar 1949 durch die Übernahme der bolschewistischen Prinzipien der »Partei neuen Typs« geworden, und dem damals errichteten Politischen Büro stand Ulbricht seitdem praktisch vor.¹⁰ Nachdem er 1952 das Signal zum »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« gegeben und mit der daraus bekräftigten Politik des »verschärften Klassenkampfes« zur Destabilisierung des jungen Staates beigetragen hatte, sollte er 1953 abgelöst werden, blieb aber infolge des republikweiten Aufstands im Juni 1953 in seinen Funktionen.¹¹ Er überstand auch die »Entstalinisierung« 1956/57, die in anderen kommunistisch regierten Staaten neues Personal in die Führungen gebracht hatte. Am Ende war er der dienstälteste amtierende Chef einer kommunistischen Partei in Europa. Seine erkennbar von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des deutschen Kaiserreichs geprägten Vorstellungen – 1912 war er der SPD beigetreten, bevor er zur USPD und 1919 dann zur KPD wechselte – spiegelten sich nicht zuletzt in den Arbeitsfeldern, in denen er sich als Staatsratsvorsitzender engagierte: in der Kommunal- und Jugendpolitik.

Zu den Fragen, die nicht mit einfachen Hinweisen auf seine persönlichen Erfahrungen zu beantworten sind, gehört das Problem der Legitimation der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Staat war zwar auch auf Drängen Ulbrichts von der sowjetischen Besatzungs- und Schutzmacht ins Leben gerufen worden, nachdem sich in Westdeutschland die Bundesrepublik konstituiert hatte.¹² Die DDR wurde aber ebenso wie zuvor die Bundesrepublik als gesamtdeutscher Staat, allerdings nicht als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches definiert. Schon vor der Gründung der DDR war abzusehen gewesen, daß ihr Staatsgebiet auf die Sowjetische Besatzungszone und allenfalls den sowjetischen Sektor von Berlin beschränkt sein würde, und schnell war deutlich geworden, daß die DDR in Westdeutschland keine Sympathien gewann. Wiederholte Auf-

10 Präzise Darstellung jetzt bei Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn u. a. 2000, S. 306 ff. Zu Ulbricht siehe die in mancher Hinsicht unkritische Biographie von Norbert Podewin, *Walter Ulbricht. Eine neue Biographie*, Berlin 1995.

11 Siehe dazu Rudolf Herrnstadt, *Das Herrnstadt-Dokument: Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, bearb. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Der Tag X – 17. Juni 1953: Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952–54*, Berlin 1995.

12 Für den Stand der Diskussion um Differenzen zwischen der sowjetischen und der SED-Führung siehe Elke Scherstjanoi, *Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen, in: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR*, hrsg. von Dierk Hoffmann u. Hermann Wentker, München 2000, S. 39–54.

forderungen aus der DDR, die »Deutschen« sollten sich »an einen Tisch« setzen und über die Aufhebung der staatlichen Teilung Deutschlands verhandeln, blieben ohne Resonanz – nicht zuletzt auch deshalb, weil die DDR-Seite erkennen ließ, daß es ihr immer auch darum ging, möglichst viel von ihren Herrschaftsstrukturen und von den damit verbundenen sozialökonomischen Verhältnissen, vor allem die während der sowjetischen Besetzung verstaatlichte Industrie, zu bewahren.¹³

Mit der Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO 1955 und der DDR in die kurz darauf geschaffene Warschauer Vertragsorganisation (WVO) schwanden die Aussichten auf die baldige Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staates weiter, und es war Walter Ulbricht, der am 31. Januar 1956 eine neue Variante für die nach wie vor zum politischen Programm auch der DDR gehörende »deutsche Einheit« öffentlich zur Sprache brachte: die »deutsche Konföderation«, zu der sich die beiden deutschen Staaten für längere Zeit über die jetzt festgefügtten Militärblocke hinweg zusammenfinden sollten.¹⁴ Der Vorschlag dürfte auch von einer privaten Mission des bundesrepublikanischen Finanzministers Fritz Schäffer (CSU) beeinflusst gewesen sein.¹⁵ Für die DDR enthielt dieses Konzept vor allem ein höheres Maß an Bestandssicherheit, als sie die gegebene internationale Lage und vor allem das deutsch-deutsche Verhältnis mit der offenen Grenze boten. Doch auch dieser Vorschlag blieb im Westen ohne handlungsrelevante Resonanz¹⁶; die erwähnte Konzentration der sowjetischen und der DDR-Führung auf das Berlin-Problem, das bei den Staatsgründungen 1949 offengeblieben war, kann als Versuch, die neue Konstellation durch Grenzbegrädigung abzurunden, interpretiert werden.

Offen ist bis heute auch die Frage, welche Motive die DDR-Führung 1960 bestimmten, die 1952 eingeleitete Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu forcieren und den »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande« anzustreben.¹⁷ Waren

13 Dazu über einen wichtigen westdeutschen Verständigungspolitiker Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1998, S. 714 ff.

14 Für die ausführliche Erläuterung siehe Walter Poeggel, Die deutsche Konföderation. Eine theoretisch-politische und völkerrechtliche Studie, Berlin (DDR) 1964.

15 Hanns Jürgen Küsters, Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin, in: VfZ 40 (1992), S. 107–153.

16 Gewisse Anklänge fanden sich im Deutschland-Plan der oppositionellen SPD von 1959.

17 Olaf Zinke, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspoli-

es wirtschaftliche Sachzwänge, in die sich die bisherige Agrarpolitik mit der schikanösen Benachteiligung der privat wirtschaftenden Bauern gebracht hatte? Daß bei der »Kollektivierung« mindestens kurzfristig eine Beeinträchtigung der Versorgung eintreten würde, war nach den Anfangerfahrungen mit dieser Strategie 1952/53 abzusehen. Oder war es die ideologisch-programmatische Sozialismus-Orientierung, gemäß der die Eigentums- und Verfügungsverhältnisse möglichst schnell denen in der Sowjetunion angeglichen werden sollten? Die sowjetische Kolchose freilich wurde für die in verschiedenen Genossenschaftstypen organisierte Landwirtschaft der DDR nicht zum Modell. Nichtsdestoweniger wurde mit dieser Maßnahme radikale und risikobereite Entschlossenheit demonstriert. Im Unterschied zur Volksrepublik Polen, wo ein Teil der zuvor gebildeten Landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften in Einzelwirtschaften zurückverwandelt wurde, sollte in der DDR die bäuerliche politische Opposition beseitigt und zugleich die Leistungssteigerung in der Landwirtschaft gefördert werden. Gegen Ende der 60er Jahre konnten Erfolge dieser Strategie registriert werden: Die DDR war als einziges kommunistisch regiertes Land gewissermaßen autark in der nach zeitgenössischen Maßstäben guten Versorgung mit agrarischen Erzeugnissen.¹⁸ Die betriebliche Struktur und die Zusammensetzung sowie fachliche Qualifikation der in der Landwirtschaft Tätigen hatte sich durch Techniker und Buchhalter erheblich verändert, und mindestens für viele in den Genossenschaften verbliebene ehemalige Kleinbauern hatte sich der Lebenszuschnitt spürbar verbessert.¹⁹

Die Frage, ob sich ein solches Ergebnis auch auf anderem Wege hätte erzielen lassen, ist bis zu einem gewissen Grade müßig. Denn die Alternativen zur in der DDR eingeleiteten Modernisierung der Landwirtschaft, wie sie z. B. in der Bundesrepublik mit am Ende höheren Erträgen und höherer Produktivität gefunden wurden, hatten eine Konzentration im privaten Bodeneigentum zur Folge – ein Zustand, den zu vermeiden grundsätzliches Ziel der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in der DDR war.²⁰

tisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999, und die Fallstudie von Arnd Bauerkämper, Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: GG 25 (1999), S. 556–588 (mit weiteren Hinweisen).

18 Vgl. zeitgenössische Beurteilungen in: DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, hrsg. von Konrad Merkel, Köln 1972.

19 Antonia Maria Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1999.

20 Vgl. den Beitrag von André Steiner in diesem Band.

Im Einzelhandel sowie im Handwerk und in der noch in Privatbesitz verbliebenen Industrie hatte die DDR-Führung schon Mitte der 50er Jahre Entwicklungen eingeleitet, die die Kapitalanhäufung in Privathand ausschlossen. Kommissionshandel, Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Produktionsgenossenschaften des Handwerks sorgten dafür, daß die Volkswirtschaft auch in den noch auf Privatinitiative beruhenden Bereichen nicht nur staatlicher Lenkung sondern auch betriebswirtschaftlicher Kontrolle unterworfen blieb.²¹ Dem Problem der Ineffizienz durch die Fernsteuerung der nur örtlich relevanten staatlichen »volkseigenen« Industriebetriebe wurde dadurch Rechnung getragen, daß ihre Leitung 1958 den »örtlichen Organen der Staatsmacht« übertragen wurden.²²

Diese Reorganisation in einem kleinen Teil der Volkswirtschaft war nur eine Maßnahme im Zuge recht häufiger Änderungen der Verwaltungsstrukturen, mit denen die DDR-Führung meistens in Nachahmung sowjetischer Vorbilder ihren Weg zu zweckmäßiger plangemäßer Lenkung der Wirtschaft suchte. Die Kosten, die die mehrmaligen Neugestaltungen der Lenkungsapparate erzeugten, und die Einbußen, zu denen sie jeweils vorübergehend führten, sind nie berechnet worden. Einhellig gelangten aber schon zeitgenössische Analysen zu der Beurteilung, daß die Planziele im Siebenjahrplan zu hoch gesteckt waren²³; ihre Revision mündete in einen neuen differenzierteren Ansatz der Planerstellung sowie im Nachdenken über eine Neuordnung der Kompetenzen und Aufgaben der einzelnen Instanzen und Ebenen des Wirtschaftssystems, in dem zwar Ende der 50er Jahre für die zentrale Steuerung die administrativen Voraussetzungen vorhanden waren, das sich jedoch in seiner starren Hierarchie als zu unflexibel erwies.²⁴ Entsprechende Diskussionen, die das Nachdenken über volks- und betriebswirtschaftliche Probleme auf ein höheres theoretisches Niveau hoben, und zahlreiche Teilentscheidungen

21 Hannsjörg F. Buck, Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/2, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 1070–1213; Heinz Hoffmann, Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972, Stuttgart 1999.

22 Wie Anm. 8.

23 Karl C. Thalheim, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964.

24 Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (DDR) 1978.

beschäftigten die politischen Entscheidungsgremien die gesamten 60er Jahre hindurch.²⁵

Andere Entscheidungen fielen schneller und wirkten sich unmittelbar auf das Leben der Bevölkerung aus. Dazu zählte die Einführung der Wehrpflicht (für Männer) im Januar 1962 als Folge des als Schutzmaßnahme gegen eine militärische Aggression des »Westens« ausgegebenen Mauerbaus.²⁶ Im Unterschied zur von vornherein als Wehrpflicht-Armee 1956 errichteten Bundeswehr war die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR bis dahin ein Berufssoldaten-Heer gewesen, wahrscheinlich im realistischen Kalkül dessen, daß die Wehrpflicht die Zahl der jugendlichen Abwanderer erhöhen würde. Daß auch die Wehrpflicht das ohnehin knappe Arbeitskräftepotential schmälerte, wurde offenbar in Kauf genommen. Motive für die Einführung der Wehrpflicht dürften weniger im Streben nach militärischer, denn nach innerer politischer Sicherheit gelegen haben. Mit der Einführung von »Bausoldaten«-Einheiten in der NVA 1964 sollte in der DDR der allenthalben in Deutschland zunehmenden Verweigerung des Dienstes mit der Waffe Rechnung getragen werden.²⁷

Der politischen Sicherheit nach innen galt auch die im Frühjahr 1962 in Gang gesetzte breite öffentliche Diskussion über das »Nationale Dokument«, der offensichtlich zugeordnet war, noch vorhandene Erwartungen in der Bevölkerung auf eine baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu dämpfen. Das »Nationale Dokument«, war vom Nationalrat der »Nationalen Front des demokratischen Deutschland«, der Dachorganisationen aller politischen und Interessen-Verbände, beraten und beschlossen worden; es beschrieb die sozialökonomisch unterschiedlichen Wege, die die DDR und die Bundesrepublik bisher gegangen waren, sagte ein langes Nebeneinander der Zweistaatlichkeit voraus und nannte wiederum die »deutsche Konföderation«, der sich auch West-Berlin als selbständige politische Einheit anschließen könne, als Organisationsform für die friedliche Koexistenz von Ost- und Westdeutschland.²⁸

Eine breite öffentliche Diskussion galt zur gleichen Zeit dem Thema »Die Frau – der Frieden und der Sozialismus« – eine Propaganda-Kampagne, die auf die verstärkte Gewinnung von Frauen für eine qualifizierte

25 Vgl. die vielbändige, seit 1964 erscheinende Schriftenreihe »Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und Hinweise bei André Steiner in diesem Band.

26 Werner Ton u. a., Geschichte der Nationalen Volksarmee, 2. erweiterte u. ergänzte Auflage, München 1996; Dirk-Arne Walckhoff, Der 13. August 1961 in der Traditionsarbeit der Grenztruppen der DDR, Hamburg 1996.

27 Uwe Koch, Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee. Eine Übersicht über den Forschungsstand, Magdeburg 1997.

28 Abgedruckt in ZfG 10 (1962), S. 776 ff.

Berufsausbildung und für die außerhäusliche Berufstätigkeit zielte.²⁹ Schon in den Jahren zuvor war versucht worden, Arbeitskräftedefizite durch die vermehrte Beschäftigung von Frauen auszugleichen; jetzt wurde die berufstätige Frau zu einer wichtigen Komponente des intensiv ausgemalten Leitbildes der relativ homogenen, aber noch in unterschiedlichen Klassen differenzierten »sozialistischen Gesellschaft«.³⁰

Zentrale Bedeutung kam dabei der Jugend zu, wie der SED-Führung aus eigener Erfahrung bekannt war, und sie hat besonders in der ersten Hälfte der 60er Jahre erkennbar um sie geworben. Diese Werbung konnte nicht nur auf ein selbst in Westdeutschland respektvoll kommentiertes, auf die »wissenschaftlich-technische Revolution« vorbereitendes Bildungssystem sowie Berufsaus- und -fortbildungsangebote verweisen, die den Adressaten sozialen Aufstieg versprachen und die durch die Abwanderung entstandenen Lücken füllen sollten.³¹ Die Werbung schloß zunächst auch die Bereitschaft ein, den Jugendlichen im Stil und Umgang entgegenzukommen. 1964 wurde erneut – wie Anfang der 50er Jahre – ein »Deutschlandtreffen« in Ost-Berlin veranstaltet, zu dem auch ausgewählte westdeutsche nichtkommunistische Jugendgruppen Zutritt erhielten; es sollte einerseits demonstrieren, das in der DDR kritischen Fragen z. B. nach Motiven des Mauerbaus nicht ausgewichen wurde, und andererseits die DDR-Jugend in zeitgemäßer Unbeschwertheit repräsentieren. Das anlässlich des Deutschlandtreffens eingerichtete Rundfunkprogramm »DT 64« suchte die nicht zuletzt über die westdeutschen Medien induzierten neuen Unterhaltungsbedürfnisse aufzugreifen und den sich auch in der DDR entfaltenden neuen jugendkulturellen Tendenzen Rechnung zu tragen.³²

»Daß wir uns gewöhnen, ruhig zu schlafen. Daß wir aus dem Vollen leben, als gäbe es übergenug aus diesem seltsamen Stoff Leben. Als könn-

29 Monika Gibas, Die Frau, der Frieden und der Sozialismus, Erziehungspropaganda oder Emanzipationskampagne, in: Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Gerald Die-sener u. Rainer Gries, Darmstadt 1996; vgl. Gunilla Friederike Budde, Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997.

30 Für die zeitgenössische soziologische Diskussion in der DDR s. zusammenfassend Manfred Lötsch u. Hans Günter Meyer, Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (DDR) 1974; für einen aktuellen soziologischen Rückblick siehe Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen der DDR, Berlin 1995; vgl. auch den Beitrag von Ute Frevert in diesem Band.

31 Hinweise in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, hrsg. von Christoph Führ u. Carl-Ludwig Furck, Bd. 6, München 1998.

32 DT 64. Das Buch zum Jugendradio 1964–1993, hrsg. von Andreas Ulrich u. Jörg Wagner, Leipzig 1993; vgl. auch den Beitrag von Konrad Dussel in diesem Band.

te er nie zu Ende gehen³³ – in diesen Schlußsätzen des 1963 veröffentlichten Romans »Der geteilte Himmel« der jungen Autorin Christa Wolf scheinen Gestimmtheit und Perspektiven in Kreisen besonders der jungen in der DDR herangewachsenen und sich dort einrichtenden intellektuellen Ausdruck gefunden zu haben. Der hier anklingende resignativ-optimistische Grundton und die so begleitete Hinwendung zur individuellen Akzeptanz der gegebenen Verhältnisse erschien der politischen Führung offensichtlich suspekt. Sie setzte zur Überraschung vieler Schriftsteller, Künstler und Intellektueller der gerade erste Früchte zeigenden kulturpolitischen Liberalität ein Ende. Der damals in die »Kronprinzen«-Rolle gerückte Erich Honecker kritisierte Ende 1965 im ZK der SED »Skeptizismus und Unmoral« in Literatur, Film und Theater³⁴; Gegenwartsfilme wie »Die Spur der Steine«, in dem es um die Wertschätzung unkonventioneller individualitätsbetonter Jugendlicher und ihrer Arbeit ging, wurden aus dem Vertrieb gezogen, und sich zum DDR-Sozialismus bekennende Schriftsteller wurden überraschend von der Partei- und Staatsführung gemäßregelt.³⁵ Aufsehen hatte schon im Frühjahr 1964 der Ausschluß Robert Havemanns aus der SED erregt; der Physiker, langjährige Kommunist und Widerständler gegen den Nationalsozialismus hatte in der Berliner Humboldt-Universität vielbesuchte Vorlesungen über den Marxismus gehalten, die der Kritik an der SED nicht auswichen.³⁶ Dem Professor wurde daraufhin sein Lehrstuhl entzogen und Publikationsverbot erteilt. Bis zu seinem Tod 1982 symbolisierte er die in der DDR unterdrückte marxistisch-demokratische Tradition.³⁷

Die Hintergründe und Motive dieser Politik sind noch nicht voll ausgeleuchtet³⁸, doch ein Umstand ist nicht zu übersehen: In der Sowjetunion war Nikita Sergejewitsch Chruschtschow als Erster Sekretär der KPdSU abgelöst worden, und die neue sowjetische Führung unter Leonid Iljitsch Breschnew hatte begonnen, die sich im »Westen« ausbreitende

33 Christa Wolf, *Der geteilte Himmel*, Berlin (DDR) 1963.

34 Kahlschlag, *Das 11. Plenum des KZ der SED 1965*. Studien und Dokumente, hrsg. von Günter Agde, 2. erweiterte Auflage, Berlin 2000.

35 Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*, Darmstadt 1994; vgl. auch den Beitrag von Irmgard Wilharm in diesem Band.

36 Robert Havemann, *Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung. Hat Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen? Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme*, Reinbek 1964.

37 *Die Entlassung Robert Havemanns und die Akademie der Wissenschaften 1965/66*. Eine Dokumentation, hrsg. von Silvia Müller, Berlin 1996; Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 2000.

38 Vgl. Wolfram Egeling, *Die sowjetische Literaturpolitik zwischen 1953 und 1970. Zwischen Entdogmatisierung und Kontinuität. Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur*, Bochum 1994.

Massenkultur zu kritisieren und versucht, deren Resonanz im »Osten« einzudämmen. Zwar war dem Ansatz, entsprechende Tendenzen als »Faschismus« zu diskreditieren³⁹, offenbar kein Erfolg beschieden, gleichwohl war damit der »Antifaschismus« als politische Orientierung bekräftigt, die geeignet war, auch im »Westen« Rückhalt zu gewinnen. In der DDR, die unmittelbar an den »Westen« grenzte, wurde dann keine kampagnenhafte Kritik an der westlichen Massenkultur entfacht, sondern versucht, ihr eigene Formen entgegenzusetzen – durchaus nicht ohne Erfolg, wie sich an der politisch geförderten »Singebewegung« zeigte oder auch an den von FDJ-Mitarbeitern betreuten »Klubs«, die bis zum Ende der DDR zur politischen und gesellschaftlichen Integration der DDR-Jugend beitrugen.⁴⁰ Der Form nach wurde hier eine Verbindung zwischen jugendlicher Selbstorganisation und betreuender Jugendarbeit mit einigem Erfolg verwirklicht, aber dies verhinderte langfristig nicht die Ausbildung jugendlicher Subkulturen.

Dem »Antifaschismus« wurde in der politischen Propaganda generell eine zentrale Rolle zugewiesen.⁴¹ Mit großem Aufwand wurden in den folgenden Jahren ehemalige Nationalsozialisten in westdeutschen politischen und administrativen Führungsinstanzen bloßgestellt, während in der DDR 1964 die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen gesetzlich festgeschrieben wurde.⁴² In einer auch auf gefälschte Dokumente gestützten Kampagne gegen den Bundespräsidenten Heinrich Lübke als »KZ-Baumeister« erreichte dieses Entlarvungsbemühen wohl seinen Höhepunkt. Wie weit solche Propaganda nach innen auf die DDR-Bevölkerung politisch integrierend oder loyalitätsfördernd wirkte, ist noch unbekannt. Hinweise aus der Bundesrepublik auf ehemalige Nationalsozialisten in »Pankows Diensten«⁴³ dürften dort kaum breit bekannt geworden sein, und sie betrafen weniger zahlreiche und prominente Personen.

39 Vgl. Michail Romm, *Der gewöhnliche Faschismus. Die Analyse eines Massenphänomens. Ein Dokumentarfilm. Mit einem Vorwort von Eugen Kogon*, Moskau 1965.

40 Vgl. fast noch zeitgenössisch Ursula Dauderstaedt, *Jugend und kulturvoller Alltag. Erfahrungen aus der Arbeit von Jugendklubs*, Leipzig 1973.

41 Vgl. die Beiträge von Detlef Siegfried und Christoph Classen in diesem Band.

42 Die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher – Gebot der Menschlichkeit und der Sicherung des Friedens. Dokumente und Materialien zur Verabschiedung des Gesetzes über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der 7. Sitzung der Volkskammer der DDR am 1. Sept. 1964, Berlin (DDR) 1964. Zum Folgenden Rudolf Morsey, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn u. a. 1996.

43 *Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten. Zusammengestellt und hrsg. vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen*, 3. ergänzte Auflage, Berlin 1960.

Unbekannt ist bisher auch, ob und gegebenenfalls wie sich diese antiwestdeutsche Propaganda auf die Außenpolitik der DDR auswirkte. Oberflächlich gesehen sind keine Wirkungen der Diskreditierungsversuche erkennbar. Volle diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene unterhielt die DDR nur mit den Staaten des Warschauer Paktes, ab 1963 auch mit Kuba und ab 1965 mit Jugoslawien. Das Bemühen der DDR, vor allem bei den neuen, im Zuge der Dekolonisation entstandenen Staaten Anerkennung zu finden, wurde nicht zuletzt von der Bundesregierung unterlaufen, die gemäß der sogenannten »Hallstein-Doktrin« die Anerkennung der DDR als »unfreundlichen Akt« einstuft und den anerkennungswilligen Staaten mit dem Entzug vor allem wirtschaftlicher Hilfe drohte.⁴⁴ Besonders intensiv gestalteten sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der DDR zur Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten), wo Ulbricht Ende Februar 1965 gleichsam als Staatsoberhaupt empfangen wurde.⁴⁵ Doch selbst diese Beziehungen, die sich unter dem Schirm der damals engen sowjetisch-arabischen Verbundenheit entfalten, führten nicht zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen, hatten aber zur Folge, daß sich die Bundesrepublik und die DDR auf verschiedenen Seiten des israelisch-arabischen Konflikts sahen. Hinweise auf deutsche »faschistische« Kontinuität dürften in dieser Konstellation, die die Kontrahenten eher über den sozialistisch-antiimperialistischen Gegensatz legitimierte, wenig Bedeutung zugekommen sein.

Bezeichnend scheint, daß in der DDR unter Ulbrichts Leitung nicht nur versucht wurde, die Wirtschaft zu effektivieren und die Propaganda gegen »imperialistische«, »revanchistische« und »faschistische« Tendenzen in der Bundesrepublik zu verschärfen, sondern daß auch damit begonnen wurde, die DDR in größere historische Zusammenhänge einzuordnen. Von hoher Bedeutung war dabei die Profilierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weise, daß die DDR gewissermaßen als die Erfüllung ihrer traditionellen Ziele erscheinen sollte.⁴⁶ Die kaum kritisch analysierte Geschichte und Politik der Sowjetunion lieferten dabei die Maßstäbe für die Beurteilung der einzelnen Schritte und Stationen der Entwicklung, und die Auseinandersetzung mit der deutschen Sozialdemokratie, die stets mehr Resonanz in der Bevölkerung gefunden

44 Ulf Engel, *Afrikapolitik im Schatten der Hallstein-Doktrin. Die beiden deutschen Staaten und Tanzania*, Leipzig 1998; Alexander Troche, *Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins »Kampf« gegen die Bonner Alleinvertretungsanmaßung*, Erlangen 1996.

45 Ronald Hirschfeld, *Die Beziehungen der DDR zu Algerien, Syrien und der VAR zwischen 1953 und 1970. Theorie und Praxis der DDR-Außenpolitik in der 3. Welt*, phil. Diss., Bonn 1978.

46 Einem Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1963, folgte 1966 eine sechsbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

hatte als ihre kommunistischen Rivalen, war durchgängig als politischer Rahmen erkennbar. Daß bei aller demonstrativen Herausstellung sozialistischer Errungenschaften und ritualisierter Werbung für die »Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse«⁴⁷ in der SED Furcht vor offener Konkurrenz mit der SPD bestand, zeigte sich in der kaum verhohlenen Genugtuung über das Scheitern eines seit 1964 von der SED und der SPD vorbereiteten Redneraustausches an der Bundesrepublik im Jahre 1966.⁴⁸ Ein 1964 von Walter Ulbricht vorgeschlagener »Zeitungsaustausch«, d. h. die Zulassung westdeutscher Zeitungen in der DDR und »in gleichem Maße« der Verkauf des SED-Organs »Neues Deutschland« in der Bundesrepublik war ebenfalls nicht zustande gekommen.⁴⁹

Weniger für die Bevölkerung und mehr für Ideologie- und Politikexperten von Bedeutung waren historisch-soziologische und philosophische Gegenwartsdiagnosen und damit verbundene gesellschaftspolitische Programme. In der Sowjetunion, wo nach eigenem Selbstverständnis seit 1934 die gesellschaftshistorische Formation des »Sozialismus« bestand, sollte der Übergang zum »Kommunismus« eingeleitet werden, in den seit 1945 unter sowjetisch-kommunistische Hegemonie gelangten Ländern stand dagegen erst die Befestigung »sozialistischer« Verhältnisse an, wie sich an der 1967 zur »sozialistischen« Republik erklärten Tschechoslowakei und an der DDR gut verfolgen läßt. In der DDR flossen in die entsprechenden Erörterungen nicht nur sowjetische Anstöße, sondern auch eigene Reflexionen ein. So definierten Politiker das 1963 für die Volkswirtschaft der DDR zunächst entworfene »neue ökonomische System der Planung und Leitung« (NÖSPL), das dann als »neues ökonomisches System« (NÖS) gefaßt wurde, gegen Ende des Jahrzehnts zum »Ökonomischen System des Sozialismus« (ÖSS) um und experimentierten mit anderen Bezeichnungen für die Gegenwartsverhältnisse. 1967 war vom »entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus« die Rede⁵⁰, und schließlich wurde von Walter Ulbricht 1969 für die DDR die »sozialistische Menschengemeinschaft« proklamiert.⁵¹ Zentral war für alle diese Erörterungen, daß sie versuchten zu begründen, warum der »Sozialismus« nicht als nur kurze Übergangsphase zum Kommunismus gefaßt werden sollte, sondern als Gesellschaftsformation mit eigener Qualität und Dau-

47 Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, Berlin (DDR) 1964.

48 Jochen Staadt, *Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation*, Berlin 1993, S. 167 ff.

49 Vgl. *Die Fischer Chronik. Deutschland 1949–1999. Ereignisse, Personen, Daten*, Frankfurt a. M. 1999, S. 339 u. 349.

50 Walter Ulbricht in einer Rede am 12. 9. 1967, Auszug, in: *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*, hrsg. von Hermann Weber, München 1987, S. 297.

51 Auszug einer Rede Walter Ulbrichts vom 22. 3. 1969, in: *ebd.*, S. 306.

er, in der »Kategorien der kapitalistischen Ökonomik ... (Geld, Preis, Gewinn und andere)« wegen der neuen Produktionsverhältnisse einen besonderen Rang erhielten.⁵²

Solche Ansätze zur systematisch begründeten Diagnose und Gestaltung der Gegenwart hat die politische Ereignisgeschichte gewissermaßen überholt. Anfang der 70er Jahre wurde ohne intensive Propaganda, wie sie in den Jahren zuvor bei ähnlichen Gelegenheiten angesagt war, das in der Sowjetunion geprägte Leitbild von der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« in Kraft gesetzt, und die Konzeptualisten widmeten sich mehr praktischen Problemen der SED-Herrschaft unter dem Stichwort der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«.⁵³

Gleichwohl wird man die Reflexionen der 60er Jahre nicht für völlig belanglos halten dürfen. Historisch gesehen, markieren sie die letzten Versuche, traditionelle marxistisch(-leninistisch)e Zukunftsvisionen und neuere, besonders wissenschafts-, technik- und politikinduzierte gesellschaftliche Entwicklungen auf einen Zielnenner zu bringen. Danach blieben theoretische Legitimationsversuche auf historisch-politische Argumentationen beschränkt, und Ulbricht wurde nach seiner schrittweisen Ablösung ab 1971 »fehlerhafter theoretischer Auffassungen« bezichtigt⁵⁴ – eine nachträgliche Kritik in der Form, wie sie seit jeher im Rahmen stalinistischer Politik üblich war.

Dabei war es auch in der DDR während der »Sozialismus«-Diskussion nicht nur bei Reden geblieben. Im April 1968 hatte nach einer in der Bevölkerung breit inszenierten Diskussion die Volkskammer eine neue Verfassung verabschiedet, die die DDR als »sozialistischen Staat deutscher Nation« kennzeichnete und dessen Volkswirtschaft als auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhend und sich »gemäß den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus« entwickelnd beschrieb.⁵⁵ Aufgehoben war damit die Gründungs-Verfassung von 1949, die noch gesamtdeutschen Geltungsanspruch verkündet hatte. Diese Verfassung war zwar seit langem durch einzelne Gesetze überholt gewesen, bot aber immer noch einen Rahmen für Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten, die durch die neue Verfassung erheblich eingeschränkt wurden. 1968/69 hatten auch die Jahre zuvor begonnenen Bemühungen der Partei- und Staatsführung Erfolg, die protestantischen Landeskirchen aus der Evangelischen Kirche Deutschlands herauszulö-

52 Wie Anm. 50.

53 Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Wesen und Kriterien. Kritik revisionistischer Konzeptionen, Berlin (DDR) 1973.

54 Für realitätsnähere Kritik siehe undatierte Aufzeichnungen Erich Honeckers, Auszüge in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft (wie Anm. 3), S. 55–57.

55 Art. 9 der DDR-Verfassung von 1968; Auszug in Dokumente (wie Anm. 50), S. 299.

sen. Der neue Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR unterstrich nun die auf längere Dauer konzipierte Staatlichkeit der DDR und anerkannte mit der Formel »Kirche im Sozialismus« auch ihre politische und Gesellschaftsordnung.⁵⁶

Allerdings ergab sich in der Folge wegen der »neuen« Ostpolitik des Westens⁵⁷ eine Ereigniskette, die die Fortschreibung der »Sozialismus«-Gestaltung überlagerte. Eine zweite Beeinträchtigung resultierte aus der Störung dieser Entwicklung durch die Reformbestrebungen, die in der CSSR unter dem Stichwort »Sozialismus mit menschlichem Gesicht« Platz griffen und für die DDR mit der politischen Beteiligung an der militärischen Intervention der Sowjetunion und der meisten WVO-Staaten am 21. August 1968 endete.⁵⁸ Sowohl der tschechoslowakische Anlauf, die Muster sowjetisch geprägter kommunistischer Parteidiktatur durch demokratische Prinzipien zu brechen, als auch die Intervention und die zu deren Legitimation aufgestellte Theorie der eingeschränkten Souveränität »sozialistischer« Staaten (»Breschnew-Doktrin«)⁵⁹ erinnerten die DDR-Führung an Gefährdungen und Grenzen ihrer eigenen Handlungsmöglichkeiten für den Fall, daß die DDR die von ihrer Führung erstrebte Anerkennung seitens der Bundesrepublik erhalten würde. Die Bundesregierung der Großen Koalition (1966–1969) war dazu zwar noch nicht bereit; gleichwohl enthielt die Situation die Möglichkeit, daß die in Westdeutschland intensiv geforderte Politik »offensiver Entspannung« Oberhand gewann und durch Zugeständnisse in der Anerkennungsfrage auf die DDR destabilisierend wirkte.⁶⁰ 1970, nach der Aufnahme der westdeutsch-sowjetischen Verhandlungen über den späteren Moskauer Vertrag, verdichtete sich diese für die DDR schwierige Konstellation zu einer Führungskrise, bei der die im Kern widerstreitenden Auffassungen bis heute nicht eindeutig zu erkennen sind. Daß es um die von der sowjetischen Führung zu billigende Ablösung Ulbrichts als Generalsekretär

56 Kirche im Sozialismus. Materialien zur Entwicklung in der DDR, hrsg. von der Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik, Berlin 1973 ff. Auf die umfangreiche differenzierte Historiographie zum Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in der DDR kann hier nur pauschal hingewiesen werden. Vgl. auch die Beiträge von Martin Greschat und Karl Gabriel in diesem Band.

57 S. meinen Beitrag über die westdeutsche Außen- und Deutschlandpolitik in diesem Band.

58 Rüdiger Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.

59 Horst G. Linke, Kontinuität und Wandel in der sowjetischen Außenpolitik. Friedliche Koexistenz und Breschnew-Doktrin, Waldbröl 1989.

60 Zur »offensiven Entspannung« siehe den Beitrag des Journalisten Peter Bender, Offensive Entspannung. Möglichkeit für Deutschland, Köln 1964.

der SED durch den von ihm selbst als Nachfolger vorgesehenen Erich Honecker ging, ist allerdings unstrittig.⁶¹

Erich Honecker (1912–1994) war von 1946 bis 1955 Vorsitzender des Einheits- und Staatsjugendverbandes Freie Deutsche Jugend (FDJ) gewesen und stand so gewissermaßen für die zweite Generation der DDR-Gründer⁶², die mit jugendlichem Elan geholfen hatte, die neue Ordnung aufzubauen, und die sich nun anschickte, das Ruder selbst in die Hand zu nehmen, das sie bis dahin nur unter Anleitung und Aufsicht der Älteren geführt hatten. Honecker war 1958 ins Politbüro des ZK der SED gelangt und war dort sowie ab 1961 als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, dem Ulbricht vorsah, für Fragen der Staatssicherheit zuständig. 1961 hatte er die Absperrungsmaßnahmen in Berlin geleitet. 1963 war ihm auch die innere Parteikontrolle übertragen worden. Und so galt er wohl mit Recht als »rechte Hand« Ulbrichts.

Honecker verkörperte aber zugleich auch im umfassenderen Sinn die politischen Traditionen, in die die DDR seitens ihrer Gründer gestellt wurde. Schon als Dachdeckerlehrling aus Wiebelskirchen im Saarland war der Arbeitersohn dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und nach Abschluß der Lehrzeit 1929 der KPD beigetreten. 1929 hatte er einen Kurs der Lenin-Schule in Moskau absolviert und war hauptamtlicher KPD-Funktionär geworden. 1933 war er nicht ins Exil gegangen, sondern hatte versucht, in Südwestdeutschland kommunistischen Widerstand im Untergrund zu organisieren. 1935 war er verhaftet und 1937 wegen »schweren Hochverrats« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Erst bei Kriegsende 1945 war er frei gekommen und hatte sich der aus der Sowjetunion zurückgekehrten KPD-Führung zur Verfügung gestellt. Vor seiner Tätigkeit im Politbüro hatte er einige Monate an der Moskauer Parteihochschule studiert.

In Honeckers Biographie fanden sich mithin alle Elemente, die das politische Selbstverständnis der DDR auszeichnen sollte: die zur politischen Herrschaft gelangte Arbeiterklasse, die parteikommunistische Sozialisation, der aktive Antifaschismus und das Leiden unter dem nationalsozialistischen Terror sowie nicht zuletzt die Bindung an die Sowjetunion. Diese Bindung, eine wohl zentrale Voraussetzung seines Aufstiegs in die höchsten Positionen der DDR, wurde zum Kennzeichen seiner Amtsführung und erwies sich am Ende, als die Sowjetunion die DDR aus ihrem Schutz entließ, als tragische Verkettung. Geschichtlich gesehen verdeutlicht Honeckers Biographie, daß die kommunistische Herrschaft in Europa die zweite Generation ihrer Repräsentanten nicht überdauerte – ein

61 Vgl. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

62 Vgl. den Beitrag von Dorothee Wierling in diesem Band.

Sachverhalt, der späteren Historikern vielleicht die Beurteilung dieser Herrschaft erleichtert, wenn es darum geht, ihre bleibenden Prägungen auf Gesellschaft und Wirtschaft zu identifizieren.⁶³

Bezeichnend scheint, daß die politische Führung 1971 in die Hand eines fast 60-jährigen gelegt wurde, dessen grundlegende Erfahrungen aus den 20er und 30er Jahren stammten. Solche Erfahrungen und mit ihnen verbundene Leitbilder und Normen hatten den Wieder- und Neuaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Ostdeutschland nach 1945 geprägt, und sie zu bewahren, konnte für Honecker als politische Aufgabe gelten. Daß er dabei hinter die Ambition seines Vorgängers Ulbricht zurückfiel, der die gleichermaßen als zweckmäßig erkannte Traditionspflege – sie geriet Mitte der 60er Jahre nahezu zum Kult um seine Person⁶⁴ – durch ein neues Sozialismus-Programm ergänzen wollte, ist offensichtlich. Zu fragen bleibt, ob in dem Ulbrichtschen Modernisierungsansatz, der auch sowjetischen Impulsen entsprach⁶⁵, ein Potential lag, das dem Sozialismus sowjetischer Prägung zu längerer Lebensdauer hätte verhelfen können. Das Ulbrichtsche Konzept setzte auf den Primat weiteren industriellen Ausbaus unter Hintansetzung der Konsumsteigerung. Unter Honecker wurde dagegen politischer Traditionalismus mit der Erweiterung der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung verbunden – eine populäre Praxis, die freilich die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen überforderte und schließlich untergrub.⁶⁶

Die Sicherung wirtschaftlicher Überlebensfähigkeit stand auch am Beginn der DDR-Geschichte der 60er Jahre, und sie war eng mit der deutschen Frage verknüpft. Die Beschränkungen der Freizügigkeit in Berlin durch die Absperrung Ost-Berlins hatte die Bundesregierung 1960 zur Kündigung des bis dahin meist routinemäßig fortgeschriebenen Interzonenhandelsabkommens von 1951 veranlaßt.⁶⁷ Sie löste verstärkte Anstrengungen der DDR zum Schutz gegen solche »Störmaßnahmen« aus und schärfte in der DDR-Führung das Bewußtsein von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Westdeutschland, die trotz der Teilung der deutschen

63 Vgl. Eric D. Weitz, *Creating German communism, 1890–1990. From popular protests to socialist state*, Princeton N.J. 1997.

64 Vgl. die einschlägige zeitgenössische geschichtswissenschaftliche Publizistik zur deutschen Zeit- und Arbeiterbewegungsgeschichte in der DDR.

65 Myron E. Sharpe, *The Liberman discussion: A new place in Soviet economic thought*, White Plains 1966.

66 Vgl. Helmut Jenkis, *Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik: Das Scheitern von Erich Honecker*, in: *Die DDR-Erinnerung an einen untergegangenen Staat*, hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999, S. 63–88.

67 Detlef Nakath, *Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Die besondere Bedeutung der Krisenjahre 1960/61 für die Entwicklung des innerdeutschen Handels*, Berlin 1993.

Volkswirtschaft nach 1945 in einzelnen Sektoren fortbestand. Während der 60er Jahre umfaßte der Handel mit der Bundesrepublik ca. ein Zehntel des Außenhandels der DDR. Die Bundesregierung versuchte zwar Anfang 1961 durch ein großzügiges Kreditangebot die DDR von ihrer »Störfreimachungs«-Politik abzubringen⁶⁸, konnte aber die Absperrung West-Berlins und damit der DDR nicht verhindern. Vergeblich hatte die DDR-Führung von der Sowjetunion Kredite erbeten, und so blieb nur die Abriegelung im Einvernehmen mit den Regierungen der anderen WVO-Staaten, sollte die DDR nicht »liquidiert« werden.⁶⁹

Sehr schnell trat dann eine wirtschaftliche Konsolidierung ein, die die Voraussetzung für die 1963 beginnende Wirtschaftsreform bildete, die zum einen der erwähnten Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung galt, zum anderen auf die Beseitigung oder Minderung eines zentralen Problems der Volkswirtschaft sowjetischen Typs zielte: auf die Einführung von Preisen, die die tatsächlichen Produktionskosten berücksichtigten.⁷⁰ Dieses Ziel ist zwar nicht erreicht worden – besonders Güter des Basiskonsums wurden bis zum Ende der DDR hochgradig aus dem Staatshaushalt subventioniert –, aber eingeleitet wurde die Orientierung der einzelnen Wirtschaftsunternehmen auf die Gewinnerzielung. Über Prämien sollten auch die Beschäftigten von dieser Ausrichtung profitieren, die im Kern der Erhöhung der Arbeitsproduktivität diene. Gleichzeitig wurde massiv in den Ausbau der Industrie investiert. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Schwer- und Werkzeug-Maschinenbau sowie auf der Chemischen Industrie, nachdem in den 50er Jahren die Energieversorgung und die Hüttenindustrie (Metallurgie) bevorzugt worden waren. Doch galt die Aufmerksamkeit der Wirtschaftslenker auch schon der forschungsintensiven Elektro- und Elektronik-Industrie. 1965 geriet der in der DDR von Euphorie und Eifer getragene, im Westen von Staunen und Respekt begleitete Prozeß allerdings ins Stocken, als die Sowjetunion Rohstoffe nicht in erwartetem Umfang lieferte und langfristige Bestellungen widerrief.⁷¹

68 Für die Reaktion in der SED-Führung siehe die Zuschrift an Ulbricht aus der ZK-Verwaltung vom 18. 4. 1961; Auszug in: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, hrsg. von Matthias Judt, Berlin 1997, S. 156 f.

69 So der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, auf der Konferenz der Ersten Sekretäre der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Pakts am 4. August 1961 in Moskau, dokumentiert bei Bernd Bonwetsch u. Alexei Filitow, Chruschtschow und der Mauerbau. Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. August 1961, in: VfZ 48 (2000), S. 155–198, hier: S. 191.

70 Siehe dazu André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 185 ff.

71 Schürer (wie Anm. 3), S. 68.

Eine Begleiterscheinung der Konsolidierung war die erhebliche Zunahme der privaten Einkommen, die sich in den Jahren der Wirtschaftsreform ab 1963 fortsetzte und bald als Kaufkraftüberhang ein für die DDR neues volkswirtschaftliches Problem schuf. Mit hohen Preisen für Gebrauchsgüter des gehobenen Bedarfs wurde versucht, die überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen und zugleich die zunehmende Nachfrage zu dämpfen. Besonders die durch die Produktion des Kleinwagens »Trabant« (seit 1959) stimulierten Motorisierungswünsche sollten so gesteuert werden. Für Güter von hochwertiger Qualität wurden seit 1962 spezielle Läden eingerichtet, zunächst für Textilien (»exquisit«), seit 1966 auch für Nahrungs- und Genußmittel (»delikat«). Zu hohen Preisen waren hier auch Waren aus der Bundesrepublik erhältlich.⁷² Schließlich wurde 1968 die Möglichkeit des Abschlusses einer Zusatzrentenversicherung geschaffen, von der dann intensiv Gebrauch gemacht wurde – ein Zeichen dafür, daß private Daseinsvorsorge auch in der »sozialistischen« Gesellschaft von der Bevölkerung für angebracht gehalten wurde.⁷³ Die staatlich festgesetzten Grundrenten sicherten lediglich die Minimalversorgung.

Mit einigem Abstand, der sich im Laufe der Jahre kaum verringerte, vollzog so auch die DDR die Entwicklung hin zur »Konsumgesellschaft«, die sich in der Bundesrepublik bereits breiter entfaltet hatte.⁷⁴ Daß für die DDR-Deutschen westdeutsche Standards trotz der Absperrung weiterhin Maßstäbe setzten, läßt sich nicht zuletzt daran ablesen, daß die FDJ 1961 vergeblich versuchte, den Empfang westdeutscher Fernsehsendungen landesweit zu unterbinden, indem sie die auf Westempfang gerichteten Spezialantennen verdrehte oder abmontierte.⁷⁵ Als Ende der 60er Jahre auch das DDR-Fernsehen erste Farbsendungen ausstrahlte, stand in zwei Dritteln aller Haushalte ein Fernsehgerät, und eine Empfangskontrolle war von außen ebenso wenig möglich wie beim Hörfunk, der von Westdeutschland her nach wie vor sogar mit speziellen Sendungen in die DDR hineinstrahlte.⁷⁶

Für die »Konsumgesellschaft« der DDR der 60er Jahre war bezeichnend, daß sie zwar viele marktwirtschaftliche Merkmale aufwies – von der Produkt- und Firmenwerbung bis hin zur Marktforschung –, daß aber ein

72 Ina Merkel, Der aufhaltsame Aufbruch in die Konsumgesellschaft, in: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 8–20.

73 Johannes Frerich u. Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München/Wien 1993, S. 336–338.

74 Vgl. den Beitrag von Wolfgang Ruppert in diesem Band.

75 Die Fischer Chronik (wie Anm. 49), S. 293.

76 Hervorzuheben wäre außer den Berliner Sendern besonders der 1962 gegründete Sender »Deutschlandfunk«.

den Käuferwünschen entsprechendes Warenangebot oft nicht vorhanden war.⁷⁷ Spektakuläre Notsituationen wie 1952/53 stellten sich allerdings nicht wieder ein. Aber private Hortung und Tauschhandel gehörten ebenso zu dieser »Konsumgesellschaft« wie das aus den Notzeiten geläufige Improvisieren und »Selbermachen«. Die Voraussetzungen für solche Betätigung stieg, als 1967 in der DDR-Wirtschaft durchgängig die Fünf-Tage-Woche (bei 43,75 Stunden Arbeitszeit) eingeführt wurde, einige Jahre später als in der Bundesrepublik.⁷⁸

Ein Zug der »Konsumgesellschaft« westdeutschen Zuschnitts konnte sich in der DDR allerdings nur eingeschränkt ausprägen: der Auslandstourismus. Zwar wurde 1964 im privaten Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen sowie der CSSR der Visumszwang abgeschafft und damit der Reisemobilitätshorizont der Ostdeutschen erweitert, aber Freizügigkeit, wie sie den Westdeutschen zu Gebote stand, war damit nicht erreicht. Gleichwohl wurde die Urlaubsreise, meistens vermittelt durch den Feriendienst des FDGB im Inland oder durch die staatlichen Reisebüros ins osteuropäische Ausland, für zunehmend mehr Menschen eine gliedernde Station im jährlichen Lebensrhythmus. Für viele Kinder (1965: 300 000) standen Plätze in Ferienlagern zur Verfügung, von denen die meisten von den Volkseigenen Betrieben organisiert waren.⁷⁹

Die Wirtschaftsunternehmen wurden in den 60er Jahren mehr und mehr zu Organisationszentren des Lebens in der DDR. Nicht selten ergab sich dies aus den Aufbaujahren nach dem Krieg, als neue Industriebetriebe mit vielen Beschäftigten errichtet worden waren, ohne daß an den oft noch stadtfernen Standorten eine hinreichende Infrastruktur vorhanden war und die Betriebe manche Versorgungsfunktionen übernahmen, die traditionell selbständig organisiert waren.⁸⁰ Die medizinische Betreu-

77 Wunderwirtschaft (wie Anm. 72); Gernot Gutmann, In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft (wie Anm. 3), S. 1–61, hier: S. 37 f. mit Hinweisen auf die Bekanntheit dieses Problems in zentralen Instanzen.

78 Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

79 Hinweise bei Arnold Sywottek, Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen als Legitimationsbasis im deutsch-deutschen Systemgegensatz, in: Deutsche Vergangenheit – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Christoph Kleßmann u. a., Berlin 1999, S. 161–175, hier: S. 171.

80 Hinweise bei Peter Hübner, Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR, in: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, hrsg. von Christoph Boyer u. Peter Skyba, Dresden 1999, S. 63–74.

ung, Kindergärten und zunehmend Kinderkrippen waren vielerorts an Volkseigene Betriebe gebunden. Auch an begehrte Konsumgüter kamen die Beschäftigten oft eher über den Betrieb als über den öffentlichen Handel. Vor allem seit Ende der 60er Jahre, als die Zusammenfassung zahlreicher Einzelbetriebe in großen, oft überregionalen Kombinat⁸¹en eingeleitet wurde⁸¹, die oft mit den sich konsolidierenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenarbeiteten, ergaben sich solche nicht marktformigen Beziehungen.

In der kurzen Geschichte der DDR können die 60er Jahre als das Jahrzehnt gelten, in dem ihre Existenzmöglichkeiten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ausgelotet wurden. Am Anfang stand die Grunderfahrung, daß dieser Staat nur mit Zwang und militärischer Gewalt aufrechterhalten werden konnte. Am Ende war deutlich, daß vor allem die Sowjetunion die Entwicklungsperspektiven der DDR determinierte. In diesem Rahmen wurde einerseits versucht, die DDR-Bevölkerung auf eine bisher unterlegene deutsche Politiktradition zu verpflichten. Daß in den 70er Jahren dann eine Zeitlang behauptet wurde, in der DDR habe sich eine eigenständige Nation gebildet⁸², lag in der Konsequenz dieser Verpflichtung; bezeichnenderweise wurde diese Behauptung aber bald stillschweigend aufgegeben – ein Hinweis wohl auch auf das Nachlassen des Glaubens an die Kraft von Argumenten und der zunehmenden Anerkennung der Macht des Faktischen. Andererseits war die Herausforderung durch Wissenschaft und Technik eine Grunderfahrung des Jahrzehnts nicht nur in den politischen und administrativen Eliten, sondern, vermittelt über das Bildungssystem, auch in weiten Kreisen der Bevölkerung. Allerdings war seit Mitte des Jahrzehnts auch bekannt, daß es nicht nur theoretisch-intellektueller, sondern auch materieller Voraussetzungen bedurfte, der Ende der 50er Jahre mit Vehemenz vertretenen Behauptung von der wirtschaftlichen Überlegenheit des Sozialismus nach sowjetischem Modell zu entsprechen.⁸³ Die DDR war nicht nur politisch und militärisch, sondern auch wirtschaftlich von der Sowjetunion abhängig, und man wird gut daran tun, das Verhalten der DDR-Führung nicht zuletzt aus dem Bewußtsein dieser Abhängigkeit zu erklären.

Für die DDR-Bevölkerung, so weit sie nicht zu den Sympathisanten mit den bestehenden Verhältnissen zählte, waren die 60er Jahre durch den verstärkten Zwang zum Arrangement gekennzeichnet. Sich abzusetzen

81 Vgl. als Fallstudie von Winfried Fuchs, *Auf dem Weg zum Kombinat. Zur Entwicklung des VEB Filmfabrik Wolfen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre*, Wolfen 1989.

82 Hinweise bei Eberhard Kuhrt u. Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR*, Paderborn 1988.

83 Schürer (wie Anm. 3).

und auszuwandern, wurde bis 1970 nur ca. 200 000 Menschen eingeräumt.⁸⁴ Allerdings bot die DDR mit ihren Wirtschaftsreformen und ihrer Bildungsoffensive gerade Angehörigen der unteren Schichten der Bevölkerung sozialen Aufstieg unter Bedingungen des garantierten Rechts auf Arbeit, und dieses Angebot ist breit aufgegriffen worden. Daß viele Bildungschancen und berufliche Karrieren an die Bedingung politischer Bekenntnisse und Bindungen an die bestehenden politischen Organisationen geknüpft und für Personen mit aktiver Kirchenbindung nicht zugänglich waren, wurde öffentlich nicht erörtert, war aber allgemein bekannt.

Die Grundlage für den hohen Rang, den Arbeitsplatz und Arbeitskollektiv in den 70er und 80er Jahren in den Zukunftsvorstellungen besonders der jungen DDR-Deutschen hatte⁸⁵, ist in den 60er Jahren geschaffen worden. Daß unter solchen Bedingungen – zumal unter jüngeren DDR-Bürgern – das »Wir«-Bewußtsein wuchs, das westdeutsche Soziologen bald wohl mit einigem Recht als eigenständiges Staatsbewußtsein identifizierten⁸⁶, dürfte kaum bestreitbar sein. Der in der individuellen Umgebung, z. B. in der Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten, wahrnehmbare Fortschritt, der nach und nach auch den Vergleich mit westdeutschen Verhältnissen zu erlauben schien, dürfte dazu ebenso beigetragen haben wie Stolz auf die eigene Leistung unter erschwerten Ausgangsbedingungen, auf die mehr und mehr öffentlich hingewiesen wurde.⁸⁷ Als dann gegen Ende der 60er Jahre gar vom »Wirtschaftswunder DDR« die Rede war, mag manch erfahrener Ingenieur oder Facharbeiter, der noch Maschinen aus der Vorkriegszeit zu bedienen hatte, zwar den Kopf geschüttelt haben, doch es war nicht nur Eigenlob, das der DDR für ihre wirtschaftliche Leistung zuteil wurde.⁸⁸ Das Lob aus dem Westen ge-

84 Die Fischer Chronik (wie Anm. 49), S. 300.

85 Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren, hrsg. von Walter Friedrich u. Hartmut Griese, Opladen 1991.

86 Für eine erste Auswertung seit 1968 systematisch erhobener Daten siehe Anne Köhler, Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage, in: Materialien der Enquete-Kommission (wie Anm. 21), Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 1636–1675.

87 Horst Barthel, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in der Nachkriegsperiode 1945 bis 1949/50, Habil.-Schrift, MS, Berlin 1968, veröffentlicht unter dem Titel Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (DDR) 1979.

88 Hans Müller, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (DDR) 1968; vgl. Hans Apel, Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966.

hörte aber wohl auch zu einer politisch-psychologischen Strategie, die mit der von der DDR-Führung immer wieder geforderten »Anerkennung der Realitäten« Raum gewinnen wollte für die Überwindung der politisch-militärischen Spannungen und – ganz konkret – der Grenze, deren Befestigung die DDR für viele Westdeutsche zum »fernen Land« hatte werden lassen.⁸⁹ Daß diese Grenze 1989/90 nicht nur durchlässig, sondern sogar aufgehoben würde, haben sich Ende der 60er Jahre wohl nur wenige Menschen vorstellen können.

89 Marion Gräfin Dönhoff u. a., *Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik der DDR*, (zuerst) Hamburg 1964.

Detlef Siegfried

Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969

Zehn Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten war ein Thema in den Mittelpunkt des deutsch-deutschen Kräftermessens gerückt, das ein gemeinsames war: die nationalsozialistische Vergangenheit. Während die DDR sich selbst als antifaschistisches Staatswesen betrachtete, das die Grundlagen des Nationalsozialismus endgültig beseitigt hatte, erschien von dort aus die Bundesrepublik als »Staat der Mörder«. ¹ Demgegenüber figurierte die DDR in Westdeutschland als totalitäres System, das mit dem Nationalsozialismus über vielerlei strukturelle Gemeinsamkeiten verbunden war, während in der Bundesrepublik eine freiheitliche Demokratie aufgebaut wurde. Zwischen den späten 50er Jahren und der deutsch-deutschen Annäherung in den späten 60er Jahren war die NS-Vergangenheit das brisanteste Thema jenes asymmetrisch aufeinander bezogenen Abgrenzungs- und Verflechtungsverhältnisses, das die Geschichte der beiden deutschen Staaten insgesamt kennzeichnete. ² Die Debatte über die NS-

1 So im Neuen Deutschland 1957, zit. nach: Klaus Bästlein, »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagne gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der westdeutschen Justiz und ihre gescheiterte Selbstreinigung, in: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, hrsg. von Helge Grabitz, Klaus Bästlein u. Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 408-443, hier: S. 412.

2 Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ, B 29-30/93 vom 16. 7. 1993, S. 30-41. Zu diesem Konzept vgl. außerdem die Einleitung der Hrsg. in: Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, hrsg. von Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow u. Bernd Stöver, Bonn 1998; für die NS-Bearbeitung vgl. bereits den frühen Essay von Peter Graf Kielmannsegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989; außerdem die Sammelbände: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über

Vergangenheit und damit auch das darauf bezogene Wechselverhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR durchlief in dieser Zeit verschiedene Entwicklungsstufen: von einem eng aufeinander bezogenen Vergangenheitsdiskurs zu sehr unterschiedlichen Diskussionskulturen in den beiden deutschen Gesellschaften, die aber doch thematisch miteinander verbunden blieben. Im Verlauf dieser Entwicklung erhielten die NS-Debatten in den beiden deutschen Gesellschaften ihre spezifische Prägung, die sich auch in den darauffolgenden Jahrzehnten grundsätzlich erhielt.

Im Westen hatten die Besatzungsmächte bei der Ausschaltung der NS-Eliten »ganze Arbeit geleistet«³, doch wurden in den Gründungsjahren der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1954 die meisten Mitglieder der NS-Funktionseliten in die Wiederaufbaugesellschaft eingegliedert. An diesem Faktum rieb sich der Konflikt seit dem Ende der 50er Jahre, als in aller Drastik das Ausmaß der Verbrechen deutlich wurde und die gegenwärtigen Gefährdungen durch eine »unbewältigte Vergangenheit« scheinbar neue Evidenz bekamen. Gleichzeitig bildete dies die harte Basis für eine selbstkritische Reflexion der westdeutschen Gesellschaft, die in der DDR nicht stattfand, obwohl auch dort die gesellschaftliche Integration der NS-Anhänger vorangetrieben worden war.

I. Die »Rückkehr« der Vergangenheit 1958 bis 1961

Zwischen dem letzten Drittel der 50er Jahre und dem Eichmannprozess von 1961 entspann sich in der Bundesrepublik ein umfassender öffent-

den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, hrsg. von Ulrich Herbert u. Olaf Groehler, Hamburg 1992; Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. von Rolf Steininger, Wien u. a. 1994; Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, hrsg. von Jürgen Danyel, Berlin 1995; Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Werner Bergmann, Rainer Erb u. Albert Lichtblau, Frankfurt a. M./New York 1995; Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in beiden deutschen Staaten, hrsg. von Martin Sabrow, Leipzig 1997; eine Gesamtdarstellung bietet jetzt: Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, sowie Jürgen Danyel, Die beiden deutschen Staaten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. Elitenwechsel und Vergangenheitspolitik, in: Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Christoph Kleßmann, Hans Misselwitz u. Günter Wichert, Berlin 1999, S. 128–138.

3 Ulrich Herbert, Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, hrsg. von Bernd Weisbrod, Hannover 1995, S. 157–174, hier: S. 162.

licher Diskurs über die NS-Vergangenheit. Höhepunkt und direkter Auslöser eines ganzen Bündels von politischen, juristischen und pädagogisch-didaktischen Initiativen war die antisemitische Welle vom Jahreswechsel 1959/60. Sie wirkte wie ein Katalysator für diejenigen Aufklärungs- und Umdenkungsprozesse, die schon in den Vorjahren begonnen hatten, als eine ganze Reihe von antisemitischen Vorfällen, strafrechtliche Verfahren und auch die zunehmende Problematisierung von personalen Kontinuitäten die Fragen aufgeworfen hatten, inwieweit sich die westdeutsche Gesellschaft wirklich von ihrer Vergangenheit gelöst hatte und wie sie damit künftig verfahren sollte. Im Schlüsseljahr 1958 wurde jene »gewisse Stille« bei der Thematisierung der Vergangenheit durchbrochen, die über den ersten Jahren der Bundesrepublik gelegen hatte.⁴ 1958 nahmen nicht nur die antisemitischen Vorfälle gegenüber den Vorjahren auffällig zu.⁵ Mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß wurde auch die Praxis der Judenvernichtung in Polen und der Sowjetunion erstmals ausführlich dargelegt und öffentlich diskutiert. Daß der Auslöser des Verfahrens in dem Wiedereinstellungsbegehren eines früheren Staatsbediensteten lag, der – wie sich dann herausstellte – an Massenerschießungen beteiligt gewesen war, verwies bereits auf ein Kernproblem der westdeutschen Gesellschaft: die enge Verzahnung von NS-Vergangenheit und Gegenwart. Die Ergebnisse des Ulmer Einsatzgruppenprozesses erzeugten – insbesondere angesichts der im Jahre 1960 bevorstehenden Verjährung von Totschlag – einen beträchtlichen Aufklärungsdruck, dem die Justiz nachkommen mußte. Im Ergebnis wurde die »Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen« in Ludwigsburg ein-

4 Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: HZ, 236, 1983, S. 579–599; zur NS-Bearbeitung in der Gründungsphase der Bundesrepublik bis in die frühen 50er Jahre vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; für die Öffnungstendenzen in der westdeutschen NS-Debatte der späten 50er Jahre vgl. die Überblicke von Detlef Garbe, Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und »Vergangenheitsbewältigung«. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywotek, Bonn 1993, S. 693–716; Peter Reichel, Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung. Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Ebd., S. 679–692; Hartmut Berghoff, Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den fünfziger Jahren, in: GWU 49 (1998), H. 2, S. 96–114; vgl. außerdem den problematisierenden Überblick von Axel Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, hrsg. von Wilfried Loth u. Bernd-A. Rusinek, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 19–54.

5 Vgl. Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 276.

gerichtet, deren ergiebige Arbeit in den Folgejahren nicht nur die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen, sondern auch die öffentliche Debatte um die Strukturen und Mechanismen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beträchtlich beförderte.

Bereits im Laufe des Jahres 1959 reagierte Bundestag und Bundesregierung auf die antisemitischen Skandale der vorangegangenen Monate mit einer kritischen Justizdebatte und der Vorlage eines »Gesetzes gegen Volksverhetzung«, das nun ein wirkungsvolles Instrument gegen das virulente Problem des Antisemitismus bieten sollte. Trotz der ursprünglich starken Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien wurde das Gesetz am 20. Mai 1960 einstimmig verabschiedet – nicht zuletzt wegen des inzwischen weit über seinen ursprünglichen Anlaß hinaus gewachsenen Problemdrucks.

Ebenfalls noch vor der antisemitischen Welle vom Jahreswechsel 1959/60 waren der Umgang mit der NS-Vergangenheit und insbesondere die personalen und mentalen Kontinuitätslinien zur westdeutschen Gesellschaft stärker als zuvor thematisiert worden. Im Herbst 1959 erregte Wolfgang Staudtes Kinofilm »Rosen für den Staatsanwalt« öffentliche Aufmerksamkeit, schon 1958 war Max Frischs »Biedermann und die Brandstifter« erschienen, im Jahr darauf Günter Grass' »Blechtrommel«. Insbesondere die im November 1959 in Karlsruhe eröffnete Ausstellung des West-Berliner SDS-Mitglieds Reinhard Strecker »Ungesühnte Nazijustiz« erregte die Gemüter, denn hier wurden erstmals die Verstrickungen westdeutscher Richter und Staatsanwälte in aller Ausführlichkeit gezeigt, und das mit Hilfe von Dokumenten aus der DDR, Polen und der CSSR.⁶ Das konservative Spektrum witterte »Pankows Schatten«⁷ hinter dieser Dokumentation, und die Angelegenheit geriet auch zu einem ernststen Streitfall zwischen der SPD-Parteispitze und dem SDS. Andererseits fiel in der liberalen Öffentlichkeit – wie etwa die ausgesprochen positive Berichterstattung des »Spiegel« zeigte – inzwischen nicht mehr die Herkunft der Quellen so sehr ins Gewicht, sondern ihre skandalösen Inhalte.

Die von der Ausstellung forcierte Debatte um die Kontinuitäten in der Justiz fiel zusammen mit einer Kampagne gegen die »NS-Blutrichter«, mit der die SED seit 1957 versuchte, die westdeutsche Justiz zu diskreditieren.⁸

6 Willy Albrecht, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*, Bonn 1994, S. 356 ff.; Michael Kohlstruck, *Das zweite Ende der Nachkriegszeit. Zur Veränderung der politischen Kultur um 1960*, in: *Vergangenheitsbewältigung. Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte*, hrsg. von Gary S. Schaal u. Andreas Wöll, Baden-Baden 1997, S. 113–128.

7 FAZ vom 19. 2. 1960, zit. nach: Bästlein, *Nazi-Blutrichter* (wie Anm. 1), S. 415.

8 Ebd.

In einer schnellen Abfolge von Pressekonferenzen hatte Ost-Berlin zwischen Mai 1957 und November 1959 zunächst 118, am Ende dann 1000 belastete Juristen namentlich benannt. Die Brisanz der Anwürfe bestand darin, daß sie größtenteils zutrafen. Dies veranlaßte die Justizminister der Länder, den Beschuldigungen sehr frühzeitig nachzugehen – wenngleich mit unterschiedlichem Nachdruck. So wurde dann auch die Authentizität der Streckerschen Dokumente von Generalbundesanwalt Güde bestätigt. In der Öffentlichkeit sorgte insbesondere die Tatsache für Empörung, daß erst eine private Initiative ein eklatantes Versäumnis thematisieren mußte, während die offiziellen Stellen schwiegen. Im Januar 1960, während die Öffentlichkeit von neuerlichen Kontinuitätsindizien erschüttert wurde, erstatteten Strecker und ein weiterer SDS-Genosse Strafanzeige gegen 43 ehemalige NS-Richter und Staatsanwälte – eine Initiative, die den politischen Druck beträchtlich erhöhte. Allerdings scheiterten die Bemühungen, belastete Juristen mit Hilfe des hinsichtlich der Altersversorgung für sie günstigen »Richtergesetzes« vom 14. Juni 1961 zum Rücktritt zu bewegen. Nur eine Minderheit konnte sich zu diesem Schritt entschließen. Die Reinigungsversuche der Landesjustizbehörden scheiterten oftmals am Korpsgeist der Juristen und auch daran, daß nur gegen die Mitwirkenden an den größten rechtswidrigen Todesurteilen ermittelt wurde, während viele andere Fälle unberücksichtigt blieben.

Diskutiert wurde auch über die personellen Kontinuitäten in der Politik. Insbesondere die NS-Vergangenheit des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Hans Globke, des Bundesinnenministers Gerhard Schröder und des Vertriebenenministers Theodor Oberländer war in den vorangegangenen Jahren immer wieder thematisiert worden. Die öffentlichen Auseinandersetzungen mit den Anzeichen einer nach wie vor virulenten NS-Vergangenheit kumulierten an der Jahreswende 1959/60, und ihre größte Schubkraft erhielten sie mit jener antisemitischen Welle, die eine direkte Bedrohung der westdeutschen Demokratie durch unverhüllte nationalsozialistische Ideologeme signalisierte.

In der Weihnachtsnacht 1959 wurde die erst wenige Monate zuvor in Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer eingeweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und der Losung »Deutsche fordern Juden raus« beschmiert – wie sich herausstellte von zwei jungen Männern, die Mitglieder der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei waren.⁹ Diese, wie es in

9 Dazu ausführlich: Werner Bergmann, Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Schmierwelle im Winter 1959/60, in: Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, hrsg. von Werner Bergmann u. Rainer Erb, Opladen 1990, S. 253–276; Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997, S. 235 ff.; insbesondere zur Wahrnehmung im Ausland: Brochhagen (wie Anm. 5), S. 276 ff.

der Presse dann hieß, »zweite Kristallnacht von Köln«¹⁰ und die ihr folgende ›Welle‹ von mehr als 470 Nachfolgetaten binnen weniger Wochen riefen starke Bestürzung hervor. In das Blickfeld geriet vor allem die Demokratiefähigkeit der Westdeutschen, aber auch die bereits zuvor kritisch thematisierte Kontinuität der Eliten. Dieses Thema trieb keineswegs nur die DDR um, sondern auch das westliche Ausland und jüdische Organisationen. In den meisten Ländern habe seit Kriegsende kein anderes politisches Ereignis in Deutschland die Öffentlichkeit so sehr beschäftigt wie die antisemitischen Vorfälle – so resümierte das Auswärtige Amt.¹¹ Insbesondere in Großbritannien sah man in den Ereignissen Anzeichen einer feststehenden mentalen Prägung und zeigte sich, so wiederum die Beamten im deutschen Außenministerium, besonders anfällig für »sowjetzonale Propagandaaktionen«¹². Dabei konzentrierte sich die Kritik immer mehr auf das Schweigen der Bundesregierung zu den seit langem erhobenen Vorwürfen gegenüber belasteten Spitzenpolitikern.

Die Irritationen im Ausland wurden dadurch genährt, daß die Bundesregierung die antisemitischen Vorfälle herunterzuspielen suchte, zunächst unpolitische Halbstarke am Werk sah, dann aber eine gelenkte Aktion der DDR behauptete. Insbesondere Verteidigungsminister Strauß vertrat – gegen Bundesinnenminister Schröder – die These einer kommunistischen Provokation, die die Bundesrepublik im Kontext der Berlin-Krise isolieren sollte. Strauß legte eine Reihe von Quellen vor, um die kommunistische Urheberschaft zu belegen. Deren Beweiskraft blieb jedoch umstritten, und nach wie vor ist die Rolle der DDR in dieser Sache ungeklärt.¹³ Daß der SED die Debatte um nationalsozialistische Kontinuitäten in Westdeutschland mehr als gelegen kam, steht außer Zweifel. Die Frage war nur, ob damit die Sache selbst schon erklärt war. In der kritischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik und im Ausland wurde die Schuldzuweisung an die DDR häufig als Vertuschungstaktik angesehen, die von den problematischen inneren Verhältnissen Westdeutschlands ablenken sollte. Aber die Erklärungsversuche der Bundesregierung stießen in der westdeutschen Bevölkerung durchaus auf offene Ohren. Dort war An-

10 FAZ vom 15. 1. 1960.

11 Vgl. Brochhagen (wie Anm. 5), S. 299 f.

12 Zit. nach: Ebd., S. 316.

13 Daran ändert nichts der inzwischen vorliegende Nachweis von antisemitischen und neonazistischen Brief- und Flugblattaktionen vom Frühjahr 1961, die vom MfS initiiert worden waren: Lothar Mertens, »Westdeutscher« Antisemitismus? MfS-Dokumente über eine Geheimaktion in der Bundesrepublik Deutschland, in: DA 27 (1994), S. 1271–1272; vgl. auch Jutta Illichmann, Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt a. M. 1997, S. 147 f.

fang 1960 die Bereitschaft groß, in den antisemitischen Schmierereien keine ernsthaften Anzeichen innenpolitischer Probleme zu sehen. Nur 13 Prozent sahen darin ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus, während 40 Prozent meinten, hier würden nur Halbstarke Aufmerksamkeit erregen wollen, und 32 Prozent glaubten an ein Werk des Ostens zur Diskreditierung der Bundesrepublik.¹⁴ Hier zeigte sich bereits, daß der selbstkritische Diskurs in den Medien keineswegs mit der Meinung der Bevölkerungsmehrheit übereinstimmte. Diese Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und privaten Einstellungen sollte im Laufe der 60er Jahre noch deutlicher werden.

Personelle Kontinuitäten an der Staatsspitze und in der Justiz, eine scheinbare Renaissance des Antisemitismus – diese Wiederkehr des Vergangenen trug zehn Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik zu einem Gesamtbild bei, in dem die demokratische Staatsform als brüchige Hülle einer kontinuierätsgeladenen Gesellschaft erschien. Dies ließ plötzlich auch die bekannten Vorwürfe aus der DDR in einem anderen, nicht mehr ganz so unrealistischen Licht erscheinen. Hinzu kam, daß die Politik der Bundesregierung und die Neigungen der Bevölkerungsmehrheit, die auf eine Externalisierung des Problems hinausliefen, den Vorwurf der Unfähigkeit zu wirklicher Einsicht tendenziell bestätigten. Demgegenüber setzte ein Großteil der Öffentlichkeit auf selbstkritische Revision. Das Schlagwort von der »Vergangenheitsbewältigung« hatte Konjunktur.¹⁵ »Bewältigt« werden sollte die Vergangenheit durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen, insbesondere durch die Intensivierung der strafrechtlichen Ermittlungen, eine gründliche Überprüfung und gegebenenfalls Entlassung der Belasteten in Regierungsämbtern und der Justiz. Vor allem ausländische jüdische Organisationen, aber auch die SPD-Opposition insistierten nun schärfer als zuvor auf einer genauen Überprüfung der strittigen Fälle. Dabei geriet Vertriebenenminister Oberländer ins Strudeln und trat im April 1960 zurück.

Die antisemitischen Vorfälle gaben aber auch einer Debatte um die Erziehung der nachwachsenden Generation einen kräftigen Schub. Schon im Herbst 1959 hatte die Gesellschaft für deutsch-jüdische Zusammenarbeit eine Erzieherkonferenz zum Thema »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit« mit Theodor W. Adorno als Hauptredner abgehalten.

14 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn 1965, S. 219; vgl. dazu auch: Peter Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60, Frankfurt a. M. 1961.

15 Zur Begriffsreflexion: Peter Dudek, »Vergangenheitsbewältigung«. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: APuZ, B 1–2/92 vom 3. 1. 1992, S. 44–53. Die Positionen von Mitscherlich, Arendt und Bauer untersucht Birgitte Wium-Andersen, Vorwärts, ohne zu vergessen. Eine Triangulierung des Begriffes Vergangenheitsbewältigung, Magisterarbeit, Odense 1998.

Doch erst die antisemitische Welle löste als Initialereignis jene Debatte um historisch-politische Bildung aus, die den Nationalsozialismus als Gegenstand der Bildungsarbeit »irreversibel« machte.¹⁶

Die Tatsache, daß die meisten der an der antisemitischen Welle beteiligten Täter Jugendliche waren, rückte die Verantwortung der schulischen und außerschulischen Erziehung in das Zentrum des Vergangenheitsdiskurses.¹⁷ Dabei wurde vor allem der schlechte Stand der historischen Bildung junger Leute kritisiert und die Frage aufgeworfen, auf welche Weise die Geschichte der jüngsten Zeit angemessen vermittelt werden könnte.¹⁸ Auch dies wurde unter dem Kontinuitätsaspekt diskutiert: Weithin galt als ausgemacht, daß antisemitische Neigungen junger Leute nur durch die Einflüsterungen der in dieser Frage belasteten Erwachsenen verursacht seien.¹⁹ »Die antidemokratische nationalistische Grundeinstellung bei vielen Deutschen hat«, so erklärte Walter Jacobsen, Referent für Psychologie bei der Bundeszentrale für Heimatdienst, »den Charakter des Angeborenen, Ererbten, inloedgedessen Tiefverwurzelten und ist daher nicht von heute auf morgen, etwa durch bloße rationale ›Aufklärung‹, Belehrung oder Überzeugungsgründe, auch nicht durch Totschweigen, sondern nur in langwieriger Erziehungsarbeit zu überwinden.«²⁰ Die hier konstatierte und auch für die Zukunft drohende mentale Kontinuität der westdeutschen Gesellschaft sollte an der Generationslinie gekappt werden.

16 Peter Dudek, »Der Rückblick auf die Vergangenheit wird sich nicht vermeiden lassen«. Zur pädagogischen Verarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland (1945–1990), Opladen 1995, S. 249; vgl. jetzt auch die detaillierte Regionalstudie: Johann Zilien, Politische Bildung in Hessen von 1945 bis 1965. Gestaltung und Entwicklung der politischen Bildung als schulpolitisches Instrument der sozialen Demokratisierung, Frankfurt a. M. 1997.

17 Zur Altersstruktur der im Dezember 1959 und Januar 1960 festgenommenen 234 Täter vgl. Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung, hrsg. von der Bundesregierung, Bonn 1960, S. 36 f.

18 Vgl. dazu den Protest des Verbands der Geschichtslehrer Deutschlands gegen die zunehmenden Schuldzuweisungen an seine Klientel: Erklärung, in: GWU 11 (1960), H. 1, S. 1 f.

19 Beispielhaft etwa ein Leserbrief in der FAZ vom 8. 1. 1960: »Weite Kreise der Beamtschaft und Lehrerschaft sowie der Wirtschaft, Akademiker wie Nichtakademiker mißbilligen so zwar gewisse Auswüchse des Antisemitismus, sind aber ideenmäßig Antisemiten. Daher werden vielfach Schule und Elternhaus zu Brutstätten des intellektuellen Antisemitismus. Und keiner vermag zu sagen, ob und in welchem Umfang sich dieses angesammelte Ideengut in der heutigen Jugend noch einmal praktizieren wird.« Zit. nach: Pearl Boberg Henriksen, De antisemitiske hændelser i Vesttyskland i 1959–1960 og offentlighedens reaktion på disse, Magisterarbeit, Kopenhagen 1998, S. 29.

20 Walter Jacobsen, Die Vergangenheit mahnt. Wille, Wege und Wagnis zur Bewältigung, in: APuZ, B 27/60 vom 6. 7. 1960, S. 429–435, hier: S. 431.

Die Erziehungsdebatte fand vor dem Hintergrund einer beträchtlichen Unsicherheit darüber statt, ob der Westen den weltpolitischen Wettlauf mit dem Osten würde gewinnen können. Unmittelbar nach den antisemitischen Vorfällen erklärte der »Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen«, man müsse diese »in Verbindung bringen mit anderen Symptomen eines gewissen Unbehagens an der Demokratie und an der Politik überhaupt, mit Anzeichen einer neubelebten oder neuartigen antidemokratischen Gesinnung, aber auch mit der Tatsache, daß die Demokratie, so selbstverständlich sie heute gilt, in breiten Schichten nicht die Kraft und Sicherheit einer in Erfahrungen begründeten und bewährten Überzeugung hat. Viele Deutsche sind nur Mitläufer der Demokratie. Wir können nicht wissen, ob und wann der demokratische Wille auf die Probe gestellt werden wird und sich wird bewähren müssen, also auch nicht, wieviel Zeit der Schule zur Verfügung steht, um vorher ihren möglicherweise entscheidenden Beitrag zur Bewältigung unserer Vergangenheit zu leisten.«²¹ Viele der Verantwortlichen verspürten nicht nur eine moralische und politische Verpflichtung, sondern auch einen starken Zeitdruck zur Immunisierung der jungen Generation gegen neuerliche totalitäre Verführungen. Dies erschien als eine Frage von existentieller Bedeutung, und mit entsprechender Energie wurde an die konzeptionelle Debatte und die Umsetzung gegangen. Insbesondere die Schulverwaltungen nahmen dabei eine führende Rolle ein – oft gegen den Widerstand der Betroffenen in Klassenzimmern und Elternhaus.²²

Nach wie vor waren die Vorbehalte gegenüber der zunehmenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stark verbreitet – unter Lehrern, Eltern und Schülern, aber auch unter konservativen Fachleuten, die mit der Aufwertung der Zeitgeschichte eine Renaissance der politischen Indoktrinierung befürchteten. In der Bevölkerung waren die Meinungen darüber geteilt, ob die Kinder in der Schule genügend über die NS-Zeit lernten. Besonders engagiert zeigten sich hier die Eltern der Mittelschüler und Gymnasiasten, die zur Hälfte der Auffassung waren, es würde zu wenig darüber vermittelt, während nur 39 Prozent mit dem gegenwärtigen Stand zufrieden waren.²³ Dabei war gerade bei Kindern aus akademischen Elternhäusern der Informationsstand besonders hoch, ganz

21 Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, Erklärung aus Anlaß der antisemitischen Ausschreitungen, 30. 1. 1960, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, 52367.

22 Dudek, Rückblick (wie Anm. 16), S. 264; vgl. auch Falk Pingel, Nationalsozialismus und Holocaust in westdeutschen Schulbüchern, in: Der Umgang mit dem Holocaust (wie Anm. 2), S. 221–232, hier: S. 225 f.

23 Allensbach-Pressedienst, Nr. 31/1960.

im Gegensatz zu Arbeiter- und Angestelltenkindern.²⁴ Aufs ganze gesehen stellten Sozialwissenschaftler im Laufe der Jahre immer wieder ein »unkritisches, geschichtliches Schulbuchverhältnis« zum Nationalsozialismus fest, obwohl nach repräsentativ erhobenen Angaben der Schulabsolventen der Jahre 1960 bis 1968 das Themenfeld »Nationalsozialismus« auf Platz zwei derjenigen Themen rangierte, die besonders intensiv besprochen worden waren.²⁵

Der Vergangenheitsdiskurs erhielt einen weiteren Anstoß durch die spektakuläre Festnahme Adolf Eichmanns, die am 10. Mai 1960 mitten in der Debatte um die antisemitische ›Welle‹ erfolgte, sowie durch den nachfolgenden Prozeß, der vom 11. April bis zum 15. Dezember 1961 in Jerusalem abgehalten wurde. An der großen öffentlichen Aufmerksamkeit war nun auch das Fernsehen als neues Massenmedium beteiligt. Anfang 1961 wurde der Eichmann-Dokumentarbericht »Auf den Spuren des Henkers« ausgestrahlt, und während des Prozesses berichtete das Fernsehen unter dem Titel »Eine Epoche vor Gericht« zweimal wöchentlich. Schon seit Oktober 1960 zog die 14teilige Sendereihe »Das Dritte Reich« die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, die bis zum Mai 1961 ausgestrahlt und 1963 noch einmal wiederholt wurde. Kurz vor ihrem Ende hatten 30 Prozent der Erwachsenen mehrere Sendungen gesehen und weitere 11 Prozent eine der Folgen. Allerdings zeigte sich auch, daß das große Interesse am Dritten Reich nicht unbedingt gleichzusetzen war mit der Bereitschaft, sich mit den in seinem Namen begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Nach wie vor erregte die Erfolgsgeschichte des Nationalsozialismus die größte Aufmerksamkeit, während seine Verbrechen weniger goutiert wurde. Publikumsrenner waren die Folgen unter den Titeln »Machtergreifung« (12 Millionen Zuschauer = 28 Prozent der Bevölkerung) und »Die Blitzkriege« (20 Prozent), während das geringste Interesse die Sendung über den »SS-Staat« fand (11 Prozent).²⁶ Außerdem war eine knappe Mehrheit der Befragten der Meinung, daß die Serie ein insgesamt oder zum Teil verzeichnetes Bild der NS-Zeit lieferte.

Derartige Abwehrbewegungen zeigten sich auch anhand der Reaktionen auf den Eichmannprozeß. Zwar hatten etwa 90 Prozent der West-

24 Elisabeth Pfeil, Die 23jährigen. Eine Generationsuntersuchung am Geburtsjahrgang 1941, Tübingen 1968, S. 321 ff.

25 So Ludwig von Friedeburg, zit. nach: Viggo Graf Blücher, Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute, Düsseldorf/Köln 1966, S. 345; vgl. auch Hans-Martin Stimpel, Schüler, Lehrerstudenten und Politik. Ein internationaler Vergleich, Göttingen 1970, S. 26.

26 Allensbach-Pressedienst, Nr. 10/1961; vgl. dazu die detaillierte Analyse von Christoph Classen, Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965, Köln u. a. 1999.

deutschen von ihm gehört, und mehr als zwei Drittel hielten es für richtig, den Angeklagten zu bestrafen. Gleichzeitig aber stimmten 53 Prozent der Allensbach-Aussage zu, es wäre am besten, »wenn man diese Angelegenheit vergessen würde und wenn wir uns ausschließlich mit der Gegenwart und mit der Zukunft beschäftigen würden«. Ein Drittel der Befragten lehnte diese Position explizit ab.²⁷ Wie spezifisch diese Art der Wahrnehmung war, zeigte sich im internationalen Vergleich. Während die Befragten in den USA, Großbritannien und der Schweiz ein Verfahren gegen Eichmann vor einem deutschen Gericht für abwegig hielten, hätte dies ein beachtlicher Teil der Westdeutschen für wünschenswert gehalten. Gleichzeitig hielten es im Durchschnitt zwei Drittel der Befragten aus den drei westlichen Ländern für richtig, daß an die nationalsozialistischen Konzentrationslager erinnert wurde, während dem nur ein Drittel der Westdeutschen zustimmte.²⁸ Die Bundesbürger waren tief gespalten zwischen zwei extremen Polen: einerseits der Welt eine Besserung der Deutschen durch offensive Vergangenheitsbewältigung zu demonstrieren und andererseits alles so schnell wie möglich zu vergessen. Doch diese Pole waren nur scheinbar unvereinbar. Schon im Herbst 1959 hatte Theodor W. Adorno darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Rede von der »Aufarbeitung der Vergangenheit« nicht gemeint war, »daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewußtsein. Sondern man will einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen.«²⁹ Tatsächlich war der Nationalsozialismus auch schon vor 1958 in der öffentlichen Diskussion allgegenwärtig gewesen, nur erschien er als mystisches Rätsel, das auf die allgemeine Verlustgeschichte der zivilisatorischen Moderne zurückzuführen war — ein dämonischer Abschnitt der deutschen Geschichte, der aus den politischen, gesellschaftlichen und mentalen Kontinuitätslinien vor 1933 und nach 1945 herausfiel. Mit der Distanzierung vom Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Leugnung aller Kontinuitätsfaktoren knüpften die westdeutschen Opinion leader dem ungesicherten Staatswesen einen ersten Legitimationsknoten, denn damit wurde der Erwartungshaltung der außenpolitischen Bündnispartner Rechnung getragen und zugleich die Be-

27 Jahrbuch 1958–1964 (wie Anm. 14), S. 227; vgl. auch die Befragungsergebnisse des Frankfurter Instituts für Sozialforschung: Regina Schmidt u. Egon Becker, Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1967, S. 107 ff.; außerdem: Hans Lamm, Der Eichmann-Prozess in der öffentlichen Meinung, Frankfurt a. M. 1961.

28 Emnid-Informationen, Nr. 24 vom 17. 6. 1961.

29 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit (1959), in: ders., Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, hrsg. von Gerhard Kadelbach, Frankfurt a. M. 1971, S. 10–29, hier: S. 10.

völkerung integriert, die in diesem Gesamtpanorama in erster Linie als Opfer einer kriminellen NS-Führung figurierte. Auf der Seite der Kritiker begründete diese Verkoppelung den nachhaltigen Verdacht, daß die Thematisierung von NS-Verbrechen stets interessengeleitet war und oftmals einen Entlastungsaspekt in sich trug. Im Blick auf den Eichmannprozeß urteilte die Zeitschrift »Konkret«: »Heute ist einer angeklagt. Einer, der zuständig sein soll für alles. Das laute Ja zu seiner Verurteilung soll das Tor zur paradisischen Unschuld all der anderen Mitschuldigen und Gleichschuldigen öffnen.«³⁰

Auch für die Vergangenheitspolitik der DDR stellte der Eichmannprozeß einen wichtigen Einschnitt dar. Sie suchte das Verfahren zur weiteren Delegitimation der Bundesrepublik zu nutzen und damit zugleich ihre eigene internationale Isolation zu durchbrechen. Gleich zu Prozeßbeginn hatte Albert Norden, SED-Politbüromitglied und Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, erklärt, es gehe darum, »den Fall Eichmann [...] maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen«.³¹ Dies sollte vor allem durch den Nachweis einer engen personellen Kooperation zwischen Eichmann und Hans Globke geschehen. Globke sei der »Eichmann Bonns« – unter dieser Losung begann im Juli 1960 eine aufwendige Kampagne gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der einen juristischen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen mitverfaßt hatte.³² In der DDR rechnete man fest damit, Globke zu Fall bringen zu können und wollte im In- und Ausland keinen Zweifel daran lassen, daß dies unter maßgeblichem Druck aus der DDR geschah. Vor dem Hintergrund der antisemitischen Welle und der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die das Vergangenheitsthema in Westdeutschland fand, stießen die Anschuldigungen aus der DDR auf eine gewisse Resonanz – nicht zuletzt, weil Globkes Tun sowohl im westlichen Ausland wie auch in der Bundes-

30 Konkret, Nr. 10/1961.

31 Norden an Ulbricht, 28. 5. 1960, abgedruckt bei Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 496 f.; zur Bedeutung des Eichmannprozesses für den NS-Diskurs in der DDR vgl. Olaf Groehler, Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Der Umgang mit dem Holocaust (wie Anm. 2), S. 233–245, hier: S. 242 f.

32 Norbert Jacobs, Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973. Ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland, Phil. Diss., Bonn 1992; Thomas Herz u. Heiko Boumann, Der »Fall Globke«: Entstehung und Wandlung eines NS-Konflikts, in: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, hrsg. von Thomas Herz u. Michael Schwab-Trapp, Opladen 1997, S. 57–108; Michael Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174; ders., Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Die geteilte Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 61–86; Illichmann (wie Anm. 13), S. 154 ff.

republik selbst bereits seit längerem kritisch thematisiert worden war. Gleichwohl gelang es nicht, die beiden deutschen Staaten als Verteidiger und Ankläger im Prozeß selbst zu plazieren. Auch ließ das Interesse an der propagandistischen Globke-Kampagne im Laufe des Jahres 1962 deutlich nach. Die SED-Spitze suchte dem mit der Vorbereitung und Durchführung eines spektakulären Prozesses gegen den Kanzleramtssekretär auf dem Boden der DDR abzuwehren – freilich ohne großen Erfolg. Der im Juli 1963 abgehaltene »Weltprozeß gegen das Bonner Unrechtsregime« hatte zeigen sollen, »daß und warum der DDR die Zukunft gehört«, doch er demonstrierte lediglich, daß weder im Ausland noch in Westdeutschland selbst die Bereitschaft besonders groß war, ein pauschales Gleichheitszeichen zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik zu ziehen.³³ In der westdeutschen Öffentlichkeit war man indes überzeugt, daß nicht nur eine Änderung des Unterrichts an den Schulen wichtig war, sondern auch eine Demokratisierung des politischen Klimas. Eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen war die Entfernung von Belasteten aus verantwortlichen Staatsämtern.

In diesem Kontext wurde die Frage nach den personellen Kontinuitäten nun mehr und mehr auch an die Adresse der DDR gerichtet. Schon 1958 hatte der »Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen« eine Dokumentation über »Nationalsozialisten in Pankows Diensten« vorgelegt.³⁴ Tatsächlich fanden sich in der DDR-Justiz, im SED-ZK und, wie 1967 durch Simon Wiesenthal bekannt wurde, auch in den ostdeutschen Medien eine ganze Reihe von Belasteten. Auch wuchs die Zahl der Volkammerabgeordneten mit NS-Vergangenheit seit der Wahl vom 16. November 1958 – ein Zeichen dafür, daß die DDR-eigene vergangenheitsorientierte Befriedigungspolitik auch auf dem Höhepunkt der NS-Debatte voranschritt. Allerdings sind die tatsächlichen Dimensionen bis heute nicht näher bekannt.³⁵ Tatsächlich gelang es der westlichen Seite jedoch nicht, den Eindruck zu beseitigen, daß die Bundesrepublik bedeutend stärker in einer personellen Kontinuität verhaftet war als die DDR. Insofern kann man immerhin von einem beachtlichen Erfolg der DDR-Politik sprechen. Da drangen auch jene Stimmen nicht recht durch, die immer wieder auf die Situation der Juden in der DDR zu sprechen kamen und ihre Instrumentalisierung zu politischen Zwecken beklagten. In den 60er Jahren konnten die jüdischen Gemeinden in der DDR unter vorzüglichen Bedingungen arbeiten, waren jedoch, wie ein kanadischer Journalist 1966

33 Zitate nach: Lemke, Antifaschismus (wie Anm. 32), S. 74.

34 Herf (wie Anm. 2), S. 222 f.

35 Zu biographischen Kontinuitäten und Brüchen vgl. allerdings Lutz Niethammer, Alexander von Plato u. Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.

meinte, »Museumsstücke«, die die DDR-Regierung so lange wie möglich fortbestehen lassen wollte, »um dem Ausland zu zeigen, daß sie wirklich die am meisten antinazistische Regierung in Europa ist, daß den Juden geholfen wird und sie unterstützt werden und daß die Religion in Ostdeutschland nicht verfolgt wird«. ³⁶

Auf lange Sicht war die Tatsache wesentlich belastender, daß die DDR-Spitze in ihrer Sicht des Nationalsozialismus das eigene Kontinuitätsproblem ausblendete und lediglich die Konfrontationspotentiale im Kalten Krieg sah. Als Otto Grotewohl 1958 die Gedenkstätte Buchenwald einweihte, da widerspiegelte seine bipolare Definition bereits die Schlußstrichmentalität der SED-Spitze: Im Osten habe man »aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt« und »gute und richtige Lehren« gezogen. Die Bundesrepublik hingegen sei »ein Hort der Reaktion, in dem die Militaristen und Faschisten wieder zur Macht gelangt sind und dessen aggressiver Charakter sich in seinen reaktionären Taten zeigt«. ³⁷ Im Kontext des Mauerbaus wurde diese Bipolarität extrem zuspitzt, und zwar keineswegs nur in der Partei- und Staatsspitze. Auf Einwände westdeutscher Kollegen antwortete Stephan Hermlin, die Bundesrepublik sei der »gefährlichste Staat der Welt«, und er sah den Bau der Mauer als eine gerechtfertigte Maßnahme zur Festigung des »Antiglobkestaats« DDR. ³⁸

Allerdings schlug das von dort aus gegen die Bundesrepublik skandalisierte Vergangenheits thema auch auf die DDR selbst zurück – wenn auch auf weitaus weniger kraftvolle Art und Weise. Immer wieder beeinflusste die Furcht vor »feindlichen Verleumdungen« des Westens die Darstellung des Nationalsozialismus in der DDR. So verfügte Albert Norden mit dieser Begründung 1961 die Aufnahme des Themas Judenvernichtung in die ständige Ausstellung des ehemaligen KZ Sachsenhausen oder forderte gelegentlich auch die Amtsenthebung belasteter Funktionäre, um der Bundesrepublik keinen Anlaß für Gegenpropaganda zu bieten. ³⁹ Doch auch jenseits der taktisch kalkulierenden Politik spielte das von der DDR mit Blick auf Westdeutschland mobilisierte Thema eine wachsende Rolle. In der Literatur und auf der Leinwand zeigte sich, daß die NS-Vergangenheit trotz der universalentlastenden Antifaschismuskonzeption am Übergang zu den 60er Jahren stärker reflektiert wurde als zuvor. 1959 produzierte

36 Zit. nach: Mario Kessler, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, S. 121; vgl. jetzt auch Lothar Mertens, *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990*, Hildesheim u. a. 1997.

37 Zit. nach: Herf (wie Anm. 2), S. 212.

38 Zit. nach: *Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*, hrsg. von Klaus Wagenbach u. a., Berlin 1979, S. 187.

39 Kessler (wie Anm. 36), S. 119; Illichmann (wie Anm. 13), S. 150.

Konrad Wolf den Film »Sterne«, der den Mord an Juden thematisierte, 1961 hatte »Professor Mamlock«, ebenfalls in der Verfilmung von Konrad Wolf, großen Erfolg und im Jahr darauf Frank Beyers Verfilmung von Bruno Apitz' KZ-Roman »Nackt unter Wölfen«. Auch in der Geschichtswissenschaft setzte an der Wende zu den 60er Jahren eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ein, wenn auch weit weniger stark als im Westen und ohne den Resonanzraum einer diskursiven Öffentlichkeit.⁴⁰

II. Totalitarismuskonzeption und Symbol Auschwitz 1962 bis 1965

Noch Mitte der 50er Jahre war man in den zuständigen Bundesministerien bestrebt, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wie sie etwa von der Bundeszentrale für Heimatdienst intensiv betrieben wurde, zumindest zu ergänzen, tendenziell aber abzulösen durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem noch gegenwärtigen »Totalitarismus«, der kommunistischen Ideologie.⁴¹ Beim Bundesinnenministerium etwa war erwogen worden, ob nicht die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus allmählich zurückgestellt und »die Bekämpfung des Antisemitismus anderen Institutionen wie etwa dem Zentralrat der Juden in Deutschland« überlassen werden könnte, um sich ganz auf die antikommunistische Arbeit konzentrieren zu können. Ein solcher Paradigmenwechsel war schon damals problematisch, nach den antisemitischen Vorfällen von 1959/60 aber völlig ausgeschlossen. Gleichwohl wurde die antikommunistische Arbeit stark intensiviert, und die Regierung ließ keinen Zweifel daran, worin sie die eigentliche totalitäre Bedrohung sah. Als Adenauer kurz nach der antisemitischen Welle, am 14. März 1960, den amerikanischen Präsidenten Eisenhower besuchte, da zog er eine Broschüre über die geistigen Gefahren des Kommunismus aus der Tasche, anstatt sich zu der brennenderen Frage der antisemitischen Potentiale in Westdeutschland zu äußern.⁴² Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre wurde die antikommunistische Immunisierung von staatlicher Seite stark forciert, während die

⁴⁰ Olaf Groehler, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Zweierlei Bewältigung (wie Anm. 2), S. 67–86, hier: S. 51 ff.; vgl. Joachim Käppner, Erstartete Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR, Hamburg 1999, S. 97 ff.

⁴¹ Vermerk, 21. 2. 1956, BA Koblenz, B 106/21611. Vgl. auch Detlef Siegfried, Stalin und Elvis. Antikommunismus zwischen Erfahrung, Ideologie und Eigensinn, in: Sowi 28 (1999), II. 1, S. 27–35.

⁴² Brochhagen (wie Anm. 5), S. 306.

Bereitschaft zur Entlassung von NS-Belasteten sehr zu wünschen übrig ließ. Daß die staatliche Politik an dieser Linie festhielt, obwohl der öffentliche Diskurs über die NS-»Bewältigung« schon Überhand gewann, führte insbesondere bei jungen Intellektuellen zu dem Eindruck einer doppelten Moral und zu einem Reflex gegen die antikommunistische Staatsideologie. Da lag die SED schon bedeutend besser im Trend der Zeit, weil sie immer wieder die entscheidende Legitimationsfrage der Kontinuität in Westdeutschland aufwarf – freilich unter Ausblendung der Verhältnisse in der DDR. Die Bundesregierung hielt die Aufregung um die »antisemitische Welle« für ein Propagandaphänomen, das mit Gegenpropaganda bekämpft werden könnte. Dies verkannte vollkommen die Brisanz, die der hohe Realitätsgehalt der DDR-Kampagnen in sich barg. Demgegenüber sahen die inneren Kritiker der Bundesrepublik, daß im eigenen Land nicht viel geschah – jedenfalls im Hinblick auf personelle Konsequenzen –, aber immer mit dem Finger auf den äußeren Feind, die DDR, gezeigt wurde. Adorno etwa beklagte, daß die Wechselbeziehung zwischen Druck aus dem Osten und antibolschewistischer Ideologisierung im Westen die subkutanen nationalsozialistischen Residuen der westdeutschen Gesellschaft erneut mobilisierte: »Der Widerstand gegen den Osten hat in sich selbst eine Dynamik, welche das in Deutschland Vergangene erweckt. [...] Nach einer schon während der Hitlerzeit gemachten Beobachtung zwingt die organisatorische Schlagkraft der totalitären Systeme ihren Gegnern etwas von ihrem eigenen Wesen auf.«⁴³

Bereits im Jahre 1953 hatte die Kultusministerkonferenz mit der nebulösen Rede von nicht näher explizierten »Diktaturen« das grundlegende Muster für eine Deutung der politischen Systeme im Geschichtsunterricht vorgegeben. Am 5. Juli 1962 verabschiedete sie detaillierte »Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht«, mit denen die Totalitarismustheorie in den Rang eines verbindlichen Deutungssystems erhoben wurde.⁴⁴ Dies war zwar ein Versuch, dem öffentlichen Druck zur Intensivierung der Aufklärung über den Nationalsozialismus nachzukommen, aber eben unter Parallelisierung mit dem Stalinismus, auf dem wegen der akuten Konfrontationssituation der eigentliche Akzent lag. Was nach der Totalitarismustheorie vom NS blieb, war »das wesenlose Böse, ein Nationalsozialismus ohne Nazis«.⁴⁵ Doch auch im Hinblick auf die Realität der poststalinistischen Staaten mangelte es den in den frühen

43 Adorno, Aufarbeitung (wie Anm. 29), S. 17.

44 Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht, in: »Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?« Die Adenauer-Ära 1949–1963, hrsg. von Klaus-Jörg Ruhl, München 1985, S. 326 ff. Zu 1953: Pingel (wie Anm. 22), S. 223 ff.

45 Norbert Frei, Das Problem der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer, in: Rechtsradikalismus (wie Anm. 3), S. 19–31, hier: S. 31.

50er Jahren veröffentlichten Totalitarismustheorien an Erklärungskraft. Auch dies führte dazu, daß die aus ihnen destillierte Doktrin seit den frühen 60er Jahren zunehmend als platte Gegenideologie wahrgenommen wurde, die wenig erklären konnte und vornehmlich auf die Externalisierung innerer Probleme zielte.

Während in dieser Zeit noch die NS-Vergangenheit von der Totalitarismuskonzeption »abgeschattet« (Helmut Dubiel) werden sollte, so verschob sich im Laufe der 60er Jahre die Gewichtung derjenigen Elemente, gegen die die Bundesrepublik ihre neue Identität konstruierte. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit geriet immer mehr in den Vordergrund, während die politische Abwehr des Kommunismus und die kulturelle Abwehr des Amerikanismus allmählich zurücktraten. Demgegenüber vollzog sich in der DDR eine geradezu gegenläufige Entwicklung: Mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und der zunehmenden Medialisierung der Kommunikation nahm die Bedeutung der Bundesrepublik für die inneren DDR-Verhältnisse nicht ab, sondern noch zu – und damit auch die Abgrenzungsbemühungen der DDR-Führung unter dem Emblem des Antifaschismus. Angesichts dessen wurde die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf einem sehr rudimentären Stand eingefroren.

In Westdeutschland ging zwar die Entfernung von NS-Belasteten aus staatlichen Spitzenämtern nur sehr zögerlich vonstatten, doch die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen nahm seit 1959/60 beträchtlich zu. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, daß die Ermittlungen durch die Arbeit der Ludwigsburger Zentralstelle systematisiert und effektiviert worden waren. Nahezu die Hälfte der zwischen 1946 und 1965 ergangenen rechtskräftigen Urteile fielen in die erste Hälfte der 60er Jahre – davon 55,9 Prozent der KZ-Verbrechen und 78,3 Prozent der Einsatzgruppenverbrechen.⁴⁶ In der DDR hingegen nahm die Anzahl der Schuldsprüche kontinuierlich ab: zwischen 1951 und 1964 wurden dort 329 NS-Täter verurteilt, davon 286 vor 1956 und nur 46 zwischen 1956 und 1964.⁴⁷ Unklar ist allerdings, wie groß die Zahl der unerkannten NS-Täter in den beiden deutschen Gesellschaften noch war – inwieweit etwa die

46 Falko Kruse, NS-Prozesse und Restauration. Zur justiziellen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik, in: *Der Unrechtsstaat. Recht und Justiz im Nationalsozialismus*, hrsg. von der Redaktion Kritische Justiz, Frankfurt a. M. 1979, S. 164–190, hier: S. 180 ff.; Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, 2. überarb. Aufl., Heidelberg 1984.

47 Herf (wie Anm. 2), S. 397 f; vgl. die detaillierte Aufstellung in Helge Grabitz, Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich, in: *Der Umgang mit dem Holocaust* (wie Anm. 2), S. 198–220, hier: S. 214 f.

Behauptung der SED zutraf, die meisten Täter hätten sich ohnehin schon sehr frühzeitig in den Westen abgesetzt.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre überstieg die Zahl der in Ludwigsburg vorbereiteten Verfahren alle Erwartungen. Bis zum Jahresende 1964 wurden dort 701 Vorermittlungsverfahren geführt, und davon waren bereits 545 als Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften anhängig.⁴⁸ Bis 1965 wurde nicht nur die aufsehenerregende Hauptverhandlung zum Auschwitz-Komplex geführt, sondern auch jene über die Verbrechen in den Vernichtungslagern Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka sowie in den Konzentrationslagern Dachau, Stutthof und Mauthausen. Die strafrechtliche Verfolgung dieser Verbrechen wurde besonders intensiv betrieben und 1964 auch auf Straftaten auf dem nun bundesrepublikanischen Territorium des früheren Reiches ausgedehnt, weil die Verjährung von Mord nach geltendem Recht im Jahre 1965 – zwanzig Jahre nach Kriegsende – bevorstand. Der hohe Bearbeitungsdruck, den die engen zeitlichen Fristen erzeugten, führte zu einer starken Beschleunigung der Entscheidungsprozesse – auch in sensiblen politischen Bereichen. Während die Hallsteindoktrin noch jede offizielle Kooperation mit der DDR verhindert hatte, ging die Regierung Erhard Ende 1964 erstmals auf das Angebot ein, auch Archivalien und Zeugen aus der DDR und aus anderen Staaten des Ostblocks für die Ermittlungsarbeit heranzuziehen.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erregte der Auschwitzprozeß, der vom 20. Dezember 1963 bis zum 20. August 1965 in Frankfurt am Main geführt wurde.⁴⁹ Bei diesem ersten großen NS-Prozeß auf deutschem Boden seit dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal saß nun nicht die NS-Funktionseelite auf der Anklagebank, sondern das Lagerpersonal, was auf die Mittäterschaft der »kleinen Leute« verwies. Von Beginn an wurde der Prozeß nicht nur als rein strafrechtliche Angelegenheit wahrgenommen, bei der lediglich individuelle Schuld zu ermitteln sei, sondern als Teil eines historischen Aufklärungsprojekts, bei dem es auf den Gesamtkomplex der Vernichtungspolitik ankam. Der Auschwitzprozeß war ein »historischer Prozeß par excellence« (Adalbert Rückerl), dessen Bedeutung vor allem darin lag, die Öffentlichkeit über bis dahin kaum bekannte Details der industriellen Massenvernichtung zu informieren. Auf der Seite derjenigen, die es für nötig hielten, den Deutschen Manie-

48 Christa Hoffmann, Aufklärung und Ahndung totalitären Unrechts. Die Zentralen Stellen Ludwigsburg und Salzgitter, in: *ApuZ*, B 4/93 vom 22. 1. 1993, S. 35–45, hier: S. 39.

49 Hermann Langbein, *Der Auschwitzprozeß. Eine Dokumentation*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1965. Die Prozeßberichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in: Bernd Naumann, *Auschwitz. Bericht über die Strafsache gegen Mulka u.a. vor dem Schwurgericht Frankfurt*, Frankfurt a.M., Bonn 1965.

ren beizubringen, erklärte etwa Martin Walser: »Der Prozeß gegen die Chargen von Auschwitz hat eine Bedeutung erhalten, die mit dem Rechtsgeschäft nichts mehr zu tun hat. Geschichtsforschung läuft mit, Enthüllung, moralische und politische Aufklärung einer Bevölkerung, die offenbar zu keinem anderen Weg zur Erinnerung des Geschehens zu bringen war.«⁵⁰ Auf der Seite der zu Erziehenden wurde diese Botschaft wohl verstanden, löste aber eher gegenteilige Reaktionen aus. Die Zahl derjenigen, die erklärten, über den Auschwitzprozeß informiert zu sein, ging gegenüber dem Interesse am Eichmannprozeß drastisch zurück – von 95 Prozent in 1961 auf 60 Prozent im Mai 1964.⁵¹ Und auch die Schlußstrich-Befürworter gewannen an Gewicht. Während des Eichmannprozesses hatten noch 15 Prozent der Befragten gemeint, es wäre besser, auf solche Verfahren zu verzichten, im Sommer 1964 waren es hingegen schon 39 Prozent.⁵² Im Verlauf des Auschwitzprozesses stieg diese Zahl noch an, Anfang 1965 auf 57 Prozent.⁵³ Dies geschah dann bereits im Kontext der Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen, die den Bundestag beschäftigte. In dieser Zeit der hochverdichteten NS-Debatte stellten Sozialwissenschaftler bei der Bevölkerung ein »Moment der Abstumpfung« (Regina Schmidt/Egon Becker) fest, deuteten aber das geringere Interesse und die Zunahme der Schlußstrichplädoyers entweder als Verdrängungsmechanismus, den das dort sichtbar werdende Grauen ausgelöst habe, oder als sehr bewußte politische Gegenreaktion.⁵⁴

Demgegenüber war die Resonanz des Auschwitzprozesses in der Öffentlichkeit, insbesondere seine literarische Bearbeitung, überwältigend. Peter Weiss beobachtete den Prozeß und war auch beim Lokaltermin des Frankfurter Gerichts in Auschwitz dabei. Er verarbeitete dies in »Meine Ortschaft« – »für die ich bestimmt war und der ich entkam«. Wesentlich breiter rezipiert wurde jedoch sein Dokumentarstück »Die Ermittlung«, das am 19. Oktober 1965 an 14 Theatern der Bundesrepublik und der DDR gleichzeitig uraufgeführt wurde. Mehr noch als Rolf Hochhuths »Stellvertreter« von 1963, das sich mit der Rolle der Katholischen Kirche

50 Martin Walser, Unser Auschwitz, in: Kursbuch 1, 1965, S. 189–200, hier: S. 189.

51 So die Zahlen in: DIVO-Pressedienst vom Juli 1964.

52 Ebd.; vgl. auch Schmidt/Becker, Reaktionen (Wie Anm. 27), S. 113 u. S. 116.

53 So nach einer Allensbacher Erhebung; vgl. Bergmann, Antisemitismus (wie Anm. 9), S. 291.

54 Die erste Interpretationsrichtung findet sich z. B. bei Mitscherlich (Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967), letztere Interpretation am Frankfurter Institut für Sozialforschung, dessen Maxime Adorno mit der Bemerkung ausgegeben hatte, daß die »Tilgung der Erinnerung [...] eher eine Leistung des allzu wachen Bewußtseins als dessen Schwäche gegenüber der Übermacht unbewußter Prozesse« sei; vgl. Adorno, Aufarbeitung (wie Anm. 29), S. 14.

im Dritten Reich beschäftigte, wurde die »Ermittlung« zum Gegenstand heftiger öffentlicher Auseinandersetzungen. Dazu trug nicht zuletzt die symbolisch hochaufgeladene synchrone Uraufführung in den beiden deutschen Staaten bei. Hinzu kam der Verweis auf die gesellschaftlichen Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Die Frage nach den Kontinuitäten von Auschwitz trieb eine ganze Reihe von Autoren um. So regte der Frankfurter Prozeß etwa Hans Magnus Enzensberger zur Untersuchung des Zusammenhangs von »Politik und Verbrechen« an, und Gerhard Zwernenz parallelisierte ihn mit dem zeitgleich in Calw stattfindenden Prozeß gegen Bundeswehroffiziere, die Rekruten geschunden hatten: »Befehl war Befehl und Befehl ist Befehl. Feigheit war Feigheit und ist es geblieben.«⁵⁵

In diesen Analogieversuchen wird sichtbar, daß jene Tendenz zur Ent-sinnlichung der NS-Geschichte, wie sie hauptsächlich für das Antifaschismus-Paradigma der DDR behauptet wird, auch in der Bundesrepublik zu beobachten war, wenn auch auf gebrochene Weise. Zwar standen die Täter im Mittelpunkt der Berichterstattung, aber die Rezeption von Hannah Arendts Theorem von der »Banalität des Bösen« und die Ungeheuerlichkeit von Auschwitz ließen neue Embleme entstehen, die von der konkreten Realität abstrahierten: Eichmann als Symbol für den unscheinbaren Schreibtischtäter, die blutrünstige Potentialität der Bürokratie, Auschwitz als anthropologisches Symbol für das, was Menschen anrichten können.⁵⁶ Im Unterschied zu den 50er Jahren, in denen der 20. Juli 1944 und die Aussöhnung mit Israel die zentralen Symbole der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus waren, wurde seit dem Eichmannprozeß »Auschwitz« als Symbol eingeführt, und es gewann schon Mitte der 60er Jahre seine volle Durchschlagskraft.⁵⁷ Diejenigen Stimmen, die gegen die vorherrschende Tendenz zur Abstraktion Einspruch einlegten, blieben in der Minderheit. Als Enzensberger in »Politik und Verbrechen« Auschwitz und Hiroshima auf eine Stufe stellte, zog er sich die scharfe Kritik Hannah Arendts zu, die darauf bestand, daß »Auschwitz« einzigartig sei. Sie kritisierte die »Parallelen, bei denen sich irgendein Generalnener dar-

55 Twen, Nr. 3/1964.

56 Hannah Arendts Prozeßbericht »Eichmann in Jerusalem« erschien im August 1964 in deutscher Übersetzung und wurde im Kontext des Vietnamkrieges »als Anklage gegen militärischen Gehorsam und bürokratische Vernichtungsmentalität gelesen. Die Eichmänner sind unter uns, konstatierte die Neue Linke, und sie führen einen modernen Ausrottungskrieg in Indochina.« Klaus Naumann, *Sympathy for the Devil? Die Kontroverse um Hannah Arendts Prozeßbericht »Eichmann in Jerusalem«*, in: *Mittelweg* 36/ 2 (1994), H. 1, S. 65–79, hier: S. 69.

57 Norbert Frei, *Auschwitz und Holocaust. Begriff und Historiographie*, in: *Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte*, hrsg. von Hanno Loewy, Reinbek 1992, S. 101–109. Zu den 50er Jahren: Schildt, *Umgang* (wie Anm. 4), S. 41 ff.

bietet, [...] wobei das konkret Sich-Ereignende als Fall unter Fällen ver-harmlost wird«. ⁵⁸

Insbesondere die Frage der Kontinuität, die seit dem letzten Drittel der 50er Jahre leitmotivische Funktion hatte, provozierte die Suche nach strukturellen Elementen der konkreten Ereignisse. Mit dem Auschwitz-prozeß wurde die Aufmerksamkeit stärker als bisher auf jene grundlegenden gesellschaftlichen Kontinuitäten gerichtet, die durch die Totalitaris-mustheorien kaum erklärt werden konnten: auf die ökonomischen Strukturen und Interessen. Peter Weiss wies der deutschen Großindustrie die Hauptschuld an Auschwitz zu und gab zu bedenken, daß die Nach-folger der profitierenden Konzerne – allen voran der IG Farben – »heute zu glanzvollen Abschlüssen kommen und daß sie sich wie es heißt, in einer neuen Expansionsphase befinden«. ⁵⁹ Alexander und Margarete Mitscherlich sahen in der »explosiven Entwicklung der deutschen Industrie« nach dem Kriege den Hauptfaktor der massenhaften Vergangenheitsverdrängung. ⁶⁰ Theodor W. Adorno lokalisierte den entscheidenden Grund für dieses Mißlingen nicht primär in »subjektiven Dispositionen«, sondern im Fortbestand der »objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen« – der ökonomischen Ordnung. Insbesondere »die zur Totalität aufgeblähte Kulturindustrie« hindere, so Adorno, die Menschen daran, den »Verblendungszusammenhang« zu durchschauen. ⁶¹ Hinzu kam, daß die stärksten personellen Kontinuitäten zwischen den Eliten des Dritten Reiches und der Bundesrepublik nicht in staatlichen Positionen zu beobachten waren, sondern in Wirtschaft und Industrie. ⁶² Der Faktor der strukturellen ökonomischen Kontinuität wurde in den 60er Jahren von der intellektuellen Opposition zunehmend zum Kernelement der Staatskritik erhoben. Dabei handelte es sich zunächst um einen Reflex gegen die noch kurz zuvor allgegenwärtige Negierung jeder Kontinuität über die Jahre 1933 und 1945 hinweg. Die daraus entstehende abstrakte Faschismusdebatte widmete den ökonomischen Kontinuitätsmerkmalen die größte Aufmerksamkeit. An dieser Stelle ergaben sich manche Affinitäten zu der in der DDR vertretenen Faschismus-Auffassung als der extremsten Variante monopolkapitalistischer Diktatur. Jürgen Kuczynski etwa hatte in seiner Analyse des Eichmannprozesses besonders dieses Moment akzentuiert

58 Hannah Arendt an Hans Magnus Enzensberger, 30. 1. 1965, in: *Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv im Schiller-Nationalmuseum Marbach am Neckar, Marbach 1998, S. 93 f.*

59 Peter Weiss, *Die Ermittlung. Oratorium in 11 Gesängen*, Reinbek 1980, S. 93.

60 Mitscherlich (wie Anm. 54), S. 23

61 Adorno, *Aufarbeitung* (wie Anm. 29), S. 23.

62 Ulrich Herbert, *Rückkehr* (wie Anm. 3), S. 157–173.

und mit einem geläufigen Feindbild der westdeutschen Feuilletons verknüpft: Aus seiner Sicht war Eichmann »auch nichts anderes als ein Manager – nicht eines einzelnen Industriekonzerns, sondern des deutschen Monopolkapitals insgesamt.«⁶³

Im Mai 1964 veröffentlichte die Zeitschrift »Das Argument« das erste Heft über »Faschismus-Theorien«, dem dann im Laufe der kommenden Jahre weitere folgten. Unmittelbar nach der antisemitischen Welle von 1959/60 hatte ein Kreis um Margherita von Brentano und Peter Fuhr – beide später Mitherausgeber und Autoren von »Argument« – an der Freien Universität Berlin begonnen, sich mit dem Problem des Antisemitismus zu beschäftigen. Daraus entstand eine kontinuierliche Theoriedebatte um Strukturen und Funktionsweise des »Faschismus«. Zunächst noch kritisch gegenüber der von der SED vertretenen Dimitroff-Formel von 1935, näherten sich die Positionen im Laufe der 60er und frühen 70er Jahre immer mehr an.⁶⁴ Der Aufschwung der mehr oder weniger ökonomistisch argumentierenden Faschismus-Theorien ging einher mit der Delegitimation der Totalitarismuskonzeption, die noch in den 50er Jahren konsensuales Integrationsideologem der Bundesrepublik gewesen war.

Der Auschwitzprozeß beeinflusste auch die Debatte um die Verjährung der NS-Verbrechen entscheidend, die im Frühjahr 1965 geführt wurde. Anders als noch 1960, als die SPD allein für die Verlängerung der Verjährungsfrist für Totschlag plädierte, sprachen sich nun nicht nur das FDP-geführte Bundesjustizministerium, sondern auch eine Reihe von CDU-Abgeordneten für eine Verlängerung der Verjährung für Mord aus.⁶⁵ Insbesondere Ernst Benda (CDU), der im Jahr darauf stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurde, wandte sich gegen die weitverbreitete Auffassung, »man müsse um der Ehre der Nation willen mit diesen Prozessen Schluß machen« und befürchtete, das Rechtsgefühl der Deutschen würde »in unerträglicher Weise korrumpiert [...], wenn Morde ungesühnt bleiben müßten, obwohl sie gesühnt werden könnten.«⁶⁶ Demgegenüber trat die FDP-Bundestagsfraktion für die

63 Zit. nach: Groehler, Holocaust (wie Anm. 40), S. 53 f.

64 Wolfgang Kraushaar, Von der Totalitarismus- zur Faschismustheorie. Zu einem Paradigmenwechsel in der Theoriepolitik der bundesdeutschen Studentenbewegung, in: Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, hrsg. von Claudia Keller u. d. Literaturwerkstatt Berlin, Berlin 1996, S. 234–251.

65 Zu dieser Debatte: Adalbert Rückerl, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945–1978. Eine Dokumentation, Karlsruhe 1979, S. 61 ff.; Bernd Hey, Die NS-Prozesse – Versuch einer juristischen Vergangenheitsbewältigung, in: GWU 32 (1981), S. 331–362, hier: S. 338 ff.

66 Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960–1979, Teil 1, Bonn 1980, S. 152 ff.

geltende Regelung ein, weil sie für den Fall einer Verschiebung die Rechtssicherheit gefährdet sah. Am 25. März 1965 beschloß der Bundestag, den Beginn der Verjährungsfrist von 1945 auf 1949 zu verlegen – mit der Begründung, daß vor der Gründung der Bundesrepublik die Strafverfolgung behindert gewesen sei. Damit war eine Verfolgung von NS-Straftaten bis 1969 möglich. Diese Entscheidung zeigt symptomatisch, wie sich die NS-Diskurse der politischen Klasse von der Einstellung der Bürger unterschieden, denn sie fiel gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit. Kurz vor dem Bundestagsbeschluß, im Januar 1965, sprachen sich 60 Prozent der Bundesdeutschen für die Beibehaltung der geltenden Verjährungsfrist aus, 29 Prozent dagegen.⁶⁷

Wie stark der Druck der Bevölkerung war, wie ungefestigt die Bereitschaft der CDU/CSU, sich gegen diesen Druck zu stemmen, wie stark aber auch der Vorsatz der Opposition, dies zu einem zentralen Kriterium der politischen Richtungsentscheidung zu erheben – dies zeigte sich im Vorfeld der Bundestagswahl vom 19. September 1965. Der Wahlkampf war gekennzeichnet von einer Diffamierungskampagne gegen den Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, die besonders auf seine Vergangenheit in der Emigration abhob. Egon Bahr, enger Mitarbeiter Brandts, warf den Konservativen vor, an die nationalistische Vorurteilsstruktur der Bundesbürger zu appellieren, und dies sei ein Indikator für die »Abwendung von der Kollektivscham«, denn »der psychologische Konflikt in unserem Volke kann auf diese Weise verewigt werden. Die geistige Bewältigung einer unrevidierbaren Vergangenheit, lange verdrängt, findet in Feierstunden, Plädoyers, Leitartikeln und Theaterstücken statt, während im handfesten politischen Alltag das Gegenteil praktiziert wird. Statt einer Erlösung, einer Aussöhnung, gibt es die Fortsetzung.«⁶⁸

III. Die politische Eskalation der NS-Debatte 1966 bis 1969

Anfang 1968 hielt Horst Kröger in der »Zeit« Rückblick auf die Konjunkturen der NS-Debatte in den 60er Jahren und resümierte: 1964 war »die Zeit der großen Prozesse«, 1965 »das Jahr der Rückblicke, Bilanzen und

67 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn 1967, S. 166; vgl. auch Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981, S. 56 f.

68 Die Zeit vom 29. 10. 1965; vgl. dazu auch: Sven Papcke, Exil und Remigration als öffentliches Ärgernis. Zur Soziologie eines Tabus, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 9: Exil und Remigration, 1991, S. 9–24.

Jubiläen nach zwanzig Jahren«, aber »seitdem läßt es deutlich nach«, weil »es eigentlich kein Fall mehr für mich, für den Zeitgenossen, ist. Es ist jetzt ein Fall für den Staatsanwalt. Und für die anderen: die Lehrer, Historiker, vielleicht auch für Dichter wie Hochhuth. Für mich nicht.«⁶⁹ In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war die NS-Vergangenheit weniger als zuvor Gegenstand der individuellen Schuldreflexion oder der detaillierten Rekonstruktion, wohl aber der politischen Auseinandersetzung. Noch stärker rückten dabei die Kontinuitäten in den Blick, und zwar vor allem als interne westdeutsche Debatte, die bei weitem nicht mehr so stark von der DDR beeinflusst war wie noch zwischen 1958 und 1962. Zwar faßte das dort zwischen 1965 und 1968 in drei Auflagen produzierte »Braunbuch« noch einmal komprimiert die personellen Verwicklungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zusammen – für die Zeitgenossen ein ebenso einzigartiges wie brisantes Kompendium zur westdeutschen Vergangenheitsbindung mit hohem Realitätsgehalt.⁷⁰ Allerdings hatte sich die provokative Substanz derartiger Enthüllungen bereits teilweise verbraucht, auch ließ die Energie nach, mit der die DDR ihre Kampagnenpolitik betrieb. Dies zeigte die weniger aufsehenerregende Kampagne gegen Bundespräsident Lübke von 1966. Vor allem aber hatte sich die Reflexionsbereitschaft der westdeutschen Öffentlichkeit beträchtlich verändert. Inzwischen war jene »undurchdringliche Dämmschicht«⁷¹ gründlich perforiert worden, die sich noch in den 50er Jahren um die NS-Vergangenheit gelegt hatte, und es hatte sich ein weitgehender Common sense über die Notwendigkeit einer selbstkritischen NS-Debatte herausgebildet.⁷² 1966 kritisierte der westdeutsche Juristentag, eine strafrechtliche Bearbeitung hätte wohl auch schon 15 Jahre früher erfolgen können und sie sei insgesamt zu zurückhaltend gewesen.⁷³ Im selben Jahr konstatierte Karl Jaspers in seiner kritischen Abrechnung »Wohin treibt die Bundesrepu-

69 Die Zeit vom 16. 2. 1968.

70 Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland/Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1965.

71 Klaus-Dietmar Henke, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbsterstörung, politische Säuberung, »Entnazifizierung«, Strafverfolgung, in: Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller, München 1991, S. 21–83, hier: S. 56.

72 Ullrich Kröger, Die Ahndung von NS-Verbrechen vor westdeutschen Gerichten und ihre Rezeption in der deutschen Öffentlichkeit 1958–1965, unter besonderer Berücksichtigung von Spiegel, Stern, Zeit, SZ, FAZ, Welt, Bild, Hamburger Abendblatt, NZ und Neuem Deutschland, Diss., Hamburg 1973. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit an den Universitäten vgl. die Beiträge von Bernd-A. Rusinek und Karl Christian Lammers in diesem Band.

73 Hey (wie Anm. 65), S. 343 f. u. S. 349 f.

blik?«, das »Fortwirken der alten Nationalsozialisten« sei »ein Grundbrechen der inneren Verfassung der Bundesrepublik«.74 1967 veröffentlichten Alexander und Margarete Mitscherlich ihren Versuch, den »determinierenden Zusammenhang« zwischen dem in der Bundesrepublik herrschenden »politischen und sozialen Immobilismus und Provinzialismus einerseits und der hartnäckig aufrechterhaltenen Abwehr von Erinnerungen, insbesondere der Sperrung gegen eine Gefühlsbeteiligung an den jetzt verleugneten Vorgängen der Vergangenheit andererseits« zu untersuchen.75 1965 und 1966 wurden – nach jahrelangem Tauziehen und mit mehrjähriger Zeitverzögerung gegenüber der DDR – auch die ersten KZ-Gedenkstätten eingerichtet: in Dachau und Bergen-Belsen.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit geriet mehr und mehr zu einem Kernargument in der Auseinandersetzung um die Kontur der westdeutschen Gesellschaft. Die Debatte eskalierte an der Frage nach der gegenwärtigen Virulenz des Nationalsozialismus, und ihre Eckpunkte waren die vermeintlichen Homogenisierungstendenzen einer »formierten Gesellschaft« sowie die unerwartete Renaissance des parteipolitischen Rechtsradikalismus in Gestalt der NPD.

Die Auffassung, es müsse nun bald einmal Schluß sein mit der ewigen Selbstkasteiung, war unter den Anhängern der etablierten Parteien weit verbreitet. Auch der massive Zulauf zur NPD war Ausdruck der zunehmenden Opposition gegen den »Aufarbeitungs«-Mainstream der Medien. Die am 28. November 1964 gegründete Partei feierte ihre größten Erfolge bei den Landtagswahlen zwischen 1966 und 1968. Die Erfolgsserie begann im November 1966 in Hessen, wo 7,9 Prozent der Wähler für sie stimmten, und sie endete im April 1968 in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent.76 Ihr Gesamtwählerpotential wurde auf etwa 15 Prozent taxiert.77 Den größten Anklang fand die NPD unter Männern, unter Selbständigen und Landwirten sowie bei den über 50jährigen, insbesondere in der protestantischen Provinz. Demgegenüber hatte sie in den städtisch

74 Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik. Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München 1966, S. 183.

75 Mitscherlich (wie Anm. 54), S. 10.

76 Vgl. die Ergebnisse im einzelnen bei Horst W. Schmollinger, *Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, in: *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Sonderausgabe*, Bd. 4, hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1986, S. 1892–1994, hier: S. 1945 f.; vgl. zur NPD außerdem die zeitgenössischen Standardwerke: Lutz Niethammer, *Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1969; Reinhard Kühnl, Rainer Rilling u. Christine Sager, *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*, Frankfurt a. M. 1969.

77 Viggo Graf Blücher, *Die Rechtsradikalen und die Bevölkerung*, in: *Emnid-Informationen*, Nr. 8/9 vom August/September 1968, A24.

geprägten Regionen, insbesondere bei den jungen Leuten unter 21 den geringsten Rückhalt.⁷⁸ Die Kerngruppe der NPD-Wähler bestand also aus »Männern, deren Vorstellungswelt vom NS-Regime entscheidend geprägt worden ist.«⁷⁹ Der Erfolg der Partei hatte wohl mit der Veränderung des CDU-Profiles in der Großen Koalition zu tun, auch mit dem Wandel in der Deutschlandpolitik, doch sie wurde auch ein Sammelbecken für jene, denen die ständige Vergangenheitsreflexion auf die Nerven ging und die nach der wirtschaftlichen Flaute von 1966 nun auch noch die soziale Deklassierung befürchteten. In ihrem Gründungsauftrag hatte die Partei programmatisch ein »wahres Geschichtsbild« gefordert: »Wir wehren uns gegen die Verherrlichung des Landesverrates und die Behauptung, Deutschland sei an allem Unglück der Welt allein schuld. Sie führten zur moralischen Selbstvernichtung unserer Nation.«⁸⁰ Nicht so sehr in ihrer Führerfixierung und autoritären Staatsauffassung, auch nicht in ihren antidemokratischen Gesellschaftsbildern, wohl aber mit ihrer Kritik an der Dauerthematisierung der NS-Vergangenheit hatte die NPD die größten Berührungsflächen mit der Bevölkerungsmehrheit. Bei einer Emnid-Repräsentativerhebung vom Jahresanfang 1967 stellte sich heraus, daß ein Drittel aller Befragten – und zwei Drittel der dabei gemachten NPD-Anhänger – der Meinung waren, daß die deutschen Kriegsverbrechen gegen die alliierten Bombenangriffe aufzurechnen seien. 45 Prozent aller Befragten – und 49 Prozent der NPD-Anhänger – wollten die Schuld auf alle am Krieg beteiligten Seiten verteilen und »so schnell wie möglich einen Strich unter die ganze Sache machen«. 66 Prozent der Befragten fanden, daß die Wiedergutmachungsleistungen nun eingestellt werden sollten, weitere 8 Prozent hielten diese ohnehin für unangebracht. »In dieser Hinsicht«, so resümierte der Sozialwissenschaftler Viggo Graf Blücher, »vertritt die NPD die Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung.«⁸¹

Auf dem Höhepunkt der NPD-Wahlerfolge 1966/67 mehrten sich die kritischen Wortmeldungen von Intellektuellen zum bisherigen Umgang mit der Vergangenheit und zu den Möglichkeiten einer »Erziehung nach Auschwitz« (Adorno). Angesichts der anscheinend verblüffend starken Rudimente völkisch-nationalistischen Denkens richtete sich der Blick auf die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten, die Zurückgebliebenen an die Maßstäbe einer modernen Gesellschaft zu gewöhnen. Oft hatte man sie schon totgesagt, doch – so Franz Josef Degenhardt 1968 – »hier im Innern des Landes, da leben sie noch/nach den alten Sitten und alten Ge-

78 Ebd., A15 f. u. A22; Schmollinger (wie Anm. 76), S. 1956 ff.

79 Ebd., S. 1958.

80 Dies und das folgende Zitat nach: Ebd., S. 1932 f.

81 Blücher (wie Anm. 77), A26.

bräuchen,/kaum dezimiert durch Kriege und Seuchen«. ⁸² Diese düstere Wahrnehmung nährte die Verführung, dem Unverstand der Massen mit erziehungsdiktatorischen Mitteln zu Leibe zu rücken. Im Herbst 1966, als die NPD ausgerechnet in Hessen ihren Durchbruch hatte, forderte Adorno mit Blick auf die augenscheinlich besonders rückständigen ländlichen Gebiete eine »Entbarbarisierung des Landes«. Man hätte sich auseinanderzusetzen »mit dem Aufprall der modernen Massenmedien auf einen Bewußtseinsstand, der den des bürgerlichen Kulturliberalismus des neunzehnten Jahrhunderts längst noch nicht erreicht hat«. Adorno konnte sich gar vorstellen, eine solche Aufklärungsarbeit auf dem platten Land durch »mobile Erziehungsgruppen und -kolonnen von Freiwilligen« vorzunehmen. ⁸³

Allerdings war es nicht allein das autoritäre Potential im gemeinen Volk, das die politische Eskalationsspirale um das NS-Thema weiter vorantrieb. Auch unter den Intellektuellen nahm der Streit an Schärfe zu. Dies kristallisierte sich etwa an Armin Mohlers 1965 veröffentlichtem Buch »Was die Deutschen fürchten«, in dem er die vermeintliche Instrumentalisierung der NS-Debatte für einen politisch gefärbten Generationenkampf kritisierte: die jungen Westdeutschen »türmten die Kadaver der Juden, die nicht für sie gestorben waren, als Wall um sich auf, um Feldvorteile zu haben«. ⁸⁴ Außerdem forderte Mohler eine Generalamnestie für NS-Verbrecher, auch für die im Auschwitzprozeß eben verurteilten Kaduk und Boger. Allerdings eskalierte der Streit um Mohlers Buch erst im Frühjahr 1967, als die gegenwärtige Virulenz des Nationalsozialismus ohnehin in aller Munde war. Anlaß war, daß Mohler aus der Hand Konrad Adenauers und beglückwünscht von Bundeskanzler Kiesinger den Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten hatte, »stellvertretend [...] für das kleine Grüppchen konservativer Publizisten, die gegen den Strom zu schwimmen versuchen«. ⁸⁵ Auch dies war eine Reaktion auf die Wahlerfolge der NPD. Denn die Adenauer-Stiftung wollte einen »ideologischen Gegenstoß gegen die sogenannte »spontane nationale Welle« und gegen die NPD« führen und unter dem Leitmotiv »National – aber mit Bonn« (Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier) den Nationalkonservatismus retten. ⁸⁶ In linksliberalen Medien und Verbänden löste die Preisverleihung einen Proteststurm der Empörung aus, denn sie nährte den

82 Franz Josef Degenhardt, *Hier im Innern des Landes* (1968), abgedruckt in: ders., *Kommt an den Tisch unter Pflaumenbäumen*, München 1979, S. 50–51.

83 Theodor W. Adorno, *Erziehung nach Auschwitz*, in: ders., *Erziehung zur Mündigkeit* (wie Anm. 29), S. 92–109, hier: S. 98.

84 Zit. nach: *Die Zeit* vom 10. 3. 1967.

85 *Nürnberger Zeitung* vom 23. 3. 1967; *Die Welt* vom 2. 3. 1967.

86 *Süddeutsche Zeitung* vom 2. 3. 1967.

Verdacht, daß sich unter dem Mantel der Demokratie auch in staatsnahen Institutionen revisionistische Tendenzen breitmachten, die auf einen gefährlichen nationalistischen Populismus setzten.

Die Befürchtung daß die »Möglichkeit der Wiederholung, was den Bewußtseins- und Unbewußtseinsstand der Menschen anlangt, fortbesteht«, war besonders unter Intellektuellen verbreitet.⁸⁷ Sie bezog sich auch auf den vermeintlich rasanten Autonomieverlust des Menschen in der »formierten Gesellschaft«, der sich auch in den politischen Akzentuierungen von Regierungsseite materialisierte. So wurde etwa nach Erhards Ausfällen gegen Intellektuelle eine »Verschiebung« (Adorno) des Prinzips Auschwitz gegen die Vordenker der Gesellschaft befürchtet, die Notstandsgesetze als »NS«-Gesetze apostrophiert, der Vietnamkrieg als Fortsetzung von Auschwitz gedeutet.

Auf dem linken Flügel der Studentenschaft propagierte man den »langen Zorn«⁸⁸ gegen die Anpassungstendenzen der Gesellschaft, der sich auch und insbesondere gegen die Kontinuität »faschistischer« Strukturen richten sollte. Dabei waren die kritischen Studenten der späten 60er Jahre alles andere als die Auslöser einer selbstkritischen NS-Debatte. Sie radikalisierten lediglich jenen intensiven Diskurs, der die westdeutsche Gesellschaft bereits seit zehn Jahren beschäftigte, mit dem sie groß geworden waren, der aber auch die Versäumnisse pointiert benannt hatte. Diese Radikalisierung speiste sich nicht etwa aus einer Schockwirkung der NS-Verbrechen, sondern aus der Empörung über die Doppelmoral, mit der die westdeutsche Gesellschaft diesen Verbrechen entgegtrat und ihre Vergangenheit zu bewältigen behauptete. Aus der Perspektive mancher junger Intellektueller war dies nicht viel mehr als eine Exkulpationsphrase, solange die grundlegenden Strukturen unverändert fortbestanden, die Auschwitz erst möglich gemacht hatten. Der Vorwurf an die liberalen Bewältigungsstrategen lautete, vor dieser Konsequenz zurückzuweichen – insbesondere, wenn es um die bürokratischen Gehäuse der Hörigkeit und um die ökonomischen Strukturen der Gesellschaft ging. Im übrigen nahm mit der rechtspopulistischen Welle zwischen 1966 und 1968 die Hoffnung auf die Möglichkeiten einer demokratischen Umerziehung der Deutschen beträchtlich ab.

Dabei war die Studentenschaft noch vor dem Höhepunkt der Studentenbewegung in ihrer Haltung zur NS-Bearbeitung durchaus nicht einer Meinung. Bei einer Allensbach-Umfrage vom Juli 1966 konnte eine Mehrheit der Befragten – 44 Prozent – auch etwas Gutes am Nationalso-

87 Adorno, *Erziehung* (wie Anm. 83), S. 92.

88 So Elisabeth Lenk unter Verwendung eines Brecht-Zitats zur Abgrenzung des SDS von den hedonistischen Nonkonformisten: Elisabeth Lenk, *Die sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS*, in: *neue kritik* 13 vom Nov. 1962, S. 8.

zialismus finden, während 38 Prozent nichts dergleichen erkennen konnten, und ebenfalls eine Mehrheit von 51 Prozent fand, daß nicht mehr soviel von deutschen Kriegsverbrechen geredet werden sollte, was 42 Prozent nicht teilten.⁸⁹ Erst Anfang 1968 zeichnete sich ein deutlich anderes Bild ab. Nun waren die Studenten diejenige Gruppe in der Gesellschaft, welche am schärfsten gegen jede Schlußstrichmentalität eingestellt war. Die Aussage, man solle endlich aufhören, danach zu fragen, ob jemand während des Dritten Reiches einen Posten hatte, fand bei nur 13 Prozent von ihnen starken Beifall, während es in der Bevölkerung 43 Prozent waren und unter der nichtakademischen Jugend nur geringfügig weniger, nämlich 41 Prozent.⁹⁰

Doch nur ein kleiner Teil von ihnen wollte nun nachholen, »was 1945 versäumt wurde«, nämlich »eine richtige Entnazifizierung«.⁹¹ Nach dem Tod Benno Ohnesorgs verfestigte sich hier die Überzeugung, es mit einem tendenziell faschistischen Staat zu tun zu haben. Noch am Tage der tödlichen Schüsse, am 2. Juni 1967, verband Gudrun Ensslin diese Sicht mit der generationellen Abgrenzung zu einer kompromißlosen Fundamentalopposition: »Ihr könnt nicht mit Leuten reden, die Ausschwitz gemacht haben.«⁹² Ihr Freund Bernward Vesper, Sohn des NS-Publizisten Will Vesper, reflektierte in seinem zwischen 1969 und 1971 – in der Zeit der Radikalisierung der studentischen Linken – verfaßten Romanfragment »Die Reise« bereits, wie sehr die generationelle Verquickung jenseits aller Abgrenzungsgesten die Bindung an die NS-Vergangenheit perpetuierte: »niemand soll sagen, er wisse nicht, woher unser unversöhnlicher Haß gegen dieses System stammt, der unser Leben ruiniert hat«.⁹³ Die zunehmende Radikalität führte auch dazu, daß Teile der Linken, die zuvor weithin proisraelisch gestimmt gewesen waren, die Konflikte im Nahen Osten ganz aus einer inneren wie äußeren Konfrontationssituation heraus erklär-

89 Institut für Demoskopie, Allensbach, *Der deutsche Student*, Juli 1966, BA Koln, Zsg. 132/1363.

90 Rudolf Wildenmann u. Max Kaase, »Die unruhige Generation«. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Mannheim 1968, S. 102.

91 Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazi-Generation, um 1967, in: *Protest!* (wie Anm. 58), S. 43.

92 Zit. nach: Klaus Briegleb, *Vergangenheit in der Gegenwart*, in: *Gegenwartsliteratur seit 1968*, hrsg. von Klaus Briegleb u. Sigrid Weigel, München 1992, S. 73–115, hier: S. 91; vgl. jetzt Hans-Ulrich Thamer, *Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung*, in: *Westfälische Forschungen*, 48/1998, S. 39–53. Zum mehrdeutigen Verhältnis der westdeutschen Jungintellektuellen zur DDR in den 60er Jahren vgl. demnächst: Detlef Siegfried, *An der Ostfront des Westblocks. Die westdeutschen »68er« und die DDR*, in: 2 x 68. *Protest, Subversion, Institution in Ost und West*, hrsg. von Karl-Siebert Rehberg (erscheint 2001).

93 Zit. nach: Briegleb (wie Anm. 92), S. 89.

ten und einen teilweise von antisemitischen Zügen durchsetzten Antizionismus pflegten.⁹⁴

In der DDR blieb eine solche, um das NS-Thema zentrierte, generationelle Radikalisierung aus. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre nahm zwar die im Vergleich zur Bundesrepublik zeitlich verschobene Auseinandersetzung mit den antisemitischen Aspekten des Nationalsozialismus zu. Auch war die NS-Vergangenheit ein bedeutsames Thema der Medien – allerdings stets mehr mit Blick auf die westdeutschen Verhältnisse als auf die der eigenen Gesellschaft.⁹⁵ Gleichwohl hatten sich in einem mehrstufigen Desillusionierungsprozeß mit dem Höhepunkt des 11. SED-Plenums von 1965 die Hoffnungen von jungen Intellektuellen zunehmend verflüchtigt, unter poststalinistischen Bedingungen an den Konturen einer freieren sozialistischen Zukunftsgesellschaft arbeiten zu können. Dennoch blieb der Antifaschismus weiterhin ein unhinterfragtes Grundaxiom der DDR-Gesellschaft und das wichtigste Bindemittel für kritische Intellektuelle. »Wir fühlten eine starke Hemmung«, so äußerte Christa Wolf rückblickend, »gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen hatten.«⁹⁶ Freilich operierte die DDR-Führung nicht nur mit dem Integrationspotential des Antifaschismus, sie war mit zunehmender Fixierung auf dieses Bindemittel auch genötigt, Rücksichten zu nehmen, um das antifaschistische Selbstverständnis nicht allzu sehr in Frage zu stellen. Als die DDR während des Sechstagekrieges vom Juni 1967 das militärische Vorgehen Israels scharf verurteilte, da reagierte die Bevölkerung, wie die Berliner SED-Leitung berichtete, mit »spürbare[r] Zurückhaltung«. Diese resultierte, so der SED-Bericht, »vor allem aus der Beurteilung der Auseinandersetzung als eine Glaubens- und Rassenfrage. Zugleich werden solche Argumente angeführt wie: ›Die Juden wurden schon immer unterdrückt, sie führen einen gerechten Kampf.‹ ›Wir Deutschen haben gegenüber den Juden viel gut zu machen.‹ ›Es ist nicht vorstellbar, daß Menschen, die so viel im letzten Krieg durchgemacht haben, jetzt selbst einen Krieg vom Zaun brechen.«⁹⁷

Auch in der wissenschaftlichen Forschung markierten die Restriktionen von 1965 eine Zäsur. Während der Jahre der Liberalisierung nach dem Mauerbau konnte das Schwarzweißbild von monopolkapitalistischem Fa-

94 Martin W. Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt a. M. 1990; Andrea Ludwig, *Neue oder Deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*, Opladen 1995.

95 Vgl. dazu den Aufsatz von Christoph Classen in diesem Band.

96 Zit. nach: Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt a. M. 1991, S. 29.

97 Zit. nach: Kessler (wie Anm. 36), S. 139.

schismus und heldenhafter KPD auch öffentlich differenziert werden, doch wurde dies – ebenso wie die Öffnungstendenzen in der Alltagskultur und Literatur – 1965 von oben abgebrochen.⁹⁸ Zwar konnten sich unorthodoxe Ansätze in der Folgezeit hier und da behaupten, wie etwa das Buch »Kennzeichen J« zeigte, eine 1966 erschienene Dokumentation über die Judenverfolgung.⁹⁹ Gleichwohl hatte der Bruch von 1965 Langzeitfolgen. In der DDR-Geschichtsforschung blieben die autonomen Momente des Nationalsozialismus unterbelichtet, während die Rolle der Industrie im Dritten Reich wesentlich intensiver untersucht wurde als in der Bundesrepublik. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre nahm auch die Energie ab, mit der die DDR die Verhältnisse in der Bundesrepublik über das NS-Thema zu destabilisieren suchte. Aufsehenerregende publizistische Aktivitäten, wie sie etwa das »Braunbuch« dargestellt hatte, brachen 1969 ab, als die beginnende sozialliberale Ära eine neue Phase der deutsch-deutschen Annäherung einleitete.

In der Bundesrepublik beschäftigte seit 1968 noch einmal die Verjährungsdebatte Staatsanwaltschaften, Politik und Öffentlichkeit. Aus der Arbeit der Ludwigsburger Zentralstelle hatte sich ergeben, daß auch nach Ablauf der bereits 1965 verlängerten Verjährungsfrist die Aufdeckung von NS-Verbrechen zu erwarten war.¹⁰⁰ Die Regierung der Großen Koalition entschied sich nun für eine grundsätzliche Lösung und brachte am 25. April 1969 einen Gesetzentwurf ein, der die Aufhebung der Verjährung für Mord und Völkermord vorsah. Dieser konnte sich nicht durchsetzen, doch der Bundestag beschloß am 26. Juni 1969 die Verlängerung der Verjährungsfrist von zwanzig auf dreißig Jahre. Erst nach Ablauf dieser Frist, im Jahre 1979, wurde dann die Verjährung vollständig aufgehoben. In der Debatte von 1969 zeigte sich bereits ein stärkerer Annäherungsprozeß der Parteien, während die Bevölkerung noch skeptischer reagierte als 1965. Wie stark der Unmut über den Vergangenheitsdiskurs seitdem gewachsen war, zeigte sich daran, daß nun zwei Drittel der Befragten für einen Schlußstrich plädierten.

In der Begründung von Bundesjustizminister Ehmke (SPD) wurde deutlich, daß die Politik durchaus den Druck der Bevölkerung spürte, aber auf eine Personalisierung der Verantwortung setzte, um Schuldige von Unschuldigen zu trennen. In diesem Sinne war die Verlängerung der Verjährungsfrist nur folgerichtig: »Viele sagen heute, es müsse endlich ein Schlußstrich gezogen werden. Daran ist manches Wahre. Nur muß man

⁹⁸ Groehler, Holocaust (wie Anm. 40), S. 55 ff.

⁹⁹ Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, hrsg. von Helmut Eschwege, Berlin (DDR) 1966; vgl. Käppner, Erstarrte Geschichte (wie Anm. 40), S. 134.

¹⁰⁰ Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht (wie Anm. 46), S. 194 ff.

wissen, womit Schluß sein soll. Es muß Schluß sein mit der unseligen These von der Kollektivschuld unseres Volkes. Es muß Schluß sein mit dem Kollektivvorwurf an dieses Volk, ein Volk von Mördern zu sein.«¹⁰¹

Tabelle:

»Hier unterhalten sich zwei Männer darüber, ob man heute noch Prozesse führen soll wegen Verbrechen, die im oder vor dem Kriege begangen wurden. Wem von beiden würden Sie zustimmen?« (in Prozent)

	1958	1963	1965	1969*
»Ich finde, man sollte endlich aufhören, Menschen für Taten, die sie vor vielen Jahren begangen haben, jetzt vor Gericht zu stellen. Ich meine, es wäre gut, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.«	34	54	52	67
»Ich finde, wenn heute herauskommt, daß jemand damals ein Verbrechen begangen hat, so muß er auch heute noch dafür bestraft werden. Es ist nicht einzusehen, warum jemand, der andere Menschen gequält oder getötet hat, straffrei ausgehen soll.«	58	34	38	23
Unentschieden	12	12	10	10

Quelle: IfD-Jahrbuch, Bd. III, S. 221; Bd. IV, S. 165; Bd. V, S. 232.–* 1969 abweichende Frageformulierung: »Sind Sie persönlich dafür, die Naziverbrechen auch weiterhin zu verfolgen, oder sind Sie persönlich dafür, einen Schlußstrich zu ziehen?«; aus: Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997, S. 282.

IV. Wechselwirkungen und Asymmetrien

Eine befriedigende Balancierung der vergangenheitspolitischen Parallelgeschichte beider deutscher Staaten ist bislang kaum zu erreichen, weil trotz der beträchtlichen Forschungsanstrengungen weithin unklar ist, wie die Bevölkerung der DDR auf die Vergangenheitspolitik der SED reagierte. Während für Westdeutschland die zunehmende Diskrepanz zwischen den Diskursen der politischen Klasse und den Meinungen der Bundesbürger geradezu ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung in den 60er Jahren darstellt, kann das Verhältnis zwischen SED-Vergangenheitspolitik und den Haltungen in der DDR-Bevölkerung kaum näher bestimmt werden. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß es in der DDR

¹⁰¹ Zit. nach: Wolfgang Benz, Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik, in: Die geteilte Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 47–60, hier: S. 56.

im fraglichen Zeitraum keine überprüfbaren Indikatoren für Meinungsbildungsprozesse unter den Bürgern gab – demokratische Wahlen, eine freie Presse oder eine an Objektivitätskriterien orientierte Demoskopie. Daher dominiert in der Forschung noch allzuoft die durch die zugänglichen Akten transportierte politische Perspektive von oben, während es an wahrnehmungs- und erfahrungsgeschichtlichen Zugängen fehlt, die die Disproportionen ausgleichen könnten. Nichtsdestoweniger ergeben sich auch aus dem vorliegenden Material eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, nach denen sich Gemeinsamkeiten, Unterschiede und wechselseitige Verflechtungen der beiden deutschen Gesellschaften zumindest tendenziell ausloten lassen.

Die beiden deutschen Gesellschaften, die sich in den 50er Jahren gleichermaßen vom Nationalsozialismus normativ abgrenzten und gleichzeitig die früheren Anhänger des Dritten Reiches integrierten, begannen sich am Übergang zu den 60er Jahren an der kritischen Reflexion eben dieser Praxis auseinanderzuentwickeln: Während in der Bundesrepublik der »vergangenheitspolitische Populismus« (Norbert Frei) der Regierung immer stärker in das Zentrum einer kontroversen Selbstverständigungsdebatte rückte, blieb dieser Zusammenhang in der DDR unhinterfragt. Die Grundzüge dieser Disparität, die »Externalisierung« der NS-Vergangenheit in der DDR und ihre »Internalisierung« in der Bundesrepublik, waren zuvor noch in beiden Gesellschaften vermischt gewesen, und sie waren in mehr oder weniger starker Form auch weiterhin auf beiden Seiten der Grenze zu beobachten.¹⁰²

Innere Integration der NS-Täter und Ableitung der NS-Verquickung auf einen Außenfeind verliefen in Ost- und Westdeutschland noch bis Ende der 50er Jahre parallel. Dann aber wurde der innere Umgang in Westdeutschland stärker thematisiert – unter dem Stichwort der »unbewältigten Vergangenheit«. Nicht so sehr, weil es in Westdeutschland mehr Nationalsozialisten in Führungsfunktionen gegeben hätte, sondern weil dort die Rolle der Öffentlichkeit stark aufgewertet wurde, die als Katalysator einer kritischen Selbstfindungsdebatte über die Normen und Werte der nachnationalsozialistischen westdeutschen Gesellschaft wirkte. Weil eine pluralistische Öffentlichkeit in der DDR fehlte und die SED für die ostdeutsche Gesellschaft einen strukturellen Bruch mit dem Nationalsozialismus behauptete, blieb dort eine große gesellschaftliche Debatte aus. In beiden Gesellschaften fungierte der Nationalsozialismus als »negative

102 M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des Deutschen/Österreichischen/Schweizerischen Soziologentages, hrsg. von Max Haller, Hans-Jürgen Hoffmann-Nowotny u. Wolfgang Zapf, Frankfurt a. M. 1989, S. 247–264.

Utopie«, als »Gründungsverbrechen«, vor dessen Hintergrund sich die jeweils eigene Geschichte als Erfolgs- und Wiedergutmachungsgeschichte abhob.¹⁰³ Während sich in der DDR das Postulat vom Kontinuitätsbruch weithin unangefochten behaupten konnte und als zentrales Integrationsangebot funktionierte, wurde dies in der Bundesrepublik seit dem letzten Drittel der 50er Jahre mehr und mehr in Frage gestellt. Dort wurden bis dahin wohl Antisemitismus und Nationalsozialismus, weniger intensiv aber das Kontinuitätsproblem kommuniziert, doch bestimmte dies nun die Debatten der 60er Jahre und wurde mehr und mehr Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.

Neben der neuen Rolle der Öffentlichkeit, die ihre materielle Durchschlagskraft insbesondere dem Aufstieg des Fernsehens verdankte, wurde die Debatte um die NS-Kontinuitäten in der Bundesrepublik stark von ihrer Einbindung in das Impuls- und Kontrollsystem der westlichen Hemisphäre beeinflusst. Die zunehmende Verwestlichung der Bundesrepublik erzeugte einen wachsenden Reflexionsdruck über die Wahrnehmung der Deutschen im Ausland. Insbesondere in Teilen der Jugendgeneration war die Absetzung vom Nationalsozialismus ein Grundaxiom der Selbstdefinition. Daß sich dort – jedenfalls in ihrem intellektuellen Teil – der Eindruck von der westdeutschen Demokratie als einer »opportunistischen Veranstaltung«¹⁰⁴ verfestigte, hing auch mit der Rolle der Öffentlichkeit zusammen. Denn während aus dieser Wahrnehmung die Distanzierungsgeste zum unverbindlichen Ritus verflachte, herrschten im Falle persönlicher Anschuldigungen Abwehrreflexe und Verantwortungsverweigerung vor – ein Reaktionsmuster, das durchaus mit dem in der DDR vorherrschenden vergleichbar war. Je stärker das Thema der mangelhaften NS-Bearbeitung die Öffentlichkeit beherrschte, desto weniger konnte einleuchten, daß der Nationalsozialismus ohne Nazis angekommen war. Dieser Konflikt, der dann ein Gutteil des westdeutschen Profils in der internationalen Studentenbewegung ausmachte, ging in der DDR bei weitem nicht so tief – wohl auch, weil dort der staatlich gepachtete Antifaschismus lautstarke Klagen über die mangelnde Vergangenheitsbewältigung überflüssig machte.

Der äußerst kontroversen öffentlichen Debatte in Westdeutschland stand in Ostdeutschland ein »politisches Phlegma« (Christoph Kleßmann) gegenüber. Zwar nahm am Beginn der 60er Jahre auch in der DDR

103 Helmut Dubiel, *Deutsche Vergangenheiten*, in: *Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland*, hrsg. von Siegfried Unseld, Frankfurt a. M. 1993, S. 236–249, hier: S. 248; Helmut Dubiel, *Niemand ist frei von Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999.

104 Wilfried Loth, *Verschweigen und Überwinden: Versuch einer Bilanz*, in: *Verwandlungspolitik (wie Anm. 4)*, S. 353–360, hier: S. 360.

die Beschäftigung mit dem Problem des Antisemitismus und der Judenverfolgung zu, und damit wurde sogar ein seit den frühen 50er Jahren herrschendes Tabu durchbrochen. Insofern handelt es sich hier um eine den westdeutschen Entwicklungen bemerkenswert ähnliche Konjunktur des Vergangenheitsdiskurses, deren Unterschiede allerdings nicht zu übersehen sind. Eine wesentliche Differenz lag darin, daß in der westdeutschen Debatte um die »unbewältigte Vergangenheit« das Selbstverständnis der Bundesrepublik verhandelt wurde, während es sich bei den insgesamt geringer ausgeprägten und kaum kontroversen Thematisierungen in der DDR eher um eine Vergangenheitsreflexion ohne Gegenwartsrelevanz handelte — jedenfalls nicht für die ostdeutsche Gesellschaft. Demgegenüber wurden besonders diejenigen Aspekte der NS-Bearbeitung hervorgehoben, die sich politisch gegen die Bundesrepublik ins Feld führen ließen. Seit dem letzten Drittel der 50er Jahre trat die innergesellschaftliche Entlastungsfunktion des Antifaschismus-Paradigmas immer stärker zutage, weil die NS-Vergangenheit allein auf die Bundesrepublik projiziert wurde. »Hitler, so schien es, ist ein Westdeutscher gewesen.« — so faßte Peter Bender die absurde Situation zusammen.¹⁰⁵ Diese Selbstgefälligkeit war freilich auch ostdeutschen Zeitgenossen aufgefallen. Arnold Zweig bemerkte Mitte der 60er Jahre, die DDR sei mit der Vergangenheit »fix und fertig«, und fügte hinzu: »Man hat sie nicht bewältigt. Man hat sie ausgekotzt.«¹⁰⁶

Wie eng die deutsch-deutsche Vergangenheitspolitik miteinander verflochten war, zeigt sich besonders eindringlich in den aus der DDR gegen die Bundesrepublik geführten Destabilisierungskampagnen, deren Bedeutung für die innere Debatte in Westdeutschland kaum überschätzt werden kann. Wohl waren die meisten Tatsachen, auf die die DDR sich berief, evident, wurden auch vom westlichen Ausland und in der Bundesrepublik selbst wahrgenommen und kritisch thematisiert. Doch im Kontext des zunehmend uneindeutigen Ausgangs der Ost-West-Konfrontation wurden sie zu einem immer stärkeren Druckfaktor, der die innere Auseinandersetzung in der Bundesrepublik beträchtlich beschleunigte. Auch angesichts der damals schon beachtlichen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik erschien es unerträglich, daß die DDR ausgerechnet in der moralischen Kernfrage des Bruchs mit dem Nationalsozialismus im Vorteil sein sollte. Allerdings war der Kampagnenpolitik der DDR nur bis in die frühen 60er Jahre Erfolg beschieden, und auch dieser war ambivalent. Denn vieles deutet darauf hin, daß die DDR mit dem lautstarken Propagandagetöse gen Westen auch die eigenen Bürger für Vergangenheitsfragen sensibilisierte, das Problem über die Westmedien reimportier-

105 Zit. nach: Kleßmann, *Verflechtung* (wie Anm. 2), S. 38.

106 Zit. nach: Kessler (wie Anm. 36), S. 142.

te und diesem Druck dann durch eigene Anstrengungen begegnete. Aus ihrem antifaschistischen Selbstverständnis heraus, aber auch, um der Bundesrepublik keine Angriffsfläche zu bieten, achtete die »paranoide«¹⁰⁷ DDR-Spitze durchaus penibel auf etwaige Belastungen von Spitzenfunktionären. Auf lange Sicht hat die DDR mit ihren Kampagnen auf gewissermaßen dialektische Weise dazu beigetragen, daß sich die Bundesrepublik zu einer Gesellschaft mit hoher vergangenheitsbezogener Sensibilität entwickelte. Die NS-Auseinandersetzung wirkte wie ein Katalysator für die Politisierung und Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft, die alles andere als reibungslos vor sich ging, aber letztlich zur Demokratisierung der Westdeutschen entscheidend beitrug.

Dabei dürfen allerdings die desintegrativen Momente nicht vergessen werden. Insbesondere unter einem beachtlichen Teil der jungen Intellektuellen ist es der DDR wohl gelungen, sich als das bessere Deutschland zu profilieren – jedenfalls im Hinblick auf den Bruch mit der deutschen »Miserere«-Tradition. Auf der anderen Seite nahm im Verlaufe der NS-Debatte die Zahl der Schlußstrichbefürworter zu – von 34 Prozent 1958 über 54 Prozent 1963 bis auf 67 Prozent 1969.¹⁰⁸ So bleibt der Gesamteindruck von der NS-Bearbeitung in den 60er Jahren eigentümlich ambivalent. Wegen des hohen Aufarbeitungsdrucks in der Öffentlichkeit, aber auch in strafrechtlicher Hinsicht waren die Jahre zwischen 1958 und 1969 eindeutig die Hochzeit der öffentlichen NS-Reflexion, bis dann Anfang der 80er Jahre das Thema erneut die politische Kultur prägte. Auf der anderen Seite aber heben sich vor dieser Welle der öffentlichen Reflexion auch die gegenläufigen Tendenzen besonders scharf ab – etwa die Blockaden bei der Selbstreinigung der Institutionen, der immer lauter werdende Ruf nach einem Schlußstrich und die Wahlergebnisse der NPD. Diese Ambivalenz beförderte den Eindruck einer Gesellschaft mit doppelter Moral, der schon in den 50er Jahren die intellektuellen Reflexionen dominiert hatte, aber nun eine neue politische Schärfe bekam: Während allenthalben gebetsmühlenartig die Forderung nach Aufarbeitung erhoben wurde, wurde individuelle Verantwortung kaum übernommen, statt dessen die Vergangenheit gegen den gegenwärtigen Feind instrumentalisiert und dafür auch die antikommunistische Schwungkraft des Stammtisch-Autoritarismus benutzt. Im letzten Drittel der 60er Jahre nahm die Opposition gegen die flächendeckenden Tendenzen der Liberalisierung, Zivilisierung

107 Mary Fulbrook, *Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR*, in: *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, hrsg. von Richard Bessel u. Ralph Jessen, Göttingen 1996, S. 274–297, hier: S. 291.

108 *Jahrbuch 1958–1964* (wie Anm. 16), S. 221; *Jahrbuch 1965–1967* (wie Anm. 67), S. 165; Institut für Demoskopie, *Antisemitismus. Eine Repräsentativuntersuchung zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen*, Allensbach 1987, Tab. 16.

und Denationalisierung stark zu. Dies bündelte sich in der Verweigerung gegenüber einer Vergangenheitsbewältigung von oben. Der starke Problematisierungsschub wurde noch beträchtlich dadurch gesteigert, daß die Frage der NS-Bearbeitung Teil eines Generationenkonflikts wurde. In den 60er Jahren wurde Jugendlichkeit zunehmend mit Liberalität, Toleranz, Fortschrittlichkeit konnotiert, die sich gerade gegen die NS-Verstrickungen der Älteren positiv abhob. Tatsächlich waren die atavistischen Tendenzen zwar laut vernehmlich, aber nicht mehr öffentlichkeitsprägend. Der diskursive »Hohlraum« (Adorno), der sich in den 50er Jahren um die NS-Vergangenheit gelegt hatte, wurde seit 1958 aufgefüllt mit einer kontroversen Debatte um die Vergangenheitsbindung der Gesellschaft, die zu teilweise extremen Polarisierungen führte, aber auf längere Sicht das Problembewußtsein der Westdeutschen beträchtlich schärfte.

Bernd-A. Rusinek

Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre

I. Ein eigener Mythos

Die »1968er«-Bewegung¹ war international und hatte ihren Ausgang in den USA genommen². Gemeinsam war den verschiedenen »1968er«-Bewegungen der Charakter des Generationenprotests einer bürgerlichen, universitär gebildeten Jugend³; länderspezifisch waren die *Themen* des Protests. In der Bundesrepublik war die nationalsozialistische Vergangenheit ein Hauptthema und »Faschismus« sozusagen das dritte Wort in den Verlautbarungen. Ein seit frühester Nachkriegszeit von einzelnen Publizisten geäußertes Unbehagen an einer nicht vollzogenen, weil nicht gewollten Entnazifizierung hatte die studentischen Massen erreicht und kumulierte »1968«.

Mitunter fungiert die »1968er«-Generation geradezu als geistig-kulturelle Avantgarde und neue Reflexionselite, die Deutschland-West vor seiner nationalsozialistischen Vergangenheit gerettet hat, indem sie die Gegenwart dieser Vergangenheit bewußt machte und darauf hinwies, »daß nahezu alle westdeutschen Eliten durchweht waren von den Mitläufern

1 Ich bediene mich der Ausdrücke »1968« oder »68er«-Bewegung als Etikett für eine große und medial vermittelte Protest- und Erneuerungsbewegung mit vorwiegend studentischen Akteuren, ohne damit den realhistorischen Prozeß etwa auf dieses Jahr zu beschränken.

2 Vgl. 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey, Göttingen 1998.

3 Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1997, S. 358.

und Mittätern des Adolf Hitler«. ⁴ Es wurden erregte Faschismusdebatten geführt, deren Zweck »nicht nur das Interesse an einer Erklärung der nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern [...] auch die Anklage der Gesellschaft der Gegenwart mit ihren kapitalistischen Strukturen und ›fascistoiden‹ Dispositionen bildete«. ⁵ Anti-Faschismus gehörte zu den Antriebskräften der außerparlamentarischen Opposition ⁶, und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, vor allem seinem personalen wie strukturellen Fortwirken, war für die Studentenbewegung der 60er Jahre »konstitutiv« ⁷: Der durch das Symboljahr 1968 markierte Bruch zwischen den Generationen, so lesen wir, sei in der Bundesrepublik und West-Berlin von der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Eltern »befeuert« ⁸ worden und habe bei den jüngeren damaliger Zeit zu einer antifaschistischen Grund-Orientierung geführt. Einen Hintergrund bildete die für die Nachkriegszeit einmalige Generationenlagerung. ⁹ Sie war bis Mitte der 60er Jahre durch Überalterung und einen sehr hohen Anteil Sechzigjähriger geprägt, also durch Menschen, die häufig im Nationalsozialismus Karriere gemacht hatten und in der Bundesrepublik der APO-Zeit zum »Establishment« gezählt wurden. Dagegen war für die Zeit um 1970 ein außergewöhnlich hoher Anteil Dreißigjähriger kennzeichnend, und dieser Gruppe gelang in relativ niedrigem Alter die berufliche Etablierung.

Noch der am ehesten auf das pure Jung-sein der Protestierenden bezogene Slogan »Trau keinem *über* dreißig« hatte seine Pointe in der Wahrscheinlichkeit einer NS-Verstrickung der *über* Dreißigjährigen. ¹⁰ Aber das Erklärungselement »Generationenkonflikt« verfehlt die historische

4 Joschka Fischer, Ein magisches Jahr, in: Spiegel special, Nr. 9/1998, S. 59–61, hier: S. 60.

5 Hans-Ulrich Thamer, Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung, in: Der gesellschaftliche Ort der 68er-Bewegung. Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 39–53, hier: S. 39.

6 Nina Grunenberg, Der verspätete Anti-Faschismus und die 68er: die BRD, in: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, hrsg. von Nina Grunenberg, Reinbek 1993, S. 145–170, hier: S. 145.

7 Christel Hopf, Das Faschismusthema in der Studentenbewegung und in der Soziologie, in: Radikalisierte Aufklärung. Studentenbewegung und Soziologie in Berlin 1965 bis 1970, hrsg. von Heinz Bude u. Martin Kohli, Weinheim/München 1989, S. 71–86, hier: S. 71.

8 Cora Stephan, Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte, Berlin 1993, S. 102.

9 Vgl. Heinz Bude, The German Kriegskinder: Origins and Impact of the Generation of 1968, in: Generations in Conflict. Youth Revolte and Generation Formation in Germany 1770–1968, hrsg. von Mark Roseman, Cambridge 1995, S. 290–305.

10 Deutsches Literaturarchiv, Protest! Literatur um 1968 (Marbacher Kataloge 51), Marbach 1998, S. 49 f.

Situation, wenn monokausal behauptet wird, es hätte sich bei der »1968er«-Bewegung einschließlich der Thematisierung der NS-Zeit um *nichts* als einen »Generationenkonflikt« gehandelt. Damit würde die politische mit der biologischen Bühne vertauscht und ein aufrichtiges politisches Anliegen eskamotiert. Das gilt ebenso für die Überlegung, ob studentische Aktionsformen der 60er Jahre – Sit-in und Go-in als Terrainverhalten, Niederbrüllen und Charivari als Rügebrauchtum und Provokationsritual – typische und traditionelle Erscheinungen jugendlich-viriler Aufsässigkeit seien.¹¹

Für das »antifaschistische« Anliegen der »1968er« gab es durchaus Ursachen, die nicht mit dem Hinweis auf die Nöte Halberwachsener und ihrer Generations- und Väterkonflikte abgetan werden können.¹² Ein studentischer Aktivist der 60er Jahre konnte eine ganze Reihe von Gründen nennen, sich vom »Faschismus« und von »Faschisten« geradezu umzingelt zu fühlen: das Herunterspielen der NS-Vergangenheit, die zahlreichen Skandale um ehemalige Nationalsozialisten in bundesdeutschen Führungspositionen, Ludwig Erhards »Pinscher«-Vorwurf an die Adresse der Intellektuellen und die geplanten Notstandsgesetze¹³, die man gern »NS-Gesetze« abkürzte¹⁴, sowie ab 1966 eine Große Koalition mit marginalisierter parlamentarischer Opposition, das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus, der Krieg in Vietnam, bei dem sich die westliche Führungsmacht in gleicher Weise als Völkermörder verhalten würde wie einstmalig NS-Wehrmacht und SS, und die Zusammenarbeit der Bundes-

11 Vgl. Bernd-A. Rusinek, Das Glück der Provokation. Gewalt in historischen Jugendkulturen. In: Lust auf Randalen. Jugendliche Gewalt gegen Fremde, hrsg. von Wilfried Breyvogel, Bonn 1993, S. 83–105.

12 »Jugend«, so rief dagegen Schelsky aus, sei Not des Erwachsenwerdens, Zurückträumen in die Heimat der Familie und des »gelebten Mutterschoßes« (sic!), und in »diese [...] Rückwärtsorientierung von Jugendhoffnungen fügt sich der marxistische Jugendprotest der End-60er/Anfang-70er Jahre in der Bundesrepublik und darüber hinaus im ganzen Westen folgerichtig ein«. (Helmut Schelsky, Die Hoffnung Blochs. Kritik der marxistischen Existenzphilosophie eines Jugendbewegten, Stuttgart 1979, S. 115 f.) In einer Rezension wurde Schelsky vorgeworfen, es nicht ertragen zu können, daß sich dessen »skeptische Generation« 1967/68 als das entpuppt habe, was sie sei: »als ideologisches Wirtschaftswunder-Wunschgebilde«. (Hans-Martin Lohmann, Das sogenannte Prinzip Erfahrung. Helmut Schelskys merkwürdige Beschäftigung mit Ernst Bloch, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 7. 1978).

13 Vgl. allgemein: Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986.

14 Vgl. Arnulf Baring (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker), Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart, 1982, S. 97.

republik mit Diktatoren wie Tschombé¹⁵ und den griechischen Obristen¹⁶.

Wer nach »faschistischen« Strukturen, Netzwerken und Akteuren – »Strukturnazis«¹⁷ – in führenden Stellungen suchte, wurde schnell fündig. Angesichts der Selbstgerechtigkeit des bundesdeutschen Establishments ließ dies einen Hang zur Entlarvung und Personalisierung entstehen. Die rhetorische Routine des Hinweises auf »Ostzonenpropaganda« war demgegenüber ungeeignet, die kritischen Studierenden zu beruhigen. Der 2. Juni 1967 erzeugte bei vielen studentenbewegten Akteuren ebenso das Gefühl, sich bereits im »Notstand« zu befinden¹⁸, wie der 11. April 1968, als ein rechtsradikaler Jungarbeiter das beinahe tödliche Attentat auf Rudi Dutschke verübte.

Wir sollten durchaus die Ernsthaftigkeit des antifaschistischen Anliegens in den Jahren um 1968 unterstellen, aber davon »Faschismus«-Vorwürfe späterer Zeit unterscheiden, die zur rhetorischen Leier verkamen und den nationalsozialistischen Unrechts- und Vernichtungsstaat bagatelisierten – bis hin zur Bezeichnung von Fahrscheinkontrollen im öffentlichen Nahverkehr als »tendenziell faschistisch«.¹⁹

Übertreibende Stellungnahmen gab es allerdings bereits während der »1968er«-Bewegung. In einem 1968 populären Song wurden die Maßhalte-Appelle Ludwig Erhards als scheinheilige Phraseologie der Aufbau-Generation dargestellt und an die NS-Zeit zurückgebunden:

»Ja, der alte Notar Bolamus,
der hat sich gut durch die Zeit gebracht,
weil: er war immer ein bißchen dafür
und ein bißchen dagegen, und er gab immer acht.
»Nur Auschwitz«, sagt er, »das war ein bißchen zu viel.«

15 Vgl. das Flugblatt vom Dezember 1964: »Was hat der Mörder Tschombé bei uns zu suchen?«, abgedruckt in: Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, hrsg. von Jürgen Miermeister u. Jochen Staadt, Darmstadt 1980, S. 74 f. Darin heißt es u. a.: »Der exclusive Rhein-Ruhr-Club, der seinerzeit Hitler finanzierte [...], entblödete sich nicht, den Mörder Lumumbas zu einem Vortrag einzuladen [...]«.

16 Über die Trauergäste bei der Beerdigung Konrad Adenauers schrieb der Bonner SDS: »Welche Grüße überbringt der Vertreter des neuen griechischen Terrorregimes? Die der 10000 KZ-Häftlinge?« (Vgl. »Nachruf«, abgedruckt in: Ebd., S. 45 f.).

17 Gerhard Fels, *Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF*, Bonn 1998, S. 19.

18 Pavel A. Richter, *Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968*, in: 1968 (wie Anm. 2), S. 35–55, hier: S. 48.

19 Stephan (wie Anm. 8), S. 104.

Und er zitiert seinen Wahlspruch:
 ›Alles mit Maß und mit Ziel.«²⁰

Am 3. Juni 1967, einen Tag nach dem gewaltsamen Tod von Benno Ohnesorg, sprach der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer den viertausend versammelten Berliner FU-Studierenden aus dem Herzen, als er ausführte, die studentische Jugend werde das Aufkommen des Faschismus heute nicht mehr so gleichgültig hinnehmen wie 35 Jahre zuvor.²¹

Die Sensibilität bezüglich der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihres Weiterwirkens entstand nicht erst »1968«, sondern war bereits Ende der 50er Jahre vollständig entwickelt. Allein – sie hatte zu dieser Zeit nicht die öffentliche Diskurshegemonie erlangen können. Die Diskursblockade beendet zu haben, kann als Verdienst der vorwiegend studentischen »1968er« und ihrer medienwirksamen Kreativität angesehen werden. Die Kritik an der nationalsozialistischen Erblast der deutschen Universität, bei der sich schnell herausstellte, daß »Bewältigung« des Nationalsozialismus genauso viel mit der Vergangenheit wie mit der Gegenwart zu tun hatte, wurde bis zum Beginn der großen »Ringvorlesungen«²² 1964 in der Regel nicht von *innen* heraus und aus den Universitäten formuliert, sondern von *außen* angestoßen, teils aus dem Ausland, teils von zwei Blättern mit Pionierverdiensten, auf deren Berichte im folgenden immer wieder zurückzugreifen ist: »Der Spiegel« und »Die Zeit«.

Bei den Fächern, die die »1968er«-Studenten bevorzugten, ragen Soziologie²³ und Germanistik hervor, nicht aber die Geschichtswissenschaft. Germanistik und Soziologie entwickelten sich in den 60er Jahren zu Massen-, Mode- und Gesellschaftsveränderungsfächern. Es wird hier die Auffassung vertreten, daß die Germanistik²⁴ und ihr publizistisches Umfeld eine herausragende Rolle bei der Entstehung des neuen Redens über den Faschismus gespielt haben. Die bundesdeutschen Pioniere dieser Aufar-

20 Franz Josef Degenhardt (geb. 1931), »Notar Bolamus« (1967). Transkription von der Schallplattenaufnahme.

21 FU-Spiegel 58, Juni 1967, Sondernummer, zit. nach: Hopf (wie Anm. 7), S. 73.

22 Zu den »Ringvorlesungen« vgl. den Beitrag von Karl C. Lammers in diesem Band.

23 Der Soziologie, insbesondere der »Frankfurter Schule«, ist in diesem Band ein eigener Beitrag von Claus-Dieter Krohn gewidmet.

24 Vgl. als Überblicksdarstellungen und Einführungen: Zeitenwechsel. Germanistische Literaturwissenschaft vor und nach 1945, hrsg. von Wilfried Barner und Christoph König, Frankfurt a. M. 1996; Deutsche Literaturwissenschaft 1945–1965. Fallstudien zu Institutionen, Diskursen, Personen, hrsg. von Petra Boden u. Rainer Rosenberg, Berlin 1997; Karl Otto Conrady, Völkisch-nationale Germanistik in Köln. Eine unfestliche Erinnerung, Schernfeld 1990; ders., Literatur und Germanistik als Herausforderung. Skizzen und Stellungnahmen, Frankfurt a. M. 1974; Jost Hermand, Geschichte der Germanistik, Reinbek 1994.

beitung waren vorwiegend selbst ausgebildete Philologen und Germanisten und gehörten zur literarischen Szenerie. Dazu zählten etwa Walter Boehlich, Jonas Fränkel²⁵, Walter Jens, Rudolf Walter Leonhardt, Ernst Loewy²⁶, Hans Werner Richter, Franz Schonauer²⁷.

Allerdings ist auch zu bedenken, daß es noch in den 50er Jahren gerade auf dem Feld der Literaturgeschichte weit verbreitete Publikationen gab, worin völkisch argumentiert und gewertet wurde wie in der NS-Zeit. Über Fritz Martinis Literaturgeschichte etwa, 1963 bei Kröner in der 12. Auflage erschienen, bemerkte Ernst Loewy, man könne sich »nur wundern«, daß in einer zeitgenössischen Literaturgeschichte Begriffe wie »erstrebter völkischer Symbolgehalt« oder »schmerzlich vermißter politisch-völkischer Roman« noch im Tonfall ernstesten Referierens Verwendung fänden.²⁸

II. »[...] offenes Bekenntnis des Rektorats zum Faschismus [...]«

In einem Flugblatt des SDS von 1966 gegen die dem Bundespräsidenten und »KZ-Baumeister« Heinrich Lübke angetragene Ehrensenatorschaft der Universität Bonn, das zwei Jahre später in dem Aufsehen erregenden Buch »150 Jahre Klassenuniversität«, der Gegen-Festschrift zum Bonner Universitätsjubiläum, abgedruckt wurde, hieß es:

»Das Rektorat hat sich mit seinem Vorgehen offen mit KZ-Baumeistern als Ehrensenatoren solidarisiert. Daß es diese Solidarität gegen Anträge auf Diskussion mit dem Einsatz von Schlägertrupps verteidigen läßt, bedeutet ein offenes Bekenntnis des Rektorats zum Faschismus.«²⁹

Ehrungen, wie sie dem Bundespräsidenten angetragen werden sollten, standen in der Zeit der Studentenbewegung, als die Aufbaugeneration in das Ordens- und Ehrenzeichen-Alter kam, vielfach im Kreuzfeuer der Kritik.³⁰ Der direkte Bezug des SDS-Flugblattes auf den Nationalsozialismus

25 Vgl. *Dichtung und Wissenschaft*, Heidelberg 1954. Darin vor allem: *Verratene Wissenschaft. Ein nichtgedruckter Nekrolog* (1941), S. 256–264.

26 Vgl. *Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung*, Frankfurt a. M. 1966.

27 Vgl. *Deutsche Literatur im Dritten Reich*, Olten/Freiburg 1961.

28 Ernst Loewy, *Literatur unterm Hakenkreuz* (wie Anm. 26), S. 311.

29 Zit. nach: *150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn*, hrsg. von der Studentengewerkschaft Bonn, Bonn 1968, S. 160.

30 Die Geschichte der Ordens- und Preisverleihungen in den 50er und 60er Jahren ist ein wichtiges Desiderat. Sie könnte Aufschluß geben über die Weitherzigkeit der Reintegrationsbereitschaft und das allmähliche Aufkommen kritischer Stimmen.

in der Bundesrepublik kann als Reaktion auf ein Bestreben der Politik und weiter Kreise der Bevölkerung verstanden werden, das in den 80er Jahren als schlechte Historisierung des Nationalsozialismus kritisiert werden sollte. Hatte Ludwig Erhard in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 18. Oktober 1963 formuliert, nicht nur die Bundesrepublik, die ganze Welt sei im Begriff, aus der Nachkriegszeit herauszutreten, so führte er in seiner zweiten Regierungserklärung am 10. November 1965 aus:

»Zwei Drittel unseres Volkes waren im Jahre 1933 Kinder oder noch nicht geboren. Für nahezu die Hälfte aller Menschen in unserem Lande sind die Jahre 1933 bis 1945 geschichtliche Vergangenheit ohne persönliche Erinnerung.«³¹

Auf derartige Historisierungsplädoyers reagierten die kritischen Studierenden – wie in dem Bonner Flugblatt – mit der demonstrativen Enthistorisierung des Nationalsozialismus und seiner direkten Einbeziehung in die Gegenwart.

Netze ›alter Kameraden‹ aus der NS-Zeit namhaft zu machen, gehörte zur Strategie der »1968er«, und der Weg zur personalistischen Banalisierung und der Verschwörungstheorie war oft nicht weit. Selbstverständlich wurde auf der ›anderen Seite‹ ebenso versucht, unsaubere Netzwerke

Ernst Bertram (1884–1957) etwa, der bekannte völkisch-nationale Germanist, Lyriker und Befürworter des Nationalsozialismus, erhielt 1942 den Görrespreis, 1944 den Rheinischen Literaturpreis und 1954 den Literaturpreis seiner Heimatstadt Wuppertal; vgl. Karl Otto Conrady, *Völkisch-nationale Germanistik in Köln* (wie Anm. 24), S. 14. Die Auszeichnung des ehemals nationalsozialistischen Dichters Friedrich Griese mit dem Mecklenburgischen Kulturpreis der Heimatvertriebenen, verliehen in Anwesenheit schleswig-holsteinischer Landesminister, rief bereits damals Proteste hervor (vgl. *Die Zeit* vom 3. 7. 1964, »Sind wir wieder soweit?«, sowie die Leserbriefe in: Ebd. vom 24. 7. 1964). Es hätte nicht viel gefehlt, und kein anderer als Adolf Bartels, einer der infamsten antisemitischen Hetzer auf dem Sektor der Literaturgeschichtsschreibung, wäre in Dithmarschen zu neuen Ehren gekommen; vgl. Karl Otto Conrady, *Miterlebte Germanistik. Ein Rückblick auf die Zeit vor und nach dem Münchner Germanistentag von 1966*, in: *Diskussion Deutsch* 100 (1988), S. 126–143, hier: S. 134. Eine wichtige Quelle für die Geschichte der Ordensverleihungen in der Bundesrepublik sind die »Ordensakten« mit Hintergrundrecherchen und internen Stellungnahmen im Vorfeld der Verleihung von Bundesverdienstkreuzen. Ein Beispiel: 1954 sollte Abraham Esau, einer der wichtigsten Physiker des »Dritten Reiches«, auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik geehrt werden. Das zuständige Bundespräsidialamt erkundigte sich bei dem Nobelpreisträger Max von Laue. Dieser beschrieb Esau als einen besonders gefährlichen Nationalsozialisten und warnte: »Die in Rede stehende Ordensverleihung scheint mir geeignet, im Inland das Ansehen des Verdienstkreuzes herabzusetzen und im Ausland die dort grassierende Meinung zu stützen, daß bei uns ehemalige ›Parteienossen‹ eine Vorzugsbehandlung genossen.«; NWHStAD, NWO, Ordensakte Esau.

31 *Zit. nach: Hans Ulrich Behn, Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1971, S. 149.*

aufzuspüren. Nazistischen standen linksradikale Drahtzieher gegenüber. So wurde in einem Schreiben des Bayer-Vorstands anlässlich der Aachener Ehrenpromotion des Vorstandsvorsitzenden Hansen darauf hingewiesen, der Kleinaktionär X., der Hansen wegen der angeblichen Giftgasproduktion von Bayer 1969 öffentlich angegriffen hatte, sei »als führende Persönlichkeit der linksradikalen Gruppen an der Universität Bonn bekannt«; »unser Kleinaktionär« X. – so weiter – habe an der Broschüre »150 Jahre Klassenuniversität« mitgearbeitet.³²

Besonders das farbentragende und gar das schlagende Studententum war für die kritischen Studierenden und Lehrenden seit den frühen 50er Jahren ein Symbol vordemokratisch-autoritärer Mentalitätsbestände.³³ 1963 war es für die West-Berliner Studierenden von bewußtseinsbildender Kraft, daß es in einer Urabstimmung mit 70 Prozent Beteiligung gelang, die Wahl des »Saravia«-Burschenschafters Eberhard Diepgen zum AStA-Vorsitzenden rückgängig zu machen.³⁴

Der bereits erwähnte Bundespräsident Heinrich Lübke war für die »1968er« Symbol der verknöcherten, unbelehrbaren Ewiggestrigen und Witzfigur zugleich. Die Satire-Zeitschrift »Pardon« hatte bereits einen Meinungsbutton »I like Lübke« vertrieben, als sie 1968 mit der Schallplatte »Heinrich Lübke ... redet für Deutschland« auf eine Pro-Lübke-Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung reagierte.³⁵ Die LP enthielt u. a. Kommentare von Rudolf Augstein³⁶ und brachte markante Rede-Auszüge Lübkes voller grotesker rhetorischer Schnitzer. Als Symbolfigur vertrottelten Establishments³⁷ gehörte Heinrich Lübke zur poli-

32 Vorstand der Bayer Werke an Senat der RWTH Aachen, 23.12.1969, RWTH Aachen, Rektoratsarchiv, Akte »Ehrungen«.

33 Vgl. etwa Gerd Tellenbachs Diskussionsbeitrag von 1952 »Über die Korporationen« in: Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946–1963, hrsg. von Gerd Tellenbach, Freiburg 1963, S. 118–119.

34 Vgl. Hopf (wie Anm. 7), S. 74.

35 Heinrich Lübke, ... redet für Deutschland. Pardon verteidigt den Bundespräsidenten, Schallplatte der Serie Antholog, Pressung für Zweitausendeins, Frankfurt a. M. o. J. (1968). Die folgenden Einzelheiten sind der Platte und ihrem Cover entnommen.

36 Augstein wird mit den Worten zitiert: »Nicht, daß Heinrich Lübke einfachen Geistes ist, kann und soll ihm vorgeworfen werden; denn Charaktergaben können eine Menge wettmachen. Aber die Fehleinschätzung seiner Geistesgaben, kombiniert mit seiner unerschütterlichen Selbstgerechtigkeit, entfaltet sich allgemach zu einem politischen Skandal.« Ebd.

37 Auch Lübkes äußerst wohlwollender Biograph Rudolf Morsey kann ihm nicht attestieren, ein brillanter Kopf gewesen zu sein; vielmehr hält er Lübke für einen Umstandskrämer und schwachen Redner; vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1996; dort heißt es z. B.: »Umständliche Arbeitsweise – mangelndes Rednertalent – labile Gesundheit« (ebd., S. 245–251) sowie: »Die Bilanz: Zwiespältig, mit einem ›Hauch von Tragik« (ebd., S. 587–593).

tischen Folklore der kritischen Intelligenz; der »KZ-Baumeister«-Vorwurf³⁸ fügte dem Ridikülen das Barbarische hinzu.

Lübke stand bereits seit 1959 im Visier von Albert Norden, SED-ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda.³⁹ Im Januar 1966 lancierte die DDR groß aufgemacht angeblich sensationelles Material: Lübke hätte als stellvertretender Leiter der Baugruppe Schlempp ab Mai 1944 das Konzentrationslager Neu-Staßfurt projektiert und 500 französische Häftlinge aus Buchenwald für den Bau dieses Lagers angefordert, von denen 110 umgekommen seien. Als Beweis wurden von Lübke unterschriebene Bauzeichnungen vorgelegt, wovon die erste Gruppe in einen Aktendeckel mit der Aufschrift »Vorentwurf zur Erstellung eines KZ-Lagers« geheftet war.⁴⁰ Da Lübke weder prozessierte noch zurücktrat, weder das Gegenteil beweisende Dokumente vorlegen noch die DDR-Dokumente eindeutig als Fälschungen nachweisen konnte, blieb etwas vom »KZ-Baumeister«-Vorwurf hängen.

Für die einen war es das Pech der Bundesrepublik, für die anderen Symptom ihrer Malaise, daß sie in der Zeit der größten intellektuellen und moralischen Herausforderung durch so wenig intellektuelle und moralische Kompetenz und so viel nationalsozialistische Verstrickung und oberlehrerhafte Selbstgerechtigkeit repräsentiert wurde. Am 11. Juli 1965 büßte Bundeskanzler Ludwig Erhard bei der kritischen Reflexionselite seinen intellektuellen und moralischen Kredit ein, als er auf dem Düsseldorfer Wirtschaftstag der CDU/CSU gegen die literarische Linke wetterte, da höre der Dichter auf, da fange »der ganz kleine Pinscher an«.⁴¹ Erhards Nachfolger Kurt Georg Kiesinger, Kanzler der Großen Koalition von

38 Dieser Vorwurf fehlt auf der »Pardon«-Platte – vermutlich aus juristischen Gründen.

39 Als maßgebende, den »Fall« zusammenfassende DDR-Propagandaschrift vgl. Aufstieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin (DDR) 1969.

40 Morsey (wie Anm. 37), S. 511. Vermutlich waren die Unterschriften unter den Baracken-Zeichnungen echt, die kompromittierenden Aktendeckel aber gefälscht. (Einen Rest von Unsicherheit konzediert auch Morsey, ebd., S. 535.) Zu den KZ-Baumeister-Vorwürfen gegen Lübke aus der DDR, insbesondere zu den dem »Stern« vom MfS zugespielten gefälschten Dokumenten vgl. Falco Werkentin, Die Reichweite politischer Justiz in der Ära Ulbricht, in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, Leipzig 1994, S. 179–196, insbesondere S. 188–192.

41 Zit. nach: Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969, Stuttgart 1984, S. 119 f. Anlaß dieser Äußerung war das kurz zuvor in Berlin für den Wahlkampf gebildete »Wahlkontor deutscher Schriftsteller« zur Unterstützung der SPD; vgl. Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 30 f.

1966 bis 1969, war nicht der Mann solcher Entgleisungen. Heinrich Böll hatte im Vorwort einer Kiesinger-Broschüre geschrieben, dieser sei nie ordinär gewesen, er sei ein feiner Mann mit Glacéhandschuhen – damit aber »hinterließ er sehr wenig Fingerabdrücke«. ⁴² Die Broschüre war von jener Beate Klarsfeld publiziert worden, die Kiesinger am 7. November 1968 auf dem Berliner CDU-Parteitag, »Nazi! Nazi!« rufend, mit Ohrfeigen traktierte. Kiesinger war seit 1933 Mitglied der NSDAP und während des Krieges »Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes in Rundfunkangelegenheiten« gewesen, also Mitarbeiter im Propaganda-Apparat des Regimes. ⁴³ »Wir haben [...] einen ehemaligen Nazi-Propagandisten als Bundeskanzler!«, hieß es in einem studentischen Handzettel von 1967 in Anspielung auf diese Aktivitäten Kiesingers. ⁴⁴ Von Fällen wie den genannten ausgehend, wurde in dem Handzettel der NS-Vorwurf gegen das Establishment in einer typischen, grob holzschnittartigen Weise verallgemeinert:

»Holen wir nach, was 1945 versäumt wurde [...], machen wir endlich eine richtige Entnazifizierung.

[...]

Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler, [...] Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers.« ⁴⁵

Niemand, der neuere Publikationen über ehemalige Nationalsozialisten in der Bundesrepublik gelesen hat, wird behaupten wollen, daß die erhobenen Vorwürfe völlig haltlos gewesen wären. ⁴⁶ Die Flugschrift endete mit der Losung: »Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor.« ⁴⁷

⁴² Zit. nach: Baring (wie Anm. 14), S. 40.

⁴³ Vgl. dessen eigene Darstellung mit Hinweisen auf seine damals durchgängig anti-nationalsozialistische Gesinnung: Kurt Georg Kiesinger, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958*, Stuttgart 1989, S. 230–234 u. 236–241.

⁴⁴ »Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazi-Generation«, verteilt anlässlich der Kampagne gegen den Film »africa addio«, abgedruckt in: Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 43 f.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl. etwa: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996; Ulrich Herbert, *Best, Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996; *Verwandlungspolitik. Nationalsozialistische Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, hrsg. von Wilfried Loth u. Bernd-A. Rusinek, Frankfurt a. M./New York 1998.

⁴⁷ In: Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 44), S. 43 f.

Auf diese Konfiguration – direktes Hineinragen des Faschismus/Nationalsozialismus über Strukturen, Personen und Netzwerke in die Bundesrepublik der 60er Jahre, Hinein-Imaginieren der kritischen Studierenden in die Rolle der Opfer des NS-Regimes – stoßen wir bei der Lektüre von Flugblättern und Aufrufen der Jahre um 1968 immer wieder:

- In einem Nachruf auf den im April 1967 verstorbenen Konrad Adenauer schrieb der Bonner SDS, der Altbundeskanzler habe »durch aktive Förderung nationalsozialistischer Elemente und durch autoritäre Regierungspraktiken alle Ansätze einer breiteren Reorganisation der Gesellschaft im wirklich demokratischen Sinn vereitelt«⁴⁸;
- in einer Erklärung des SDS vom 9. Juni 1967, eine Woche nach dem Tod Benno Ohnesorgs, hieß es, das »postfaschistische System in der BRD« sei »zu einem präfaschistischen geworden«⁴⁹;
- in einem weiteren Flugblatt zum Tod Ohnesorgs wurde behauptet, der Kommandeur der West-Berliner Schutzpolizei sei 1942 als SS-Mann und Einsatzleiter in Rußland für Massenhinrichtungen verantwortlich gewesen⁵⁰;
- ebenfalls 1967 wurde analogisiert, Julius Streicher habe im »Stürmer« zum Judenmord gehetzt, Axel C. Springer hetze nun zum »Studentenmord«⁵¹, die Studenten seien von der Springer-Presse »zu den ›Juden des Antikommunismus gemacht worden«⁵².
- an den Universitäten, so hieß es, herrsche die gleiche vergreiste Verfassung und Bürokratie, »die die Machtergreifung des Faschismus beförderte oder sie als Tragik der Geschichte hinnahm«, und dieselben professoralen Versager würden heute die kritischen Studierenden als faschistisch denunzieren.⁵³

48 Zit. nach: Provokationen (wie Anm. 15), S. 46.

49 Zit. nach: Ebd., S. 110.

50 Zit. nach: Ebd., S. 111.

51 Zit. nach: Ebd., S. 145.

52 Zit. nach: Ebd., S. 109.

53 Zit. nach: Ebd., S. 65. Der Vorwurf, die stets »Faschisten« demaskierenden SDS-Studenten seien selbst »Faschisten«, war als billige Retourkutsche schnell zur Hand, erreichte aber eine neue Dimension, nachdem auch Jürgen Habermas am 9. Juni 1967 in der Erregung vom »linken Faschismus« gesprochen hatte. Einen Vergleich zwischen nationalsozialistischen Studenten bis 1933 und »1968ern« zogen in der seriösen neueren Literatur etwa Rüdiger Safranski in seiner Heidegger-Biographie und Lutz Hachmeister in seiner Arbeit über Six, ohne daß es darüber zu einer wissenschaftlichen Debatte gekommen wäre; vgl. Rüdiger Safranski, Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, München/Wien 1994, S. 302; Lutz Hachmeister, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998, S. 51.

III. »[...] Augiasstall nationalistischer und postfaschistischer Forschung [...]«

Explizit wurde der Vorwurf der »Restauration« erstmals 1950 von Walter Dirks erhoben.⁵⁴ Zu Beginn der 50er Jahre war vom »nationalsozialistischen Gesindel unter den Studenten« die Rede, »das sich in Göttingen, Marburg und Erlangen schon wieder in alter Frische öffentlich breit machen« dürfe⁵⁵, waren »Professoren, die einst Kafkas Bücher verbrannt hatten«, auf ihre Lehrstühle zurückgekehrt »und prüften jetzt Studenten über Kafka«⁵⁶. Daher waren 1955 im Editorial der Studentenzeitschrift »Plädoyer«, die in den 60er Jahren unter dem Titel »Konkret« eine politische Macht wurde, folgende Formulierungen zu lesen:

»Herausgeber und maßgebende Mitarbeiter sind Studenten, die etwas aus der Vergangenheit gelernt haben: Verführung, Verbrechen, Knechtschaft und Drill bis zur Willenlosigkeit. Deshalb nehmen wir uns das Recht, alle Studenten aufzufordern, sich bewußt zu werden, daß unsere eigene akademische Zukunft von politischen Machtfaktoren maßgebend bestimmt wird! [...] Wo uns aber Propaganda überfällt, blenden und verbiegen will, werden wir auf die natürliche Leidenschaft unserer Jugend nicht verzichten [...]«⁵⁷

Ein israelischer Journalist, der 1964/65 die Bundesrepublik und die DDR bereiste, erlebte die westdeutsche Universität als »eine Hochburg der Restauration, dergleichen man lange suchen muß«; zwar würde unter »Restauration« meist jene des nationalen Konservatismus verstanden, aber die westdeutsche Universität sei »vielleicht das krassste Beispiel dieser Restauration«, und sie scheine mitschuldig zu sein an ihrer Sterilität.⁵⁸

Im Rahmen einer germanistischen Berufungsangelegenheit in den 50er Jahren wurde der Versuch, einen Kandidaten wegen dessen Engagement in der NS-Zeit anzuschwärzen, mit einem Argument abgewehrt, das für die nationalsozialistische Verstrickung der Hochschullehrer bezeichnender nicht sein konnte: »Wenn man so in der politischen Vergangenheit von

54 Walter Dirks, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte 5 (1950), S. 942–954.

55 Friedrich Hielscher, Fünfzig Jahre unter Deutschen, Hamburg 1954, S. 437. Zu den Studierenden der frühen Nachkriegszeit vgl. Waldemar Krönig u. Klaus-Dietrich Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990.

56 Rudolf Walter Leonhardt, Die deutschen Universitäten 1945–1962, in: Hans Werner Richter, Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, München/Wien/Basel 1962, S. 351–359, hier: S. 351.

57 Zit. nach: Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 291.

58 Amos Elon, In einem heimgesuchten Land. Reise eines israelischen Journalisten in beide deutsche Staaten, München 1966, S. 318.

angesehenen Gelehrten herumschnüffle, könne man überhaupt keinen Professor mehr berufen, der in der NS-Zeit in Deutschland im Amt gewesen sei.«⁵⁹

Diese Stellungnahme illustriert noch einen weiteren Effekt für die Scientific Community nach 1945: Wer als Wissenschaftler tatsächlich Skrupel wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit empfand und daran dachte, seine Vergangenheit zu bekennen und von ihr abzuschwören, schwieg doch angesichts der offenkundigen Impertinenz von verstrickten Kollegen, die wieder obenauf waren und eine Kultur der Unaufrichtigkeit schufen.

Zu diesen Vertretern zählte der Pädagoge und Psychologe Gerhard Pfahler. Gerd Tellenbach nennt ihn »einen der reinsten nationalsozialistischen Idealisten«, die ihm bekannt geworden seien.⁶⁰ Pfahler⁶¹ (1897–1976) war im Ersten Weltkrieg Stoßtruppführer gewesen und hatte nach Studium und Volksschullehrerstelle 1924 die Promotion, 1928 die *Venia Legendi* für Pädagogik und Psychologie erhalten. Von früh an völkisch engagiert, konnte er in der NS-Zeit die Ernte einfahren. 1934 wurde er ordentlicher Professor für Psychologie und Pädagogik sowie Leiter des Instituts für experimentelle Psychologie und Pädagogik an der Universität Gießen, 1934 bis 1937 war er deren Rektor. Im Juni 1945 wurde Pfahler von der französischen Militärregierung suspendiert und interniert, im Oktober 1945 aus dem Ordinariat entlassen, im August 1948 im Zuge der Entnazifizierung unter Belassung der Lehrbefugnis in den Ruhestand versetzt und 1952 durch Gnadenerlaß rehabilitiert. Pfahler war ab Juli 1953 ordentlicher Professor für Psychologie und Erziehungswissenschaft zur Wiederverwendung mit den Rechten eines entpflichteten ordentlichen Professors an der Universität Tübingen. Von 1956 bis 1964 hatte er dort den Lehrauftrag für Entwicklungspsychologie, Tiefenpsychologie und Psychagogik inne.

Der einstige Bonner Curtius-Assistent und spätere Suhrkamp-Cheflektor (bis 1968) Walter Boehlich sah es als seine publizistische Aufgabe an, »den Augiasstall nationalistischer und postfaschistischer Forschung auszumisten«. ⁶² Diesen Satz schrieb er im Rahmen einer Kontroverse mit dem Sprachwissenschaftler Johannes (Leo) Weisgerber (1899–1985), ei-

59 Benno von Wiese, *Ich erzähle mein Leben. Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1982, S. 297.

60 Gerd Tellenbach, *Aus erinnerter Zeitgeschichte*, Freiburg 1981, S. 49.

61 Zum folgenden vgl. Alexander Hesse, *Die Professoren und Dozenten der preußischen Pädagogischen Akademien (1926–1933) und Hochschulen für Lehrerbildung (1933–1941)*, Weinheim 1995 (darin: alphabetisch geordnete Kurzbiographien, S. 129–816.)

62 Walter Boehlich, *Irrte hier Walter Boehlich?*, in: *Frankfurter Hefte* 19 (1964), S. 731–734, hier: S. 731.

nem Bonner Groß-Ordinarius. Der Streit zwischen Boehlich und Weisgerber war bereits 1955 entstanden.⁶³ Weisgerber, Sprachwissenschaftler und führender Keltologe in zwei Systemen⁶⁴, war nach Stationen als Privatdozent und als Professor in Bonn, Rostock und Marburg beim Militärbefehlshaber in Frankreich als Sachverständiger im Rang eines Sonderführers zum Aufbau des Rundfunkprogramms für die Bretagne, Sender Rennes, eingesetzt. Weisgerber war von 1942 bis 1967 Professor in Bonn, u. a. 1955 bis 1964 Leiter des DFG-geförderten Gesprächskreises »Sprache und Gemeinschaft« und 1964 Mitbegründer des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim; ferner gab er die Zeitschriften »Rheinische Vierteljahrsblätter«, »Lexis«, »Wirkendes Wort« und »Sprachforum« mit heraus, war 1961 erster Preisträger des Konrad-Duden-Preises des Bibliographischen Instituts der Stadt Mannheim, 1965 folgte die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Leuven (Belgien) und 1975 das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Walter Boehlich warf diesem hochdekorierten Mann nun vor, sein Nationalismus von ehemals sei »durch verräterischen Wortwechsel nicht eliminiert worden«, auch wenn er sich »heute gelegentlich auf Europa berufe, wo er früher sein Volk zu verherrlichen liebte«⁶⁵; er – Boehlich – werde Weisgerber nicht glauben, daß ihm Europa etwas bedeute, wenn »jede seiner Schriften« erfüllt sei »von der Überzeugung der Sonderstellung des Deutschen und der Deutschen«⁶⁶. Boehlich belegte seine Vorwürfe durch eine Zitatelese.

Wir sehen an der seit 1955 geführten Polemik Boehlichs gegen Weisgerber, daß die Kritik an »faschistischen Augiasställen« keineswegs mit den »1968ern« begonnen hat. Vielmehr setzte auf breiter Front um 1957 ein Wandel im Umgang mit den Schuldigen und Belasteten ein, für den der Eichmann-Prozeß 1961 als Endpunkt angesehen werden kann. Die Jahre von 1957 bis 1961 »waren zugleich prägend für die anschließend intensiviertere Debatte um Schuld und Verantwortung, welche in die Proteste der »68er Generation« mündete«.⁶⁷

1957 erschien Enzensbergers Gedichtband »Verteidigung der Wölfe«, der im Zeichen der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Kritik an der Einführung der Bundeswehr stand:

63 Ebd.

64 Zu Weisgerber vgl. im folgenden: Hesse (wie Anm. 61).

65 Boehlich (wie Anm. 62), S. 732.

66 Ebd., S. 734. Weisgerber replizierte unter dem Titel »Die Lehre von der Sprachgemeinschaft« in: Frankfurter Hefte 20 (1965), S. 197–205.

67 Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 13.

»lies keine oden, mein sohn, lies die fahrpläne:
sie sind genauer. roll die seekarten auf,
ehe es zu spät ist. sei wachsam, sing nicht.
der tag kommt, wo sie wieder listen ans tor
schlagen und machen den neinsagern auf die brust
zinken [...]«⁶⁸

Sind in Bölls »Billard um halbzehn« die »Büffel« Metaphern für »alt-neue« Nationalsozialisten, so sind es bei Enzensberger die »Metzger«:

»zu unterrichten ist vom sichern endsieg der metzger
und in der herstellung von kadavern die jugend«⁶⁹

1958 begann der Ulmer Einsatzgruppenprozeß, in demselben Jahr wurde unter dem Eindruck dieses Prozesses die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen gebildet; 1959/60 wurde die Öffentlichkeit des In- und Auslands durch Schändungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen sowie durch Hakenkreuzschmierereien alarmiert – insgesamt waren es bis Ende Januar 1960 mehr als 450 solcher Straftaten⁷⁰; am 24. Mai 1960 debattierte der Bundestag über den Antrag der SPD-Fraktion gegen die Verjährung von Totschlag und schwerer Körperverletzung bei nationalsozialistischen Gewaltdelikten, und an demselben Tag meldeten die Zeitungen die Festnahme von Adolf Eichmann⁷¹; über den Eichmann- sowie den Frankfurter Auschwitz-Prozeß wurde intensiv berichtet. Der Auschwitz-Prozeß vom Dezember 1963 bis August 1965 ging der Studentenbewegung unmittelbar voraus.

Von entscheidender Bedeutung für den Bewußtseinswandel ist das Jahr 1959: Zunächst in Karlsruhe, anschließend in Berlin wurde Reinhard Streckers Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« gezeigt, organisatorisch getragen vom SDS und der Deutsch-Israelischen Studiengruppe (DIS).⁷² Die Filme »Die Brücke« von Bernhard Wicki und »Rosen für den Staatsanwalt« von Wolfgang Staudte wurden erstaufgeführt. Vor allem vollzog sich 1959, »auf dem Höhepunkt der ersten großen Welle von Vergangenheitsaufarbeitung«⁷³, mit Heinrich Bölls »Billard um halbzehn«, Günter

68 Hans Magnus Enzensberger, »ins lesebuch für die oberstufe«, in: ders., *verteidigung der wölfe*, Frankfurt a. M. 1963 (zuerst 1957), S. 85.

69 »option auf ein grundstück«, in: Ebd., S. 68 f.

70 Michael Kohlstruck, *Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen*, Berlin 1997, S. 62.

71 Albrecht Götz, *Bilanz der Verfolgung von NS-Straftaten*, Köln 1986, S. 143.

72 Vgl. Hopf (wie Anm. 7), S. 75.

73 Thamer (wie Anm. 5), S. 45.

Grass' »Blechtrummel« und Uwe Johnsons »Mutmaßungen über Jakob« das »deutsche Literaturwunder«. ⁷⁴ Es war die Literatur, die Neuland rodet und die Gegenwart der nationalsozialistischen Vergangenheit in das Bewußtsein hämmerte; und es war die Literaturwissenschaft, die diese Literatur nicht zur Kenntnis nahm. Es ist daher kein Zufall, daß ebenfalls 1959 eine ätzende und wortmächtige Polemik gegen die deutsche Germanistik erschien, für die es in den anderen Geisteswissenschaften in dieser Zeit keine Parallele gibt: die Germanisten-Schelte von Rudolf Walter Leonhardt. ⁷⁵ Ausgangspunkte des Autors waren gleichrangig die abgrundtiefe Trennung zwischen Universitätsgermanistik und literarischem Leben in der Bundesrepublik sowie die Klage eines skandinavischen Germanisten, über der bundesdeutschen Germanistik schwebte noch immer das Hakenkreuz. ⁷⁶ Über die besondere Bedeutung nationalsozialistischer Verstrickung für die Disziplinen Germanistik und Geschichtswissenschaft hob Leonhardt hervor, jemand habe Mitläufer des NS-Regimes und dennoch guter Verwaltungsbeamter, ja, sogar guter Romanist sein können – aber: »Germanisten und Historiker waren die einzigen, für die auch das kleinste politische Zugeständnis Verrat bedeuten mußte.« ⁷⁷

In der »Bestandsaufnahme« von Hans Werner Richter und anderen wurde bezeichnenderweise die Germanistik als einzige Geisteswissenschaft einer Analyse unterzogen. ⁷⁸ Der Befund fiel traurig aus und bezog sich pars pro toto auf zwei Nachkriegsstandardwerke der Literaturgeschichtsschreibung, auf Georg Rieds »Wesen und Werden deutscher Dichtung«, 1961 in der 16. Auflage erschienen, sowie auf Hans Schwertes Beitrag über das 20. Jahrhundert in Heinz Otto Burgers »Annalen der deutschen Literatur«. ⁷⁹ In dem Schwerte-Beitrag fand der Bearbeiter Jens viel über Kolbenheyer, nichts über Joseph Roth; üble Verrisse Thomas

74 Vgl. ebd., S. 44 f., sowie insbesondere: Elisabeth Endres, *Die Literatur der Adenauerzeit*, München 1983, S. 231–275 (»Das bundesdeutsche Literaturwunder und die Neuanfänge«).

75 Rudolf Walter Leonhardt, *Der Sündenfall der deutschen Germanistik. Vorschläge zur Wiederbelebung des literarischen Bewußtseins in der Bundesrepublik*, Zürich 1959.

76 Ebd., S. 5 f.

77 Ebd., S. 34.

78 Jens, *Völkische Literaturbetrachtung – heute*, in: Richter, *Bestandsaufnahme* (wie Anm. 56), S. 344–350.

79 Hans Schwerte, *Der Weg ins zwanzigste Jahrhundert. 1889–1945*, in: *Annalen der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine Gemeinschaftsarbeit zahlreicher Fachgelehrter*, hrsg. von Heinz Otto Burger, Stuttgart 1952, S. 719–840. Zu Schwerte vgl. *Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider/Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände*, bearb. von Bernd-A. Rusinek, Düsseldorf 1996 (Gutachten für das Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen).

Manns, Loblieder auf den im Nationalsozialismus gefeierten Wilhelm Schäfer⁸⁰; irritiert mußte Jens feststellen, daß Schwertes Beitrag für Heinz Otto Burgers »Annalen« jede Menge Sentenzen enthielt, die 1938 oder 1942 hätten geschrieben sein können.⁸¹

Heinz Otto Burger, von Benno von Wiese, dem späteren Vorsitzenden des Germanistenverbandes, geradezu als Mann des Widerstands dargestellt, war nach dem Krieg Professor und schließlich Rektor der Universität Erlangen gewesen, wechselte 1962 nach Frankfurt und wurde dort für das Amtsjahr 1963/64 ebenfalls zum Rektor gewählt.⁸² 1964 beging die Frankfurter Universität ihr 50jähriges Stiftungsfest. Es war ein eben in Frankfurt promovierter *amerikanischer* Jungwissenschaftler, der es wagte, auf Publikationen Burgers aus der NS-Zeit hinzuweisen, worin es u. a. hieß, die Literaturwissenschaft habe sich dem rassistischen Verständnis der Gemeinschaft zu fügen. Burger trat angesichts dieser Vorwürfe an die Universität sowie an das hessische Kultusministerium heran und bat um Empfehlungen, was er tun solle. Ergebnis der Besprechungen war, daß Burger angesichts des nahenden Universitätsjubiläums auf sein Amt verzichten sollte. Dem fügte er sich, unterließ es aber nicht, dem amerikanischen Jungwissenschaftler vorzuwerfen, von organisierten Drahtziehern nur vorgeschickt worden zu sein. In der Optik Benno von Wieses begann mit dem Rücktritt Burgers von seinem Frankfurter Rektor-Amt die »Krise der Universität«, zumal dieser Fall das Vorbild zu der »Kampagne« vom Herbst 1964 gegen den Bonner Rektor Hugo Moser abgegeben hätte.⁸³ Der Alt-Germanist und Volkskundler Hugo Moser, geb. 1909, Mitautor in Burgers erwähntem »Annalen«-Band, hatte 1937 über ein zeitgemäßes Stammes- und Volksgruppen-Thema promoviert, die Mundart und Sitte der Sathmarer Schwaben⁸⁴, und 1949 über »Uhlands Schwäbische Sagenkunde und die germanistische volkskundliche Forschung der Romantik« habilitiert; das Stammesthema beschäftigte Moser auch nach dem Zweiten Weltkrieg.⁸⁵

Wie 1959 war auch das Jahr 1964 ein Quellpunkt in den Auseinandersetzungen um die Entnazifizierung der Universitäten. 1964 begannen

80 Autor der »Anekdoten« und wagnerisierender Geschichtsdilettant (z. B.: Die dreizehn Bücher der deutschen Seele, München 1922, 110. Tausend).

81 Jens (wie Anm. 78), S. 348.

82 von Wiese (wie Anm. 59); zum folgenden vgl. Spiegel 48/1963, »Rektorwahl. Beinahe harmlos«.

83 von Wiese (wie Anm. 59), S. 350.

84 Sathmarer Schwaben: Deutsche Volksgruppe im Nordwesten Rumäniens, überwiegend kath., überwiegend in der Landwirtschaft tätig, zwischen 1712 und 1815 eingewandert.

85 Z. B.: »Der Stammesgedanke im Schrifttum der Romantik und bei Ludwig Uhland«, 1948; Stammescharakter und Volkssage, 1953.

Studentenzeitschriften wie die »notizen« der Universität Tübingen und »5 vor 12« der Universität Marburg damit, die NS-Vergangenheit einzelner Hochschullehrer herauszustellen⁸⁶, woraufhin es im Wintersemester 1964/65 in Tübingen zu der legendären »Ringvorlesung« über die Hochschulen im Nationalsozialismus und in Marburg zu einer Podiumsdiskussion zwischen Professoren der verschiedenen Fakultäten über das Verhalten der Universitäten im »Dritten Reich« kam;⁸⁷ zugleich erschien der erste Band von Rolf Seeligers »Braune Universität«⁸⁸. Währenddessen schwelte seit Januar 1964 in Göttingen die Affäre um den Ordinarius für Medizingeschichte, Prof. Dr. Alexander Berg⁸⁹: Dieser, als SS-Obersturmführer von Himmler für die Leitung einer Abteilung »Volksmedizin« in der SS-Lehr- und Forschungsgemeinschaft »Das Ahnenerbe« vorgesehen⁹⁰, hatte 1942 habilitiert und in demselben Jahr gemeinsam mit dem SS-Hauptsturmführer Bernward Gottlieb ein rassistisches medizinhistorisches Machwerk über den germanischen Arzt in vier Jahrhunderten⁹¹ verfaßt. War Bernward Gottlieb 1960 apl. Professor für Medizingeschichte an der Saar-Universität geworden, so ließ sich Berg 1963 von Berlin nach Göttingen umhabilitieren. Ihm sollte »wieder eine aktive Mitarbeit in seiner Fachwissenschaft« ermöglicht werden.⁹² Der Einspruch kam von außen, vom Züricher Medizinhistoriker und amerikanischen Staatsbürger Erwin H. Ackerknecht. Die Universität Göttingen erklärte zunächst, Berg wäre zur Mitarbeit an dem rassistischen Buch von 1942 gezwungen worden, aber im Juni 1964 entzog ihm die dortige Medizinische Fakultät doch die Venia legendi.⁹³

Am 1. Juli 1964 wurde Heinrich Lübke für weitere fünf Jahre zum Bundespräsidenten gewählt; die SPD hatte keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, die FDP dagegen Ewald Bucher präsentiert, Jurist, »Pg.« der

86 Thamer (wie Anm. 5), S. 47.

87 Vgl. Rolf Seeliger, Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, H. 1, München 1964, S. 7 f.

88 Vgl. ebd.

89 Vgl. »Affäre Berg«. Oder: Ein deutscher Ordinarius kann sich nicht irren«, Die Zeit vom 13. 2. 1965.

90 Michael H. Kater, Das »Ahnenerbe« der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, München 21997, S. 258. Berg war auch Mitarbeiter in dem von Göring und Himmlers »Ahnenerbe« getragenen »Wald und Baum«-Projekt; vgl. Bernd-A. Rusinek, »Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte« – Ein Forschungsprojekt des »Ahnenerbe« der SS (im Erscheinen).

91 Bernward Gottlieb, Alexander Berg, Das Antlitz des germanischen Arztes in vier Jahrhunderten. Mit einem Geleitwort von Reichsarzt-SS E. R. Grawitz, Berlin 1942.

92 Die Zeit vom 12. 3. 1965.

93 Ebd.

NSDAP und auch noch Träger des Goldenen HJ-Abzeichens.⁹⁴ An der Universität Hamburg wurde eine Demonstration des Liberalen Studentebundes gegen Lübkes Wiederwahl vom Rektorat untersagt. Die dortige Universitätsbibliothek richtete einen Giftschränk für »SBZ-Literatur« ein. Studenten, die Bücher aus der DDR lesen wollten, mußten eine Sondergenehmigung beantragen.⁹⁵

Vor diesem Hintergrund entschloß sich Walter Boehlich, den Fall Moser zum Anlaß für einem Generalangriff gegen das zu nehmen, was er in seiner Auseinandersetzung mit dem Sprachwissenschaftler Weisgerber den »faschistischen Augiasstall« genannt hatte.⁹⁶

Mit dem in der »Zeit« erschienenen Artikel »Der neue Bonner Rektor. Die Maßlosigkeit und die Mäßigung eines Philologen« eröffnete Boehlich am 23. Oktober 1964, also etwa zu Beginn des für die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den Universitäten so wichtigen Wintersemesters 1964/65, einen Angriff, der von vornherein auf die geistige Situation der westdeutschen Universitäten *insgesamt* bezogen sein sollte: Die Universität Bonn, so Boehlich, sei seit jeher durch hervorragende Lehrer ausgezeichnet und durch »Makel nationalistischer Verblendung« gezeichnet, speziell dadurch, daß sie Thomas Mann im Dezember 1936 den Ehrendoktor aberkannt habe. Weil man sich aber nicht nur in Bonn, sondern »allenthalben an den Universitäten der Bundesrepublik« weigere, »die Frage nach der Rolle der Universitäten im Dritten Reich und nach ihrer Schuld zu stellen«, habe es dazu kommen können, einen Wissenschaftler wie Moser zum Rektor zu wählen. Dieser habe einst in dem nazistischen Aufsatz »Auslandsdeutschtum und völkische Erziehung«, erschienen im »Deutschen Erzieher. Kampfblatt der im Nationalsozialistischen Lehrer-

94 Baring (wie Anm. 14), S. 36.

95 Vgl. »Die übliche Sprachregelung. Hamburgs Magnifizenz und die DDR«, in: Die Zeit vom 12. 2. 1965.

96 Das Thema Moser/Universität Bonn lohnte eine monographische Darstellung. Zum Folgenden vgl. Walter Boehlich, Der neue Bonner Rektor. Die Maßlosigkeit und Mäßigung eines Philologen (Die Zeit vom 23. 10. 1964); ders., Noch einmal: Der neue Rektor (Die Zeit vom 6. 11. 1964. Darin auch die »Erklärung« der Universität Bonn, Stellungnahme der Bonner »Sonderkommission«, Boehlichs »Antwort«, Thomas Manns Brief an den Dekan der Universität Bonn von Neujahr 1937, die Aberkennung seines Bonner Ehrendoktorats betreffend, sowie Leserbriefe); Fortsetzung der Berichte in: Die Zeit vom 13. 11. 1964; dies. vom 20. 11. 1964 (Stellungnahme von Rudolf Walter Leonhardt); Die Zeit vom 27. 11. 1964 (u. a. Dokumentation einer Erklärung des Bonner Universitätssenates sowie »Kommentar« von Rudolf Walter Leonhardt); Die Zeit vom 4. 12. 1964 (u. a. »Erklärung der Sieben«); Die Zeit vom 1. 1. 1965 (Leserbriefe); Die Zeit vom 7. 1. 1965 (Leserbriefe); Die Zeit vom 29. 1. 1965 (Karl Otto Conrady, Germanistik in der Diskussion. Über einige Prinzipien der Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit).

bund geeinten Erzieherchaft des Gaues Württemberg-Hohenzollern«, die These verfochten, Doppelsprachigkeit schädige den Charakter und führe zu kultureller Unfruchtbarkeit; des weiteren sei Moser Mitherausgeber eines Buches »Lieder unseres Volkes«, das u. a. ein Sammelsurium nationalsozialistischer »Kampflieder« enthalten habe und 1942 in erweiterter Fassung nochmals erschienen sei. Wie bei seiner Polemik gegen Weisgerber beließ es Boehlich auch in Sachen Moser nicht bei Hinweisen auf Veröffentlichungen bis 1945. Er wandte sich der Nachkriegsproduktion zu und spürte in Mosers »Deutscher Sprachgeschichte« von 1955 den Ausdruck »Weltjudentum«⁹⁷ auf.

Die Bonner Universität reagierte u. a. mit dem Hinweis, die von Boehlich präsentierten Zitate aus Mosers NS-Schriften seien aufgebauscht und aus dem Zusammenhang gerissen; sie stellte die signifikante Behauptung auf, Moser habe mit seinen nationalsozialistischen Schriften nur das »damals Übliche« getan.⁹⁸ Nicht anders als v. Wiese über Burger, behauptete eine in Bonn gebildete »Sonderkommission« über Moser, er sei in der NS-Zeit dem Umfeld des »Widerstandes« zuzurechnen gewesen. Subkutan wurde mit bewährten akademischen Mitteln gefochten, und Rudolf Walter Leonhardt, Feuilleton-Chef der »Zeit«, mußte Walter Boehlich vier Wochen nach Erscheinen des »Maßlosigkeits«-Artikels gegen den von der Universität Bonn verbreiteten Vorwurf in Schutz nehmen, er hätte seinen Angriff aus bloßem Ressentiment und Futterneid geschrieben, da er trotz Assistentenstelle bei Curtius in Bonn akademisch nichts geworden sei und nun – der Fuchs und die Trauben – sein Leben als Lektor im Suhrkamp-Verlag fristen müsse.⁹⁹

Es gelang nicht, Moser zu stürzen, aber Boehlich brachte mit seinen Artikeln eine »Lawine des Unbehagens ins Rollen«.¹⁰⁰ Der Fall Moser verschärfte den Generationsgegensatz in der Germanistik und spielte auch in den Germanistenverband hinein. Dessen erster Vorsitzender war 1965/66 Benno von Wiese, sein Stellvertreter war Moser.¹⁰¹ Der furiose Münchner Germanistentag von 1966 war ein Einschnitt in der Geschichte der deutschen Literaturwissenschaft.¹⁰²

Moser blieb im Rektoren-Amt, und als im Juni 1965 eine weitere Affä-

97 Vgl. auch »Unsere Sprache. Weltjudentum«, in: Die Zeit vom 13. 11. 1964. (Das »Weltjudentum«, so wird Moser zitiert, sei von der »Katastrophe« des Zweiten Weltkrieges »betroffen« worden).

98 Die Zeit vom 6. 11. 1964.

99 Leonhardt (wie Anm. 96).

100 So Rudolf Walter Leonhardt in einem ersten Resümee der Affäre. Vgl. ders., »Kommentar«, in: Die Zeit vom 27. 11. 1964.

101 von Wiese (wie Anm. 59), S. 353.

102 Vgl. Conrady, Miterlebte Germanistik (wie Anm. 30); Eberhard Lämmert u. a., Germanistik – eine deutsche Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1971.

re an der Universität Bonn für Aufsehen sorgte, war er daran beteiligt, sie durch Schweigen und Verschleppen ›auszusitzen‹. Diese Affäre betraf den Mediziner Siegfried Ruff, Leiter des Bonner Instituts für Flugmedizin. Ruff war während des Krieges im Konzentrationslager Dachau an Versuchen beteiligt gewesen, bei denen Häftlinge in Unterdruckkammern einer simulierten Höhe von ca. 15 000 Metern ausgesetzt wurden. Die Versuche endeten oftmals tödlich. Ruff war im Nürnberger Ärzteprozeß angeklagt, aber freigesprochen worden, da ihm die Verwicklung in die verbrecherischen Menschenversuche nur auf dem Indizienwege nachgewiesen werden konnte. Ein Mitglied des universitären ›Mittelbaus‹ in Bonn nun hatte 1965 auf den in der Fachwelt längst bekannten Fall »Ruff«¹⁰³ aufmerksam gemacht, woraufhin dieser mit juristischen Schritten drohte. Für Ruff verlief die Sache im Sande; aber der junge ›Mittelbauer‹, Assistent am Physiologischen Institut, verlor seinen Lehrauftrag.¹⁰⁴ Dagegen ließ die nordrhein-westfälische Landesregierung den Erziehungswissenschaftler und einstigen Hamburger Senator für Schul- und Hochschulwesen Prof. Hans Wenke, 1963 zum Gründungsrektor der neuen Universität Bochum aussersehen, nach Protesten wegen seiner rassistischen und nazistischen Äußerungen im »Dritten Reich« 1965 fallen – ein Entschluß, »der ob seiner Seltenheit allgemeine Beachtung fand«.¹⁰⁵

Der Auffassung von Rolf Seeliger, diese Auseinandersetzungen wären im wesentlichen von Studenten provoziert worden, kann allerdings nach den bisherigen Darlegungen nicht zugestimmt werden.¹⁰⁶ Zu konzedieren ist dagegen, daß 1964 das Scharnierjahr gewesen ist, in dem die Kritik der braunen Vergangenheit der Universitätslehrer von den Studierenden verstärkt selbst in die Hand genommen wurde. Ein Indiz dafür sind die zwischen 1964 und 1968 von Rolf Seeliger erarbeiteten und herausgegebenen Dokumentationshefte »Braune Universität«.¹⁰⁷ Sie enthielten Viten eindeutig belasteter und inzwischen wieder zum Establishment zählender

103 In der internationalen Scientific Community der Luftfahrtmediziner blieb Ruff das Etikett eines KZ-Arztes, der tödliche Versuche mit Häftlingen durchgeführt hatte. 1961 und 1965 mußten in der Bundesrepublik geplante Weltkongresse für Luftfahrtmedizin abgesagt und ins Ausland verlegt werden, weil Anstoß an der Teilnahme von Ruff genommen wurde.

104 Vgl. »Affäre Ruff. Tadel verpflichtet«, in: Spiegel, Nr. 48/1965, S. 76–77.

105 Elon (wie Anm. 58), S. 325.

106 Seeliger, Bd. 1 (wie Anm. 87), S. 7.

107 Ebd. sowie ders., Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, Bd. 2, München 1965; Bd. 3 (ab nun mit dem geänderten Untertitel »Dokumentation mit Stellungnahmen«), München 1965; Bd. 4 (Sonderheft Westberlin), München 1966; Bd. 5 (Doktorarbeiten im Dritten Reich. Dokumentation mit Stellungnahmen), München 1966; Bd. 6 unter Mitarbeit von Dieter Schoner und Hellmut Haas, München 1968; zu den Prozessen, die gegen Seeliger angestrengt wurden, vgl. Elon (wie Anm. 58), S. 328 ff.

Gelehrter; ab dem dritten Band bat Seeliger die Angegriffenen um Stellungnahmen, die er gleichfalls zu publizieren gedachte.

Insgesamt hat Seeliger 85 Hochschullehrer in seine Reihe aufgenommen: 29 Juristen und Staatswissenschaftler, 11 Wirtschaftler und Volkswirtschaftler, 10 Theologen, in überwiegendem Maße Protestanten, 8 Historiker, 5 Biologen/Anthropologen, 4 Germanisten, Sprach- und Literaturwissenschaftler, 3 Pädagogen/Erziehungswissenschaftler, 3 Soziologen, 2 Kunstwissenschaftler, 2 Mediziner, 2 Publizisten, 2 Volkskundler, 1 Anglist, 1 Landesplaner, 1 Physiker, 1 Theaterwissenschaftler.

Von 54 um einen Kommentar gebetenen Professoren antworteten 33. Ausgesprochen unverfroren und auf seinen nationalsozialistischen Positionen beharrend war die Stellungnahme des Staatswissenschaftlers Alexander Görner.¹⁰⁸ Er fand es passend, ihr das Motto »Der Jid schlogt – un schrajt ‚gewalt« als »jidisches Sprichwort« voranzustellen, und bemerkte zu seinen antisemitischen Ausfällen während der NS-Zeit, sie entsprächen den Grundeinsichten des Historischen Materialismus und fänden eine Stütze bei Max Weber und Werner Sombart.¹⁰⁹

Von den acht Historikern haben drei in Seeligers Reihe Stellung genommen¹¹⁰: v. Pölnitz, Wittram und Buchner. Götz Freiherr von Pölnitz wies darauf hin, daß das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultur die erhobenen Vorwürfe untersucht und nichts Belastendes herausgefunden hätte¹¹¹; Wittram bekannte sich zu seinen früheren Äußerun-

108 1939 Dozent an der deutschen Universität Prag und dort 1942 apl. Professor; ab 1956 Lehrbeauftragter an der TH Karlsruhe sowie Präsident des Bundesbeirats des Bundes Deutscher Kriegsoffer.

109 Stellungnahme Prof. Görner, in: Seeliger, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 66 f.

110 Günther Franz äußerte sich 1981 an anderer Stelle über sein Engagement in der NS-Zeit: »[...] auch ich war damals Nationalsozialist.« Er verwies auf Gerhard Ritters Aufsätze »Der deutsche Professor im ›Dritten Reich‹« (Die Gegenwart, 1945) und »Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert« (GWU, 1950), worin hervorgehoben worden sei, auch der Nationalsozialismus hätte »hier und da« Anstoß zu neuen Forschungsrichtungen und Fragestellungen gegeben, und zwar besonders auf dem Gebiet der »agrar- und bevölkerungswissenschaftlichen Studien«. Auf diesem Sektor aber habe er – Franz – geforscht. Franz insistierte darauf, wohl *Nationalsozialist und Historiker*, aber noch lange nicht *nationalsozialistischer Historiker* gewesen zu sein. Sein Volksbegriff sei auch nicht vom Nationalsozialismus, sondern von der Jugendbewegung geprägt worden. Franz nahm in Anspruch, sein Aufsatz »Gesellschaft und Rasse« in der Festschrift für K. A. von Müller 1943 sei der einzige Aufsatz eines Fachhistorikers während der NS-Zeit gewesen, der kritisch zum Rasse-Begriff Stellung genommen hätte; vgl. Günther Franz, *Das Geschichtsbild des Nationalsozialismus und die deutsche Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichte und Geschichtsbewußtsein*. 19 Vorträge für die Ranke-Gesellschaft Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben, hrsg. von Oswald Hauser, Göttingen/ Zürich 1981, S. 91–111, hier: S. 106 f.

111 Seeliger, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 57 f.

gen, bedauerte sie zutiefst und führte Schriften aus früher Nachkriegszeit an, worin er seine Positionen aus der NS-Zeit einer Revision unterzogen habe¹¹²; Buchner, insbesondere aufgrund seiner Tätigkeit in den Adolf-Hitler-Schulen belastet, machte geltend, daß die zuständigen Behörden bei seiner Wiedereinstellung nach dem Kriege das Erzieher-Seminar der Adolf-Hitler-Schulen »als eine wissenschaftliche, nicht politische Anstalt anerkannt« hätten, und führte aus, wenn man aufgrund aus dem Zusammenhang gerissener Äußerungen die jetzigen Universitäten als »braun« bezeichnen wolle, so könne man sie genau so gut als »rot« ansehen: »Wie viele ehemalige Kommunisten lehren an ihr!«¹¹³

Kann es angesichts solch einer Haltung maßgebender Professoren verwundern, daß die angebotenen universitären Lehrveranstaltungen studentischen Wünschen nach neuer, frischer Wahrheit in der Regel nicht entgegenkamen? Allerdings ist für eine wertende Durchsicht von Vorlesungsverzeichnissen einzuschränken, daß viele Lehrveranstaltungen, vor allem im Grundstudiums- und im Examenskandidatensektor, keine inhaltsbezogenen Titel aufwiesen, sondern als »Proseminar« oder als »Kolloquium« firmierten, *und* daß angegebene Titel in die Irre führen. Wenn etwa Arnold Gehlen¹¹⁴ an der TH Aachen im Wintersemester 1964/65 »Deutsche Sozialgeschichte seit 1848« anbot, so mutet das modern an, hatte allerdings mit dem zu jener Zeit noch nicht eingeschlagenen »Bielefelder Weg« gar nichts und um so mehr mit einer Tradition im Sinne Wilhelm Heinrich Riehls zu tun.

In der Geschichtswissenschaft boten die Bonner Osteuropa-Historiker im Sommersemester 1960 eine Vorlesung »Geschichte der Sowjetunion 1917–1941« an, ließen sie also mit dem deutschen Angriff enden; drei Semester später erfolgte eine kursorische »Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen 1815–1945«. Im Fach Neuere Geschichte gab es im Sommersemester 1962 eine Vorlesung »Geschichte des jüdischen Volkes im 20. Jahrhundert«, deren Untertitel allerdings lautete: »und ihre Bedeutung für die *allgemeine* Geschichte« [Hervorhebung durch B.-A. R.]. Im Wintersemester 1966/67 bot Franz Petri die Vorlesung »Geschichte der deutschen Westgrenze« an. Angesichts der persönlichen Geschichte dieses Gelehrten ist das Thema der Vorlesung nur delikats zu nennen.¹¹⁵ Wer

112 Ebd., S. 74 f.

113 Seeliger, Bd. 3 (wie Anm. 107), S. 35.

114 Zu Gehlen vgl. Gerwin Klinger, Arnold Gehlen – Theoretiker der Führung und Mitläufer, in: Der Fall Schwerte im Kontext, hrsg. von Helmut König, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 128–137.

115 Petri war im »Dritten Reich« Haupt einer Sprach- und Rasseforschung annexionistisch-antifranzösischer Stoßrichtung gewesen. Nach seiner Auffassung endete der Kulturraum der Germanen – also deren »Westgrenze« – keineswegs am Rhein, sondern an der unteren Seine und am Loire-Knie. Aus »deutsch *bleibt* der

wollte, konnte im Wintersemester 1966/67 auch eine Vorlesung »Zur Problematik des historischen Urteils: Sonderleistungen und Sonderverfehlungen in der Gesamtbilanz der deutschen Geschichte« hören. Dann folgte über drei Semester nichts, bis Konrad Repgen im Wintersemester 1968/69 über »Hauptprobleme der deutschen Geschichte 1918–1933« las. Die Zeitmauer 1933 wurde erst im Sommersemester 1970 von einem jüngeren Kollegen mit der »Einführung in die Tatsachen der Zeitgeschichte (1933–1945)« übersprungen. Wer an der Universität Bonn etwas über den Komplex Nationalsozialismus/Faschismus lernen oder sogar selbst darüber arbeiten wollte, wandte sich besser der Politologie zu. Hier nahm Karl Dietrich Bracher, Verfasser des Standardwerkes »Die Auflösung der Weimarer Republik« von 1955, ungefähr die Rolle ein, die Mehnert in Aachen spielte. Bracher, der sich vergeblich nach Köln beworben hatte¹¹⁶, bot im Sommersemester 1960 eine Veranstaltung über »Das Problem des Rechtsradikalismus« an, im Wintersemester 1960/61 »Der moderne Nationalismus«, im Semester darauf »Das faschistische und das nationalsozialistische Herrschaftssystem im Vergleich«, im Wintersemester 1962/63 »Der Nationalsozialismus. Geschichte und Struktur«, ab Wintersemester 1965/66 die zweiteilige Vorlesung »Der Nationalsozialismus. Geschichte und Herrschaftssystem«, im Sommersemester 1970 sogar – einzig dastehend im Bonner Angebot – »Theorien des Faschismus«.

Bis auf zwei Seminare über Brechts Dramen und Dramaturgie im Wintersemester 1965/66 und im Sommersemester 1968 findet sich im germanistischen Lehrangebot der Bonner Alma Mater für die Jahre von 1960 bis 1968/69 *nichts*. Ab dem Sommersemester 1969 wurde auf die neuen Zeitströmungen und die Bedürfnisse der Studentenschaft behutsam reagiert: »Thomas Manns späte Romane« (Sommersemester 1969), »Probleme der Periodisierung II (1859–1950)«, »Dramen von Dürrenmatt und Frisch« (Sommersemester 1970). Der Bonner Germanist Hugo Moser, von dem bereits die Rede war, führte dagegen ins Gotische ein, seine Kollegen wie eh und je ins Altnordische und berieten »namenskundliche Ar-

Rhein« sollte sozusagen »deutsch *wird* die Seine« werden. Zu Petri vgl. Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen, Bd. 46, 1996, S. 73–176; Peter Schöttler, Die historische »Westforschung« zwischen »Abwehrkampf« und territorialer Offensive, in: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. 1918–1945, hrsg. von Peter Schöttler Frankfurt a. M. 1997, S. 204–261.

116 »Ehe Bracher aus Berlin auf den Bonner Lehrstuhl für Politik ging [...], scheiterte seine (von den Historikern unterstützte) Berufung auf Brünings Kölner Professur für Politikwissenschaft an vehementem klerikal-konfessionalistischem Widerstand, dessen reaktionäre Skurrilitäten ich als Kölner Doktorand verfolgt habe.« Hans Ulrich Wehler, Geschichtswissenschaft heute, in: Stichworte zur »Geistigen Situation unserer Zeit«, Bd. 2: Politik und Kultur, hrsg. von Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 1979, S. 709–753, hier: S. 723, Fn. 19.

beiten«. Johannes (Leo) Weisgerber las bis zur Emeritierung 1967 seine Sprachgemeinschaftsvorlesungen, gegen die Boehlich als in der Wurzel faschistisch zu Felde gezogen war. Ab Sommersemester 1970 aber konnten sich interessierte, von »1968« bewegte Bonner Studierende mit den Dramen von Dürrenmatt und Frisch beschäftigen. Vielleicht ist es symbolisch, daß Benno von Wiese, »Bildnis eines Großordinarius«¹¹⁷, in diesem Sommersemester 1970 seine mit Pasquills gegen den kritischen Zeitgeist gespickte Abschiedsvorlesung hielt. Er galt als eine »erkonservative Bastion« der Germanistik, wird aber in seinem Verhalten gegenüber den »1968ern« als Opportunist geschildert.¹¹⁸

Bei den Frankfurter Neuhistorikern stach Professor Kluge hervor, im Wintersemester 1961/62 mit der Vorlesung »Weimarer Republik«, im Sommersemester 1962 mit der Vorlesung »Deutschland unter dem Nationalsozialismus«, die er vier Jahre später auf zwei Semester ausgedehnt wiederholte. Für die Frankfurter Germanistik ist dagegen bis zum Wintersemester 1966/67, als ein Unterseminar »Brecht« angeboten wurde, Fehlanzeige zu melden. Aber dieses Semester war das letzte von der alten Art. Künftig konnten die Studierenden die Seminare und Vorlesungen »Kafka und Musil« (Wintersemester 1967/68), »Der zeitkritische Roman 1930–1965«, »Deutsche Literatur zwischen 1918 und 1933« (Sommersemester 1968) hören, im Sommersemester 1969 »Emigrantenliteratur 1933–1945« und im Wintersemester 1970/71 sogar »Gesellschaftliche Funktion literarischer Formen in der BRD« sowie »Strukturalismus und Marxismus«. Sehr rührig und in seinen Veranstaltungsthemen modern war der von Erlangen nach Frankfurt berufene Heinz Otto Burger, der uns oben bereits beschäftigt hat.

In Heidelberg war Werner Conze Vorreiter. Wichtigster Repräsentant der Sozialgeschichte bis 1970¹¹⁹, bot Conze im Wintersemester 1959/60 die

117 So der Titel einer Karikatur der Studentenvertretung des FU-Instituts für Germanistik; vgl. Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 159; vgl. auch: Peter Schütt, Benno v. Wiese. Porträt eines Doyens, in: Wer lehrt an deutschen Universitäten?, hrsg. von Karlheinz Deschner, Wiesbaden 1968, S. 143–170.

118 Mitteilung von Hannes Heer an Verf., Hamburg, 15. 11. 1997. In den Erinnerungen Benno von Wieses ist von Hannes Heer, dessen Name heute mit der »Wehrmachtausstellung« verbunden ist, als stadtbekanntem Apo-Rebellen die Rede. v. Wiese bezeichnet ihn als fanatischen, intoleranten, aber intelligenten Ideologen, den er dennoch als Doktoranden akzeptiert habe. Selbstverständlich habe Georg Lukács im Zentrum der geplanten germanistischen Dissertation gestanden, aber Heer wechselte, wie v. Wiese erleichtert berichtet, »an die sogenannte Reformuniversität Bremen«, von Wiese (wie Anm. 59), S. 357 f.

119 »Conze haben offenbar die Erfahrungen aus eigenem empirischen agrar- und bevölkerungswissenschaftlichen Studien zusammen mit Interessen, die von der Ipsenschen historischen Soziologie (>Volksgeschichte<) genährt wurden, ursprünglich zur Sozialgeschichte geführt, deren wichtigster öffentlicher Repräsentant er

Vorlesungen »Das nationalsozialistische Reich 1933–1945« und im Sommersemester 1964 »Allgemeine Geschichte 1914 bis 1945« an. Unter den Doktorarbeiten, die Mitte der 60er Jahre bei Conze entstanden, sei nur Katers Studie über das SS-»Ahnenerbe« hervorgehoben.¹²⁰ Was Werner Conze in Heidelberg, war Theodor Schieder in Köln.¹²¹ Seine Vorlesung »Allgemeine Geschichte im Zeitalter der Imperialismen«, Wintersemester 1961/62, nimmt sich ebenso wie Frickes Seminar »Trakl« vom Sommersemester 1961 fast wie ein Fremdkörper im Vorlesungsverzeichnis aus.

1960 wurde im Prinzip nichts anderes gelehrt als 1950; das Angebot von 1970 hatte ein radikal anderes Profil. Die Betrachtung der Vorlesungsverzeichnisse belegt den Erfolg der »1968er«. Es ist aber festzuhalten, daß auch von einstigen »Nazis« zukunftsweisende und moderne Themen angeboten wurden. Wäre Frickes Kölner »Trakl«-Seminar ebenso delikats zu nennen wie Petris Bonner Vorlesung im Wintersemester 1966/67 über die Westgrenze? Petri hatte im »Dritten Reich« die annektionistischen Stichworte für eine nationalsozialistische Frankreichpolitik geliefert, Fricke¹²² die literarische Moderne den Flammen übergeben.

IV. Fazit und Ausblick

Der skizzenhafte Überblick zeigte, wie ein intellektueller Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit entstand, dessen Verbissenheit und Empörung mit dem Maß der Indolenz des Establishments wuchs. Anfang der 60er Jahre entrollten Studenten auf der Gedenkfeier für die

dann seit ca. 1955 rd. 15 Jahre lang gewesen ist.« Wehler (wie Anm. 116), S. 725, Fn. 23.

¹²⁰ Kater (wie Anm. 90); zuerst Diss. Heidelberg 1966.

¹²¹ »Schieder, eine der Schlüsselfiguren der westdeutschen Geschichtswissenschaft zwischen 1950 und 1975, hat zahlreiche Probleme, die in den letzten 15 Jahren [bis 1980] diskutiert worden sind, als erster aufgegriffen.« Wehler (wie Anm. 116), S. 725, Fn. 23.

¹²² Fricke war nach 1933 kometengleich aufgestiegen. Bei der Bücherverbrennung in Köln hatte er die Rede gehalten. Folgen wir der Darstellung des bei diesem Thema Übertreibungen unverdächtigen Benno von Wiese (wie Anm. 59, hier: S. 150): »Er [Fricke] rettete sich zwar nach dem Zusammenbruch in die Türkei, konnte später sogar noch Ordinarius in Köln werden, blieb aber innerlich ein gebrochener Mann, der den Zwiespalt in seiner Brust mit sich selbst austragen mußte, und war bis zu seinem Tod ständig mehr oder weniger verfeimt.« Es war die »Zeit«, die 1965 anlässlich einer wiederaufgelegten Schiller-Ausgabe Frickes nationalsozialistische Vita herausstellte. Er wurde dadurch veranlaßt, seine Vorlesung mit einer ausführlichen Stellungnahme zu seiner braunen Vergangenheit zu unterbrechen. Vgl. Rede Gerhard Frickes vor seinen Studierenden zu Beginn des Sommersemesters 1965 in Köln, abgedruckt in: Boden, Rosenberg, Deutsche Literaturwissenschaft (wie Anm. 24), S. 85–95.

Opfer des Nationalsozialismus am Berliner Steinplatz das Transparent »Oberländer, Globke, Schröder«. ¹²³ Es hätte darauf ebenso stehen können: »Lübke, Kiesinger, Bucher«, oder, auf die Universitäten bezogen: »Weisgerber, Ruff, Berg«. Die Erbitterung über die Entnazifizierungskomödien der frühen Jahre und das ungenierte Stornierungsverhalten späterhin steigerte sich bis zu den staccato-haften »Nazi«-»Nazi«-Vorwürfen des gegen den Film »africa addio« gerichteten Flugblattes von 1967. Darin aber wurde im Prinzip nichts anderes ausgesagt als das, was ein Walter Boehlich seit 1955 propagiert hatte.

Spätestens Ende der 50er Jahre erreichte die Debatte über die NS-Vergangenheit eine neue Qualität. Das beträchtlich vermehrte Interesse an der nationalsozialistischen Vergangenheit läßt sich auch dem »Deutschen Bücherverzeichnis« entnehmen: Unter dem Stichwort »Nationalsozialismus« finden wir 7 Eintragungen für die Jahre 1951 bis 1955, für 1956 bis 1960 sind es 127, für 1961 bis 1965 zählen wir 228 – gewiß grobe Zahlen zu einem Schlagwort, aber sie indizieren einen Quanten- und Qualitätssprung. Sollte der verzögerte Beginn der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit für Hermann Lübbes prominente These von der Notwendigkeit und positiven Seite des Beschweigens der nationalsozialistischen Vergangenheit sprechen? ¹²⁴ Die Arroganz und Selbstgerechtigkeit des bundesdeutschen Establishments, die dreiste Borniertheit, wie sie etwa in dem Argument zum Ausdruck kam, ein Antisemit könne sich immerhin auf Sombart und Max Weber berufen – solche Attitüden wollen sich der Lübke-These nicht fügen.

Die Argumente, man sei in Wahrheit im »Widerstand« gewesen ¹²⁵ oder zu inkriminierten Schriften gezwungen worden, wurden schließlich nur noch verlacht. Die Glaubwürdigkeit des Establishments wäre durch ein ehrliches Bekenntnis zum Opportunismus größer gewesen. ¹²⁶ »Bereiten

¹²³ Radikalisierte Aufklärung (wie Anm. 7), S. 75.

¹²⁴ Vgl. Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: HZ 236, 1983, S. 579–599, hier: S. 585.

¹²⁵ In seinem Song »Vatis Argumente« von 1968, worin es darum geht, was »Vati« Rudi Dutschke sagen würde, träfe er ihn an, hat Franz Josef Degenhardt diese argumentative Routine karikiert:

»Als ich so alt war wie Sie,
da habe ich mir auch nichts gefallen lassen!
Immer Krach gehabt: Mit dem Fähnleinführer, mit dem Spieß.
Um ein Haar, und ich wäre bei der Strafkompagnie gelandet.
Aber bei aller Aufsässigkeit: Wenn Not am Mann war,
da hieß es doch:
ÄRMEL AUFKREMPELN, ZUPACKEN, AUFBAUEN!«
(Transkription von der Schallplattenaufnahme).

¹²⁶ Tellenbach berichtet, er sei in den 30er Jahren einem Wissenschaftlerkollegen begegnet, der plötzlich und trotz mancher zuvor geäußerter Bedenken in die

wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor«, hatte es in einem zitierten Flugblatt geheißt.¹²⁷ Zu Beginn der 60er Jahre stand diese »Nazi-Generation« noch in vollem Flor; Mitte der 60er Jahre begann sie abzutreten. Bis dahin war ihre Macht in dem für die Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit paradigmatischen Bereich der Universitäten so groß, daß Anstöße von außen notwendig waren, um die Diskussion in Gang zu bringen.

Um 1965 wurde die Führung des öffentlichen Diskurses über die NS-Vergangenheit bereits von den kritischen Studierenden übernommen. Für die öffentliche Wahrnehmung der Studentenbewegung sorgte nicht zuletzt die Springer-Press. Der Konzern kontrollierte 32,7 Prozent aller Zeitungen und Zeitschriften.¹²⁸ Hinweise des Establiments auf die geknebelte Presse in der DDR wurden mit Prozentzahlen über Springers Marktanteile pariert, Springers Macht mit der Spätphase der Weimarer Republik verglichen, als die reaktionäre Hugenbergpresse die »Machtergreifung« vorbereiten half; der Springer-Press wurde vorgeworfen, sie untergrabe durch Manipulation die Möglichkeit einer freien Diskussion in einer liberalen Öffentlichkeit, insbesondere die »Bild«-Zeitung wiegele die Polizei gegen kritische Studierende auf.

Es indizierte für die »1968er«-Studenten »Faschismus«, wenn in der Demonstrationsberichterstattung der »Bild«-Zeitung von »Polizeihiebe[n] auf Krawallköpfe« die Rede war, »um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen«¹²⁹ – aber es wurde doch *berichtet*, so daß wir von einem nutznießenden Feindschaftsverhältnis zwischen Springer-Press und Studentenbewegung reden können. Die Springer-Press trug mit dazu bei, daß noch nie eine Protestbewegung so sehr im Zentrum der Medien-Aufmerksamkeit gestanden hatte wie die der kritischen Studierenden von »1968«. ¹³⁰ Wahrscheinlich kann man sagen, daß Rudi Dutschke, Rainer Langhans, Benno Ohnesorg und Fritz Teufel die ersten

NSDAP eingetreten war: »Man möchte doch auch einmal einen Ruf haben.« Tellenbach akzeptierte diese Erklärung, da er »ein ehrliches Bekenntnis zur Opportunität einer unbewußt verlogenen Wandlung vorzog.« Gerd Tellenbach, *Aus innerer Zeitgeschichte* (wie Anm. 60), S. 38.

127 In: Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 44), S. 43 f.

128 Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 123.

129 Zit. nach: Peter Mosler, *Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach*, Reinbek 1977, S. 26.

130 Das Medien-Echo bestimmte die Wahrnehmung des Demonstrationsgeschehens stärker als die pure Statistik der Demonstrationen. Keineswegs war die numerische Demonstrationsfrequenz so dramatisch wie zeitgenössische Wahrnehmung und nachträgliche Mythologisierung suggerierten; zur Statistik der Demonstrationen vgl. Dieter Rucht, *Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung. Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde*, in: 1968 (wie Anm. 2), S. 116–130.

deutschen Studenten seit Carl Ludwig Sand gewesen sind, die den unmittelbaren Zeitgenossen als Personen ein Begriff waren¹³¹. Die führenden studentischen Akteure waren Medienstars und mit ihren Aktivitäten in Funk, Fernsehen und Zeitungen präsent. Flotte Sprüche wurden zu geflügelten Worten; Provokationsrituale machten die Runde und diffundierten in die Trivialkultur.¹³² Der Faschismus wurde mit Walter Benjamin, dessen Schriften ab »1968« eine Renaissance erlebten, als Ästhetisierung der Politik gedeutet, auf die mit einer Politisierung der Ästhetik zu antworten war.

Diese Ästhetisierung wurde gegen ein Establishment inszeniert, dem man in einer Situation nichts mehr abnahm, in der sozusagen allmonatlich ein neuer Nazi-Skandal aufgedeckt wurde. Das aber hatte Konsequenzen für die Verfahrensweise der energisch nachgeforderten Entnazifizierung: Sie geriet auf den Pfad der Personalisierung; nach dem Motto ›Einmal Nazi, immer Nazi‹ wurde ein statischer Identitätsbegriff unterlegt; das Denken reduzierte sich vielfach auf ein bipolar-oppositionelles Profil, bei dem das Gegenteil von dem, was die »Faschisten« sagten, »antifaschistisch« legitimiert erschien.

Das häufig theorieschwache und reduktionistische Zeigen auf das Personal lag in einer Situation nahe, in der bald im Bundeskanzleramt, bald an einer Universität, bald in einem Großunternehmen immer neue »Nazis« entdeckt wurden. Zu Ämtern und Ehren aufgestiegen, leugneten sie ihre frühere Rolle oder marginalisierten sie nach dem Muster ›Was hätte ich denn tun sollen?‹ – wenn sie sich nicht gar als »Widerstandskämpfer« umzudeuten suchten.

Wenn wir nicht nur darauf schauen, was jene gesagt und getan haben, die den neuen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik proklamierten, sondern auch auf die Interaktion zwischen den Akteuren dieses Diskurses und den angeklagten einstigen »Nazis«, so erkennen wir, daß auf die systematischen Angriffe auf das »NS-verstrickte« Personal mit einer aggressiv gestimmten ebenso systematischen Generalisierung reagiert wurde.

131 Das gilt allerdings nicht für die 1943 hingerichteten Studenten der »Weißen Rose«, deren Widerstand in den 50er Jahren Norm- und Vorbildcharakter erhielt. »Weiße Rose« und »20. Juli« wurden dem von der DDR auf den Schild erhobenen kommunistischen und Arbeiterjugend-Widerstand gegenübergestellt. In der offiziellen Proklamierung von Widerstand rettete die »Weiße Rose« das Bild der Studierenden im »Dritten Reich« ebenso wie der »20. Juli« das Bild des Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkrieges retten sollte.

132 So etwa in dem Film »Zur Sache Schätzchen« von May Spils und Werner Enke mit seinem heute schwer erträglichen Gag über den Reichstagsbrand 1933. Zu Film und (Trivial-)Kultur in den 60er Jahren vgl. *The Roaring Sixties*. Der Aufbruch in eine neue Zeit, Amsterdam 1992 (Time-Life-Books; ohne Herausgebernamen).

Eine mit der Personalisierung verbundene Schwäche des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in den 60er Jahren war der statische Identitätsbegriff, der zu suggerieren schien, das Denken einst nationalsozialistischer Wissenschaftler, Politiker und Unternehmer sei unverrückbar. Dagegen hat aber der kurze Blick auf die Lehrveranstaltungsthemen ausgewählter Hochschulen zwischen 1960 und 1970 ergeben, daß im Nationalsozialismus belastete Wissenschaftler wie Burger, Fricke und Schwerte, Conze, Mehnert und Theodor Schieder moderne und vorwärtsgewandte Themen anboten. Das als ehemals nationalsozialistisch angegriffene Personal wurde auch deshalb statisch aufgefaßt, weil andernfalls die These von der Kontinuität des Faschismus in der Bundesrepublik bedroht gewesen wäre.

Aber der bedeutendste blinde Fleck im hier beobachteten Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik der 60er Jahre waren die Juden und der jüdische Staat. Der Auffassung eines Joseph Roth, der Jude habe ein Recht auf Palästina, nicht, weil er aus diesem Lande komme, sondern, weil ihn kein anderes Land haben wolle¹³³, konnte man sich ebenso wenig anschließen wie jener von einem historisch legitimierten Sonderrecht der Notwehr des israelischen Staates. Könnte eine Erklärung für die argumentative Bekämpfung des jüdischen Staates abermals in dem bipolar-oppositionellen Profil des »Antifaschismus«-Diskurses der 60er Jahre erblickt werden? Für diesen Bipolarismus sprechen einige Indizien:

- Die Juden standen an der Spitze der Verfolgthierarchie im offiziellen Nationalsozialismus-Gedenken der Bundesrepublik;
- es war Konrad Adenauer gewesen, der sich im Dezember 1951 in London mit Nahum Goldmann getroffen hatte und die deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen im Juni 1952 in seinem Rhöndorfer Haus zum Durchbruch führte;¹³⁴
- es war sodann ausgerechnet der Haßfeind Nummer 1 der »1968er«, Axel C. Springer, der sich größte Verdienste um die Aussöhnung mit Israel erworben hatte, als freigiebiger Mäzen auftrat und dessen Zeitungen nicht müde wurden, Positives über den jüdischen Staat zu berichten.

Als schließlich die Ausläufer der »1968er«-Bewegung in das Fahrwasser des DKP- oder des maoistischen Marxismus gerieten, hatte das eine verstärkende Wirkung für den »Antizionismus«. Die marxistisch orientier-

133 Joseph Roth, Juden auf Wanderschaft, in: ders., Werke, Bd. 3, Amsterdam 1976, S. 291–357, hier: S. 303.

134 Vgl. Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989, S. 289 ff.

ten Ausläufer marginalisierten die Juden als die Haupt-Opfergruppe des Nationalsozialismus *erstens* durch die Rezeption der Dimitroffschen Faschismus-These, die den Völkermord an den Juden nicht erklärte, *zweitens* dadurch, daß sie die Widerstands- und Verfolgtenhierarchie umbauten¹³⁵, indem statt der Juden als passiv-duldende Objekte der Verfolgung nun kommunistische Arbeiter als aktiv-kämpferische Subjekte des Widerstands an die Spitze gestellt wurden.

Handelte es sich um ein Phänomen des Antisemitismus, und war der »Antizionismus«, der sich gegen die Rückkehr der Juden nach Israel und ihr Lebens- und Wohnrecht dort wandte und die Juden des Rassismus und Faschismus anklagte, nur ein schlecht drapierter Antisemitismus gewesen?¹³⁶ Man hat in dem gelegentlich militanten antizionistischen Vokabular, das mit der Studentenbewegung aufgekommen war, in der Pauschalität der Anschuldigungen, in der »Entlarvung« des Zionismus als Rassismus den Ausdruck einer noch immer stark emotional geprägten antijüdischen Feindseligkeit gesehen.¹³⁷ Dagegen wurde von den »1968ern« zugetaner Seite eingewandt, Antisemitismus und Anti-Zionismus unterschieden sich kategorial strikt voneinander, ginge es doch bei jenem um den Haß auf eine ethnische Gruppe, bei diesem aber um den Haß auf die Politik eines Staates.¹³⁸ Aber vielleicht wird damit die Abgründigkeit des Problems gerade in Deutschland übersehen. Es ist beschämend, daß in Handkes »Publikumsbeschimpfung« von 1965, mit dem der erfolgversprechende »Literaturbeatle« die Bühne betrat, exklamiert wurde: »Ihr Saujuden!«¹³⁹

Was die unkritische Dimitroff-Rezeption, durch die der Völkermord an den Juden marginalisiert wurde, und die »Gebetsmühlen orthodoxer marxistisch-leninistischer Definitionen«¹⁴⁰ ohne empirischen Ertrag in den Wissenschaften betrifft, so handelt es sich um Nachwirkungen und Ausläufer von »1968«.

135 Zum Kampf um die Widerstands- und Verfolgtenhierarchie in der Bundesrepublik vgl. Bernd-A. Rusinek, *Jugendwiderstand und Kriminalität. Zur neueren Bewertung der »Edelweißpiraten« als Widerstandsgruppe*, in: *Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945*, hrsg. von Gerd R. Ueberschär, Berlin 1998, S. 366–387, insbesondere S. 366–370 (»Die Erforschung von Widerstand und Verfolgung als historisches Phänomen«).

136 Fritz May, *Israel zwischen Blut und Tränen. Der Leidensweg des jüdischen Volkes*, Asslar 1987, S. 23.

137 Hermann Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1983, S. 182.

138 Werner Bergmann u. Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989*, Opladen 1991, S. 173.

139 Peter Handke, *Publikumsbeschimpfung*, in: ders., *Prosa, Theaterstücke, Hörspiele, Aufsätze*, Frankfurt a. M. 1969, S. 180–211, hier: S. 209.

140 Wehler (wie Anm. 116), S. 731.

Es hat den Anschein, als ob das Produktive und Vorwärtsweisende vor dem Jahr 1968 entwickelt, danach aber dementiert wurde, nicht zuletzt durch einen »rigorosen Politizismus«¹⁴¹, der sich etwa in der Parole vom Tod der Literatur¹⁴² und in Walter Boehlichs »Autodafé« vom Tod der Literaturkritik¹⁴³ äußerte. Über den berühmten 1966er Germanistentag, der eine produktive Fachkritik von höchstem Niveau präsentierte, wurde bemerkt, er habe keine Fortsetzung gefunden und sei »von der sog. Studentenbewegung sozusagen überrollt« worden.¹⁴⁴ Die niveauvolle und für andere Wissenschaften beispielhafte Germanistik-Kritik sowie die erkämpfte aufrichtige Vergangenheitskultur verband *nichts* mit der puerilen Blutbad-Rhetorik der Parole »Schlagt die blaue Blume tot/färbt die Germanistik rot«.¹⁴⁵ Rückblickend wird die Auffassung vertreten, das Fach sei in den 70er Jahren durch »die umstandslose Forderung nach Teilnahme an der Weltrevolution« ins Schleudern geraten und viele gute Germanisten seien zum Schweigen gebracht worden.¹⁴⁶

In der Silvester-Umfrage der »Süddeutschen Zeitung« – »Was hat sich für mich 1968 verändert?« – konfrontierte Alfred Andersch den Bürgerhaß eines studentenbewegten Nachwuchsliterikers mit seiner eigenen Erfahrung im »Dritten Reich«:

»Im neuen Heft des ›Kursbuch‹ lese ich ein Gedicht eines gewissen Friedrich Christian Delius, in dem im Ton großen Vergnügens geschildert wird, wie ein Pulk junger Revolutionäre die Bibliothek [...] eines Intellektuellen konfisziert [...] Da ich einmal habe zusehen müssen, wie mir meine Bücher konfisziert wurden, gestehe ich, daß mir der Sinn für den satten Humor dieses Gedichtes fehlt«.¹⁴⁷

141 So der Vorwurf von Hans Egon Holthusen, einem der mächtigsten Literaturkritiker der 50er und 60er Jahre, in einer autobiographischen Verteidigungsschrift gegen studententbewegte Kritiker, die er nach 1968 vermutlich nicht mehr veröffentlicht hätte (Freiwillig zur SS, in: Merkur 223, 1966, S. 912–939, Merkur, 224, 1966, S. 1037–1049, hier: S. 1041). Holthusen, geboren 1913, Pfarrerssohn aus Norddeutschland, SS-Angehöriger, nach dem Kriege als Autor eines christlichen Existenzialismus hervorgetreten, war ab 1961 Leiter des Kulturprogramms des Goethe-Hauses New York.

142 Hans Magnus Enzensberger, Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend, in: Kursbuch 15, 1968, S. 187–197.

143 Ebd., Kursbogen.

144 Conrady, Miterlebte Germanistik (wie Anm. 30), S. 143.

145 Eine Parole, mit der die Berliner Tagung des Germanistenverbandes im Oktober 1968 »umfunktioniert« werden sollte; vgl. Deutsches Literaturarchiv (wie Anm. 10), S. 161.

146 Gert Kaiser, Die Rückkehr des Citoyen, in: Düsseldorfer Uni-Zeitung, Nr. 2/1997, S. 16–19, hier: S. 17.

147 Süddeutsche Zeitung, 31. 12. 1968, Beilage »SZ am Jahresende«, »Unsere Silvester-Umfrage: Was hat sich 1968 für mich verändert?« Es handelt sich um Friedrich Christian Delius' Gedicht »Armes Schwein«, in: Kursbuch 15, 1968, S. 144.

Wie erwähnt, kritisierten linksliberale Publizisten und studentenbewegte Engagierte seit den 50er Jahren das noch immer vorhandene streng hierarchische Ordinarienprinzip an den Universitäten als sinnfälligen Ausdruck einer nicht vollzogenen Bewältigung des »Dritten Reiches«. Es gilt als geläufige Tatsache, daß die Parole »Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren«, im Herbst 1967 im Auditorium Maximum der Hamburger Universität entrollt und von den Medien in alle Welt verbreitet, gleichsam die Essenz der »1968er«-Forderungen darstellt. Aber bereits einige Jahre vor 1968 wurden in der konservativen Presse die Verkrustungen in den Universitäten beklagt. Aufsehen erregte Anfang der 60er Jahre ein Beitrag von Frederick Seitz, Präsident der National Academy of Sciences in Washington, über die Effektivität des Departmentsystems in den amerikanischen Instituten. Dort werde mit großem Erfolg die Team-Arbeit gefördert; Deutschland dagegen sei weniger willens, »Neuerungen in der Organisation der Naturwissenschaften einzuführen, als irgendeines der übrigen technisch fortgeschrittenen westlichen Länder«. Die leitenden Wissenschaftler in der frühen Bundesrepublik seien, so Seitz, vorwiegend ältere Herren gewesen, und diese hätten nach den Erfahrungen mit der NS-Herrschaft die Uhr auf die beste Zeit zurückgestellt, die sie gekannt hatten, »nämlich die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg«.148 Die von Seitz erhobene Forderung nach Dynamisierung der Strukturen und Abflachung der Hierarchien wurde in der Presse allgemein unterstützt.

Damit sollte eine Dynamisierung der Forschung und die Überwindung naturwissenschaftlich-technischer Rückstände erreicht werden, während die »1968er«-Bewegung mit den Groß-Ordinarien und deren autoritärer Affektiertheit den Geist der NS-Zeit austreiben wollte und modernere, der Aktualität angepaßte Lehrangebote verlangte. Aber beide Seiten waren – ob den Akteuren bewußt oder nicht – in der Kritik an den Ordinarien einig; beide verband die Frage, ob es mit dem »restaurativen« Charakter der Universitäten nach deren Ausbau weitergehen solle. Antifaschistisch und effektivitätsbezogen-dynamisch motivierte Forderungen nach Abflachung universitärer Hierarchien bildeten mithin eine Schnittmenge. Es ist auffällig, daß ein liberales Blatt wie die »Zeit« genauso häufig über ehemalige und verkappte Nationalsozialisten an den deutschen Hochschulen berichtete wie über einen universitären Schlendrian, dessen Ineffektivität den Herausforderungen der Moderne nicht gewachsen sei. So stand – in der Sprache der »1968er« geredet – die Kritik an »Nazis« und »Strukturnazis« in den Universitäten objektiv auch im Dienste einer kapitalistischen Effektivitätssteigerung. Es ist zu konstatieren, daß sich

148 Frederick Seitz, *Wissenschaft im Vormarsch*, zit. nach: Richard Clausen, *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften*, Wiesbaden 1964, S. 5.

bei Modernisierungseffekten, die durch soziale Bewegungen angestoßen werden, vieles »hinter dem Rücken der Akteure« vollzieht, »Veränderungen nur halbbewußt oder latent« bleiben, planvolle Eingriffe nicht intendierte Effekte erzeugen und »Absichten in ihr Gegenteil verkehrt« werden.¹⁴⁹ Es ist möglich, den Ultraradikalismus in der Nachfolge der »1968er« als Reaktion auf diese verfahrenere Lage zu deuten. Schon die auf den Schild erhobene These Herbert Marcuses von der »repressiven Toleranz« als besonders raffinierter Variante faschistoider Repression, der mit Intoleranz begegnet werden müsse, da deren Toleranz gefährlich sei¹⁵⁰, war ein willkommenes Angebot an Fundamentalkritiker, die es erleben mußten, bei vielen Kritisierten offene Türen einzurennen.

149 Dieter Rucht, *Modernisierung und Neue Soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 508 f.

150 Herbert Marcuse, *Repressive Toleranz*, in: ders., *Schriften*, Bd. 8, Frankfurt a. M. 1984, S. 136–161 (in der Bundesrepublik zuerst publiziert in: Robert Paul Wolff u. Barrington Moore, *Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt a. M. 1966, S. 93–128).

Karl Christian Lammers

Die Auseinandersetzung mit der »braunen« Universität.

Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen

I. Die westdeutschen Universitäten und die unterbliebene Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit im NS-Staat

Bekanntlich kam es seit der Gründung der Bundesrepublik zu einem Auslaufen der Säuberungspolitik, mit der die alliierten Sieger- und Besatzungsmächte versucht hatten, eine Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit durchzuführen; in den folgenden Jahren wurden viele der von der Entnazifizierung Betroffenen politisch, gesellschaftlich und beruflich rehabilitiert. Das entsprach einem starken Bedürfnis nach Rückkehr zur Normalität, trug aber gleichzeitig dazu bei, daß sich die bundesdeutsche Gründungsgesellschaft schwer mit der NS-Vergangenheit und ihrer historischen Aufarbeitung tat. In den 50er Jahren wollte die Mehrheit der Bevölkerung einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen sehen und zur Tagesordnung übergehen.¹

Das bedeutete keineswegs, daß das Dritte Reich in der Öffentlichkeit

¹ Vgl. zu dieser Thematik vor allem Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, hrsg. von Wilfried Loth u. Bernd-A. Rusinek, Frankfurt a. M. 1998; Peter Reichel, *Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung: Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 679–692; Hartmut Berghoff, *Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den fünfziger Jahren*, in: *GWU* 49 (1998), S. 96–114; Wolfram Wette, *Neue Form, alter Geist*, in: *Die Zeit*, Nr. 12/1999.

einfach ausgeklammert wurde, aber es wurde nicht konkret und wahrheitsgetreu über jene Zeit und vor allem kaum über die Rolle beteiligter Personen und Institutionen gesprochen. Dementsprechend ist zurecht verneint worden, daß es in der jungen Bundesrepublik eine gründliche politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gegeben habe. Auch unter Historikern wurde die historische Wirklichkeit des Dritten Reiches und des Holocaust weitgehend ausgeblendet², ebenso fand keine tiefgreifende inhaltliche Auseinandersetzung mit den Universitäten und Wissenschaften sowie mit ihrem wissenschaftlich-akademischen Personal im Nationalsozialismus statt. In bezug auf die Universitäten schien in diesen Jahren vielmehr ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen worden zu sein. So waren bis auf einige nationalsozialistisch schwer belastete die meisten Professoren im Rahmen der § 131er Gesetzgebung in ihre früheren Stellungen zurückgekehrt.³

Bis auf wenige Ausnahmen war die Haltung der Universitäten und ihrer Fachbereiche zum Nationalsozialismus kein Thema der zeitgenössischen geschichtswissenschaftlichen Forschung.⁴ Als die *Historische Zeitschrift* (HZ) 1959 ihr hundertjähriges Jubiläum beging, entschloß sich die Redaktion, einen von Hermann Oncken 1935 geschriebenen Aufsatz zu veröffentlichen. Er wurde von der Redaktion als ein mutiger »Versuch, der Verwendung der Geschichte zur Erzeugung eines nationalen Rauschzustandes durch den Nationalsozialismus mit den Mitteln der wissenschaftlichen Analyse und des historischen Vergleichs entgegenzutreten«, präsentiert.⁵ Sollte also der Anschein der Opposition erweckt werden? In seiner langen Einführung über die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der HZ äußerte sich Herausgeber Theodor Schieder nur verhalten und vorsichtig zur nationalsozialistischen Zeit, die »zwar in [ihrem] äußeren Verlauf, aber noch lange nicht in [ihren] inneren Ursachen bekannt« sei. Schieder räumte aber ein: »Hier harret der deutschen Geschichtswissenschaft noch eine ungeheure, kaum begonnene Aufgabe. Sie wird den Respekt vor ihrer eigenen Vergangenheit und ihren großen Vertretern nie leichtfertig preisgeben, um nach einem Worte Friedrich Meineckes nach dem Zweiten

2 So Winfried Schulze in einer Würdigung von Hans Rothfels: Hans Rothfels und die deutsche Geschichtsschreibung, in: *Von der Aufgabe der Freiheit*. Festschrift für Hans Mommsen, hrsg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer u. Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 83–98, hier: S. 95; vgl. allgemein auch die Darstellung von Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, in: HZ, Beiheft 10, 1989, S. 110f.

3 Ebd.

4 Die Germanistik stellte seit 1959 eine Ausnahme dar; vgl. dazu den Beitrag von Bernd-A. Rusinek in diesem Band.

5 So der Herausgeber Theodor Schieder, *Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der HZ*, in: *Hundert Jahre Historische Zeitschrift*, HZ 189, 1959, S. 106.

Weltkrieg eine neue ›Konjunkturgeschichte‹ zu treiben, aber sie wird gerade sich selbst von einer an die Wurzel gehenden Selbstprüfung nicht ausnehmen, unter die sie unser ganzes geschichtliches Erbe stellt«⁶.

Das klang durchaus nach klugen, aber wie sich herausstellte, auch beschwichtigenden Formulierungen. Denn bekanntlich verging eine ziemlich lange Zeit, bevor die deutsche Geschichtswissenschaft sich zu einer Überprüfung ihrer Rolle und tatsächlichen Mitarbeit im Nationalsozialismus bereitfand; tonangebende Historiker der Nachkriegszeit wie Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und andere ihrer Generation waren aus unterschiedlichen Gründen zu einer kritischen Selbstprüfung nicht fähig oder willens, ebensowenig ihre jüngeren Kollegen oder Doktoranden.⁷

Im Hinblick auf den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wird von der Forschung auf Elemente einer beginnenden kritischen Aufarbeitung in der frühen Bundesrepublik hingewiesen.⁸ Und diese Tendenz sollte sich seit den frühen 60er Jahren verstärken, als eine deutlich wachsende Bereitschaft spürbar wurde, sich einer vorurteils- und tabulosen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu öffnen. Das schien allerdings nicht für die Universitäten und ihre Vergangenheit im NS-Staat zu gelten. Hier schien man geglaubt zu haben, die Vergangenheit sei nach verordneten Entlassungen und Entnazifizierungen bewältigt. Auch sie mußten sich aber in den 60er Jahren mit ihrer Geschichte im NS-Staat auseinandersetzen. Ging auch die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung, die sich eigentlich erst in den 50er Jahren als eigenständige Disziplin am Rande der Zunft etabliert hatte⁹, schnell und energisch auf die jüngste Geschichte ein, so scheinen akademischer Korpsgeist, Berufssolidarität und angeblich fehlen-

6 Ebd., S. 68; vgl. auch Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 2), S. 87 f

7 Vgl. ebd., S. 31 f.; Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1992; *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, hrsg. von Peter Schöttler, Frankfurt a. M. 1997; Hans-Erich Volkmann, *Deutsche Historiker im Banne des Nationalsozialismus*, in: *Verwandlungspolitik* (wie Anm. 1), S. 285–311; Jürgen Kocka, *Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik: Ein Kommentar*, in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hrsg. von Winfried Schulze und Otto G. Oexle, Frankfurt a. M. 1999, S. 340–357; Willi Oberkrome, *Historiker im »Dritten Reich«*. Zum Stellenwert volkshistorischer Ansätze zwischen klassischer Politik und neuerer Sozialgeschichte, *GWU* 50 (1999), S. 74–98.

8 Vgl. jetzt den Aufsatz von Hartmut Berghoff (wie Anm. 1) mit Hinweisen auf die Forschungslage, ferner Reichel (wie Anm. 1) und Axel Schildt, *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit*, in: *Verwandlungspolitik* (wie Anm. 1), S. 19–54.

9 So wurden das Institut für Zeitgeschichte und dessen Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte gegründet, und an einigen Universitäten wurden Seminare für Zeitgeschichte eingerichtet.

de zeitliche Distanz einer kritischen Befassung mit der Rolle der Universitäten und ihrer Wissenschaften und Wissenschaftler anfänglich im Wege gestanden zu haben.¹⁰ Wie fast selbstverständlich wurden politisch und ideologisch belastende Schriften aus den Jahren der NS-Diktatur in sogenannten »Giftschränken« vor der akademischen und studentischen Öffentlichkeit eingeschlossen – und das betraf nicht nur die Schriften von Hitler, Goebbels, Alfred Rosenberg und anderen NS-Ideologen, sondern vor allem nationalsozialistisch inspirierte Publikationen noch lehrender Professoren und Dozenten wie z. B. des Kieler Juristen Karl Larenz.¹¹

Insofern war es vor allem ein Ausdruck des gewandelten »Zeitgeistes«, wenn bundesdeutsche Universitäten und Wissenschaftler nach vielen »stillen« oder schweigsamen Jahren sich seit Anfang der 60er Jahre mit ihrer Stellung und Funktion im Dritten Reich auseinandersetzen mußten. An einigen Universitäten war es zu öffentlichen Skandalen gekommen, als Studenten belastendes Material aus der NS-Vergangenheit prominenter Professoren, z. B. der neugewählten Rektoren in Bonn und Frankfurt a. M., publizierten.¹² In Kiel war der neugewählte Rektor Menzel deswegen angeblich erst gar nicht angetreten. Die »längst fällige«¹³ Auseinandersetzung monierten auch Tübinger Studenten Ende 1963, als sie zuerst ihr Mißbehagen über die »Art und Weise« kundtaten, »in der bei einer solchen Angelegenheit (das Gedenken an die Opfer der Reichskristallnacht von 1938 im November 1963) an unserer Universität die Vergangenheit bewältigt wird, wie man sich immer wieder in kursorischen Betrachtungen ergeht, anstatt an einem bestimmten Fall die Symptome einer totalitären Machtergreifung und deren Folgen zu schildern und zu analysieren.«¹⁴

10 Vgl. hierzu einige der Aufsätze in: *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945*, hrsg. von Walter H. Pehle und Peter Sillem, Frankfurt a. M. 1992.

11 Klaus-Detlev Godau-Schüttke, *Die gescheiterte Entnazifizierung der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945*, in: *Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945*, hrsg. von der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Kiel 1995, S. 163–181; ausführlicher ders., *Ich habe nur dem Recht gedient. Die »Rena-zifizierung« der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945*, Baden-Baden 1993.

12 Wolfgang Friedrich Haug, *Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten*, Köln 1977 (Erstausgabe Berlin 1967), S. 9.

13 So Uwe Dietrich Adam, *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1977, S. 205.

Für diese Untersuchung wurde mir Zugang zum Universitätsarchiv Tübingen gewährt, leider nicht zu den Akten der Entnazifizierungsverfahren ehemaliger Tübinger Professoren und Dozenten.

14 Redaktioneller Vorsatz zu dem Artikel von Hermann L. Gremliza, *Die Braune Universität. Tübingens unbewältigte Vergangenheit*, in: »notizen« 53 (Februar 1964), S. 2.

Des offensichtlich wiederholten Vorwurfs der »destruktiven Kritik« überdrüssig, veröffentlichte die Tübinger Studentenzeitung »notizen« Anfang Februar 1964 einen Beitrag, der sich mit der Vergangenheit der Eberhard Karls Universität auseinandersetzte. Den groß aufgemachten Artikel mit dem Titel »Die Braune Universität. Tübingens unbewältigte Vergangenheit«, verfaßt von Hermann Ludwig Gremliza¹⁵, einem Schüler von Theodor Eschenburg, empfand die Professorenschaft allerdings nicht als konstruktiven Beitrag, sondern als Diffamierung, und er sorgte für erhebliche politische Unruhe an der Tübinger Universität sowie in der Öffentlichkeit. Jedenfalls war etwas in Bewegung geraten, was manchem als eine »Jagd auf Professoren« und ihre Vergangenheit im NS-Staat erschien.¹⁶

II. Der Weg zur Tübinger Ringvorlesung »Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus« im Wintersemester 1964/65

Die in den »notizen« vorgetragene Kritik mündete schließlich in einer Ringvorlesung über die NS-Zeit unter dem Titel »Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus« im Wintersemester 1964/65. Als der erst kurz zuvor gewählte Rektor der Universität, der Theologe Hermann Diem, am 5. November 1964 vor überfülltem Haus – nicht einmal der große Festsaal der Universität reichte aus¹⁷ – den ersten der insgesamt 14 Vorträge über das Thema »Kirche und Antisemitismus« hielt, galt die Universität Tübingen unter den westdeutschen Hochschulen als ein Vorbild¹⁸ für die nunmehr unumgängliche Auseinandersetzung der westdeutschen Universitäten mit einem insgesamt wenig rühmlichen Kapitel ihrer Geschichte. Das bedeutete eine Wende in der Auseinandersetzung mit der

15 Ebd., S. 2–3. Auf dem Titelbild war eine farbige Kopie eines Gemäldes von »S. Magnifizienz SA-Sturmhauptführer Prof. Dr. Hoffmann«, Rektor 1939–1944, abgebildet, das sich angeblich versteckt im Keller der Universität befunden hatte – und noch befindet? Vgl. hierzu ferner: Ute Planert u. a., »Verübt, verdrängt, vergessen«. Der Fall Hoffmann oder: Wie die Universität von ihrer Vergangenheit eingeholt wurde, in: *Tübinger Blätter* 77 (1990/91), S. 61–65.

16 So der Reichsruf, Wochenzeitung für das nationale Deutschland, 6. 3. 1964, wo die Angriffe der »notizen« als »vorläufiger Gipfel« gesehen wurden, Ausschnitt im Tübinger Universitätsarchiv 117 E/1114.

17 Laut Bericht im Schwäbischen Tageblatt vom 7. 11. 1964.

18 Vgl. hierzu das Lob der Tübinger Studenten, vorgetragen vom AStA-Mitglied Günther Köhler, »notizen« 57 (1964), und insbesondere von Hans-Jürgen Krumm [»Die Ringvorlesung zur »braunen Uni«, in: »notizen« 61 (Mai 1965), S. 10], der diese als einen »aufrichtigen Versuch« der Aufarbeitung bezeichnete: »Tübingen hatte es tatsächlich besser [als z. B. Bonn und Münster] gemacht. Aber es war eben nur ein Anfang«.

NS-Vergangenheit der Hochschulen, denn das Tübinger Beispiel machte Schule, das Thema »Universität und Faschismus«¹⁹ war zur Diskussion gestellt.

Der Universität Tübingen folgten die Freie Universität in West-Berlin, die Universitäten in München, Heidelberg, Bonn, Münster und Marburg sowie der Deutsche Germanistentag 1966 in München – sie setzten sich vorbildlich und kritisch mit dem Thema auseinander.²⁰ Andere Universitäten wie beispielsweise die Kölner oder die Kieler taten sich schwerer und brauchten erheblich längere Zeit, um ihre Geschichte in der nationalsozialistischen Zeit zu thematisieren, obwohl etwa die Kieler Universität als »Grenzlanduniversität« und »Träger des Volkstumskampfes gegen die Dänen« (so die Selbstauffassung der philosophischen Fakultät Kiel) und mit ihrer »Stoßtruppfakultät« (die Juristische Fakultät mit ihrer »Kieler Rechtsschule«) eine besonders aktive Rolle gespielt hatte.²¹

Das Verhalten der Universitäten und ihrer Disziplinen im Dritten Reich ist inzwischen mehrfach beschrieben worden;²² weshalb es aber fast 19 Jahre hatte dauern müssen, bis sie fähig und willens waren, sich damit kritisch und selbstkritisch auseinanderzusetzen, ist weniger bekannt. Im Falle Tübingens war der Weg dahin zeitweise umkämpft.²³

19 So die Formulierung der »notizen«-Redaktion: »Zum letztenmal(?). Braune Universität«, »notizen« 64 (1965), S. 2.

20 Die Ringvorlesungen in Westberlin, München und Tübingen sind auch verlegt worden: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, hrsg. von Andreas Flitner, Tübingen 1965; Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966; Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, hrsg. von H. Kuhn, München 1966; ferner Germanistik. Eine deutsche Wissenschaft, hrsg. von Eberhard Lämmert, Frankfurt a. M. 1967, sowie Rolf Seeliger, Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute, H. 1–6, München 1964–1966.

21 Vgl. hierzu Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, I–II, München 1992–94, Bd. II/2, S. 385–421. Zur Universität Kiel Erich Hoffmann, Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit, in: Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665–1965, 1/, Neumünster 1965; ferner Michael Salewski, Die Gleichschaltung der Christian-Albrechts-Universität im April 1933, hrsg. von der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Kiel 1983; Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, hrsg. von Hans-Werner Prahl, Kiel 1995; Manfred Jessen-Klingenberg, Die Christian-Albrechts-Universität in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, in: Aus der Geschichte lernen? (wie Anm. 11), S. 6–19, Zitat: S. 14.

22 Vgl. hierzu vor allem die monumentale Studie von Helmut Heiber (wie Anm. 21); ferner Wissenschaft im Dritten Reich, hrsg. von Peter Lundgreen, Frankfurt a. M. 1985; vgl. nunmehr auch die Themennummer von GG [23 (1997), H. 4] über Universitäten im nationalsozialistisch beherrschten Europa.

23 Laut Werner Philipp, einem der Westberliner Referenten, soll eine Pressenotiz sogar vom »Widerwillen, mit dem sich die deutsche Universität einer Erörterung

Letztlich endete er aber positiv, weil eine einflußreiche Gruppe von Professoren sich der Herausforderung stellte und den Wünschen der Studenten entgegenkam, um auf die Auseinandersetzung mit der Universitätsgeschichte im Dritten Reich Einfluß nehmen zu können. Das Angebot einer Ringvorlesungsreihe erscheint somit als eine taktisch geschickte Maßnahme. Man solle, so Rektor Diem, »nicht mehr ins Rollen bringen, als was überschaut und verantwortet werden kann«²⁴. Dies hatte Erfolg, denn nach Abhaltung der Ringvorlesungsreihe kehrte wieder Ruhe an der Alma Mater Tubungensis ein; wie die »notizen« ein Jahr später resignierend bemerkten, war dieser professorale Monolog ein Abschluß, aber kein Auftakt gewesen: »Gefolgt ist ihm aber, trotz mehrerer Vorschläge, höchst wenig. Ganz abgesehen davon, daß sich Tübingen selbst mit dem ›Anfang‹ Ringvorlesung in der Bundesrepublik fast alleine findet. Lob der wenigen Aktiven muß neben der Verurteilung der überwiegenden Inaktivität stehen. Denn ›Vergangenes, gelassen, bleibt nicht vergangen.«²⁵

Uwe D. Adam zufolge war die Tübinger Universität in der NS-Zeit »weder Ausnahme noch Einzelfall«²⁶, und nichts deutet darauf hin, daß sie sich in der NS-Zeit als besonders extrem oder nationalsozialistisch exponierte. Allerdings hatte sie ein besonderes Profil vorzuweisen, worauf Helmut Heiber hingewiesen hat: »Wenn Tübingen sich aus dem politischen Durchschnittsverhalten der deutschen Hochschulen herausgehoben hat, dann durch noch ein bißchen mehr ›Rassenpflege‹ und – sofern möglich – Antisemitismus als sonst üblich«²⁷. Die Universität darf sicherlich aufgrund der zentralen Stellung der Rassenlehre als eine ideologisch »braune« hingestellt werden, sie war eine »Führeruniversität« gewesen²⁸, und eine Mehrheit der Professoren war auch Mitglied der NSDAP gewesen. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Auseinander-

ihrer Rolle in der nationalsozialistischen Zeit zuwende«, gesprochen haben, Werner Philipp: Nationalsozialismus und Ostwissenschaften, in: Universitätstage 1966 (wie Anm. 20), S. 43.

24 Zit. nach: Ute Planert u. a. (wie Anm. 15), S. 64.

25 Redaktioneller Kommentar »Zum letztenmal(?). Braune Universität«, »notizen« 64 (1965), S. 2.

26 Adam (wie Anm. 13), S. 205.

27 Helmut Heiber (wie Anm. 21), II.2, hier ein Abschnitt über die Universität Tübingen S. 233–250, hier: S. 250. Vgl. hierzu allgemein die Studie von Uwe Dietrich Adam (wie Anm. 13); Dieter Langewiesche, Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: GG 23 (1997), S. 618–646.

Einen Gesamtüberblick über die Geschichte Tübingens in der NS-Zeit vermittelt die Untersuchung von Benigna Schönhagen, Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, Tübingen 1991.

28 Vgl. Planert u. a. (wie Anm. 15).

setzung in den 60er Jahren bei weitem nicht alle Aspekte der NS-Epoche der Universität Tübingen ans Licht brachte.

Daß die Tübinger Universität in diesem Sinne »braun« gewesen sei und daß nach 1945 nichts bewältigt worden sei, war zunächst nicht mehr als eine Behauptung der Tübinger Studenten, als sie das Thema aufrollten. Anfang Februar 1964 erschien die im Rektorat eher unbeliebte Studentenzeitung »notizen« in der erwähnten spektakulären Aufmachung mit der Titelseite, die ein bis dahin im Keller der Universität scheinbar gut verschlossenes Ölgemälde des Rektors Heinrich Hoffmann in Uniform eines SA-Hauptsturmführers wiedergab, und im Hauptartikel des verantwortlichen Redakteurs Hermann Gremliza über »Die braune Universität« wurde Tübingens »unbewältigte Vergangenheit« erstmals beleuchtet. Der Aufsatz, der zwei noch lehrende Professoren namentlich für ihre durch die nationalsozialistische Ideologie gefärbten Auffassungen anklagte, löste, wie erwähnt, einen regelrechten Skandal aus. Kollegen der Angegriffenen reagierten heftig und sprachen von diffamierenden Methoden, vergleichbar mit denen des Dritten Reiches²⁹, ebenso die Universitätsspitze und städtische Honoratioren.³⁰ Zeitungsberichten zufolge soll der Dekan der Rechts- und Wirtschaftsfakultät sogar versucht haben, Gremliza von der Veröffentlichung des Aufsatzes ganz abzuhalten.³¹ Zuvor waren die unliebsamen »notizen« übrigens schon einmal vom Rektorat verboten worden.

Die beiden von Gremliza namentlich genannten Professoren waren der seit 1933 erste Ordinarius für Volkskunde, der emeritierte Germanist Gustav Bebermeyer, und der Jurist Georg Eißer, damals und 1964 noch Ordinarius für römisches und bürgerliches Recht. Insbesondere Gustav Bebermeyer galt als NS-Hardliner und Antreiber bei der Gleichschaltung der Universität 1933 und als Propagandist der Rassen- und Volkskunde als »Grund- und Kernwissenschaften« der nationalsozialistischen Weltanschauung und Ideologie.³² In der studentischen Öffentlichkeit wurde

29 Planert u. a. zitieren Ausdrücke wie »Infamer Stil« und »Meinungsterror«. Ebd., S. 62.

30 So Gremliza und ein anderer Verantwortlicher, Dieter Barth, in einem späteren Interview mit dem Schwäbischen Tageblatt vom 2. 11. 1987 und 30. 7. 1993. Ich verdanke diese Hinweise Dr. Hans-Jochen Lang, Redakteur beim Schwäbischen Tageblatt. Gremliza, später Redakteur bei Konkret, sollte dies auch persönlich zu spüren bekommen, da er seine akademische Laufbahn in Tübingen abbrechen mußte.

31 Vgl. Schwarzwälder Bote vom 12. 2. 1964, Ausschnitt im Universitätsarchiv 117 E/1114.

32 Gremliza schrieb u. a., daß Bebermeyer die Universität Tübingen auf »NS-Vordermann« gebracht habe. Er zitierte aus einem Aufsatz Bebermeyers über die Stellung und Bedeutung der Wissenschaft von Rasse und Volk, der Rassen- und Volks-

bald ein dritter Name genannt, nämlich der des noch lehrenden Pädagogen Gerhard Pfahler, der 1938 einen Ruf nach Tübingen angenommen hatte. Es wurde auch bekannt, daß unter Studenten überlegt wurde, im Sommersemester 1964 »gegen die Lehrtätigkeit der emeritierten Professoren Bebermeyer und Pfahler wegen ihrer politischen Vergangenheit zu protestieren«.³³

Gremliza kritisierte scharf die Anbiederung der Universität im »Dritten Reich«: »Auch die Universität Tübingen marschierte ›in den Reihen‹ mit. Davon wird heute nicht mehr gern gesprochen – ja, es gibt Ordinarien, die es auch heute nicht wagen, die damalige Tübinger Situation zu schildern, weil sie große Unannehmlichkeiten befürchten müssen. Nun hat aber die Universität bis heute noch nichts von ihrem Prestige verloren, ein Umstand, dessen Ursache zum Teil in der Uninformiertheit der Öffentlichkeit zu suchen ist«.³⁴ Das Hauptanliegen Gremlizas war es nachzuweisen, daß die Universität sich nicht mit ihrer »braunen« Vergangenheit auseinandergesetzt, sie nach der Rückkehr der meisten der von der französischen Besatzungsmacht entlassenen Professoren verdrängt und vergessen hatte, um erneut zur akademischen Tagesordnung überzugehen. Weil das auch auf der personalen Ebene so verlaufen war, meinte Gremliza behaupten zu können, daß die Universität immer noch nationalsozialistisch imprägniert sei und etwas »Braunes« an sich habe.

Für ihn waren Bebermeyer und Eißer »keine Einzelfälle«. Deshalb bleibe immer noch die Frage, »ob die braune Vergangenheit für die Tübinger Universität nur ein historisches Problem ist«.³⁵ Tatsächlich hatten die »notizen« nur die Spitze des Eisberges sichtbar gemacht.³⁶ Insbesondere gilt das für Fachgebiete wie Medizin, Biologie, Pädagogik und die

kunde, daß sie »heute die Bedeutung von Grund- und Kernwissenschaften innerhalb der nationalsozialistischen Welt- und Lebensschau« hätten. Georg Eißer hatte in einem Vortrag davon gesprochen, daß das zukünftige bürgerliche Recht »auf rassischer Grundlage« beruhen werde: »Der Staat ist so ein Rechtsstaat, der lückenlos den Rassengrundsatz durchführt, aber bei aller sachlichen Härte den Kampf in einer der deutschen Kulturhöhe entsprechenden Weise führt«, zit. nach Gremliza (wie Anm. 14), S. 3. Adam zufolge lehrte Eißer 1935 über die »Durchführung des Rassegedankens im bürgerlichen Recht« und hatte als dessen Zweck die »Sicherung der Rechte der deutschen Volksgenossen vor übermäßig starkem Einfluß des Rassefremden« ausgemacht, vgl. Adam (wie Anm. 13), S. 163; Heiber (wie Anm. 21), S. 370; ferner Planert u. a. (wie Anm. 15), S. 62.

33 Aktennotiz des Dekans Klaus Ziegler vom 7. 3. 1964 über die Möglichkeit studentischer Proteste gegen die Lehrtätigkeit von Bebermeyer und Pfahler, Universitätsarchiv Tübingen 117 E/1114. Pfahler wollte sich allerdings nicht dem äußeren Druck beugen.

34 Gremliza (wie Anm. 14) S. 2.

35 Ebd., S. 3.

36 Planert u. a. (wie Anm. 15), S. 62.

sogenannte »Judenwissenschaft«, wo Tübingen mit Karl Georg Kuhn, Gerhard Keitel und Max Wundt drei Vertreter der »Forschungsabteilung Judenfrage« im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands von Walter Frank stellte.³⁷ Wie nunmehr bekannt ist, waren Institute der Universität direkt an den nationalsozialistischen Zwangsmaßnahmen und Verbrechen beteiligt. Das gilt für Zwangssterilisationen in der Universitätsklinik (ausgeführt von A. Meyer, H. Hoffmann und R. Gaup), für rassenbiologische Kopfvermessungen an Zigeunern, die von den Rassenbiologen Robert Ritter, Sophie Erhardt und Wilhelm Gieseler durchgeführt worden waren, und auch für den medizinischen Unterricht an Präparaten von NS-Opfern, der noch bis in die 80er Jahre erteilt wurde. Die Universität hatte sich 1937 sogar gerühmt, die einzige zu sein, in deren Verfassung und Verwaltung »der Führergedanke restlos durchgeführt« worden sei.³⁸ Auch das Historische Institut mit prominenten Vertretern wie Johannes Haller hatte sich für den neuen Staat eingesetzt.³⁹

Gremliza hatte also einen wunden Punkt getroffen. Und sein Aufsatz regte eine eingehende Auseinandersetzung an, die sowohl von empörten Reaktionen wie von Schadensbegrenzungsbemühungen seitens der Universität gekennzeichnet war. Zunächst wurde sie von Studentenseite vorangetrieben; so war auf einem Flugblatt Mitte Februar 1964 zu lesen: »Es ist unwichtig, die Schattierungen der Bräune zu diskutieren. [...] Wir wollen nicht wissen, ob einzelne Herren ihre Vergangenheit bewältigt haben. Es geht nicht um persönliche Vorwürfe, sondern um eine institutionelle Frage, bei deren Klärung die an Amtsträger, insbesondere Professoren, anzulegenden höheren Maßstäbe zu berücksichtigen sind. Wir wollen von der Universität ein klares Wort zu den Grundsätzen, nach denen bei der Wiedereingliederung bzw. Berufung von belasteten Professoren von der Seite der Universität verfahren worden ist.«⁴⁰ Obwohl viele Studenten die Forderung unterstützt zu haben scheinen, wurde auch Kritik laut, die scharfe Form der »notizen« habe das Verhältnis zwischen Studenten und Professoren in der kleinen Universitätsstadt belastet.⁴¹ Schließlich versuchten einige Studenten und der AStA als Herausgeber von »notizen«, das Rektorat zu einer öffentlichen Stellungnahme und zur Selbstbesin-

37 Adam (wie Anm. 13) S. 176.

38 Nach Planert u. a. (wie Anm. 15), S. 62.

39 Volkmann (wie Anm. 7), S. 286 f.

40 Zit. nach Bert Hauser, Die braune Universität eine Aufgabe, in: »notizen« 54 (1964), S. 2, sowie nach einem Aufsatz der Stuttgarter Zeitung »Schatten aus dem Dritten Reich«, 21. 2. 1964, Universitätsarchiv Tübingen 117 E/1114.

41 Zit. nach der Stuttgarter Zeitung vom 21. 2. 1964: »Schatten aus dem Dritten Reich«, vgl. auch Schwäbisches Tageblatt vom 21. 2. 1964: »notizen« Contra Universität, Universitätsarchiv Tübingen 117 E/1114.

nung zu drängen. Eine offizielle Stellungnahme erfolgte nicht, aber in einem Bericht an das baden-württembergische Kultusministerium schilderte der amtierende Rektor Engelhardt die »erhebliche Unruhe«, die der Artikel über die »braune Universität« hervorgerufen hatte: »Angesichts der Form dieser Publikation und der Unmöglichkeit, die angeschnittenen Fragen in der Öffentlichkeit erschöpfend zu behandeln, hat die Universität von einer offiziellen Stellungnahme abgesehen«. Statt dessen wies er auf eine Erklärung von sieben Tübinger Professoren hin, darunter er selbst, mehrere ehemalige Rektoren wie Theodor Eschenburg und Otto Bachof sowie der künftige Rektor Diem, die »entspannend und klärend« unter den Studenten gewirkt haben sollte.⁴²

Die Erklärung der sieben Professoren »An die Tübinger Studenten« vom 19. Februar 1964⁴³, die auch in einer studentischen Versammlung Ende Februar vorgetragen wurde, war insofern bemerkenswert, als die Professoren – von diesen hatte Eschenburg Gremliza und die Redaktion mit einem »Misthaufen, gegen den man nicht anstinken kann«, verglichen⁴⁴ – sich sehr offen zu der Frage verhielten, »wie es dazu gekommen sei, daß politisch belastete Hochschullehrer heute wieder an unserer Universität lehren«. Sie wiesen auf die Entnazifizierungsmaßnahmen der französischen Besatzungsmacht hin, die aufgrund des »Gesamtverhaltens« zur Entlassung einiger Lehrer (schätzungsweise etwa 30) geführt hätten; diese strengen Kriterien der Entnazifizierung ließen sich aber nicht auf Dauer aufrechterhalten – u. a. aufgrund des Paragraphen 131 des Grundgesetzes –, und so seien einige, nicht aber »schwerer Belastete«, zurückgekehrt. Maßstab sei immer das Gesamtverhalten, auch nach 1945, gewesen. Die Professoren mußten aber Unzulänglichkeiten einräumen und entschuldigen: »Die Schwierigkeit der Aufgabe, die mit der politischen Überprüfung gestellt war, sowie die Unzulänglichkeit der Unterlagen und Maßstäbe machten eine vollkommene Lösung von vornherein unmöglich. In Tübingen wie anderwärts ist man Irrtümern und Fehlentscheidungen nicht entgangen«. Abschließend mußten sie eingestehen: »Über die Rolle der deutschen Universitäten, ihrer Professoren und Studenten in den Jahren vor und nach 1933 und nach 1945 ist mit dieser vorläufigen Antwort noch wenig ausgesagt. Wir begrüßen das Interesse der Studenten an der Klärung dieser Frage, auch wenn wir Form und Inhalt

42 Ebd.; Rektor Engelhardt kritisierte zudem scharf die aggressive Form der »notizen«, die aus seiner Sicht keine Unterstützung unter den Studenten hatte, und das Rektorat schlug später vor, die studentischen »Zwangsbeiträge« für »notizen« zu kürzen.

43 Die Erklärung der sieben Professoren ist auch abgedruckt in: »notizen« 54 (Mai 1964), S. 3. In derselben Nummer findet sich ein Aufsatz von einem der Unterzeichner: Otto Bachof, Bemerkungen zur »Braunen Universität«, S. 3 f

44 Zit. nach: Planert (wie Anm. 15), S. 61.

einzelner Äußerungen mißbilligen. Wir halten es für eine wichtige Aufgabe der Universität, sich in den kommenden Semestern stärker als bisher mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen«⁴⁵.

Die Erklärung der Professoren war eine Beschwichtigung ganz nach dem Geschmack des neuen Rektors Hermann Diem, der Ende April 1964 zu versuchen schien, die Angelegenheit herunterzuspielen. Bei einer Tagung mit Vertretern des AStA soll er gesagt haben, »Tübingen sei nicht repräsentativ, die Behandlung des Gesamtbildes sei höchstens blaß, es verlief alles nicht so kraß wie an anderen Universitäten. Außerdem stünde in den Akten herzlich wenig, und dieses wenige könne noch nach mehreren Seiten hin ausgelegt werden. Es sei bei der Entnazifizierung schon schwer genug gewesen, sich noch an alles genau zu erinnern. Es solle auch nicht unbedingt an die Öffentlichkeit geraten«⁴⁶. Allerdings sah die Universität auch Handlungsbedarf: sie lud die beiden öffentlich angeklagten Professoren zu Gesprächen ein. Bebermeyer erschien nicht, beendete aber offenbar seine Lehrtätigkeit, während Georg Eißer, der 1965 starb⁴⁷, und Gerhard Pfahler sie fortsetzten.⁴⁸

Etwas war indes ins Rollen gekommen, und Universitätsleitung und AStA einigten sich darauf, daß die einzelnen Fächer sich schon im Sommersemester 1964 mit Themen aus der NS-Geschichte beschäftigen, die »Giftschrank« geöffnet und das Thema »Tübinger Universität und Nationalsozialismus« Gegenstand der semesterlichen Ringvorlesung für das Wintersemester 1964/65 werden sollten. Bereits einige Monate später referierte der neue Ordinarius für Zeitgeschichte, Gerhard Schulz, über die Lage der Universitäten 1933. Anscheinend war er aber mit seiner Interpretation, die »Hochschulen als ratlos« hinzustellen, wenig erfolgreich. Wie das »Schwäbische Tageblatt« referierte, schien er nicht die Erwartungen zu erfüllen, denn es erschien den Beobachtern der Zeitung weiterhin so, »daß die Studenten nur sehr schwer begreifen, wie der Nationalsozialismus an den Hochschulen überhaupt Fuß fassen konnte. Sie [die Studenten] urteilen über die ›braune‹ Universität als junge Menschen des Jahres 1964. [...] So ging ein empörtes Zischen durch die Reihen der etwa 200 Studenten [...] als der Redner zu bedenken gab, Professoren seien eben auch Menschen und Beamte [...], und es sei wohl nicht gerechtfertigt, an sie besondere Maßstäbe anzulegen, wenn es um politische Fra-

45 »notizen« (wie Anm. 43), S. 3.

46 Protokoll vom 14. 4. 1964, Universitätsarchiv Tübingen 117 E/1114. Außerdem versprach der Rektor, die »Giftschrank« zugänglich zu machen. Sie enthielten Schriften von Nazi-Größen wie Hitler und Rosenberg, aber auch Publikationen Tübinger Professoren aus der Nazizeit.

47 Am Grabe Eißers soll vom »Mörder Gremliza« die Rede gewesen sein; Gremliza-Interview, in: Schwäbisches Tageblatt vom 2. 11. 1987.

48 Vgl. zu Pfahler den Beitrag von Bernd-A. Rusinek in diesem Band.

gen gehe, wie die, welche dem deutschen Volke von 1933 gestellt wurden«. ⁴⁹

Mit der Einigkeit über die Veranstaltung einer Vorlesungsreihe hatten alle Parteien scheinbar das Gesicht gewahrt, und die Linie des Rektorats hatte sich eindeutig durchgesetzt. Leidtragende waren allein die »notizen« und Gremliza, der sein Studium in West-Berlin abschließen mußte.

III. Die Tübinger Ringvorlesungsreihe über »Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus« in der Kritik

Wie bereits angedeutet war das Interesse an der Vorlesungsreihe bei den Universitätsangehörigen, der Tübinger Öffentlichkeit und auch den Medien im In- und Ausland enorm. Durchgängig verfolgten angeblich jeweils um die 700 Zuhörer die 14 Vorlesungen. ⁵⁰ Jede Vorlesung wurde ausführlich und wohlwollend im örtlichen »Schwäbischen Tageblatt« referiert ⁵¹, und sowohl der Südwestfunk wie auch der Sender Freies Berlin besprachen das Ereignis; einige der Vorträge wurden im Rundfunk verlesen. ⁵² Insofern muß die Ringvorlesung als ein großer Erfolg bewertet werden; zu fragen bleibt allerdings, ob sie auch inhaltlich, als kritische und selbstkritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an der Universität, erfolgreich und wirkungsvoll war?

Festzuhalten ist zunächst, daß die Tübinger Universität mit dieser Veranstaltung einen wichtigen Anfang gemacht hatte, und die nationalsozialistische Zeit wurde danach ein wichtiges Thema in der wissenschaftlichen Arbeit und der Lehrtätigkeit an den Universitäten. In der Zeit der sich radikalisierenden westdeutschen Studentenbewegung genügte das aber nicht. Als die Studenten seit etwa 1965 damit anfangen, das überalterte und verkrustete Universitätssystem zu kritisieren, dienten für die wenig

49 Schwäbisches Tageblatt vom 20. 5. 1964, Universitätsarchiv Tübingen 117 E/1114.

50 Die Vorlesung von Walter Jens wurde nicht in der Publikation *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus* (wie Anm. 20) abgedruckt, die anderen Vorlesungen sollen zum Teil stark umgeschrieben worden sein; vgl. »notizen« 64 (1965), S. 15.

51 Vgl. die Ankündigung im Schwäbischen Tageblatt vom 7. November 1964 zur ersten Vorlesung von Diem: »Die braune Universität«, eine etwas unausgeorene Polemik der »notizen«, wurde so zum Anreger für eine notwendige und noch nie an dieser Stelle geübte Betrachtung. Die Universität, sich vielfach fehlerlos und fleckenfrei gebärend, untersucht, inwieweit auch sie Opfer einer unheilvollen Ideologie geworden ist«.

52 Das geht aus den Anmerkungen z. B. von Georg Melchers hervor, *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus* (wie Anm. 20), S. 71.

ruhmreiche Auseinandersetzung der Universitäten mit dem NS-Staat stets als ein wichtiger Beleg solche defizitären Veranstaltungen. So kam es zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ringvorlesungen der Universitätsfächer über ihre Rolle im Dritten Reich, die der Sozialwissenschaftler Wolfgang Friedrich Haug von der Freien Universität Westberlins 1967 unter der Überschrift »Der hilflose Antifaschismus« zusammenfassend publizierte.⁵³ Haugs Buch war eine vornehmlich ideologiekritische Auseinandersetzung mit angeblich apologetischen Erklärungsmustern und mit der Sprache der Referenten der Ringvorlesungen. Haug staunte »über die ideologisch-strukturellen Kontinuitäten« und über die »Sprachverwandtschaft« des »hilflosen Antifaschismus mit dem Faschismus«.⁵⁴ Die Kritik Haugs war eine pauschale und sicherlich auch dogmatische Abrechnung mit der NS-Aufarbeitung, die weit radikaler als z. B. die Rezension des Buches in den Tübinger »notizen« ausfiel.⁵⁵ Der Vorwurf eines »hilflosen Antifaschismus« war sicherlich in mancher Hinsicht berechtigt, denn auch bei einigen der wohlmeinenden Tübinger Referenten fanden sich noch 1964/65 Auffassungen, die eher von Lernfähigkeit zeugten als von dem Willen zu kritischer Aufarbeitung. Beispielsweise fanden sich in dem ansonsten sehr spannenden Referat eines Physikers über die Lage der Physik unter dem Nationalsozialismus, als eine sogenannte »deutsche Physik« versucht hatte, die Oberhand zu gewinnen, Formulierungen, die die politische Argumentation der Nationalsozialisten noch 1964 kaum verändert wiederholten. Der Physiker sprach von den »unzweifelbaren Erfolgen« Hitlers und rechnete dazu »die Entschärfung des Klassenkampfes durch die Förderung des Selbstbewußtseins der Arbeiter.«⁵⁶

Auch bei anderen Referenten sind apologetische Momente nicht zu übersehen, wenn sie z. B. mehr über Widerstand als über geistige Anpassung und praktische Mitarbeit redeten. Andererseits war Haugs Kritik doch überzogen und ungerechtfertigt, weil er nicht diejenigen Referate heranzog, die eben die erwünschte Selbstreflexion und Selbstkritik ausdrückten. Solche Referate gab es durchaus, vor allem in Tübingen. Deshalb sollen im Folgenden die Tübinger Vorträge daraufhin betrachtet werden, wie sie sich mit dem Vorwurf der »notizen«, daß die Universität noch immer »braun« sei, auseinandersetzten.

53 Haug (wie Anm. 12).

54 Ebd., S. 6 u. 7.

55 Wolfram Burisch u. Jürgen Peters, Zum Deutschen Geistesleben der Gegenwart, in: »notizen« 64 (1965), S. 15; sie sprachen u. a. davon: »Kritik darf sich allenfalls gegen das richten, was als Widerspiegelung herrschenden Denkens im Geistesleben der deutschen Gegenwart scheinen mag«. Ebd.

56 Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus (wie Anm. 20), S. 51.

Die Auseinandersetzung auf der personellen Ebene wurde eher indirekt thematisiert, da keiner der namentlich Angegriffenen referierte, und sie auch nicht von den Vorlesenden genannt wurden. Anlaß für Diskussionen lieferte damals u. a. der Umgang mit dem schwierigen Begriff »Volk«. Hermann Bausinger, Professor für deutsche Volkskunde, umriß in der Diskussion der Begriffe »Volksideologie und Volksforschung« scharf die Thematik: »Der Gegenstand ›Volk‹ ist keine Gegebenheit, die dem Forscher mit der stummen Selbstverständlichkeit vieler anderer wissenschaftlicher Objekte gegenübertritt, er stellt vielmehr eine Abstraktion aus dem sozialen Gefüge dar, die immer ideologieverdächtig ist – der vielfältige und konkrete Gebrauch des Wortes spricht nicht dagegen, sondern dafür. Praktisch bedeutet das: Wenn überhaupt eine spezifische Wissenschaft vom Volk entstehen konnte, so ist zumindest die Frage zu stellen, ob dahinter nicht von Anfang an eine Auffassung stand, die an der gesellschaftlichen Realität vorbeizielte; und wenn heute noch diese Wissenschaft betrieben wird, so ist zu fragen, ob damit nicht zwangsläufig ideologische Elemente konserviert werden. Während in vielen anderen Wissenschaften die nationalsozialistische Wendung sich deutlich als Einbruch von außen präsentiert, ist hier zumindest mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Nationalsozialismus nicht etwa fremde Ideen hereintrug, auch nicht etwa nur periphere Elemente verstärkte, sondern durchaus zentrale Gedanken dieser wissenschaftlichen Disziplin herausstrich. Dies macht die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Wissenschaft unvermeidlicher als in anderen Disziplinen.«⁵⁷ Damit hatte Bausinger das Kernproblem benannt, nicht nur für das in der NS-Zeit besonders beliebte Fach Volkskunde, sondern auch für die Germanistik, Geschichte, Biologie und andere Fächer. Bausinger zog übrigens insofern eine Konsequenz daraus, als das Ludwig Uhland Institut für Volkskunde auf sein Betreiben hin in Institut für empirische Kulturwissenschaft umbenannt wurde.

Insgesamt 13 Professoren haben in der Ringvorlesung mitgewirkt: Theologen, Naturwissenschaftler, Pädagogen, Juristen und Geisteswissenschaftler. Nur wenige waren in der NS-Zeit tätig gewesen, und noch weniger in Tübingen. Sie sollen sich – so der Klappentext der Buchausgabe – den Fragen »nach Verantwortung und Mitschuld der Wissenschaft« gestellt haben.⁵⁸ Im folgenden werden einige der Vorträge genauer be-

57 Ebd., S. 125 f. In die gleiche Richtung wies der Herausgeber der späteren Publikation, Andreas Flitner (Wissenschaft und Volksbildung, in: Ebd., S. 217–235, hier: S. 217), in seinem abschließenden Vortrag, als er von dem ungelösten »Problem der Volkskultur und Volksbildung« sprach, das »die Anfälligkeit des deutschen Geisteslebens« mit erkläre.

58 Klappentext ebd.

trachtet – diejenigen von Hans Rothfels (Geschichte), Hermann Bausinger (Volkskunde), Walter Schulte (Medizin) und Klaus Ziegler (Germanistik).

Hans Rothfels war Professor in Königsberg gewesen, wurde aber als Jude 1934 an eine nicht benannte Universität versetzt und verließ im Sommer 1939 Deutschland. 1951 erhielt er einen Ruf nach Tübingen. Rothfels, der mit seinem Buch über die deutsche Opposition gegen Hitler eine zentrale Rolle bei der Rehabilitierung der Deutschen nach 1945 spielte, befand sich mit seinen Differenzierungen auf einer Gratwanderung: Ihm zufolge war das Verhältnis der Historiker zum Nationalsozialismus als »widerstehend, kompromißfähig oder unterwürfig« zu charakterisieren, das Hauptproblem sei aber die große Zahl der »Mitläufer« gewesen.⁵⁹ Er ließ allerdings keinen Zweifel an der möglichen Anfälligkeit der Historiker gegenüber dem Nationalsozialismus. Trotz hohem wissenschaftlichen Standard gab es doch »Penetrationsflächen [...], die um so bedenklicher sein mußten, je mehr vom Nationalsozialismus gerade der Historie die Rolle einer ideologischen Rechtfertigungslehre oder eines beliebig auszubehutenden Arsenal zugedacht war«; aber trotz allem blieb für Rothfels »doch die nach der Machtergreifung erfolgende, recht weitgehende und zunächst freiwillige Gleichschaltung der Historiker und der Universitäten etwas Überraschendes, ich würde nicht zögern zu sagen, tief Beschämendes.«⁶⁰ Gleichwohl meinte Rothfels festhalten zu können, daß die in ihrer rhetorischen Anpassung »peinliche Literatur« nicht Universitätshistoriker geschrieben hätten, sondern »wildgewordene Studienräte oder Außenseiter« wie Walter Frank⁶¹. Rothfels behielt sein »besseres Wissen« offenkundig für sich.⁶²

In seinem Beitrag über »Euthanasie und Sterilisation im Dritten Reich« nannte der Psychiater Walter Schulte die Rolle der Universitäten beim Namen: »Glied in der Kette umfassender nationalsozialistischer Ausmerzungsaktionen, die sich gegen alles gesundheitlich, rassisch und politisch Unerwünschte und damit für »lebensunwert« Gehaltene richteten.«⁶³ Schulte versuchte die moralischen Folgerungen aus der selbstgewählten Verstrickung großer Teile der damaligen Mediziner zu ziehen, indem er fragte, ob sich nicht der Mensch »eine Verfügungsgewalt anmaßt, die ihm

59 Schulze, Hans Rothfels (wie Anm. 2), S. 95.

60 Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus (wie Anm. 20), S. 97.

61 Ebd., S. 99.

62 Vgl. hierzu u. a. Willi Obercrome, Historiker (wie Anm. 7), S. 74–98; Winfried Schulze: Editorial: Vergangenheit und Gegenwart der Historiker, in: GWU 50 (1999), S. 67–73; Schönwälder (wie Anm. 7).

63 Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus (wie Anm. 20), S. 73–89, hier: S. 74.

nicht zusteht, wenn er überhaupt anfängt, über Lebenswert oder -unwert [...] zu entscheiden und es im Falle negativer Einschätzung auszunutzen?«⁶⁴.

Am eindringlichsten war die Reflexion über die Verantwortung der Wissenschaft in dem erwähnten Referat von Hermann Bausinger über »Volksideologie und Volksforschung«.⁶⁵ Klarer als andere Referenten thematisierte Bausinger (Jahrgang 1926) die Lage des Faches nach 1945, indem er die Frage stellte, ob in der Volkskunde »nicht zwangsläufig ideologische Elemente konserviert werden«⁶⁶. Für Bausinger schien Volkskunde allein aufgrund ihres Namens fast zwangsläufig »prädestiniert, nationalsozialistische Ideen zu verifizieren und auszubreiten«. Seine Forderung war konsequent und eindeutig: »Wenn die Volkskunde der Ort war, an dem sich nationalsozialistische Gedankengänge mit am stärksten austobten, dann ist sie auch der Ort, an dem ideologische Bestandteile aufgedeckt und solide Theorien entwickelt werden müssen«.⁶⁷

In die gleiche Richtung ging der Germanist Klaus Ziegler in seiner eher indirekt formulierten Kritik an der Germanistik, indem er rhetorisch fragte, ob »nicht aber auch gegenwärtig unter uns immer noch jene Denkschemata, jene ideologischen Grundmodelle [existieren], aus denen er [der Nationalsozialismus] einst erwuchs? Ich fürchte, daß dies in der Tat der Fall ist – leider sogar sehr umfassend, sehr intensiv und um so erschütternder, um so gefährlicher, als viele heutige Anhänger und Vertreter solcher Ideologien sich ihres Zusammenhanges mit dem Nationalsozialismus nur mangelhaft oder überhaupt gar nicht bewußt sind.«⁶⁸ Nicht alle Vorträge drangen zu derartigen Einsichten vor. Und Bausinger, der einer jüngeren Generation angehörte, stellte mit seinem konsequenten Bruch mit dem kompromittierten Selbstverständnis seines Faches eindeutig eine Ausnahme dar.

IV. Die westdeutsche Studentenbewegung und die »braune« Universität

Der Aufarbeitung der Rolle der Universitäten und ihrer Wissenschaften im nationalsozialistischen Deutschland klebte etwas Apologetisches und

64 Ebd., S. 87.

65 Ebd., S. 125–143.

66 Ebd., S. 125.

67 Ebd., S. 140 und 141.

68 Klaus Ziegler: Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus (wie Anm. 20) S. 154–159, hier: S. 158 f., s. auch Bernd-A. Rusinek's Beitrag in diesem Band.

Hilfloses an;⁶⁹ darin hatte Haug sicherlich recht. Es wäre aber, wie das Tübinger Beispiel zeigt, historisch unzutreffend, dies auf alle Beteiligten pauschal zu übertragen. Veranstalter Andreas Flitner sah die Ringvorlesung lediglich als Auftakt zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema an; die »notizen« konstatierten allerdings resignierend ein paar Jahre später, daß eine solche Wirkung ausgeblieben sei.⁷⁰

Auch andere westdeutsche Universitäten gaben seit Mitte der 60er Jahre den Forderungen der Studentenschaft nach, indem sie sich der öffentlichen Auseinandersetzung mit ihrer Rolle und Mitarbeit im Dritten Reich stellten. Ihre Antworten waren Ringvorlesungen und Universitätstage, die sowohl beschwichtigend als auch aufklärend wirken sollten. Ob eher das eine oder das andere der Fall war, wäre noch konkreter zu untersuchen. Deutlich ist allenfalls, daß solche Veranstaltungen in der damaligen Zeit nicht überall, wie von Andreas Flitner erwünscht, als direkter »Auf-takt« zu einer weiterführenden Auseinandersetzung mit der Rolle der Universitäten gedient haben.⁷¹ Wichtig ist aber, daß nunmehr eine umfassende Bearbeitung und auch Auseinandersetzung in Lehre und Forschung mit der nationalsozialistischen Zeit erfolgte. Diese spielt eine indirekte Rolle für die Studentenbewegung und ihre Revolte Ende der 60er Jahre.⁷²

69 Vgl. die erwähnte Resonanz im Schwäbischen Tageblatt, in der die Universität als »Opfer einer unheilvollen Ideologie« gesehen wurde (wie Anm. 51).

70 Vgl. 10 Jahre gegen Windmühlen, in: »notizen« 70 (Juli 1966), S. 5.

71 Deutsches Geistesleben im Nationalsozialismus (wie Anm. 20), S. 234; Schwäbischen Tageblatt vom 27. 2. 1965.

72 Das nahm Gremliza dann auch für sich in Anspruch, als er 1987 vom Schwäbischen Tageblatt (2. 11. 1987) interviewt wurde. 1993 stimmte dem die Zeitung zu, als sie eine Aufsatzserie über die damalige Tübinger Studentenopposition 1968 publizierte; Schwäbisches Tageblatt vom 29. 7. 1993.

Christoph Classen

Zum öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR. Das Beispiel des Radios

Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der DDR ist nach 1989/90 Gegenstand zahlreicher publizistischer und wissenschaftlicher Betrachtungen gewesen.¹ Das Thema geriet schnell in den Strudel der politischen Auseinandersetzungen, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und deren Folgen einhergingen. Die Debatte konzentrierte sich auf den staatsoffiziellen »Antifaschismus« der DDR, in dem die einen wenig anderes zu erblicken vermochten als die systematische Instrumentalisierung von Geschichte zu Herrschafts- und Legitimationszwecken, während andere den Begriff nicht auf die politische Funktionalisierung durch die SED beschränkt wissen wollten und versuchten, ihn als für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands erhaltenswert zu retten. Neben dem individuellen Interesse, das eigene »antifaschistische« Selbstverständnis biographisch zu rechtfertigen, spielte dabei offensichtlich auch die Verteidigung eines Kernbereiches traditionellen »linken« Selbstverständnisses eine Rolle.² Zumindest teilweise lassen sich die Kontroversen auch auf die Vieldeutigkeit des Begriffes »Antifa-

1 Vgl. Neuere Forschungsliteratur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten – Auswahlbibliographie 1989–1994 (zusammengestellt von Inge Schmöker und Jürgen Danyel), in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, hrsg. von Jürgen Danyel, Berlin 1995, S. 247–264; vgl. auch die Beiträge in: Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, hrsg. von Claudia Keller, Berlin 1996.

2 Prononciert aus dem letztgenannten Interesse Robert Erlinghagen, Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90, Hamburg 1997; vgl. auch Detlef Kannapin, Antifaschismus im Film der DDR, DEFA-Spielfilme 1945–1955/56, Köln 1997, bes. S. 16 ff.

schismus« zurückführen.³ Sie hängen ferner damit zusammen, daß breiter ansetzende empirische Studien zu diesem Thema noch die Ausnahme darstellen.⁴ Dementsprechend weit liegen auch für die 60er Jahre derzeit noch die Einschätzungen auseinander. Sie reichen von der Charakterisierung als einer »Phase der weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung«⁵ bis zu der (auf die Wahrnehmung des Widerstandes bezogenen) Einschätzung, in den 60er Jahren beginne »allmählich eine realistischere und differenzierende Sicht [...] Platz zu greifen.«⁶

Im Folgenden soll versucht werden, anhand des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus das Verhältnis der DDR zur nationalsozialistischen Vergangenheit in den 60er Jahren näher zu charakterisieren und damit zu einem historisierenden Verständnis beizutragen.⁷ Die Untersuchung des medialen Vergangenheitsdiskurses liegt insofern nahe, als das Thema vermutlich in keiner anderen gesellschaftlichen Sphäre in einem solchen Ausmaß präsent war wie in der Öffentlichkeit. Anders als in der Bundesrepublik fand beispielsweise eine justizielle Aufarbeitung in größerem Umfang nicht mehr statt, von den Schauprozessen gegen den bundesrepublikanischen Vertriebenenminister Theodor Oberländer und den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke einmal abgesehen.⁸

3 Vgl. zum Begriff Manfred Funke, Faschismus und Antifaschismus – Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung, in: Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, hrsg. vom Bundesminister des Inneren, Bonn 1994, S. 7–20; sowie Jürgen Danyel, Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: Historische DDR-Forschung, hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993, S. 129–147, hier: S. 132 ff.

4 Sofern es sich nicht um Überblicksdarstellungen handelt, konzentrieren sich die meisten quellengestützten Beiträge auf die Gründungsphase der DDR und die Widerstandsproblematik; vgl. u. a. Jürgen Danyel, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Die geteilte Vergangenheit (wie Anm. 1), S. 31–46 und Jörn Schlütrumpf, »Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden.« Antifaschismus in der frühen DDR, in: Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, hrsg. von Dieter Vorsteher, Berlin 1997, S. 142–152.

5 Olaf Groehler, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Ulrich Herbert u. Olaf Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 41–66, hier: S. 42.

6 Kurt Finker, Faschismus, Antifaschismus und »verordneter Antifaschismus«, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller u. Reinhard Mocek, Bd. XI, Bonn/ Berlin 1998, S. 142–200.

7 Angesicht der Vieldeutigkeit des Begriffs »Antifaschismus« und seiner Konnotationen sowie der erheblichen Kontaminierung durch instrumentellen Gebrauch scheint dem Verfasser dessen Historisierung ohne Alternative.

8 Vgl. Helge Grabitz, Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik

Diese Prozesse, die in Abwesenheit der Angeklagten inszeniert wurden, hatten ihren eigentlichen Adressaten jedoch ebenfalls in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes.

Der Hörfunk bietet sich besonders aus zwei Gründen als Untersuchungsgegenstand an: zum einen wegen seiner weiten Verbreitung, zum anderen, weil er sich auch in der DDR durch eine große Breite der Genres und Zugänge auszeichnete. Neben der aktuellen Publizistik spiegelte er im Programm ältere Medien wie Literatur, Theater und Film in Form von Lesungen, Rezensionen und Adaptionen. Mit Hörspiel, Feature und musikalischen Sendungen standen medienspezifische Formate zur Verfügung, deren suggestives Potential im Vergleich zu den Printmedien höher war, und von Beginn an spielte Unterhaltung eine zentrale Rolle.⁹ Das Medium bündelte also verschiedene Perspektiven, indem es beispielsweise wissenschaftliche Vorträge ebenso übertrug wie die offiziellen Feiern einschlägiger Gedenktage und individuelle künstlerische Auseinandersetzungen.

Dabei versteht sich, daß der Hörfunk im Ensemble der politisch kontrollierten Medienlandschaft¹⁰ keine Nische darstellte, in der nonkonforme Lesarten oder politikferne Themen in größerem Umfang eine Chance gehabt hätten. Das westliche Konzept pluralistischer Öffentlichkeit und relativer Autonomie des Teilsystems »Medien«¹¹ stand für die Verantwortlichen in der DDR zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Diskussion.

Deutschland, der DDR und in Österreich, in: *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel*, hrsg. von Rolf Steininger, Wien/Köln, 1994, S. 198–220, bes. S. 209 ff.

9 Vgl. zur Programmstruktur der 50er Jahre: Konrad Dussel, *Unterhaltung im Sozialismus. Hörfunkprogramme in der DDR der fünfziger Jahre*, in: DA 31 (1998), S. 404–418.

10 Einen Überblick geben Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*, Bonn 1997 und Jürgen Wilke, *Medien DDR*, in: *Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation*, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz u. Jürgen Wilke, Frankfurt a. M. 1994, S. 219–244.

11 Diese Autonomie, die u. a. durch die Kulturhoheit der Länder abgesichert ist, war in der frühen Bundesrepublik allerdings keineswegs unumstritten. Bundeskanzler Adenauer und Teile der CDU vertraten die Ansicht, daß der Rundfunk »politisches Führungsmittel der jeweiligen Bundesregierung« zu sein habe und strebten dementsprechend eine Revision der alliierten Regelungen zugunsten einer Rundfunkhoheit des Bundes an. In einem Memorandum der Bundesgeschäftsführung der CDU mit dem bezeichnenden Titel »Massenführung in der Bundesrepublik« hieß es 1950, daß »der Rundfunk in erster Linie zweifellos politisches Führungsmittel« sei. Eine pluralistische Konzeption wirke »vielleicht auf einige intellektuelle Schwerenöter reizvoll, auf die Menge der Hörer aber schlechthin verwirrend, ja verdummend«; zit. nach: Rolf Steininger, *Rundfunkpolitik im ersten Kabinett Adenauer*, in: *Rundfunk und Politik 1923–1973*, hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 341–383, hier: S. 347 f.

Vielmehr war selbstverständlich, daß der Rundfunk während der Phase des Sozialismus im Leninschen Sinne »Agitator«, »Propagandist« und »kollektiver Organisator« zu sein und die Partei, wie alle anderen Medien auch, bei der schwierigen Aufgabe, den Boden für die kommunistische Gesellschaftsordnung zu bereiten, nach Kräften zu unterstützen hatte. »Funk«, so der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Hermann Ley, im Jahre 1957, »ist eine andere Form des Klassenkampfes«¹².

Dennoch übersähe eine Charakterisierung des Rundfunks als reines »Herrschaftsinstrument«¹³ den Partizipationsaspekt, der dem Massenmedium *co ipso* innewohnte. Zwar gelang es im Laufe der 50er Jahre, eine effiziente politische Kontrolle des Rundfunks zu installieren, doch schon die permanenten Umorganisationen, die erst 1958 zum Abschluß kamen, verweisen auf die Schwierigkeiten mit dem Medium.¹⁴ Sie sind zwar zum Teil aus den wechselnden politischen Rahmenbedingungen zu erklären, hatten ihre Ursache aber auch darin, daß das etablierte Unterhaltungsmedium¹⁵ sich einer Nutzung als wortlastiges Aufklärungs- und Propagandainstrument bis zu einem gewissen Grade entzog.¹⁶ Wenn es diesbezüglich in den 60er Jahren ruhiger um den Hörfunk wurde, dann lag das wohl

12 Zit. nach: Gerhard Walther, *Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Bonn/Berlin (West) 1961, S. 5.

13 In diesem Sinne Ansgar Diller, *Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument in der DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, Bd. II/2, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 1214–1242 sowie Silvia Müller, *Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED*, in: *Ebd.*, Bd. II/4, S. 2287–2326.

14 Vgl. zur Organisation des Rundfunks die Untersuchungen von Daniela Münkel, *Produktionssphäre*, in: *Zuhören und Gehörtwerden II. Radio in der DDR der fünfziger Jahre – Zwischen Lenkung und Ablenkung*, hrsg. von Adelheid von Salder u. Inge Marßolek, Tübingen 1998, S. 45–170, und Konrad Dussel, *Die Sowjetisierung des DDR-Rundfunks in den fünfziger Jahren. Die Organisation des Staatlichen Rundfunkkomitees und seine Leitungstätigkeit*, in: *ZfG* 45 (1997), S. 992–1016. Für die 60er Jahre liegen noch keine neueren Untersuchungen vor. Hier sei verwiesen auf: Rolf Geserick, *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR*, München 1989 und Heide Riedel, *Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks in der DDR*, Köln 1977.

15 Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, Hamburg 1995, S. 222.

16 Dies spiegelt sich in den permanenten Appellen, die »Massenverbundenheit« des Rundfunks zu erhöhen, die in einem unauflöselichen, aber aus ideologischen Gründen nicht thematisierbaren Widerspruch zu den regelmäßig wiederkehrenden Vorwürfen der »ideologischen Nachgiebigkeit« und Anpassung an westliche Standards standen; vgl. z. B. die Maßnahmen zur Verringerung westlicher Einflüsse im Bereich der Unterhaltung in der Folge des 30. und 32. ZK-Plenums 1957, BA, Abt. Berlin, DR 6/352 (Beschlussprotokolle des Staatlichen Rundfunkkomitees) Nr. 3/57 und 26–32/57.

weniger an einer prinzipiellen Lösung dieses Widerspruchs, als vielmehr an der sich wandelnden Funktion des Hörfunks und der wachsenden Bedeutung des Fernsehens, wo ähnlich gelagerte Probleme bis zum Zusammenbruch der DDR eine Rolle spielten.¹⁷

Um den Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit genauer zu beschreiben, bedarf es des Rückgriffs auf das Programm. Die folgenden Ausführungen beruhen im wesentlichen auf der Untersuchung von etwa 1100 Hörfunkbeiträgen aus den Jahren 1960 bis 1969, die einen inhaltlichen Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen.¹⁸ Betrachtet man in einem ersten Schritt die vertretenen Beitragssorten, so fällt besonders ein Übergewicht von Kommentaren ins Auge, die fast die Hälfte aller aufgefundenen Beiträge ausmachen. Meistens handelte es sich dabei um sogenannte Tageskommentare, d. h. etwa fünf bis zehn minütige Beiträge zu tagesaktuellen Fragen, die in der Regel ein deutschlandpolitisches Thema hatten oder einen Jahrestag gegenwartsbezogen kommentierten und historische Argumente oder Vergleiche lediglich integrierten. Nimmt man weitere tages- oder subaktuelle Genres wie Nachrichten, Berichte, Übertragungen und Interviews hinzu, so liegt der Anteil der politischen Publizistik am gesamten Material sogar bei über 60 Prozent. Gemeinsam ist all diesen Sendungen, daß ihr Ausgangs- und Bezugspunkt explizit in der Gegenwart lag, also aktuelle Gegenstände unter Rekurs auf historische Argumente oder Kategorien behandelt wurden.

Einen zweiten Schwerpunkt hatte das Thema im Bereich der Kultur-

17 Zum Fernsehen Peter Hoff, *Organisation und Programmentwicklung des DDR-Fernsehens*, in: *Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: *Institution, Technik und Programm. Rahmenaspekte einer Programmgeschichte des Fernsehens*, hrsg. von Knut Hickethier, München 1993, S. 245–288. Zur Nutzung: Gerhard Gmel, Susanne Deimling u. Jürgen Bortz, *Die Nutzung des Mediums Fernsehen in der DDR vor und nach der Wende*, in: *RuF 42* (1994), S. 542–554.

18 Basis sind Sendemanuskripte und Beiträge der drei wichtigsten Sender des DDR-Rundfunks, Berliner Rundfunk, Deutschlandsender und Radio DDR mit ihren insgesamt fünf Programmen. Zu Vergleichszwecken werden ferner Sendungen aus den fünfziger Jahren herangezogen. Sie sind Teil einer Datenbank, die derzeit im Rahmen eines größeren Projekts zur Geschichtskultur der DDR aufgebaut wird. Da die Erhebung noch nicht abgeschlossen ist, stehen die Ergebnisse unter Vorbehalt. Insbesondere ist die Verteilung der Beiträge über den Untersuchungszeitraum in der Stichprobe ungleichmäßig. Es überwiegen Sendungen aus den Jahren 1960, 1961 und 1964. Zu betonen ist ferner, daß es sich um eine zwar umfangreiche, jedoch keineswegs vollständige Zufallsüberlieferung handelt; zur Überlieferungs- und Erschließungssituation vgl. Joachim Felix Leonhard, *Programmvermögen und kulturelles Erbe. Die Rundfunkarchive Ost im Deutschen Rundfunkarchiv*, in: *DA 28* (1995), S. 404–410, und Ingrid Pietrzynski, *Der DDR-Rundfunk ist tot – es leben die Akten*, in: *Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien*, hrsg. von Heide Riedel, Berlin 1994, S. 299–302.

programme. Lesungen antifaschistischer Literatur – bisweilen musikalisch eingerahmt – und Hörspiele machten elf Prozent aus, weitere 15 Prozent bestanden in Kritiken und Rezensionen einschlägiger Literatur, Filme und Theaterstücke. Lediglich der Rest, knapp 14 Prozent, entfiel auf medienspezifische Behandlungen von Geschichte in Features, Dokumentationen und Porträts von Emigranten oder Widerstandskämpfern.

Dieser Befund verweist auf den hohen Stellenwert, den die nationalsozialistische Vergangenheit im alltäglichen Mediendiskurs der DDR einnahm. Er lenkt den Blick zugleich auf ein charakteristisches Diskursmuster: Die Geschichte des Nationalsozialismus war selten um ihrer selbst willen Thema, sondern wurde regelmäßig explizit mit Fragen der politischen Gegenwart verknüpft.

Weitere Hinweise liefert die Betrachtung der Thematisierungsanlässe. Auffällig ist hier vor allem, daß deutlich häufiger Ereignisse in der Bundesrepublik zugrunde lagen, als in der DDR. Dabei handelte es sich meistens um Erklärungen und Maßnahmen zur Sicherheitspolitik, insbesondere die Frage nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, um Äußerungen bundesdeutscher Politiker zum staatlichen Alleinvertretungsanspruch oder zum Status der östlichen, nun polnischen oder tschechischen Gebiete und um innenpolitische Diskussionen wie diejenigen über die Notstandsgesetze und die Verjährungsdebatte von 1964/65. Häufige Anlässe zur Berichterstattung boten zudem die NS-Prozesse in Israel und in der Bundesrepublik, insbesondere der Jerusalemer Prozeß gegen Eichmann 1961 und das erste bundesdeutsche Großverfahren, der Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1963/65. Der Zusammenhang zwischen der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik im Kalten Krieg und dem Rekurs auf den Nationalsozialismus ist also nicht zu übersehen.

Lag der Berichterstattung ein Ereignis in der DDR zugrunde, so handelte es sich meist entweder um Pressekonferenzen und andere Initiativen der DDR, die der Entlarvung der NS-Verstrickung bundesrepublikanischer Politiker, Juristen oder Repräsentanten der Wirtschaft dienten, oder um kulturelle Ereignisse wie Buchveröffentlichungen sowie Theater- und Filmpremieren. Hier spiegelt sich der Anspruch der DDR, den Nationalsozialismus in der antifaschistischen Meistererzählung und im Film auch künstlerisch »bewältigt« zu haben.

Daneben existierte eine ausgeprägte Jahres- und Gedenktagskultur: Besonders häufig fanden sich in der Stichprobe die Jahrestage des Kriegsausbruchs 1939 (25. Jahrestag 1964) und der Befreiung 1945 (20. Jahrestag 1965) als Anlässe der Aktualisierung. Wichtige Daten waren in den 60er Jahren zudem die Jahrestage des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941, des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs 1936 sowie – überras-

schenderweise – des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944. Zahlreiche andere Daten, etwa die Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager, Todestage antifaschistischer Widerstandskämpfer, der Bombardierung Dresdens oder auch Nachkriegsereignisse (z. B. »5. Jahrestag der Volksarmee« 1961 oder die Wiederkehr des KPD-Verbotes in der Bundesrepublik 1956) konnten ebenfalls gelegentlich zum Anlaß historischer Betrachtungen werden.

Betrachtet man in einem dritten Schritt die thematischen Schwerpunkte, so ergibt sich folgendes Bild: Der weitaus größte Teil der Hörfunkbeiträge widmete sich dem zeitgenössischen Umgang mit dem Nationalsozialismus, und zwar wiederum mehrheitlich nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik. An zweiter Stelle rangieren Thematisierungen des Widerstandes. Mit einigem Abstand folgen etwa gleichrangig Behandlungen von »Refaschisierungstendenzen« in der Bundesrepublik und des Krieges. Weit seltener sind Aspekte von politischer und rassistischer Verfolgung jenseits konkreter Widerstandshandlungen. Andere Themen kommen nur am Rande vor.

Die Aufschlüsselung dieser groben Kategorien bestätigt, daß innerhalb der Gruppe von Beiträgen, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit thematisierte, vor allem die Verstrickung der bundesrepublikanischen Eliten das dominante Thema war. Hinzu kamen Berichte von den NS-Prozessen in der Bundesrepublik und solche über die geplante Verjährung einschlägiger Verbrechen. Es liegt nahe, daß diese Themen negativ konnotiert waren, während der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR durchweg positiv dargestellt wurde. Innerhalb der insgesamt zahlenmäßig ebenfalls starken Darstellung des Widerstandes dominierte klar der kommunistische Widerstand. Andere Gruppen kamen – in geringerem Umfang – aber immerhin vor. Daß die Bundesrepublik bei der Behandlung des Nationalsozialismus den eigentlichen Bezugspunkt bildet, wird abermals offensichtlich, wenn man sich den relativ hohen Anteil von Radiosendungen vergegenwärtigt, die Aspekte wie angebliche Kriegsvorbereitungen und Kriegsziele sowie revisionistische und neofaschistische Bestrebungen unter expliziter Berufung auf die Vergangenheit behandelten. Das Thema »Krieg« wurde zum einen aus der Perspektive des verbrecherischen Vernichtungskrieges der Wehrmacht im Osten, vorwiegend in der Sowjetunion, behandelt, zum anderen aus derjenigen des heldenhaften Widerstandes der Roten Armee im »Großen Vaterländischen Krieg« bis hin zur Befreiung des deutschen Volkes.

Viel seltener als der Widerstand wurde hingegen die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden thematisiert. Zwar war es nicht so, daß jüdische Schicksale im Rundfunk überhaupt keine Rolle gespielt hätten. Sie kamen durchaus vor, allerdings lag ihr Anteil an der gesamten Behandlung des Themas bei deutlich unter fünf Prozent. Im Kontext der

Thematisierung von Konzentrationslagern standen drei mal so häufig kommunistische Häftlinge und der von ihnen geleistete Widerstand im Vordergrund, wie von jüdischen Gefangenen die Rede war.

Die beschriebenen Proportionen liefern zum einen klare Indizien für die starke politische Instrumentalisierung der Vergangenheit, die an sich nicht neu war, sondern schon in den 50er Jahren zu beobachten ist. Die historische Verantwortung wurde externalisiert, indem die Bundesrepublik als Hort eines nur oberflächlich kaschierten virulenten Faschismus apostrophiert wurde. Andererseits gibt es durchaus Hinweise dafür, daß sich im Detail etwas verändert hatte: Dafür spricht die gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt breitere Wahrnehmung des nichtkommunistischen Widerstandes und die ansatzweise Würdigung jüdischer Verfolgung, die während der antisemitischen Phase im Stalinismus noch undenkbar gewesen wäre.

I. Der aktuelle Faschismus

Die eingangs konstatierte Beobachtung, daß historische Argumente in den zeitgenössischen Rundfunkbeiträgen ihren Fluchtpunkt meist ganz explizit in der Gegenwart und Zukunft hatten, erklärt sich nicht aus dem tendenziell aktuellen Charakter des Rundfunks. Vielmehr handelt es sich um eine Folge der propagandistischen Anstrengungen, bei denen der Bezug auf die Kategorien des »Faschismus« respektive »Antifaschismus« eine zentrale Rolle spielte. Damit waren allerdings nicht allein historische Phänomene gemeint, sondern nach der sogenannten Komintern- oder Dimitroff-Formel, die in der DDR offiziell bis 1989 verbindlich blieb, galt der Faschismus lediglich als extremste, gewissermaßen decouverte Form des Kapitalismus.¹⁹ Ausgehend von diesem Postulat ließen sich alle möglichen Entwicklungen in der Bundesrepublik und im westlichen Block als »faschistisch« deuten, die dem entgegengesetzte Politik der DDR und des Ostblocks entsprechend als »antifaschistisch«.

Wenn in der DDR vom »Faschismus« oder vom »Antifaschismus« die Rede war, dann handelte es sich also um überzeitliche Kategorien, die jedoch zugleich historisch konnotiert waren und auch gefüllt wurden. Die Bezugnahmen auf und Parallelisierungen bzw. Vergleiche mit dem Nationalsozialismus in der politischen Rhetorik sind Legion: Mal plante die westdeutsche Regierung unter dem Deckmantel der NATO-Integration

19 Vgl. Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff u. Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der kommunistischen Internationale (1935), Berlin (Ost) 1957.

angeblich die Besetzung Dänemarks nach dem Muster von 1940²⁰, ein anderes Mal wurde eine Bundestagsdebatte mit Goebbels berüchtigter Sportpalast-Rede verglichen²¹ oder es wurde behauptet, beim Bundesgrenzschutz handele es sich um eine »SS-Leibstandarte neuen Typs«²². In den Biographien einst wie jetzt einflußreicher Persönlichkeiten schienen beide Komponenten des Faschismus-Begriffs, die historische und die überzeitlich-kategoriale, im Wortsinne »verkörpert«.

Der Einsatz historischer Bezüge unter politischen Nützlichkeitserwägungen erreichte in den 60er Jahren eine neue Qualität. Im Hörfunk schlugen sich nun die großen propagandistischen Kampagnen gegen die Bundesrepublik nieder, die schwerpunktmäßig in den Zeitraum zwischen 1959 und 1966 fielen. Angriffe gegen Repräsentanten der Bundesrepublik unter Verweis auf ihre nationalsozialistische Vergangenheit sowie Vorwürfe einer unbrochenen Fortsetzung faschistischer Traditionen gegen Institutionen und den westlichen Block als Ganzes finden sich zwar im Rundfunk (und nicht nur da) seit dem Beginn der sich abzeichnenden Spaltung Deutschlands.²³ Doch in den 50er Jahren war ein systematisch instrumenteller Geschichtsbezug noch schwer zu organisieren, weil in diesen Zeitraum der schwierige Prozeß einer Homogenisierung zunächst noch weit auseinanderliegender, keineswegs konsequent an machtpolitischen Interessen orientierter Interpretationen und Standpunkte fiel. Zusätzlich behindert wurde dieser Prozeß durch die Herrschaftskrise nach dem XX. Parteitag in der Sowjetunion (1956).²⁴ Erst nach deren Beilegung 1958 wurde die bereits bestehende Praxis, Repräsentanten der Bundesrepublik und den konkurrierenden Staat als Ganzes unter Verweis auf den Nationalsozialismus zu diskreditieren, intensiviert und deutlicher mit konkreten politischen Zielen verbunden.

Die Kampagnen setzten vor allem bei den personellen Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der Bundesrepublik im Bereich der Eliten an. Sie wurden von Albert Norden als Mitglied des

20 Militärpolitischer Kommentar vom 22. 2. 1964 auf dem Deutschlandsender. Autor: Dr. Egbert von Frankenberg und Proschlitz, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/153.

21 Tageskommentar auf Radio DDR I vom 16. 10. 1964. Autor: Richard Friedrich, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

22 »Bonn gegen die Jugend«, Kommentar des Deutschlandsenders vom 18. 4. 1964. Autor: Karl-Eduard von Schnitzler, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

23 Vgl. Christoph Classen, »Guten Abend und Auf Wiederhören.« Faschismus und Antifaschismus in Hörfunkkommentaren der frühen DDR, in: *Verwaltete Vergangenheit, Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, hrsg. von Martin Sabrow, Leipzig 1997, S. 237–255.

24 Zur Krise in der DDR nach dem XX. Parteitag vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 303 ff.

»Ausschuß für Deutsche Einheit«²⁵ in Abstimmung mit der Westkommission des Politbüros der SED koordiniert. Ihr Ziel war die Diskreditierung von Funktionsträgern der bundesrepublikanischen Gesellschaft, z. B. der Vertriebenenminister Oberländer und Krüger, des Generalbundesanwalts Fränkel, Adenauers Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Globke und des Bundespräsidenten Lübke, der als »KZ-Baumeister« apostrophiert wurde.²⁶

Nicht selten orientierten sich die Kampagnen an aktuellen politischen Vorgängen. So wurde beispielsweise der Prozeß gegen Eichmann genutzt, um eine Verbindung zwischen den Verbrechen Eichmanns und der Politik der Bundesregierung herzustellen. Angeblich sei es letzterer gelungen, Eichmann daran zu hindern, in den Vernehmungen sein Wissen über die tatsächliche Belastung hochrangiger Repräsentanten der Bundesrepublik preiszugeben, insbesondere des Staatssekretärs Globke.²⁷ Um so notwendiger erschien es den Kommentatoren immer wieder, diese vermeintlichen Verbindungen offenzulegen: »Die Kommunistenverfolger und die Blutrichter, die Kriegsverbrecher und die Judenhenker – sie treffen sich alle bei Adenauer, und immer steht einer grinsend im Hintergrund dabei – Hans Maria Globke«. Dahinter stecke System, denn Bonn gehe es darum, »mit Nazigeneralen den Nazikrieg gegen den Osten noch einmal auf[zun]ehmen«.²⁸ In diesem Falle standen die Anschuldigungen im Zusammenhang mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum und sollten der breiteren Öffentlichkeit in Ost und West die Notwendigkeit vermitteln, Westberlin in den sowjetischen Herrschaftsbereich einzubeziehen und von dem »131-Gesindel des Brandt-Senats«²⁹ zu befreien.

25 S. zum AfdE Andreas Herbst, Winfried Ranke u. Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 1. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994, S. 83 f.

26 Darüber hinaus sind die Verweise auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Belastungen zahlreicher Juristen, Manager und Politiker der mittleren Ebene legion. Hierzu ausführlich: Michael Lemke, Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Die geteilte Vergangenheit (wie Anm. 1), S. 61–86 sowie ders., SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174.

27 »Globke und Eichmann«, Kommentar des Tages, Berliner Rundfunk, 7. 2. 1961; Autor: Gerhard Mackat, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/157.

28 Ebd.

29 »Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin«, Abendkommentar, Berliner Welle, 23. 7. 1961, Autor: Prof. Dr. Hermann Ley, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/847; die Bezeichnung »131-Gesindel« bezieht sich auf den Artikel 131 GG, der die großzügige Wiedereinstellung und Versorgung jener ehemaligen Mitglieder des öffentlichen Dienstes ermöglichte, die im Zuge der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen entlassen worden waren; vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit, München 1996, bes. S. 69–100.

Am Ende dieser Krise stand bekanntlich der Bau der Berliner Mauer, deren offizielle Legitimation als »antifaschistischer Schutzwall« ebenfalls die Geschichte strapazierte. Die Bemühungen, der Bevölkerung auch diesen Schritt mit historischen Argumenten zu vermitteln, gingen über dieses Etikett hinaus. Bereits im Vorfeld bediente sich die Propaganda schriller Töne: Die Massenflucht aus der DDR wurde als »Menschenhandel« charakterisiert, der, ebenso wie die Politik Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei und Österreichs in den 30er Jahren, der Ausblutung und Schwächung später zu besetzender Staaten diene.³⁰ Dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees schien es kurz vor dem Mauerbau, als habe die Rehabilitierung und Integration von Nazi-Verbrechern in der Bundesrepublik und speziell in Westberlin ein derartiges Ausmaß erreicht, daß man ihren Einfluß mit den anonymen Mächten in Kafkas »Der Prozeß« und »Das Schloß« vergleichen könne: »Sie ziehen einen Staatsapparat mit Blutrichtern, Schreibtischmördern und Kommandotruppiers auf, denen die Bevölkerung ausgeliefert wird. Sie suchen das klare Denken zu zerrütten. Sie hassen die Stimme der Vernunft und suchen Blutransch zu erzeugen. [...] Wer mit dem Atomkrieg spielt, dem kommt es selbstverständlich auch nicht auf ein einzelnes Menschenleben an. Wem das Menschenleben einen feuchten Kehricht gilt, dem macht es diabolisches Vergnügen, zum Spaß einen Menschen auf kleinstem Feuer zu rösten, bis er ihn ans Messer liefert. Auf dem Boden unseres deutschen Vaterlandes konnte sich nach 1945 wie in der Zeit des Faschismus ein solches Ungeziefer vermehren, das ähnlich dem Vampyr [sic!] sich von dem Herzblut anderer zu nähren sucht. In Westberlin haben sie sich eingestuetzt. Sie haben dort ihre Posten und Organe, von denen aus sie ihre Fäden spinnen. Sie fühlen schon, daß die Ungeziefervernichtungsmittel zu wirken beginnen. [...] Sie spritzen noch Gift, daß es zum Himmel stinkt. Die Front der anständigen Menschen aber nimmt sie in die Zange. [...] Unsere Demokratische Republik erweist sich als die Basis, von der aus dem Unmenschlichen in unserem Vaterland die Zwangsjacke angelegt wird.«³¹ Weitere Beispiele in ähnlicher Diktion ließen sich anführen.³²

30 Kommentar am Sonntag, Berliner Rundfunk, 23. 7. 1961, Autorin: Herta Classen, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/843.

31 »Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin«, 23. 7. 1961 (wie Anm. 29).

32 U. a. führte die DDR unmittelbar vor dem Mauerbau einen Prozeß gegen »Kopfgänger Bonns« vor dem Obersten Gericht und bediente sich dabei der stalinistischen Praxis, Gegner als »Faschisten« zu denunzieren: »Von 1932 bis 1945 war er (der Angeklagte Dr. Herde, C. C.) oberes Mitglied der NSDAP und des Reichskolonialbundes. Vor Gericht gab er zu, in den Jahren bis 1933, als die bewussten Arbeiter Berlins einen heldenhaften Kampf gegen die braune Pest führten, in Versammlungen Gegner der Nazis anständig vermöbelt zu haben, wie er sich ausdrückte. Er

Nachdem im Vorfeld eine veritable faschistische Bedrohung konstruiert worden war, nimmt es nicht Wunder, daß die Situation vor dem 13. August nach dem Mauerbau mit der Lage im Januar 1933 verglichen wurde. Dieses Mal, so Professor Gerhart Eisler am 14. August »zu den Westberliner Arbeitern und zu allen anderen vernünftigen Westberlinern«, sei die Verteidigung der Interessen der Werktätigen gegen die »Großkapitalisten und Militaristen« gelungen. »Was ich bedaure, ist eines: Daß die deutschen Arbeiter 1933 eine solche Arbeiter-Armee nicht hatten. Denn dann wäre Hitler wie seine Schergen vernichtet worden, er hätte nicht die Macht ergreifen können, und der 2. Weltkrieg wäre verhindert worden.«³³

Nicht alle Kampagnen wurden in so schrillen Tönen geführt wie diejenige im Zuge der Berlin-Krise und des Mauerbaus; derartige Überspitzungen verweisen vielmehr auf die zentrale Bedeutung, die die Ereignisse der Jahre 1960/61 für den Bestand und die Glaubwürdigkeit der DDR hatten. Doch regelmäßig war die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus fester Bestandteil der Argumentationen. So bot die anhaltende Debatte um die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik Anlaß, immer wieder darauf hinzuweisen, daß hier abermals ein »Ermächtigungsgesetz« bzw. »ein neuer 30. Januar« vorbereitet werde.³⁴ Selbst anlässlich des Besuchs der britischen Königin in Bonn 1965 sahen sich die Agitatoren beim ZK bemüßigt, vor den Gefahren einer neuen Appeasement-Politik zu warnen.³⁵

war dann auch ein Mitglied jener berüchtigten Einsatzkommandos der SS, die Kommunisten und Sozialdemokraten in die Gefängnisse schleppten. Er blieb nach 1945 seinem braunen Ungeist treu, und da er in der DDR keine politische Heimat fand, fühlte er sich zur Politik Adenauers und Brandts hingezogen. Schließlich landete er beim Ostbüro der SPD. Wir gratulieren zu dieser feinen Errungenschaft. Ehemalige SS-Mitglieder werden vom Ostbüro der SPD gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Ostdeutschlands eingesetzt. In solche Tiefen wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von Brandt und Wehner gezogen.«; Tageskommentar, Berliner Rundfunk, 12. 8. 1961, Autor: Alfred Fleischhacker, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/911.

33 Kommentar des Tages, Berliner Rundfunk, 14. 8. 1961, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/915.

34 Abt. Agitation: Argumentationshinweise Nr. 58 (29. 5. 1965), SAPMO-BA, IV A2/902/47.

35 »Schon einmal haben Großbritannien und andere Mächte dem Drängen des deutschen Imperialismus nach Vorherrschaft gegenüber seinen Nachbarn nachgegeben, in dem Glauben, seinen Aggressionsdrang unter Kontrolle halten und in bestimmte Bahnen lenken zu können. Das führte zum Münchener Abkommen von 1938 und begünstigte die Entfesselung des 2. Weltkrieges durch Hitler. Heute den Bonner revanchistischen Zielen nachzugeben, d. h., erneut große Gefahren für die Menschheit zu schaffen. Die Bevölkerung der DDR versteht die Besorgnis in der britischen Öffentlichkeit darüber, daß die britische Regierung in ihrer Deutschland-Politik eine Haltung einnimmt, die den nach dem 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Realitäten widerspricht.«; Abt. Agitation: Argumentationshinweise Nr. 52 (18. 5. 1965), SAPMO-BA, IV A2/902/47.

Andere Propagandakampagnen verfolgten weniger konkrete politische Ziele. Das gilt z. B. für jene, die im Zuge der antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik um die Jahreswende 1959/60³⁶ gestartet wurde. Nahezu täglich berichtete der Rundfunk im Januar/Februar 1960 über den vermeintlich ungebrochenen oder wieder erwachten Antisemitismus und Nazismus in der Bundesrepublik.³⁷ In diesem Falle dürften die Ziele eher allgemeinerer Art gewesen sein: Die Ereignisse dienten als Belege für die schon vorher gebetsmühlenartig wiederholte These einer ungebrochenen Kontinuität vom NS-Staat zur Bundesrepublik. Die Bonner Regierung sollte im Ausland diskreditiert und im Gegenzug die DDR auf der internationalen Bühne aufgewertet werden.³⁸

Wie wenig man den eigenen Ansprüchen gerecht wurde, läßt sich allerdings schon daran ablesen, daß Antisemitismus ausschließlich als westdeutsches Phänomen beschrieben wurde. Über die mentalen Kontinuitäten im eigenen Land, die antisemitischen Verfolgungen während der Stalin-Zeit und über den hohen Assimilationsdruck, der nach wie vor auf den Juden in der DDR lastete, schwiegen die Medien konsequent.

Immer wieder bezog sich die Geschichtspropaganda auf dieselben ideologischen Axiome. Bestimmend für das Geschichtsbild war in den 60er Jahren die sogenannte »Nationale Grundkonzeption«, deren Durchsetzung im Zusammenhang mit dem »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« Anfang der 50er Jahre stand. Dieses Programm, das infolge der Entstalinisierung zunächst nicht konsequent umgesetzt werden konnte, übertrug den Historikern die Aufgabe zu erklären, »weshalb der Sieg des Friedens und des Sozialismus in ganz Deutschland unvermeidlich ist.«³⁹ Seinen inhaltlichen Ausdruck fand dieser Anspruch in einer »Zwei-Li-

36 Dazu: Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994, S. 276 ff., sowie Werner Bergmann, *Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Welle im Winter 1959/60*, in: *Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945*, hrsg. von Werner Bergmann u. Rainer Erb, Opladen 1990, S. 253–275.

37 Die Berichterstattung ging dabei auf sehr verschiedene Ereignisse zurück: Neben den Ereignissen im Umkreis der eigentlichen Vorfälle sind auch zahlreiche Thematisierungsinitionen des Rundfunks und anderer Institutionen zu verzeichnen. So initiierte der Rundfunk Diskussionsrunden und sendete Ausschnitte des Theaterstücks »Professor Mamlock« von Friedrich Wolf. Daneben wurde über eigens angesetzte Film- und Theateraufführungen sowie andere öffentliche Veranstaltungen zur Gefahr des »Faschismus« bzw. Antisemitismus berichtet; vgl. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/1–188 sowie DOK 1949.

38 Daß die Ereignisse selbst von der DDR-Staatssicherheit maßgeblich beeinflusst waren, wie die damalige Bundesregierung unterstellte, konnte bisher nicht überzeugend nachgewiesen werden.

39 Walter Ulbricht, Referat zum »Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« auf der 16. Tagung des ZK der SED vom 26.–28. 6. 1962, in: *ZfG* 10 (1962), S. 1255–1337, hier: 1273.

nien«-Theorie, derzufolge sich die deutsche Geschichte seit dem 19. Jahrhundert in eine »progressive Linie« teile, die vom Liberalismus und der Arbeiterbewegung bis hin zur KPD und SED führe, und eine »reaktionäre Linie«, die vom Kaiserreich über den Nationalsozialismus bis zu Adenauer und der westdeutschen SPD reiche, welche unter Wehner und Brandt zur aktiven Unterstützerin der Reaktion degeneriert sei.⁴⁰ Dementsprechend sollte auch die Rundfunkpropaganda glauben machen, daß nur die Unterstützung der DDR und ihrer Politik Schutz davor böte, daß »die alten Kräfte«, das »Bündnis aus Imperialisten und Monopolkapital« mit Hilfe ihrer »nazierprobten Handlanger« Deutschland aus Gier und unbändigem Machtstreben nach den beiden vergangenen Weltkriegen erneut in die Katastrophe stürzen könnten, in eine Katastrophe, die im atomaren Zeitalter allerdings alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen würde.⁴¹

40 Idealtypisch findet sich diese Argumentation z. B. in einem Kommentar vom 3. Januar 1964 auf Radio DDR zum 45. Jahrestag der Revolution von 1918/19: »Was hat die deutsche Großbourgeoisie nicht alles unserem Volke an Leid zugefügt, was hat sie nicht jeder deutschen Familie alles angetan? Welche unerhörten Verluste an Gut und Blut kommen auf ihr Schuldenkonto? Sie hat die Grenzen von 1914, 1922 und die von 1937 unwiderruflich verspielt. Um ihrer Macht willen wollte sie Deutschland immer größer machen und scheute sie kein Verbrechen. Doch tatsächlich machte sie Deutschland immer kleiner und würde der Staat, wo sie heute noch bestimmt, in dem von ihr einkalkulierten und vorbereiteten Revanchekrieg vollends verschwinden. Westdeutschland und große Teile der Nation würden sich in ein Nichts verwandeln.« Dagegen hätten stets die Warnungen der KPD/SED gestanden: »Ein Kommunist war es, Ernst Thälmann, der schon damals in der Stunde, als Millionen im fiebrigen Taumel der Hoffnung mit dem Faschismus zogen, rief: »Hitler – das ist der Krieg!«. Aber die Kommunisten forderten und warnen nicht nur. Sie wußten zu kämpfen, zu leiden und für die Sache ihres Volkes zu sterben, wie hunderttausende Antifaschisten vieler Richtungen und Parteien.«; Autor: Manfred Klein; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

41 »Hitlers Generale und Stabsoffiziere haben die Hand auf die Pershing-Atomraketen gelegt. Sie erwarten sehnsüchtig den Tag, an dem sie die Verfügungsgewalt über die 25-fachen Hiroshima-Bomben erhalten. Seit Jahren streben sie diesem Ziel zu. [...] Es sind immer die gleichen Thesen in den Denkschriften der unbelchrbaren Generale. Seit Schlieffen finden wir immer wieder die gleichen Dogmen: Die zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners wird ausgeglichen durch die Führungskunst des deutschen Generalstabes, die Blitzkriegsstrategie, die Ausnutzung der modernsten Waffentechnik und den extra hoch gezüchteten Angriffsgest der Soldaten. Die gleichen Schlußfolgerungen ziehen Hitlers Generale auch heute noch, nach ihrer Katastrophe von 1945. [...] Mit der Honest John, dem Ehrbaren Johann, begann die Atomausrüstung der Bundeswehr. Jetzt rechnen Hitlers Offiziere schon mit den Polaris-Raketen, die eine Reichweite von über zweitausend Kilometer besitzen. Gerade deshalb ist es heute notwendiger denn je, die Atomwaffen aus den Händen der Offiziere Hitlers zu reißen.«; Dokumentation »Was steht hinter dem Projekt der MLF« in der Sendereihe »Militarismus ohne Maske«, Berliner Welle, 13. 2. 1964, Autor: Heinz Britsche, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/166.

Der Preis für eine solche, letztlich allein an aktuellen Interessen orientierten Sichtweise, war die Einebnung aller Differenzierungen und Entwicklungen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in den Kategorien des »Imperialismus«, »Militarismus« und »Monopolkapitals« respektive deren siegreichen Gegenspielern. Damit war der Nationalsozialismus im Grunde seiner spezifischen Qualität entkleidet und ordnete sich nahtlos in die Kontinuität des »faschistischen deutschen Imperialismus« ein.

II. Geschichtssendungen

Die an der Tagespolitik orientierte Propaganda war zwar die dominierende Form, in der Geschichte im Rundfunk eine Rolle spielte. Einen anderen Ausdruck aber fanden Ulbrichts Bemühungen, die Geschichte nun systematisch für die Sache des Sozialismus in Dienst zu nehmen, im Radio in historischen Sendereihen und Vortragszyklen von Historikern.⁴² Natürlich sollten auch diese (populär-)wissenschaftlichen Sendungen dazu dienen, in der breiten Bevölkerung die Axiome der nationalen Grundkonzeption zu verankern und damit die aktuelle Politik historisch zu legitimieren.⁴³ Doch ist diesen Beiträgen anzumerken, daß sie zumindest in Grenzen anderen Gesetzmäßigkeiten folgten als die tägliche Agitation. Denn während Klischees, Vereinfachungen und grobschlächtige Urteile den Verwertungsinteressen von Journalisten durchaus nicht zwangsläufig entgegenstehen müssen, gelang es Fachhistorikern nicht immer reibungslos, ihre »déformation professionnelle« – also den Hang zum Differenzieren und die Rückführung ihre Argumente auf verbürgte empirische Fakten – der politischen Opportunität in der geforderten Form unterzuordnen.

Das illustriert exemplarisch der Fall des Historikers Günter Paulus, der 1962/63 im Deutschlandsender eine Reihe von Rundfunkvorträgen über

42 Vgl. z. B. Deutschlandsender, Intendanz, Sendereihen zur Geschichtspropaganda (11. 8. 1962), Abteilung Agitation, SAPMO-BA, DY 30, IV 2/902/84.

43 Vgl. beispielsweise eine an das Staatliche Rundfunkkomitee gerichtete Ankündigung einer Konferenz des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) aus Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung der I. Internationale: »Die Konferenz soll ein Forum zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den neuesten Verfälschungen der westdeutschen Geschichtsschreibung zu einigen Hauptproblemen des 2. Weltkriegs sein. Die Konferenz verfolgt das Ziel, insbesondere den Charakter des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Gesetzmäßigkeiten seiner Niederlagen und seine Perspektivlosigkeit darzulegen. Es geht in diesem Zusammenhang darum, die heutigen Atomkriegspläne der Bonner Ultras zur Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu entlarven.«; vgl. BA, DR 6/64.

die Zeit des Nationalsozialismus hielt und diese kurz darauf kaum verändert in einem populärwissenschaftlichen Band veröffentlichte.⁴⁴ Begünstigt durch die Phase der Entideologisierung nach dem Mauerbau, lieferte Paulus – ohne die von der Partei vorgegebene Grundlinie zu verlassen – eine Reihe von unorthodoxen Interpretationen und Sichtweisen, die – weiter vertieft – durchaus geeignet gewesen wären, eine Revision der etablierten Deutung zu befördern. So gestand er Hitler eine Position zu, die über diejenige einer »Marionette des Monopolkapitals« hinausging, deutete die keineswegs nur heldenhafte Rolle der sowjetischen Armee bei der Besetzung 1945 an, äußerte vorsichtig Kritik an der Politik der KPD vor 1933 und erwähnte die Existenz des geheimen Zusatzabkommens des Hitler-Stalin Paktes von 1939.⁴⁵ Wäre es bei den Rundfunkbeiträgen geblieben, hätte Paulus vermutlich kaum eine ernste Konfrontation fürchten müssen. Mit der schriftlichen Publikation jedoch gerieten seine Thesen in die Phase der erneuten ideologischen Verengung ab Mitte der 60er Jahre.⁴⁶ Die Auslieferung des Buches wurde gestoppt. Paulus glaubte, die Argumente auf seiner Seite zu haben und bestand zu Anfang auf einer inhaltlichen Diskussion. Damit hatte er die Lage falsch eingeschätzt. In der Folge verlor er seine Position und war zur Aufgabe seiner wissenschaftlichen Karriere gezwungen.⁴⁷

Der Fall zeigt, daß der Anspruch, parteiiche Interpretation und wissenschaftliche Analyse harmonisch miteinander zu versöhnen, selbst dann nicht eingelöst werden konnte, wenn die Bereitschaft zur Interpretation im Sinne der Partei prinzipiell vorhanden war. Hinter deren Anspruch stand ein teleologisches Geschichtsverständnis, aus dem Geschichtsprozeß selbst die Prinzipien und die Legitimation des Sozialismus eindeutig ableiten zu können. Naturgemäß fanden die Auseinandersetzungen um solche Fragen jedoch häufiger im Bereich der Geschichtswissenschaft statt als im Rundfunk.⁴⁸

44 Günter Paulus, *Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches – Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur über Deutschland*, Berlin (Ost) 1965.

45 Ebd., passim.

46 Vgl. Kahlschlag, *Das 11. Plenum des ZK der SED 1965*, Studien und Dokumente, hrsg. von Günter Agde, Berlin 2000.

47 Zum Fall ausführlich: Martin Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus*, in: *Berliner Debatte Initial*, Nr. 4–5/1995, S. 51–67; dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, daß zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik im Zuge der Fischer-Kontroverse ebenfalls Bewegung in die bisher verbreiteten Deutungen kam und sich die Fronten aus Sicht der um einen Abgrenzungskurs der DDR von der Bundesrepublik bemühten Politiker bedrohlich aufzuweichen begannen; ebd., S. 59.

48 Vgl. Martin Sabrow: *Der »ehrliche Meinungsstreit« und die Grenzen der Kritik*, in: *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, hrsg. von Gustavo Corni u. Martin Sabrow, Leipzig 1996, S. 79–117;

Im allgemeinen, das legt schon die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in diesem Zeitraum nahe, orientierten sich auch die populärwissenschaftlichen Vorträge, Dokumentationen und Features an den Interpretationen und Schwerpunkten, die politisch opportun erschienen. Auch in diesem Bereich stand insbesondere die Darstellung des kommunistisch bzw. sozialistisch inspirierten Widerstandes im Mittelpunkt, einschließlich zahlreicher Porträts von bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Kultur der DDR, in denen ihr Engagement im Widerstand und die Zeit der Emigration während des Nationalsozialismus besonders hervorgehoben wurde.

III. Literatur im Radio

Einen nicht unerheblichen Teil machten im Radio schließlich Lesungen und Adaptionen literarischer Abhandlungen aus. Auch hier nahm die Widerstandsthematik breiten Raum ein. Neben Darstellungen von Autoren wie Otto Gotsche, Fritz Selbmann und Bruno Apitz, die den Mythos eines heroischen und in der Substanz erfolgreichen Widerstandes von Kommunisten verbreiteten, bot das Medium auch Raum für sehr viel differenziertere Sichtweisen wie die Bodo Uhse, Anna Seghers' oder Günter de Bruyns. Hinzu kamen die »Klassiker« antifaschistischer Literatur, vor allem einschlägige Werke Brechts und die Lyrik Johannes R. Bechers. Ein zweiter Schwerpunkt lag bei pazifistisch geprägten Darstellungen von Fronterlebnissen im Zweiten Weltkrieg. Zum Teil auf letzteren basierend, zum Teil mit Bezug auf die 20er und 30er Jahre, spielte ferner »Wandlungsliteratur« eine wichtige Rolle: Die Ereignisse der Zeitgeschichte wurden in diesen Erzählungen zu »Erweckungserlebnissen«, die den Anstoß für die Abkehr von Sympathie oder Ambivalenz gegenüber konservativen oder gar nazistischen Einstellungen gaben.⁴⁹

Die Lesungen beschränkten sich jedoch nicht auf zeitgenössische DDR-Autoren. Eine eigene Form von Widerstandsliteratur stellten Werke aus den »Volksdemokratien« dar, also aus Rumänien, der CSSR, Polen etc., die sich im wesentlichen als »heroische Partisanenliteratur« charakterisieren lassen. Ähnlich wie in der ebenfalls vertretenen französischen Resistance-Dichtung stand hier aus einer nationalen Perspektive der hel-

ausführlich jetzt Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*, Hamburg 1999.

49 Z. B. Bodo Uhse: »Söldner und Soldat«, Lesung in der Reihe »Der Mensch und seine Welt« am 10. 3. 1964 im Berliner Rundfunk und Ludwig Renn: »Nachkrieg«, Lesung in der Reihe »Dichtung unserer Zeit« auf der Berliner Welle am 12. 7. 1961; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/246 und BR 61/801.

denhafte Kampf (meist kommunistischer) Partisanen gegen die brutalen deutschen Unterdrücker im Mittelpunkt. Gemeinsam war diesen Darstellungen in der Regel die streng dualistische Darstellung von »bösen« Besatzern und an Idealismus und Moral nicht zu überbietenden Patrioten. Sie verweisen deutlich auf die legitimatorische Funktion eines nationalen Befreiungsmythos in den jeweiligen Ländern.

Die Literatur der Bundesrepublik war ausschnittsweise ebenfalls vertreten. Ein deutlicher Schwerpunkt lag hier bei den Werken einiger Autoren, die sich kritisch mit der Thematisierung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik auseinandersetzten. Neben Marie Luise Kaschnitz waren beispielsweise Heinrich Böll (»Billard um Halbzehn«), Christian Geißler (»Anfrage«) und Peter Weiss mit seiner Dramatisierung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (»Die Ermittlung«) vertreten. Gerade in dieser Auswahl⁵⁰ wird die Überformung des Vergangenheitsdiskurses durch Herrschaftsansprüche deutlich: Es konnten im DDR-Rundfunk durchaus kritische, mit der eigenen Ideologie kaum deckungsgleiche Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gesendet werden, sofern sie sich mit den politischen Interessen der SED-Spitze in Übereinstimmung bringen ließen. In diesem Falle sollten die westdeutschen Autoren, die wegen ihrer Unabhängigkeit von der DDR als besonders glaubwürdig erscheinen, zu Kronzeugen der Defizite des Umgangs mit der Vergangenheit im Westen werden.

Literatur kam im Rundfunk noch in einer anderen Form ins Spiel. In den Kulturmagazinen existierte ein breites Rezensionswesen. Es war keineswegs auf die einschlägigen belletristischen und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen in der DDR beschränkt, sondern in Kulturmagazinen wie »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet« (Berliner Welle)⁵¹ oder »Deutsche Literatur in Ost und West« (Deutschlandsender) wurden zahlreiche westdeutsche, zum Teil auch ausländische Bücher zum Nationalsozialismus vorgestellt. Selbstverständlich waren nicht wenige Auseinandersetzungen äußerst kritisch. Beispielsweise hieß es in einer Rezension, Günter Grass' Roman »Die Blechtrommel« zeige, »daß sich die bürgerliche Literatur in dem gleichen Fäulniszustand wie die bürgerliche Gesellschaft befindet, daß Menschenhaß und barbarische Gesinnung für die intellektuellen Apologeten dieser sterbenden Gesellschaftsordnung kennzeichnend sind.«⁵² Joachim Fests Buch »Das Gesicht des Drit-

⁵⁰ Vertreten waren ferner mit Erich Kästner und Thomas Mann zwei bürgerliche »Klassiker« der literarischen Opposition gegen den Nationalsozialismus.

⁵¹ Die Reihe wurde nach dem Mauerbau bezeichnenderweise in »Bücher aus aller Welt – kritisch betrachtet« umbenannt.

⁵² »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet«, Berliner Welle, 31. 1. 1960; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/122.

ten Reiches« wurde als mißlungener Versuch bezeichnet, mittels »neuro-pathologische[r] Untersuchungen« (!) die Verantwortung des »Finanzkapitals« für Krieg und Vernichtung mit Rücksicht auf dessen Präsenz in der Bundesrepublik zu verschleiern.⁵³

Sehr häufig findet sich das Argumentationsmuster, der Autor verfolge einen lobenswerten und »richtigen« Ansatz, verharre jedoch »objektivistisch« in seinem bürgerlichen Blickwinkel, anstatt einen Schritt weiter zu gehen und auch die richtigen Schlüsse aus seinen Ergebnissen zu ziehen. So wurde eine westliche Veröffentlichung über Eichmann⁵⁴ grundsätzlich begrüßt und positiv aufgenommen, jedoch nicht ohne auf die – nach Meinung des Rezensenten – fehlende Darstellung der Einflußnahme der Bundesrepublik auf den Jerusalemer Prozeß und der nationalsozialistischen Schwerstverbrecher in höchsten Ämtern des Adenauer-Staates hinzuweisen⁵⁵ – nur ein Beispiel dafür, wie die propagandistisch motivierten Setzungen gewissermaßen als Referenz den Diskurs prägten.

Auf der anderen Seite zeigen sich im Kulturbereich besonders deutlich die Grenzen der machtpolitischen Überformung. Hier kam es schon einmal vor, daß der christlich-metaphysische Ansatz des westdeutschen Schriftstellers Stefan Andres auf ebenso viel Wohlwollen stieß wie eine Edition der Briefe Gottfried Benns, dessen anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus und spätere resignative Haltung in der Besprechung weder verschwiegen noch einer ideologischen Kritik unterzogen wurden.⁵⁶

Das fast schon zwanghafte Bestreben, die Richtigkeit der aktuellen Politik systematisch aus der Zeitgeschichte abzuleiten, stieß also durchaus auf Grenzen. Wo diese Grenzen lagen, ist ex post nicht immer leicht zu verorten. Die professionellen Normen von Historikern konnten jedenfalls ebenso dazu gehören wie die subjektiven individuellen Perspektiven künstlerischer Aneignungen oder die eigenwillige Auswahl und Besprechung von Büchern aus der Bundesrepublik, die den »gefestigten Klassenstandpunkt« vermissen ließ. Am geringsten scheint der Spielraum regelmäßig im Bereich des aktuellen politischen Journalismus gewesen zu sein.

53 »Vexierbild Adolf H.«, Literatur-Journal, Deutschlandsender, 5. 10. 1964, Autor: Klaus Beuchler, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/785.

54 Quentin Reynolds, Ephraim Katz u. Zwy Aldouby, Karl Adolf Eichmann, Konstanz 1960.

55 »Kritik und Polemik«, Berliner Rundfunk, 28. 1. 1961, Autor: Ottokar Bischitzki, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/115.

56 »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet«, Berliner Welle, 2. 4. 1961 bzw. 25. 6. 1961, Redaktion: Josef-Hermann Sauter, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/398 und BR 61/730.

IV. Pole des Diskurses: Widerstand und Judenverfolgung

Sieht man von der charakteristischen Entgrenzung von Gegenwart und Vergangenheit in den Kategorien des »Faschismus« und »Antifaschismus« ab, so ist das wohl auffälligste Merkmal des massenmedial verbreiteten Geschichtsdiskurses in diesem Zeitraum die Konzentration auf die Widerstandsthematik und die geringe Aufmerksamkeit, die demgegenüber der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden beigemessen wurde.

Betrachtet man zunächst die Thematisierungen des Widerstandes genauer, so fällt die bereits erwähnte Privilegierung des kommunistischen Widerstandes ins Auge. Rund 60 Prozent der Beiträge zu diesem Thema hatten die Opposition von Kommunisten oder Sozialisten zum Inhalt. Die Darstellungen waren überwiegend geeignet, den Mythos vom ebenso erfolgreichen wie heldenhaften Kampf deutscher Kommunisten gegen die übermächtigen Feinde zu befördern. Charakteristisch ist die Darstellung der Situation in Buchenwald. Hier war es ebenso wie in Sachsenhausen kurz vor dem Ende des Dritten Reiches gelungen, eine funktionierende kommunistische Untergrundorganisation zu etablieren. Dieser Spezialfall schien sich deshalb besonders zu eignen, die These vom erfolgreichen kommunistischen Widerstand zu untermauern, der – entsprechend den Dogmen über den gesetzmäßigen Verlauf des Geschichtsprozesses – den Faschismus letztlich niedergeworfen habe, und dies gleichzeitig mit einer positiven nationalen Tradition zu verbinden. Besonders deutlich wird dies in der Darstellung der Selbstbefreiung des Lagers am 11. April 1945. Der symbolische Aufstand, der dem Eintreffen der Amerikaner unmittelbar vorausging, wurde 1962 folgendermaßen beschrieben: »Im kurzen, heftigen Kampf wurde die SS-Wachmannschaft gefangengenommen und verjagt. Um 18.00 Uhr wurden 300 SS-Leute als Gefangene eingebracht. Das Lager war frei! 21 Tausend Menschen aus etwa 24 Nationen wurde dadurch das Leben gerettet. Die Befreiung des Lagers war die Krönung des illegalen Widerstandskampfes aller Nationen unter Führung der KPD. Mit dem Sieg über die faschistische Barbarei in Buchenwald bewies auch hier die Arbeiterklasse, daß sie die führende Kraft im Kampf gegen Krieg und Faschismus war.«⁵⁷

Die Verhältnisse im Lager wurden entsprechend idealisiert. In einem Feature von 1967 hieß es: »Mit dieser Kraft [gemeint ist die Solidarität unter den Häftlingen, C. C.] gelang es, Hungernden Brot, Verzweifelten Zuspruch, Todeskandidaten Rettung, Aufbegehrenden Ziel und Richtung

⁵⁷ Schilderung des Arbeiterveteranen Richard Kucharczyk v. 24. 4. 1962; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 1274, S. 7.

zu geben; diese Kraft der Solidarität [...] schirmte die Häftlinge ab vor Denunzianten und ließ bis auf den letzten Tag nicht einen Fall von Verrat zu.«⁵⁸ Hier wurde der Antifaschismus nicht nur zur Verkörperung des in der Gegenwart eingeforderten Zusammenhalts, sondern zugleich sakral aufgeladen und zur Antwort auf menschliche Sinn- und Existenznöte. Nur am Rande sei vermerkt, daß eine solche Darstellung mit den tatsächlichen Bedingungen in den Konzentrationslagern nicht viel gemein hatte. Die Übernahme von Funktionen durch die Gefangenenselbstverwaltung war hochgradig ambivalent, der Aufbau der kommunistischen Untergrundorganisation nur um den Preis tiefer Verstrickung in die brutale Realität des Lagers zu haben.⁵⁹ Man mag es daher auch nicht für einen Zufall halten, daß im Manuskript der Sendung (neben anderen) jene Passage gestrichen ist, in der ein ehemaliger Mitgefangener offenbar ohne Argwohn den Revierkapo Ernst Busse erwähnte, dem in der stalinistischen Zeit die mit seiner Funktion verbundene Verstrickung in die Verbrechen des Lagers zum Verhängnis geworden war.⁶⁰ Das Beispiel illustriert, daß persönliche Erinnerungen – trotz Einigkeit in den politischen Grundfragen – ebenso wie empirische historische Analysen immer Gefahr liefen, in einen Widerspruch zum entgrenzten, konsequent dichotomisch angelegten Geschichtsbild des offiziellen Antifaschismus zu geraten. Die Widerstandskämpfer selbst wurden zu Heroen stilisiert, zur Personifizierung der von der SED in der Gegenwart eingeforderten Werte und Tugenden wie Solidarität, Pflichterfüllung, Einsatz für die Sache und Gefolgschaft.⁶¹

Das Bild des Widerstandes war jedoch in den 60er Jahren nicht so einseitig, wie vielleicht vermutet werden könnte. Außer dem Widerstand in den besetzten Ländern⁶² kam nun auch der national-konservative Widerstand im Hörfunkprogramm nicht nur vor, sondern er wurde auch nicht

58 »Solidarität der Klassenbrüder – Widerstand in Buchenwald« vom 4. 5. 1967 auf DDR II zum Jahrestag der Befreiung. Autorin: Marianne Thoms. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 528.

59 Vgl. Der »gesäuberte Antifaschismus«. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, hrsg. von Lutz Niethammer, Berlin 1994.

60 Zum Fall ausführlich Niethammer in: Ebd.

61 »[...] von Ernst Thälmann haben wir gelernt, wie man als Arbeiterjunge kämpfen muß, um seine Feinde zu besiegen, um seine Feinde zu schlagen. Dazu gehört Ehrlichkeit, Opfermut, Aufopferungsfähigkeit und ein richtiges Programm, eine Marschroute, und die hat uns die kommunistische Partei gegeben, und ich glaube, wenn wir diese Lehren von Ernst Thälmann beherzigen, dann wird er nie tot sein und wir werden damit ihm und der ganzen Menschheit den Gefallen tun und das Werk verrichten, was er selbst nicht mehr verrichten konnte, nämlich den Sieg des Kommunismus zu garantieren.«; Arbeiterveteran Erich Auer auf einer Historikertagung 1964 in Greifswald; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 1792.

62 Der Schwerpunkt lag auf Osteuropa und Frankreich.

mehr durchweg negativ bewertet. Hieß es über die Männer des 20. Juli zum 10. Jahrestag 1954 noch, es habe sich um »persönlich Mißvergnügte [...] auf der Suche nach neuen Wegen und Mitteln zur Erhaltung des Militarismus« gehandelt⁶³, und hatte ein Hörspiel, das ein positives Bild zeichnete, 1957 die politische Leitungsebene des Rundfunks beschäftigt⁶⁴, so fiel das Urteil zum 20. Jahrestag 1964 anders aus. Entsprechend der »Zwei-Linien«-Theorie wurde die Bewegung nun in einen »reaktionär-klerikalen« Flügel um Goerdeler, der »die Wesenszüge (trug), die dem deutschen Imperialismus noch heute eigen sind: Aggressivität, Streben nach fremdem Grund und Boden, Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt [...] und die eigenen Möglichkeiten richtig zu beurteilen«, sowie in »patriotisch gesinnte Kräfte« um Stauffenberg und den Kreisauer Kreis eingeteilt. Letztere hätten sich – wie es in einem Kommentar heißt – »von sich aus in einigen Grundfragen dem Programm des Nationalkomitees ›Freies Deutschland‹ genähert«. ⁶⁵ In dieser Argumentation scheinen freilich die alten Vorbehalte noch durch, und sie läßt vor allem keinen Zweifel an der nach wie vor gültigen Hierarchie, die den kommunistischen Widerstand an die Spitze stellte.

Der Versuch, die Männer um Stauffenberg für die DDR zu vereinnahmen, ging mit propagandistischen Bemühungen einher, die Legitimität der bundesrepublikanischen Traditionspflege zurückzuweisen: Bundespräsident Lübke, der »als V-Mann der Gestapo in Peenemünde sein privates KZ unterhielt«, sei moralisch ebensowenig berechtigt, nun im Namen der Opfer zu sprechen, wie Herbert Wehner, »der selbst aus Feigheit

63 Kommentar des Deutschlandsenders zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944, 19. 7. 1954. Autor: Gabriel Brüge (Institut für Zeitgeschichte). Der Kommentar folgte insofern ebenfalls bereits der »Zwei-Linien«-Theorie der Nationalen Grundkonzeption, als Stauffenberg schon hier wegen seiner überparteilichen Kontakte positiv bewertet wurde. Am Gesamturteil änderte das jedoch nichts: »Der politischen Zwecklegende, daß die Oppositionsbewegung der Generäle die stärkste Widerstandskraft gegen den Hitlerfaschismus gewesen ist, muß die geschichtliche Tatsache entgegengestellt werden, daß das Zentrum der antifaschistischen Widerstandsbewegung die illegalen Gruppen und Zirkel der Kommunisten und Sozialisten waren«; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1487.

64 »Eine wesentliche Schwäche liegt darin, dass die Zusammenhänge und Ziele, die das Monopolkapital mit dem Putsch am 20. Juli verfolgte, nicht herausgestellt wurden. In seiner jetzigen Form trägt es (das Hörspiel ›Das Attentat‹, C. C.) nicht dazu bei, die Wahrheit über den 20. Juli aufzudecken. Es idealisiert und macht alle Beteiligten am Attentat zu Helden für einen grossen Teil der Bevölkerung, insbesondere der jungen Menschen, die die geschichtliche Entwicklung nicht kennen. [...] Der Unterschied zwischen Revolution und Putsch wird hier überhaupt nicht angesprochen.« Beschlußprotokoll 38/57 der Leitungssitzung des Staatlichen Rundfunkkomitees v. 22. 10. 1957, BA, DR-6, 352.

65 Kommentar »Zum 20. Juli«, Radio DDR I, 18. 7. 1964; Autor: Dr. Egbert v. Franckenberg, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DDR 64/545.

Antifaschisten an die Gestapo auslieferte«. ⁶⁶ Der Bundesregierung insgesamt stritt man jedes Recht ab, sich auf die Widerstandsbewegung zu berufen: Dies sei »widerliche Heuchelei« und eine »Beleidigung der Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli«. ⁶⁷ Einzig in der Politik der DDR und ihrer politischen Elite seien die Intentionen der Widerständler um Stauffenberg verwirklicht. ⁶⁸

Die Erweiterung des Spektrums der Widerstandswahrnehmung beschränkte sich im wesentlichen auf die Gruppen im Umkreis des gescheiterten Attentats vom 20. Juli. Christlich motivierte Gegner des Nationalsozialismus und jüdische Initiativen fanden nur sehr vereinzelt in den Kulturprogrammen Erwähnung. ⁶⁹ Die veränderte Wahrnehmung des Widerstandes hatte also weniger mit historischer Differenzierung zu tun, sondern läßt sich eher mit der sozialintegrativen Funktion des Themas in der Gegenwart erklären: Letztere legte es nahe, den antifaschistischen Mythos von der Einigkeit »aller fortschrittlich gesinnten Kräfte« zu beschwören. Dies implizierte freilich die Wahrnehmung einer gewissen Breite der Widerstandsbewegung, ohne zugleich die Legitimität des kommunistischen Führungsanspruches in Frage zu stellen.

Auch die Judenverfolgung blieb unterbelichtet. Sie hatte in der ökonomistischen Interpretation »eigentlich kein[en] Platz«, wie es ein DDR-Historiker nach der Wende formulierte. ⁷⁰ Jede besondere Heraushebung hätte im Gegenteil die These einer einfachen Kontinuität des Imperialis-

66 Kommentar des Deutschlandsenders, 21. 7. 1964, Autor: Richard Friedrich, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/581. Die Bezeichnung Lübkes als »V-Mann der Gestapo« stellte den Kern einer Kampagne der DDR gegen seine kurz zuvor anstehende Wiederwahl dar. Vgl. z. B. Tagekommentar, Radio DDR I, 30. 6. 1964 (wie Anm. 21).

67 Kommentar »Zum 20. Juli«, Radio DDR I, 18. 7. 1964 (wie Anm. 65).

68 »Jenes freie Deutschland, das von Stauffenberg hochleben ließ, ehe er in der Bendlerstraße unter den Kugeln eines Hinrichtungskommandos zusammenbrach, ist nur in der Deutschen Demokratischen Republik zu finden. Und nur unsere Regierung und die von ihr vertretene Politik der friedlichen Koexistenz und der Verständigung sichert den Frieden für Deutschland, für dessen Erringung Stauffenberg sein Leben gab. Hier sind Männer an der Regierung, die wie die Verschwörer des 20. Juli die verbrecherische Nazierrschaft nicht unterstützt oder im stillen Kämmerlein gegen sie räsoniert, sondern die Widerstand leisteten und aktiv gegen Hitler und seine Verbrechen auftraten«; Kommentar zum Sonntag, Berliner Rundfunk, 19. 7. 64, Autor: Werner Pincus, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/692.

69 Eine der Ausnahmen: »Literatur heute und morgen«, Berliner Rundfunk, 15. 4. 1960; Lesung aus dem Roman »Auch in jener Nacht brannten Lichter« von Curt Letsche über die »Weiße Rose«; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/394.

70 Vgl. Olaf Groehler, Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Umgang mit dem Holocaust (wie Anm. 8), S. 233–245, hier: S. 240, sowie jetzt auch Käppner (wie Anm. 48).

mus in Frage gestellt. Dementsprechend wurde das Thema zunächst weitgehend von der Propaganda gegen die Bundesrepublik vereinnahmt. Vor allem im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß und den Kampagnen gegen Globke mußte deren historische Rolle zur Sprache kommen. Dabei wurden Antisemitismus und Verfolgung jedoch entsprechend den ideologischen Prämissen lediglich als »Epiphänomen« des Faschismus wahrgenommen. Im Mittelpunkt standen deshalb die Zwangsarbeit und die ökonomischen Aspekte der Konzentrationslager. Beispielsweise wurde behauptet, der Frankfurter Auschwitz-Prozeß diene allein der Ablenkung von den eigentlich Schuldigen:

»Es geht um die Rettung der Hintermänner, um die Stützen und Befehlsgeber des Hitlerstaates, die heute Stützen und Befehlsgeber des Bonner Staates sind. Es geht um die Rolle des IG-Farbenkonzerns bei der Vernichtung von 6 Millionen Menschen in Auschwitz. [...] In den Büros dieses Konzerns, dessen wirtschaftliche Macht heute stärker als 1945 ist, laufen alle Fäden der Verschleierung zusammen. [...] Hier geht es nämlich [...] darum, daß die Hintermänner des millionenfachen Mordes von Auschwitz im Bonner Staat neue Verbrechen vorbereiten.«⁷¹

Immerhin kam das Thema nun deutlich häufiger zur Sprache als in den 50er Jahren, wo entsprechende Radiobeiträge äußerst selten nachzuweisen sind. Zudem scheint es, als habe die Konzentration der Propagandisten auf Globke, Eichmann und die NS-Prozesse in der Bundesrepublik den Weg für Annäherungen ohne unmittelbare politische Verwertungsinteressen gebnet. Eine Dokumentation, die anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gesendet wurde, beinhaltete zwar auch den obligatorischen Hinweis auf die NS-Täter in der Bundesrepublik, im Mittelpunkt der Sendung standen jedoch der Ghetto-Aufstand und die Vernichtungspolitik.⁷² Hinzu kamen Vorstellungen (westlicher) Bücher und Lesungen im Rahmen der Kulturmagazine.⁷³ Meist ebenfalls im literarischen Kontext standen erste Porträts von Einzelschicksalen, darunter auch das des in Bergen-Belsen ermordeten Mädchens Anne Frank. Sachliche, zum Teil wissenschaftlich fundierte Annäherungen in Form von Features und Dokumentationen gab es überwiegend in die zweite Hälfte der 60er Jahre. In der Reihe »Lebendige Geschichte« auf DDR II konnten nun Komplexe wie die »Wannseekonferenz« (29. 1. 1967) und die so-

71 Kommentar zum Frankfurter Auschwitz-Prozeß, Berliner Rundfunk, 6. 3. 1964, Autor: Alfred Fleischhacker; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/64.

72 »Sammelplatz Shelasnastrasse«, Deutschlandsender, 21. 4. 1963; Autor: Horst Grothe, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, 2013258000.

73 Z. B. die Vorstellung der Dokumentation »Der gelbe Stern« von Gerhard Schoenberger in der Sendereihe »Kritik und Polemik«; Berliner Rundfunk, 4. 3. 1961; Autor: Josef-Hermann Sauter; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/261

nannte »Reichskristallnacht« (30. 3. 1969) behandelt werden.⁷⁴ Ungeachtet dieser Entwicklung müssen allerdings die Proportionen im Blick bleiben: Gemessen an der gesamten Faschismus-Rhetorik und auch der Widerstandsthematik behandelte nach wie vor nur ein verschwindend kleiner Anteil der Beiträge die Verfolgung und Ermordung der Juden.

Bei allen Deformationen, die das politisch überstrapazierte Geschichtsbild erfuhr, beleuchteten die ideologisch und gesellschaftlich vorgegebenen Perspektiven auch Aspekte, mit denen man sich in der Bundesrepublik in dieser Zeit (und teilweise erheblich darüber hinaus) schwer tat. Zu nennen sind hier vor allem die bereits in den 60er Jahren verankerte Wahrnehmung der Kriegsverbrechen an der Ostfront, der ökonomischen Ausbeutung von Häftlingen und Zwangsarbeitern und allgemein der Verstrickung deutscher Unternehmen in die Verbrechen des Regimes.

V. Funktionen des Antifaschismus

Am offensichtlichsten ist die Instrumentalisierung der Vergangenheit für außenpolitische Zwecke. Die propagandistischen Vorwürfe gegen die Bundesregierung, die auch international breit gestreut wurden, stellten eine flankierende Maßnahme dar, die auf staatliche Anerkennung zielenden Außenpolitik dar. Die Propaganda sollte auf der internationalen Bühne suggerieren, daß allein die DDR die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz konsequent umgesetzt habe, während im Falle der Bundesrepublik anhaltendes Mißtrauen Berechtigung habe.⁷⁵ Die Aufwertung der DDR bei gleichzeitiger Diskreditierung des West-Staates diene außenpolitisch der wenig erfolgversprechenden Strategie, Keile in den westlichen Block zu treiben. Zugleich stellte dies den Versuch dar, auf das Engagement der Bundesrepublik in Osteuropa zu reagieren und Blockpartner von der Aufnahme formeller Beziehungen zur Bundesrepublik abzuhalten.⁷⁶

Stärker noch waren die Hoffnungen, mit den Kampagnen zur Ausweitung der inneren Konflikte der Bundesrepublik beitragen zu können. Durch Aufklärung über die Zahl, die Positionen und die unveränderten Ziele »der Nazis im Bonner Staat« müsse das Bewußtsein der Massen mit Hilfe der oppositionellen Kräfte im Westen so geschärft werden, daß sie »die Kontinuität der Klassenkräfte« erkennen könnten und merkten, daß »die Bonner Regierung zur Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne nach außen nicht auf die Mitwirkung der Hitler-Generäle, SS-Mörder,

74 DRA Berlin, Bestand Hörfunk, 2020049000 und 2020124000.

75 Lemke (wie Anm. 26), S. 67.

76 Zu den Schwierigkeiten der DDR mit den Block-Staaten vgl. Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1996, S. 255 ff.

Naziblutrichter, Gestapoleute und Nazidiplomaten verzichten kann und will.«⁷⁷ Indirekt hatten die aggressiven, im Ton oft unmäßigen Enthüllungen einen defensiven Hintergrund: Sie stellten den eher hilflosen Versuch dar, der zunehmenden (wirtschaftlichen) Attraktivität der Bundesrepublik auf ideologisch-moralischem Gebiet zu begegnen. Ihre Wirksamkeit im intendierten Sinne hielt sich in entsprechenden Grenzen.⁷⁸

Die Bedeutung, die dem Umgang mit dem Nationalsozialismus innenpolitisch zukam, ist weniger offensichtlich. Schon direkt nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« kam der Kategorie des »Faschismus« und dem vagen Konzept seiner Überwindung im »Antifaschismus« für die Etablierung der unter einem chronischen Legitimationsdefizit leidenden kommunistischen Herrschaft eine besondere Bedeutung zu. Die Berufung auf einen Neuaufbau unter »antifaschistisch-demokratischen« Vorzeichen ermöglichte es der KPD/SED in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ein scheinbar konsensuales Ziel aller »fortschrittlichen Kräfte« zu formulieren und zugleich mehr oder minder offen den Ausbau einer hegemonialen Position zu betreiben.⁷⁹ In der SBZ/DDR bekam die Verinnahmung der Vergangenheit schnell vielfältige Dimensionen: Sie diente der sukzessiven Ausschaltung nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der innerparteilichen Opposition und war zugleich funktional für die Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, Wehrmatsangehöriger und Mitläufer.⁸⁰ Damit zwangsläufig verbunden war ein zunehmender Druck zur Kanonisierung und Entdifferenzierung der Geschichtserinnerung.

Das Problem der Bindung einer skeptischen Bevölkerungsmehrheit an ein neues politisches System, das sich nicht problemlos traditional legitimieren konnte, stellte sich als spezifisches Nachkriegsproblem in beiden deutschen Staaten. Spätestens seit dem Mauerbau begann jedoch auch in der DDR eine Konsolidierungsphase, in der sich das System nach dem unter hohen sozialen Kosten betriebenen Umbau der Gesellschaft in den 50er Jahren etablierte und stabilisierte.

Zwar blieb die Entwicklung in vieler Hinsicht krisenhaft⁸¹, aber für

77 »Das Hauptziel muß darin bestehen, die Kluft zwischen den extremsten aggressiven Kreisen im Bonner Staat, die sich auf die alten und neuen Faschisten stützen und die Revanchepolitik Hitlers fortsetzen, und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die Frieden und Sicherheit wünscht, zu vertiefen.«; Westkommission beim Politbüro: »Konzeption für die Weiterführung unseres Kampfes gegen die schwerbelasteten Faschisten und ihre Ideologie im Bonner Staat«, 9. 10. 1963, SAPMO-BA, DY 30/IV A2/902/22.

78 Lemke (wie Anm. 26), S. 79 ff.; Staritz (wie Anm. 76), S. 256 f.

79 Vgl. Ulrich Mählert, Die Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffes durch die KPD/SED, in: Geschichte-Erziehung-Politik (GEP) 4 (1993), S. 441–452.

80 Danyel, Opfer- und Verfolgtenperspektive (wie Anm. 4), S. 42.

81 Zu nennen wären hier vor allem der 1960 unter großem Druck herbeigeführte »Abschluß der Kollektivierung«, das Scheitern der vollmundig proklamierten

die Identität und Legitimation des Staates brachte gerade die Konsolidierung paradoxerweise noch andere Probleme mit sich. So ließ der Ausgang der Berlin-Krise auch aus DDR-Perspektive keinen Zweifel mehr daran, daß die offiziell stets angestrebte Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen mittelfristig keine Chance hatte. Die proklamierte »Überlegenheit des Sozialismus« auf wirtschaftlichem Gebiet erwies sich ebenfalls zunehmend deutlich als Illusion. Die Einlösung der utopischen Versprechen des Sozialismus rückte in immer weitere Ferne⁸², und der Aufbau-Mythos verbrauchte sich zusehends, während die Attraktivität der stets präsenten westlichen Warenwelt – allen Unkenrufen ihres unmittelbar bevorstehenden Untergangs zum Trotz – weiter zunahm. Verschärfend kam hinzu, daß sich Probleme und Krisen kaum noch wie zuvor »rückständigen Elementen« im Inneren und Infiltrationen von außen anlasten ließen, während zugleich der Druck zum Arrangement mit der DDR erheblich zugenommen hatte: Mit dem Bau der Mauer war nicht zuletzt ein wichtiges Ventil der Unzufriedenheit verschlossen worden.

Bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU kam es unter dem Druck des scharfen und für die DDR-Führung überraschenden Bruchs mit Stalin zu einer Transformation des Legitimationsdiskurses, der sich nun auf das Feld der gesellschaftlichen Reformen und der Betonung des bisher Erreichten konzentrierte.⁸³ Dieser Prozeß barg schon in sich einige Brisanz. Die Probleme, die sich aus all dem für die Legitimation der DDR ergaben, ließen sich damit jedoch auf Dauer kaum lösen. Die Legitimationskrise war augenfällig: Sie manifestierte sich in der massenhaften »Republikflucht« ebenso wie in dem Bauwerk, das diese unterbinden sollte, der Berliner Mauer. Das erfolgreiche Modell der Bundesrepublik, wo wirtschaftliche Prosperität und freie Wahlen eine stetig wachsende Akzeptanz erzeugten, stand für die DDR nicht zur Debatte bzw. es lag außerhalb ihrer Reichweite. Schwer wog auch, daß sich der Reformdiskurs im Laufe des Jahrzehnts ebenfalls verschleiß. Spätestens Mitte des Jahrzehnts sahen sich die Intellektuellen und Künstler mit der Tatsache konfrontiert, daß die Partei nach wie vor nicht dauerhaft bereit war, ihren Anspruch auf

»Ökonomischen Hauptaufgabe«, die tiefe Wirtschaftskrise Anfang der 60er Jahre mit der Konsequenz des Mauerbaus sowie das Scheitern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen im Laufe des Jahrzehnts und schließlich die gewaltsame Niederschlagung demokratischer Ansätze in der CSSR 1968.

82 Vgl. Joshua Feinstein, *Spur der Steine. Zum Verhältnis von Gegenwart und Geschichte im DEFA-Spielfilm der sechziger Jahre*, in: *Verwaltete Vergangenheit* (wie Anm. 23), S. 216–236.

83 Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt a. M. 1992, S. 123 ff.

Deutungshoheit einzuschränken.⁸⁴ Mit der faktischen Suspendierung des »Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung« (NÖSPL) wenig später wurde klar, daß dies auch für den Lenkungsanspruch im wirtschaftlichen Bereich galt.

Vor dem Hintergrund der Transformation der Legitimationsbezüge nach dem XX. Parteitag wirkt der Rekurs auf den Nationalsozialismus wie ein Fixpunkt in einer instabil gewordenen Landschaft. Wo sich andere Mobilisierungsstrategien und Versprechen aufgebraucht hatten, wo sich angesichts rapider Kurswechsel gerade auch in den eigenen Reihen Unsicherheit verbreitet hatte, schien im Antifaschismus ein konsensueller legitimatorischer Kern zur Hand. Die bereits etablierte Praxis, die moralische Argumentation mit der jüngsten deutschen Vergangenheit als Mittel der gesellschaftlichen Integration nach innen und ihrer Abgrenzung nach außen einzusetzen, wurde noch intensiviert. Die überaus heftigen Angriffe nach außen verfolgten immer auch den Zweck, den Zusammenhalt als »Schicksalsgemeinschaft« im Inneren zu erhöhen und die eigene Bevölkerung für die Ziele der Staatsspitze zu gewinnen, respektive in ihrem Sinne zu motivieren. Indem behauptet wurde, alte Nazis bereiteten im Bündnis mit Imperialisten einen neuen Krieg vor, der zwangsläufig in einem atomaren Inferno enden müsse, wurde mit historischen Argumenten eine Bedrohung konstruiert, die größer nicht hätte sein können: Es ging gegen nichts Geringeres als die Apokalypse selbst. Historische Interpretation wurde zu einem moralischen Imperativ, der die Suspendierung von Kritik, Zweifeln und Opposition für ein unangreifbar über allem stehendes Ziel forderte: Es hieß zusammenzustehen nicht nur für die Verteidigung der Nation, sondern für das Überleben der ganzen Menschheit.

Unter diesen Bedingungen entwickelte sich der Antifaschismus weiter in die Richtung eines Angebots einer moralisch substantiierten »Ersatzidentität« für DDR-Bürger, als ein überwölbendes Konstrukt, das parallel zum Verschleiß der sozialistischen Utopie in der Realpolitik mehr denn je gebraucht wurde, um als äußerer Kitt einer von inneren Widersprüchen geprägten Gesellschaft zu dienen.⁸⁵

VI. Grenzen und Wirkungen

Die gesteigerte Instrumentalisierung des Themas für die Legitimation von Herrschaft in den 60er Jahren, wie sie sich in der öffentlichen Sphäre deut-

84 Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR 1945–1990*, Köln 1995, S. 87 ff. und S. 119 ff.

85 Vgl. Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?* In: *GG* 24 (1998), S. 110–131.

lich zeigte, resultierte somit zugleich aus einer vordergründigen Stärke und einer tieferliegenden Schwäche der DDR. Mit neuem Schwung hoffte Ulbricht nun, auch mit Hilfe der Geschichte den Beweis für die Richtigkeit des sozialistischen Modells antreten zu können. Der Rekurs auf die geschichtsphilosophische Legitimation der DDR fiel allerdings kaum zufällig in eine Zeit, in der die Problematik anderer Legitimationsgrundlagen der SED-Herrschaft zunehmend offensichtlich wurde. Historische Argumentationen spielten dabei eine Schlüsselrolle. Sie zeichneten sich durch einen eigentümlichen, zirkulären Charakter aus: Ausgehend von den jeweiligen politischen Zielen waren sie zum einen direkt rückwärts-gewandte Projektionen der Gegenwart, zum anderen erwuchs aus den so erst geschaffenen historischen »Fakten« Erklärungsmacht, die regelmäßig die gegenwärtige Politik als zwingend, wenn nicht gesetzmäßig erscheinen lassen sollte. Die Auflösung der Grenzen zwischen Faktizität und Fiktionalität, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einer eigenen, in sich geschlossenen Sinnwelt war die Folge.

Die Untersuchung der öffentlichen Sphäre zeigt aber auch, daß der mediale Diskurs über das Thema selbst in den 60er Jahren zwar herrschaftlich überformt, aber keineswegs völlig geschlossen war. Die propagandistischen Anstrengungen stießen an zahlreiche Grenzen: Subjektive Erinnerungen und differenzierende, quellengestützte Analysen standen bei aller Akzeptanz eines parteilichen Wahrheitsbegriffs und Übereinstimmung in den grundlegenden politischen Zielen in einem Spannungsverhältnis zum kanonisierten instrumentellen Geschichtsbezug. Vor allem im kulturellen Bereich gab es Lesarten, die sich erkennbar von den propagandistischen Stereotypen abhoben. Daneben konnten die Kampagnen Folgen haben, die jenseits ihrer intendierten Ziele lagen, wie beispielsweise die Angriffe auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus im Westen die (zaghafte) öffentliche Wahrnehmung der nationalsozialistischen Judenverfolgung in der DDR beförderten.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR ein »gesellschaftliches Arrangement« zugrunde lag, das bereits in die Anfänge der kommunistischen Herrschaft zurückreichte⁸⁶ und fortwirkte. Die Entdifferenzierung der Geschichtserinnerung und ihre Monopolisierung kam den Interessen weiter Teile der Bevölkerung entgegen, weil damit die denkbar unpopuläre Debatte über persönliche Schuld und Mitverantwortung vermieden wurde. Persönliche Schuld in der Vergangenheit war nur bei Repräsentanten der Bundesrepublik ein Thema, ansonsten bestand die Chance, »antifaschistischen Geist« in der Gegenwart zu beweisen, in der Loyalität gegenüber der DDR und dem Kampf gegen die »Kriegstreiber und Monopolisten in Bonn«. Das

86 Vgl. Danyel, Opfer- und Verfolgtenperspektive (wie Anm. 4), S. 42 ff.

verbreitete Empfinden, primär Opfer einer ebenso verheerenden wie unvorhersehbaren Entwicklung geworden zu sein, fand durch die These von der alleinigen Verantwortung einiger konspirativ agierender Verbrecher aus den Kreisen der Großindustrie und Hochfinanz sowie ihrer nationalsozialistischen und militärischen »Handlanger« Bestätigung. Die reale Zustimmung vieler zur Herrschaft der Nationalsozialisten wurde tabuisiert, um im Gegenzug Loyalität in der Gegenwart einzufordern. Der staatsoffizielle Antifaschismus ermöglichte so das zeitliche Paradoxon, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart zu beweisen.

Es bleibt die Frage, welcher Erfolg dem instrumentellen Antifaschismus als gesellschaftliche Identifikations-, Integrations- und Legitimationsstrategie beschieden war. Die Rezeptionsforschung zum Hörfunk gibt auf diese Frage keine klare Antwort.⁸⁷ Bis zum Ende der DDR und teilweise darüber hinaus finden sich hingegen Äußerungen zahlreicher Intellektueller, darunter auch Dissidenten, die auf Akzeptanz nicht nur dieses Traditions-Konstrukts deuten⁸⁸, sondern auch den Schluß nahelegen, daß damit sehr wohl ein spezifischer Teil der Identität als DDR-Bürger verbunden wurde.⁸⁹ Obwohl es wenig Zweifel gibt, daß der zum offiziösen Antifaschismus geronnene Umgang mit dem Nationalsozialismus ein wichtiges Feld für die Identifikation mit dem Staat darstellte und somit auch einen Beitrag zur Stabilität der DDR leistete, wird man bei der Beurteilung zeitlich und sozial differenzieren müssen. Aus heutiger Sicht wirkt es so, als habe die systematische Intensivierung des instrumentellen Geschichtsbezugs fehlende Identifikationsmöglichkeiten auf anderen Feldern allenfalls zeitweise kompensieren können. Insbesondere die inflationäre Verwertung als Mobilisierungsstrategie zum Erreichen kurzfristiger

87 Dazu allgemein: Konrad Dussel, *Der DDR-Rundfunk und seine Hörer. Ansätze zur Rezeptionsforschung in Ostdeutschland (1945–1965)*, in: RuG 24 (1998), S. 122–136.

88 »Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen haben.«; Christa Wolf, *Im Dialog. Aktuelle Texte*, Frankfurt a. M. 1990, S. 136; Die Psychologin Annette Simon hat den DDR-Antifaschismus daher retrospektiv als »Loyalitätsfalle« bezeichnet; vgl. FAZ vom 1. 2. 1993.

89 Ein eindrucksvolles Beispiel, das zugleich den Verfall der sozialistischen Utopie als Legitimationsgrundlage dokumentiert, lieferte die Liedermacherin Bettina Wegner, die in ihrem Lied »Mir fällt ein« die Realpolitik am antifaschistischen Heldenmythos maß: »Und ich denke an Thälmann/ und dann seh' ich was ist,/ und das ist wie'n Goldfisch/gegen faulenden Fisch./Und ihr habt was versprochen/und ihr hieltet es nicht/und wer euch erinnert,/der kommt vor Gericht«; zit. nach: Sandra Langenhahn, *Ursprünge und Ausformung des Thälmannkults. Die DEFA-Filme »Sohn seiner Klasse« und »Führer seiner Klasse«*, in: *Leit- und Feindbilder in DDR-Medien*, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 55–65, hier: S. 64 f.

politischer Ziele mußte über kurz oder lang zu erheblichen Verschleißerscheinungen führen, die – durch die enge Verbindung des Themas mit Kernbestandteilen der sozialistischen Ideologie und dem Staatsverständnis als »antifaschistischem Staat«⁹⁰ – dann auch den legitimatorischen Kern der Staatsideologie in Mitleidenschaft zogen. In der Phase der deutschlandpolitischen und globalen Entspannung seit Ende der 60er Jahre war die Formel von einer »Revanche der alten Faschisten« (auch vor dem Hintergrund der alters- und politisch bedingten Ablösung großer Teile der Eliten in der Bundesrepublik) einem massiven Verlust an Glaubwürdigkeit ausgesetzt. Die Entwicklung der offiziellen antifaschistischen Geschichtskultur zu immer inhaltsloseren, ritualisierten Inszenierungen war eine Folge davon.

90 Vgl. Dan Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: *Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost*, hrsg. von Bernhard Moltmann u. a., Frankfurt a. M. 1994, S. 21–29; Diner sieht nicht nur eine enge Verbindung zwischen der historisch-teleologischen Weltdeutung des Staatssozialismus und der Interpretation des Nationalsozialismus als Faschismus, sondern rückt den Antifaschismus als eigentlichen Kern staatlicher Legitimation der DDR ins Zentrum.

Gerd Hardach

Krise und Reform der Sozialen Marktwirtschaft. Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre

I. Wirtschaftliche Entwicklung im »goldenen Zeitalter«

Die 60er Jahre gehörten in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, in die lange Wachstumsphase von 1950 bis 1973, die im Rückblick als ein »goldenes Zeitalter« der kapitalistischen Entwicklung bezeichnet wird.¹ Die Bevölkerung der Bundesrepublik stieg in diesem Zeitraum durchschnittlich um 0,9 Prozent im Jahr, das reale Bruttosozialprodukt um 6,1 Prozent und das reale Bruttosozialprodukt je Einwohner um 4,9 Prozent im Jahr. Die Expansionsphase endete mit der Krise von 1974/75, die nicht nur ein zyklischer Abschwung, sondern auch eine historische Zäsur war. Auf die exzeptionelle Wachstumsphase folgte eine neue Ära, die – je nach Perspektive – als Normalisierung oder auch als relative Stagnation bezeichnet werden kann. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts, die nunmehr mit dem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens identisch war, sank auf 2,0 Prozent im Jahr.² Einige andere westeuropäische Länder und Japan wiesen im »goldenen Zeitalter« ein ähnlich starkes oder sogar noch stärkeres Wirtschaftswachstum auf als die Bundesrepublik Deutschland. So betrug

1 Wendy Carlin, *West German growth and institutions, 1945–90*, in: *Economic growth in Europe since 1945*, hrsg. von Nicholas Crafts u. Gianni Toniolo, Cambridge 1996; N. F. R. Crafts, *The golden age of economic growth in Western Europe, 1950–1973*, in: *Economic History Review* 48 (1995), S. 429–447; Ludger Lindlar, *Das mißverständene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität*, Tübingen 1997; Angus Maddison, *Phases of capitalist development*, Oxford 1992.

2 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1992, S. 50 u. 655.

die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 1950 bis 1973 in Japan 8,0 Prozent, in Italien 5,0 Prozent, in Österreich 4,9 Prozent und in Frankreich 4,0 Prozent. Deutlich schwächer wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in diesem Zeitraum in Großbritannien mit 2,5 Prozent und in den USA mit 2,4 Prozent jährlich.³

Für die beispiellose wirtschaftliche Expansion zwischen 1950 und 1973 sowie die anschließende Verlangsamung des Wachstums gibt es unterschiedliche Erklärungen. Die »Rekonstruktionshypothese« interpretierte die hohen Wachstumsraten der 50er und 60er Jahre im Anschluß an eine Theorie des ungarischen Ökonomen Ferenc Janossy als das Aufholen früherer Wachstumsverluste.⁴ Die These unterstellt, daß das Produktionspotential einer industrialisierten Volkswirtschaft mit einer langfristig konstanten Wachstumsrate zunimmt, die durch das Wachstum der Erwerbsbevölkerung und ihrer Qualifikationsstruktur determiniert wird. Konjunkturkrisen und andere wirtschaftliche Störungen können die gleichmäßige Entwicklung unterbrechen, aber die Wirtschaft wird dann die Tendenz haben, nach Wiederherstellung der Stabilität die Wachstumsverluste aufzuholen und auf den langfristigen Wachstumspfad des Produktionspotentials zurückzukehren. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen, die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und der Zweite Weltkrieg hatten nach dieser These manche Volkswirtschaften für einige Zeit von ihrem langfristigen Wachstumspfad abgebracht. Nach der Wiedergewinnung der Stabilität holten diese Volkswirtschaften mit den hohen Wachstumsraten der 50er und 60er Jahre die Wachstumsverluste der letzten Jahrzehnte auf, um dann seit der Rezession von 1965 bis 1967 auf den langfristigen Entwicklungspfad mit seiner niedrigeren Wachstumsrate einzuschwenken.⁵

Da man inzwischen die 60er Jahre noch dem »goldenen Zeitalter« zu-rechnet, müßte man die Rekonstruktionshypothese um neun Jahre verschieben. Die Rekonstruktionphase würde nicht 1964, sondern erst 1973 enden. Dies ist aber nicht der einzige Einwand. Schwerwiegender ist, daß sich die Grundlage der Rekonstruktionshypothese, ein langfristig konstantes Wachstum von Bevölkerung und Produktivität, das man als den

3 Angus Maddison, *Monitoring the world economy 1820–1992*, Paris 1995, S. 83.

4 Ferenc Janossy, *Am Ende des Wirtschaftswunders*, Budapest 1966.

5 Werner Abelshausen, *Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966*, Düsseldorf 1987; ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt 1983; Werner Abelshausen u. Dietmar Petzina, *Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert*, in: *Historische Konjunkturforschung*, hrsg. von Wilhelm H. Schröder u. Reinhard Sprée, Stuttgart 1980, S. 75–114.

Entwicklungspfad des Produktionspotentials interpretieren könnte, empirisch nicht bestätigen läßt. Die Entwicklung von Bevölkerung und Produktivität wies sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert erhebliche Schwankungen auf. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts seit 1974 lassen sich nicht als Extrapolation eines langfristigen Trends interpretieren. Sie waren niedriger als im vorangegangenen »goldenen Zeitalter«, aber immer noch höher als im 19. Jahrhundert. Es gab weder einen konstanten Wachstumspfad des Produktionspotentials, noch einen Aufholprozeß.⁶ Die Rekonstruktionshypothese hat frühzeitig auf den Ausnahmecharakter des wirtschaftlichen Wachstums in den 50er und 60er Jahren aufmerksam gemacht, liefert aber keine befriedigende Erklärung für diese Entwicklung.

Nach der Krise von 1974/75 kam es in der internationalen Diskussion zu einer Renaissance der Theorie der langen Wellen, die in der Zwischenkriegszeit von Kondratieff, Schumpeter, Spiethoff und Kuznets begründet worden war. Die Theorie der langen Wellen nimmt an, daß das wirtschaftliche Wachstum kein gleichmäßiger Trend ist, sondern auf langfristigen Wachstumszyklen mit einer Länge von 50 bis 60 Jahren beruht. Folgt man Schumpeter, der die langen Wellen als »Kondratieff-Zyklen« bezeichnete, so gab es einen ersten Zyklus, jeweils vom Beginn des Aufschwungs bis zum Ende des Abschwungs datiert, vom späten 18. Jahrhundert bis 1827, einen zweiten Zyklus 1828 bis 1885, und einen dritten Zyklus 1886 bis 1939.⁷ Jeder Aufschwung beruhte auf einem Bündel von Basisinnovationen, und mit dem Nachlassen der Innovationstätigkeit setzte ein langfristiger Abschwung ein. Die 50er und 60er Jahre wurden in der neo-schumpeterianischen Theorie der langen Wellen als der Aufschwung eines vierten langfristigen Zyklus interpretiert, dessen Abschwung mit der relativen Stagnation der 70er Jahre einsetzte.⁸ Die Theorie der langen Wellen beruht aber auf unsicheren Hypothesen. Erstens hat sich die Annahme, daß Basisinnovationen in periodischen Schüben im Abstand von 50 bis 60 Jahren auftreten, nicht bestätigt. Die Innovationen und ihre Diffusion waren bisher zeitlich breit gestreut und können daher nicht als Argument für regelmäßige lange Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung herangezogen werden. Zweitens läßt sich empirisch zwar ein Wechsel von stärkeren und

6 Lindlar (wie Anm. 1), S. 61–69.

7 Joseph A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen* (1939), 2 Bde., Göttingen 1961; Simon Kuznets, *Schumpeter's Business Cycles*, in: *American Economic Review* 30 (1940), S. 257–271, hier: S. 261.

8 *Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellagen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Dietmar Petzina und Ger van Roon, Stuttgart 1981; Christian Suter, *Schuldenzyklen in der Dritten Welt. Kreditaufnahme, Zahlungskrisen und Schuldenregelungen peripherer Länder im Weltsystem von 1820 bis 1886*, Frankfurt a. M. 1990.

schwächeren Wachstumsphasen zeigen, aber die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion weist keinen regelmäßigen Rhythmus auf, wie ihn die Theorie der langen Wellen postuliert.

Nachdem die Versuche, die Wachstumsphase von 1950 bis 1973 durch allgemeine Theorien wie die Rekonstruktionshypothese oder die Theorie der langen Wellen zu erklären, gescheitert sind, konzentriert sich die neuere Forschung auf die historischen Besonderheiten des »goldenen Zeitalters«. Wachstumsfördernd war zunächst das Bevölkerungswachstum im Zusammenhang mit einem zunehmenden Arbeitskräfteangebot und einer expandierenden Nachfrage. Der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums gingen ein Rückgang des Bevölkerungswachstums und eine Stagnation des Arbeitsangebots voraus. Bei stagnierendem Arbeitsangebot konnte wirtschaftliches Wachstum seit den 60er Jahren nur noch durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Nach neoklassischer Auffassung mußte dies tendenziell zu abnehmenden Wachstumsraten führen.⁹ Ein zweiter Grund für die hohen Wachstumsraten war die rasche Ausdehnung des Weltmarktes. Die westdeutsche Wirtschaft integrierte sich seit den 50er Jahren als Exporteur von Investitionsgütern in die Weltwirtschaft. Seit dem Ende der 60er Jahre erschütterten Devisenkrisen das internationale Währungssystem, und die internationale Konkurrenz verschärfte sich. Eine dritte Ursache des »goldenen Zeitalters« in den westeuropäischen Ländern und in Japan war der technologische Aufholprozeß gegenüber den USA. Der Technologietransfer aus den USA begünstigte den raschen Anstieg der Produktivität. Das Nettoinlandsprodukt je Einwohner erreichte in der Bundesrepublik 1950 erst 45 Prozent des amerikanischen Niveaus. Bis 1960 stieg es auf 76 Prozent und 1970 auf 80 Prozent des amerikanischen Niveaus.¹⁰ Mit der Annäherung an die USA verringerten sich die Möglichkeiten des Technologietransfers. Der technische Fortschritt mußte zunehmend aus eigenen Ressourcen entwickelt werden.¹¹

Das »goldene Zeitalter« von 1950 bis 1973 war in der Bundesrepublik keine homogene Periode, vielmehr lassen sich auf verschiedenen Ebenen Brüche und Zäsuren erkennen. In der Bevölkerungsentwicklung folgte auf die rasche Expansion der 50er Jahre eine Verlangsamung und tendenziell eine Stagnation. Der Bau der Berliner Mauer schnitt 1961 die Zuwanderung aus der DDR ab, und seit Mitte der 60er Jahre ging die Geburten-

9 Gerd Hardach, *Deutschland in der Weltwirtschaft 1870–1970*, Frankfurt a.M. 1977, S. 59–60; Jörg Huffschild u. Herbert Schui, *Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–76 in der BRD*, Köln 1976; Klaus-Werner Schatz, *Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Analysen und Prognosen*, Tübingen 1974.

10 Maddison, *Monitoring the world economy* (wie Anm. 3), S. 194–197.

11 Lindlar (wie Anm. 1), S. 334–343.

rate stetig zurück. Auch das wirtschaftliche Wachstum schwächte sich in diesem Jahrzehnt ab. Die Konjunkturschwankungen traten seit der Krise von 1965 bis 1967 wieder stärker in das öffentliche Bewußtsein. Schließlich gab es bedeutsame Änderungen in der Wirtschaftsordnung. Auf die neoliberale Ära der Sozialen Marktwirtschaft von 1949 bis 1966 folgte die keynesianische Übergangsphase der Globalsteuerung von 1966 bis 1969 und schließlich die sozialdemokratische Reformära von 1969 bis 1982. Nach der Stabilisierung der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft in den 50er Jahren trat in den 60er Jahren der wirtschaftliche Wandel stärker in den Vordergrund.

II. Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswachstum

Die Bundesrepublik Deutschland war in ihrem ersten Jahrzehnt eine rasch expandierende Gesellschaft. Von 1950 bis 1960 stieg die Bevölkerung, einschließlich West-Berlins und des Saarlandes, von 50 Millionen auf 55 Millionen; das entsprach im Durchschnitt einer Wachstumsrate von 1,0 Prozent im Jahr. Das Bevölkerungswachstum beruhte zum Teil auf einer hohen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung. 1960 betrug die Geburtenrate 1,7 Prozent und die Sterbeziffer 1,2 Prozent der Bevölkerung.¹²

Ebenso wichtig wie die Geburtenzahl und die steigende Lebenserwartung waren für die demographische Entwicklung die Ost-West-Wanderung und die Arbeitsmigration aus Südeuropa. Die Vertreibung der Deutschen aus den von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebieten östlich der Oder und Neiße war 1950 weitgehend abgeschlossen. Westdeutschland hatte bis dahin 8 Millionen Vertriebene aufgenommen. In den 50er Jahren kamen noch ungefähr 500 000 weitere Vertriebene, die anfänglich zurückgehalten worden waren. Das Bevölkerungswachstum der 50er Jahre wurde vor allem durch die Flucht aus der DDR geprägt. Bis zum Bau der Mauer 1961 kamen 3,6 Millionen Ostdeutsche in den Westen, und umgekehrt zogen 500 000 Westdeutsche in den Osten. Statistisch nahm die Bundesrepublik Deutschland den gesamten Geburtenüberschuß der DDR auf, denn die ostdeutsche Bevölkerung stagnierte bei 17 Millionen. In den späten 50er Jahren, als die Arbeitslosigkeit überwunden war und in einigen Branchen und Regionen ein Arbeitskräftemangel spürbar wurde, setzte eine dritte Wanderungswelle ein, die Arbeitsmigration aus Südeuropa. Bereits 1955 schloß die Bundesregierung mit Italien ein Abkommen über die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte. Als 1961

12 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1972, S. 90.

die innerdeutsche Grenze geschlossen wurde, lebten ungefähr 700 000 ausländische Bürger, überwiegend Männer, in der Bundesrepublik.¹³ Die Zuwanderung aus der DDR und die Arbeitsmigration führten dazu, daß das Arbeitskräftepotential der westdeutschen Wirtschaft stärker zunahm als die Bevölkerung. Die Erwerbsquote stieg von 1950 bis 1960 von 46 Prozent auf 48 Prozent.¹⁴

In der Zeit der alliierten Herrschaft von 1945 bis 1949 waren bereits Vorentscheidungen über die künftige Wirtschaftsordnung Deutschlands gefallen. In Westdeutschland wurde die kapitalistische Marktwirtschaft wiederhergestellt, die durch Faschismus, Aufrüstung und Krieg unterbrochen worden war, während in Ostdeutschland eine sozialistische Planwirtschaft entstand. Wichtige ordnungspolitische Maßnahmen waren in Westdeutschland die Währungsreform von 1948, die gleichzeitig durchgeführte Wirtschaftsreform und das Europäische Wiederaufbauprogramm von 1948–52, das nach seinem Initiator, dem amerikanischen Außenminister George C. Marshall, allgemein als Marshall-Plan bekannt wurde.¹⁵ Auch das Tarifvertragsgesetz vom April 1949, das die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wiederherstellte, fiel noch in die alliierte Ära.¹⁶ Seit dem Sommer 1949 wurde die westdeutsche Wirtschaftsordnung als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Der Begriff bezog sich zunächst auf das Wirtschaftsprogramm der Christlich-Demokratischen Union, wurde aber nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 allgemein zum Markenzeichen der westdeutschen Wirtschaftsordnung.¹⁷

Die Soziale Marktwirtschaft grenzte sich als neoliberales Programm von interventionistischen Modellen wie der französischen »planification« ab. Gleichwohl hatte die Entwicklung des Organisierten Kapitalismus in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Unternehmenskonzentration, korporatistische Arrangements von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie ein hohes Maß an staatlicher Regulierung und Umverteilung hervorgebracht. Wichtige ordnungspolitische Entscheidungen waren die Montanmitbestimmung 1951, das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Kartellgesetz 1957. Die Wirtschaftsordnung der 50er

13 Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982.

14 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 140.

15 Gerd Hardach, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952, München 1994.

16 Jürgen P. Nautz, Die Durchsetzung der Tarifautonomie in Westdeutschland. Das Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949, Frankfurt a. M. 1985.

17 Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.

Jahre war insgesamt weniger liberal, als es der reinen Lehre entsprochen hätte. Parallel zur Deregulierung in der Industrie, im Bankwesen und im Außenhandel gab es auch einen Ausbau des Interventions- und Sozialstaats. Nach der Landwirtschaft wurde in den späten 50er Jahren vor allem der Bergbau entgegen allen marktwirtschaftlichen Grundsätzen massiv subventioniert. Die allgemeine Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik sowie die Geldpolitik der 1948 gegründeten Bank deutscher Länder, die 1957 in die Deutsche Bundesbank umgewandelt wurde, griffen in die Konjunktur ein. Die Prozeßpolitik war wenig systematisch. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes gewann gegenüber der selbstbewußten Bank deutscher Länder kein klares Profil.¹⁸

Die SPD, die der Sozialen Marktwirtschaft anfangs kritisch gegenüberstand, paßte ihre politischen Ziele mit dem Dortmunder Aktionsprogramm von 1952 und dem Godesberger Programm von 1959 der neuen Entwicklung an. Das Godesberger Programm bestätigte an der Schwelle zu den 60er Jahren den Wandel der SPD von der Arbeiterpartei zur Volkspartei und betonte die ideologische Offenheit des demokratischen Sozialismus. Die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte den Markt nicht ersetzen, sondern ergänzen: »Wettbewerb soweit wie möglich – Planung so weit wie nötig!«¹⁹

Die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft beruhte auf der wirtschaftlichen Stabilität der 50er Jahre. Das reale Bruttosozialprodukt nahm von 1950 bis 1960 im Durchschnitt um 7,9 Prozent im Jahr zu, das reale Bruttosozialprodukt je Einwohner um 6,8 Prozent.²⁰ Bereits 1953 übertraf das reale Nettosozialprodukt je Einwohner das Vorkriegsniveau von 1938.²¹ Nach dieser Wiederaufbauphase, die damit abgeschlossen war, ging das wirtschaftliche Wachstum über alle historischen Erfahrungen hinaus. Das Preisniveau war im internationalen Vergleich stabil, die Lebenshaltungskosten stiegen von 1950 bis 1960 im Durchschnitt nur um 1,9 Prozent im Jahr.²² Die Deutsche Mark gehörte zu den stabilsten Währungen der Welt.

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum war ein Strukturwandel der Wirt-

18 Helge Berger, Konjunkturpolitik im Wirtschaftswunder. Handlungsspielräume und Verhaltensmuster von Bundesbank und Regierung in den 1950er Jahren, Tübingen 1997.

19 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13.-15. November 1959, in: Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn 1974, S. 122.

20 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 260f.

21 Walther G. Hoffmann, Franz Grumbach u. Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 172–174 u. 827f.

22 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 250.

schaft verbunden. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft ging stark zurück, während die Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungsbereich zunahm. Auch in der Produktivität gab es deutliche Unterschiede zwischen den Sektoren. 1960 entfielen auf den Primären Sektor 13 Prozent der Beschäftigung und 6 Prozent der Produktion, auf den Sekundären Sektor 48 Prozent der Beschäftigung und 54 Prozent der Produktion, und auf den Tertiären Sektor 39 Prozent der Beschäftigung und 40 Prozent der Produktion.²³

Das Wachstum verlief bemerkenswert stetig. Eine Abschwächung der Konjunktur war nur an einer etwas niedrigeren Wachstumsrate zu erkennen, führte aber nicht mehr zu einer Stagnation oder gar einem Rückgang von Beschäftigung und Produktion. Die Konjunkturschwankungen wurden daher in der Wirtschaftswissenschaft als Wachstumszyklen bezeichnet. In die 50er Jahre fielen, jeweils vom Beginn des Aufschwungs bis zum Ende der Rezession datiert, die Zyklen von 1949 bis 1954, 1955 bis 1958 und 1959 bis 1963. Das starke wirtschaftliche Wachstum stützte die Beschäftigung, so daß die Arbeitslosenquote, die zu Beginn der 50er Jahre noch sehr hoch war, allmählich zurückging.²⁴ Der erstaunlich rasche Übergang vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswachstum ließ den Begriff des »Wirtschaftswunders« aufkommen. Offiziell wurde der Begriff nicht geschätzt. Ludwig Erhard, Bundeswirtschaftsminister von 1949 bis 1963, wollte vom Wirtschaftswunder nichts hören, weil die wirtschaftliche Entwicklung für ihn kein Wunder, sondern ein Ergebnis seiner Politik der Sozialen Marktwirtschaft war.²⁵ Aber auch Ludwig Rosenberg, damals Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wandte sich 1959 gegen die Rede vom Wirtschaftswunder. Schließlich sei »das deutsche Wunder ja gar kein Wunder gewesen, sondern das Ergebnis harter Arbeit von Millionen fleißiger Menschen«.²⁶

Die wirtschaftliche Expansion war eng mit einer erfolgreichen Wiedereingliederung der westdeutschen Wirtschaft in den Weltmarkt verbunden.²⁷ Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1951 Mitglied des »General Agreement on Tariffs and Trade« und trat 1952 dem Internationalen Währungsfonds bei. Die Außenwirtschaft entwickelte sich zu einer wichtigen Stütze von Konjunktur und Wachstum. Die Exportquote stieg von 1950 bis 1960 von 11 Prozent auf 21 Prozent des Bruttosozialprodukts.

23 Ebd., S. 142 u. 264.

24 Hardach, *Deutschland in der Weltwirtschaft* (wie Anm. 9), S. 57.

25 Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 165.

26 Deutscher Gewerkschaftsbund, Fünfter ordentlicher Bundeskongress Stuttgart 1959, Protokoll, S. 397–398.

27 Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990.

Seit der Überwindung der Zahlungsbilanzkrise von 1950/51 übertrafen die Exporte regelmäßig die Importe.²⁸ Zehn Jahre nach der Währungsreform von 1948 wurde für die Deutsche Mark 1958 die volle Konvertibilität im Rahmen des Währungssystems von Bretton Woods eingeführt. Anfang der 60er Jahre war die Bundesrepublik Deutschland eine der wichtigsten Welthandelsnationen.²⁹ Politische und wirtschaftliche Motive führten zu einer engeren wirtschaftlichen Integration in Westeuropa. Die Bundesrepublik Deutschland gründete zusammen mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft.³⁰

Die anhaltenden deutschen Exportüberschüsse entwickelten sich allmählich zu einer Belastung der Handelspartner, insbesondere in Westeuropa. Der Wechselkurs der Mark war im September 1949 gegenüber der Leitwährung des internationalen Währungssystems auf 4,20 DM je Dollar festgelegt worden. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium empfahl bereits 1956 eine Aufwertung der Mark, um die Exportüberschüsse zu reduzieren. Die wirtschaftspolitisch notwendige Aufwertung scheiterte aber am kompakten Widerstand der Bundesbank sowie der Industrie, die aus der Unterbewertung wettbewerbspolitische Vorteile zog. Das Zusammenwirken von Industrie und Währungspolitik trug in den späten 50er Jahren »neomerkantilistische« Züge.³¹

Das wirtschaftliche Wachstum schlug sich in einer spürbaren Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards nieder. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer, das 1950 erst 243 DM im Monat betrug, stieg bis 1960 auf 513 DM. Die Nettolöhne und Gehälter nahmen von 1950 bis 1960 real um 69 Prozent zu; das entsprach einer jährlichen Zunahme um 5,4 Prozent.³² Der Hunger der Kriegszeit und der frühen Wiederaufbaujahre geriet allmählich in Vergessenheit. Eine warme Wohnung, Haushaltsgeräte und eine solide Einrichtung wurden zu einer Selbstverständlichkeit, und auch der Traum vom Auto wurde erfüllbar. Die steigenden Realeinkommen bedeuteten allerdings nicht eine Überwindung der Klassengesellschaft. Die Polarisierung von Arbeit und Kapital wurde durch die wirtschaftliche Expansion ständig reproduziert. 1960

28 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 266.

29 Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980*, München 1984.

30 Gerold Ambrosius, *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*, Frankfurt 1996.

31 Carl-Ludwig Holtfrerich, *Geldpolitik bei festen Wechselkursen 1948–1970*, in: *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 404–409.

32 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 250 u. 263.

verfügten 1,7 Prozent aller Haushalte an der Spitze der Vermögenspyramide über 35 Prozent des gesamten Vermögens und 70 Prozent des gewinnbringenden Produktivvermögens.³³

Neben dem individuellen Lebensstandard stiegen die Konsum- und Investitionsausgaben der öffentlichen Hand sowie die Umverteilung durch den Staat. Der 1952 eingeführte Lastenausgleich sollte die materiellen Kriegsfolgen gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen. Die öffentlichen Angebote an Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung wurden erweitert. Für Streit sorgte der Anstieg der Rüstungsausgaben, die auch dem öffentlichen Konsum zugerechnet wurden. Umstritten war später auch die Politik der Stadtentwicklung, denn auf die Wohltaten des Wiederaufbaus folgten bald schon irreparable Schäden durch die Vernichtung historischer Bausubstanz. Durch die Rentenreform von 1957 wurden die Altersrenten zu einem tragfähigen Sozialeinkommen ausgebaut.³⁴ Der »Generationenvertrag«, wie man die Umverteilung zwischen den Generationen nach einem Begriff von Wilfrid Schreiber nannte, war allerdings asymmetrisch. Der bescheidene Familienlastenausgleich durch Kindergeld und Steuererleichterungen glich die materielle Benachteiligung der Familien durch die Aufwendungen für die Kinder, die Einkommensnachteile und die Diskriminierung der Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit im Rentensystem nicht aus. Insgesamt folgte die Sozialpolitik einem linearen Modell. Nach herrschender Auffassung würden durch eine allgemeine Ausdehnung der Regulierung und der Transferleistungen auf die Dauer auch die letzten Reste sozialer Bedürftigkeit ausgeglichen werden können. Die Staatsquote machte 1960 einschließlich der Sozialversicherung 33 Prozent des Bruttosozialprodukts aus.³⁵

III. Demographische Stagnation und wirtschaftliche Expansion

Seit der Mitte der 60er Jahre ging in der westdeutschen Gesellschaft die Geburtenrate zurück. 1970 war sie bereits auf 1,3 Prozent gesunken und lag damit nur noch knapp über der Sterberate, die unverändert 1,2 Pro-

33 W. Krelle, J. Schunck u. J. Siebke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1968.

34 Johannes Frerich u. Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3, München 1996.

35 Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Rentenversicherung in Zeitreihen, Frankfurt a. M. 1997, S. 223.

zent betrug.³⁶ Die Ursache des Geburtenrückgangs, der bis heute anhält, war der Wandel der Geschlechterbeziehungen im Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie war zwar zuletzt noch im Gleichberechtigungsgesetz von 1957 als Norm formuliert worden.³⁷ Damit ließ sich aber die Erosion des traditionellen Familienmodells nicht verhindern.³⁸ Ende der 50er Jahre war bereits mehr als ein Drittel der verheirateten Frauen erwerbstätig, und in den 60er Jahren nahm die Erwerbsorientierung der Frauen weiter zu.³⁹ Beruf und Familie ließen sich jedoch schwer vereinbaren. Zu der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber der nachwachsenden Generation kamen die materielle Belastung und der soziale Widerspruch, daß Mütter, die sich der nachwachsenden Generation widmeten, in der Alterssicherung benachteiligt wurden. Demographische Veränderungen gehören jedoch zu den langfristigen Prozessen, deren Ursachen und Konsequenzen oft erst mit großer zeitlicher Verzögerung wahrgenommen werden. So fand in der zeitgenössischen Öffentlichkeit der Geburtenrückgang wenig Beachtung; erst in den 80er Jahren wurde die Krise des Generationenvertrages zu einem öffentlichen Thema.⁴⁰

Die Bevölkerung nahm trotz der sinkenden Geburtenrate zunächst weiter zu. Sie erreichte 1972 mit 62 Millionen einen Stand, der sich bis zum Ende der »alten« Bundesrepublik 1989 nicht mehr änderte. Die jährliche Wachstumsrate lag in dem Zeitraum von 1960 bis 1970 mit 0,9 Prozent nur wenig unter derjenigen der vorangegangenen Dekade. Aus der DDR kamen zwar seit 1961 nur noch wenige Flüchtlinge in die Bundesrepublik. Die Nachfrage der expandierenden westdeutschen Wirtschaft nach Arbeitskräften richtete sich aber verstärkt auf südeuropäische Länder, und das Bevölkerungswachstum beruhte nun zu einem erheblichen Teil auf der Arbeitsmigration von dort.⁴¹

36 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 103.

37 Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, 18. 6. 1957. Bundesgesetzblatt 1957 I, S. 609–640.

38 Merith Niehuss, Kontinuität und Wandel der Familie in den 50er Jahren, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1998, S. 316–334; Ingrid Sommerkorn, Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderungen, in: Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Rosemarie Nave-Herz, Stuttgart 1988, S. 115–144.

39 Angelika Willms-Herget, Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Frankfurt 1985.

40 Gerd Hardach, Der Generationenvertrag in der Arbeitsmarktkrise, in: Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat, hrsg. von Kai Eicker-Wolf u. a., Marburg 1998, S. 201–234.

41 S. dazu den Beitrag von Ulrich Herbert u. Karin Hunn in diesem Band.

Während das Bevölkerungswachstum erst in den 70er Jahren endete, nahm das Arbeitskräftepotential schon im vorhergehenden Jahrzehnt nicht mehr zu. Die Zahl der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik blieb von 1960 bis 1970 konstant bei 27 Millionen, die Erwerbsquote ging auf 44 Prozent zurück. Deren Rückgang lag zum Teil an langfristigen demographischen Veränderungen, da in den 60er Jahren die geburtenschwachen Jahrgänge aus der Kriegszeit in das Berufsleben eintraten. Noch wichtiger aber waren die Effekte der längeren Ausbildung der Jugendlichen und des früheren Ruhestands im Alter.

Das Wachstumstempo der westdeutschen Wirtschaft schwächte sich in den 60er Jahren gegenüber der geradezu stürmischen Expansion der vorangegangenen Dekade ab. Das reale Bruttosozialprodukt nahm von 1960 bis 1970 im Durchschnitt um 4,8 Prozent zu, das Bruttosozialprodukt je Einwohner um 3,8 Prozent.⁴² Diese Wachstumsraten lagen aber immer noch weit über denjenigen im Kaiserreich; von 1871 bis 1913 hatte die Bevölkerung im Durchschnitt um 1,2 Prozent im Jahr, das reale Nettosozialprodukt je Einwohner um durchschnittlich 0,8 Prozent im Jahr zugenommen.⁴³

Die Bedeutung der Landwirtschaft ging in den 60er Jahren weiter zurück. Der Sekundäre Sektor konnte seine führende Stellung behaupten, aber die Wachstumsdynamik ging auf den Dienstleistungssektor über, der die größten Zuwachsraten erzielte. 1970 entfielen auf den Primären Sektor 9 Prozent der Beschäftigung und 3 Prozent der Produktion, auf den Sekundären Sektor 49 Prozent der Beschäftigten und 55 Prozent der Produktion, und auf den expandierenden Tertiären Sektor 42 Prozent der Beschäftigung und 42 Prozent der Produktion.⁴⁴

IV. Das Ende des Neoliberalismus

Trotz der ungebrochenen wirtschaftlichen Expansion wurden die 60er Jahre eine Zeit des Wandels, und insbesondere auch des wirtschaftspolitischen Wandels. Am Anfang standen die Wahlen von 1961, die wieder einmal, ungeachtet der Stimmeneinbußen der CDU/CSU, die fast schon zur Gewohnheit gewordene bürgerliche Regierung unter Bundeskanzler Adenauer bestätigten und damit auch die Kontinuität der bisherigen neoliberalen Wirtschaftspolitik versprachen.

Obwohl der alte Kanzler seine Position noch einmal gegen alle außerparteilichen und innerparteilichen Widersacher verteidigt hatte, ging seine

42 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 260f.

43 Hoffmann/Grumbach/Hesse (wie Anm. 21), S. 172–174 u. 827f.

44 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 142 u. 264.

Ära seit den Wahlen von 1961 sichtlich zu Ende. Die Kritik an Adenauers persönlichem Führungsstil eskalierte bald zu einem grundsätzlichen Protest gegen das System der Kanzlerdemokratie. Im Oktober 1963 wählte der Bundestag Ludwig Erhard zum zweiten Bundeskanzler der Republik. Das war vor allem der politische Lohn für die Soziale Marktwirtschaft, die dieser als Direktor für Wirtschaft in der Frankfurter Verwaltung 1948–49 und als Bundeswirtschaftsminister 1949–63 fünfzehn Jahre lang an führender Stelle mitgestaltet hatte. Nicht allein Kritik an der Außenpolitik, sondern vor allem Mißerfolge auf seinem ureigenen Gebiet, der Wirtschaftspolitik, erschütterten jedoch Erhards Position in der CDU.⁴⁵ Zunächst ging es um die wachsenden Exportüberschüsse, die allmählich nicht nur für den Rest der Welt, sondern auch für die Bundesrepublik selbst zu einem Problem wurden. Danach folgten auf der wirtschaftspolitischen Agenda die Inflationsgefahr, das Defizit der öffentlichen Haushalte und mit der Rezession von 1965 bis 1967 schließlich die aktive Konjunkturpolitik, die man zeitweilig schon für historisch überholt gehalten hatte.

Der Niedergang der neoliberalen Variante der Sozialen Marktwirtschaft kam um so überraschender, als der Beginn der 60er Jahre noch ganz im Zeichen wirtschaftlicher Stabilität stand. Auf den kräftigen Aufschwung von 1959/60 folgte die leichte Rezession von 1961 bis 1963, die sich nach dem Muster der vorangegangenen Zyklen nur in einer Abschwächung der Wachstumsraten zeigte. Das Sozialprodukt nahm auch in den Rezessionsjahren real zu, und die Arbeitslosigkeit sank unter ein Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer. Das herrschende wirtschaftspolitische Thema der frühen 60er Jahre waren die hohen Exportüberschüsse. Bundesregierung und Bundesbank neigten in Übereinstimmung mit den Wünschen der Industrie dazu, die Exportüberschüsse aufgrund ihrer Funktion als Konjunkturlokomotive positiv zu bewerten. Die Aufwertung der Mark, die von einer wachsenden Zahl von Experten unter dem Gesichtspunkt des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gefordert wurde, blieb daher aus. Nachdem 1958 die Konvertierbarkeit der Mark eingeführt worden war, bestätigte sich jedoch die historische Erfahrung, daß Exportüberschüsse in einer offenen Volkswirtschaft mit einer frei konvertierbaren Währung und festen Wechselkursen zur Inflation führen.⁴⁶ Hinzu kam, daß die beträchtlichen Devisenreserven politische Ansprüche weckten. Die Regierung der USA, die durch ihre wachsenden Militärausgaben im Ausland in Bedrängnis geriet, verlangte eine höhere deutsche Beteiligung an den Kosten des Kalten Krieges entweder durch höhere Zahlungen für die Truppenstationierung in der Bundesrepublik oder durch Rüstungskäufe in den USA. Insofern wurden die steigenden Bun-

45 Hentschel (wie Anm. 25), S. 622–649.

46 Holtfrerich (wie Anm. 31), S. 400–428.

desbankreserven recht kostspielig. 1961 wurde die Mark um 5 Prozent auf 4,00 DM je Dollar aufgewertet. Der Exportüberschuß ging 1962 deutlich zurück, und 1965 kam es sogar zu einem leichten Importüberschuß.

Nachdem das außenwirtschaftliche Gleichgewicht einigermaßen wiederhergestellt schien, drängte sich das Inflationsproblem in den Vordergrund. Nach Jahren der Preisstabilität beschleunigte sich in den frühen 60er Jahren die Inflationsrate. 1961 nahmen die Lebenshaltungskosten um 2,4 Prozent zu. Die Ursachen dieser aus späterer Sicht bescheidenen Inflation, die aber in der stabilitätsbewußten westdeutschen Öffentlichkeit für Unruhe sorgte, waren zunächst der starke Aufschwung von 1959/60 und der anhaltende Exportboom der westdeutschen Wirtschaft. Infolgedessen sollte die Aufwertung von 1961 auch zur Stabilisierung des Preisniveaus beitragen. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht, die Inflationsrate blieb hoch. Wirtschaftsminister Erhard machte überhöhte Lohnsteigerungen für die Inflation verantwortlich und sah sich in seinen Maßhalte-Apellen, die er seit den späten 50er Jahren an die Öffentlichkeit richtete, bestätigt. Aus dem enthusiastischen Verfechter der Marktwirtschaft war ein mürrischer Aufseher geworden, der für sich in Anspruch nahm, den Markt aus der Warte eines vermeintlichen Gemeinwohls zu kritisieren und zu korrigieren. 1962 drohte Erhard, die Bundesregierung werde bestrebt sein, die »ungezügelter Freiheit« der Tarifpartner »durch eine Versachlichung der Verhandlungen und durch öffentliche Aufklärung zu bändigen«. ⁴⁷

Dafür werde, so hoffte der Wirtschaftsminister, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sorgen, der im August 1963 gegründet wurde. Der Sachverständigenrat, ein von der Bundesregierung unabhängiges Expertengremium, sollte jedes Jahr ein Gutachten über die wirtschaftliche Situation und die absehbare künftige Entwicklung vorlegen. Bei Bedarf konnte er auch Sondergutachten abgeben. ⁴⁸ In dem Auftrag an die Sachverständigen wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Katalog von gleichrangigen wirtschaftspolitischen Zielen definiert. Der Sachverständigenrat sollte untersuchen, »wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können«. ⁴⁹ Da alle vier Ziele gleichzeitig

47 Ludwig Erhard, Maßhalten! Rundfunkansprache vom 21. März 1962, in: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf 1988, S. 735.

48 Hentschel (wie Anm. 25), S. 491-493.

49 Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 14. August 1963. Bundesgesetzblatt 1963 I, S. 685 f.

schwer zu erreichen waren, im allgemeinen vielmehr ein Zielkonflikt vorlag, sprach man in der Öffentlichkeit von einem »magischen Viereck«.

Der Sachverständigenrat hatte alsbald Gelegenheit, seine Unabhängigkeit unter Beweis zu stellen. Anders als die Bundesregierung sah er 1965 nicht in dem Verhalten der Tarifparteien, sondern in den Defiziten der öffentlichen Haushalte die Hauptursache der anhaltenden Inflation.⁵⁰ Der Bundeshaushalt, dessen Überschüsse in den 50er Jahren den legendären »Julisturm« gefüllt hatten, wies 1962 erstmals ein Defizit auf, das in den folgenden Jahren schnell zunahm. Erhard hätte seine Appelle besser an die Regierung gerichtet, der er als Wirtschaftsminister angehörte und seit 1963 als Kanzler vorstand, statt an die Tarifparteien. In den fünf Jahren von 1961 bis 1966 stiegen die privaten Konsumausgaben um 47 Prozent, die Einnahmen des Bundes um 49 Prozent und die Ausgaben des Bundes um 55 Prozent.⁵¹

Unterdessen hatte Erhard nach der Ernennung zum Kanzler sein Unbehagen an der Marktwirtschaft, das man seit Jahren aus den Maßhalte-Appellen kannte, zu der Forderung nach einer gesellschaftlichen Neuorientierung gesteigert. Im März 1965 stellte er auf dem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf die Idee einer »Formierten Gesellschaft« vor. Die Formierte Gesellschaft, eine Kreation des Publizisten Rüdiger Altmann, sollte eine zündende Idee für den anstehenden Bundtagswahlkampf sein, nach dem Vorbild der inzwischen in die Jahre gekommenen Sozialen Marktwirtschaft bei den ersten Bundestagswahlen im Sommer 1949. Das Schlagwort drückte aber auch eine wachsende Entfremdung gegenüber den Grundlagen der Marktwirtschaft aus. Während der klassische Liberalismus den Markt als ein Instrument zum Ausgleich partikularer Interessen ohne die Intervention eines benevolenten Staates betrachtete und eben darin auch die historische Bedeutung der Marktwirtschaft sah, wollte Erhard in der Formierten Gesellschaft den »überwuchernden partiellen Wünschen« ein abstraktes, von einem starken Staat vertretenes »Gemeinwohl« gegenüberstellen.⁵² Die Formierte Gesellschaft wurde bald als Leerformel erkannt und verschwand aus der politischen Diskussion ebenso schnell, wie sie gekommen war.⁵³ Die Episode zeigt aber, wie sehr selbst im Zentrum der Politik das Vertrauen in die stabilisierende Kraft des Wettbewerbs beschädigt war.

50 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Stabilisierung ohne Stagnation. Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart 1965, S. 105–124.

51 Bundesministerium für Wirtschaft, Leistung in Zahlen '72, Bonn 1973, S. 21 u. 111.

52 Ludwig Erhard, Formierte Gesellschaft. Rede vor dem 13. Bundesparteitag der CDU, 31. März 1965, in: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten (wie Anm. 47), S. 918.

53 Hentschel (wie Anm. 25), S. 561 f.

Tabelle 1: Die westdeutsche Wirtschaft 1960–1970

	Wachstumsrate (%)	Arbeitslosigkeit (%)	Inflation (%)
1960	7,9	1,3	1,4
1961	4,0	0,8	2,3
1962	2,6	0,7	3,0
1963	2,3	0,8	3,0
1964	5,2	0,8	2,3
1965	4,3	0,7	3,4
1966	1,8	0,7	3,5
1967	-0,1	2,1	1,4
1968	6,8	1,5	1,5
1969	6,8	0,9	2,8
1970	4,4	0,7	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart 1972, S. 142, 148, 250, 261. – Wachstumsrate: Zunahme des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen je Einwohner. Arbeitslosigkeit: Registrierte Arbeitslose in Relation zu den abhängig Beschäftigten. Inflation: Anstieg der Lebenshaltungskosten.

V. Die Krise von 1965 bis 1967

In der zweiten Jahreshälfte 1965 schwächte sich das wirtschaftliche Wachstum ab, und die Konjunktur ging in eine Rezession über.⁵⁴ In der Wirtschafts- und Währungspolitik genoß jedoch weiterhin die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Kontrolle der Inflation Priorität. Die Bundesbank schlug 1965 einen restriktiven Kurs ein. Da der Exportboom vorübergehend aussetzte, zeigten die währungspolitischen Restriktionen Wirkung und trugen wesentlich dazu bei, daß die Rezession von 1965 bis 1967 sich zu einer Krise auswuchs. Auch für die Finanzpolitik stand 1966 trotz der inzwischen deutlich nachlassenden Konjunktur die Haushaltskonsolidierung noch im Vordergrund.⁵⁵ Daß die CDU/CSU ihrem Kanzler diese Aufgabe nicht mehr zutraute, war die Hauptursache für den Regierungswechsel im November dieses Jahres.⁵⁶

In seiner Abschiedsansprache als Bundeskanzler wies Erhard auf eine Zäsur der Sozialen Marktwirtschaft hin. Nach »achtzehn zum Teil geradezu stürmisch verlaufenen Jahren des Aufschwungs und der Expansion« gelte es nunmehr, »den Übergang in eine normale wirtschaftliche Entwicklung zu finden«.⁵⁷ Von einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung

54 Günter Hagemann, Die staatliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1967, in: Finanzarchiv 28 (1969), S. 300–320.

55 Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1967, Bonn 1968, S. 32 f.

56 Hentschel (wie Anm. 25), S. 641–649.

57 Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten (wie Anm. 47), S. 1023.

war man allerdings Ende 1966 weit entfernt. In der Rezession von 1965 bis 1967 kam es erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem absoluten Rückgang der Beschäftigung und der Produktion. 1967 ging das reale Bruttosozialprodukt je Einwohner um 0,1 Prozent zurück, die Arbeitslosigkeit stieg auf 2,1 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer.⁵⁸

Die Regierung der Großen Koalition strebte eine keynesianische Reform der Sozialen Marktwirtschaft an. Das neue Konzept wurde nach einem Begriff von Karl Schiller, Bundeswirtschaftsminister von 1966 bis 1972, als Globalsteuerung bezeichnet. Die Reform konnte, da sie eine Änderung der Finanzverfassung erforderte, nur von einer Großen Koalition durchgeführt werden. 1967 wurde das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« verabschiedet. Das Stabilitätsgesetz ordnete die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden den Erfordernissen des »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« unter. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wurde durch die vier wirtschaftspolitischen Ziele definiert, die bereits in dem Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates genannt worden waren: Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und wirtschaftliches Wachstum.⁵⁹ Die Ziele sollten gleichrangig sein. Die Reihenfolge erinnert jedoch bis heute daran, daß die Planung für das Stabilitätsgesetz in einer Zeit begann, als die Inflation und nicht die Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses stand.

Durch das Stabilitätsgesetz wurde die Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden flexibler gestaltet, um im Sinne einer aktiven Konjunkturpolitik eingesetzt zu werden.⁶⁰ Die antizyklische Finanzpolitik sah im Aufschwung Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen zur Inflationsbekämpfung, im Abschwung Steuersenkungen oder Mehrausgaben zur Stabilisierung von Beschäftigung und Wachstum vor. Ein weiteres wichtiges Instrument der Globalsteuerung war die Konzertierte Aktion, ein Gremium, in dem die Tarifparteien sich unter Beteiligung von Regierungsvertretern und Experten über Orientierungsdaten für die Lohnfindung verständigen sollten. Die Orientierungsdaten sollten einen Kompromiß zwischen der Teilhabe der Arbeiterschaft am wirtschaftlichen Wachstum und der Stabilisierung der für Investitionen und Wirtschaftswachstum erforderlichen Gewinne aufzeigen. Kritiker befürchte-

58 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 148 u. 261.

59 Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 8. Juni 1967. Bundesgesetzblatt 1967 I, S. 582–589.

60 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949, Artikel 109. Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, 8. Juni 1967. Bundesgesetzblatt 1967 I, S. 581.

ten allerdings, daß die Konzertierte Aktion tendenziell lohdämpfend wirken und eine »institutionelle Weiterentwicklung der Erhardschen Versuche zur Eindämmung gewerkschaftlicher Lohnforderungen« werden würde.⁶¹

Das Stabilitätsgesetz nannte keine quantitativen Kriterien, an denen die Realisierung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu messen wäre. Das zeitgenössische Vertrauen in die Globalsteuerung kommt jedoch in den Zielen zum Ausdruck, die der Sachverständigenrat im November 1967 vorschlug. Danach sollte Preisniveaustabilität einen Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts um maximal 1,0 Prozent bedeuten, Vollbeschäftigung eine Arbeitslosenquote von maximal 0,8 Prozent, außenwirtschaftliches Gleichgewicht einen Exportüberschuß von 1 Prozent des Bruttosozialprodukts und angemessenes Wachstum eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 4 Prozent.⁶²

Das Motiv für die Reform der Sozialen Marktwirtschaft war ursprünglich die Kontrolle der Inflation gewesen. Als im Juni 1967 das Stabilitätsgesetz verabschiedet wurde, hatte sich jedoch die konjunkturelle Situation drastisch verändert. Unter dem Eindruck der Rezession von 1965 bis 1967 wechselte die Priorität in der Wirtschaftspolitik von der Inflationsbekämpfung zur Krisenüberwindung. Anfang 1967 legte die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm auf, an dem sich später auch die Länder und Gemeinden beteiligten. Steuerbegünstigungen für private Investitionen, zusätzliche öffentliche Investitionen und eine allgemeine Expansion der Staatsausgaben sollten die Konjunktur ankurbeln. Auch die Bundesbank vollzog einen Kurswechsel und betrieb seit Januar 1967 eine Politik des leichten Geldes zur Förderung der Konjunktur. Sowohl der Diskontsatz, als auch die Mindestreservesätze wurden gesenkt.⁶³

Neben der aktiven Konjunkturpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden und der Bundesbank trug der Export wesentlich zur Überwindung der Krise bei. Seit 1966 fuhr die westdeutsche Wirtschaft wieder Exportüberschüsse ein, die höher waren als je zuvor. Die Außenhandelsüberschüsse exportierten allerdings Instabilität und verschärften die internationale Währungskrise der späten 60er Jahre.⁶⁴ Im November 1967 wurde

61 Hans-Hermann Hartwich, Organisationsmacht gegen Kapitalmacht – Die Gewerkschaften in der Interessenstruktur der Bundesrepublik, in: *Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität*. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, hrsg. von Ulrich Borsdorf u. a., Köln 1977, S. 81–108, hier: S. 100.

62 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Stabilität im Wachstum*. Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart 1967, S. 128–150.

63 Bundesministerium der Finanzen, *Finanzbericht 1968*, S. 8–10. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1967*, S. 4–10.

64 *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1968*, S. 33–42.

das britische Pfund abgewertet, 1968 schränkten die USA die Goldkonvertibilität des Dollar ein, und im August 1969 wurde der Französische Franc abgewertet. Es kam zu einer Kapitalflucht aus dem Pfund, dem Dollar und dem Französischen Franc in das Gold, den Schweizer Franken und die Deutsche Mark. 1969 wurde die Mark erneut aufgewertet, diesmal um 9 Prozent auf 3,66 DM je Dollar. Die Währungsturbulenzen der späten 60er Jahre zeigten die Instabilität des Währungssystems von Bretton Woods, das 1973 endgültig scheiterte und einem System flexibler Wechselkurse Platz machte.⁶⁵

Die aktive Konjunkturpolitik und endogene Stabilisierungsfaktoren wie der steigende Export führten zu einer raschen Überwindung der Krise. Ende 1967 setzte eine wirtschaftliche Erholung ein, die 1968 in eine kräftige Expansion überging. Der Aufschwung von 1968/69 verband die hohen Wachstumsraten der 50er Jahre mit der niedrigen Arbeitslosigkeit der 60er Jahre. Der Aufschwung brachte so viel Geld in die öffentlichen Kassen, daß die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden 1969 ausgeglichen werden konnten.⁶⁶ Die Inflationsrate nahm nach einer zeitweiligen Stabilisierung 1969 wieder zu, blieb aber im ersten Jahr der Regierung Brandt immer noch unter dem Stand des letzten Jahres der Regierung Erhard. Die hohen Exportüberschüsse widersprachen dem im Stabilitätsgesetz geforderten außenwirtschaftlichen Gleichgewicht. Der Sachverständigenrat kritisierte 1968 dieses »Überschußungleichgewicht« als Inflationsquelle und als Belastung für das internationale Währungssystem.⁶⁷ In der Öffentlichkeit hingegen galten hohe Außenhandelsüberschüsse als Zeichen wirtschaftlicher Stärke.

Während die Große Koalition mit dem Stabilitätsgesetz von 1967 eine keynesianische Reform der Sozialen Marktwirtschaft einleitete, stellte die Protestbewegung von 1967 bis 1969 die Marktwirtschaft insgesamt in Frage. Erstmals seit den frühen Jahren der Bundesrepublik wurde wieder über Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung diskutiert.⁶⁸ In der Selbstreflektion der Protestbewegung nahm der Zusammenhang zwischen den sozio-ökonomischen Veränderungen und der politischen Bewegung breiten Raum ein. Rudi Dutschke interpretierte im April 1967 die allgemeine Rezession sowie die Strukturkrise im Bergbau als Ausdruck

65 Gerd Hardach u. Sandra Hartig, Der Goldstandard als Argument in der internationalen Währungsdiskussion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1998/I. Währungs- und Finanzgeschichte, Berlin 1998, S. 125–141.

66 Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, August 1970, S. 13.

67 Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung. Jahresgutachten 1968/69, Stuttgart 1968, S. 31.

68 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey, Göttingen 1998.

der zunehmenden Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, und damit auch als materiellen Hintergrund der Protestbewegung.⁶⁹ Und nicht zuletzt die »wilden« Septemberstreiks 1969 wurden in der Öffentlichkeit als Wiederkehr traditioneller Klassenkämpfe gedeutet.

VI. Mehr Demokratie wagen

Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die sozialliberale Koalition ein umfassendes Reformprogramm zum Ziel. Die Reformära nahm manche Ideen der Protestbewegung auf. »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, hieß es in Willy Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969.⁷⁰ Die Reformpolitik wäre nicht ohne die Zuversicht auf wirtschaftliche Stabilität und Wachstum denkbar gewesen. Die neue Bundesregierung vertraute auf die Aufrechterhaltung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durch eine Synthese von Wettbewerb und wirtschaftspolitischer Globalsteuerung.

Das Vertrauen in wirtschaftliche Stabilität und Wachstum mußte nach den Erfahrungen der 60er Jahre berechtigt erscheinen. Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung an den Zielen des »magischen Vierecks« mißt, die im Stabilitätsgesetz festgelegt worden waren, so gelang in den 60er Jahren manches weniger gut, manches aber auch besser als in der vorangegangenen Dekade. Die Preisniveaustabilität ließ nach, der Anstieg der Lebenshaltungskosten, der 1950 bis 1960 nur durchschnittlich 1,9 Prozent im Jahr betragen hatte, beschleunigte sich 1960 bis 1970 auf 2,7 Prozent im Jahr. Das Beschäftigungsziel wurde in den 60er Jahren wesentlich besser erfüllt als in der vorangegangenen Dekade. Von 1950 bis 1960 betrug die Arbeitslosigkeit, vor allem aufgrund der Arbeitsmarktverhältnisse der frühen 50er Jahre, durchschnittlich 6,2 Prozent im Jahr. In den 60er Jahren war die Beschäftigungssituation wesentlich günstiger, da bei einem immer noch recht hohen Wirtschaftswachstum das Angebot an Arbeitskräften stagnierte. 1960 bis 1970 betrug die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt nur 1,0 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer. Die internationale Verflechtung der westdeutschen Wirtschaft nahm zu, die Exportquote stieg bis 1970 auf 23 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das außenwirtschaftliche »Überschußungleichgewicht« nahm in den 60er Jahren etwas ab. Die Exportüberschüsse betrugen 1950 bis 1960 im Durchschnitt 2,9 Prozent des Bruttosozialprodukts und gingen im folgenden Jahrzehnt im Jahresdurchschnitt auf 2,0 Prozent zu-

69 Rudi Dutschke, *Demokratie, Universität und Gesellschaft* (1967), in: *Demonstrationen. Ein Berliner Modell*, hrsg. von Bernard Larsson, Berlin o. J., S. 149.

70 Susanne Miller, *Die SPD vor und nach Godesberg*, Bonn 1974, S. 139.

rück.⁷¹ Während die westdeutsche Wirtschaft durch ihre Ausführüberschüsse mit einer gewissen strukturellen Rücksichtslosigkeit Instabilität exportierte, wurde die Bundesrepublik Deutschland zugleich nicht nur in ihren ökonomischen Interessen, sondern auch in ihrer sozialen Kultur und ihren politischen Ideen weltoffener. Das Ost-West-Verhältnis, das Nord-Süd-Verhältnis und die europäische Integration, die in den 60er Jahren vertieft wurde, wurden feste Koordinaten der westdeutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. – Das Wirtschaftswachstum schwächte sich zwar in den 60er Jahren gegenüber der vorangegangenen Dekade ab, aber die Wachstumsrate übertraf immer noch das vom Sachverständigenrat empfohlene Ziel von 4 Prozent. Dies schlug sich in einer deutlichen Verbesserung des individuellen und kollektiven Lebensstandards nieder. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer stieg bis 1970 auf 1138 DM im Monat. Die realen Nettolöhne und Gehälter nahmen von 1960 bis 1970 real um insgesamt 57 Prozent zu, die jährliche Zuwachsrate betrug 4,6 Prozent.⁷² Die staatlichen Ausgaben für Konsum und Investitionen sowie die Umverteilung durch den Staat nahmen in den 60er Jahren stärker zu als das Sozialprodukt. 1970 betrug die Staatsquote einschließlich der Sozialversicherung 39 Prozent des Brutto-sozialprodukts.⁷³

Die Erfahrung wirtschaftlicher Stabilität und das Vertrauen in ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Krisenmanagement gingen in das Programm für die 70er Jahre ein, das die SPD im März 1968 auf ihrem Parteitag in Nürnberg beschloß. Als wirtschaftspolitische Ziele wurden, in bewußter Modifikation des Zielkatalogs aus dem Stabilitätsgesetz, die Vollbeschäftigung, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie ein stetiges Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht definiert. Weitere Eckpunkte des Programms waren die Integration der westdeutschen Wirtschaft in den europäischen Markt und in den Weltmarkt, der Wettbewerb, die wirtschafts- und finanzpolitische Globalsteuerung sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Wohlstand.⁷⁴ Ein Satz aus dem Kommentar von Karl Schiller zum wirtschaftspolitischen Teil des Programms verdient als Ausblick auf die 70er Jahre besondere Beachtung: »Die Anforderungen an die Politik werden sich wandeln. Manches wird auch schwieriger werden.«⁷⁵

71 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (wie Anm. 12), S. 148, 250, 261 u. 266.

72 Ebd., S. 250 u. 263.

73 Rentenversicherung in Zeitreihen (wie Anm. 35), S. 223.

74 Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten, hrsg. von Horst Ehmke, Reinbek 1969, S. 88–92.

75 Ebd., S. 94.

André Steiner

Von »Hauptaufgabe« zu »Hauptaufgabe«. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR

Die 60er Jahre sind in der DDR-Geschichte mit Reformen, erneutem Aufbruch und Modernisierung verbunden. Vor allem ist das der Wirtschaftsreform geschuldet, die von der SED-Spitze in der ersten Hälfte der 60er Jahre in Gang gesetzt wurde und die auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zeitweise und partiell zu einer Öffnung führte. Ausgangspunkt und Anlaß für die Veränderungen lag in dem Scheitern der Strategie, mit der die 1958 von SED-Chef Walter Ulbricht optimistisch verkündete »ökonomische Hauptaufgabe« verwirklicht werden sollte. Er verlangte, daß bis 1961 »der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft«.¹ Dreizehn Jahre später, im Frühsommer 1971, erklärte der neue SED-Chef Erich Honecker nach dem Abbruch der Reform nun die »Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität« zur »Hauptaufgabe«.²

Die SED-Wirtschaftspolitik und die ökonomische Entwicklung der DDR, die zwischen diesen beiden »Hauptaufgaben« lag, soll im folgenden Beitrag in groben Zügen dargestellt werden. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob mit der Reform die Wirtschaft modernisiert werden

1 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958, Berlin (Ost) 1959, S. 68, 70.

2 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971, Bd. II, Berlin (Ost) 1971, S. 296.

konnte, was – sicher etwas verkürzt – an den erreichten wirtschaftlichen Ergebnissen gemessen werden soll. Zunächst steht aber die wirtschaftliche Situation Anfang der 60er Jahre im Vordergrund. Danach wird der Wirtschaftsreform und ihren Konsequenzen in der Industrie nachgegangen, um anschließend die erreichten ökonomischen Resultate und die Entwicklung des Lebensstandards zu skizzieren. Abschließend soll kurz auf den Politikwechsel des neuen SED-Chefs eingegangen werden.

I. Zwischen Euphorie und Krise 1958–1961

Die Wirtschaftsentwicklung in der DDR sowie ihre wohlfahrtsökonomischen und sozialen Konsequenzen wurden sowohl von der SED-Führung wie auch von der Bevölkerung im Osten angesichts des geteilten Landes immer an den entsprechenden Prozessen in der Bundesrepublik gemessen. Das dort Erreichte bildete einen der wichtigsten Maßstäbe für Entscheidungen, aber auch für das Urteil über die eigene Lage. Dieser Bezug ergab sich aus dem Anspruch, die überlegene Alternative zum westlichen System zu bilden. Insofern war die erwähnte »ökonomische Hauptaufgabe« von 1958 politisch konsequent, aber wirtschaftlich fehlten die Voraussetzungen zu ihrer Erfüllung, und man machte sich und der Öffentlichkeit von Anfang an etwas vor.³ Nach DDR-internen Angaben hatte der Reallohn 1959 in Ostdeutschland erst 124,8 Prozent, in Westdeutschland hingegen bereits 153,1 Prozent des Vorkriegsniveaus (1938) erreicht.⁴ Unterstellt man für 1938 ein einheitliches Niveau, lag der Reallohn im Osten 18,5 Prozent unter dem im Westen Deutschlands. Das war in erster Linie eine Folge der höheren Preise in Ostdeutschland, da nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung 1958 für Waren im Einzelhandel und für Dienstleistungen durchschnittlich 20 Prozent mehr als in Westdeutschland bezahlt werden mußte. Die Preise für Butter, Fleisch, Roggenbrot, Fisch und andere Lebensmittel sowie die Wohnungsmieten, Energie- und Verkehrstarife blieben zwar unter denen im Westen. Für Industriewaren wie Benzin, Autos, Fernsehgeräte, Waschmittel, Kühl-

3 Vgl. zu den Intentionen der SED-Spitze bei der »ökonomischen Hauptaufgabe« und ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen André Steiner, Vom »Überholen« eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: »Sterben für Berlin?« Die Berliner Krisen 1948–1958. Politik, hrsg. von Burghard Ciesla, Michael Lemke u. Thomas Lindenberger, Berlin 1999, S. 245–262, hier: S. 247 ff.

4 Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB, Komitee für Arbeit und Löhne, Politbürovorlage: Konzeption für die Erhöhung der Wirksamkeit des Arbeitslohnes ..., 15. 3. 60, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA) DY 30 IV 2/608/40.

schränke und Textilien, aber auch Genußmittel mußten die ostdeutschen Konsumenten aber meist mehr als ihre westlichen Nachbarn bezahlen.⁵ Beträchtlich gestiegene Investitionen und eine verbesserte Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen und Vorleistungen sorgten 1958/59 für beachtliche Zuwachsraten der Industrieproduktion von 13,3 Prozent bzw. 11,5 Prozent.⁶

Diese Ergebnisse sowie die zur gleichen Zeit rückläufige Zahl von Menschen, die in den Westen floh, waren für die SED-Spitze bis Anfang 1960 Anlaß, grundsätzlich optimistisch, ja sogar euphorisch in die Zukunft zu schauen. Daher sah man die Bedingungen herangereift, nun auch in der Landwirtschaft die Eigentumsverhältnisse durchgängig den herrschenden Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft anzupassen. In der forcierten Kollektivierung des Agrarsektors im Jahr 1960 wurden die Bauern – oft mit außerökonomischem Druck – in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen. Dies hatte zum einen zur Folge, daß wieder beträchtlich mehr Menschen in die Bundesrepublik flohen. Zum anderen brach die landwirtschaftliche Produktion ein, da sich die LPGen zunächst als Produktionseinheiten formieren und organisieren mußten. Außerdem war der Leistungsanreiz für die Bauern in den Kollektivwirtschaften anfangs besonders gering. Die daraus resultierende Versorgungskrise konnte durch Importe nur begrenzt ausgeglichen werden, da die Sowjetunion nicht über die entsprechenden Mengen an landwirtschaftlichen Ressourcen verfügte und die Einfuhr vom Weltmarkt durch die kaum vorhandenen Reserven an »harten« Währungen limitiert war.

Zur gleichen Zeit führten bereits länger wirksame Defekte und Mängel

- 5 Preisvergleich DDR – Westzone (Stand 31. 12. 58), Bundesarchiv, Abteilungen Berlin-Lichterfelde (BA) DE1/9891; Büro der Regierungskommission für Preise, Dr. Dost an Abt. Planung und Finanzen, Pfüze, 11. 10. 62, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/72.
- 6 Auf der Basis der Nettoproduktion berechnet nach: SZS: Statistisches Jahrbuch über Grundfondsökonomie ... 1970, Statistisches Bundesamt, Außenstelle Berlin, Bestand Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (inzwischen: Bundesarchiv, Abteilungen Berlin-Lichterfelde; im Folgenden StBA) SZS/7829. Diese Angaben sind infolge grundsätzlicher methodischer Unterschiede keinesfalls mit Zuwachsraten westlicher Statistiken zu vergleichen. Sie – wie auch die folgenden Daten – sollen hier lediglich dem zeitlichen Längsschnittvergleich dienen, um Aussagen über die temporale Wirtschaftsentwicklung treffen zu können. Zu den Problemen der DDR-Statistiken vgl. Burghard Ciesla, *Hinter den Zahlen. Zur Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftsberichterstattung in der DDR*, in: Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, hrsg. von Alf Lüdtke u. Peter Becker, Berlin 1997, S. 39–55; André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 22 f.

des Wirtschaftssystems⁷, die von den Verantwortlichen erkannt, aber für überwindbar gehalten wurden, im Zusammenspiel mit der durch die SED-Spitze eingeleiteten Wachstumsoffensive zu erheblichen Schwierigkeiten in der Industrie. Der in einer staatssozialistischen Wirtschaft ohnehin gegebene »Investitionshunger« (Kornai) der Betriebe verstärkte sich. Das Streben nach mehr Investitionen war eine Folge davon, daß die Betriebe danach bewertet wurden, inwieweit sie die Aufgaben des Planes – damals in erster Linie der Bruttoproduktion – erfüllten. Je mehr Ressourcen – Materialien, Arbeitskräfte und Investitionen – ihnen zur Verfügung standen, desto einfacher konnten sie die Vorgaben erfüllen. Da die ihnen zugewilligten Investitionen in den 50er Jahren kaum bzw. gar nicht mit ihren eigenen wirtschaftlichen Ergebnissen verbunden waren, d. h. in letzter Instanz von ihnen nicht »bezahlt« werden mußten, hatten sie kein Interesse am sparsamen Umgang mit diesen Mitteln. Die faktisch im Auftrag der SED-Spitze als Wirtschaftszentrale fungierende Staatliche Plankommission (SPK) verfügte dagegen nicht über die Informationen und wirtschaftlichen Kriterien, um eine effektivitätsorientierte Auswahl aus den Vorschlägen und Forderungen der Betriebe und Branchenleitungen – den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) – zu treffen und damit eine effiziente Allokation des Kapitals zu erreichen. Deshalb mußten die Investitionsschwerpunkte vor allem anhand politischer Aspekte festgelegt werden, was den Intentionen der SED-Spitze entgegenkam. Darüber hinaus sorgten systemimmanente Mechanismen dafür, daß die Mittel auf viele Vorhaben zersplittert wurden. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre konnten außerdem oft die erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen nicht bereit gestellt werden, weil dem Maschinenbau die benötigten Erweiterungsmittel verweigert worden waren, da diese im Sinne der »ökonomischen Hauptaufgabe« verstärkt der Konsumgüterindustrie zugute kommen sollten. Infolge all dieser Probleme fiel die Investitionseffektivität 1960 gegenüber 1959 auf etwa die Hälfte und verringerte sich in den folgenden Jahren weiter.⁸ Das war ein Ausdruck dafür, daß in der DDR die mit dem »klassischen« Lenkungs- und Koordinationssystem des Staatssozialismus zu mobilisierenden extensiven Wachstumsfaktoren ihre Grenzen erreicht hatten.

Ebenso waren die Beschäftigungsreserven in der DDR bereits seit Mitte der 50er Jahre weitgehend erschöpft. Eine ungünstige demographische Entwicklung und die Abwanderung nach Westen verschärften die sy-

7 Vgl. André Steiner, Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR Mitte der fünfziger Jahre. Resultate und Alternativen, in: *Wirtschaftliche Folgen des Krieges in der SBZ/DDR*, hrsg. von Christoph Buchheim, Baden-Baden 1995, S. 271–293.

8 Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform* (wie Anm. 6), S. 355.

stembedingte Arbeitskräfteknappheit, die auf der Neigung der Betriebe beruhte, im Interesse der sicheren und einfachen Planerfüllung Beschäftigte zu horten. Die Betriebe »konkurrierten« um die knappen Arbeitskräfte und nutzten dafür die gezahlten Löhne. Deshalb konnte die Entwicklung der Durchschnittslöhne nicht im erhofften Maße an die Produktivitätssteigerung gebunden werden. Dafür war jedoch auch die unzureichende Qualität der Arbeitsnormen und des Lohnsystems verantwortlich.⁹ Dahinter stand für die SED-Spitze das grundsätzliche Problem, wie sie die Beschäftigten in einer als Volkseigentum apostrophierten Wirtschaft zu Leistungssteigerungen motivieren bzw. die entsprechenden wirtschaftlichen Anreizstrukturen gestalten sollte. Einerseits legitimierte die Parteiführung ihre Herrschaft als »Arbeiter-und-Bauern-Staat«. Andererseits mußte sie den Beschäftigten faktisch als »Gesamtunternehmer« gegenüberreten. Außerdem konnten sich die Beschäftigten jeder echten oder vermeintlichen Leistungsforderung durch Flucht nach Westen entziehen. Daher blieb die Frage der Normen und der darauf aufbauenden Löhne vor dem Mauerbau praktisch ein Tabu. Damit stiegen Geldeinnahmen der Bevölkerung schneller als im Plan vorgesehen, und es stand ihnen nur ein unzureichendes Warenangebot gegenüber, das sich 1960 sichtlich verschlechterte. Es fehlte an Fleisch, Wurst, Butter, Käse, Schuhen, Untertrikotagen und Waschmitteln. Die Angebotslücken waren auf die knappen Ressourcen in der Industrie und auf die durch die Kollektivierung verursachten Probleme in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die Entwicklung der Geldeinnahmen – beschleunigt durch die Fluchtbewegung aus der DDR – vergrößerte die Diskrepanzen zwischen der Nachfrage und dem Angebot.¹⁰

Diese Schwierigkeiten verschärften sich 1960/61, weil bestimmte Importe aus der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern ausblieben. Ebenso traten Verzögerungen bei wichtigen Lieferungen aus der Bundesrepublik auf.¹¹ Als die Bundesregierung im September 1960 entschied, zum Jahresende das Berliner Abkommen über den innerdeutschen Handel zu kündigen, beurteilten die DDR-Verantwortlichen in der bereits angespannten Wirtschaftslage die möglichen Konsequenzen als dramatisch. Doch selbst mit der Ende 1960, Anfang 1961 gewährten Unterstüt-

9 Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995, passim; Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform* (wie Anm. 6), Kapitel 3.

10 Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage, 8. 11. 60, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/14.

11 Das war vor allem auf ausbleibende Ausgleichslieferungen der DDR zurückzuführen. Vgl. Friedrich von Heyl, *Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg*, Köln u.a. 1997, S. 117 ff.

zung der Sowjetunion konnte die »ökonomische Hauptaufgabe« nicht mehr verwirklicht werden, was Ulbricht Chruschtschow bereits im Sommer 1960 eingestanden hatte.¹² Deshalb wurden durch die SPK Anfang Mai 1961 die Ziele des Siebenjahrplans gesenkt bzw. – wie es im Planerdeutsch hieß – »präzisiert«.¹³ Die Tatsache, daß das Erreichen oder Überholen des westdeutschen Lebensstandards in weite Ferne rückte, mußte nach Einschätzung Ulbrichts dazu führen, daß die Zahl der »Republikflüchtigen« anstieg.¹⁴

Die Westmigration war nicht nur Indiz für die Unzufriedenheit mit der ökonomischen, sozialen und politischen Situation in der Bevölkerung, sondern verstärkte kurzfristig die akute wirtschaftliche Krisensituation, da die fehlenden Arbeitskräfte die Produktionsausfälle in der Industrie erhöhten. Die daraus entstehende Planungsunsicherheit, der Verlust an Wachstumspotential sowie eine Lage, in der wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung standen¹⁵, veranlaßte die SED-Spitze im Interesse des eigenen Machterhalts dazu, einen außerökonomischen Weg zu suchen, um die Fluchtbewegung zu unterbinden. Letztlich standen wirtschaftliche Motive im Vordergrund, als im August 1961 die Berliner Mauer errichtet und die Westflucht gewaltsam gestoppt wurde.¹⁶ Der Versuch der SED-Spitze, mit einer neuen Offensive die Bundesrepublik »einzuholen und zu überholen«, hatte in Verbindung mit grundlegenden Systemdefekten die DDR in eine akute Wirtschaftskrise geführt.

12 Ulbricht an Chruschtschow, 23. 7. 60 (russ.), SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/29.

13 Erste zusammenfassende Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Regierungsverhandlungen zwischen der UdSSR und der DDR auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1962–1965 und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, 26. 4. 61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30; vgl. [SPK:] Vermerk zu Fragen der Einholung und Überholung Westdeutschlands, 19. 8. 60, BA DE1/912.

14 Vermerk über die Besprechung bei Gen. Walter Ulbricht am 3. 5. 61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/743.

15 Vgl. dazu: Steiner, Vom »Überholen« eingeholt (wie Anm. 3).

16 Siehe die »Begründung« in: Ulbricht an Chruschtschow, 4. 8. 61: Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Veröffentlicht in: André Steiner, Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Hartmut Mehringer, München 1995, S. 233–268, hier: S. 254–268. Vgl. Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

II. Kurzfristige Krisenbewältigung 1961/62?

Im Schutz der Mauer standen zunächst eher kurzfristig orientierte Versuche, die Krise zu lösen, im Vordergrund. Erstens sollte mit der »Störfreimachung« bereits seit der Jahreswende 1960/61 verstärkt die Importabhängigkeit von der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten reduziert werden.¹⁷ Die Drohung der Bundesregierung, den Vertrag zum innerdeutschen Handel zu kündigen, hatte den Verantwortlichen in der DDR und in Moskau vor Augen geführt, in welchem Maße der Westen die erforderlichen Importe politisch instrumentalisieren konnte. Die Abhängigkeiten lagen vor allem bei Spezialsortimenten der metallverarbeitenden, chemischen und metallurgischen Industrie. Einzelne fehlende Positionen konnten die Produktion ganzer Fertigungsbereiche behindern.¹⁸ Im Volkswirtschaftsrat – der operativen Lenkungsinstitution für die Industrie – schätzte man Anfang 1962, daß die Sicherung der Unabhängigkeit von Westdeutschland einschließlich der Aufwendungen für die Infrastruktur (Verlegung von Elektro- und Wasserleitungen, Verkehrswesen) die Volkswirtschaft mit zwei bis drei Milliarden Mark belasten werde. Das entsprach etwa 6 bis 10 Prozent der Investitionen, die in den beiden Jahren 1961/62 zusammen tatsächlich vorgenommen wurden.¹⁹

Wenn man in Rechnung stellt, daß durch die Produktionsumstellungen noch weitere Effizienzverluste in anderen Wirtschaftsbereichen auftraten, stellte diese Aktion angesichts der äußerst angespannten Situation eine nicht unerhebliche volkswirtschaftliche Belastung dar. Die »Störfreimachung« wurde durch politische Entscheidungen begonnen und durch solche beendet. Der SPK-Chef Erich Apel schätzte Mitte 1963 ein, daß »bei der gegenwärtigen internationalen politischen Situation mit einem Abbruch der Handelsbeziehungen nicht zu rechnen ist«. Als Resultat der gesamten Aktion konnten seines Erachtens »in der Tendenz Störungen der Volkswirtschaft in einem Maße, wie das bei einem Abbruch des Handels 1960 möglich gewesen wäre, nicht mehr eintreten«. ²⁰ Für einen solchen Fall war man darauf vorbereitet, bisher aus der Bundesrepublik im-

17 Beschluß der SPK über die Sicherung der Wirtschaft der DDR gegen willkürliche Störmaßnahmen ..., 4. 1. 61, BA DE.1/2465.

18 Leuschner an Ulbricht, 5. 12. 60: Niederschrift, 2. 12. 60, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/29; Vorlage für das Sekretariat des ZK, 16. 12. 60: SPK: Information über Probleme ..., 15. 12. 60, SAPMO-BA DY30 IV 2/202/115.

19 Informationsbericht des Volkswirtschaftsrates an das Politbüro ..., 29. 1. 62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/31. Die Anteile wurden berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, hrsg. von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1965, S. 43.

20 Apel an Ulbricht, 4. 7. 63: Analytische Einschätzung des Standes der Abhängigkeit der DDR ..., 27. 6. 63, SAPMO-BA NY4182/969.

portierte Güter nun aus anderen Ländern zu beziehen. Dort, wo Kleinstmengen bestimmter Materialien erhebliche Größenordnungen der Produktion beeinflussten, waren Reserven angelegt worden. Gleichwohl mußten einige Waren infolge technischer Gegebenheiten weiter aus der Bundesrepublik bezogen werden. Insgesamt wurde mit dieser Aktion jedoch die wirtschaftliche Einbindung der DDR in den Ostblock und die Abhängigkeit von der Sowjetunion befördert. Die DDR-Importe aus der Bundesrepublik stagnierten zwischen 1961 und 1963 auf einem Niveau um 80 Prozent gegenüber dem bis dahin erreichten Höchstwert von 1959, um diesen 1964 schlagartig um knapp 7 Prozent zu übersteigen.²¹ Ähnlich entwickelten sich die Bezüge der DDR aus den westlichen Industrieländern insgesamt.²² Diese Rückbesinnung auf den Westimport hatte wohl zwei Gründe: Zum einen meinte man 1963/64, ausreichend demonstriert zu haben, daß man nicht erpreßbar war. Zum anderen hatten sich mit dem Beginn der Wirtschaftsreform und den verstärkten Modernisierungsbestrebungen in der Volkswirtschaft die inneren Bedingungen verändert: Man benötigte die westliche Technologie. Allerdings wurde die Idee, unabhängig vom Systemgegner zu sein, nie völlig aufgegeben.

Die zweite Aktion, mit der man sich nach dem Mauerbau Luft verschaffen wollte, sollte die Diskrepanz zwischen der Produktivitäts- und der Lohnentwicklung sowie das daraus resultierende Ungleichgewicht zwischen Kaufkraft und Warenangebot beseitigen. Daher griff man nicht nur die Normenfrage, sondern auch das Problem der Preiserhöhungen für Konsumgüter auf.²³ Die Mängel in der Lohnpolitik sollten mit dem »Produktionsaufgebot« abgestellt werden, zu dem offiziell eine Berliner Brigade unter der Losung »In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren!« aufrief.²⁴ Diese Kampagne nutzten vor allem die Verantwortlichen auf den mittleren Ebenen, um die Normen zu erhöhen. Oft führte dies aber zur Leistungszurückhaltung bei den Arbeitern.²⁵ Die Kaufkraft der Bevölkerung sank zwar von Januar bis August 1962 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,5 Prozent, aber dies war nicht Resultat des »Produktionsaufgebotes«, denn die durchschnittlichen

21 Berechnet nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost).

22 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1990, S. 33.

23 Vgl. u. a. Apel an die Leiter aller wirtschaftspolitischen Abteilungen, 1. 9. 61, SAPMO-BA DY 30 IV 2/2029/10.

24 Neues Deutschland vom 7. 9. 61.

25 Einige Probleme der Entwicklung des Produktionsaufgebotes, 6. 10. 61, SAPMO-BA DY 30 IV 2/2029/205; Probleme der Lohnentwicklung, September 1962, SAPMO-BA DY 30 IV 2/608/40. Vgl. Hübner, Konsens (wie Anm. 9), S. 79–82; Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 280 f.

Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten blieben nahezu unverändert. Zum einen ergab sich die verminderte Kaufkraft aus dem Rückgang der Einkommen der LPG-Bauern um 18 Prozent, da sie rigoros an die Planerfüllung bei der landwirtschaftlichen Produktion gebunden worden waren.²⁶ Zum anderen hatte man, um die Diskrepanz zwischen Warenangebot und Kaufkraft zu verringern, nun die bereits seit dem Frühjahr 1961 durch das SED-Politbüro grundsätzlich beschlossenen Preiserhöhungen²⁷ in Kraft gesetzt, da nach dem Mauerbau gegenüber der Bevölkerung in geringerem Maße politische Rücksichten genommen werden mußten. Die Preiserhöhungen betrafen eine ganze Reihe von Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern sowie einige Dienstleistungen. Wirtschaftlich waren sie durchaus gerechtfertigt, da sich durch die Mißernte 1961 und die anhaltenden Schwierigkeiten in der Folge der Kollektivierung in der Landwirtschaft das Angebot an Lebensmitteln verknappt hatte, ebenso wie das Angebot an industriellen Konsumgütern, die verstärkt exportiert wurden, um Importe zu finanzieren. Solche Preisreaktionen waren aber nicht systemgerecht und widersprachen vor allem den langjährigen Versprechen der SED-Spitze, die Verbraucherpreise stabil zu halten oder zu senken. Systemadäquat war vielmehr, daß mit der Einführung von Kundenkarten Fleisch und Butter praktisch wieder rationiert wurden.²⁸ Alles in allem sank im Jahr zwischen Mauerbau und August 1962 durch die Einkommensbegrenzungen und Preissteigerungen das Realeinkommen der Bevölkerung um ca. 2,5 Prozent, was deren Unmut noch vergrößerte.²⁹

Gleichzeitig war aber der SED-Spitze und den Wirtschaftsverantwortlichen bewußt, daß auf diese Weise Legitimation und Stabilität der eigenen Macht nicht gesichert werden konnten³⁰, die einer dynamischen und krisenfreien Wirtschaftsentwicklung mit entsprechenden Wohlfahrtseffekten für die Allgemeinheit bedurften. Dazu wurde inzwischen eine Modifikation des wirtschaftlichen Lenkungs- und Koordinationsmechanismus als erforderlich angesehen. Der Gedanke, eine solche Reform

26 SPK, Hauptabteilung Perspektivplanung: Übersicht über die Kaufkraftentwicklung ..., 22. 9. 62, SAPMO-BA DY 30 IV A2/2021/247.

27 Information für die Mitglieder und Kandidaten des ZK über Maßnahmen zur Verbesserung ..., 15. 3. 61, SAPMO-BA DY 30 IV 2/608/51.

28 Abt. Planung und Finanzen, Bericht über die Wirkung der Preismaßnahmen ..., 11. 8. 62, SAPMO-BA, DY 30, IV 2/608/72; [Ulbricht] an Chruschtschow, 6. 5. 63; Anlage. Probleme der Versorgung der Bevölkerung, SAPMO-BA, DY 30, IV A2/2021/96.

29 Abt. Organisation und Kader, Kurzinformation über Stimmungen und Meinungen ..., 7. 6. 62, SAPMO-BA NY 4182/968; SPK: Übersicht über die Kaufkraftentwicklung ..., 22. 9. 62, SAPMO-BA, DY 30, IV A2/2021/247.

30 Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Honecker, 13. 10. 61, SAPMO-BA DY 30 IV 2/608/71; Information über die Stellvertreterberatung der SPK vom 14. 3. 62, 15. 3. 62, SAPMO-BA DY 30 IV A2/2021/247.

durchzuführen, reifte über längere Zeit, da man sich der Inkonsistenzen bei der Wirtschaftslenkung und der Schwierigkeit, die Grenzen des extensiven Wachstumspfades zu überspringen, bereits seit Ende der 50er Jahre bewußt war. Ausschlaggebend dafür, daß sie tatsächlich in Angriff genommen wurde, war jedoch die von der Parteiführung als existentiell wahrgenommene Wirtschaftskrise 1960/61. Einen 1962 von der SED-Spitze zur Entlastung unternommenen Versuch, die Modernisierung der DDR-Industrie von der Sowjetunion kreditieren bzw. alimentieren zu lassen, lehnte diese – wohl auch wegen der begrenzten eigenen Möglichkeiten – ab. Dies bildete dann den letzten Anstoß dafür, eine Reform des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus in Angriff zu nehmen. Die Moskauer Führung mußte nach ihrer Weigerung, die DDR stärker zu alimentieren, einem solchen Reformversuch zustimmen, zumal mit ihm die Vorherrschaft der Partei oder die Eigentumsverhältnisse nicht angerührt werden sollten.³¹

III. Erste Phase der Wirtschaftsreform 1963–1967: Konzept und Umsetzung

Nach langwierigen Diskussionen und ersten Experimenten wurde im Sommer 1963 ein Gesamtkonzept für die Veränderungen des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus verabschiedet.³² Die Reform – zunächst als »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖSPL) bezeichnet – sollte die Modernisierung der Volkswirtschaft und die permanente Steigerung der Produktivität sichern. Innovationen und Strukturveränderungen waren auf der Grundlage erhöhter Eigenverantwortung der VVB und Betriebe unter Nutzung ihrer ökonomischen Interessen sowie der »schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen« im Rahmen eines nur Eckdaten vorgebenden zentralen, perspektivisch orientierten Planes anzuregen und durchzusetzen. Dabei gingen die Reformer davon aus, daß die Interessen der Zentrale und der Wirtschaftseinheiten in Übereinstimmung zu bringen wären. Die wirtschaftlichen Anreize sollten so gesetzt werden, daß sie jene Interessen der VVB und Betriebe förderten, die denen der Zentrale entsprachen. Die Branchenleitungen hatten als Zentralen »sozialistischer Konzerne« – wie sie von Ul-

31 Vgl. im Detail Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 44–60.

32 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (Ost) 1963. Zur Entstehung dieses Konzepts und zum folgenden vgl. Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 60–78. Vgl. auch die älteren Arbeiten: Gert Leptin u. Manfred Melzer, Economic Reform in East German Industry, Oxford u. a. 1978; Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1990.

bricht öfter genannt wurden – ihre Erweiterungsmittel stärker selbst zu erwirtschaften. Die Planung war zu dezentrieren. Güter, die für die Steuerung der Gesamtwirtschaft als unabdingbar angesehen wurden, verteilte nach wie vor die Zentrale, und bei den übrigen hatten die VVB und Betriebe die Verteilungspläne für ihre Produkte selbst auszuarbeiten. Ganz entscheidend war, daß die Leistungen der Branchen und Betriebe nicht mehr anhand der Kennziffer ›Bruttoproduktion‹ bewertet werden sollten, wodurch die Unternehmen in der Vergangenheit für einen hohen Inputverbrauch belohnt worden waren. Zum zentralen Leistungsmaßstab erklärte man jetzt den Gewinn. Seine Höhe sollte wesentlich über die Prämien sowohl für die Belegschaft als auch für das Leitungspersonal entscheiden. Damit der Gewinn diese Rolle spielen konnte, mußten die Grundlagen für eine unverzerrte Kostenrechnung geschaffen werden. Sowohl die Industriepreise als auch die Bewertung des Anlagevermögens war bis dahin nach verschiedenen Prinzipien erfolgt, so daß eine einheitliche Neubestimmung erforderlich war. Darüber hinaus wurde mit der Produktionsfondsabgabe eine Art »Kapitalzins« für die Betriebe ins Auge gefaßt. Neben den auf der Ebene der VVB und Betriebe angesiedelten wirtschaftlichen Anreizen waren Lohn und Prämie stärker an die individuellen Leistungen der Beschäftigten zu koppeln. Insgesamt sollte die güterwirtschaftlich orientierte, eher direkte Lenkung gegenüber der finanzwirtschaftlichen, mehr indirekten zurücktreten. Dabei hatte die Planung nach wie vor die Kohärenz des Gesamtmechanismus zu gewährleisten. Jedoch versuchte man nicht selten marktwirtschaftliche Mechanismen zu simulieren, ohne daß deren ordnungspolitische Grundlagen eingeführt werden sollten, was zwangsläufig neue Inkonsistenzen nach sich ziehen mußte. Der konzipierte Mechanismus wirkte faktisch daraufhin, daß die Wirtschaftseinheiten die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen besser ausnutzten. Die Verteilung der Inputs auf die VVB und Betriebe blieb eher die Sache der übergeordneten Ebenen, was das alte Problem aufwarf, anhand welcher Informationen sie darüber entschieden. Außerdem blieben die Innovationsanreize für die Betriebe letztlich schwach. Alles in allem war das Reformkonzept in sich widersprüchlich und inkonsequent.

Die Reformer verstanden ihr Konzept als offen und entwicklungsfähig. Daher wurden in einer Vielzahl kaum zu überschauender Experimente praktikable Lösungen für einzelne Lenkungsprobleme gesucht. Das und die damit verbundene neue Offenheit bei der Diskussion wirtschaftlicher, aber auch darüber hinaus gehender Fragen führten 1963/64 zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre.³³ Die SED-Spitze warb mit der von ihr zugelassenen und inszenierten vorsichtigen Öffnung

33 Vgl. dazu die Zeugnisse in mehreren Beiträgen in: Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, hrsg. von Günter Agde, Berlin 1991.

um Akzeptanz und wollte gleichzeitig Kompetenzen aus einem breiteren Kreis für sich nutzbar machen. Außerdem scheint Ulbricht das neue Klima dazu genutzt zu haben, die Reformskeptiker in der Führung zum Stillhalten zu bewegen. Es bildete sich insbesondere bei den Intellektuellen eine Aufbruchsstimmung heraus. Bei den Arbeitern herrschten dagegen eher gemischte Gefühle gegenüber der Wirtschaftsreform, da sie einerseits angesichts des kurz zuvor erlebten »Produktionsaufgebotes« und der nunmehr konsequenter vertretenen Leistungsforderungen Lohnkürzungen fürchteten, andererseits die Chancen sahen, die in der Reform lagen. Die SED wiederum wollte selbst nach wie vor die Grenzen der gesellschaftlichen Öffnung ziehen, und dies tat sie im Zweifelsfall eher eng, wie sich bereits Ende 1965 zeigte, als in den Augen der Parteispitze zu weit vorgepreschte Künstler öffentlich gemäßregelt wurden.³⁴

Damit war den ohnehin nur zaghaften politischen Liberalisierungstendenzen ein Ende gesetzt. Insofern blieb die Reformperiode von dem Widerspruch geprägt, daß im Bereich der Wirtschaft die Eigenständigkeit ihrer Teilsysteme anerkannt und gestärkt werden sollte, während sowohl der ökonomische als auch der politische Gesamtrahmen fehlte, um neuartige Interessen zu artikulieren und auftretende Gegensätze austragen zu können. Dieser Widerspruch war letztlich Ausdruck dessen, daß die Wirtschaftsreform von der SED-Spitze in Gang gesetzt wurde, um die eigene Macht langfristig zu sichern. Die möglichen Risiken meinten die Reformprotagonisten in der SED-Spitze beherrschen zu können. Die Reformskeptiker dagegen stufte diese weit höher ein, und sie wurden immer mehr zu Gegnern der Veränderungen, als sich im Laufe des Jahres 1965 die Schwierigkeiten bei der Wirtschaftslenkung verdichteten.

Anfang 1964 begann die flächendeckende Umsetzung der Reform. Dabei ging man schrittweise vor, was schon deshalb erforderlich war, weil die Industriepreisreform in drei Etappen durchgeführt werden sollte. Sie bildete das Kernstück der Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus und vor allem die Grundvoraussetzung für deren Funktionieren. Um die innere Konsistenz des Preissystems zu gewährleisten, wurden die neuen Preise entsprechend der Fertigungsstufe der betroffenen Güter ausgearbeitet und in Kraft gesetzt, d. h. in der ersten Etappe vor allem Roh- und Grundstoffe sowie Energie- und Verkehrstarife, in der zweiten Halbfabrikate und in der dritten Fertigwaren. Die letzte Stufe erwies sich aufgrund der Vielzahl der betroffenen Erzeugnisse und ihrer Verflechtungen untereinander am kompliziertesten, wodurch sich ihre Durchführung um ein Jahr verzögerte und die Preisreform erst zum Jahresbeginn 1967 abge-

34 Vgl. ebd.; Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 200–231.

geschlossen werden konnte. Das damit neu geschaffene Industriepreissystem stellte einen Fortschritt gegenüber dem Stand vor der Reform dar, aber es wies neue Inkonsistenzen auf, was zum einen auf Widersprüche in der der Reform zugrunde liegenden theoretischen Basis zurückzuführen war. Zum anderen hatte man im Zweifelsfall politischen Opportunitäten gegenüber wirtschaftlichen Prinzipien den Vorrang gegeben. Der entscheidende Nachteil der neuen Industriepreise bestand aber darin, daß sie nach wie vor weitgehend statisch waren. Zwar lagen Überlegungen und erste Versuche zu einer Preisdynamisierung vor, aber sie kamen in der letzten Reformphase lediglich in Ansätzen zum Tragen.³⁵

Die schrittweise Durchführung der Gesamtreform sollte auch gewährleisten, daß dieser Prozeß von »oben« kontrolliert und gesteuert werden konnte. Man wollte sich vor unliebsamen Überraschungen schützen. Neben diesem herrschaftstechnischen Kalkül war für die Reformer in diesem Zusammenhang wichtig, daß sie die Wirkung bestimmter Maßnahmen beobachten und im Bedarfsfall Veränderungen vornehmen konnten, ehe sie weitere Schritte einleiteten.

Mit der schrittweisen Umsetzung der Reform entstand ein Nebeneinander von alten und neuen Mechanismen, was ihre Wirkung begrenzte und verhinderte, daß sich das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure änderte. Wegen der noch in Durchführung befindlichen Industriepreisreform konnten viele der wirtschaftlichen Anreize nicht bzw. nur modifiziert wirksam werden. Harte Budgetrestriktionen waren trotz der Übergabe finanzieller Mittel an die Wirtschaftseinheiten nicht in Kraft gesetzt worden. Daher mußte die güterwirtschaftliche Realisierung dieser Mittel weiter an den Plan gebunden werden. Gleichzeitig wurde die Verteilungsplanung dezentralisiert, aber den Planern bei den VVB standen nicht die Informationen zur Verfügung, um makroökonomisch effektive Verteilungsentscheidungen zu treffen. Da die Wirtschaftseinheiten wegen der fehlenden harten Budgetrestriktion weiter typisches Hortungsverhalten zeigten, war der Plan für 1965 letztlich in sich weniger konsistent als zuvor. Deshalb wuchsen die Schwierigkeiten für die Betriebe, ihre Vorleistungen zu erhalten und die Verflechtungsbeziehungen zu sichern. Gleichzeitig konnten eine Reihe von VVB durch Kalkulationsspielräume bei der Industriepreisreform ihre Gewinne exorbitant steigern, was sich entsprechend bei den Prämienmitteln auswirkte, ohne daß dem vergleichbare Leistungssteigerungen gegenüberstanden. Außerdem gelang es nicht, Lohn und Prämie als individuellen Leistungsanreiz für die Beschäftigten wirksam zu machen, da das – oben benannte – politische Grundproblem für die SED-Spitze nicht lösbar war. Mit diesen Schwierigkeiten, die im

35 Zur Konzeption und Durchführung der Veränderungen in den Preisen vgl. Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform* (wie Anm. 6), S. 198–267.

Laufe des Jahres 1965 kumulierten, wurden administrative Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen von »oben« – die eigentlich deutlich reduziert werden sollten – erforderlich.³⁶

Darüber hinaus versuchte die Sowjetunion 1964/65 aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten stärker ihre eigenen Interessen durchzusetzen und die Steigerung ihrer Rohstofflieferungen in die Ostblockländer von bestimmten Gegenleistungen abhängig zu machen. Das verschlechterte die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Reform, ohne daß dies von der östlichen Hegemonialmacht intendiert war.³⁷ Die daraus resultierenden Probleme ebenso wie die Inkonsistenzen bei der Umsetzung der Reform führten dazu, daß es der SPK nicht gelang, einen ausgeglichenen Perspektivplan bis 1970 mit hohen, aber realistischen Vorgaben zu erstellen. Ein solcher mittelfristiger Plan war jedoch für das Funktionieren des neuen Lenkungs- und Koordinationsmechanismus unerläßlich. Infolge dieser Schwierigkeiten, die sich in der zweiten Jahreshälfte 1965 verstärkten, kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der SED-Spitze, auf deren Höhepunkt Apel sich das Leben nahm.³⁸ Damit wurde die Position der Reformier im Politbüro entscheidend geschwächt. Einerseits um den inzwischen erlahmten Reformschwung zu erneuern und andererseits um den Reformgegnern ein Stück entgegen zu kommen, wurde Ende 1965 eine »zweite Etappe des NÖSPL« verkündet, die das Reformprogramm im Kern aber lediglich modifizierte.

IV. Zweite Reformphase 1967/68–1970: Struktur- und Technologieoffensive

Wesentlich verändert wurde es erst 1967/68, als eine neue Reformphase unter dem Namen »Ökonomisches System des Sozialismus« (ÖSS) eingeleitet wurde.³⁹ Dabei stand im Vordergrund, den wirtschaftlichen Strukturwandel deutlich zu beschleunigen, da die bis dahin erreichten Ergebnisse die (überzogenen) Erwartungen der SED-Spitze keineswegs befriedigten.

36 Vgl. zu den Details und den Zusammenhängen ebd., S. 96–101.

37 Vgl. ebd., S. 104–108.

38 Vgl. ebd., S. 108–117. Teilweise abweichend davon und hochspekulativ: Kaiser (wie Anm. 34), S. 105–128.

39 Das Konzept für diese neue Reformphase wurde geschlossen niedergelegt in: Beschluß über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970 vom 26. 6. 68, in: Gesetzblatt der DDR 1968, Teil II, S. 433–479. Zum Prozeß der Ausarbeitung, den Details der Regelungen und den Konsequenzen vgl. Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 136–144 u. 407–441.

Die nun vorgesehenen Lenkungsinstrumente waren zwar bereits seit längerem diskutiert worden, wurden aber erst jetzt in Form eines zweistufigen Mechanismus wirksam. Zentral sollte vor allem mit direkten Methoden die Produktion und Investitionen in jenen Branchen und Erzeugnisgruppen gesteuert werden, die mittels prognostischer Analysen als zukunftssträftig bestimmt worden waren. Diesen Bereichen waren bei der Lenkung der Volkswirtschaft vorrangig Ressourcen und Finanzmittel zuzuweisen. Die anderen wirtschaftlichen Abläufe hatten die Wirtschaftseinheiten untereinander auf der Basis des Planes innerhalb bestimmter Rahmenvorgaben selbst zu regeln. Dieser Rahmen war aus dem Perspektivplan abzuleiten, dem in erster Linie die ausgewählten »strukturbestimmenden Aufgaben« zugrunde lagen. Die Vorgaben für die Wirtschaftseinheiten sollten aus mittelfristig konstant zu haltenden wirtschaftlichen Normativen bestehen, die die Abgaben an den Staatshaushalt und damit faktisch die zu erwirtschaftende Mindestrentabilität sowie die Bonusleistungen für die Beschäftigten regelten. Sie bildeten wiederum die Grundlage für die Jahresplanung, die für die nicht-strukturbestimmenden Bereiche vereinfacht wurde. Auf der oberen Ebene sollten also Innovationsprozesse und die mit ihnen verbundenen Strukturveränderungen durch zentralen Zugriff forciert durchgesetzt werden. Auf der unteren Ebene erhielten die Wirtschaftseinheiten – soweit nicht von der »strukturbestimmenden Planung« erfaßt – mehr Spielraum, um so die Effizienz zu steigern.

Das größte Problem eines solchen Mechanismus lag in der Auswahl der zu fördernden Prozesse und in der Begrenzung ihres Umfangs. Die Möglichkeit, mit der Aufnahme in diesen Kreis vorrangig Ressourcen zugeteilt zu bekommen, rief bei den VVB und Betrieben in der allgemeinen Mangelsituation und bei nur unzureichend durchgesetzter harter Budgetrestriktion ein starkes Interesse hervor, ihren Vorhaben diese zentrale »Anerkennung« zu verschaffen. Die Auswahl sollte zwar durch die Einbeziehung von Experten stärker versachlicht und besser fundiert werden, aber es lagen keine klaren wirtschaftlichen Kriterien vor, weil die Preise im Prinzip keine Nachfrage- und Angebotsverhältnisse widerspiegeln sollten, so daß Strukturentscheidungen oft auf der Basis politischer Erwägungen gefällt wurden oder indem man sich an internationalen Entwicklungen orientierte. Darüber hinaus mußte das Interesse der Wirtschaftseinheiten dazu führen, daß der Gesamtumfang der von ihnen als besonders wichtig erachteten Projekte die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten übertraf. Da aber die Zentrale selbst möglichst hohes Wachstum und raschen Strukturwandel erreichen wollte, neigte sie dazu, bei der Planung den Anteil der Investitionen am verwendeten Nationaleinkommen zu Lasten des Konsums zu steigern. Da letzterer angesichts der direkten Konfrontation mit der Bundesrepublik nur im Rahmen politischer Opportunitätserwägungen begrenzt werden konnte, mußte der beschriebene Mechanismus, das Zusammentreffen des

Ressourcenhungers von »unten« und Wachstumsfetischismus von »oben«, tendenziell zur Überforderung des volkswirtschaftlichen Potentials führen. Außerdem garantierten die unzureichenden Entscheidungsgrundlagen keine optimale Allokation der tatsächlich eingesetzten Ressourcen. Nicht zuletzt würden der strukturbestimmende und der nicht besonders hervorgehobene Bereich der Volkswirtschaft um die knappen Ressourcen konkurrieren. Deshalb waren verstärkt zentrale Eingriffe in den nicht-strukturbestimmenden Bereich zu erwarten, so daß sich die ursprünglich zumindest partiell auf Dezentralisierung und Eigenverantwortung der Teilsysteme zielende Reform wirtschaftlich selbst blockieren würde.

Zur Umsetzung dieser Konzeption wurden in den als strukturbestimmend festgelegten Branchen mit der Bildung von Kombinat und Großforschungszentren institutionelle Voraussetzungen geschaffen, um die ausgewählten Innovationsprozesse zu fördern, indem man dort die entsprechenden Kapazitäten und Potentiale bündelte.⁴⁰ Außerdem wurde eine Vielzahl von Prognosen erstellt, deren Ergebnisse aber nicht ohne weiteres in die Planung übernommen werden konnten, weil sie oft kaum miteinander verbunden und wenig wirtschaftlich fundiert waren. Sie berücksichtigten nur unzureichend die nationalen Gegebenheiten, sondern orientierten sich in der Hauptsache an internationalen Entwicklungsprozessen. Im Vordergrund stand weniger das Machbare, als vielmehr das Gewünschte.⁴¹ Dabei zeigte sich erwartungsgemäß, daß die Listen der »strukturbestimmenden Erzeugnisse«, der »strukturbestimmenden Investitionen« und der »strukturbestimmenden Aufgabenkomplexe für Wissenschaft und Technik« immer länger wurden und einen wachsenden Anteil an den volkswirtschaftlichen Ressourcen beanspruchten. Die Konzeption, die die Regierung am 26. Juni 1968 beschloß, sah schließlich ca. 100 strukturbestimmende Aufgaben vor, die einzelne Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen, Verfahren und Technologien erfaßten, denen die entsprechenden Aufgaben für Wissenschaft und Technik, die strukturbestimmenden Investitionen und geförderten Exportbetriebe zugeordnet wurden. Der Anteil der im Juli 1968 festgelegten strukturbestimmenden Erzeugnisse an der Warenproduktion der Industrie sollte bis 1970 auf 16,2 Prozent und bis 1975 auf 21,1 Prozent sowie der Teil der dafür eingesetzten Mittel für Wissenschaft und Technik auf 53,9 bzw. 61,5 Prozent ansteigen. Zwischen 1967 und 1970 sollte die Produktion der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Erzeugnisse 22,9 Prozent der in der Industrie eingesetzten Investitionen erhalten.⁴² Damit lagen die Investitions-

40 Zu diesem Konzentrationsprozeß vgl. ebd., S. 461–469.

41 Zu den Prognosen vgl. ebd., S. 442–448.

42 Beschlußprotokoll der Ministerratssitzung am 26. 6. 68: SPK: Strukturpolitische Konzeption der Volkswirtschaft der DDR, Juli 1968, BA DC20-1/3-672, 673.

intensität und vielmehr noch die Intensität der eingesetzten Mittel für Wissenschaft und Technik für die ausgesuchten Erzeugnisse weit über dem Industriedurchschnitt.

Diese Vorstellungen waren bereits ehrgeizig, jedoch gemessen an den später in die strukturbestimmenden Aufgaben einbezogenen Anteilen noch gering. Die steigende Zahl und der wachsende Umfang der bevorzugten Aufgaben resultierten nicht nur aus dem Druck von »unten«, die Vorrangigkeit für die eigenen Vorhaben zu erreichen. Ende 1968, Anfang 1969 setzte sich in der SED-Zentrale die Überzeugung durch, die bis dahin ins Auge gefaßten Strukturveränderungen und das damit zu erzielende Wachstum seien nicht ausreichend, um den Westen überholen zu können. Die wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen meinten deshalb, daß man in der DDR »einiges schneller machen müsse als in den USA oder anderen Ländern, um zur Weltspitze zu kommen. D. h., wir müssen auf einigen Gebieten eine sprunghafte Entwicklung der Technik und der Produktionsbasis erreichen. In der Technik sind ja – im Gegensatz zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung – Sprünge erlaubt!«⁴³

Auf dieser Basis beschlossen die SED-Spitze und die Regierung im Frühjahr 1969 im Perspektivplan 1971 bis 1975 Produktion und Produktivität jährlich um ca. 10 Prozent zu steigern.⁴⁴ Damit wurden auch die strukturbestimmenden Aufgaben ausgeweitet: Wie stark sie die Volkswirtschaft belasteten, zeigt der Anteil der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden an den gesamten Investitionen. Er sollte in der zentralgeleiteten Industrie und dem Bauwesen 1969 bei 31 Prozent, 1970 bei 38 Prozent und 1971/75 bei 45 Prozent liegen (Stand: Oktober 1969). Danach investierten die strukturbestimmenden Bereiche 1969 gemessen an ihrem Produktionsanteil etwa das dreifache des Industriedurchschnitts. Dazu kamen noch weitere von den Industrieministern festgelegte strukturbestimmende Investitionsvorhaben.

Die Mittel verteilten sich dadurch 1969/70 auf ca. 500 laufende Vorhaben, denen vorrangig Ressourcen zuzuteilen waren. Insbesondere wurden die Baukapazitäten überbeansprucht und zersplittert eingesetzt, was die Fertigstellung der Projekte verzögerte bzw. verhinderte.⁴⁵ Damit wurden diese Mittel nicht einmal produktionswirksam. Und für 1970 hob man die

43 Material [der wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen] zur Vorbereitung der 1. Beratung der Perspektivplankommission [am 26./27.9.68], SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/450.

44 Stenographische Niederschrift der Beratung zu Problemen der weiteren Arbeit am Perspektivplan am 18.4.69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/450. Zur Entstehung dieser Vorstellungen vgl. Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 144–150.

45 SPK/Arbeitsgruppe für die Gestaltung des ÖSS: Analyse über die Wirkungsweise der Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ÖSS ..., 10.10.69, BA DE1/51172.

Planvorgaben noch einmal deutlich an. Der Anteil der strukturbestimmenden Aufgaben an den gegenüber den ursprünglichen Planungen ebenso gestiegenen Gesamtinvestitionen in Industrie und Bauwesen wurde noch einmal von den zunächst vorgesehenen 38 Prozent auf 57 Prozent erhöht.⁴⁶

Das verdeutlicht, in welchem Maße der zentrale Zugriff in der Wirtschaft bereits wieder dominierte. Mit diesen Methoden sollte der Strukturwandel in der Industrie vor allem hin zu den modernen Sektoren der Chemie (Petrolchemie, Kunstfaserherstellung u. a. m.) und des Maschinenbaus (Werkzeugmaschinenbau, Chemieanlagenbau usw.) sowie zur Elektronik und dem Bau von EDV-Anlagen forciert werden. Darüber hinaus wollte man so die Automatisierung in der Volkswirtschaft durchsetzen.

Durch die hohe Konzentration der Ressourcen auf die strukturbestimmenden Aufgaben erhielten die anderen Bereiche aber zu wenig Mittel, um die ihnen zugestandene größere wirtschaftliche Eigenständigkeit wahrzunehmen. Statt dessen nutzten die Betriebe und VVB alle Lücken des wirtschaftlichen Regelwerks aus, um sich zusätzliche Mittel – vor allem über Kredit – zu beschaffen. Da aber die »Eigenerwirtschaftung der Mittel« nach wie vor nicht als harte Budgetrestriktion wirkte, wurde die vom Plan her ohnehin schon gegebene Überbeanspruchung der materiellen Ressourcen noch verstärkt. Außerdem waren die Wachstumsvorgaben zu hoch angesetzt, weil zum einen die Planer in der SPK hofften, auf diese Weise die sich auftuenden Defizite abdecken zu können. Zum anderen drängte die SED-Spitze und an erster Stelle Ulbricht auf hohe Wachstumsvorgaben, da sie Erfolge im Systemwettbewerb vorweisen mußten und die Möglichkeiten der DDR zur Beschleunigung des technischen Fortschritts überschätzten.

In diesem Zusammenhang erachtete man einen höheren Import westlicher Technologie als möglich und notwendig, wofür auch eine wachsende Verschuldung im »nichtsozialistischen« Wirtschaftsgebiet in Kauf genommen wurde. Da aber die eigenen Güter nur beschränkt international konkurrenzfähig waren, begrenzte die politisch als opportun betrachtete Höhe der Verschuldung die Importe. Deshalb konnten auch auf diesem Wege die Ressourcendefizite nicht abgedeckt werden, so daß im Plan 1970 bei einer ganzen Reihe von Gütern die Verwendung das Aufkommen übertraf. Diese Defizite zogen nach sich, daß der Plan streckenweise nicht erfüllt werden konnte, was wiederum neue Lücken in die geplanten Ver-

46 SPK: Zusammengefaßte Einschätzung zu den Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1970, 27. 11. 69, BA DE1/53993; SPK: Vorschlag für die Festlegung der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Investitionen 1970, 29. 12. 69, BA DE1/51168/4.

flechtungsbeziehungen riß. Angesichts hoher Wachstumsvorgaben beschleunigte sich dieser Kreislauf. Außerdem waren mit der forcierten Strukturpolitik bestimmte Industriebereiche »planmäßig« unterproportional mit Investitionen ausgestattet worden, so daß sie in ihrer Entwicklung zurückblieben und damit das gesamte Wachstum gefährdeten. Dazu gehörten insbesondere die Vorleistungsproduzenten sowie die Energieerzeuger. Als dann noch die ungünstigen Witterungsbedingungen 1969/70 zu Ernteausschlägen in der Landwirtschaft, Produktionsrückständen in der Industrie und Störungen im Verkehrssystem führten, verschlechterte sich die bereits angespannte wirtschaftliche Lage weiter.

Die erneute Krise war für die Betriebe in den fehlenden Vorleistungen spürbar. Dadurch konnten die Beschäftigten während der regulären Arbeitszeit oft mangels Material nicht arbeiten und sollten dann am Wochenende die Rückstände aufholen. Die kritische Situation machte sich auch in wachsenden Angebotsdefiziten des Einzelhandels bemerkbar, die oft die kleinen, aber wichtigen Dinge betrafen, etwa Zahnbürsten und Toilettenpapier. Die zentralen Instanzen versuchten zunehmend mit operativen Eingriffen ins Wirtschaftsgeschehen die Lage zu stabilisieren. Mit diesem »Krisenmanagement« wurden die Probleme aber nicht gelöst, sondern bestenfalls punktuell entschärft. Darüber hinaus setzte man damit das wirtschaftliche Regelwerk der Reform immer weiter außer Kraft, so daß sie lange vor ihrem Ende bereits ausgehöhlt war. 1970 verliefen Produktion und Absatz in wachsendem Maße diskontinuierlich, und im Oktober des Jahres erreichten die Lieferrückstände in der Industrie mit 6,6 Tagesproduktionen ihren Höchststand.⁴⁷ An die Erfüllung der hochgesteckten Planziele war nicht mehr zu denken.⁴⁸

V. Wirtschaftsergebnisse

Trotz aller Schwierigkeiten und Inkonsistenzen konnten in der Reformperiode die Wirtschaftsergebnisse verbessert werden. Nach offiziellen DDR-Angaben stiegen die Zuwachsraten der volkswirtschaftlichen Produktivität (produziertes Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung) vom Tiefpunkt 1961 mit 2,3 Prozent (mit einem noch zu erläuternden positiven Ausreißer 1964) bis 1967 auf 5,2 Prozent an, um dann 1968/69 auf diesem Niveau zu bleiben und 1970 noch auf 5,7 Prozent zuzuneh-

47 SZS: Bericht über die Produktion und Verwendung des Nationaleinkommens und über einige Probleme der volkswirtschaftlichen Effektivität im Jahre 1970, 28. 2. 71, BA DC20-I/3-844.

48 Zu Ursachen und Verlauf der Wirtschaftskrise vgl. Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 489-498, 503-520.

men. 1971 zeigte sich die Krise in einem verringerten Zuwachs von 4,4 Prozent. In den folgenden Jahren lagen die Zuwachsraten nach diesen Angaben wieder höher, was vor allem ein Resultat der Ende der 60er Jahre begonnenen Investitionen war.⁴⁹

Auch die nach dem Ende der DDR erstellten Schätzungen der volkswirtschaftlichen Produktivität (hier als Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Bevölkerung bewertet in DM-West) zeigen im intertemporalen Vergleich – auf niedrigerem Niveau – ähnliche Ergebnisse: Danach verbesserte sich die Zuwachsrate dieses Leistungsindikators (bis 1980) vom niedrigsten Wert 1962 mit 0,8 Prozent stetig bis 1968/69 auf jeweils 3,8 Prozent. Allerdings weist diese Schätzung bereits für das Krisenjahr 1970 einen Rückgang des Zuwachses auf 2,9 Prozent aus. Dagegen verschlechterte sich das Produktivitätsniveau der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik nach diesen Angaben zwischen der Verkündung der »ökonomischen Hauptaufgabe« 1958 und dem Reformbeginn 1963 von 42,3 Prozent auf 37,0 Prozent deutlich. Im weiteren Verlauf der 60er Jahre ging es mit zwischenzeitlichen Schwankungen weniger stark zurück, um 1971 35,9 Prozent zu erreichen.⁵⁰

Diese Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß der Trend zur Vergrößerung des Produktivitätsrückstandes zur Bundesrepublik in den 60er Jahren bestenfalls gebremst, aber keinesfalls umgekehrt wurde. Um die Ursachen für diese Wirtschaftsergebnisse zu bestimmen, soll im folgenden die Entwicklung im bedeutendsten Wirtschaftsbereich, der Industrie, näher beleuchtet werden (siehe Tabelle 1).

Gemessen an den Zuwachsraten der Nettoproduktion und der Arbeitsproduktivität verbesserten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse nach Reformbeginn stetig. Dabei erscheint 1964 als ein überaus positives Ausnahmejahr, was aber nur vermittelt dem Reformbeginn zugeschrieben werden kann, denn wegen der schrittweisen Einführung konnte sie zu diesem Zeitpunkt kaum Einfluß auf die wirtschaftlichen Resultate haben. In erster Linie basierten diese Ergebnisse darauf, daß eine Reihe großer Inve-

49 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990 (wie Anm. 22), S. 14.

50 Berechnet nach: Albrecht Ritschl u. Mark Spoerer, Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901–1995, in: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im internationalen Vergleich, Berlin 1997, S. 27–54, Tabelle 2. Ritschl/Spoerer beziehen sich bei ihren DDR-Daten vor allem auf die von Merkel/Wahl vorgelegte Schätzung, die aber ihre Grundlagen zum Teil nicht offen legen bzw. von a priori Annahmen ausgehen. Darüber hinaus sind die Angaben zur Entwicklung des Produktivitätsabstandes zur Bundesrepublik sehr stark davon abhängig, welcher Umrechnungskoeffizient zwischen DDR-Mark und DM-West herangezogen wird. Insofern sind diese Ergebnisse nur unter Vorbehalt gültig; vgl. Wilma Merkel u. Stefanie Wahl, Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991.

Tabelle 1: Jährlicher Zuwachs wichtiger wirtschaftlicher Indikatoren der Industrie der DDR 1961 bis 1971 in Prozent

	Nettoproduktion	Arbeitsproduktivität	Anlagevermögen	Anlagenproduktivität	Investitionen	Bestandsproduktivität
1961	6,5	5,9	6,4	0,0	-0,3	-9,5
1962	4,4	4,9	6,4	-1,8	4,7	0,3
1963	3,9	4,1	6,3	-2,3	6,3	-1,0
1964	5,1	5,2	8,9	-3,5	13,3	-5,5
1965	4,5	4,2	5,9	-1,3	12,5	-5,8
1966	5,3	4,9	5,4	-0,1	5,5	-2,2
1967	5,5	5,1	4,3	1,1	4,3	-2,2
1968	5,9	5,2	5,2	0,7	3,3	3,3
1969	6,4	5,9	4,8	1,5	17,7	4,6
1970	6,1	6,1	6,3	-0,2	14,5	-3,9
1971	5,3	4,3	6,4	-1,0	3,8	-4,4

Zusammengestellt aus dem Tabellenanhang in: Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 562–577. Vgl. dort auch die archivalischen Fundorte der zugrunde liegenden Daten.

Hinweis: Die Industrie erfaßt hier alle in der Abgrenzung der DDR-Statistik üblichen Bereiche außer der Wasserwirtschaft. Die Arbeitsproduktivität ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettoproduktion und Beschäftigten (Arbeiter und Angestellten). Die Anlagenproduktivität errechnet sich aus Nettoproduktion zu Brutto-Anlagevermögen (Grundmittel). Die Bestandsproduktivität drückt das Verhältnis von Nettoproduktion und Umlaufvermögen (Umlaufmittel) aus.

stitionen produktionswirksam wurden, was sich im hohen Zuwachs des Anlagevermögens 1964 niederschlug. Darüber hinaus mag auch die verbreitete Aufbruchstimmung eine Rolle gespielt haben, der aber bereits 1965 die Ernüchterung folgte.

Jedoch gilt wohl für die gesamten 60er Jahre, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung vor allem den gestiegenen Investitionen und damit dem Anlagevermögen geschuldet war. Gleichwohl konnten mit dem neuen Lenkungs- und Koordinationsmechanismus die vorhandenen Inputs besser ausgenutzt werden. Beim Anlagevermögen waren dies vor allem 1967/68, als sich dessen Produktivität erstmals seit langem wieder positiv entwickelte, einmalige Effekte, die aus der Einführung der Produktionsfondsabgabe resultierten. Wirksamer war der Gesamtmechanismus der letzten Reformphase in Bezug auf die Ausnutzung der Bestände. Die Bestandsproduktivität kann als eindeutiger Indikator dafür gelten, inwieweit sich in den Betrieben das für die staatssozialistische Wirtschaft typische Hortungsverhalten bei den Rohstoffen, Materialien und anderen Vorleistungen verändert hatte. So zeigten sich 1964/65 in der stark rückläufigen Bestandsproduktivität die zu Reformbeginn gewachsenen Schwierigkeiten, die Verflechtungen innerhalb der Volkswirtschaft zu ge-

währleisten. Hingegen konnte 1968/69 die Vorratsbildung in den Betrieben zurückgedrängt werden, wobei dieser Trend in der Krise 1970 abbrach, weil die Betriebe in der Situation verstärkter Knappheiten wieder dazu neigten, sich größere Materialpolster anzulegen. Durch die Forcierung von Wachstum und Strukturwandel sowie die damit verbundene Ressourcenüberforderung konnten die intraindustriellen Verflechtungen immer weniger gesichert werden.

Mit der Technologie- und Strukturoffensive gelang es zwar, die Produktivitätseffekte des Strukturwandels innerhalb der Industrie im Vergleich zu den Jahren davor und danach zu erhöhen, aber sie blieben – so wie während der gesamten 60er Jahre – auf einem sehr niedrigen Niveau. Folglich konnte auch der Reformmechanismus die Verteilung der Ressourcen nicht wesentlich effizienter gestalten. Insgesamt blieben die Ergebnisse der Reform auf dem Weg zu einer effizienten und modernen Wirtschaft also begrenzt.⁵¹

Die Reform sollte ebenso andere Wirtschaftsbereiche, wie den Handel und die Landwirtschaft, erfassen. Dort wurde sie aber nicht so stark vorangetrieben wie in der Industrie. Die Lage in der Landwirtschaft konnte bis zur Mitte der 60er Jahre nach dem Produktionseinbruch infolge der Kollektivierung wieder weitgehend konsolidiert werden. Dabei war die Entwicklung in diesem Wirtschaftssektor vor allem durch den Übergang von der teil- zur vollgenossenschaftlichen Arbeit, durch einen starken Konzentrationsprozeß der Betriebseinheiten und die entsprechende Verbreitung von großbetrieblichen Produktionsformen charakterisiert. Darüber hinaus wurden mit der Reform die Anreize und Formen staatlicher Subventionierung für die landwirtschaftliche Produktion umgestaltet. Ab Mitte der 60er Jahre sollten immer stärker »industriemäßige Produktionsmethoden« und diverse Formen der Kooperation sowohl zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben als auch innerhalb der Fertigungskette von diesen bis zur Nahrungsgüterindustrie genutzt werden. Damit verbunden war die wachsende Spezialisierung einzelner LPGen, die aber teilweise bereits einen Stand erreichte, der wirtschaftlich nicht mehr beherrscht wurde und infolgedessen Effizienzverluste nach sich zog. Dies sowie ungünstige Witterungsbedingungen verursachten 1969/70 ein weiteres Mal einen deutlichen Rückgang der Hektar-Erträge. Insgesamt konnte die Landwirtschaft aber im Verlaufe der 60er Jahre einen wachsenden Beitrag zur Versorgung mit Nahrungsmitteln leisten.⁵²

51 Zu den Ergebnissen vgl. Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), passim.

52 Vgl. zur Landwirtschaft in den 60er Jahren: Hans Immler, Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971; Horst Lambrecht, Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960, Berlin (West) 1977; Roesler (wie Anm. 32), S. 127–152. Zur Entwicklung der Hektarerträge vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1976, S. 192 f.

VI. Lebensstandard

Inwieweit die Wirtschaftsergebnisse sich auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirkten, stand angesichts der planerischen Verfügungskompetenz der Zentrale über die Aufteilung zwischen Konsum und Akkumulation immer unter dem Vorbehalt, daß zunächst die Investitionen zu sichern seien, weil sie nach herrschender Ansicht zukünftiges Wachstum und damit den Sozialismus an sich garantieren würden. Nachdem von 1960 bis 1963 die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich nur 1,0 Prozent im Jahr zugenommen hatten, stiegen sie in der ersten Reformphase zwischen 1964 und 1967 im Mittel um 4,3 Prozent, wobei ihr Zuwachs 1964/65 die Wachstumsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität überstieg. Das war vor allem auf ungeplante Einkommenseffekte in der Industrie zurückzuführen, die aus der schrittweisen Durchführung der Reform resultierten. In den Jahren 1968 und 1969 stiegen die Nettogeldeinnahmen mit jeweils 4,9 Prozent deutlich schneller und entwickelten sich damit etwa genauso rasch wie die Produktivität. Da aber in diesen Jahren die Preise – wie noch zu zeigen sein wird – besonders stark stiegen, blieben die Einkommen real hinter der Produktivität zurück. In den Jahren 1970/71 fiel der Zuwachs der Nettogeldeinnahmen mit 3,1 bzw. 3,4 Prozent wieder geringer aus⁵³, was letztlich eine Folge deutlich erhöhter Investitionen sowie der Rückgänge der landwirtschaftlichen Produktion war.

Allerdings entwickelten sich die Einkommen der sozialökonomischen Gruppen sehr verschieden. In der ersten Hälfte der 60er Jahre blieben die Einkommen der Arbeiter und Angestellten relativ hinter denen aller anderen Schichten zurück, und absolut lagen die der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), der Freischaffenden sowie der privaten Inhaber halbstaatlicher Gewerbe- und Handelsbetriebe (Komplementäre und Kommissionshändler) deutlich höher (Tabelle 2). Da dies den legitimatorischen Leitbildern von der Arbeiterklasse als der herrschenden Klasse sowie dem letztlich egalitaristischen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit widersprach, wurde diese Entwicklung im SED-Apparat seit Mitte der 60er Jahre wiederholt attackiert. Allerdings berücksichtigte man dabei nicht die unterschiedliche Abgabenlast sowie den Einkommensbeitrag mithelfender Familienangehöriger, den man den Betriebsinhabern zurechnete.⁵⁴ Darüber hinaus förderten die juristischen Regeln für die halbstaatlichen Unternehmen eine Ausdehnung des Kon-

53 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990 (wie Anm. 22), S. 14 u. 52.

54 Vgl. Heinz Vortmann, *Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zum Beginn der achtziger Jahre. Funktionelle und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik*, Berlin (West) 1985, S. 122–129.

Tabelle 2: Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen pro Kopf nach Schichten in Mark

	1959	1963	1965
Arbeiter u. Angestellte	551	596	631
LPG-Mitglieder	303	435	572
PGH-Mitglieder	542	675	730
Freischaffende	2441	3045	3537
Komplementäre und Kommissionshändler	760	1592	1775
Altersrentner	134	147	165

Zusammengestellt nach: Analyse zu wichtigen Problemen unseres Lebensstandards, 26. 10. 66, BA DE1/56088; Abt. Planung und Finanzen: Erläuterung zu den Tabellen ..., 5. 4. 66, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/447; Arbeitsgruppe Einkommen der Arbeiterklasse: Arbeitsmaterial zur Entwicklung der Arbeitseinkommen ..., 31. 5. 66, BA DE1/47637.

sums der Komplementäre, da sie ihren Kapitalanteil nicht erhöhen durften. Mehrfach wurden Schritte erwogen und schließlich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre realisiert, die Selbständigen steuerlich stärker zu belasten, um dem Staat mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen.⁵⁵ Daher entwickelten sich die Einkommen der Arbeiter und Angestellten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in etwa ebenso schnell wie die der anderen Schichten, ohne daß sie damit deren absolutes Niveau erreichen konnten (Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen pro Kopf nach Schichten in Mark

	1965	1970	1971
Arbeiter u. Angestellte	491	595	619
LPG-Mitglieder	571	612	k. A.
PGH-Mitglieder	628	752	730
Privathandwerker	942	1175	1165
Komplementäre	1794	2205	2192
Kommissionshändler	973	1191	1147
Privatindustrielle	1940	2312	2269

Zusammengestellt nach: SZS: Sammelband ausgewählter Kennziffern über die Entwicklung der Volkswirtschaft 1960-1971, StBA SZS/A1345; SPK: Analyse ausgewählter Probleme der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1966-1970, 25. 10. 71, BA DE1/51838/3.

⁵⁵ Vgl. u. a. Aktenvermerk über die Sitzung bei der SPK zu Fragen der Planung des Konsumtionsfonds bis 1970, 21. 9. 65, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/740; Protokoll der Politbürositzung am 9. 4. 70: Halbritter, Maßnahmen und Vorschläge ..., 25. 3. 70, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/1433. Vgl. zu den zusätzlichen steuer-

Ein Urteil über den Lebensstandard hat ebenso die Preisentwicklung der Verbrauchsgüter und deren Verfügbarkeit zu berücksichtigen. Seit 1964/65 konnte der Handel zwar deutlich mehr industrielle Konsumgüter als in den Vorjahren anbieten, weil sich Investitionen früherer Jahre auszuwirken begannen. Trotzdem traten örtlich und temporär immer wieder Lücken im Angebot auf. Gerade bei statusbestimmenden Konsumgütern, wie Autos, Kühlschränken, Waschmaschinen, blieb das Angebot hinter der Nachfrage zurück. Außerdem mußte man eingestehen, daß diese Industriewaren hinsichtlich des technischen Stands und Bedienungskomforts sowie der Aufmachung und Verpackung nicht mit westlichen zu vergleichen waren.⁵⁶

Die wirtschaftliche Verbindung zwischen Industrie, Handel und Kunden blieb während der gesamten 60er Jahre weiter unzureichend, so daß der Bedarf der Bevölkerung in vielen Positionen weder quantitativ noch qualitativ vollständig befriedigt werden konnte.⁵⁷ Trotz dieser strukturellen Defizite verbesserte sich das Angebot insgesamt und es wurde ein Teil des Nachfrageüberhangs »abgeschöpft«. So erhöhte sich die durchschnittliche Ausstattung der Haushalte mit bestimmten technischen Konsumgütern im Verlaufe des Jahrzehnts deutlich, obwohl diese in Relation zu den durchschnittlichen Einkommen teuer waren (Tabelle 4).

1965 kostete ein Fernsehgerät 2050 Mark, ein Kühlschrank 1350 Mark und eine Waschmaschine 1350 Mark.⁵⁸ Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten belief sich gleichzeitig auf 491 Mark (Tabelle 3). Dabei hatte bei Fernsehgeräten die staatliche Abgabe einen Anteil von 42 Prozent an dem Preis, den der Handel an den Produzenten zu zahlen hatte. Dazu kam eine Handelsspanne von ca. 8 Prozent. Bei Kühlschränken belief sich der Gewinnanteil am Einzelhandelspreis auf 40 Prozent, der ganz überwiegend an den Staatshaushalt

lichen Belastungen für PGH, Privathandwerker sowie private und halbstaatliche Unternehmer vom März und November 1966, Dezember 1969 und Dezember 1970 sowie deren Wirkungen Anders Åslund, *Private Enterprise in Eastern Europe. The Non-Agricultural Private Sector in Poland and the GDR 1945-83*, London 1985, S. 176-181; Heinz Hoffmann, *Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956-1972*, Stuttgart 1999, S. 98-103; Roesler (wie Anm. 32), S. 102 f. u. 118 ff.

56 Volkswirtschaftsrat. Sitzungsmaterial: Information über die Erfüllung der Versorgungsaufgaben ..., 27. 1. 65, BA DE4-S/27-1-65; Volkswirtschaftsrat: Analyse über die Versorgung der Bevölkerung ..., 1. 4. 65, BA DE4-S/14-4-65.

57 SPK: Probleme der Einordnung der Konsumgüterwirtschaft ..., 29. 11. 68, BA DE1/VA-51055; Böhm an Mittag, 29. 1. 69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/428; Arbeitsgruppe für die Gestaltung des ÖSS: Analyse über die Wirkungsweise der Maßnahmen ..., 4. 2. 70, BA DE1/54010.

58 Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1968, S. 433.

Tabelle 4: Bestand ausgewählter industrieller Konsumgüter je 100 Haushalte

	1960	1965	1970
PKW	3,2	8,2	15,6
Fernsehgeräte	16,7	48,5	69,1
Kühlschränke	6,1	25,9	56,4
Waschmaschinen	6,2	27,7	53,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1976, S. 312.

abgeführt wurde.⁵⁹ Zwar überlegte man im Zusammenhang mit den Preisumgestaltungen der Wirtschaftsreform mehrfach, ob es nicht günstiger wäre, die damit finanzierten umfangreichen Subventionen für die Grundbedarfsgüter direkt für die Erhöhung der unteren Einkommen einzusetzen, aber die verantwortlichen SED-Mitarbeiter sahen dies als politisch zu brisant an. Außerdem benötigte man dafür ein ausreichendes Warenangebot.⁶⁰ Da aber die Industriegüter nicht immer und überall zu bekommen oder zu teuer waren, verschob sich die Nachfrage angesichts des Kaufkraftüberschusses eher zu den subventionierten Nahrungs- und Genussmitteln. In der SPK mußte man sich eingestehen, daß die strukturellen Diskrepanzen zwischen Nachfrage und Angebot auch während der zweiten Hälfte der 60er Jahre nicht vermindert werden konnten.⁶¹

Der Einzelhandelsumsatz stieg von 1960 bis 1971 durchschnittlich im Jahr um 3,6 Prozent, die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung dagegen lediglich um 3,3 Prozent.⁶² Also wurde ein wachsender Teil der Einkommen für Verbrauchsgüter ausgegeben, was als weiterer Indikator für ein verbessertes Angebot gelten könnte. Jedoch beruhte ein beträchtlicher Teil des Verbrauchszuwachses auf gestiegenen Preisen. Im Jahr 1970 war

59 Untergruppe Konsumgüterpreise, Zum Problem: »Konsumgüterpreise im neuen ökonomischen System«, 6. 1. 67, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/414; Ministerium der Finanzen, Standpunkt und Vorstellungen über die Konzeption ..., 28. 1. 69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/428.

60 Abt. Planung und Finanzen, Thesen zur Entwicklung der Konsumgüterpreise, 18. 3. 66, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/676; Untergruppe Konsumgüterpreise, Zum Problem: »Konsumgüterpreise im neuen ökonomischen System«, 6. 1. 67, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/414; Abt. Planung und Finanzen, Stellungnahme zu einigen Problemen der Entwicklung der Einzelhandelsverkaufspreise ..., 17. 1. 69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/684.

61 SPK: Analyse ausgewählter Probleme der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1966–1970, 25. 10. 71, BA DE1/51838/3.

62 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990 (wie Anm. 22), S. 52 u. 55.

dies nahezu die Hälfte.⁶³ Offiziell sollten die für die Bevölkerung relevanten Einzelhandelspreise – auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform – unverändert bleiben.⁶⁴

Jedoch gab es eine Reihe von Lücken in den – nie vollständigen – Preisregelungen, die die Produzenten ausnutzten, da sie bei dem bestehenden Nachfrageüberhang an Preissenkungen nicht interessiert waren. So machte sich im letzten Drittel der 60er Jahre zunehmend bemerkbar, daß zwar entsprechend den Festlegungen der SED-Spitze die Einzelpreise weitgehend konstant blieben, aber die Durchschnittspreise einer ganzen Reihe von Warengruppen rasch anstiegen. Von 1962 bis 1967 wuchsen die Durchschnittspreise von Industriewaren über den gesamten Zeitraum um 2,5 Prozent, während sie sich allein im Jahr 1968 um 3,3 Prozent erhöhten. Vor allem die Durchschnittspreise von Textilien waren dafür verantwortlich, die in den genannten fünf Jahren um 4,6 Prozent und 1968 um 10,6 Prozent anstiegen, was mit dem vermehrten Einsatz synthetischer Fasern begründet wurde. Die Steigerung der Durchschnittspreise setzte sich bis 1970 fort und erfaßte fast alle Gruppen von Industriewaren und teilweise auch Nahrungsmittel. Bis Anfang 1970 verteuerten sich gegenüber 1967 beispielsweise Herrenmäntel im Mittel um 65 Prozent und Kühlschränke um 10 Prozent. Bei einem großen Teil des Warenangebots blieben die Preise allerdings konstant oder sanken sogar.

Die Preissteigerungen folgten in erster Linie daraus, daß der Handel immer mehr höherwertige Konsumgüter anbieten konnte, die mehr kosten durften. Die Preise für neue Erzeugnisse wurden fast durchgängig höher festgelegt als die alter Güter – zuzüglich einer wachsenden staatlichen Abgabe. Da die Betriebe gleichzeitig kaum interessiert waren, die billigeren Sortimente weiter herzustellen, verschwanden diese aus dem Angebot. Teilweise wiesen neue Erzeugnisse allerdings nur scheinbare oder geringfügige Verbesserungen der Qualität auf, was Diskussionen über Preissteigerungen in der Bevölkerung zusätzlich anheizte.⁶⁵ Selbst eine SED-Arbeitsgruppe stellte fest, daß »man trotz stabiler Einzelpreise

63 SZS: Bericht über die Produktion und Verwendung des Nationaleinkommen ..., 28. 2. 71, BA DC20-1/3-844.

64 Vgl. zur Behandlung der Konsumentenpreise in der Reform André Steiner, Dissolution of the »Dictatorship over Needs«? Consumer Behavior and Economic Reform in East Germany in the 1960s, in: Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century, hrsg. von Susan Strasser, Charles McGovern u. Matthias Judt, Cambridge 1998, S. 167–185.

65 Abt. Planung und Finanzen, Stellungnahme zu einigen Problemen ..., 17. 1. 69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/684; Abt. Planung und Finanzen, Information über die Entwicklung ..., 23. 6. 69, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/678; Beschlußprotokoll der 58. Sitzung des Ministerrates am 19. 8. 70. Anlage 2: Analyse der Entwicklung der Einzelverkaufspreise ..., BA DC20-1/3-807.

nicht von einer Stabilität des Preisniveaus sprechen« könne.⁶⁶ Auf diesem Wege wurde zwar der Kaufkraftüberhang reduziert, aber es störte die SED-Spitze, daß die Bevölkerung dies als verdeckte Inflation und somit als politischen Wortbruch wahrnahm.

Da der offizielle Lebenshaltungskostenindex offensichtlich den politischen Vorgaben zu folgen hatte, bleibt seine realistische Berechnung bzw. Schätzung eine Aufgabe weiterer Forschungen. Auf Basis der obigen Angaben und der korrigierten offiziellen Indizes kann man grob schätzen, daß der Lebenshaltungskostenindex von 1960 bis 1971 im Durchschnitt jährlich maximal um 1,0 Prozent stieg, wobei sich die Inflationsrate nach ihrem Höhepunkt 1962 zunächst verlangsamt und zum Ende des Jahrzehnts hin wieder beschleunigt haben dürfte.⁶⁷ Da die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung jährlich um 3,3 Prozent wuchsen, erhöhten sie sich real um 2,3 Prozent. Die durchschnittlichen Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten in der staatlichen Wirtschaft waren im jährlichen Mittel zwischen 1960 und 1971 nominal um 3,2 Prozent und damit real um 2,2 Prozent angewachsen. Allerdings berücksichtigen diese Werte weder die begrenzte Verfügbarkeit noch die Qualität der Güter.

In der Bundesrepublik stiegen in den 60er Jahren – je nach Berechnungsgrundlage – die Reallöhne um 4,8 bis 5,8 Prozent jährlich⁶⁸, so daß die Entwicklung des Lebensstandards in der DDR hinter der im Westen zurückblieb. Gleichwohl war er aber – trotz temporärer und örtlicher Angebotsdefizite – gestiegen, was sich besonders deutlich in der schnell wachsenden Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern zeigte. Hier und bei dem mit der Wirtschaftsreform demonstrierten Veränderungswillen der SED-Spitze sind wohl die Ursachen dafür zu suchen, daß die 60er Jahre in der DDR ein eher positives Bild annahmen. Die Resultate, die mit der Reform erzielt wurden, blieben insgesamt ambivalent: Zwar konnte das Wachstum nach der Krise vom Beginn der 60er Jahre wieder stabilisiert und beschleunigt sowie der Lebensstandard deutlich erhöht werden. Aber dieses Wachstum beruhte vor allem auf einer Ausdehnung des Anlagevermögens – also der Kapitalausstattung. Innovationsprozesse und Strukturwandel kamen in erster Linie durch zentralen

66 Untergruppe Konsumgüterpreise, Zum Problem: »Konsumgüterpreise im neuen ökonomischen System«, 6. 1. 67, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/414.

67 Siehe die Daten zu den Preisen für Industriegüter oben, die Indizes für die anderen Güter und Leistungen sowie die Verbrauchsstruktur von 1968 in: Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1970, S. 357; dass. 1976, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1976, S. 308. Dieser Wert kann nur als eine erste Näherung betrachtet werden und ist wahrscheinlich eher überzeichnet.

68 Berechnet nach: Statistisches Taschenbuch 1998 Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1998, Tabelle 5.4.

Druck und nicht wirtschaftlich endogen zustande und blieben in ihren Wachstums- und Produktivitätseffekten eng beschränkt.

VII. Wende in der Wirtschaftspolitik 1971

Obwohl immerhin beachtliche wirtschaftliche Ergebnisse erzielt worden waren, lasteten die internen Gegner der Wirtschaftsreform die 1970 offen zu Tage tretende Krise Ulbricht persönlich an und instrumentalisierten sie u. a. dazu, ihn mit Hilfe der Moskauer Führung als SED-Chef durch Erich Honecker zu ersetzen. Im Zuge dieses Machtwechsels beendete man den schon länger schleichend ausgehöhlten Reformprozeß auch formal und griff wieder auf die traditionellen Lenkungsinstrumente einer staatssozialistischen Ökonomie zurück. Die direkte zentrale und güterwirtschaftlich orientierte Lenkung der Wirtschaft wurde in den Vordergrund gestellt und indirekte, finanzwirtschaftlich orientierte Instrumente gerieten ins Hintertreffen. Nicht mehr der Gewinn, sondern die Warenproduktion sollte nun als zentrale Kennziffer fungieren, anhand derer die Leistungen der Betriebe bewertet und belohnt wurden. Damit galt erneut das alte Bruttoprinzip: Je aufwendiger produziert wurde, um so mehr konnte abgerechnet werden.

Darüber hinaus schlug sich die Veränderung des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus in einer gestiegenen Zahl zentral vorgegebener Kennziffern und Verteilungspläne nieder. Die indirekten Lenkungsinstrumente wurden nun konsequent an den Plan und seine Erfüllung gebunden. Zwar waren auch Kontinuitäten zu beobachten: Die zentralistischen Lenkungsinstrumente knüpften an die in der letzten Reformphase genutzte strukturbestimmende Planung an. Einige in der Reformzeit entwickelte Instrumente, wie die Produktionsfondsabgabe oder das Einheitliche Betriebsergebnis, wurden auch nach deren Abbruch weiter genutzt. Aber der Gesamtcharakter des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus hatte sich geändert⁶⁹, wofür auf Geheiß der SED-Spitze sowjetische Erfahrungen herangezogen worden waren.⁷⁰ Schon deshalb kann im Machtantritt Honeckers ein Wendepunkt in der DDR-Wirtschaftsgeschichte gesehen werden.

Als er auf dem VIII. SED-Parteitag im Juni 1971 die eingangs zitierte

69 Steiner, DDR-Wirtschaftsreform (wie Anm. 6), S. 546f. Vgl. auch Ian Jeffries u. Manfred Melzer, *The New Economic System of Planning and Management 1963–70 and Recentralisation in the 1970s*, in: *The East German Economy*, hrsg. von Ian Jeffries u. Manfred Melzer, London u. a. 1987, S. 26–40, hier: S. 35 ff.

70 Protokoll der Politbürositzung am 29. 6. 71: Anlage 3: Aufgaben aus den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/1522+1523.

neue »Hauptaufgabe« verkündete, glich man sich aber nicht nur in der Form der wirtschaftlichen Lenkung, sondern auch im Inhalt der Wirtschaftspolitik wieder der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern an. Dieser Politikwechsel wurde jedoch ebenso durch den vor dem Hintergrund der Unruhen in Polen im Dezember 1970 bedrohlich wirkenden Anstieg der Arbeitsniederlegungen im eigenen Land zwischen Herbst 1970 und Frühjahr 1971 motiviert. Sie waren nach DDR-internen Einschätzungen vor allem eine Folge der gewachsenen Diskontinuität der Produktion, von Lohnkonflikten und der Furcht vor Preissteigerungen.⁷¹ Auch deshalb nahm Honecker – anders als Ulbricht, der zunächst mit einer gewaltigen Anstrengung die Effektivität und nachfolgend den Lebensstandard erhöhen wollte – einen Wechsel auf die Zukunft. Unter Ulbricht folgte die SED-Politik noch einer wirtschaftlichen Logik, die in sich nicht unproblematisch, aber auf das Ziel einer international konkurrenzfähigen Volkswirtschaft und einen darauf aufbauenden wachsenden Lebensstandard der Bevölkerung gerichtet war. Mit dem von Honecker vertretenen Konzept der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« sollte dagegen erst die materielle Lage der Bevölkerung mit umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen verbessert und damit ein Anreiz gesetzt werden, nachfolgend die entsprechende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit herzustellen. Mit den propagandistisch noch aufgewerteten Verbesserungen ihrer sozialen Lage wollte man die Bevölkerung stärker für das System interessieren und zugleich ruhig stellen.

Mit solchen sozialpolitischen Regelungen erzeugte die SED-Führung zum Teil für sich selbst, aber mehr noch für die Bevölkerung die Illusion des verwirklichten modernen industriellen Sozialstaats. Damit wurde eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die – im Unterschied zur Ulbrichtschen – schon intentional zu Lasten der wirtschaftlichen Substanz ging. Mit dem Reformabbruch verzichtete man auf Neuerungen bei der Gestaltung des Wirtschaftssystems, das nach eigenem Anspruch zwar die effiziente Alternative zum westlichen System bilden sollte, es aber de facto nicht war. Im uneingestandenem Verschwinden dieser nicht eingelösten Utopie und dem Rückgriff auf den Verbrauch des gegenwärtig Vorhandenen lagen dann die Ausgangspunkte des wirtschaftlichen Niedergangs der DDR.

71 Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an Mittag: Information über Arbeitskonflikte ..., 24. 5. 71, SAPMO-BA DY 30 IV A2/2021/744. Vgl. zur Situation: Gerhard Naumann u. Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.

Werner Bührer

Abschied von der Supranationalität. Deutsche Europapolitik und europäische Integration 1958 bis 1972

Jean Monnet, einer der »Väter« der europäischen Einigung, bekannte in seinen Memoiren, er sei immer davon überzeugt gewesen, »daß Europa in Krisen entstehen wird, und daß es die Summe der Lösungen sein würde, die man für diese Krisen findet«¹. Demnach müßten die – unter integrationspolitischen Gesichtspunkten – »langen« 60er Jahre für den Einigungsprozeß höchst bedeutsam gewesen sein, denn »soviel Krise war selten« wie in dem Zeitraum zwischen dem Start der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 1. Januar 1958 und der ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften fünfzehn Jahre später. Erinnert sei nur an das zweimalige Scheitern der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, den Abbruch der Gespräche über die Gründung einer Politischen Union und die Blockade der EWG durch die französische Politik des »leeren Stuhls«. Und in der Tat prägten die Krisenlösungen, auf die sich die sechs Regierungen verständigten, die weitere Entwicklung der Integration nachhaltig: Der Intergouvernementalismus obsiegte über die Supranationalität, die Erweiterung der Gemeinschaft genoß Vorrang vor ihrer Vertiefung.

Die Rollen in diesem europapolitischen Stück scheinen klar verteilt: Während Frankreich unter Staatspräsident Charles de Gaulle eine Abkehr von dem bisherigen Integrationskurs und ein »Europa der Vaterländer« propagiert habe, hätten die anderen Fünf die mit den Römischen Verträgen ins Leben gerufenen, tendenziell supranationalen Institutionen und Verfahren verteidigt; nicht zuletzt der Standhaftigkeit und Prinzipientreue der Bundesregierung sei es zuzuschreiben, daß der französische Angriff auf die noch wenig gefestigten Fundamente der Gemeinschaft

1 Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München/Wien 1978, S. 528.

habe abgewehrt werden können. Ziel der folgenden Betrachtung ist es, diese Sicht zu überprüfen: Wie agierte die deutsche Seite in dem europapolitischen Richtungsstreit der 60er Jahre? Fiel das Plädoyer für die Supranationalität wirklich so eindeutig aus? Welche Vorstellungen vertraten die maßgeblichen Politiker? Wurde der deutsche Einsatz für die Einigung Europas schwächer, nachdem die Rückkehr in den Kreis der »europäischen Mächte« vollzogen war? Schließlich, welche integrationspolitischen Erfolge konnten in diesen anderthalb Jahrzehnten überhaupt erzielt werden, welche Mißerfolge waren zu verzeichnen, und welche Faktoren waren dafür jeweils ausschlaggebend?

Die Deutschen nutzten die Einigungskrisen der 60er Jahre jedenfalls dazu, sich als »europäische Musterschüler« zu profilieren, die ihre nationalen Interessen stets dem Gemeinschaftsinteresse unterordnen. Dieses Image war entstanden im Zusammenhang mit Konrad Adenauers Politik der Westintegration ohne Wenn und Aber, die im Grunde »Vorleistungspolitik« war, »gebaut auf das Prinzip Hoffnung«². Daß es, sorgfältig gepflegt, seither kaum Kratzer abbekam, hat mehrere Ursachen. Erstens funktioniert die deutsche Europapolitik zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute nach ebendiesem Prinzip der Vorleistung. Jüngstes Beispiel: Die »harte« DM werde, so klagen manche Kritiker, einem »weichen« Euro »geopfert«. Zweitens blieben alle Bundesregierungen darum bemüht, ihre europapolitischen Wünsche und Absichten unter Vermeidung markig-nationaler Töne vorzutragen; auch die rot-grüne Regierung scheint, nach anfänglichen Muskelspielerien, zu dieser Praxis zurückzukehren. Drittens brauchten integrations skeptische oder -feindliche Positionen oft gar nicht artikuliert zu werden, weil andere Mitgliedsländer diesen Part aus eigenem Antrieb bereits übernommen hatten; in den 60er Jahren bot hauptsächlich die französische Politik den Gegnern der supranationalen Integration aus anderen Ländern »Deckung«. Viertens ließen sich die wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik im europäischen Rahmen am schnellsten und leichtesten verwirklichen; dies galt am Ende sogar, nachdem es lange nicht danach ausgesehen hatte, für die Wiedervereinigung. Das postnationale Image der Bundesrepublik sollte also nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Regierungen in Bonn, weit davon entfernt, eine altruistische Europapolitik zu betreiben, nationale Interessen durchzusetzen versuchten – und gerade die fünfzehn Jahre, auf die sich dieser Beitrag konzentriert, bieten dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial.

2 Hans-Peter Schwarz, Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 471–523, hier: S. 506.

I. Erste Erfolge der wirtschaftlichen Integration

Der Start der EWG im Januar 1958 verlief trotz teilweise widriger Umstände ohne größere Probleme. Als Belastung erwiesen sich vor allem die schwere politische und wirtschaftliche Krise in Frankreich und die Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone, welche die Mitgliedsländer der »Organization for European Economic Co-operation« (OECE) unter Einschluß der EWG umfassen sollte. Die Unsicherheit, ob Frankreich seinen Beitrag zum Gelingen des Einigungsprojekts leisten würde, schwand jedoch mit der Stabilisierung der Verhältnisse nach dem Regierungsantritt de Gaulles im Juni 1958 und der Zusage, daß die französische Regierung ihren Verpflichtungen laut EWG-Vertrag nachkommen werde.³ Und die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas, die nach dem Scheitern des Freihandelszonenprojekts und der Gründung der »European Free Trade Association« (EFTA) im Januar 1960 nicht mehr abzuwenden war, zeitigte längst nicht die befürchteten dramatischen Folgen.⁴ Großen Anteil am erfolgreichen Start der EWG hatte zweifellos auch der anhaltende Boom in Westeuropa, der das Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft zwischen 1957 und 1962 um 5,2 Prozent pro Jahr anwachsen ließ, verglichen mit 2,5 Prozent in Großbritannien und 3 Prozent in den USA. Der Gesamtindex der industriellen Produktion in der EWG stieg im gleichen Zeitraum von 100 auf 134; Großbritannien (114) und auch die USA (128) blieben mehr oder weniger deutlich hinter dieser Ziffer zurück. Die Bundesrepublik übertraf die Werte für die EWG mit einer Zuwachsrate von 5,6 Prozent bzw. einer Indexziffer von 135 jeweils noch leicht.⁵

Unter solchen günstigen Bedingungen fiel es den beteiligten Regierungen und der EWG-Kommission verständlicherweise leichter, die Römischen Verträge »mit Leben zu erfüllen«. Wie vorgesehen, wurden zum 1. Januar 1959 die Binnenzölle um 10 und die mengenmäßigen Beschränkungen im Warenverkehr zwischen den Sechs um 20 Prozent gesenkt. Die nächsten vertraglich vereinbarten Zollsenkungen konnten sogar vor Ab-

3 René Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert. Teil 2: 1958 bis zur Gegenwart, Stuttgart 1995, S. 68–88; Herbert Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik 1949–1977. Eine politische Chronik, Bonn 1980, S. 75; Hans von der Groeben, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1982, S. 37–44.

4 Vgl. Werner Bühner, Westdeutschland in der OECE. Eingliederung, Krise, Bewährung, München 1997, S. 367–380; Gerold Ambrosius, Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt a. M. 1996, S. 94 f.

5 Die deutsche Industrie im Gemeinsamen Markt. Bericht über die Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 bis 1963, hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Bergisch-Gladbach 1965, S. 12 f.

lauf der Fristen in Kraft gesetzt werden, so daß die Zölle für Industrieerzeugnisse Ende 1961 bereits um 50 Prozent reduziert waren. Gleichzeitig wurde die Vereinheitlichung der nationalen Zolltarife mit dem Ziel eines gemeinsamen Außenzolls in Angriff genommen; die erste Teilerleichterung erfolgte zum 1. Januar 1961. Im Jahr 1960 legte die EWG-Kommission Verordnungen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit vor und initiierte Untersuchungen zur Steuer- und Rechtsharmonisierung; der Ministerrat verabschiedete eine Richtlinie zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs und beschloß die Gründung eines Sozialfonds zur Unterstützung nationaler Umschulungs- und Umsiedlungsmaßnahmen. Schwieriger gestaltete sich der Übergang zu einer gemeinsamen Agrarpolitik. Die landwirtschaftlichen Sektoren der Mitgliedsländer unterschieden sich im Hinblick auf Strukturen, gesamtwirtschaftliche Bedeutung, Entwicklungsstand und Regulierungssysteme beträchtlich, und die Interessen der Agrarexportländer Frankreich, Niederlande und Italien stimmten vor allem mit denen der Bundesrepublik keineswegs überein. Zudem ließen sich die im EWG-Vertrag fixierten Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik – Produktivitätssteigerung, höhere Einkommen und ein angemessener Lebensstandard für die in der Landwirtschaft Beschäftigten, stabile Märkte, sichere Versorgung und akzeptable Preise für die Verbraucher – nicht ohne weiteres miteinander in Einklang bringen. Es bedurfte deshalb zäher Verhandlungen, ehe der Ministerrat im Januar 1962 »europäische« Marktordnungen und eine gemeinsame Finanzierung der Agrarpolitik mit Hilfe eines Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds beschloß und damit die Grundlagen für eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik schuf.⁶

Dieser Überblick zeigt: Die Konsolidierung der EWG kam gut voran, zugleich wurden die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Integration geschaffen; im Vergleich mit der EFTA stellte sie ohne Zweifel die dynamischere Organisation dar. Die treibende Kraft bei dieser Entwicklung war eindeutig die Kommission. Sie nahm, so eines ihrer Mitglieder im Rückblick, »ihre Aufgabe als Motor des Integrationsprozesses und Vertreter des Gemeinschaftsinteresses in vollem Umfang wahr und gewann in kurzer Zeit politisches Profil; sie wurde als eigenständiger politischer Faktor innerhalb der Gemeinschaft und von den Regierungen dritter Länder anerkannt«.⁷ Daß sie diese aktive Rolle zu spielen vermochte, war vor allem Walter Hallstein, ihrem ersten Präsidenten, zuzuschreiben.

6 Derek W. Urwin, *The Community of Europe: A History of European Integration since 1945*, London/New York 1991, S. 84–87 u. 101–103; von der Groeben (wie Anm. 3), S. 79–110; Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 85–88 u. 105–115; Ambrosius (wie Anm. 4), S. 98–106.

7 Von der Groeben (wie Anm. 3), S. 122.

Das Integrationskonzept des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes war geprägt von seinen Erfahrungen als Leiter der deutschen Delegation bei den Verhandlungen über den Schumanplan. Eine »alle Bereiche umfassende Integration in einem Zuge« erachtete er als »illusorisch und unvernünftig«; vielmehr vertraute er darauf, daß sich die einzelnen Integrationschritte und Teilpläne »mosaikartig zu einem Ganzen« zusammenfügen würden, »das dann nicht mehr in seine Einzelteile aufzulösen wäre«. Seine Vorstellungen von einem geeinten Europa kreisten um eine »supranationale Gemeinschaft bundesstaatlicher Organisationsform mit Mechanismen der Gewaltenteilung und -kontrolle, die schließlich in eine gemeinsame politische Autorität münden sollte«. ⁸ An diesen Ideen hielt er auch als Kommissionspräsident fest; das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft war für ihn kein Grund, an der »Sachlogik« – die Anhänger der funktionalistischen Integrationstheorie sprachen vom »spill-over«-Effekt – des Einigungsprozesses zu zweifeln, weil er diese Logik wirtschaftlich bzw. wirtschaftspolitisch definierte. ⁹ Mit der militärischen oder politischen Integration zu beginnen, bevor die wirtschaftliche Sachlogik überhaupt ihre Wirkung entfalten konnte, mußte zwangsläufig mit einem Fehlschlag enden. Einen Einigungsautomatismus unterstellte er allerdings nicht; deshalb setzte er so große Hoffnungen in die Kommission, die seiner Ansicht nach das »reine Gemeinschaftsinteresse« verkörperte. ¹⁰ Eine derart selbstbewußte Interpretation der Rolle der Kommission fand zwar den Beifall der Parteigänger eines bundesstaatlichen Europa, rief aber den Unmut derjenigen hervor, die den Supranationalismus ablehnten und die Idee eines europäischen Staatenbundes verfochten.

Wie dieses im Entstehen begriffene Europa am Ende auch aussehen mochte – die Attraktivität der EWG, wie sie sich Anfang der 60er Jahre präsentierte, war offensichtlich so groß, daß Israel, Griechenland und die Türkei Assoziierungsanträge stellten. Die Frage einer Erweiterung der Gemeinschaft stellte sich damit freilich noch nicht, sie wurde erst mit den Beitrittsersuchen Irlands, Dänemarks und Großbritanniens vom August

8 Frank Bärenbrinker, Hallsteins Europakonzeption vor seinem Amtsantritt bei der Kommission, in: Walter Hallstein – Der vergessene Europäer?, hrsg. von Wilfried Loth u. a., Bonn 1995, S. 107–118, hier: S. 113 u. 116; vgl. auch Werner Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 185–213.

9 Vgl. Walter Hallstein, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf/Wien 1974, S. 21–26; Wolfgang Wessels, Walter Hallsteins integrationstheoretischer Beitrag – überholt oder verkannt?, in: Walter Hallstein (wie Anm. 8), S. 281–310, besonders S. 296–306. Zur »spill-over«-These vgl. Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950–1957*, London 1968, besonders S. 283–317.

10 Hallstein (wie Anm. 9), S. 58.

1961 akut.¹¹ Plötzlich waren die EWG und die einzelnen Mitgliedsländer gezwungen, sich über den weiteren Gang der Integration zu verständigen, denn insbesondere die Aufnahme Großbritanniens barg gewisse Risiken in sich. Dieser Antrag blieb indes nicht die einzige Initiative, welche die Gemeinschaft in Turbulenzen stürzte.

II. Der französische Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Politischen Union

Staatspräsident de Gaulle hatte seit Juni 1959 wiederholt für eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit zwischen den sechs Regierungen geworben. Bereits im November hatten die Außenminister beschlossen, sich vierteljährlich zu Konsultationen über die »politischen Auswirkungen der Tätigkeit der europäischen Gemeinschaften« und über andere internationale Probleme zu treffen.¹² Im Sommer 1960 hatte de Gaulle, u. a. bei einem Treffen mit Adenauer, seine Vorstellungen konkretisiert und für regelmäßige Konferenzen der sechs Regierungschefs, ein ständiges Sekretariat zur Unterstützung und vier permanente Ausschüsse für Verteidigungsfragen, Außenpolitik, Wirtschaft und kulturelle Angelegenheiten plädiert; die EWG sollte sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen und alle politischen Entscheidungen den Regierungen überlassen, die Kommission wollte de Gaulle den Regierungen unterstellen und »für normale Aufgaben des Ministerrats und für technische Aufgaben« einsetzen. Adenauer hatte gegen diese offensichtlich auf eine Revision der bisherigen Einigungspolitik zielenden Überlegungen wenig einzuwenden gehabt, zumal auch er mit den Aktivitäten und dem Selbstverständnis der Kommission keineswegs einverstanden war; allerdings sollte zuvor geprüft werden, ob sie ihre Befugnisse tatsächlich überschritten habe. Die verständnisvolle Reaktion des Bundeskanzlers war im eigenen Lager auf Kritik gestoßen: So hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, bemängelt, daß de Gaulles Konzeption auf eine »Abkehr von dem bisherigen Wege, Europa über die europäischen Institutionen aufzubauen«, hinauslaufe, also »eine völlige Abkehr von unserer bisherigen Europapolitik« impliziere.¹³ Wie zur Be-

11 Urwin (wie Anm. 6), S. 116–121.

12 *Kommuniqué vom 23. 11. 1959*, zit. nach: Europäische politische Einigung 1949–1968. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn u. a. 1968, S. 90; von der Groeben (wie Anm. 3), S. 127–131.

13 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 566–573, hier: S. 568 u. 573; ferner Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1959–1963*. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 59–67.

stätigung dieser Warnungen hatte der französische Staatspräsident auf einer Pressekonferenz Anfang September 1960 nochmals unterstrichen, daß allein die Staaten die »Realitäten Europas« und die »Eckpfeiler« seien, auf denen man weiterbauen könne; es sei eine »Schimäre« zu glauben, man könne »etwas Wirksames [...] außerhalb oder über dem Staat« schaffen: Die supranationalen Einrichtungen hätten ihren »technischen Wert«, aber sie hätten und könnten »keine Autorität und politische Wirksamkeit« besitzen.¹⁴ Im Februar 1961 hatten sich die Regierungschefs der Sechsch schließlich darauf geeinigt, einen Ausschuß zu bilden, der Vorschläge für eine engere politische Zusammenarbeit erarbeiten sollte.

Ende September legte der französische Vorsitzende dieses Studienausschusses, Botschafter Christian Fouchet, seinen Kollegen einen ersten Vertragsentwurf für eine »Union der europäischen Völker« vor. Dieser Entwurf, in der Sprache deutscher Politiker und Diplomaten kurz »Fouchet I« genannt, sah u. a. eine gemeinsame Außenpolitik in allen Fragen von gemeinsamem Interesse sowie eine enge Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie bei der Verteidigung vor. Als Organe der Union sollten der – mindestens alle vier Monate auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs tagende – Rat, das Europäische Parlament und eine aus hohen Beamten der Außenministerien bestehende »Europäische Politische Kommission« fungieren. Der Rat sollte einstimmig entscheiden, aber bis zu zwei Mitglieder sollten sich enthalten oder einer Abstimmung fernbleiben können, ohne daß eine Beschlußfassung dadurch unmöglich gemacht worden wäre. Der Bereich der Wirtschaft und das Verhältnis zur EWG-Kommission wurden im dem Vertragsentwurf nicht erwähnt.¹⁵ Auf dieser Grundlage formulierte der Studienausschuß einen gemeinsamen Entwurf, der »einige von den übrigen Delegationen gewünschte institutionelle Elemente stärkerer Integration für die Zusammenarbeit der Regierungen« enthielt.¹⁶ Doch im zweiten von Fouchet präsentierten Entwurf vom Januar 1962 fehlten diese Modifikationen wieder; statt dessen wurde die Wirtschaft neben der Außenpolitik, der Kultur und der Verteidigung ausdrücklich als viertes Feld der Zusammenarbeit genannt.¹⁷ »Fouchet II« stellte die bestehenden In-

14 Pressekonferenz de Gaulles vom 5. 9. 1960, zit. nach: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 96. Zu den europapolitischen Vorstellungen de Gaulles vgl. Wilfried Loth, *De Gaulle und Europa. Eine Revision*, in: HZ 253, 1991, S. 629–660; Pierre Maillard, *De Gaulle et l'Europe. Entre la Nation et Maastricht*, Paris 1995, besonders S. 191–233.

15 Erster französischer Vertragsentwurf, abgedruckt in: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 114–117.

16 Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 117; zur deutschen Position in den Fouchet-Verhandlungen zuletzt Hartmut Mayer, *Germany's Role in the Fouchet Negotiations*, in: JEIH 2 (1996), S. 39–59.

stitutionen und Verfahren somit erneut zur Disposition. Zugleich machte de Gaulle deutlich, daß er keinesfalls gewillt war, für das »neue Frankreich« die Rolle einer »integrierten, d. h. untergeordneten Nation« zu akzeptieren.¹⁸

Da die französische Seite ihren neuen Entwurf nicht zurückzog, formulierten die übrigen fünf Delegationen einen eigenen, integrationsfreundlicheren Vorschlag. Ein gemeinsames Dokument kam danach nicht mehr zustande. Der Fouchet-Ausschuß legte auf seiner Sitzung am 15. März 1962 einen Text vor, der für bestimmte Artikel – etwa über die Ziele und die Institutionen der Union – abweichende, die unterschiedlichen Positionen widerspiegelnde Fassungen enthielt.¹⁹ Nachdem zuvor bereits bestimmte Kompromißformeln über die Gültigkeit der bestehenden Verträge und über die Einbeziehung der Wirtschaft ausgehandelt worden waren und de Gaulle konzidiert hatte, daß die Montanunion, die EWG und die Atomgemeinschaft unter der Bedingung im Vertragstext erwähnt werden sollten, »daß man daraus nicht den Schluß ziehen darf, die politische Union sei die Folge der Existenz oder der Weiterentwicklung dieser Organisationen«²⁰, schien eine Einigung auf dem für Juni geplanten Treffen der Regierungschefs in Rom dennoch in greifbare Nähe zu rücken. Daß es nicht dazu kam, hing vordergründig mit dem Wunsch der britischen Regierung nach Beteiligung an den Unionsverhandlungen zusammen; die niederländische und die belgische Regierung unterstützten nämlich diesen Wunsch und wollten abwarten, ob Großbritannien der EWG beitrete oder nicht, bevor sie über den endgültigen Text entschieden. Doch so lange mochten sich weder Frankreich noch die Bundesrepublik gedulden, so daß die Verhandlungen über die Politische Union im April 1962 offiziell unterbrochen, de facto aber abgebrochen wurden. Damit, so einer der damaligen Akteure im Rückblick, »trat ein mit dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft vergleichbarer Rückschlag in der europäischen Integrationspolitik ein«.²¹

17 Zweiter französischer Vertragsentwurf vom 18. 1. 1962, abgedruckt in: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 124–126.

18 Rundfunk- und Fernsehrede de Gaulles vom 5. 2. 1962, zit. nach: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 127.

19 Gegenentwurf der Fünf vom Februar u. Vertragentwurf des Studienausschusses mit interpretierendem Bericht vom 15. 3. 1962, beide in: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 128–132 u. 133–148.

20 De Gaulle an Außenminister Couve de Murville vom 16. 2. 1962, zit. nach: Schwarz (wie Anm. 13), S. 735.

21 Vgl. Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 118–123, Zitate: S. 121 u. 123; auch Horst Osterheld (»Ich gehe nicht leichten Herzens...« Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 116) spricht von einem »schweren Rückschlag«.

Doch war der durch den Abbruch verursachte Schaden tatsächlich so groß, wie hier suggeriert wird? Zweifellos mußte sich de Gaulle von seinen Plänen für ein »politisches Europa« verabschieden, und es ist nicht auszuschließen, daß sein Veto gegen den britischen Beitritt zur EWG *auch* eine Art »Racheakt« für diese Niederlage darstellte – freilich einen sehr verqueren, denn Großbritannien hätte seine Ideen von einem »Europa der Vaterländer« vermutlich bereitwillig unterstützt. Die Niederländer, die den Plänen des Generals von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden, und die Belgier, die sich im Laufe der Verhandlungen dieser Haltung angeschlossen hatten, mochten den Fehlschlag eher als Erfolg werten.²²

Auf der deutschen Seite bot sich ein differenzierteres Bild. Adenauer war bekanntlich kein Freund supranationaler Institutionen, die seiner Ansicht nach bloß abschreckend wirkten, ohne zur Realisierung des gemeinsamen Ziels etwas beizutragen. Von der Idee, die EWG »stufenweise« in einen Bundesstaat zu verwandeln, hielt er folglich wenig. Er plädierte statt dessen für eine zweigleisige Europapolitik – »einerseits Fortentwicklung des Gemeinsamen Marktes, andererseits Aufbau einer politischen Union, der notfalls nicht alle EWG-Mitglieder angehören mußten«.²³ Die Notwendigkeit einer politischen Einigung stand für ihn also außer Frage, wollten die Europäer in der Welt Gehör finden. Einen Anspruch auf die Führungsrolle in Europa wies er, im Unterschied zu de Gaulle, allerdings weit von sich, denn »wir Deutschen sind ja noch auf Jahre hinaus das am wenigsten beliebte Volk in der Welt«.²⁴ Da für die Führung nach Lage der Dinge allein Frankreich in Frage kam, konnte Adenauer über das Scheitern der französischen Pläne für eine institutionalisierte politische Zusammenarbeit, die ihm am Ende durchaus akzeptabel erschienen waren, keineswegs erfreut sein. Dies galt, in abgeschwächter Form, auch für den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der zwar eine französische Führungsrolle ablehnte, in der Frage des Verhältnisses von wirtschaftlicher und politischer Einigung jedoch Auffassungen vertrat, die mit denen des französischen Staatspräsidenten nahezu identisch waren: »Man kann nicht durch die Hintertür der EWG zu einer europäischen Föderation gelangen, wie manche Optimisten und Idealisten das gehofft haben mögen«, postulierte er beispielsweise in einem 1966 erschienenen Buch, denn die »eigentlichen politischen

22 Vgl. Yves Stelandre, *Les pays du Benelux, l'Europe politique et les négociations Fouchet* (26 juin 1957–17 avril 1962), in: *JEIH* 2 (1996), S. 21–38; Mayer (wie Anm. 16), besonders S. 51.

23 Schwarz, *Adenauer und Europa* (wie Anm. 2), S. 520–523, hier: S. 521.

24 Adenauer auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 25. 2. 1964, zit. nach: Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 621.

Bereiche des europäischen Zusammenschlusses lassen sich nicht von supranationalen Institutionen aus, die schließlich auch nur zu wirtschaftspolitischen Zwecken geschaffen wurden, beeinflussen«.²⁵

Im Auswärtigen Amt überwog hingegen die Erleichterung. Obgleich weder Heinrich von Brentano noch sein Nachfolger Gerhard Schröder supranationalen Konzepten anhängen, achteten sie doch darauf, daß die Verträge eingehalten und die bestehenden Institutionen nicht unterminiert wurden. Eine politische Union *unter französischer Führung* kam für sie nicht in Betracht. Den Abbruch der Gespräche kommentierte Schröder denn auch mit Bedauern, aber ohne dramatisierende Formulierungen. Und in einer Rede vor dem Bundesparteitag der CDU in Dortmund betonte er zwar, daß »unsere wirtschaftliche Gemeinschaft [...] auf die Dauer auch eine politische Einigung« verlange, doch setzte er sich mit seinem Plädoyer für eine Aufnahme Großbritanniens in die EWG und seiner klaren Absage an ein Europa als »Dritte Kraft« deutlich von den Zielen de Gaulles ab.²⁶ Ludwig Erhard schließlich hatte nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihm die Sechserintegration und die Rolle der Hohen Behörde oder der EWG-Kommission, die er als reine »Verwaltungskörper« titulierte, nicht behagten; von einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich, mit de Gaulle vor allem, hielt er indes ebensowenig. Während der Gespräche über eine politische Union liebäugelte er unverdrossen mit einer OEEC-weiten Freihandelszone, nach der Gründung der EFTA suchte er nach Möglichkeiten, die wirtschaftliche Kluft zu überbrücken und zugleich Großbritannien den Weg in die EWG zu ebnen.²⁷ Die Fouchet-Pläne entsprachen also gewiß nicht seinen europapolitischen Vorstellungen. Nach der Nominierung zum Kanzlerkandidaten und vor allem als Kanzler mußte Erhard in der Frage der politischen Einigung zwangsläufig Position beziehen. Doch so dezidiert er sich mitunter für ein föderales Europa aussprach – ausgerechnet den französischen Staatspräsidenten belehrte er im Juli 1963, daß der Integrationsprozeß auf lange Sicht auf einen »europäischen Bundesstaat« zulaufe und für ein »Europa der Vaterländer« dann kein Raum mehr sein könne²⁸ –, so vage äußerte er sich dazu,

25 Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 22. Zu Strauß' Europavorstellungen neuerdings, allerdings unter einseitiger Betonung der sicherheitspolitischen Dimension, Beatrice Heuser, *The European Dream of Franz Josef Strauß*, in: JEIH 4 (1998), S. 75–103.

26 Vgl. Pressekonferenz Schröder am 18. 4. 1962 u. Rede vor dem Bundesparteitag der CDU am 4. 6. 1962, in: *Europäische politische Einigung* (wie Anm. 12), S. 156 u. 168–172, hier: S. 170.

27 Vgl. Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996, besonders S. 308–323 u. 350–361.

28 Gespräch Erhard – de Gaulle am 4. 7. 1963, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1963*, Bd. II, München 1994, S. 702–705, hier: S. 704.

wie die »stärkere politische Forcierung« aussehen sollte.²⁹ Diese Haltung entsprach übrigens zu großen Teilen jener, die in der deutschen Industrie vorherrschte: Die Bildung der Politischen Union sei eine »Aufgabe ersten Ranges«, deren Lösung um so dringlicher sei, je weiter die wirtschaftliche Integration fortschreite, unterstrich etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem Jahresbericht 1961/62. Welche Gestalt dieses »neue Europa« haben sollte, ließ der Verband jedoch offen; immerhin bestand er darauf, daß »die Vaterländer nicht ausgetilgt« werden sollten.³⁰ Sein Hauptinteresse galt freilich den wirtschaftlichen Aspekten des Integrationsprozesses, insbesondere den Vorschlägen der EWG-Kommission zur beschleunigten Verwirklichung der Römischen Verträge und den damit verbundenen, für die deutsche Industrie möglicherweise »lebensgefährlichen« handelspolitischen Problemen.³¹

Angesichts dieser unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Positionen konnte die Bundesregierung verständlicherweise nicht entscheidend in die Verhandlungen über eine politische Union eingreifen: »Germany neither had the will, nor the means and nor even the weight to be the strong and decisive force to press a union into existence or to stop de Gaulle from presenting new and counterproductive proposals.«³² Den Deutschen mochten die Unions-Pläne wohl hauptsächlich deshalb attraktiv erscheinen, weil die Rolle des »souveränen« Nationalstaats in diesem Kontext wieder betont werden konnte, ohne das Image der »guten Europäer« zu beschädigen. Allerdings wurde das Scheitern dieser Pläne in der Bundesrepublik auch nicht überbewertet. Die »politische« Vertiefung der Sechsergemeinschaft war damit zwar für längere Zeit blockiert, doch auf der wirtschaftlichen Ebene ging der Integrationsprozeß weiter, die Kommission forcierte das Tempo sogar noch. Hallstein und seine Kollegen waren die eigentlichen Gewinner des Streits um ein »politisches Europa«, ihr Selbstbewußtsein erhielt einen neuen Schub. Die Verfechter des Prinzips der Supranationalität konnten sich jedenfalls bestätigt fühlen. Dennoch blieb die Kontroverse unterschwellig nicht ohne negative Folgen,

29 Erhard auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 12. 11. 1963, zit. nach: Adenauer (wie Anm. 24), S. 525; vgl. auch Gespräch Erhard – de Gaulle am 21. 11. 1963, in: AAPD 1963, III, Dok. 421.

30 BDI-Jahresbericht 1961/62, hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Köln o. J., S. 15.

31 Protokoll der Geschäftsführerkonferenz am 8. 4. 1960, hier: S. 12, BDI-Archiv, Präsidialprotokolle 1960; vgl. auch Protokoll der Präsidialsitzung am 18. 3. 1960 u. Aufzeichnung der Außenhandels-Abteilung vom 15. 3. 1960, ebd., ferner Wolfram Kaiser, Quo vadis, Europa? Die deutsche Wirtschaft und der Gemeinsame Markt 1958–1963, in: 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Dokumentation der Konferenz anlässlich des 90. Geburtstages von Dr. h. c. Hans von der Groeben, hrsg. von Rudolf Hrbek und Volker Schwarz, Baden-Baden 1998, S. 195–213.

32 Mayer (wie Anm. 16), S. 59.

weil das gegenseitige Vertrauen gelitten und der »Gemeinschaftsgeist« Schaden genommen hatte; der Einigungselan der ersten Jahre begann nachzulassen. Für die seit Oktober 1961 laufende Regierungskonferenz über den Beitritt Großbritanniens zur EWG war dies kein gutes Omen.

III. Von einer Krise zur nächsten

Wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts genoß Großbritannien eindeutig Vorrang vor den anderen Beitrittsaspiranten. Die Verhandlungen wurden auf seiten der EWG, entsprechend den Römischen Verträgen, von den sechs Regierungen geführt; die Kommission nahm lediglich beratend teil. Im Frühjahr 1962 traten sie in ihre substantielle Phase. Strittig waren in erster Linie die Agrarpolitik, die Einbeziehung der Commonwealth-Länder und die Verpflichtungen gegenüber den übrigen EFTA-Staaten. Die Gespräche kamen nur langsam, aber doch stetig voran, vor allem weil die Briten ihre ursprünglichen Positionen Schritt für Schritt aufgaben. Gegen Jahresende schien sich eine Einigung abzuzeichnen.³³

Gleichzeitig mehrten sich jedoch die kritischen Stimmen. Auf deutscher Seite wurde insbesondere der Bundeskanzler nicht müde, die mit dem Beitritt verbundenen Schwierigkeiten hervorzuheben. Anders als Erhard und Schröder, die aus wirtschaftlichen bzw. sicherheitspolitischen Erwägungen die Erweiterung wünschten, lehnte Adenauer einen Beitritt im Grunde ab, weil er an der Europatauglichkeit des Vereinigten Königreichs zweifelte und ihm ohnehin »mehr an einer Festigung und Fortsetzung der europäischen Integration der Sechs auf der Grundlage einer deutsch-französischen Freundschaft als an der Schaffung eines westeuropäischen atlantikzugewandten Großraumes« lag.³⁴ Noch massivere Bedenken äußerte de Gaulle, der Großbritannien als »trojanisches Pferd der Amerikaner im Kreis der Sechs« betrachtete.³⁵ In einer seiner üblichen spektakulären Pressekonferenzen erklärte er am 14. Januar 1963 sogar unumwunden, er halte einen Beitritt, »jedenfalls zu den gegenwärtigen britischen Bedingungen, nicht für möglich«. Im einzelnen vermißte er insbesondere klare

33 Vgl. Urwin (wie Anm. 6), S. 122 f.; Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 128–130; auf Aktenbasis Wolfgang Hölscher, *Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen*, in: *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, hrsg. von Rainer A. Blasius, München 1994, S. 9–44, besonders S. 11–15; aus britischer Sicht Miriam Camps, *Britain and the European Community 1955–1963*, Princeton, NJ, 1964, S. 367–413 u. 455–468.

34 Adenauer (wie Anm. 13), S. 165 f., 177 u. 181.

35 Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 131.

Zusagen, daß Großbritannien auf Commonwealth-Präferenzen, Agrarsubventionen und Sonderregelungen mit den EFTA-Ländern verzichten werde. Hatte der französische Staatspräsident noch im Zusammenhang mit den Unions-Plänen neuen europäischen Strukturen das Wort geredet, sorgte er sich nun plötzlich um das »System der EWG«: Da alle Beitrittsländer »Sonderwünsche« berücksichtigt wissen wollten, würde »ein anderer Gemeinsamer Markt« entstehen, der dem jetzigen der Sechsergemeinschaft »kaum noch ähnlich sein würde«. Die Ausführungen machten auf manche Zuhörer zu Recht den Eindruck eines »Grabgesanges« auf die Verhandlungen mit den Briten.³⁶

Vor diesem Hintergrund wirkt der Optimismus der deutschen Delegation ziemlich aufgesetzt. In den noch offenen Fragen könnten »bei alleis gutem Willen« Kompromisse erzielt werden, hieß es am Tag nach de Gaulles Auftritt in einer Presseerklärung; zwei Drittel der Agenda seien ohnehin bereits bewältigt.³⁷ Doch an diesem guten Willen fehlte es zumindest auf französischer Seite: Auf einer Sondersitzung der sechs Außenminister forderte Couve de Murville kategorisch den Abbruch der Verhandlungen. Obwohl er sich damit nicht durchsetzen konnte, kam die Bundesregierung nicht umhin, ihren Standpunkt in der Beitrittsfrage zu überprüfen. Der Stand der Verhandlungen rechtfertigte nach Ansicht der deutschen Unterhändler einen Abbruch jedenfalls nicht; von den wichtigen Punkten galt lediglich die Überleitung der britischen Landwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik als ungeklärt. Dennoch befaßte man sich im Auswärtigen Amt mit den möglichen Folgen eines Scheiterns. Eine für das Bundeskanzleramt bestimmte Aufzeichnung listete sechs »negative Aspekte« auf. Bemerkenswerterweise betraf nur einer die EWG selbst. Der Verfasser befürchtete, daß »der politische Impetus und der kommunale Geist Schaden erleiden« würden, wengleich nicht damit zu rechnen sei, »daß die EWG als solche« auseinanderbreche. »Das Tempo der wirtschaftlichen Integration und die Konzessionsbereitschaft der übrigen Mitgliedsstaaten gegenüber Frankreich würden sich jedoch mit Sicherheit verringern«. Die anderen Nachteile wären außen- und sicherheitspolitischer Natur. Zu rechnen sei beispielsweise mit der Ablösung der konservativen durch eine Labour-Regierung in Großbritannien, einer Belastung der amerikanisch-europäischen Beziehungen und einer aggressiveren Deutschlandpolitik der Sowjetunion.³⁸

Welche Mittel standen der Bundesregierung zur Verfügung, um diese Risiken zu vermeiden? Wäre ein Junktim zwischen der Unterzeichnung

36 Gesandter Knoke an Auswärtiges Amt vom 14. 1. 1963, in: AAPD 1963, I, S. 67–69.

37 Vgl. Staatssekretär Lahr an Schröder vom 17. 1. 1963, in: ebd., S. 96, Zitat: Anm. 4.

38 Aufzeichnung Voigt vom 18. 1. 1963, in: ebd., Dok. 31, hier: S. 101.

des deutsch-französischen Vertrags und der Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen, von dem Jean Monnet den Bundeskanzler zu überzeugen versuchte³⁹, ein erfolgversprechendes Mittel gewesen? Dies erscheint aus zwei Gründen wenig wahrscheinlich. Zum einen würde ein Rückzieher der Bundesregierung, wie der Leiter der Politischen Abteilung I des Auswärtigen Amts warnte, als Indiz dafür interpretiert werden, »daß die deutsche Politik des letzten Jahrzehnts der Annäherung an Frankreich im letzten Augenblick gescheitert sei.«⁴⁰ Daß Adenauer das Abkommen mit Frankreich, nach eigenem Bekunden das »Hauptwerk« seiner Kanzlerschaft⁴¹, für den Beitritt Großbritanniens, den er ablehnte, aufs Spiel setzen würde, war nahezu ausgeschlossen. Zum anderen hätte sich de Gaulle auf einen solchen Handel wohl kaum eingelassen. So wurde am 22. Januar 1963 der Elysée-Vertrag unterzeichnet.⁴²

Während Adenauer angesichts der heftigen Kritik selbst aus den eigenen Reihen wider besseres Wissen mit Blick auf die für den 28. und 29. Januar geplanten Beitrittsverhandlungen Zuversicht verbreitete, glaubte in Bonn wohl niemand mehr ernsthaft an einen Erfolg – zu Recht, wie der Verlauf der Konferenz bewies. Gegen die auf Abbruch festgelegte französische Obstruktionshaltung vermochten sich die anderen Fünf nicht durchzusetzen.⁴³ »Die Europäischen Gemeinschaften und namentlich die EWG, deren bisherige Entwicklung eigentlich nur Erfolge, darunter über alle Erwartungen hinausgehende Erfolge aufzuweisen hatten, haben einen schweren Fehlschlag erlitten«, bilanzierte Außenminister Schröder einen Tag danach. An ihrer europapolitischen Linie wollte die Bundesregierung ihm zufolge dennoch festhalten: Bis zum Beitritt, der in Bonn nach wie vor für notwendig gehalten wurde, wollte man Großbritannien politisch und wirtschaftlich »so eng wie möglich« mit den Ländern der Gemein-

39 Vgl. Schwarz, (wie Anm. 13), S. 820.

40 Aufzeichnung Jansen vom 20. 1. 1963, in: AAPD 1963, I, Dok. 35, Zitat: S. 109.

41 So Adenauer im September 1963, zit. nach: Horst Osterheld, Adenauers Abschiedsbesuch bei de Gaulle – Ein Stück deutsch-französische Freundschaft, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a., Stuttgart 1976, S. 606–617, Zitat: S. 616.

42 Zum deutsch-französischen Vertrag vgl. Schwarz, (wie Anm. 13), S. 810–826; Per Fischer, Der diplomatische Prozeß der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963, in: VfZ 41 (1993), S. 101–116; zum Zusammenhang mit der Beitrittsfrage Hölscher (wie Anm. 33), S. 19–25; aus französischer Sicht Pierre Mailard, De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn 1991, besonders S. 263–285.

43 Vgl. Aufzeichnung über die Ministerkonferenz der EWG am 28./29. 1. 1963, in: AAPD 1963, I, Dok. 60; Rolf Steininger, Großbritannien und de Gaulle. Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts im Januar 1963, in: VfZ 44 (1996), S. 87–118; Hölscher (wie Anm. 33), S. 26–31.

schaft verbinden; der »an sich unvermeidliche Rückschlag innerhalb der Gemeinschaft der Sechs« sollte so gering wie möglich gehalten werden – also »keine Politik der Ressentiments«; der deutsch-französische Vertrag, »eines der wesentlichsten Elemente unserer Außenpolitik«, sollte stärker in den Kontext der politischen Einigung Europas gerückt werden.⁴⁴ Einen derart schroffen Kurswechsel, wie ihn etwa der Ständige Vertreter bei der EWG/EAG empfahl – »Leistung nur noch gegen sofortige Gegenleistung«, »Politik der Härte« gegenüber Frankreich, »primäres Ziel der Arbeit ist einstweilen nicht mehr die Stärkung der Kohäsion der Sechs, sondern die Ermöglichung des Beitritts«⁴⁵ –, mochte die Bundesregierung folglich nicht vollziehen. Schröders neues Konzept einer »Synchronisierung« insbesondere der EWG-Agrar- und der Industriepolitik sowie der inneren und äußeren Entwicklung der Gemeinschaft griff zwar, in abgeschwächter und modifizierter Form, Harkorts »do ut des«-Gedanken auf, stellte aber in erster Linie den Versuch dar, das Aktionsprogramm der Kommission vom Oktober 1962 und die deutschen »essentials« zu einer für alle Mitgliedsländer akzeptablen Agenda zu verknüpfen.⁴⁶

Versucht man eine Bilanz der Kontroverse um den britischen Beitritt zu ziehen, so fällt auf, daß die Bundesregierung wie schon beim Streit um die politische Union weder in der Lage noch willens war, die Führung in der Gemeinschaft zu übernehmen und Frankreich zum Einlenken zu bewegen. Die Gegensätze im Regierungslager zwischen »Gaullisten« und »Atlantikern« hatten sich im Vergleich zum Frühjahr 1962 eher noch verstärkt⁴⁷ und verhinderten eine entschlossene Politik sowohl für das »europäische Europa« à la de Gaulle als auch für die Erweiterung. Auch die deutsche Industrie bejahte den Beitritt keineswegs so einhellig, wie die Charakterisierung des Abbruchs der Konferenz als »schwarzer Tag« für die Exportwirtschaft, die Römischen Verträge und die Einheit des Westens überhaupt im Jahresbericht des BDI vermuten lassen könnte.⁴⁸ Zwar nicht aus politischen, aber doch aus wirtschaftlichen Gründen standen Branchen wie die Textil-, die Nichteisen-Metall- oder die Papierindustrie einer Erweiterung äußerst skeptisch gegenüber, weil sie die britische Konkurrenz fürchteten.⁴⁹

44 Runderlaß Schröders vom 30. 1. 1963, in: AAPD 1963, I, Dok. 63, hier: S. 225 f.

45 Harkort an Auswärtiges Amt vom 4. 2. 1963, in: ebd., Dok 78, Zitate: S. 260 f.

46 Vgl. Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 135 f.; von der Groeben (wie Anm. 3), S. 206–211.

47 Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, S. 266–275.

48 BDI-Jahresbericht 1962/63, hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Köln o. J., S. 14.

49 Wolfgang Pohle, Der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsge-

In der Folge konzentrierte sich die Gemeinschaft wieder ganz auf die wirtschaftlichen Fragen und damit auf ihre Domäne. Doch die Kompromißbereitschaft der einzelnen Regierungen war gesunken, alle achteten auf den kurzfristigen Ausgleich ihrer Interessen. Der Spielraum der Kommission für die Realisierung langfristiger, »europäischer« Ziele wurde kleiner, statt dessen wuchs das Gewicht der Ständigen Vertreter und des Ministerrats, der überdies, wie der damalige Kommissar von der Groeben rückblickend konstatierte, zusehends »seine Aufgabe als Organ der Gemeinschaft aus den Augen verlor und zu einem Forum des Interessenausgleichs zwischen den Mitgliedsstaaten wurde«. ⁵⁰ Immerhin gelang es dank der pragmatischen Beschränkung auf die Umsetzung der Römischen Verträge, die von vielen befürchtete Stagnation der EWG zu vermeiden. So konnten beispielsweise die internen Zölle auf 40 Prozent des Ausgangstarifs gesenkt und die Außenzölle weiter angeglichen werden; ferner einigte sich der Rat auf Marktordnungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine Marschroute für die sogenannte Kennedy-Runde der GATT-Handelskonferenz. ⁵¹ Die französische Seite konzentrierte ihre Aufmerksamkeit mittlerweile völlig auf die Gemeinsame Agrarpolitik. Doch dieser interessengeleitete Pragmatismus genügte Ludwig Erhard, der Adenauer im Oktober 1963 als Bundeskanzler abgelöst hatte, offensichtlich nicht. Die Bundesregierung startete deshalb im Januar 1964 eine neue Initiative für ein »politisches Europa« oder, in Erhards pathetischer Wendung, ein »Europa der Freien und Gleichen«. ⁵² Daß der neue Kanzler auf diesem Feld ein derartiges Sendungsbewußtsein entwickelte, hing zum einen damit zusammen, daß er mit dem Wechsel im Amt eine »neue Epoche« in der Innen- und Außenpolitik heraufziehen sah ⁵³, und war zum anderen Ausdruck des gestiegenen deutschen Selbstbewußtseins und der daraus resultierenden wachsenden Abneigung gegen eine wie auch immer begründete Einengung des eigenen Handlungsspielraums.

Nachdem der Bundeskanzler am 9. Januar vor dem Bundestag seinen europapolitischen Vorstoß angekündigt hatte, wurde im Auswärtigen Amt ein entsprechender Vorschlag entwickelt. Dieser fünfstufige Plan sah

meinschaft – aus der Sicht der deutschen Industrie gesehen, Vortrag vor der Parlamentarischen Gesellschaft am 24. 4. 1963, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Aktengruppe IA2, Bd. 1240; Markus Schulte, *Industrial Interest in West Germany's Decision against the Enlargement of the EEC. The Quantitative Evidence up to 1964*, in: JEIH 3 (1997), S. 35–61.

⁵⁰ von der Groeben (wie Anm. 3), S. 213.

⁵¹ Ebd., S. 219–225; Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 137–139.

⁵² So Erhard beispielsweise gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Moro am 27. 1. 1964, in: AAPD 1964, I, S. 28.

⁵³ Vgl. Hentschel (wie Anm. 27), S. 451.

für den ersten Abschnitt, der »etwa bis 1965« dauern sollte, neben der Einigung über den gemeinsamen Getreidepreis u. a. die Inangriffnahme bislang vernachlässigter Aufgaben beispielsweise auf den Gebieten Energie-, Verkehrs- und Sozialpolitik, die Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften, die Stärkung der Befugnisse des Parlaments und regelmäßige, allerdings nicht institutionalisierte Zusammenkünfte der sechs Regierungschefs vor. Während der Stufe II sollten ein Vertrag über eine Politische Union mit Kompetenzen für Außenpolitik, Verteidigung, Kultur und Jugend sowie Abkommen mit interessierten europäischen Staaten über die Regelung ihrer Beziehungen zur EWG und zur Politischen Union ausgehandelt und die Fusion von EGKS, EWG und Euratom vollzogen werden; außerdem sollten Gespräche mit den USA und Kanada über eine »Atlantische Partnerschaft« für die Bereiche Verteidigung und Wirtschaft aufgenommen werden. Für die Phase III waren die Inkraftsetzung der Politischen Union und der Verträge zur Regelung der Beziehungen dritter Staaten zu den Sechs sowie Direktwahlen zum Europäischen Parlament geplant. Die vierte Stufe war reserviert für die Aushandlung eines Vertrags über die Gründung einer »Europäischen Politischen Gemeinschaft auf föderativer Basis zwischen den Mitgliedsstaaten der EWG«, in der die bereits »verschmolzenen Wirtschaftsgemeinschaften« aufgehen sollten; ihre Kompetenzen sollten sich dann auch auf die Wirtschaft erstrecken. Als Organe waren eine Exekutive »mit Entscheidungsbefugnis«, ein aus zwei Kammern – eine davon direkt gewählt, die andere aus Regierungsvertretern zusammengesetzt – bestehendes Parlament mit Gesetzgebungsbefugnis und ein Gerichtshof vorgesehen. Stufe V fiel mit der Inkraftsetzung dieses Vertrags zusammen.⁵⁴ Fristen für die Stufen II bis V nannte der Plan wohlweislich nicht. Das klare Plädoyer für ein bundesstaatliches Europa erhielt dadurch unverbindliche, ja unseriöse Züge – um so mehr, als dieses Ziel auch noch auf intergouvernementalem Weg erreicht werden sollte.

Daß die anderen Fünf aus den unterschiedlichsten Gründen nicht ernsthaft an einem neuen Anlauf in Richtung einer Politischen Union interessiert waren, zeigten die Sondierungsgespräche im Frühjahr 1964 mit aller Deutlichkeit. Mit de Gaulle, dem wichtigsten und unverzichtbaren Verbündeten bei einem solchen Vorhaben, teilte Erhard zwar die tief sitzende Aversion gegen die Brüsseler »Technokraten«, doch darüber hinaus gab es wenig Gemeinsamkeiten.⁵⁵ Als die beiden Anfang Juli zu einem der im Elysée-Vertrag vereinbarten regelmäßigen Treffen zusammenka-

54 Entwurf eines Stufenplans zur europäischen Einigung vom 23. 1. 1964, in: ebd., Dok. 22; vgl. auch Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 147.

55 Vgl. Ulrich Lappenküper, »Ich bin wirklich ein guter Europäer.« Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: *Francia* 18 (1991), S. 85–121, besonders S. 101–109.

men, hatte sich der Bundeskanzler von seinen hochgesteckten Zielen längst verabschiedet. Zwar regte er an, gemeinsam zu prüfen, »ob und in welcher Weise unseren Partnern neue, nicht vorgeprägte Formen einer engeren politischen Zusammenarbeit vorgeschlagen werden könnten«, fügte aber gleich hinzu, es »brauche sich dabei um nichts Spektakuläres zu handeln«. ⁵⁶ Doch der französische Staatspräsident wies dieses Ansinnen zurück, weil er auf seiten der anderen EWG-Partner keinerlei Ansatzpunkt für eine erfolgsversprechende Initiative sah: Diese Länder wollten »eben kein politisches Europa, das tatsächlich europäisch wäre«, und fürchteten das »deutsch-französische Gewicht in einer solchen Organisation«. ⁵⁷

Im Auswärtigen Amt versuchte man, die eigenen Pläne diesen ernüchternden Erfahrungen anzupassen. Der ehrgeizige 5-Stufen-Plan vom Januar schrumpfte zu einem bescheidenen 2-Phasen-Plan zusammen, der an die Vorschläge Fouchets anknüpfte und sich auf die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik beschränkte. In der ersten Phase sollte die Zusammenarbeit im wesentlichen in Form regelmäßiger Konsultationen der Regierungschefs sowie der Außen-, Verteidigungs- und Kultusminister erfolgen, in einer zweiten Phase sollte die Zusammenarbeit »intensiviert« werden. Ob diese Zusammenarbeit in einen Staatenbund oder einen Bundesstaat münden sollte, wurde bewußt offen gelassen. ⁵⁸ Der Anfang November 1964 den Partnern offiziell übermittelte Vorschlag nannte als »Endziel« der Bundesregierung jedoch wieder »ein föderatives, politisch und wirtschaftlich geeintes, demokratisches Europa«, das sie auf zwei Wegen zu erreichen hoffte: Die politische Zusammenarbeit sollte auf intergouvernementaler Basis vorangebracht werden, während auf dem wirtschafts- und sozialpolitischen Feld die existierenden Gemeinschaften wie bisher als »Träger des Einigungsprozesses« fungieren sollten. ⁵⁹ Um dieser Initiative zum Erfolg zu verhelfen – aber sicher auch, um insbesondere Frankreich zu Konzessionen beim Abbau der internen Zoll- und Steuergrenzen und bei der gemeinsamen Handelspolitik zu bewegen, gab die Bundesregierung, nicht zuletzt auf Drängen Schröders, auf der EWG-Ministerratssitzung vom Dezember 1964 endlich ihren hauptsäch-

56 Gespräch Erhard – de Gaulle am 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 180, S. 713 f.
57 Ebd.

58 Erlaß Carstens an die Botschaften in Paris, Rom, Brüssel, Den Haag und Luxemburg vom 2. 10. 1964, in: ebd., Dok. 268.

59 Die »Europa-Initiative« ist abgedruckt in: Europäische politische Einigung (wie Anm. 12), S. 280–287, hier: S. 281; vgl. Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 148 f.; Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 119. Ende November präsentierte auch die italienische Regierung einen Vorschlag; vgl. Aufzeichnung Jansen vom 3. 12. 1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 368.

lich wahltaktisch motivierten Widerstand gegen einen einheitlichen Getreidepreis auf. Staatliche Hilfen an die Landwirte in der Bundesrepublik sorgten dafür, daß der Deutsche Bauernverband diesen Entschluß mittrug.⁶⁰

Ohne Zweifel hatte Erhard mit seiner Beharrlichkeit die Diskussion über die politische Einigung Europas erneut in Gang gebracht, doch blieben die Gespräche und Erklärungen letztlich ohne Einfluß auf den Integrationsprozeß. Anders verhielt es sich mit den Vorschlägen der EWG-Kommission vom März 1965 zur Agrarfinanzierung, zur Finanzierung der Gemeinschaft aus Abschöpfungen und Zolleinnahmen und zur Stärkung der Befugnisse des Parlaments. Was auf den ersten Blick wie ein Problem eher technischer Art aussah, entpuppte sich als echter »Test« für die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, die Institutionen der Gemeinschaften als »Keimzellen für eine europäische Föderation« anzuerkennen, und konnte insoweit durchaus als »Antithese« zu den gleichzeitig kursierenden Plänen für eine Politische Union gedeutet werden.⁶¹ Und dieser Test mißlang.

IV. Frankreichs Politik des »leeren Stuhls« und der »Luxemburger Kompromiß«

Einem früheren Beschluß entsprechend sollte der EWG-Ministerrat bis zum 30. Juni 1965 über die künftige Finanzierung des Gemeinsamen Agrarmarktes entscheiden. Als eine Einigung innerhalb dieser Frist nicht erzielt werden konnte, nahm die französische Seite dies zum Anlaß, die Sitzung in der Nacht zum 1. Juli ergebnislos abzubrechen und ihre Vertreter aus den EWG-Gremien abzuziehen.⁶² Ob für die Bundesrepublik, die im Gegensatz zu den anderen Mitgliedsländern einer Milchpreis-Regelung und einer Zucker-Marktordnung Priorität einräumte, tatsächlich soviel auf dem Spiel stand, wie nachträglich behauptet wurde, mag dahingestellt bleiben; auf jeden Fall sollte gegenüber der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck vermieden werden, »als ob die EWG auf Drängen

60 Vgl. Schröder an Erhard vom 19. 11. u. Lahr an Schröder vom 25. 11. 1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 347 u. 358. Zum Zusammenhang mit den Bundestagswahlen vom September 1965 vgl. Aufzeichnung Lahr vom 5. 10. 1964, ebd., Dok. 272.

61 Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 157; vgl. ferner von der Groeben (wie Anm. 3), S. 268–273; deutsch-französische Konsultationsbesprechung vom 24. 5. 1965, in: AAPD 1965, II, S. 891–895. Der Vorschlag ist auszugsweise wiedergegeben in: 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984, hrsg. von Walter Lipgens, Bonn 1986, S. 481–484.

62 Vgl. Hans Herbert Götz, Die Krise 1965/66, in: Loth u. a. (wie Anm. 8), S. 189–202.

Frankreichs in erster Linie eine Vereinigung zur Finanzierung wachsender französischer Agrarüberschüsse sei, während alles übrige nicht recht vorankomme«. ⁶³ Den eigentlichen Grund für das Verhalten Frankreichs sah man in Bonn indes darin, daß die Vorschläge der Kommission vom März, die ja eine Stärkung ihrer Position implizierten, »offensichtlich nicht in die Vorstellungswelt des Generals« paßten und de Gaulle als Vorwand für eine »Kraftprobe« dienten. ⁶⁴ Überzeugt, daß die Regierung in Paris im eigenen Interesse keinen endgültigen Bruch riskieren werde, plädierte Außenminister Schröder dafür, der Kommission die Initiative zu überlassen und deren Vorschläge zur Regelung der strittigen Fragen abzuwarten. ⁶⁵ Damit setzte er, angesichts der »erheblichen Feindseligkeit«, die sich mittlerweile in Paris gegen Hallstein und dessen Kollegen aufgestaut hatte ⁶⁶, immerhin ein deutliches Signal.

Doch die Bundesregierung war keineswegs entschlossen, die Krise offensiv, mit dem Ziel der Verteidigung, wenn nicht der Stärkung der supranationalen Elemente zu lösen. Zwar bestand sie darauf, »mit Mitteln der Verträge und innerhalb der durch sie geschaffenen Institutionen« nach einem Ausweg zu suchen und die Stellung der Kommission nicht zu schmälern; aber schon in der Frage der ab dem 1. Januar 1966 vertraglich vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen war sie aus Gründen der »politischen Zweckmäßigkeit« zu Konzessionen an Frankreich bereit: »In Fragen, in denen für einen oder mehrere Partner bei objektiver Würdigung eindeutig lebenswichtige Interessen auf dem Spiel stehen, sollte in der Tat eine Majorisierung vermieden werden« – vor allem in den Jahren, »in denen sich die Gemeinschaft noch im Zustand des Zusammenwachsens« befinde. Größeren Wert legte die Bundesregierung jedenfalls auf den Grundsatz des »harmonischen Fortschritts« der Gemeinschaft: »Eine Priorität der Agrarpolitik und der Agrarfinanzierung vor den übrigen Bereichen des Gemeinsamen Marktes erkennen wir in keiner Weise an.« ⁶⁷ Da zuvor bereits Hallstein selbst zu verstehen gegeben hatte, daß beispielsweise »ein gentlemen's agreement über die Mehrheitsbeschlüsse«, anders als eine Vertragsrevision, »nicht an die Existenz der Gemeinschaft rühren« würde ⁶⁸, war der Weg zu einem Kompromiß vorgezeichnet. Eine generel-

63 Aufzeichnung Lahr vom 3. 7. 1965, in: AAPD 1965, II, Dok. 265, Zitat: S. 1103.

64 Aufzeichnung Lahr vom 5. 7. 1965, in: ebd., Dok. 267, Zitat: S. 1114; zu den französischen Motiven auch von der Groeben (wie Anm. 3), S. 275–278; Lappenküper (wie Anm. 55), S. 112–115.

65 Gespräch Schröder – Werner am 12. 7. 1965, in: AAPD 1965, II, Dok. 276.

66 Botschafter Siegfried, Brüssel, an Auswärtiges Amt vom 16. 7. 1965, in: ebd., Dok. 283, Zitat: S. 1182.

67 Runderlaß Schröder vom 27. 9. 1965, in: ebd., Dok. 369, Zitate: S. 1518 u. 1519.

68 Botschafter Sachs (EWG/EAG) an Carstens und Lahr vom 15. 9. 1965, in: ebd., Dok. 351, Zitat: S. 1443.

le Abschaffung des Mehrheitsprinzips, wie sie die französische Seite noch im November 1965 verlangte, lehnte die Bundesregierung nach wie vor ab.⁶⁹ Zugleich versuchte Außenminister Schröder, die Bedeutung dieses Problems herunterzuspielen: Die Bundesrepublik, so setzte er seinem französischen Kollegen auseinander, befürchte »keine ernststen Komplikationen aus dem theoretischen Existieren von Mehrheitsentscheidungen« ab Januar 1966, »weil sie davon ausgehe, daß sich alle vernünftige benahmen.«⁷⁰

Mit dieser Haltung befand sich die Bundesregierung erneut im Einklang mit der deutschen Industrie. Der BDI etwa äußerte sich ähnlich pragmatisch zur Krise der EWG. Um einigermaßen sicher disponieren zu können, war die Industrie in erster Linie an verlässlichen Marktdaten interessiert: »Fehlt diese Sicherheit und muß gar befürchtet werden, daß die wirtschaftliche Integration, die ein langfristiger Anpassungs- und Wachstumsprozeß ist, der Gefahr ständiger politischer Eingriffe ausgesetzt ist, dann bringt die EWG möglicherweise auf längere Sicht den Unternehmen eher Nachteile als Vorteile.«⁷¹ Der BDI plädierte deshalb für einen »schnellen Ausbau« der EWG zur »Wirtschaftsunion«, für die Beseitigung aller Wettbewerbsverzerrungen und die Förderung der Unternehmenskooperation. Der Frage der Mehrheitsabstimmung und der Ausweitung der Kontrollbefugnisse des Parlaments maß der Verband beim damaligen Stand der Integration hingegen keine vorrangige Bedeutung bei.⁷²

Es dauerte allerdings noch bis Januar 1966, ehe die Krise beigelegt werden konnte. Die Einigung erfolgte auf der Basis des sogenannten Luxemburger Kompromisses, der de jure zwar die Mehrheitsregel bekräftigte, de facto aber doch, sofern »vitale Interessen« eines Mitgliedslandes tangiert waren, die auf seiten der Regierungen ohnehin vorhandene Vorliebe für das Einstimmigkeitsprinzip verstärkte. Zusammen mit der gleichzeitig beschlossenen Einengung des Handlungsspielraums der Kommission lief die Vereinbarung von Luxemburg auf eine Schwächung des supranationalen Potentials der EWG und eine »Renationalisierung« der Europapolitik hinaus. Das maßgebliche integrationspolitische Konzept der 50er Jahre hatte vorerst ausgedient.⁷³ Wenn Staatssekretär Lahr vom Auswärti-

69 Aufzeichnung Lahr vom 10. 11. 1965, in: ebd., S. 1690.

70 Gespräch Schröder – Couve de Murville am 13. 11. 1965, in: ebd., Dok. 416, Zitate: S. 1729.

71 Erklärung des BDI zur EWG-Krise vom 1. 10. 1965, Mannesmann-Archiv, M 80.601.

72 Ebd.

73 Vgl. Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 175 f.; Ambrosius (wie Anm. 4), S. 109. Gegenteiliger Meinung ist Rolf Lahr, Die Legende vom »Luxemburger Kompromiß«, in: EA 38 (1983), S. 223–232.

gen Amt die Luxemburger Ministerratssitzung gleichwohl als Indiz dafür wertete, »daß der ›point of no return‹ für jeden der sechs Partner überschritten sein dürfte«⁷⁴, so galt dies allenfalls für das intergouvernemental organisierte Europa. In ihrer Aversion gegen supranationale Strukturen und Mehrheitsentscheidungen stimmten Erhard und de Gaulle nämlich weitgehend überein. Dies unterstrich der Bundeskanzler im Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten mit der Bemerkung, er sei schon beim Abschluß des EWG-Vertrages für die Einstimmigkeitsregel gewesen, »denn die EWG sei aus souveränen Staaten zusammengesetzt, und es sei kaum vorstellbar, daß irgendein Land in einer wichtigen Frage überstimmt werde. Erst wenn einmal die politische Idee Gestalt gewonnen habe, könne man an Mehrheitsentscheidungen ähnlich der Regelung in den nationalen Parlamenten denken«.⁷⁵ Erhard selbst verlor in den letzten Monaten seiner Kanzlerschaft allerdings zusehends das Interesse an der politischen Einigung und widmete sich wieder stärker seiner eigentlichen europapolitischen Passion, der Schaffung einer »großen Freihandelszone« unter Einschluß der EWG und möglichst vieler EFTA-Länder.⁷⁶

V. Zwischen integrationspolitischem Minimalismus und Erweiterung

Die Europapolitik der neuen Bundesregierung mit dem christdemokratischen Kanzler Kurt Georg Kiesinger und dem sozialdemokratischen Außenminister Willy Brandt an der Spitze war sehr viel stärker gesamteuropäisch ausgerichtet als in den anderthalb Jahrzehnten zuvor. Wie Brandt dem französischen Botschafter im Dezember 1966 erläuterte, sah die deutsche Regierung vier wichtige Aufgaben: Zunächst gehe es darum, »das bestehende wirtschaftliche Europa der Sechs voranzubringen«, u. a. mittels der Fusion der drei Exekutiven; zweitens wolle man politische Fortschritte erzielen, jedoch ohne entsprechende Schritte als »große neue Initiative« anzukündigen; drittens müsse das Verhältnis der Gemeinschaft zu den EFTA-Ländern und zu anderen westeuropäischen Staaten geregelt werden, wobei auch die Möglichkeit der Erweiterung zu prüfen sei; schließlich wünsche man eine »möglichst konkrete Erörterung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern«.⁷⁷ Ein außergewöhnliches, über die Einhaltung vertraglich fixierter Zeitpläne oder früherer Ministerrats-

74 Runderlaß Lahr vom 31. 1. 1966, in: AAPD 1966, I, Dok. 25, Zitat: S. 118.

75 Gespräch Erhard – de Gaulle am 7. 2. 1966, in: ebd., Dok. 34, Zitat: S. 146.

76 Vgl. deutsch-norwegische Regierungsbesprechungen am 29./30. 8. u. deutsch-schwedische Regierungsbesprechung am 2. 9. 1966, in: ebd., Dok. 269 u. 271.

77 Gespräch Brandt – Seydoux am 8. 12. 1966, in: ebd., Dok. 391, Zitat: S. 1606 f.

beschlüsse hinausgehendes europapolitisches Engagement war unter diesen Voraussetzungen kaum zu erwarten.

So trat zum 1. Juli 1967 der Vertrag über die Fusion der Organe der Gemeinschaften in Kraft; ihre Absicht, Hallstein für weitere zwei Jahre auch das Präsidentenamt der neuen, vereinigten Kommission zu übertragen, gab die Bundesregierung angesichts des hartnäckigen französischen Widerstands jedoch auf.⁷⁸ Zur Frage des Beitritts Großbritanniens, die nach dem neuerlichen Antrag vom Mai 1967 wieder aktuell geworden war, äußerte sie sich erwartungsgemäß positiv, allerdings rechnete in Bonn angesichts der ungünstigen britischen Wirtschafts- und Währungslage und der nach wie vor ablehnenden Haltung Frankreichs niemand mit einem raschen Abschluß der Verhandlungen. Daß sich der Ministerrat im Dezember nicht einmal auf den Beginn von Gesprächen einigen konnte, bedauerte Brandt, doch warnte er zugleich davor, »die Lage allzu sehr zu dramatisieren«⁷⁹; auch der damalige Ratspräsident, Wirtschaftsminister Karl Schiller, versuchte das negative Ergebnis der Sitzung mit dem Hinweis zu relativieren, »man habe immerhin festgestellt, daß keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Beitritt beständen«⁸⁰. Während sich also auf der »politischen« Ebene Erfolg und Mißerfolg die Waage hielten, ging es auf der wirtschaftlichen Ebene, wengleich unter Mühen, Schritt für Schritt voran: bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der Harmonisierung des Wettbewerbsrechts, der Formulierung einer Industrie- und Technologiepolitik, dem Abbau der Steuergrenzen, bei den Zollverhandlungen im Rahmen des GATT, bei der Verwirklichung der Zollunion und des Gemeinsamen Agrarmarktes. Daß nicht alle diese Bemühungen dem Einigungsprojekt am Ende zum Vorteil gereichten, hing nicht mit der Vergemeinschaftung »an sich«, sondern in erster Linie mit Konstruktionsfehlern etwa bei der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammen, die wiederum nicht zuletzt aus dem Kompensationsdenken herrührten, das sich in der Gemeinschaft ausbreitete.⁸¹

Vor diesem Hintergrund mag es verwundern, daß die Staats- und Regierungschefs mit ihrem Beschluß vom Dezember 1969, einen Plan für

78 Vgl. deutsch-französische Regierungsbesprechung am 13. 1., Aufzeichnung Meyer-Lindenberg vom 26. 1. u. Lahr an Auswärtiges Amt vom 31. 5. 1967, in: AAPD 1967, I u. II, Dok. 17, besonders S. 99 f., Dok. 33 u. 197, besonders S. 846; Wilfried Loth, Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation, in: ders. u. a., Hallstein (wie Anm. 8), S. 171–188, hier: S. 186 f.

79 Zit. nach: EG-Botschafter Sachs an Auswärtiges Amt vom 19. 12. 1967, in: AAPD 1967, III, Dok. 442, S. 1692.

80 Zit. nach: Ebd., S. 1694; zur deutschen Haltung in der Beitrittsfrage ferner Aufzeichnung Diehl vom 6. 10. u. Aufzeichnung Lahr vom 29. 11. 1967, in: ebd., Dok. 340 u. 407; Urwin (wie Anm. 6), S. 126–129.

81 Vgl. Müller-Roschach (wie Anm. 3), S. 184 f.; Ambrosius (wie Anm. 4), S. 103–108.

eine Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten, einen überraschenden Versuch unternahmen, die Integration der Sechs zu vertiefen. Den Ausschlag hatten allerdings nicht eine europapolitische »Erleuchtung« und schon gar nicht der Regierungswechsel in Bonn oder der Rücktritt de Gaulles gegeben, sondern, wie so oft in der Geschichte der europäischen Integration, ein »Föderator« von außen in Gestalt der währungspolitischen Kalamitäten, in die die EWG-Länder nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse und der Leitwährung Dollar gerieten. Im Februar 1970 lag der nach dem Vorsitzenden der eigens eingerichteten Expertengruppe benannte »Werner-Plan« vor, der innerhalb von zehn Jahren in drei Stufen zur Gründung einer solchen Union führen sollte. Obwohl der Plan unter dem Eindruck der Währungs- und Wirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre an »zu hohen Ansprüchen, an den unterschiedlichen Strukturen und Politiken der Mitgliedsstaaten und an ihrem mehr oder weniger ausgeprägten Widerstand gegen Druck von außen« scheiterte, signalisierte er die Bereitschaft der Sechs, die Integration zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet zu intensivieren.⁸² Der Werner-Plan erhielt später erneut Bedeutung, als die EG und einzelne Regierungen unter günstigeren äußeren Bedingungen wieder auf ihn zurückgriffen.⁸³ Während die Vertiefung also mißlang, glückte zum 1. Januar 1973 endlich die erste Erweiterung: Das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark schlossen sich der Gemeinschaft an. Damit war die Teilung in zwei »Handels- und Integrationsgebiete« beseitigt, die größere EG der Neun erwirtschaftete 80 Prozent des westeuropäischen Sozialprodukts und wickelte 80 Prozent des westeuropäischen Handels ab. An diesem Durchbruch hatte der Rücktritt de Gaulles freilich einen beträchtlichen Anteil.⁸⁴

VI. Schluß

Mit der Erweiterung fand die Krisenperiode der europäischen Einigung einen halbwegs versöhnlichen Abschluß. Er bestätigte den Trend, der im Laufe der 60er Jahre immer deutlicher zu Tage getreten war: Das supranationale Integrationskonzept verlor zusehends an Glanz und Überzeugungskraft, die Länder der Gemeinschaft waren immer weniger bereit, ihre europapolitische Entscheidungshoheit durch »Brüssel« einengen zu

82 Ebd., S. 116.

83 Vgl. auch Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation, Baden-Baden 1993.

84 Ambrosius (wie Anm. 4), S. 120; Urwin (wie Anm. 6), 139–145.

lassen. Damit war keine Abkehr vom Ziel eines einigen Europa verbunden, doch nahm dieses Europa zwangsläufig eine andere, staatenbundliche Gestalt an. Die Nationalstaaten, von manchen Föderalisten schon für obsolet erklärt, eroberten verloren geglaubtes Terrain zurück. Die Verwässerung der Idee von den »Vereinigten Staaten von Europa« für die »Wendung« in der »akademischen Jugend« hin zur »östlichen Seite« und für die »Wiederbelebung von Karl Marx« verantwortlich machen zu wollen⁸⁵, hieß allerdings, den Einfluß dieser Idee hoffnungslos zu überschätzen.

An der Entzauberung »Europas« und der Rückkehr zur Zusammenarbeit souveräner Staaten hatten die Bundesregierungen ihren Anteil. Zwar wurden die eigenen, »nationalen« Interessen nicht mit jener Rücksichtslosigkeit vertreten, wie dies die französische Seite gelegentlich zu tun pflegte, aber kaum weniger wirkungsvoll. Der schrittweise Abschied von der Supranationalität wurde mit verstärktem Engagement für das »politische Europa« kaschiert. Die Politik der einzelnen Bundesregierungen und Kanzler unterschied sich in diesem Punkt nicht nennenswert. Anders verhielt es sich mit dem europapolitischen Stil: Während Adenauer angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit Zurückhaltung predigte, konnte insbesondere Erhard seinen missionarischen Drang nicht immer zügeln. Alles in allem läßt sich also eine durchaus positive Bilanz der deutschen Europapolitik zwischen 1958 und 1972 ziehen: Die Bundesrepublik rückte neben Frankreich zur »europäischen Macht« auf, der aus exportwirtschaftlichen Gründen erwünschte Binnenmarkt nahm Gestalt an, und die handelspolitische Teilung wurde mit der Erweiterung weitgehend überwunden. Daß damit eine Renationalisierung der offiziellen Europapolitik einherging, konnte nur überzeugte Anhänger der Supranationalität schmerzen, und deren Zahl war unter den maßgeblichen Politikern nie sonderlich groß gewesen.

85 So Lippens (wie Anm. 61), S. 489.

Ulrich Herbert/Karin Hunn

Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955–1973)

Im Spätsommer 1944 waren auf dem Gebiet des »Großdeutschen Reichs« 7,6 Millionen ausländische Zwangsarbeiter (Zivilarbeiter und Kriegsgefangene) offiziell als beschäftigt gemeldet; hinzu kamen zu diesem Zeitpunkt noch etwa 200 000 KZ-Häftlinge. Sie stellten damit zu diesem Zeitpunkt etwa ein Viertel aller in der gesamten Wirtschaft des Deutschen Reiches registrierten Arbeitskräfte; in der Rüstungsindustrie etwa 35 Prozent, in einzelnen Unternehmen über 50 und bis zu 80 Prozent. Der nationalsozialistische »Ausländereinsatz« stellte somit den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar.¹

Als aber nur 16 Jahre nach dem Kriege, im Jahr 1961, die Beschäftigung von Ausländern in der Bundesrepublik in größerem Umfang wieder begann, wurde auf diese Vorgeschichte der »Gastarbeiter«-Beschäftigung öffentlich mit keinem Wort eingegangen. Der Grund für diesen Wahrnehmungsbruch lag vor allem darin, daß die freiwerdenden Arbeitsplätze der ausländischen Zwangsarbeiter nach deren Rückkehr in ihre Heimatländer zu einem erheblichen Teil von den aus den besetzten Ostgebieten und der Sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR, nach Westdeutschland strömenden deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen eingenommen wurden. Wenn man bedenkt, daß bis 1960 13,2 Millionen Flüchtlinge und

1 Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999. Das Folgende baut auf den Ausführungen in Kapitel V von Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin u. a. 1986, auf.

Vertriebene in der Bundesrepublik Aufnahme fanden, die also beinahe ein Viertel der westdeutschen Gesamtbevölkerung stellten, so wird die Größenordnung dieser Wanderungsbewegung deutlich.²

Nun war die Geschichte der Integration der »Vertriebenen« in die Gesellschaft der Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte insofern, als sich die zeitgenössisch so sehr befürchtete soziale und politische Sprengkraft dieses Zuwanderungsprozesses langfristig als nicht explosiv herausstellte: Großzügige Wohnungsbauprogramme, finanzielle Starthilfen, vor allem aber der unbedingte Wiederaufstiegswille der Vertriebenen ließen die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten, was die soziale Struktur anbetraf, bald in den Hintergrund treten. Das lag aber nicht zuletzt daran, daß nach dem Kriege die ganze Gesellschaft »in Bewegung« war – von den rückkehrenden Soldaten über die zurückgeführten Kinder aus der Kinderlandverschickung bis zu dem Heer der Ausgebombten. Und was heute oft vergessen wird: Die Konflikte zwischen Alteingesessenen und »Neubürgern« waren durchweg erheblich und reichten bis weit in die 50er Jahre hinein – vor allem dort, wo Vertriebene aus dem Osten auf relativ homogene soziale und kulturelle Milieus stießen.

Dieses sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht gravierende Problem überlagerte nicht nur die Frage der Eingliederung der sogenannten *displaced persons* bzw. heimatlosen Ausländer – so der bürokratische Terminus, unter dem seit 1951 neben anderen Opfergruppen auch ehemalige Zwangsarbeiter gefaßt wurden³ –, sondern es ermöglichte auch die Fiktion der Voraussetzungslosigkeit der neuerlichen Ausländerbeschäftigung. Denn die Heranziehung von ausländischen Zwangsarbeitern wurde nach dem Kriege in Deutschland gar nicht zu den spezifisch nationalsozialistischen Verbrechen gerechnet. Deshalb unterblieb auch eine kritische Bearbeitung in der Öffentlichkeit der 50er Jahre.

Die Anwerbephase ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik in den 60er Jahren steht zum einen in der historischen Kontinuität der Saisonarbeiterbeschäftigung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer

2 Zur Sozialgeschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen vgl. Volker Ackermann, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995; Albrecht Lehmann, *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland, 1945–1990*, München 1991; *Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*, hrsg. von Klaus J. Bade, Münster 1990; Uwe Kleinert, *Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, 1945–1961. Arbeitsmarkt – Gewerbe – Staat*, Düsseldorf 1988; *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte: Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit*, hrsg. von Rainer Schulze, Hildesheim 1987.

3 Gesetz über die Stellung heimatloser Ausländer vom 25.4.1951, abgedruckt in: *BGB I 1951*, S. 269 ff.

Republik – mit fließendem Übergang zur Etablierung des Zwangsarbeitersystems während des Zweiten Weltkriegs. Zum anderen leitet sie über zum Einwanderungsland Bundesrepublik, das sich selbst allerdings nicht als solches definierte und in der Folge seine Ausländerpolitik entsprechend restriktiv und widersprüchlich gestaltete.⁴

Die geregelte (Wieder-)Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik nahm ihren Ausgang mit der Unterzeichnung der deutsch-italienischen Vereinbarung am 20. Dezember 1955⁵ und endete am 23. November 1973, als der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Windschatten der Ölkrise einen Anwerbestopp verhängte. In diesem Zeitraum wandelte sich die Haltung der staatlichen Stellen, der Sozialpartner und der breiten Öffentlichkeit gegenüber der Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte mehrfach und je nach Interessenlage. Ausschlaggebend dafür war jeweils die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

I.

Bereits Mitte der 50er Jahre herrschte insbesondere in der westdeutschen Landwirtschaft Arbeitskräftemangel, was nicht zuletzt auf die schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 70 Stunden ohne Überstundenzuschlag zurückzuführen war. Angesichts dieser Situation forderten vor allem südwestdeutsche Landwirte seit 1953 die Hereinnahme ausländischer Arbeiter.⁶

Zur gleichen Zeit wurde die italienische Regierung aktiv und schlug erste Gespräche über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik vor. Durch die Auslandsbeschäftigung der eigenen Arbeitskräfte sollte sowohl ein Ausgleich der negativen Handels- und Zahlungsbilanz erzielt als auch die eigene Arbeitslosigkeit verringert werden. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte bereits zuvor erste Überlegungen angestellt, unter welchen Umständen ausländische, namentlich italienische Arbeitskräfte nach Deutschland angeworben werden sollten.⁷ Im Frühjahr 1954 fanden erste bilaterale Gespräche statt, wobei die deutschen

4 Vgl. z. B. Cord Pagenstecher, *Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der »Gastarbeit« in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1994.

5 Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland vom 20. 12. 1955, abgedruckt in: *Bundesanzeiger* vom 17. 1. 1956.

6 Vgl. die Rede des Abg. Odenthal (SPD) vor dem Deutschen Bundestag (BT), Verhandlungen, 66. Sitzung, 17. 2. 1955, S. 3388.

7 Vgl. BA, B 136/8841, Bundesministerium für Arbeit (BMA) an Bundeskanzler Adenauer, 29. 11. 1954; Vermerk im Bundeskanzleramt (BKA) vom 7. 12. 1954.

Verhandlungspartner sich gegenüber den italienischen Wünschen eher reserviert zeigten. Aus Furcht vor negativen außen(handels)politischen Folgen wollte man die italienische Regierung jedoch nicht vor den Kopf stoßen.⁸ Bundeswirtschaftsminister Erhard hingegen sah angesichts der konjunkturellen Daten die Heranziehung von Ausländern in bestimmten Branchen bald als unumgänglich an und verwies dabei vor allem auf die zu erwartende Rüstungskonjunktur, den Aufbau der Bundeswehr und die geburtenschwachen Jahrgänge, die sich bald negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken würden. Man müsse daher »jetzt schon Vorsorge treffen und prüfen, in welchem Ausmaße, unter welchen Bedingungen, zu welchen Zeitpunkten wir gegebenenfalls auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen könnten oder zurückgreifen müssen.« Angesichts der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung mußten die deutschen Arbeitnehmer zudem verstärkt zu dringend benötigten Facharbeitern ausgebildet und umgeschult werden: »Um das aber besorgen zu können, müssen wir natürlich dann die relativ primitiveren Arbeiten in Deutschland bei Anhalten dieser Konjunktur schließlich doch mal von ausländischen Arbeitskräften besorgen lassen.«⁹

Hier wurde eines der tragenden Prinzipien der Ausländerbeschäftigung formuliert: die Unterschichtung des Arbeitsmarkts durch ausländische Arbeitnehmer. Der wirtschaftliche Nutzen der Ausländerbeschäftigung wurde in der hohen Mobilität und Flexibilität, im Konsumverzicht und in der beiderseitig als vorübergehend gedachten Beschäftigung gesehen. Auf diese Weise sollten »Gastarbeiter« bedarfsorientiert eingesetzt werden – als »industrielle Reservearmee« und als »Konjunkturpuffer«. Allerdings spielten für das Wirtschaftsministerium auch lohnpolitische Überlegungen eine Rolle. Denn durch den regionalen und strukturellen Arbeitskräftemangel nahm der Konkurrenzdruck zwischen den Unternehmen bei der Suche nach Arbeitskräften zu und begann sich in Lohnzugeständnissen an die Arbeiterschaft auszuwirken. Durch die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots konnte dieser Entwicklung entgegengesteuert werden.¹⁰

Dieser Auffassung des Wirtschaftsministers schlossen sich die Arbeitgeberverbände an, während außer den Gewerkschaften auch das Arbeits- sowie das Vertriebenenministerium dem heftig widersprachen. Bei mehr als einer Million Arbeitslosen, so das Vertriebenenministerium, könne an

8 Zum folgenden vgl. Johannes-Dieter Steinert, *Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961*, Osnabrück 1995, S. 220–238.

9 Bundesministerium für Wirtschaft (BMW) an das BKA: »Interview des Herrn Ministers Erhard im NWDR vom 6. Dezember 1954 über die Frage der Beschäftigung italienischer Arbeiter in Deutschland«, 10. 12. 1954; auszugsweise Niederschrift des Interviews in BA, B 136/8841.

10 Vgl. Jürgen Fijalkowski, *Gastarbeiter als industrielle Reservearmee?*, in: *AfS* 24 (1984), S. 399–456.

eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte erst dann gedacht werden, »wenn die Masse der jetzt noch arbeitslosen Vertriebenen und Flüchtlinge feste Arbeitsplätze erhalten«. ¹¹ Ausländereinsatz erst bei Vollbeschäftigung, darin war man sich einig. Aber ab wann konnte man von Vollbeschäftigung sprechen? Darüber gab es ganz unterschiedliche Auffassungen, was nicht zuletzt auf die ungleichmäßige Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse nach dem Krieg zurückzuführen war. 1955 betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet 5,1 Prozent, in Baden-Württemberg aber nur 2,2 Prozent und in Nordrhein-Westfalen 2,9 Prozent. In Schleswig-Holstein hingegen wurden noch 11,1 Prozent registriert. Am 30. September 1955 war die Arbeitslosigkeit bei Männern im Bundesdurchschnitt auf 1,8 Prozent gesunken, so daß zumindest die problemlos mobilisierbaren deutschen Arbeitskräfte in den wirtschaftlich starken Regionen als nahezu vollständig absorbiert gelten konnten. Die Zahl der offenen Stellen war auf 220 000 ¹² gestiegen und in Anbetracht der positiven Wirtschaftsprognosen war bereits für die nächste Zukunft mit einem akuten regionalen Arbeitskräftemangel zu rechnen.

Angesichts dieser Entwicklung einigte sich die Bundesregierung darauf, daß bei weiter anhaltender Konkunktur im folgenden Jahr an eine Anwerbung von Ausländern – wenn auch in beschränktem Maße – gedacht werden könne. Die Gewerkschaften waren nach wie vor skeptisch und banden ihre Zustimmung an zwei Grundprinzipien: den Primat der Beschäftigung von Einheimischen und die Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, um ein Unterlaufen der sozialen Rechte der Arbeitnehmer sowie Lohndumping zu verhindern.

Am 20. Dezember 1955 wurde in Rom schließlich das deutsch-italienische Anwerbeabkommen unterzeichnet. Interessant ist, daß über diesen Vertrag weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit im einzelnen informiert worden waren. »Nachdem es mit großer Mühe gelungen ist«, vermerkte ein Vertreter des Arbeitsministeriums, »durch taktisch geschicktes Vorgehen in der vorliegenden delikaten Angelegenheit ein gutes Klima zu den Sozialpartnern zu schaffen«, wolle man den Bundestag nun lieber nicht näher informieren, weil dies »die Opposition veranlassen könnte, im Parlament, in der Öffentlichkeit, in der Presse usw. Schwierigkeiten herbeizuführen«, was man als »unzulässigen Eingriff der Legislative in die Exekutive« empfand. ¹³

¹¹ Vereinigter Wirtschaftsdienst (VWD), 30. 12. 1954.

¹² Vgl. Steinert (wie Anm. 8), S. 130.

¹³ BA, B 149/6232, Vermerk über die Besprechung mit MinR Dr. Pühl/BKA am 4. 1. 56; 5. 1. 1956; vgl. auch BA, B 149/6232, Vermerk über die Aussprache im Ausschuß für Arbeit des Bundestags am 16. 12. 55; 16. 12. 1955.

Die erste Fassung des deutsch-italienischen Abkommens besaß Vorbildcharakter für die meisten in der Folge abgeschlossenen Anwerbeverträge. Darin war ein im einzelnen genau festgelegtes, ziemlich bürokratisches Verfahren der Anwerbung – von der Arbeiterauswahl bis zur Gesundheitsüberprüfung – vereinbart. Gleichwohl gelangten aber auch weiterhin zahlreiche italienische Arbeiter auf direktem Wege zu den Unternehmen nach Deutschland, die dadurch weder der Kontrolle der beiden Arbeitsverwaltungen unterworfen noch an die Vertragsklauseln des Musterarbeitsvertrags gebunden waren, der z. B. zeitweise vorschrieb, daß die Arbeitnehmer im ersten halben Jahr den Arbeitsplatz nicht wechseln durften. Viele ausländische Arbeiter versuchten diese Bestimmungen zu unterlaufen, zumal sich die deutschen Arbeitgeber um Arbeitskräfte geradezu rissen.¹⁴ Andererseits mußten sie dafür in Kauf nehmen, von den besonderen Schutzbestimmungen der Anwerbevereinbarung und des Musterarbeitsvertrags ausgeschlossen zu sein, von der prinzipiellen sozialpolitischen Gleichstellung mit den deutschen Arbeitskräften etwa, der Bezahlung nach Tarif sowie der Vertragsdauer. Von besonderer Bedeutung war die Zusicherung einer »angemessenen Unterkunft« im offiziellen Vertragsformular, denn gerade die zum Teil haarsträubenden Wohnverhältnisse vor allem derjenigen ausländischen Arbeitnehmer, die nicht auf dem offiziellen Weg nach Deutschland gekommen waren, bildeten einen der frühen Kritikpunkte bezüglich der Ausländerbeschäftigung.¹⁵

Die Überzeugung, daß es zur Ausländerbeschäftigung keine wirtschaftlich und politisch sinnvollen Alternativen gäbe, wenn man weiterhin wirtschaftliches Wachstum wolle, findet sich in den Folgejahren immer wieder, wenn es um die Ausweitung und Legitimation der Ausländerbeschäftigung ging.¹⁶ Allerdings waren die Massenwerbungen der

14 Vgl. BA, B 149/6233, Aufzeichnung des Sozialreferenten Berié der Dt. Botschaft in Rom über den Besuch bei der Deutschen Kommission in Verona am 27./28. Oktober 1959: »Von italienischer Seite wird außerdem das Vorgehen mancher deutscher Arbeitgeber, die zum Teil recht handgreifliche Auswahlmethoden anwenden, nicht besonders gern gesehen«; vgl. auch den Bericht des Dt. Konsulats in Neapel an das Auswärtige Amt (AA), 14. 1. 1960, BA, B 149/6234.

15 Die gelegentliche Unterbringung in ehemaligen Lagern bot auch Nährstoff für Gerüchte. So sorgte ein Leserbrief in der kommunistischen UNITA vom 26. 2. 65 für Aufsehen, in dem berichtet wurde, daß Gastarbeiter in einem ehemaligen Konzentrationslager mit Stacheldrahtverhau untergebracht seien, wo noch die Gaskammern stünden. Eine Nachprüfung ergab schließlich, daß es sich um das Lager Bemerode bei Hannover handelte, das noch aus der Vorkriegszeit stammte und als Unterkunfts- und Ausbildungsstätte einer Luftnachrichteneinheit gedient habe; vgl. BA, B 149/22380, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) an BMA, 13. 7. 1965.

16 Vgl. Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, S. 147 ff.

60er und 70er Jahre zu dieser Zeit weder abzusehen noch geplant. In dieser frühen Phase war man bestrebt, vor allem der Landwirtschaft, der Bauindustrie und dem Bergbau – also denjenigen Branchen mit den schwersten Arbeitsbedingungen und der geringsten Aussicht auf eine ausreichende Anwerbung inländischer Arbeitnehmer – die Zugriffsmöglichkeit auf billige ausländische Arbeiter zu sichern. Durch diese Maßnahme konnte das Lohngefüge in der Land- und Bauwirtschaft auf relativ niedrigem Niveau stabilisiert werden, zumal es sich zumindest in der Frühphase der Anwerbung häufig um Saisonarbeitskräfte handelte. Diese kehrten regelmäßig nach Italien zurück, so daß sich anfangs weder die Frage nach einer dauerhaften Niederlassung, des Familiennachzugs noch der Arbeitslosenunterstützung stellte, deren Transfer nach Italien bis 1960 nicht vorgesehen war. Die saisonale Beschäftigung nahm allerdings im Zuge der Mechanisierung der Landwirtschaft und der erfolgreichen Bemühungen, dem Baugewerbe durch verschiedene Maßnahmen wie z. B. der Einführung des Schlechtwettergeldes den Saisonarbeitscharakter zu nehmen, sowie des steigenden Arbeitskräftebedarfs in der Industrie ab.¹⁷ Bis dahin mußten, wie verärgert berichtet wurde, z. B. die italienischen Bauarbeiter, »die teilweise schon seit Jahren in der Bundesrepublik beschäftigt waren, [und] Mitte Dezember 1959 nach Hause geschickt wurden, im Januar 1960 wieder durch die ›Mühle Verona‹ gedreht werden, um dann, wenn alles gut geht, Ende Januar oder im Laufe des Februars wieder zur Arbeit in Deutschland zu erscheinen.«¹⁸ Mit »Mühle Verona« war das deutsche Anwerbungsbüro in Verona gemeint, das ein deutscher Diplomat nach Besichtigung so beschrieb: »Der ganze Komplex erweckt fast den Eindruck eines Gefangenendurchgangs- oder entlassungslagers, was durch eine Lautsprecheranlage, die Anweisungen an die wartenden Italiener gibt, und – während meines Besuches – durch das schlechte Wetter und den vom Regen aufgeweichten Boden unterstrichen wurde.«¹⁹

Ein weiterer Kritikpunkt, der auch bei den künftigen Anwerbungen aus anderen Ländern immer wieder formuliert wurde, war die mangelnde Aufklärung über die Lebens-, Lohn- und Arbeitsbedingungen in der

17 Der Anteil der Dauerarbeitskräfte an der Gesamtzahl der angeworbenen Kräfte ist von 32,6 Prozent im Jahre 1959 auf 61,5 Prozent im Jahre 1960 angestiegen; vgl. BA, B 106/47427, BAVAV an alle Dienststellen, »Erfahrungsbericht für 1960«, 14. 4. 1961, S. 3.

18 Vgl. BA, B 149/6232, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Sozialpolitische Abteilung, an das BMA: »Auswirkungen des Winterbaues auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte«, 3. 2. 1960.

19 BA, B 149/6233, Aufzeichnung des Sozialreferenten Berie der Dt. Botschaft in Rom über den Besuch bei der Deutschen Kommission in Verona am 27./28. Oktober 1959.

Bundesrepublik. Der oftmals unbekannte Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn, Akkordzulagen, Abzüge für die vom Arbeitgeber gestellte Unterkunft usw. sorgten für Unzufriedenheit unter den ausländischen Arbeitnehmern, die sich teilweise ungerecht behandelt bzw. betrogen fühlten, was in manchen Fällen zur Kündigung des Arbeitsvertrags, zu Arbeitsverweigerungen oder wilden Streiks führte.

Insgesamt aber erwies sich die Beschäftigung von Ausländern als Erfolg, und vor allem die deutschen Arbeitgeber waren mit den Italienern sehr zufrieden. Die Erfahrungen mit den italienischen Arbeitern seien überwiegend positiv, vermerkte auch die Bundesanstalt für Arbeit: »Die Italiener eigneten sich besonders gut für Hackfruchtarbeiten und für den Gemüsebau.«²⁰ »Das Landesarbeitsamt Niedersachsen teilt [...] ausdrücklich mit, daß auch die Südtaliener entgegen der ursprünglichen Bedenken gut eingeschlagen sind.«²¹ Entgegen den Befürchtungen, schrieb auch ein Bergwerksunternehmen im Jahre 1957, sei eine »Überfremdung des Bergmannberufs« nicht eingetreten. Allerdings seien die Südtaliener wegen ihrer »Bindung an Landbesitz«, ihrer »zahlreiche[n] Kinder« und des »wenig leistungsfähige[n] Typ[s]« weniger beliebt.²²

Eine öffentliche Debatte um die Traditionen der Ausländerbeschäftigung hingegen, die nur zehn Jahre nach Kriegsende ja nahe gelegen hätte, gab es zu dieser Zeit nicht. Gleichwohl wurde die erneute Anwerbung von Ausländern jenseits politischer Deklamationen in mancher Hinsicht durchaus in Zusammenhang zur Zeit vor 1945 gesehen, was sich nicht nur an dem wie selbstverständlichen Gebrauch der Bezeichnung »Fremdarbeiter« zeigte. So gab etwa das Handelsblatt im September 1955 Hinweise zur richtigen Behandlung von Italienern: Schon bei der Anwerbung sollten die Unternehmer darauf achten, »sich selbst in jedem Falle das Auswahlrecht der Arbeitskräfte vorzubehalten, damit man nicht Gefahr läuft, das zu bekommen, was man abschieben möchte [...] Schließlich wird man noch eines Vertrauensmannes bedürfen, der die örtlichen Verhältnisse kennt und die erforderlichen Auskünfte über Charakter, Arbeitsfreudigkeit, Familienverhältnisse, politische Einstellung, Vorstrafen usw. einholen kann [...] Ein großer Fehler wäre es bei all diesem, Erfahrungen, die man während des letzten Krieges mit ausländischen Arbeitskräften im Positiven und Negativen gemacht hat, als auch für heute gültig anzuneh-

20 BA, B 149/6231, BA, VAV, Erfahrungsbericht vom 15. 1. 1959 über die »Vermittlung italienischer Arbeitskräfte im Jahre 1958.«

21 BA, B 149/6232, BAVAV, »Zusammenfassung der Berichte der Landesarbeitsämter über die Erfahrung bei der Anwerbung und Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1956«, 20. 10. 1956.

22 BA, B 149/6231, Kurzbericht über eine Besprechung beim Eschweiler Bergwerksverein, »Anpassung italienischer Arbeitskräfte an die Bergbauarbeit«, 4. 7. 1957.

men. Die heutige Lage ist völlig neu. Schon dies ist anders: damals kamen die Ausländer gezwungen, heute kommen sie freiwillig: damals bedingten schon die Kriegsverhältnisse geringere Ansprüche, heute sind – auch beim Italiener! – die Ansprüche an den Lebensstandard und an den Lohn hoch. Zudem wird heute jedes Versäumnis, jedes Versagen, jede kleine Fehlscheidung [des Unternehmers] sogleich als eine persönliche und auch nationale Unfreundlichkeit angesehen, die nur mit Kündigung des Arbeitsverhältnisses beantwortet werden kann. Und wenn einer geht, gehen viele mit«. ²³

Insgesamt aber sind Äußerungen wie diese warnenden Hinweise, daß man die Italiener nicht mehr wie noch in Kriegszeiten behandeln könne, selten zu finden. In den folgenden Jahren behielt die Anwerbung von Italienern nach Deutschland ihren geringen Umfang; 1959 waren es weniger als 50 000, von denen die meisten in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Zudem lag der Anteil derjenigen, die ihr Arbeitsverhältnis vor Ablauf des Vertrags beendeten und nach Hause zurückkehrten, in der Anfangszeit sehr hoch, im Bergbau bei mehr als einem Drittel. ²⁴

Es gab auch keinen Grund, diese Zahlen zu erhöhen, solange es durch die stetige Zuwanderung von Flüchtlingen aus der DDR Reserven auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt gab.

II.

Zwischen 1959 und 1962 vollzog sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Wende. Die Zahl der offenen Stellen überschritt erstmals diejenige der gemeldeten Arbeitslosen, und die Zahl der deutschen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und arbeitslose Gemeldete) begann seit 1962 zu sinken. Von 1959 bis 1965 nahm die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um eine Million zu. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik aber, die zwischen 1950 und 1960 um 4,5 Millionen angestiegen war, nahm bis 1965 nur um etwa weitere 500 000 Personen zu und pendelte sich bei etwa 26,5 Millionen ein. Für diese Entwicklung war seit Anfang der 60er Jahre das Zusammenwirken mehrerer Faktoren ausschlaggebend:

23 »Geht es ohne ausländische Arbeiter?«, in: Handelsblatt, 21.9.1955; vgl. auch »Italiener in der deutschen Industrie«, in: FAZ vom 21. 10. 1959: »Überhaupt dürfte eine falsche Behandlung manche schlechte Erfahrung mit italienischen Arbeitern in früheren Jahren verursacht haben. Wer keinen Ärger haben will, darf es nicht beim Einrichten einer neuen Kartei ›Italienische Arbeiter‹ bewenden lassen.«

24 Vgl. BA, B 149/6231, BAVAV, Erfahrungsbericht vom 15. 1. 1959 über die »Vermittlung italienischer Arbeitskräfte im Jahre 1958«.

Angesichts des anhaltenden Wirtschaftswachstums und des versiegenden Zustroms von Flüchtlingen aus der DDR seit dem »Mauerbau« im August 1961 füllten nun ausschließlich die ausländischen Arbeitnehmer – darunter zunehmend die sogenannten »Dauerarbeitskräfte« – die Lücken auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Diese Lücken vergrößerten sich durch drei zusätzliche Faktoren: Die geburtenschwachen Kriegsjahrgänge traten ins Erwerbsleben; die verbesserte Altersversorgung hatte einen früheren Eintritt ins Rentenalter zur Folge, und die durchschnittliche Arbeitszeit sank von 44,4 (1960) auf 41,4 Wochenstunden (1967) bei gleichzeitiger Verlängerung der Ausbildungszeiten.²⁵

Unter den deutschen Unternehmen führte der Arbeitskräftemangel nun zu einer sich verschärfenden Konkurrenz um Arbeitnehmer. »Der Kampf um Arbeiter«, so berichtete »Der Spiegel« bereits im Sommer 1959, sei »zu einer aufreibenden Dauerbeschäftigung geworden, in die sich Personalverwaltungen großer Industrieunternehmen verstrickt sehen wie kleinere Betriebe mit wenigen Beschäftigten«²⁶. Hier bot eine verstärkte Anwerbung ausländischer Arbeiter eine plausible und wirksame Abhilfe – darüber waren sich Arbeitgeber und Regierung einig.

Im März 1960 schloß Arbeitsminister Blank mit Spanien und Griechenland Anwerbeverträge nach dem Vorbild der deutsch-italienischen Vereinbarung.²⁷ Ähnlich wie beim italienischen Abkommen ging auch hier die Initiative von den Regierungen der Vertragspartner aus, die bereits seit Jahren ihr Interesse an einem zwischenstaatlichen Abkommen bekundet hatten.²⁸ Auch Spanien und Griechenland wollten den eigenen Arbeitsmarkt durch eine geregelte Auswanderung entlasten und mit dem erwarteten Transfer der Gastarbeiterlöhne die eigene Wirtschaft konsolidieren. Der fortgesetzte Bedarf an Arbeitskräften ließ in der Bundesrepublik nun auch die Aussicht auf neue »Rekrutierungsgebiete« zunehmend attraktiver erscheinen, zumal man hoffte, in diesen beiden Ländern neben Facharbeitern auch die dringend gesuchten weiblichen Arbeitskräfte anwerben zu können. Weitere Abkommen wurden mit der Türkei am 30. Oktober 1961, mit Portugal am 17. März 1964 und mit Jugoslawien am 12. Oktober 1968 geschlossen, nachdem bereits zuvor eine beträchtliche

25 Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, Stuttgart/Mainz 1972, S. 148 u. 260.

26 »Vollbeschäftigung – Die dritte Garnitur«, in: *Der Spiegel* 13 (1959), H. 34, S. 26.

27 Vgl. Deutsch-spanischer Anwerbevertrag vom 29. 3. 1960, in: *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ANBA)* 1960, S. 269 ff.; Deutsch-griechischer Anwerbevertrag vom 30. 3. 1960, in: *Ebd.*, S. 286 ff.

28 Vgl. Steinert (wie Anm. 8), S. 292, der die ersten Bemühungen Spaniens auf das Jahr 1957 und die Liberalisierung der Wirtschaftspolitik datiert. Griechenland äußerte sein Interesse offiziell schon im Januar 1956 (vgl. *ebd.*, S. 300).

Anzahl jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik beschäftigt war.²⁹

Die Anwerbevereinbarung mit der Türkei 1961 stellte insofern einen Sonderfall dar, als hier erstmals ein größtenteils außerhalb Europas liegender Staat zum Vertragspartner gemacht wurde. Auch die Türkei hatte ein großes wirtschaftliches Interesse an einer vermittelten Auswanderung ihrer überschüssigen Arbeitskräfte; seit dem Regierungswechsel 1960 war man daher mit der Gestaltung einer gezielten Migrationspolitik beschäftigt. Die Anwerbung türkischer Arbeiter vor allem im Bergbau begann jedoch schon vor der Unterzeichnung der deutsch-türkischen Vereinbarung. So hatte z. B. die Hamborner Bergbau AG bereits im Sommer 1961 auf eigene Initiative mit Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes türkische Bergleute angeworben und manche sogar mit der Air France einfliegen lassen.³⁰ Erste Erfahrungen mit türkischen »Praktikanten« in der Landwirtschaft waren zudem von Arbeitgebern und Behörden sehr positiv beurteilt worden mit dem Hinweis, »daß sich die Türken sehr gut fügten, sehr ordentlich und fleißig sind und daß sich bisher keinerlei Schwierigkeiten gezeigt haben. Der Türke scheint sich, wenn er richtig angefaßt wird, durchaus einzufügen und brauchbar zu sein.«³¹ Das bestätigte auch die Bundesregierung: »Nach den Erfahrungen, die bisher in der Bundesrepublik mit türkischen Arbeitskräften gemacht worden sind, steht der türkische Arbeiter leistungsmäßig und in der persönlichen Veranlagung und Haltung keinesfalls gegenüber dem italienischen Arbeiter zurück.«³²

So stieß das Interesse der türkischen Regierung bei der Bundesregierung durchaus auf Zustimmung; allerdings wollte man vermeiden, durch einen offiziellen Vertrag weitere außereuropäische Länder an derartigen Vereinbarungen zu interessieren und entschied sich statt dessen für die schlichtere Form eines Notenwechsels. Darin wurde allerdings die Möglichkeit eines Nachzugs der Familien der angeworbenen Arbeiter nicht vorgesehen. Das lag vor allem daran, daß die Türkei aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Planung nur an einer vorübergehenden Beschäftigung

29 Abkommen mit der Türkei, 30. 10. 1961, in: Bundesarbeitsblatt (BARbl.) 1962, S. 69 ff., mit Portugal, 17. 3. 1964, in: Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL.) 1964, S. 270, mit Jugoslawien, 12. 10. 1968, in: BGB II 1969, S. 1107. Die Zahl der beschäftigten Jugoslawen war von 23 600 im Jahr 1962 auf 95 700 im Jahr 1967 angestiegen.

30 Vgl. BA, B 119/3072, Hamborner Bergbau AG an die BAVAV, »Vermittlung von türkischen Bergleuten; Transportabwicklung«, 3. 11. 61.

31 BA, B 119/3070, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband an die BAVAV, »Beschäftigung türkischer landwirtschaftlicher Praktikanten im Raum Soest«, 13. 10. 1956.

32 Ebd., BMA an den ehemaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Frohne, 13. 9. 1960.

ihrer Arbeitskräfte im Ausland interessiert war – diese sollten danach mit dem erworbenen Know-how am Aufbau der eigenen Industrie mitarbeiten.³³ An längerfristige Beschäftigungsverhältnisse war nicht gedacht; vielmehr wollte man den Aufenthalt auf zwei Jahre beschränken. Erst einige Jahre später wurde dieser Vorbehalt auf Wunsch der deutschen Arbeitgeber (und gegen den Widerstand des BMI) fallengelassen.³⁴

Im April 1964 wurde den türkischen Arbeitnehmern auf Wunsch ihrer Regierung auch für ihre im Heimatland lebenden Kinder das damals übliche »Zweitkindergeld« gewährt, später wurden sie sozialrechtlich den griechischen und spanischen Arbeitnehmern gleichgestellt.³⁵ Damit verpflichtete sich die deutsche Regierung im Falle der Türkei zum ersten Mal gegenüber einem Staat zu Sozialleistungen, der selbst keine eigene Sozialversicherung besaß und somit auch keine Leistungen für eventuelle deutsche Arbeitnehmer in der Türkei erbringen konnte. Die Gründe dafür waren einleuchtend: »Die türkischen Arbeitnehmer sind im allgemeinen geschätzt; insbesondere ist der Bergbau sehr an ihnen interessiert. Der Trend, türkische Arbeitnehmer zu beschäftigen, verstärkt sich ständig, zumal mit einem starken Nachlassen des Angebotes an qualifizierten Arbeitnehmern aus Italien zu rechnen ist und der Anteil der Facharbeiter bzw. qualifizierten Arbeiter unter den Türken mit rund 38,3 % erheblich höher liegt als unter den Arbeitnehmern aus den anderen Staaten, mit denen eine Anwerbevereinbarung besteht (Italiener 20,9 %, Spanier 5,7 %, Griechen 10 %).«³⁶

33 Zum tatsächlichen Verlauf und den Folgen dieser Wanderungspolitik vgl. Mehmet Okyayuz, National verfasste sozialökonomische Interessen und Arbeitskräftewanderung: das Beispiel der Migration und Remigration zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1993. Vgl. insgesamt zur türkischen Gastarbeitermigration nach Deutschland den Ausstellungskatalog *Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei/Yaban, silan olur. Türkiye'den Almanya'ya göçün tarihi*, hrsg. von Aytac Eryılmaz u. Hilde Jamin, Essen 1998, S. 119.

34 Vgl. Deutsch-türkischer Notenwechsel vom 20. Juli/30. September 1964, *Bundesanzeiger*, 1. 2. 1968. Zur Motivation, die Zweijahresklausel aufzuheben, vgl. BA, B 149/22374, BAVAV an BMA, wo berichtet wird, daß immer mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer anfragen würden, ob die Regelung endgültig sei. Angesichts der Tatsache, daß die ersten über die Verbindungsstelle vermittelten Arbeiter schon im zweiten Jahr hier seien, bestünde Klärungsbedarf. Die BAVAV sprach sich für die Aufhebung der Klausel auf und betonte, auch die »türkischen Seiten« hätten wohl keine Bedenken, daß ihnen dadurch dringend benötigte Fachkräfte zu lange entzogen würden. Außerdem verwies man auf die individuell zur Arbeitsaufnahme einreisenden Türken, die ohnehin nicht dieser Befristung unterlagen.

35 Vgl. Gesetz zu dem Abkommen vom 30. April 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über Soziale Sicherheit vom 13. September 1965, in: *BARbl.* 1965, S. 907–914.

36 BA, B 149/22373, BMA, Vermerk über eine Ressortbesprechung zum Thema »Kindergeld für türkische Arbeitnehmer«, 3. 1. 1963.

III.

Angesichts des steigenden Arbeitskräftebedarfs, der auch durch fortgesetzte Rationalisierung und Mechanisierung der Produktionsverfahren nicht aufzuhalten war, wurde die Beschäftigung von Gastarbeitern als deutlicher Ausdruck einer schier endlosen Wachstumsphase und des »Wirtschaftswunders« wahrgenommen. Mögliche unerwünschte Folgen wurden höchstens und auch nur vereinzelt in der internen Diskussion um die »Hereinnahme« der Gastarbeiter formuliert.³⁷ Hier und vor allem in der öffentlichen Darstellung zählten die positiven Auswirkungen, die allerdings unterschiedlich begründet wurden. So schrieb »Die Welt« 1964, die ausländischen Arbeiter seien für »Volkswirtschaften, die sich entfalten und wachsen wollen, [...] wichtig – fast möchte man sagen: unentbehrlich. Wirtschaftlicher Fortschritt ist stets mit Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur verbunden [...] Die Investitionen verlagern sich und mit ihnen der Bedarf an Arbeitskräften. [...] auch die Beweglichkeit der Arbeitskräfte wird geringer. Denn die Freisetzen gehen nicht mehr so abrupt und auch nur selten in so großem Ausmaß vor sich, oder sie werden aus sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen [...] durch staatliche Maßnahmen aufgehalten oder wenigstens gebremst. Die neu entstehenden oder schneller emporstrebenden Wirtschaftszweige sind auf die Zuwanderung ausländischer Arbeiter angewiesen, wenn die Beweglichkeit der inländischen Arbeitskräfte nicht mehr groß genug ist, den Bedarf zu decken.«³⁸

Die hier beschriebene Funktion der Ausländer als mobile Reservetruppe stand im Vordergrund der Argumentation für deren Beschäftigung. Durch ihren bedarfsorientierten Einsatz glaubte man, die Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf den Arbeitsmarkt kompensieren zu können. Entsprechend schrieb die »Frankfurter Allgemeine« schon 1959, daß »bei eventueller Arbeitslosigkeit in Deutschland die ausländischen

37 Dabei ist vor allem das BMI zu nennen, welches allein schon aufgrund seiner Funktion um die »öffentliche Sicherheit und Ordnung« besorgt sein und dem Selbstverständnis der BRD als Nichteinwanderungsland Geltung verschaffen mußte. Angesichts des effizienten Regelungsinstrumentariums, mit dem man unerwünschten oder einmal überflüssig gewordenen ausländischen Arbeitern den Zugang zum Arbeitsmarkt versperren konnte, richteten sich die Bedenken vor 1966 überwiegend gegen die durch die EWG-Mitgliedschaft bessergestellten Italiener: So berichtete das BAVAV 1965 dem BMA von der »Problematik, die sich aus der Freizügigkeit ergibt, falls die Beschäftigungslage sich in einem Gebiet stark verschlechtert.« BA, B 149/22380, BAVAV an BMA, »Vermittlung italienischer Arbeitnehmer«, 12. 7. 1965.

38 »Arbeitskräfte müssen wandern«, in: Die Welt vom 19. 9. 1964.

Arbeiter wieder zurückgeschickt werden können«³⁹. Auf einer Konferenz der Arbeitgeberverbände zum Thema »Gastarbeiter« wurde dies explizit formuliert: »Was bringen die ausländischen Arbeitskräfte auf dem Gebiet der Mobilität? Wenn wir das näher betrachten, stellen wir fest, daß die ausländischen Arbeitskräfte, die hier bei uns sind, total mobil sind, nicht nur der einzelne ausländische Arbeitnehmer, sondern die ausländischen Arbeitnehmer insgesamt durch den enormen Rückfluß und das starke Wiedereinwandern [...] Der Betrieb A, der im Jahr die Arbeitnehmer nicht mehr braucht, wird keine neuen Arbeitnehmer einstellen, und der Betrieb B, der im Wachstumsbereich tätig ist, wird im nächsten Jahr seine 100 oder 1000 Arbeitskräfte bekommen. Dadurch wird meiner Ansicht nach ein außerordentlich günstiger Effekt ausgelöst.«⁴⁰

In betriebswirtschaftlichen Kalkulationen wurden die zusätzlichen Aufwendungen bei der Ausländerbeschäftigung gegen finanzielle Vorteile aufgerechnet. Dabei wurde die Erstellung von Wohnheimen, die Zahlung von Dolmetschern, die »Kopfpauschale« für die Anwerbung durch die Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Betreuungsmaßnahmen und die Kosten der Anlernphase den spezifischen Vorzügen der Beschäftigung von Ausländern gegenübergestellt: »In der Regel wird der Ausländer nicht an der betrieblichen Altersversorgung teilnehmen, nicht in Betracht kommen für Sonderzuwendungen bei Arbeitsjubiläen sowie für Heilverfahren, Frühheilverfahren und Erholungskuren. Der bei uns arbeitende Ausländer stellt in der Regel die Arbeitskraft seiner besten Jahre zur Verfügung; für die Betriebe ergibt sich daraus der Vorteil, daß nur in seltenen Fällen ein älterer oder nicht mehr voll arbeitsfähiger ausländischer Mitarbeiter aus sozialen Gründen mit durchgezogen werden muß.«⁴¹

Einen weiteren Pluspunkt der »Gastarbeit« stellte die inflationsdämpfende Wirkung des Konsumverzichts der ausländischen Arbeitnehmer dar, die damals vor allem an der Überweisung eines möglichst großen Teils ihres Verdienstes an ihre Familien im Heimatland interessiert waren. Als am 10. September 1964 der millionste Gastarbeiter, der Portugiese Armando Sa Rodrigues, in die Bundesrepublik einreiste und mit großem Pomp begrüßt wurde, schrieb Arbeitsminister Blank: »Diese Million Menschen auf deutschen Arbeitsplätzen trägt mit dazu bei, daß unsere Produktion weiter wächst, unsere Preise stabil und unsere Geltung auf dem Weltmarkt erhalten bleibt. Die Rolle der Gastarbeiter auf dem Ar-

39 »Italiener in der deutschen Industrie – Ergebnis eines Experiments«, in: FAZ vom 21. 10. 1959.

40 Christof Rosenmöller (BMW), Diskussionsbeitrag, in: Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Konjunkturpolitik, Beiheft 13, Berlin 1966, S. 105.

41 Ausländische Arbeiter im Betrieb. Ergebnisse der Betriebserfahrung, hrsg. von Hans Stirn, Frechen/Köln 1964, S. 47.

beitsmarkt wird in den kommenden Jahren sicher noch gewichtiger werden.«⁴²

Dabei beschränkten sich die Vorteile der Ausländerbeschäftigung nicht auf die Wirtschaft – auch der Staat profitiere davon, betonte im März 1966 der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Kattenstroth: »So tragen die ausländischen Arbeitnehmer, von denen 90 v. H. in bestem Schaffensalter zwischen 18 und 45 Jahren stehen, einerseits erheblich zur Gütervermehrung bei, ohne andererseits die Konsumgüternachfrage in der Bundesrepublik in gleichem Umfang zu erhöhen [...] Hinzu kommt, daß die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge nach denselben Regeln wie inländische Arbeitnehmer zahlen. Bei dem Lebensalter der ausländischen Arbeitnehmer wirkt sich das z. Zt. vor allem für die deutsche Rentenversicherung sehr günstig aus, weil sie weit höhere Beiträge von den ausländischen Arbeitnehmern einnimmt, als sie gegenwärtig an Rentenleistungen für diesen Personenkreis aufzubringen hat, [...] man kann hiernach wohl sagen, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht nur für die Wirtschaft selbst einen Gewinn, sondern auch für die Allgemeinheit weitaus mehr Vorteile als Nachteile bringt.«⁴³

Diesen Vorteilen der Ausländerbeschäftigung für die Wirtschaft der Bundesrepublik standen in den Augen der Verantwortlichen positive Entsprechungen für die Heimatländer der Gastarbeiter und für diese selbst gegenüber: Die Arbeitslosenzahlen der Entsendeländer würden gesenkt, die Zahlungsbilanzen durch die Lohntransfers verbessert, die Qualifikationsstruktur der Arbeiterschaft durch ihre Tätigkeit in deutschen Fabriken erhöht – ein »Stück Entwicklungshilfe für die südeuropäischen Länder«, wie es häufig genannt wurde. Zudem schloß kein Politiker dieser Zeit eine Rede über die Gastarbeiter ohne Hinweise auf die überaus positiven politischen Auswirkungen ihrer Anwesenheit in der Bundesrepublik im Sinne von Völkerverständigung und europäischer Integration. Durch die Beschäftigung von Ausländern in Deutschland, so Arbeitsminister Blank 1964, sei »die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft eine Realität« geworden.⁴⁴

So beurteilten nahezu alle damit befaßten Stellen die Ausländerbe-

42 Theodor Blank, Eine Million Gastarbeiter, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 160 vom 30. 10. 1964, S. 1480.

43 Ludwig Kattenstroth, Grußwort der Bundesregierung, in: »Magnet Bundesrepublik« – Probleme der Ausländerbeschäftigung. Informationstagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln 1966, S. 11–19, hier: S. 13 f. Im April 1964 schätzte man das Lohnsteueraufkommen der Ausländer auf ca. 650 Millionen DM pro Jahr.

44 Blank (wie Anm. 42), S. 1480.

schäftigung in dieser Phase positiv – für die Bundesregierung standen weiterhin hohe Wachstumszahlen und Preisdämpfung im Vordergrund, für die Arbeitgeber war die Beschaffung von Arbeitskräften für weniger qualifizierte Arbeitskräfte sehr viel einfacher geworden, zudem wurde auf diese Weise ein durch Arbeitskräftemangel sonst entstehender Lohndruck in den unteren Lohngruppen vermieden, und für die Gewerkschaften wurden die Bedingungen für die angestrebten Arbeitszeitverkürzungen durch die Ausländerbeschäftigung erheblich günstiger.

Allen gemeinsam war aber auch die feste Überzeugung, daß es sich dabei um ein zeitlich begrenztes Phänomen handele, um eine Übergangerscheinung. Über etwaige Folgewirkungen und längerfristige Perspektiven der Beschäftigung einer immer größer werdenden Zahl von Gastarbeitern jedenfalls machten sich die Verantwortlichen zu dieser Zeit keine Gedanken. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg von 1,3 Prozent (279 000) im Jahr 1960 auf 6,1 Prozent (1 314 000) im Jahr 1966.

Wenn man auf der Seite der wirtschaftlichen und politischen Akteure überhaupt eine Befürchtung hegte, dann war es die Angst vor einer »kommunistischen Wühlarbeit« unter den ausländischen Immigranten. Um dem entgegenzuwirken, wurden in den 60er Jahren nicht nur antikomunistische Gastarbeiterzeitungen zur Eindämmung der vom »Osten« betriebenen Propaganda gegründet⁴⁵, sondern auch »Zonengrenzland-« und Berlinfahrten mit Gastarbeitergruppen unternommen, die z. B. vom Bund für Frieden und Freiheit oder der Caritas durchgeführt wurden. Das erwies sich als besonders wirkungsvoll. In einem der Berichte der Caritas ist vom »ungeheuren Eindruck« die Rede, den »diese Reise nach Berlin auf die Spanier gemacht hat, und zwar in dem Sinne, der uns durchaus erwünscht ist.« Als Fazit wurde festgehalten: »Einen anschaulicheren Anschauungsunterricht über den Kommunismus können wir diesen Arbeitern gar nicht geben.«⁴⁶ Besonders »anschaulich« liest sich der Bericht über eine Busreise mit italienischen Gastarbeitern nach Berlin, die von der Italienischen Katholischen Mission in München organisiert wurde: »Die Italiener gewannen den Eindruck, daß die Ostberliner schlechter gekleidet und ernährt als die Westdeutschen wären und alle einen unbestimm-

45 Die Zeitungen wurden vom Volksbund für Frieden und Freiheit, einem international organisierten Komitee, in Zusammenarbeit mit dem Bundespresse- und Informationsamt (BPA) herausgegeben, bis dieses seine finanzielle Unterstützung mit der Begründung der mangelnden Attraktivität dieser Produkte unter den Gastarbeitern einstellte. Außerdem gäbe es genügend andere Zeitungen für Gastarbeiter; vgl. BA, B 106/47427, Vermerk über eine Besprechung mit dem BPA, 25. 4. 1962.

46 Vgl. BA, B 136/8841, Erzbistum Köln, Abteilung für Seelsorgefragen, an das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 22. 4. 1964.

bar traurigen Gesichtsausdruck hätten. Ferner fiel ihnen auf, daß sie junge Männer fast nur in Uniform sahen. Als die Gruppe wieder westberliner Boden betrat, fielen einige der Italiener auf die Knie, küßten den Boden und riefen: »Wir sind wieder in Freiheit!«. Die Kommunisten unter den Italienern waren so deprimiert, daß drei von ihnen demonstrativ ihre Parteibücher zerrissen. Noch am gleichen Abend schrieben einige an ihre Genossen in Italien und berichteten, daß sie nun den Kommunismus gesehen hätten und nie wieder Kommunisten sein wollten.«⁴⁷

Die verbreitete Auffassung, daß es sich bei der Gastarbeiterbeschäftigung nur um ein Provisorium von mehr oder weniger langer Dauer handeln könne, schlug sich auch im neuen Ausländergesetz vom April 1965 nieder, das die aus der Vorkriegszeit stammende Ausländerpolizeiverordnung ablöste, gleichzeitig jedoch auf ihr aufbaute.⁴⁸ Auch wenn dieses Gesetz Ausdruck einer »liberale[n] und weltoffene[n] Fremdenpolitik«⁴⁹ sein sollte, so räumten die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisbestimmungen mit Hinweis auf die Wahrung der »Belange der Bundesrepublik Deutschland« (§ 2 AuslG) den Ausländern selbst keine nennenswerten Rechtsansprüche ein. Mit dem großen Ermessensspielraum, der den Ausländerbehörden dadurch eröffnet wurde, konnte nicht nur die Aufenthaltsdauer, sondern auch der Arbeitsmarktzugang flexibel geregelt werden. In diesem Zusammenhang sollten die Angehörigen von EWG-Ländern, in diesem Fall also die Italiener, nach den Vereinbarungen bei der Gründung der EWG den deutschen Arbeitnehmern arbeitsrechtlich gleichgestellt werden, was bis 1970 durch entsprechende Verordnungen schrittweise auch durchgeführt wurde.

Für die Mehrheit der ausländischen Arbeiter aber wandelte sich das Konzept des vorübergehenden Aufenthalts durch das Ausländerrecht zur Rechtsvorschrift, die ihr Leben in Deutschland wesentlich prägte. Sie erhielten zunächst nur für ein Jahr das Aufenthaltsrecht, waren aber während dieser Zeit an den Arbeitgeber in Deutschland gebunden. Eine Ver-

47 Ebd., Bundesamt für Verfassungsschutz an das BKA, 30. 7. 1965. Der Bericht über die Reise wurde vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt.

48 Ausländergesetz (AuslG) vom 28. 4. 1965, BGBl I 1965, S. 353. Vgl. hierzu Knuth Dohse, *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Königstein/Ts. 1981, S. 231–306; Bertold Huber u. Klaus Unger, *Politische und rechtliche Determinanten der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz. Segregation und Integration: Eine vergleichende Untersuchung*, hrsg. von Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny u. Karl Otto Hondrich, Frankfurt a. M./New York 1982, S. 124–194, hier: S. 137ff.; Bethlehem (wie Anm. 16), S. 184–190.

49 BA, B 106/39957, Begründung zum Gesetzentwurf vom 31. 5. 1960. Diese Formulierung wurde in allen folgenden Fassungen der Begründung übernommen.

längerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis über dieses eine Jahr hinaus stand im Ermessen der bundesdeutschen Behörden und wurde nur erteilt, wenn dadurch die allgemein formulierten »Belange der Bundesrepublik Deutschland« nicht beeinträchtigt wurden. Eine ständige Niederlassung in der Bundesrepublik wurde von den Gerichten als Verstoß gegen diese Bestimmung bewertet⁵⁰ – war aber auch von den Gastarbeitern, die in dieser Phase in der Bundesrepublik beschäftigt waren, in der Regel nicht beabsichtigt. Auch wenn die zeitliche Perspektive der Betroffenen zunächst in aller Regel von dem Wunsch einer baldigen Rückkehr in die Heimat geprägt war, so hatte die allmähliche Einrichtung im »Dauerprovisorium« langfristig zur Folge, daß entgegen der realen Lebenssituation der Bezug auf das Heimatland den Alltag der Migranten dominierte. Auch diejenigen Gastarbeiter, die sich im Laufe der Zeit solide Rechtsansprüche erworben hatten, ihre Familien nachgeholt und de facto zu Einwanderern geworden waren, blieben größtenteils auf ihr Herkunftsland fixiert.⁵¹

In der Frühphase hingegen bildete diese Orientierung auf eine bessere Zukunft im Heimatland erst den Auslöser für die Arbeitsaufnahme im Ausland. Die jungen Arbeiter waren bereit, für einen vermeintlich überschaubaren Zeitraum zahlreiche Entbehrungen im persönlichen Leben hinzunehmen und durch möglichst viele Überstunden, Schicht- bzw. Akkordarbeit den Lohn zu verbessern, um das Ziel einer erfolgreichen Rückkehr schnellstmöglich zu erreichen. Allerdings ist auch richtig, daß die großen Hoffnungen, mit denen man sich auf die Reise gemacht hatte, häufig enttäuscht worden sind. Die Metapher vom »Deutschlandfieber« z. B., das sich in der Türkei durch die Medien, die türkische Anstalt für Arbeit und die »Mund-zu-Mund-Propaganda« ausbreitete, legt aus der Sicht der Migranten nahe, daß ihre Entscheidung nicht primär auf der Basis sachlicher Information gefällt, sondern durch überhöhte Erwartungen beeinflusst wurde, die einfach zu bestechend waren, um sich davon nicht beeindrucken zu lassen.⁵²

Das bedeutete aber auch, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhält-

50 Zu den einzelnen Verordnungen vgl. Huber/Unger (wie Anm. 48), S. 134–137 u. 148 f.; Bethlehem (wie Anm. 16), S. 168.

51 Vgl. z. B. den bezeichnenden Titel »Tagsüber Deutschland, abends Türkei«, womit Gülay Durgut seinen Aufsatz über Türkische Medien in Deutschland überschrieb (in: Deutsche Türken. Das Ende der Geduld/Türk Almanlar. Sabrin sonu, hrsg. von Claus Leggewie u. Zafer Senocak, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 118).

52 Vgl. Fürüzan, Logis im Land der Reichen. Wie eine türkische Schriftstellerin das Leben ihrer Landsleute in Deutschland sieht, München 1985, S. 83. In der dort zitierten Passage aus einem Interview heißt es: »Irgendwann kam das Deutschlandfieber auch in unsere Gegend, und weil wir nichts Besseres wußten, haben auch wir uns davon anstecken lassen.«

nisse in ihrer Heimat der Vergleichsmaßstab blieben, mit dem sie ihr Leben in Deutschland maßen. Ihr Plan war es, in möglichst kurzer Zeit so viel Geld zu verdienen, daß sie erhebliche Teile des Lohnes nach Hause schicken oder sparen konnten, um nach einigen Jahren in ihre Heimat zurückzukehren und dort auf verbesserter wirtschaftlicher Grundlage Arbeit anzunehmen oder sich gar selbständig zu machen. Das hatte Auswirkungen auf ihr Verhalten in Deutschland: Sie akzeptierten eher als Deutsche sowohl schmutzige als auch besonders schwere Arbeit, machten mehr Überstunden, verzichteten auf einen ihrem Lohn entsprechenden Lebensstandard und Konsum, wohnten möglichst billig und zeigten an politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten wenig Interesse. Ihre Beziehung zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik war ganz auf kurze Fristen eingestellt, längerfristige Veränderungen in Deutschland betrafen sie nach eigener Überzeugung nicht – auch dies Aspekte, die bereits in der Zeit vor 1914 die Lage der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft und der Industrie wesentlich gekennzeichnet hatten, ebenso wie die Tatsache, daß es gar nicht in erster Linie Ausländer selbst waren, die sich über ihre schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen erregten – allein die jederzeit drohende Aberkennung der Aufenthaltserlaubnis wirkte hier abschreckend und disziplinierend – sondern Gewerkschaften, Behörden und Presse ihrer Heimatländer und – mit einiger Verzögerung – auch deutsche Stellen: Teile der Presse, Wohlfahrtsverbände und Kirchen.

IV.

Die Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter in deutschen Betrieben während der 60er Jahre lassen sich mit einigen Zahlen umreißen: 1966 waren 90 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer als Arbeiter beschäftigt – aber nur 49 Prozent der deutschen; 71,8 Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte waren 1961 im sekundären Sektor tätig, bei den deutschen nur 47,8 Prozent; 72 Prozent aller ausländischen Männer arbeiteten 1966 als an- oder ungelernete Arbeiter.⁵³ Die höchsten Ausländerquoten waren 1963 im Baugewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie sowie im Bergbau zu verzeichnen.⁵⁴ Ausländer erhielten im Vergleich zu deutschen Arbei-

⁵³ Vgl. *Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1973, S. 78 f.; dass., *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 147; Fijalkowski (wie Anm. 10), S. 422; Heiko Körner, *Der Zustrom von Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1972*, Bern u. a. 1976, S. 227.

⁵⁴ Vgl. *Anwerbung, Vermittlung, Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1963*, hrsg. von der BAVAV, Nürnberg 1964, S. 6 und S. 26 f., sowie Bethlehem (wie Anm. 16), S. 128 f.

tern durch niedrigere Qualifikation oder Einstufung auch niedrigere Löhne, hatten erheblich häufiger Arbeitsunfälle und wechselten ihren Arbeitsplatz öfter als Deutsche.⁵⁵ Zusammengefaßt: Ausländer arbeiteten in dieser Zeit vorwiegend als un- oder angelernte Arbeiter in der Industrie, und zwar vor allem in solchen Bereichen, in denen schwere und schmutzige Arbeit, Akkordlohn, Schichtsystem sowie serielle Produktionsformen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen (Fließband) besonders häufig waren. Für die Unternehmen hatte dies in einer Zeit starker Arbeitskräftenachfrage erhebliche Vorteile, weil für solche Arbeitsplätze deutsche Arbeiter nicht oder nur mit erheblichen Lohnzugeständnissen zu bekommen gewesen wären, was gerade die unqualifizierten Arbeitsplätze unrentabel gemacht hätte. In der Analyse eines Wirtschaftswissenschaftlers wurde dieser Aspekt 1965 komprimiert dargestellt: »Da die Zuwanderung selektiert in dem Sinne ist, daß sie sich überwiegend aus beruflich noch wenig qualifizierten Arbeitsplätzen zusammensetzt, muß sie vielfach mit dem bei den einheimischen Arbeitskräften unbeliebten und/oder gering bezahlten Tätigkeiten beginnen. Auf diese Weise bleibt es im offenen Arbeitsmarkt möglich, ohne Lohnzugeständnisse auch für diese Tätigkeiten Arbeitskräfte zu rekrutieren, während im geschlossenen Arbeitsmarkt sich von der Endnachfrage her der Druck zur Nivellierung der Löhne ohne Rücksicht auf Produktivitätsunterschiede, ferner eine Kompensation der Unbeliebtheit bestimmter Arbeitsverrichtungen durch um so höhere Bezahlung stärker durchsetzen würden.«⁵⁶

Die Tendenz der Gastarbeiter, ihre Familien nach Deutschland zu holen und damit ihrem Ausnahmezustand als in der Regel »ledig« gekommene, in der Sammelunterkunft wohnende Männer⁵⁷ ein Ende zu bereiten, begann seit Anfang der 60er Jahre zuzunehmen. Der Umgang der deutschen Behörden mit dieser Frage bildete eine der ersten Ungereimtheiten in einer langen Kette widersprüchlicher Maßnahmen in der Ausländerpolitik. Zum einen befürwortete man den Familiennachzug, weil dadurch die Fluktuation der Arbeitnehmer eingedämmt und eine gewisse

55 Vgl. Friedrich Heckmann, *Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität*, Stuttgart 1981, S. 185; *Ausländische Arbeiter im Betrieb* (wie Anm. 41), S. 47 f.

56 D. Hiss, *Hereinnahme von ausländischen Arbeitskräften – eine vernünftige Maßnahme*, in: *Wirtschaftsdienst* 45, 1965, S. 635–638, hier: S. 638.

57 1962 wohnten noch zwei Drittel der Gastarbeiter in solchen von Betrieben, kommunalen Behörden, Wohlfahrtsverbänden oder Privatpersonen unterhaltenen Gemeinschaftsunterkünften; vgl. Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, Deutscher Bundestag, 21. 12. 1962, Drucksache IV/470, S. 6. 1972 betrug der Anteil noch 23 Prozent und sank bis 1980 auf 16 Prozent; vgl. Hans-Günter Kleff, *Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei*, Mainz 1985, S. 173.

»Bodenständigkeit« erzielt werden konnte, die ja unter dem Aspekt der Betriebsbindung – wenn auch nur für eine unbestimmte Dauer – durchaus erwünscht war. Andererseits wollte man die »Flexibilität« der ausländischen Arbeitnehmer nicht durch eine Seßhaftwerdung einschränken. Zudem war der Wohnraum in der Bundesrepublik damals noch knapp und man fürchtete, daß mit der zusätzlichen Belastung durch den Familienzuzug soziale Spannungen auftreten könnten. Viele deutsche Unternehmen allerdings unterstützten mittlerweile die Bemühungen ihrer ausländischen Arbeitnehmer, die Familien nachzuholen und sich auf längere Sicht in Deutschland einzurichten; und auch von den Arbeitsbehörden wurde dies unterstützt. Während ungelernete Arbeitskräfte auch weiterhin nicht seßhaft gemacht werden sollten, beurteilte man »den Nachzug der Familienangehörigen der ausländischen Arbeitnehmer« positiv, »wenn es sich um Facharbeiter, bewährte Arbeitskräfte oder Ausländer handelt, die für eine langdauernde Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind.«⁵⁸

Zeitungsberichte über die Wohnsituation, nicht über die Arbeitsbedingungen und die Rechtslage der Ausländer waren es, die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein gewisses Interesse für die Gastarbeiter hervorriefen, die ansonsten in der ersten Hälfte der 60er Jahre nur wenig öffentliche Beachtung und Aufmerksamkeit erfuhren. Schon im August 1960 berichtete »Die Welt« in einem aufsehenerregenden Artikel über die Wohnverhältnisse italienischer Arbeiter: »Die Bunker sind dabei fast noch attraktiv. Auch Baracken mit Doppel-, oft gar Dreideckerbetten scheinen direkt löblich, wenn man etwa einen ›Raum‹ gesehen hat, in dem zehn Männer nur gerade auf ihren Strohsäcken liegen können. Alles andere, sozusagen selbst das Naseputzen muß draußen geschehen [...] ›Wir wissen ja nicht, wie lange das so bleibt‹, diese Antwort bekommt man oft, soll heißen: Vielleicht haben wir wieder einmal eigene Arbeitslose zu beschäftigen, und was dann mit den eigens errichteten Wohnbauten? Die Sorge um den Fortgang des Wirtschaftswunders wird ausgerechnet denen gegenüber ausgelebt, die geholt worden sind, damit die Trompeten des Vormarsches nicht verstummen.«⁵⁹

Für die Unternehmen war die Erstellung von Wohnunterkünften für die Gastarbeiter der einschneidendste Kostenfaktor bei der Ausländerbeschäftigung. Während vertraglich geregelt war, daß Ausländer die gleichen Löhne und Sozialleistungen zu erhalten hatten wie Deutsche, gab es bei

58 BA, B 106/47427, BMI an BDA, »Familiennachführung ausländischer Arbeitnehmer«, 23. 1. 1962.

59 »Ein Raum, in dem zehn Männer auf Strohsäcken liegen können«, in: Die Welt vom 22. 8. 1960; vgl. auch »Fremd- statt Gastarbeiter?«, in: Handelsblatt vom 16. 2. 1967.

den Unterkünften Einsparungsmöglichkeiten, die sich dann in entsprechend primitiven Wohnverhältnissen der Gastarbeiter niederschlugen.⁶⁰ Und die ausländischen Arbeiter selbst waren vor allem an billigen Unterkünften interessiert, da sie ja von einem nur vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland ausgingen. Zwischen den Interessen der Unternehmer und der Gastarbeiter entstand so ein Spielraum, den auch viele private Wohnungsvermieter für sich zu nutzen wußten; galt doch die Übervorteilung von Ausländern, jedenfalls in den frühen 60er Jahren, weithin als Kavaliersdelikt, außerdem war mit Protesten vor allem der ganz unerfahrenen Neuankömmlinge nicht zu rechnen.

Die Bundesregierung versuchte, durch Darlehen und Zuschüsse den Bau von Ausländer-Wohnungen zu fördern⁶¹, und tatsächlich wurden vor allem in Großunternehmen seit Mitte der 60er Jahre in verstärktem Maße bessere Wohnheimplätze geschaffen. »Die Variationsbreite reicht vom Asozialen-Milieu bis zum modernen Jugendherbergsstil«, schrieb Ulrike Meinhof in der Konkret 1966 in einem großen Bericht über die Probleme der Gastarbeiter.⁶² Insgesamt blieb die Wohnsituation der Ausländer bis in die späten 70er Jahre das von außen sichtbarste Zeichen ihrer Unterprivilegierung und Benachteiligung in Deutschland.

Die Vernachlässigung des sozialen Aspekts läßt sich auch daran ablesen, daß die Frage der Betreuung der Gastarbeiter nur sehr zögerlich, unter ökonomischen Zweckmäßigkeitserwägungen und oft auch nur auf Druck der Entsendeländer behandelt wurde. Vor allem die italienische Regierung setzte sich mit Nachdruck für die sozialen Anliegen der italienischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ein und konnte verschiedene Verbesserungen im Anwerbeverfahren, bei den Unterkünften, den Freizeitaktivitäten, der Ausbildung etc. erreichen.⁶³ Allerdings besaß Italien als EWG-Mitglied im Vergleich zu den anderen Anwerbeländern auch bessere politische Voraussetzungen, um seine Interessen geltend zu machen.

Demgegenüber waren die Bemühungen etwa der türkischen Regierung um eine Betreuung ihrer Landsleute in Deutschland weit weniger ausgeprägt und kamen auch meist zu spät. Erst in den 70er Jahren ergriffen die

60 Allerdings waren Vorschriften für die »Bereitstellung von Unterkünften« erlassen worden. Danach stand jedem Bewohner von Arbeiterwohnheimen ein Luftraum von mindestens 10 qm zu, und in einem Schlafräum durften maximal sechs Schlafstellen aufgestellt werden, vgl. *Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland*, hrsg. vom Hessischen Institut für Betriebswirtschaft, Düsseldorf 1961, S. 31 f.

61 Vgl. etwa: »100 Mill. für Ausländerwohnheime«, in: *Industriekurier* vom 6. 10. 1960.

62 »Kuli oder Kollege?«, in: *Konkret*, Nr. 11 vom November 1966, S. 25.

63 Zu den Tagungen der Gemischten Kommission vgl. z. B. BA, B 149/6233; B 149/22380; B 149/22382.

türkischen Behörden erste Maßnahmen zur schulischen und religiösen Betreuung. Sie waren vor allem darauf angelegt, im religiösen Bereich ein Gegengewicht zu den antilaizistischen und antikemalistischen privaten Organisationen mit ihren eigenen Moscheegründungen und Koranschulen zu schaffen sowie die Bindungen der »Deutschlandarbeiter« an die Türkei aufrechtzuerhalten.⁶⁴ Der besonderen Lebenssituation der eigenen Landsleute in der Bundesrepublik wurde kaum Rechnung getragen, denn Grundlage der Betreuung blieb die Vorausannahme, daß die türkischen Arbeiter nur für kurze Zeit in Deutschland blieben. Schon deshalb bemühte man sich darum, die Reintegrationsfähigkeit der eigenen Landsleute zu erhalten. Für die Situation der Türken in der Bundesrepublik kam noch erschwerend hinzu, daß sie als Muslime in Deutschland weitgehend auf sich gestellt blieben, da es anders als bei den christlichen Konfessionen mit ihren Kirchen keinen konfessionellen Organisationszusammenhang gab. Das hier entstandene Vakuum bot insbesondere für »sektiererische islamische Gruppen«⁶⁵ großen Spielraum. Die für die Türken seit 1962 zuständige Arbeiterwohlfahrt (AWO), die mit Türk Danış (Türkische Beratung) eine spezielle Betreuungseinrichtung geschaffen hatte, konnte dieses Defizit nicht ausgleichen.⁶⁶

Auf deutscher Seite war eine Vielzahl von Institutionen mit der Betreuung der ausländischen Arbeiter befaßt. Allerdings sahen die deutschen Behörden bis in die 70er Jahre hinein die soziale Betreuung noch kaum als eigenständige Aufgabe, sondern vor allem als Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität der ausländischen Arbeiter⁶⁷ sowie für den

64 Vgl. Faruk Sen u. Andreas Goldberg: *Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen*, München 1994, S. 93.

65 Ahmet Sezer u. Dietrich Thränhardt, *Türkische Organisationen in der Bundesrepublik*, in: *Die Türken. Berichte und Informationen zum besseren Verständnis der Türken in Deutschland*, hrsg. von Karl-Heinz Meier-Braun u. Yüksel Pazarkaya, Frankfurt a. M. u. a. 1983, S. 149. Zur gesamten Bandbreite türkischer Organisationen vgl. Ertekin Özcan, *Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierungen unter türkischen Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West*, Berlin 1989.

66 Neben den Türken war und ist die AWO für die Betreuung von Jugoslawen, Marokkanern und Tunesiern, der Deutsche Caritasverband für Italiener, Portugiesen, Spanier und v. a. katholische Jugoslawen, das Diakonische Werk für Griechen zuständig; vgl. Jürgen Puskeppelcit u. Dietrich Thränhardt, *Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg 1990, S. 47 u. 54 f.

67 Vgl. z. B. auch den Erfahrungsbericht 1969 der BAVAV, in dem zu lesen stand, daß die geleisteten Anpassungshilfen v. a. das Ziel hätten, erste Eingewöhnungsschwierigkeiten abzubauen. Mit dem Hinweis auf die Umstellungsschwierigkeiten der

Kampf gegen deren »politische Gefährdung«. So betonte etwa das Innenministerium bei einer Besprechung zwar pflichtgemäß, man wolle sich verstärkt bemühen, »die Kluft zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ausländischen Arbeitnehmern zu überbrücken.« Jedoch: »Man dürfe die Betreuungsmaßnahmen der Ausländer auch nicht übertreiben, damit sich nicht die deutschen Arbeitnehmer benachteiligt fühlten.«⁶⁸ Zum 1. August 1965 wurde schließlich ein Referat zur »Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer« im BMA mit der Aufgabe eingerichtet, alle Aktivitäten in diesem Bereich zu bündeln. Neben der Betreuung auf sozialem, kulturellem, religiösem und politischem Gebiet sollte außerdem »einer möglichen Isolierung ausländischer Arbeitnehmer entgegen gewirkt und der Widerstand gegen eine von außen gelenkte zersetzende Propaganda gestärkt werden.«⁶⁹ Die zunehmend scharfe öffentliche Kritik an der sozialen Lage der Gastarbeiter sowie an den gesellschaftlichen Folgen der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik zeigte offenbar Wirkung. Die Institutionalisierung der »Ausländerpädagogik« bzw. »Ausländerforschung« nahm ihren Aufschwung aber erst in den 70er Jahren, wobei sie sich lange Zeit im Horizont der politischen Debatte entwickelte und die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Ausländerbeschäftigung weitgehend außer acht ließ.⁷⁰

In dem Maße, wie die Zahl der Gastarbeiter weiter zunahm, vermehrten sich in der einheimischen Bevölkerung auch die Zeichen zunehmend aggressiver Abwehrreaktionen, denen man von staatlicher Seite außer dem Hinweis auf die wirtschaftliche Notwendigkeit und der Aufforderung zu gegenseitigem Verständnis wenig entgegensetzte. Die öffentliche Ablehnung der Gastarbeiter durch Teile der Einheimischen stieg vor al-

Gastarbeiter hieß es: »Es ist daher ein menschliches und soziales Gebot, ihnen die zur Erleichterung und Beschleunigung der Anpassung [...] notwendigen Hilfen zu gewähren. Damit wird im übrigen zugleich auch der wirtschaftliche Effekt ihrer Beschäftigung im Bundesgebiet gefördert.« Vgl. *Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung. Erfahrungsbericht 1969*, hrsg. von der BAVAV, Nürnberg 1970, S. 21.

68 Vgl. BA, B 106/47429, Niederschrift des BMA vom 17. 3. 1964 über die »Ressortbesprechung über die zentrale Koordinierung der Maßnahmen zur Eingewöhnung und Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer in die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland« am 6. 3. 1964.

69 BA, B 149/22382, BMA, Referat IIa7 an Referat IIa4, 16. 5. 1966. Zur Unterstützung des neuen Referats sind Ende 1965 auch zwei Arbeitskreise gebildet worden, von denen der eine den projektierten Koordinierungskreis auf Bundesebene und der andere einen Zusammenschluß der Arbeitsminister der Länder darstellte.

70 Vgl. Hartmut M. Griesse, *Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Ausländerforschung und der Ausländerpädagogik*, Opladen 1984; Heidrun Czock, *Der Fall Ausländerpädagogik. Erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Codierung der Arbeitsmigration*, Frankfurt a. M. 1993.

lem seit 1966/67 an, als die erste Nachkriegsrezession den bis dahin steten Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft unterbrach und es der rechtsextremen NPD zwischen 1966 und 1968 gelang, in sieben Landtage einzuziehen. Zwar hatte die Presse bereits Anfang der 60er Jahre über Schilder an Gaststätten mit der Aufschrift »Proibizione per Italianos«⁷¹ berichtet, aber insgesamt lassen sich aus der Medienberichterstattung der frühen 60er Jahre noch keine Schlüsse auf eine offene oder weitverbreitete Ausländerfeindlichkeit ziehen. Diese Artikel erwecken eher den Eindruck, daß sowohl die politischen Akteure als auch die Journalisten geflissentlich bemüht waren, dem einstigen Bild vom »häßlichen Deutschen« im Ausland keine neue Nahrung zu geben. Mit Appellen an »Gastfreundschaft« und »Takt« der deutschen Bevölkerung wurde versucht, solchen Tendenzen – oftmals mit pädagogischem Gestus – entgegenzuwirken. So hatte man schon 1962 lesen können: »Die Beziehungen der Gastarbeiter zu den Deutschen überhaupt und besonders zu ihren deutschen Arbeitskollegen sind alles andere als harmonisch [...] Die andersartige Mentalität kann [...] nur durch Geduld und Verständnis als ein das Arbeitsklima verschlechternder Faktor ausgeschaltet werden. Der Gastarbeiter ist kein »merkwürdiges Tier«, das gestikuliert und laut spricht. Ebenso wenig ist er ein Maschinenanhängsel. Jedes Volk hat seine »nationalen« Vor- und Nachteile. Daß die wirtschaftliche und technische Entwicklung einigen Völkern einen vorteilhafteren Platz zwischen den anderen einzuräumen scheint, bedeutet keinesfalls, daß es Völker ersten und zweiten Ranges gibt. Hinzu kommt der Gedanke, daß die Hunderttausende von Gastarbeitern Gegenstand einer erfolgreichen – weil in menschlicher Beziehung sehr wirksamen – Entwicklungshilfe sind. Und gerade bei diesen menschlichen Beziehungen dürfen die Gastgeber nie vergessen, daß in der Geschichte nicht selten Gäste nützlich für die Gastgeber gewesen sind – und vice versa! Wenn diese Gäste gute Erfahrungen während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik sammeln, werden sie später in ihren Ländern die besten Botschafter Deutschlands.«⁷²

Der stete Hinweis auf den ökonomischen Nutzen der Ausländerbe-

71 »Sie stehen auf den Bahnhöfen und sparen«, in: *Die Welt* vom 20. 8. 1960.

72 »Gastarbeiter sind auch Menschen«, in: *Hamburger Echo* vom 9. 8. 1962. Die Überlegung, daß die zurückkehrenden Gastarbeiter auch außenpolitisch »wertvoll« seien, wurde auch intern angestellt, als es um die Frage der Gewährung von Kindergeld an türkische Arbeitnehmer ging. In einem Vermerk über die entsprechende Ressortbesprechung hieß es neben einer ganzen Reihe von anderen Gründen: »Die türkischen Arbeitnehmer sollten nach Ablauf ihres längstens zweijährigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland nicht verärgert, sondern als Freunde Deutschlands in ihren Heimatstaat zurückkehren.« Vgl. BA, B 149/22373, Vermerk des BMA über »Kindergeld für türkische Arbeitnehmer« vom 3. 1. 1963.

schäftigung verlor nun jedoch an Überzeugungskraft. Nach einer Untersuchung von 1966 wurde in der Presse über die Gastarbeiter fast dreimal so häufig negativ wie positiv geurteilt, allein ein Drittel dieser Berichte beschäftigte sich mit kriminellen oder sexuellen Sensationen.⁷³ 51 Prozent der Bevölkerung waren zu dieser Zeit »eher dagegen«, daß die Bundesrepublik Ausländer als Gastarbeiter nach Deutschland holte.⁷⁴ Und bei konservativen Politikern wurde Kritik an der Gastarbeiterbeschäftigung insgesamt und den Gastarbeitern selbst zur beifallsträchtigen Passage in jeder Wahlkampfrede. Im Mai 1966 schrieb etwa die »Nürnberger Abendzeitung« dazu: »Seit etwa einem Jahr kann man in fast jeder politischen Veranstaltung auf bundesdeutschem Boden Beifall erzielen, wenn man sich nur recht abfällig über die Gastarbeiter äußert. Eine Fabrikbelegschaft beschloß kürzlich, außertariflich einige Wochenstunden länger zu arbeiten, um die Einstellung von Gastarbeitern zu vermeiden. In Berichten von Industrievereinigungen steht zu lesen, daß die Unterbringung von Gastarbeitern deshalb Schwierigkeiten macht, weil man sie in den eigentlichen Wohnorten nicht haben will. Sie seien zu laut, heißt es da zum Beispiel. Oder: Gastarbeiter verschaffen sich Lohnvorteile durch organisiertes Krankfeiern. Oder: Durch sie ist die Kriminalität angestiegen. Oder: Sie schicken »unser gutes Geld« nach Hause in fremde Länder. Und so weiter. Selbst einige Abgeordnete fangen an, auf dieser neonationalistischen Welle mitzuschwimmen, die aus den trüben Quellen des Vorurteils, der Unwissenheit und der Borniertheit gespeist wird.«⁷⁵

Aber dennoch läßt sich das Verhältnis der Deutschen zu den Gastarbeitern während dieser Zeit nicht schon als ideologisch fixierte »Fremdenfeindlichkeit« beschreiben.⁷⁶ Vielmehr hat es den Anschein, als sei die wie selbstverständliche Erwartung und Akzeptanz der eigenen sozialen und ökonomischen Bevorrechtigung den Ausländern gegenüber (gepaart mit der behäbigen Genugtuung der eigenen Großherzigkeit, die Auslän-

73 Vgl. Jesus Manuel Delgado, Anpassungsprobleme der spanischen Gastarbeiter in Deutschland – eine sozialpsychologische Untersuchung, Diss. Köln 1966, zit. nach: Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger u. Edgar Neubert, Leben als Gastarbeiter. Geglückte oder mißglückte Integration, Köln/Opladen 1970, S. 127.

74 Umfrage des EMNID-Instituts, Bielefeld, Dezember 1965, zit. nach: »Kuli oder Kollege« (wie Anm. 62).

75 »Unbeliebte Gastarbeiter«, in: Abendzeitung (Nürnberg) vom 5. 5. 1966

76 Vgl. dazu allgemein Ulrike Schöneberg, Gestern Gastarbeiter, morgen Minderheit. Zur sozialen Integration von Einwanderern in einem »unerklärten« Einwanderungsland, Frankfurt 1993; Migration – Ethnizität – Konflikt: Systemfragen und Fallstudien, hrsg. von Klaus J. Bade, Osnabrück 1996; Das Fremde in der Gesellschaft. Migration, Ethnizität und Staat, hrsg. von Hans-Rudolf Wicker, Zürich 1996; Andreas Zick, Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse, Münster 1997; Wolf-Dietrich Bukow u. Roberto Llaroya, Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen 1998.

der am deutschen Wirtschaftswunder teilhaben zu lassen) zwar verbreitet, insgesamt aber die Ausländerbeschäftigung nicht Gegenstand sonderlicher Aufmerksamkeit gewesen. In einer Gesellschaft, die ob der Faszination ihrer wirtschaftlichen Dynamik keine Zukunftsperspektiven entwickelte, wurden die Gastarbeiter eher als Symptom des neuen Reichtums wahrgenommen, wie Farbfernseher oder Fußgängerzonen. Eine problematische Konstellation entstand erst, als in der Rezession Gastarbeiterbeschäftigung und Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Deutschen zusammenfielen. Der unbedingte Vorrang deutscher vor ausländischen Arbeitern war die sich daraus ableitende Forderung, die in polemischen Angriffen gegen die angebliche Bevorzugung von Ausländern ihren Ausdruck fand⁷⁷ – ohne daß daraus das Verlangen nach gänzlichem Verzicht auf Ausländerbeschäftigung auch in Zeiten der Hochkonjunktur entstanden wäre. Was gewünscht wurde, war eine für die unbeliebten Arbeitsplätze brauchbare Reservearmee von Arbeitskräften, die bei konjunkturellen Einbrüchen ebenso schnell und geräuschlos wieder verschwanden, wie sie gekommen waren, die zu den deutschen Beschäftigten nicht in Konkurrenz standen und ihnen gegenüber sozial und wirtschaftlich untergeordnet waren.

Diese Haltung wurde an einem damals aufsehenerregenden Vorfall in Baden-Württemberg 1966 auf skurrile Weise deutlich. Auf einer Tagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zum Thema »Gastarbeiter« im Frühjahr des Jahres war – entgegen weitverbreiteter Vorurteile – über die hohen Arbeitsleistungen der Gastarbeiter berichtet worden, die »keineswegs geringer als die ihrer deutschen Kollegen« seien.⁷⁸ Tags darauf berichtete die »Bild«-Zeitung über diese Tagung mit der Schlagzeile »Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?« Die Folge war, daß es vor allem in Baden-Württemberg zu erheblicher Unruhe unter den deutschen Belegschaften kam, die sich in mehreren Betrieben zu Warnstreiks mit etwa 5000 Beteiligten ausweitete.⁷⁹ Die Schlagzeile hatte offenbar ins Schwarze getroffen – das Wirtschaftswunder der vergangenen 15 Jahre hatte in der deutschen Bevölkerung ein neues Selbstbewußtsein heranwachsen lassen, das sich über den wirtschaftlichen

77 Vgl. etwa »Unter den Gastarbeitern wächst die Angst«, in: Die Zeit vom 6. 1. 1967; »Wenn Gastarbeiter auf der Straße sitzen«, in: Rheinischer Merkur vom 13. 1. 1967; »Vorwürfe sind unberechtigt – Gastarbeiter nicht bevorzugt«, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 26. 1. 1967; »Auch Gastarbeiter sind kein Freiwild – Bei Beschäftigungsorgen können sie nicht zuerst entlassen werden«, in: Die Welt vom 17. 12. 1966.

78 »Magnet Bundesrepublik«. Probleme der Ausländerbeschäftigung. Informationstagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 30. und 31. März 1966 in Bad Godesberg, Köln 1966, S. 34.

79 Bild-Zeitung vom 31. 3. 1966.

Erfolg als Ausweis eigener Tüchtigkeit und Rechtschaffenheit legitimierte und das es gestattete, an diesem Erfolg andere teilhaben zu lassen, solange dadurch die eigene Position nicht in Frage gestellt, sondern eher noch verstärkt wurde. Mit dem Vorwurf, daß die Gastarbeiter »fleißiger« seien als Deutsche, wurde die Grundlage der kollektiven Ersatzidentität der westdeutschen Bevölkerung angegriffen – die Reaktionen bestanden denn auch in eifertigen Nachweisen, daß die Ausländer nicht fleißiger seien als Deutsche – und in Aufrufen zum Boykott der »Bild«-Zeitung.

V.

Die Rezession von 1966/67 wurde, vergleicht man sie mit den Konjunkturunbrüchen seit den späten 70er Jahren, erstaunlich schnell überwunden; die Wachstumsraten erreichten, nachdem sie 1967 zum ersten Mal negativ (-0,2 Prozent) gewesen waren, 1968 bereits wieder + 7,3 Prozent und blieben bis 1973 durchweg positiv. Weil die Rezession so schnell überwunden worden war und damit die Möglichkeit einer jedenfalls weitgehenden politischen Konjunktursteuerung bewiesen schien, griff in den darauffolgenden Jahren unter der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel ein wirtschaftlicher Optimismus Platz, der demjenigen der 50er und 60er Jahre in nichts zurückstand und sich von jenem höchstens durch das verstärkte Zutrauen in die Wirksamkeit staatlicher Lenkungsmaßnahmen unterschied.

Auf dem Arbeitsmarkt machte sich dieser Optimismus in besonderer Weise bemerkbar – die Zahl der offenen Stellen stieg rasch an und mit ihr die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften. Und wieder stand die stetige Hervorhebung der »positiven Auswirkungen« der Ausländerbeschäftigung im Mittelpunkt der öffentlichen Behandlung des Themas. »Auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand«, schrieb etwa der »Industriekurier« im Herbst 1968, »überwiegen die Erträge der Ausländerbeschäftigung bei weitem den Aufwand. Da die Ausländer im produktiven Alter nach Deutschland kommen, entstehen keine Heranbildungskosten (Schule, Kindergarten) und keine Alterskosten (Altersheim). Jedes Jahr zahlen die Ausländer ein Vielfaches an Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung von dem, was die Bundesanstalt zu ihrer Betreuung aufwendet. Mit einem positiven Saldo schloß bisher auch stets die Rentenversicherung der Gastarbeiter ab: Der Überschuß aus den von Ausländern gezahlten Rentenbeiträgen und den relativ niedrigen Renten beträgt jährlich über eine Mrd. DM. Erst in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren werden sich hier Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. Ähnlich lukrativ dürfte die Rechnung für den Fiskus ausfallen. Die Steuereinnahmen aus der Gastarbeiterbeschäftigung dürften die öffentlichen Investitionen

erheblich übertreffen.«⁸⁰ Angesichts der konjunkturellen Erholung und des damit verbundenen Aufwertungsdrucks auf die D-Mark wurde die Ausländerbeschäftigung nun darüber hinaus sogar als wirtschaftspolitisches Rezept gegen Währungsprobleme gepriesen; denn »ein Gastarbeiter dürfte das Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland um etwa zwanzigtausend Mark jährlich vermehren. Der ihm ausgezahlte Lohn liegt wohl durchschnittlich in der Größenordnung von 10000 Mark, während aus seinem Arbeitsprodukt ein Betrag von 10000 Mark in Gestalt von Steuern, Sozialbeiträgen und Bruttogewinn des Arbeitgebers anfällt. Bei den Sozialbeiträgen stellt er zumindest für die Krankenversicherung ein sehr günstiges Risiko dar, da seine Neigung, sich bei kleinen Unpäßlichkeiten krankschreiben zu lassen, viel geringer ist als seine Neigung, in der Zeit, in der er in Deutschland ist, möglichst viel zu verdienen und zu sparen [...] Die Vermehrung der Zahl der Gastarbeiter zunächst von einer Million auf 1,5 oder auch 2 Millionen würde nicht zuviel sein. Die kräftige Aufstockung unseres Bestandes an – möglichst gut ausgebildeten – Gastarbeitern wird für unsere innere Wirtschaftsrechnung sehr nützlich sein.«⁸¹

Damit war die Perspektive für die nächsten Jahre gewiesen – die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stieg von 1968 bis 1973, als sie ihren Höhepunkt erreichte, von 1,014 auf 2,595 Millionen, allein zwischen 1968 und 1971 wurden also so viele Ausländer zusätzlich beschäftigt wie in der Zeit bis 1968 insgesamt. Insbesondere stieg die Zahl der türkischen Arbeitskräfte, die 1967 noch bei 130000 gelegen hatte und bis 1973 auf mehr als 600000 anwuchs. Seit Ende Januar 1972 waren die Türken die größte unter den nationalen Gruppen der Gastarbeiter.

Die Struktur der Ausländerbeschäftigung hatte sich gegenüber der Zeit vor 1967 nicht wesentlich verschoben; Anfang 1973 waren 35,7 Prozent aller Gastarbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung beschäftigt, 24,1 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe, 16,6 Prozent im Baubereich. Die höchsten Ausländerquoten verzeichneten zu dieser Zeit der Hoch- und Tiefbau (21,9 Prozent), das Gaststättengewerbe (20,5 Prozent) und die Kunststoff-, Gummi- und Asbestindustrie (20,6 Prozent) – jeder neunte Arbeitnehmer war 1973 in der Bundesrepublik Ausländer; im produzierenden Gewerbe einschließlich Bau jeder sechste.

Der die Ausländerbeschäftigung seit 1880 traditionellerweise kennzeichnende Trend, daß Ausländer auf unqualifizierten Arbeitsplätzen mit besonders schwerer, schmutziger, gefährlicher oder allgemein unbeliebter Arbeit weit überproportional vertreten waren, hatte weiter angehalten; die durch »Unterschichtung« möglich gewordenen Aufstiegschancen für

80 »Gastarbeiter – nützlich und gefragt, aber nicht beliebt«, in: *Industriekurier* vom 12. 10. 1968.

81 »Aufstocken statt aufwerten«, in: *Die Zeit* vom 29. 11. 1968.

deutsche Arbeitnehmer hatten noch zugenommen. So war der sozialdemokratische Arbeitsminister Arendt auch Anfang 1971 noch guter Dinge was die weiteren Perspektiven der Ausländerbeschäftigung anging: »In welchem Maße noch über den derzeitigen Beschäftigungsstand hinaus Ausländer gebraucht werden, sei von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Insofern könne man nicht von einer »Obergrenze« für die Beschäftigung von Ausländern sprechen.«⁸²

Die stereotype Legitimation der Hereinnahme ausländischer Arbeiter durch Hervorhebung der volkswirtschaftlichen Vorteile stieß mit dem Herannahen der Rezession von 1966/67 aber auch bei Wirtschaftswissenschaftlern zunehmend auf Skepsis. Den Auslöser bildete ein Artikel des Berliner Wirtschaftswissenschaftlers Carl Föhl, der vorrechnete, daß erstens »ohne weitere Gastarbeiter jeder neu geschaffene Arbeitsplatz von hoher Arbeitsproduktivität einen alten Arbeitsplatz verdrängt, während bei Einsatz zusätzlicher Gastarbeiter neben dem neuen Arbeitsplatz auch der alte Arbeitsplatz mit seiner niedrigeren Arbeitsproduktivität noch in Betrieb gehalten wird« – mit der Folge, daß ebenso wie in der Schweiz unqualifizierte Arbeitsplätze nicht wegrationalisiert würden, sondern mit Gastarbeitern besetzt bestehen blieben, wodurch die notwendige Modernisierung der Anlagen verzögert werde. Zweitens zeigte Föhl, daß die günstigen Berechnungen vom wirtschaftlichen Nutzen der Gastarbeiterbeschäftigung darauf beruhten, daß die Ausländer nur vorübergehend in Deutschland blieben und keine öffentlichen Investitionen in größerem Maße für sie notwendig würden: »Sehr viel ungünstiger sieht das Ergebnis dann aus, wenn im Falle zusätzlicher Gastarbeiter ein Teil der privaten Investitionen zur Einrichtung von Wohnungen, Aufenthaltsräumen und dergleichen, also zu Zwecken verwendet werden muß, die nicht zur Steigerung der Produktivität beitragen [...] Werden auch zusätzliche öffentliche Investitionen erforderlich, die durch Steuern finanziert werden, so sinkt der Verbrauch pro Kopf, also der Lebensstandard, noch stärker ab, als dies durch die Vergrößerung der produktiven Investitionen je Kopf ohnehin der Fall wäre.« Drittens verwies Föhl auf die Langfristigkeit der mit der Ausländerbeschäftigung entstandenen Probleme, schon allein weil die Aufenthaltsdauer der Ausländer in Deutschland stieg: »Die bisher erreichte Höhe des Einsatzes von Gastarbeitern läßt sich nicht so leicht wieder rückgängig machen. Die inzwischen in besser bezahlte, ›gehobene‹ Stellungen aufgerückten Arbeiter wollen nicht wieder zurück zu ihrer früheren Beschäftigung. Schon das macht eine Reduzierung schwierig.«⁸³

82 »Arendt: Ausländische Arbeiter sind kein Ballast«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. 3. 1971.

83 Carl Föhl, *Stabilisierung und Wachstum beim Einsatz von Gastarbeitern*, in: *Kylos* 20 (1967), S. 119–146.

Föhls Artikel erregte in der Bundesrepublik einige Aufmerksamkeit. Auch wenn Föhls Argumente nicht neu waren, so kam ihnen angesichts des damals mit großer Besorgnis betrachteten Konjunkturrückgangs eine neue Bedeutung zu. Die Ausländerbeschäftigung wurde nicht mehr nur als theoretisches oder moralisches, sondern als wirtschaftliches und soziales Problem wahrgenommen und brachte das bundesrepublikanische Selbstverständnis als »Wirtschaftswundernation« aus dem Gleichgewicht. Die Selbstverständlichkeit, mit der man »Wirtschaftswunder« und »Gastarbeiter« bis dahin in Verbindung brachte, war brüchig geworden.

Gegen die Thesen Föhls trug der neue sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller im Bundestag die grundsätzliche Haltung der Regierung mit den bekannten Argumenten vor: Die Gastarbeiter seien eine mobile Einsatzreserve, mit deren Hilfe regionale Strukturunterschiede, die sowieso nicht »wegrationalisiert« werden könnten, und Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen würden. Dem Einwand, daß der ursprüngliche Nutzen der Ausländerbeschäftigung durch die langfristig notwendigen öffentlichen Ausgaben für Gastarbeiter und ihre Familien zunichtegemacht würde, entgegnete Schiller ausweichend, daß diese Ausgaben nicht über den durchschnittlichen Investitionsaufwand für einen deutschen Erwerbstätigen hinausgingen. Allerdings konnte Schiller auch auf ein neues Moment hinweisen, das seine Thesen stützte: Im Zuge der Rezession hatten nämlich fast 400 000 Gastarbeiter die Bundesrepublik verlassen. Darin sah Schiller eine glänzende Bestätigung für die These von den Gastarbeitern als konjunkturelle Ausgleichsreserve: »Da ein erheblicher Teil der ausländischen Arbeitnehmer nur für eine begrenzte Zeit in der Bundesrepublik arbeiten will, muß eine große Zahl von ihnen immer wieder durch Neuanwerbungen ersetzt werden. Daraus ergibt sich aber auch, daß allein schon durch eine Veränderung der Nachfrage der Unternehmen nach ausländischen Arbeitnehmern deren Beschäftigung flexibel gehalten wird.«⁸⁴

Da die jährlichen Rückwandererquoten in den 60er Jahren auch unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung bei etwa 30 Prozent lagen, wurde die Möglichkeit, mit der Ausländerbeschäftigung flexibel auf Wachstumsschwankungen reagieren zu können, nun zum Hauptargument für die Befürworter weiterer Anwerbungen. Allerdings war bereits zu dieser Zeit deutlich geworden, daß diejenigen Ausländer, die während der Rezession nicht in ihr Heimatland zurückkehrten, dem Bild des mobilen Gastarbeiters kaum mehr entsprachen.⁸⁵ Die rundweg positive Be-

84 Vgl. Stellungnahme des Bundesministers für Wirtschaft vom 2. 5. 1967, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/1700, S. 3.

85 Vgl. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1967, hrsg. von der BAVAV, Nürnberg 1968, S. 5. Man stellte eben-

standsaufnahme Schillers signalisierte die Bereitschaft für eine Wiederaufnahme der Anwerbungen mit neu einsetzendem Konjunkturaufschwung. Längerfristige Folgen, Probleme und Belastungen durch die Ausländer bei nachlassender Konjunktur befürchtete man kaum.

Nur kurze Zeit später aber wurden von Unternehmern und Regierung andere Tendenzen mit Sorge betrachtet und zunehmend kritisch kommentiert:

Die Aufenthaltsdauer der Gastarbeiter stieg stetig an⁸⁶; die Fälle, in denen Gastarbeiter ihre Familie nachholten, nahmen zu; die Zahl der beschäftigten ausländischen Frauen wuchs⁸⁷; und vor allem: Die Anzahl der nichterwerbstätigen Ausländer wurde beständig größer. Waren es 1967 noch 815 000 nichterwerbstätige Ausländer gewesen, die in der Bundesrepublik lebten (und 1961 gar nur 137 200 gegenüber ca. 550 000 erwerbstätigen), so waren es 1973 schon 1,37 Millionen – alles gleichermaßen Hinweise auf einen längerfristigen oder gar Daueraufenthalt einer zunehmenden Zahl von Ausländern in Deutschland. In der Perspektive der Verantwortlichen bei Wirtschaft und Behörden barg dies die Gefahr einer zunehmenden finanziellen Belastung für die Bundesrepublik in sich. Zwar kamen durch die nach wie vor hohen, wenn auch allmählich sinkenden Rückkehrerquoten (1971/72 kehrten 16,1 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimatländer zurück) Befürchtungen, es könne sich hier um einen verkappten Einwanderungsprozeß handeln, noch nicht auf; zumal die hohe Rückkehrerzahl während der Rezession hier die beruhigende Gewißheit zu bieten schien, dies werde bei der nächsten Krise auch so sein.⁸⁸

Aber durch die Aussichten, daß der wirtschaftliche Nutzen der Gastarbeiter absinken könnte, entstand in der Bundesrepublik seit etwa 1970

falls fest, daß die Beschäftigungsdauer der ausländischen Arbeitnehmer im Steigen begriffen war (ebd., S. 14 f.) und sogar während der Rezession insbesondere »bewährte« Arbeitskräfte von ihren Arbeitgebern gehalten wurden. Eine Umfrage unter den ausländischen Arbeitnehmern ein Jahr später hatte außerdem ergeben, daß 90 Prozent noch mindestens ein Jahr oder länger in Deutschland bleiben wollten; vgl. Erfahrungsbericht 1968, Nürnberg 1969, S. 4.

86 Im Frühjahr 1972 waren bereits 30 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte seit mehr als 7 Jahren in der Bundesrepublik; vgl. Repräsentativuntersuchung '72 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Lebensverhältnisse, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1973, S. 33.

87 1964 waren ca. 205 000 der ausländischen Arbeitskräfte Frauen (22,7 Prozent), 1972: 672 518 (29,5 Prozent); vgl. Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung. Erfahrungsbericht 1972/73, hrsg. von der BAVAV, Nürnberg 1974, S. 70 f.

88 Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, 2, »Ausländer« 1982.

eine an Heftigkeit zunehmende Debatte über Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung. Diese Diskussion wurde noch dadurch verstärkt, daß durch die 1971 in Kraft getretene Arbeiterlaubnisverordnung den Ausländern, die länger als fünf Jahre in der Bundesrepublik beschäftigt waren, eine auf fünf Jahre befristete »besondere Arbeiterlaubnis« erteilt wurde – unabhängig von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.⁸⁹ Das galt aber im Mai 1972 bereits für 400 000 ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern, so daß zusammen mit den etwa 500 000 Italienern, die als Angehörige eines EG-Mitgliedsstaates von Restriktionen bei der Arbeiterlaubnis gänzlich frei waren, nahezu 40 Prozent der Gastarbeiter nicht mehr durch das Instrument der Nichterteilung der Arbeiterlaubnis zur kurzfristigen Rückkehr gezwungen werden konnten. Damit aber war die Funktion der Ausländerbeschäftigung als Konjunkturpuffer wenn auch nicht aufgehoben, so doch stark eingeschränkt.

In der Folge begann in der Bundesrepublik ein lebhaftes Hin- und Herrechnen, ob die Ausländerbeschäftigung unter diesen Bedingungen im Sinne einer Kosten-Nutzen-Abwägung noch lohnend sei. Hier exponierten sich vor allem die Arbeitgeberverbände. Im November 1971 schrieb einer ihrer Vertreter dazu: »Der wirtschaftliche Dämpfungseffekt, den wir bisher mit der Beschäftigung der Ausländer bei uns erzielen konnten, verkehrt sich in das Gegenteil, weil die Ausländer und die Familien, die sich hier niederlassen, zumindest erhöhte Konsumbedürfnisse haben, die sie zum Teil im Wege der Kreditierung befriedigen müssen. Dazu kommen die öffentlichen Investitionen, die ungleich höher sind, als wenn ausländische Arbeitnehmer bei uns in Gemeinschaftsunterkünften leben. Es geht nicht nur um die Erstellung angemessener Wohnungen und die Bereitstellung von Schulräumen und Lehrern für die ausländischen Kinder, sondern die Infrastruktur unserer Gemeinden muß sich von heute auf morgen auf eine größere Bevölkerungszahl einstellen.« Fazit des Autors: »Angesichts der Beschäftigung von fast 2,2 Millionen ausländischen Arbeitnehmern drängt sich immer mehr die Frage auf, ob damit nicht eine Schwelle überschritten worden ist, mit der eine ursprünglich sinnvolle Maßnahme nunmehr wirtschafts- und arbeitspolitisch uneffizient geworden ist.«⁹⁰ In der Presse war diese Argumentation weniger differenziert, dafür klarer zu lesen: »Der nicht integrierte, auf sehr niedrigem Lebens-

89 Verordnung über die Arbeiterlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer (Arbeiterlaubnisverordnung: AEVO) vom 2. 3. 1971, BGBl I, S. 152.

90 Rolf Weber (BDA), »Die BRD ist kein Einwanderungsland«, in: Handelsblatt vom 12. 11. 1971; vgl. H. Ernst, Problem Infrastruktur, in: Der Arbeitgeber, 25, 1973, S. 171 f.; S. Bullinger, P. Huber, Ausländerbeschäftigung aus Unternehmersicht. Quantitative und qualitative Ergebnisse einer Unternehmerbefragung zur Ausländerbeschäftigung in Baden-Württemberg, Forschungsbericht aus dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung A 8, Tübingen 1974.

standard vegetierende Gastarbeiter verursacht relativ geringe Kosten von vielleicht 30 000 DM. Bei Vollintegration muß jedoch eine Inanspruchnahme der Infrastruktur von 150 000 bis 200 000 DM je Arbeitnehmer angesetzt werden. Hier beginnen die politischen Aspekte des Gastarbeiterproblems.«⁹¹ Um dieser Probleme Herr zu werden, wurde von Seiten der Arbeitgeberverbände das sogenannte »Rotationsprinzip« vorgeschlagen. Die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für ausländische Arbeitskräfte sollte nach diesem Konzept nach einigen Jahren automatisch ablaufen und die Gastarbeiter wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, um durch neu angeworbene ersetzt zu werden; dadurch würden, so die Befürworter dieses Konzepts, die Aufenthaltszeiten ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik verkürzt, Familiennachzug und Aufgabe des Rückkehrwunsches verhindert und die Notwendigkeit erhöhter Aufwendungen für die Infrastruktur vermieden.⁹² Im Kern beinhaltete dieser Vorschlag eine Wiederaufnahme der Grundgedanken der preußischen Karenzzeitbestimmungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die ebenfalls, jedoch aus vorwiegend »nationalpolitischen« und weniger aus wirtschaftlichen Gründen, den Daueraufenthalt von ausländischen Arbeitern hatten verhindern sollen. Gegen das Rotationsprinzip aber sprachen nicht zuletzt die Interessen der bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmen selbst, für die es keinen Sinn machen konnte, eingearbeitete und bewährte ausländische Arbeitskräfte nach einigen Jahren per Zwangsrotation zu verlieren, um erneut neue, ungelernete Gastarbeiter anlernen und einarbeiten zu müssen. So wurde dieses Konzept nicht weiter favorisiert, zumal es erhebliche soziale Probleme mit sich gebracht hätte und auf den Protest von Gewerkschaften, Kirchen und den Regierungsparteien gestoßen war.⁹³

Daß aber auch die Bundesregierung die Vorteile der Ausländerbeschäftigung nicht mehr so hoch einschätzte wie noch ein Jahr zuvor, wurde zum ersten Mal in einer Rede des Arbeitsministers Arendt im März 1972 deutlich. »Bei zunehmender Aufenthaltsdauer«, erklärte er bei einer Konferenz über den europäischen Arbeitsmarkt, »und infolge des damit verbundenen Nachzugs von Familienangehörigen schwäche sich jedoch die regionale Mobilität der ausländischen Arbeitnehmer ab. Bei einem anhal-

91 »Mehr Auslandsinvestitionen – weniger Gastarbeiter«, in: Handelsblatt vom 23. 1. 1971.

92 Vgl. Rolf Weber, Rotationsprinzip bei der Beschäftigung von Ausländern, in: Auslandskurier, H. 5. vom Oktober 1970, S. 10; ders., Rotation, Integration und Folgelasten, in: Arbeit und Sozialpolitik 27 (1973), S. 203–206; Das Gastarbeiterproblem. Rotation? Integration? Arbeitsplatzverlagerung?, hrsg. von Walter Althammer, München 1975.

93 Hierzu »Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer«, in: Europa '73. Die EWG und die ausländischen Arbeitnehmer, Köln 1973, S. 231 ff.

tenden Zustrom von Gastarbeitern würden außerdem möglicherweise arbeitssparende Investitionen unterlassen. Das habe zur Folge, daß die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität sinke. Steigende Ausländerzahlen und längere Aufenthaltsdauer führten zugleich zu erhöhten privaten und öffentlichen Aufwendungen für Eingliederungs- und berufliche Strukturmaßnahmen. Irgendwo werde dann der Punkt erreicht, wo die Nachteile die Wachstumsvorteile aufzeherten.«⁹⁴ Hier wurden drei Argumente aufgenommen, die schon seit längerem in der Diskussion waren: die Abnahme der regionalen Mobilität der ausländischen Arbeiter, der modernisierungshemmende Effekt und die Belastung der Infrastruktur durch die hohe Ausländerzahl. Alle zusammen verstärkten sich gegenseitig und ließen nach Meinung des Ministers den Zeitpunkt näher rücken, wo die Gastarbeiterbeschäftigung ein Minusgeschäft zu werden begann – im Kern also auch dies eine Aufrechnung von Nutzen und Kosten der Ausländer aus Sicht der westdeutschen Volkswirtschaft.

Der wirtschaftliche Wendepunkt der Ausländerbeschäftigung in diesem Sinne wurde 1973 erreicht. Schon in seiner Regierungserklärung im Januar des Jahres hatte Bundeskanzler Brandt die Notwendigkeit betont, »daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten«⁹⁵. Im Juli wurden daraufhin zunächst die Gebühren für die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern von 300 DM auf 1000 DM erhöht; dadurch sollte der Anreiz für Unternehmer, ausländische Arbeiter bei den Arbeitsämtern anzufordern, verringert werden – keine sehr wirksame Maßnahme, wie die weiter steigenden Anwerbezahlen nach der Gebührenerhöhung zeigten. Am 23. November 1973 wurde dann mit dem »Anwerbestopp« der weitere Zustrom von Gastarbeitern aus Nicht-EG-Ländern ganz abgeschnitten. Nach den Erfahrungen von 1967 erhofften sich Regierung und Bundesanstalt für Arbeit davon einen merklichen Rückgang der Ausländerbeschäftigung, denn sie gingen davon aus, »daß auch künftig 200 000 bis 300 000 ausländische Arbeitnehmer jährlich auf eigenen Wunsch in ihre Heimat zurückkehren. Auf der anderen Seite kommen jährlich 40 000 bis 50 000 in der Bundesrepublik lebende Kinder ausländischer Arbeitnehmer in das erwerbsfähige Alter.«⁹⁶ Per saldo würde also die Ausländerbeschäftigung jährlich um etwa eine Viertelmillion abnehmen, so daß einerseits eine gewisse Anpassungsphase für die Wirtschaft entstünde, zum anderen ein deutlicher

94 Nach: »Noch sind Gastarbeiter nützlich«, in: Handelsblatt vom 14. 3. 1972; vgl. Walter Arendt: Soziale Ungleichgewichte durch Ausländerbeschäftigung, in: Wirtschaftsdienst 53 (1973), S. 69f.

95 Dt. Bundestag, 7. Sitzung vom 18. 1. 1973, S. 11.

96 Erfahrungsbericht 1972/73 (wie Anm. 87), S. 8.

Rückgang auch der finanziellen Belastungen durch die Gastarbeiterbeschäftigung zu erwarten sei.

Der Zeitpunkt des Anwerbestopps hat vielfach dazu geführt, ihn als Reaktion auf den »Ölboykott« der arabischen Ölstaaten zu bezeichnen – und die Bundesregierung hat dies dadurch bekräftigt, daß sie ihn als prophylaktische Maßnahme angesichts möglicher konjunktureller Einbrüche im Gefolge der Ölkrise darstellte.⁹⁷ Tatsächlich aber war diese nicht mehr als ein verstärkendes Moment und zudem ein günstiger Anlaß, den Zustrom ausländischer Arbeiter ohne große Widerstände von Seiten der Entsendeländer und ohne langwierige Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die sozialen Folgen dieser Maßnahme einzudämmen und die Zahl der Ausländer zu senken. Der Zusammenhang zwischen der jahrelangen Kosten-Nutzen-Diskussion und dem Anwerbestopp wurde auf diese Weise in den Hintergrund gedrängt, der »Ölschock« schien die Ursache für die Wende der deutschen Ausländerpolitik zu sein. »So verderben die Araber mit ihrem Ölboykott auch so manchem türkischen Glaubensbruder den Traum vom Taxibetrieb in Istanbul«, hieß es etwa in der »Frankfurter Rundschau«.⁹⁸

Für viele der ausreisewilligen Arbeitskräfte in den Herkunftsländern, allen voran die Türken, bedeutete der Anwerbestopp die Zerstörung ihrer Hoffnungen. Hier hatten die Wartezeiten für eine Vermittlung als Hilfsarbeiter 1972/73 bereits sechs bis acht Jahre betragen, und als die bereits gesundheitlich und fachlich überprüften Arbeitskräfte bei der Verbindungsstelle in Istanbul kurz vor der Abreise erfuhren, daß der Weg nach Almanya verschlossen war, kam es zu heftigen Reaktionen: »Manche zerrissen ihren Paß, manche schlugen ihren Kopf gegen die Wände der Verbindungsstelle. Es war eine regelrechte Katastrophe«.⁹⁹

Die mit dem Anwerbestopp verbundenen Erwartungen der deutschen Behörden wurden jedoch enttäuscht, denn die Entwicklung nahm einen ganz anderen Verlauf als erwartet. Zwar sank die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen binnen zwei Jahren um eine halbe Million und entsprach somit exakt den Vorausschätzungen der Bundesanstalt für Arbeit. Die ausländische Wohnbevölkerung aber nahm nicht im gleichen Maße ab – im Gegenteil, sie erhöhte sich noch bis 1975 und lag dann 1980 gar um eine Million höher als 1972. 27 Prozent aller Ausländer waren 1975 jün-

97 Ebd., S. 7; vgl. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung über die Arbeit in der 7. Legislaturperiode, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 92, 1976, S. 873–944, hier: S. 900.

98 »Vergebens auf Herz und Nieren geprüft«, Frankfurter Rundschau vom 25. 11. 1973.

99 M. Kemal Recepoglu, ehemaliger Mitarbeiter bei der Deutschen Verbindungsstelle in Istanbul, zit. nach: Aytac Eryilmaz, Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland, in: Fremde Heimat (wie Anm. 33), S. 119.

ger als 20 Jahre, 1981 fast ein Drittel. Immer größer wurde auch der Anteil der Frauen; 1961 kamen auf 1000 Männer 451 Frauen, 1974 waren es 631, 1981 708, bei der Altersgruppe zwischen 25 und 30 Jahren war 1980 das Verhältnis bereits nahezu ausgeglichen. Während die Ausländerquote bei der Wohnbevölkerung bereits 1974 bei 6,7 Prozent lag, waren im gleichen Jahr 17,3 Prozent aller Neugeborenen in der Bundesrepublik die Kinder ausländischer Eltern.¹⁰⁰ Kurz: Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß immer mehr Ausländer auf längere Zeit, wenn nicht auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben wollten – sie holten ihre Familien nach, zogen aus den Wohnheimen in (möglichst billige) Mietwohnungen, ihre Sparquote sank, ihr Konsumanteil wurde höher und die Verbindungen zur Heimat wurden lockerer, vor allem bei den Kindern der Gastarbeiter, der sogenannten »Zweiten Generation«.

Daß es eine solche Entwicklung geben würde, konnte bei Betrachtung der Verhältnisse zu dieser Zeit etwa in der Schweiz nicht überraschen. Die nun auch in der Bundesrepublik deutlich gewordenen Veränderungen in der Problemlage der Ausländerbeschäftigung entsprachen nämlich in vielen Aspekten der Entwicklung, wie sie aus anderen Einwanderungsländern bekannt ist, und wie sie etwa auch bei den Ruhrpolen zu Anfang des Jahrhunderts in Deutschland festzustellen gewesen war: Nach einer längeren Aufenthaltsdauer – von etwa zehn Jahren aufwärts – beginnt aus dem vorübergehenden Arbeitsaufenthalt ein Dauerzustand zu werden – ein objektiver Einwanderungsprozeß, der mit der Zeit auch subjektiv von einer zunehmenden Anzahl der Ausländer als solcher wahrgenommen wird.¹⁰¹

Damit aber war das zentrale Anliegen des Anwerbstopps, nämlich die Senkung der Kosten der Ausländerbeschäftigung, nicht nur nicht erreicht – die Kosten nahmen mit der Auseinanderentwicklung von Erwerbs- und Wohnbevölkerung noch zu. Innerhalb weniger Monate wurde in der Bundesrepublik offenbar, daß mit dem ungehinderten Anstieg der Ausländerzahlen in den vergangenen Jahren ein Berg von langfristigen, kostenintensiven, gesellschaftlich und auch moralisch schwerwiegenden Folgeproblemen entstanden war, die in der Öffentlichkeit wie unter den Verantwortlichen bei Regierung und Arbeitgebern zunächst ziemlich fassungsloses Erstaunen hervorriefen.

¹⁰⁰ Nach: Martin Frey, *Ausländer in der Bundesrepublik. Ein statistischer Überblick*, in: APuZ, B 25/82 vom 26. 6. 1982, S. 3–16.

¹⁰¹ Dazu ausf. Heckmann (wie Anm. 55), S. 203 ff.; Klaus Manfrass, *Ausländerproblematik in europäischen Industrieländern: ein Vergleich Frankreich – Bundesrepublik Deutschland*, in: Klaus J. Bade, *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Bd. 2, Ostfildern 1986, S. 758–783.

Nun wurde mit diesen Problemen aber nur die Rechnung für eine zukunftsblinde, längerfristige Folgewirkungen negierende und einseitig wachstumsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgemacht, die mehr als 20 Jahre lang die Grundlage nicht nur staatlichen Handelns, sondern auch der Zielsetzungen und Vorstellungen bei Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie in dem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung gewesen war. Am Ende der langen 60er Jahre wurden sich Behörden, Unternehmer, Politik und Bevölkerung langsam bewußt, daß die Anwesenheit der Millionen von »Gastarbeitern« nicht mehr als vorübergehend und als bloße Nebenerscheinung ungebremsten Wirtschaftswachstums gelten konnte, sondern daß hier ein politisch und sozial brisantes Problem erwachsen war, dessen längerfristige Perspektiven kaum absehbar schienen.¹⁰²

102 Vgl. Ulrich Herbert, *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1995.

Anselm Doering-Manteuffel

Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre

Die 60er Jahre gelten als das Jahrzehnt eines entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Wandels in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Übergang von den bürgerlichen Koalitionskabinetten unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard durch die Reformschleuse der Großen Koalition hindurch zur sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt und Walter Scheel zeigt das schon auf der Ebene der Bundespolitik sehr markant an. Die verbreitete Vorstellung von den 60er Jahren als Dekade des Aufbruchs und der Veränderungen verbindet sich jedoch fast noch mehr mit den Schlagworten Bildungsreform, Mitbestimmung und »Emanzipation« sowie Kritik am »Establishment«, wodurch der Blickwinkel sehr stark auf das Jahr 1967/68 zugespitzt wird. Nicht selten ist es sogar so, daß die 60er Jahre mit »1968« mehr oder weniger identifiziert und alle Veränderungen jener Zeit dann aus der Wucht und den Wirkungen der Studentenrevolte abgeleitet werden. Diese grob vereinfachende Sicht übersieht, daß die Studentenbewegung in sich selbst ein Bestandteil des gesellschaftlichen Wandels war und nur deshalb überhaupt so viel Schubkraft entwickeln konnte. Die mannigfaltigen, scheinbar unspektakulären Veränderungen im Zeitraum von etwa 1957/58 bis 1972/73 ergriffen jedoch Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur samt und sonders und durchformten sie so tiefgreifend, daß erst während dieser Jahre die Gesellschaft der Bundesrepublik ihr unverwechselbar westdeutsches Profil ausbildete. »1968« gehörte in dieses Geschehen hinein und war vielleicht eine der besonders spektakulären Entwicklungen, dominierte indessen nicht darin. In der Geschichte der jungen Bundesrepublik vermischten sich Traditionsbestände aus der Epoche des Nationalstaats, die nach 1945/49 den Bedingungen der Zeit angepaßt worden waren, mit Einflüssen sowohl aus der völlig neuartigen internationalen Machtkonstellation des

Ost-West-Konflikts als auch aus politischen und gesellschaftlichen Wertorientierungen, die im Zuge der bündnispolitischen Westintegration zur Geltung kamen. Die Mischform aus deutscher Tradition und westlichen Einflüssen, die weniger für das politische System als vielmehr für die politisch-ideelle Entwicklung der Gesellschaft charakteristisch war, markierte den eigentlichen Unterschied zwischen »Weimar« und »Bonn«. Während in den 50er Jahren insbesondere die Institutionen des neuen Staats den Kontrast zwischen der zweiten und der ersten Republik deutlich werden ließen, kamen in den 60er Jahren die ideellen Veränderungen und der Wandel des sozial normativen Wertesystems zum Vorschein.

Fragt man nach dem Zusammenhang von Wertorientierung und gesellschaftlichem Wandel in der Geschichte der Bundesrepublik, so ist zuerst der hier zur Beschreibung dieses Prozesses verwendete Terminus »Westernisierung« zu definieren und gegen den landläufigen Begriff der »Amerikanisierung« abzugrenzen (I). An einem pointiert ausgewählten Beispiel – dem Weg der beiden Volksparteien CDU und SPD von der politisch-programmatischen Konfrontation zum pragmatischen Konsens – läßt sich dieser Zusammenhang darlegen (II), bevor die für die Bundesrepublik typische Mischform aus deutscher Tradition und westlichen Einflüssen betrachtet werden kann. Beharrung und Wandel nationaler Traditionen und die Bedeutung des Antikommunismus für die Amalgamierung von deutschen und westlichen Vorstellungen sind hier in den Blick zu nehmen (III). Durchgängig ist dabei zu beachten, daß der gesellschaftliche Wandel von den 50er zu den späten 60er Jahren sowohl durch interne, in der Bundesrepublik selbst angelegte als auch durch externe, aus der spezifischen Konstellation der Nachkriegszeit resultierende Schubkräfte vorangetrieben wurde.

I.

Die Einbindung der Bundesrepublik ins westliche Bündnis war der formgebende Grundsachverhalt für Westdeutschland nach der Teilung der Besatzungszonen in zwei deutsche Staaten. Es ist unbestritten, daß unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die USA den nachhaltigsten Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im westlichen Deutschland ausübten. Die amerikanische Besatzungspolitik mit ihren Schwerpunkten der Entnazifizierung und Umerziehung einerseits sowie der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung andererseits wurde von Anbeginn begleitet durch eine sich sukzessive ausbreitende Einwirkung auf die Alltagswelt, wo Kleidungsstile, Moden und Design, öffentliches Gebaren der Jugendlichen und dann ab Mitte der 50er Jahre die zunehmende Konsumorientierung breiter Kreise einen denkbar auffälligen Kontrast bildeten

zum Erscheinungsbild und den Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung in der Kriegs- und Vorkriegszeit. Sie wurde des weiteren begleitet von einer öffentlichen Diskussion über ideelle Trends und neue Ordnungsentwürfe in der westdeutschen Gesellschaft. Darin traten Intellektuelle mit einer dezidierten Orientierung auf den atlantischen Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, hervor. Im Zusammenwirken mit der fortschreitenden politischen Westorientierung und der allmählichen Herausbildung des Massenkonsums als sozialer Norm entfaltete das eine beträchtliche Wirkung.¹

Zur Erklärung von Phänomenen oder Handlungsfeldern, bei denen der prägende, formverändernde Einfluß der USA als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs und Vormacht der »Ersten Welt« gegeben war (und ist), bedient sich die wissenschaftliche Diskussion des Begriffs *Amerikanisierung*. Im heute üblichen Sprachgebrauch bezeichnet der Terminus den komplexen Prozeß der vergleichsweise konkret faßbaren Transformation einer Gesellschaft in wirtschaftlicher und soziokultureller Hinsicht. Impulse von der US-amerikanischen Seite her werden in einem anderen Land aufgenommen und prägen in klar erkennbarer Form z. B. das Führungshandeln in der Wirtschaft² oder die Veränderungen der Alltagswelt³. Das Augenmerk gilt hier dem Transfer von Kulturmustern, die wie auf einer Einbahnstraße aus den USA in ein anderes Land gelangen. Solche Einflüsse können gezielt und absichtsvoll ausgeübt werden, aber auch eher unbeabsichtigt und indirekt durch den hegemonialen Charakter der amerikanischen Politik zur Geltung kommen.

Amerikanisierung in ihren beiden Spielarten der absichtsvollen und indirekten Beeinflussung bezeichnet Kulturtransfer in einem weitgespannten Verständnis⁴: Neben Kunst und Unterhaltung umgreift dies auch

1 Die wichtigsten Forschungstrends mit Verweisen auf die einschlägige Literatur sind behandelt bei Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999. Einen vergleichenden Ansatz mittels punktueller Einzelstudien bietet der Sammelband *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, hrsg. von Konrad Jarausch und Hannes Siegrist, Frankfurt a. M./New York 1997.

2 S. Volker R. Berghahn, *The Americanization of West German Industry 1945–1973*, Cambridge 1986. Die Kritik an Berghahn bündelt Paul Erker, »Amerikanisierung« der westdeutschen Wirtschaft? Stand und Perspektiven der Forschung, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung* (wie Anm. 1), S. 137–145.

3 Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992; Johannes Kleinschmidt, »Do Not Fraternalize«. Die schwierigen Anfänge deutsch-amerikanischer Freundschaft, Trier 1997.

4 Philipp Gassert, *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, in: *AfS* 39 (1999) S. 531–561.

wirtschaftliche Strukturen sowie gesellschaftliche Verhaltensformen. Dieser Kulturtransfer vollzieht sich in einer und nur einer Richtung – von den USA nach Westeuropa und in andere Regionen der Welt. In Deutschland, das nach 1945 durch die Einwirkung des Nationalsozialismus und die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs orientierungslos geworden war, kam er besonders nachdrücklich zur Geltung. Amerikanisierung ist als Element hegemonialer Praxis in allen Erscheinungsformen klar erkennbar.

Westernisierung bezeichnet ein Geschehen auf einer anderen Ebene und ist als analytische Kategorie von Amerikanisierung deutlich zu unterscheiden.⁵ Dieser Begriff bezeichnet die allmähliche Herausbildung einer gemeinsamen Werteordnung in den Gesellschaften diesseits und jenseits des Nordatlantik. Das vollzog sich in einem längeren Zeitraum seit dem 19. Jahrhundert, in dessen Verlauf mehrere konkurrierende politisch-gesellschaftliche Ordnungsentwürfe entstanden und in einen spannungsreichen Bezug zueinander gerieten. Europäische Aufklärung, englischer Pragmatismus sowie Liberalismus in seinen verschiedenen europäischen und amerikanischen Spielarten charakterisieren jene Traditionsbestände, auf die sich dann im 20. Jahrhundert das Selbstverständnis »des Westens« als Wertegemeinschaft und politischer Zusammenhang bezog. Den Gegenpol bildeten Gegenaufklärung und Romantik sowie die sich von dort herleitenden geistigen Strömungen, die politisch zugespitzt in den »Ideen von 1914« zum Durchbruch gelangen sollten.⁶ Die Wucht des Ersten Weltkriegs erzeugte die Homogenisierung des politischen »Westens«. Vor 1918 hatte als eigentliches Charakteristikum der westlichen Länder eher die Differenz zwischen dem parlamentarisch-klassengesellschaftlichen England, dem republikanisch-bourgeoisien Frankreich und den demokra-

5 Die folgende Definition wurde im Rahmen des Forschungsprojekts »Westernization« erarbeitet. Vgl. dazu: Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?* (wie Anm. 1), Einleitung und Kapitel III. Vgl. auch die auf den jeweiligen Untersuchungsgegenstand zugeschnittenen Begriffsbestimmungen in den Studien von Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Thomas Sauer, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999; Gudrun Kruij, *Das »Welt«-»Bild« des Axel Springer Verlages. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1999; Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Zur ideellen Westorientierung der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, phil. Diss. Tübingen 1999.

6 Hermann Lübke, *Die philosophischen Ideen von 1914*, in: ders., *Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte*, München 1974, S. 171–235; Axel Schildt, *Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874–1963)*, in: *VfZ* 35 (1987), S. 523–570.

tischen USA zu gelten. Der innere Zusammenhang zwischen englischer, französischer und amerikanischer Gesellschaft bestand bis dahin allein in liberalen Ordnungsideen. Die infolge des Weltkriegs neu formierte Wertegemeinschaft wies in stärkerem Maß Kennzeichen eines konkreten, in der Praxis bewußt wahrgenommenen gegenseitigen Bezuges auf, auch wenn das die Unterschiede im nationalen Selbstverständnis nicht überdeckte. Im politischen Bereich bildeten die parlamentarische Demokratie, das Repräsentativsystem und der gesellschaftliche Pluralismus die Grundlage dafür, im wirtschaftlichen Bereich das Privateigentum, der gesellschaftlich verankerte Anspruch des Individuums auf Chancengleichheit und der freie Markt sowie im kulturellen Bereich das Postulat der Freiheit in Kunst und Wissenschaft und der Individualismus.

Innerhalb dieses Westens wuchsen die USA seit 1917 in die Rolle der Hegemonialmacht hinein, von der deutliche Einflüsse auf die Gesellschaften der europäischen Länder ausgingen. Zeitgleich bewirkte die Emigration aus Europa nach der bolschewistischen Revolution und der nationalsozialistischen Machtergreifung, daß verstärkt politische und soziale Ordnungsvorstellungen aus dem europäischen Modernisierungsprozeß im Zuge der Hochindustrialisierung ihren Weg in die USA fanden und dort gerade in den Gesellschaftswissenschaften zur Geltung gelangten. In der Form amerikanisch geprägter Westlichkeit wirkten solche Elemente seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf Europa zurück, während Einflüsse aus Europa immer aufs neue nach Amerika ausstrahlten. Westernisierung läßt sich deshalb als interkultureller Transfer im Sinne eines anhaltenden Austauschs verstehen.⁷

Die Epoche des Kalten Krieges bis zum Ende der 60er Jahre ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Die idelle Integration Westeuropas nach 1945 geschah zwar durch amerikanische Einflußnahme, doch vorangetrieben wurde sie ganz überwiegend von den europäischen Protagonisten eines gemeinsamen Selbstverständnisses der Gesellschaften des westlichen Lagers, um im Kalten Krieg »den Westen« gegen die Einflüsse aus dem östlichen Block abzuschirmen. Dieser Prozeß ergänzte den und verzahnte sich mit dem politisch-organisatorischen Auf- und Ausbau des europäisch-atlantischen Bündnissystems seit der Verkündung des Marshallplans bis zum Beginn der Entspannungspolitik.

Für die Bundesrepublik Deutschland hat der Begriff Westernisierung eine besonders akzentuierte Bedeutung. Nach 1945 öffneten sich die Westdeutschen mehrheitlich dem »westlichen« Wertehorizont. In Politik, Kultur und Gesellschaft verschwand allmählich jene Abgrenzung gegen

7 Vgl. Johannes Paulmann, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, in: HZ 267, 1998, S. 649–685.

die Wertegemeinschaft der westlichen Länder, die seit den »Ideen von 1914« so weit hatte gehen können, daß das Ordnungssystem der westeuropäisch-atlantischen Staaten geradezu als Gegenentwurf zu den politisch-sozialen Gegebenheiten im eigenen Land aufgefaßt wurde. Gleichwohl konnte Deutschland schwerlich als ein Land gelten, welches kulturell niemals zum Westen gehört hatte. Ganz im Gegenteil waren von den spezifisch deutschen Spielarten der Aufklärung und des Liberalismus ebenso wie von der konfessionellen Entwicklung und den Wissenschaften mächtige Impulse auf andere Länder ausgegangen und hatten gerade in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten Wirkung entfaltet. Deshalb wäre es nicht präzise genug, den Prozeß der politisch-ideellen Entwicklung nach 1945 einfach als »Verwestlichung« zu bezeichnen, denn damit würde Deutschlands Ort in der europäischen Geschichte schlicht ignoriert. Hier geht es jedoch um den Tatbestand, daß spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkriegs die Staaten des europäischen und atlantischen Westens dem Deutschen Reich politisch und ideologisch feindlich gegenüberstanden und umgekehrt. Dieser Gegensatz verschärfte sich noch in der Zwischenkriegszeit durch den revisionistischen Nationalismus der Weimarer Republik, durch die Ausbreitung der völkischen Ideologie und eskalierte nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Die Versuche nach 1945, den Antagonismus zu überwinden, waren darauf gerichtet, die Deutschen künftig politisch-ideologisch fest in die westliche Wertegemeinschaft einzubinden.

So bildete die Bundesrepublik zu Beginn der 50er Jahre erst einmal ein Objekt von außen kommender Einflußnahme. Die Wertvorstellungen des Westens waren im Zeichen der Blockbildung gegen »den Osten« zweifellos leichter zu akzeptieren, als wenn es den Kalten Krieg nicht gegeben hätte. In den ersten Jahren dominierte in der westdeutschen Gesellschaft dabei das Selbstverständnis, im Wiederaufbau an bestimmten eigenen nationalen Traditionen anzuknüpfen, wie z. B. den liberaldemokratischen Werten der Paulskirche, den Prinzipien deutscher Sozialstaatlichkeit oder den sozialdemokratischen resp. zentrums-katholischen Orientierungsmustern. Westernisierungseinflüsse begannen nur unterschwellig in die Gesellschaft hineinzuwirken und eine Veränderung in Gang zu setzen. Spätestens am Ende der 60er Jahre war der westdeutsche Teilstaat dann allerdings ein fest integrierter und aktiver Partner im System der gemeinsamen westeuropäisch-atlantischen Werteordnung geworden, dessen ideelle Westlichkeit sich mit den erhalten gebliebenen nationalen Traditionsbeständen verflochten hatte und bis heute das unverwechselbar westdeutsche Profil der Bundesrepublik ausmacht. Die scharfen Gegensätze zwischen West- und Ostdeutschland, die die Gesellschaft seit der Vereinigung belasten, leiten sich nicht zuletzt von dort her.

II.

Der Wandel in Westdeutschland läßt sich an der Entwicklung der beiden Volksparteien CDU und der SPD von den 50er Jahren bis in die Zeit der Großen Koalition anschaulich zeigen. Am Anfang stand die schroffe weltanschauliche Konfrontation, bei der beide Parteien die grundsätzliche Unvereinbarkeit ihrer Positionen herausstrichen durch die gegenseitige Etikettierung als »Bürgerblock« oder als »Sozialistenblock«. Bis zum Jahresende 1966 hatte sich das geradezu umgekehrt in die Bereitschaft und auch die Fähigkeit zum pragmatischen Konsens nicht nur in tagespolitischen Kleinigkeiten, sondern in strukturellen Grundsatzentscheidungen.

Diese Veränderung war zweifellos ein Ausdruck der Dynamik des Wiederaufbaus und der sozialökonomischen Modernisierung nach der Gründung der Bundesrepublik. Von hier wirkten starke interne Schubkräfte auf die Gesellschaft in den beiden Nachkriegsjahrzehnten. Das verlief parallel zur außenpolitischen Westorientierung – zur Einbindung des westdeutschen Teilstaats in das westliche Bündnis – und zum alltagskulturellen Wandel unter dem Vorzeichen von Amerikanisierung. Die Entwicklung der Parteien blieb davon nicht unbeeinflusst. So kamen hier nach und nach Elemente einer ideellen Neuorientierung zur Geltung, die es erforderlich machten, daß nationale Traditionen in den parteipolitischen Interessen an das epochale, ganz Westeuropa umfassende Geschehen von Westernisierung unter US-amerikanischer Hegemonie seit 1945 angepaßt wurden.

Als Anfangsdatum für die Betrachtung dieses Prozesses bietet sich das Jahr 1953 an: das Jahr der Wahlen zum zweiten Bundestag, als die ersten vier Jahre Amtszeit der bürgerlichen Koalition unter Kanzler Konrad Adenauer zu resümieren waren. Die Wahlkampfthemen reichten von der Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bei den Wahlen ging es noch einmal, wie 1949, um das neue staatliche und gesellschaftliche Profil der Bundesrepublik. 1949 hatte die SPD mit 29,2 Prozent abgeschnitten, die CDU/CSU mit 31 Prozent. So führte die SPD den Wahlkampf mit dem Ziel, die Regierung zu übernehmen und von den eigenen programmatischen Grundlagen⁸ her einen Kurswechsel in Richtung auf eine sozialistisch-demokratische Ordnung einzuleiten, und die Union kämpfte um Konsolidierung der Marktwirtschaft und der bürgerlichen Ordnungsprinzipien, die sie in der Gründungskrise der Bundesrepublik seit 1949 zu stabilisieren bemüht war. Die Parolen wiesen klassengesellschaftliche Reminiszenzen auf. So bezeichnete der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer die Regierungskoalition als »Adenauers

8 Vgl. Joseph Rován, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt a. M. 1980, S. 173–222.

Bürgerblock«, der eine »sozial nur oberflächlich ornamentierte Restaurationspolitik« betreibe.⁹ Umgekehrt stellte Adenauer die SPD als Sozialistenblock hin, dessen planwirtschaftliche und dirigistische Vorstellungen den demokratischen Sozialismus als Bedrohung für die bürgerliche Ordnung erscheinen ließen.¹⁰ Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 6. September 1953 brachte mit 28,8 Prozent für die SPD eine enttäuschende Stagnation und für die CDU/CSU mit 45,2 Prozent einen unerwarteten Anstieg um 14,2 Prozent.

Trotz dieses doch nun signifikanten Unterschieds in der Stärke änderte sich am Kurs und am programmatischen Selbstverständnis der *beiden* Parteien bis 1957, äußerlich betrachtet, nicht viel. Es dominierte ein Politikstil, der noch von den Milieuprägungen und den politischen Lagern der Weimarer Republik beeinflusst war. Zwischen 1955 und 1957 arbeiteten beide Parteien parallel und rivalisierend an der Konzeption der Rentenreform zur jährlichen Anpassung der Renten an die generelle Lohn- und Gehaltsentwicklung.¹¹ Hier ergänzten sich die Interessen der SPD mit denen des sozialkatholischen Arbeitnehmerflügels aus der CDU und stützten das Reformprojekt gegen starke Widerstände aus dem bürgerlich-neoliberalen Umfeld des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard.¹² In diesem Bereich der Innenpolitik, bei der Sozialreform, treffen wir auf eine lagerübergreifende Harmonie von Sozialdemokratie und Sozialkatholizismus. Das stand in der Tradition von SPD und Zentrumspartei seit dem Kaiserreich, aber es paßte mit der parteipolitischen Realität in der Bundesrepublik der 50er Jahre nicht zusammen. Denn die Unionsparteien als parteipolitisches Novum der Nachkriegszeit umfaßten so-

9 Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982, S. 283. Zum Schlagwort »Restauration« im zeitgenössischen Sprachgebrauch vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, Darmstadt 1988, S. 9–14. Die Verwendung des Begriffs in den ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Frühgeschichte der Bundesrepublik wird anschaulich bei Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1970.

10 Vgl. Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986, S. 587. Den krasssten Ausdruck bildete das Wahlplakat der CDU mit dem Slogan: »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau.«

11 Hans Günter Hockerts, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980; Klotzbach (wie Anm. 9), S. 368–375.

12 Vgl. Volker Hentschel, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Berlin 1998; Horst Friedrich Wünsche, *Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als Politische Ökonomie*, Stuttgart 1986.

wohl den Sozialkatholizismus als auch den Neoliberalismus und daneben verschiedene konservative Strömungen. Dieses neuartige Konglomerat wurde gemäß Adenauers Herrschaftsstil in der Kanzlerdemokratie strikt auf die *eine* Parteiräson verpflichtet, die darin bestand, daß die CDU/CSU Kanzlerpartei und nichts anderes zu sein habe. Dadurch wurde sie scharf gegen die SPD abgegrenzt.¹³ So verwundert es nicht, daß Adenauer das Gesetz zur Rentenreform vom Januar 1957 sofort als Wahlgeschenk instrumentalisierte und im Bundestagswahlkampf gegen die SPD nutzte, obwohl es im Parlament mit den Stimmen der SPD verabschiedet worden war. Überhaupt wurde der Wahlkampf im Sommer und Herbst 1957 wiederum mit dem Vokabular des unversöhnlichen weltanschaulichen Gegensatzes geführt. Die CDU/CSU gewann die Wahl zum dritten Bundestag am 15. September 1957 mit 50,2 Prozent der Stimmen, die SPD blieb mit 31,8 Prozent in dem Dreißig-Prozent-Sektor ihrer Stammwählerschaft gefangen. Die für die frühe Bundesrepublik typische Konfrontation der politischen Lager, der »Blöcke«, war hier noch einmal praktiziert worden.

Von da an kam in der SPD, ausgelöst durch die Wahlniederlage, ein Transformationsprozeß zum Durchbruch, der die Partei binnen weniger Jahre als eine dynamische Kraft mit der Kompetenz für innere Reformpolitik erscheinen und im Kontrast dazu die CDU/CSU sowohl programmatisch als auch praktisch veraltet aussehen ließ. Mit dem Godesberger Programm vom November 1959 verabschiedete sich die SPD von den restlichen marxistischen Traditionsbeständen, von der Vorstellung der Klassengesellschaft und dem Selbstverständnis als Klassenpartei.¹⁴ Sie bekräftigte dagegen einmal mehr ihre Zielorientierung auf »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« als Grundforderungen für die Vollendung der Demokratie. Darüber hinaus erkannte sie jetzt die politisch-gesellschaftlichen Grundlagen der Bundesrepublik an, wie sie nach der Verabschiedung des Grundgesetzes bis 1957 geschaffen worden waren. Die SPD akzeptierte die Marktwirtschaft durch ihr Modell der »freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft«, das sich aus dem keynesianischen Konzept der Globalsteuerung herleitete¹⁵; sie bejahte die bürgerliche Ordnung implizit durch eine ausdrücklich positive Stellung zu den Kirchen; und sie bil-

13 Vgl. Dorothee Buchhaas, *Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973*, Düsseldorf 1981; Karl Dietrich Bracher, *Die Kanzlerdemokratie*, in: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hrsg. von R. Löwenthal und H.-P. Schwarz, Stuttgart 1974, S. 179–202; Anselm Doering-Manteuffel, *Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie*, in: *Der Staat 30* (1991), S. 1–18.

14 Klotzbach (wie Anm. 9), S. 433–494.

15 Vgl. die Darlegungen von Heinrich Deist auf dem Parteitag in Stuttgart 1958. Klotzbach (wie Anm. 9), S. 378, 433 f.

ligte die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik durch ihre Zustimmung zur Bundeswehr.

Ablehnende Reaktionen kamen von zwei Seiten. Die Union beeilte sich zu behaupten, daß auch nach Godesberg das »strategische Ziel der marxistischen Machtergreifung« bei der SPD unverändert geblieben sei.¹⁶ Für die Union bedeutete das Bekenntnis der SPD zur innenpolitischen Wirklichkeit der Bundesrepublik eine Herausforderung, die das Selbstverständnis der CDU nicht unberührt ließ und für etwa ein Jahrzehnt eine tiefe Verunsicherung erzeugte.

Ablehnung erfuhr die SPD aber auch im eigenen Lager; sie kam von links. Es gab sowohl in der Partei selbst als auch insbesondere in ihrem Studentenverband, dem SDS, beträchtliche Gruppierungen, die die Distanz zum Marxismus für falsch hielten und die Aufgabe der Partei in der Überwindung des kapitalistischen Systems erblickten.¹⁷ 1961 trennte sich die SPD vom SDS und begann sich als weltanschaulich ungebundene moderne Volkspartei zu profilieren, die unterschiedliche Interessen aus der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik aufnehmen und bündeln konnte.

Auch in der CDU gab es im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren Bestrebungen in Richtung auf eine Parteireform, denn die Partei hatte sich gleichermaßen den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirkungen der »Modernisierung im Wiederaufbau«¹⁸ zu stellen. Die Reformbestrebungen schlugen sich hauptsächlich in der sogenannten »C-Diskussion« über die christlichen Grundlagen der Politik nieder, die aber über Positionen der frühen Nachkriegszeit nicht hinauskam.¹⁹ Das Selbstverständnis der Partei hatte sich seit 1948/49 auf der Grundlage einer relativ geschlossenen katholisch-naturrechtlichen Lehre herausgebildet. Zwar sprach um 1960 in der CDU/CSU kaum noch jemand von der natur- oder berufsständischen Gliederung des Gemeinwesens, aber die Ratlosigkeit gegenüber der hochdifferenzierten pluralistischen Gesellschaft der Gegenwart und die traditionelle Nähe zu konservativen – statischen oder or-

16 Buchhaas (wie Anm. 13), S. 231 f. unter Bezug auf die Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 29. 1. 1960. Druck: Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994, S. 578–646.

17 Klotzbach (wie Anm. 9), S. 454–467; vgl. insbesondere auch Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988, S. 294–368; Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

18 Vgl. das Standardwerk Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Bonn 1998, insbesondere S. 627–676.

19 Buchhaas (wie Anm. 13), hier: S. 205–221 u. 298–303.

ganischen – Ordnungsvorstellungen veranlaßten noch 1965 Bundeskanzler Ludwig Erhard, sein Konzept von der »Formierten Gesellschaft« zu propagieren. Erhard sagte, die Gesellschaft brauche »zur Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Art [...] eine gemeinsame Zielsetzung«. ²⁰ Worauf er damit allerdings hinauswollte, blieb in der Öffentlichkeit ziemlich unklar. Nach der ergebnislosen C-Diskussion der frühen 60er Jahre wurde spätestens 1965 mit diesem diffusen Konzept offenkundig, daß die CDU ihre weltanschauliche Orientierung verloren hatte.

Die bisher skizzierten Veränderungen der Parteien weisen einen deutlichen Bezug auf zu bestimmten ideellen Einflüssen im Meinungsklima der Nachkriegszeit. Während der 50er und frühen 60er Jahre kursierten nicht nur in Westdeutschland, sondern insgesamt in Westeuropa Ordnungsvorstellungen darüber, wie im Zuge des sozialökonomischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu restrukturieren seien. Angestoßen durch die US-amerikanische Marshallplan-Hilfe, wurde die Diskussion vornehmlich unter linken und linksliberalen Intellektuellen geführt und prägte seit dem Anfang der 60er Jahre zunehmend deutlich Argumente und Handlungsmuster in der Politik. Der Zusammenhang erschließt sich, wenn man in die Vorkriegsjahre zurückblendet und dabei vom deutschen Kontext absieht.

Diese Ordnungsvorstellungen stammten aus den USA. Es handelte sich um das System des sogenannten »Konsensliberalismus«. ²¹ Seine Ursprünge lagen in der Weltwirtschaftskrise und im New Deal. Damals wurden innerhalb der kapitalistischen amerikanischen Gesellschaftsordnung von staatlicher, nicht von wirtschaftlicher Seite Konzepte entwickelt, die ihrerseits Anstöße aus Europa aufnahmen – vor allem den Einfluß aus England durch den Keynesianismus – und eine neue, den Zeitumständen angepaßte Spielart des Liberalismus entstehen ließen. Statt des überkommenen, vom Staat unabhängig agierenden *laissez-faire* Kapitalismus gewann hier ein Liberalismus Konturen, der dem Staat Steuerungskompetenz in der Wirtschaft und sozialpolitische Kompetenz

²⁰ Ebd., S. 303–309, hier: S. 305.

²¹ Vgl. hierzu den Klassiker im Rahmen des konsensliberalen Denkens von Richard Hofstadter, *The American Political Tradition and the Men who Made It*, London 1962, S. 234–347 (über Woodrow Wilson, Herbert Hoover und Franklin D. Roosevelt); Godfrey Hodgson, *America in Our Time*, New York 1978; Richard H. Pells, *The Liberal Mind in a Conservative Age. American Intellectuals in the 1940s und 1950s*, Middletown, Conn. 1989. Zur Ausbreitung des »liberal democratic internationalism« vgl. Tony Smith, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton, N.J. 1994, S. 84–236.

zur Ausbreitung der Marktwirtschaft nicht nur zubilligte, sondern auferlegte.²²

So, wie er am Ende des Zweiten Weltkriegs ausgebildet war, zielte der Konsensliberalismus auf Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung. Der »Konsens«, den er im Namen trug, bezog sich auf die Grundlagen des Gemeinwesens: Freiheit, Recht, Eigentum sowie *pursuit of happiness* – also das persönliche Glücks- und Erwerbsstreben und die damit verknüpfte Fortschrittsorientierung. Entsprechend der oben erwähnten spezifischen Entwicklung der USA innerhalb des Westens, die eine liberale Gesellschaft ohne politisch relevanten Sozialismus und ohne programmatisch artikulierten Konservatismus hervorbrachte, hatten weder sozialistische noch konservative – ständische oder organische – Ordnungsvorstellungen innerhalb des Konsensliberalismus Platz. Diese Grundlagen wurden axiomatisch begriffen, sie konnten prinzipiell nicht in Frage gestellt werden.²³ Es versteht sich von selbst, daß Faschismus/Nationalsozialismus und Kommunismus das Feindbild schlechthin markierten. In den Jahren des Kalten Krieges bündelte sich das im kompromißlosen Antikommunismus.

Die konsensliberale Ideologie wurde ab 1948/50 europaweit zur Geltung gebracht, nachdem mit dem Marshallplan die sozioökonomischen Vorstellungen des New Deal in einer intensiven Auseinandersetzung zwischen US-Amerikanern und Briten nach Europa transferiert worden waren.²⁴ Als Kommunikationszentren dienten Zirkel aus Journalisten, Schriftstellern, Gewerkschaftern und Parteipolitikern des linken Spektrums. Das vorrangige Ziel bestand darin, die europäischen sozialistischen Parteien von den marxistischen Traditionsbeständen abzulösen und sie im

22 Vgl. Ellis W. Hawley, *The New Deal and the Problem of Monopoly. A Study in Economic Ambivalence*, Princeton, N. J. 1966; zum Bezug auf den Keynesianismus vgl. ebd., S. 270–280 und passim. Charles S. Maier, *The Two Postwar Eras and the Conditions for Stability in Twentieth-Century Europe*, in: *American Historical Review* 86 (1981), S. 327–352; ders., *The Politics of Productivity. Foundations of American Economic Policy after World War II*, in: *International Organization* 31 (1977), S. 607–633.

23 Vgl. die differenzierten Darlegungen zum Konsensliberalismus bei Hochgeschwender (wie Anm. 5), S. 68–86.

24 Michael J. Hogan, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*, Cambridge 1987; vgl. auch *The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program*, hrsg. von Charles S. Maier und Günter Bischof, New York/Oxford 1991. Zur Auswirkung innerhalb der US-amerikanischen und westeuropäischen internationalen Beziehungen vgl. Klaus Schwabe, »Ein Akt konstruktiver Staatskunst« – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: *Die Anfänge des Schuman-Plans. The Beginnings of the Schuman-Plan*, hrsg. von Klaus Schwabe, Baden-Baden/Mailand 1988, S. 211–239.

Kalten Krieg gegen den Kommunismus ideologisch zu immunisieren. Deswegen waren die Aktivitäten in Frankreich und Italien wegen der dort relativ starken kommunistischen Parteien besonders ausgeprägt.

Das nächste Ziel lag in der Überwindung der bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, aber auch bei bürgerlichen Konservativen und Liberal-konservativen der westeuropäischen Länder noch ausgeprägten Auffassung von der Klassengesellschaft, die sich in den Wahlkämpfen der 50er Jahre mit der Entgegensetzung von »Bürgerblock« und »Sozialistenblock« auch in der Bundesrepublik deutlich gezeigt hatte. Diese Auffassung sollte transformiert werden in den Konsens der gesellschaftlichen Gruppen auf der Basis der erwähnten Grundwerte Freiheit, Recht, Eigentum – also Marktwirtschaft – und *pursuit of happiness*.

Ein weiteres Ziel war die Etablierung einer planenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Zweck der Stabilisierung einer pluralistischen Gesellschaft in der liberalen Demokratie. Im Gedankenaustausch zwischen deutschen, amerikanischen und westeuropäischen Persönlichkeiten aus dem linken Spektrum, durch publizistische Tätigkeit und, am wichtigsten, durch persönliche Stellungnahmen und Entscheidungen im beruflichen Wirkungsfeld wurden hier einzelne Vorstellungen aus dem konsensliberalen Kontext in Umlauf gebracht und den deutschen Gegebenheiten flexibel angeglichen. Eine schematische Anpassung gab es nie, weshalb dieser Prozeß ganz unauffällig ablief. Die Ideen paßten ohnehin ab Mitte der 50er Jahre in zunehmendem Maß zur Realität des Tagesgeschehens: zur dynamischen Entwicklung der Wirtschaft, die deshalb der Steuerung auch seitens der Politik zu bedürfen schien, und zur Herausbildung einer mehr oder weniger klassenlosen Mittelstandsgesellschaft, wo der innenpolitische ideologische Rekurs auf Blockkonfrontation zwischen Sozialismus und Bürgerlichkeit einfach sinnlos wurde. Und indem diese Ideen zum Tagesgeschehen paßten, entfalteten sie beträchtliche Plausibilität. Obendrein entstand der Eindruck, daß sie wirklich in der Luft lagen, denn in den westeuropäischen Partnerländern wurden sie ja gleichermaßen diskutiert, wenn es um die Frage der Modernisierung durch Planung und Steuerung der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ging.

Je mehr nun die SPD nach den beiden ersten Legislaturperioden unter Anpassungsdruck geriet, weil sie sich den von der Regierung Adenauer geschaffenen Tatsachen nicht länger entgegenstellen konnte und wollte, desto mehr Gewicht erhielten in der innerparteilichen Reformdiskussion Argumente aus dem Kontext dieser »westlichen« Auffassungen. Zwar dürfen weder die Godesberger Parteireform der SPD 1959 noch das Düsseldorf Reformprogramm des DGB 1963 gewissermaßen monokausal als eine direkte Wirkung dieser Einflüsse angesprochen werden, denn es ging hier zunächst einmal um eine konkrete Anpassungsleistung an die

neuen Realitäten in der Bundesrepublik. Aber die Richtung, in die die Programmreformen zielten, war unübersehbar davon beeinflusst.

Innerhalb des konsensliberalen europäisch-atlantischen Netzwerks wurde ab 1957 eine politische Theorie in Umlauf gebracht, die der Entwicklung in Deutschland hin zur Großen Koalition wichtige Argumente lieferte. Diese Theorie behauptete, daß in den westlichen Gesellschaften jede ideologische Konfrontation, jede Blockbildung an ihr Ende komme, sofern die Politik im Sinne des liberalen Konsenses gestaltet werde. Das bekannteste Buch hierzu erschien 1960 aus der Feder des amerikanischen Soziologen Daniel Bell und trug den Titel »The End of Ideology«. Wenn eine Gesellschaft die Grundwerte Recht, Freiheit, Eigentum und *pursuit of happiness* zum Fundament ihres Selbstverständnisses mache und die Politik ihre Aufgabe in der rationalen Planung und Steuerung des Gemeinwesens insgesamt sehe, dann sei Ideologie zur Begründung politischen Interesses nicht mehr nötig. Diese fragwürdige und in sich selbst hoch ideologische Theorie, die mit dem Aufkommen der Neuen Linken und dem internationalen Studentenprotest ab Mitte der 60er Jahre sehr rasch wieder erledigt war²⁵, gehört deshalb mit ins Bild, weil sie in den 60er Jahren nicht nur im Umfeld von Willy Brandt, sondern auch in dem reformfreundlichen Teil der öffentlichen Meinung dazu diente, die sogenannte »Politik der Gemeinsamkeit«, die die SPD propagierte²⁶, sozialwissenschaftlich und insofern rational zu begründen.

Brandt hatte, kaum daß er 1960 zum Kanzlerkandidaten der SPD für die Bundestagswahl gekürt worden war, die Parole der »Gemeinsamkeit« ausgegeben. Er verkündete auf dem Hannoveraner Parteitag jenes Jahres: »Die junge Generation in Deutschland will die Gemeinsamkeit«, und er bezeichnete das als »Grundpfeiler der Politik neuen Stils«, die er für sich und seine Gefolgschaft reklamierte.²⁷ Dies wurde in der SPD als »Umarungsstrategie« teilweise scharf kritisiert und allgemein so verstanden, daß jetzt statt durch eine konfrontative Politikkonzeption gegen die CDU eher durch Annäherung – und auch Anbiederung – die Regierungsfähigkeit erreicht werden sollte.²⁸ Gewiß darf man das Machtkalkül und

25 Vgl. Hodgson, *America* (wie Anm. 21), S. 741. Lewis Perry, *Intellectual Life in America. A History*, Chicago/London 1989, S. 408 und S. 416 f.

26 Klotzbach (wie Anm. 9), S. 497–503; Beatrix W. Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966*, Bonn 1990.

27 Ebd., S. 79.

28 Herbert Wehner, Protagonist in der SPD für die Begründung einer Großen Koalition mit der CDU/CSU, der keine Berührung mit konsensliberalen Einflüssen aufwies, wollte die Gemeinsamkeiten auf die Außenpolitik begrenzt wissen. Diesem Kalkül entsprach seine Rede vor dem Bundestag am 30. Juni 1960, in der er

das tagespolitische Interesse am praktischen Nutzen solcher Politik nicht unterschätzen.²⁹ Aber wer wie Brandt in das konsensliberale Netzwerk seit mehr als einem Jahrzehnt eingebunden war, dürfte die programmatische Relevanz der Theorie vom »Ende der Ideologie« recht klar erfaßt und die Politik der Gemeinsamkeit nicht bloß aus realpolitischen Erwägungen über den besten Weg an die Macht propagiert haben. Denn damit ließ sich jetzt umgekehrt Anpassungsdruck auf die Union ausüben.³⁰

Dieser Anpassungsdruck ging zunächst von den Programmreformen der SPD und des DGB und dann insbesondere von den reformpolitischen Vorstellungen aus, die die SPD um die Mitte der 60er Jahre vertrat. Mehr und mehr beherrschten sie das öffentliche Meinungsklima.³¹ Die Union hätte diesem Trend nur dann etwas Zeitgemäßes entgegensetzen gehabt, wenn sie ihr Selbstverständnis als Weltanschauungspartei weitgehend preisgegeben hätte. Nach der ergebnislosen »C-Diskussion« vom Beginn der 60er Jahre und dem Fehlschlag von Erhards Konzept der »Formierten Gesellschaft« 1965 deutete die Entwicklung innerhalb der Partei denn auch sachte in diese Richtung. Die CDU hatte sich zuvor gegenüber der Ideenwelt des Konsensliberalismus ziemlich resistent gezeigt. Weder das katholisch-naturrechtliche Denken noch der bürgerliche Neoliberalismus Ludwig Erhards waren offen für jene Ordnungsvorstellungen. Aber seit dem Ende des Jahrzehnts wurden in der Partei doch Stimmen vernehmbar, die für Reformen plädierten und mit Elementen des konsensliberalen Gedankenguts argumentierten.³² Sie forderten von der

die bündnispolitischen Bindungen der Bundesrepublik in NATO und EWG als für die SPD verbindlich anerkannte und damit seine Partei auf die unter Adenauer geschaffene Staatsräson der Bundesrepublik festlegte. Im Kontrast zu ihm forderte Brandt die Bereitschaft zu Gemeinsamkeit gerade in der Innenpolitik: »Auch im Innern sind große Gemeinschaftsaufgaben zu lösen, und sie können nur gelöst werden, wenn eine breite Mehrheit des Parlaments und der Bevölkerung dafür gewonnen« würde; Klotzbach (wie Anm. 9), S. 499 ff. und S. 503.

29 Als Fallstudie zur verworrenen Ereignisgeschichte der Regierungsbildung im entscheidenden Moment vgl. Klaus Schönhoven, Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966, in: Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, hrsg. von Wolfram Pyta und Ludwig Richter, Berlin 1998, S. 379–397.

30 Zu den scharfen Auseinandersetzungen in der SPD um »Entideologisierung« sowie zu den Wirkungen auf die CDU s. Bouvier (wie Anm. 26), S. 106–110.

31 Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 391–437.

32 Eine dem Werk Klotzbachs vergleichbare Geschichte der Union »steht nach wie vor aus«: Adolf M. Birke, Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien, München 1997, S. 102. Das Standardwerk zu den Problemen der Programmreform ist nach wie vor Buchhaas (wie Anm. 13), hier S. 298–317. Aus der Westernisierungs-Perspektive fällt einiges Licht auf die Entwicklung in der CDU durch die Studie von Sauer, Westorientierung (wie Anm. 5), die aber den katholischen Flügel der Partei nicht erfaßt.

Politik die Bereitschaft zum »Kompromiß«, anders gesagt, zu »Gemeinsamkeit« beziehungsweise »Konsens«, und sie forderten »Sachlichkeit«, womit nichts anderes gemeint war als »Ideologiefreiheit«. Sie wurden über den Evangelischen Arbeitskreis zur Geltung gebracht³³, waren also unabhängig vom Sozialkatholizismus und insofern von der Zentrumstradition in der CDU. Obendrein standen sie in Distanz zu den liberalen Ökonomen um Ludwig Erhard. Sie waren niemals so zahlreich und politisch stark genug, um den Kurs der Partei bestimmen zu können. Aber diese Stimmen trugen dazu bei, daß die Orientierungsunsicherheit in der CDU als eine Chance zu »ideologiefreier« Politik begriffen und darüber die Zusammenarbeit mit der SPD gesucht wurde. Am bekanntesten waren Kai-Uwe von Hassel, Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg und Richard von Weizsäcker. Bis auf letzteren nahmen sie – was wohl kein Zufall ist – Ministerposten in der Großen Koalition ein.

Die breit angelegte Reformpolitik dieser Regierung von 1966 bis 1969 basierte auf der Fähigkeit zum »liberalen Konsens«. Als dessen Kernbestand kann das keynesianische Konzept der Globalsteuerung angesprochen werden. Es war im Vorfeld von Godesberg zur wirtschaftspolitischen Alternative der SPD gegenüber dem Neoliberalismus Ludwig Erhards mit seiner strukturpolitischen Abstinenz erhoben worden³⁴ und hatte sich um die Mitte der 60er Jahre, angesichts der ersten deutlichen Konjunkturabschwächung im Nachkriegsboom, auch im Regierungslager durchgesetzt. Als die Große Koalition 1967 das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft«³⁵ verabschiedete, wurde zunächst einmal eine »bedeutende Modifikation der Wirtschaftsverfassung«³⁶ vollzogen. Sodann aber war mit diesem Gesetz in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Tradition der ideologisch begründeten und insofern prinzipiellen Gegnerschaft zwischen den Lagern, war das Denken in der Kategorie von »Blöcken« überwunden und der pragmatische Konsens auf der Basis der gemeinsam anerkannten gesellschaftlichen Grundwerte möglich geworden.

Das schloß spätere Konflikte in zahlreichen politischen Wechsellagen

33 Vgl. Torsten Oppelland, *Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 5 (1998), S. 105–145.

34 Zum SPD-Parteitag in Stuttgart 1958 und der Entschließung »Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft« (Heinrich Deist) siehe Klotzbach (wie Anm. 9), S. 378 f.

35 Vgl. Hans-Hermann Hartwich, *Konturen einer neuen ökonomischen Politik. Ein Jahr Große Koalition*, in: *ZfP* 14 (1967), S. 428–458; Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 283–290.

36 Hans Günter Hockerts, *Bürgerliche Sozialreform nach 1945*, in: »Weder Kommunismus noch Kapitalismus«. *Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer*, hrsg. von Rüdiger vom Bruch, München 1985, S. 245–S. 273, hier: S. 252.

und tagespolitischen Einzelfragen nicht aus. Es schloß vor allem nicht aus, daß es schon 1967/68 zu einer scharf akzentuierten Konfrontation zwischen der neomarxistischen Neuen Linken und den konsensliberalen Reformern innerhalb der Sozialdemokratie kam³⁷ und daß nach dem Regierungswechsel von 1969 die politischen Lager über den Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik in einen nicht zuletzt programmatischen Konflikt hineingerieten. Die »deutsche Frage« war in den Konsens nie vollständig einbezogen. Gleichwohl blieb er im sozialökonomischen Bereich durchweg bis zum Ende der alten Bundesrepublik und als politisches Orientierungsmuster in einer völlig veränderten Konstellation der politischen Lager sogar über die Vereinigung mit der DDR hinaus erhalten.

Insgesamt waren beide Parteien bis zur Mitte der 60er Jahre einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt, der durch Wirtschaftsboom und allmählichen Massenwohlstand, durch außenpolitische Neuorientierung und durch Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Gesellschaft erzeugt wurde. Als Oppositionspartei bekam die SPD diesen Druck schon ab 1953 zu spüren, während die CDU/CSU erst nach der Wahl von 1957 allmählich davon erfaßt wurde. Mit der Programmrevision der SPD 1959 ging eine Politikrevision ab 1960 einher, die dann auch in den Gewerkschaften mitvollzogen wurde und nicht zuletzt unter dem Stichwort »Gemeinsamkeit« die Sozialdemokratie für die Große Koalition qualifizierte. Die CDU gelangte zu keiner Programmrevision und vollzog auch bestenfalls partiell eine Politikrevision. Doch wo und insoweit sie das tat, waren Argumente und Vorstellungen im Spiel, die auch auf der sozialdemokratischen Seite existierten.

Dieser Sachverhalt kann nicht allein mit tagespolitischen Interessen, auch nicht allein mit dem inneren Wandel der Bundesrepublik erklärt werden, obwohl natürlich beides mit im Spiel war. Als drittes Element wirkten hier die Einflüsse des Konsensliberalismus, die als eine von außen kommende Schubkraft die tagespolitischen Interessen bündelten und ihnen Richtung gaben. Der gesellschaftliche Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre kann schwerlich erklärt werden, ohne die politisch-ideelle Westorientierung des Gemeinwesens während jener Zeit zu berücksichtigen.

37 Im Zugwind der Studentenbewegung wurde die Neue Linke in der Bundesrepublik zu einer akademischen Massenbewegung; die Aktivisten entstammten der »dritten SDS-Generation«, die vom Unvereinbarkeitsbeschluß des Jahres 1961 am unmittelbarsten betroffen war. »Die Anwesenheitslisten der SDS-Delegiertenkonferenzen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre lesen sich heute wie ein ›Who is Who?‹ der westdeutschen Sozial- und Geisteswissenschaften.« Fichter, SDS (wie Anm. 17), S. 371.

III.

Um die Brechungen dieses Geschehens, die vielfältigen Schattierungen und auch die Grenzen von Westernisierungseinflüssen in Westdeutschland anzudeuten, sind nun einige Felder des politischen Gestaltens und der Meinungsbildung zu skizzieren, auf denen nationale Traditionsbestände, den Nachkriegsbedingungen angepaßt, teils vollständig und dauerhaft erhalten blieben, teils anfänglich reaktiviert und dann in den 60er Jahren allmählich modifiziert wurden. Die Entstehung des spezifisch westdeutschen Profils der Gesellschaft in der Bundesrepublik läßt sich nur dann angemessen beschreiben, wenn die nationalen und internationalen Einflußfaktoren im Zusammenhang betrachtet werden.

Drei Beispiele sollen das illustrieren: Zum einen ist auf die Tradition der Sozialreform hinzuweisen, hier konkret auf die Bewahrung des Systems der deutschen Sozialversicherung. Zum andern muß das Augenmerk auf die Grundlegung der Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Rechtsstaat (Art. 20 GG), auf die »Demokratiegründung in Westdeutschland« gerichtet werden.³⁸ Zum dritten schließlich geht es um die Vergewisserung bestimmter nationaler Traditionen und Wertvorstellungen aus der Geschichte des Deutschen Reichs, die gewichtige Teilelemente nationalkonservativer bürgerlicher Identität in der Bundesrepublik lebendig erhalten sollten, um so den Nationalsozialismus und das Dritte Reich in der deutschen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert als eine »dämonische« Fehlentwicklung zu isolieren.³⁹

(1) Der Aufbau der deutschen Sozialversicherung in der Ära Bismarck war einer der wichtigsten »Aktivposten«⁴⁰ des Deutschen Reichs im internationalen Kontext der Hochindustrialisierung. Er galt als Ausweis für die Fortschrittlichkeit der politischen und sozialen Ordnung des Kaiserreichs, ja er stützte das sich allmählich formende Bewußtsein von einer vermeintlichen Überlegenheit Deutschlands über seine Nachbarn, auch

38 Karlheinz Nieclauß, *Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945–1949*, München 1974.

39 Gerhard Ritter, *Dämonie der Macht*, München 1948. Das Buch des dem Widerstand nahestehenden Historikers Ritter deckte deutlich die Ratlosigkeit des überwiegend protestantischen nationalkonservativen Bürgertums vor der Aufgabe auf, das Dritte Reich in der Geschichte des deutschen Nationalstaats historisch zu verorten. Die Kategorie des »Dämonischen« schien einen der Fluchtwege aus dem Dilemma zu weisen.

40 Hans Günter Hockerts, *Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979*, in: *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, hrsg. von Werner Conze und M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1983, S. 296–323, hier: S. 299.

und gerade gegenüber den westlichen Nationen und ihrem politischen System der liberalen Demokratie. Nicht dieses System hatte als erstes einen derart weitgreifenden Schritt sozialer Reform zu tun vermocht, sondern das paternalistische und autoritäre System des Deutschen Reichs. Hans Günter Hockerts hat pointiert geurteilt, wenn man in die historische Bilanz des Deutschen Reichs neben den Nachteilen auch die Vorzüge hineinschreiben wolle, dann gehöre der Aufbau des Systems sozialer Sicherung zu den wichtigsten Posten auf der Haben-Seite.⁴¹

Damit sollte es 1945 nach dem Willen der Sieger über das nationalsozialistische Deutschland vorbei sein. 1946 erzog der Alliierte Kontrollrat, mit dem Entwurf eines gesamtdeutschen Gesetzes für eine Einheitsversicherung die deutsche Tradition der gestuften und differenzierten Versicherung völlig zu beseitigen.⁴² Der Widerstand dagegen regte sich nicht nur aus berechtigten materiellen Motiven, denn den Alliierten ging es nicht zuletzt um deutliche Einsparungen bei der Altersversorgung. Der Widerstand galt vielmehr ganz besonders dem Symbol – der Sozialversicherung als einem der wenigen Traditionselemente, »an die das bürgerliche Deutschland in Anbetracht der ›deutschen Katastrophe‹ auf der Suche nach einem historischen Identitätsbewußtsein leicht anknüpfen könnte«.⁴³ Deshalb ging es hier um einen energisch gehüteten »Restbestand nationalen Stolzes«.⁴⁴

Die deutsche Sozialversicherungstradition blieb schließlich gewahrt, und die junge Bundesrepublik baute mit dieser Tradition den Sozialstaat aus. Die wichtigste Einzelmaßnahme, die in der Wiederaufbauzeit getroffen wurde, war die schon erwähnte Rentenreform des Jahres 1957. Nicht zufällig vereinten sich zu ihrer Unterstützung im politischen Willensbildungsprozeß die sozialreformerischen Kräfte aus den traditionellen Lagern des Sozialkatholizismus und der Arbeiterbewegung zu einer »großen Koalition«, deren Profil mit der Großen Koalition ein Jahrzehnt später wenig gemein hatte. Gleichwohl hat die Erosion der traditionellen Lager, die sich zwischen 1957/58 und 1972/73 vollzog, dieser informellen großen Koalition zur Stabilisierung des Sozialstaats – nach allem, was wir bis heute wissen – wenig anhaben können. Es ist ein Problem künftiger Forschung, ihre Integration in den politischen Kontext der vom Key-

41 Ebd.

42 Die Wirkung des Beveridge-Report für die Konzeption eines einheitlichen Systems sozialer Sicherung darf hierbei nicht übersehen werden. Vgl. José Harris, William Beveridge. A Biography, Oxford 1977; dies., Einige Aspekte der britischen Sozialpolitik während des Zweiten Weltkriegs, in: Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1982, S. 255–270.

43 Hockerts, Sicherung (wie Anm. 40), S. 310.

44 Ebd.

nesianismus geprägten Großen Koalition zu untersuchen und herauszufinden, ob sie in den liberalen Konsens, der aus Westernisierungseinflüssen resultierte, eingeschmolzen wurde, ob sich eine deutsch-westliche Mischform im Bereich der Sozialstaatlichkeit herausbildete oder ob hier in der Tat ein Kernbestand nationaler Tradition weitgehend unverändert erhalten geblieben ist. Kurzum, das Gesetz über die Rentenreform von 1957, das durch die Idee des Generationenvertrags und der dynamischen Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung die Altersarmut beseitigte und damit die Befindlichkeit und Stimmungslage der älteren Generation im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren in einem kaum zu überschätzenden Maß veränderte, bildete einen Eckstein der in ihrem konzeptionellen Bestand bewahrten und den Zeitumständen angepassten Sozialstaatlichkeit im Wiederaufbaujahrzehnt.

»Angesichts der Tatsache, daß viele Bereiche des westdeutschen Lebens von der ›westernization‹ bis ins Mark erfaßt und verwandelt worden sind«, ist dieser Befund mit besonderem Nachdruck zu artikulieren. Dessen ideelle Dimension zeigt sich nicht zuletzt darin, daß der »Sozialstaat« einer sprachlichen Anglizisierung entzogen blieb. »Schon die steile Karriere, die das Wort ›Sozialstaat‹ nach 1945 im westdeutschen Sprachgebrauch nahm, ist aufschlußreich genug. Dieses Wort wehrte die Einddeutschung von ›welfare state‹ ab und somit auch das Eindringen wohlfahrtsstaatlicher Reformideen britisch-skandinavischer Herkunft (mit allgemeiner Staatsbürger-Grundrente und einem überwiegend steuerfinanzierten nationalen Gesundheitsdienst). [...] Die sozialstaatliche Formung der Bonner Republik war in allen wesentlichen Punkten ein Produkt innerdeutscher Debatten und Entscheidungen.«⁴⁵ Diese Feststellung gilt sicherlich für die 50er Jahre, als sich die Westernisierungseinflüsse in der westdeutschen Gesellschaft ganz allmählich auszubreiten begannen. Bedenkt man jedoch, daß ihre Wirkung erst in den 60er Jahren spürbar wurde, stellt sich dann doch die Frage, ob nicht die zweite Rentenreform von 1972⁴⁶ als Resultat der parlamentarischen Konkurrenz der Bundestagsparteien auch ein Ausdruck von politischem Agieren im Rahmen des pragmatischen liberalen Konsenses gewesen sein könnte. Das würde die bisher mögliche Diagnose unterstützen, daß die 60er Jahre das Jahrzehnt der offen wirksamen Westernisierung waren, daß Westernisierung im Sinne von ideeller Westori-

45 Hans Günter Hockerts, Einleitung, in: *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, hrsg. von dems., München 1998, S. 7–25, hier: S. 10.

46 Vgl. ders., *Sicherung* (wie Anm. 40), S. 317 f.; ders., *Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz. Die Rentenreform 1972 – ein Lehrstück*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Berlin 1992, S. 903–934.

entierung und gesellschaftlichem Wandel aus dem Fundus des Wiederaufbaus heraus zum Durchbruch gelangte und eben insbesondere jene Zeit prägte, in der die Bundesrepublik ihr historisches Profil ausbildete.

(2) Die Demokratiegründung in Westdeutschland vollzog sich in einem engen Wechselspiel von verfassungs- und verwaltungspolitischen Handeln einerseits und internationaler Politik andererseits.⁴⁷ Die Aufforderung der Westmächte an die Ministerpräsidenten in den westlichen Zonen, die in den »Frankfurter Dokumenten« vom 1. Juli 1948 niedergelegt war und dahin ging, eine verfassungsgebende Versammlung für die Westzonen einzuberufen und damit die gesamtdeutschen Hoffnungen vorerst auf sich beruhen zu lassen, präjudizierte das spätere Grundgesetz, aber es leitete nicht den Oktroy fremder Verfassungsvorstellungen ein.⁴⁸ Trotz verschiedener Auseinandersetzungen des Parlamentarischen Rats mit den Militärgouverneuren und alliierten Verbindungsoffizieren war die Verfassungsgebung ein Werk der Deutschen in dem Sinne, daß die Mitglieder des Rats in den Ausschüssen und im Plenum in eine Auseinandersetzung über die deutsche Verfassungstradition eintraten.⁴⁹ Sie führten die Beratungen mit Blick auf die Weimarer Reichsverfassung und deren vermeintliche Mängel, weil aus der Republik die Diktatur hervorgegangen war.⁵⁰

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit – der fehlgeschlagenen Verfassungskonzeption der Nationalversammlung in der Paulskirche, den Mängeln oder Schwächen der Weimarer Reichsverfassung, der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur – und die Auseinandersetzung mit der deutschen Gegenwart durch die Anschauung der deutschen Teilung, Herausbildung einer kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Zone und dem Willen der Westmächte, ihre Besatzungszonen zu einer politischen Einheit auszugestalten, beeinflusste die Ratsmitglieder dahin, die Abstimmung mit den westlichen Militärregierungen

47 Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980; Niclaß, *Demokratiegründung* (wie Anm. 38); Udo Wengst, *Beamtenum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1988.

48 Vgl. Michael F. Feldkamp, *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Göttingen 1998.

49 Vgl. *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Bd. 8: *Die Beziehungen des Parlamentarischen Rats zu den Militärregierungen*, bearb. von Michael F. Feldkamp, Boppard 1995.

50 Friedrich Karl Fromme, *Von der Weimarer Reichsverfassung zum Bonner Grundgesetz*, Tübingen 1960. Werner Sörgel, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1969.

zu suchen und die verschiedenen Konflikte nicht auf die Spitze zu treiben. Aber das Grundgesetz war ihr Werk und repräsentierte als solches die Brüche und Belastungen der Demokratie in Deutschland.

Die Verfassungswirklichkeit der jungen Bundesrepublik war von diesem Sachverhalt deutlich geprägt. Der Antitotalitarismus erzeugte den verfassungspolitischen Grundkonsens der westdeutschen Gesellschaft. Er bestand darin, daß man den Gegensatz zwischen Demokratie und jeglicher Form von Diktatur als einen Fundamentalkonflikt wertete, welcher die bundesdeutsche politische Existenz im letzten überhaupt legitimierte. Zeitbedingt gewann der Antitotalitarismus eine einseitige Ausrichtung gegen den Kommunismus, die es erleichterte, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf eine abstrakte Ebene zu heben und durch das Medium der Politischen Bildung zu formalisieren, so daß persönliche Erfahrung und gesellschaftliche Verstrickung nicht zur Sprache zu kommen brauchten.⁵¹ Demgegenüber prägte die im Kalten Krieg angelegte Antithese von freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur nicht nur Politik und Propaganda, sondern durchdrang das Alltagsleben intensiv.⁵² Gleichwohl vollzog sich die Ausgestaltung der demokratischen Grundordnung im Sinne des antitotalitären verfassungspolitischen Konsenses, indem in den ersten Jahren der Bundesrepublik penibel darauf geachtet wurde, die Demokratie vor potentiellen Gefährdungen zu schützen. Die Verbotsverfahren des Bundesverfassungsgerichts gegen die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und gegen die stalinistische KPD zeigten das an.⁵³ Überhaupt war es das Kennzeichen der Verfassungswirklichkeit in der Aufbau- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik, daß die Demokratie als Herrschafts- und Verwaltungsprinzip begriffen und ihre Sicherung gegen potentielle Gegner als eine Sicherung von Institutionen betrieben wurde. Die Kehrseite dieses Sachverhalts lag in der Vernachlässigung breitenwirksamer demokratischer Bewußtseinsbildung. In den 50er Jahren war die Demokratie noch keineswegs zur Lebensform der Gesellschaft geworden, vielmehr prägten obrigkeitliches Denken und patriarchalische Strukturen dieses Jahrzehnt, welches daher

51 Vgl. hierzu die gegensätzlichen Studien von Manfred Kittel, *Die Legende von der »Zweiten Schuld«. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*, Berlin 1993, und Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

52 Ernst Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, München 1974, S. 231–260 u. 371–463.

53 Manfred Jenke, *Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus nach 1945*, Berlin 1961; Hans-Helmuth Knütter, *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus*, Bonn 1961; Alexander von Brünneck, *Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1978.

– von heute aus betrachtet – mehr Ähnlichkeit mit den späten 20er und den 30er Jahren aufwies als mit den 70er oder 80er Jahren.⁵⁴

In den 60er Jahren begann sich das allmählich zu ändern. Als symbolischer Anfang kann die »Spiegel«-Krise vom Herbst und Winter 1962 gelten.⁵⁵ In der »Spiegel«-Krise artikuliert sich erstmals eine breite Öffentlichkeit im Protest gegen die Bundesregierung, welche rechtsstaatliche Prinzipien eklatant verletzt hatte. Diese gesellschaftliche Öffentlichkeit verschmolz in ihrer Kritik an der Regierung mit der politischen Öffentlichkeit des Bundestags, und dadurch gewann der Protest den Charakter des Plebiszits. Darin zeigte sich eine Stabilisierung des demokratischen Gemeinwesens, denn hier artikuliert sich erstmals ein selbstbewusstes staatsbürgerliches Demokratieverständnis in der Bevölkerung, wie es das in Weimar nie gegeben hatte.⁵⁶ Von da an entfaltet sich die liberale Demokratie in der Bundesrepublik als gleichermaßen politische wie soziale Lebensform, wie es für die *liberal democracy* der atlantischen Länder charakteristisch war. Willy Brandts Aufruf in der Regierungserklärung vom Oktober 1969, »mehr Demokratie wagen« zu wollen⁵⁷, resümierte folglich eine Entwicklung, die sich bis dahin schon durchaus dynamisch vollzog und im Jahr des Regierungswechsels zu einem verbreiteten Grundbedürfnis in der Gesellschaft geworden war. Die sozialliberale Regierung erhob jetzt den Anspruch, dieses Bedürfnis und den gewandelten Zustand der Bundesrepublik als *liberal democracy* zu repräsentieren.

(3) Das Geschichtsbild der Nachkriegszeit wies einige Merkmale auf, die sich in den Ansichten vieler Historiker zum 19. und 20. Jahrhundert und insbesondere der meisten führenden Vertreter des Fachs während der 50er und 60er Jahre kristallisierten, um dann ab Mitte des Jahrzehnts in den Hintergrund zu treten.⁵⁸ Es herrschte ein durchweg positives Urteil über die Geschichte des deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1914 vor. Darin spielte die Vorstellung von der heroischen Begründung des deutschen Nationalstaats eine wichtige Rolle, weil dessen Einheit in der Gegenwart verloren und in der Zukunft wiederzugewinnen war. Aber bedeutungs-

54 Vgl. Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie (wie Anm. 13).

55 Vgl. Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 31), S. 381–386.

56 Hans Mommsen, Von Weimar nach Bonn: Zum Demokratieverständnis der Deutschen, in: Modernisierung (wie Anm. 18), S. 745–758. Der Beitrag ist stark von einem primär staats- und institutionenbezogenen Demokratieverständnis geprägt.

57 Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 31), S. 504.

58 Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993; Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1965, hrsg. von Ernst Schulz, München 1989.

voller für die Geschichtsschreibung der Historiker erwies sich das Problem, mit Blick auf den Gesamtzeitraum der Reichsgeschichte eine Epoche namhaft zu machen, die das Gefühl von positiver Tradition vermitteln und einen Bezugspunkt für nationale Identität bieten mochte. Diese Funktion wurde dem Kaiserreich bis zum Ersten Weltkrieg zugemessen.⁵⁹ Dagegen ließen sich dann die Revolution von 1918/19 und die nachfolgenden Jahre der Instabilität unter der Republik sowie vor allem die »dämonische« Verführungskraft der Hitlerdiktatur abgrenzen. Dieses Geschichtsbild baute auf Vorannahmen auf und fußte auf Quellenbeständen aus dem Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg. Dadurch transportierte es implizit historisch-politische Wertvorstellungen aus den 20er in die 50er Jahre.⁶⁰

In der Frühgeschichte der Bundesrepublik wurde die Tatsache wirkungsmächtig, daß der Blick auf den verlorenen Nationalstaat beim Ersten Weltkrieg innehielt. Die Wahrnehmung der nachfolgenden Epoche erfolgte aus einer veränderten Perspektive, indem man die Revolution von 1918/19 und die Weimarer Republik als »Zeitgeschichte« auf einem anderen historischen Terrain verortete und das Dritte Reich als eine »dämonische« Fehlentwicklung der nationalen Geschichte interpretatorisch gewissermaßen exterritorialisierte.⁶¹ Dadurch blieben Vorstellungen lebendig, die aus der Zeit des Kaiserreichs herrührten und ihre krasseste Überzeichnung in den »Ideen von 1914« gefunden hatten.⁶² Deren ideengeschichtliche Bindung an den Idealismus und die damit verknüpfte Verwurzelung des geschichtswissenschaftlichen Selbstverständnisses im Historismus hinderten die Historiker daran, analytische Vorstellungen und

59 Vgl. dazu die Sammelbände, in denen – unterschiedlich gewichtet – die Positionen der Historiographie bis zu den 60er Jahren und die kritischen Positionen, die seit etwa 1960 in die Diskussion kamen, artikuliert wurden: Reichsgründung 1870/71, hrsg. von Theodor Schieder u. Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970; Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, hrsg. von Lothar Gall, Köln/Berlin 1971; Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970.

60 Vgl. z. B. Egmont Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht (1930), 2. erw. Aufl. Darmstadt 1960; Gerhard Ritter, Bismarck und die Rhein-Politik Napoleons III., in: Rheinische Vierteljahrsblätter 15/16 (1950/51), S. 339–370. Zur Einordnung in die Forschungsdiskussion siehe Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871–1918, München 1989.

61 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–9.

62 Lübke, Die philosophischen Ideen von 1914 (wie Anm. 6); Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969; als Überblick über die Forschungsentwicklung Reinhard Rürup, Der »Geist von 1914« in Deutschland. Kriegsbegeisterung und Ideologisierung des Krieges im Ersten Weltkrieg, in: Ansichten vom Krieg. Vergleichende Studien zum Ersten Weltkrieg in Literatur und Gesellschaft, hrsg. von Bernd Hüppauf, Königstein/Ts. 1984, S. 1–30.

methodische Instrumentarien zu entwickeln, um die sozialen und politischen Bedingungen für die Entstehung und Ausbreitung der deutschen Ordnungsideen, nicht zuletzt für die Auffassung von deren vermeintlicher Überlegenheit über die politische Kultur der westlichen Demokratien zu untersuchen. Es handelte sich hierbei um die nach 1945 noch virulenten Restbestände des oft beschriebenen und vielfach diskutierten politisch-ideellen »Sonderbewußtseins« der Deutschen.⁶³

Das Geschichtsbild der 50er Jahre repräsentierte solche ideellen Trends und stabilisierte sie für eine gewisse Zeit aufs Neue. Indem das Kaiserreich und die borussisch-kleindeutsche Version seiner Vorgeschichte als positive Tradition beschrieben wurden, ließen sie sich gegen das Dritte Reich als das Negative, »Fremde« leichter abgrenzen. Besonders ausgeprägt war das Bemühen um die Rehabilitierung der preußischen Tradition in der deutschen Geschichte und ihre Abgrenzung gegen den Mißbrauch von Macht und Recht im NS-Staat im Werk von Gerhard Ritter, einem Historiker, der dem Widerstand nahegestanden hatte und in den 50er Jahren eine führende Rolle in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik spielte.⁶⁴ Die historistische Schulung und der lebensgeschichtliche Einfluß des deutschen Sonderbewußtseins galten Ritter als Maßstab⁶⁵, und er äußerte sich dementsprechend auch in einer der politisch verbindlichsten Situationen, in die sich ein zeitnah arbeitender Historiker in der alten Bundesrepublik hineingestellt sehen konnte: Vor dem Deutschen Bundestag sprach Ritter am 17. Juni 1955 anlässlich des zweiten Jahrestages des Volksaufstands in der DDR zum »Tag der deutschen Einheit« über die »Unteilbarkeit deutscher Vaterlandsliebe«. Er wies eigens auf die »selbständige Entwicklung deutscher Freiheitsideale« hin und nannte sie die »besten und wertvollsten Überlieferungen deutscher Geschichte«. Dann fügte er an: »Der Staat ist politische Volksgemeinschaft, die sich als sittliche Gemeinschaft freier Volksgenossen zu bewähren hat; die Freiheit

63 Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980. Zur Kritik an der These vom deutschen Sonderweg und zu seiner Begründung des Begriffs *Sonderbewußtsein* vgl. den Diskussionsbeitrag von Karl Dietrich Bracher im Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte vom November 1981: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität*, München-Wien 1982.

64 Vgl. Gerhard Ritter, *Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, Boppard 1984, insbesondere die Einleitung von Klaus Schwabe, S. 1–170.

65 Ritter war bemüht, die preußische Geschichte darzustellen als »eine Ordnung, die als gesunde, d. h. dem wirklichen Leben, den wirklichen sozialen und nationalen Lebensbedürfnissen und Kräfteverhältnissen angemessene Rechtsordnung« begriffen werden müsse. Ders., *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland*. Erster Band: *Die altpreußische Tradition (1740–1890)*, [1954] München 1970, S. 22.

ist freiwillige Hingabe zum Dienst an solcher Gemeinschaft, in der allein sich der Mensch als sittliches Wesen vollendet und damit erst zur Persönlichkeit im höheren Sinne reift.«⁶⁶ Ritter vertrat das nationale Geschichtsverständnis in seiner bürgerlich-konservativen, preußisch-kleindeutschen und protestantischen Spielart mit Entschiedenheit.

In den 60er Jahren wurden solche Auffassungen von Gegenargumenten marginalisiert, die sich seit den 50er Jahren auszuformen begannen und überwiegend noch selbst im historistischen Geschichtsverständnis wurzelten. Doch in zweierlei Hinsicht kamen hier deutlich abweichende Positionen ins Spiel. Das geschah, erstens, durch die Enttabuisierung der Außen- und Weltpolitik in der Wilhelminischen Epoche und damit verbunden durch die Frage nach dem deutschen Anteil an der Entstehung des Ersten Weltkriegs. Die Forschungen von Fritz Fischer während der 50er Jahre⁶⁷ waren in diese Richtung gegangen, und in der »Fischer-Kontroverse« seit 1961 über die initiierte Mitverantwortung der deutschen Eliten am Kriegsausbruch⁶⁸ wirkte Ritter als einer der schärfsten und erbittertsten Antipoden Fischers.⁶⁹ Was er im Verlauf der Kontroverse wahrnehmen mußte, war die geradezu radikale Abkehr der meisten, zumal der jüngeren westdeutschen Neuzeithistoriker und eines weiten Teils der Publizistik von der idealistischen und historistischen Gedankenwelt reichsdeutscher Provenienz, in der seit dem Ersten Weltkrieg die »Ideen von 1914« aufgehoben gewesen waren und in die Ritter ungeachtet seiner Gegnerschaft gegen solche extremen Zuspitzungen selbst eingebunden war. In den 60er Jahren wirkte die »Fischer-Kontroverse« innerwissenschaftlich wie auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Katalysator

66 Gerhard Ritter, Von der Unteilbarkeit deutscher Vaterlandsliebe, in: *Bewährung im Widerstand. Gedanken zum deutschen Schicksal*, hrsg. von Wilhelm Wolfgang Schütz, Stuttgart 1956, S. 23–40, hier: S. 35 f. Zum Freiheitsbegriff, auf den Ritter sich bezog, vgl. Leonard Krieger, *The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition*, Chicago, London 1972; vgl. auch *Hundert Jahre »Gemeinschaft und Gesellschaft«*. Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion, hrsg. von Lars Clausen u. Carsten Schlüter, Opladen 1991.

67 Fritz Fischer, *Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918*, in: *HZ* 188, 1959, S. 249–310; ders., *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961.

68 Vgl. *Deutsche Kriegsziele 1914–1918. Eine Diskussion*, hrsg. von Ernst W. Graf Lynar, Frankfurt a. M./Berlin 1964. Als rückschauenden, auch die Literaturberichte resümierenden Beitrag vgl. Gregor Schöllgen, *Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse*, in: *HJb* 106 (1986), S. 386–406; Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, Göttingen 1984.

69 Gerhard Ritter, *Eine neue Kriegsschuldthese? Zu Fritz Fischers Buch »Griff nach der Weltmacht«*, in: *HZ* 194, 1962, S. 646 ff.; dort sprach er von der »Selbstverdunkelung deutschen Geschichtsbewußtseins«, welches »seit der Katastrophe von 1945 die frühere Selbstvergötterung verdrängt« habe. *Ebd.*, S. 667 f.

dieser Entwicklung.⁷⁰ Für sich betrachtet, handelte es sich hier um ein internes bundesdeutsches Geschehen, in dessen Verlauf die Reaktion auf den Zusammenbruch 1945 zusammen mit der Erfahrung des parlamentarisch-demokratischen Wiederaufbaus und der pluralistischen Reorganisation der Gesellschaft jetzt zu einer kritischen Neubewertung des nationalen Geschichtsbildes führte.

Zweitens wurden Sichtweisen, die vom tradierten Geschichtsverständnis deutlich abwichen, durch den Einfluß der empirischen Sozialwissenschaften in die Diskussion eingeführt. Sie hatten spürbare Wirkung auf die historische Urteilsbildung, den akademischen Betrieb und das geistige Klima in der Bundesrepublik. Aus verschiedenen europäischen und amerikanischen Wurzeln hervorgewachsen, bildeten die Sozialwissenschaften nach 1945 einen wichtigen Bestandteil im US-amerikanischen Konzept zur möglichst weltumspannenden Grundlegung der westlichen Demokratie.⁷¹ Auch in der Bundesrepublik erfolgte die »wissenschaftliche Grundlegung der westlichen Demokratie«⁷² über die gezielte Förderung von wissenschaftlichen Institutionen und Einrichtung von Lehrstühlen, die sich dem neuen Prinzip der empirischen Erforschung gesellschaftlicher und politischer Strukturen widmeten. Soziologie und Politologie wurden dadurch in einem sehr frühen Stadium der Nachkriegszeit zu Fächern, die der Westernisierung den Weg bereiteten. Das vollzog sich unauffällig neben dem machtvollen Wiederaufleben des tradierten historistischen Geschichtsbildes der Reichsnation, welches mit westlichen Augen betrachtet ganz stark an »Weimar« gemahnte.⁷³ Die beiden »Demokratie-

70 Vgl. die zeitgenössischen Texte, die als historische Quelle das geistige Klima der »langen 60er Jahre« prägnant spiegeln: Wolfgang J. Mommsen, *Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus*, Düsseldorf 1971; Hans-Ulrich Wehler, *Geschichtswissenschaft heute*, in: *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, Bd. 2: *Politik und Kultur*, hrsg. von Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 1979, S. 709–753.

71 Der weitere Zusammenhang, insbesondere die Organisation innerhalb der US-Bundesregierung sowie der Einsatz verschiedener Regierungsbehörden als Agenturen für die Ausbreitung der Sozialwissenschaften mit einem Set von erfahrungswissenschaftlicher Methodik zur Grundlegung des westlichen demokratischen Systems, kann hier nicht ausgebreitet werden; vgl. dazu Bernhard Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission. »Amerikanische Sozialwissenschaft« im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990; vgl. auch Hermann Josef Rupieper, *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952*, Opladen 1993, S. 110–172.

72 Plé (wie Anm. 71), S. 217.

73 Zur Umwertung von definitorischen Kernbestandteilen des deutschen Eigenbewußtseins im Zuge der »reorientation«-Politik des amerikanischen Hochkommissariats, in die sich die publizistische Zielsetzung der Zeitschrift »Der Monat« einordnete, vgl. Hochgeschwender (wie Anm. 5), S. 182–198. »Deutsch« wurde als Synonym für »kleindeutsch-preußisch« und »protestantisch« verwendet und ne-

wissenschaften«⁷⁴ zielten aber, soweit US-amerikanischer Einfluß darin zur Geltung kam, auf die Überwindung der Weimarer Tradition und damit auch der politisch-kulturellen Schwächen der Weimarer Verfassungswirklichkeit, anders gesagt: auf die Überwindung des deutschen Sonderbewußtseins als gesellschaftlich verankertem Vorverständnis der Geistes- und Sozialwissenschaften.⁷⁵ Karl Dietrich Brachers »Auflösung der Weimarer Republik« war ein früher und wirkungsvoller Ausdruck der neuen Einflüsse im intellektuellen Kontext der deutschen Tradition.⁷⁶ Die Studie verband theoretisch-normative Zugriffsweisen mit historischen und verknüpfte so systematische Fragestellungen der Politologie mit solchen der historistischen Geschichtstradition, die auf den verstehenden Nachvollzug des Handelns geschichtsmächtiger Männer konzentriert war.⁷⁷ Brachers Haltung in der Fischer-Kontroverse war deshalb besonders signifikant: Er unterstützte gegen die anfänglich noch mehrheitsfähige Position des ideologischen Nationalkonservatismus im Gefolge Ritters die Auffassungen Fritz Fischers und der ausländischen Historiker, die zu Fischer

gativ gewertet, den positiven Gegenpol bildeten Traditionen aus dem linksliberalen, sozialdemokratischen oder katholischen Spektrum, die dann als in stärkerem Maß »europäisch« denn »deutsch« eingestuft wurden. Daraus ergab sich die negative Bewertung der dominierenden politisch-kulturellen Wertorientierungen in der Weimarer Republik. Die politische Kultur der Weimarer Republik fiel unter das *Rubrum* »deutsch«.

74 Plé (wie Anm. 71), S. 262–289.

75 Vgl. Arno Mohr, *Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik 1945–1965*, Bochum 1988; *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, hrsg. von Gerhard Göhler und Bodo Zeuner, Baden-Baden 1991. Zur Soziologie siehe neben der Studie von Plé (wie Anm. 71), auch Johannes Weyer, *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß*, Berlin 1984; M. Rainer Lepsius, *Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1967*, in: *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungslinien und Praxisbezug*, hrsg. von Günther Lüschen, Opladen 1979, S. 25–70.

76 Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, [1955] Königstein/Ts. 1978. Die Arbeit entstand an der Freien Universität im Referenzrahmen des geschichtswissenschaftlichen und des politikwissenschaftlichen Instituts. Die Bedeutung der FU Berlin im Zusammenhang der Westernisierung arbeitet Hochgeschwender (wie Anm. 5), S. 155 ff., heraus; das Gewicht des »Instituts für politische Wissenschaft« als »Orientierungsinstanz« zeigt Plé (wie Anm. 71), S. 274 f.; vgl. auch Bracher, in: *Auflösung*, S. XXIV.

77 Das Vorwort spricht den verschränkten Ansatz aus Geschichtswissenschaft und Politologie an. Der erste Teil der Studie (S. 1–253) bietet systematische Zugänge zur prekären Machtstruktur in Deutschland, die nicht zufällig von einer Betrachtung des deutschen »Eigenweges« nach der Französischen Revolution ihren Ausgang nehmen und über den wilhelminischen Obrigkeitsstaat zur Revolution und Neuordnung 1918/19 führen.

standen. Er sprach gegen jede »falschverstandene Staatsräson« und strich Fischers Verdienst heraus, entscheidende Impulse zur Überprüfung der deutschen Traditionen gegeben zu haben.⁷⁸

Das veränderte Bild vom deutschen Nationalstaat, die Enttabuisierung der wilhelminischen Außenpolitik durch die Fischer-Kontroverse und die Entstehung eines historisch-sozialwissenschaftlichen Interesses an den Strukturen des Kaiserreichs, schließlich die daraus abgeleitete Frage nach strukturellen Kontinuitäten in der deutschen Geschichte von Bismarck zu Hitler verweisen auf die Herausbildung des für die Bundesrepublik seit den 60er Jahren charakteristischen, unverwechselbar westdeutschen kulturellen Profils. Als Anbahnungsphase künftiger Veränderungen geraten erneut die 50er Jahre in den Blick, in denen die geistigen Orientierungen aus den 20er Jahren noch einmal das Übergewicht zu erhalten schienen. Im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren begannen charakteristische Elemente der nationalen Tradition an Verbindlichkeit zu verlieren und gerieten in den Hintergrund. Der Niedergang des »traditionalen Geschichtsbildes«⁷⁹ vollzog sich dann parallel, bisweilen auch nachholend zum Wandel von Einstellungsmustern und Orientierungen, der die Zeit vom Ende der Regierung Adenauer bis zum Beginn der Regierung Brandt-Scheel beherrschte. Zwar war die Fachhistorie in der Bundesrepublik keinen gezielten Westernisierungseinflüssen ausgesetzt, wie das schon seit 1946 für die Sozialwissenschaften galt und wie wir es mit Blick auf intellektuelle Eliten sowie auf Parteien und Verbände im linken Spektrum der westdeutschen Gesellschaft für die 50er und frühen 60er Jahre nachweisen konnten. Deswegen erfolgte der Wandel langsam und vergleichsweise spät. Aber er vollzog sich auf ähnliche Weise wie andernorts unter scharfen polarisierenden Spannungen, und er wurde vorangetrieben durch den Druck, den die neuartigen Sozialwissenschaften infolge ihrer – als fortschrittlich wahrgenommenen – thematischen und methodischen Andersartigkeit, auch infolge ihrer zunehmenden Akzeptanz im öffentlichen Meinungsklima auf ein Fach ausübten, das sich in Deutschland bis 1918 traditionell als eine Legitimationswissenschaft der staatlichen Obrigkeit und der herrschenden Ordnung begriffen und seitdem zwischen Beharrung und Neuorientierung keinen Königsweg zu finden vermocht hatte.⁸⁰

78 Karl Dietrich Bracher, Vorspiel zur deutschen Katastrophe, in: NPL 7 (1962), Sp. 471–482.

79 Jäger (wie Anm. 68), S. 106.

80 Auf den aus völkischen Einflüssen und dem »Raum«-Revisionismus der Zwischenkriegszeit hervorgewachsenen deutschen Zweig der Sozialgeschichte kann hier nur hingewiesen werden. Dessen Einbettung in den skizzierten Kontext ist noch zu leisten. Vgl. aber Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993.

IV.

Der politisch-ideelle und gesellschaftliche Wandel in der Bundesrepublik erweist sich als ein Phänomen, welches das Erscheinungsbild der 60er Jahre beherrschte und diesem Jahrzehnt die Eigenschaft zuwachsen ließ, die eigentliche Schwelle zwischen der Gegenwart seit etwa 1970 und der Vergangenheit zu bilden. Vergangenheit – das waren die 50er Jahre mit ihren vielen Ähnlichkeiten zu den späten 20er und frühen 30er Jahren.

Das Verständnis der 60er Jahre erschließt sich allerdings nicht aus einer zeitgeschichtlichen Analyse, die sich bloß auf dieses eine Jahrzehnt oder auch auf die Zeitspanne der wichtigsten Reform- und Wandlungsprozesse von etwa 1957 bis 1972/73 beschränkt. Vertiefter Einblick sowohl in die Besonderheiten, als auch in die historischen Bedingungen der vielfältigen Veränderungen jener Zeit ist erst dann zu gewinnen, wenn man nach den Voraussetzungen und den Antriebskräften des Wandels fragt. Wir finden sie in mannigfaltigen Spielarten in den 50er Jahren, die sich somit als die Inkubationszeit des Reformjahrzehnts erweisen. Dieser Zusammenhang zwischen den beiden Dekaden sollte nicht mit der Bemerkung überspielt werden, daß Wertorientierungen und Zeitgeist des Jahres 1950 scheinbar so weit entfernt von denen des Jahres 1970 erscheinen. Die Unterströmungen der Nachkriegslandschaft in Westdeutschland erweisen sich als mindestens ebenso wichtig wie das Oberflächenprofil.

Wir sehen, daß es keineswegs in erster Linie die Besatzungspolitik von 1945 bis 1949 gewesen ist, welche die nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch kulturelle und ideelle Orientierung der Gesellschaft der Bundesrepublik hin zum europäisch-atlantischen Westen bewirkte. Starke Impulse und eminent wirkungsvolle Einflüsse erzeugten Meinungsbildungsprozesse, öffentliche Diskussionen und die Kämpfe um Meinungsführerschaft in den politischen Parteien, den Verbänden und im Geistesleben. Die erstaunliche Durchsetzungskraft der konsensliberalen Wertorientierung kann nicht allein mit deren zeitgemäßer Plausibilität, auch nicht mit der Macht der westlichen, insbesondere der anglo-amerikanischen Siegermächte erklärt werden, sondern sie hing aufs engste mit der Blockkonfrontation im Kalten Krieg zusammen. Die Teilung des Nationalstaats und die Konfrontation mit der Sowjetunion und dem Kommunismus unmittelbar nebenan in der DDR verliehen dem Antikommunismus in der Bundesrepublik das Gewicht der grundlegenden Gesellschaftsräson. Auf dieser Grundlage sahen die Westdeutschen zukünftig nur einen Ort: Nolens volens traten sie auf die Seite des Westens. Dieser Platz wurde um so entschiedener eingenommen, je stärker antitotalitäre Auffassungen in der internationalen öffentlichen Meinung eine Rolle spielten, denn mit der eindeutigen Stellung gegen die rote Diktatur im ostdeutschen Teilstaat verband sich implizit die scheinbar ebenso ein-

deutige Stellung gegen die braune Diktatur. Das »kommunikative Beschweigen« (Hermann Lübbe) der jüngsten Vergangenheit gehörte zur gesellschaftlichen Praxis des Antitotalitarismus unmittelbar dazu. In einer solchen Situation konnten ideelle Einflüsse zur Geltung gelangen, die im Verlauf von etwa zwei Jahrzehnten wesentliche Wertorientierungen in der westdeutschen Gesellschaft umformten und in einen gesamtwestlichen Wertekonsens integrierten. In den 60er Jahren wurde das allseits fühlbar.

Arnold Sywottek

Nationale Politik als Symbolpolitik. Die westdeutsche Deutschland- und Außenpolitik in gesellschaftsgeschicht- licher Perspektive

Die Außenpolitik und die davon begründet kaum abgrenzbare Deutschland- oder Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sind bisher kaum Gegenstand gesellschafts- und sozialkulturgeschichtlicher Betrachtung. Gesellschaft und Kultur werden zwar oft in außenpolitischen Diskursen angesprochen; die dabei gewonnenen Vorstellungen dienen am Ende in der Regel der Legitimation von Absichten, Zielen oder Strategien von Akteuren, die meistens – auch als Repräsentanten von Institutionen – individuell identifizierbar sind. Zuschreibungen und Selbstzuschreibungen wie »imperialistisch« oder »sozialistisch«, die in den 60er Jahren zuweilen eine Außenpolitik von den »Gesellschaftsformationen« her charakterisieren sollten, sind solchen Legitimationsbemühungen zuzurechnen; gesellschaftsgeschichtlichen Analysen halten sie kaum stand. Das Eigenleben der großenteils vertraglich gestalteten Netzwerke internationaler Politik steht dem ebenso entgegen wie die immer wieder neu entdeckte »Staatsräson«, gleichviel ob diese so genannt oder die Tendenzen zur Fortführung gegebener machtgestützter Verhältnisse auf andere Weise als Norm umschrieben werden.¹

Im Rahmen dieser Gesichtspunkte wird meistens auch die Geschichte der westdeutschen Deutschland- und Außenpolitik analysiert und erzählt. Verfolgt werden Initiativen und Konzepte einzelner Akteure sowie ihre Interaktionen bei der Umsetzung. Analytische Differenzen ergeben sich vor allem bei der Einordnung der geschilderten Vorgänge in übergreifende Prozesse, wenn z. B. in die Beurteilung von institutionellen Kurs-

1 Für die neuerliche Orientierung an dieser Kategorie in einschlägigem Feld vgl. u. a. Matthias Zimmer, Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989, Paderborn u. a. 1992.

wechseln aktuelle Legitimationstendenzen einfließen. War die »neue Ostpolitik« der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel nur die konsequente, zeit- und situationsgemäße Fortführung der Politik ihrer Vorgänger, oder markierte sie einen Bruch? Waren die »kleinen Schritte«, mit denen diese Politik schon Jahre zuvor in Berlin begonnen hatte, eine eigenständige Initiative, oder folgten sie nur einem vorgegebenen Trend? Das sind Fragen, die im eher traditionellen Analyserahmen bis heute unterschiedlich beantwortet werden. Wolfram Hanrieder hat m. E. am intensivsten die Dimensionen markiert, die bei einer Klärung dieser Sachverhalte in einem politikgeschichtlichen Rahmen zu berücksichtigen wären.² Sein Interpretationsmodell, das Westdeutschland als »penetrated system« faßt, ist gerade für die 60er Jahre tragfähig, weil es den für die Bundesrepublik relevanten internationalen Beziehungen in ihrer Eigendynamik Konturen gibt und zugleich an die Vermittlungsbedürftigkeit von äußeren und inneren Anstößen und Bezügen in der Außenpolitik generell erinnert.

Als Gesellschaft kommen die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik freilich auch bei Hanrieder nicht in den Blick. Das mag an der Politikzentrierung der zeitgenössischen Diskussion liegen. Die Debatte in der jungen westdeutschen Politikwissenschaft um 1960 darüber, ob Außenpolitik wirklich »Außenpolitik« sei, kann als Reflex dieser Fixierung gesehen werden. Eine Verständigung über die »Gesellschaft der Bundesrepublik« setzte erst ein, nachdem die territoriale Reichweite des »Deutschland«-Begriffs des Grundgesetzes als politischer Bezugsrahmen durch die Anerkennung von »zwei Staaten in Deutschland« seitens der neuen Bundesregierung Ende 1969 geklärt und damit die 1949 grundgesetzlich gesetzte Vorläufigkeit der Bundesrepublik an ein Ende gelangt schien.³ Diese Vorläufigkeit war an der Norm der Nationalstaatlichkeit orientiert gewesen, von deren Hochschätzung die politische Kultur in Deutschland nachhaltig durchsetzt war.

Mit Recht ist rückblickend darauf hingewiesen worden, daß bei der Proklamation der »neuen Ost- und Deutschlandpolitik« die »Nation« in ihrer Kultur- und Bewußtseinsdimension den »Nationalstaat« als normativen Bezugshorizont der Politik ablöste.⁴ Aber auch »Nation« wurde sei-

2 Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1994*, 2., völlig überarb. u. erweit. Auflage, Paderborn u. a. 1995; zum Folgenden vgl. schon ders., *West German Foreign Policy 1949–1963: International Pressure and Domestic Response*, Stanford (Cal.) 1967.

3 Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen, hrsg. von Hans Steffen, Göttingen 1970.

4 Manuela Glaab, *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, Opladen 1999, S. 57 ff. mit weiteren Hinweisen.

tens der Bundesregierung als Leitbild kaum verbindlich definiert. »Nation ist, wenn man sich wiedersieht« – dieser Satz des Kanzlers Willy Brandt anlässlich der ersten deutsch-deutschen Regierungsbegegnung in Erfurt 1970 mag beispielhaft für das bewußte politische Offenhalten des Begriffs stehen.⁵ Daß in der DDR kurz darauf ein intensives Bemühen einsetzte, die aus der Transformation der dortigen Gesellschaft zum »Sozialismus« erwachsenen Verhältnisse als »sozialistische Nation« zu charakterisieren, die sich von der in Westdeutschland als fortbestehend behaupteten deutschen Nation gelöst hätte⁶, spiegelt den Konflikt in dieser Situation, in der es in der DDR um Abwehr westdeutscher politischer Dynamisierungsabsichten ging, die auch die gewohnten Denk- und Legitimationsmuster umfaßten. Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR hielt dementsprechend 1972 den Dissens in der »nationalen Frage« fest.⁷ In der DDR wurde das Bemühen um Legitimation als eigenständige Nation in überkommenen Denkkategorien für die politische Praxis bald aufgegeben; aus der Bundesrepublik war jedoch bekannt, daß die westdeutsche Politik nach wie vor hintergründig am Nationalstaat orientiert war. Vor allem der »Architekt« der »neuen Ost- und Deutschlandpolitik«, Egon Bahr, bekannte sich zu entsprechenden Motiven.⁸ Die Gründung des Deutschen Reiches einhundert Jahre zuvor gab um 1970 manchen Anlaß, vom nach wie vor unvollendeten Nationalstaat in Deutschland zu sprechen und dabei auch die Überwindung der aktuellen Teilung Deutschlands als aus der Geschichte überkommene politische Aufgabe zu verstehen.⁹ Mit seinem vielzitierten Satz vom November 1989 »Nun wächst zusammen, was zusammengehört« erinnerte Willy Brandt gewissermaßen an seine Regierungserklärung von 1969, in der er postuliert hatte, daß die beiden Staaten in Deutschland füreinander nicht Ausland sein könnten und deshalb Son-

5 Zit. nach: ebd., S. 63.

6 Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996, S. 289.

7 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik; 8.11.72, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 11, hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Hof 1973, S. 268.

8 Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 159 ff.

9 Vgl. besonders differenziert Theodor Schieder, *Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945*, in: *Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen*, hrsg. von dems. u. Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970, S. 422–454, bes. S. 440 f.; ders., *Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte (1971)*, in: ders., *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, hrsg. von Otto Dann u. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1992, S. 145–165.

derbeziehungen entwickelt werden müßten.¹⁰ Hinweise auf Vorbilder in der Vergangenheit, die sich durchaus hätten anführen lassen¹¹, hatte er bezeichnenderweise ebensowenig genannt, wie er auf bestehende Besonderheiten im Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik hingewiesen hatte. Eine Besonderheit, die Auswirkungen des in der Bundesrepublik geltenden Rechts der deutschen Staatsangehörigkeit, das DDR-Bürger, wenn sie es wollten und konnten, auch Staatsbürger der Bundesrepublik sein ließ, hat sich bis zum Ende der DDR erhalten und zu dessen Herbeiführung maßgeblich beigetragen.¹²

Für die Geschichte der westdeutschen Gesellschaft war das aus dem Verständnis der Bundesrepublik als deutscher Kernstaat und Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches abgeleitete Staatsangehörigkeitsrecht von nicht unerheblicher Bedeutung. Es trug, indem es die schnelle Aufnahme von deutschen Zuwanderern ermöglichte, dazu bei, daß die westdeutsche Gesellschaft eine hohe Dynamik aufwies.¹³ Daß dies auch ein Erfolg der »Magnet«-Strategie war, mit der in den ersten Nachkriegsjahren die Gesellschaftspolitik im beginnenden Kalten Krieg charakterisiert worden war, ist angesichts der mit der Zuwanderung auch verbundenen Solidarlasten zunächst nicht wahrgenommen worden, hat aber im Rückblick mindestens den Augenschein für sich. Zugleich trug diese Zuwanderung bis weit in die 50er Jahre hinein nicht nur zum schnellen Wirtschaftswachstum bei, sondern sorgte auch für eine hochgradige regionale Mobilität der Bevölkerung, die erst gegen Ende des Jahrzehnts abnahm.¹⁴

Die Sogwirkung, die von Westdeutschland ausging, und zugleich die mit ihr verbundene Dynamik und Mobilität haben zur Verflechtung einer

10 Für die Situation im November 1989 vgl. Heinrich Potthoff, Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl und die deutsche Frage in den Parteien und der Öffentlichkeit 1982–1989, in: ders., Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 9–93, hier: S. 62f. Für 1969/70 vgl. besonders Willy Brandt beim Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph am 19. März 1970 in Erfurt, zit. nach: Niederschrift (Auszug), in: Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle-Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 135ff., hier: S. 149.

11 Zu denken wäre an die Problematik der Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Deutschen Reich nach 1918.

12 Zu erinnern ist daran, daß die Erosion der DDR mit »Ausreisen« aus der DDR und Besetzungen westdeutscher Botschaften, besonders in Budapest und Prag begann, wo die DDR-Deutschen als deutsche Staatsangehörige Schutz suchten.

13 Hinweise bei Karl Thedieck, Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern. Genese und Grundlagen der Staatsangehörigkeit in deutschlandrechtlicher Perspektive, Berlin 1989; Michael Silagi, Vertreibung und Staatsangehörigkeit, Bonn 1999.

14 Hinweise bei Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, hrsg. von Rainer Schulze u.a., Hildesheim 1987.

Gesellschaft beigetragen, die sich nur allmählich und partiell als westdeutsch zu empfinden begann. Die entsprechende Zuschreibung seitens der DDR dürfte dabei kaum von Belang gewesen sein.¹⁵ Indem die Mehrzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder und aus der CSSR, dazu manche Deutschen aus der Sowjetischen Besatzungszone/DDR, sich jetzt in Westdeutschland niederließen, entstand hier gewissermaßen auf verkleinertem Raum die überkommene deutsche Gesellschaft neu. Sowohl die »Kernstaat«-These als auch der politische Anspruch der Regierung, für alle Deutschen zu sprechen, konnten so Legitimität gewinnen. Die Kritik der DDR am »Alleinvertretungsanspruch« fand auch deshalb hier zunächst kaum Resonanz.¹⁶

Die Institutionen dieser Gesellschaft freilich blieben an ihren westdeutschen Traditionen orientiert – z. B. Landschaftsverbände – oder auf die Instanzen des neuen westdeutschen Föderalismus ausgerichtet, aus dem nach dem Zusammenbruch des zunehmend zentralisierten Deutschen Reiches die neue deutsche Staatlichkeit nach dem Willen mindestens der französischen und amerikanischen Besatzungsbehörden hatte wachsen sollen.¹⁷ Überraschend schnell verschoben sich dabei die Gewichte zu den Zentralinstanzen zunächst in Frankfurt a. M., dann in Bonn.¹⁸ Besonders die Zuwanderer und andere auf die staatliche Sozialpolitik angewiesene Klientel-Gruppen sahen zunehmend dort die Regelungsinstanzen für ihre Probleme. An den Interessenverbänden der Vertriebenen und der ehemaligen Soldaten ließe sich diese Ausrichtung auf die Zentrale gut illustrieren.¹⁹ Für die gesellschaftliche Integration der Zuwanderer war kennzeichnend, daß sie erst in den 60er Jahren in die Repräsentations- und Führungspositionen der »westdeutschen« Verbände einrückten, während in den 50er Jahren besonders im lokalen Rahmen Zusammenschlüsse in

15 Für den häufigen Wechsel der Zuschreibung seit 1948 in der Bezeichnung der Arbeitsgebiete der einschlägigen DDR-Institutionen vgl. Heike Amos, *Die Westpolitik der SED 1948/49–1961*. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 288 ff.

16 Für Ansätze ohne nennenswerte Wirkung vgl. Roger Engelmann u. Paul Erker, *Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969*, München 1993.

17 Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 4. überarb. und erw. Auflage, München 2000, S. 13.

18 Jürgen Weber, *Umriss westdeutscher Staatlichkeit. Aktivitäten des Frankfurter Wirtschaftsrates*, in: *Der Bauplan für die Republik. Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte*, hrsg. von dems., Landsberg am Lech 1996, S. 145–174.

19 Bernd Sonnewald, *Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften von 1947 bis 1952*, o. O. [Berlin] 1975; James M. Diehl, *The thanks of the fatherland. German veterans after the Second World War*, Chapel Hill, N.C. 1993.

Herkunftsgruppen die gesellschaftlichen Strukturen bestimmten.²⁰ Neue Wohnsiedlungen, oft mit Straßennamen, die an die Herkunftsgebiete erinnerten, symbolisierten Heimatverlust und neue Landnahme zugleich.²¹

»Magnet«-Wirkungen und damit verbundene Negativbilder von den Entwicklungen im gegenpoligen »Magnet«-Feld DDR sowie der deutsche »Kernstaats«- und Gesamtvertretungsanspruch sind zweifellos Bedingungen gewesen, die es dem Gründungskanzler der Bundesrepublik ermöglichten, diesen Staat seiner Rason gemäß möglichst fest und hochrangig im »Westen« zu verankern, und zwar gegen Vorwürfe, die Wiedervereinigung als Ziel seiner Politik zu vernachlässigen.²² Bemerkenswert ist, daß er dabei auch die Mehrzahl der traditionell nationalstaatlich orientierten Bevölkerungskreise in sein Lager ziehen konnte, während es der oppositionellen Sozialdemokratie als neuem Anwalt des Primats der Wiedervereinigung nicht gelang, hier nennenswerten Zuspruch zu gewinnen.²³ Zwar vermochte sie wiederholt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema Wiedervereinigung zu lenken – 1953/54 und 1959/60 war die Resonanz besonders intensiv –, solche Aufmerksamkeit beeinträchtigte aber nicht die realistische Wahrnehmung von einschneidenden politischen Entscheidungen und daraus abgeleiteten Prognosen. Die Bundestagswahlen von 1953 bestätigten einen Kanzler, dessen Politik für »Wiederbewaffnung« und Souveränität der Bundesrepublik einen Anlaß für die Radikalisierung des Wegs zum »Sozialismus« in der DDR 1952 geliefert hatte, die den Aufstand vom Juni 1953 provozierte, der wiederum den Wunsch nach Wiedervereinigung im Westen dominant werden ließ.²⁴ Die Pariser Verträge von 1955 erscheinen dann im Rückblick als Wendepunkt diesbezüglicher Erwartungen in der Bevölkerung.²⁵ Bekenntnis-kampagnen wie die Aktion »Macht das Tor auf!« von 1959/60 ließen zwar Wünsche noch einmal hochschnellen, änderten aber kaum die skeptischen Erwartungen.²⁶

20 Maréou Frantziach, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einer kommentierten Bibliographie, Berlin 1987.

21 Dies setzte sich auch in den Patenschaften westdeutscher Kommunen für chedem Ostdeutsche Kreise fort; s. z.B. Baden-Württemberg und seine Patenschaften. Ostdeutsche Kulturarbeit im Land und in den Gemeinden, Stuttgart 1987.

22 Vgl. die dafür zentrale Auseinandersetzung um Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin/Bonn 1990.

23 Vgl. dazu die Skizze von Heinrich August Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, hrsg. von dems. u. Hartmut Kaelble, Stuttgart 1993, S. 12–33.

24 Glaab (wie Anm. 5), S. 149.

25 Ebd., S. 143.

26 Ebd., S. 148. Zur Aktion »Macht das Tor auf« vgl. Christoph Meyer, Die deutsch-

Die Politikgeschichte im Feld der politischen Kultur ist noch nicht voll ausgeleuchtet; gleichwohl ist erkennbar, daß die eingangs erwähnte Hochschätzung der nationalstaatlichen Orientierung auf innergesellschaftliche Grenzen stieß, die einerseits gewissermaßen aus Bodenständigkeit und institutionalisierter Trägheit der sich bildenden Gesellschaft resultierten und andererseits von den laufenden Ereignissen bestärkt wurden, die identitätsfördernd wirkten. So war beispielsweise erstmals 1958 in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft von der »Westdeutschen Landwirtschaft« angesichts der in Kraft getretenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Rede²⁷ – ein Reflex sicherlich auch des bei inter- und transnationalen Verhandlungen sich zunehmend einschleifenden Sprachgebrauchs. Deutlich wurde bei dieser Gelegenheit auch, daß von der Gesellschaft her nicht Initiative, sondern Reaktion die Sicht auf die trans- und internationalen Beziehungen determinierte. Ein breiteres Interesse an einer aktiven Außenpolitik bedurfte besonderer Stimulation. Erst allmählich baute sich eine Norm auf, die gute Beziehungen zu den USA, zu England und – seit den 60er Jahren – zu Frankreich postulierte. »Europa« hatte in dieser außenpolitischen Orientierung bis Mitte der 60er Jahre durchgängig nur einen geringen Stellenwert.²⁸

Gefördert wurde dieser skeptische Blick nach »draußen« in Westdeutschland auch durch die im Osten wahrgenommene »russische« und kommunistische Bedrohung.²⁹ Diese Bedrohungswahrnehmung verstärkte sich massiv nach dem sowjetischen Berlin-Ultimatum vom November 1958, und sie erfuhr durch die Ummauerung West-Berlins seit August 1961 einen nochmaligen Impuls.³⁰ Zwar ist oft von der Verzweiflung, die diese brutale Maßnahme der DDR zur eigenen Existenzsicherung auslöste, sowie von der Enttäuschung über die Passivität der Schutzmächte West-Berlins zu lesen.³¹ Indes scheint die öffentliche Artikulation dieser Reaktionen auch ein Fall inszenierter politischer Kultur gewesen zu sein, dem mindestens von einigen Akteuren Ventilfunktion zugehört war. Kanzler Adenauer spielte z. B. seit 1958 mit dem Gedanken einer

landpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Landsberg am Lech 1997, S. 159 ff.

27 Roderich Plate, Die westdeutsche Landwirtschaft am Vorabend des Gemeinsamen Europäischen Marktes. Derzeitiger Stand und voraussichtliche Entwicklung des Agrarmarktes. Vortrag, Frankfurt a. M. 1959.

28 Vgl. entsprechende Übersichten aus ausgewerteten Meinungsfragen bei Michael Wolffsohn, Deutsch-Israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952–1986, München 1986, S. VIII u. 55; für Europa Glaab (wie Anm. 5), S. 173 ff.

29 Eine empirisch zureichende Untersuchung dieser doppelten Bedrohungsvorstellung steht (noch) aus.

30 Glaab (wie Anm. 5), S. 218 ff.

31 Vgl. dazu die vordergründig widersprüchlichen Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen 1961/2; ebd., S. 226 f.

»Österreich-Lösung« für die DDR, bei der deren Eigenstaatlichkeit respektiert werden sollte, wenn bürgerliche Freiheiten im Innern gewährt würden.³² Dies hatte er auch einmal dem sowjetischen Botschafter der Bundesrepublik vorgetragen. Und Willy Brandt hatte auf das sowjetische Berlin-Ultimatum mit Überlegungen reagiert, denen zufolge mit Stacheldraht eingezäunte Autobahnen den ungehinderten westlichen Zugang nach West-Berlin ermöglichen sollten.³³

Solche Denkmodelle entsprachen durchaus dominanter Gestimmtheit der westdeutschen Bevölkerung und helfen erklären, warum der erkennbar auf Dämpfung der Emotionen bedachte Kanzler in den Bundestagswahlen im Herbst 1961 noch einmal bestätigt wurde.³⁴ Die SPD war zudem 1960 programmatisch auf den außen- und deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung eingeschwenkt und betrachtete die Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Sicherheitssysteme als Grundlage und Ausgangspunkt auch ihrer Politik.³⁵ In West-Berlin war die damit verbundene Abhängigkeit von den Schutzmächten seit 1948 als politische Existenzgrundlage geläufig.³⁶

Diese Rahmenbedingungen für die Außen- und Deutschlandpolitik lassen das Handeln der für die entsprechende Symbolpolitik im Innern zuständigen institutionellen Akteure, vor allem des 1954 gegründeten »Kuratoriums 'Unteilbares Deutschland'« in einem etwas flackernden Licht erscheinen. Zum einen brachte es zweifellos die Wiedervereinigungswünsche vieler Westdeutscher zum Ausdruck, zum anderen läßt sich jedoch deutlich erkennen, daß nicht zuletzt die Kontrolle einer deutschen Wiedervereinigungsbewegung in Westdeutschland ein wesentliches Ziel dieser Symbolpolitik war, die sich bald auf die Ausgestaltung des 17. Juni zum allgemeinen nationalen Gedenk-, Demonstrations- und Protesttag konzentrierte.³⁷ Mit der 1961 intensivierten Aktion »Kerzen ins Fenster« sollte darüber hinaus in der Weihnachtszeit ein zweiter jährlicher Höhepunkt der inszenierten Verbundenheit mit den Deutschen in der DDR gesetzt werden. Vermieden werden sollten in jedem Fall konflikt-

32 Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 99ff.

33 Meyer (wie Anm. 28), S. 183.

34 Bernhard Vogel, Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961, Köln 1965; Max Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961, Meisenheim/Glan 1967.

35 Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1982.

36 Abraham Ashkenasi, Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln 1968.

37 Meyer (wie Anm. 28), S. 143 ff.; auch Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 65 ff.

provozierende Veranstaltungen an Mauer und Stacheldraht.³⁸ Dies entsprach dem erkennbar wachsenden Interesse der Westdeutschen an Frieden für sich in jenen Jahren.

In diese Symbolpolitik fügt sich funktional auch die zentrale Losung ein, die 1961 vom »Kuratorium 'Unteilbares Deutschland'« für den 17. Juni ausgegeben wurde: »Einheit und Freiheit«.³⁹ Angesichts der erfahrenen Gewaltpolitik an der Grenze zur DDR und besonders in Berlin konnte das Eintreten für diese Losung kaum mit Verwirklichungserwartungen verbunden sein. Da das Eintreten für die Freiheit in der DDR absehbar folgenlos bleiben würde und provozierende Protestaktionen gegen die Unfreiheit dort vermieden werden sollten, bot sich allein Westdeutschland als Gestaltungsraum. Aktionsbereite Gruppen besonders unter den Studenten – eine kleine Gruppe in der Bevölkerung, die seit jeher für politische Mobilisierungen empfänglich war –, wurden deshalb auf die verstärkte freiheitliche Ausgestaltung der Bundesrepublik gelenkt. Man wird hierin auch eine Wurzel des gegen Ende der 60er Jahre eskalierenden Jugend- und Studentenbewegung erkennen können. Seit Mitte der 60er Jahre sanken Resonanz und Beteiligung an der nationalstaatlich orientierten Symbolpolitik, und die vielzitierte »Unruhe der Jugend« stieg an.⁴⁰

Zunehmende Distanz der Westdeutschen gegenüber der DDR resultierte mithin nicht nur aus der Sperrung der seit 1952 nur noch in Berlin offenen Grenzen, sondern folgte auch westdeutschen Reaktionen darauf. Risikoreiche Durchbrechungen und – mehr noch – an »Todesstreifen« und »Schießbefehl« scheiternde Fluchtversuche von Ostdeutschen fanden zwar immer wieder Aufmerksamkeit in Westdeutschland⁴¹, haben aber die Tendenz zur zunehmenden Respektierung der DDR – zunächst nicht als legitime Herrschaft oder in Teilen attraktive Konkurrenzgesellschaft⁴², sondern als Gewaltregime – nicht gebrochen. Auch im Aufkündigen der Beziehungen im Verbandssport, die der (West-)Deutsche Sportbund 1961 vornahm⁴³, war solche Respektierung enthalten. Soweit organisierte Beziehungen, z. B. in Kirchenkreisen, weiterhin wahrgenommen werden sollten, banden DDR-Instanzen die Genehmigung zur Fortsetzung der Kontakte nicht selten an die Bedingung, auch mit offiziellen Repräsentanten Umgang zu pflegen, um auf diese Weise Respektabilität zu demon-

38 Meyer (wie Anm. 28), S. 303ff.

39 Ebd., S. 253.

40 Meyer (wie Anm. 28), S. 409ff.

41 Vgl. u.a. Rainer Hildebrandt, *Es geschah an der Mauer. Eine Bilddokumentation des Sperrgürtels um Berlin (West), seine Entwicklung vom »13. August« 1961 bis heute mit den wichtigsten Geschehnissen*, 3. erg. u. verb. Auflage, Berlin 1968.

42 Glaab (wie Anm. 5), S. 321ff.

43 Deutscher Sportbund, *Dokumente zum Thema Sport und Politik*, Frankfurt a. M. 1961.

strieren und so die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR zu fördern. Seit der Mitte des Jahrzehnts kristallisierten sich um das »Ja« oder »Nein« zu solcher Anerkennung nicht nur unterschiedliche Richtungen der westdeutschen Deutschlandpolitik, auch die partielle Umschichtung und Neuformierung der politischen Lager war z.T. daran orientiert.⁴⁴

Die Geschichte der Ost- und Deutschlandpolitik der 60er Jahre ist breit dokumentiert, intensiv analysiert und oft erzählt worden.⁴⁵ Sie soll hier nicht en detail rekapituliert werden. Herausgestellt seien aber einige Bezüge, Begleitumstände und Impulse, an die nicht immer gedacht wird, wenn vom »Wandel durch Annäherung«, von der »Politik der Bewegung« und der »Politik der kleinen Schritte« sowie von der auf »Entkrampfung« und schließlich von der auf eine »europäische Friedensordnung« gerichteten Politik die Rede ist. Zu den Begleitumständen zählt der deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963, erwachsen aus einer Initiative des französischen Präsidenten Charles de Gaulle, der durch die enge Bindung der Bundesrepublik an Frankreich seiner Vision eines »Europa der Vaterländer« näher zu kommen suchte.⁴⁶ Der Blick der Westdeutschen, von de Gaulle als »großes Volk« angesprochen, wurde dadurch verstärkt nach Westen gelenkt. Städtepartnerschaften und vor allem das zentral herausgestellte Deutsch-französische Jugendwerk entfalteten in der Folgezeit spürbare Wirkung, allerdings nicht in der erhofften Breite.⁴⁷ Zugleich stärkte die Frankreich-Orientierung die auf den Nationalstaat fixierten Positionen in der deutschlandpolitischen Auseinandersetzung, schuf jedoch im Regierungslager, ja in der Bundesregierung selbst, zwei Fraktionen. Den europabegeisterten »Gaullisten« standen die »Atlantiker« gegenüber, die die bis dahin dominante Bindung an die USA nicht schwächen wollten. Zu den Atlantikern gehörte der Außenminister Gerhard Schröder, der mit seiner »Politik der Bewegung«, die auf die Intensivierung der Handelsbeziehungen zu den »Ostblock«-Ländern mit Ausnahme der DDR zielte, diese isolieren wollte.⁴⁸ »Risse im Ostblock«

44 Glaab (wie Anm. 5), S. 251 ff.

45 Zuletzt Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999 (mit ausführlicher Bibliographie).

46 De Gaulle, *Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth u. Robert Picht, Opladen 1991; Pierre Maillard, *De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum*, Bonn 1991; Eckart Conze, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963*, München 1995.

47 Vgl. *Fremdsprache – Partnersprache: Sprache und interkulturelles Lernen in Deutschland, Frankreich und Europa*, hrsg. vom Deutsch-französischen Jugendwerk, Baden-Baden 1995.

48 Ernst Kuper, *Frieden durch Konfrontation und Kooperation. Die Einstellung von Gerhard Schröder und Willy Brandt zur Entspannungspolitik*, Opladen 1974.

zu seiner Destabilisierung zu nutzen, kann als Kalkül dieses auch in den USA verfolgten Konzepts gelten.⁴⁹

Dem stand ab Mitte 1963 die Alternative der »Friedenspolitik« John F. Kennedys gegenüber, die nach der Kuba-Krise, die an den Rand eines Atomkriegs geführt hatte, aus sicherheitspolitischen Gründen für mehr Mit- als Gegeneinander in den Ost-West-Beziehungen sorgen sollte.⁵⁰ Diese Politik fand eher bei den im Bundestag oppositionellen, in Berlin jedoch regierenden Sozialdemokraten Sympathien. Die erstmals für Weihnachten 1963 erwirkten Besuchsmöglichkeiten für Westberliner in Ost-Berlin, ausgehandelt durch Beauftragte des West-Berliner Senats und der DDR-Regierung, entsprachen, indem Rechts- und Statusfragen phantasievoll und pragmatisch überwunden wurden, dieser Alternative. Die sogenannten »Passierschein-Verhandlungen« konnten mehrmals erfolgreich zum Abschluß gebracht werden, bis sie 1966 scheiterten.⁵¹

Inzwischen hatte auch die DDR-Führung Signale des Eingehens auf die westdeutschen Avancen gegeben. Journalisten der Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« durften 1963 die DDR bereisen und berichteten von ihrer »Reise in ein fernes Land«.⁵² 1964 bot der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des DDR-Staatsrates, Walter Ulbricht, einen »Zeitungsaustausch« an, der ausgewählte DDR-Zeitungen in der Bundesrepublik und solche aus der Bundesrepublik in der DDR frei zugänglich machen sollte. Und kurz darauf wurde ein »Redneraustausch« zwischen SED und SPD vorbereitet.⁵³ Schließlich schlug Ulbricht einige deutsch-deutsche Regelungen vor, die daran erinnerten, daß die DDR-Führung nach wie vor das erstmals 1956 proklamierte Ziel verfolgte, durch eine Konföderation die staatliche Fort-Existenz der DDR zu sichern.⁵⁴ Anfang 1965 erreichte sie mit der Beinahe-Anerkennung durch Ägypten beträchtliche Fortschritte in dieser Richtung. Dabei ließ sie keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie ihre Einheitsperspektive auf die überkommene »antifaschistische« Strategie der »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«

49 Zbigniew Brzezinski, Planspiel. Das Ringen der Supermächte um die Welt, Erlangen 1989; ders., Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a. M. 1999.

50 Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons: Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung. Köln u. a. 1992.

51 Potthoff, Im Schatten (wie Anm. 48).

52 Mation Gräfin Dönhoff, Rudolf Walter Leonhardt u. Theo Sommer, Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR, Hamburg 1964.

53 Regina Siewert u. Helmut Bilstein, Gesamtdeutsche Kontakte. Erfahrungen mit Parteien- und Regierungsdialo, Opladen 1969; noch Gottfried Zieger, Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949–1987, Köln 1988, S. 107.

54 Diese Linie galt bis zum Frühjahr 1967, Erker (wie Anm. 18), S. 177 f.

stützte.⁵⁵ Die in der Bundesrepublik beginnende zweite Phase justizieller Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im »Dritten Reich« sowie vermehrt aufkommender Rechtsradikalismus mochten auf Resonanz eines solchen »Antifaschismus« hoffen lassen⁵⁶, der in der DDR immer wieder zur Legitimation der eigenen Existenz angeführt wurde. Das DDR-Kalkül, die in der Bundesrepublik oppositionelle SPD zum Partner für ihre Ziele zu gewinnen, ging nicht auf. Lediglich der öffentliche Sprachgebrauch bei der Bezeichnung der DDR begann sich zu ändern; die Rede von der »(sowjetischen) Zone« nahm ab, die von der »so genannten DDR«, in der Schriftsprache »DDR« (in Anführungszeichen), zu.⁵⁷

Zugleich war das Gewicht der Bundesrepublik in ihren Bündnissen gestiegen. Sicherheitspolitisch war ihrem seit 1958 verfolgten Ziel nach Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen durch die Beteiligung an einer NATO-Planungsgruppe für nukleare Verteidigung Rechnung getragen worden⁵⁸, und im Rahmen der EWG erwiesen sich ihre Vertreter 1965 als Vermittler gegenüber einer störrischen französischen Haltung in der EWG.⁵⁹ Gleichwohl mahnte sogar US-Präsident Johnson, der Kennedys Entspannungspolitik in Europa fortführte – zunehmend auch als Entlastung beim gesteigerten Vietnam-Engagement –, weitere Schritte in der Politik des Entgegenkommens gegenüber Osteuropa an.⁶⁰ Die Schröder-sche Politik war nicht zuletzt wegen zunehmender Nationalstaatsorientierung – in Reden prominenter Angehöriger des Regierungslagers war von der »Wiederherstellung des Deutschen Reiches« als unaufgebbarem Ziel deutscher Politik sowie von der »Rückgabe des Sudetenlandes« die Rede – ins Stocken geraten.

Gegen solche Tendenzen hatte sich Ende 1965 der letzte Verband zu Wort gemeldet, der mit einigem Gewicht und seiner territorialen Reichweite gesamtdeutsche Traditionen verkörperte: In einer Denkschrift über »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« hatte die Evangelische Kirche Deutschlands

55 Für zeitlich wechselnde Differenzierungen hinsichtlich der konkreten Ziele vgl. Erker (wie Anm. 18), S. 149 ff.

56 Autorenkollektiv (Horst Hemberger u.a.), *Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland*, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1965; zum entscheidungspolitischen Hintergrund vgl. Erker (wie Anm. 18), S. 172 ff.

57 Glaab (wie Anm. 5), S. 115 ff.

58 Helga Haftendorn, *Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise 1966/67*, Baden-Baden 1994.

59 Ebd.

60 Volker Hentschel, Ludwig Erhard. *Ein Politikerleben*, Landsberg am Lech 1996, S. 457 ff.

(EKD) die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze nahegelegt und so auf Forderungen der Vertriebenenverbände reagiert, die »Wiedervereinigung Deutschlands« nicht länger primär als Zusammenfügung der DDR mit der Bundesrepublik zu verstehen.⁶¹ Da die DDR die Oder-Neiße-Grenze bereits 1950 als »Friedensgrenze« anerkannt hatte, war dies allein ein bundesrepublikanisches Problem. Daß sich unter den Westdeutschen in den folgenden Jahren die »Wiedervereinigungs«-Vorstellung wieder mehr auf die beiden deutschen Staaten verschob, dürfte auch auf die öffentlichen Diskussionen, die die Denkschrift auslöste, zurückzuführen sein. Der Anteil der Westdeutschen, die bei ihrer Wiedervereinigungsforderung z. B. unter der Parole »Dreigeteilt niemals« die Gebiete jenseits der Oder (und vielleicht sogar das Sudetenland) einschlossen, fiel unter den Anteil der von dort Geflüchteten und Vertriebenen – ein Zeichen auch für die politisch-soziale Integration mindestens der »zweiten Generation« dieser Bevölkerungsgruppe.⁶²

Mit der EKD-Denkschrift kam eine emotionale Dimension in die Diskussion über die westdeutsche Außen- und Deutschlandpolitik auch gegenüber Osteuropa, die bei der Abkehr von der »Erbfeindschaft« mit Frankreich schon einmal angeklungen war: Versöhnung und Frieden. Zunächst fand sie eine eher bürokratische Resonanz. Besonders von der US-Führung ständig zu außenpolitischer Aktion gedrängt, sah das Auswärtige Amt in der gegebenen Situation nur die Möglichkeit der Bekräftigung überkommener Grundsätze. So ließ es die Regierungen der osteuropäischen Staaten, nicht jedoch der DDR, 1966 wissen, daß die Bundesrepublik die Grenzen in Europa nicht mit Gewalt verändern und sich an internationalen Abrüstungsverhandlungen beteiligen wolle.⁶³ Dies gab die Bundesregierung auch allen anderen Regierungen, mit denen sie diplomatische Beziehungen pflegte, zur Kenntnis, ferner den Regierungen der arabischen Staaten, die solche Beziehungen abgebrochen hatten, nachdem die Bundesrepublik und Israel 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten.⁶⁴

Nennenswerte Sofortreaktionen auf diese von allen Bundestagsfraktionen befürwortete »Friedensnote« blieben in den osteuropäischen Staaten

61 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. Mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf, Hannover 1965.

62 Glaab (wie Anm. 5), S. 75.

63 Vgl. dazu die Erinnerungen des Leiters des Außenpolitischen Büros im Kanzleramt Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 280ff.; ders., (wie Anm. 64), S. 301 ff.

64 Yeshayahu A. Jelinek, Zwischen Moral und Realpolitik, Deutsch-israelische Beziehungen 1945–1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen 1997.

aus. In der Geschichte der politischen Kultur Westdeutschlands kommt ihr jedoch insofern Bedeutung zu, als sie erstmals parteiübergreifend »Frieden« als oberstes Leitziel formulierte. Die Regierung der Großen Koalition konnte daran mit ihrer Politik des »Gewaltverzichts« – den osteuropäischen Staaten wurde der Austausch entsprechender bilateraler Erklärungen angeboten – anknüpfen.⁶⁵ Die jetzt oppositionelle Freie Demokratische Partei (FDP) fand in der »Friedenspolitik« sogar ein Feld der speziellen Initiative und Profilierung.⁶⁶ Sie hatte deutschland- und ostpolitische Vorstellungen 1965 in einem Konzept der »mittleren Schritte« diskutiert; im Frühjahr 1966 war es mehrmals zu Begegnungen mit Vertretern der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands der DDR gekommen; schließlich war in der FDP der Vorschlag eines »gesamteuropäischen Sicherheitssystems« ins Gespräch gebracht worden, das die Sowjetunion und die USA einschließen sollte. Solche Wendungen erinnern nicht zu Unrecht einerseits an Denkmodelle, wie sie seit 1954 von sowjetischer Seite wiederholt vorgetragen worden waren⁶⁷, andererseits an die 1975 in ihr entscheidendes Stadium tretende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.⁶⁸

In der Regierung der Großen Koalition (1966–1969) wurde die in der »Friedensnote« formulierte Politik also intensiviert, ohne daß der dort gesetzte Zielrahmen verlassen wurde.⁶⁹ Kontaktaufnahme mit DDR-Behörden, um die Beziehungen mit den »Landsleuten im anderen Teil Deutschlands« zu fördern, war jetzt programmatisch angesagt, und selbst ein Briefwechsel zwischen den Chefs der Bundes- und der DDR-Regierung war kein Tabu mehr. Spektakuläre Erfolge wurden in diesem Feld jedoch nicht registriert, denn die DDR-Führung machte die Anerkennung ihres Staates zur Voraussetzung weiterer Vereinbarungen. Zu solcher Anerkennung zeigte sich deutlich nur ein – allerdings bis in die Führung der Partei reichender – Flügel der FDP bereit, außerdem – erheblich

65 Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1986, S. 294 ff.

66 Michael Schmidt, *Die FDP und die deutsche Frage 1949–1990*, Hamburg 1995, Kap. BIV u. C.; Gottfried Niedhart, *Friedens- und Interessenwahrnehmung: Zur Ostpolitik der F.D.P. in Opposition und sozial-liberaler Regierung 1968–1970*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 7* (1995), S. 105–125.

67 Ernst Laboor, *Auf dem Wege nach Helsinki 1954–1975. Die Berliner Außenministerkonferenz 1954. Beginn des Kampfes der Sowjetunion um die Gesamteuropäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, Berlin (DDR) 1977.

68 Wilfried von Bredow, *Der KSZE-Prozeß. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts*, Darmstadt 1992.

69 Dirk Kroegel, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition*, München 1997.

weniger dezidiert – Kreise in der SPD, die in ihrer Gesamtpolitik auch ihrer Rolle als Regierungspartei Rechnung zu tragen hatte.⁷⁰

Für den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt brachte sein Regierungsamt als Außenminister die Berührung mit für ihn neuen Strukturen und Feldern der Sicherheitspolitik.⁷¹ Die Umsteuerung der NATO zu einem zugleich sicherheits- und entspannungspolitischen Instrument, die im sog. Harmel-Bericht von 1967 Niederschlag fand, erfolgte mit seiner aktiven Beteiligung, wurde aber kaum auf Auswirkungen in der Deutschlandpolitik befragt. In Westdeutschland waren allerdings zuvor wirtschaftliche Sorgen in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Der erste Einbruch in den Wachstumszyklus der westdeutschen Nachkriegswirtschaft hatte 1966/67 für kurze Zeit sogar Arbeitslosigkeit mit sich gebracht und so an Risiken der westdeutschen Wirtschaftsordnung erinnert, die seit nahezu einem Jahrzehnt unbekannt waren.⁷² Nachvollziehbar ist das rapide Sinken des Interesses der Bevölkerung an der Wiedervereinigungspolitik für einige Monate; dabei ist ein Sympathiegewinn für die DDR nicht zu erkennen, obwohl der Respekt vor den dort erbrachten Leistungen gerade seit 1966 zugenommen hatte.⁷³ Man wird diese differenzierte Beurteilung auch als nochmaligen Hinweis darauf nehmen können, daß das Thema »Wiedervereinigung« nicht zu den existentiellen Lebensbedürfnissen der Westdeutschen zählte, sondern eher im Feld der Politik und politischen Kultur angesiedelt war. Eine vergleichbare Rangordnung der für wichtig gehaltenen lösungsbedürftigen Probleme war bis 1953 angesagt gewesen.⁷⁴

Weitere Politikfelder, die Aufmerksamkeit auf sich zogen, berührten die Verfassung und politische Kultur der Bundesrepublik. Aus der 1967 einsetzenden Debatte um die »Notstandsverfassung«, die die Souveränität der Bundesrepublik auch in existenziellen Krisen nicht länger, wie bis dato vorgesehen, an die Sieger- und Schutzmächte übergehen lassen sollte, entwickelte sich eine politische Protestbewegung, die die politische Kultur der Bundesrepublik als von politischen Programmen kontrollierte und gelenkte Demokratie in Frage zu stellen begann. Vor allem Angehörige der bereits in der Bundesrepublik politisch sozialisierten Generationen forderten Demokratie nicht länger nur als Willensbildungs- und Le-

70 Alexander Fischer, *Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld*. Berliner Kolloquium der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Verbindung mit dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Köln 1989, S. 91 ff.

71 Barbara Marshall, *Willy Brandt. A political Biography*, Basingstoke 1997.

72 Ernest Mandel, *Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren der Rezession 1966/67*, Frankfurt a. M. 1969.

73 Glaab (wie Anm. 5), S. 148 u. 152.

74 Ebd., S. 354 f.

gitimationsverfahren, sondern als politische Lebensform. Der Staatsbesuch des autokratisch regierenden Schah von Persien wurde im Juni 1967 zum Auslöser einer die Republik durchziehenden Welle studentischen Protests, der sich vor allem gegen die Polizei als brutal auftretenden Ordnungshüter richtete.⁷⁵ Die Erschießung eines in Berlin gegen den Schah demonstrierenden Studenten wurde gewissermaßen zum solidarisierenden Fanal, während der Anlaß, die Solidarität mit den Unterdrückten in der »Dritten Welt«, zurücktrat. Auf dieses Feld hatten die Bundesregierung sowie eine Vielzahl gesellschaftlicher Verbände das Interesse der Bevölkerung seit Ende der 50er Jahre zu lenken versucht⁷⁶; in Kreisen junger Intellektueller war diese von US-amerikanischer Seite geförderte Orientierung jedoch seit dem eskalierenden Vietnam-Krieg in Kritik am »Kapitalismus«, »Imperialismus« und auch »Faschismus« umgeschlagen. Die Gewaltförmigkeit faschistischer Herrschaft, nicht die deutsche Vergangenheit, wurde zu einem zentralen Thema der akademisch-politischen Diskussion.⁷⁷ Für die Ost- und Deutschlandpolitik war diese Protestbewegung vor allem deshalb von Belang, weil sie den Antikommunismus als politische Grundhaltung in Westdeutschland in Frage stellte und hier marxistische Denktraditionen revitalisieren half. Das geduldete, zunächst informelle Wiedererstehen parteikommunistischer Organisationen vollzog sich im Schatten dieser Bewegung, profitierte aber zweifellos von ihr.⁷⁸

Wie stark die westdeutsche Gesellschaft und Politik auf ihre eigenen Probleme, Wahrnehmungen und Konzepte fixiert war⁷⁹, zeigte sich 1968, als das tschechoslowakische Experiment, die kommunistische Parteidiktatur in eine Demokratie zu überführen, am Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes scheiterte. Von Interventionsversuchen oder auch nur -überlegungen zur Stützung der bedrängten Reformen ist nichts bekannt geworden. Außenpolitik – das läßt sich für diese Situation wohl eindeutig feststellen – war auf die Staatsräson fixiert, und diese folgte dem Leitziel

75 Für den Stellenwert dieser Protestrichtung im Rahmen einer allgemeinen Protestgeschichte vgl. Dieter Rucht u. Roland Roth, Weder Rebellion noch Anpassung, Jugendproteste in der Bundesrepublik 1950–1994, in: Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, hrsg. von dens., Opladen 2000, S. 283–304.

76 Vgl. Horst Dumke, Anfänge der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik – eine Korrektur des politischen Bildes, Sankt Augustin 1997.

77 Ulrike C. Wasmuth, Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945. Ein Vergleich, Gießen 1987.

78 Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die neue Linke seit 1968, Köln 1983.

79 Für leicht abnehmende Tendenzen in der Bevölkerungsmeinung über Verhandlungen mit der DDR und ihre Anerkennung vgl. Glaab (wie Anm. 5), S. 255 f.

»Frieden«, während innenpolitisch Forderungen nach »Reformen« sowie nach Anerkennung der DDR die Diskussion bestimmten. Deren politische Beteiligung an der Besetzung der CSSR lieferte nicht einmal breit angezogene Argumente für neuerliche Distanzierung.

Demokratie nach innen, Frieden nach außen, Absage an den Faschismus in beiden Richtungen – so läßt sich wohl das dominierende politische Selbstbild von Westdeutschland für 1969 profilieren. »Gute Nachbarn nach innen und nach außen« – diese Norm gab Willy Brandt, der erste sozialdemokratische Kanzler seit fast vierzig Jahren, den Westdeutschen 1969 in seiner Regierungserklärung vor und reagierte so auf verschiedene Anstöße in den vorausgegangenen Monaten. Mit Gustav Heinemann war ein unpräntiöser »Bürgerpräsident« ins Amt gelangt, für den demokratische Traditionen des 19. Jahrhunderts Leitziele waren, der schon in den 50er Jahren von aussichtsloser Position her eine eigenständige alternative Wiedervereinigungspolitik gefördert hatte und nun das Thema Demokratie und Frieden auf die Agenda nicht zuletzt der Geistes- und Sozialwissenschaften und der politischen Bildung setzte.⁸⁰ Seine Wahl wiederum hatte signalisiert, daß das Ergebnis der Bundestagswahl eine sozialliberale Koalitionsregierung ermöglichen könnte.⁸¹ In Meinungsumfragen über die Bereitschaft zur Anerkennung der DDR stellte eine steigende Mehrheit der Bevölkerung diese Anerkennung gewissermaßen als Aufgabe.⁸² Die DDR mag dabei mit ihren neuerlichen Initiativen⁸³ ein Impulsgeber gewesen sein, die FDP mit ihrem kurzen Entwurf eines Anerkennungsvertrags ein weiterer – wichtiger dürfte das Ziel gewesen sein, sich einer immer wieder belastenden Blockade zu entledigen.⁸⁴ Daß sich die Landeskirchen der EKD 1969 in einem eigenen Kirchenbund verselbständigten und so die letzte große Klammer des deutschen Nationalstaats lockerten, deutet darauf hin, daß auch dort das Arrangement mit den bestehenden staatlichen Strukturen Oberhand gewann.⁸⁵

Nicht unerheblich für die von der Regierung Brandt/Scheel eingeleitete neue Vertragspolitik mit den osteuropäischen Staaten und der DDR

80 Helmut Lindemann, Gustav Heinemann, München 1978; Karl Ludwig Sommer, Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960–1969, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns, München 1980.

81 Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt – Scheel, Stuttgart 1982.

82 Für zeitliche und sachliche Feindifferenzierungen vgl. Glaab (wie Anm. 5), S. 255 f.

83 Am 18.12.1969 schickte der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht den Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD an Bundespräsident Heinemann.

84 Vgl. dazu besonders die Ergebnisse von Meinungsbefragungen 1971/72, referiert bei Glaab (wie Anm. 5), S. 261f.

85 Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung. Ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, Witten 1970.

war, daß seitens der Wirtschaftsverbände kein Veto signalisiert wurde.⁸⁶ Die sowjetische Regierung hatte schon zu Beginn der 60er Jahre ihr Interesse an intensivierten Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik bekundet, im Zuge der Verschärfung des Ost-West-Konflikts war jedoch besonders durch das von den USA forcierte Embargo bei der Lieferung rüstungsrelevanter Güter eine Stagnation im Wachstum des Warenaustauschs eingetreten, die aufzuheben mindestens die Schwerindustrie interessiert war.⁸⁷ Gerade die Schwerindustrie verfügte überdies mit Berthold Beitz und Otto Wolf von Amerongen über »Botschafter«, die in den osteuropäischen Ländern wohlgeplant waren.

Die einzelnen Schritte, mit denen die neue Ostpolitik praktisch eingeleitet wurde, sowie die dabei auftretenden Schwierigkeiten, auch Mißlichkeiten infolge von Indiskretionen und später sogar von Abgeordnetenbestechung sind in der Bundesrepublik wohl eher als Züge des Spiels auf der politischen Bühne wahrgenommen worden. Ein anhaltendes »Nein« zur »Verzichtspolitik« ist nur bei Repräsentanten der Vertriebenenverbände zu verzeichnen, von denen einige der Koalition als Abgeordnete verloren gingen. In der Bundestagswahl von 1972 wurde die Regierung in ihrem ost- und deutschlandpolitischen Kurs bestätigt.⁸⁸ Folgen der Demokratie- und Protestbewegung, vor allem der erstmals nach Jahrzehnten virulente Terrorismus, beschäftigte die Öffentlichkeit bald intensiver als die Ergebnisse der zähen Verhandlungen besonders zwischen den Vertretern der Bundesrepublik und der DDR.⁸⁹ Wäre das Ausmaß der Förderung der westdeutschen Linksradikalen-Szene durch die DDR damals bekannt geworden, wäre vielleicht ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung eingetreten.⁹⁰ Aber ohne dieses Wissen nahm die Disposition zu einem geschäftsmäßigen Umgang mit der DDR, bei dem für Leistungen Gegenleistungen erwartet wurden, zu. Die Enttarnung des DDR-Spions Guillaume in Kanzler Brandts Umgebung hat sicherlich zur zunehmend nüchternen Beurteilung der DDR-Politik beigetragen.⁹¹

86 Michael Kreile, *Osthandel und Ostpolitik*, Baden-Baden 1978.

87 Kurt P. Tudyka, *Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen*, Nijmegen 1979.

88 Werner Kaltefleiter, *Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972*, Köln u. a. 1973.

89 Werner Link, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt*, in: Karl-Dietrich Bracher u. a., *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 161 ff.; ders., *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt*, in: Karl-Dietrich Bracher u. a., *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987, S. 273–432.

90 Zur Förderung des terroristischen Radikalismus vgl. Michael Müller, *Die RAF-Stasi-Connection*, Reinbek 1992.

91 Die kann man aus dem Rückgang der Sympathie für die DDR nach der Entdeckung Guillaumes schließen; vgl. Glaab (wie Anm. 5), S. 269 u. 339.

Fragt man nach Ursachen für diese Haltung der Westdeutschen, wird man sie nicht allein aus Antworten auf unvermeidbar suggestiv gestellte Fragen erschließen können. Man wird auch die Handlungshorizonte und die entsprechenden Dispositionen einbeziehen müssen. Die Anerkennungspolitik der Regierung hatte in dieser Hinsicht ambivalente Folgen. Sie stärkte einerseits das Bewußtsein in der Bevölkerung, daß sich die DDR und die Bundesrepublik als eigenständige Staaten gegenüberstanden. Andererseits ermöglichte sie vermehrte Kontakte nach »drüben«. Deren Intensität nahm zwar zahlenmäßig zu; sie bedarf aber noch genauerer Analyse.⁹² Die Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik hatten sich »auseinandergelebt«, wie damals gelegentlich gesagt wurde. Die Generationenfolge dürfte dafür der ausschlaggebende Faktor gewesen sein. Die Lockerung der Familienbeziehungen, befördert nicht zuletzt durch die Behebung der wirtschaftlichen Not, die besonders in den ersten Nachkriegsjahren diese Bindungen hatte eng sein lassen, trug ebenfalls dazu bei; des weiteren die Ferien- und Urlaubsreisen, die besonders junge Westdeutsche eher ins südliche und westliche Ausland führten als in die DDR. Die an Bedeutung seit den 60er Jahren zunehmende jugendkulturelle Orientierung erhielt überdies vom »Osten« her kaum Anregungen.⁹³

Die materielle Basis für diese Konstellation war freilich schon in den ausgehenden 40er und beginnenden 50er Jahren gelegt worden, als getrennte Volkswirtschaften entstanden – die Volkswirtschaft der DDR in größerer Abhängigkeit von der westdeutschen als umgekehrt⁹⁴; ein echtes Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Volkswirtschaften oder auch nur zwischen einzelnen Sparten hatte sich nicht eingestellt. Westdeutsche wirtschaftliche Überlegenheit kann deshalb als kaum diskutierte Grundlage aller auch politisch-kulturellen Orientierungen gelten. Der Ausbau dieser Grundlage, nicht zuletzt die Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt, hatte zwar auch mit Außenpolitik zu tun, blieb jedoch in der Willensbildung bis in die 70er Jahre hinein einer breiten politischen Diskussion entzogen. Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung

92 Werner Weidenfeld u. Manuela Glaab, Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen – Konstanten und Wandlungen. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3, Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Frankfurt a. M. 1995, S. 2798–2962, hier: S. 2818–2909; Wilhelm Bleek u. Rainer Bovermann, Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition 1969–1982, in: ebd. Bd. V/2, S. 1141–1187, hier: S. 1172–1176.

93 Eher ist von einem entgegengerichteten, in der DDR teils sub- und gegenkulturellen Kulturtransfer zu sprechen.

94 Bleek/Bovermann (wie Anm. 102), S. 1177.

wurden nicht wie in der DDR als Leistung der Bevölkerung gefeiert. Aus der in hohem Maße vom Export geprägten Volkswirtschaftsentwicklung erwuchs kein spezifisches Selbstbewußtsein der Westdeutschen als Gesellschaft. Ludwig Erhards Parole von 1955 »Wir sind wieder wer« war in ihrer Erinnerung an vergangene Demütigung noch auf die nationaldeutsche Perspektive bezogen. Als er zehn Jahre später, am Ende der Nachkriegszeit, wie er meinte, mithilfe des Konzepts der »formierten Gesellschaft« einen politisch handhabbaren Gesellschaftsbegriff für die Bundesrepublik zu formulieren suchte, stieß dieses Ansinnen auf wenig positive Resonanz.⁹⁵

Die Ausbildung westdeutschen Selbstbewußtseins vollzog sich in einem komplexen Geflecht von Affirmation und Kritik der Verhältnisse, in dem die Außenpolitik generell eine nur marginale Rolle spielte und in dem der Wiedervereinigungspolitik nur eine schwache katalysatorische, am Ende eher blockierende Funktion zufiel. Mehr haben vermutlich seit Ende der 60er Jahre wiederholte Anläufe zu verstärkter Bürgerbeteiligung am öffentlichen Leben zur Formung einer Gesellschaft beigetragen, in der mehrere politische Leitbilder koexistierten. Die Ausrichtung auf den deutschen Nationalstaat blieb zwar im Spektrum der politischen Orientierungen erhalten, hatte jedoch lange kaum Handlungsrelevanz. Nationale Bindungen und überkommene Nationalstaatsorientierungen reichten aber aus, um ab 1989 das Zusammenfügen der Bundesrepublik mit der DDR zu legitimieren. Am Beginn dieser Entwicklung stand die Parole »Wir sind ein Volk«, erfunden im November 1989 in der Parolen-Konkurrenz demonstrierender und protestierender DDR-Bürger und verstärkt durch westdeutsche Medien, gleichwohl in Westdeutschland in ihrem Pathos überzogen anmutend.⁹⁶ Eine klug dosierte nationale Symbolpolitik sorgte dann dafür, daß ein zentral auf den »Volks«-Begriff bezogenes Leitbild mit in Deutschland fatalen Implikationen in der jetzt gesamtdeutschen Gesellschaft Episode blieb.

95 Hentschel (wie Anm. 65), S. 562.

96 Wolfgang Jäger u. Michael Walter, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998, S. 60.

Michael Ruck

Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre

»Je planmäßiger die Menschen vorgehen, desto wirksamer vermag sie der Zufall zu treffen.«

(Friedrich Dürrenmatt, 1962)¹

»Nicht nur die Prognose, auch die Planung, die wir brauchen, ist heute eine Utopie.«

(Georg Picht, 1967)²

Prosperität, Planung, Partizipation – drei Leitbegriffe bündeln die Essenz jener Dekade, welche das gleitende Ende der Nachkriegszeit in Westdeutschland zwischen 1963 und 1973 umschließt: Prosperität als bewährte, aber nicht mehr selbstverständliche Voraussetzung sozialer wie politischer Stabilität im beschleunigten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft; Planung als neuentdecktes Instrument ihrer technokratischen Verstärkung über die Sonderkonjunktur des Wiederaufbaus hinaus; Partizipation als zusehends diametrales Prinzip bürgerschaftlicher Selbstbestimmung über Formen und Inhalte der allgemeinen Wohlfahrt.

Bis zum abrupten Ende des Nachkriegsbooms in den Industriestaaten der westlichen Hemisphäre³ mochte es scheinen, als seien diese drei »P« in einer modernisierten Wachstumsstrategie miteinander vereinbar. Dieses Kalkül wurde seiner materiellen Basis in den Turbulenzen des Weltwährungssystems und im Gefolge der »Ölkrise« 1973/74 beraubt. Ange-

1 Friedrich Dürrenmatt, 21 Punkte zu den Physikern, in: ders., Die Pysiker. Eine Komödie in zwei Akten, Zürich 1962, S. 78, Punkt 8.

2 Georg Picht, Prognose – Utopie – Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt, Stuttgart 1968, S. 59f.

3 Grundlegend dazu Ludger Lindlar, Das mißverständene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität, Tübingen 1997; vgl. dazu besonders den Abschnitt »Die Goldenen Jahre« in: Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 324–362 (engl.: New York/London 1994); vgl. ferner Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 1989, besonders S. 228–235; Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, hrsg. von Hartmut Kaelble, Opladen 1992.

sichts der daraus erwachsenen Kritik, deren Ausläufer bis an die Jetztzeit heranreichen,⁴ muß es verwundern, daß wohl »so manch sturmerprobter Fahrersmann aus dem politischen Planungsbereich sich mit Wehmut an die 60er und 70er Jahre [erinnert], als ein optimistischer politischer Gestaltungswille mit der Bereitschaft zu einem rationalen Beratungs- und Planungsdiskurs einherging«,⁵ die Zeithistoriker hingegen noch kaum einen näheren Blick auf die Planungsgeschichte der Bundesrepublik, ihre Voraussetzungen und Implikationen geworfen haben. Dies um so mehr, als ihnen die besondere Relevanz des Themas für das Gegenwartsverständnis schon frühzeitig nahegebracht worden ist und bewußt gewesen sein muß. Immerhin legte der Soziologe Helmut Klages auf dem 31. Deutschen Historikertag in Mannheim 1976 in einem beachtenswerten Vortrag, der bald darauf im Hauptorgan der Zunft nachzulesen war, den »zeitgeschichtlich orientierten Historiker[n]« ebenso dringend wie klar-sichtig nahe, das Augenmerk auf dieses »lohnende Objekt« zu richten: Womöglich werde die Planungsfrage »dem Historiker zu futuristisch« erscheinen; »an der tiefen geschichtlichen Spur, die die Bewältigung dieses Themas hinterlassen wird, wird er allerdings gewiß nicht vorbeigehen können«.⁶ Bereits 1973 hatten zwei engagierte Sozialwissenschaftler voll der Resignation angeregt, nunmehr eine »Geschichte des Planungsthemas [zu] schreiben« und einen bitteren Vorschlag zur Periodisierung mitgeliefert: »Man könnte [...] dabei, sowohl in der Politik wie in der Wissenschaft, die Phasen: euphorische Planungsforderung und Überwindung des ›Planungstabus‹, Planungsversuche mit wissenschaftlicher Beratungshilfe, schließlich Ernüchterung, wenn nicht Scheitern von Planung (mit Ausweichstrategien bzw. ›Rationalisierungen‹) unterscheiden.«⁷

An solchen bisher weitgehend unbeachtet gebliebenen Anregungen anknüpfend wird diese Skizze die Dimensionen einer westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre ausleuchten⁸ und einige vorläufige

4 Aufschlußreiche Einblicke in die Geisteswelt alternativer Planungskritik, die rezente Spuren auch im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen hat, gewährt beispielsweise die Polemik von Florian Marten, Kaputtgeplant. Das Elend der Raum- und Stadtplanung, Frankfurt a. M./New York 1997.

5 Gerd Mielke, Sozialwissenschaftliche Beratung in den Staatskanzleien. Ein Werkstattbericht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 12 (1999) 3, S. 40–48, hier: S. 48.

6 Helmut Klages, Planung – Entwicklung – Entscheidung: Wird die Geschichte herstellbar?, in: HZ 226, 1978, S. 529–546, hier: S. 543 u. 546.

7 Volker Ronge u. Gunter Schmiege, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt a. M. 1973, S. 11.

8 Einen instruktiven Überblick aus zeitgenössischer Sicht vermittelt Heribert Schatz, Auf der Suche nach neuen Problemlösungsstrategien: Die Entwicklung der politischen Planung auf Bundesebene, in: Planungsorganisation. Die Diskussion um die

Antworten auf die Doppelfrage andeuten, woher die Planungskonjunktur dieser Zeit ihre enorme Schubkraft bezog und warum diese Veränderungsdynamik binnen weniger Jahre erstarb. Auf der Zeitachse gliedert sich diese Entwicklung in fünf Phasen, deren innere Struktur durchaus noch präziserer Konturierung bedarf: Tabuisierung (bis 1962), Inkubation (1963–1966), Implementation (1966–1969), Euphorie (1969–1971), Regression (seit 1972). Benannt werden sollen die Arenen, auf welche sich das Planungsgeschehen jeweils konzentrierte. Beispielhaft vertieft wird dann vor allem ein Politikfeld betrachtet, dessen zentraler Stellenwert eingangs schon angesprochen wurde: die nationalökonomische »Globalsteuerung« – der großangelegte Versuch also, das wirtschaftspolitische Instrumentarium im weitverstandenen Sinne des Wortes zu einem System planvoller Interventionen in das marktwirtschaftliche Geschehen auszubauen. Mit dessen Hilfe sollte es den staatlichen Institutionen gelingen, die allem übergeordnete Zielvorgabe fortwährender Prosperität aktiv zu gewährleisten.

I. Diskursive Anbahnung eines Paradigmenwechsels: Von der Planungsphobie zur Systemimmanenz

»Planung ist der große Zug unserer Zeit. Planung ist ein gegenwärtig ins allgemeine Bewußtsein aufsteigender Schlüsselbegriff unserer Zukunft. [...] Planung ist der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage alles verfügbaren Wissens.«⁹ Dieser vielzitierte Fanfarenstoß Joseph H. Kaisers verkündete die fortgeschrittene Enttabuisierung einer Ordnungskategorie, die weithin den Repressionsarsenalen totalitärer Einparteiendiktaturen zugerechnet worden war. Im Gefolge der Doppelkrise von 1961/62 übte sich die geteilte Welt in tastender Entspannung.

Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, hrsg. von Renate Mayntz u. Fritz W. Scharpf, München 1973, S. 9–67; vgl. auch Dietrich Frank, Politische Planung im Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Parlament, Meisenheim a. Gl. 1976, S. 39–69. Vgl. neuerdings die anregende Rückschau eines anderen Beteiligten: Bernhard Schäfers, Auf der Suche nach einer neuen großen Idee. Der Dritte Weg oder: Zur Diskussion von politischer Planung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frankfurter Rundschau vom 15.10.1999, S. 24. Die zeitgenössische Literatur zu allen möglichen Aspekten dieser facettenreichen Thematik ist seit langem gut erschlossen durch: Bibliographie zur politischen Planung, hrsg. von Michael J. Buse u. Dina von Dewitz, Baden-Baden 1974; vgl. auch Eva-Maria Lohse, Planung in Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Bonn 1972; Rolf E. Vente u. Dieter Seul, Makro-ökonomische Planung. Eine Bibliographie, Baden-Baden 1970.

⁹ Joseph H. Kaiser, Vorwort, in: Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von dems., Baden-Baden 1965, S. 7–9, hier: S. 7.

Zu gleicher Zeit baute die neue US-Administration Kennedys mancherlei Planungselemente in ihre Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ein,¹⁰ während in der Sowjetunion und in den anderen Staatshandelsländern die starren Planvorgaben gelockert zu werden schienen.¹¹

Vor diesem Hintergrund erlebten konvergenztheoretische Relativierungen des Ost-West-Gegensatzes spürbaren Auftrieb. Danach waren fortgeschrittene Industriegesellschaften, unbeschadet weiterbestehender Gegensätze der Herrschaftsorganisation, in ihrer sozial-ökonomischen Entwicklung einer übergreifenden Funktionslogik unterworfen, welche sie über kurz oder lang auf einen mittleren Weg nahe zusammenführen müsse.¹² In dem Maße, in dem sich diese Sichtweise durchsetzte, büßte der Planungsbegriff auch im westlichen Frontstaat des Kalten Krieges sein denunziatorisches Potential ein. Einstweilen vom Attribut der gegnerischen Seite zur sozialtechnischen Handlungskategorie herabgestuft, avancierte die »Planung« alsbald zum Gegenstand systeminterner Debatten über Chancen und Risiken ihres praktischen Einsatzes. Und der waffenstarrenden Blockkonfrontation setzten emphatische »Modelle für eine neue Welt« bereits die praktische Vision eines friedlichen »Wettkampf[s] der Planungen in Ost und West« entgegen.¹³

Andererseits deutete zunächst manches darauf hin, als sei die vielbeschworene »Entideologisierung des Planungsbegriffs«¹⁴ allenfalls vorübergehender Natur. Denn kaum aus den Arsenalen des Kalten Krieges ausgemustert, drohte dieser Topos einer Reideologisierung anheimzufallen. Bald geriet er zu einer bevorzugten Projektionsfläche widerstreiten-

10 Vgl. dazu mit weiteren Hinweisen Wolfram Hoppenstedt, Gerhard Colm. *Leben und Werk* (1897–1968), Stuttgart 1997, S. 292–324.

11 Vgl. für vieles Hermann Lübke, *Herrschaft und Planung. Die veränderte Rolle der Zukunft in der Gegenwart*, in: *Die Frage nach dem Menschen. Aufriß einer philosophischen Anthropologie. Festschrift für Max Müller zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Heinrich Rombach, Freiburg/München 1966, S. 188–211, hier: S. 205 f.

12 Vgl. für vieles Horst Wagenführ, *Wirtschaft im Wandel*, in: *Waldemar Besson u. a., Perspektiven für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von Werner Boeck, Stuttgart u. a. 1968, S. 117–134; Rainer Waterkamp, *Herrschaftssysteme und Industriegesellschaft. BRD und DDR*, Stuttgart u. a. 1972.

13 *Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West. Achtzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten*, hrsg. von Robert Jungk u. Hans J. Mundt, München u. a. 1964. Vgl. auch die gleichzeitig erschienenen Bände 1 und 3 dieser programmatisch beachtenswerten Reihe: *Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit. Neunzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten*, und *Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche. Zwanzig Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten*.

14 Helmut Klages, *Planungspolitik. Probleme und Perspektiven der umfassenden Zukunftsgestaltung*, Stuttgart u. a. 1971, S. 7.

der Bekenntnisse zu den Chancen und Risiken der Moderne. Diese Auseinandersetzungen verschärften sich im Zuge einer diskursiven Offensive derjenigen, welche den »systematische[n] Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage alles verfügbaren Wissens« als das zeitgemäße »Instrument zum Bau einer besseren und gerechteren Ordnung« schlechthin propagierten.¹⁵ Dagegen wandten sich zunächst Gesellschaftstheoretiker konservativer Provenienz. In dem Soziologen Helmut Schelsky fanden sie ihren wortmächtigsten Sprecher.

Schon mit dem Titel seines Traktats über »Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität«¹⁶ setzte Schelsky 1966 einen unmißverständlichen Kontrapunkt zu Kaisers Hymne auf die »Systematik als die planvoll geordnete Totalität unseres jeweiligen Wissens, Rationalität und vor allem Wissenschaft«.¹⁷ Seit Jahren hatte Schelsky als einflußreicher Interpret der Nachkriegszeit vor technokratischen Eingrenzungen individueller wie politischer Entscheidungsfreiheit gewarnt. Um so vehementer wandte er sich nun dagegen, diese ohnehin übermächtige Tendenz auch noch ideologisch zu überhöhen. Planungsbefürwortern warf er vor, ihre Bekenntnisse zur umfassend-planmäßigen Gestaltung der Zukunft offenbarten einen eklatanten Mangel an kritischer Reflexion drohender Fehlentwicklungen. Und ihr ontologischer Gestaltungsanspruch setze eine spezifische Utopie absolut: den funktionalistischen Konstruktivismus. Damit einher gehe ein Verlust anderer Utopien, aus deren Konkurrenz der gesellschaftliche und kulturelle Fortschritt bislang seine Dynamik gewonnen habe.¹⁸ Im übrigen »wiederhol[e] sich der ideologische Herrschaftsanspruch des technologischen Planungsdenkens jetzt bei den wissenschaftlichen Planungsexperten«. Deren »Begriff einer »Planung der Zukunft« sei eine »verführerische Abstraktion der Leute«, die sich anschickten, außerhalb der legitimen Herrschaftsinstitutionen gesellschaftliche Gestaltungsmacht zu usurpieren – in voluntaristischer Manier losgelöst »von den realen Trägern der sozialen Handlung«, mithin unverantwortlich und letzten Endes »ohnmächtig, ja lächerlich«.¹⁹ Diese letztere Kritik, in der sich Schelsky übrigens mit seinem sonstigen Antipoden Theodor Adorno ganz einig

15 Kaiser, *Recht* (wie Anm. 9), Vorwort, S. 7 f.

16 Helmut Schelsky, *Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität*, in: *Soziale Welt* 17 (1966), S. 155–172.

17 Kaiser, *Recht* (wie Anm. 9), Vorwort, S. 7.

18 Schelsky, *Planung* (wie Anm. 16).

19 Helmut Schelsky, *Über die Abstraktheiten des Planungsbegriffes in den Sozialwissenschaften*. (Vortrag Darmstädter Gespräch am 11. September 1966), in: *Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung*, hrsg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Bielefeld 1969, S. 9–24.

wußte,²⁰ war jedoch nicht dazu angetan, den Warnungen vor einer informellen Machtübernahme planender Technokraten besondere Dramatik zu verleihen.

Schärfer und grundsätzlicher noch als Helmut Schelsky wandten sich zwei konservative Schüler Ernst Forsthooffs, Bernard Willms und Hans-Joachim Arndt, gegen den »Ersatz des Politischen durch szientistische, also bornierte Rationalität, Technik und neuerdings Planung«. Dieser »jüngste Aspekt der Utopie als Politik« führe geradewegs in »ein Reich des Zwanges und der Unfreiheit,« prophezeite Willms, indem die Menschen individueller Entscheidungsfreiheit und stimulierender Handlungsunsicherheit beraubt würden.²¹ »Soll der Plan [...] nicht Terror werden,« stieß Arndt dunkel ins gleiche Horn, »so muß er auf die Bewahrung dessen beschränkt werden, was man [...] als die ›gesicherten sozialen Errungenschaften‹ bezeichnen könnte, nämlich die erprobten Techniken.«²² Denn die Verfechter rigider Planungskonzepte verweigerten sich der Erkenntnis, daß »der rationale Staat bereits eine Utopie gewesen sei« und sich nun »in der Figur des Ablaufplans [...] nur das Utopische einer Rationalität schlechthin [enthüllte], die vermeint, durch Organisation Schutz schaffen zu können«. Demgegenüber schwang sich Willms zum anti-kollektivistischen Streiter gegen die akute »Gefahr des kalten Totalitarismus« auf, welche selbst »in der Utopie jener Planungsideologen steck[e]«, die »wissenschaftliche Planung als nüchterne Partialplanung« zu etablieren gedächten.

Mit solchen Argumenten blieb die ohnehin kleine Schar totalitarismustheoretisch inspirierter Modernisierungskeptiker allerdings in der Defensive des beginnenden westdeutschen Planungsdiskurses. Die Mehrheit moderater Befürworter öffentlicher Interventionen auf wirtschaftlichem Gebiet wie im Bildungsbereich oder auf dem weiten Feld der sozialen Sicherung indessen mochten in staatlichen Planungsaktivitäten längst keine Gefahr für die freiheitliche Verfassungs- und Gesellschaftsordnung mehr sehen, sondern unverzichtbare Garanten der Prosperität.²³

Fundamentale konservative Planungskritik wurde zusehends als unzeitgemäß verworfen. Eschatologisch inspirierte Gesamtplanung berge zwar den Keim totalitärer Herrschaft, konzedierte Hermann Lübke denjenigen,

20 Unter Berufung auf Adorno-Zitate in den Artikel »Sinn und Unsinn des Planens« in der FAZ vom 26.5.1966.

21 Bernard Willms, Zur Dialektik der Planung. Fichte als Theoretiker einer geplanten Gesellschaft, in: Wilhelm Anz u. a., Säkularisation und Utopie. Ebracher Studien. Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1967, S. 155–167.

22 Hans-Joachim Arndt, Die Figur des Plans als Utopie des Bewahrens, in: Anz u. a. (wie Anm. 21), S. 119–154.

23 Ulrich Scheuner, Verfassungsrechtliche Probleme einer zentralen staatlichen Planung, in: Kaiser, Recht (wie Anm. 9), S. 67–89, hier: S. 69 f.

die sich nun auf frühe Warnungen Hans Freyers vor möglichen Auswüchsen technokratischer Planung beriefen.²⁴ Doch von einer »utopiefrei sich haltende[n] Planung« erwartete er solche Gefährdungen keineswegs. Gründe doch jene »Zukunftserfahrung, die der pragmatischen Planung« zugrunde liege, »auf der Erfahrung eines beschleunigt ablaufenden technischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, sozialen Fortschritts«. Der aber sei »subjektlos« und »nur im planungstechnischen Ausgang vom technologisch durchrationalisierten Detail ausgreifend beherrscht«. Von dieser »evolutionistischen« Disposition führe kein Weg zu einer »geschichtsphilosophisch inspirierte[n] Totalplanung«, deren ontologischer Gestaltungsanspruch »sich unter den Wirkungen der Sachzwänge, denen die pragmatische Planung gehorcht«, alsbald zersetzen müsse.²⁵

In dieser Argumentation war bereits ein neuer Grundsatzkonflikt angelegt. Bald schon ließ er Lübke wie andere Planer einer anpassenden Modernisierung der ökonomischen, sozialen und institutionellen Strukturen in scharfen Gegensatz zu jenen geraten, welche die »Kulturrevolution« von 1967/68, »in der tendenziell alle bisherigen Werte und Normen des Etablierten in Frage gestellt« wurden,²⁶ planvoll zu einer umfassenden Transformation der privatkapitalistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse Westdeutschlands weiterzutreiben gedachten.

Beide Ansätze verwarf der Soziologe Ralf Dahrendorf als Ausfluß einer illiberalen »Gesinnung der Planrationalität«, die geradewegs in einen bürokratischen »Zirkel der Pläne« führen müsse. Dabei leiste der unverrückbare »Glaube an die Möglichkeit der Gewißheit« komplementär zum generellen »Mißtrauen in die Kraft der dezentralisierten, autonomen Instanzen« einer Ideologie gesellschaftspolitischer Allzuständigkeit Vorschub, deren Planfixiertheit unvereinbar sei mit der »Verfassung der Freiheit«. ²⁷ Eingedenk dieses fundamentalen Gegensatzes »liberaler Marktrationalität« und »totalitärer Planrationalität« begegnete Dahrendorf im übrigen auch allen konvergenztheoretischen Aspirationen mit unverhohlener Skepsis.²⁸

24 Neues Deutschland vom 7. 9. 1961.

25 Lübke, Herrschaft (wie Anm. 11), S. 207 u. 210 f.

26 Rudi Dutschke, Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann u. a., Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Eine Analyse, Reinbek 1968, S. 58–85, hier: S. 63. Vgl. kritisch dazu Hermann Lübke, Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart 1978; ders., Der Mythos der »kritischen Generation«. Ein Rückblick, in: ApuZ, B 20/88 vom 13. 5. 1988, S. 17–25. Vgl. ferner Wolfgang Weber, Die »Kulturrevolution« 1968, in: Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit, hrsg. von Volker Dotterweich, München 1998, S. 207–228.

27 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 359 u. 459 f.; vgl. ebd., S. 68 f., 128, 458 u. 463.

28 Ebd., S. 459 f. u. 479.

Behutsamer als sein liberaler Mitstreiter auf dem Feld der Bildungsreform näherte sich Georg Picht dem prekären Verhältnis von Planung und Demokratie. Einerseits hielt er ausdrückliche Distanz zu der »heute modisch gewordene[n] Diskussion über Planung«, erinnerte auch daran, daß erfahrungsgemäß »die größten Planungserfolge der wissenschaftlich-technischen Welt aus irrationalen Impulsen und aus weitgehend irrationalen Prozessen« hervorzugehen pflegten: »Krieg und Terror neben dem Gewinnstreben«. Andererseits bezweifelte Picht keineswegs die existentielle Notwendigkeit steuernder Eingriffe in die Entwicklung der »technischen Welt«: »nicht was geplant werden soll, ist das größte Problem, das größte Problem ist, wie geplant werden soll«. Freilich müsse dieses Postulat im Sinne Lübbers »streng pragmatisch interpretiert« werden, um nicht einem »Herrschaftsmonopol von partikulären Interessengruppen« oder gar einem »Monopol der Wissenschaftler und der technischen Spezialisten« Vorschub zu leisten. Inspiriert durch die »Utopie der Erhaltung von Vernunft und Freiheit« müsse »rationale« Planung im »Kontext sozialer Praxis« jederzeit die gesellschaftlichen »Voraussetzungen für ihre Realisierung« mitdenken.²⁹

Für Picht gehörte »die Integration der Gruppeninteressen [deshalb] notwendig zum Prozeß der Planung selbst«. Sein Planungsbegriff nahm die Partizipationsbedürfnisse im demokratisch-pluralistischen Parteien- und Verbändestaat nicht bloß als (retardierende) Randbedingung widerwillig zur Kenntnis, er maß ihnen den Stellenwert funktionaler Unverzichtbarkeit zu. Das galt auch für die handlungsleitende Rolle einer »aufgeklärten Utopie«, die zwar jederzeit konkret an den »realen Möglichkeiten des Handelns« ausgerichtet werden müsse, deshalb aber der »Kritik an den gegenwärtigen Zuständen« und des »Willens, die Gegenwart zu verbessern« als essentielles Antriebsmoment mitnichten entbehren könne.³⁰

29 Georg Picht, *Prognose* (wie Anm. 2), S. 48 f., 55–58 u. 61. – Zum positiven Bedingungs-zusammenhang von Planung und Freiheit vgl. auch Wolfgang E. Burhenne, *Ansätze deutscher »Planarbeit« und Möglichkeiten für die Entwicklung eines deutschen »Planungsamtes«*, in: *Deutschland ohne Konzeption?* (wie Anm. 13), S. 469–502, hier: S. 502; Konrad Meyer, *Planung*, in: *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 2, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1970, S. 2351–2361, hier: S. 2359; Hans W. Kettenbach, *Der lange Marsch der Bundesrepublik. Aufgaben und Chancen der inneren Reformen*. Mit einem Vorwort, einem Interview und einer Dokumentation, Vorwort Reimut Jochimsen, Interview mit Bundeskanzler Willy Brandt, Düsseldorf/Wien 1971, S. 10 f.

30 Ebd., S. 15 u. 49. Vgl. die Inhaltsangabe zu Walter Dirks, *Die Zukunft als Tabu*, in: *Deutschland ohne Konzeption?* (wie Anm. 13, S. 35–54), S. 7 f., hier: S. 7: »Er bekennt sich zu der »realen Utopie«, d. h. einer aus den Gelegenheiten der Gegenwart entwickelten realen Zukunftsmöglichkeit, die als begrenztes Zukunftsziel entworfen und geplant werden soll.«

Während Dahrendorf seinen Freiheitsbegriff in klassisch liberaler Manier vom Individuum her definierte und der Wirtschaftsliberale Ludwig Erhard den Planungsbefürwortern sein nebulöses Integrationskonzept einer »Formierten Gesellschaft« entgegenhielt,³¹ stellte sich Picht konsequent auf den Boden der gruppenpluralistischen Wirklichkeit. Aus dieser Perspektive stand das unabweisbare Erfordernis »rasche[r] und effektive[r] Planung« keineswegs im grundsätzlichen Widerspruch zu jenen Forderungen nach Teilhabe und Veränderung, die sich seit dem Abtritt Adenauers immer hörbarer artikulierten. Das eigentliche Dilemma der Gegenwart erblickte der Heidelberger Religionsphilosoph vielmehr darin, daß sich »zwischen den heutigen Möglichkeiten der Planung und den unaufschiebbaren Aufgaben der Planung ein riesiger Abstand« auftue. Angesichts dieser bedrohlich sich weitenden Lücke rief Picht dazu auf, »heute noch« damit zu beginnen, aus dem Dreischritt: »wissenschaftliche Prognose« – »wissenschaftliche Utopie« – »wissenschaftliche Planung« heraus konkrete »Direktiven des Handelns« zu entwerfen.³²

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf das politische und intellektuelle Klima der ausgehenden Adenauer-Ära, daß die Initialzündung der westdeutschen Planungsdiskurse von außen kommen mußte. Zwar wurden die Kanzlerparteien und deren überragende Integrationsfigur seit 1961 zusehends als »unmodern« wahrgenommen,³³ und es begann sich ein diffuses Unbehagen an der Hyperstabilität des »CDU-Staates« über linksintellektuelle Zirkel und die regierungskritische Publizistik hinaus in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft auszubreiten.³⁴ Gleichwohl wagte die so-

31 Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1966; vgl. für vieles Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg a. L. 1996, S. 561 f.; ferner Heinzgerd Schott, Die formierte Gesellschaft und das Deutsche Gemeinschaftswerk. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwig Erhards, Diss. Bonn 1981; Volkhard Laitenberger, Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards glücklose Reform, in: Die Politische Meinung 30 (1985) Nr. 218, S. 90–95.

32 Wie Anm. 29.

33 Vgl. etwa Werner Kaltefleiter, Wandlungen des deutschen Parteiensystems 1949–1974, in: APuZ, B 14/75 vom 5.4.1975, S. 3–10, hier: S. 4 f. – In funktionaler Hinsicht wird »moderne« Politik hier als problem- und konstellationsadäquate, in diskurstheoretischer Sicht als zeit(geist)adäquate Bearbeitung öffentlicher Angelegenheiten verstanden.

34 Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, hrsg. von Gert Schäfer u. Carl Nedelmann, München 1967; vgl. Karl D. Bracher, Das Bonner Parteiensystem, in: Nach 25 Jahren. Eine Deutschlandbilanz, hrsg. von dems., München 1970, S. 254–276, hier: S. 274.

zialdemokratische Opposition zunächst nicht, dem Publikum alternative Konzepte anzubieten, in deren Zentrum ein planungsaktiver Staat gestanden hätte. Vielmehr präsentierte sich die SPD verstärkt als »westlich« orientierte, pluralistisch aufgelockerte »Volkspartei der linken Mitte«. Der 1961 eingeschlagene »Gemeinsamkeitskurs« sollte weiter dazu beitragen, die alten Gräben zwischen »Arbeiterbewegung« und »bürgerlichem Lager« einzuebnen, um dort neue Wählerschichten und (partei)politische Bündnispartner zu gewinnen³⁵. Vor dem Hintergrund von Vollbeschäftigung und kräftig steigenden Arbeitnehmereinkommen schrieb die Partei 1963 – in weitgehendem Einklang mit den Gewerkschaften – eine marktwirtschaftliche »Wohlstandspolitik, die sich gerechten Wohlstand zum Ziel setzt« auf ihre Fahnen.³⁶ Solche semantischen Anleihen bei Ludwig Erhard tabuisierten einstweilen jeden Rückgriff auf die eigene Planungs-
rhetorik früherer Jahre.

So mußte Brüssel den ersten Stein ins Wasser werfen. Am 24. Oktober 1962 veröffentlichte die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein »Memorandum über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe« des Integrationsprozesses.³⁷ Obwohl mit Walter Hallstein ein deutscher Christdemokrat an ihrer Spitze stand, atmete das Papier unverkennbar den Geist der französischen Planungsdoctrin. Die Sechsergemeinschaft benötige »über ihre künftige Entwicklung eine mehrere Jahre umfassende Übersicht«, lautete die Kernaussage. »Diese

35 Vgl. Rudolf Wildenmann u. Erwin K. Scheuch, Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Zur Soziologie der Wahl, hrsg. von Erwin K. Scheuch u. Rudolf Wildenmann, Köln/Opladen 1965, S. 39–73, hier: S. 47 u. 56; Kaltefleiter, Wandlungen (wie Anm. 33), S. 4f. Zur Politik der »Gemeinsamkeit« siehe eingehend Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982, S. 495 ff.; Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990. Vgl. im übrigen die Beiträge von A. Doering-Manteuffel über »Westernisierung« und von K. Rudolph über »Volksparteien« in diesem Band.

36 SPD-Bundeskongreß, Dezember 1963; zit. nach: Hans-Jörg von Berlepsch, »Sozialistische Sozialpolitik«? Zur sozialpolitischen Konzeption und Strategie der SPD in den Jahren 1949 bis 1966, in: Arbeiter im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991, S. 461–482, hier: S. 470; vgl. allgemein Wolfgang Zapf, Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik 1949–89, in: Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, hrsg. von Bernhard Blanke u. Hellmut Wollmann, Opladen 1991, S. 130–139, hier: S. 136.

37 Zur nachhaltigen Bedeutung dieses Vorganges für den westdeutschen Planungsdiskurs vgl. etwa Reimut Jochimsen u. Peter Treuner, Staatliche Planung in der Bundesrepublik, in: Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, hrsg. von Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 843–864, hier: S. 845.

Vorausschau wäre keinesfalls gleichbedeutend mit einem autoritären Plan, der die Freiheit des Marktes beeinträchtigen [...] würde, sondern vergleichbar mit einem Rahmen, in den sich die Maßnahmen der Regierungen und der Institutionen der Gemeinschaft einfügen würden«. Dieses »mehrjährige Programm« einer stabilitätsorientierten Wachstumspolitik solle zum einen »richtungweisend sein für die nationalen und die gemeinsamen Entscheidungen« mittlerer Reichweite. Zum anderen werde es die »notwendige Richtschnur für die Pläne oder Programme« abgeben, »die immer mehr Mitgliedstaaten aufstellen«. Zur inhaltlichen und prozeduralen Ausgestaltung dieser »gemeinschaftliche[n] Programmierung« werde die Kommission ihre vorläufigen Eckpunkte bis Mitte 1963 zu einem »konsolidierten Programm« weiterentwickeln.³⁸

Diese »Hinneigung zu planwirtschaftlichen Ideen« mutete Ludwig Erhard »fast etwas gespenstisch« an – »nach allem, was wir in Deutschland erlebt und geschaffen haben«. ³⁹ Offenbar sah der Bundeswirtschaftsminister sich in seinen Vorbehalten gegen den westeuropäischen Wirtschaftsverbund unter französischem Einfluß, welche 1956/57 nur mit einem Machtwort des Kanzlers überwunden worden waren, durch den Vorstoß der Kommission vollauf bestätigt. Bestärkt durch Warnungen heimischer Leitartikler vor einem »neuen Dirigismus«, der geradewegs »in die Knechtschaft« zu führen drohe, machte der Gralshüter der Sozialen Marktwirtschaft am 20. November 1962 vor dem Europäischen Parlament massiv Front gegen die Brüsseler Absichten. Unter Berufung auf das Integrationsprogramm der Römischen Verträge hielt Hallstein strikt dagegen. Derart spektakulär in Szene gesetzt, avancierte die ordnungspolitische Kontroverse über den Brüsseler Programmentwurf zum Auslöser monatewährender Grundsatzdebatten über das Für und Wider einer umfassend planvollen Wirtschafts- und Strukturpolitik auf nationaler wie auf supranationaler Ebene.⁴⁰

In Deutschland wurden die Stellungnahmen einerseits von dem Bestreben diktiert, mögliche Einfallstore staatsinterventionistischer Lenkung zu verriegeln. Dagegen artikulierte sich mehrheitlich die Sorge, die Bundesrepublik werde sich zum eigenen Schaden im westeuropäischen Wirt-

38 Zit. nach: Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft, 7.-9. Juni 1963, hrsg. von Alfred Plitzko für die List-Gesellschaft, Basel/Tübingen 1964, Anhang, S. 285–296, hier: S. 288–290.

39 Zit. nach: Ebd., Vorwort des Hrsg., S. V–VIII, hier S. V. Im April 1965 zeigte sich Erhard einmal mehr über das »gefährliche Treiben« der angeblichen Planwirtschaftler in Brüssel »hell entsetzt«; zit. nach: Hentschel (wie Anm. 31), S. 562–564. Zu Erhards Vorbehalten gegen den 1957 festgeschriebenen Entwicklungspfad der europäischen Integration s. ebd., S. 228 ff. Vgl. auch den Beitrag von W. Bühner in diesem Band.

40 Plitzko (wie Anm. 38), S. Vf.

schaftsverbund abseits stellen.⁴¹ Das inkriminierte Modell der »planification française« erfüllte in diesem Diskurs lediglich den Dienst einer stimulierenden Metapher. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der dirigistisch-konsultativen Praxis indikativer Rahmenplanung, wie sie sich jenseits des Rheins seit 1946 aus der Organisation des Wiederaufbaus entwickelt hatte,⁴² fand in Westdeutschland nicht wirklich statt. Insofern erledigte Bundeskanzler Erhard nur einen Popanz, als er am 18. Oktober 1963 in seiner ersten Regierungserklärung vor dieser »nationalökonomischen Modeerscheinung« warnte.⁴³ Denn dem Verdacht neomerkantilistischer Abirrungen vom Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend mochte sich die aufstrebende Sozialdemokratie keineswegs aussetzen lassen. Unter dem Motto »Stabilität und Aufstieg« hatte sich die Parteiführung einige Tage zuvor zu einer »wachstumsbewußten Wirtschaftspolitik« auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bekannt, welche mit den Instrumenten einer marktkonformen Geld- und Budgetpolitik die materiellen Grundlagen einer sozial- und gesellschaftspolitischen Reformpolitik schaffen sollte. Zugleich distanzierte sich das SPD-Präsidium jedoch ausdrücklich von einer »Planifikation mit Detailempfehlungen für die Unternehmer.«⁴⁴

Polarisierend wirkte denn auch weniger das – nicht eben von einer Aura der Modernität umwehte – Steuerungsinstrumentarium des Nachbarlandes, dessen ökonomische Entwicklungsdynamik während der zu

41 Ebd., S. VI.; vgl. Gerhard Stoltenberg, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947–1990*, Berlin 1997, S. 134.

42 Vgl. dazu im Einzelnen Karl Albrecht, *Planifikateure am Werk. Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit*, Düsseldorf/Wien 1964, S. 35–298 u. 505–522; Roger Houin, *La Planification Française*, in: *Begriff und Institut des Plans*, hrsg. von Joseph H. Kaiser, Baden-Baden 1966, S. 149–188; Pierre Bauchet, *La planification française*, Paris 1967; Teilabdruck in: *Mittel und Methoden planender Verwaltung*, hrsg. von Joseph H. Kaiser, Baden-Baden 1968, S. 249–262; Stephen Cohen, *Moderne kapitalistische Planung: Das französische Modell* [amerik. 1969], in: *Politische Planungssysteme*, hrsg. von Frieder Naschold u. Werner Vöth, Opladen 1973, S. 43–58; Henri Teitgen, *Les Instruments dont dispose la France pour assurer l'Exécution de la Planification Communautaire*, in: *Planung international*, hrsg. von Joseph H. Kaiser, Baden-Baden 1970, S. 21–40; Pierre W. L. Edelmann, *Möglichkeiten und Grenzen der französischen Planifikation. Ein Beispiel staatlicher Rahmenplanung in der Marktwirtschaft*, Bern/Frankfurt 1971; Walter R. Porges, *Die Planifikation*, Diss. Hochschule für Welthandel Wien 1973. Weitere Literaturnachweise: *Vente/Seul* (wie Anm. 8), S. 145–162. Zum Einfluß auf die Europäischen Gemeinschaften vgl. Rudolf Regul, *Allgemeine Ziele, Planung und Wachstumspolitik in den Europäischen Gemeinschaften*, in: Kaiser, *Recht* (wie Anm. 9), S. 247–281; Manfred Weimann, *Wirtschaftsplanung in Regionen. Französische Planungssystematik und Wachstumspolitik der EWG*, Baden-Baden 1967.

43 Vgl. Frank (wie Anm. 8), S. 45.

44 Franz Osterroth u. Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 3: *Nach dem Zweiten Weltkrieg*, Berlin/Bonn 1980, S. 297.

Ende gehenden Rekonstruktionsperiode konjunkturell wie strukturell deutlich hinter dem bundesdeutschen »Wirtschaftswunder« zurückgeblieben war. Eher brachte die jahrelang tabuisierte Reizvokabel »Planung«⁴⁵ die Gemüter in Wallung. Offenbar war es ein »sorgfältig ausgedachter sprachpolitischer Versöhnungsversuch«, als die List-Gesellschaft Anfang Juni 1963 ihr denkwürdiges »Frankfurter Gespräch« unter das Motto »Planung ohne Planwirtschaft« stellte, ohne sich in den diffusen Begriff »Planifikation« zu flüchten.⁴⁶

Doch warum vermochte dieses spröde Sujet überhaupt solche Brisanz zu entfalten? Offensichtlich wurde seit 1962 zuvörderst ein aufgestauter Bedarf an diskursiver Überbrückung jener Kluft zwischen wettbewerbswirtschaftlicher Theorie und gemischtwirtschaftlicher Praxis freigesetzt, welche sich in Westdeutschland immer weiter auftrat. Denn praktisch war die Bundesrepublik durchaus kein planerisches Niemandsland mehr. Wohl war 1959/60 der halbherzige Versuch, beim Bundeskanzler ein administratives Potential übergreifender Aufgabenplanung jenseits der personalen Koordination durch Adenauers Amtschef zu etablieren, bereits im Ansatz stecken geblieben.⁴⁷ Auf den einzelnen Politikfeldern regten sich jedoch schon in den 50er Jahren verstärkt Aktivitäten, die oft ganz unverblümt das eigentlich verpönte Etikett trugen: Bundesjugendplan (1950), Grüner Plan (1955), Bundesfernstraßenplan (1957), Bund-Länder-Abkommen zur Koordination der Raumordnung (1957), »Lücke-Plan« zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft (1960), Goldener Plan für Gesundheit, Spiel und Erholung (1960), um nur einige herauszugreifen.⁴⁸ Komplen-

45 Vgl. dazu Dirks (wie Anm. 30) mit Hans J. Mundt., Paulskirche 1963, in: Ebd., S. 21–29, hier: S. 28: »Der Band [...] untersucht vorweg das Tabu Zukunft, das lähmend auf Phantasie und Denken großer Schichten unseres Volkes lastet, er analysiert es und liefert die Möglichkeit, in dieses Tabu einzubrechen, es zu zerstören – ein unerläßlicher Vorgang, bevor man sich irgendeiner zukunftssträchtigen Modellarbeit zuwenden kann.« Die zeitgenössischen Tabuisierungsdiskurse werden kritisch reflektiert von Kurt Sontheimer, Tabus in der deutschen Nachkriegspolitik, in: Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen, Teil I, hrsg. von Hans Steffen, Göttingen 1970, S. 201–212.

46 Lübke, Herrschaft (wie Anm. 11), S. 195; vgl. Plitzko (wie Anm. 38), S. VII. Vgl. in diesem Sinne Burhenne (wie Anm. 29), S. 486: »Der Begriff ›Planung‹ ist in Deutschland vorbelastet. Man hört dieses Wort bis in viele Ministerien sehr ungerne. Aus psychologischen Gründen sollte man eine andere Vokabel wählen.« Vgl. ferner Wilhelm Hennis, Planen und Vorsorgen als Regierungsaufgabe [1969], in: ders., Regieren im modernen Staat, Tübingen 1999, S. 169–182, hier: S. 174.

47 Vgl. dazu Hartmut Bebermeyer, Regieren ohne Management? Planung als Führungsinstrument moderner Regierungsarbeit, Stuttgart 1974, S. 25; Frank (wie Anm. 8), S. 40–43.

48 Einen detaillierten Überblick darüber gibt Josef Kölbl, Pläne im Bundesmaßstab oder auf bundesrechtlicher Grundlage, in: Kaiser, Recht (wie Anm. 9), S. 91–121;

täre Initiativen waren auf anderen Ebenen des föderalen Systems zu verzeichnen: etwa der Regionalentwicklungsplan des traditionsreichen Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (1960) oder die Vorarbeiten zum »Großen Hessen-Plan« (1965).⁴⁹ So konnte ein Beamter des Bundesinnenministeriums bereits im Frühjahr 1965 als Zwischenbilanz formulieren: »In der deutschen Staatspraxis begegnet man heute einer kaum noch übersichtbaren Fülle von staatlichen ›Plänen‹ und ›Programmen‹.«⁵⁰

Bei aller Vielfalt der Fachplanungen konzentrierten sich diese frühen Planungsaktivitäten, neben der jahrzehntealten Raumordnung,⁵¹ vor allem auf zwei Schwerpunkte: den Komplex Forschung, Wissenschaft und Bildung sowie das sozialstaatliche System. Beide Politikfelder standen in besonders engem Bedingungs-zusammenhang zur wirtschaftlichen Prosperität. Mit der beschleunigten Modernisierung der Produktionsprozesse, der forcierten Entwicklung neuer Produkte und der steigenden Bedeutung internationaler Vermarktungswege gewannen auch im industriellen Sektor die Angestellten-tätigkeiten an Bedeutung⁵². Gleichzeitig stiegen die Ansprüche an das Qualifikationsniveau der Facharbeiter⁵³. Weithin

vgl. die Übersicht bei Frank Grube u. a., Politische Planung in Parteien und Parlamentsfraktionen, Göttingen 1976, S. 30–33.

49 Hans-Winfried Lauffs u. Werner Zühlke, Politische Planung im Ruhrgebiet. Analyse der staatlichen Planungen und Maßnahmen zur Strukturverbesserung des Ruhrgebietes, Göttingen 1976, S. 45 f.; Der Große Hessen-Plan. Ein neuer Weg in die Zukunft, hrsg. vom Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden 1965.

50 Kölbl (wie Anm. 48), S. 91.

51 Zu diesem auch später noch »wichtigsten Versuch einer integrierenden öffentlichen Planung« (Jochimsen/Treuner [wie Anm. 37], S. 851) vgl. für vieles Hans Apel, Raumordnung und Regionalpolitik, Berater Wolfgang Bley u. a., in: Deutschland 1975. Analysen – Prognosen – Perspektiven, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Wissenschaft und Politik, Red. Ulrich Lohmar, München 1965, S. 125–150; Raumplanung – Entwicklungsplanung. Forschungsberichte des Ausschusses »Recht und Verwaltung« der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1972, S. 23–54; Dierk Molter, Raumordnung und Finanzplanung. Eine Untersuchung über die finanzpolitischen und finanzrechtlichen Gestaltungsaspekte einer fortschreitend gesamtheitlichen Raumordnung und Landesplanung, Baden-Baden 1975; Rainer Waterkamp, Interventionsstaat und Planung. Raumordnung, Regional- und Strukturpolitik, Köln 1973; Andrea Hoppe u. Heinz Rothgang, Raumordnungs- und Regionalpolitik: Rahmenbedingungen, Entwicklungen, Perspektiven, in: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, hrsg. von Thomas Ellwein u. Everhard Holtmann, Wiesbaden/Opladen 1999, S. 279–296.

52 Vgl. für vieles Wolfgang Glatzer u. a., Recent Social Trends in West Germany, 1960–1990, Frankfurt a. M. u. a. 1992, Tab. 1, S. 154.

53 Werner Plumpe, Das Ende der Koloniezeit. Gedanken zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes in den 50er und 60er Jahren, in: Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen. 1946–1996, hrsg. von Jan-Pieter Barbian u. Ludger Heid, Essen 1997, S. 146–172, hier: S. 153.

stellte der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel rasch wachsende Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten wie ihre individuelle und kollektive Anpassungsfähigkeit an organisatorisch-technische Innovationen. Anfang der 60er Jahre drohte ein wachsender Mangel an geeignetem »Humankapital« die Wachstumschancen der westdeutschen Volkswirtschaft zu verringern und ihren Modernisierungsprozeß nachhaltig zu verzögern.⁵⁴ Offenkundig war das überkommene, während der NS-Zeit lädierte Bildungssystem weder strukturell noch hinsichtlich seiner Ressourcenausstattung in der Lage, Wirtschaft und Verwaltungen in hinreichendem Umfang mit qualifiziertem Berufsnachwuchs zu versorgen. Über dieses Defizit hatte der Arbeitskräftezustrom aus der DDR nur zeit- und teilweise hinwegtäuschen können. Seit Ende der 50er Jahre machten Expertenrunden und Studentenorganisationen wiederholt darauf aufmerksam, ohne damit größere Publizität zu erlangen.⁵⁵

1963/64 geriet der akute »Bildungsnotstand« (G. Picht) nahezu schlagartig auf die öffentliche Agenda. Bezeichnenderweise löste der sozialreformerische Ruf nach vermehrter »Bildung als Bürgerrecht« (R. Dahrendorf) öffentliche Unruhe und politisch-planerische Aktivitäten erst zu einem Zeitpunkt aus, als sich die Warnungen vor einem baldigen Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms häuften.⁵⁶ Offenkundig reagierte die westdeutsche Prosperitätsgesellschaft der späten Nachkriegszeit höchst sensibel auf alle Hinweise darauf, daß die Wohlfahrtssteigerungen der Rekonstruktionsperiode einen spürbaren Einbruch erleben könnten. Nicht erst als die Arbeitslosigkeit im Rezessionsjahr 1967 auf etwa zwei Prozent der Erwerbsbevölkerung anstieg und gleichzeitig die Bruttolohnzuwächse gegen Null zurückfielen, traten dieses Phänomen und seine politischen Implikationen scharf zutage. In der Bildungsdebatte der vorausgegangenen Jahre hatte es sich bereits mit Händen greifen lassen. Anstelle des Wiederaufbaukonsenses der 50er Jahre einte nunmehr die Wohlstands- und Wachstumsorientierung weite Teile der Arbeitnehmerschaft, die drei maßgeblichen Parteien und die jüngeren Kohorten der Funktionseliten.

Deren ökonomistische Problemwahrnehmung und technokratischen Verhaltensdispositionen legten eine Reform des Bildungswesens nahe, die zuvörderst auf eine planvoll-effiziente Ausschöpfung brachliegender

54 Vgl. Lindlar (wie Anm. 3), S. 310f.

55 Diese Reformdiskurse der 50er und 60er Jahre werden eingehend nachgezeichnet von Dieter Keiner, *Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik*, Frankfurt a. M. u. a. 1998. Vgl. zur Bildungsplanung und zur Reformpraxis der 60er Jahre den Beitrag von A. Kenkmann in diesem Band.

56 Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Olten/Freiburg i. Br. 1964; Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Neuausg., Hamburg 1965.

»Bildungsreserven« abzielte. Dafür mobilisierten Bund und Länder bereits während der ersten Hälfte der 60er Jahre zusätzliche Ressourcen in beträchtlichem Umfang⁵⁷. Gleichwohl stieß die vorrangige Orientierung der geplanten Bildungsexpansion am langfristigen Fachkräftebedarf in – zunächst nur kleinen – Teilen der akademischen Jugend auf rasch wachsende Vorbehalte. Mit inspiriert durch Beispiele im westlichen Ausland wurden dort weitergehende »emanzipatorische« Ansprüche an die Bildungsreform formuliert.⁵⁸ Deren egalitär-partizipatorische Zielrichtung stieß auch bei vielen derjenigen in Politik, Verwaltung und Hochschulen auf Unverständnis und Widerstand, die sich mit Nachdruck für eine funktionale Modernisierung des Bildungswesens einsetzten. Ralf Dahrendorfs liberaldemokratisches Plädoyer für substantiell erweiterte Bildungschancen war bis in die späten 60er Jahre hinein durchaus nicht repräsentativ für die Programme, mit denen die aufziehende »Bildungskatastrophe« abgewendet werden sollte⁵⁹.

Ihre spätere Dynamik gewann die Eskalation der Außerparlamentarischen Opposition (APO) seit 1965/66 in der Hauptsache aus anderen Themen (Notstandsgesetze, NS-»Bewältigung«, Entkolonialisierung, Vietnamkrieg etc.).⁶⁰ Jener Konflikt zwischen Strukturkonservativen und technokratischen Modernisierern einerseits und sozialemanzipatorischen Radikalreformern andererseits, der sich in den frühen 60er Jahren anbahnte, bereitete aber den Boden dafür wesentlich mit. Insofern ist das Thema Bildungsplanung und Bildungsreform hervorragend geeignet, die Jahre um 1960 als »Scharnierzeit« zu beschreiben, in deren Verlauf sich neue gesellschaftliche Konstellationen herausbildeten, die gegen Ende des

57 Vgl. Jens Alber, *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950–1983*, Frankfurt a. M./New York 1983, S. 104 ff., besonders S. 105, Grafiken 22 f. u. S. 106 f.; Heiner Meulemann, *Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik*, in: *Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur*, hrsg. von Wolfgang Glatzer, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 123–157, besonders S. 125–127 u. 154–156; vgl. Glatzer u. a. (wie Anm. 52), S. 463–468.

58 Vgl. für vieles Wolfgang Lefèvre, *Reichtum und Knappheit. Studienreform als Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums*, in: Bergmann u. a. (wie Anm. 26), S. 94–150, besonders S. 96–107 (»Von der antifaschistischen zur technokratischen Hochschulreform«).

59 Zum Vorstehenden vgl. knapp, aber instruktiv Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1997, S. 256–264. Zum Diskussionsstand Ende der 60er Jahre vgl. Gunther Eigler, *Planung des Erziehungswesens*, in: *Die Gesellschaft in der Bundesrepublik* (wie Anm. 45), S. 126–156; Willy Strzelewicz u. Ferdinand Wiebecke, *Bildungspolitik*, in: *Die Zweite Republik* (wie Anm. 37), S. 865–904; Jochimsen/Treuner (wie Anm. 37), S. 847–850.

60 Vgl. dazu für vieles Michael Kimmel, *Die Studentenbewegungen der 60er Jahre. BRD, Frankreich und USA: Ein Vergleich*, Wien 1998 sowie die Beiträge von A. Kenkmann u. C.-D. Krohn in diesem Band.

Jahrzehnts – teils konflikthaft, teils technokratisch-konsensual – in einen epochalen Veränderungsschub umgemünzt wurden.

Gleichsam im Windschatten der Auseinandersetzungen über die Reform des Bildungswesens und der Hochschulen wurden seit den frühen 60er Jahren planerische Fakten auf einem Feld der Wissenschafts- und Forschungspolitik geschaffen, das erst ein Jahrzehnt später im Zentrum erbitterter Konflikte darüber stand, auf welche Weise und um welchen Preis die westdeutsche Prosperität langfristig gewährleistet werden sollte. Schon im Laufe der 50er Jahre hatte sich dazu ein internationaler Elitenkonsens herausgebildet, in dessen Zentrum die Gewährleistung einer ubiquitären Versorgung mit elektrischer Energie stand. Binnen weniger Jahre sollten großangelegte Programme zur zivilen Nutzung der Kernkraft die westlichen Industriegesellschaften in diesem Sinne zukunftsfähig machen. Im Rahmen von EURATOM, aber auch auf nationaler Ebene investierte auch die Bundesrepublik schon frühzeitig in diese atomgestützte Vision immerwährenden Wachstums.⁶¹ Im »Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland 1963 bis 1967« wurden diese nationalen Anstrengungen in eine mittelfristige Planung gegossen.⁶² Dessen ambitioniertes Herzstück, der »Schnelle Brüter«, avancierte rasch zum energiewirtschaftlichen Perpetuum mobile der kommenden Jahrzehnte.⁶³ Nennenswerter Widerstand regte sich gegen den Take-off kerntechnischer Entwicklungsplanung zunächst nicht. Zu verlockend erschien gerade auch der Linken das Zukunftsszenario einer schier unbegrenzten Entfaltung der Produktivkräfte zum Wohle der lohnabhängigen Massen. Erst als in den frühen 70er Jahren zusehends erkennbar wurde, daß die großtechno-

61 Vgl. dazu Klaus Barthelt u. Klaus Montanus, *Begeisterter Aufbruch. Die Entwicklung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der siebziger Jahre*, in: *Energie – Politik – Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945*, hrsg. von Jens Hohensee u. Michael Salewski, Stuttgart 1993, S. 89–100; Joachim Radkau, *Fragen an die Geschichte der Kernenergie – Perspektivenwandel im Zuge der Zeit (1975–1986)*, in: Ebd., S. 101–126; ders., *Kernenergie-Entwicklung in der Bundesrepublik: ein Lernprozeß? Die ungeplante Durchsetzung des Leichtwasserreaktors und die Krise der gesellschaftlichen Kontrolle über die Atomwirtschaft*, in: *GG 4 (1978)*, S. 195–222; ders., *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek 1983; Bernd-A. Rusinek, *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*, Frankfurt a. M./New York 1996.

62 *Atom-Programm der Bundesrepublik Deutschland 1963 bis 1967*. (Sonderdruck aus dem Taschenbuch für Atomfragen 1963/64), hrsg. vom Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Bonn 1963.

63 Vgl. dazu jetzt – ebenso kritisch wie aufschlußreich – Günther Oetzel, *Die geplante Zukunft. Die bundesdeutsche Schnellbrüterentwicklung in den 1960er Jahren*, Frankfurt a. M. u. a. 1999.

logische Planungslogik jegliche Korrektur des atomaren Wachstums- und Modernisierungsparadigmas aus der Gesellschaft heraus rundweg zu negieren drohte, schlug die Stimmung in Teilen der Öffentlichkeit um.

Bis dahin hatte der weitreichende Elitenkonsens über den planmäßigen Ausbau der atomaren Energieerzeugung seine breite gesellschaftliche Verankerung wohl auch jener Faszination verdankt, welche die – vermeintliche – Zukunftstechnologie in die Ministerien und Parlamente wie auch in das Publikum abstrahlte. Stärker noch dürfte freilich das verbreitete Interesse an einem weiteren Ausbau des Systems sozialer Sicherungen demokratiepraktische Reflexionen über das Spannungsverhältnis großtechnologischer Sachzwänge und bürgerschaftlicher Selbstbestimmung unterbunden haben. Überdies brach nicht zuletzt auch die sozialpolitische Entwicklung der »langen 60er Jahre« selbst dem Planungsgedanken seine Bahn nach Westdeutschland.

Besonders gilt dies für die »Konsolidierungs«-phase⁶⁴ zwischen dem wohlfahrtsstaatlichen Ausbauschüben der Wiederaufbauzeit und den ersten Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Mit Blick auf ihren materiellen Ertrag ist die Zeit um 1960 als die »konservativste« der westdeutschen Sozialpolitik bezeichnet worden⁶⁵. Dieser Eindruck verdeckt allerdings, daß zu Beginn der 60er Jahre mancherlei sozialpolitische Weichenstellungen von nachhaltiger Wirkung stattfanden. So expandierte die administrative Infrastruktur während dieser Übergangsperiode in einem Maße, das allenfalls mit den Anfangsjahren der Weimarer Republik vergleichbar ist⁶⁶. Die Staats- und Kommunalverwaltungen traten nun immer stärker als Promotoren der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsdynamik auf den Plan. Vor allem die jüngeren Jahrgänge der administrativen Eliten hatten mittlerweile fest jenes Leitbild des »Daseinsvorsorgestaates« verinnerlicht, das Ernst Forsthoff Ende der 30er Jahre vergeblich zu lancieren versuchte, um der öf-

64 Vgl. etwa Alber (wie Anm. 57), S. 235; Hans F. Zacher, Vierzig Jahre Sozialstaat – Schwerpunkte der rechtlichen Ordnung, in: 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Norbert Blüm u. Hans F. Zacher, Baden-Baden 1989, S. 19–129, hier: S. 56.

65 Helga Michalsky, Parteien und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialer Fortschritt 33 (1984), S. 134 ff., hier: S. 142; zit. nach: Manfred G. Schmidt, Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen 1988, S. 76; vgl. Hans G. Hockerts, Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Staatliche, städtische und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart, hrsg. von Hans Pohl, Stuttgart 1991, S. 359–379, hier: S. 368.

66 Vgl. allgemein Thomas Ellwein, Der Staat als Zufall und Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, Bd. 2: Die öffentliche Verwaltung im gesellschaftlichen und politischen Wandel 1919–1990, Opladen 1997, S. 336.

fentlichen Verwaltung neuen Rückhalt im polykratischen Machtgerangel des NS-Staates zu geben⁶⁷. In den 50er Jahren hatte vornehmlich die Frontstellung des deutschen Weststaates im globalen Ost-West-Konflikt ihre älteren Kollegen davon abgehalten, sich nicht abermals jenem »Hang zu passiver Resistenz«⁶⁸ gegenüber dem demokratisch-pluralistischen Parteien- und Verbändestaat hinzugeben, mit dem die höhere Beamten-schaft ihren Teil dazu beigetragen hatte, die politische und gesellschaftliche Konsolidierung der Weimarer Republik zu verhindern. Mit dem Abflauen des Kalten Krieges wandte sich die nachrückende Generation verstärkt der bürokratisch-technokratischen Prävention und Bearbeitung innerer Konflikte im Zeichen der umfassenden Daseinsvorsorge zu⁶⁹. Und so konnte ein Bundesbeamter die »Fülle von staatlichen ›Plänen‹ und ›Programmen‹« bereits im Frühjahr 1965 wie selbstverständlich mit der »Entwicklung zum modernen Sozialstaat« rechtfertigen, »der seine mannigfachen Aufgaben ohne umfassende Planung nicht zu erfüllen vermag«.⁷⁰

II. Vom Planungsdiskurs zur angewandten Planung

Ohne die diskursive Anbahnung des Planungsgedankens und seine sektorale Durchsetzung von Anfang bis Mitte der 60er Jahre hätte sich der Planungsboom in der zweiten Hälfte dieser Dekade nicht entfalten können. Der eigentliche Durchbruch erfolgte jedoch auf dem strategischen Feld der Wirtschaftspolitik – mithin dort, wo sich entscheiden mußte, ob die westdeutsche Nachkriegsprosperität sich auf Dauer würde stellen lassen.

67 Vgl. dazu Hans Hattenhauer, Zum Beamtenleitbild des 20. Jahrhunderts, in: NS-Recht in historischer Perspektive, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München/Wien 1981, S. 109–133, hier: S. 130–132. Vgl. dazu allgemein Michael Ruck, Die deutsche Verwaltung im totalitären Führerstaat 1933–1945, in: JEV 10 (1998), S. 1–48.

68 Theodor Eschenburg, Der bürokratische Rückhalt, in: Die Zweite Republik (wie Anm. 37), S. 64–94, hier S. 89.

69 Vgl. dazu Peter-Jörg Klein, Das Berufsbild des Planers in der öffentlichen Verwaltung. Ein Beitrag zum Selbstverständnis des modernen Verwaltungsmannes, Köln u. a. 1971. Zu jener daseinsfürsorglichen »Einebnung der Richtsatzlandschaft« durch eine expandierende »Wohlfahrtsexpertokratie«, die um 1960 massiv eingesetzt habe, vgl. etwa Michael Heisig, Armenpolitik im Nachkriegsdeutschland (1945–1964). Die Entwicklung der Fürsorgeunterstützungssätze im Kontext allgemeiner Sozial- und Fürsorgereform, 2 Bde., Diss. Bremen 1990, Bremen 1992, S. 499 f.

70 Kölbl (wie Anm. 48), S. 91. Vgl. dazu allg. Klaus Lompe, Gesellschaftspolitik und Planung. Probleme politischer Planung in der sozialstaatlichen Demokratie, Bern/Stuttgart 1976, besonders S. 119–164.

Seit 1960 wurden die wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussionen vornehmlich von der Sorge um die Wahrung der inneren und äußeren Geldwertstabilität und um die längerfristige Kapital- und Innovationskraft der westdeutschen Wirtschaft bestimmt. Der wirtschaftspolitische Elitendiskurs in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik wurde nun zunehmend von der Einsicht geprägt, daß wirtschaftliche Prosperität als elementare Voraussetzung gesellschaftlicher Stabilität künftig planvoll organisiert werden müsse.⁷¹ In den angelsächsischen Ländern verhalf die dort grassierende (relative) Wachstumsschwäche⁷² dieser Erkenntnis bereits auf der Ebene der operativen Wirtschaftspolitik zum Durchbruch.

Selbst in den USA galten mittlerweile staatliche Eingriffe in die gesamtwirtschaftlichen Prozesse nicht nur als marktkonform, sondern als unerlässlich, um längerfristig stetige Wachstumsraten bei moderater Preisentwicklung aufrechtzuerhalten.⁷³ In der Bundesrepublik rückten die ökonomischen Eliten zunehmend unverhohlen von der bisherigen Politik des langjährigen Wirtschaftsministers und neuen Bundeskanzlers ab. Auch in der wirtschaftsnahen Presse wurde immer häufiger die Forderung laut, den marktliberalen Überredungsdirigismus Erhardsscher Prägung durch ein rationales, wissenschaftsgestütztes System der indikativen Planung zu ersetzen. Selbst prominente Wortführer der westdeutschen Industrie lehnten konjunkturversteigende Eingriffe des Staates in das marktwirtschaftliche Geschehen grundsätzlich nicht mehr kategorisch ab. Sie verlangten vielmehr nach einer öffentlichen Garantie mittel- und längerfristiger Rahmendaten der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten.⁷⁴

Seit 1964 wurde der Hamburger Ökonom und Berliner Wirtschaftsse-

71 Vgl. etwa J. Heinz Müller, Kriterien für die Beurteilung staatlicher Einflußnahme auf die Wirtschaft, in: Kaiser, Recht (wie Anm. 9), S. 307–319.

72 Vgl. dazu Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Vorwort Karl Schiller, Köln 1968 (engl. u.d.T.: *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, Oxford 1965). – Wachstumsraten ausgewählter Industriestaaten (1951/55, 1956/60, 1961/65): Anthony Nicholls, *Freedom with Responsibility. The Social Market Economy in Germany, 1918–1963*, Oxford u. a. 1994, Tab. 5, S. 362.

73 Zur Versäptung der Bundesrepublik gegenüber solchen Entwicklungen vgl. etwa Klaus von Dohnanyi, Zentralisation der Macht und Dezentralisation des Wissens: Organisationsaufgaben in der Planung, in: *Deutschland ohne Konzeption?* (wie Anm. 13), S. 503–513, hier: S. 507–509. – Die folgenden Feststellungen basieren auf eigenen Recherchen in zeitgenössischen Druckschriften, die hier nicht im Einzelnen belegt werden können.

74 Das bestätigt auch die rückschauende Analyse dieses Umorientierungs- und Entfremdungsprozesses durch einen damals aktiven CDU-Politiker: Stoltenberg (wie Anm. 41), S. 126–136.

nator Karl Schiller in seiner Eigenschaft als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD und rhetorisch auffälligster Befürworter einer Orientierung an den amerikanischen »New Economics« mehrfach demonstrativ in diesen publizistischen Diskurs der Wirtschaftseliten mit einbezogen. Allerdings täuschten solche symbolischen Annäherungsgesten darüber hinweg, daß die zeitweise Übereinstimmung der SPD-Wirtschaftspolitik mit dem »mainstream« des wirtschaftspolitischen Diskurses Mitte der 60er Jahre sich genau beschränkte auf die Mittel einer aktiveren Wirtschafts- und Finanzpolitik beschränkte. Während das Schwergewicht von der Sozialdemokratie auf die dauerhafte Stimulierung des Wirtschaftswachstums gelegt wurde, ging es den anderen Beteiligten in der Hauptsache um die Wahrung der Geldwertstabilität. Dieser latente Zielkonflikt wurde von Schiller zwar beharrlich geleugnet. Gleichwohl verhinderte er – zusammen mit tiefsitzenden Ressentiments der »bürgerlichen« Ansprechpartner und dem nachwirkenden Nimbus des »Mythos Erhard« – über Jahre hinweg ein Aktionsbündnis beider Seiten. So kam das wirtschaftspolitische Modernisierungskartell von Sozialdemokratie, Christdemokraten, Arbeitsmarktparteien und Wissenschaft nach jahrelangem diskursivem Vorlauf praktisch erst zustande, nachdem die 1965/66 einsetzende Rezession und die 1966/67 nachfolgende Beschäftigungskrise den Attentismus Erhardischer Provenienz auch in der Wahrnehmung der deutschen (Wahl-)Bevölkerung gründlich desavouiert hatte.

Sinnfälligen Ausdruck fand dieses Krisenbündnis neben dem Bundeskabinett der Großen Koalition vornehmlich in der »Konzertierten Aktion« des Frühjahres 1967. Seine Basis war das gemeinsame Interesse aller Beteiligten an einer raschen ökonomischen und politischen Restabilisierung der Bundesrepublik durch die unverzügliche Rückkehr auf den Wachstumspfad der Rekonstruktionsperiode. Mit seiner Attitüde eines »kühlen, technokratischen Rationalismus« traf der neue Wirtschaftsminister offenkundig jenen Zeitgeist, der sich gegen Ende der Nachkriegszeit unter den jüngeren Altersgruppen der deutschen Funktionseliten in Wirtschaft, Gewerkschaften und Verwaltung rasch ausbreitete.⁷⁵ Im bewußten Kontrast zu Erhards nebulös-altbacken wirkenden Mahnungen zum »Maßhalten« war Schillers Rhetorik ganz darauf abgestellt, einen vernunftmäßig begründeten Elitenkonsens über die Ziele und Instrumente der wirtschaftlichen »Globalsteuerung« herzustellen⁷⁶. Auf dieser Grundlage hoffte er, die offene einkommenspolitische Flanke seiner stabilitätsorientierten Wachstumspolitik schließen zu können. Die autonomen

75 Volker R. Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1985, S. 296 f.

76 Vgl. Klaus von Beyme, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München/Zürich 1977, S. 256; Nicholls (wie Anm. 72), S. 364 ff. –

Arbeitsmarktparteien sollten gemeinsam auf die Imperative der antizyklischen Fiskal- und Geldpolitik verpflichtet werden. Schiller machte gar keinen Hehl daraus, daß seine Politik zunächst auf eine freiwillige Selbstbeschränkung der gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik abzielte. Mit der Formel von der »sozialen Symmetrie«, die mittelfristig (wieder)herzustellen sei, wußte er dieser Zumutung einstweilen viel von ihrer (verteilungs)politischen Brisanz zu nehmen. Freilich kostete ihn dieses Schlagwort auch einen guten Teil des mühsam erworbenen Kredits bei der deutschen Wirtschaft.⁷⁷

Als öffentlichkeitswirksames Forum und Instrument dieser Einbindungsstrategie diente Schiller die Konzertierte Aktion – eine informelle Institution, die er unter Rückgriff auf theoretische und praktische Ansätze des Jahres 1965 ins Leben rief.⁷⁸ Erklärtes Ziel dieser Veranstaltung war es, alle Beteiligten auf die Erfordernisse einer antizyklischen Wirtschaftspolitik einzuschwören, welche – im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung – den Maximen des »magischen Vierecks« (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Außenwirtschaftsgleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum) gerecht wurde. Konkret ging es Schiller darum, die tätige Unterstützung von Bundesbank, Ländern, Kommunen und

Zur Selbstinterpretation seiner Politik vgl. aus den zeitgenössischen Wortmeldungen von Karl Schiller: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, hrsg. vom Walter-Eucken-Institut, Tübingen 1968; Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft Kiel, Kiel 1968; Überwindung der Rezession und zwei Jahre kräftiger, stetiger Aufschwung. Rede von Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Karl Schiller am 19. Juni 1969 im deutschen Bundestag und Sonderdruck aus dem Jahresbericht 1968 der Bundesregierung (mit einem Vorwort des Bundesministers für Wirtschaft), hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1969; Reden zur Wirtschaftspolitik, Bd. 1–6, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1970. Vgl. ferner seinen Rückblick: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik, in: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn am 16. Januar 1986, Red. Hartmut Pick, Stuttgart/New York 1986, S. 21–31.

77 Vgl. Berghahn (wie Anm. 75), S. 301 ff. Vgl. dazu Jörg Hahn, Ökonomie, Politik und Krise, diskutiert am Beispiel der ökonomischen Konzeption Karl Schillers, Würzburg 1984.

78 Grundlegend dazu: Helmut Siekmann, Institutionalisierte Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Gesetzliche Regelung und bisherige Praxis, München 1984. Aus der Fülle zeitgenössischer Analysen vgl. Konzertierte Aktion. Kritische Beiträge zu einem Experiment, hrsg. von Erich Hoppmann, Frankfurt 1971; Hermann Adam, Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1972; Rolf Seitzzahl, Einkommenspolitik durch Konzertierte Aktion und Orientierungsdaten, hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974; Heinz-Dieter Hardes, Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Unternehmern für ein kreditfinanziertes Konjunkturprogramm zu gewinnen. Die normative Grundlage dieses von Schiller angestrebten tripartistischen Bündnisses zwischen Staat, Unternehmerschaft und Arbeitnehmern lieferte das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 8. Juni 1967. Wie der 1962/63 ins Leben gerufene Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (SVR)⁷⁹ war es eine Frucht der letzten Jahre Erhards als Wirtschaftsminister und Regierungschef.

Im November 1965 hatte der SVR der Bundesregierung in seinem zweiten Jahresgutachten empfohlen, zur Flankierung einer produktivitätsorientierten, »kostenneutralen« Einkommenspolitik eine – von den Sachverständigen so genannte – »konzertierte Stabilisierungsaktion« unter Einbeziehung der Arbeitsmarktparteien zu initiieren. Das zweite Kabinett Erhard lud daraufhin für Mitte Dezember 1965 und Ende Januar 1966 zum »Sozialen Dialog« bei Wirtschaftsminister Schmücker ein. An diesen Besprechungen nahmen neben den Vertretern der einschlägigen Ressorts, dem Bundesbankpräsidenten und vier Mitgliedern des SVR sowohl Repräsentanten der Gewerkschaften, als auch der Wirtschaftsverbände teil. Diese Initiative war ausdrücklich auf Dauer angelegt, blieb jedoch schon im Ansatz stecken. Die Arbeitnehmervertretungen fürchteten mehrheitlich um ihre tarifpolitische Handlungsfreiheit, maßgebliche Protagonisten des Unternehmerlagers verharteten noch in ihren traditionellen Vorbehalten gegenüber dem sozialen Widerpart und staatlichem Dirigismus, und Kanzler Erhard stand dem ganzen Unternehmen aus grundsätzlichen Erwägungen ohnehin äußerst reserviert gegenüber. Überdies unterminierte die beginnende Agonie seiner Regierungskoaliti-

Stabilität und Gruppeninteressen: Der Fall Konzertierte Aktion, Frankfurt/New York 1974; Michael Zink, Konzertierte Aktion und Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. München 1975; Hartmut Krüger, Die Mitwirkung von Verbänden an politischen Planungsprozessen und Zielprojektionen, dargestellt am Beispiel der sog. »Konzertierten Aktion«, in: Interessenpolitik und Gemeinwohlfindung in der Demokratie, hrsg. von H. Krüger, München 1976, S. 38–48. Vgl. ferner: Wolfgang Bonß, Gewerkschaftliches Handeln zwischen Korporatismus und Selbstverwaltung. Die Konzertierte Aktion und ihre Folgen, in: Am Staat vorbei. Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit, hrsg. von Volker Ronge, Frankfurt a. M./New York 1980, S. 125–189; Gerhard Lehmsbruch, Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie, in: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Max Kaase u. Günther Schmid, Berlin 1999, S. 41–61; Bernhard Weßels, Die deutsche Variante des Korporatismus, in: ebd., S. 87–113. W. Schroeder beleuchtet die Konzertierte Aktion in diesem Band aus einer anderen Perspektive und mit anderen Akzentsetzungen.

79 Zum Wirken des SVR vgl. Klaus Wegner, Im Blickpunkt: Sachverständigenrat und Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung seit 1964, 2., überarb. Aufl., Frankfurt 1985 (zuerst 1981).

on zusehends ihre Autorität auch gegenüber den Organisationen der Arbeitsmarktparteien.

Nach dem vorläufigen Scheitern des »Sozialen Dialogs« trat besonders Karl Schiller namens der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, daß die »Ansätze zu einem gleichgewichtsorientierten Verhalten der Tarifparteien im Rahmen einer »Konzertierten Aktion« nicht verschüttet« würden.⁸⁰ Als neuer Bundeswirtschaftsminister sorgte er in getrennten Vorgesprächen mit Gewerkschaften und Unternehmern um die Jahreswende 1966/67 dafür, daß die erste multilaterale »Konzertierte Aktion« bereits Mitte Februar 1967 unter seinem Vorsitz zusammentreten konnte. Der Teilnehmerkreis war nahezu identisch mit dem »Sozialen Dialog« seines christdemokratischen Vorgängers. Inhaltlich ergänzte Schiller die einseitig stabilitätsorientierte Agenda dieser kurzlebigen Institution um seine wachstumspolitischen Kernanliegen. Dadurch wurde sie zur normativen Plattform einer wirtschaftlichen Globalsteuerung. Allerdings sollte die Rolle nicht überschätzt werden, welche das Stabilitätsgesetz im allgemeinen und die Konzertierte Aktion im besonderen bei der Überwindung der Rezession von 1966/67 gespielt haben. In der Tat ist der Aufschwung von 1967/68, was die objektiven Parameter anbelangt, wohl eher trotz als wegen der (vermeintlich) antizyklischen Fiskalpolitik des Bundes zügig in Gang gekommen. In erster Linie resultierte er aus dem expansiven Kurswechsel der teilautonomen Geldpolitik, in zweiter Linie aus der abrupt anziehenden Auslandsnachfrage und den rapide steigenden Exportüberschüssen,⁸¹ in dritter Linie erst aus der wirtschaftlichen Aufbruchstimmung, die Karl Schiller – nicht zuletzt mithilfe der Konzertierten Aktion – genau während jener kritischen Phase zu erzeugen wußte, als man sich ohnehin anschickte, die konjunkturelle »Talsohle« zu verlassen.⁸²

In nahezu allen ihren Einzelementen ist die von Wirtschaftsminister Schiller seit dem Winter 1966/67 verfolgte Konjunkturpolitik auf bereits Bestehendes oder Vorgedachtes zurückzuführen. Insofern exekutierte der SPD-Politiker lediglich den aktuellen Stand des wirtschaftspolitischen Diskurses der einschlägigen Funktionseliten. Gleichwohl darf der 1966/67 – bis zur Enttäuschung 1969/70 – erfolgreich inszenierte Kurswechsel der praktischen Wirtschaftspolitik als »Paradigmenwechsel« bezeichnet

80 In der Bundestagsdebatte vom 15. September 1966; zit. nach: Detlev Ehrig, Keynes, die Globalsteuerung und die Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse von Rezeptionsmustern, wirtschaftspolitischen Umsetzungen und Handlungsimperativen, Frankfurt a. M. u. a. 1989, S. 129.

81 Vgl. ebd., S. 170 f.

82 Vgl. dazu schon Helmut Schlesinger, Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), hrsg. von Willi Albers u. a., Bd. 1, Stuttgart u. a. 1977, S. 499–513.

werden. Denn erstens hat Schiller mit seinem – zumindest rhetorisch – schlüssigen Gesamtkonzept der Globalsteuerung einer nachfrageorientierten Prozeßpolitik zum Durchbruch verholfen, die von 1967 bis 1969 fast ausnahmslos akzeptiert wurde; zweitens ist unter seiner Ägide die nachhaltige Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik durchgesetzt worden; und drittens sind die drei anderen Maximen des »magischen Vierecks« neben dem zuvor allzu dominierenden Ziel der Geldwertstabilität gebührend ins Bewußtsein gerückt und politisch zur Geltung gebracht worden. Augenscheinlich hat Schiller das konjunkturpsychologisch Richtige zum richtigen Zeitpunkt in Angriff genommen. Überdies hat er seine wirtschaftspolitischen Botschaften verbal und taktisch derart suggestiv zu vermitteln gewußt, daß sich kaum jemand ihrer mobilisierenden Wirkung zu entziehen vermochte.

So wurde denn die Überwindung der Rezession von 1966/67 von den allermeisten Zeitgenossen der Globalsteuerung des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers zugeschrieben. In dieser Wahrnehmung hatte die flächenhafte Ausbreitung des Planungsansatzes ebenso ihre wesentliche Ursache wie jener politische »Machtwechsel« des Jahres 1969, der die Planungskonjunktur erst recht in Fahrt bringen sollte. Deren Befürworter machten daraus gar keinen Hehl: »Planung ist eine Tochter der Krise«, feierte Joseph H. Kaiser den – vermeintlichen – »Glücksfall einer gelungenen konzentrierten Steuerung wirtschaftlicher Abläufe«. Unter dem Schock einer »leichte[n] wirtschaftliche[n] Rezession nach 15 Jahren wirtschaftlichen Aufstiegs wie noch nie zuvor« sei das angebliche »Aktionsmodell für den Ausnahmezustand« im Handumdrehen veralltäglicht worden: »Das Institut des Plans wurde binnen kurzer Frist systemimmanent.«⁸³ Fortan umgab dieses Unwort der Nachkriegszeit ein »Flair des Fortschrittlichen«.⁸⁴

III. Von der Begeisterung zur Ernüchterung

Genau besehen war also der qualitative Sprung von Erhards »Überreduktionsdirigismus« zu Schillers »Globalsteuerung« gar nicht so groß, wie deren Lobredner glauben machen wollten. Handelte es sich doch in beiden Fällen um Spielarten einer »persuasiven (oder orientierenden) Planung«, der Planungskategorie mit dem niedrigsten Verbindlichkeitsgrad.⁸⁵ Nur begnadete Kommunikatoren wie Karl Schiller durften überhaupt

83 Mittel und Methoden planender Verwaltung (wie Anm. 42), Vorwort, S. 7.

84 Thomas Ellwein, Politik und Planung, Stuttgart u. a. 1968, S. 7.

85 Frido Wägener, Für ein neues Instrumentarium der öffentlichen Planung (Stand: April 1972), in: Raumplanung – Entwicklungsplanung (wie Anm. 51), S. 29. Zur

hoffen, ihren Vorstellungen damit im pluralistisch-föderalen Kräftefeld nachhaltig Geltung zu verschaffen. Und dies auch nur, solange mögliche Vetospieler nicht ihre fundamentalen Interessen durch allzu präzise oder langfristige Zielvorgaben beeinträchtigt sahen.

Um so drängender stellte sich gegen Ende der 60er Jahre das doppelte Problem, die Verpflichtungsfähigkeit öffentlicher Planung zu erhöhen und den grassierenden Planungseifer zu kanalisieren. Der Rückgriff auf verbindlichere Formen indikativer Planung à la française zählte von vornherein nicht zum Konsensbereich der Großen Koalition. Was blieb, war in erster Linie der großangelegte Versuch, durch eine mehrjährige Ressourcenplanung zumindest mittelbaren Einfluß auf die Aktivitäten der einzelnen Ressorts und der verschiedenen Gebietskörperschaften zu erlangen. Doch die 1966/67 eingeführte, von dem populären Ministergespann Schiller–Strauß publikumswirksam angesprochene Mittelfristige Finanzplanung (»MiFriFi«)⁸⁶ erfüllte in dieser Hinsicht längst nicht die in sie gesetzten Erwartungen.⁸⁷ Widersprüchlich-

begrifflichen Unterscheidung von imperativer, indikativer und persuasiver Planung vgl. etwa Christian Watrin, Planung I: volkswirtschaftliche, in: HdWW (wie Anm. 82), Bd. 6, 1981, S. 109–121, hier: S. 109.

86 So beim gemeinsamen Auftritt von »Plisch und Plum« auf der DIHT-Vollversammlung am 15.2.1967: Ernst Schneider, Karl Schiller u. Franz-Josef Strauß, 1967 und danach. Erwartungen, Befürchtungen, Berechnungen, hrsg. vom Deutschen Industrie- und Handelstag, Bonn 1967. Auch im Vorfeld des »Machtwechsels« warb das Minister-Duo auf der DIHT-Vollversammlung am 27. Februar 1969 noch einträchtig für die antizyklische Wirtschaftspolitik der Großen Koalition: Karl Schiller u. Franz Josef Strauß u. a., Stabilität ohne Stagnation, hrsg. vom DIHT, Bonn 196[9].

87 Vgl. dazu im Einzelnen Heinz-G. Zavelberg, Die mehrjährige Finanzplanung. Ein notwendiges Instrument moderner Politik, in: Die Verwaltung 3 (1970), S. 283–296; Karl-Heinrich Hansmeyer, Die Mittelfristige Finanzplanung – ein neues Instrument der Wirtschaftspolitik?, in: Neue Wege der Wirtschaftspolitik. Referate, die auf den Tagungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik am 16./17. März 1970 in Nürnberg und am 1./2. April 1971 in Bad Kreuznach gehalten wurden, hrsg. von Ernst Dürr, Köln 1972, S. 125–145; Eberhard Wille, Planung und Information. Eine Untersuchung ihrer Wechselwirkungen unter besonderer Berücksichtigung eines mehrjährigen Plans für die öffentlichen Finanzen, Berlin 1970; Frieder Naschold, Probleme der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, in: Demokratisches System und politische Praxis in der Bundesrepublik. Für Theodor Eschenburg, hrsg. von Gerhard Lehbruch u. a., München 1971, S. 161–173; abgedruckt in: Politische Planung in Theorie und Praxis, hrsg. von Volker Ronge u. Gunter Schmiege, München 1971, S. 170–183 u. 240; ders., Anpassungsplanung oder politische Gestaltungsplanung? Zur politischen Planung in der BRD am Beispiel der mehrjährigen Finanzplanung, in: Parlamentarismus ohne Transparenz, hrsg. von Winfried Steffani u. a., Opladen 1973, S. 69–104; Albrecht Zunker, Finanzplanung und Bundeshaushalt. Zur Koordinierung und Kontrolle durch den Bundesfinanzminister, Frankfurt/Berlin 1972; Jochimsen/Treuner (wie Anm. 37),

che Prioritätenzuweisungen, beispielsweise im Rahmen antizyklischer Konjunktursteuerung oder struktureller Entwicklungsplanung, trugen dazu ebenso bei wie die unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeit konkurrierender »Fachbruderschaften« (Frido Wagener) oder die allfälligen Eigensinnigkeiten teilautonomer Akteure in den Ländern und Kommunen⁸⁸ – von den Schwierigkeiten zuverlässiger Einnahmeprognosen ganz zu schweigen.

Die offenkundigen Defizite der übergreifenden Budgetsteuerung machten sich besonders schmerzlich bemerkbar, weil an den sozialen Interventions- und Zukunftssicherungsstaat laufend höhere Ansprüche gestellt wurden: »Der Schwierigkeitsgrad politischen Entscheidens scheint sich im Vergleich zu den für die Problemlösung qualifizierten Instrumenten und Mitteln immer mehr zu erhöhen.« Dieser Stoßseufzer eines Experten brachte das Dilemma politischer Planung auf den Punkt: Lückenhafte Kommunikation, unzureichende Koordination und der Mangel an finanziellen wie administrativen Ressourcen sorgten weithin dafür, daß »wohlinformierte, systematische und planvolle Entscheidungen« entweder nicht zustande kamen oder aber praktisch nicht umgesetzt werden konnten.⁸⁹

Auf der Suche nach Abhilfe wurden methodisch durchaus konventionelle, seit den 20er Jahren bekannte Wege beschritten.⁹⁰ Zum einen sollten leistungsfähigere Strukturen der territorialen Organisation auf kommunaler und föderaler Ebene die Klüfte zwischen Wollen, Sollen und Können schließen helfen. Zum anderen sollten Regierungen und Verwaltungen sowohl durch die Optimierung ihrer inneren Organisation als auch durch die Einführung neuer Planungs-, Entscheidungs- und Implementationstechniken in den Stand versetzt werden, den rapide steigenden Anforderungen besser gerecht zu werden. Nun wurde erstens eine Welle kommunaler Gebiets- und Funktionalreformen in Gang gesetzt, zweitens

S. 854–857; Frank (wie Anm. 8), S. 45–47 u. 57–69; Hans H. Nacht kamp, Mehrjährige Finanzplanungen und mittelfristige Zielprojektionen der Bundesregierung. Über Unzulänglichkeiten des Planungskalküls und die Einordnung der Stabilisierungspolitik des Bundes in die mittelfristige Wirtschaftsplanung, Baden-Baden 1976.

88 Vgl. dazu etwa Jürgen Reulecke, Das Ruhrgebiet als städtischer Lebensraum, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, hrsg. von Wolfgang Köllmann u. a., Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 67–120, besonders S. 119 f.

89 Carl Böhrer, Entscheidungshilfen für die Regierung. Modelle, Instrumente, Probleme, Opladen 1970, S. 11; vgl. auch Jochimsen/Treuner (wie Anm. 37), S. 857 f.

90 Vgl. dazu Michael Ruck, Patriotischer Institutionalismus und bürokratische Modernisierung – Arnold Brecht als Verwaltungsreformer in der Weimarer Republik, in: Der neuzeitliche Staat und seine Verwaltung. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte seit 1700, hrsg. von Eberhard Laux u. Karl Teppe, Stuttgart 1998, S. 177–202.

ein weiterer Anlauf zur Neugliederung des Bundesgebiets genommen sowie drittens eine umfassende Reorganisation des Regierungs- und Verwaltungsapparates in struktureller, organisatorischer und prozeduraler Hinsicht auf die Tagesordnung gesetzt.⁹¹

Größte Hoffnungen knüpften sich dabei an die Übernahme des »Planning Programming Budgeting System« (PPBS) der amerikanischen Bundesadministration.⁹² Obwohl sich dieses hyperkomplexe Planungssystem in den USA gegen Ende der 60er Jahre bereits im Stadium des Scheiterns befand, übte es maßgeblichen Einfluß auf das organisatorische Kernstück des sozialliberalen Reformprojekts aus: die ressort- und länderübergreifende Aufgabenplanung mit einem reorganisierten Kanzleramt als faktischer Bundesplanungszentrale. Einen ersten Anlauf dazu hatte bereits die Große Koalition genommen. Binnen weniger Monate erarbeitete die Ende 1968 eingesetzte Projektgruppe einen umfangreichen Bericht.⁹³ Al-

91 Einen knappen Überblick gibt Michael J. Buse, Einführung in die politische Verwaltung, Mitarb. Dina von Dewitz, Stuttgart u. a. 1975, S. 84–104.

92 Vgl. dazu für vieles Aaron Wildavsky, Plädoyer für die Trennung von politischer Analyse und PPBS [amerik. 1969], in: Politische Planungssysteme (wie Anm. 42), S. 114–141; Carl Böhrer, Das Planning-Programming-Budgeting System als zukunftsorientierte Entscheidungshilfe für die Regierung [1969], in: Politische Planung in Theorie und Praxis (wie Anm. 87), S. 158–69, 239 f.; ders., Entscheidungshilfen für die Regierung. Modelle, Instrumente, Probleme, Opladen 1970; Klaus Gresser, Das Planning-Programming-Budgeting System. Probleme der Anwendung bei der staatlichen Aufgaben- und Finanzplanung, München/Berlin 1972; Bert Rürup, Die Programmfunktion des Bundeshaushaltsplanes. Die deutsche Haushaltsreform im Lichte der amerikanischen Erfahrungen mit dem Planning-Programming-Budgeting System, Berlin 1971; Peter Wild u. Peter Schmid, Managementsysteme für die Verwaltung PPBS und MbO, in: Die Verwaltung 6 (1973), S. 144–66; Eberhard Laux, Regierungspläne und Verwaltungsorganisation, in: Regierungsprogramme und Regierungspläne. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 40. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 1972, hrsg. von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1973, S. 109–131, hier: S. 123–125; Michael J. Buse, Integrierte Systeme staatlicher Planung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1974.

93 Bericht zur Reform der Struktur von Bundesregierung und Bundesverwaltung, vorgelegt von der durch die Bundesregierung am 25.6.1968 beschlossene Projektgruppe für Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesminister des Innern. 1. Bericht (August 1969) mit Anlagenbd. 1–2, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1969. Vgl. dazu und zum Folgenden Heiner Flohr, Die Tätigkeit der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, in: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Mannheim, Herbst 1971, Opladen 1972, S. 54–69; Reimut Jochimsen, Zum Aufbau und Ausbau eines integrierten Aufgabenplanungssystems und Koordinierungssystems der Bundesregierung [16.7.1970], in: Integrierte Systeme der Planung und Budgetierung, hrsg. von Joseph H. Kaiser, Baden-Baden 1971, S. 35–61; Horst Ehmke, Planung im Regierungsbereich – Aufgaben und Widerstände

lerdings waren die Regierungsparteien im Vorfeld der Bundestagswahlen Ende September 1969 weder willens noch fähig, daraus noch irgendwelche organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Danach versuchten die Planer im Kanzleramt, angetrieben vom Amtschef Horst Ehmke, mit um so mehr Elan ihre Konzepte zu verwirklichen. Unrealistische Annahmen über die technisch-administrativen Voraussetzungen und Kapazitäten, mangelnde Einsicht in die Beharrungskraft von Verwaltungsroutinen im eigenen Haus wie anderwärts und die Mißachtung sowohl regierungskollegialer als auch föderaler Reserverate ließen das gesamte Unternehmen schon im Laufe des Jahres 1970 de facto scheitern.

Gelegentlich wird gemutmaßt, die Planungskonjunktur der Jahre 1969 bis 1971 könnte eine Reaktion auf die »68er Bewegung« gewesen sein.⁹⁴ Bedenkenswert ist daran sicherlich die Frage, inwieweit sich die technokratischen »Diskurskoalitionen«⁹⁵ in Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft durch das gesellschaftliche »Unruhe«-Szenario zu Zeiten der Großen Koalition – einschließlich der Wahlerfolge der NPD und der »wilden« Septemberstreiks 1969 – in ihrem Streben nach präventiver Prosperitätssicherung zusätzlich angetrieben fühlten.⁹⁶ Das Beispiel des Frühkoordinationsystems der Bundesregierung weist aber in eine andere Richtung. Stand es doch, wie nahezu sämtliche anderen Planungsvorhaben der Jahre 1969/70, ersichtlich in der Kontinuität dessen, was seit 1963/66 an Vorarbeiten geleistet worden war⁹⁷ – inhaltlich wie

[16.12.1971], in: Politische Planungssysteme (wie Anm. 42), S. 311–334; Adolf Theis, Stand der Überlegungen zur Regierungsreform im Bund, in: Die Verwaltung 3 (1970), S. 72–88; Hartmut Bebermeyer, Das Politische Planungssystem der Bundesregierung – Entwicklung und Stand der institutionellen Voraussetzungen und Instrumentarien, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, hrsg. von Reimut Jochimsen u. Udo E. Simonis, Berlin 1970, S. 71 3ff.; ders., Regieren (wie Anm. 47), S. 36 ff.; Renate Mayntz u. Fritz W. Scharpf, Vorschläge zur Reform der Ministerialorganisation, in: Planungsorganisation (wie Anm. 8), S. 201–221; Heribert Schatz, Politische Planung im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1974, S. 20ff.; Frank (wie Anm. 8), S. 51 ff.

94 So etwa von Peter Wagner, Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980, Frankfurt a. M./New York 1990, S. 418.

95 Zu diesem Schlüsselbegriff seiner Studie vgl. Wagner (wie Anm. 94).

96 In diese Richtung zielt nicht nur eine Andeutung von Th. Ellwein (Politik [wie Anm. 84], S. 7), sondern auch – mit eindeutiger negativen Konnotationen – die Klage H. Lübbes über die »Folgeschäden eines überzogenen Reformtempo [...], zu dem sich die verantwortlichen politischen und administrativen Instanzen unter dem Druck studentischer Forderungen damals haben verführen lassen« (Mythos [wie Anm. 26], S. 23).

97 Mit Blick auf die Hochschulreform stellt H. Lübbe (ebd., S. 17) das durchaus zutreffend fest. Als Protagonist des damaligen Hochschulausbaus läßt er dabei freilich die oben angesprochenen Widersprüche zwischen den beiden Hauptzielrichtungen der Reformdiskurse außer Betracht.

personell. So kam Hartmut Bebermeyer (geb. 1924) im Herbst 1963 mit seinem bisherigen Ressortchef Erhard als Referent für politische Planung ins Kanzleramt. Unter Kiesinger arbeitete er dort weiter als Mitglied des Planungsstabes an Vorschlägen der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform zur Zentralisierung der Koordinationsplanung beim Bundeskanzler. Nach der Wahl Willy Brandts mochte auch Kanzleramtsminister Ehmke auf den Sachverstand dieses Experten nicht verzichten. Bebermeyer avancierte zum Leiter der Gruppe Politische Planung. Ein Mann Erhards, und nicht er allein, lieferte also von 1969 bis 1973 der sozialdemokratischen Regierungsspitze jene Konzepte zu, mit deren Hilfe sie ihr epochal gedachtes Reformprogramm zügig realisieren wollte.⁹⁸

Für Sozialwissenschaftler, die sich von sozio-ökonomischen Transformationsvisionen leiten ließen, lag eben darin die eigentliche Crux des sozialliberalen Planungsbooms. Denn einerseits kamen sie nicht umhin, den jüngeren Kohorten der Verwaltungsleute sowohl eine nachhaltig demokratisch-pluralistische Sozialisation als auch große Aufgeschlossenheit gegenüber systemoptimierenden Staatsinterventionen zu bescheinigen. Andererseits wären solche Strategien durch die Handlungsdispositionen gerade auch dieses Personals von vornherein auf systemerhaltende (»affirmative«) Eingriffe begrenzt. Aus »linker« Perspektive mußte sich daraus eine neue Konfliktlinie zwischen modernisierungswilligen Administratoren auf der einen und den Protagonisten planmäßiger Veränderungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite entwickeln. Die werde entweder in eine neue Welle grundsätzlicher Systemkritik münden oder in »resignativer Anpassung« versinken.⁹⁹ Beide Voraussagen traten so nicht ein. Zwar folgte eine Dekade heftiger Auseinandersetzungen über den planerischen Nachlauf der 60er Jahre. Doch die Zeit ontologischer Entwürfe war vorbei – auch auf Seiten der Kritiker.

98 Bebermeyer, *Regieren* (wie Anm. 47), Umschlagtext hinten (Kurzbiographie) u. S. 44. Zum Stellenwert der Planung im Rahmen der sozialliberalen Politik der Inneren Reformen vgl. Kettenbach (wie Anm. 29), besonders S. 10–13 u. 30–36.

99 Peter Grottian, *Strukturprobleme staatlicher Planung. Eine empirische Studie zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs (GWB)*, Hamburg 1974, S. 164 f. u. 256; vgl. ders. *Zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie. Vorläufige Ergebnisse einer empirischen Studie*, in: *Gesellschaftlicher Wandel* (wie Anm. 93), S. 127–152. Vgl. dazu allgemein Michael Ruck, *Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert* (II), in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998), S. 67–112, hier: S. 90–95.

IV. Von der Gesellschaftsplanung zur Stückwerk-Technik

Erst 1976, nach jahrelanger Agonie, wurde die »Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform« aufgelöst.¹⁰⁰ Darüber wie über das abermalige Scheitern der Territorialreform auf gesamtstaatlicher Ebene konnten nur jene überrascht und enttäuscht sein, die sich über den Pichtschen Imperativ »pragmatischer Planung« – jederzeit die gesellschaftlichen »Voraussetzungen für ihre Realisierung« mitzudenken¹⁰¹ – in voluntaristischer Manier hinweggesetzt und die Restriktionen der Verfassungswirklichkeit verdrängt hatten. Tatsächlich ist die geforderte Formulierung und langfristige Verwirklichung eines »umfassende[n] Rahmenplan[es] über die Richtung und den Umfang der Veränderungen sowie über die angestrebte Leistungskraft der Gesamtverwaltung«, aus dem »nachprüfbar[e] Maßstäbe über Richtung und Umfang der notwendigen Veränderungen« hätten abgeleitet werden sollen,¹⁰² niemals zustande gekommen. Statt dessen prägte ein buntes, unkoordiniertes Nebeneinander regionaler Reformansätze das Bild der Kommunalen Gebietsreform(en).¹⁰³ Deren wichtigste Zielsetzungen, Regionalisierung der Planung und Rationalisierung der Verwaltung, gerieten dabei offenkundig in Widerspruch zu dem zweiten Leitmotiv des zeitgenössischen Politikdiskurses: dem Verlangen nach Transparenz politisch-administrativer Prozesse sowie erweiterter bürgerschaftlicher Mitwirkung und Kontrolle. Daraufhin wurde versucht, unerwünschte Entfremdungseffekte der kommunalen Gebietsreformen durch die innergemeindliche Dezentralisation partizipativer und administrativer Kompetenzen – zumindest symbolisch – zu kompensieren.¹⁰⁴ In der Praxis scheinen die allfälligen Zentralisierungs- und Bürokratisierungstendenzen hierdurch eher noch verstärkt worden zu sein. Überdies wurden manchen Einrichtungen der kommunalen Selbstkoordination auf regionaler Ebene wesentliche Planungskompetenzen zugunsten der staatlichen Bezirksregierungen und

100 Lepper, Manfred: Das Ende eines Experiments. Zur Auflösung der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, in: *Die Verwaltung* 9 (1976), S. 478–99.

101 Picht, Prognose (wie Anm. 2).

102 Frido Wagener, *Neubau der Verwaltung. Gliederung der öffentlichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und Integrationswert*, unveränd. ND, Berlin 1974, S. 550 (zuerst 1969).

103 Vgl. den Überblick bei Eberhard Laux, *Erfahrungen und Perspektiven der kommunalen Gebiets- und Funktionalreformen*, in: *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, hrsg. von Hellmut Wollmann u. Roland Roth, Opfaden (zugl. Bonn) 1998, S. 168–185.

104 Für das Ruhrgebiet vgl. dazu Eckart Pankoke, *Öffentliche Verwaltung 1918–1975*, in: Köllmann u. a. (wie Anm. 88), S. 7–66, hier: S. 60ff.

der neuen Großkommunen entzogen. Insofern bietet die Geschichte der Verwaltungsreformen während der Planungsdekade 1965 bis 1975 nicht nur ein herausragendes Beispiel jener kumulativen Reformkompromisse, welche den Preis für die administrative Bewältigung neuer Problemkonstellationen in Deutschland seitdem drastisch in die Höhe getrieben haben. Sie illustriert auch besonders anschaulich jene konflikträchtige Kollision von Planungsdenken und Partizipationsansprüchen, in welcher sich das Dauerthema »Effizienz und Legitimität« um 1970 neu konkretisierte.¹⁰⁵

Diese Forderungen artikulierten sich vielfach nicht mehr über die konventionellen Institutionen demokratischer Repräsentation, deren Funktionsfähigkeit unter den Auspizien ausgreifender Planungen ohnehin in Frage stand.¹⁰⁶ Statt dessen erhob eine rasch wachsende Zahl informeller »Bürgerinitiativen« jeweils vor Ort vehementen Einspruch gegen Flurbereinigungen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung oder großdimensionierte Bauvorhaben, flächenhafte Stadtsanierungen und andere Manifestationen hochfliegender Fortschritts- und Wachstumsphantasien. Diese dezentrale Protestbewegung zwang das Interesse der Planer in Verwaltung und Wissenschaft auf einen Aspekt zivilgesellschaftlicher Demokratisierung, den sie aus ihrer institutionell oder spezialistisch verengten beziehungsweise auf gesamtgesellschaftliche Makrostrukturen gerichteten Perspektive bislang nicht recht wahrgenommen hatten: die Widerständigkeiten unmittelbar Betroffener und ihrer aktivistischen Anwälte aus dem zerstreuten Potential der studentischen Protestbewegung. Eine Springflut von Publikationen nahm die grassierende »Euphorie für Bürgerinitiativen und Dezentralisation von Gemeindentscheidungen« in den

105 Bezeichnend dafür etwa das Kapitel »Demokratie oder ›Effizienz‹ – eine falsche Frage«, in: Lompe (wie Anm. 70), S. 112–118.

106 Zur zeitgenössischen Debatte um die demokratiethoretischen und –praktischen Implikationen des Planungsbooms vgl. etwa Fritz W. Scharpf, Die planende Verwaltung in der Demokratie [1969], in: ders., Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt 1973, S. 114–122; Renate Mayntz, Probleme der inneren Kontrolle in der planenden Verwaltung, in: Planungsorganisation (wie Anm. 8), S. 98–106 u. 231; Willi Blümel, »Demokratisierung der Planung« oder rechtsstaatliche Planung?, in: Festschrift für Ernst Forsthoff. Zum 70. Geburtstag, hrsg. von Roman Schnur, München 1972, S. 9–36; Fritz Ossenhühl, Welche normativen Anforderungen stellt der Verfassungsgrundsatz des demokratischen Rechtsstaates an die planende staatliche Tätigkeit? Dargestellt am Beispiel der Entwicklungsplanung. Gutachten für den 50. Deutschen Juristentag, München 1974; Meinhard Schröder, Planung auf staatlicher Ebene. Rechtsstaatliche und demokratische Aspekte. Zugleich eine Stellungnahme zu den Planungskontrollgesetzentwürfen und zu den Vorschlägen der Verfassungs-enquete-kommission, Berlin 1974; Frank (wie Anm. 8); Lompe (wie Anm. 70), besonders S. 89–100 u. 165–174.

Blick.¹⁰⁷ Doch aller Aufklärung zum Trotz scheiterte der konstruktive Diskurs zwischen Planern und ihren Opponenten allein schon an unüberbrückbaren Problemen sprachlicher Kommunikation.¹⁰⁸ Überdies zeigte sich zunehmend deutlich, daß in dem Konfliktdreieck »Planung – Prosperität – Partizipation« einander entfremdete Träger kultureller Codes aufeinanderprallten, deren konkrete Utopien ebenso im fundamentalen Widerspruch zueinander standen wie ihre Begriffe von Rationalität. Während nämlich die einen den Planungs- und Implementationsprozeß durch Hereinnahme partizipativer Elemente vor äußeren Hemmungen bewahren wollten,¹⁰⁹ stellten die anderen grundsätzlich das Wachstumsmodell der 60er Jahre mit dem dazugehörigen Instrumentarium in Frage.

Vor allem wurde dieses Paradigma aber durch ökonomische Krisen demontiert. Die Rettung der Illusion fortwährender Prosperität hatte dem Planungsgedanken 1966/67 auch in Westdeutschland schlagartig zum Durchbruch verholfen. Folgerichtig machte ihm das Gespenst der »Stagflation« seit 1973/74 ebenso rasch den Garaus: »Die antizyklische Konjunkturpolitik – eine Illusion. Grenzen der ›Machbarkeit‹ durch Globalsteuerung«. So lauteten nun die Titel, mit denen der »langsame Abschied

107 Heinz Rausch, Zur Krise der »Demokratie von unten«, in: Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, hrsg. von Heinz Rausch u. Theo Stamm, München 1972, S. 221–229, hier: S. 223; vgl. Hans-Günter Naumann, Formen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung am gemeindlichen Entscheidungsprozeß, in: Ebd., S. 231–245. Eindrucksvoll ist allein schon der Umfang (488 S.) der zeitgenössischen Bestandsaufnahme eines Teilaspekts: Partizipation bei der Stadtplanung. Literatursammlung, vorgelegt vom Institut Wohnen und Umwelt Darmstadt, bearb. von Joachim Brech u. a., hrsg. vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1976. Zum zeitgenössischen Forschungsstand vgl. allgemein die Beiträge von Rolf-Richard Grauhan, Frido Wagener und Gerhard W. Wittkämper zur »Teilnahme Betroffener bei Planungsvorgängen« in: Gesellschaftlicher Wandel (wie Anm. 93), S. 84–126; vgl. ferner Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, hrsg. von Ulrich von Alemann, Opladen 1975; Michael J. Buse u. a., Determinanten politischer Partizipation. Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtsanierung Andernach, Mitarb. Reinhold Hahn u. a., Meisenheim a. Gl. 1978.

108 Vgl. dazu nur den vielsagenden Untertitel von: Planungsbegriffe. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Planersprache, hrsg. vom Institut Wohnen und Umwelt, Opladen 1978.

109 So formulierte Joachim J. Hesse theoretisch und empirisch fundierte »Anforderungen an eine partizipatorische und effiziente Zielfindung«, um die Abläufe der »Planungspraxis« optimieren zu helfen; s. ders., Stadtentwicklungsplanung: Zielfindungsprozesse und Zielvorstellungen, Stuttgart u. a. 1972, Umschlagtext hinten. Vgl. für vieles Peter Dienel, Partizipation an Planungsprozessen als Aufgabe der Verwaltung, in: Die Verwaltung 4 (1971), S. 151–176; »Demokratisierung« und Funktionsfähigkeit der Verwaltung, hrsg. von Hans-J. von Oertzen, Stuttgart u. a. 1974; Buse, Einführung (wie Anm. 91), S. 97–102.

vom Interventionsstaat« im Allgemeinen wie der praktisch-politische Paradigmenwechsel von der keynesianischen Nachfragesteuerung zur neoliberalen Angebotspolitik im Besonderen diskursiv angebahnt und begleitet wurden.¹¹⁰ Darunter mischten sich zusehends prinzipielle Zweifel an den anthropologischen Grundannahmen jener ökonomischen Planungsstrategien, die noch wenige Jahre zuvor als Garanten stetigen Wachstums gegolten hatten.¹¹¹

Bezeichnenderweise erklang kaum noch ernsthaftes Bedauern, als 1977 mit der Konzertierten Aktion das herausragende Symbol dieser Politik auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. So befand der Chef des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WSI), Heinz Markmann: »Die Konzertierte Aktion hat der Wirtschaftspolitik keine entscheidenden neuen Impulse gegeben.«¹¹² Zuvor hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund die Gelegenheit genutzt, der Gesprächsrunde unter Protest gegen die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeberverbände in Karlsruhe den Rücken zu kehren. Auf der Gegenseite wurde dieser gewerkschaftliche Akt »symbolischer Politik«¹¹³ zwar wortreich als Anschlag auf die Sozialpartnerschaft beklagt. Tatsächlich hatte die Unternehmenseite das tripartistische Relikt der späten 60er Jahre ebenfalls längst abgeschrieben.¹¹⁴ Schon im Herbst 1970 hatte »Der Volkswirt« lapidar

110 Wolfgang Schmitz, *Die antizyklische Konjunkturpolitik – eine Illusion. Grenzen der ›Machbarkeit‹ durch Globalsteuerung*, Frankfurt 1976; Heiko Körner, *Der langsame Abschied vom Interventionsstaat: Von der zentralen Steuerung zur strategischen Wirtschaftspolitik*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 39, 1994, S. 9–29. Vgl. dazu eingehend Johann Welsch, *Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Analyse der Stabilisierungspolitik seit 1967*, Köln 1980; Klaus Schroeder, *Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunkturpolitik und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik von 1967–1982*, Opladen 1984; Harald Scherf, *Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition 1969–1982*, Göttingen 1986; Christoph von Roehl, *Große Depression und Stagflation. Eine kritische Analyse der deutschen Wirtschaftspolitik 1927/33 und 1970/86*, Göttingen 1988; Klaus-Werner Schatz, *Globalsteuerung und Angebotspolitik*, in: *Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer und politischer Rationalität. Festschrift für Herbert Giersch*, hrsg. von Manfred E. Streit, Wiesbaden 1988, S. 187–210.

111 Georg Votruba, *Keynesianismus als politisches Prinzip. Zur Theorie des instrumentellen Gesellschaftsbildes* [1979], in: *Der Leviathan in unserer Zeit*, hrsg. von Bodo von Greiff u. a., Opladen 1997, S. 70–91.

112 Heinz Markmann, *Die Konzertierte Aktion in der Krise*, in: *GM* 28 (1977), S. 771–774.

113 Jürgen Hoffmann, »Konzertierte Aktion in Neuauflage – Ein Blick zurück in die Zukunft. Weshalb die Idee von Karl Schiller scheitern mußte und welche Formen des wirtschaftspolitischen Dialogs heute zur Lösung der Probleme erforderlich wären«, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 18 vom 21.1.1995, S. 9.

114 Vgl. Berghahn (wie Anm. 75), S. 300ff.

vermeldet: »Die Konzertierte Aktion ist tot.«¹¹⁵ Zwei Jahre später veröffentlichte Harold Rasch eine polemische Abschluß-»Bilanz eines gescheiterten Experiments«.¹¹⁶ Und Dieter Cassel stellte gleichzeitig fest: »Die Konzertierte Aktion, einst hoffnungsvollste und immer noch populärste Errungenschaft der deutschen ›New Economics‹, ist tot [...]. Wenn ökonomische Erkenntnisse ein ausschlaggebendes Gewicht für die Gestaltung der praktischen Wirtschaftspolitik hätten, müßte die Konzertierte Aktion wegen der ihr anhaftenden Defekte offiziell aus der Liste des konjunkturpolitischen Instrumentariums gestrichen werden. Die[se] Streichung könnte sogar ersatzlos erfolgen.«¹¹⁷

Das geschah zunächst nicht, obwohl selbst der zuständige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium diesen Funktionsverlust kaum verklausuliert einräumte: »Die Beratungen der ›Konzertierten Aktion‹ tragen heute mehr als früher dem Umstand Rechnung, daß eine ex-ante-Koordination der Verhaltensweisen autonomer Gruppen anhand von quantifizierten Orientierungsdaten im System freier Preisbildung und Tarifautonomie nur begrenzt möglich ist«, gab der nachmalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer im September 1974 zu Protokoll.¹¹⁸ Unter der Parole »Globalsteuerung und Aktionskonzerte am Ende« war in der »Politischen Meinung« der christdemokratischen Opposition schon 1970 eine »Renaissance der Marktwirtschaft« gefordert worden.¹¹⁹ Kurt H. Biedenkopf, der die Konzertierte Aktion Zeit ihres Bestehens als konstitutionellen und ordnungspolitischen Sündenfall attackiert hatte, mahnte 1970 einmal mehr die alsbaldige Rückkehr zur »Freiheit des Wirtschaftslebens« an.¹²⁰

115 Peter Sweerts-Spork, Die Konzertierte Aktion ist tot, in: Der Volkswirt 24 (1970), Nr. 36, S. 37–40.

116 Harold Rasch, Die ›Konzertierte Aktion‹. Bilanz eines gescheiterten Experiments, in: Der Betriebs-Berater 27 (1972), S. 1149–1152.

117 Dieter Cassel, Die Konzertierte Aktion: Instrument einer rationalen Stabilisierungspolitik?, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Konzeption und Wirklichkeit, hrsg. von Dieter Cassel u. a., Stuttgart 1972, S. 251–273, hier: S. 251 u. 268.

118 Hans Tietmeyer, Stabilisierungspolitik: von der Diagnose zum Programm, in: Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Zürich, 1974, hrsg. von Hans K. Schneider u. a., 1. Halbbd., Berlin 1975, S. 503–520, hier: S. 504.

119 Herwig Gückelhorn, Fällig: Die Renaissance der Marktwirtschaft. Globalsteuerung und Aktionskonzerte am Ende, in: Die Politische Meinung 15 (1970), Nr. 3, S. 58–62.

120 Kurt H. Biedenkopf, Rechtsfragen der Konzertierten Aktion, in: Der Betriebs-Berater 23 (1968), S. 1005–1011; ders., Zurück zur Freiheit des Wirtschaftslebens, in: Die Politische Meinung 15 (1970), S. 96–102.

Diese Stellungnahmen sind durchaus repräsentativ für die breite zeitgenössische Kritik an der »Konzertierten Aktion« unter Gewerkschaftern, Unternehmern, Wissenschaftlern und Politikern. Im Laufe der 70er Jahre gewann ihre Bezeichnung geradezu den Charakter eines tabuisierten »Reizwortes«. ¹²¹ Aus der späteren Rückschau sind die harschen Verdikte zwar bisweilen abgeschwächt worden. ¹²² Gleichwohl herrscht(e) bis an die unmittelbare Gegenwart heran weitreichende Einigkeit darüber, daß Karl Schillers – von ihm gerne so genannter – »runder Tisch der kollektiven Vernunft« ¹²³ ein prinzipiell untaugliches »Instrument einer rationalen Stabilisierungspolitik« ¹²⁴ gewesen sei, das im wesentlichen auch praktisch als »Mittel zur »konjunkturgerechten« Verhaltenssteuerung der Wirtschaftsverbände« versagt habe. ¹²⁵

Ein spätes Kind der Konzertierten Aktion erblickte erst das Licht der Welt, als der Stern der Planungsbefürworter bereits zu sinken begann. ¹²⁶ Eine Gründungsintention der »Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel« war es 1971, den immer schmerzlicher empfundenen Mangel an planungsrelevanten Informationen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in Westdeutschland wie in anderen Industriegesellschaften zu lindern. Gelungen ist das nicht. Denn die lange Reihe publizierter Auftragsstudien birgt zwar wertvolles Material für den Planungshistoriker. Zu einer systematischen Vermessung und Erschließung des schier uferlosen Gegenstandsbereichs konnte aber auch dieses Unternehmen nur wenige Mosaiksteine beisteuern. Und das Abschlußgutachten von 1977 mit seinem Plädoyer für eine aktive Struktur- und Wachstumspolitik der öffentlichen Hände ging erst recht im Strudel

121 Vgl. Sickmann (wie Anm. 78), S. 341.

122 Ebd., S. 105. Allerdings wurde noch zu Beginn der 90er Jahre die Neigung registriert, »den emotionsgeladenen, politisch vielleicht verbrauchten Namen zu vermeiden«; s. Claus Noë, Lieber ein Runder Tisch als eine Rezession. Bundesländer und Sozialpartner könnten die Regierung zwingen, die Konzertierte Aktion wiederzubeleben, in: Die Zeit, Nr. 31 vom 31.1.1992, S. 24.

123 Zit. nach: Markmann (wie Anm. 112), S. 772.

124 Cassel (wie Anm. 117).

125 Christian Watrin, Die Konzertierte Aktion – ein Mittel zur »konjunkturgerechten« Verhaltenssteuerung der Wirtschaftsverbände?, in: Wissenschaftliche Arbeitstagung zur regelgebundenen Konjunkturpolitik vom 25.–26.2.1971 in der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, verantwortl. Eggert von Petersdorff, Eichholz 1971, S. 45–64.

126 Vgl. dazu die knappen Hinweise bei Siegfried Katterle, Grenzen staatlichen Handelns in der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Schlußfolgerungen aus 40 Jahren bundesdeutscher Wirtschaftsgeschichte und ordnungspolitischer Debatte, in: Strukturpolitik in Ost und West. Zwischen Steuerungsbedarf und ordnungspolitischem Sündenfall, hrsg. von Harry W. Jablonski u. Rolf Simons, Köln 1993, S. 73–92.

jener angebotsorientierten Kehrtwende unter, welche die maßgeblichen Akteurs-Netzwerke in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gerade ins Werk setzten.

Daß sich dieser Strategiewechsel weitgehend ungehindert vollziehen konnte, war nicht zuletzt auch eine Folge der Resignation vor dem Informationsdilemma. Einerseits machte sich die Ahnung breit, daß das planungsimmanente Streben nach immer lückenloserer Versorgung mit der Schlüsselressource »Information« womöglich niemals befriedigt werden könne;¹²⁷ andererseits trieb es für den Einzelnen wie für gesellschaftliche Gruppen den Preis ungewisser Planungsgewinne in die Höhe.¹²⁸ Angesichts zu befürchtender Freiheitsverluste¹²⁹ begann sich Anfang der 70er Jahre erster Widerspruch gegen eine schrankenlose Sammlung und Auswertung gerade auch von Individualdaten zu artikulieren. Zwar standen die ersten »Datenschutzbeauftragten« einstweilen noch auf verlorenem Posten, und es sollte noch ein ganzes Jahrzehnt vergehen, bis das Bundesverfassungsgericht in seinem »Volkszählungsurteil« die unabdingbaren Elemente des »informationellen Selbstbestimmungsrechts« der Bürger festschrieb. Gleichwohl ließ sich bereits frühzeitig absehen, daß die lange Kette – von ihren Protagonisten leidvoll erfahrener – »Restriktionen politischer Planung«¹³⁰ über kurz oder lang um ein weiteres, nicht gering zu schätzendes Glied verlängert werden würde.¹³¹

Auf diese Hemmnisse internen wie externen Ursprungs konzentrierte sich ab Mitte der 70er Jahre, nachdem ihnen »das Scheitern einer politischen Planung in der Bundesrepublik offensichtlich« geworden war,¹³² das ganze Interesse der Sozialforscher. Die einen analysierten nun »von oben« die entscheidungshemmenden Konsequenzen der »Politikverflechtung« im kaum durchschaubaren »Mehrebenensystem« jenes »Kooperativen Föderalismus«, welcher zu Zeiten der Großen Koalition als Planungsver-

127 Vgl. Ulrich Becker, Regierungsprogramm und Ressourcenrahmen, in: Regierungsprogramme (wie Anm. 92), S. 135–155, hier: S. 154.

128 Vgl. Klages, Planung (wie Anm. 6), S. 544.

129 Vgl. etwa Hans J. Hoenisch, Planifikation. Recht zwischen Plan und Freiheit, Berlin 1974.

130 Ronge/Schmiege, Restriktionen (wie Anm. 7).

131 Ulrich Dammann, Zur politischen Kontrolle von Planungsinformationssystemen, in: Erfassungsschutz. Der Bürger in der Datenbank: zwischen Planung und Manipulation, hrsg. von Helmut Krauch, Stuttgart 1975, S. 105–117. Der Autor war Hessischer Datenschutzbeauftragter. Vgl. auch Rainer Waterkamp, Politische Leitung und Systemveränderung. Zum Problemlösungsprozeß durch Planungs- und Informationssysteme, Köln/Frankfurt a. M. 1974, S. 39 f.

132 Axel Murswieck, Regierungsreform durch Planungsorganisation. Eine empirische Untersuchung zum Aufbau von Planungsstrukturen im Bereich der Bundesregierung, Opladen 1975, Umschlagtext.

bund der Zukunft gefeiert worden war.¹³³ Die Mehrzahl der anderen versuchte dem Problem der grassierenden »Planungs-lags« und »Implementationsdefizite« mit empirischen Detailstudien »von unten« beizukommen. Deren Befunde trugen oftmals dazu bei, die Ursachen für das Scheitern der jeweiligen Projekte im Nachhinein besser zu verstehen.¹³⁴ Die Kernprobleme vorausschauender Planung freilich – Komplexität der Wirklichkeit,¹³⁵ Mangel an relevanten beziehungsweise Überangebot an bewältigbaren Informationen,¹³⁶ individueller und kollektiver Eigensinn von Planern, Verwaltern und Beplanten¹³⁷ – konnten sie kaum lösen helfen.

Nachdem die Reformkonjunktur in teils offen resignative, teils ironisch sublimierte Planungsskepsis umgeschlagen war,¹³⁸ begann die Suche nach Verantwortlichen für das Desaster. Dabei richtete sich der Blick – nur einmal mehr – zuvörderst auf die organisierten Interessen.¹³⁹ In ihrer partikularen Verkennung der Notwendigkeiten moderner Politik hätten sie die Steuerungskazapitäten des aufgeklärten Leviathan systematisch blockiert

133 Vgl. die grundlegenden Bände von Fritz W. Scharpf, *Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*, Kronberg/Ts. 1976; *Politikverflechtung II. Kritik und Berichte aus der Praxis*, hrsg. von F. W. Scharpf u. a., Berlin 1977; *Politikverflechtung im föderativen Staat. Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*, hrsg. von Joachim J. Hesse, Baden-Baden 1978.

134 Vgl. für vieles die – auch terminologisch – bahnbrechende Studie von Hans-Ulrich Derlien, *Die Erfolgskontrolle staatlicher Planung. Eine empirische Untersuchung über Organisation, Methode und Politik der Programmevaluation*, Baden-Baden 1976.

135 Fritz W. Scharpf, *Komplexität als Schranke politischer Planung*, in: *Gesellschaftlicher Wandel* (wie Anm. 93), S. 168–192.

136 Zu den Chancen und Grenzen EDV-gestützter und systemanalytischer Informationsbewältigung vgl. Laux, *Regierungspläne* (wie Anm. 92), S. 122 f. Vgl. allgemein Dieter Aderhold, *Kybernetische Regierungstechnik in der Demokratie. Planung und Erfolgskontrolle*, München/Wien 1973; *Datenverarbeitung in der politischen Planung*, hrsg. von Peter Hoschka u. Uwe Kalbhen, Frankfurt a. M./New York 1975.

137 Vgl. etwa Heribert Schatz, *Systemimmanente Grenzen politischer Planung in der BRD. Zum Problem von Strukturinnovationen im Bereich von Bundesregierung und Bundesverwaltung*, in: *Gesellschaftlicher Wandel* (wie Anm. 93), S. 153–167, besonders S. 153; Laux, *Regierungspläne* (wie Anm. 92), besonders S. 116 f. u. 130 f.

138 Als Beispiel für die letztere Variante vgl. etwa Fritz W. Scharpf, *Das Langzeitprogramm [der SPD]. Ein Ritt auf dem Papiertiger [1973]*, in: Scharpf, *Planung* (wie Anm. 106), S. 151–162.

139 Vgl. etwa Rudolf Mikus, *Probleme gesamtgesellschaftlicher Planung in der Demokratie. Handlungsfähigkeit des Staates versus Macht der Verbände, in: Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände*, hrsg. von Warnfried Dettling, München/Wien 1976, S. 124–161.

und seiner Avantgarde sozialreformerisch inspirierter Planungsspezialisten die Arena geschlossen. In dieser rituellen Klage verband sich die traditionelle Verbandskritik von rechts mit dem emanzipatorischen Etatismus der deutschen Linken. Und so schweiften deren hoffender Blick nun von Nordamerika in den Fernen Osten. Tatsächlich wurde dort ein prosperierendes »System der planorientierten Marktwirtschaft« als neues Vorbild ausgemacht.¹⁴⁰ Durch die Ölkrise kaum gebremst, ließ Japans Siegeszug auf den Weltmärkten freilich auch sozialdemokratische Modernisierer darüber hinwegsehen, daß es sich bei dessen Wachstumskartell um ein eng vernetztes Bündnis von staatlicher Bürokratie und Großwirtschaft handelte, dessen Spielregeln schwerlich mit jenen Partizipationsforderungen »von unten« vereinbar gewesen wären, derer sie sich daheim zu erwehren hatten. Zwar avancierte Nippon alsbald zum bevorzugten Referenzmodell deregulierter Arbeitsbeziehungen und sozialer Sicherungen wie auch einer vom westlichen Wertewandel noch kaum beschädigten Arbeitsethik. Allerdings taugte es offenkundig nicht dafür, den westdeutschen Planungsdiskursen abermals von außen eine positive Wendung zu geben.

V. Ausblick

Mit Blick auf die fortschreitende Marginalisierung zentraler Forschungs- und Planungseinheiten auf Länderebene hat ein noch aktiver Veteran der politischen Planung unlängst eine Umfrage unter seinen Kollegen so zusammengefaßt: »Gegenwärtig herrscht der Eindruck vor, daß wissenschaftliche Diskussionen zur Politik und politisches Handeln weitgehend auseinandergetreten sind. Die politische Entscheidungsfindung verläuft – so lautet vielfach das resignierte Fazit, unter dem Paradigma einer neuen Heldentheorie der Politik.« Um dann trotzig anzumerken: »Auch wenn es derzeit nicht gut aussieht für die Option einer gesellschaftswissenschaftlich angereicherten Politik, so spricht doch vieles dafür, hartnäckig auf den Möglichkeiten zu insistieren, Politik durch Einbeziehung des sozialwissenschaftlichen Diskurses kontrollierbarer, korrigierbarer und damit auch rationaler zu gestalten.«¹⁴¹

140 Volker Hauff u. Fritz W. Scharpf, *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Vorwort Hans Matthöfer, Frankfurt/Köln 1975, S. 115 f. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Hauff war seit 1972 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie bei Minister Matthöfer, dessen Amt er später übernahm. Scharpf arbeitete seit 1973 als Direktor am Internationalen Institut für Management und Verwaltung am Wissenschaftszentrum Berlin.

141 Mielke (wie Anm. 5), S. 41 u. 48. Der Autor war 1999 Leiter der Stabsstelle für Grundsatzfragen in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. – Zur Ausgangssituation

Augenscheinlich haben aber die Erfahrungen seit Ende der 80er Jahre und die forcierte Re-Personalisierung der Politik mittlerweile auch die bisherigen Partialplanungen grundsätzlich diskreditiert und praktisch abgedrängt. Ein Vierteljahrhundert nach dem abrupten Scheitern der »Ontologen« steht der rationalistische Planungsansatz und Mitgestaltungsanspruch der »Experten« offenbar selbst auf der Ebene jenes »peace meal engineering« (Karl R. Popper) zur Disposition, welches zu Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt (1974–1982) als regierungsoffiziöses Leitbild installiert wurde und seitdem Heerscharen spezialisierter Planer Beschäftigung geboten hat.¹⁴² Nicht einmal mehr in kleinster Münze wird konkrete Utopie noch ausbezahlt. Insofern sind die »langen 60er Jahre« eigentlich erst dieser Tage an ihr Ende gekommen.

ein Vierteljahrhundert zuvor vgl. Koordination und integrierte Planung in den Staatskanzleien. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagung 1975 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, hrsg. von Klaus König, Berlin 1976.

¹⁴² Zur anpassenden Umorientierung der policy-orientierten Sozialforschung in Richtung projektbezogener »Begleitforschung« vgl. Wagner (wie Anm. 94), S. 418 u. 435 ff.

Alfons Kenkmann

Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere« zur Bildungsreform in den 60er Jahren

Über die Bildungsreform in historischer Perspektive zu schreiben, ist – wie der Kölner Historiker Peter Berglar befand – »ein hoffnungsloses Unterfangen«. Um dem Thema gerecht zu werden, so Berglar, müßte »man in einen Dschungel eindringen, einen Urwald roden«.¹

War es eine »mißglückte Reform«, die eher einer »leistungsfeindlichen, selbstzerstörerischen Mißbildungsgesellschaft zum Leben verholfen hat«, wie Heinz-Dietrich Ortlieb, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, befand, oder war sie ein Beispiel für gelungene Reformbemühungen im Sinne Hartmut von Hentigs? Inwieweit trug die Bildungsreform zum sozialen Strukturwandel der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft bei?

Zunächst wird die Genese der bundesdeutschen Bildungsdebatte in einen internationalen Kontext gestellt und an einigen Beispielen der interne bundesrepublikanische Zustand des allgemeinen Bildungswesens erkundet. Anschließend folgt die Vorstellung wesentlicher Reformstrategien

- ¹ Peter Berglar, Nachruf auf die Bildungsreform, in: Geschichte als Tradition – Geschichte als Fortschritt, hrsg. von Peter Berglar, Graz u. a. 1984, S. 212–232 (Erstveröffentlichung in: *academica*. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen [CV9 2/1982 u. 4/1983], S. 213); zur Schwierigkeit eines solchen Unterfangens siehe auch Christoph Führ, Einleitung. Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Christoph Führ u. Carl-Ludwig Furck, München 1998, S. 1–24, hier: S. 1.
- ² Heinz-Dietrich Ortlieb, Reform der Bildungsreform. Anmerkungen zu ihrem Scheitern am permissiven Utopismus. Rede aus Anlaß der 15. Mitgliederversammlung des Bildungswerkes der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft am 22. August 1985 in Düsseldorf, hrsg. vom Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e. V., Düsseldorf 1985, S. 7.

und ihrer Ergebnisse. Das Ausmaß des Bildungs-Dschungels zwingt zur Konzentration auf ausgewählte Aspekte. Nicht berücksichtigt werden etwa die Reformbestrebungen in bezug auf den Zweiten Bildungsweg sowie das außerschulische Bildungswesen.

I. Bildungspolitisches Entwicklungsland Bundesrepublik

»Jedes Volk hat das Bildungswesen, das es verdient. Noch ist es möglich, zu verhindern, daß die Bildungskatastrophe in ihrer vollen Gewalt über uns hereinbricht. Deutschland kann als Kulturstaat noch erhalten bleiben. Dazu bedarf es aber einer entschiedenen Wendung. Das Volk muß bereit sein, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte durch finanzielle Opfer zu bezahlen. Die Regierungen und die Parlamente aber müssen jetzt handeln. Tun sie es nicht, so steht schon heute fest, wer für den dritten großen Zusammenbruch der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert verantwortlich ist.«³ Georg Pichts historische Einordnung des deutschen Bildungsnotstands in die großen Katastrophen unseres Jahrhunderts schießt weit über das Ziel hinaus. Die zuerst im Februar 1964 als Artikelserie der Wochenzeitung »Christ und Welt« veröffentlichte Prognose war zwar »eine Art Signal, ein Feuerzeichen mit enormer Rauchentwicklung für die Bildungspolitik«⁴, doch darf sie nicht als ursächlich für die bildungspolitische Progression Mitte der 60er Jahre angesehen werden. Picht traf lediglich den »Nerv eines schon hochdisponierten Körpers.«⁵

Die Diskussionen um die Erneuerung des Schulwesens wurden schon intensiv seit Ende der 50er Jahre geführt, doch eine grundlegende Strukturreform resultierte daraus nicht. Zwar monierte Ende der 50er Jahre der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, daß er schon »wiederholt darauf hingewiesen [habe], daß das deutsche Schulwesen den Umwälzungen nicht nachgekommen« sei, »die in den letzten fünfzig Jahren Gesellschaft und Staat verändert haben.« Doch er hielt weiter an der »Dreigliedrigkeit im Aufbau des Schulwesens [...] grundsätzlich fest.«⁶

3 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten u. a. 1964, S. 87.

4 Andreas Flitner, Mißratener Fortschritt. Pädagogische Anmerkungen zur Bildungspolitik, München 1977, S. 13.

5 Ebd., S. 14.

6 Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens (4.2.59), in: Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen 1953-1965. Gesamtausgabe im Auftrage des Ausschusses besorgt von Hans Bohnenkamp u. a., Stuttgart 1966, S. 59-116, hier: S. 60.

Gleichwohl ist zu beobachten, daß bereits zu Beginn der 50er Jahre unter diversen gesellschaftlichen Interessengruppen ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Problembewußtsein im Hinblick auf den Zustand des deutschen Bildungswesens vorhanden war. Ende April 1950 forderte die FDP auf ihrem Düsseldorfer Bundesparteitag in ihren Leitsätzen zur Kulturpolitik, ein besonderes Augenmerk auf die »Förderung von Begabten und würdigen jungen Menschen«⁷ zu richten. Einen Monat später verlangte die SPD auf ihrem an gleicher Stelle abgehaltenen Parteitag die »Regelung der Begabtenauslese«.⁸ Diese parteipolitischen Forderungen blieben offenkundig folgenlos, denn der SPD-Abgeordnete Kahn-Ackermann konstatierte sechs Jahre später bei der Begründung einer Großen Anfrage seiner Fraktion, daß das deutsche Wirtschaftswunder an den Schulen »spurlos vorbeigezogen«⁹ sei.

Daß man in Wirtschafts- und Finanzkreisen die Erfahrungen des spürbaren strukturellen Wandels der Berufs- und Wirtschaftswelt diskutierte, wird niemanden verwundern. Gemeinsam war beiden die Angst vor einem drohenden Rückstand Westdeutschlands im Konzert der Industrienationen. Interessengruppenübergreifend herrschte die Auffassung, »daß man auch im Handwerk und in der Landwirtschaft ohne Umstellung, Technisierung, ohne Wechsel der Arbeits- und Unternehmensmethoden nicht mehr mithalten könne«. Die Rede vom Rückstand war kein bloß polemischer Topos, denn in manchen Wirtschaftszweigen war die Klage berechtigt, »keinen hinreichend qualifizierten Nachwuchs zu bekommen«.¹⁰ Unternehmen man nichts gegen die Mißstände im Bereich der Bildung, so lautete die immer wiederkehrende Argumentation, würde sich dies katastrophal auf die deutsche Gesellschaft auswirken. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Ernst Schneider, räumte »den Bildungsinvestitionen die höchste Priorität ein« und erklärte, erst jetzt habe man den Zusammenhang zwischen den Aufwendungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung mit dem wirtschaftlichen Wachstum erkannt.¹¹

7 Leitsätze zur Kulturpolitik der Freien Demokratischen Partei, beschlossen auf dem Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei in Düsseldorf am 29. und 30. April 1950, in: Dokumente zur Bildungspolitik der Parteien in der BRD 1945–1975, hrsg. von Günter Scharfenberg, Bd. 3: FDP, Berlin 1976, S. 1–20, hier: S. 13.

8 Anträge auf dem Parteitag von 1950 zur sozialdemokratischen Schulpolitik, in: Dokumente zur Bildungspolitik (wie Anm. 7), Bd. 1: SPD, Berlin 1976, S. 5 f.

9 Badische Zeitung vom 8.6.1956, zit. nach: Silke Hahn, Zwischen Re-education und Zweiter Bildungsreform. Die Sprache der Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion, in: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Georg Stötzel u. Martin Wengeler, Berlin u. a. 1995, S. 163–209, hier: S. 173.

10 Flitner (wie Anm. 4), S. 14.

11 Giseler Wirsing, Einführender Leitartikel aus »Christ und Welt«, in: Picht (wie Anm. 3), S. 11–15, hier: S. 11 u. 15.

Auffällig ist, daß die Frage der bildungsmäßigen ›Aufrüstung‹ in den frühen 60er Jahren sehr stark unter dem Blickwinkel der Systemauseinandersetzung diskutiert wurde. Reinhold Schairer – Gründer des deutschen Studentenwerks und Sekretär der Studienstiftung des Deutschen Volkes in den 20er Jahren – mahnte schon 1956, die Sowjetunion nenne die Zahl von 760 000 Ingenieursstudenten und beabsichtige, diese Zahl auf eine Million zu steigern; die Bundesrepublik hingegen komme auf die wenig erfreuliche Zahl von 60 910.¹²

»Den Krieg haben die besseren Lehrer gewonnen« heißt der Titel eines Artikels in den Stuttgarter Nachrichten vom 11. November 1960, in dem die bekannten Tartarenmeldungen über den Vorsprung der Sowjetunion nicht fehlen durften. In Moskau habe man begriffen, daß ein Staat »viele Wissenschaftler haben muß, wenn er stark sein will«; vor 50 Jahren habe man dort 70 Prozent Analphabeten gehabt, heute jedoch weise die Sowjetunion »2,4 Millionen Studenten und 104 000 Professoren auf«, hingegen betrage die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik »200 000 und die Zahl der Professoren und Dozenten 9000.«¹³

Das militärische Moment griffen auch Bildungspolitiker auf. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat erklärte Anfang 1964 zu seiner Absicht, 300 Absolventen der Pädagogischen Hochschulen nicht zur Bundeswehr einzuziehen, sondern unabkömmlich zu stellen: »Im letzten Krieg sind es die Rüstungsarbeiter gewesen, die man uk [...] stellen mußte, jetzt, in diesem kalten Krieg, sind es die Lehrer.«¹⁴ Der Sieg im Kalten Krieg sollte auf dem Bildungsterrain stattfinden.

In die Debatte mischten sich auch Schriftsteller der Gruppe '47 ein: »Wir Deutschen«, schrieb Hans Werner Richter 1962, »können in der Weltgeschichte leicht zu den Provinzlern des kommenden ›planetarischen‹ Zeitalters werden, können unsere Zeit wiederum versäumen und sind auf dem besten Weg dorthin. Dies zeigt sich besonders deutlich auf dem Gebiet der Pädagogik. Wurde in den ersten beiden Nachkriegsjahren die gründliche Reform des gesamten Schulwesens einschließlich der Hochschulen verlangt [...], so ist heute festzustellen, daß auf diesem Gebiet so gut wie nichts geschehen ist. [...] Heute sind wir sowohl hinter dem amerikanischen wie auch hinter dem russischen Schulsystem, in dem doppelt so viele Lehrer auf die gleiche Schülerzahl kommen wie bei uns, weit zurückgeblieben, eine Gefahr, die größer ist als jede unmittelbar mi-

12 Reinhold Schairer, Technische Talente. Lebensfrage der Zukunft, Düsseldorf/Köln 1956, S. 3, zit. nach: Bernd-A. Rusinek, Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) von ihrer Gründung bis 1980, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 210f.

13 Zit. nach: Ebd., S. 442f.

14 Zit. nach: Ebd., S. 442.

litärisch-politische Bedrohung. Sie wird uns«, so die abschließende Prognose des Organisators der Gruppe '47, »in den kommenden Jahren zu schaffen machen.«¹⁵

Es war das große Verdienst der Veröffentlichung Pichts und weiterer Publikationen, in denen das deutsche Bildungswesen mit denjenigen anderer Nationen verglichen wurde, die bildungspolitische Debatte intensiviert zu haben.¹⁶ Die Bundesrepublik rangierte zum Entsetzen der Bildungspolitiker im internationalen Vergleich weit unten und direkt neben dem erst seit kurzem souverän gewordenen Uganda und wurde damit zur Zielscheibe öffentlichen Spotts.¹⁷ Hauptpunkte, die der Bundesrepublik in komparatistischer Perspektive schlechte Zeugnisse ausstellten, »waren die Vernachlässigung der Vorschulerziehung, die großen Schulklassen in der Primar- und der ersten Sekundarstufe, enorme Qualitätsunterschiede im Berufsausbildungssystem, geringe Abiturientenzahlen und ein unpersonlicher Massenunterricht an den Universitäten.«¹⁸

In den Vordergrund der bundesrepublikanischen Rückständigkeit rückten Picht u. a. jedoch die Lage der höheren Schulen, wo ein »Abiturientendefizit« – so der Titel einer 1964 erschienenen Studie von Joachim Hitpass – festgestellt wurde.¹⁹ Da, so Georg Picht, die Zahl der Abiturienten das »geistige Potential eines Volkes« ausdrücke, von dem »die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die Höhe des Sozialprodukts und die politische Stellung« einer Nation abhängen, wurde ihr besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn es nicht gelänge, malte Picht in düstersten Farben, die Zahl der Abiturienten zu verdoppeln und die Akademikerzahlen in die Höhe zu bringen, werde »Westdeutschland im Zuge der Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation [...] unter die Räder

15 Hans Werner Richter, Bilanz. Ein Nachwort, in: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Sechshunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, hrsg. von Hans Werner Richter, München u. a. 1962, S. 561–571, hier: S. 563.

16 Die Schulen in Westeuropa. Im Auftrag der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung bearbeitet und hrsg. von Erich Hylla u. W.L. Wrinkle, Bad Nauheim 1953; Friedrich Edding, Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition, Freiburg im Breisgau 1963; Joachim Hitpass, Abiturientendefizit – versagt unser Schulsystem?, Ratingen 1964; Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965; Raymond Poignant, Das Bildungswesen in den Ländern der EWG. Eine Studie zum Vergleich mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion, Frankfurt a. M. u. a. 1966; Hildegard Hamm-Brücher, Aufbruch ins Jahr 2000 oder Erziehung im technischen Zeitalter. Ein bildungspolitischer Report aus 11 Ländern, Reinbek 1967.

17 Vgl. etwa das Programm des Kabarettisten Wolfgang Neuss aus dem Jahre 1965.

18 Flitner (wie Anm. 4), S. 23.

19 Vgl. Hitpass (wie Anm. 16).

kommen« und im Wettstreit der Industrienationen verlieren. Denn »die Selbstbehauptung eines Staates« hänge »nicht [mehr] von der Zahl der Divisionen [ab], sondern allein von der Fähigkeit [...], in jenem Leistungswettbewerb nicht zurückzubleiben, der das Gesicht der heutigen Welt bestimmt.«²⁰ Damit wurde ein kausaler Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens auf der einen und dem erzielbaren Wirtschaftswachstum und erreichbaren technischen Fortschritt auf der anderen Seite hergestellt. Wenn Picht die Rückständigkeit des bundesrepublikanischen Bildungswesens beklagte und der zweitstärksten Exportnation für die nahe Zukunft voraussagte, »wirtschaftlich und politisch nur noch eine untergeordnete Rolle [zu] spielen«²¹, erhält diese Aussage besonderes Gewicht in der spezifischen Nachkriegssituation. Insbesondere Frankreich, der alte Erbfeind und jetzige Partner, würde dann das Zentrum Europas werden.

In der Debatte stützten sich Picht und weitere exponierte Akteure auf ökonomisch-technologische, demokratisch-politische und nationale Argumente, mit denen sie die sensiblen Punkte des deutschen Selbstbewusstseins erreichten. Sie wollten aufwecken – hierin bestand ihre wichtige Funktion. Doch bei genauerem Hinschauen kommt man nicht um die problematische Seite ihrer Prognosen herum. Die Bedarfs- und Vergleichszahlen Pichts sind nicht in allen Fällen über jeden Zweifel erhaben.²² Darüber hinaus lag sein Hauptaugenmerk »auf den ökonomischen Argumenten und auf der einseitigen Ausweitung der gymnasialen und akademischen Bildung«. Mit dieser Akzentuierung hatte er einen engen Handlungsrahmen vorgegeben, der im Nachhinein deshalb kritisiert wurde, weil er das Bildungswesen durch Expansion der höheren Bildung sanieren wollte und es versäumte, eine Reform einzufordern, die »den gesellschaftlichen Veränderungen und überschaubaren Zukunftsaufgaben«²³ entsprach.

II. Die ungleichen Provinzen – Bildungspolitik im bundesdeutschen Föderalismus

Trotz des Konsenses einer grundsätzlich notwendigen Reform des Bildungswesens gestalteten sich die Reformversuche schwierig. Denn Verwaltung und Politik wünschten eher eine Expansion auf Basis der über-

20 Picht (wie Anm. 3), S. 28.

21 Ebd., S. 26.

22 Vgl. Hans-Georg Roth, 25 Jahre Bildungsreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bilanz und Perspektiven, Bad Heilbrunn 1975, S. 28 f.

23 Flitner (wie Anm. 4), S. 16.

lieferten Strukturen als eine grundlegende Reform des Bildungsbereichs. Quantität und nicht Qualität stand im Vordergrund der bildungspolitischen Debatte. Daneben gab es auch »von unten«, wie lokale Forschungsstudien bestätigten, beharrende Momente wie die Distanz von Eltern aus dem Arbeitermilieu gegenüber der höheren Bildung. Es war Ralf Dahrendorf, der in seinem sozialpolitisch motivierten Plädoyer »für eine aktive Bildungspolitik« die These einführte, daß nicht in erster Linie die Schule Sozialchancen zuteilte, wie etwa Schelsky argumentierte. Wichtig sei vielmehr, den Blick auf »die Distanz zur höheren Bildung« zu richten, »die traditionell für die Benachteiligten weder als Recht noch als Chance im Horizont der ihnen zugeordneten sozialen Positionen« auftauche. Hierbei handele »es sich sämtlich um Faktoren, die in erster Linie in der Gesellschaft und erst mittelbar in der Schule wirksam werden, welche also eine Sozialreform vor der Schulreform verlangen«²⁴ – womit Dahrendorf die These des deutschen Sonderwegs stützte, die von der theoretischen und praktischen Separierung der deutschen Gesellschaft in Europa seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert ausging. In Deutschland war im Gegensatz zu anderen – vor allem westeuropäischen – Staaten, die Bildungsrevolution der industriellen Revolution vorausgegangen.²⁵

Wie war es um das universitäre Bildungswesen Anfang der 60er Jahre bestellt? Im Oktober 1962 veröffentlichte der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) ein Gutachten, in dem ein allgemeines »Unbehagen [...] über das wissenschaftliche Leben« an den deutschen Universitäten beklagt wird. Die Studenten, so das Gutachten, litten nicht nur unter der »Überfüllung der Hochschulen, sondern vor allem auch [durch] die unzulängliche Organisation von Forschung und Lehre«, welche ein Studium oft unmöglich mache. Leider würden die Verantwortlichen vor den notwendigen Reformschritten zurückschrecken. Die Studenten glaubten, so hieß es resümierend im Gutachten, »daß ohne tatkräftige Maßnahmen« zur Verbesserung der wissenschaftlichen Hochschulen die Zukunft des Staates und der Gesellschaft bedroht sei.²⁶ Zwischen 1960 und 1965 war die Zahl der Studierenden in der Bundesrepublik von 291 100 auf 384 400, also um nahezu ein Drittel gestie-

24 Dahrendorf (wie Anm. 16), S. 75 f.

25 Vgl. Bernd Zymek, Der Stellenwert des deutschen Einigungsprozesses in der Bildungsgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Schule und Gesellschaft im Umbruch*. Bd. 1: Theoretische und internationale Perspektiven, hrsg. von Werner Helsper u. a., Weinheim 1996, S. 29–47, hier: S. 31.

26 Vgl. das Vorwort in: *Studenten und die neue Universität*. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von Wissenschaftlichen Hochschulen, hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, Bonn 1962, unpaginiert.

gen.²⁷ Verantwortlich hierfür waren die geburtenstarken Jahrgänge ab 1934 mit ihrer zunehmenden Nachfrage nach weiterführenden Bildungsangeboten bis zu Studium und zur Hochschulreife, wofür der »regionale Ausbau des Schulwesens Voraussetzungen geschaffen [hatte], die durch gezielte Bildungswerbung verstärkt wurden und zugleich [...] dem Streben des »neuen Mittelstandes« nach Aufstieg durch Bildungsabschlüsse entsprachen.«²⁸ Unterstützt wurde die Werbekampagne auch von seiten der damaligen Kommilitoninnen und Kommilitonen. So initiierte die nordrhein-westfälische Landesstudentenschaft eine Werbeaktion für die universitäre Neugründung in Bochum »an den Gymnasien des Landes und verschickte außerdem fast 8000 Briefe an die höheren Schulen im Einzugsbereich Bochums zwecks konkreter Bedarfsfeststellung.«²⁹ Angesichts der Überfüllungserscheinungen an vielen Hochschulen begannen auch einzelne Länder mit Ausbauplanungen. Doch war es vor allem der 1956 von Bund und Ländern gegründete Wissenschaftsrat, der in den 60er Jahren strukturelle und quantifizierte Entwicklungspläne für den universitären Bereich verlangte.³⁰

Neben der immer wieder geäußerten Befürchtung, »die Bundesrepublik [könnte] auf dem Gebiet der Wissenschaft gefährlich ins Hintertreffen geraten«³¹, wurde zunehmend ein neues Argument ins Feld geführt: der sogenannte »brain drain«, die Abwanderung deutscher Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten.³² Die Verfasser des Berichts »Forschung II« des Bundesministers für Wissenschaftliche Forschung stellten fest, daß nach Angaben der amerikanischen Einwanderungsbehörden in den fünf Jahren zwischen 1960 und 1964 1687 Naturwissenschaftler und Ingenieure in die USA abgewandert seien; ein für die Mitglieder des Gremiums besorgniserregender Aderlaß, da Forschungspersonal in diesem Zeitraum »ein zu knappes Gut dar[stellte]«. Es seien besonders die engagierten Nachwuchskräfte, die sich »von den Möglichkeiten gutausgestatteter, moderner Forschungsinstitute und einem angenehmen kooperativen Ar-

27 Vgl. Christoph Oehler in Zusammenarbeit mit Christiane Bradatsch, Die Hochschulentwicklung nach 1945, in: Handbuch der Bildungsgeschichte (wie Anm. 1), S. 412–446, hier: S. 417.

28 Ebd., S. 414.

29 Wiebke Güse, Die verschüttete Tradition: Studentische Hochschulpolitik vor 1968. Das Beispiel Bochum, in: Westfälische Forschungen, Bd. 48, 1998, S. 191–215, hier: S. 199.

30 Vgl. Robert Heiss, Hochschulnot und Hochschulreform, in: Merkur XIX (1965), S. 137–150, hier: S. 145 f.

31 Badische Zeitung vom 8.6.1956, zit. nach: Silke Hahn (wie Anm. 9), S. 173.

32 Vgl. Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1986, S. 157.

beitsklima« angezogen fühlten.³³ Eine Abwanderung des schulischen Lehrpersonals brauchte hingegen nicht befürchtet zu werden, denn insbesondere der historisch gewachsene Status der Lehrer an den höheren Schulen und die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten außerordentlich attraktive Entlohnung ließen Migrationsgelüste nicht aufkommen. Ein zweiter »brain drain« – der allerdings mit dem Mauerbau merklich versiegt – war von erheblich größerer Intensität: die Fluchtbewegung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR in den Westen. In Westdeutschland wurden zwischen September 1949 – dem Beginn der Flüchtlingsstatistik – und August 1961 rund 2,7 Millionen Flüchtlinge aus der DDR registriert, davon 800 000 zwischen 1956 und 1961.³⁴

Die Diskussion um die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungswesens im internationalen Vergleich fokussierte sich um die These vom »katholischen Bildungsdefizit«³⁵, das, bezogen auf die Schulen in den einzelnen Bundesländern, unterschiedlich starke Bestätigung fand, jedoch in Universitäten erhebliche Wirkung erzielte. Eine Untersuchung der im Bundesgebiet im Wintersemester 1960/61 an den wissenschaftlichen Hochschulen Immatrikulierten ergab, daß das Plus an evangelischen Studierenden im Vergleich zum Anteil an der Bevölkerung 9,7 Prozent aufwies, die katholischen jedoch ein Minus von 10,1 Prozent erzielten.³⁶ Schlüsselt man das Ergebnis nach Geschlecht und Konfession auf, ergab sich bei den weiblichen katholischen Studierenden sogar ein Minus von 13,4 Prozent, während die protestantischen Kommilitoninnen ein Plus von 13 Prozent erreichten.³⁷ Der katholische Bildungsexperte Karl Er-

33 Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Bundesbericht Forschung II: Bericht der Bundesregierung über den Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1967, S. 40 u. 45.

34 Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Teilen Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, hrsg. von Volker Ackermann, Bernd-A. Rusinek u. Falk Wiesemann (in Verbindung mit Jörg Engelbrecht, Hein Hoebink u. Herbert Reinke), Essen 1995, S. 411–423, hier: S. 411 u. 415.

35 Karl Erlinghagen, Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland, Freiburg u. a. 1965.

36 Vgl. ebd., S. 62. In der Erhebungsgrundlage fehlen das Saarland und Westberlin.

37 Vgl. ebd., S. 65 f. Die Analyse der Zahlen der deutschen Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen (unter Ausschluß der Pädagogischen Hochschulen) im Wintersemester 1956 ergab, »daß die Katholiken in sämtlichen Studienbereichen – außer der Theologie – weniger Studenten stellen, als man nach dem Konfessionsproporz in der Bevölkerung hätte erwarten können.« Am stärksten fiel das Minus dabei in der technischen Fachrichtungen (–9,7 Prozent) und den Naturwissenschaften (–11,1 Prozent) aus; vgl. ebd., S. 59.

linghagen sah die Gründe für dieses Ergebnis »in einem sehr einseitigen Leitbild der traditionellen katholischen Mädchenbildung.« Da »der Anteil der Katholiken unter der Land- und Arbeiterbevölkerung größer [sei] als der der Nichtkatholiken«, würden sich »die Leitbilder dieser beiden Bevölkerungsgruppen unter den Katholiken ganz selbstverständlich auch stärker geltend machen. Für höhere Mädchenbildung oder gar Frauenstudium« habe die »Land- und Arbeiterbevölkerung aber wenig Verständnis.«³⁸

Dies hatte seine Ursache auch im Verhalten der katholischen Kirche selbst, die auf den Erhalt des Konfessionsschulwesens pochte und sich in den 50er und auch zu Beginn der 60er Jahre »mit Entschiedenheit gegen den Ausbau jener Dörfergemeinschaftsschulen oder Mittelschulen gewandt [hatte], die sich in Niedersachsen und Hessen so gut bewähr[t]en.«³⁹ Sie trug deshalb starke Mitverantwortung für eine Situation, in der z. B. in Landregionen wenige Kinder auf drei einklassige Volksschulen – eine katholische, eine evangelische und eine simultane – verteilt wurden.

Nicht zuletzt dadurch, daß die bildungsökonomische Leistungsfähigkeit zum internationalen Maßstab der Bildungspolitik wurde, verblaßte auch die »Rechristianisierung« als Ziel christdemokratischer Schulpolitik, welches mit der Revision des nationalsozialistischen Zugriffs auf die Schule begründet worden war. Denn unter dem Leitgedanken, die Bildungsförderung zu aktivieren, erschienen ein- bzw. zweiklassige Volksschulen, in ländlichen Gebieten oft sogenannte »Zwergschulen«, kaum noch vertretbar. Schon in den frühen 60er Jahren wurde deshalb offensichtlich, »wie die Anforderungen der modernen Industriegesellschaft [...] die bisher gültigen Plausibilitäten der Katholiken in kürzester Zeit ersetzten«⁴⁰ und zu einer Fraktionierung innerhalb des deutschen Katholizismus führten. Die Kontrahenten waren einerseits »die Verfechter des reinen Konfessionsschulprinzips, darunter ein Großteil des deutschen Episkopats [...] sowie einige Standesorganisationen«, und andererseits eine »machtpolitisch oder bildungsorganisatorisch argumentierende Gruppe von Pragmatikern aus den christdemokratischen Parteien und der

38 Ebd., S. 66f. Zur Charakterisierung des »katholischen Bildungsideals« siehe auch ders., Vom Bildungsideal zur Lebensordnung. Das Erziehungsziel in der katholischen Pädagogik, Freiburg u. a. 1960.

39 Picht (wie Anm. 3), S. 39. Vgl. auch Hildegard Hamm-Brücher, Schleswig-Holstein. Konservativ – aber nicht restaurativ (ZEIT-Serie: Die pädagogischen Provinzen der Bundesrepublik), in: Die Zeit, Nr. 27 vom 2.7.1965, u. dies., Hessen. Bildung ist eine Kilometer-Frage, in: Die Zeit, Nr. 32 vom 6.8.1965, S. 11.

40 Wilhelm Damberg, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980, Paderborn u. a. 1997, S. 451.

Kultusbürokratie.«⁴¹ Durch den zunehmenden Einfluß säkularer Lebensstile und den wachsenden Druck auf die »Zwergschulen« wurden bis zum Ende der 60er Jahre die Bekenntnisschulen durch die (christliche) Gemeinschaftsschule, also eine gemischtkonfessionelle Schule, verdrängt. Damit war »ein Ziel erreicht, welches schon die Väter der Weimarer Verfassung von 1919 angestrebt hatten, das sich aber im parteipolitischen Schulkampf der Weimarer Republik nicht erreichen ließ.«⁴² Katholische Schule war fortan ein Synonym für katholische Privatschule.⁴³

In einer anderen Tradition stehend hatten im Gegensatz zur Bundesrepublik viele europäische Staaten ihr Landschulwesen längst modern organisiert. Dort galt es »als selbstverständlich, daß man die Kinder aus weit verstreuten Landgemeinden mit Schulbussen in eine zentral gelegene, modern ausgebaute Schule« brachte, »wo sie dieselben Bildungsmöglichkeiten« hatten wie ihre städtischen Altersgenossen.⁴⁴ Dagegen wurde in einigen deutschen Bundesländern, etwa in Bayern, mit Argumenten wie Schulbusse seien »unsittlich«⁴⁵ die Bildungsmobilität behindert. Doch auch in anderen Bundesländern verlangte der Wunsch nach höherer Bildung den unmittelbar Betroffenen eine hohe Belastbarkeit ab. Jugendliche, die die Chance eines schulischen Oberstufenbesuchs z.B. in der Umgebung von Fulda wahrnehmen wollten, mußten mitunter um 4 Uhr 30 aufstehen, um ihren Unterrichtsort mittels öffentlicher Verkehrsmittel pünktlich zu erreichen.⁴⁶ Der Geograph Robert Geipel, der die Sozialdaten von sämtlichen hessischen Abiturienten über einen Zeitraum von zehn Jahren erfaßt hatte, kam 1964 zu dem Ergebnis: »Je weiter die Entfernung zur höheren Schule wuchs, um so weniger wurde die Schule von Kindern aus Nichtakademikerfamilien besucht.« Bildung auf dem Lande war ihm zufolge auch »eine Kilometer-Frage«.⁴⁷ Des weiteren war nicht

41 Thomas Großmann, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970*, Mainz 1991, S. 468.

42 Christoph Führ, *Die Schnsucht nach der neuen »Bekenntnisschule«. Überlegungen aus bildungsgeschichtlicher Perspektive zu emanzipatorischen alternativen Bildungskonzepten* (Erstveröffentlichung in: *Alternativen. Konzepte für Bildung und Ausbildung*, hrsg. von Christian Heieck u. Wolfgang Seelisch, Stuttgart u. a. 1982, S. 264–272), in: *Bildungsgeschichte und Bildungspolitik. Aufsätze und Vorträge*, hrsg. von Christoph Führ, Weimar u. a. 1997, S. 180–189, hier: S. 185.

43 Vgl. Karl Dienst, *Die Rolle der evangelischen und katholischen Kirche in der Bildungspolitik zwischen 1945 und 1990*, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte* (wie Anm. 1), S. 110–127, hier: S. 120.

44 Picht (wie Anm. 3), S. 36.

45 Hamm-Brücher, *Schleswig-Holstein* (wie Anm. 39), S. 9.

46 Vgl. Robert Geipel, *Bildungsplanung und Raumordnung. Studien zur Standortplanung von Bildungseinrichtungen und zu räumlichen Aspekten des Bildungsverhaltens in Hessen*, Frankfurt a. M. u. a. 1968, S. 123 f.

47 Hamm-Brücher, *Bildung ist eine Kilometer-Frage* (wie Anm. 39), S. 11.

nur der Anteil der Kinder, die in Norwegen, den Niederlanden, in Frankreich und weiteren Staaten die mittlere Reife absolvierten, erheblich höher als in Westdeutschland; auch wurde in den Nachbarstaaten der Beschluß der europäischen Erziehungsminister, sämtliche Schulkinder vom zehnten Lebensjahr an eine Fremdsprache erlernen zu lassen, in weitaus stärkerem Maße umgesetzt,⁴⁸ sieht man von den diesbezüglich guten Ergebnissen der schleswig-holsteinischen Schulpolitik und dem bereits seit einem Jahrhundert traditionell an Hamburger Volksschulen angebundenen Englischunterricht ab.⁴⁹ Wie erschreckend gering die fremdsprachliche Kompetenz unter Volksschülern war, unterstreicht der Befund für Nordrhein-Westfalen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland nahmen 1960 lediglich 3,4 Prozent der Volksschüler am Fremdsprachenunterricht teil, während es in Schleswig-Holstein 47 Prozent waren.⁵⁰

Unter dem Postulat der universalistischen »Chancengleichheit« – ihr folgten in den späteren Jahren die Parolen »Bildung für alle« und »Emanzipation«⁵¹ – sollten die konstatierten Bildungsdefizite insbesondere der bereits erwähnten katholischen Mädchen aus ländlichen Regionen und die der Kinder aus Unterschichten im allgemeinen behoben werden, denn deren »Begabungsreserven« und Leistungsfähigkeit wußte das heimische Schulsystem nicht zu mobilisieren und zu fördern. Die Kritiker des Bildungswesens konnten dieses Defizit immer wieder an plakativen Beispielen illustrieren. So wurden sie nicht müde, die Geschichte jener Schwarzwaldbäuerin anzuführen, »die bei den Reden studentischer Bildungswerber in Tränen ausbrach« ob »der verpaßten Möglichkeiten ihrer Generation.«⁵²

Und die Botschaft kam an – die Bildungsfrage wurde auf das Schild offizieller Regierungspolitik gehoben. Ludwig Ehrhard setzte in seiner Regierungserklärung 1963 die Bedeutung der Bildungsfrage mit der sozialen Frage im 19. Jahrhundert auf eine Stufe, Willy Brandt stellte 1969

48 Picht (wie Anm. 3), S. 32 ff.

49 Vgl. Hamm-Brücher, Schleswig-Holstein (wie Anm. 39), S. 9; dies.: Hamburg. Schulpolitik ohne Angriffsflächen, in: Die Zeit, Nr. 28 vom 9.7.1965, S. 11.

50 Vgl. Hildegard Hamm-Brücher: Nordrhein-Westfalen. Mikat und Mikätzchen bei der Arbeit, in: Die Zeit, Nr. 31 vom 30.7.1965, S. 11. Zum eklatanten Bildungsfälle zwischen unterschiedlichen Bundesländern vgl. auch das entsprechende Schaubild in: Dokumentation in Schaubildern zur Begründung einer nationalen Bildungsreform, erarbeitet und vorgelegt von Dr. Hildegard Hamm-Brücher. Bundesparteitag der FDP, 22./23. März 1965, Frankfurt a. M. [1965], unpaginiert.

51 Vgl. Klaus Harney u. Bernd Zymek, Allgemeinbildung und Berufsbildung. Zwei konkurrierende Konzepte der Systembildung in der deutschen Bildungsgeschichte und ihre aktuelle Krise, in: Zeitschrift für Pädagogik 40 (1994), S. 405–424, hier S. 421.

52 Flitner (wie Anm. 4), S. 16.

die »Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung« an die »Spitze der [vorzunehmenden] Reformen.«⁵³ »Chancengleichheit«, erinnert sich Ludwig von Friedeburg, »stand [zu diesem Zeitpunkt] auf jedem Pannier.«⁵⁴ Während die SPD Chancengleichheit als erweiterten »Spielraum für den individuellen Aufstieg durch Bildung« interpretierte, umschrieb die CDU-nahe »Rheinische Post« Chancengleichheit als »Anspruch des freien Menschen auf die Chance.«⁵⁵ Und es war kein Geringerer als der bayerische CSU-Kultusminister Ludwig Huber, der die »Chancengleichheit der Land- mit der Stadtbevölkerung« im Dezember 1964 verlangte.⁵⁶ Chancengleichheit präsentierte sich in dieser Zeit »als ›Vokabel des guten Willens, die mit der Zustimmungsbereitschaft der verschiedensten [gesellschaftlichen und politischen] Gruppierungen rechnen konnte.«⁵⁷ Das unterstreicht auch eine Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Gründung von Hochschulen in Oldenburg und Osnabrück vom 17. Juli 1970. Hier wurde als Ziel vorgegeben, durch die beiden Universitätsgründungen »einen regionalen Ausgleich der Bildungschancen im Hochschulbereich innerhalb Niedersachsens einzuleiten.«⁵⁸

Im Kontext der hitzigen Debatten um die Gesamtschule in den 70er Jahren vermied die CDU dann die Verwendung des Begriffs, da dieser zur »parteispezifischen lexikalischen Kreation der Sozialdemokraten«⁵⁹ erklärt und nunmehr zum SPD/FDP-Fahnenwort geworden war, und stellte ihm die Losung von der Chancengerechtigkeit gegenüber. »Nicht jedem die gleiche Chance, sondern jedem seine Chance«, lautete die CDU-Parole [...] Chancengleichheit [wurde nun] von konservativen Interessengruppen« als »Gleichheitsmythos« und »sozialistische Gleichmacherei« verstanden.⁶⁰ Der semantische Diskurs markierte das Ende der Konsensphase in der Bildungsdebatte.

53 Zit. nach: Führ, Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945 (wie Anm. 1), S. 15 u. 18.

54 Ludwig von Friedeburg, Chancengleichheit, in: Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, hrsg. von Martin Greiffenhagen, München/Wien 1980, S. 75–82, hier: S. 79.

55 Zit nach: Ebd.

56 Zit nach: Ebd.

57 Hahn (wie Anm. 9), S. 180f.

58 Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Gründung von Hochschulen in Oldenburg und Osnabrück. Vom 17. Juli 1970, in: Empfehlungen und Stellungnahmen des Wissenschaftsrates aus den Jahren 1958–1971, hrsg. vom Wissenschaftsrat, Bonn o. J. [1978], S. 161–165, hier: S. 161.

59 Hahn (wie Anm. 9), S. 180.

60 Die Welt vom 24.11.1975, zit. nach: Ebd., S. 182.

III. Strategien und Schlaglichter der Reformpraxis

Über die konkreten Aktivitäten im Bildungswesen wurde in der Öffentlichkeit kaum im Detail nachgedacht, jedoch wurden die bildungspolitischen Planungen grundsätzlich unterstützt, was »zum stürmischen Ausbau vor allem der höheren Schulen und der Universitäten und Hochschulen [führte], verbunden mit einer konsequenten Regionalisierung und einer [beträchtlichen] sozialen Förderung.«⁶¹ Das Bildungswesen sollte wie andere Bereiche – das Gesundheitswesen, die Verkehrspolitik etc. – »durchplant, rational erweitert und damit den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft angepaßt werden.«⁶² Die mit solchen Prämissen versehene »aktive Bildungspolitik« führte »in Verbindung mit den Ansätzen einer aktiven Raumordnungspolitik [...] dazu, daß sich die Einrichtungen des Bildungswesens differenzierten und regionalisierten, gleichgültig, ob es sich dabei um Realschulen, Fachhochschulen oder Universitäten handelte.«⁶³ Einige Beispiele aus Nordrhein-Westfalen sollen kurz vorgestellt werden.

Auf der Bildungslandkarte Nordrhein-Westfalens – bis dahin geprägt durch die Traditionsuniversitäten Bonn, Köln und Münster – wurden systematisch weiße Flecken besetzt: 1965 eröffnete noch unter dem CDU-Ministerpräsidenten Meyers in Bochum die Ruhr-Universität; 1968/69 folgten Dortmund und Bielefeld; zuvor war bereits 1965 in Düsseldorf die Medizinische Akademie zur Universität erklärt worden. Unter dem Postulat der Chancengleichheit wurde 1970 das Fachhochschul-Errichtungsgesetz, das die Ingenieur- und Höheren Fachschulen in den Rang von Fachhochschulen erhob, verabschiedet. 1972 folgte das Gesamthochschul-Errichtungsgesetz, das die Gründung von Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Wuppertal und Siegen vorbereitete, in welche bestehende Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen integriert wurden.⁶⁴ Zuvor war bereits mit dem Lehrerausbildungsgesetz von 1965 das »bisher dem Gymnasiallehramt vorbehalten Referendariat auch für die Volksschullehrerausbildung« beschlossen worden. Mit der Umorgani-

61 Thomas Ellwein, Die deutsche Gesellschaft und ihr Bildungswesen. Interessensartikulation und Bildungsdiskussion, in: Handbuch der Bildungsgeschichte (wie Anm. 1), S. 87–109, hier: S. 93.

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Vgl. Peter Dohms, Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er und 70er Jahren, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 175–201, hier: S. 196. Zur Geschichte der nordrhein-westfälischen Fachhochschulen siehe jetzt Werner Mayer, Bildungspotential für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Die Entstehung des Hochschultyps »Fachhochschule« in Nordrhein-Westfalen 1965–1971, Essen 1997.

sation der Lehrerausbildung für die Volksschulen bzw. die Grund-, Haupt- und Realschulen erfuhr die vor allem unter dem Aspekt der Verwissenschaftlichung vollzogene Reform der »niedereren« Lehramtsausbildung ihre institutionelle Bestätigung und Absicherung.⁶⁵ Mit der 1974/75 in Nordrhein-Westfalen gegründeten ersten deutschen Fernuniversität in Hagen war der »hochschulpolitische Kraftakt«⁶⁶ Nordrhein-Westfalens vorläufig abgeschlossen. Das Bundesland war inzwischen »die dichteste und vielfältigste Hochschullandschaft in Europa«⁶⁷ geworden und damit ein eindruckliches Beispiel für die Bildungsexpansion im Hochschulbereich. Der enorme Expansionsschub in der Bundesrepublik kann für den Zeitraum zwischen 1960 und 1968 statistisch eindrucksvoll belegt werden. In diesen Jahren erhöhte sich die Zahl der Lehrstuhlinhaber von 3098 um 63 Prozent auf 5072; die Zahl der im universitären Mittelbau Beschäftigten von 2058 um 330,6 Prozent auf 8862 und die Zahl der Assistenten bzw. Oberassistenten um 126,6 Prozent von 9268 auf 20998.⁶⁸ Die Studenten, die in den 60er und frühen 70er Jahren die Universitäten mit Hochschulexamina erfolgreich verließen, zählen heute zu den Funktionseleiten der Bundesrepublik, wobei die »großen Gewinner« innerhalb dieser Funktionseleiten die »Kultur- und Bildungseliten (einschließlich der Lehrer)«⁶⁹ waren.

Die neugegründeten Universitäten entstanden als sogenannte Campus-Universitäten, an die hohe Erwartungen geknüpft wurden: »Der Verfasser eines Memorandums aus dem Jahre 1960 zur Gründung der Universität Bremen erhoffte sich von einem Campus eine »wahrhaftige akademische Gemeinschaft«, »eine Atmosphäre vertiefter geistiger Arbeit und die Zusammenfassung aller Kräfte im Spannungsfeld zwischen »konzentrierter Stille und Weltoffenheit.« Über die Universität Bochum war bei ihrer Eröffnung zu hören, daß sie »dank ihrer städtebaulichen Isoliert-

65 Heinz-Elmar Tenorth, Pädagogik als Wissenschaft und Praxis. Über pädagogische Ausbildung und pädagogische Kompetenz, in: Wissenschaft und Berufspraxis. Angewandtes Wissen und praxisorientierte Studiengänge in den Sprach-, Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaften, hrsg. von Georg Jäger u. Jörg Schönert, Paderborn u. a. 1997, S. 176–191, hier: S. 180f. »Die bis heute gültige Reform der Lehrerbildung, ihre Qualität und ihre Wirkung« ist aber trotz der von den Primarstufen- und Sekundarstufen I-Lehrern »selbst angestrebten und letztlich erreichten Vereinheitlichung und Verwissenschaftlichung nicht einfacher, sondern anscheinend eher problematischer geworden«. Ebd.

66 Gerhard Brunn u. Jürgen Reulecke, Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Stuttgart 1996, S. 171.

67 Dohms (wie Anm. 64), S. 196.

68 Kulturpolitik der Länder 1967 und 1968, hrsg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1969, S. 380.

69 Peter Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981, S. 149f.

heit die Chance [habe], eine echte Bildungsuniversität zu werden, wohingegen eine Stadtuniversität »wegen ihrer Straßennähe« zur bloßen Ausbildungsstätte verurteilt sei.«⁷⁰

Bundesweit entstanden nahezu zwei Dutzend Campus-Universitäten, in denen zum Teil wie in Bielefeld und Bochum »großangelegte Modellversuche zur Reform von Forschung und Lehre verwirklicht [wurden]«⁷¹: in Bochum war es das Zusammenbringen der Geisteswissenschaften mit den Ingenieurwissenschaften, in Bielefeld und in Konstanz war das Besondere die spezifische Forschungsausrichtung. An diesen und weiteren mit einem Profil ausgestatteten neugegründeten Universitäten stellte es kein Problem dar, die Lehrstühle hochkarätig zu besetzen. Über die Architektur jener Neugründungen urteilten allerdings bereits die Zeitgenossen drastisch: Christian Graf von Krockow sah z. B. in ihnen »Brutstätte[n] der Neurosen, Psychosen und Aggressionen.« Der Architekturkritiker Eberhard Schulz sprach von »Universitäten am Fließband« und »pädagogischen Fabrikhallen«, von Bauten, »die längst jede Kaserne an Ausdrucksarmut hinter sich gelassen« hätten. »Ist«, so fragte er weiter, »aus der Bildungskatastrophe zuerst eine Architekturkatastrophe geworden?«⁷² Gleiches trifft im übrigen auch auf die Schulneubauten Mitte und Ende der 60er Jahre zu, deren uniforme Containerkultur auch heute noch den Betrachter fassungslos zurückläßt.

Im Bereich der allgemeinen Schulbildung wurde insbesondere die Landschulreform engagiert durchgeführt, wobei sie aufgrund der föderalen Strukturen unterschiedlich rasch umgesetzt wurde. Grund- und Strukturdaten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft unterstreichen den in diesem Bereich eingetretenen Wandel zwischen 1960 und 1970. Existierten 1960 bundesweit 35 433 Schulen, waren es 1970 noch 29 793, wobei sich gleichzeitig die Zahl der Schüler von 6 648 200 auf 8 968 400 Millionen erhöht hatte. Die Zahl der hauptberuflich bzw. –amtlich angestellten Lehrer stieg von 210 000 im Jahre 1960 über 313 400 im Jahre 1970 auf 425 900 im Jahr 1975 – binnen 15 Jahren hatte sich also das Lehrpersonal an den Schulen verdoppelt.⁷³ Wieder einmal »scheint sich die eingebaute Dynamik des Bildungswesens auszuwirken, nach der die Schule für die Hochschule und diese für die Schule ausbildet. In anderen Worten: Die große Expansion im Sekundarbereich des Bildungssystems

70 Arnd Morkel, Erinnerung an die Universität. Ein Bericht, Vierow bei Greifswald 1995, S. 76.

71 Vgl. Oehler (wie Anm. 27), S. 416 f.

72 Morkel (wie Anm. 70), S. 77.

73 Vgl. Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick für Eltern, Lehrer, Schüler, Reinbek 1990, S. 126.

bietet den Hauptarbeitsmarkt für den Zuwachs an Hochschulabsolventen an. Darauf reagiert[e] der Studienanfänger.«⁷⁴

Besonders erfolgreich wurde der bundesweite Ausbau des Mittelschulbereichs zwischen 1960 und 1970 betrieben. Hier verdoppelte sich nicht nur die Zahl der Realschulen von 1 125 auf 2 116⁷⁵, sondern auch die Schülerzahl – trotz der bereits in einigen Ländern angelaufenen Gesamtschulmodelle – von 430 000 auf 863 500.⁷⁶ Im Bundesdurchschnitt waren 1960 12,1 Prozent, 1970 jedoch bereits 20,2 Prozent des 7. Schuljahrgangs Realschüler.⁷⁷ Die Zunahme der Realschülerzahlen beweist, daß »für eine über die Hauptschule hinausführende nichtgymnasiale allgemeine Bildung die am raschesten wachsende Nachfrage bestand.«⁷⁸ Mit steigendem Bildungswunsch bisher »bildungsferner Schichten« kam der Realschule »eine »Brückenfunktion« zu: einerseits bei Eltern, die selbst keine über die Hauptschule hinausführende Schule besucht haben, denen im intergenerativen Aufstieg das Gymnasium zu fern und zu unbekannt war, andererseits für den Schüler als Ort der Vermittlung einer offenen Grundausbildung, die nicht, wie die der Hauptschule trotz formal bestehender Übergangsmöglichkeiten, nur als eingeschränkte Bildung erfahren wurde.«⁷⁹

Die Schülerzahlen an den höheren Schulen erhöhten sich in diesem Zeitraum ebenfalls, jedoch etwas geringer: 1960 lag der Anteil der Gymnasiasten im 7. Schuljahr bei 17,1 Prozent; 1970 hatte er sich lediglich auf 22,3 Prozent erhöht. Seine tiefgreifendsten Veränderungen erfuhr das Gymnasium Mitte der 60er Jahre mit der Einführung der schulformunabhängigen Förderstufe in einzelnen Bundesländern und nach 1972 durch die Reform der gymnasialen Oberstufe.⁸⁰ In einem Bericht über den Zustand des Gymnasiums bilanzierte der deutsche Bildungsrat 1975, die Gymnasien »entwickel[t]en sich von einer Standesschule für das Bürgertum zu einer Aufstiegsschule auch für bisher bildungsferne Schich-

74 Lundgreen (wie Anm. 69), S. 149 f.

75 Ralf Rytlewski u. Manfred Opp de Hipt, *Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen. 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, München 1987, S. 211.

76 Vgl. Christoph Führ, *Die Realschule – Mitte des Bildungswesens* (Erstveröffentlichung in: *Realschule in Deutschland* 103 [1995], S. 12–20), in: *Bildungsgeschichte und Bildungspolitik. Aufsätze und Vorträge*, hrsg. von Christoph Führ, Weimar u. a. 1997, S. 275–292, hier: S. 279.

77 Carl-Ludwig Furck, *Das Schulsystem: Primarbereich-Hauptschule-Realschule-Gymnasium-Gesamtschule*, in: *Handbuch der Bildungsgeschichte* (wie Anm. 1), S. 282–356, hier: S. 306.

78 Caspar Kuhlmann, *Bundesrepublik Deutschland*, in: *Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich. Bd. I*, hrsg. vom Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1970, S. 1/1–1/206 u. 1/145.

79 Furck (wie Anm. 77), S. 304.

80 Vgl. ebd., S. 307 u. 310.

ten.«⁸¹ Gleichzeitig deutete sich zu Beginn der 70er Jahre durch diesen Strukturwandel des Bildungssystems an, daß »das ehemals in Deutschland Strukturen und Karrieren prägende Berechtigungswesen im Verlauf der Bildungsexpansion seinen traditionellen Stellenwert«⁸² verlieren würde.

IV. Bildungsreform und Methodik

Trotz der institutionellen Ausweitung des Schul- und Hochschulwesens hatten die Veränderungen auf methodischer und zum Teil auch inhaltlicher Seite zunächst nur marginale Bedeutung. Bildungsforscher, die 1967 »Two Decades of Non-Reform«⁸³ in der Bundesrepublik ausmachten, trafen mit dieser Feststellung bezogen auf die Lehr- und Unterrichtsmethoden an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten und in der Unterrichtspraxis der Schulen sowie bei der Auswahl der Inhalte die Wirklichkeit. Es herrschte eine Didaktik vor, die wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen konnte, da sie sich mit der angeblichen »Unveränderbarkeit objektiver Verhältnisse«⁸⁴ nicht auseinandersetzte und sich der Ideologiekritik entgegenstemmte. Besonders wurde Kritik daran geübt, daß die bisherigen didaktischen Modelle sich »auf die Formulierung und Transkription gegebener Inhalte beschränkt[en], die Festlegung solcher Inhalte dagegen nicht zum Gegenstand kritischer Analyse gemacht«⁸⁵ hätten. Auf den Geschichtsunterricht bezogen galt das auch für die bildungstheoretische Didaktik Erich Wenigers. Sosehr dessen geschichtsdidaktisches Modell auch in den »inhaltlichen Fragen engagiert war«, so blieb es doch nicht für unterschiedliche methodische Arrangements offen. »Denn die Einheit der erlebten Geschichte, die Repräsentation der Kontinuität in Symbolen der vollendeten, unvollendeten und künftigen Möglichkeiten und Fehlentwicklungen war für Weniger allein greifbar in der Erzählung. [...] Unter dem Gesichtspunkt der inhaltlichen Entscheidung wurden [...] alle methodischen Formen des Arbeitsunterrichts, insbesondere der Quelleninterpretationen und Quellenkritik, auf gelegentliche Übungen zur Beglaubigung im Dienste der Erzählung begrenzt.«⁸⁶

81 Zit. nach: Ebd..

82 Zymek (wie Anm. 25), S. 38.

83 Saul B. Robinson u. J. Caspar Kuhlmann, *Two Decades of Non-Reform in West German Education*, in: *Comparative Education Review*, October 1967, S. 311–330.

84 Herwig Blankertz, *Theorien und Modelle der Didaktik*, München 1974 [Erstauflage 1969], S. 27.

85 Hans Albrecht Hesse u. Wolfgang Manz, *Einführung in die Curriculumforschung*, Stuttgart u. a. 1972, S. 18.

86 Blankertz (wie Anm. 84), S. 96.

Manche methodische Pirouette gegen Ende der 60er Jahre hatte die allgemeindidaktische Diskussion gänzlich verschlafen. So enthielt ein Sammelband über Methoden des Geschichtsunterrichts aus dem Jahre 1969 einen Beitrag, in dem den Lesern unterbreitet wird, daß die »Vorlesung, die bislang der Universität als die ihr adäquate Lernmethode vorbehalten war, [...] nun als Versuch auch in das Gymnasium eingedrungen« sei und dort »im Geschichtsunterricht der Obersekunda und Unterprima das arbeitsunterrichtliche Prinzip ab[löse].«⁸⁷ Innovative Lehr- und Lernkonzepte setzten sich erst zögerlich durch, was im Grunde verwundert, da die junge Generation der Hochschullehrer aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive die »hochschuldidaktischen Formen der Zusammenarbeit mit Studierenden als Schlüsselerlebnis«⁸⁸ bezeichnete. Wirft man aber einen Blick auf die publizierte allgemeindidaktische und pädagogische Literatur gegen Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre, fällt auf, wie gering die Zahl einschlägiger Veröffentlichungen ist, die innovative Sozial- und Lernformen thematisierten. Zwar waren eine Reihe von Veröffentlichungen zur »Gruppenarbeit« publiziert worden. Doch diese waren vor allem in der außerschulischen Erwachsenenbildung entstanden, insbesondere in der konfessionellen Jugendarbeit und -bildung. Zuvor hatten sich nur wenige exponierte Pädagogen auf diesem Felde engagiert, vor allem Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt. Zu Beginn der 70er Jahre wurde dann mit dieser Sozialform auch vereinzelt an den Universitäten in den traditionellen Disziplinen außerhalb der Pädagogik und Psychologie eher experimentell verfahren. Publikationen in Broschürenformat wie etwa »Gruppenarbeit im Rahmen des literaturwissenschaftlichen Proseminars – Ein Erfahrungsbericht aus dem Fach Anglistik«⁸⁹ aus dem Jahre 1970 unterstrei-

87 Margret Hellmann, Die Vorlesung als neue Unterrichtsform im Geschichtsunterricht der gymnasialen Oberstufe, in: *Methoden des Geschichtsunterrichts in Schule und Universität*, hrsg. von Rainer Mielitz, Göttingen 1969, S. 67–76, hier: S. 67. Thomas Ellwein kam zu dem Befund: »Ausgesprochen selten findet man den Gruppenunterricht, in dem ein Gesamtthema auf einzelne Gruppen verteilt und von diesen dann selbständig erarbeitet wird, damit so der Individualität des einzelnen Schülers entsprochen werden kann.« Thomas Ellwein, *Was geschieht in der Volksschule?* Berlin 1960, S. 82; vgl. auch das Vorwort in: Herbert Otterstädt, *Bildungseinheiten für das Volksschulabschlußjahr*, Oberursel 1961. Gottfried Schröter (Einführung in die Schulpraxis. Eine Schulpädagogik für Schulpraktikanten, Junglehrer und ihre Mentoren, Worms 1963, S. 66) zufolge konnte es kaum verwundern, daß eine neue Sozialform wie die Gruppenarbeit als »eigenartige Arbeitsform« charakterisiert wurde.

88 Oehler (wie Anm. 27), S. 417.

89 Autorin: Natascha Würzbach. Die Broschüre erschien in Hamburg als Nr. 13 in der Reihe »Hochschuldidaktische Materialien« des Arbeitskreises für Hochschuldidaktik. Im übrigen wurde der Druck dieser schmalen Publikation ermöglicht durch finanzielle Mittel der VW-Stiftung.

chen den noch unsicheren Umgang mit dieser Sozialform. Aktivierende Sozialformen wie Gruppenarbeit und innovative Lernmethoden wie entdeckendes und forschendes Lernen kamen an Schulen und Universitäten bis Mitte der 70er Jahre über den Experimentalcharakter nicht hinaus.⁹⁰

IV. Resümee und Ausblick

Der bildungspolitische Blick in den 60er Jahren ging in den Westen. Dabei wurden weitere transatlantische Neuerungen mit Interesse beobachtet und zunehmend rezipiert: Behaviorismus, Curriculumforschung, Lerntheorie und andere. Vor dem Hintergrund dieser bildungspolitischen Westintegration wurde Bildung zu einer Investition gegen den Rückstand.

Das ununterbrochene Insistieren der Bildungsökonominnen und Bildungsplaner auf einen Bildungs-»Rückstand« gegenüber anderen Nationen offenbart ein spezifisches Denkmodell – das des deutschen »Rückstands« gegenüber dem »Ausland«. Dieses Mega-Argument wurde nicht nur auf den Zustand des deutschen Bildungswesens bezogen, sondern war seit den 50er Jahren immer wieder auch in anderen Bereichen angeführt worden, insbesondere bei der Genese und Etablierung des Atomforschungs- und Atomnutzungsbereichs.⁹¹ Mit der von ihnen entworfenen »Bildungskatastrophe« bzw. dem festgestellten »Bildungsnotstand«⁹² dramatisierten die bildungspolitischen Akteure die Debatte und beschleunigten damit die Aufnahme der bildungspolitischen Diskussion vor allem in der Politik.

In weiten Teilen des Katholizismus wurde in den 60er Jahren erkannt, »daß die nach 1945 so heftig erkämpfte konfessionell organisierte Volksschule besonders auf dem Lande dem nunmehr allgemein anerkannten Imperativ einer gesteigerten effektivierten Bildungsförderung bzw. der Beseitigung des [...] »katholischen Bildungsdefizites« im Wege stand.« Dies ist ein »geradezu klassisches Beispiel dafür, wie die Anforderungen

90 Vgl. u. a. Individualisierung und Gruppenarbeit in der Schule, hrsg. von Ernst Meyer, (Internationales Pädagogisches Symposium, 1967) Oberursel 1968. Siehe auch Alfons Kenkmann, Der Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten und sein Beitrag zur Vitalisierung der Kommunikationsfunktion von Geschichte, in: Geschichtsbewußtsein und Methoden historischen Lernens, hrsg. von Bernd Schönemann, Uwe Uffelman u. Hartmut Voit, Weinheim 1998, S. 246–275, hier: S. 261 ff.

91 Vgl. den wichtigen Exkurs »Der Rückstand. Geschichte und Bedeutung einer Problemwahrnehmung« in der publizierten Habilitationsschrift von Bernd-A. Rusinek, Das Forschungszentrum (wie Anm. 12), S. 203–215.

92 Picht (wie Anm. 3), S. 17.

der modernen Industriegesellschaft, wie sie sich in den 60er Jahren darstellten, die bisher gültigen Plausibilitäten der Katholiken in kürzester Zeit ersetzen«⁹³ – mit zwei höchst unterschiedlichen Konsequenzen für das katholische Milieu: einer Modernisierung der Bildungsstätten um den Preis einer fortschreitenden Säkularisierung ihrer Bildungsinhalte – deutlicher Ausdruck davon war der Sexualkundeunterricht. Rückblickend aber erweist sich die Teilnahme des Katholizismus am gesellschaftlichen Reformprozeß als bildungspolitische success-story der 60er Jahre – nachhaltiger als die Reformversuche in der Arbeiterbildung.

Erst in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das allgemeinbildende dreigliedrige Schulsystem flächendeckend durchgesetzt und dabei insbesondere der Bereich der Mittelschule bzw. Realschule qualitativ und quantitativ ausgebaut. Mit der Trennung von Grund- und Hauptschule ab Mitte der 60er Jahre war letztendlich der »systematische und flächendeckende Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens in der Bundesrepublik«⁹⁴ für die kommenden Jahre abgeschlossen. Mit der Expansion der Bildungsbeteiligung hatte die Bundesrepublik einen bildungsstrukturellen Wandel durchlaufen, der für alle »westlichen Gesellschaften nach 1960 typisch [war].«⁹⁵

Die Bildungsexpansion transportierte als »Katastrophenbekämpfung« auch aufklärerische Grundwerte (u. a. Chancengleichheit, Bürgerrecht auf Bildung) in einem breiten Konsens über regionale, konfessionelle und parteipolitische Gräben hinweg. Die Hochkonjunktur bildungspolitischer Diskussionen in der bundesrepublikanischen Geschichte endete im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise 1973/74 als Bildungskrise. Gleichzeitig wurde damit die »Periode der bildungspolitischen Erneuerung«⁹⁶ eingeleitet. Es wurde deutlich, daß der Konsens in der Bildungsplanung unter Bedingungen der Prosperität breit, unter rezessiven Vorzeichen sich jedoch als äußerst brüchig erwies. Auf dem Gebiet der Bildung wurden nun anders als 20 Jahre zuvor in Teilen der Öffentlichkeit Gefahren in einem »Zuviel« an Bildung gesehen.

Mit dem Ende der »Reformeuphorie« ging ein Verlust der Karrierechancen ehemaliger Kultus- und Wissenschaftsminister einher. In Zeiten der Hochkonjunktur von Bildungsdebatten waren diese Ämter in hohem Maße von öffentlichem Interesse und sehr karrierefördernd. Ministerprä-

93 Damberg (wie Anm. 40), S. 451.

94 Harney/Zymek (wie Anm. 51), S. 420.

95 Heinz-Elmar Tenorth, Rezeption und Transformation in der Deutschen Pädagogik. Über Offenheit und Geschlossenheit einer pädagogischen Kultur, in: Pädagogische Grenzgänger in Europa, hrsg. von Elmar Lechner, Frankfurt a. M. u. a. 1997, S. 209–229, hier: S. 221.

96 Manfred Bormann, Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. System und Grundlagen, Opladen 1978, S. 27.

sidentenämter und Kandidaturen für das Amt des Bundeskanzlers waren nicht ungewöhnlich, wie das Beispiel von Johannes Rau zeigt, dem ersten Minister des 1970 in Nordrhein-Westfalen geschaffenen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung. Für spätere Bildungs- und Wissenschaftsminister auf Landes- wie Bundesebene erwies sich hingegen die Übernahme eines solchen Amtes als schwere Hypothek, wie das Beispiel Jürgen Möllemann unterstreicht. Hatte die Bildungsforschung 1964 als die Inkarnation der »Bildungskatastrophe« das katholische Mädchen vom Lande ausgemacht, so gilt heute übrigens das katholische Mädchengymnasium in der Provinz als Garant effizienter Bildung.

Jörg Requate

Standespolitik als Gesellschaftspolitik. Zur Debatte um den Reformbedarf der Justiz in den 60er Jahren

»Unsere Kultur wird bedroht von einer schlagartigen Zerstörung durch den Zusammenbruch unserer kulturellen Tradition.« Diesen Satz des Verhaltensforschers Konrad Lorenz zitierte der Senatspräsident des Landgerichts Düsseldorf Karl Dinslage in einem Vortrag aus dem Jahr 1971 und fügte hinzu, daß es sich um eine »geplante Zerstörung aus politischen Motiven« handele, die sämtliche gesellschaftlichen Bereiche betreffe, ganz besonderes aber die Justiz. Unter dem Schlagwort der Demokratisierung gehe es tatsächlich nicht um Demokratie, sondern um einen »sozialistischen Staat mit relativiertem Recht.« Die Justiz, die sich gerade noch als Bollwerk gegen radikalen Wandel gezeigt habe, drohe nun von »Revolutionären« unterwandert und zu einem Instrument politischer Macht umfunktioniert zu werden.¹

Unverkennbar lagen über derartig bedrohlichen Szenarien die Schatten der Studentenproteste der Jahre 1967 bis 1969. Gleichwohl führte Dinslage als Kronzeugen seiner Visionen keineswegs nur die radikalen Vertreter der Studentenbewegung, sondern neben dem Richter und Justizkritiker Theo Rasehorn auch den amtierenden Bundespräsidenten und ehemaligen Justizminister Gustav Heinemann an, der eine große Justizreform als wünschenswerten »Prozeß der Verlagerung gesellschaftlicher Schweregewichte« ansah.²

Dinslage formulierte seine Sorgen ohne Zweifel besonders drastisch, doch stand er vom Grundsatz her mit seinem Befund vom »justizpolitischen Kulturkampf« keineswegs allein. Im »Rheinischen Merkur« sah

1 Karl Dinslage, Justizpolitischer Kulturkampf der Gegenwart, Köln 1971, S. 5 ff.

2 Ebd., S. 7.

Friedrich Graf von Westfalen bereits den »Volksrichter in Rosa« im Anmarsch, der seine Rolle als »Revolutionär auf dem Richterstuhl« verstehe.³ Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sorgte sich 1973 unter der bangen Frage »Was für Richter werden wir morgen haben?« nicht nur um die Zukunft der Richterschaft, sondern um die der staatlichen Ordnung insgesamt. »Das Richteramt unserer Tage«, so die Autorin ganz im Tenor Dinslages, »ist ein erstrebter Beruf für radikale Bewerber, bevorzugtes Modell der Diskussion radikaler Reformen.« Das sei kein Zufall, denn das Richteramt sei der »Schlüssel zum Recht und damit zur staatlichen Ordnung«, und diese beabsichtigten die marxistisch geprägten Richteramtswerber zu »unterwandern«. Als »Sozialingenieure« versuchten diese dann direkt in die gesellschaftliche und staatliche Ordnung einzugreifen und sie in ihrem Sinne zu verändern.⁴

Ob oder in welchem Maße derartigen Befürchtungen ein tatsächlicher Wandel in der Einstellung und der Berufsauffassung – wenn auch sicher kaum in der hier suggerierten Intensität – der neu in den Richterberuf drängenden Generation entsprach, muß hier zunächst dahingestellt bleiben. Erklärungsbedürftig ist zunächst der radikale Wandel, den die Debatten um die Funktion der Justiz für Staat und Gesellschaft gegenüber den 50er und frühen 60er Jahren vollzogen hatten. Galt »das Richtertum« dem einflußreichen Staatsrechtler und Carl Schmitt-Schüler Werner Weber Anfang der 50er Jahre neben dem Beamtentum als einzig noch verbliebener Statthalter »der staatlichen Obrigkeit, die überall sonst in ein System pluralistischer Teilmächte aufgelöst ist,« so stand Anfang der 70er Jahre die Rolle der Justiz als gesellschaftlicher Gestaltungsfaktor im Zentrum solcher Diskussionen.⁵ Vom zentralen Symbol und Machtfaktor der Staatlichkeit war die Justiz gewissermaßen in die Gesellschaft und deren Auseinandersetzungen »hinab« gegliedert.

Sicher wird man die Debatte um eine Reform der Justiz mit dem allgemeinen »Reformklima« der ausgehenden 60er Jahre in Verbindung bringen können. Doch verlagert sich zum einen damit das Problem nur auf eine andere Ebene, nämlich der Frage nach dem Entstehen des »Reformklimas«. Zum anderen bleibt auch dann noch zu erklären, wieso gerade die Justiz, die sich noch wenige Jahre zuvor heftigen Angriffen ausgesetzt sah, konservativ, obrigkeitstaatlich und tendenziell undemokratisch zu sein, plötzlich zum Motor des gesellschaftlichen Fortschritts werden soll-

3 Friedrich Graf von Westfalen, Volksrichter in Rosa, in: Rheinischer Merkur vom 10.7.1970, vgl. auch ders., Der Richter als Revolutionär, in: Rheinischer Merkur vom 22.1.1971.

4 FAZ vom 3.12.1973.

5 Werner Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, Göttingen 1970 (Erstausgabe: 1951), S. 98.

te oder zu werden drohte. Dieser Frage nach den Ursachen für die Dynamik, mit der sich der Diskurs über die Justiz in den 60er Jahren veränderte, wird hier im Folgenden nachgegangen.

Verfolgt werden dazu die Debatten, die sich um die Justiz und deren Reformbedarf rankten, wobei das zentrale Augenmerk auf der jeweiligen Bestimmung des Verhältnisses von Justiz und Gesellschaft liegen wird. Die Begriffe Justizreform und Justizkrise, die spätestens seit Beginn des Jahrhunderts und in den 50er Jahren immer wieder auftauchen, betrafen sowohl standes- wie allgemeinpolitische Fragen. Wenn über eine Reform der Justiz oder eine Krise der Justiz debattiert wurde, ging es neben unterschiedlichen Detailfragen immer auch um die grundsätzliche Rolle der Justiz im Staat und in der Gesellschaft.

Als Ausgangspunkt der Debatte um eine »Große Justizreform« gilt eine Rede des Frankfurter Oberbürgermeisters Franz Adickes aus dem Jahr 1906,⁶ in der er eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Justizaufbaus sowie eine drastische Reduzierung der Richterschaft forderte, die damit ihre Position einer staatlichen Elite erheblich hätte ausbauen können. Vorstellungen und Forderungen dieser Art wurden Mitte der 50er Jahre wieder aktualisiert, ohne daß dabei die neue verfassungsrechtliche Situation der Justiz in der Bundesrepublik oder eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit irgendeine Rolle gespielt hätten. Mit der Forderung nach einer sogenannten Großen Justizreform war also weniger eine Neubestimmung der Justiz im demokratischen Staat verbunden als vielmehr der Versuch, die Justiz unter konservativen Vorzeichen zu konsolidieren.

In besonderer Weise engagierte sich hier der Präsident des Bundesgerichtshofes Hermann Weinkauff. Wesentlich unter dessen Einfluß profilierte sich der Bundesgerichtshof in den 50er Jahren durch eine »naturrechtlich« verbrämte, ausgesprochen konservative, zum Teil explizit gegen das Verfassungsgericht argumentierende Rechtsprechung. In dieser sogenannten Renaissance des Naturrechts ging es darum, nicht auf der Basis des Grundgesetzes, sondern jenseits oder »oberhalb« davon ein justitiables Fundament von Werten zu finden.⁷ Herausragendes Beispiel in dieser Hinsicht war der sogenannte Kuppeleibeschluß aus dem Jahre 1954, in dem überdeutlich wurde, in welchem Maße rigide Moralvorstellungen mit Mitteln des Strafrechts durchgesetzt werden sollten. Der BGH stellte fest, daß die »Kuppelei« gegenüber Verlobten strafwürdig sei, da Geschlechtsverkehr zwischen diesen als eine »grundsätzlich gegen die ge-

6 Franz Adickes, Grundlinien durchgreifender Justizreform, Berlin 1907.

7 Aus der reichhaltigen Literatur zu dem Thema vgl. Franz Wieacker, Zum heutigen Stand der Naturrechtsdiskussion, Opladen 1965.

schlechtliche Zucht verstoßende Handlung« anzusehen sei und daß diese Norm des Sittengesetzes aus sich heraus und unabhängig von wirklicher Befolgung oder jeder Änderung der Anschauungen gelte.⁸ Damit verstand sich die Justiz als Wahrerin quasi überzeitlicher Ordnungsvorstellungen und gab zu erkennen, diese Ordnungsvorstellungen auch gegen konträr verlaufende gesellschaftliche Strömungen durchsetzen zu wollen.

Die Durchsetzung eines »einheitlichen Ethos mit einer einheitlichen richterlichen Grundüberzeugung« spielte gerade bei Weinkauffs Vorstellungen von einer Justizreform eine wesentliche Rolle. Die »völlige Zersplitterung« der deutschen Rechtsprechung – d. h. also die Unterteilung in eine ordentliche Gerichtsbarkeit, die mit Zivil- und mit Strafrecht befaßt ist auf der einen und den Spezialgerichten insbesondere für Arbeits-, Sozial-, Verwaltungsrecht auf der anderen Seite, – verbunden mit einem »Übermaß an sogenannten hohen Richtern«, so Weinkauff 1958, habe wesentlich mit dazu beigetragen, daß das Volk dem Recht insgesamt fremd gegenüberstünde. Mit einer Vereinheitlichung der Rechtsprechung und einer um 60 Prozent reduzierten Richterschaft sollte einem »fortschreitenden Auseinanderjudizieren« entgegengewirkt und eine Art richterliches Corps geschaffen werden, das sich der »Anarchie der Werte« entgegenstellte und bestimmte »überzeitliche« Moral- und Ordnungsvorstellungen durchsetzte.⁹ Dem als bedrohlich empfundenen Wertepluralismus sollte durch eine Justiz mit einer möglichst einheitlichen Grundüberzeugung begegnet werden.

Einen in seiner Wirkung kaum zu überschätzenden Gegenpol zum Bundesgerichtshof und dem dort zumindest von einem Teil der Richter verfolgten Bestreben, die Justiz insgesamt auf eine zutiefst konservative Rechtsprechung festzulegen, bildete ohne Zweifel das Bundesverfassungsgericht, dessen Position in den 50er Jahren noch alles andere als unumstritten war. Bezeichnenderweise wurde die Auseinandersetzung jedoch vornehmlich in Form von Urteilen und weniger in Form einer offenen Debatte ausgetragen.¹⁰ In dieser Hinsicht hielt sich die Richterschaft insgesamt auffallend zurück. Schon in der Debatte um die Frage, ob es erstrebenswert sei, eine »vollständige Selbstverwaltung der Justiz« einzuführen, die im Umfeld des Juristentags von 1952 erhebliche Wellen schlug, waren es in erster Linie Rechtswissenschaftler und Rechtspoliti-

8 BGHSt, 6, S. 46 ff., S. 53.

9 Vgl. Hermann Weinkauff, Die große Justizreform, in: DRiZ 36 (1958), S. 93 f.

10 Vgl. hier vor allem auf der einen Seite die Urteile zu Gleichberechtigungsfragen, in denen der Bundesgerichtshof das Grundgesetz unter Berufung auf Naturrecht aushebeln wollte (BGHZ 11, Anhang 65; BVerfGE 10, 81) und zum anderen die Kontroverse um das 131er Gesetz (BGHZ 13, S. 265–319; BVerfGE, Bd. 3, S. 58–162).

ker, die die entscheidenden Gegenpositionen zu Forderungen aus der Richterschaft formulierten. Auch in der Frage der Großen Justizreform fehlte Widerspruch aus der Justiz – etwa der unteren Richterschaft, zu deren Lasten eine solche Reform gegangen wäre – nahezu vollständig. Gegenstimmen zu Vorstellungen einer möglichst autonomen und verkleinerten »homogenen« Richterschaft kamen fast ausschließlich von Personen außerhalb der Justiz, und zwar am deutlichsten von Adolf Arndt, dem »Kronjuristen« der SPD. Er wandte sich immer wieder gegen die in der Justiz nur allzu verbreitete Position, daß man sich in der Rechtsprechung in einer Art »Niemandland des Unpolitischen« befinde.¹¹ Als vielleicht profiliertester Rechtspolitiker der 50er Jahre verwies Arndt nachdrücklich auf den politischen Charakter der richterlichen Tätigkeit. Ende der 60er Jahre, als diese Position aus den Reihen der Richterschaft selbst vertreten wurde, kam es zu den Reaktionen, die eingangs zitiert wurden. In den 50er Jahren wurde die Kritik Arndts als die Perspektive eines Politikers verbucht, der aus seiner speziellen Sicht andere Akzente setzte. Da Arndt sich ansonsten trotz der Reibungspunkte mit der Justiz für deren Belange einsetzte und insbesondere die materiellen Forderungen unterstützte, rief er mit seiner sachlich fundierten und insgesamt konzilianter Kritik zwar Widerspruch, aber noch keine polemische Abwehr hervor.¹²

Resümiert man die Debatte um eine Reform der Justiz bis zum Ende der 50er Jahre, so ging es dabei im wesentlichen um das Ziel einer konservativen Konsolidierung der Justiz. Ähnlich wie im Bereich der Strafrechtsreformdebatte oder der Debatte um eine Reform der Juristenausbildung wurde auch in den Überlegungen zur Justizreform gleichsam nahtlos an die Debatten des ausgehenden Kaiserreichs angeknüpft.¹³ Etwas zugespitzt könnte man sagen: Es wurde so debattiert, als habe es die vergangenen vierzig bis fünfzig Jahre nicht gegeben. Die Reformdebatte wurde gleichsam »restauriert«.

Eine grundlegende Änderung in der Situation der Justiz setzte zu Beginn der 60er Jahre ein. Zunächst von außen und nach und nach von innen kommender Druck führte dazu, daß die gesellschaftliche Rolle der Justiz kaum zehn Jahre später, am Ende des Jahrzehnts, in völlig anderer

11 Vgl. Adolf Arndt, Koreferat, in: Verhandlungen des 40. Deutschen Juristentages, Sitzungsberichte, Tübingen 1953, S. C 45; aus der Vielzahl der Beiträge Arndts zu Fragen der Justiz vgl. insbesondere Adolf Arndt, Das Bild des Richters, Karlsruhe 1957; ders., Grundfragen einer Reform der Deutschen Justiz, in: DRiZ 37 (1959), S. 199–204; ders., Das nicht erfüllte Grundgesetz, Tübingen 1960.

12 Zu Arndt vgl. vor allem Dieter Gosewinkel, Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961), Bonn 1991.

13 Für Hinweise zum Verlauf der Debatte um die Strafrechtsreform danke ich Petra Goedecke; zur Ausbildungsreform vgl. Nicolas Lührig, Die Diskussion über die Reform der Juristenausbildung, von 1945 bis 1995, Frankfurt a. M. 1997.

Weise diskutiert wurde. Von wem kam der Druck und auf welche Bereiche konzentrierte er sich?

Den Ausgangspunkt der Kritik bildeten ausgerechnet Angriffe aus der DDR. Am 23. Mai 1957 präsentierte der Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda Albert Norden der internationalen Presse eine Broschüre mit dem Titel: »Gestern Hitlers Blutrichter – Heute Bonner Justiz-Elite«. Sie enthielt die Namen von 118 Juristen, die den direkten Weg von der NS-Justiz in die bundesdeutsche Justiz gefunden hatten.¹⁴ Wohl doziert legte Norden im Abstand von jeweils einem halben Jahr neues Material nach. Die Kampagne gipfelte schließlich Anfang der 60er Jahre in Angriffen auf Adenauers Staatssekretär im Kanzleramt Hans Globke, den Vertriebenenminister Theodor Oberländer und den im März 1962 ernannten Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel, der wegen der Anschuldigungen nach nur wenigen Monaten im Amt ebenso zurücktreten mußte wie vor ihm bereits Theodor Oberländer. Wurde schon von politischer Seite alles getan, um die Relevanz der Enthüllungen herunterzuspielen und die Konsequenzen auf das unbedingt Notwendige einzugrenzen, beschränkte sich die Richterschaft darauf, mit Empörung auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu reagieren. In einem Brief an die Justizminister verlangte der Richterbund, daß sich die »Staatsführung [...] schützend vor die Organe der Rechtspflege« stellen und die gegen die Justiz gerichteten Verleumdungen »wegen ihres beruflichen Wirkens in der Zeit vor dem Zusammenbruch von 1945« zurückweisen sollte.¹⁵ Mit öffentlichen Stellungnahmen hielt man sich indes bedeckt. In seinem Verbandsorgan, der »Deutschen Richterzeitung«, wies der Richterbund die Angriffe unter dem Titel »Um die Ehre der Richter und Staatsanwälte« zwar ebenfalls zurück, eine weitergehende Auseinandersetzung mit den Vorwürfen fand jedoch nicht statt.¹⁶

Aus der Reserve gelockt wurde die Richterschaft erst 1962, als die zunehmende öffentliche Kritik an der Justiz in zwei publizistische Attacken mündete, die kaum schärfer hätten ausfallen können. Bezeichnenderweise stammten beide von publizistischen Außenseitern, Emigranten zudem:

14 Zu der DDR-Kampagne und den Reaktionen aus der Bundesrepublik darauf vgl. Klaus Bästlein, »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, hrsg. von Helge Grabitz, Klaus Bästlein u. Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 408–443; Fritz Bauer, Die »Ungesühte Nazijustiz«, in: NG 7 (1960), S. 179–191.

15 Zit. nach: Im Namen des deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, Köln 1989, S. 411.

16 Vgl. DRiZ 36 (1958), S. 330; DRiZ 37 (1959), S. 101.

Sebastian Haffner und Ulrich Sonnemann. Sie beschränkten sich nicht mehr auf die Vorwürfe wegen der NS-Vergangenheit, sondern holten wesentlich weiter aus. Direkter Auslöser für die Kritik war vor allem bei Haffner das Verhalten der Justiz in der Spiegelaffäre. Die immer noch wirksame »obrigkeitsstaatliche und antidemokratische Tradition« der Justiz machte er für den Ablauf der Affäre mit verantwortlich. Kurze Zeit später veröffentlichte Haffner einen weiteren Artikel im »Stern«, in dem er sich noch einmal explizit mit der Justiz als »Schreckens- und Folterinstrument des Obrigkeitsstaats« auseinandersetzte und zu dem Ergebnis kam, daß eine »Reform an Haupt und Gliedern« unabdingbar sei.¹⁷ Ulrich Sonnemann ging in seinem in hoher Auflage verkauften Buch »Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten« sogar soweit, der deutschen Justiz »Lust am Unrecht« vorzuwerfen.¹⁸ Zu allem Überfluß lieferten außer der NS-Vergangenheit und der »Spiegelaffäre« auch zwei spektakuläre Mordprozesse, in denen die Justiz alles andere als eine gute Figur machte, Nahrung für Polemiken. Sogar von der Boulevardpresse mußte sie sich nicht nur mangelnden Sachverstand, sondern milieubedingte Befangenheit und obrigkeitsstaatliches Gehabe vorwerfen lassen.¹⁹

Bezeichnenderweise führten die Angriffe gegen die Justiz zunächst nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb der Richterschaft. Statt dessen war es das Verhältnis der Öffentlichkeit zur Justiz, das die Richter in Rage brachte. Wie schon in den 50er Jahren zog es der Richterbund jedoch auch diesmal vor, einen Rechtswissenschaftler für sich sprechen zu lassen, anstatt die Auseinandersetzung selbst an vorderster Front zu führen. So veranstaltete man 1963 einen Richtertag zum Thema Justiz und Öffentlichkeit und engagierte als Hauptredner den prominenten Strafrechtler Eberhard Schmidt, Mitglied der Großen Strafrechtskommission und in diesem Kreis eher ein Liberaler. Hinsichtlich des Verhältnisses von Justiz und Öffentlichkeit war er an konservativer Pressefeindschaft kaum zu überbieten. Schmidt sah Anfang der 60er Jahre zwei Hauptbedrohungen für die Justiz: eine äußere durch den Bolschewismus und eine innere durch die Kritik der politischen Öffentlichkeit. Der Presse billigte Eberhard Schmidt allenfalls Kritik am Verhandlungsstil, also am Umgang mit Zeugen und Angeklagten, kaum aber an

17 Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 14/1963; *Der Stern*, Nr. 16/1963.

18 Vgl. als differenzierte Kritik an Sonnemanns Buch den Beitrag von H.P. Bull in: *Die Zeit* vom 18.10.1963.

19 Es handelte sich hierbei um die Fälle Rohrbach und Brühne. Zum Fall Rohrbach vgl. insbesondere *Der Spiegel*, Nr. 26/1961; aus der breiten Literatur zum Fall Brühne vgl. Heide Soltau, *Das blonde Gift. Das Urteil gegen Vera Brühne* (1962), in: *Große Prozesse*, hrsg. von U. Schultz, München 1996, S. 373–381; vgl. dazu auch die Berichterstattung der Boulevardzeitschrift »*Revue*« im Juni 1962.

der Prozeßführung oder dem Urteil zu. Ein wirkliches Urteil könne sich nur bilden, wer die komplette Aktenlage kenne und bei allen Verhandlungstagen anwesend sei, spricht Richter, Staatsanwalt und Anwalt.²⁰

Die Position Schmidts zu dem Thema ist nicht nur deshalb von Interesse, weil er immer wieder auf Veranstaltungen des Richterbundes sprach und in der »Deutschen Richterzeitung« veröffentlichte, sondern auch, weil er, wie erwähnt, einer der maßgeblichen Vertreter in der vom Justizminister bestellten Kommission zur Reformierung des Strafrechts war und dort für eine erhebliche Beschneidung der Freiheit der Berichterstattung in Prozessen eintrat. Diese war auch in dem 1962 vorgelegten Entwurf zur Strafrechtsreform vorgesehen. Zeitgenössische Beobachter des Richtertages von 1963 bestätigten, daß die Position Eberhard Schmidts unter den Richtern auf breite Zustimmung stieß.²¹ Auch daß jemand wie der Amtsrichter Jan-Wolfgang Berlit, der 1968 im »Aktionskomitee Justizreform« für demokratisierende Reformen eintrat, noch 1963 schrieb, wohl kaum ein Berufsstand sei so dem »teils aus Unkenntnis und Mißverständnis herrührenden, teils in Nihilismus und Wollust an der Zersetzung staatlicher Ordnung sich gründenden ›Zerfetzen in öffentlicher Kritik‹ ausgesetzt, wie der des Richters«, spricht für die Breite des damaligen Konsenses in dieser Frage.²²

Trotz des offenkundigen Versuchs der Richterschaft, sich gegen die öffentliche Kritik abzuschotten und zu immunisieren, markiert die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Justiz und Öffentlichkeit, die im Kern eine Auseinandersetzung um die Frage war, in welchem Maße Kritik an der Justiz im demokratischen Rechtsstaat legitim ist, eindeutig einen Wendepunkt im gesamten justizpolitischen Diskurs der frühen Bundesrepublik. Denn tatsächlich begann nun auch ein Teil der Richterschaft zu begreifen, daß man mit der Taktik, sich einzuigeln und der Außenwelt zu trotzen, wohl sehr schnell ins Abseits geraten würde. Einer der ersten, der dies sah und öffentlich in diesem Sinne Stellung bezog, war Rudolf Wassermann, der in den 60er und 70er Jahren zur zentralen Figur innerhalb der gesamten Debatte um die Justiz und deren Reform wurde.

Wassermann war Anfang der 60er Jahre zunächst am Kammergericht in Berlin, dann 1967/68 für etwa ein Jahr im Bonner Justizministerium

20 Vgl. Eberhard Schmidt, Probleme der richterlichen Verantwortung. Vortrag gehalten auf dem Deutschen Richtertag in Kassel am 18. Oktober 1963, in: DRiZ 41 (1963), S. 376–384, insbesondere, S. 382 ff. sowie ders., Die Sache der Justiz, Göttingen 1961, S. 23ff.

21 Vgl. dazu Rudolf Wassermann, Justiz und Öffentlichkeit, in: Justiz und Öffentlichkeit. Sieben Beiträge zur Frage der Beziehungen zwischen der Justiz und den Kommunikationsmitteln, hrsg. von H. Reynold, Köln 1966, S. 73–82.

22 Jan-Wolfgang Berlit, Justiz und Öffentlichkeit. Zugleich eine Betrachtung zum Fernsehfilm über den Fall Rohrbach, in: DRiZ 41 (1963), S. 225–227.

tätig gewesen, bevor er 1968 Landgerichtspräsident in Frankfurt und 1971 unter massiven Protesten der Richterschaft Oberlandesgerichtspräsident in Braunschweig wurde. Interessant ist die Position Wassermanns nicht nur wegen der schier unüberschaubaren Menge an Beiträgen, die er zu dem Themenkomplex Justizreform verfaßt hat. Er verkörpert zudem die für die 60er Jahre so charakteristische Dynamisierung des Reformdiskurses. Anfang der 60er Jahre war noch nicht abzusehen, daß er am Ende des Jahrzehnts zu der Reizfigur der deutschen Richterschaft schlechthin werden sollte. Denn Wassermann vermied – anders als die prominenten Richter Richard Schmid und Theo Rasehorn – polemische Auseinandersetzungen mit seinen Berufsgenossen fast völlig. Sein Ansatzpunkt war im Kern standespolitischer Natur. Wie jene Vertreter der Richterschaft, die von einem verkleinerten Richtercorps als einer herausgehobenen staatlichen Elite träumten, ging es auch Wassermann wesentlich um die Position der Justiz in der Gesellschaft. In der Debatte um das Verhältnis von Justiz und Öffentlichkeit sah Wassermann jedoch sehr deutlich, daß die Justiz immer mehr an Boden verlieren würde, wenn sie sich selbst immer weiter gegen Kritik abschottete, anstatt selbst offensiv in der Öffentlichkeit aufzutreten. »Auch mir wäre es lieber, die Richter und Staatsanwälte könnten in einem allseitig abgeschirmten Raum ihren Amtspflichten genügen«, schrieb Wassermann 1963. Aber die Anforderungen der modernen Gesellschaft seien nun einmal andere und denen müsse man sich stellen.²³

Auch was die Frage der NS-Vergangenheit der Richter anging, wiegelte Wassermann zu diesem Zeitpunkt eher ab und sprach davon, daß es eine »Verzerrung [sei], die deutschen Richter als Nazirichter hinzustellen, die aus der Vergangenheit nichts gelernt hätten.«²⁴ Nur wenige Jahre später befand sich Wassermann dagegen an der Spitze einer kleinen Gruppe von Richtern, die dezidiert gegen den Freispruch im Prozeß gegen den beisitzenden Richter am Volksgerichtshof Rehse Stellung nahmen. In den Jahren 1963 bis 1967 war Wassermann zunächst jedoch in einer Vielzahl von Aufsätzen und Vorträgen deutlich bemüht, auf der Basis der bestehenden Positionen der Richterschaft und der Forderungen nach einer Großen Justizreform für eine Öffnung, eine Modernisierung des richterlichen Selbstverständnisses einzutreten und eher integrierend als spaltend zu wirken. Wie wenig Differenz zunächst noch zwischen den alten Positionen des BGH-Präsidenten Weinkauff in der Debatte um eine Justizre-

23 Rudolf Wassermann, Justiz und Public Relations, in: DRiZ 41 (1963), S. 294–298; vgl. dazu auch ders, Notwendigkeit und Grenzen der Justizkritik, in: DRiZ 44 (1966), S. 9–13.

24 Rudolf Wassermann, Wie demokratisch ist die deutsche Justiz?, in: GM 15 (1964), S. 714–721.

form und der Position Wassermanns gesehen wurde, zeigt sich an der Aufmachung eines Artikels von Wassermann in der »Zeit« mit dem Titel »Unsere konservativen Richter« aus dem Jahr 1964. Der Artikel wurde mit einem Bild Weinkauffs versehen, auf dem dieser jedoch nicht als Vertreter der konservativen Richterschaft, sondern ausgerechnet als »Vorkämpfer der Reform« vorgestellt wurde.²⁵ Überhaupt war der Inhalt des Artikels weniger provokant, als der Titel dies auf den ersten Blick vermuten läßt. Wassermann knüpfte ausdrücklich an den alten Vorstellungen einer Justizreform an, die von der Forderung nach »weniger, aber sozial viel höher gestellten und menschlich wie beruflich besser qualifizierten Richtern« ausging. Die Tatsache, daß solche Reformen nicht wirklich in Angriff genommen würden, führte Wassermann nun im wesentlichen auf den »konservativen Geist« in der Justiz zurück. »Die bewahrende Einstellung ist den Richtern zwar nicht angeboren, aber vielen so natürlich, als wäre sie eine ›zweite Haut‹«. Ausdrücklich wollte Wassermann seinen Konservatismus-Vorwurf nicht »parteipolitisch« verstanden wissen und spielte auf diese Weise sehr geschickt die im Kern politisch konservativen Reformvorstellungen Weinkauffs gegen den Strukturkonservatismus der Richterschaft aus. Tatsächlich gingen Wassermanns Reformüberlegungen jedoch deutlich über das hinaus, was Weinkauff und andere unter einer Justizreform verstanden. Insbesondere bekämpfte er mit seinen Vorschlägen das Bestreben der Justiz, sich möglichst von der Außenwelt abzuschotten. Wassermann forderte statt dessen, daß »die Frage, wie unsere künftigen Richter beschaffen sein sollen, zur öffentlichen Erörterung gestellt werden« und daß die Parteien und Politiker sich der Sache annehmen müßten, »wenn wir eine Justizreform erleben wollen.«

An der groben Zielvorstellung einer Großen Justizreform, die die Richterschaft in die Position einer herausgehobenen Elite bringen sollte, hielt Wassermann grundsätzlich fest. So deutlich wie kein anderer sah er jedoch, daß dazu ein ganz anderes Verhältnis zur modernen Welt unabdingbar war und daß sich eine solche Reform nicht allein auf Strukturveränderungen würde beschränken können, sondern die einzelnen Richter selbst einen Bewußtseinswandel und eine Öffnung zur Gesellschaft und zu deren Wandel vollziehen mußten. Nur kurze Zeit später formulierte Wassermann noch wesentlich deutlicher: Justizreform müsse Richterreform sein – eine Forderung, die in engem Zusammenhang mit der dafür notwendigen Ausbildungsreform jene Kritiker auf den Plan rief, die eine Umgestaltung zu einer links-politisierten Justiz befürchteten.

25 Rudolf Wassermann, *Unsere konservativen Richter*, in: *Die Zeit* vom 13.3.1964; auch in: *Richter, Reform, Gesellschaft*, hrsg. von Rudolf Wassermann, Karlsruhe 1970, S. S. 9–19.

Zunächst fiel die Rolle des Provokateurs jedoch dem erwähnten Landgerichtsrat Theo Rasehorn zu, der 1966 unter dem Pseudonym Xaver Berra eine Polemik gegen die Richterschaft verfaßte, die jede taktische Rücksichtnahme von vornherein vermied. Mit seiner »Streitschrift zur Entideologisierung der Justiz«, die 1966 zunächst in einem auszugsweisen Vorabdruck im »Spiegel« und dann unter dem Titel »Im Paragraphenturm« in Buchform erschien und nur ein Jahr später eine zweite Auflage erfuhr, stach Rasehorn mitten in ein Wespennest. Von der Herkunft, Ausbildung und Einstellung der Richter, den hierarchischen Strukturen in der Justiz über die obrigkeitsstaatlichen Traditionen und die Rolle der Richter in der Zeit des Nationalsozialismus bis hin zu Bereichen der politischen Justiz und der Klassenjustiz ging Rasehorn auf nahezu alle sensiblen Bereiche seines Berufs ein. Er warf der Rechtswissenschaft und der an ihr orientierten Rechtsprechung vor, »Wortmagie« zu betreiben anstatt sich zu bemühen, Recht und wirkliches Leben verständlich aufeinander zu beziehen. Er beklagte den Anpassungsdruck in der Justiz, der der Unabhängigkeit deutliche Grenzen setze, jedenfalls dann, wenn man nicht auf der Eingangsstufe der Besoldung bleiben wolle, und er griff vor allem den BGH und dessen Rechtsprechung im Sittlichkeitsstrafrecht, in der Rechtsprechung zum Landesverrat und in anderen Bereichen an. Anders als noch die Vorwürfe von Haffner und Sonnemann, die man ignorierte oder als völlig abwegig zurückwies, löste Rasehorns Streitschrift erstmals eine tatsächliche Debatte innerhalb der Richterschaft aus. Werner Sarstedt, Senatspräsident am BGH, der im Stile einer offiziellen Stellungnahme das Buch in der »Deutschen Richterzeitung« besprach, ließ sich immerhin dazu herbei, zuzugestehen, daß »Teile dieser Schrift wert [seien], daß man sie diskutiert.« Im wesentlichen behandelte er das Buch jedoch als die Schrift eines bedauernswerten Richters, der in seinem Berufsleben offenbar einige unglückliche Erfahrungen machen müssen und dem man von daher – trotz seiner im ganzen völlig verfehlten Angriffe – »Mitgefühl« und »Sympathie« nicht verweigern solle.²⁶ Damit verwies er Rasehorns grundlegenden Angriff in den Bereich individualpsychologischer Probleme.

Andere zeigten weniger Empathie und vermieden es gar, den Namen des Nestbeschmutzers in den Mund zu nehmen: »Dieses Buch,« so der Bundesrichter Albert Mösel in der »Richterzeitung«, »das der Öffentlichkeit immerhin so wichtig erschien, daß ein vorbereitetes Nachrichtenmagazin Auszüge daraus brachte, soll aber hier weder genannt noch besprochen werden.«²⁷ Ebenso bezog sich Bundesjustizminister Richard Jaeger

²⁶ DRiZ 44 (1966), S. 337.

²⁷ Ebd., S. 402.

auf dem Juristentag von 1966 auf das Buch, ohne es zu nennen: Es sei, so Jaeger, gerade ein »Pamphlet« erschienen, das »auf Verwirrung in den eigenen Reihen« beruhe. Eine weitere Erörterung erübrige sich.²⁸

Ein nicht unerheblicher Teil der Richterschaft sah dies jedoch anders. Rasehorn hatte offenbar einen Nerv getroffen: »Heiß war die Diskussion nicht, aber doch ungewöhnlich lebhaft. Es handelte sich um das Phänomen ›Paragraphenturm‹; einer sprach von der Berra'schen Krankheit«, so schrieb ein Richter aus Karlsruhe an die »Richterzeitung«.²⁹ Rasehorns Kritik an der bundesrepublikanischen Justiz korrespondierte mit der erwähnten publizistischen Kritik und einem aufkeimenden Interesse in der Soziologie, sich mit der Justiz und deren Funktion im demokratischen Rechtsstaat auseinanderzusetzen. Ralf Dahrendorf verwies in seinem bekannten Buch über »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« auf die undemokratischen Traditionsstränge der bundesdeutschen Justiz.³⁰ Und auch aus der Justiz selbst wurden kritische Stimmen laut.³¹ Fritz Bauer war dabei einer der wenigen, die, wenn auch behutsam, die Enthüllungen über die NS-Vergangenheit der Richterschaft mit der Forderung nach Konsequenzen für eine Justizreform in Verbindung brachten.³² Auch der 1964 in den Ruhestand getretene Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid hatte sich wiederholt mit justizkritischen Publikationen zu Wort gemeldet.³³ Doch trotz ihrer herausgehobenen Positionen waren

28 Vgl. Verhandlungen des 46. Deutschen Juristentages, Essen 1966, hrsg. von der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, Bd. 2 (Sitzungsberichte), München 1967, S. A22.

29 DRiZ 45 (1967), S. 100.

30 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 260ff.; vgl. weiter Walter Richter, *Die Richter der Oberlandesgerichte der Bundesrepublik*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 5 (1960), S. 241–259; ders., *Bemerkungen zur sozialen Herkunft und Stellung der Richter an Oberlandesgerichten. Ein Beitrag zur Soziologie der deutschen Oberschicht*, in: ebd., S. 260–275; Joachim Feest, *Die Bundesrichter: Herkunft, Karriere, und Auswahl der juristischen Elite*, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, hrsg. von Wolfgang Zapf, München 1965, S. 95–113. Klaus Zwingmann, *Zur Soziologie des Richters in der Bundesrepublik*, Berlin 1966.

31 Eher unspektakulär, dafür aber umso fundierter war eine Analyse richterlichen Selbstverständnisses, die der junge rechtswissenschaftliche Assistent Friedrich Kübler 1963 vorlegte und in der er ebenfalls zu dem Ergebnis einer stark obrigkeitstaatliche Haltung der deutschen Richterschaft kam; vgl. Friedrich Karl Kübler, *Der deutsche Richter und das demokratische Gesetz*, in: *Archiv für die zivilistische Praxis* 162, 1963, S. 104–128.

32 Vgl. Bauer, *Ungesühnte Nazijustiz* (wie Anm. 14) sowie ders., *Justiz als Symptom*, in: *Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz*, hrsg. von Hans Werner Richter, München 1962, S. 221–232.

33 Richard Schmid, *Politik und Justiz*, in: *GM* 17 (1966), S. 513–521; vgl. auch ders., *Justiz in der Bundesrepublik*, Pfullingen 1967.

weder Bauer noch Schmid typische Vertreter der bundesdeutschen Justiz. Bauer war 1936 nach einer KZ-Haft emigriert und in den 60er Jahren als hessischer Generalstaatsanwalt maßgeblich am Zustandekommen des Auschwitz-Prozesses beteiligt. Richard Schmid hatte seine juristische Karriere in den 20er Jahren als Anwalt begonnen und den Beruf auch nach 1933 fortgesetzt, bis er 1938 verhaftet wurde. 1945 beteiligte er sich am Wiederaufbau der SPD, wurde noch im gleichen Jahr zum Generalstaatsanwalt in Württemberg ernannt und 1953 zum Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart ernannt.³⁴

Mit Rasehorn meldete sich nun jemand zu Wort, der einen ganz »normalen« juristischen Werdegang hinter sich hatte und dessen Kritik weder durch seine Biographie noch durch seine Stellung eine Art »Absicherung« besaß. So bestand das Skandalon der Schrift darin, daß die Kritik an den hierarchischen Strukturen und der obrigkeitstaatlichen Grundhaltung der Justiz nun nicht mehr von publizistischen Außenseitern wie Haffner oder Sonnemann oder einem richterlichen Außenseiter wie Richard Schmid, sondern von einem auch intern anerkannten Richter kam. Die Vision einer Justiz mit einer einheitlichen Grundhaltung, die Hermann Weinkauff noch beschworen hatte, war spätestens mit diesem Buch zerstört worden.

Wie sehr sich vor allem das Verhältnis der Richterschaft zur Öffentlichkeit seit der Debatte von 1962/63 verändert hatte, zeigte sich dann im Jahr 1968, dem Jahr, in dem die Justiz infolge der zahlreichen Demonstrationsprozesse ohnehin in besonderem Maße ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückte. Doch statt sich erneut vor Kritik abzuschotten, reagierte man diesmal erstaunlich offensiv. Zum einen wehrte sich der Deutsche Richterbund in einer deutlichen Erklärung gegen Anwürfe seitens der Politik, mit den Demonstranten nicht hart genug zu verfahren. Im Zusammenhang mit den Osterunruhen von 1968 hatte insbesondere Bundeskanzler Kiesinger von den Richtern ein schärferes Vorgehen verlangt, ein Ansinnen, das der Richterbund mit dem Hinweis zurückwies, die Richter seien nicht »die Büttel der Nation«.³⁵

Nur wenige Wochen später sorgten Richter erneut für Furore, und zwar dadurch, daß sie sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer Protestkundgebung trafen. An der zentralen Versammlung in Bad Godsberg am 15. Mai 1968 nahmen rund eintausend Richter und Staatsanwälte teil. In einer Reihe von Städten fanden zudem kleinere Par-

34 Aufsehen erregte Schmid u. a. bereits dadurch, daß er in einem Vortrag zum Thema »politischer Streik« die herrschende Meinung in der Rechtsprechung angriff und die Ansicht vertrat, daß sich wirtschaftliche und politische Streiks nicht scharf trennen ließen. Richard Schmid: Zum politischen Streik, in: GM 5 (1954), S. 1–8.

35 Vgl. dazu den Kommentar in der DRiZ 46 (1968), S. 200f.

alleveranstaltungen statt, um derentwillen manche Richter ihre Verhandlungen unterbrachen, so daß sogar das Wort vom Richterstreik fiel.

Was waren die Gründe für den Protest? War das von Wassermann, Raschorn, Schmid und anderen gezeichnete Bild einer konservativen Richterschaft verfehlt gewesen, oder hatte die Richterschaft innerhalb von nur wenigen Jahren ihre konservative »zweite Haut«, wie sich Wassermann ausgedrückt hatte, abgestreift und sich »demokratisiert«? Ohne Zweifel war seit dem Beginn des Jahrzehnts einiges in Bewegung geraten. Verständlich wird die Dynamik der Debatte um die hierarchischen Strukturen und die obrigkeitsstaatliche Orientierung nur, wenn man hinter dem Protest ein Bündel von mindestens drei unterschiedlichen Faktoren und Motiven sieht. Allgemein nach außen gerichtete standespolitische Forderungen wie die nach höherer Bezahlung mischten sich auf der einen Seite mit internen Verteilungskämpfen um Stellen und Besoldung und auf der anderen Seite mit grundlegenden Fragen nach der Rolle der Justiz in der sich wandelnden Gesellschaft. In dem Maße, in dem ganz offensichtlich die Gesellschaft in vielen Bereichen in Bewegung geriet, stellte sich auch die Frage nach der Rolle der Justiz immer dringender. War die Gesellschaft im Begriff, sich in vielen Bereichen zu verändern, so war die Bedeutung der Justiz nicht zuletzt davon abhängig, ob und in welchem Maße sie diesen Prozeß behinderte oder förderte. So mischten sich auch hier bereits unverkennbar allgemeinpolitische mit standespolitischen Aspekten.

Charakteristisch für die Dynamisierung des Reformdiskurses in den 60er Jahren war die Tatsache, daß diese unterschiedlichen Aspekte und Protestmotive eine enge Verbindung eingingen und so die Debatte weitertrieben. Gerade in den Jahren 1966 bis 1968 läßt sich diese Verbindung und die daraus resultierende Dynamisierung besonders gut verfolgen. 1966 hatte nicht nur Raschorn mit seiner Streitschrift die Justiz ins Gerede gebracht. In Hessen hatten zudem der Landesverband des Hessischen Richterbundes mit den Richtern Otto Pulch und Walther Priebke an der Spitze einen bemerkenswerten standespolitischen Coup gelandet: Sie hatten vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt das Land Hessen auf höhere Besoldung verklagt – und zumindest in erster Instanz Recht bekommen. Mehrere Zeitungen druckten dazu eine Karikatur aus der »Bild«-Zeitung nach, die drei strahlende Richter zeigt, wie sie den verblüfft dreinschauenden, personifizierten Gesetzgeber dazu verurteilen, ihr Gehalt zu erhöhen. Aufsehen erregte das Urteil vor allem mit der Aussage, daß der Gesetzgeber eine drohende »Kümmerexistenz« der Richter verhindern müsse. Mindestens so interessant war jedoch, daß das Gericht in seiner Urteilsbegründung einen Zusammenhang zwischen den Forderungen nach höherer Besoldung und den Forderungen nach »Modernisierung und Demokratisierung« herstellte. Das Gericht halte, so heißt es im Ur-

teil »– neben einer grundlegenden Modernisierung und Demokratisierung des im wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Rechtspflegeapparates – vor allem die Beseitigung des beamtenmäßigen Besoldungshierarchismus für unerlässlich.«³⁶ Damit lag der Urteilsspruch voll auf der Linie des hessischen Landesverbandes des Richterbundes, zu dessen Vorsitzenden sich Otto Pulch in einer Kampfabstimmung hatte wählen lassen.

Mit dessen Wahl wurde im übrigen auch der generationelle Aspekt des Protestes deutlich. Denn die Forderung nach einem einheitlichen Grundgehalt, wie sie etwa von den hessischen Richtern erhoben wurde, und die Forderung nach einem durchschaubaren Beförderungsverfahren und der Aufbrechung der alten hierarchischen, autoritären Züge innerhalb der Justiz gingen klar von jüngeren, aufstiegsorientierten Richtern aus. Ganz im Einklang mit der spätestens seit dem 19. Jahrhundert vertrauten berufsständischen Strategie, standespolitische Forderungen gesellschaftspolitisch zu legitimieren, legten die hessischen Richter einen Forderungskatalog vor, in dem der Zweck, den Richter aus den »hierarchischen Zwängen zu befreien«, unmittelbar damit verbunden wurde, ja als Voraussetzung dafür angesehen wurde, den »Geist der Freiheit und des demokratischen Rechtsstaats in die Alltagspraxis der rechtsprechenden Gewalt Eingang finden« zu lassen.³⁷ Der nordrhein-westfälische Richterbundsvorsitzende Hans Güttges verstieg sich auf der erwähnten Protestkundgebung der Richter in Bad Godesberg gar dazu, zu behaupten, in der Bundesrepublik bestehe nur »der Schein eines Rechtsstaats«.³⁸ Doch waren damit weder die problematischen politischen Prozesse gegen Kommunisten oder fragwürdige Urteile im Zusammenhang mit den Studentenprotesten oder gar die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze gemeint. Auch ihm ging es in erster Linie um die vermeintlich schlechte Behandlung der Richterschaft, die sich in seinen Augen in der Abhängigkeit von der Justizverwaltung und wiederum in der Besoldungsfrage niederschlug.³⁹

So unverkennbar die Frage der Besoldung in dem Prozeß der Dynamisierung des Protestes eine wichtige Rolle spielte, so falsch wäre es jedoch, die Motive darauf zu reduzieren. Allerdings überrascht es wenig, daß die Besoldungsfrage einer der wenigen Punkte war, über die innerhalb der

36 Vgl. das Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. vom 30.6.1966, abgedruckt in: DRiZ 44 (1966), S. 344–348, hier: S. 248.

37 Für eine Demokratisierung der Justiz, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1 (1968), S. 29–30.

38 Zit. nach: P.W. Wenger, Es gärt im Deutschen Richterbund, in: Rheinischer Merkur vom 24.5.1968. Dort auch die Zitate.

39 Vgl. ebd.

Richterschaft relativ leicht Konsens zu erzielen war. Darüber hinaus zeichneten sich die Forderungen, die seitens der Richterschaft an eine Reform der Justiz gestellt wurden, durch ein äußerst diffuses Gemisch verschiedener, zum Teil wenig ausgelegener Vorstellungen aus. Eine wichtige Rolle spielte zwar die reaktualisierte Frage der größeren Selbstverwaltung der Justiz, die bereits Anfang der 50er Jahre im Umfeld des Juristentages von 1952 heftig diskutiert worden war.⁴⁰ Ein Teil der Richterschaft blickte in diesem Zusammenhang neidvoll nach Italien, wo es eine quasi vollständige Selbstverwaltung der Justiz gab, die durch Kooptation selbst die Rekrutierung vornahm, während in der Bundesrepublik ein politisch besetzter Richterwahlausschuß oder der Landesjustizminister allein über Einstellungen und Beförderungen entschied. Doch eine eindeutige Forderung in diese Richtung leitete sich daraus nicht ab. In den Bundesländern, in denen es keine Richterwahlausschüsse gab, sondern der Justizminister nominell allein über Besetzungen und Beförderungen entschied, ließ sich die Forderung nach einem Richterwahlausschuß unter Beteiligung der Richter als »Demokratisierung« verstehen; Anfang der 50er Jahre war die Forderung nach Selbstverwaltung der Justiz jedoch eindeutig konservativ im Sinne einer möglichst weitgehenden Abschottung von den politischen Kräften der Gesellschaft konnotiert gewesen. Der damals erhobene Vorwurf Adolf Arndts an die Richterschaft, sich in ein »Niemandland des Unpolitischen« flüchten zu wollen, wurde Ende der 60er Jahre vor allem durch Rudolf Wassermann mit seiner Forderung nach dem »politischen Richter« wieder aufgenommen.⁴¹ Ihm und anderen ging es um eine Öffnung der Richterschaft zur Gesellschaft und zum politischen Raum und gerade nicht um einen Rückzug auf sich selbst.

Mit der Gründung des »Aktionskomitees Justizreform« am Rande des Juristentages von 1968 versuchten Wassermann, Rasehorn, Pulch, Priebke und einige andere, also eben jene Richter, die sich bereits zuvor am deutlichsten zu Wort gemeldet hatten, die unterschiedlichen Forderungen zu bündeln und sich eine eigene organisatorische Basis zu verschaffen. Die Studentenunruhen, so formulierten die Richter in ihrem »Königsteiner Manifest« vom September 1968, hätten »den Bürger nicht nur erschreckt, sondern ihm auch die Augen darüber geöffnet, daß Immobilismus nicht die rechte Antwort auf die Probleme ist, die der

40 Vgl. dazu die Beiträge zum Juristentag von 1952, insbesondere von Helmut K.J. Ridder (»Empfiehlt es sich die vollständige Selbstverwaltung aller Gerichte im Rahmen des Grundgesetzes einzuführen?«), das Referat von Hans Peter Ipsen und das Koreferat von Adolf Arndt sowie die anschließende Diskussion zu dem Thema, alle dokumentiert in: Verhandlungen des 40. Deutschen Juristentages, Tübingen 1953.

41 Vgl. Rudolf Wassermann, *Der politische Richter*, München 1972.

gesellschaftliche Wandel für die Struktur und die Funktionsweise der modernen Demokratie aufwirft«. Zwanzig Jahre nach in Kraft treten des Grundgesetzes müsse die deutsche Demokratie endlich eine Justiz erhalten, »die dem Leitbild des Grundgesetzes voll gerecht wird.« Dazu gehöre insbesondere, daß der Zugang der Bürger zur Justiz erleichtert werde und diese nicht mehr als »übermächtiger, anonymer, unüberschaubarer Apparat erscheine«. Dazu gehöre aber auch »eine Trennung des Richters vom Beamten in Status, Amtsrecht und Besoldung«, eine Enthierarchisierung, eine verstärkte Möglichkeit zur Partizipation, insbesondere bei Personalentscheidungen sowie eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung.⁴² Die Verbindung allgemeinpolitischer und standespolitischer Forderungen ist auch hier unverkennbar und bildete vermutlich den kleinsten gemeinsamen Nenner des politisch gemischten Gremiums.⁴³ Abgesehen von einigen öffentlichen Erklärungen – nicht zuletzt zum Urteil gegen den Freisler-Beisitzer Rehse – blieb das aus maximal 25, im Kern lediglich aus 10 Personen bestehende Gremium jedoch ohne sichtbaren Einfluß. Eine Abspaltung vom Deutschen Richterbund wollte man nicht, und so blieb dieser als Standesvertretung im Kern unangetastet, anders als etwa in Frankreich, wo sich 1968 eine gegen die offizielle Richtervertretung gerichtete Richtergewerkschaft gründete, anders auch als in Italien, wo es ohnehin unterschiedlich organisierte Fraktionen innerhalb der Richterschaft gab. 1967 hatten zwar einige abtrünnige Richter und Staatsanwälte innerhalb der ÖTV eine eigene Fachgruppe ins Leben gerufen, die zunächst durchaus Zulauf hatte, sich dann aber nicht als Opposition zum Richterbund etablieren konnte. 1968 setzt sich die Fachgruppe sogar von der Protestveranstaltung mit der Erklärung ab, Streik könne nicht das adäquate Protestmittel für Richter sein, da dadurch der Rechtsschutz der Bürger gefährdet werde.⁴⁴

Eine einflußreiche Gruppe, die mit einem klaren Ziel eine Durchsetzung von Reformen verlangt hätte, bildete sich damit weder innerhalb noch außerhalb des Richterbundes. Nicht zuletzt hing dies wohl auch damit zusammen, daß sich die Einsicht durchsetzte, daß es nicht nur organisatorische Reformen, sondern vor allem einen Bewußtseinswandel innerhalb der Richterschaft geben müsse, der diese stärker »demokratisiere«.

42 Abgedruckt ist das Manifest in: Justizreform, hrsg. von Rudolf Wassermann, Goldbach 1995 (Erstausgabe: 1970), S. 178–181; der Band, der eine Reihe von Beiträgen von Komiteemitgliedern beinhaltet, verstand sich explizit als Veröffentlichung des Aktionskomitees.

43 Zum Aktionskomitee vgl. vor allem die rückblickende Darstellung von Rudolf Wassermann, »Aktionskomitee Justizreform«, in: *Recht und Politik* 31 (1996), S. 206–209.

44 Vgl. dazu das Rundschreiben Nr. 5/1968 des Landesverbandes Nordrheinwestfalen im Deutschen Richterbund.

Am deutlichsten formulierte dies Rudolf Wassermann mit dem Slogan, Justizreform müsse Richterreform sein. Eine wirkliche Wandlung des richterlichen Selbstverständnisses im Sinne eines »politisch bewußten Richters«, so erschien es Wassermann und anderen Reformern in der Justiz, könne erst durch eine grundlegend veränderte Ausbildungsreform erreicht werden, eine Forderung, die Ende der 60er Jahre sowohl in der Rechtswissenschaft als auch in der Rechtspolitik auf breite Unterstützung stieß. Als sich der Juristentag von 1970 der juristischen Ausbildungsreform annahm und nicht, wie gewohnt, verallgemeinernd empfahl, »die Ausbildung der Juristen zu reformieren«, sondern bereits konkret danach fragte, »in welcher Weise« sich eine Reform empfahl,⁴⁵ schien die Durchsetzung einer sozialwissenschaftlich fundierten Ausbildungsreform nur noch eine Frage der Zeit. Als die Rechtssoziologie auf dem darauffolgenden Juristentag von 1972 erstmals eine eigene Sektion erhielt, glaubte mancher, daß damit der Durchbruch gelungen war, eine soziologischen Fundierung der Rechtswissenschaft insgesamt zu etablieren. Tatsächlich aber hatte sich der Wind längst gedreht. Eine sozialwissenschaftliche Untermauerung der Rechtswissenschaft steht bis heute aus. Die experimentell eingeführten Reformstudiengänge, die Anfang der 70er Jahre im Zuge der Debatte eingeführt wurden, sind inzwischen meist längst wieder abgeschafft.

Auch innerhalb der Richterschaft begann die Reformeuphorie Anfang der 70er Jahre bald wieder zu verebben. Mit der Forderung nach einem neuen Richtertyp, der sich explizit politisch verstehen und als »Sozialingenieur« oder »Sozialarzt« aktiv gestalterisch in die Gesellschaft eingreifen sollte, bewegten sich Wassermann und andere auf einem Terrain, auf dem der ohnehin brüchige Zusammenhalt alter berufsständischer und neuer, sich dem Wandel der Gesellschaft stellender, allgemeinpolitischer Forderungen schnell auseinanderbrach.⁴⁶ Wassermann, der vielleicht am pointiertesten versucht hatte, beides miteinander zu verbinden, bekam dies besonders zu spüren. Als er 1971 vom damaligen niedersächsischen Justizminister Hans Schäfer gegen den Widerstand der Richterschaft zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Braunschweig ernannt wurde, sahen konservative Richter darin die erste Etappe zu einer politisierten Richterschaft auf dem Marsch durch die Institutionen. Tatsächlich aber hatte die Reformeuphorie wohl nicht nur in der Justiz ihren Höhepunkt längst

45 In welcher Weise empfiehlt es sich, die Ausbildung der Juristen zu reformieren? Verhandlungen des 48. Deutschen Juristentages Mainz 1970, hrsg. von der ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, München 1970.

46 Zum Wandel des Richterbildes vgl. insbesondere Wassermann, Der politische Richter (wie Anm. 41) sowie Konrad Zweigert, Vom Rechtsheiligen zum Sozialingenieur, in: Die Zeit vom 21.2.1969.

überschritten, und ebenso wie mancher Blütenraum waren auch die meisten Alpträume zerplatzt.

Die Frage, was von den Reformansätzen dennoch Erfolg hatte und warum vieles von dem, was Ende der 60er Jahre an Ideen sprießte, bald schon wieder in Vergessenheit geriet, kann hier nur angedeutet werden. Zunächst einmal ging es hier um die Frage nach den Gründen für die enorme Dynamisierung, die die Debatte um die Justiz und deren Reformbedarf in den 60er Jahren ganz offensichtlich erfuhr. Unverkennbar trafen hier die Einschnitte der Jahre 1962/63 und der Jahre 1967/68 als jeweils allgemeinpolitische Vorgänge mit solchen innerhalb der Justiz zusammen, prägten diese jeweils mit und gaben ihnen eine neue Dimension. Berührt ist damit auch insgesamt noch die kaum wirklich bearbeitete Frage nach den Auswirkungen der Studentenproteste von 1967/68. Die zeitliche Koinzidenz der Studentenproteste mit der enormen Intensivierung der Debatte um Reformen der Justiz, augenfällig in der bislang einzigartigen Protestkundgebung in Bad Godesberg, war offenkundig mehr als rein zufälliger Natur. Dabei waren weniger eine direkte Übernahme studentischer Forderungen oder Sympathien für deren Protest zu erkennen; dezidiert linke Richter fehlten in der Debatte so gut wie vollständig. Doch wurde der studentische Protest in der direkt betroffenen Justiz zum einen als Herausforderung angesehen, auch die eigene gesellschaftliche Rolle neu zu reflektierten, zum anderen aber auch als Chance, diese Herausforderung zu nutzen, um ganz handfeste standespolitische Forderungen durchzusetzen. Für die später aufgestellte These, die Studentenproteste hätten längst zuvor vorhandene Reformkonzepte zunichte gemacht, scheinen mir hinsichtlich der Justiz dagegen kaum Belege zu finden zu sein.⁴⁷ Der Höhepunkt der »Justizkampagne« des SDS war nicht der Höhepunkt des Reformwiderstandes, im Gegenteil. Es ist nicht erkennbar, daß zuvor reformwillige Richter – was auch immer man für einen Reformbegriff zugrunde legt – unter dem Eindruck der Studentenproteste von ihren Vorstellungen abgerückt sind. Wenn viele Reformvorstellungen tatsächlich nicht umgesetzt wurden, so lag dies wohl wesentlich daran, daß unter den allgemeinen Forderungen nach Reformen eine diffuses Gemisch von berufsständischen, technokratischen und demokratisierenden Vorstellungen bestand, das weder innerhalb noch außerhalb des Richterbundes zu einem klaren, politisch umsetzbaren Konzept ausgearbeitet wurde. Davon unberührt ist gleichwohl die Frage, ob Ende der 60er Jahre

47 So insbesondere Hermann Lübke, Der Mythos der »kritischen Generation«. Ein Rückblick, in: *ApuZ*, B 20/88 vom 13.5.1988, S. 17–25; im Rückblick beurteilt auch Wassermann die Studentenbewegung bezogen auf die Justiz als »kontraproduktiv für die Reform«: Rudolf Wassermann, Offene, freundliche Gerichte und aktive Richter – Bilanz der inneren Justizreform, in: *Recht und Politik* 25 (1989) S. 177–189, hier: S. 180.

nicht tatsächlich ein wichtiger Grundstein für einen tiefgreifenden Bewußtseinswandel innerhalb der Justiz gelegt wurde, die inzwischen ihre Reserven gegenüber Demokratie und Grundgesetz hinter sich gelassen hat. Dafür spricht in der Tat einiges.⁴⁸

⁴⁸ Als durchweg positive Beurteilung der Auswirkungen von »68« auf Rechtsprechung und Jurisprudenz vgl. Uwe Wesel, Wenn die Linken Schlipse tragen, in: Die Zeit vom 26.11.1998.

Klaus Weinbauer

»Staatsbürger mit Sehnsucht nach Harmonie«¹ – Gesellschaftsbild und Staatsverständnis in der westdeutschen Polizei

Der damalige Präsident der Bundeskriminalamts, Horst Herold, betonte in einem 1974 veröffentlichten Aufsatz, von allen staatlichen Einrichtungen sei die Polizei »mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit am unmittelbarsten konfrontiert«, deshalb verfüge sie »über einen Vorsprung in der Erkenntnis heraufziehender Gefahren«.² Diese Aussage provoziert dazu, Konzepte und Begriffe zu rekonstruieren, mittels derer in der westdeutschen Polizei gesellschaftliche Entwicklungen wahrgenommen und beurteilt wurden. Dabei geht es zunächst um Gesellschaftsbild und Staatsverständnis in der Polizei (I); anschließend sollen einige Faktoren wie etwa der Zusammenhalt von Polizisten in ihren Dienststellen untersucht werden, welche diese Sichtweisen beeinflusst haben könnten (II); es folgen Erörterungen des Staatsbürgerkundeunterrichts (III) und des polizeilichen Umgangs mit demonstrierenden Menschengruppen (IV).

Eine so umrissene Analyse der 60er Jahre läßt die oft konstatierte »Krise des Staatsverständnisses«³ deutlich zutage treten. In jenen Jahren wurde greifbar, was sich bereits lange zuvor angekündigt hatte: Staat und Gesellschaft waren keine klar voneinander abgrenzbare Sphären mehr, sondern

1 Lieselotte Hinz, Zum Berufs- und Gesellschaftsbild von Polizisten, in: Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsberichte, hrsg. von Johannes Feest u. Rüdiger Lautmann, Opladen 1971, S. 122–146, hier: S. 145. Die Recherchen für diesen Beitrag erfolgten im Rahmen eines von der DFG geförderten Projekts.

2 Horst Herold, Gesellschaftliche Aspekte der Kriminalitätsbekämpfung, in: 40 Jahre Bundeskriminalamt, hrsg. von Hans-Ludwig Zachert, Stuttgart u. a. 1991, S. 49–59 (Original 1974), hier: S. 24.

3 Franz Ronneberger u. Udo Rödel, Beamte im gesellschaftlichen Wandlungsprozeß. Soziale Stellung und soziales Bewußtsein von Beamten in der Bundesrepublik, Stuttgart 1971, S. 56.

durch Verbände, Parteien und durch die Verwaltung des Sozialstaats eng miteinander verflochten.⁴ Es ist zu prüfen, ob diese Entwicklung in der westdeutschen Polizei sowie im Staatsbürgerkundeunterricht erkannt wurde. Zudem war die Polizei an vorderster Front in die studentischen Proteste der Jahre 1967/68 verwickelt. Angesichts der seit Mitte der 60er Jahre zunehmenden polizeilichen Großeinsätze gegen studentische Protestgruppen, aber auch gegen jugendliche Rockmusikfans, soll zudem danach gefragt werden, welche Interpretationsmuster den Polizisten zur Verfügung standen, um diese Großereignisse zu analysieren.

Von den späten 50er bis in die 70er Jahre sind eine Fülle von Studien erschienen, die Gesellschaftsbilder verschiedener gesellschaftlicher Schichten und Gruppierungen (Arbeiter, Studenten, Ingenieure) untersuchten.⁵ Unter Gesellschaftsbild wird hier in Anlehnung an Heinrich Popitz und andere das Bild verstanden, »das ein Mensch von der Gesellschaft hat, in der er lebt.«⁶ Solche Gesellschaftsbilder »erschließen und beschränken in einem«. Sie helfen dabei, Gesehenes zu verarbeiten. Allerdings behindern sie gleichzeitig »den Blick für alles, was diesen Zusammenhang sprengt«, wodurch häufig starre politische Haltungen abgesichert werden.⁷ Bei der 1957 veröffentlichten Analyse des Gesellschaftsbilds von Arbeitern, die Maßstäbe für viele spätere Studien setzte, ging es dem Autorenteam um Heinrich Popitz u. a. um die Frage, inwieweit sich Restbestände von Ideo-

4 Vgl. als zeitgenössische Diagnosen Jürgen Habermas u. a., *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*, Neuwied/Berlin 1961, S. 18–55; Ronneberger/Rödel (wie Anm. 3), S. 49 u. 168 f.; sowie Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Berlin 1965.

5 Vgl. Heinrich Popitz u. a., *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Tübingen 1957; Habermas u. a., *Student und Politik* (wie Anm. 4); Gerd Hortleder, *Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1970; sowie Oskar Negts Aufsatz zum Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein von wirtschaftlichen und militärischen Führungseliten aus dem Jahr 1969: Oskar Negt, *Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten. Zur Ideologie der autoritären Leistungsgesellschaft*, in: *Der CDU-Staat. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, hrsg. von Gert Schäfer u. Carl Nedelmann, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969, Bd. 2, S. 359–424.

6 Popitz (wie Anm. 5), S. 8 f.

7 Habermas u. a., *Student und Politik* (wie Anm. 4), S. 152. Um den Charakter des vorliegenden Beitrags als Momentaufnahme hervorzuheben, benutze ich nicht den von Siegfried Braun und Jochen Fuhrmann, (dies., *Angestelltenmentalität. Berufliche Position und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung*, Neuwied/Berlin 1970, S. 7f.) vorgeschlagenen Begriff »gesellschaftliches Denken«, der die Wandelbarkeit dieser Haltungen stärker betont.

logien vor allem der marxistisch orientierten Teile der Arbeiterbewegung finden ließen und ob sich noch von einer Uniformität der Arbeiterschaft sprechen ließe – einer Uniformität mit einem »schwer zu überwindenden Alptraum« von der »drohenden Masse des Proletariats«. ⁸ Gesellschaftsbild und Staatsverständnis von Studenten – als potentiellen Führungseliten – wurden untersucht, um zu klären, ob bzw. inwieweit sie bereit wären, sich in Krisensituationen aktiv für die Demokratie einzusetzen. ⁹ In einer 1970 veröffentlichten Studie Gerd Hortleders über Ingenieure ging es vor allem darum, inwieweit sie bei ihrer Arbeit die Probleme der umgebenden Gesellschaft registrierten und somit auch die Folgen ihres Handelns mit im Blick hatten, kurz: ob sie bereit waren, soziale Verantwortung zu übernehmen. ¹⁰

Auch wenn diese sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und ihre methodischen Ansätze bereits einige Jahrzehnte alt sind, können sie doch als Ausgangspunkt dienen, um Gesellschaftsbild und Staatsverständnis auch der Polizei als einer Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols zu skizzieren. Zu beiden Themenfeldern liegen bislang nur einige kleine Beiträge vor, ¹¹ und wegen der dürftigen Forschungslage kann nachfolgend nicht mehr als eine erste Annäherung in Form einer Momentaufnahme geliefert werden. ¹² Im Mittelpunkt stehen Äußerungen von älteren Polizeibeamten des höheren Diensts, von Polizeipräsidenten sowie zwei Um-

⁸ Popitz (wie Anm. 5), S. 6.

⁹ Habermas u. a., Student und Politik (wie Anm. 4), S. 58.

¹⁰ Gerd Hortleder, Ingenieure in der Industriegesellschaft. Zur Soziologie der Technik und der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz im öffentlichen Dienst und in der Industrie, Frankfurt a. M. 1973, S. 18. Die Haltung der Ingenieure zum Staat wird v.a. analysiert bei Hortleder, Gesellschaftsbild (wie Anm. 5), S. 72–79.

¹¹ Vgl. Falco Werkentin, Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt/New York 1984, besonders S. 132–140; Albrecht Goeschel, Die Polizei als Dienstleistungsbetrieb. Neue Funktionen der Polizei in der spätindustriellen Gesellschaft, in: Atomzeitalter (1967), S. 700–709; ebd. (1968), S. 46–56; Rainer-W. Höffmann, Staatsgewalt und Demokratie. Anmerkungen zum Verhältnis von Polizei, Staat und Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (1968), S. 1268–1287; Manfred Brusten, Hüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Kritische Analyse von Polizeiliteratur, in: Neue Praxis 3 (1973), S. 175–193; sowie neuerdings Thomas Kleinknecht, Die Polizei im gesellschaftlichen Diskurs. »68er« Demonstrationen als Motor polizeilicher Bildungsarbeit. Das westfälische Beispiel, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 311–332.

¹² Die geschlechtergeschichtlichen Komponenten der nachfolgend häufig anklungen- den (engen) Beziehung der Polizei zum Staat können in diesem kurzen Problemaufriß nicht thematisiert werden; dies geschieht in meiner Habilschrift, die das Verhältnis von Staat, Schutzpolizei und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969 untersucht. Vgl. als ersten geschlechtergeschichtlichen Problemaufriß Thomas Kühne, Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik:

fragen: Eine wurde 1968 unter Frankfurter und eine im Jahr 1974 unter nordrhein-westfälischen Polizisten durchgeführt. Allerdings muß hier offen bleiben, ob sich jüngere Polizisten überhaupt noch zusammenhängende Vorstellungen von der Gesellschaft als Ganzes, dem Staat sowie deren Zusammenwirken gemacht haben.¹³

I. Gesellschaft, Staat, Politik

Sprache und Denkweise von Polizisten waren stark durch juristische Begriffe geprägt. Sozialwissenschaftliche Analysen trafen bei ihnen, wie der Soziologe Manfred Brusten 1973 rückblickend eingestehen mußte, auf einen »Wall von Unverständnis, Skepsis und Mißtrauen«. Solche Studien wurden als »völlig wirklichkeitsfremd« erlebt.¹⁴ Zudem fühlten sich viele Polizisten oft abgelehnt und an den Rand der Gesellschaft geschoben. In polizeilichen Veröffentlichungen ist häufig die Rede von negativen Einstellungen vieler Bürger zur Polizei. Soziologische Untersuchungen bestätigten dies.¹⁵ Wie eine 1974 durchgeführte bundesweite Befragung von 1.243 Schutz- und Kriminalpolizisten ergab, waren etwa zwei Drittel der Befragten der Meinung, die Arbeit der Polizei werde »von der Mehrheit der Bürger nicht so geschätzt, wie sie es eigentlich verdient«.¹⁶ Dies war eine Haltung, die ähnlich auch in anderen Beamtengruppen zu finden war.¹⁷ Die

Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte, in: *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven*, hrsg. von Hans Medick und Anne-Charlott Trepp, Göttingen 1998 S. 171–235.

- 13 Für die Arbeiterschaft ist dies problematisiert worden von Ditmar Brock, Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein. Über Wandlungstendenzen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung, in: *Soziale Welt* 39 (1988), S. 413–434; sowie Peter Imbusch, Von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen, Milieus und Lebensstilen. Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit?, in: *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*, hrsg. von Peter Imbusch, Opladen 1998, S. 275–297.
- 14 Manfred Brusten, Die Polizei bemächtigt sich der Soziologie, in: *Vorgänge* 12 (1973), S. 91–102, hier: S. 98.
- 15 Vgl. zur polizeilichen Sichtweise Bernd Stelter, Die »explosive« Stimmung in der Polizei, Lübeck 1973, S. 77; sowie als soziologische Studie Lieselotte Hinz, Soziale Determinanten des »polizeilichen Betriebs«. Empirische Daten zur Kennzeichnung von Polizeibeamten, in: *Die Polizei - eine Institution öffentlicher Gewalt. Analysen, Kritik, empirische Daten*, hrsg. von Manfred Brusten, Johannes Feest u. Rüdiger Lautmann, Neuwied/Darmstadt 1975, S. 135–158, hier: S. 142 f.
- 16 Peter Waldmann, Organisations- und Rollenkonflikte in der Polizei. Ergebnisse einer Meinungsbefragung, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 60 (1977), S. 65–82, hier: S. 79.
- 17 Ronneberger/Rödel (wie Anm. 3), S. 142–148.

meisten Polizeibeamten standen den Massenmedien (besonders der Presse) »mißtrauisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber«.¹⁸

Die Debatten, die in Polizeizeitschriften vor allem der Jahre 1967 bis 1969 über die studentischen Proteste geführt wurden, liefern die Bausteine, mit denen sich Gesellschaftsbild und Staatsverständnis höherer Polizeibeamter rekonstruieren lassen. In diesem Meinungsaustausch standen sich zwei Gruppen gegenüber: zum einen ältere Polizeibeamte, die ihre prägenden Einsatzerfahrungen in der Endphase der Weimarer Republik oder in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft gesammelt hatten, zum anderen oft akademisch gebildete, politische Funktionsträger der Polizei (meist die Polizeipräsidenten, also die Leiter größerer Polizeibehörden), die etwas jünger waren als ihre »Kontrahenten« aus der Schutzpolizei. Wegen der hierarchischen Struktur der Polizei, in der die Vorgesetzten lebens- und dienstälter waren als ihre Untergebenen, kann davon ausgegangen werden, daß die hier rekonstruierten Ansichten nicht nur die Meinung der älteren Polizisten wiedergeben, sondern weiter verbreitet waren. Es ist möglich, daß die nachfolgend geschilderten Gedankengänge auch deshalb häufiger zu finden waren, weil die Geburtsjahrgänge 1908 bis 1915 Mitte der 60er Jahre in der Polizei relativ stark vertreten waren. So umfaßten diese Jahrgänge z. B. in Niedersachsen 1965 21,5 Prozent der Schutz- und Kriminalpolizisten; in Baden-Württemberg waren es 1964 23,3 Prozent.¹⁹ Zudem verweisen die Meinungsunterschiede zu den Polizeipräsidenten, die, wie erwähnt, als politische Beamte an der Spitze größerer Polizeibehörden standen, auf eine Konfliktkonstellation, die es in politisch ruhigeren Jahren so nicht gegeben hatte.

Am Beispiel des Inspektors der niedersächsischen Schutzpolizei, Karl Friedrich Saupe (Jg. 1910), sowie des Leiters der Kasseler Schutzpolizei, Polizeidirektor Heinz Quittnat (Jg. 1908), lassen sich das Gesellschaftsbild und Staatsverständnis dieser älteren Polizisten umreißen. Es handelte sich um ein Verständnis von Demokratie, bei dem Volk und Regierung eine untrennbar verbundene Einheit bilden. Im Jahre 1968 betonte Quittnat, in einer parlamentarischen Demokratie stehe »an der Spitze der Gesellschaft die Regierung. Diese Regierung ist von der Gesellschaft auf parlamentarischer Grundlage gewählt worden und vertritt sie. Wenn sich nun Maßnahmen illegaler Art gegen diese Regierung richten, dann richten sie sich auch gegen diejenigen, die diese Regierung berufen haben. Und diese Regierung

18 Waldmann (wie Anm. 16), S. 78.

19 Vgl. Hans Mayer, Die Organe der Verbrechensbekämpfung. Entwicklung der Kriminalität und des Personalbestandes von Staatsanwaltschaft und Polizei, Hamburg 1969, S. 133 u. 136. Genauere Aussagen ließen sich jedoch erst nach Rekonstruktion von Einsatzerfahrungen und Dienstbiographien treffen.

ist [...] von der Masse des Volkes berufen worden.«²⁰ Saupe subsumierte unter dem Begriff außerparlamentarische Opposition undifferenziert alles, was von den bislang üblichen Verhaltensnormen abwich: ›Gammler‹, ›Wermutsäuer‹, ›Hippies‹ und ›Kommune‹.²¹

In Quittnats Verständnis besaß der demokratische Staat eine statische Binnenstruktur. Er bemängelte, die Polizei habe ihren »wirklich festen Platz innerhalb unserer Demokratie noch nicht oder nur unvollkommen gefunden«.²² Saupe suchte 1967 nach einem weiteren festen Orientierungspunkt für die Polizei im Staat. Er betonte, erst wenn es »eine gültige Analyse des Freiheitsbegriffes in unserem Staate« gebe, könne der Polizeibeamte vom ›Ordnungshüter‹ zum ›Freiheitshüter‹ werden.²³ Hierbei orientierte er sich an einem allzeit gültigen, recht abstrakt gehaltenen Freiheitsbegriff. Freiheit fand ihre Grenzen an der Achtung anderer Menschen. Er warnte, wo »Freiheit unbegrenzt« sei, drohe eine »mögliche Entwicklung zur Anarchie«.²⁴ Quittnat hielt an traditionellen polizeilichen Aufgabendefinitionen fest, als er betonte, die Aufgaben der Polizei, u. a. für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hätten sich nicht verändert.²⁵ In seiner Sicht standen Verkehrsbehinderungen und Sitzblockaden gleichrangig neben dem Umwerfen von Autos, beides war gleichermaßen »ungesetzlich«.²⁶ Er mahnte, die außerparlamentarische Opposition und Spontandemonstrationen würden von »denjenigen falsch interpretiert, die ihren gewaltsamen Umsturzbestrebungen das Mäntelchen der Legalität umzuhängen versuchen.«²⁷ Sein enges Verständnis von demokratischer Öffentlichkeit zeigte sich, als Quittnat »anarchieähnliche Zustände in unserer Bundesrepublik« drohen sah, weil die freie Meinungsäußerung »zu weit gefaßt« sei.²⁸

Als Orientierungspunkte für polizeiliches Verhalten gegenüber der

20 Heinz Quittnat, Freiheit, Ordnung und Polizei, in: Die Polizei 59 (1968), S. 237–238, hier: S. 238.

21 Karl Friedrich Saupe, ›Echte Freiheit ist nur in Ordnung möglich‹, in: Die Polizei 58 (1967), S. 364–366, hier: S. 365; kritisch dazu Jürgen Frenzel, Orientierung an der Wirklichkeit!, in: Die Polizei 59 (1968), S. 83–84, hier: S. 83.

22 Heinz Quittnat, Standortbestimmung der Polizei?, in: Die Polizei 58 (1967), S. 81–84, hier: S. 81.

23 Saupe (wie Anm. 21), S. 365.

24 Ebd., S. 366. Vgl. zu weiteren Definitionen von Freiheit Axel Schildt: Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, ungekürzte, durchgesehene und aktualisierte Studienausgabe Bonn 1998, S. 627–635, hier: S. 630.

25 Quittnat, Freiheit (wie Anm. 20), S. 237.

26 Ebd., S. 238.

27 Ebd.

28 Ebd.

protestierenden Opposition verwies Saube auf Tugenden wie »Tapferkeit, Eigensinn und Geduld«. 29 Die Spannungen in Staat und Gesellschaft sollten also nicht genauer analysiert und toleriert, sondern durch den Rückbezug auf moralische Grundhaltungen durchgestanden werden. 30 Quittnat und Saube griffen bei ihrer Analyse der gesellschaftlichen Probleme der Jahre 1967/68 zumeist auf (Einsatz-)Erfahrungen aus der Endphase der Weimarer Republik zurück. Auch rechtfertigte Quittnat das harte Einschreiten der Polizei gegen Protestierende mit einem militanten Pathos: »Wenn eine Demokratie sich scheut, die ihr gesetzlich zustehenden Maßnahmen und Mittel gegen diejenigen *energisch* anzuwenden, die die rechtsstaatlichen Prinzipien mißbrauchen, dann geht oder ging diese Demokratie zugrunde«. Saube unterstrich mit Blick auf den paramilitärischen Charakter von Ausbildung und Aufbau der Weimarer Polizei, beides sei »*kein* Handikap für die demokratische und menschliche Lauterkeit der Polizeibeamten« gewesen; all dies sei geschehen im »Wissen um die übermächtigen Feinde der Demokratie«. 31 In der Logik dieser von Saube und Quittnat vorgetragenen Argumentationen schien das Ende des demokratischen Staates in den Jahren 1967/68 nicht mehr fern zu sein.

Es gab jedoch auch höhere Polizeibeamte, die Staat und Gesellschaft durch solche Proteste weit weniger bedroht sahen. So hob der Bonner Polizeiberrat Tonis Hunold (Jg. 1914) hervor, eine »vermeintliche Unordnung im Erscheinungsbild der Straße braucht heute noch lange kein Beweis für eine nicht leistungsfähige Polizei zu sein«. 32 Auch kritisierte er, die polizeiliche Tätigkeit sei immer noch »zu sehr [...] auf die Durchsetzung der vielen gesetzlichen Vorschriften ausgerichtet«. 33 Demgegenüber sah er die Aufgabe der Polizei darin, ein »vertretbares Maß an Ordnung« zu erreichen, ohne die Freizügigkeit des Bürgers zu sehr einzuengen. 34 Hunold verwahrte sich gegen »längst überholte Vorstellungen eines überspannten preußischen Ordnungsdenkens«. 35

Für Hunold, dessen Buch »Polizei in der Reform« seit seinem Erscheinen im Jahre 1968 auch zustimmend diskutiert wurde, 36 waren die Ord-

29 Saube (wie Anm. 21), S. 365.

30 Vgl. dazu auch Frenzel, *Wirklichkeit* (wie Anm. 21), S. 84.

31 Quittnat, *Freiheit* (wie Anm. 20), S. 238; Saube, *Echte Freiheit*, S. 364 (Hervorhebungen in den Originalen).

32 Tonis Hunold, *Polizei in der Reform. Was Staatsbürger und Polizei voneinander erwarten können*, Düsseldorf/Wien 1968, S. 69.

33 Ebd., S. 117.

34 Ebd., S. 69.

35 Ebd., S. 58; ähnlich Wilfried Graf von Hardenberg, *Die polizeiliche Praxis im Wandel*, in: *Kriminalistik* 23 (1969), S. 337–340, hier: S. 338.

36 Vgl. die im Tenor positive Besprechung von Manfred Schreiber in: *Die Polizei* 59 (1968), S. 328–329.

nungskräfte einem nicht näher definierten »Gemeinwohl« verpflichtet.³⁷ Zudem charakterisierte er die Rolle der Polizei in der Gesellschaft organologisch-biologistisch. Hunold verglich die Polizei mit den weißen Blutkörperchen. Bei ihrem »vom Volke« erteilten »ordnenden und dienenden Vollzugauftrag« erfülle die Polizei eine »regulierende Gleichgewichtsfunktion [...] im Volkskörper«. Die Polizei verhindere, daß »gesellschaftsfeindliche Elemente in der menschlichen Gemeinschaft die Oberhand gewinnen und die Gemeinschaft zerstören«.³⁸ In einer Zeit, in der es »verhältnismäßig viele Asoziale und Kriminelle« gebe,³⁹ stelle die Polizei sicher, »daß die vitale Abwehrkraft des Volksorganismus intakt bleibt, damit der Volkskörper keinen Schaden« erleide.⁴⁰

Hunold stand dem demokratischen Verhaltenspotential der Staatsbürger sehr skeptisch gegenüber; »Zügellosigkeiten« schienen allerorten zu drohen. So betonte er unter Bezug auf eine natürliche Ordnungsfunktion der Polizei, der stets nach »zügelloser Freiheit drängende Mensch« müsse von der Polizei in seine Schranken verwiesen werden, müsse in der Polizei seinen »natürlichen Gegenpol« finden. Denn oft habe sich erwiesen, daß die den Menschen zugestandene Freiheit »in gemeinschaftsfeindliche Zügellosigkeit ausartet«.⁴¹ Seine Auffassung von der Polizei als Wächter über die verbindlichen Normen und Werte der Gemeinschaft zeigte sich auch in seiner Ansicht, je mehr Polizisten es gebe, desto besser könnten sie »die Bevölkerung vor Zügellosigkeiten bestimmter Personengruppen schützen« und desto mehr könne der »ordentliche und einsichtige Bürger seine echte Freiheit ausleben«.⁴²

Dieses Vokabular sollte nicht zu vorschnellen Assoziationen zu völkisch-nationalsozialistischem Gedankengut oder zu Vergleichen mit den Aufgaben der Polizei im »Dritten Reich« verleiten.⁴³ Im Unterschied zur Aufgabe der Politischen Polizei der NS-Zeit ist in Hunolds Aussagen nie-

37 Hunold (wie Anm. 32), S. 67.

38 Ebd., S. 106.

39 Ebd., S. 111.

40 Ebd., S. 107 f.

41 Ebd., S. 112.

42 Ebd.

43 Angesichts der Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft kann der Begriff »völkisch« heute zu schnell dazu verleiten, völkisches und nationalsozialistisches Gedankengut unreflektiert zu vermischen. Vgl. zur Unschärfe, die der Begriff »völkisch« bereits in der Weimarer Republik besaß, als er sich nicht nur dem rechten, sondern auch dem liberalen und republikanischen Spektrum zuordnen ließ, Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 58 f. Vgl. zur maßgeblich von Werner Best geprägten Definition der Aufgaben der Politischen Polizei im Nationalsozialismus (»Arzt am deutschen Volkskörper«) ebd., S. 163–168.

mals die Rede von der Ausmerzung von »Volksfeinden« und anderen »Rassen«. Zudem gab es in Hunolds Betrachtungen keinen zu allem entschlossenen Kampf gegen Staatsfeinde im Inneren, keine explizit nationalistische Komponente und keine Forderung nach nahezu unbegrenzten polizeilichen Machtbefugnissen.⁴⁴ Vielmehr handelt es sich um eine Sicht, die zumindest in Preußen schon in der Weimarer Republik zur offiziellen Lesart polizeilicher Aufgaben gehört hatte. Bereits der Ministerialrat im Preußischen Ministerium des Inneren, Ernst van den Bergh, hatte 1926 in der populären Reihe »Die Polizei in Einzeldarstellungen« u. a. über »Volk und Staat als [...] lebendigen Organismus« und über die Bekämpfung von »Fremdkörpern« im »Volkskörper« geschrieben.⁴⁵ Noch im Jahre 1959 betonte ein leitender Beamter des Polizei-Instituts in Hiltrup, dieses Buch bliebe »grundsätzlicher Erkenntnisse willen höchst beachtenswert« und lese sich »noch heute mit Gewinn«.⁴⁶

Leider läßt sich bislang nicht für alle der hier genannten älteren Beamten genau nachzeichnen, ob bzw. wo sie während der NS-Jahre im Polizeidienst standen und welche prägenden Einsatzerfahrungen sie dort gesammelt hatten.⁴⁷ Jedoch soll zumindest umrissen werden, wie sie die Rolle der Polizei während der nationalsozialistischen Herrschaft charakterisierten.⁴⁸ In ihren Augen handelte es sich vorwiegend um »Mißbrauch« der Polizei, in der viele Beamte weiterhin rechtsstaatlich dachten und handelten. So schrieb Hunold vom »Mißbrauch der Polizei unter der NS-Diktatur«⁴⁹, mitverursacht durch das frühere Ausbildungssystem mit einer Erziehung zu »kritiklosem Gehorsam« und zum »devoten Befehlsempfänger«. In einigen Fällen seien es aber auch »menschliche Schwächen« wie Minderwertigkeitskomplexe oder »stumpfe Resignation vor dem Terror« gewesen, die

44 Vgl. zur weiteren Kritik an Hunold Erhard Denninger, Die veränderte Rolle der Polizei in der freiheitlichen Demokratie, in: Verwaltung im modernen Staat. Berliner Beamtentage 1969, Berlin 1970, S. 7–23, hier: S. 19 f.

45 Ernst van den Bergh, Polizei und Volk. Seelische Zusammenhänge, Berlin 1926, S. 10, 24 u. 106; vgl. zur weiteren Kritik, Brusten, Hüter (wie Anm. 11), S. 179.

46 Fritz Stiebitz, Deutsche Geschichtsepochen als Nährboden der jeweiligen Polizeikonzeption, in: Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes, hrsg. von der Gewerkschaft der Polizei, Hamburg 1960, S. 9–13, hier: S. 11.

47 Hunold war 1933–1945 nach seinen eigenen Worten als »aktiver Polizeioffizier« in Dortmund, Hamburg und Berlin tätig gewesen; Hunold (wie Anm. 32), S. 38; Saube war 1934 oder 1935 entlassen worden; vgl. Saube (wie Anm. 21), S. 364.

48 Vgl. zum Einsatz von Polizeibataillonen im Zweiten Weltkrieg Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek 1993; sowie Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 219–331. Eine Darstellung zur polizeilichen Alltagsarbeit im Nationalsozialismus fehlt noch immer.

49 Hunold (wie Anm. 32), S. 40.

Polizisten veranlaßt hätten, Verbrechen zu begehen.⁵⁰ Quittnat betonte, die »Masse der regulären Polizeibeamten« habe sich »korrekt verhalten«. Für ihn waren die bisherigen Prozesse gegen Polizeibeamte dazu angetan, »Vorurteile der Bürger gegen uns immer wieder neu aufkommen zu lassen«.⁵¹ Saupe hob hervor, viele »alte« Schutzpolizisten der Jahre 1933/34 hätten sowohl »rechtsstaatlich als auch menschlich gedacht« und hätten politischen Häftlingen geholfen, ihr Leid zu »ertragen und [zu] überleben«.⁵²

Politische Beamte, wie die Polizeipräsidenten, von denen einige jünger als Beamte wie Quittnat, Saupe oder Hunold und oft auch akademisch ausgebildet waren, zeigten eine differenziertere Sicht auf Staat, Gesellschaft und polizeiliche Einsatztaktik sowie eine gelassener Haltung gegenüber der potentiellen Bedrohung von Staat und Gesellschaft. Ihre Stellungnahmen der Jahre 1967/68 verwiesen zudem auf die Grenzen polizeilicher Einsatztaktik und Lageanalysen, die von den Erfahrungen der Weimarer Republik geprägt und bis in die 60er Jahre hochgehalten wurden.⁵³ So unterstrich der Hamburger Polizeipräsident Dr. Jürgen Frenzel (Jg. 1921) an Quittnat und Saupe gewandt, eine militärische Einsatzweise und Bewaffnung der Polizei wie noch in der Weimarer Republik würde nicht mehr »in die heutige politische Landschaft passen«.⁵⁴ Der Bochumer Polizeipräsident Wilfried Graf von Hardenberg (Jg. 1922) gestand 1969 offen ein, die Polizei hätte bei manchen Großeinsätzen der letzten Jahre »einfach Glück gehabt«. Grundsätzlich müsse zugegeben werden, »daß wir häufig unsicher waren. Unsicher, weil eingefahrene und liebgewonnene Regeln und Dienstvorschriften plötzlich nicht mehr zu passen schienen«.⁵⁵ Auf dem Gebiet der Einsatztaktik waren jedoch Veränderungen leichter theoretisch zu formulieren als praktisch zu verwirklichen. Dies mußte z. B. der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau (Jg. 1929) erfahren. Viele Hamburger Polizisten hatten Schwierigkeiten, die von ihm geforderte flexiblere Einsatzweise umzusetzen.⁵⁶

Die Polizeipräsidenten wandten sich in den Debatten über politische

50 Ebd., S. 41 f.

51 Quittnat, Standortbestimmung (wie Anm. 22), S. 82.

52 Saupe (wie Anm. 21), S. 364.

53 Vgl. dazu Robert Harnischmacher u. Arved Semerak, Deutsche Polizeigeschichte. Eine allgemeine Einführung in die Grundlagen, Stuttgart 1986; Siegfried Zaika, Polizeigeschichte. Die Exekutive im Lichte der historischen Konfliktforschung, Lübeck 1979.

54 Jürgen Frenzel, Nochmals: Freiheit und Ordnung, in: Die Polizei 59 (1968), S. 315–316, hier: S. 315.

55 Hardenberg (wie Anm. 35), S. 337.

56 Vgl. Klaus Weinbauer, Die Hamburgische Studentenbewegung (1965–1969) in der schutzpolizeilichen Wahrnehmung oder von »Leithammeln«, »Einpeitschern« und »akuten Massen«, in: Unter den Talaren, der Muff von Tausend Jahren, hrsg. von Arnold Sywottek (in Vorbereitung).

Demonstrationen der Jahre 1967 bis 1969 auch gegen eine zu enge Fixierung auf ordnungspolitische Begriffe. Zudem erachteten sie es als notwendig, die Inhalte solcher Begriffe neu zu definieren. So betonte Hamburgs Polizeipräsident Frenzel im Jahre 1968, Ruhe und Ordnung seien »allein kein Zeichen dafür, daß eine Gesellschaft im demokratischen Sinne funktioniert«. ⁵⁷ Er mahnte sogar: »Wenn wir nicht endlich aufhören, das Weltbild der jungen Polizeibeamten ausschließlich um die Pole ›Ruhe und Ordnung‹ herum aufzubauen, werden wir ihnen keinen Begriff von freiheitlicher Demokratie vermitteln können. Ruhe ist nun einmal nicht immer die erste Bürgerpflicht«. ⁵⁸ Auch der Bochumer Polizeipräsident Hardenberg wandte sich gegen eine Überbetonung des Ordnungsgedankens. ⁵⁹ Der Münchener Polizeipräsident Dr. Manfred Schreiber (Jg. 1926) gab zu Bedenken, daß sich die Bedeutung von Begriffen wie Recht, Ordnung und Gesetz verändert hätte. ⁶⁰

Der Nürnberger Polizeipräsident und spätere Leiter des Bundeskriminalamts Dr. Horst Herold (Jg. 1923) schlug 1968 weitreichendere Veränderungen vor, um der Polizei zu einem neuen Selbstverständnis sowie zu einer genaueren Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verhelfen. ⁶¹ Auch Herold wandte sich gegen die »Restbestände obrigkeitstaatlicher Denk- und Verhaltensweisen«, bezog dies jedoch speziell auf die Verwaltung. Deshalb war für ihn auch nicht die Polizei »die bremsende Kraft der demokratischen Entwicklung, sondern der »gewaltige ›Überbau‹« u. a. an Gesetzen und Verordnungen, die »längst nicht mehr dem technischen und sozialen Entwicklungsstand der Gesellschaft« entsprechen. Als Weg aus dieser »Beharrungsspirale des Überbaus« empfahl Herold der Polizei die Nutzbarmachung des vielfältigen »Planungsinstrumentariums«, bereitgestellt durch Soziologie, Kybernetik, Verhaltensforschung und durch den Computer. Optimistisch urteilte Herold, all dies führe zu einem »radikalen geistigen Neubeginn« im Selbstverständnis der Polizei, zu einer Abkehr von der Gängelung durch den Überbau und von der Fixierung auf eine nur repressive Tätigkeit. Er sah den Weg zu einer von »höherstufigen, wissenschaftlich interdisziplinären, gleichsam gesellschaftlich-sanitären« Gedankengängen geprägten polizeilichen Tätigkeit.

Auch wenn sich die Ausführungen der übrigen Polizeipräsidenten ge-

⁵⁷ Frenzel, Nochmals (wie Anm. 54), S. 315.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Hardenberg (wie Anm. 35), S. 338.

⁶⁰ Vgl. dazu Manfred Schreiber, Freiheit und Ordnung, in: Die Polizei 59 (1968), S. 347–349, hier: S. 347; Frenzel, Nochmals (wie Anm. 54), S. 315; sowie Goeschel (wie Anm. 11), S. 706.

⁶¹ Die folgenden Zitate aus Horst Herold, Polizei in der Gesellschaft, in: Die Polizei 59 (1968), S. 261–262, hier: S. 261 f. Vgl. zu Herolds Ansichten und Werdegang Dieter Schenk, Der Chef. Horst Herold und das BKA, Hamburg 1998.

genüber Herolds Position eher hausbacken ausnehmen, so hatte auch dieser Ansatz seine Grenzen. So wirkt es sehr fortschrittsgläubig, wenn Herold mit Blick in die Zukunft von einer »weder herrschenden noch beherrschten, sondern im Wortsinne helfenden Polizei« spricht.⁶² Die mit dem technischen Fortschritt verbundenen Normen und Wertmuster sowie die oft geringe soziale Kompetenz der Techniker und damit ihrer technischen Entwicklungen wurden von ihm aber nicht thematisiert.⁶³

Eine im Mai 1968 durchgeführte Umfrage unter 170 Frankfurter Schutzpolizisten ermöglicht es, zu prüfen, ob das bislang skizzierte Gesellschaftsbild und Staatsverständnis auf die älteren Polizisten beschränkt oder auch weiter verbreitet waren.⁶⁴ Insgesamt handelte es sich bei den befragten Frankfurter Polizisten um Beamte mit einer vergleichsweise hohen Schulbildung. Unter ihnen besaßen 48,8 Prozent Volksschul-, 35,3 Prozent Mittel- bzw. Fachschulschulbildung und 14,1 Prozent Höhere Schulbildung, während 1,8 Prozent eine Universität besucht hatten. Vor ihrem Dienstantritt waren 40,0 Prozent der befragten Polizisten Facharbeiter und 28,3 Prozent Angestellte, 17,0 Prozent Schüler sowie sechs Prozent Berufssoldaten gewesen. Eine Anfang 1972 erstellte Bestandsaufnahme in Nordrhein-Westfalen, die allerdings nicht die Schulbildung, sondern den Schulabschluß erfaßte, unterstreicht, daß es sich bei den Frankfurter Beamten um Polizisten mit relativ guter Schulbildung handelte. Denn 1972 hatten in Nordrhein-Westfalen 73,4 Prozent der erfaßten Polizisten Volksschulabschluß, 24,1 Prozent Mittlere Reife, 2,3 Prozent Abitur und 0,2 Prozent ein abgeschlossenes Studium.⁶⁵

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung war das politische Interesse der befragten Frankfurter Polizisten relativ hoch. Bei der Frage »Interessieren Sie sich für Politik?« wählten 70,5 Prozent die Antworten »ja, interessiere mich sehr dafür« bzw. 22,3 Prozent »ja, etwas«; mit »sehr wenig« oder »gar nicht« antworteten insgesamt drei Prozent. Die für die Umfrage verantwortliche Soziologin, Lieselotte Hinz, fügte hinzu, sie habe in vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß die Polizisten »tatsächlich politische Diskussionen verfolgen«. Insgesamt seien sie in der Regel über die »hauptsächlichen, in den Zeitungen diskutierten Themen [...] informiert.«⁶⁶

62 Herold, *Gesellschaft* (wie Anm. 61), S. 262.

63 Vgl. dazu die bereits genannten Arbeiten von Hortleder (s. Anm. 5 u. Anm. 10) sowie Schenk (wie Anm. 61), S. 465 f.

64 Vgl. zum folgenden Hinz, *Berufsbild* (wie Anm. 1), S. 126 f.

65 Manfred Brusten, Schichtzugehörigkeit und Aufstiegschancen von Polizeibeamten, in: *Die Polizei* 65 (1974), S. 185–198, hier: S. 187.

66 Hinz, *Berufsbild* (wie Anm. 1), S. 143. In der Bevölkerung lag der Anteil der »Ja«-Stimmen bei nur 30 Prozent; vgl. *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967*, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Bonn 1967, S. 149.

Insgesamt unterschied sich das Demokratiebild der befragten Polizisten kaum von demjenigen anderer Bevölkerungsteile.⁶⁷ Hinz betonte, die Polizisten könnten als ›Formaldemokraten‹ bezeichnet werden. D. h. sie stimmten demokratischen Prozessen zwar im Prinzip zu, besaßen jedoch eine »Vorliebe für eine gewisse Integration von oben«.⁶⁸ Zudem wandten sich viele Polizisten gegen ein zu starkes politisches Engagement. So sprachen sich in einer 1974 durchgeführten Befragung von 442 nordrhein-westfälischen Polizisten zwischen 64 und 89 Prozent der Befragten für eine strikte politische Neutralität der Polizisten aus. Dies galt um so stärker, je mehr Dienstjahre die Beamten aufwiesen. Fast 60 Prozent der befragten Frankfurter Polizisten stimmten der Auffassung zu, ein Polizist solle möglichst kein entschiedener Anhänger einer politischen Partei sein.⁶⁹

Auch wenn die Frankfurter Polizisten Gewerkschaften und Streiks positiv gegenüberstanden, so war ihre Bereitschaft, »die Austragung von Konflikten in einer Demokratie als selbstverständlich anzusehen«, nicht sehr stark ausgeprägt.⁷⁰ Denn der Aussage: »In unserem Staat sollten sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen«, stimmten fast drei Viertel der Befragten zu (davon stimmten über 40 Prozent »stark« zu), während sie nur von knapp einem Viertel abgelehnt wurde. Zudem waren für sehr viele Frankfurter Polizisten – ähnlich wie für Hunold – nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Denn mehr als drei Viertel der Befragten stimmten der Aussage, »Es gibt eine ganze Menge Leute, die den Schutz demokratischer Grundrechte genießen, ohne sie eigentlich verdient zu haben«, zu.⁷¹

Angesichts dessen ist zu fragen, wie die Gesetze von diesen Polizisten ausgelegt wurden. Hier dominierte eine pragmatische Haltung, wobei sich die Polizisten des breiten Ermessensspielraums in ihrer Tätigkeit durchaus bewußt waren. Denn 87 Prozent der befragten Frankfurter Polizisten unterstützten die Aussage: »Ein Polizeibeamter hat auch im Rahmen der Gesetze gewisse Möglichkeiten, unabhängig vom Gericht Gerechtigkeit

67 Vgl. als Überblick Jürgen Turek, *Demokratie und Staatsbewußtsein. Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Werner Weidenfeld, Köln 1989, S. 233–248.

68 Hinz, Interview vom 2.5.1970, S. 4. Vgl. ausführlicher zur Definition Habermas u. a., *Student und Politik* (wie Anm. 4), S. 132 u. 136–140. Zudem bestand für Formaldemokraten kein Unterschied zwischen demokratischen Grundsätzen und der Verfassungswirklichkeit, vgl. ebd.

69 Vgl. Manfred Brusten, *Eine »politisch neutrale« Polizei. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum politischen Bewußtsein von Polizeibeamten*, in: *Kriminologisches Journal* 17 (1985), S. 203–219, besonders S. 208–211; sowie Hinz, *Berufsbild* (wie Anm. 1), S. 144 f.

70 Hinz, *Berufsbild* (wie Anm. 1), S. 144.

71 Hinz, *Determinanten* (wie Anm. 15), S. 144.

zu üben.«⁷² Auf nahezu einhellige Zustimmung (96 Prozent) traf die Behauptung: »Der Polizeibeamte verlangt von den Bürgern – in Übereinstimmung mit den Gesetzen – eigentlich nur ein Verhalten, das ganz natürlich ist.« Hier zeigt sich ein unhistorischer Gesetzesbegriff, in dem Gesetze mit »natürlichen«, ewig gültigen Werten« gleichgesetzt wurden.⁷³ Es gab unter den befragten Polizisten offenkundig eine Orientierung am Allgemeinwohl, ein Streben nach einer möglichst konfliktlosen Gesellschaft.

II. Dienstgemeinschaft – Gesellschaft im Kleinen?

Welche spezifischen Faktoren könnten nun dazu beigetragen haben, daß sich die gesellschaftspolitischen Ansichten der älteren Polizisten seit der Weimarer Republik kaum veränderten? Dabei sollte die abschottende Wirkung der von älteren Beamten beschworenen »dienstlichen Gemeinschaft« mit ihrem Korpsgeist nicht unterschätzt werden.⁷⁴ Diese informelle Binnenstruktur der Polizei ist bislang kaum erforscht worden. Ein Blick auf Vorstellungen über diese Gemeinschaft offenbart zudem noch weitere Aspekte des Demokratieverständnisses älterer Beamter wie Quittnat. Dieser betonte im Jahre 1964, jeder Polizeibeamte solle sich »innerhalb seiner engen dienstlichen Gemeinschaft für die große Gemeinschaft schulen«. Anpassung an und Integration in das Bestehende standen hier hoch im Kurs. Menschen könnten sich zwar im demokratischen Staat frei entfalten, jedoch habe sich »der einzelne der Gemeinschaft anzupassen«, weil eine Demokratie nicht existieren könne, »wenn sich der einzelne in die Umgebung, in die er gestellt ist, nicht einfügt«.⁷⁵

Wie sollte nun eine solche dienstliche Gemeinschaft als Gesellschaft im Kleinen aussehen? Für Quittnat fußte sie auf Kameradschaft, Opfer- sowie Verständnisbereitschaft und war geprägt durch ein »echtes Vorgesetztenverhältnis«. Alles in allem handelte es sich hierbei um soldatische Tugenden,⁷⁶ in denen Konflikte durch Autorität und Fürsorge der Vorgesetzten ausgeräumt werden sollten.⁷⁷ Quittnat rückte die Kameradschaft an die erste Stelle.⁷⁸ Alte und junge Beamte mußten in der Dienst-

72 Hinz, *Berufsbild* (wie Anm. 1), S. 140.

73 Ebd., S. 142.

74 Vgl. Heinz Quittnat: *Menschliche Gegensätze und dienstliche Gemeinschaft*, in: *Die Polizei* 55 (1964), S. 111–114.

75 Ebd., S. 111 f.

76 Vgl. dazu Thomas Kühne, *Männergeschichte als Geschlechtergeschichte*, in: *Männergeschichte - Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne*, hrsg. von Thomas Kühne, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 7–30, hier: S. 21.

77 Vgl. Omer Bartov, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, Reinbek 1995, S. 53.

78 Vgl. zum folgenden Quittnat (wie Anm. 74), S. 111 f.

gemeinschaft zusammenstehen, sich gegenseitig ergänzen und voneinander profitieren, auf das »Gegensätze nicht vertieft werden, sondern nach und nach einen Ausgleich erfahren«. Durch diesen Gemeinschaftsgeist erschien es ihm möglich, auch politische Gegensätze oder gewerkschaftliche Trennungslinien zu überwinden. Hierbei beschwor er seine Erfahrungen bei der preußischen Bereitschaftspolizei aus der Endphase der Weimarer Republik: »Wenn es zum Einsatz kam, waren wir echte Polizeikameraden. Jeder konnte sich auf den anderen hundertprozentig verlassen und wußte, daß er u. U. auch gegen eigene Parteifreunde ›herausgehauen‹ wurde.« Opferbereitschaft zeige sich vor allem im täglichen Dienst, wo es wichtig sei, eigene Ermittlungsergebnisse anderen mitzuteilen, auch auf die Gefahr hin, daß andere »die Früchte seiner Arbeit [...] ernten« (z. B. durch Festnahme von Gesuchten). Der Vorgesetzte habe die Pflicht, bei allen Problemen ausgleichend zu wirken.⁷⁹

Eine so verstandene Gemeinschaft schottete sich gegenüber andersdenkenden Kollegen ab. Denn wie der Oberst im Bundesgrenzschutz, Heinz Brauweiler, betonte, könne sich eine solche Gemeinschaft nur dort entwickeln, wo ein »Gleichklang in der grundsätzlichen Auffassung zu den Dienstpflichten besteht. Wer diese Pflichten ernst nimmt, wird auch die Pflicht zum Zusammenhalten und Zusammenstehen in und außer Dienst, zum Korps-, Berufs- oder Gemeinschaftsgeist anerkennen!«⁸⁰ Auch wenn Dienstgemeinschaft und Korpsgeist bei Quittnat und Brauweiler vielleicht überzeichnet und sehr militärisch geprägt waren, so handelte es sich jedoch um kein Fantasiegebilde. Bis in die 90er Jahre verwiesen sozialwissenschaftliche Studien immer wieder auf den Korpsgeist in der Polizei.⁸¹ Noch sind weitere Forschungen notwendig, um etwa die männerbündischen Züge (und deren Veränderungen) solcher Gemeinschaften oder »Primärgruppen« mit den dazugehörigen Trinksitten sowie das oft bedingungslose Zusammenhalten gegen äußere Anfeindungen genauer zu entschlüsseln. Bis jetzt scheint es, als ob die Verbreitung und das lange Weiterbestehen eines obrigkeitsfixierten Staatsverständnisses ähnlich wie die »Pfleger« männlicher Härte (auch bei Großeinsätzen) in der Polizei durch solche männerbündischen Gemeinschaften mitbeeinflusst wurden.⁸² Insgesamt gesehen dürfte es sich bei diesen Gemeinschaften um ei-

79 Ebd., S. 113.

80 Heinz Brauweiler, (o. Titel), in: *Die Polizei* 53 (1962), S. 143–145, hier: S. 144.

81 Vgl. Lothar Ferstl u. Harald Hetzel, »Für mich ist das Alltag«. Innenansichten der Polizei, Bonn 1989 S. 164; Gerda Maibach, *Polizisten und Gewalt. Innenansichten aus dem Polizeialltag*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 195.

82 Vgl. allgemein zu Männerbünden, Kühne, *Männergeschichte* (wie Anm. 76), besonders S. 16–19; sowie die Beiträge von Blattmann, Reulecke und Sombart in dem Sammelband, *Männergeschichte - Geschlechtergeschichte* (wie Anm. 76); ferner zum »Abtrinken« unter Polizisten Maibach (wie Anm. 81), S. 17; Annegret Held,

nen zentralen Teil der informellen Netzwerke handeln, von denen die Polizei durchzogen war.⁸³

Die Erfahrungen aus der heißen Phase der Polizeieinsätze gegen studentische Protestaktionen der Jahre 1967/68 verweisen auf zwei Potentiale solcher Gemeinschaften. Zum einen waren ihre Mitglieder von den jeweiligen Vorgesetzten nur schwer zu kontrollieren.⁸⁴ Zum anderen konnten sie als Fluchtburgen fungieren, um sich den Anforderungen der oft feindlich empfundenen Umgebung zu entziehen. Innerhalb dieser Gemeinschaften wurde gruppenkonformes Verhalten erwartet – und teilweise auch massiv eingefordert.⁸⁵ Insgesamt gesehen dürften die hier praktizierten Verhaltensmuster (der Anpassung, aber auch der Ausgrenzung nicht-integrationswilliger Kollegen oder wie es in der Polizei der 60er Jahre noch hieß: »Kameraden«) auch die Sicht dieser Beamten auf das »Außen«, auf Menschen, Gesellschaft und Staat – und damit auf politisches Verhalten – geprägt haben.

Die Statik und Abgeschlossenheit der polizeilichen Binnenwelt der späten 60er Jahre zeigte sich z. B. in den Erfahrungen der meist jüngeren Beamten vom »Diskussionskommando« der West-Berliner Polizei. Die Beamten dieser Einheit sollten als eine Reaktion auf die gewaltsamen Zusammenstöße mit protestierenden Studenten studentische Demonstrationen vor und während der Demonstrationen in Diskussionen verwickeln und so gewalttätige Konfrontationen verhindern.⁸⁶ Als diese, von ihren

Meine Nachtgestalten. Tagebuch einer Polizistin, München 1992 (Original Frankfurt a. M. 1988), S. 46 u. 111. Vgl. zum Konzept der »Primärgruppe«, das in neueren militärgeschichtlichen und -soziologischen Forschungen wieder aufgegriffen wurde: Ulrich Bröckling, Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion, München 1997, S. 312 f.; Bartov (wie Anm. 77), S. 54–58; Thomas Kühne, Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft: Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft, in: AfS 38 (1998), S. 165–189, besonders S. 166–168.

83 Vgl. dazu Waldmann (wie Anm. 16), S. 72–74.

84 Vgl. dazu genauer Klaus Weinbauer, Innere Unruhe. Studentenproteste und die Krise der westdeutschen Schutzpolizei in den 1960er Jahren, in: Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, hrsg. von Gerhard Fürmetz, Herbert Reinke u. Klaus Weinbauer, Hamburg 2000 (im Erscheinen).

85 Vgl. Ellwyn R. Stoddard, The informal »code« of police deviancy. A group approach to »blue-coat-crime«, in: Journal of Criminal Law, Criminology and Police Science 59 (1968), S. 201–213; William A. Westley, Violence and the Police. A sociological study of law, custom, and morality, Cambridge u. a. 1970.

86 Hans-Ulrich Werner, in: Polizei-Institut Hiltrup, Erfahrungsaustausch über Einsätze der Polizei bei Demonstrationen und Ausschreitungen. Schlußbericht der Arbeitstagungen über Fragen der Polizeiverwendung vom 22. bis 24. Oktober 1969 im Polizei-Institut-Hiltrup, Hiltrup 1969, S. 83–86. Vgl. als Überblick zur Geschichte der (West)Berliner Polizei Norbert Steinborn u. Hilmar Krüger, Die

Kollegen ohnehin oft als ›Kommunisten‹, ›Kapitulationsgruppe‹ oder ›Drückeberger‹⁸⁷ beschimpften Polizisten wieder in ihre Dienststellen zurückkehrten, waren sie zutiefst ernüchtert: In ihren Augen hatte sich die Haltung der Kollegen wenig verändert.⁸⁸ Noch 1970 wurde von einem Berliner Polizeibeamten betont, die »selbstverständliche Einordnung dieser Gruppe in den Bereich des als üblich Anerkannten ist immer noch nicht voll gelöst«.⁸⁹

III. Möglichkeiten und Grenzen der Staatsbürgerkunde

Lieselotte Hinz sah im Staatsbürgerkundeunterricht nicht nur der Polizei den entscheidenden Grund für die »formaldemokratische Haltung« der von ihr befragten Polizisten.⁹⁰ Sie forderte, der Staatsbürgerkundeunterricht müsse sich »vom Typ der Verfassungs- und Regierungslehre weg zur konkreteren Behandlung von Konflikt- und Interessenlagen« entwickeln.⁹¹ Angesichts der alltagspragmatischen Haltung gegenüber Gesetzen sowie der Abschottungs- und Beharrungstendenzen im Polizeiberuf dürften ihre damit verbundenen Hoffnungen jedoch allzu optimistisch gewesen sein. Zudem erhielten Polizisten staatsbürgerkundlichen Unterricht fast nur während ihrer Ausbildung, also in den Polizeischulen, in der Bereitschaftspolizei sowie während der Vorbereitung auf Lehrgänge und Prüfungen.⁹² Dieser Unterricht lag oft in den Händen von älteren Polizeibeamten, wurde gelegentlich aber auch von Lehrern staatlicher Schulen erteilt. Außerhalb dieses Rahmens gab es keinen regelmäßigen politischen Unterricht, und in der dienstbegleitenden Fortbildung wurden zumeist nur Gesetzesänderungen oder neue Befehle, Richtlinien, Dienstanwei-

Berliner Polizei 1945–1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürgernahen Polizei?, Berlin 1993.

87 Hans-Ulrich Werner, in: Ebd., S. 85.

88 Vgl. Klaus Harms, Generationskonflikt in der Polizei?, in: Die Polizei 60 (1971), S. 132–134, hier: S. 134.

89 Hauptkommissar Schmitt, in: Polizei-Institut Hiltrup, Einsatzerfahrungen bei Demonstrationen und Großveranstaltungen. Schlußbericht – Protokoll – über die Seminare für Leiter der uniformierten Polizei und Leiter der Kriminalpolizei vom 5.–9. Oktober 1970 und vom 9.–13. November 1970, Hiltrup 1970, S. 92.

90 Hinz, Interview vom 2.5.1970, S. 6.

91 Lieselotte Hinz, ›Den Beamten‹ gibt es nicht. Wie sehen Polizeibeamte sich, den Staat und die Gesellschaft, in: Deutsche Polizei (1970), H. 1, S. 9–11, hier: S. 10. Nachfolgend werden die Begriffe Staatsbürgerkunde, Sozialkunde oder politischer Unterricht synonym verwendet.

92 Vgl. Fritz Stiebitz, Zwölf Jahre Politische Bildung im Polizeischulwesen, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung 5 (1960), S. 239 f., hier: S. 240.

sungen und ähnliches bekanntgegeben.⁹³ Zudem gab es auf den Polizeiwachen der 60er Jahre noch viele Beamte, die sich aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen in den Jahren des NS-Regimes oder bei der Entnazifizierung politisch desinteressiert gaben und sich nicht engagieren mochten, weil sie sich »einmal die Finger verbrannt« hätten. Wieder andere hatten vor der Aufstellung der Bereitschaftspolizeien der Länder im Jahre 1951 gar keinen Unterricht in Staatsbürgerkunde erhalten.⁹⁴ Obwohl der staatsbürgerkundliche Unterricht die politischen Kenntnisse und Einstellungen der auszubildenden Polizisten beeinflusst haben dürfte, sollte somit seine breite und langfristige Wirksamkeit nicht überschätzt werden.

Mit ihrer Kritik am Staatsbürgerkundeunterricht der 60er Jahre konnte sich Lieselotte Hinz einig mit der zeitgenössischen Forschung wissen, von der die politische Bildung an öffentlichen Schulen sehr skeptisch betrachtet wurde. Zum einen zeigte sich, wie wichtig das Elternhaus beim Zustandekommen der Haltung gegenüber politischen Fragen war.⁹⁵ Zum anderen ließen auch vielfältige Defizite starke Zweifel am damals praktizierten politischen Unterricht aufkommen. Die Kritik bezog sich nicht nur auf die Schüler und Lehrbücher, sondern vor allem auf die Lehrer mit ihrer »wenig ausgeprägten politischen Urteilsfähigkeit« bei gleichzeitigem »Unvermögen, die Funktionen ihres Unterrichts und ihre Rolle als Erzieher in einem demokratischen Staat zu reflektieren«.⁹⁶ Eine Bestandsaufnahme aus dem Jahr 1967 hob hervor, empirische Studien hätten genug Material geliefert, um »jedem Vertreter demokratisch-humanitärer oder liberal-toleranter Einstellung das Gruseln zu lehren«.⁹⁷

Aus Sicht der kritischen Analysen der 60er Jahre wurde an den Schulen überwiegend Institutionenkunde betrieben.⁹⁸ Dabei zerfiel der Unterricht in die Vermittlung von Faktenwissen einerseits und eine von »allem Empirischen abgelöste Tugendlehre demokratischen Verhaltens« anderer-

93 Vgl. dazu Jürgen Klitzke, Fortbildung, noch immer ein Stiefkind, in: *Deutsche Polizei* (1969), H. 12, S. 387.

94 Peter Schmitz, Von der Notwendigkeit und den Möglichkeiten des staatspolitischen Unterrichts in der Polizei für die Erziehung zu den sittlichen Werten der Demokratie, Wissenschaftliche Hausarbeit Hiltrup 1960, MS, S. 15.

95 Vgl. Steffen Hornthal, Der Politische Unterricht. Gedanken und Untersuchungsergebnisse aus sozialwissenschaftlicher Sicht, in: *Deutsche Polizei* (1971), H. 12, S. 373–375, hier: S. 374.

96 Egon Becker u. a., Erziehung zur Anpassung? Eine soziologische Untersuchung der Politischen Bildung in den Schulen, Schwalbach bei Frankfurt a. M. 1967, S. 151.

97 Heinz E. Wolf, Vorurteile und Toleranz in der Bundesrepublik, in: *Vorgänge* 6 (1967), S. 113–119 u. 150–158; 190–199 u. 233–239, hier: S. 233.

98 Vgl. ebd., besonders S. 233 f.; Becker u. a. (wie Anm. 96).

seits, und wurde so bisweilen zum »unverbindlichen Pathos«⁹⁹. Politische und gesellschaftliche Konflikte wurden ebenso wie deren Ursachen und Ausdrucksformen nicht thematisiert. Lehrbücher, Lehrer und Schüler versuchten, gesellschaftliche und politische Vorgänge in Naturkategorien zu fassen, in denen die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur als natürliche und notwendige Ordnung betrachtet wurde.¹⁰⁰ Vor allem bei Volksschülern gab es eine nur oberflächliche Anerkennung demokratischer Einrichtungen und nur äußerst vage Vorstellungen vom Begriff der Demokratie.¹⁰¹ Darüber hinaus fand ein Team von Bildungsforschern um Egon Becker zwar unter den Schülern zustimmende Äußerungen zu formalen Prinzipien der demokratischen Staatsform. Dies, so Becker, sei jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einer »durchgängige[n] Identifizierung mit der Demokratie«. Vielmehr stünden hier häufig widersprüchliche Ansichten unreflektiert nebeneinander.¹⁰² Die Autoren resümierten: Die »Entpolitisierung des politischen Unterrichts«¹⁰³ könne Schüler dazu bewegen, die politische Bildung als verlogen anzusehen, da sie nur den formalen Aufbau der Demokratie nachzeichne und Machtkämpfe zu weitgehend ausblende.¹⁰⁴

Aus heutiger Sicht wirken diese Analysen aus den 60er Jahren mit ihrer oft holzschnittartigen Kritik an »Formaldemokraten« sowie an deren mangelndem politischen Bewußtsein und Engagement überzogen und erscheinen kaum noch diskussionswürdig. Diese Studien gingen unreflektiert davon aus, daß ein Staatsbürger ein möglichst differenziertes Bild von Staat und Gesellschaft besitzen sollte und überschätzten die Bedeutung von Politik im Alltag der meisten Menschen. In den 60er Jahren führten solche Problemaufrisse des staatsbürgerkundlichen Unterricht allerdings zu lebhaften Debatten.¹⁰⁵ Bei der rückblickenden Beurteilung dieser kritischen Bestandsaufnahmen sollte bedacht werden, daß erst die in den

99 Ebd., S. 147.

100 Ebd., S. 161. Vgl. zu Schulbüchern Arno Klönne u. Armin Tschöepe, Sozialkundliche Unterrichtsbücher. Ein Bericht, in: *Soziale Welt* 15 (1964), S. 344–357; sowie Arnold Sywottek, *Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise. Ein Überblick über die Diskussion um Theorie und Didaktik der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland 1969–1973*, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 113.

101 Becker u. a. (wie Anm. 96), S. 87.

102 Ebd., S. 104.

103 Manfred Teschner, *Politik und Gesellschaft im Unterricht. Eine soziologische Analyse der politischen Bildung an hessischen Gymnasien*, Frankfurt a. M. 1968, S. 151 f.

104 Becker u. a. (wie Anm. 96), S. 17.

105 Vgl. Walter Gagel, *Politisches Bewußtsein bei Schülern und Lehrern. Zu einer soziologischen Analyse des Sozialkundeunterrichts*, in: *Gegenwartskunde* 16 (1967), S. 219–225.

80er Jahren erschienenen Studien zur Arbeitergeschichte, vor allem die unter Leitung von Lutz Niethammer durchgeführten Oral History Untersuchungen, nachdrücklich die Bedeutung von formaler Politik im Alltagsleben vieler Arbeiter relativiert und auf die »geringe Tiefenwirkung politischer Orientierungen« verwiesen haben.¹⁰⁶

In der oben skizzierten Kontroverse mit den Schutzpolizeibeamten Quittnat und Saupe verlied der Hamburger Polizeipräsident Dr. Jürgen Frenzel im Jahre 1968 zwar der Hoffnung Ausdruck, daß die von ihnen verfochtenen »Lesebuchsätze in unseren Polizeischulen nicht mehr verbreitet werden«.¹⁰⁷ Die Erfahrungen des Hamburger Polizeipsychologen Steffen Hornthal bestätigten dies jedoch nicht. Er konstatierte drei Jahre später mit Blick auf den politischen Unterricht, die hier dominierende Institutionen- und Verfassungskunde baue gerade bei jungen Leuten »hohe Gerechtigkeitserwartungen auf, die dann bei der Prüfung der Verfassungsrealitäten enttäuscht werden und mit hoher Wahrscheinlichkeit Hilflosigkeit, Resignation und Apathie gegenüber dem politischen Geschehen auslösen«.¹⁰⁸ Demgegenüber empfahl Hornthal, im Unterricht aktuelle politische Probleme zu behandeln. Dies sollte nicht – wie unter seinen Kollegen durchaus üblich – als »Ablenkungsmanöver der Schüler« abgetan werden.¹⁰⁹ Das Interesse am aktuellem Stoff bleibe auch dann bestehen, wenn dieser in die Prüfungen mit einbezogen werde. Jedoch mußte Hornthal noch 1971 mit Blick auf die studentischen Proteste eingestehen, »wir alle sind noch etwas verunsichert«, wenn es darum ginge zu bemessen, »wieweit Unruhe gehen darf, wie man sich verhalten soll und in welchen Situationen Unruhe den polizeilichen Auftrag gefährdet«.¹¹⁰

Über den staatsbürgerkundlichen Unterricht für angehende Polizisten in der Bereitschaftspolizei vermittelt eine 1957 am Polizei-Institut in Hiltrup angefertigte wissenschaftliche Hausarbeit erste Eindrücke. Der Verfasser, Polizeihauptkommissar Fritz Rabbow, war »stark beeindruckt« durch die »immer wiederkehrende, stürmische Forderung der Beamten nach radikaler Konzentration auf die neuere und neueste Geschichte«.¹¹¹

106 »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, hrsg. von Lutz Niethammer, Bonn 1986, S. 13; vgl. als aktuelle Zusammenfassung der Debatten über die politische Didaktik der 60er Jahre Hermann Giesecke, Entstehung und Krise der Fachdidaktik Politik 1960–1976, in: *ApuZ*, B 7–8/99 vom 12.2.1999, S. 13–23.

107 Frenzel, *Nochmals* (wie Anm. 54), S. 315.

108 Hornthal (wie Anm. 95), S. 373.

109 Ebd., S. 374.

110 Ebd.

111 Franz Rabbow, *Der Widerhall des staatsbürgerkundlichen Unterrichts bei den Beamten der Bereitschaftspolizei und die Lehren, die sich daraus für die künftige Unterrichtsgestaltung ergeben*, Wissenschaftliche Hausarbeit Hiltrup 1957, MS., S. 44.

Anscheinend hatte der Ende 1955 auf bundesministerieller Ebene gefaßte Beschluß, den Kampf gegen den Kommunismus zu intensivieren, in der politischen Bildung der Polizei sein Ziel noch nicht erreicht.¹¹² Denn Rabbow fragte sich, ob Kommunismus, SBZ und marxistische Theorien »tatsächlich in dem Ausmaß zu kurz gekommen sind, wie es die Aussagen der Beamten vermuten lassen«.¹¹³ Darüber hinaus fand Rabbow einen »Widerwillen der Beamten gegen das Lernen von »Zahlen, Schlachten, Kaisern und Königen« und gestand zu, hier seien seitens der Lehrenden »bestimmte Fehler gemacht worden«.¹¹⁴ Viele Beamten argwöhnten denn auch, die Lehrerschaft »drücke sich vor der Behandlung der jüngsten Geschichte, weil in ihr auch über die Hitlerzeit gesprochen werden muß«. Rabbow sah oft sogar »eine spöttische Bitterkeit, die einen ganz eindeutigen Prestigeverlust« für die Lehrer bedeute und für die Polizei »alles andere als schmeichelhaft« sei.¹¹⁵ Die Zeitgeschichte gehörte im Staatsbürgerkundeunterricht der Polizei anscheinend auch zu den »deutliche[n] Tabus«, wie sie Thomas Ellwein 1960 für Volksschulen beschrieb.¹¹⁶

Statt dessen wichen Lehrer auf andere Themen aus. Hoch im Kurs stand z. B. die »Entstehung eines Gesetzes«. Auf Nachfrage betonten Bereitschaftspolizisten jedoch immer wieder, »wie langweilig, unausstehlich und schwer verständlich« dieses Thema gewesen sei.¹¹⁷ Auch eine abstrakte »Artikelreiterei« war nicht selten zu finden. Rabbow mahnte, es sei besser, nur einen kurzen Überblick zu geben, um das Grundgesetz für die Beamten nicht zum »Alpdruck« werden zu lassen.¹¹⁸ Auch wirke das häufige Monologisieren »auf Dauer einschläfernd«.¹¹⁹ Obwohl der Erfolg des Staatsbürgerkundeunterrichts sehr vom Engagement und von der Kreativität der Lehrer abhing, dies betonte auch das Team des Frankfurter Instituts für Sozialforschung um Egon Becker,¹²⁰ wurden Unterrichts-Diskussionen selten anberaunt. Insgesamt war es für Rabbow »bitter nötig«¹²¹, den Unterricht über das Grundgesetz und auch den staatsbürgerkundlichen Unterricht interessanter zu gestalten. Letzterer

112 Detlef Siegfried, *Stalin und Elvis. Antikommunismus zwischen Erfahrung, Ideologie und Eigensinn* (im Erscheinen).

113 Rabbow (wie Anm. 111), S. 46.

114 Ebd., S. 47.

115 Ebd.

116 Thomas Ellwein, *Was geschieht in der Volksschule? Ein Bericht*, Berlin/Bielefeld 1960, S. 142.

117 Rabbow (wie Anm. 111), S. 48; vgl. auch ebd., S. 27 f.

118 Ebd., S. 48.

119 Ebd., S. 49.

120 Vgl. ebd., S. 30; sowie Becker u. a., *Anpassung* (wie Anm. 96), S. 46.

121 Rabbow (wie Anm. 111), S. 54.

müsse weit stärker dem Leitsatz folgen: ›nicht so trocken, nicht so diktatorisch.¹²² Die ideologischen Grenzen von Rabbows Bestandsaufnahme werden im Schlußteil der Studie deutlich. Hier warnte er, viele Bereitschaftspolizisten nähmen die politische Freiheit »als Geschenk entgegen, ohne sich darüber klar zu sein, daß Freiheit verpflichtet«. Denn, so mahnte er, wir leben in einer Republik, »an deren Grenze der Kommunismus als permanente Bedrohung steht«.¹²³

Wie erwähnt, kamen Veränderungen im staatsbürgerkundlichen Unterricht der Polizei bis zum Ende der 60er Jahre kaum voran. So berichteten Bereitschaftspolizisten 1960, sie hätten die Vermittlung des Lehrstoffes an der Polizeischule als zu »schematisch empfunden«¹²⁴, und noch 1969 kritisierte Fritz Stiebitz vom Hiltruper Polizei-Institut in der Zeitschrift »Deutsche Polizei«, dem Presseorgan der Gewerkschaft der Polizei, im Staatsbürgerkundeunterricht sei immer noch ein »Vorherrschen der Institutionenkunde festzustellen«.¹²⁵ Bereits 1960 hatte er mit Blick auf den während der Weimarer Republik erteilten Staatsbürgerkundeunterricht festgestellt, dieser sei »an Öde und Langeweile zugrunde gegangen«¹²⁶.

IV. Massen in Aktion: Polizisten und Großdemonstrationen

Die Gesellschaft oder »das Volk« trat den Schutzpolizisten in den späten 60er Jahren sehr häufig nicht nur in Gestalt einzelner Menschen gegenüber, sondern als Menschenmassen z. B. bei großen Sportveranstaltungen wie Fußballspielen, bei Rockmusik-Konzerten und besonders bei studentischen Demonstrationen. Fast 73 Prozent der im Mai 1968 – also nach den Osterunruhen – befragten Frankfurter Polizisten stimmten der Behauptung zu: ›Demonstrationen bleiben wirkungslos, wenn sie in ruhiger Ordnung durch verkehrsarme Straßen ziehen und mit ein paar Reden enden, bei denen außer den Mitmarschierenden doch keiner zuhört«. Die nicht weniger suggestive Behauptung ›Es wird höchste Zeit, daß wir endlich mit den randalierenden Studenten aufräumen, notfalls mit Gewalt. Sonst geht bald alles drunter und drüber«, lehnte über die Hälfte der Befragten ab. Zusammenfassend resümierte Lieselotte Hinz die Ergebnisse

122 Ebd., S. 52.

123 Ebd., S. 55 (beide Zitate).

124 Schmitz (wie Anm. 94), S. 36.

125 Fritz Stiebitz, Immerwährende Reform. Zur Situation im Ausbildungs- und Bildungswesen, in: Deutsche Polizei (1969), S. 155–156, hier: S. 156.

126 Stiebitz, Zwölf Jahre (wie Anm. 92), S. 240.

ihrer Fragen zum Thema Demonstrationen, vielen Frankfurter Polizisten sei bei Demonstrationseinsätzen »höchst unbehaglich zumute«. ¹²⁷

Dieses Unbehagen wurde sicherlich durch viele Faktoren verursacht. ¹²⁸ Hierzu dürfte auch das polizeiliche Konzept für den Umgang mit Menschenmassen gezählt haben. Die »akute Masse« blieb in der Polizeiausbildung von der Weimarer Republik bis in die frühen 70er Jahre hinein das Stereotyp für große Menschenansammlungen, die zum polizeilichen Eingreifen Anlaß boten. ¹²⁹ Dieses von Gustave LeBons Massenpsychologie bestimmte Stereotyp spielte in den polizeilichen Analysen von Massenergebnissen wie den »Beat-Krawallen« von 1965/66, aber auch der studentischen Proteste immer noch eine wichtige Rolle. ¹³⁰ Für die Menschen einer solchen »akuten Masse« galt: »Die bewußte Persönlichkeit schwindet, weil die Einordnung in die Masse die Persönlichkeit mit einem Schlage wandelt: Die Gefühle und Gedanken aller Einheiten sind nach derselben Richtung orientiert. Damit bildet sich eine ›Kollektivseele‹ [...], gewissermaßen ein einziges Wesen«. ¹³¹ Diese Vorgänge waren in polizeilicher Sicht nicht auf Jugendliche und Musikfans beschränkt, sondern konnten auch entstehen bei so unterschiedlichen Anlässen wie Naturkatastrophen, Verkehrsunfällen, Sportveranstaltungen, aber auch bei politischen Demonstrationen. ¹³² Insgesamt stellte die Polizei für das Verhalten solcher Gruppen den Leitsatz auf: Je homogener und größer die Menschenmenge war und »leidenschaftserregender [...] der Grund ist, der eine Menge zusammenführt«, desto rascher vollziehe sich »nach dem Gesetz der seelischen Infektion« ¹³³ die Entstehung einer akuten Masse. Darüber hinaus seien alle Wahrnehmungen vermassender Menschen getrübt, diese Menschen könnten ihre Gefühle kaum noch kontrollieren, seien anfällig für Affekthandlungen und folgten einem »Leithammel«. ¹³⁴

Möglichkeiten des Umgangs mit solchen Massen sahen führende Poli-

127 Hinz, Beamten (wie Anm. 91), S. 9; vgl. auch Walter Schuster, Die Polizei in den Augen der anderen, in: Die Polizei 61 (1970), S. 148–150, hier: S. 149.

128 Vgl. ausführlicher Weinbauer, Innere Unruhe (wie Anm. 32).

129 Vgl. dazu Marie-Luise Ehls: Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik, Berlin/New York 1997, S. 425–429.

130 Für die 50er Jahre werden Diskurse zu »Massen« analysiert von Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 342–350.

131 Johannes Pächer, Massendelikte und Massenpsychologie aus der Sicht des Polizeiführers, in: Deutsche Polizei (1956), S. 254–256, hier: S. 254.

132 Helmut Reininghaus u. Fritz Stiebitz, Inhalt und Methodik der Ausbildung vor dem Einsatz gegen »Akute Massen«, in: Die Polizeiliche Lage. Beilage zur Zeitschrift Die Polizei (1968), Nr. 1, S. 41–44, hier: S. 42.

133 A. Schwarz, Die Psychologie der Masse, in: Deutsche Polizei (1957), S. 153–156, hier: S. 153.

134 Vgl. Reininghaus/Stiebitz, Methodik (wie Anm. 132), S. 42.

zeibeamte darin, der Masse entweder mit Humor entgegenzutreten oder sie abzulenken.¹³⁵ Die Polizisten sollten der Masse nicht nur durch sicheres Auftreten, sondern auch durch körperliche Disziplin imponieren.¹³⁶ Zudem gingen Polizeiführer davon aus, durch intensive Überwachung und eine »Demonstration staatlicher Machtmittel« eine Vermassung verhindern zu können. Hier galt Ende der 60er Jahre noch, was 1956/57 formuliert worden war: »Je früher sich die Polizei einschaltet, um so besser hat sie die Masse in der Hand«. Bei bereits eingetretener Vermassung müsse »auf jeden Fall der Führer und sein Anhang von der Masse getrennt werden«.¹³⁷ Dabei seien »logische Begründungen [...] zwecklos [...], weil sie von der Masse doch nicht verstanden werden und nur zu unnötigen und zeitraubenden Erörterungen führen«¹³⁸. Der Weg in die Konfrontation erschien als einziger Ausweg.

Gegen eine solche Sicht gab es bis 1968 kaum Gegenstimmen. Einige wenige, unter ihnen der Münchener Polizeipräsident Schreiber, hatten jedoch erkannt, daß Großeinsätze die Polizei »im nachhinein immer ins Unrecht« setzten¹³⁹ und zudem »prärevolutionäre Zustände«¹⁴⁰ auslösen könnten. Er plädierte dafür, Demonstrationen mit beweglichen, kleineren Polizeieinheiten zu begegnen.¹⁴¹ Andere, wie der Münchener Polizeipsychologe Dr. Rolf Umbach, kritisierten seit etwa Mitte der 60er Jahre das Stereotyp »akute Masse«, das besonders Beamten des Gehobenen Diensts intensiv vermittelt wurde. Er betonte, »dieses reißende Untier, dieses hirn- und steuerlose Wesen« der akuten Masse gebe es nicht. Vielmehr zerfiele eine solche Masse in viele kleinere Gruppen. Die »tausendköpfige, johlende, buhrende und pfeifende Menge« sehe nur so aus, »als sei sie zum Äußersten entschlossen«; oftmals gelte dies jedoch nur für einzelne. Umbach gestand ein, bei der Beurteilung solcher Vorgänge sei es »in der Vergangenheit sicherlich zu manchen Fehleinschätzungen« gekommen.¹⁴²

Umbach sah seine Auffassung vor allem deshalb bestätigt, weil die Berichte vieler Beamter, die gegen Menschenmengen eingesetzt waren, immer wieder von Formulierungen bestimmt seien, die »die akute Masse als

135 Friedrich Quentin u. Fritz Stiebitz, Polizei und akute Masse, in: Die Polizei 46 (1955), Sonderbeilage, S. 1–4, hier: S. 2.

136 Reininghaus/Stiebitz (wie Anm. 129), S. 43.

137 Schwarz (wie Anm. 133), S. 155.

138 Pächer (wie Anm. 131), S. 256.

139 Manfred Schreiber, Polizeivollzugsdienst in einer Großstadt der Zukunft, in: Die Polizei 58 (1967), S. 329–331, hier: S. 329.

140 Schreiber, Freiheit (wie Anm. 60), S. 347.

141 Schreiber, Polizeivollzugsdienst (wie Anm. 139), S. 329.

142 Vgl. Rolf Umbach, Moderne Polizeiausbildung, in: Presse und Polizei. Ein viertes Gespräch am 12. und 13. Juni 1967 mit der Gewerkschaft der Polizei auf dem Motorschiff »Wiesbaden«, hrsg. von der Gewerkschaft der Polizei, (o. O. o. J.) S. 10–17, hier: S. 14.

einen einzigen, johlenden pfeifenden und aufs äußerste aggressiv gestimmten Störer« beschrieben.¹⁴³ So fand sich z. B. in den schriftlichen Berichten der Beamten, die im April 1968 bei einer Räumung vor dem Hamburger Polizeipräsidium eingesetzt waren, häufig Elemente des Stereotyps der »akuten Masse«. Die dort versammelte Menschenmenge »tobte und schrie wie besessen«, »wie von Sinnen«, notierten diese Polizisten später.¹⁴⁴

Aber auch die von Umbach favorisierte gruppenspezifisch modernisierte Version des Stereotyps »akute Masse« bot keine Ansätze, um die sozialen Prozesse zu erkennen, die bei der Interaktion zwischen Polizei und Demonstranten abliefen. Vielmehr betonte Umbach, diejenigen Aktivisten, die »zum Messer greifen oder zu sonstigen Übergriffen neigen«, besäßen eine »gewisse Veranlagung« dazu. Auch konnten ihm zufolge die Beweggründe der Demonstrierenden mit diesem Stereotyp nicht zutreffend entschlüsselt werden, denn die aktiven Gruppen ließen angeblich nur ihren »Aggressionen freien Lauf«.¹⁴⁵

Der Jurist Erhard Denninger betonte 1969 wohl nicht ganz zu Unrecht, solange das polizeiliche Handeln von biologischen Kategorien sowie von »Gemeinwohlmythologemen« bestimmt werde, würde die Polizei u. a. beim Einschreiten gegen Demonstrationen das »rechte Augenmaß [...] vermissen lassen«.¹⁴⁶ Darüber hinaus wurden die polizeilichen Wahrnehmungen bei solchen Einsätzen durch den Mythos von der »akuten Masse« mitbeeinflusst. In solchen Massen lauerte letztlich ein bedrohliches Potential: der politische Radikalismus. In den Augen von Fritz Stiebitz erstrebten »staatsfeindliche Elemente [...] zunächst die Vermassung der zu Verführenden«.¹⁴⁷ In einer im Jahre 1960 am Polizei-Institut in Hiltrup angefertigten Wissenschaftlichen Hausarbeit benannte Polizeihauptkommissar Robert Pulver die politische Bedrohung noch drastischer. Er sah, daß die »politische Katastrophe in der Gestaltung des Kommunismus überall und immer den Weg unseres Massenwahns begleitet; denn die Vorstufe zum Kommunismus ist und bleibt das Kollektiv«.¹⁴⁸

143 Rolf Umbach, *Das Bild von der akuten Masse*, in: *Die Polizei* 56 (1965), S. 109–112, hier: S. 110.

144 *Berichte aus der Hundertschaft Holst vom 29.4.1968*, Staatsarchiv Hamburg, Behörde für Inneres, 1030.

145 Umbach, *Polizeiausbildung* (wie Anm. 142), S. 14.

146 Denninger (wie Anm. 44), S. 20.

147 Stiebitz, *Reform* (wie Anm. 125).

148 Robert Pulver, *Polizei und akute Masse*. Wissenschaftliche Hausarbeit Hiltrup 1960, MS, S. 36.

V. Fazit

Im Hinblick darauf, daß die Polizei recht frühzeitig die Möglichkeiten hatte, sich mit den herannahenden Veränderungen der 60er Jahre auseinanderzusetzen, mögen die hier dokumentierten Auffassungen antiquiert wirken. Das Zusammenwirken von obrigkeitsstaatlich-hierarchischem Staatsverständnis, organologisch-biologischem oder zumindest gemeinschafts- und harmonieorientiertem Gesellschaftsbild und abschottendem Korpsgeist der dienstlichen Gemeinschaft dürften jedoch wichtige Komponenten gewesen sein, die es der Polizei erschwerten, Veränderungen in Gesellschaft und Staat wahrzunehmen und sich ihnen zu öffnen. Darüber hinaus orientierte sie sich am Bild einer statischen Gesellschaft, in der sich alle um Integration und Anpassung zu bemühen hatten. Hinzu kam eine durch das Stereotyp »akute Masse« zusätzlich verzerrte Wahrnehmung von (protestierenden) Menschenmengen, die ihren Interessen durch kollektive Aktionen Nachdruck verleihen wollten. Unter diesen Voraussetzungen konnte es Polizeibeamten nun tatsächlich so erscheinen, als ob der Fortbestand der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung – vor allem in den Jahren 1967/68 – ernsthaft gefährdet war.

Die Protestwelle dieser Jahre markiert auch die Grenzen einer Orientierung an Weimarer Polizeitraditionen, die von der westdeutschen Polizei nach dem Ende der NS-Herrschaft lange hochgehalten wurden.¹⁴⁹ Einerseits hatte sich die von dort stark geprägte konfrontative polizeiliche Einsatztaktik (das »Bürgerkriegsmodell«¹⁵⁰) als kontraproduktiv erwiesen und bei Großdemonstrationen eher eskalierend als deeskalierend gewirkt. Andererseits hatte nun auch das in der Weimarer Polizeitradition konservierte Gesellschaftsbild und Staatsverständnis an Erklärungskraft eingebüßt; beide waren für die Analyse gesellschaftspolitischer Vorgänge der 60er Jahre mit zahlreichen Unzulänglichkeiten behaftet. Abschließend stellt sich jedoch die Frage, ob es diese Haltung, also das nebulöse Bild von der Demokratie als Staatsform und als Gesellschaftsmodell, nicht nur Polizisten, sondern auch anderen Bürgerinnen und Bürgern lange Jahre ermöglicht hat, das politische System der Bundesrepublik zu akzeptieren. Auch wenn die gleichzeitige starre Fixierung auf Ruhe und Ordnung mit einer demokratischen Gesellschaft nicht in Übereinstimmung zu bringen war, blieb diese spannungsreiche Gleichzeitigkeit im Hinblick auf die Polizei so lange unproblematisch, wie die gesellschaftliche Entwicklung in ihren Augen ohne bedrohliche Unruhen verlief. Anscheinend konnten weder die randalierenden jugendlichen Halbstarken (1956/58) noch die Rockmusikfans der Jahre 1965/66 diesen Eindruck beseitigen.

149 Vgl. Werkentin (wie Anm. 11).

150 Goeschel (wie Anm. 11), bes. S. 47 f.

Dies änderte sich jedoch durch die Studentenproteste, die als politische Bedrohung empfunden wurden. Diese angespannte und polarisierte innenpolitische Situation verlangte eindeutige Entscheidungen. Für diejenigen Polizisten, die gegen studentische Proteste eingesetzt wurden, war es kaum möglich, sich politisch indifferent zu verhalten. Zum einen traten jetzt das autoritäre Staatsverständnis und ihr organologisches Gesellschaftsbild sowie deren begrenzte soziale und politische Erklärungskraft offen zutage. Zum anderen zeigten sich nun auch die eskalationsfördernden Konsequenzen einer starren Orientierung an obrigkeitsstaatlich geprägten Normen und Wertmustern (wie Ruhe und Ordnung). Auch diese beiden von der Forschung bislang unbeachteten Faktoren mögen dazu beigetragen haben, daß die Suche nach Reformen der Polizei intensiviert wurde. Wie der Blick auf die Polizeipräsidenten nahelegt, beschritten oft jüngere Politiker in jenen Jahren eher als Polizisten neue Wege und öffneten sich den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Problemen.

Karsten Rudolph

Die 60er Jahre – das Jahrzehnt der Volksparteien?

Aus der Perspektive der Geschichtsschreibung über das Deutsche Kaiserreich und die Weimarer Republik müssen die 60er Jahre der Bundesrepublik als das Jahrzehnt gelten, in dem die politischen Parteien endlich zu dem wurden, was sie zuvor nicht werden durften, werden konnten oder werden wollten, nämlich zu Volksparteien, die die Ausübung staatlicher Macht im allgemeinen Interesse und im Namen des Gemeinwohls mit Verve anstrebten und die Übernahme der politischen Verantwortung in keiner noch so schwierigen Lage scheuten.¹ Endlich stoßen wir auf Parteien, die sich nicht länger an »der überkommenen Gewaltenteilungsdoktrin« orientierten und »sich vor allem zur Kontrolle der Regierung berufen« fühlten, sondern die die Regierung mit Hilfe ihrer jeweiligen Parlamentsmehrheit gegen jeden Anwurf in Schutz nahmen und vor allem danach strebten, sie, wenn irgend möglich, bis zur nächsten turnusgemäßen Wahl im Amt zu halten. Vorbei war somit die Zeit der Weimarer Grotesken, als Fraktionen gegen Vorlagen von Regierungen stimmten, in denen Mitglieder der eigenen Partei saßen. Vorbei war es mit der Zersplitterung des Parteienwesens und dem chronischen Unvermögen, regierungsfähige Mehrheiten zu bilden. Und es klappte auch die »Zusammenarbeit der systemloyalen Parteien«, und das in jeder denkbaren Kombination: Zwischen 1957 und 1961 besaßen die Unionsparteien die absolute Mehrheit, wengleich sie die FDP und einen Teil der Deutschen

¹ Für Hinweise und eine kritische Durchsicht des Manuskripts dieses Essays danke ich Dr. Josef Boyer, der das Projekt »Mitgliedschaften und soziale Strukturen der Parteien des linken Spektrums in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik 1945 bis 1990« am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum leitet.

Partei (DP) mit der Aufnahme in die Regierung weiterhin an sich banden, von 1961 bis 1966 hielt sich die bürgerliche Koalitionsregierung an der Macht, 1966 kam die Große Koalition aus Union und SPD zustande, die bis 1969 regierte und dann durch eine kleine Koalition aus SPD und FDP abgelöst wurde.² Die politischen Institutionen der Parteiendemokratie erwiesen sich überraschend als derart stabil, daß manche Zeitgenossen bereits vor einer Versäulung des politischen Systems eindringlich warnten.

Aus heutiger Sicht, nach den 70er Jahren der sozialliberalen Koalition und einer noch länger währenden konservativ-liberalen Periode, erscheinen die 60er Jahre geradezu als ein politisch aufgewühltes Dezennium, in dem nicht nur die parteipolitischen Konstellationen und Kanzler alle drei Jahre wechselten, sondern auch die politische Kultur einem fundamentalen Wandlungsprozeß unterlag. Entgegen deutscher Tradition standen die demokratischen Parteien zudem im Zenit ihres Ansehens. Die Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts hatte die Parteien theoretisch aus dem Staat ausgegliedert. Nach Hegel war der Staat die Verwirklichung der sittlichen Idee, verkörpert durch den Monarchen, der die Sphäre des Allgemeinen repräsentierte, während die Parteien auf die Sphäre des Besonderen verwiesen wurden. Das politische System des Kaiserreichs hatte die Parteien möglichst weit von den Staatsgeschäften ferngehalten. »Die politischen Parteien«, so rasonierte Bismarck 1884 vor dem Reichstag, »sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.«³ Diese obrigkeitstaatliche Disposition reichte bis tief in die Weimarer Republik hinein und fand über die Berufung von »Fachministern«, die Wahl parteiloser Regierungschefs und die Installation von Beamtenkabinetten im System der Präsidialkabinette beredten Ausdruck.⁴

Aber die Parteien stellten ihren schlechten Ruf anscheinend auch noch selbst ständig unter Beweis. Die »Betonung der weltanschaulichen Basisierung und die Zuordnung der sozialen Klassenbindungen« – so beschied Sigmund Neumann – segmentiere das deutsche Parteiensystem, verhindere den Bezug auf das Ganze und münde geradewegs in die »Krise der Demokratie«. ⁵ Dem durch Neumanns Studie über die deutschen

2 Die Zitate aus: Eckhard Jesse, Parteien in Deutschland. Ein Abriss der historischen Entwicklung, in: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Alf Mintzel u. Heinrich Oberreuter: Opladen 1992, S. 41–88, hier: S. 41 ff.

3 Heinrich Oberreuter, Politische Parteien: Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: Parteien in Deutschland (wie Anm. 2), S. 15–40, hier: S. 15 ff.

4 Vgl. Hans Boldt, Die Stellung von Parlament und Parteien in der Weimarer Reichsverfassung. Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit, in: Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, hrsg. von Eberhard Kolb u. Walter Mühlhausen, München 1997, S. 19–58.

5 Sigmund Neumann, Zum Studium des modernen Parteiwesens, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundes-

politischen Parteien von 1932 über die Maßen geprägten *common sense* widersetzt sich allein der Göttinger Politologe Franz Walter mit dem naheliegenden Argument, daß es doch eben die »Milieu- und Weltanschauungsparteien«, also die SPD und das Zentrum, gewesen seien, die »den antidemokratischen Herausforderungen jener Jahrzehnte« widerstanden und die Weimarer Demokratie durch ihre Koalitionsbereitschaft und Integrationsleistung entscheidend stabilisiert hätten.⁶ Das Gros der Historiker und politischen Publizisten beharrt jedoch darauf, den Weimarer Parteien pauschal eine desintegrierende und kooperationshemmende Wirkung anzulasten und stellt – wie schon die zeitgenössischen rechten Kritiker der agrarischen und bürgerlichen Honoratiorenparteien – die Kategorie der Volkspartei gegen das Konzept der Klassen- und Konfessionspartei.⁷ Unfähig zum »konstruktiven Kompromiß«, hatten sie am Untergang der Weimarer Republik »einen wesentlichen Anteil«, schreibt etwa Volker Ullrich.⁸ Vor dieser Folie müssen die 60er Jahre einfach als das goldene Jahrzehnt der Parteien erscheinen.

Die gegenwärtige politikwissenschaftliche Parteienkritik⁹, die den Volksparteien überwiegend schon die Nachrufe geschrieben hat, verstärkt eine historiographische Perspektive noch, die in einer Kritik der Weimarer Parteiendemokratie ihre Maßstäbe findet, bei der die Abwanderung der bürgerlichen Mitte nach rechts, die demokratiefeindliche Haltung der Funktionseliten und die radikale Interessenpolitik der wirtschaftlichen Verbände immer noch weitgehend ausgeklammert wird. Nackte Zahlen sollen den Trend weg von den 60er Jahren belegen: Konzentrierten CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl von 1998 rund 78 Prozent der ab-

tagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. XVIIIff. und ders., Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932, S. 96.

6 Vgl. am prägnantesten: Franz Walter, Parteipolitik und Milieubindung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42 (1997), S. 964–969, hier: S. 965.

7 Detlef Lehnert, Zur historischen Soziographie der »Volkspartei«. Wählerstruktur und Regionalisierung im deutschen Parteiensystem seit der Reichsgründung, in: AfS 29 (1989), S. 1–33, hier: S. 2. Paradigmatisch für diesen Versuch: Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1985, S. 434 ff.

8 Oberreuter, Politische Parteien (wie Anm. 3), S. 19; Volker Ullrich, Das Weimar Syndrom, in: Die Zeit, Nr. 28 vom 9.7.1993.

9 Vgl. aus der Fülle an Literatur: Rudolf Wildenmann, Volksparteien: Ratlose Riesen?, Baden-Baden 1989; Elmar Wiesendahl, Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, in: APuZ, B 34–35/92 vom 14.8.1992, S. 3–14; verhaltener inzwischen: Stefan Immerfall, Strukturwandel und Strukturschwächen der deutschen Mitgliederparteien, in: APuZ, B 1–2/98 vom 1.1.1998, S. 3–12. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Peter Lösche, Parteienstaat Bonn – Parteienstaat Weimar? Über die Rolle von Parteien in der parlamentarischen Demokratie, in: Demokratie in der Krise (wie Anm. 4), S. 141–164.

gegebenen Stimmen auf sich, bei den letzten Landtagswahlen gar weniger als drei Viertel aller Stimmen, so konnten sie in den 60er und 70er Jahren mit Zuwächsen über der 80-Prozent-Grenze rechnen. Gleiches gilt für die Wahlbeteiligung: Seit Beginn der 80er Jahre ließ sie rapide nach, bis zu Beginn der 70er Jahre stieg sie hingegen von bereits hohem Niveau auf über 90 Prozent an.¹⁰ Umgerechnet auf die Verteilung der Stimmen der Wahlberechtigten fällt die schwindende Bindungskraft der Volksparteien besonders ins Auge. Bei der Bundestagswahl von 1980 erhielten CDU/CSU und SPD noch 76,7 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten, 1990 nicht einmal mehr 60 Prozent.¹¹

Die Mitgliederentwicklung spricht dieselbe Sprache: Seit 15 Jahren verlieren CDU und SPD an Mitgliedern, während vor dreißig Jahren mancher Partei-Fuhrmann wegen des gleichsam über Nacht angespülten Treibsands neuer Mitglieder die Nase rümpfte. Angesichts solchen Zahlenmaterials mag die Frage nahe liegen, ob die Volksparteien denn noch Volksparteien sind. Für die 60er Jahre hingegen scheint sie sich geradezu zu erübrigen. Gelegentliche Hinweise darauf, daß sich von der Höhe der Wahlbeteiligung und Mitgliederzahlen nicht ohne weiteres auf die Stabilität des Parteiensystems, die Qualität von politischen Entscheidungsprozessen und den allgemeinen Stand der Demokratie oder einen Zustand der »Politikverdrossenheit« schließen läßt, nehmen sich dagegen geradezu ketzerisch aus.¹²

In den 60er Jahren fanden solche Einlassungen massive Unterstützung, und schon dieser Umstand baut einer Art von Heldengeschichtsschreibung vor, bei der es nur noch darum geht, die Politik von erfolgsverwöhnten Großparteien und einer lebendigen liberalen Funktions- und Richtungspartei – sprich: CDU/CSU, SPD und FDP – möglichst präzise nachzuzeichnen oder die anonyme Masse der Parteimitglieder wenigstens sozialstrukturell zu ermitteln oder auftreibendes Parteileben und großes politisches Engagement von der Anti-Atom-Bewegung zur Außerparlamentarischen Opposition zu beschreiben.

Unsere *tour d'horizont* bliebe aber unvollständig, wenn nicht die zeitgenössische Parteikritik und die Haltung der zeitgenössischen Intellektuellen zu den Parteien wenigstens angeschnitten würde. Nun mag es Parteivergötzung und Parteiverteufelung geben, seit es Intellektuelle gibt.¹³

10 Vgl. die Tabelle 1 bei Elmar Wiesendahl, *Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?*, in: Wiesendahl, *Volksparteien* (wie Anm. 9), S. 15.

11 Es muß offenbleiben, ob die Bundestagswahl 1998 eine Trendwende eingeleitet hat.

12 Siehe Christof Ehrhardt u. Eberhard Sandschneider, *Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation*, in: *ZParl 1* (1994), S. 441–458.

13 Erwin Faul, *Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens*, in: *PVS 5* (1964), S. 60ff.; Richard Stöss, *Partei-*

Doch es begegnet einerseits kaum ein Jahrzehnt in der deutschen Geschichte, in dem Intellektuelle in einem solchen Ausmaß für eine demokratische Partei Partei ergriffen und andererseits gleichzeitig in ihrer Parteikritik die Meßlatte für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit und Legitimation von Parteien derart hoch zulegen vermochten, daß es uns an den aktuellen Zuständen gemessen völlig überzogen, wenn nicht schon unverständlich erscheint.

In den 60er Jahren war Parteikritik Kritik am Konzept der Volkspartei. Aus einer liberal-konservativen Position heraus, die in der Tradition Ostrogorskis stand,¹⁴ wurde vor allem die Ablösung des bürgerlichen Parlamentarismus und des Repräsentationsprinzips durch den modernen Parteienstaat thematisiert. An die Stelle der freien parlamentarischen Willensbildung – so die keineswegs originelle Klage – sei die Zentralisierung politischer Entscheidungen in den Massenparteien getreten, die ihre Abgeordneten wie Stimmvieh dirigierten.¹⁵

Von links knüpfte man an Robert Michels Kritik des Parteiwesens an.¹⁶ In Wolfgang Abendroth fand das Volkspartei-Konzept einen seiner schärfsten Kritiker. Er argumentierte, daß das Grundgesetz vom Gegensatz der Parteien ausgehe,¹⁷ diese jedoch nicht mehr zu unterscheiden seien, da sie auf inhaltliche Aussagen weitgehend verzichten würden. Die oligarchisch entarteten Volksparteien seien »in eine Art Verkaufskonzern von Führer-Images zwecks Erwerbs von Wählerstimmen umgewandelt worden«¹⁸; sie hätten das demokratische Moment in ihrer internen Willensbildung radikal zurückgeschnitten und würden durch die Entpolitisierung der Anhänger und Wähler eine allgemeine »Entdemokratisierung der Gesellschaft« bewirken.¹⁹ Jürgen Habermas sah die Parteien durch

kritik und Parteiverdrossenheit, in: APuZ, B 21/90 vom 18.5.1990, S. 15–24, insbesondere S. 17 ff.

14 Moisei Ostrogorski, *Democracy and the Organization of Political Parties*, 2 Bde., New York/London 1922.

15 Vgl. Gerhard Leibholz, *Der Strukturwandel der modernen Demokratie*, Karlsruhe 1952 und Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteidemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie*, in: *Parteisystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Jürgen Dittberner u. Rolf Ebbighausen, Opladen 1973, S. 27.

16 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, hrsg. von W. Conze, Stuttgart 1957.

17 Wolfgang Abendroth, *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme*, Pfullingen 1966, S. 77.

18 Wolfgang Abendroth, *Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie*, in: *PVS 5* (1964), S. 307–338, hier: S. 335.

19 Ebd. S. 330.

private Interessengruppen mediatisiert, die die politische Öffentlichkeit in ihrer Kontrollfunktion gegenüber politischen Entscheidungen sukzessive zerstören würden.²⁰ Ossip K. Flechtheim betrachtete die Volksparteien in begrifflicher Anlehnung an Max Weber als »staatsverbundene, hierarchisch-geführte Anstalten«. Ekkehart Krippendorf beschwor wegen der Asymmetrie des bundesdeutschen Parteiensystems und der perspektivlosen Anpassung der SPD an die Union nach der Bundestagswahl von 1961 und 1965 nichts weniger als das »Ende des Parteienstaates«. Michael Th. Greven griff die demokratischen Parteien als »Ordnungsfaktoren bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse« an, und Johannes Agnoli sprach von den Volksparteien als »plurale Fassung einer Einheitspartei«.²¹

Diese Kritik führte allerdings weder zu politischer Abstinenz – im Gegenteil, sie begründete außerparteiliches, politisches Engagement – noch zur Abwendung von den Parteien. Sie motivierte sogar das parteipolitische Engagement zahlreicher Intellektueller. Es hieß deshalb die politischen Zustände der Zeit gründlich zu verzeichnen, wenn nur von der schroffen Kritik an den Volksparteien und namentlich der SPD die Rede ist, die öffentliche Werbung von prominenten Bürgern für diese Partei aber unbeachtet bliebe. Die *rororo*-Anthologie »Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?«, in der Hans Magnus Enzensberger, Martin Walser, Hans Werner Richter, Peter Rühmkorf u. a. 1961 öffentlich zum Regierungswechsel aufforderten bzw. zur Wahl der SPD rieten, bildete einen zentralen Ausgangspunkt für einen ungewöhnlichen Einsatz, der im von Günter Grass initiierten »Wahlkontor deutscher Schriftsteller in Berlin«, in dem junge Schriftsteller Wahlkampfreden für SPD-Politiker im Bundestagswahlkampf von 1965 entwarfen, fortgesetzt wurde und in die von Grass, Günter Gaus, Eberhard Jäckel, Kurt Sontheimer und anderen 1968 gegründete »Sozialdemokratische Wählerinitiative« mündete, in der sich eine große Zahl von Publizisten, Hochschullehrern, Filmemachern und Literaten engagierte. Und auch der im politischen Spektrum weiter links stehende Wolfgang Abendroth fühlte sich wie viele andere der Sozialdemokratie stets verbunden, weil nur auf sie die Masse der politisch aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer »orientiert« sei.

Was die neuen Partei-Aktivistinnen mit den linken Kritikern der SPD in der Regel verband, war ein emphatischer Begriff der Politik und ein identitäres Demokratieverständnis, was eine niederschmetternde Enttäuschung über die Langsamkeit und Unzulänglichkeiten der etablierten Politik sowie die nicht gehaltenen Versprechen der Demokratie (Norberto

20 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied/Berlin 1962.

21 Zitate und Belege bei: Stöss, *Parteikritik* (wie Anm.13), S. 17.

Bobbio) geradezu provozierte und letztlich zwei Reaktionen hervorbrachte: die Relativierung oder Revision des idealistischen Konzepts ständiger Demokratisierung, Mobilisierung und Politisierung einerseits, andererseits den Versuch seiner Wiederbelebung im Namens eines politischen Moralismus, den man den neuen sozialen Bewegungen auf die Fahnen schrieb und für den zur Zeit vor allem das Stichwort Kommunitarismus steht.²²

Eine Forschung, die sich in diese Tradition stellt, würde dieselbe Form der traditionellen politikgeschichtlichen Heldengeschichtsschreibung abliefern, nur daß die Rollen vertauscht wären. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich die unermüdlichen Aktivisten der außerparlamentarischen Protestbewegung im Kampf für die Demokratisierung der Gesellschaft vorzustellen, die sich über diejenigen erheben, die in den klassischen politischen Institutionen ihren »dirty job«²³ erledigen. Ein identitäres Konzept von Demokratie als Selbstregierung, Lebensform und allseitiges Verhaltensprinzip muß indes eine kritisch-realistische Analyse von Politik und Parteien im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft verfehlen, wie überhaupt politischer Moralismus als normatives Konzept für eine kritische Gesellschaftsgeschichte nichts taugt.

Dies alles ruft nach Arbeit für die Zeitgeschichtsforschung, die hier nur angedeutet werden kann. Im Folgenden soll eine auf den ersten Blick vielleicht abstrakte, aber durchaus arbeitsfähige Definition von gesellschaftlicher Modernisierung angeboten, dann Auskunft über die wesentliche Funktion von politischen Parteien in modernen Gesellschaften gegeben werden, um anschließend die demokratischen Parteien der 60er Jahre zu historisieren und ihre widersprüchlichen Leistungen für die Fortentwicklung einer komplexen postindustriellen Gesellschaft – und somit der eigenen gesellschaftspolitischen Basis – wenigstens kursorisch anzuschneiden. Noch basaler als Lepsius, der Modernisierung als Prozeß der Differenzierung, Mobilisierung und Partizipation beschreibt,²⁴ möchte ich Modernisierung als Prozeß wachsender Komplexität definieren. Komplexität läßt sich kennzeichnen als Vorhandensein eines großen Umfangs sich verändernder und miteinander in Beziehung stehender Variablen. Instabilität

22 Vgl. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, 4., durchges. u. erw. Aufl., Frankfurt a. M. 1994. Siehe aber auch schon ders., Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: ders. u. a., Student und Politik, Neuwied 1961.

23 Ralf Zoll, Politikverständnis im Wandel. Die Abkehr der Studierenden von der Parteiendemokratie, in: APuZ, B 32/97 vom 1.8.1997, S. 27–35, hier: S. 34.

24 M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem, in: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von M. Rainer Lepsius, Göttingen 1993, S. 11–24.

und Zirkularität sind deshalb die Folgen von Komplexität. Individuen, die sich in einer komplexen Gesellschaft bewegen, die durch eine wachsende Abhängigkeit zwischen verschiedenen Subsystemen zusammengehalten wird, machen differierende und differenzierte Erfahrungen, nehmen ein Mehr an Mobilität als Chance und Belastung, als individuelle Freiheit und Entpersönlichung, als Befreiung und neue Abhängigkeit von kollektiven Regulierungsformen wahr.

Die 60er Jahre bilden nun offensichtlich eine sozialgeschichtliche Umbruchperiode, die sich deutlich von der bis in die 30er Jahre zurückreichenden Phase abhebt, unter anderem, weil sich die gesellschaftliche Modernisierung unter den Bedingungen einer demokratisch verfaßten, ökonomisch prosperierenden Industriegesellschaft merklich beschleunigte. Im Zuge dieser allgemeinen Entwicklung erfuhr auch politisches Handeln eine bemerkenswerte Steigerung an Komplexität: Es wurde plötzlich mit einer Abwanderung demokratischer Politik aus den traditionellen Institutionen, einer wachsenden Heterogenität der Wählerschaft und der von ihr nicht länger kontrollierten Macht elektronischer Bilder konfrontiert. Die politischen Parteien reagierten darauf mit einer stärkeren Berücksichtigung der expandierenden empirischen Meinungsforschung und der Inanspruchnahme externer sozialwissenschaftlicher Beratung. Vor allem aber findet politisches Handeln seit den 60er Jahren unter den Bedingungen einer bis dato unbekanntenen Beschleunigung, Relativierung und Ausweitung politischer Kommunikation statt.

Danilo Zolo hat plausibel argumentiert, daß in modernen komplexen Gesellschaften die Funktion des politischen Systems darin liegt, »die Verteilung sozialer Risiken selektiv zu regulieren und daher die Angst durch die agonistische Zuweisung von Sicherheitswerten zu mindern«.²⁵ Die Betonung der Angstminderung als Basisfunktion des politischen Systems rührt offensichtlich von einem pessimistischen Politikverständnis der 80er und 90er Jahre her. Sie unterschlägt eine nicht minder wesentliche, komplementäre Funktion: die Verteilung sozialer Chancen selektiv zu regulieren und daher Hoffnung durch agonistische Zuweisung von politischen Garantien zu verbreiten. Auf dem modernen Agon, dem Feld medienvermittelter Parteiendemokratie, wird der Kampf um Macht, um staatliche Positionen und Ressourcen mit der Minderung von Angst und Mobilisierung von Hoffnung geführt. Die Arena der Politik wäre somit nicht eine Wettkampfbahn rationalen Wettbewerbs, wie die neoklassischen Ökonomen in der Politikwissenschaft glauben machen wollen, aber auch nicht die Sphäre der Gerechtigkeit oder Heimstatt des zivilbürgerlichen Ehrenamtes. Sie wäre in der Tat die Stätte der Klugheit. Schon

25 Danilo Zolo, *Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen 1997, S. 63.

daraus folgt, daß politische Entscheidungen grundsätzlich parteiisch, partikularistisch, ja moralisch haltlos sind.²⁶ Das Spezifikum des politischen Systems liegt nun darin, die Macht zu besitzen, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen, die durch die Anwendung staatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Solange das politische System imstande ist, die gegebene ungerechte Verteilung sozialer Risiken so zu regulieren, daß sie mehrheitlich akzeptiert werden kann, etwa indem es sie als alternativlos darzustellen oder die Hoffnung auf eine alternative Risikerverteilung aufrecht zu erhalten vermag, bleibt es stabil.

Die Parteiendemokratie und die Herausbildung von Volksparteien in der Bundesrepublik bilden einen spezifischen historischen Versuch, den Prozeß wachsender gesellschaftlicher Komplexität im Übergang zur post-industriekapitalistischen Gesellschaft politisch zu bewältigen, indem eine als angemessen angesehene Regulierungsleistung – von einer überzeugenden agonistischen Prozedur begleitet – vollbracht wird. Vor dem Hintergrund entspannungspolitischer Tendenzen und unter der Bedingung unbekannter wirtschaftlicher Prosperität reduzierte das politische System Angst und begründete Hoffnungen. Dies unterschied es vom System der »Einheitspartei« in den kommunistischen Ländern Osteuropas. Die Kommunistischen Parteien waren in ihrem radikalen Reduktionismus nicht nur undemokratisch. Sie erwiesen sich auch sukzessive als ineffizient für eine kollektive Regulierung sozialer Risiken und Chancen, so daß sie letztlich zur Fessel einer sich modernisierenden Gesellschaft wurden.

Der Erfolg des Konzepts der Volkspartei besaß aber daneben eine für Deutschland spezifische historische Voraussetzung. Das Konzept bezeichnete in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts die »Parteiung der (föderalistischen) Demokratie«²⁷, die auf einem politischen Bündnis von gemäßigter Arbeiterschaft und reformbereitem Bürgertum beruhte, das das Volk gegen die Obrigkeit mobilisierte. Damit aber war es von links durchaus positiv konnotiert, auch wenn es durch die frühzeitige Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie als obsolet erschien.²⁸

26 Ebd., S. 58 f., 62 f. und 69.

27 Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie, in: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Sonderausgabe Bd. 1, hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1986, S. 122.

28 Vgl. den »klassischen«, in seinen grundsätzlichen Aussagen nicht überholten Aufsatz von Wolfgang Schieder, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1974, S. 17–34, und die ältere Studie von Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870, Leipzig 1912, wieder abgedruckt in ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969, S. 108–178.

Die nationalistische politische Rechte instrumentalisierte seit der Wilhelminischen Ära ihrerseits den Begriff, lud ihn mit anderen politischen Inhalten auf und etikettierte in der Weimarer Republik damit die bürgerlich-nationalistischen Parteien, so die Deutschnationale Volkspartei, aber auch die Deutsche Volkspartei, die sich zunächst noch den Nimbus der Fortschrittlichen Volkspartei des späten Kaiserreichs anheftete, sich aber schon bald darauf in ein konservatives Fahrwasser manövrierte und schließlich auch die Fiktion der Volksgemeinschaft gegen den ›freien Volksstaat‹ der reformistischen Arbeiterbewegung propagierte. Im Namen des Volkes und Vaterlandes sprachen in Weimar alle Parteien, und jede sah sich gewissermaßen als Volkspartei, wenngleich sie politisch ganz Unterschiedliches bezweckten.

Ein weiterer Faktor tritt hinzu: Der im internationalen Vergleich exzeptionelle Siegeszug des Konzepts der Volkspartei in der Bundesrepublik wäre ohne den wirkungsvollen nationalsozialistischen Schein der »volksgemeinschaftlichen Modernisierung«²⁹ und die Einlösung der sozialen Versprechungen des NS-Regimes durch die demokratischen Parteien unter den Bedingungen des ›Wirtschaftswunders‹ in den späten 50er und 60er Jahren schwerlich möglich gewesen. Das große Versprechen der »echten Volkspartei« – von dem etwa im »Bergheimer Memorandum« eines Kreises jüngerer westfälischer Sozialdemokraten, die nach der Wahlniederlage ihrer Partei 1953 die Überwindung des parteitypischen Traditionalismus forderten, die Rede war³⁰ – lag immer noch in der Überwindung von Klassenschranken und Schichtengrenzen – diesmal durch eine reformerische Anpassung an den sozio-ökonomischen Wandel. Vorweggenommen werden sollte diese Leistung durch die Schaffung einer Volkspartei, die den harmonischen Zusammenhang von Partei und Volk, Staat und Gesellschaft qua Konstruktion suggerierte.³¹ Außerdem antizipierte das Konzept der Volkspartei das Ende der großen ideologischen Erzählungen (Jean-Francois Lyotard), folgte den zeitgenössischen ökonomistischen, empiristischen und positivistischen Tendenzen in der Wissenschaft und bediente den vorherrschenden technokratischen Glauben in der Öffentlichkeit. Dies alles – die politisch-historische Fungibili-

29 Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität. Zur Historisierung der »Volksgemeinschaft«, in: Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, hrsg. von Karsten Rudolph u. Christl Wickert, Essen 1995, S. 240.

30 Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, hrsg. von Martin Broszat u. a., München 1988, S. 169–210, hier: S. 205–208.

31 Zum normativen Gehalt des Konzepts vgl. noch ausführlicher Hermann Kaste u. Joachim Raschke, Zur Politik der Volkspartei, in: Auf dem Weg zum Einparteienstaat, hrsg. von Wolf Dieter Narr, Opladen 1977, S. 30f.

tät und Akzeptanz der Kategorie Volkspartei und die dominierenden zeitgenössischen Strömungen – schufen die Voraussetzungen für den Erfolg des Konzepts der Volksparteien.³²

Damit ist freilich noch keineswegs geklärt, ob es denn tatsächlich umgesetzt wurde, d. h. ob es in den 60er Jahren Volksparteien gab, und das Konzept insofern als empirisch-analytische Kategorie taugt. Die neuere Parteiforschung weist seit geraumer Zeit darauf hin, daß es sich bei dem Konzept »Volkspartei« um einen durchaus problematischen »wissenschaftlichen Karrierebegriff«³³, einen Kampfbegriff in der inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzung und um einen von den Großparteien selbst gepflegten Konstruktionsmythos«³⁴ handelt. Dies führte zu verschiedenen Bemühungen alternativer analytischer Begriffsbildungen. Doch alle anderen Begriffe wie »Großpartei« (Alf Mintzel) oder »politisch-moralische Großorganisation« (Alemann/Heinze/Schmid) haben sich bis heute nicht durchsetzen können, weil sie entweder zu unpräzise definiert sind oder zu starke typologische Überzeichnungen implizieren. Dies macht es aus heuristischen Gründen vertretbar, das Konzept Volkspartei – so wie es etwa im erwähnten Bergheimer Memorandum definiert wurde – auch als analytisches Konzept vorerst beizubehalten. Was nun die Umsetzung des Konzepts in den 60er Jahren anbelangt, so reichte sie mitnichten so weit, wie ihre Kritiker und Protagonisten glauben mach(t)en. Dies zeigt schon eine knappe Betrachtung der einzelnen Parteien.

Auf der SPD lastete nach drei verlorenen Bundestagswahlen in Folge der größte Veränderungsdruck: Ihr Problem bestand aber keineswegs nur darin, über ihr traditionelles Wählerpotential, die Industriearbeiterschaft herauskommen zu müssen, um mehrheitsfähig zu werden, sie mußte es zunächst einmal ausschöpfen können. Denn die große Mehrheit der katholischen Industriearbeiter am Rhein, an der Ruhr und an der Saar hatten der SPD bei den Bundestagswahlen von 1957 und 1961 bekanntlich wieder nicht ihre Stimme gegeben. Die SPD konzentrierte ihre Anstrengungen folglich zuerst darauf, zur Integrationspartei der modernen Industriearbeiter zu werden, um sich dann den Mittelschichten weiter zu öffnen. Dies bedeutete, daß neben den katholischen Arbeitern verstärkt die mittleren Angestellten und Beamten gewonnen werden mußten, um Volkspartei werden zu können. Andererseits mußte man diesen Gruppen signalisieren, daß sie nicht in die alte Weltanschauungspartei des protestantisch-sozialistischen Milieus gezwungen werden sollten, sondern ei-

32 Alf Mintzel, *Die Volkspartei – Typus und Wirklichkeit*. Ein Lehrbuch, Opladen 1984.

33 So Wiesendahl, *Volksparteien* (wie Anm.9), S. 5.

34 Alf Mintzel, *Großparteien im Parteistaat der Bundesrepublik*, in: *APuZ*, B 11/89 vom 10.3.1989, S. 3–14, hier: S. 6.

nen eigenen Platz in einer neuen Volkspartei erhalten würden. Die Volkspartei mußte also konstruiert werden bevor es sie gab.

Die entscheidende Hürde für die Umformung der SPD wurde auf dem Stuttgarter Parteitag von 1958 genommen, als sich ein taktisches Bündnis aus Linksoptionellen und rechten Reformern, die sich die moderne Volkspartei auf ihre Fahnen geschrieben hatten, gegen das Parteiestablishment zusammenfand und die Abschaffung der hauptamtlichen Struktur der Parteiführung durchsetzte, womit das Gewicht der Bundestagsfraktion und der regionalen Parteigliederungen größer werden sollte. In der Tat wurde die Stellung der Fraktion erkennbar gestärkt, die regionalen Gliederungen gewannen an Eigenständigkeit, und das innerparteiliche Leben »parlamentarisierte« sich. Auf der Bundesebene bildeten sich drei politische Machtzentren heraus: die »Berliner Partei« um Willy Brandt, nicht selten flankiert von den sozialdemokratischen Länderregierungen, die Bonner Parteiorganisation unter Herbert Wehner und die von Fritz Erler geführte Bundestagsfraktion.³⁵ Man kann dies als einen Übergang von der autoritären Führung in der Milieu- und Gesinnungspartei Schumacher-scher Prägung zur kollektiven Führung in einer Volkspartei beschreiben.³⁶

Von einer Zentralisierung der Entscheidungsprozesse, politischer Homogenisierung oder gar Bürokratisierung der SPD kann aber auch deshalb nicht die Rede sein, weil ihr die starke Stellung der Partei in den Rathäusern der Großstädte, die fortbestehende Personalhoheit der Bezirke und ihre Schlüsselstellung im innerparteilichen Prozeß der »Politikverflechtung«³⁷ und schließlich die Neubelebung und der Ausbau der SPD-Arbeitsgemeinschaften entgegenstanden.

Die Handlungsebenen, Willensbildungsprozeduren und Entscheidungsstrukturen differenzierten sich also entgegen mancher Einwände der Parteikritiker weiter aus. Diese Modernisierung der SPD antizipierte insofern nichts anderes als die wachsende Differenzierung von Staatsfunktionen in einer komplexer werdenden Gesellschaft. In Anlehnung an eine

35 Vgl. Franz Walter, Führung in der Politik. Am Beispiel sozialdemokratischer Parteivorsitzender, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 7 (1997), S. 1287–1336.

36 Vgl. aus der Fülle an Literatur den kursorischen Überblick von Siegfried Heilmann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Parteien-Handbuch (wie Anm. 27), S. 2025–2216, hier: S. 2034, den »Klassiker« von Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982, die kenntnisreiche Spezialstudie von Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990 und die pointierte Interpretation in »großen Zügen« von Helga Grebing, Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim u. a. 1993, S. 64 ff.

37 Wolfgang Fritz Scharpf, Die Politikverflechtungs-Fälle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: PVS 25 (1985), S. 323–356.

Formulierung des amerikanischen Organisationsforschers Karl E. Weick hat deshalb Elmar Wiesendahl zu Beginn der 80er Jahre von den Parteien als »lose verkoppelten Systemen« gesprochen, was Peter Lösche und Franz Walter dann in ihrer Untersuchung über die SPD als eine »lose verkoppelte Anarchie« in der Publizistik popularisiert haben.³⁸ Historisch läßt sich der Beginn dieser Entkopplung zweifelsohne in den 60er Jahren verorten, weil die Parteien – weniger metaphorisch gesprochen – nur so den differenzierten Anforderungen einer komplexen Gesellschaft genügen und ihren Beitrag zur selektiven Regulierung der Verteilung sozialer Risiken und Chancen leisten konnten. Es ist bezeichnend, daß die SPD deshalb schon bald mehr vor dem Problem der Entscheidungssegmentierung und »Machtinflation«³⁹ als vor dem Problem der Machtkonzentration stand.

Parallel zu dieser aus den Augen der Akteure organisationspolitischen Erneuerung ging die Entideologisierung der SPD voran, um ebenfalls bald wieder auf Grenzen zu stoßen.⁴⁰ Seit 1960 stellte die Partei ihren Konfrontationskurs gegen die Bundesregierung ein und schaltete auf die »Politik der Gemeinsamkeit« um, die im Gewand des kulturellen Biedermeiers daherkam. Brandt verlangte nach dem Mauerbau und der Wahl von 1961 die Bildung eines »Kabinetts der nationalen Konzentration« (sic!), es wurden Slogans wie »Wir sind alle eine Familie« verbreitet, und öffentliche Foren zur Kommunalpolitik wurden unter der Überschrift »Gute Stube Stadt« veranstaltet. Diese konservativ-gemeinschaftsbildende Modernisierungsstrategie stieß jedoch auf den heftigen Widerstand der Mitglieder, die sich auch weiterhin mit »Genosse« oder »Genossin« anreden wollten. Sie unterlag aber vor allem dem Flair der amerikanischen politischen Modernisierung, die aufmerksame Beobachter der Kennedy-Kampagne auch für die deutschen Verhältnisse propagierten. Dies führte zur Erfindung der Position eines Kanzlerkandidaten, auf die man als »deutschen Kennedy« Willy Brandt schob, und einer neuen Form von Wahlkampf, dem sogenannten »campaigning«, bei dem der Kandidat möglichst oft an alltäglichen Orten mit den Bürgern in Kontakt kam.

38 Vgl. Karl E. Weick, *Der Prozeß des Organisierens*, Frankfurt a. M. 1985 (1969); Elmar Wiesendahl, *Wie politisch sind politische Parteien? Zu einigen vernachlässigten Aspekten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, in: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, hrsg. von Jürgen W. Falter u. a., Opladen 1984; Peter Lösche u. Franz Walter, *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt 1992, S. 173ff.; Peter Lösche, »Lose verkoppelte Anarchie«. Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD, in: *APuZ*, B 43/93 vom 22.10.1993, S. 2–12.

39 Zolo (wie Anm. 25), S. 147 ff.

40 Zur »nachholenden« programmatisch-ideologischen Erneuerung der SPD siehe Helga Grebing, *Der Sozialismus*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft in den 50er Jahren*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 646–658.

Die Adaption US-amerikanischer Politikformen beförderte die Entideologisierung auf eine andere Weise als die »volksgemeinschaftliche Modernisierung«. Daß sie selbst zu Ideologie gerinnen könne, räumte selbst Herbert Wehner, der der Partei zuerst den strikten Gemeinsameitskurs verordnet und dann wesentlich zum Zustandekommen der Großen Koalition beigetragen hatte, freimütig ein.⁴¹ Seit Mitte der 60er Jahre erfolgten im Zuge der Re-Ideologisierung der Politik präzisere Standortbeschreibungen, die von dem nordrhein-westfälischen Politiker Heinz Kühn schließlich auf die seitdem gebräuchliche innerparteiliche Formel von der »SPD als linker Volkspartei« gebracht wurden.⁴²

Im Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung kam es in den 60er Jahren zu einigen signifikanten sozialökonomischen Brüchen, die sich – verglichen mit den folgenden Struktur- und Konjunkturkrisen – eher als Haarrisse ausnahmen, die jedoch den Zeitgenossen als Menetekel für ein nahendes Ende des »Wirtschaftswunders« und dessen inhärente Kosten dienten. Die sogenannte Kohlenkrise, auf die die Bergleute 1959 mit einem Marsch auf Bonn unter dem Motto »Sicherheit statt Chaos« reagierten, zerstörte den Nimbus des »Vaters des Wirtschaftswunders« Erhard und stärkte die Sozialdemokratie an Rhein und Ruhr, so daß sich der Machtwechsel im Bund bereits in Nordrhein-Westfalen ankündigte. Die kurzzeitige Rezession von 1966/67, deren psychologische Schockwirkung – die Arbeitslosigkeit stieg auf 2,1 Prozent der Erwerbspersonen – vor allem in einem Vertrauensverlust für den Selbstlauf der Marktkräfte lag, bekämpfte dann mit Karl Schiller bereits ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister.⁴³

In der Großen Koalition verdichtete sich das etatistisch-korporative politische Modernisierungskonzept der SPD im Modell eines in Kooperation mit den Wirtschaftsverbänden gesteuerten Interventionsstaates, der einerseits stetiges Wirtschaftswachstum und andererseits den Ausbau des Sozialstaates, insbesondere des Bildungswesens, garantieren sollte. Zusammen mit ihrem deutschland- und ostpolitischen Konzept der Entspannung verfügte die SPD somit in einer Zeit neuartiger krisenhafter ökonomischer Modernisierung über eine plausible und zunächst ausgesprochen erfolgreiche Politik selektiver Regulierung gesellschaftlicher Risiken und mobilisierte zugleich die Versprechen der Demokratie erneuernde, weitfliegende Reformhoffnungen in der Gesellschaft. Dabei schien

41 Vgl. Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek 1966.

42 Heinz Kühn, Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1984, S. 248.

43 Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik 1945–1980, Frankfurt a. M. 1983, S. 111.

die SPD eher imstande als die Union, die unter dem Stigma von Erhards unklarer Rede über die »formierte Gesellschaft« litt, staatliches Handeln dann begrenzen zu können, wenn es um den inhaltlichen Kern gesellschaftlicher Komplexität, nämlich die Wahrung der Grundrechte ging. Die agonistische Garantie von Sicherheitswerten und die Zuweisung neuer Chancen verdichtete sich in dem Satz Brandts, »wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen sorgen« und dem Wahlkampflogan »Wir schaffen das moderne Deutschland« aus dem Jahr 1969. Angesprochen wurden damit nicht zuletzt diejenigen, die ihr Sicherheitsbedürfnis von der Politik der Union nicht ernstgenommen glaubten: die nach Berufstätigkeit und größerer Unabhängigkeit strebenden Frauen und die Arbeitnehmer der im Strukturwandel steckenden Industrien, unter ihnen dieses Mal auch weite Teile des katholischen Milieus.⁴⁴

Nimmt man dies alles zusammen – die moderate sozialstrukturelle und signifikantere konfessionelle und geschlechtermäßige Ergänzung der Anhängerenschaft, die reformorientierte programmatische Ausrichtung (Godesberger Programm), die organisationspolitische Umformung und die Modernisierung des politischen Stils – dann war die SPD im Laufe der 60er Jahre eher zu einer »Partei der Arbeitnehmer«⁴⁵ modernen westeuropäischen Zuschnitts als zur klassisch-deutschen *catch-all-party* geworden.

Die CDU bewegte sich aus einer ganz anderen Position heraus.⁴⁶ Baute die SPD in den 60er Jahren die zentralen Parteistrukturen ab, so bemühte sich die Union um deren Aufbau. Den hellsichtigen Unionspolitikern standen mit dem Ende der Ära Adenauer zugleich ein nahendes Ende der autokratischen Parteiführung auf Basis des Regierungsapparats, der Wirkung antikommunistischer Rhetorik sowie unvermeidliche Einbrüche in dem nach dem Kriege aufgebauten Patronagesystem vor Augen. Die Partei unternahm in dieser so »problematischen Phase«⁴⁷ verschiedene Anläufe der administrativen Modernisierung: Sie reichten von der Bestellung eines geschäftsführenden Parteivorsitzenden über die Einrichtung einer zentralen Mitgliederkartei, der Implementierung von durchgängigen innerparteilichen Willensbildungsstrukturen, der gezielten Mobilisierung der angestammten Arbeiterklientel und Mitgliederwerbaktionen bis zur

44 Karsten Rudolph, SPD und Ruhrgebiet. »Sozialdemokratisierung« einer Region?, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Nr. 18/1997, S. 166–180.

45 Ulf Preuss, Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei, in: NG 13 (1966), S. 371–385, hier: S. 385.

46 Die CSU als Regionalpartei bleibt hier außer Betracht. Zu ihr siehe vor allem die grundlegende Arbeit von Alf Mintzel, Die CSU: Anatomie einer konservativen Partei, Opladen 1975.

47 Peter Haungs, Die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Parteien in Deutschland (wie Anm. 2), S. 172–216, hier: S. 179.

Verabschiedung eines Grundsatzprogramms. Die CDU blieb jedoch eine Mischung aus »Kanzler-Wahlverein«, weitverzweigtem Patronagesystem und stark föderalistischer »bürgerlicher Milieu- und Gesinnungspartei weitgehend katholisch-konservativen Zuschnitts«⁴⁸. Erst in den 70er Jahren unter den Parteireformern Kohl und Biedenkopf holte sie die moderne Parteibildung nach.⁴⁹ Freilich gibt es bis heute nicht *die* CDU.⁵⁰ Ähnlich wie bei der SPD zeigt sich, daß die Partei in der Realität vom Konzept der Volkspartei in den 60er Jahren entfernt blieb.

Daß die CDU und die SPD dennoch als Volksparteien wahrgenommen wurden, lag neben allen politischen Konstruktionsbemühungen nicht zuletzt an der Magie der großen Mitgliederzahl, die sie gegenüber anderen Parteien auszeichnete. Auch die Parteienforschung rechnet die FDP nicht zum Typus der Volkspartei. Parteien sind jedoch nicht schon von vornherein keine Volksparteien, wenn sie Kleinparteien sind. Genauso gilt umgekehrt: Parteien sind nicht schon deshalb Volksparteien, weil sie Großparteien sind.

Die deutlichste »volksparteiliche« Modernisierung vollzog die FDP. In ihr wurden insgesamt drei Anläufe zur Umformung in eine liberale Volkspartei unternommen, nachdem das Konzept der rechtsnationalen Sammlungspartei nicht aufgegangen und die Aufrichtung einer großen bürgerlich-liberaldemokratischen Partei an der Union gescheitert war. Den ersten Anlauf nahmen die sogenannten nordrhein-westfälischen »Jungtürken«, die 1956 in einer improvisierten Aktion die Düsseldorfer CDU/FDP-Regierung stürzten und im Zuge eines bis dato einmaligen und schon deshalb bundesweit spektakulären konstruktiven Mißtrauensvotums mit Fritz Steinhoff einen traditionellen Sozialdemokraten in das Amt des Ministerpräsidenten brachten. Das Unternehmen blieb jedoch schon bald im Gegenfeuer der Parteiführung der FDP, vor allem aber wegen der Unbeweglichkeit der NRW-Koalition, in der auch noch ein Zentrumsmann saß, sodann wegen des Entzugs von Spendengeldern aus der Industrie und aufgrund der nur mangelhaften Unterstützung des Coups seitens der Parteimitglieder stecken.⁵¹

48 Wiesendahl, Volksparteien (wie Anm. 9), S. 9. Vgl. den guten Überblick bei Ute Schmidt, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Stöss, Parteienhandbuch (wie Anm. 27), S. 490–660 sowie Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.

49 Hermann Scheer, Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU. Kommentierte Materialien zur »alten« und zur »neuen« CDU, in: Auf den Weg zum Einparteiensstaat, hrsg. von Wolf-Dieter Narr, Opladen 1977, S. 149–172.

50 Vgl. die luzide Studie von Josef Schmid, CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990.

51 Vgl. Lothar Albertin, Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen, in: Modernisierung im Wiederaufbau (wie Anm. 40), S. 668 ff.

Der zweite Versuch, sich vom Odium der besitzbürgerlichen Klassenpartei und aus der Umklammerung der Union zu befreien und sich als Volkspartei »nachzugründen«, wurde im Zuge der Koalitionskrise von 1962/63 unternommen, mußte jedoch mit der Beilegung dieser Krise ein weiteres Mal aufgeschoben werden. Der dritte Anlauf erfolgte in der Bonner Opposition und gelang schließlich nach 1968, als eine neue Parteiführung unter dem früheren nordrhein-westfälischen »Jungtürken« Walter Scheel die FDP aus dem Bürgerblock löste, sie als »dritte Kraft« und »liberale Reformpartei« politisch und – mit den Freiburger Thesen von 1971 – auch programmatisch profilierte. Anders als bei den Großparteien hielt die Partei- und Fraktionsführung der FDP das Zepter in der Hand, weil sie wegen der schwachen Parteiorganisation staatliche und mediale Ressourcen stärker ins Spiel bringen konnte bzw. mußte. Bemerkenswert war aber vor allem, daß die FDP sich zu einer »volksparteilichen« Modernisierung durchrang, obwohl dies für sie eine besonders riskante Entscheidung darstellte, was sich schon daran ablesen läßt, daß sie ihr Wählerpotential und Mitgliederreservoir fast vollständig austauschen mußte. Innerhalb weniger Jahre war aus der Partei des alten Mittelstandes und Besitzbürgertums die Partei des neuen Mittelstandes und aufgeklärter Manager geworden, die daneben auch Resonanz bei gewerkschaftsfernen Facharbeitern fand.⁵² Die weitere Entwicklung der Partei seit den 70er Jahren und die – rasch zurückgezogene – Selbstbezeichnung als »Partei der Besserverdienenden« zeigt jedoch, daß dieser Prozeß umkehrbar ist, während am Nimbus der Volkspartei gleichwohl festgehalten wird.

Nach diesem Parforceritt durch die westdeutsche Parteienlandschaft in den 60er Jahren läßt sich ein vorläufiges Resümee in vier Punkten geben:

1. Die Volkspartei, die Allerweltpartei oder die *catch-all party* blieben in den 60er Jahren weitgehend eine Fiktion.⁵³ Weder hat die Zentralisierung sämtlicher politischer Entscheidungsfunktionen in den Parteiführungen noch die Angleichung der Parteien bis zur Ununterscheidbarkeit stattgefunden. Auch dramatische Einbrüche der einen Partei in traditionelle Mitgliederrekrutierungsreservoirs der anderen Partei fanden in den 60er Jahren nicht statt.⁵⁴ Von Volkspartei kann zudem kaum

52 Vgl. den profunden Überblick von Jürgen Dittberner, Die Freie Demokratische Partei, in: Stöss, Parteien-Handbuch (wie Anm. 27), Sonderausgabe Bd. 4, S. 1311–1381.

53 Vgl. ebd., S. 1320 ff.; Immerfall (wie Anm. 9), S. 6 f.

54 Ursula Feist, Manfred Güllner u. Klaus Liepelt, Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren, in: PVS 18 (1977), S. 257–278; Lehnert (wie Anm. 7), S. 22 ff.

die Rede sein, weil der Frauenanteil in der Mitgliedschaft und den Positionen der Partei signifikant unterdurchschnittlich blieb.⁵⁵ Die demokratischen Parteien scheinen subkutan stets begriffen zu haben, was Elmar Wiesendahl so formulierte: »Eine Volkspartei, eine Partei aller Welt oder jedermanns Partei zu sein heißt in Wirklichkeit, niemandes Partei zu sein; denn keiner erkennt sich mehr im Wollen und Tun einer solchen Alles-und-nichts-Partei wieder oder fühlt sich in seinen Interessen vertreten.«⁵⁶ Aber vor allem haben die Parteien gelernt, der traditionellen Parteikritik und dem beständigen Ruf nach gemeinschaftsbildenden Kräften mit dem Konzept der Volkspartei zu entgegenen.

2. Überschaute man den Modernisierungsprozeß der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik der 60er Jahre, dann verlief er zeitlich versetzt und startete aus ganz unterschiedlichen Positionen. Dies unterstreicht einmal mehr, daß Modernisierungsprozesse in sozialen und politischen Organisationen weder schematisch noch naturwüchsig verlaufen. Es hätte den Rahmen dieses Essays bei weitem gesprengt, wenn hier eingehend die Mechanismen externer Einflüsse, innerparteilicher Machtkämpfe und einzelner politischer Entscheidungen diskutiert worden wären.⁵⁷ Dies muß einer ausführlicheren Untersuchung vorbehalten bleiben. Gleichwohl erhärtete sich die These, daß die demokratischen Parteien in den 60er Jahren einen folgenreichen Schub an politischer, sozialer und organisatorischer Komplexität erfuhren, der jedoch nicht voreilig unter das Rubrum der Volkspartei gebracht werden sollte. In der SPD führte er zu komplizierteren Einstimmigkeitsregelungen, unübersichtlicheren Interpretationsverfahren, segmentierten Entscheidungsverfahren und mehrdeutigen politischen Aussagen.⁵⁸ Die CDU war nach dem Ende der Ära Adenauer mit gleichen Problemen konfrontiert, ohne sie zunächst lösen zu können. Insoweit bewegten sich die beiden Großparteien aufeinander zu. Beide waren auch aus eben diesen Gründen strukturell nicht in der Lage, sich an die Spitze des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses zu setzen, selbst wenn sie sich noch so sehr um den Appeal der Modernität und das Image der Fortschrittlichkeit bemühten. Es ist bezeichnend, daß sie zu Beginn der 60er Jahre das Sicherheitsbedürfnis der Wähler allenthalben ansprachen, ja es noch verstärkten, um am Ende des Dezenniums wie-

55 In der SPD sank der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft in den 60er Jahren sogar unter 18 Prozent. Alles auf einen Blick. Beilage zum Jahrbuch der SPD 1986/87, S. 667.

56 Wiesendahl, *Volksparteien* (wie Anm. 9), S. 7.

57 Vgl. Robert Harmel u. a., *Performance, leadership, factions, and party change: An empirical analysis*, in: *West European Politics* 18 (1995), S. 1–33.

58 Siehe Schmid (wie Anm. 50), S. 30.

derum größtmögliche Sicherheit für die Zukunft zu versprechen. Die politische Kommunikation der Parteien kreist seitdem um die Pole »Sicherheit« und »Zukunft«.⁵⁹

3. Die besondere Leistungsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik bei der Regulierung zugewiesener sozialer Risiken und der Reduktion von Angst durch die in rasch wechselnden parteipolitischen Konstellationen erfolgende agonistische Zuweisung von Sicherheitsgarantien und Wechseln auf eine bessere Zukunft kann nicht auf die Etablierung von Volksparteien zurückgeführt werden, sondern hängt mit einer komplexen Modernisierung der politischen Parteien zusammen. Dieser Wandlungsprozeß war der interessierten Öffentlichkeit übrigens relativ leicht zugänglich, was ein gewisses Novum darstellte, da Parteien bis dato bestrebt waren, ihre inneren Funktionsmechanismen zu verbergen. Diese Öffnung war aber unumgänglich, um den Willen zur Veränderung mit dem Angebot der inneren Besichtigung glaubwürdig zu machen.
4. Die außergewöhnliche Funktionstüchtigkeit des Parteiensystems in den 60er Jahren läßt sich auch daran aufzeigen, daß es die wesentlichen Grundlagen für die Entwicklung des nachfolgenden Dezenniums legte. Dies wird bereits deutlich, wenn man die Gesetzgebungswerke der Großen Koalition Revue passieren läßt. Zu nennen sind die Einführung der Sozialversicherungspflicht für alle Angestellten, das Stabilitätsgesetz, das Arbeitsförderungsgesetz und Berufsbildungsgesetz, die Reformen des Straf- und Strafvollzugsrechts sowie des Nichtehelechts. Und es wird klar, wenn man den politischen Instrumentenkasten betrachtet, aus dem die Konzertierte Aktion, eine antizyklische Konjunkturpolitik, eine aktive Beschäftigungspolitik, die mittelfristige Finanzplanung, Jahreswirtschaftsberichte, die sachverständige Begutachtung der Wirtschaft, die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern und die kommunalen Gebietsreformen kamen. Der sozialliberalen Koalition hingegen gelang es bezeichnenderweise kaum, diese Instrumente gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, des Bundesrates, des Bundesverfassungsgerichts, der Medien und der Opposition weiterzuentwickeln. Spätestens in den 80er Jahren wurde dann klar, daß die bemerkenswerte politische Steuerungs-, Regulations- und Integrationsleistung um den Preis neuartiger Steuerungs-, Regulations- und Legitimationsprobleme vollbracht wurde, die die demokratischen Parteien in eine weitreichende, bis heute nicht wirklich überwundene

⁵⁹ Die Parteien, so Theo Pirker, zerredeten Zukunft zum Allerweltsbegriff: Die Parteien und die Zukunft (1969), in: Ossip K. Flechtheim; Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 49–56.

Krise stürzten. Der »Fahrstuhl-Effekt«⁶⁰, mit dem die Verteilung sozialer Risiken durch ein »kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum« entschärft wurde, ließ bald nach. Und die durch ihn hervorgerufenen Folgen der Individualisierung und Komplexitätszunahme unterspülten allmählich das Fundament des in den 60er Jahren modernisierten Systems der Parteiendemokratie.

Tabelle 1:

Ergebnisse der Bundestagswahlen [in v. H. der im Bundesgebiet ohne Berlin (West) abgegebenen Zweitstimmen in den 60er Jahren – zum Vergleich 1957 und 1972]:

<i>Jahr</i>	<i>SPD</i>	<i>CDU</i>	<i>CSU</i>	<i>FDP</i>
1957	31,8	39,7	10,5	7,7
1961	36,2	35,8	9,6	12,8
1965	39,3	38,0	9,6	9,5
1969	42,7	36,6	9,5	5,8
1972	45,8	35,2	9,7	8,4

Tabelle 2:

Bundestagswahlergebnisse in den 60er Jahren (zum Vergleich 1957 und 1972): Zweitstimmendifferenz CDU/CSU – SPD (in Prozentpunkten):

<i>Wahljahr</i>	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Differenz</i>
1957	50,2	31,8	+ 18,4
1961	45,3	36,2	+ 9,1
1965	47,6	39,3	+ 8,3
1969	46,1	42,7	+ 3,4
1972	44,9	45,8	- 0,9

Entnommen aus: Stand und Perspektiven der Parteienforschung, hrsg. von Oskar Niedermayer u. Richard Stöss, Opladen 1993, S. 46.

60 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine neue Moderne, Frankfurt a. M. 1986, S. 122.

Tabelle 3:
 Mitgliederentwicklung von SPD, CDU, CSU und FDP in den 60er Jahren (zum Vergleich die Jahre 1950, 1970, 1980):

<i>Jahr</i>	<i>Mitglieder SPD</i>	<i>CDU</i>	<i>CSU</i>	<i>FDP</i>
1950	683 896	k. A.	k. A.	82 890 (1951)
1960	649 578	k. A.	52 500	k. A.
1961	644 780	k. A.	58 600	k. A.
1962	646 584	248 484	k. A.	k. A.
1963	648 415	k. A.	56 000	k. A.
1964	678 484	279 770	70 300	k. A.
1965	710 448	k. A.	k. A.	k. A.
1966	727 890	280 781	80 900	k. A.
1967	733 004	285 804	k. A.	k. A.
1968	732 446	286 541	73 618	57 034
1969	778 945	303 532	76 655	58 750
1970	820 202	329 239	k. A.	56 531
1980	986 972	693 320	172 420	84 085

Entnommen aus: Helga Grebing, Die Parteien, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Politik, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1983, S. 177.

Wolfgang Schroeder

Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren – unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie

Das deutsche Modell industrieller Beziehungen¹ setzt mitglieder- und verpflichtungsstarke Verbände sowie einen flankierenden sozialen Staat voraus, um überbetriebliche Normen setzen zu können. Auch wenn dieses Modell durch eine Kontinuität rechtlicher und organisatorischer Grundstrukturen geprägt ist, so findet doch ein permanenter Wandel statt. Seit einigen Jahren ist sogar die Rede von Desorganisations- und Dezentralisierungstendenzen, die dazu führten, daß die Fortsetzung dieses Modells insgesamt fragwürdig geworden sei.² Dabei werden zurückgehende Mitgliederzahlen in den Verbänden und abnehmende Akzeptanz der von ihnen gesetzten Normen als wichtigste Krisenphänomene genannt. Wenn heute über die Krise des deutschen Modells industrieller Beziehungen gesprochen wird, so geschieht dies meist mit der Ahnung, daß es eine Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, in der die aktuellen Probleme im Verhältnis zwischen Mitgliedern, Verbänden und Staat vergleichsweise unbedeutend waren. Die folgende Skizze über die Besonderheiten der industriellen Beziehungen in den 60er Jahren will einen Beitrag leisten, eine bestimmte historische Phase des deutschen Modells zu charakterisieren, die von anderen abzugrenzen ist. Dabei geht es weniger um definierte Jahreszahlen als vielmehr um eine geschichtlich definierte institutionelle Konfiguration. In diesem Sinne können die 60er Jahre als Refe-

¹ Vgl. Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Frankfurt a. M. 1982; *Modell Deutschland – Modell Europa. Probleme, Perspektiven*, hrsg. von Bruno Cattero, Opladen 1998; Bernhard Weßels, *Die deutsche Variante des Korporatismus*, in: *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Max Kaase u. Günter Schmid, Berlin 1999.

² Vgl. Scott Lash u. John Urry, *The end of organized capitalism*, Cambridge 1987.

renz-Jahrzehnt herangezogen werden, um den aktuellen Wandel des deutschen Modells zu profilieren.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung industrieller Beziehungen³ in den 60er Jahren waren geprägt durch eine erfolgreiche Exportstrategie, deren Ergebnisse zu einer außerordentlichen ökonomischen und sozialen Prosperität führten, die lediglich 1966/67 kurzfristig durch eine kleine Delle mit großen politischen Konsequenzen unterbrochen wurde. Schließlich gehörte zu dieser Konstellation auch eine historisch nahezu einmalige Vollbeschäftigungssituation, die sogar die offensive Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer einschloß. Auf der politischen Ebene kann diese Phase durch die Ablösung der Adenauer-Ära (1963), den Aufstieg der SPD in der Großen Koalition (1966–1969) und die Aktivierung des Staates in der Konzentrierten Aktion beschrieben werden. Auf der Ebene der Verbände ging es um eine neue Verhältnisbestimmung zwischen Regionalverbänden und dem Dachverband sowie zwischen der Entscheidungskompetenz der Vorstände und eigenständigen Aktivitäten der Mitglieder (Basis-Führung). In der westdeutschen Gesellschaft der 60er Jahre, die weder als traditionelle noch als entfaltete moderne Gesellschaft betrachtet werden kann, scheiterten sozialwissenschaftliche und politische Klassifizierungsversuche, sofern sie auf alte Polarisierungsmuster setzten, wie dies in der theoretischen Tradition der alten Arbeiterbewegung geschah, oder auf neue, scheinbar endgültige Synthesen, wie dies beim Konzept der »formierten Gesellschaft« der Fall war. Dies gilt erst recht für die Entwicklung der industriellen Beziehungen. Der Blick auf die Streikstatistik läßt die 60er Jahre vordergründig als das sozialpartnerschaftliche Musterjahrzehnt in der deutschen Geschichte erscheinen. Die erste große Flächenaussperrung (1963) und die neue Militanz bei den Septemberstreiks (1969) lassen allerdings auch eine andere Lesart zu. Auf der ideologischen Ebene schienen sich die Tarifverbände von alten Utopien zu verabschieden und einem neuen Pragmatismus zugewandt zu haben. Nicht in dieses Bild passen der harte Kampf der Arbeitgeber gegen die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Versuche einer betriebsnahen Mobilisierung zur Entwicklung einer neuen Militanz.

Die Analyse industrieller Beziehungen in den 60er Jahren konzentriert sich auf die Spitzenverbände der Metallindustrie. Von den einflußreichsten Organisationen in dieser Branche – IG Metall und Gesamtmetall – ging in dieser Phase ein prägender Einfluß auf die soziale und politische Entwicklung der Bundesrepublik aus. Im Mittelpunkt des Aufsatzes steht

3 Vgl. Werner Plumpe, *Industrielle Beziehungen*, in: *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, hrsg. von Gerold Ambrosius, Werner Plumpe u. Dietmar Petzina, München 1996, S. 393–419.

deshalb die organisatorische und programmatische Entwicklung der Industriegewerkschaft Metall⁴ und des Arbeitgeberdachverbandes Gesamtmetall.⁵ Darüber hinaus wird die Entwicklung der Tarifbeziehungen zwischen beiden Organisationen erörtert und die Rolle des Staates am Beispiel der »Konzertierten Aktion« beleuchtet. Ein Anliegen dieses Beitrages besteht darin, herauszuarbeiten, ob und wie die Akteure der industriellen Beziehungen der 60er Jahre die Konstellationen der 50er Jahre weiter entwickelten.

I. Gewerkschaften

Im schwindenden gesellschaftlichen Ansehen und in der »Krise der Mitglieder motivation« bestanden zentrale Probleme der Gewerkschaften der 60er Jahre. Die deutschen Gewerkschaften der 60er Jahre wurden von Vertretern einer emphatischen Gewerkschaftstheorie mehrheitlich in einer tiefen Krise gesehen, weil sie sich zu einem systemfunktionalen Ordnungsfaktor entwickelt hätten.⁶ Charakteristisch dafür sei »ein zielloser Pragmatismus, oft verbalradikal aufgepuzt.«⁷ Dagegen akzentuierten eher organisationssoziologisch argumentierende Gewerkschaftsforscher⁸ die besonderen verbandlichen Anstrengungen, welche in dieser Zeit unternommen wurden, um unter den strukturell veränderten Bedingungen

4 Zur IG Metall liegen einige einschlägige Quellensammlungen und Studien vor: Andrei S. Markovits, *The politics of the West German trade unions. Strategies of class and interest representation in growth and crisis*, Cambridge 1986; Felicitas Merkel, *Die Industriegewerkschaft Metall in den Jahren 1956 bis 1963. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Klaus Schönhoven u. Hermann Weber, Bd. 9, Köln 1999; Ulrich Laube, *Gewerkschaftliche Tarifpolitik und industrielle Arbeitsbeziehungen in der BRD. Die Tarifpolitik der IG Metall im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden*, Köln 1981.

5 Vgl. Luitwin Mallmann, *100 Jahre Gesamtmetall – Perspektiven aus Tradition*, Köln 1990.

6 Wichtige Arbeiten, meist in den 70er Jahren geschrieben, sind: Eberhard Schmidt, *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften*, Frankfurt 1971; Joachim Bergmann, Otto Jacobi u. Walter Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen*, Frankfurt a. M. 1975; Dietrich Hoss, *Die Krise des »institutionalisierten Klassenkampfes« und der Metallarbeiterstreik von 1963*, Frankfurt a. M. 1974. Dazu kritisch Helga Grebing (*Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1972, S. 305) in Anlehnung an Andre Gorz: »Es gibt nicht eine Krise der Arbeiterbewegung, sondern eine Krise ihrer Theorie.«

7 Schmidt, *Ordnungsfaktor* (wie Anm. 6), S. 5.

8 Vgl. Wolfgang Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie*, Königstein/Ts. 1981; Klaus Armingeon, *Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften*, Frankfurt a. M. 1988.

der 60er Jahre handlungsfähig zu bleiben. Beide Entwicklungsstränge, der organisatorische und der programmatische, werden im folgenden berücksichtigt.

1. Organisationsentwicklung

Der Aufbau parteiübergreifender Einheits- und autonomer Industriegewerkschaften bildete die wichtigste gewerkschaftspolitische Strukturentscheidung nach 1945. Dieser Weg war nicht unumstritten. Mit der Einheitsgewerkschaft waren einerseits neue politische Integrationsanforderungen verbunden; andererseits erhoffte man sich von der Überwindung der Richtungsgewerkschaften ein geschlosseneres Auftreten gegenüber Arbeitgebern und Politik.⁹ Über das Prinzip der parteiübergreifenden Einheitsgewerkschaft gab es in den 50er Jahren vor allem zwischen der sozialdemokratischen Mehrheitslinie auf der einen Seite und katholischen sowie kommunistischen Gruppen auf der anderen Seite heftige Auseinandersetzungen. Mit dem Verbot der KPD (1956) und der Gründung Christlicher Gewerkschaften (1955), deren Akzeptanz marginal blieb, verschwanden diese Anfechtungen weitgehend.¹⁰ Obwohl die Konflikte zwischen den Einzelgewerkschaften und dem Dachverband DGB über die Aufteilung der politischen Kompetenzen sowie materiellen Ressourcen in den 60er Jahren weiter schwelten, bestimmten sie doch nicht die gewerkschaftliche Organisationsdebatte in diesem Jahrzehnt.¹¹ Bedeutender waren vielmehr die innerorganisatorischen Veränderungen in den Industriegewerkschaften, mit denen man tarifpolitisch handlungsfähiger werden wollte und auf den zurückgehenden Organisationsgrad zu reagieren versuchte.¹²

Als es den deutschen Gewerkschaften nur drei Jahre nach Kriegsende

9 Vgl. Theo Pirker, *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik* (Teil 1 und 2), Berlin 1979 (Nachdruck der Ausgabe von 1960).

10 Vgl. Wolfgang Schroeder, *Einheitsgewerkschaft und Katholizismus. Der Streit um den DGB und die Niederlage des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992. Im Katholizismus der 60er Jahre gewann die Einheitsgewerkschaft enorm an Akzeptanz. Die kommunistischen Einflußversuche änderten sich für die 60er Jahre auch durch die 1968 erfolgte Gründung der DKP nicht wesentlich; was in den 70er und 80er Jahren anders war; vgl. Manfred Wilke, *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis*, Melle 1985.

11 Auf dem Stuttgarter DGB-Kongreß 1959 und auf dem DGB-Kongreß 1971 spielten diese Diskussionen eine zentrale Rolle. Treibende Kraft war die IG Bau-Steine-Erden.

12 Vgl. IG Metall, *Protokoll des 6. Ordentlichen Gewerkschaftstages 1960 in Berlin*, Frankfurt a. M. 1960.

gelungen war, wieder ein Drittel der Arbeitnehmerschaft zu organisieren, kursierte die Rede vom »Wunder der Organisation«¹³. Von diesem Wunder war in den 60er Jahren keine Rede mehr. Statt dessen dominierte die Klage über mangelndes Engagement¹⁴ und über den zurückgehenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Während die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1960 und 1969 von 20,1 Millionen auf 21,64 Millionen angestiegen war, steigerte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur von 6,83 Millionen auf 6,95 Millionen.¹⁵ Damit blieb der Anstieg der Gewerkschaftsmitgliedschaft hinter dem Beschäftigungsanstieg zurück, und der Organisationsgrad sank von 33,9 Prozent auf 32,1 Prozent,¹⁶ bei den Angestellten von 19,0 Prozent auf 18,6 Prozent;¹⁷ bei den Frauen reduzierte er sich sogar von 18,4 Prozent auf 15,5 Prozent.¹⁸ Besonders besorgniserregend war, daß in den 60er Jahren der Teil der Jugendlichen, die sich in den ersten Berufsjahren organisierten, kontinuierlich abnahm. 1964 traten bei den Arbeitern noch etwa 33 Prozent der bis 24jährigen der Gewerkschaft bei, 1968 nur noch 21 Prozent.¹⁹ Dieser Trend konnte erst mit der Lehrlingsbewegung und durch verstärkte organisatorische Anstrengungen Ende der 60er Jahre gebrochen werden.²⁰ Für die 60er Jahre können die Gewerkschaften deshalb als eine Organisation der älteren Arbeitnehmer charakterisiert werden: 1963 waren nur 51 Prozent aller abhängig Beschäftigten älter als 35 Jahre, aber 72 Prozent aller männlichen DGB-Mitglieder.²¹

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein Wandel der Rekrutierungsbedingungen: In dem Maße, in dem die Prägekraft jener sozial-moralischen Milieus, die einen gewissermaßen automatischen Übergang in die Gewerkschaft ermöglichten, durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Ver-

13 Pirker, *Die blinde Macht* (wie Anm. 9), S. 21.

14 Vgl. Theo Pirker, *Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb*, in: Alfred Horne, *Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb*, Frankfurt a. M. 1965 (nachgedruckt in: Theo Pirker – *Soziologie als Politik*, hrsg. von Rainer Weinert, Berlin 1991), S. 106–117.

15 Ebd. S. 470.

16 Ebd.

17 Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme* (wie Anm. 8), S. 474. Die folgenden Zahlen umfassen jeweils die Mitglieder des DGB und der DAG.

18 Ebd.

19 Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt a. M. 1984, S. 218 f.

20 Vgl. Hans-Jürgen Haug u. Hubert Maessen, *Was wollen die Lehrlinge?*, Frankfurt a. M. 1971.

21 Walter Nickel, *Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft*, Köln 1974, S. 120. Im Deutschen Metallarbeiterverband waren 1907 nur 23 Prozent und 1931 etwa 42 Prozent aller Mitglieder älter als 35 Jahre; DMV in Zahlen, hrsg. vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, Berlin 1932, S. 38.

änderungen geschwächt wurden, suchten die Gewerkschaften nach neuen Möglichkeiten, um ihre institutionellen Rekrutierungsinstrumente zu verbessern.²² Aus Sicht der IG Metall bestanden die damaligen Mitgliederprobleme weniger in dem zurückgehenden Organisationsgrad, sondern vielmehr in der hohen Mitgliederfluktuation: »Der Hauptgrund für die Mitgliederfluktuation [...] ist keinesfalls in den politischen Verhältnissen, im Wirtschaftswunder und in den konzentrierten Angriffen der Meinungsfabriken auf die Gewerkschaften zu sehen, sondern er muß in der eigenen Arbeit, im Versagen der Organisation gesucht werden«²³. In dieser Einschätzung wurde reflektiert, wie eine abnehmende Beitragserlichkeit durch effizientere Methoden der Mitglieder- und Beitragserfassung abgebaut werden könnte. Dahinter stand die Einsicht, daß die Handlungsfähigkeit der IG Metall nicht zuletzt aufgrund des deutschen Streikrechts an eine hohe Finanzkraft geknüpft war. Um zu verhindern, daß die strategische Ressource Finanzkraft sich negativ entwickelte, war man sogar bereit, die Existenz der Hauskassierung aufzugeben. Anfang der 60er Jahre waren allein im Bereich der IG Metall 40000 ehrenamtliche Hauskassierer damit betraut gewesen, die Mitgliedsbeiträge einzutreiben. Mit dem sukzessiven Abbau der Beitragskassierung am Arbeitsplatz oder im Wohnbereich und der Umstellung auf den Beitragseinzug erhielt das Verhältnis zwischen Mitglied und Organisation eine »sachlichere« Ebene. Mit dem Wegfall des persönlichen Kontaktes beim »Kassieren« trat einerseits ein Verlust persönlicher, sozialer Bindekraft ein, andererseits konnten damit Kosten gespart und eine solide Finanzplanung ermöglicht werden. In den 60er Jahren wurden die Weichen für eine personenunabhängige, EDV-gestützte Beitragskassierung gestellt und damit die Grundlage für eine mittelfristige finanzielle Konsolidierung gelegt.

Eine andere instrumentelle Variante, um die abnehmende Bindekraft von Milieus und Ideologien organisationspolitisch zu kompensieren, bestand auch in der Entwicklung von besonderen materiellen Anreizen für eine Mitgliedschaft. Neue Wege auf diesem Feld schlug in den 60er Jahren insbesondere die IG Bau-Steine-Erden ein.²⁴ Dazu gehörten beispielsweise Tarifverträge, deren Ergebnisse nur den Mitgliedern zugute kommen

22 Vgl. zum Verhältnis von sozialstrukturellen und institutionellen Bedingungen der Mitgliederrekrutierung Wolfgang Strecek, Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung, in: Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, hrsg. von Joachim Bergmann, Frankfurt a. M. 1979, S. 72 ff.

23 Zit. nach: Rainer Kalbitz, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den Jahren des Wirtschaftswunders, in: Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, hrsg. von Hans-Otto Hemmer u. Kurt Thomas Schmitz, Köln 1990, S. 225.

24 Vgl. Werner Mühlbradt u. Egon Lutz, Der Zwang zur Sozialpartnerschaft, Neuwied 1969, S. 99.

sollten und eine »Vorteilsausgleichskasse«, wodurch ein Prozent der Tarifierhöhung nur den Organisierten ausgezahlt werden sollte. Beide Projekte scheiterten am Widerstand der Arbeitgeber, die darin eine ihren Interessen widerstrebende Organisationshilfe für die Gewerkschaften sahen. Demgegenüber gelang es, einen »Verein zur Förderung der Erholung und der Produktivität in der Bauwirtschaft«, die Stiftung Berufshilfe und das Ferienwerk für Bauarbeiter zu gründen. Dies trug dazu bei, daß die IG Bau-Stein-Erden in der ersten Hälfte der 60er Jahre die einzige Gewerkschaft war, die nennenswerte Mitgliederzuwächse – 40 000 allein 1962 – zu verzeichnen hatte.

Ein Teil der Gewerkschaftsfunktionäre – vor allem in der IG Metall – plädierte seit Mitte der 50er Jahre für eine betriebsnähere Bildungs- und Tarifpolitik,²⁵ um eine stärkere betriebspolitische Mobilisierung zu erzeugen. Auch in diesem Ansatz spielte die Mitgliederwerbung eine Schlüsselrolle: »Durch eine betriebsnahe Tarifpolitik, organisatorische Schwerpunktmaßnahmen, Kampf um betriebliche Mitbestimmung, betriebsnahe Bildungsarbeit und den Aufbau eines dichten Netzes von Vertrauensleuten kann unsere Organisation Hunderttausende von Mitgliedern gewinnen«²⁶. Während die Befürworter einer betriebsnahen Tarif- und Bildungspolitik²⁷ eher einer Dezentralisierung gewerkschaftlicher Politik das Wort redeten, ging der Zug der Zeit in den 60er Jahren in Richtung einer forcierten bürokratischen Modernisierung des Apparates in Gestalt einer weiteren Zentralisierung der Ressourcen innerhalb der Industriegewerkschaften.

Armingeon geht in seinen historisch vergleichenden Analysen zur gewerkschaftlichen Entwicklung davon aus, daß die deutschen Gewerkschaften bereits frühzeitig ein hohes Bürokratisierungsniveau erreichten. An diese Strukturen knüpften sie nach 1945 an, aber erst 1960 sei »das Niveau der bereits 1914 erreichten Bürokratisierung erreicht« worden; danach habe es nur »wenige Veränderungen« gegeben, »deren quantitative Auswirkungen« zudem »minimal« gewesen seien.²⁸ Dagegen akzentu-

25 Vgl. hierzu Reinhard Krusche u. Dagmar Pfeiffer, *Betriebliche Gewerkschaftsorgane und Interessenvertretung. Zur Betriebsräte- und Vertrauensleutepolitik der IG Metall*, Berlin 1975; Klaus-Peter Wittemann, *Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriosozologie und IG Metall in den sechziger Jahren*, Marburg 1994.

26 IG Metall, *Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall*, Frankfurt a. M. 1964, S. 144 ff.

27 Zu diesem gewerkschaftspolitischen Ansatz, wie er exemplarisch von Hans Matthöfer vertreten wurde, gehörten in der IG Metall auch die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, systematische Organisation der Großbetriebe, Förderung der Vertrauensleutarbeit und mehr innerorganisatorische Demokratie, wie z. B. die Wahl des Bezirksleiters; vgl. Wittemann (wie Anm. 25), S. 263.

28 Armingeon (wie Anm. 8), S. 159.

iert Streeck gerade die signifikanten Veränderungen, die nach 1960 erfolgten. In nahezu allen Industriegewerkschaften kam es in den 60er Jahren zu einem Abbau an Verwaltungsstellen, der stärker ausfiel als in den 50er und den 70er Jahren.²⁹ In den 60er Jahren erfolgte ein erstaunlicher Anstieg der Personalkosten in den Gewerkschaften,³⁰ insbesondere durch eine beträchtliche Personalausdehnung³¹ in den Hauptverwaltungen der Einzelgewerkschaften, und zwar weniger auf der Ebene der politischen Sekretäre, als beim technisch-administrativen Personal.³² Der öffentlich wenig beachtete Ausbau des gewerkschaftlichen Apparates förderte einerseits die administrative Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit und andererseits eine Versachlichung des Verhältnisses zwischen Mitgliedern und Organisation.

2. Programmatische Orientierung

Während die meisten unternehmerischen Interessenorganisationen in der NS-Zeit in veränderter Form weiter existiert hatten, waren die Gewerkschaften 1933 verboten und zerschlagen worden.³³ Vor diesem Hintergrund sahen sie sich nach dem Krieg politisch und moralisch legitimiert, eine wirtschaftsdemokratische Umgestaltung zu fordern, bei der die Schlüsselindustrien sozialisiert und den Gewerkschaften in den großen Unternehmen sowie in zentralen wirtschaftspolitischen Steuerungsinstitutionen ein paritätischer Einfluß eingeräumt werden sollte. Sie dachten dabei weder an eine Wiedergeburt der »Zentralarbeitsgemeinschaft« noch an eine permanente Konfrontation mit den Arbeitgebern, sondern an paritätische Institutionen neuen Typs, wie sie das Münchner Programm des DGB³⁴ forderte.

Obwohl es den Gewerkschaften gelang, einige ihrer demokratiepoliti-

29 Vgl. Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme* (wie Anm. 8), S. 482 ff.

30 Zwischen 1960 und 1969 stieg der Anteil der Personalausgaben in Prozent des Beitragsaufkommens bei der IG Bau-Steine-Erden von 17,4 Prozent auf 29,4 Prozent, bei der IG Chemie-Papier-Keramik von 24 Prozent auf 32,6 Prozent, bei der IG Metall von 15,9 Prozent auf 22,1 Prozent; vgl. Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme* (wie Anm. 8), S. 485.

31 Zwischen 1960 und 1970 erhöhte sich der Anteil des Personals in den Hauptverwaltungen der IG Bau-Steine-Erden von 16 Prozent auf 24 Prozent, bei der IG Bergbau u. Energie von 25,7 Prozent auf 35,4 Prozent, bei der IG Metall von 17 Prozent auf 23 Prozent; vgl. Armingeon (wie Anm. 8), S. 158; Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme* (wie Anm. 8), S. 482.

32 Vgl. ebd., S. 483.

33 Vgl. Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*, Frankfurt a. M. 1975.

34 Vgl. Protokoll. Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes. München, 12.-14. Oktober 1949, hrsg. vom DGB, Köln 1950.

schen Forderungen gesetzlich zu verankern, insbesondere die paritätische Mitbestimmung in der Montan- und Schwerindustrie (1951)³⁵, waren für die Stimmung in den Gewerkschaften Anfang der 50er Jahre nicht diese Erfolge maßgeblich, sondern ihre nicht eingelösten Ziele. Vor dem Hintergrund der weitgesteckten Neuordnungsvorstellungen wurden die Weichenstellungen der Nachkriegsgeschichte von einem Teil der politisch ambitionierten Funktionäre als »verhinderte Neuordnung«³⁶ oder gar als »Restauration«³⁷ bewertet. Die fehlende Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf die gesamte Industrie und das Betriebsverfassungsgesetz (1952), das keine ausdrückliche Berücksichtigung der Gewerkschaften vorsah, avancierte zum Ausdruck der gewerkschaftlichen Niederlage. In den Versuchen von Viktor Agartz, dem wirtschaftspolitischen Exponenten des DGB-Bundesvorstandes, 1954 die Weichenstellungen der frühen Bundesrepublik abermals zur Disposition zu stellen, kann ein letztes erfolgloses und trotziges gewerkschaftliches Aufbegehren gegen die vollzogenen ordnungspolitischen Grundsatzentscheidungen der »Bonner Republik« gesehen werden.³⁸

Mitte der 50er Jahre zogen die Gewerkschaften erste konzeptionelle Konsequenzen aus diesen Niederlagen, ohne damit bereits eine sichere Position zwischen Neuordnungsrhetorik und pragmatischer Tarifpolitik gefunden zu haben. Sie stellten fortan jene Ziele in den Vordergrund, die mit eigenen Mitteln, also mit der Tarifpolitik, zu realisieren waren. Niederschlag fand diese Neuorientierung im DGB-Aktionsprogramm des Jahres 1955. Indem gewerkschaftliche Nahziele (insbesondere: Entgelt, Urlaubsverlängerung und Arbeitszeitverkürzung) fortan ins Zentrum rückten, wurde die gewerkschaftliche Gestaltungskompetenz akzentuiert, ohne jedoch auf die politische Thematisierungskompetenz zu verzichten. Letzteres kann man auch daran erkennen, daß Teile der Gewerkschaften weiterhin die Rhetorik der frühen Nachkriegszeit pflegten und dabei nach der Verabschiedung des Godesberger-Programms auch nicht vor Konflikten mit der SPD zurückschreckten.

Das gewerkschaftliche Engagement als politischer Verband erfolgte in den 60er Jahren weniger in der offensiven Variante eigener ordnungspoli-

35 Gloria Müller, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.

36 Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1973.

37 Dazu schrieb Theo Pirker: »Von beinahe seuchenartiger Wirkung für das Bewußtsein der Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsspezialisten war die Verbreitung des Begriffs Restauration«. Pirker, Die blinde Macht (wie Anm. 9), S. 50.

38 Vgl. Wolfgang Schroeder, Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus? Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz, in: VfZ 39 (1991), S. 179–220, hier: S. 179 ff.

tischer Ziele, sondern eher als kritisches Korrektiv im politischen Prozeß. Das vermutlich prominenteste Beispiel für dieses Wirken war die Beteiligung von Teilen der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetzgebung³⁹, die gewissermaßen eine Fortsetzung der Paulskirchenbewegung und des Kampfes gegen die atomare Wiederbewaffnung in den 50er Jahren war. Diese Politik war innergewerkschaftlich nie unumstritten; lediglich einzelne Gewerkschaftsfunktionäre unterstützten diese Aktivitäten persönlich⁴⁰, ferner gab es Resolutionen sowie ablehnende Stellungnahmen gewerkschaftlicher Gremien; es flossen allerdings erhebliche Gelder der Gewerkschaften in verschiedene dieser Kampagnen. Die Grenze dieses Engagements war meist dort erreicht, wo der öffentliche Eindruck entstehen konnte, daß sich daraus eine Gefährdung der Einheitsgewerkschaft oder eine grundlegende Konfrontation mit der SPD ergebe.⁴¹

Ab Mitte der 50er Jahre dominierten die Industriegewerkschaften und nicht mehr der DGB die öffentlichen Debatten, weil sich die Ziele verschoben hatten. Seither ging es nicht mehr primär um die Neujustierung gesetzlicher Rahmenbedingungen, sondern darum, innerhalb dieses Rahmens die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten der 60er Jahre wurden durch das DGB-Aktionsprogramm (1955) und durch das Bremer Abkommen (1956) in der Metall- und Elektroindustrie realpolitisch orientiert.⁴² Mit dem von IG Metall und Gesamtmetall 1956 eingeschlagenen Weg einer »wachstumsbeschleunigenden Tarifpolitik«, die von einer sukzessiven Reduzierung der Arbeitszeit bei forcierter Produktivitätsentwicklung und regelmäßigen Lohnanstiegen ausging, wurde nicht nur die Tarifpolitik der 60er Jahre vorstrukturiert, sondern auch die Lokomotivfunktion der deutschen Tarifpolitik in Europa festgeschrieben.

Mit dem DGB-Grundsatzprogramm des Jahres 1963 und dem Aktionsprogramm des Jahres 1965 setzten die Gewerkschaften den Weg fort, den

39 Vgl. Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze*, Bonn 1986.

40 Vgl. hierzu die schöne Skizze von Jürgen Seifert, *Arbeitsteilung in der IG Metall in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung – am Beispiel von Otto Brenner, Georg Benz und Hans Matthöfer*, in: Georg Benz: »Wer in der Politik Verantwortung trägt, kann nicht bequem sein«. Eine Schrift zum 70. Geburtstag, hrsg. von Manfred Heckenauer u. a., Marburg 1994.

41 Dort wo nahestehende Gruppen, wie das Kuratorium »Notstand der Demokratie«, einen solchen Eindruck zu erwecken versuchten, grenzte sich der Vorstand der IG Metall entschieden ab: Die IG Metall werde »unter keinen Umständen bei der Bildung einer außerparlamentarischen Opposition mitmachen«. Sie werde sich auch »mit aller Entschiedenheit einem Versuch widersetzen, Beihilfe zur Spaltung der SPD oder der Gewerkschaftsbewegung zu leisten«. *Frankfurter Neue Presse*, 30.11.1966, zit. nach: Schneider, *Demokratie in Gefahr?* (wie Anm. 39), S. 185.

42 Vgl. Kalbitz (wie Anm. 23), S. 209.

sie Mitte der 50er Jahre eingeschlagen hatten.⁴³ Im Düsseldorfer DGB-Programm, das häufig mit dem Godesberger SPD-Programm verglichen wird,⁴⁴ erhielt die bereits seit Mitte der 50er Jahre vollzogene Verschiebung der Akzente Grundsatzcharakter. Zugleich blieb auch dieses Programm von einer konflikttheoretischen Perspektive gesellschaftlicher Reform geprägt. Die in den 60er Jahren vorhandene Dynamik zwischen den identitätsbildenden Polen Tarifpartei und politischer Verband spiegelt sich am deutlichsten in den Kontroversen zwischen Otto Brenner⁴⁵ und Georg Leber⁴⁶ wider. In Brenner, dem Vorsitzenden der IG Metall, sah man damals den Führer des »linken« und in Leber, dem Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, den Führer des »rechten« Gewerkschaftsflügels.⁴⁷ In diesen beiden Protagonisten trafen jedoch nicht nur unterschiedliche Gewerkschaftstraditionen aufeinander, sondern auch unterschiedliche Generationen (Brenner 1906 und Leber 1920 geboren), ideenpolitische Bezüge (sozialistisch versus sozial-katholisch) sowie ein divergierendes Verhältnis zur SPD nach Godesberg.

Die DGB-Gewerkschaften konzentrierten ihre programmatischen Ziele in den 60er Jahren einerseits auf das Projekt der gleichberechtigten Mitsprache, andererseits auf die vor allem tarifpolitisch durchzusetzende Verteilungsgerechtigkeit. Drei Bereiche sind dabei besonders hervorzuheben:

- 43 Hans Otto Hemmer, Stationen gewerkschaftlicher Programmatik. Zu den Grundsatzprogrammen des DGB und ihrer Vorgeschichte, in: *Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hrsg. von Erich Matthias u. Klaus von Schönhoven, Bonn 1984, S. 349–368.
- 44 Beispielsweise bei Hans Otto Hemmer: »Das Grundsatzprogramm von 1963 trug diesen politischen und den programmatischen Erfahrungen seit Beginn der 50er Jahre Rechnung und ist insofern mit dem Godesberger Programm der SPD vergleichbar. Es verzichtet auf die Formulierung von Endzielen und gesellschaftlichen Gegenentwürfen und stellt die Gewerkschaften als eine bewegende, gestaltende und integrierende Kraft in den Kontext einer demokratischen Gesellschaft und eines sozial verfaßten Rechtsstaates – das Stichwort in der Präambel dazu lautet: »Integrationsfaktor der Demokratie«. Ebd., S. 359.
- 45 Vgl. Rainer Kalbitz, *Die Ära Otto Brenner in der IG Metall*, Manuskript 1998.
- 46 Georg Leber, geb. 1920 in der Nähe von Limburg/Lahn, gelernter Maurer; von 1957 bis 1966 Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden; von 1957 bis 1983 Mitglied des Bundestages für die SPD; Bundesverkehrsminister von 1966–1972 und Bundesverteidigungsminister von 1972–1978; vgl. Christian Zentner, *Das Verhalten von Georg Leber analysiert unter dem Aspekt seiner machtpolitischen Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die sozialdemokratische Partei*, Mainz 1966.
- 47 Seifert bezeichnet Otto Brenner als einen »Mythos«, der »den vielfältigen [politischen] Hoffnungen, die mit seiner Person verbunden wurden, nicht gerecht werden« konnte; Seifert (wie Anm. 40), S. 183.

1. Die Erweiterung und Vertiefung der Mitbestimmung auf der Ebene der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung in Form einer Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses.⁴⁸ Zu diesem Zweck wurde am 6. Oktober 1965 die Aktion Mitbestimmung gegründet.⁴⁹
2. Die weitere Reduzierung der Wochenarbeitszeit und die Verlängerung des Urlaubes: Mit der 1967 eingeführten 40-Stunden-Woche konnte zugleich ein weiteres wichtiges tarifpolitisches Ziel erreicht werden; nämlich das mit dem Slogan »Samstags gehört Vati mir« geforderte erwerbsarbeitsfreie Wochenende.
3. Auf der verteilungspolitischen Ebene verfolgten die Gewerkschaften eine aktive Lohnpolitik, die sich an der Produktivitäts- und der Inflationsentwicklung orientierte sowie eine Umverteilungskomponente einschloß.⁵⁰ Neben der Erhöhung der Lohnquote wurde auch eine weitere Egalisierung der Lohn- und Gehaltsgruppen verfolgt. Insbesondere mit der Abschaffung der Ortsgruppeneinteilungen und der Annäherung der untersten Lohngruppe an die Facharbeiterecklohngruppe⁵¹ wurden auf dem Gebiet der Egalisierung in den 60er Jahren deutliche Fortschritte erreicht.⁵²

Neben einem hohen Maß an Kontinuität fallen auch einige Brüche ins Auge, wie etwa die Integration vermögenspolitischer Forderungen in die Tarifpolitik durch die IG Bau-Steine-Erden.⁵³ Protagonist dieser Politik war Georg Leber, der dabei auf katholische und sozialdemokratische Projekte gleicher Art zurückgreifen konnte.⁵⁴ In dem am 31. Mai 1961 verabschiedeten »Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer«⁵⁵ sahen auch die Befürworter aus den Gewerkschaften einen

48 Keine Berücksichtigung fanden Initiativen, die auch eine direkte »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« gefördert sehen wollten und zu diesem Zweck gar eine Novellierung des BetrVG anstrebten; Wittemann (wie Anm. 25), S. 246.

49 Vgl. Fritz Vilmar, Politik und Mitbestimmung: Kritische Zwischenbilanz – integrales Konzept, Kronberg 1977, S. 35.

50 Vgl. Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch (wie Anm. 6), S. 160ff.

51 Diese Relation veränderte sich beispielsweise in der bayrischen Metall- und Elektroindustrie zwischen 1960 und 1970 von 67 Prozent auf 75 Prozent.

52 Wolfgang Streeck, Das Zukunftsmodell – der Flächentarifvertrag, in: GM 49 (1998), S. 6 ff.

53 Vgl. Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch (wie Anm. 6), S. 164 ff.

54 Auf Gewerkschaftsseite hatte Bruno Gleitze, Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes des DGB, 1957 eine sogenannte Sozialkapitalstrategie entwickelt, die eine programmatische Orientierung für die gewerkschaftliche Debatte der 60er Jahre bildete; vgl. Das Nein zur Vermögenspolitik, hrsg. von Karl Pitz, Reinbek 1974, S. 40 f.

55 Die IG Metall kritisierte an diesem Gesetz, daß dadurch häufig nur längst bestehende freiwillige Leistungen langfristig festgelegt wurden; vgl. hierzu: Merkel (wie Anm. 4), S. LIV.

wichtigen Zwischenschritt. Denn mit dem tarifpolitischen Konzept einer Kopplung von Lohn- und Vermögensbeteiligung sollten weitergehende gesellschaftspolitische Ziele wie der Abbau der Vermögenskonzentration, die Konstituierung eines Bürgerstatus für den Arbeitnehmer wie auch eine gerechtere Verteilung verfolgt werden. Dagegen, daß diese Ziele mit vermögenspolitischen Konzepten vorangebracht werden könnten, sprachen sich die meisten DGB-Gewerkschaften aus grundsätzlichen politischen Erwägungen aus. Sie befürchteten, daß dadurch nicht der Abbau der Verteilungsgerechtigkeit gefördert, sondern die Organisation geschwächt werde. Auf dem Münchener Gewerkschaftstag der IG Metall (1968) begründete Otto Brenner seine Ablehnung damit, daß es bei diesen Konzepten nicht um mehr soziale Gerechtigkeit gehe, sondern darum, »den Arbeitnehmer stärker an den Betrieb zu binden oder ihn zu einem kleinen Kapitalisten zu machen, der über dem Besitz von ein paar Aktien die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme der Arbeitnehmer aus dem Auge verliert«. Da zudem auch wirtschaftliche Probleme dagegen sprächen, sollten vermögenswirksame Leistungen nur »zusätzlich zu den sonst möglichen Barloohnerhöhungen erfolgen«. ⁵⁶ Während die Vermögensbeteiligungspolitik von den meisten anderen Gewerkschaften abgelehnt wurde, weil man dadurch eine entpolitisierende Verschleierung der Interessengegensätze befürchtete, wurde der Tarifabschluß der IG Bau – Steine – Erden über vermögenswirksame Leistungen allgemein kopiert. Rückblickend kann man allerdings feststellen, daß die programmatischen Ziele der Vermögenspolitik nicht annähernd eingelöst worden sind.

II. Arbeitgeberverbände

Um die Veränderungen auf Seiten der Arbeitgeberverbände in den 60er Jahren einordnen zu können, wollen wir zunächst einen kurzen Blick auf deren Entstehung und Grundstruktur werfen. In der Literatur werden die Arbeitgeberverbände häufig als »Gegenverbände« ⁵⁷ begriffen, die lediglich auf die Gewerkschaften reagierten. Ihre Entwicklung zeigt jedoch, daß sie insbesondere durch ihren Beitrag zur Koordinierung von überbetrieblich festgelegten Mindestnormen mehr sind als nur »Gegenverbände«. Im 19. Jahrhundert hatten die deutschen Unternehmer ein dreigliedriges Interessenvertretungssystem aufgebaut, das aus den Industrie- und

⁵⁶ Otto Brenner auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1968, vgl. IG Metall, Protokoll des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in München, 1968, S. 215 f.

⁵⁷ Roswitha Leckebusch, Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden, Berlin 1966, S. 43.

Handelskammern, den Wirtschafts-⁵⁸ sowie den Arbeitgeberverbänden⁵⁹ bestand. Während letztere 1934 aufgelöst wurden; bestanden die beiden anderen Organisationen in veränderter Form weiter. Nach 1945 wurde die bis heute bestehende arbeitsteilige Verbandsstruktur in den meisten Branchen wiederaufgebaut. Dabei sieht die Rollenaufteilung vor, daß die Wirtschaftsverbände primär die wirtschaftspolitischen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem politischen System vertreten und die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften das Feld der Tarifautonomie bestellen. Als Dachorganisation der Wirtschaftsverbände fungiert der »Bundesverband der Deutschen Industrie«⁶⁰ (BDI), als Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände die »Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände«⁶¹ (BDA). Beschäftigtenzahl und ökonomische Stärke führten dazu, daß die Metall- und Elektroindustrie in beiden Verbandsarenen den dominanten Akteur stellten. Dabei sind die beiden Verbände in der Metall- und Elektroindustrie sehr unterschiedlich organisiert: Auf dem Gebiet der Wirtschaftsverbände gibt es 12 verschiedene Fachverbände⁶², während auf dem Terrain der Arbeitgeberverbände mit Gesamtmetall⁶³ ein Dachverband existiert, der eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der regionalen Arbeitgeberverbände einnimmt.

1. Organisationsentwicklung

Die wichtigste organisationspolitische Grundsatzentscheidung im Unternehmerlager nach 1945 bestand darin, das dreigliedrige Verbandssystem der Vorkriegszeit wieder herzustellen und die arbeitgeberverbandslose

58 Vgl. Hartmut Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband deutscher Industrieller 1895–1914*, Berlin 1967.

59 Vgl. Leckebusch (wie Anm. 57); Achim Knips, *Deutsche Arbeitgeberverbände der Eisen- und Metallindustrie 1888–1914*, Stuttgart 1996.

60 Vgl. Gerard Braunthal, *The federation of German Industry in politics*, Cornell University 1965; Siegfried Mann, *Macht der Verbände. Das Beispiel des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) aus empirisch-analytischer Sicht*, Baden-Baden 1994.

61 Gerhard Erdmann, *Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit*, Neuwied/Berlin 1966.

62 Die Wirtschaftsverbände in der Metall- und Elektroindustrie: 1. Wirtschaftsverband Stahlbau, 2. Wirtschaftsvereinigung Stahl, 3. Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V. (ZVEI), 4. Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA), 5. Deutscher Gießereiverband, 6. Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V., 7. Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA), 8. Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke e. V., 9. Wirtschaftsverband Stahlverformung e. V., 10. Verband der deutschen feinmechanischen und optischen Industrie, 11. Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V., 12. EBM-Industrie.

63 Vgl. Mallmann (wie Anm. 5).

Zeit (1934–1945) zu beenden. Obwohl nach dem Kriege in den meisten Besatzungszonen Aktivitäten zur Gründung von Arbeitgeberverbänden stattfanden,⁶⁴ blieb die Trennung in Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband in der Metall- und Elektroindustrie in der Unternehmerschaft bis in die 50er Jahre hinein umstritten. In manchen Industriebereichen, wie der Textil-, Bau- und Holzindustrie, kam es bereits Ende der 40er Jahre zur Bildung von integrierten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden. Bis heute ist auch die Trennung von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband auf der nationalen Spitzenverbandsebene umstritten. Wegen der mitunter auftretenden inneren Spannungen zwischen BDI und BDA in wichtigen sozialpolitischen Fragen; aber auch wegen der in manchen Bereichen vorhandenen Doppellarbeit⁶⁵ sowie der damit einhergehenden Reibungsverluste gab es immer wieder Versuche, diese Trennung zur Disposition zu stellen. Anfang der 60er Jahre erfolgte der erste ernsthafte Versuch, die Dachverbände von BDI und BDA zu fusionieren. Dieser Versuch scheiterte ebenso wie alle folgenden bis zum vorläufig letzten vergeblichen Anlauf, als man sich bemühte, den Umzug von Köln nach Berlin (1997) für diesen Zweck zu nutzen. Durch die Existenz konkurrierender Organisationen treten die internen Querelen zwischen verschiedenen Personen, Interessen und Kapitalfraktionen immer auch als Konflikte zwischen eigenständigen Institutionen auf.

Da die Arbeitgeberverbände im Gegensatz zu den Gewerkschaften keine Massenorganisationen sind, spricht man auch von einer Honoratiorenstruktur.⁶⁶ Dies geschieht ungeachtet der Tatsache, daß nur ein Teil der Mitglieder, die als handelnde Akteure das Verbandsleben prägen, persönlich haftende Eigentümerunternehmer sind. Dabei fallen die deutschen Arbeitgeberverbände im internationalen Vergleich durch ein vergleichsweise hohes Mitgliederniveau auf. Während sich dieses Niveau vor 1933 nur allmählich herausbildete,⁶⁷ verzeichneten die nach dem Krieg wieder entstandenen oder neu gebildeten Arbeitgeberverbände einen derartigen

64 Vgl. zu den Gründungsproblemen der Arbeitgeberverbände Ingo Tornow, *Die deutschen Unternehmerverbände 1945–1949. Kontinuität oder Diskontinuität?*, in: *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, hrsg. von Josef Becker, Theo Stammen u. Peter Waldmann, S. 235–260.

65 Darunter ist zu verstehen, daß in beiden Spitzenverbänden vergleichbare Abteilungen sich mit ähnlichen Fragen befassen. Darin sahen und sehen manche Kritiker nicht nur eine unnötige Ressourcenverschwendung, sondern auch eine Gefahr für die Durchsetzungsfähigkeit industrieller Interessenpolitik.

66 Vgl. Claus Noé, *Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963*, Berlin 1970, S. 133.

67 Vgl. Knips (wie Anm. 59).

Mitgliederzulauf, daß ihr Organisationspotential binnen kürzester Zeit weitgehend ausgeschöpft war. Beispielsweise erreichte der Verband »Württembergisch-Badischer Metallindustrieller« (VMI) ein Jahr nach seiner Gründung (18. Dezember 1947) eine Mitgliederzahl von 834. Zwischen 1948 und 1959 konnte der Verband diese Mitgliederzahl nur noch um 7 erhöhen.⁶⁸ In den 60er Jahren erreichte der Organisationsgrad der deutschen Metallarbeitgeberverbände das höchste Niveau in der Nachkriegsgeschichte: 1964 lag es bei knapp 65 Prozent, Mitte der 70er Jahre noch bei 60 Prozent (1994: 43 Prozent). Der Beschäftigtenorganisationsgrad fiel von etwa 76,6 Prozent (1964) auf 66 Prozent (1994).⁶⁹

Da der einzelne Betrieb im regionalen Arbeitgeberverband organisiert ist und dieser über eine finanzielle und satzungsrechtliche Autonomie verfügt, spricht man auch von einer dezentralen Organisationsstruktur bei den Arbeitgeberverbänden. Trotz der Existenz eines Dachverbandes mit Koordinierungsambitionen entsprechen die Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie eher dem Muster einer »lose verkoppelten Anarchie« als einem straff organisierten Verbändenetzwerk. Im Gegensatz zur IG Metall, wo alle Gliederungen Teil einer einheitlichen Struktur sind, in deren Mittelpunkt die Frankfurter Vorstandsverwaltung steht, sind die regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie in ihren Entscheidungen weitgehend autonom. Um den strategischen Handlungsnachteil, den die Arbeitgeberverbände gegenüber einer zentral agierenden IG Metall besitzen, zu kompensieren, versuchte ein Teil der Regionalverbände – beginnend in den 50er Jahren – eine straffere Koordinierung durch ihren Kölner Dachverband zu erreichen, der selbst keine Firmen, sondern nur Verbände als Mitglieder hat.

Über diese Zentralisierungsoption bestand unter den Regionalverbänden keineswegs Konsens. Im Lager der Gesamtmetall-Mitgliedsverbände standen sich seit ihrer Gründung die Gruppen der Zentralisten und der Föderalisten gegenüber.⁷⁰ Die Zentralisten wollten dem Dachverband die Kompetenz für eine bundeseinheitliche Tarifpolitik einräumen; die Föderalisten betrachteten ihren Spitzenverband lediglich als Plattform für einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch. Die ersten wichtigen Schritte zur Tarifkoordinierung unter der Federführung von Gesamtmetall erfolgten schließlich durch den 1954 zu einem Satzungsorgan aufgebauten »lohnpolitischen Ausschuß«, der nach einer 1958 realisierten Satzungsän-

68 40 Jahre VMI, hrsg. vom Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e. V., Stuttgart 1987, S. 14.

69 Vgl. Burkard Ruppert u. Wolfgang Schroeder, Austritte aus den Arbeitgeberverbänden: Eine Gefahr für das deutsche Modell?, Marburg 1996, S. 61.

70 Vgl. Eva Moser, Bayerns Arbeitgeberverbände im Wiederaufbau, Stuttgart 1990, S. 142.

derung erstmals die Möglichkeit erhielt, gemeinsame Tarifverhandlungen im Auftrag der Mitgliedsverbände zu führen.⁷¹ Die IG Metall reagierte auf die Zentralisierungsprozesse der Arbeitgeber mit der »tarifpolitischen Strategie gesteuerter Regionalisierung«.⁷² Daraufhin gelang es den Zentralisten innerhalb der Arbeitgeberverbände ihrerseits Anfang der 60er Jahre die Aktivitäten zur bundesweiten Koordinierung weiter auszubauen. Auf der Ebene des Dachverbandes wurde 1960 der lohnpolitische durch den tarifpolitischen Ausschuß abgelöst und dessen Koordinierungskompetenzen durch die neuen Verfahrensordnungen 1961 und 1962 aufgewertet. Durch die Übertragung von Kompetenzen von der Landes- auf die Dachverbandsebene wandelte sich Gesamtmetall in den 60er Jahren vom »Briefkasten« zum Koordinierungsbüro. Flankiert wurden diese Maßnahmen, die für die Verbands- und Tarifpolitik in der Metallindustrie der 60er Jahre richtungweisend waren, durch die Bemühungen der BDA zur effektiveren Koordinierung der gesamtwirtschaftlichen Lohnpolitik.⁷³ Trotz dieser Aktivitäten wurde die Entscheidungsautonomie der regionalen Arbeitgeberverbände nie grundsätzlich aufgehoben; vielmehr mußten sich der Dachverband Gesamtmetall und die BDA ihre Handlungskompetenzen gegenüber ihren Untergliederungen jeweils neu erobern.

Die internen Zentralisierungsprozesse trugen dazu bei, daß die föderalen Sondertendenzen, wie sie etwa der bayerische Verband in den 50er Jahren extensiv pflegte,⁷⁴ in den 60er Jahren gedämpft wurden.⁷⁵ Beim Blick auf die Binnenstruktur der Arbeitgeberverbände kommt den 60er Jahren daher eine Sonderstellung zu, denn vorher und danach gab es immer wieder grundlegende Infragestellungen des Dachverbandes seitens der regionalen Verbände, die bis zur Austrittsdrohung reichten.⁷⁶ Verglichen damit zeichnete sich die Verbandslandschaft der Arbeitgeber in der

71 Vgl. Wolfgang Prigge, *Metallindustrielle Arbeitgeberverbände in Großbritannien und der Bundesrepublik. Eine systemtheoretische Studie*, Opladen 1987, S. 225.

72 Vgl. ebd., S. 226.

73 Vgl. Wolfgang Gleixner, *Die Koordinierung der Tarifpolitik durch die BDA*, Diplomarbeit, Trier 1980.

74 Wie gespannt die Situation Ende der 50er Jahre war, deutet Eva Moser aus der bayerischen Perspektive an: »Die Situation hatte sich schließlich so zugespitzt, daß der VBM-Vorstand Ende Oktober 1958 einen Austritt aus dem GDM in Erwägung zog, wobei man damit rechnete, daß auch Hessen, Südbaden oder Niedersachsen den Gesamtverband verlassen wollten«. Moser (wie Anm. 70), S. 144.

75 Das Verhältnis zwischen Gesamtmetall und seinem entschiedensten Kritiker in der Frage einer strafferen Koordinierung, nämlich Bayern, entspannte sich Mitte der 60er Jahre deutlich: »Der VBM rückte von seiner Auffassung, daß die Tarifpolitik nicht zu den Aufgaben des GDM gehöre, ab und trat nun für eine möglichst weitreichende Koordinierung – unter Wahrung der eigenen Selbstständigkeit – ein«. Ebd., S. 144.

76 Vgl. Ruppert/ Schroeder (wie Anm. 69).

Metall- und Elektroindustrie in den 60er Jahren durch große Stabilität aus; zwischen 1959 und 1969 nahm der Anteil der Arbeitnehmer, die in Mitgliedsunternehmen der Arbeitgeberverbände arbeiteten, von 71 Prozent auf 77 Prozent zu.⁷⁷ Die außerordentliche Binnensolidarität der Metallarbeitgeber war nicht nur eine kollektive Reaktion auf die aus Arbeitgebersicht ungünstige Vollbeschäftigungssituation, sondern damit wehrte man sich auch gegen die Konfliktfähigkeit der IG Metall, was Dieter Kirchner, der damalige Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, so interpretierte: »In den 50er und frühen 60er Jahren ging der stärkste Druck von der damals als radikal-militant bekannten IG Metall aus. Daher nimmt es auch nicht wunder, daß die stärkste Geschlossenheit und entschiedenste Tarifpolitik stets in der Metallindustrie vorhanden war. Solidarität unter dem Druck und aus der Not geboren, verbunden mit einer realistischen und flexiblen Konzeption unserer Politik, das war und ist das Geheimnis der tarifpolitischen Erfolge in der Metallindustrie, Erfolge, die trotz aller nicht zu verkennenden Belastungen von den anderen Wirtschaftszweigen neidlos als solche anerkannt werden.«⁷⁸

2. Programmatische Entwicklung

Vor dem Hintergrund von Arbeitskräftemangel auf der einen und der nach wie vor wirkenden Systemkonkurrenz auf der anderen Seite suchten die Arbeitgeber in den 60er Jahren das bereits im vorhergehenden Jahrzehnt vergleichsweise geringe Konfliktniveau der industriellen Beziehungen noch weiter zu minimieren und zu entpolitisieren. Denn vor allem die Mitbestimmungsaktivitäten der 50er Jahre hatten dazu geführt, daß sich das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und führenden Vertretern des Unternehmerlagers verhärtete.⁷⁹ Eine ähnliche Wirkung ging vom Streit um die Lohnfortzahlung 1956/57 aus, der jedoch, wie noch zu zeigen sein wird, einen maßgeblichen Beitrag zur weiteren Befestigung der industriellen Beziehungen leistete. Arbeitgeberfunktionäre, die für ein sozialpartnerschaftliches Arrangement kämpften, sahen sich häufig in einem »Zwei-Fronten-Krieg«. Einerseits gegen eine konfliktorientierte Ge-

⁷⁷ Vgl. Mallmann (wie Anm. 5), S. 337.

⁷⁸ Dieter Kirchner, Die Notwendigkeit der Solidarität der Unternehmer. Vortragsmanuskript, 13.7.1970 (Archiv des Instituts der Deutschen Wirtschaft).

⁷⁹ In der Darstellung von Volker Berghahn (Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1985, S. 251) fällt diese Verhärtung (»Pendelrückschlag«) zu pointiert aus; vermutlich, weil er sich bei seinen Analysen zu sehr auf die Politik der BDI-Spitze konzentriert und die vergleichsweise offenere Politik der Arbeitgeber- und Fachverbände weniger berücksichtigt.

werkschaftsstrategie, die Umverteilung und qualitative Mitbestimmungsrechte anstrebte, und andererseits »gegen die ewig Gestrigen in den eigenen Reihen«. Zuweilen schien es auch so, daß sich dieser Gegensatz in den Spitzen des BDA und der BDI personifizierte.

Ausgangspunkt der Arbeitgeberaktivitäten bildete die strategische Überlegung, wie die eigenen Handlungsdefizite gegenüber der IG Metall abgebaut werden könnten. Dabei ging es nicht nur darum, die Koordinierungsfähigkeit des Dachverbandes durch innerorganisatorische Zentralisierungsprozesse zu verstärken, sondern auch um eine größere Flexibilität im Umgang mit Gewerkschaften und Staat. Zwar hatte auch in den 60er Jahren eine konfrontative Haltung gegenüber den Gewerkschaften und der »Herr im Haus-Standpunkt«⁸⁰ als ordnungspolitisches Leitbild noch nicht gänzlich ausgedient, gleichwohl wurde es zusehends an den Rand gedrängt, nicht zuletzt auf Grund der Vollbeschäftigungssituation. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer erweiterten Akzeptanz der bestehenden, nicht-paritätischen Mitbestimmungsregelungen. Zugleich wurden alle weitergehenden Formen der Mitbestimmung, wie sie in der Montanmitbestimmung festgelegt waren, ebenso vehement abgelehnt, wie bestimmte Formen der direkten Mitbestimmung am Arbeitsplatz.⁸¹ Unterstützung erhielten die Unternehmer bei ihrem Engagement gegen die erweiterte Mitbestimmung durch die sogenannte »Biedenkopfkommission«, die 1967 als Regierungskommission zur Prüfung der Montanmitbestimmung einberufen wurde und 1970 ihren kritischen Bericht öffentlich präsentierte.⁸²

Die unternehmerischen Vorstellungen zur Regulierung des wirtschaftlichen Raumes unterstellten die Unvereinbarkeit von politischer Demokratie und wirtschaftlicher Demokratisierung. Aus ihrem Verständnis war Sozialpartnerschaft durch die gegenseitige Achtung als Ordnungsfaktoren im sozialen Raum bei gleichzeitiger Minimierung des unmittelbar gewerkschaftlichen Einflusses im wirtschaftlichen und betrieblichen Entscheidungsraum bestimmt. In diesem Sinne versuchten die Unternehmer die Trennung zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaftern zu verstärken; dabei setzten sie auf lohn- und sozialpolitische Konzepte, die eine Identifizierung der Arbeitnehmer mit dem Betrieb förderten, ihre Lei-

80 Vgl. Heinz Hartmann, *Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt a. M. 1968.

81 Vgl. Berghahn (wie Anm. 79), S. 306 ff.; Michael Schneider, *Unternehmer und soziale Demokratie. Zur unternehmerischen Argumentation in der Mitbestimmungsdebatte der sechziger Jahre*, in: AfS 23 (1973), S. 243 ff.; Vilmar (wie Anm. 49).

82 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache VI/334 des deutschen Bundestages, Bonn 1970.

stungsbereitschaft verstärkten, um sie gegen offensive gewerkschaftspolitische Strategien zu immunisieren.

Von besonderer Bedeutung für die ordnungspolitische Orientierung der Arbeitgeber war das Konzept des »Schweizer Friedensvertrages«, der in der dortigen Metallindustrie 1937 abgeschlossen wurde und bis heute währt.⁸³ Während die bundesdeutschen Gewerkschaften möglichst kurze Laufzeiten bei ihren Tarifverträgen präferieren, konnte in der Schweizer Friedensordnung eine jeweils fünfjährige tarifvertragliche Laufzeit festgeschrieben werden, die zugleich den Verzicht auf den Einsatz von Streiks bedeutet. Das Schweizer Modell – zentrale Abschlüsse, lange Laufzeit und keine Streiks – bot eine normative Folie für breite Kreise der westdeutschen Unternehmerschaft, die sich deshalb auch immer wieder mit der Übertragbarkeit auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik befaßten. Von den Befürwortern einer härteren Gangart gegenüber den Gewerkschaften wurde das Schweizer Modell zudem dazu benutzt, um Kritik an der Kooperationspolitik von Gesamtmetall zu üben.⁸⁴

Für die Entwicklung sozial-harmonischer Austauschbeziehungen rekurrierten Teile der westdeutschen Arbeitgeber nicht nur auf das Schweizer Modell, sondern auch auf die Tradition der Zentral-Arbeitsgemeinschaft.⁸⁵ Dieses Projekt propagierte insbesondere Gerhard Erdmann, der bereits 1921 als Jurist bei den Arbeitgeberverbänden seine Arbeit begann und nach 1945 bis in die Mitte der 60er Jahre als Hauptgeschäftsführer der BDA wirkte. Vermutlich hat sein Wirken mit dazu beigetragen, das Konzept der Sozialpartnerschaft bei den Arbeitgebern zu verankern und sie zugleich für tripartistische Abkommen wie die Konzertierte Aktion zu öffnen.⁸⁶ Den in den 60er Jahren an die Spitze gelangten Arbeitgeberführern (Schleyer, van Hüllen, Balke) ging es jedoch weniger darum, Modelle zu realisieren, als eine möglichst konfliktminimierende, kostengünstige Tarifpolitik durchzusetzen, die zugleich gesellschaftlich integrierend wirkte. So schrieb der Gesamtmetall-Präsident Herbert van Hüllen 1964:

83 Vgl. Dieter Berwinkel, Das Friedensabkommen in der Schweizer Maschinen- und Metallindustrie und die Möglichkeiten seiner Übertragung auf die Bundesrepublik Deutschland, Diss. Freiburg 1962.

84 Vgl. Moser (wie Anm. 70), S. 167.

85 Vgl. Gerald D. Feldmann u. Irmgard Steinisch, Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985.

86 »Der runde Tisch, von dem der Gewerkschaftsführer Karl Legien einst bei der Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft sprach und um den sich heute auch weiterhin die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gemeinsamen Gesprächen versammeln, ist mehr als eine bloße Möglichkeit zur Placierung von Gesprächspartnern. Er ist Symbol für die gemeinsame Verantwortung in der Aufgabe der Wahrung und des Aufbaus der Grundlagen unserer sozialen Ordnung«. Erdmann (wie Anm. 61), S. 349.

»Man sollte weniger die Bemühungen darauf verwenden, den Streik abzuschaffen, als vielmehr die Möglichkeiten seiner Anwendung einzudämmen«⁸⁷. Um dieses Ziel zu erreichen, setzten die Metallindustriellen einerseits auf eine neue Schlichtungsordnung und andererseits auf eine »versachlichte Lohnpolitik«, die durch staatliche Maßnahmen flankiert werden könnte.

Selbst wenn sich die Unternehmerverbände in den 60er Jahren konzeptionell stärker für eine aktive Rolle des Staates öffneten, so existierte gegenüber umfassendem staatlichem Einflußstreben weiterhin ein ähnlicher Vorbehalt wie gegenüber gewerkschaftlichen Machtansprüchen im betrieblich-ökonomischen Raum. Deshalb wurden die Arbeitgeberverbände auch nicht müde, die Idee vom freien Unternehmertum, dem ein spezifisches Sendungsbewußtsein sowie eine prioritäre gesellschaftliche Stellung zukommen müsse, einzufordern. Ein Eckpunkt im ordnungspolitischen Denken der Unternehmer bestand in der staatsfreien Aushandlung von Tarifverträgen, worin man die Konsequenz aus den Erfahrungen mit der in der Weimarer Republik vergleichsweise häufig praktizierten Zwangsschlichtung sah. Auch wenn sie in diesem Sinne das Konzept der Tarifautonomie würdigten, scheuten sie doch nicht davor zurück, den Gesetzgeber dann zu Eingriffen in ihrem Interesse aufzufordern,⁸⁸ wenn sie sich davon Vorteile versprachen.

Da sich die Unternehmer aufgrund ihrer Stellung im Nationalsozialismus bis in die 60er Jahre hinein mit heftiger Kritik konfrontiert sahen, waren ihre Verbände immer wieder aufs Neue darum bemüht, solchen Vorwürfen entgegenzutreten. Mitunter spielte dies auch im Kontext von Tarifverhandlungen eine Rolle, wenn z. B. die Vergangenheit eines Funktionärs der Arbeitgeberverbände dazu Anlaß bot.⁸⁹ In einer 1962 vom BDA in Auftrag gegebenen Schrift über den Weg der deutschen Arbeitgeberverbände nach 1945 läßt sich hierzu folgende Deutung entnehmen: »Die Lage des deutschen Unternehmers nach 1945 war einzigartig und keineswegs mit der nach 1918 vergleichbar. Die Anklage, die gegen ihn erhoben wurde, und durchaus nicht nur von den Besatzungsmächten,

87 Zit. nach: Noé (wie Anm. 66), S. 51.

88 Vgl. Hoss (wie Anm. 6), S. 74.

89 Innerhalb der IG Metall spielte verschiedentlich die SS-Mitgliedschaft des Stuttgarter Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer eine Rolle. Entscheidend war in diesem Fall, daß der IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher, Häftling in Buchenwald, sich entschieden dagegen aussprach, diese Vergangenheit zu instrumentalisieren. Statt dessen erklärte er: »Die jungen Kollegen, die die Geschichte nicht kennen, müssen Schleyer nach dem beurteilen, was er heute macht. Das trägt zur Entwicklung ihres Bewußtseins viel mehr bei als seine Vergangenheit«; zit. nach: Hermann Abmayr, *Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben*, Stuttgart 1992, S. 123.

war summarisch und gehörte zu den von Jakob Burckhardt mit Recht als besonders gefährlich angeprangerten Simplifikationen der Geschichte. Was den deutschen Unternehmern vorgeworfen wurde, lief darauf hinaus, daß sie insgesamt getreue Gefolgsleute Adolf Hitlers gewesen wären, und die Vorwürfe steigerten sich in den Nürnberger Prozessen zu der grotesken Behauptung, sie hätten sich mit ihm zur Anzettelung eines zweiten Weltkrieges verschworen. Dabei wurde von mancher Seite wohlüberlegt so getan, als ob sie allein Hitler erwählt und an die Macht gebracht hätten, und außerdem unterstellt, daß es sich beim deutschen Unternehmertum um so etwas wie einen in sich geschlossenen, fest zusammengefühten Verein gehandelt hätte – Vorstellungen, die man, milde gesagt, nur als kurios bezeichnen kann; wobei ganz außer acht gelassen werden soll, daß das Ausland Hitler Hilfestellung leistete, die es der Weimarer Republik so konsequent versagt hatte. Wie die deutschen Unternehmer diese Feindschafts- und Haßwelle durchstanden, wie sie aus verlorener Position den Kampf aufnahmen und den deutschen Wiederaufbau zu den heute weltbekannten Erfolgen führten, das gehörte dann zu ihren Großleistungen.«⁹⁰

Die gesellschaftliche Defensive, in welche die Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren durch öffentliche Kritik, Besatzungsmächte, Gewerkschaften und Politik gerieten, forcierte nicht nur ihre Bereitschaft zur verbandlichen Organisierung, sondern erleichterte ihnen auch, auf die Gewerkschaften zuzugehen. Zugleich – und das mag vielleicht auf den ersten Blick als Paradox erscheinen – führte der Prozeß der inneren Abschließung, welcher als Reaktion auf die gesellschaftliche Defensive entstand, dazu, die eigenen Traditionen, Wert- und Institutionenmuster fortzuführen. Für die industriellen Beziehungen hat diese politische Defensive auf der Basis moralischer Stigmatisierung vermutlich dazu beigetragen, daß die Arbeitgeber in den 50er Jahren zwar einige Aussperrungen durchführten, aber keine größere und offensive Verbandsaussperrung. Genau darin sahen sie aber ein Defizit im Hinblick auf das von ihnen als notwendig erachtete Kräftegleichgewicht. Gemildert wurde die Defensive schließlich vor allem durch den schnellen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft, wobei jene Industrien, die vor 1933 zu den Scharfmachern gegenüber den Gewerkschaften zählten, in den 60er Jahren längst ins Hintertreffen gegenüber den exportorientierten Industrien aus dem verarbeitenden Sektor geraten waren.

90 Gert von Klass, *Unternehmer in Licht und Schatten. Der Weg der deutschen Arbeitgeberverbände*, Wiesbaden 1962, S.84.

III. Die Verhandlungen zwischen IG Metall und Gesamtmetall in den 60er Jahren

Die tarifpolitische Entwicklung der 60er Jahre war weniger durch den Gegensatz von »aktiver« und »sachlicher« Tarifpolitik oder durch die große Krise des »institutionalisierten Klassenkampfes« geprägt,⁹¹ sondern am ehesten durch die hohe Integrations- und Gestaltungsfähigkeit der Tarifpolitik. Diese schlug sich darin nieder, daß der Flächentarifvertrag⁹² als selbstverständliche Rechtsgrundlage akzeptiert wurde. Die Abstände zwischen den Tarifregionen und Tarifgruppen konnten in diesen Jahren Stück für Stück verkleinert werden. Zudem gelang es, immer neue Themen tarifvertragsfähig zu machen, so daß beinahe alle Tarifrunden als »Paketrunden« verhandelt wurden, wo die Lohn- und Gehaltserhöhung nur jeweils ein, wenngleich das wichtigste Element war. Zu den neuen Themen zählten z. B. der Rationalisierungsschutz⁹³, der Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute und die vermögenswirksamen Leistungen. Zu diesem Prozeß der scheinbar evolutionären Durchdringung wichtiger Bereiche der Arbeitswelt mittels Tarifvertrag gehörte auch der gewissermaßen informelle Kompromiß über die Indikatoren, an denen sich die Lohnfindung orientieren müsse, nämlich die Produktivität und die Inflationsentwicklung (Meinoldformel).⁹⁴ Somit rückten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zunehmend auch sogenannte qualitative Themen der Tarifpolitik, die nicht nur eine Erhöhung des Entgelts, sondern auch eine umfassendere Verbesserung der Arbeitsbedingungen verfolgten, ins Zentrum der tarifpolitischen Verhandlungspolitik.

1. Zentrale Verhandlungen mit regionaler Basis

Die tarifpolitischen Strategien von IG Metall und Arbeitgeberverbänden gingen in den 60er Jahren von scheinbar konträren Interessenlagen aus: Während in der IG Metall seit 1958 starke Kräfte auf eine betriebsnahe Tarifpolitik drängten,⁹⁵ um eine bessere Mitgliederorientierung zu erreichen,

91 Hoss (wie Anm. 6).

92 Diesen Begriff gab es in der damaligen Debatte noch nicht. Sein Aufstieg ist ein Krisenphänomen; er erscheint erst als allseits gebräuchlicher Begriff für die überbetriebliche Normsetzung, als diese in eine Legitimationskrise geraten ist; also in der zweiten Hälfte der 80er, Anfang der 90er Jahre.

93 Vgl. Günter Friedrichs, Herfried Heisler u. Bernd Röpke, Vor- und Nachteile von Rationalisierungsschutz-Abkommen aus der Sicht der Sozialpartner, Dortmund 1968.

94 Vgl. Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch (wie Anm. 6), S. 194.

95 Vgl. Merkel (wie Anm. 4), S. XXXVII.

wollten die Arbeitgeberverbände ungefähr seit der gleichen Zeit zentrale Lohnverhandlungen auf nationaler Ebene erreichen. Durchgesetzt hat sich in den 60er Jahren eine zentrale Politikvariante; nahezu alle Tarifabschlüsse wurden zentral vorbereitet und teilweise sogar zentral abgeschlossen. Diese Praxis war das Ergebnis dreier Entwicklungslinien: Erstens ist dafür die herausragende Rolle der Arbeitszeitpolitik verantwortlich,⁹⁶ denn mit dem Bremer Abkommen (1956) begann eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, die von Anfang an auf zentraler Ebene angesiedelt war. Zwischen 1956 und 1967 konnte auf diesem Wege die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden verkürzt werden. Zweitens ist diese Politik zentraler Abschlüsse auch im Zusammenhang mit dem Ausgang des Streiks um die Lohnfortzahlung in der schleswig-holsteinischen Metallindustrie (1957) zu sehen: Dieser Konflikt bildete nämlich das Sprungbrett für ein neues Schlichtungsabkommen, welches den strategischen Bedürfnissen der Arbeitgeber näher kam als denen der IG Metall.⁹⁷ Drittens war die zentrale Tarifpolitik das Ergebnis des erfolgreichen Zentralisierungsprozesses von Entscheidungen bei den Arbeitgebern, womit diese nun eher als zuvor in der Lage waren, auf gleichem Entscheidungsniveau wie die IG Metall zu agieren.

Die starke Stellung der zentralen Verhandlungsebene wirkte sich jedoch keinesfalls so aus, daß die Rolle der regionalen Ebene dadurch bedeutungslos wurde. Vielmehr kam es zu einer Konzentration auf einzelne Regionen, ohne deren Stütze die Zentralen handlungsunfähig gewesen wären. Während das Ruhrgebiet in den späten 40er und in den 50er Jahren eine zentrale Stellung für die industriellen Beziehungen besaß,⁹⁸ übernahm der Stuttgarter Raum diese Rolle in den 60er Jahren. Damals erfolgte der Aufstieg des Stuttgarter Raumes⁹⁹ zur strategischen Pilotregion für die Herstellung eines bundesweit relevanten Kräfteverhältnisses für die Tarifautonomie. Daß die Stuttgarter Region diese Rolle übernehmen konnte, dafür war nicht nur die ökonomische Stärke dieses Raumes verantwortlich, sondern auch die dort handelnden Personen. Mit dem von Mercedes Benz kommenden Hans Martin Schleyer auf Seite der Arbeitgeber und mit Willi Bleicher auf IG Metall-Seite agierten in Baden-Württemberg zwei Funktionäre, deren Einfluß die zentrale Entscheidungsfindung in außerordentlich starkem Maße förderte. 1962 schlossen die Tarifparteien der Metallindustrie in Stuttgart einen Tarifvertrag ab, der als

96 Walther Müller-Jentsch, Streiks und Streikbewegungen in der Bundesrepublik 1950–1978, in: Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften (wie Anm. 22), S. 40.

97 Vgl. Kalbitz, Otto Brenner (wie Anm. 45), S. 164 ff.

98 Berghahn (wie Anm. 79), S. 67.

99 Dort haben mit Daimler-Benz und Bosch zwei der wichtigsten Unternehmen der Metallindustrie ihren Sitz; sie nahmen in den 60er Jahren einen maßgeblichen Einfluß auf die Tarifparteien und die Tarifpolitik.

»Stuttgarter Modell«¹⁰⁰ in die Tarifgeschichte einging. Gemeint ist damit, daß der dort gefundene Kompromiß gewissermaßen automatisch auf alle anderen Regionen übertragen wurde. Dies war möglich, weil neben günstigen ökonomischen und politischen Begleiterscheinungen insbesondere die damals erreichte bundesweite Koordinierungskompetenz des Dachverbandes der Arbeitgeber die Weitergabe dieses Ergebnis in die Regionen organisationspolitisch förderte.

2. Schlichtungsabkommen

Die tarifpolitische Effizienz der 60er Jahre wird zuweilen auf die Entwicklung differenzierter Konfliktlösungsmechanismen zurückgeführt, wozu insbesondere die Schlichtungsordnung gezählt wird. Dabei taten sich die beiden Tarifparteien in den 50er Jahren sehr schwer, auf diesem Feld einen Kompromiß zu finden. Die vom DGB und der BDA in der Hattenheimer Empfehlung (1950) und im sogenannten »Margarethenhof-Abkommen« (1954) verabredeten Schlichtungsordnungen lehnten wichtige Einzelgewerkschaften ab.¹⁰¹ 1955 schlossen IG Metall und Gesamtmetall eine eigene Schlichtungsordnung ab, die jedoch die Tarifgebiete Bayern, Hamburg und das Saarland nicht erfaßte. Als die IG Metall 1959 diese Schlichtungsordnung kündigte, reagierte sie damit auf die Schadensersatzklage der Arbeitgeber von 38 Millionen DM wegen der Verletzung der Friedenspflicht im Schleswig-Holstein-Streik. Erst 1964 konnte eine neue Schlichtungsordnung vereinbart werden, die als hervorstechendes Merkmal die automatische Schlichtung nach gescheiterten Tarifverhandlungen (»Schlichtungsautomatik«) vorsah. Mit diesem Schlichtungsabkommen sahen die Arbeitgeberverbände verbesserte Chancen, die Friedenspflicht zu stärken, die Wahrscheinlichkeit des Streiks zu senken und somit einen Beitrag zur »Versachlichung« der Tarifpolitik zu leisten.¹⁰² Auch wenn die IG Metall mit der Schlichtungsautomatik eine Position in Kauf nehmen mußte, gegen die sie vehement kämpfte, konnte sie diesen Kompromiß damals als einen Beitrag begreifen, »um ihr Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie zu normalisieren«¹⁰³ und den Staat aus den Tarifbewegungen heraus zu halten.

100 Mallmann (wie Anm. 5), S. 357.

101 Vgl. Manfred Lohr, Eine empirische Untersuchung über Schlichtungsverhandlungen. Dargestellt am Beispiel der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Mannheim 1981.

102 Dieter Kirchner, Das neue Schlichtungsabkommen für die Metallindustrie, in: Sozialer Fortschritt 13 (1964), H. 1, S. 135 ff.

103 Olaf Radke, Das neue Schlichtungsabkommen aus der Sicht der IG Metall, in: Sozialer Fortschritt 13 (1964), H. 1, S. 189.

3. Streikentwicklung

In den 50er Jahren wurden die wichtigsten juristischen Grundlagen für die bundesdeutsche Streikpraxis der 60er Jahre gelegt. Entscheidende Prinzipien sind bis auf den heutigen Tag die grundlegende Stigmatisierung von Streiks, die nicht an Verfahren und Organisationen gebunden sind, die Ablehnung des politischen Streiks und das »ultima ratio«-Prinzip. In den 60er Jahren reduzierte sich die Zahl der Streiks und Ausfalltage auf ein für die bundesdeutsche Geschichte beispielloses Minimum. Während zwischen 1960 und 1970 in der gesamten bundesdeutschen Wirtschaft insgesamt 785 000 Arbeitnehmer in Streiks involviert waren, lag allein in den Jahren 1991 und 1992 diese Zahl bei 806 000. Das Auf und Ab der Streik- und Aussperrungsentwicklung sah in der Metallindustrie der 60er Jahre folgendermaßen aus:¹⁰⁴

Streikentwicklung in den 60er Jahren

Jahr	Streiks		Aussperrungen		Streiks u. Aussperrungen Ausgefällene Arbeitstage insgesamt
	Beteiligte Arbeitnehmer	Ausgefällene Arbeitstage	Betroffene Arbeitnehmer	Ausgefällene Arbeitstage	
1960	17 499	37 189	1 020	3 653	40 842
1961	15 556	15 687	0	0	15 687
1962	29 593	6 079	0	0	6 079
1963	98 014	826 681	299 288	1 314 952	2 141 633
1964	12 226	11 985	400	400	12 385
1965	4 318	10 544	712	2 812	13 356
1966	17 353	26 469	0	0	26 469
1967	96 833	61 798	180	350	62 148
1968	44 751	29 015	94	941	29 956
1969	138 365	224 345	4 060	6 195	230 540

Quelle: Hasso Spode u. a., Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland, (Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland, Bd. 15) St. Katharinen 1992.

Das im zeitlichen und internationalen Vergleich niedrige Konfliktniveau bedeutete nicht, daß die Funktion des Konfliktes als Moment des Wandels und zur Neujustierung von Kräfteverhältnissen außer Kraft gesetzt wäre. Im Gegenteil: Der große württembergische Konflikt von 1963 und die sogenannten »wilden Streiks« von 1969 haben Veränderungen in Gang gesetzt, die einen prägenden Einfluß auf die jeweils nachfolgende Phase be-

¹⁰⁴ Hasso Spode u. a., Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland, St. Katharinen 1992, S. 408 ff.

saßen. Im baden-württembergischen Streik stellte die IG Metall 1963 ihre Konfliktfähigkeit auch unter schwierigen Bedingungen unter Beweis, für die Arbeitgeber besaß die von ihr praktizierte Verbandsaussperrung¹⁰⁵ eine identitätsbildende Rolle: Erstmals hatte ein Arbeitgeberverband der Metallindustrie das Mittel der Aussperrung nach 1945 wieder im großen Maßstab angewandt, Abweichler in den eigenen Reihen wurden sanktioniert,¹⁰⁶ und die Beziehungen zu den Gewerkschaften und zur Öffentlichkeit litten unter diesem Vorgehen zunächst nicht grundsätzlich.¹⁰⁷ Deshalb glaubten sie auch, mit diesem Vorgehen endlich ihre von der NS-Hypothek ausgehende politische Defensive überwunden zu haben. Eine ähnliche Zäsur signalisierten die »wilden Streiks« des Jahres 1969.¹⁰⁸ Sie sensibilisierten die Tarifparteien nicht nur wegen der neuen Momente im Streikverhalten, sie beendeten auch die Phase einer öffentlich kaum hinterfragten zentralisierten Tarifpolitik, ohne daß es danach zu einer betriebsnäheren Tarifpolitik gekommen wäre. Aus der Perspektive der Grundarchitektur des deutschen Modells stellten die unorganisierten Streiks eine grundlegende Infragestellung der überkommenen Ordnungsvorstellungen dar. Daran änderte sich auch dadurch nichts, daß die ihnen beigemessene Bedeutung über ihre quantitative Dimension (Teilnehmerzahl und Länge) hinausreichte.

IV. Die Rolle des Staates und die Konzertierte Aktion

Eberhard Schmidt vertrat 1972 die These, daß der politische Wandel in der IG Metall-Führung der 60er Jahre vor allem auf ihr verändertes Verhältnis zum Staat zurückzuführen sei: »Insgesamt läßt sich der Wandel der Politik der IG Metall-Führung unter der verkürzten Formel begreifen: von der begrenzten Opposition gegenüber dem bürgerlichen Staat zur begrenzten Kooperation mit diesem Staat«¹⁰⁹. Es handelte sich dabei

105 Rainer Kalbitz, *Aussperrungen in der Bundesrepublik*, Köln 1979, S. 124.

106 13 Unternehmen, die sich nicht an den Aussperrungsbeschluß hielten, wurden aus dem Verband ausgeschlossen; vgl. Noé (wie Anm. 66), S. 315.

107 Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der BDA vermerkte damals: »Durch die Diskussion der Legitimität einer Abwehraussperrung in der Öffentlichkeit sei die Auffassung der Arbeitgeberseite, daß es sich dabei um eine durchaus zulässige und moralisch berechnete Kampfmaßnahme handele, bestätigt worden. Es könne nunmehr die Hoffnung gehegt werden, daß die gewonnenen Erfahrungen zu einem Partnerverhältnis führen, das auf der Basis eines gegenseitigen Respekts zu in der Zukunft fruchtbaren Auseinandersetzungen führen werde«. Protokoll Plenarsitzung Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft 5.6.1963, Archiv Handelskammer Köln, Bestand GHH 400 10146/399.

108 Vgl. Horst Kern u. Michael Schumann, *Am Beispiel der Septemberstreiks*, Frankfurt a. M. 1971.

109 Eberhard Schmidt, *IG Metall 1966–1972: Von der Opposition zur Kooperation*,

aber wohl weniger um ein verändertes Verhältnis zum Staat, sondern eher um die Einschätzung, daß der politische Wechsel an der Spitze des Staates nunmehr die Möglichkeit bieten könne, welche die Vertreter der Gewerkschaften schon immer von ihm erwarteten, nämlich sich aktiv in den ökonomischen und sozialen Prozeß einzuschalten, um soziale Gerechtigkeit und ökonomisches Wachstum zu fördern. Wenn überhaupt von einem veränderten Verständnis bezüglich der Rolle des Staates in den 60er Jahren gesprochen werden kann, dann am ehesten im Hinblick auf die Arbeitgeberverbände. Eine besondere Komponente im Verhältnis zwischen Staat und industriellen Beziehungen für den hier behandelten Zeitraum ergibt sich daraus, daß an der Spitze ein Wechsel stattfand, der eine Epoche abschloß, die in der Zeitgeschichte als »Adenauer-Ära« eingegangen ist. Mit diesem Wechsel kamen Kräfte an die Macht, die den Gewerkschaften näher standen als den Arbeitgebern.

1. Der Staat

Mit Bezug auf die 1969 publizierte Arbeit des Soziologen Jörg Weitbrecht soll an dieser Stelle die These vertreten werden, daß sowohl bei den Gewerkschaften wie auch bei den Arbeitgeberverbänden ein Interesse besteht, daß sich der Staat aus den industriellen Beziehungen heraushält: »Die Gewerkschaft muß als eine wichtige Grundlage ihrer Legitimität ihre Mitwirkung an der industriellen Normsetzung aufzeigen können. Je größer jedoch staatlicher Einfluß auf die Normsetzung ist, desto geringer wird ihr Anteil daran erscheinen müssen. Für die Arbeitgeber besteht die Gefahr, daß eine Beschränkung der Tarifautonomie eine Beschränkung ihrer Unternehmer-Autonomie an anderer Stelle, vor allem in der Preisgestaltung, nach sich ziehen würde«¹¹⁰. Diese Argumente können zwar erklären, daß beide Akteure ein hohes Interesse an einer selbstregulierten Tarifautonomie besaßen, sie geben aber keinen Aufschluß darüber, welche Rolle der Staat in den industriellen Beziehungen der 60er Jahre einnahm. Denn der mit der Tarifautonomie verbundene Verzicht auf einen »substantiellen Interventionismus«¹¹¹ bedeutet keineswegs staatliche Indifferenz. Vor allem in seiner Funktion als rechtssetzender Staat bildet dieser die »dominierende Umweltbedingung

in: Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch u. Eberhard Schmidt, *Gewerkschaften und Klassenkampf*, Frankfurt a. M. 1972, S. 62.

110 Hansjörg Weitbrecht, *Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie. Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie*, Berlin 1969, S. 251

111 Prigge (wie Anm. 71), S. 46.

industrieller Arbeitsbeziehungen«¹¹². Insbesondere durch die Verrechtlichung der Verfahren,¹¹³ was Prigge als »prozeduralen Interventionismus«¹¹⁴ bezeichnet, werden die Integrationsstrukturen der Verbände und damit indirekt auch die tarifpolitischen Verhandlungsverfahren und -ergebnisse staatlicherseits flankiert. Doch im Vergleich zur Weimarer Republik,¹¹⁵ als der Staat mit dem Instrument der Zwangsschlichtung unmittelbar und eigenständig in die tarifpolitische Entscheidungsfindung eingriff, erfolgten seine Interventionen in der Bundesrepublik bislang in der Regel indirekt und vor allem nur auf Anforderung der autonomen Tarifparteien.

Der Staat spielte in den 60er Jahren meist dann eine aktive politische Rolle auf dem Gebiet der Tarifpolitik, wenn seine eigenen Interessen tangiert wurden. Neben Stellungnahmen der Regierung zog diese z. B. den »Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums« oder die Bundesbank heran, um Verhaltensmaßregeln für die Tarifparteien zu formulieren.¹¹⁶ Anfang 1963 legte das Wirtschaftsministerium einen Bericht vor, der quasi »Lohnleitlinien« für die Tarifbewegung dieses Jahres zu formulieren versuchte.¹¹⁷ Mit der in jenem Jahr erfolgten Einrichtung des Sachverständigenrates¹¹⁸ schien eine neue Qualität regierungsamtlicher Flankierung der Lohnpolitik erreicht worden zu sein, die sehr eng mit den Vorstellungen der Arbeitgeber von einer »versachlichten Lohnpolitik« korrelierte, aber auch von den Gewerkschaften akzeptiert werden konnte, sofern davon keine direkten Eingriffe in die Tarifautonomie ausgingen. Zeitgenössische Beobachter wie der Soziologe Weitbrecht bewerteten dessen Einflußmöglichkeiten auf die Lohnpolitik jedoch eher skeptisch: »Der Sachverständigenrat ist insgesamt also die institutionell schwächste Form zur Bereitstellung gesamtwirtschaftlicher Daten, um den Spielraum der Tarifautonomie einzuengen. Eine Verstärkung findet diese Regelung nur dadurch – in Ansätzen an das schwedische Beispiel erinnernd –, daß seit Ende 1965 regelmäßig Beratungen der Spitzen der Dachverbände der Tarifparteien und des Sachverständigenrates beim Bundeskanzler oder

112 Ebd., S. 208.

113 Vgl. Rainer Erd, Verrechtlichung industrieller Konflikte. Normative Rahmenbedingungen des dualen Systems der Interessenvertretung, Frankfurt a. M. 1978.

114 Prigge (wie Anm. 71), S. 46.

115 Vgl. Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933, Berlin 1967.

116 Vgl. Hoss (wie Anm. 6), S. 74 f.

117 Vgl. ebd., S. 75.

118 Das Gesetz zum »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« wurde am 14.8.1963 verabschiedet. Vgl. Klaus Wegner, Sachverständigenrat und Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung seit 1964, Frankfurt a. M. 1985.

Bundeswirtschaftsminister stattfinden«¹¹⁹. Für die inhaltliche Aktivierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Tarifparteien war der Sachverständigenrat insofern wichtig, weil er eine zunehmend engere Kooperation auf »Spitzenebene« ermöglichte, die schließlich in der Konzertierten Aktion ihren bedeutendsten Ausdruck fand.¹²⁰

Die unzureichende Selbstregulierungsfähigkeit der metallindustriellen Tarifverbände in den 60er Jahren drückte sich vor allem darin aus, daß nur 1964 ohne die Hilfe eines »Dritten« ein Verhandlungsergebnis erreicht werden konnte.¹²¹ 1962, 1963 und 1967 war sogar die Hilfe eines Regierungsmitglieds notwendig, um einen Tarifvertrag abzuschließen. Wichtiger war jedoch, daß diese Eingriffe auf Wunsch der Tarifparteien zustande kamen und sich nur darauf konzentrierten, einen Streik zu vermeiden und eine Einigung zu erreichen. Es gab also keine direkten Interventionen, um ein politisch definiertes Ziel zu bewirken. Insofern hat staatliches Handeln im Sinne des prozeduralen Interventionismus in den 60er Jahren eine flankierende Rolle gespielt, was eher zur funktionalen Stabilisierung der Tarifautonomie denn zu ihrer Erosion beigetragen hat.

2. Die Konzertierte Aktion

Die neue Rolle des Staates spiegelte sich am deutlichsten in der Konzertierten Aktion wider. Dieses neue Instrument wechselseitiger Konsultationen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat (1967–1977) war eine Antwort auf die erste wirtschaftliche Rezession der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte der 60er Jahre. Jenseits der unmittelbar intendierten Ziele – nachhaltige Bekämpfung von Inflationstendenzen und schneller Abbau der anschwellenden Arbeitslosigkeit – stand dieses Konzept für die Idee von einer rationalen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Steuerung. Der Glaube an die politische Steuerbarkeit des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens fand seine regierungsamtliche Entsprechung im »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« (8. Juni 1967), wonach die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges sowie angemessenes Wirtschaftswachstum zentrale Ziele staatlicher Politik sein sollten.¹²²

119 Weitbrecht (wie Anm. 110), S. 219.

120 Vgl. Hermann Adam, Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, Köln 1972.

121 Vgl. Weitbrecht (wie Anm. 110), S. 197 ff.

122 »Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten

Haushaltsdefizit, Inflationsanstieg, Reduktion des Wirtschaftswachstums, Anstieg der Arbeitslosenzahlen waren die zentralen Krisenindikatoren dafür, daß der Glaube an die immerwährende Prosperität des neuen Kapitalismus ins Wanken kam. Gleich kommunizierenden Röhren korrespondierte die wirtschaftliche Krise mit einer politischen Krise, die im Rücktritt der Regierung Erhard (1966) ihren unmittelbarsten Ausdruck fand. Der Start der Konzertierten Aktion war von dem gruppenübergreifenden Willen getragen, die Krise mit einem neuen Politikmodell zu überwinden. Daß sich innerhalb der Unternehmerschaft die Bereitschaft zur Beteiligung an diesem Prozeß durchsetzte, führt Berghahn¹²³ auf drei einander ergänzende Prozesse zurück, die in der Konfrontation zweier Kapitalfraktionen verwurzelt waren: Erstens darauf, daß sich die sozialpartnerschaftliche Linie der BDA gegen die härtere BDI-Linie durchsetzen konnte, weil diese durch die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung langsam aufgeweicht worden sei. Zweitens weil sich die industriellen Strukturveränderungen zugunsten jener Branchen auswirkten, die schon in der Weimarer Republik versuchten, einen sozialen Konsens zwischen Industrie, Gewerkschaften und Staat herzustellen. Drittens habe dazu auch der Generationenwechsel beigetragen, der in den 60er Jahren langsam begann und die autoritären Einstellungen der traditionell orientierten Industrielite durch kooperative Ansätze ersetzte.

Die Unternehmer versprachen sich von einer Beteiligung an Gesprächen zur besseren Steuerung des Wirtschaftsprozesses eine Versachlichung der Tarifpolitik, um Kosten und Konflikte zu reduzieren sowie verbesserte Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Ihre Teilnahme verbanden sie mit der Bedingung, daß es keine Eingriffe in die Dispositionsfreiheit des Unternehmers geben dürfe. Für die SPD, deren Wirtschaftsminister Karl Schiller mit dem Prozeß der Konzertierten Aktion in der Anfangsphase unmittelbar verbunden war, bildete die neue Bündniskonstellation die Basis für die Etablierung einer neuen politischen Mehrheit in Deutschland.

Da die Inflationsbekämpfung und der Abbau der Arbeitslosigkeit im Zentrum der Konzertierten Aktion standen, war klar, daß der wichtigste Adressat dieser neuen Bündnispolitik die Gewerkschaften sein würden, die durch ihre Teilnahme auf eine Politik der Lohnzurückhaltung festge-

(konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Unternehmerverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.« Im § 3 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes findet die Konzertierte Aktion also unmittelbare Berücksichtigung. Kommentar zum Stabilitätsgesetz, hrsg. von Alex Möller, Hannover 1969, S. 110.

123 Berghahn (wie Anm. 79), S. 293.

legt werden sollten. Warum haben sich die Gewerkschaften auf eine Beteiligung an der Konzertierten Aktion eingelassen, wenn von vornherein feststand, daß gerade sie dazu gebracht werden sollten, von ihren Forderungen Abstriche vorzunehmen? Die zentralen Ziele der Gewerkschaften lassen sich auf vier Ebenen zusammenfassen: Erstens ging es ihnen darum, durch ihre Beteiligung den lang ersehnten sozialdemokratischen Politikwechsel herbeizuführen. Zweitens sahen sie die Chance, als gleichberechtigter gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Akteur ernst genommen zu werden und infolgedessen eine neue Qualität der Anerkennung in Deutschland zu erlangen. Drittens wollten sie darauf hinarbeiten, daß der Staat als sozialer Staat einen maßgeblichen Beitrag zur sozialen Verteilungsgerechtigkeit leiste und somit das Prinzip der sozialen Symmetrie verfolge. Viertens betrachteten die Gewerkschaften die Politik der Globalsteuerung auf der Basis einer keynesianischen Antikrisenpolitik als die modernste und sozialste wirtschaftspolitische Interventionsform. Ihre Teilnahme knüpften sie an die Bedingung, daß es keine durch die Konzertierte Aktion fixierte Lohnleitlinien gäbe, denn solche würden einen fundamentalen Eingriff in die Tarifautonomie bedeuten.

Trotz positiver Signale zur Teilnahme an der Konzertierten Aktion, die insbesondere von den Gewerkschaftsvorsitzenden propagiert wurde, tobte eine heftige innerorganisatorische Auseinandersetzung darüber, ob sich die Teilnahme nicht doch negativ für die Gewerkschaften auswirke.¹²⁴ Man befürchtete, daß die Konzertierte Aktion nicht zur sozialen Symmetrie, sondern zur »Verschleierung wirklicher Tatbestände« führen würde, an deren Ende sich »die Gewerkschaften mit ihren Forderungen der Koalitionspolitik unterzuordnen« hätten. Weil viele solche »nachteiligen Auswirkungen für die weitere Tarifpolitik« befürchteten, gab es auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag 1968 in München eine derart polarisierte Debatte, daß es vermutlich nur dem engagierten persönlichen Einsatz Otto Brenners zu verdanken war, daß die Widerstände letztlich relativiert und aufgebrochen werden konnten. In der Münchner Kampfabstimmung votierten 200 gegen 163 Delegierte für das Verbleiben in der Konzertierten Aktion.

Damit die Bundesrepublik der Inflationsfalle entgehe, sollten die Gewerkschaften auf der Basis von Orientierungsdaten zur lohnpolitischen Mäßigung bewegt werden.¹²⁵ Tatsächlich blieben die Tarifvereinbarungen zwischen 1967 und 1969 im Rahmen des anvisierten Korridors. Da sich jedoch bald nach Beginn der Konzertierten Aktion die ökonomische Lage

124 Vgl. Protokoll des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in München 2.-7.9.1968 (wie Anm. 56).

125 In den neun Tarifrunden zwischen 1967 und 1976 lagen die jährlichen nominellen Tarifsteigerungen in vier Jahren unterhalb der gesetzten Orientierungsdaten. Für den Bereich der Metall- und Elektroindustrie stellte die Konzertierte Aktion

sprunghaft verbesserte, lagen die unter dem unmittelbaren Eindruck der Krise abgeschlossenen und länger wirkenden Tarifverträge bald unterhalb der Produktivitätsentwicklung. Darauf reagierten einzelne gut organisierte Belegschaftsgruppen mit spontanen Streiks im September 1969 und korrigierten damit die Lohnentwicklung zu ihren Gunsten. Sie schöpften aber nicht nur den Verteilungsspielraum adäquater aus als die laufenden Tarifverträge, sondern sie bereiteten auf diesem Wege auch eine offensive Gangart in der Tarifpolitik vor, so daß in den Jahren 1970 bis 1973 die Abschlüsse weit oberhalb der Vorgabedaten der Konzertierten Aktion lagen. Die spontanen Streiks des Jahres 1969 zeigten, daß die Beteiligung von Mitgliederverbänden in konzertierten Arrangements höchst fragil ist und sie um ihrer Verpflichtungsfähigkeit willen die politischen Tauschobjekte immer aufs neue plausibel vermitteln müssen.

Mit der Einrichtung der Konzertierten Aktion wurde in Deutschland ein Politikwechsel möglich, der den interventionsstarken Staat ins Zentrum rückte, die Moderationsfähigkeit der SPD unter Beweis stellte und den Gewerkschaften ein zuvor kaum erreichtes Maß an Anerkennung sicherte.¹²⁶ In diesem Sinne hat die Konzertierte Aktion zur Stabilisierung des deutschen Modells industrieller Beziehungen beigetragen und den beteiligten Akteuren indirekte Organisationshilfen¹²⁷ gegeben, die ihre Handlungs- und insbesondere ihre Verpflichtungsfähigkeit gestärkt haben. Das deutsche Modell industrieller Beziehungen erfuhr in der Konzertierten Aktion eine Revitalisierung, die seine Handlungsfähigkeit auf einer höheren Stufe sicherte. Von der Substanz, die in dieser Phase gelegt worden ist, konnte das deutsche Modell in den letzten drei Jahrzehnten zehren.¹²⁸

keine grundsätzliche Präjudizierung der Tarifpolitik dar. Die niedrigen Tarifabschlüsse der Jahre 1968/69 und 1973/75, 1976 sind keine Besonderheit der Konzertierten Aktion. Auch in anderen Phasen der bundesdeutschen Geschichte akzeptierte die IG Metall Tarifabschlüsse (z. B. 1994), die in der Nähe der Inflationsrate lagen, ohne daß es eine konzertierte Aktion gegeben hätte. Auffallend ist, daß die Tarifabschlüsse lediglich in den ersten beiden Jahren im Rahmen der Vorgaben lagen.

126 An dieser Stelle ist kein Gesamturteil über die Konzertierte Aktion intendiert. Es geht lediglich um eine Annäherung an ihre Wirkung auf die industriellen Beziehungen in der Endphase der 60er Jahre.

127 Ihren unmittelbarsten Ausdruck fanden diese Hilfen in der Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes (1972), die dazu beitrugen, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eine breitere Basis erhielt, wovon insbesondere die Beziehung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft profitierte.

128 Unabhängig von den positiven Auswirkungen, die die Beteiligung der Gewerkschaften an der Konzertierten Aktion mit sich brachte, ist dieses Bündnis schließlich zerbrochen und hat hinsichtlich einer Verbesserung der Rahmenbedingungen ab einem bestimmten Punkt keine positive Wirkung mehr entfalten können.

V. Versuch einer ersten Bilanz

Die Phase zwischen 1945 und 1955 stellte ein politisches Erprobungsjahrzehnt dar, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Staat erst langsam an Interaktionskompetenz, Rollengewißheit und Interessenformulierungskapazität gewannen. Dabei bewegten sich die Akteure der industriellen Beziehungen auf einer strukturellen Grundlage, die nur geringfügig modifiziert war gegenüber jener im Kaiserreich und der Weimarer Republik.¹²⁹ In den späten 40er und frühen 50er Jahren setzte der Gesetzgeber mit dem Tarifvertrags-, Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetz die wichtigsten Rahmenbedingungen. Weitergesteckte Ziele, wie die seitens der Gewerkschaften geforderte wirtschaftliche Neuordnung oder die von den Arbeitgeberverbänden verfochtene konfliktfreie Konsenskultur, wurden nicht Realität.¹³⁰ Mitte der 50er Jahre wurden die programmatischen und organisationspolitischen Weichen für die industriellen Beziehungen gestellt. Bei der Weiterentwicklung dieser Grundstruktur erreichten die Beziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Staat in den 60er Jahren ein außerordentlich hohes Niveau an pragmatischer Zusammenarbeit, ohne daß die jeweiligen Leitbilder von der »gerechten« industriellen Ordnung obsolet wurden.

Im Anschluß an die weitreichenden, gleichsam unrealisierten Projekte und ungelösten Verfahrensprobleme der 50er Jahre entwickelte sich nach dem großen Konflikt in der baden-württembergischen Metallindustrie von 1963 bis Ende der 60er Jahre eine derart enge Kooperationspolitik zwischen den Spitzen von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat wie nie zuvor und nie danach in der bundesdeutschen Geschichte. Geprägt wurden diese Kontakte durch eine Fülle grundlegender Übereinstimmungen. Inhaltlich rechneten die Arbeitgeber damit, daß sie durch die Zentralisierung den eigenen verhandlungspolitischen Nachteil im Kontext der Vollbeschäftigungssituation am besten relativieren könnten. Die IG Metall setzte darauf, daß durch eine Zentralisierung der Verhandlungsebene am besten das Prinzip gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik realisiert werden könnte. Voraussetzung für diese Stabilität war im Bereich der Gewerkschaften eine politische und materielle Zentralisierung der Ressourcen beim Frankfurter IG Metall-Vorstand bei einer gleichzeitigen Zentrierung der Konfliktfähigkeit auf den Stuttgarter Raum. Währenddessen ließen die Arbeitgeber ihre traditionell dezentrale Ressourcenverteilung unangetastet; statt dessen werteten sie lediglich ihre zentralen Entscheidungskompetenzen

129 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 198.

130 Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung* (wie Anm. 36).

nachhaltig auf. Auf der Basis einer florierenden Ökonomie wirkte die kollektive Tarifpolitik als »Rationalisierungspeitsche«. Einigungsmöglichkeiten wurden durch die Existenz einer informellen verteilungspolitischen Kompromißformel (Meinoldformel) erhöht. Durch die Zentralisierung konnten die Entgeltstrukturen und Niveaus sukzessive republikweit angenähert sowie zusätzliche neue tarifpolitische Felder (Rationalisierungsschutz, Absicherung der Vertrauensleute, Vermögensbildung etc.) erschlossen werden.

Trotz des hohen Grades verfahrensorientierter Integration zwischen den opponierenden Tarifparteien und einer starken Vernetzung mit dem Staat kann allerdings auch für die 60er Jahre nicht von einer »Automatisierung des sozialen Fortschritts«¹³¹ gesprochen werden. Es bedurfte auch in dieser Zeit der glaubhaften Drohung oder des realen Einsatzes mit vorhandenen Konfliktressourcen: Von den acht Tarifbewegungen im Metallbereich zwischen 1960 und 1970 endeten fünf auf der Ebene zentraler Verhandlungen; der Versuch, die Tarifautonomie zu Gunsten einer makroökonomischen Globalsteuerung zu relativieren, scheiterte. Während die politisch gewollte Zentralisierung in den Gewerkschaften zu einer abnehmenden Bindewirkung gegenüber der zu aktivierenden Mitgliedschaft führte, schien die Einbindung der Arbeitgeberverbände eher eine stabilisierende Wirkung auf ihre Mitgliederbindung auszuüben: Auf der Ebene materieller Politik konnte durch die Zentralisierung der Tarifpolitik eine stärkere Egalisierung der sozialen und materiellen Lebensbedingungen in Deutschland verfolgt werden. Sowohl die Lohndifferenzen zwischen den einzelnen Arbeitnehmergruppen wie auch die zwischen den Regionen (Ortsklassen) reduzierten sich in dieser Zeit deutlich. Zugleich wurde die Arbeitszeit verkürzt und die Verteilungsgerechtigkeit verbessert (bereinigte Lohnquote); die »wilden Streiks« des Jahres 1969 zeigten, wo die Grenzen einer zentralen Einkommens- und Lohnpolitik liegen und welche Probleme hinsichtlich der Integration der Beschäftigten auftreten können, wenn die Einflußlogik über die Mitgliederlogik dominiert.

Die Beziehungen zwischen den Tarifparteien standen in den 60er Jahren in Kontinuität mit den Projekten, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre begonnen wurden, und sie stellen eine Brücke zu jenen Projekten, die in der 70er Jahren fortgeführt wurden. Die »wilden Streiks« demonstrierten die Grenzen einer Strategie des zentral organisierten sozialen Ausgleichs. Als Reaktion darauf wurden in den folgenden Jahren die regional- und basisorientierten Formen der Konfliktlösung wieder stärker akzentuiert. Somit stellten die »wilden Streiks« die strukturelle Entwicklung des ganzen Jahrzehnts in Frage und öffneten das Tor zu einer weniger staats- und spitzenverbandsorientierten Tarifpolitik.

131 Pirker, Gewerkschaften (wie Anm. 14), S. 114.

Die Verbände der Tarifpolitik waren auch in den 60er Jahren mit Integrationsproblemen und grundlegenden Anfechtungen der Besonderheiten des deutschen Organisationsmodells konfrontiert. Auch damals war es nicht möglich, eine konsensuale Definition dessen zu finden, was unter Sozialpartnerschaft zu verstehen wäre, zumal bereits dieser Begriff von einem Teil der Beteiligten als inakzeptabel zurückgewiesen wurde. Dahrendorf hat Anfang der 60er Jahre auf die besondere Struktur der industriellen Beziehungen in Deutschland hingewiesen, indem er die permanente Infragestellung dessen was dort passiert, »die unermüdliche Suche nach endgültigen Lösungen« als ein charakteristisches Moment auffaßte: »Denn die industrielle Demokratie in Deutschland ist im Grunde stets industrielle Utopie gewesen. Ihr Motiv war der Griff nach der ein für allemal gerechten Lösung, damit dieselbe Suche nach Gewißheit und dieselbe Angst vor der widerspruchsvollen Vielfalt der Wirklichkeit, die in anderem Gewande die deutsche Wissenschaft beherrscht [...]«. ¹³²

¹³² Dahrendorf (wie Anm. 129), S. 187.

Karl Gabriel

Zwischen Aufbruch und Absturz in die Moderne. Die katholische Kirche in den 60er Jahren

Für keine Institution und soziale Gruppe in der deutschen Gesellschaft dürften die 60er Jahre von ähnlich weitreichender Bedeutung gewesen sein wie für die katholische Kirche und die Katholiken. Sie brachten mit dem Zweiten Vatikanum und seinen Umsetzungsbemühungen in Deutschland einen unerwarteten Auf- und Umbruch zugleich. Vom Tridentinum bis in die unmittelbare Vorkonzilszeit hinein zieht sich durch die neuzeitliche katholische Christentumsgeschichte eine dominierende und sich stets aufs neue durchsetzende Linie der Abgrenzung gegenüber der modernen Welt insgesamt wie gegenüber einzelnen Umweltsegmenten. Die Abgrenzung richtete sich gegen den Verlust der eigenen Monopolstellung in der westlichen Christenheit durch den Protestantismus, gegen die europäische Aufklärung und ihren Anspruch des autonomen menschlichen Vernunftgebrauchs sowie gegen die Deutungsversuche der modernen Welt in den Ideologiesystemen des Liberalismus und Sozialismus.¹ Der Widerspruch galt jener Transformation, die heute in der Gesellschaftstheorie relativ unbestritten als Kern des gesellschaftlichen Umbaus zur Moderne hin betrachtet wird: der Umstellung des dominierenden Differenzierungsprinzips von hierarchischer Schichtung auf funktionale Differenzierung.² Über Jahrhunderte sich hinziehende Konflikt-

1 Vgl. Karl Gabriel, Die neuzeitliche Gesellschaftsentwicklung und der Katholizismus als Sozialform der Christentumsgeschichte, in: Zur Soziologie des Katholizismus, hrsg. von Karl Gabriel u. Franz-Xaver Kaufmann, Mainz 1980, S. 201–225; Karl Gabriel, Die Interpretation des II. Vatikanums als interdisziplinäre Forschungsaufgabe, in: Das II. Vatikanum – christlicher Glaube im Horizont globaler Modernisierung. Einleitungsfragen, hrsg. von Peter Hünermann, Paderborn u. a. 1998, S. 35–47, hier: S. 35.

2 Vgl. Niklas Luhmann, Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992, S. 42.

felder waren die Autonomie- und Souveränitätsansprüche des modernen Staats, eine von ständischen Fesseln gelöste Ökonomie, die sich nach eigenen Gesetzen entwickelnde moderne Wissenschaft, die Ausbildung einer Sphäre medialer und diskursiver Öffentlichkeit und laikaler Kultur, um nur die wichtigsten zu nennen.³ Die Abgrenzung der katholischen Kirche manifestierte sich in einer Abkapselung gegenüber den Diskursen, in denen systemübergreifende wie systemspezifische Semantiken und Selbstverständnisse des modernen Lebens sich herausbildeten. Die kommunikative Verengung wurde lange Zeit durch die feste Erwartung abgestützt, die moderne Welt werde in einem verhängnisvollen Absturz enden. Sie verdanke sich einem schon mit dem Aufstand der Reformatoren gegen die kirchlichen Autoritäten beginnenden Abfall von Gott und könne deshalb keinen Bestand haben.

Vor diesem Hintergrund bekommt die Gesamttendenz des Zweiten Vatikanischen Konzils ihre scharfen Konturen. Vom Konzil ging das eindeutige Signal aus, die Fundamentalopposition gegenüber der modernen Welt zu beenden und an deren Stelle Dialog und Kommunikation zu setzen.⁴ Auch in Deutschland waren katholische Kirche und Katholizismus in den 60er Jahren geprägt von dem Versuch, einen inneren Modernisierungsprozeß in Gang zu bringen und sich selbst in veränderter Weise in der Gesellschaft zu verorten. Gleichzeitig geriet die katholische Kirche in eine Wandlungsdynamik, die ihre im Umbruch zur Moderne entwickelte Sozialform zu erodieren begann. Aufbruch und Absturz in die Moderne liegen zeitlich nah beieinander. In der Bundesrepublik waren es zwei Ereignisse, nur durch eine Zeitspanne von sechs Jahren voneinander getrennt und den Spannungsreichtum des Jahrzehnts in besonderer Weise symbolisierend: das Jahr 1962 mit der von großen Hoffnungen begleiteten Eröffnung des Konzils auf der einen Seite und das Jahr 1968 mit dem Erscheinen der Enzyklika »*Humanae vitae*« und den offen ausbrechenden Konflikten im deutschen Katholizismus andererseits. Die folgende Darstellung erhält ihr Profil vom angesprochenen Spannungsreichtum. In einem ersten Schritt geht es um den mit dem Konzil und seiner Rezeptionsgeschichte in Deutschland verbundenen Aufbruch. In einem zweiten

3 Vgl. Hermann-Josef Große Kracht, *Kirche in ziviler Gesellschaft. Studien zur Konfliktgeschichte von katholischer Kirche und demokratischer Öffentlichkeit*, Paderborn u. a. 1997, S. 87–115.

4 Otto Hermann Pesch, *Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965)*, Würzburg 1993; Joseph A. Komonchak, *Das II. Vatikanum und die Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Liberalismus*, in: *Vatikanum II und Modernisierung. Historische, theologische und soziologische Perspektiven*, hrsg. von Franz-Xaver Kaufmann u. Arnold Zingerle, Paderborn u. a. 1996, S. 147–169; Giuseppe Alberigo, *Das II. Vatikanum und der kulturelle Wandel in Europa*, in: *Das II. Vatikanum* (wie Anm. 1), S. 139–157.

Schritt steht der in den gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsschub der 60er Jahre eingebundene Umbruch von Kirche und Katholizismus im Mittelpunkt.

I. Das Jahrzehnt des Aufbruchs der katholischen Kirche in der Bundesrepublik

Als im Herbst 1958 unter großer Anteilnahme der deutschen Katholiken Pius XII. starb und der bereits 77jährige Kardinal von Venedig, Angelo Giuseppe Roncalli, als Johannes XXIII. seine Nachfolge antrat, standen die Zeichen für die zeitgenössischen Beobachter in der katholischen Kirche keineswegs auf Aufbruch. Die Wahl wurde überwiegend als Entscheidung des Kardinalskollegiums für einen Übergangs-, bzw. Kompromiß-, wenn nicht gar für einen Verlegenheitskandidaten gedeutet. In Deutschland stieß zunächst nicht einmal die überraschende, ohne Vorprüfung durch die Kurie erfolgte Ankündigung eines Konzils durch Johannes XXIII. am 25. Januar 1959 auf ein besonders ausgeprägtes Interesse. Jedenfalls berichtete das Kirchenblatt des Bistums Münster im Jahr 1959 nur sehr spärlich über das Vorhaben.⁵ Auch die Voten, die die deutschen Bischöfe wie der gesamte Weltepiskopat im Vorfeld des Konzils auf Anfrage des Papstes nach Rom schickten, ließen noch wenig von dem ahnen, was sich nur wenige Jahre später ereignen sollte.⁶ Eine gewisse Ausnahme bildete das Votum Kardinal Döpfners, das auch zu großen Teilen in das gemeinsame Antwortschreiben der deutschen Bischöfe vom 27. April 1960 eingegangen ist. Hier lassen sich Anklänge an das erkennen, was das Konzil bewegte und seine Entscheidungen prägte: Ökumene, Liturgiereform, Stellung der Laien in der Kirche, Verhältnis von Papsttum und Bischofsamt und die Entwicklung eines Menschen- und Weltbildes, »das den Vorstellungen des neuzeitlichen Menschen ebenso entspricht, wie den Anforderungen des Evangeliums«.⁷ Ein explizites Klima des Aufbruchs entstand erst mit Beginn des Konzils aus der Dynamik der versammelten Bischöfe heraus. Entscheidend wurde der in den Kommissionswahlen sich ausdrückende Wille der Bischöfe, nicht einfach das zu approbieren, was bereits unter kurialem Einfluß vorbereitet war, sondern eigenständi-

5 Wilhelm Damberg, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945 – 1980, Paderborn u. a. 1997, S. 223–236.

6 Klaus Wittstadt, Perspektiven einer kirchlichen Erneuerung – Der deutsche Episkopat und die Vorbereitungsphase des II. Vatikanums, in: Vatikanum II und Modernisierung (wie Anm. 4), S. 85–106; Viktor Konzemius, Die Modernisierungsproblematik in den Voten europäischer Episkopate, in: Vatikanum II und Modernisierung (wie Anm. 4), S. 107–129.

7 Wittstadt (wie Anm. 6), S. 95.

ge Wege zu gehen.⁸ Die deutschen Bischöfe, aus deren Reihen wichtige Impulse zur Selbstfindung des Konzils gekommen waren, brachten insbesondere von der ersten Sitzungsperiode im Jahr 1962 eine ausgeprägte Aufbruchstimmung mit, die dem Konzil als Ereignis großer Hoffnungen unter den deutschen Katholiken erst zum endgültigen Durchbruch verhalf. Dem wenig später skeptischer sich äussernden neuen, profilierten Bischof von Münster Joseph Höffner wurde – wie er in der Bistumszeitung berichtete – die erste Sitzungsperiode zu einem »Erlebnis ungewöhnlicher Art«, das durch Offenheit, das Hinwegfegen von Tabus und durch die vom Papst selbst bestärkte »heilige Freiheit der Kinder Gottes« geprägt war.⁹

Schon 1963 – inzwischen war Paul VI. auf Johannes XXIII. gefolgt – mischten sich besorgte Töne in den Optimismus, mit dem Bischof Höffner vom Konzil berichtete.¹⁰ In Deutschland kündigte sich mit der von Böckenförde schon im Jahr 1961 eröffneten und bald schärfer kirchenkritische Züge annehmenden Debatte um die Rolle der Kirche im Nationalsozialismus eine neue öffentliche Bewußtseinslage an. In das Jahr 1963 fällt sowohl die Publikation und heftige Diskussion um Rolf Hochhuths dokumentarisches Theaterstück »Der Stellvertreter« als auch Carl Amerys scharfe Kritik des Milieukatholizismus in seinem Buch »Die Kapitulation«.¹¹

Unmittelbare Bedeutung für die deutsche Kirche erhielt schon ab 1964 die vom Konzil im Jahr zuvor beschlossene Liturgiereform.¹² Sie führte zur sukzessiven Einführung der Landessprache in die Liturgie und zu einer weitgehenden Reform der Meßliturgie, die an die liturgische Bewegung anknüpfte, gleichzeitig aber auch eine gewisse Tendenz zur pastoralen und pädagogischen Zweckbestimmung erkennen ließ.¹³ Zu den zentralen, auch für die deutsche Kirche folgenreichen Beschlüssen des Konzils gehörte die Neuorientierung des Kirchenverständnisses nach innen in der dogmati-

8 Erwin Gatz, Deutschland. Alte Bundesrepublik, in: Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 1, Mittel-, West- und Nordeuropa, hrsg. von Erwin Gatz, Paderborn u. a. 1998, S. 53–131, hier: S. 99.

9 Damberg (wie Anm. 5), S. 242.

10 Ebd.

11 Gatz (wie Anm. 8), S. 100.

12 Gottesdienst – Kirche – Gesellschaft. Interdisziplinäre und ökumenische Standortbestimmung nach 25 Jahren Liturgiereform, hrsg. von Hansjakob Becker u. a., St. Ottilien 1991; Pesch (wie Anm. 4), 105–131; Klemens Richter, Liturgiereform als Mitte einer Erneuerung der Kirche, in: Das Konzil war erst der Anfang. Die Bedeutung des II. Vatikanums für Theologie und Kirche, hrsg. von Klemens Richter, Mainz 1991, S. 53–74.

13 Alfred Lorenzer, »Sacrosanctum Concilium«: Der Anfang der »Buchhalterei«. Betrachtungen aus psychoanalytisch-kulturkritischer Perspektive, in: Gottesdienst – Kirche – Gesellschaft (wie Anm. 12), S. 153–161.

schen Konstitution *Lumen Gentium* »Über die Kirche« und nach außen in der Pastoralconstitution *Gaudium et spes* »Über die Kirche in der Welt von heute«. Neuland betrat das Konzil insbesondere dort, wo es die Kirche als ein »wanderndes Volk Gottes« beschrieb, das auf dem Weg durch die Zeit notwendig als geschichtliche Größe seine Gestalt verändert. Weil der herkömmliche juristisch-klerikalistische Anstaltsbegriff von Kirche nicht gänzlich überwunden wurde, stand dem Bild der Kirche als Gemeinschaft spannungsreich das Bild von der hierarchischen Gnadenanstalt gegenüber. Die nachkonziliaren Konfliktlinien um eine angemessene Interpretation der Konzilstexte waren damit gewissermaßen vorgegeben.¹⁴ Im Außenverhältnis revolutionierte das Konzil die bisherige kirchliche Position dort am deutlichsten, wo es eine positive Wendung zur Menschenrechtsidee vollzog, zu deren in der Würde des Menschen begründeten Menschenrechten auch die Religionsfreiheit zählte, auch außerhalb der katholischen Kirche ekklesiale Wirklichkeiten anzuerkennen bereit war und ihr Verhältnis zur geschichtlichen Welt als Dienst vornehmlich an Armen und Bedrängten verstanden wissen wollte.¹⁵

Für die Umsetzung des konziliaren Aufbruchs in der deutschen Kirche wurde bald die ambivalente Haltung des Sozialwissenschaftlers unter den deutschen Bischöfen, Josef Höffner, charakteristisch. Damberg beschreibt die sich noch während des Konzils verändernde Haltung Höffners so: »Freilich scheint die Euphorie des Konzilsbeginns rasch verfliegen zu sein: Bereits im Herbst 1963 machte sich bei Höffner Skepsis bemerkbar, die seit der Jahreswende 1964/65 immer deutlicher formuliert wird: Einmal registrierte er eine zunehmende kritische Haltung der öffentlichen Meinung gegenüber der Kirche, zweitens eine sich (trotz des Konzils) fortsetzende schleichende Entkirchlichung, drittens im Innern des Katholizismus eine ›Gärung und Unsicherheit‹, die einerseits aufgestaut, andererseits durch das Konzil freigesetzt sei.«¹⁶

Die Impulse des Konzils wandten sich in der unmittelbaren Nachkonzilszeit stärker nach innen als nach außen und führten zu einer Reihe von Maßnahmen zur Reorganisation.¹⁷ Das Konzil hatte im Dekret »*Christus Dominus*« den nationalen Bischofskonferenzen zum ersten Mal einen formellen Status verliehen. Entsprechend konstituierte sich schon im März 1966 die bisherige Fuldaer Bischofskonferenz als »Deutsche Bi-

14 Hermann J. Pottmeyer, *Modernisierung in der katholischen Kirche am Beispiel der Kirchenkonzeption des I. und II. Vatikanischen Konzils*, in: *Vatikanum II und Modernisierung* (wie Anm. 4), S. 131–146.

15 Komonchak (wie Anm. 4), S. 147–170; Elmar Klinger, *Das Aggiornamento der Pastoralconstitution*, in: *Vatikanum II und Modernisierung* (wie Anm. 4), S. 171–187.

16 Damberg (wie Anm. 5), S. 255.

17 Gatz (wie Anm. 8), S. 104–107.

schofskonferenz« neu und schloß nun auch die Weihbischöfe ein. 1968 kam es zum rechtlichen Zusammenschluß der Diözesen zum »Verband der Diözesen« als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit weitreichenden Aufgaben des interdiözesanen Finanzausgleichs und der Finanzierung überdiözesaner Aufgaben. Die vom Konzil avisierte aktive Rolle der Laien in der Kirche fand ihren Ausdruck in der Einführung von beratenden Gremien von den Pfarrgemeinderäten bis zu den Diözesanräten. 1966/67 fanden die ersten Wahlen zu den neuen kirchlichen Räten statt, wobei die Wahlbeteiligung unter der Zahl der regelmäßigen Kirchenbesucher blieb. Die neue Rätestruktur reichte bis in die veränderte Zusammensetzung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken hinein. Dem aus dem Jahr 1967 stammenden neuen Statut entsprechend setzte sich nun der von den deutschen Bischöfen anerkannte Zusammenschluß der Katholiken aus Vertretern der Verbände, der Räte und berufener Mitglieder zusammen. Heinz Hürten hat darauf hingewiesen, daß die Reorganisationsprozesse in der Nachkonzilsphase insgesamt eine deutliche Verkirchlichungstendenz des deutschen Katholizismus erkennen ließen und damit in Kontrast zum weltbezogenen Anliegen des Konzils stünden.¹⁸ Tatsächlich erhielt der Aufbruch des Konzils in der deutschen Rezeption eine nicht verkennbare »Wende nach innen«.¹⁹ Im Zentrum stand die Reform der liturgischen Texte und Formen, die Kanalisierung der geforderten Mitwirkung der Laien in ein die strukturellen Machtverhältnisse weithin unberührt lassendes Räte-system und die Konstitution der Bischofskonferenz als ein zentrales, handlungsfähiges Gremium der katholischen Kirche in der Bundesrepublik.

Der durch die Konzilsdynamik entwickelte hohe Erwartungsdruck einerseits und der nur gebremst zum Durchbruch kommende Aufbruch andererseits erzeugten innerkirchlich gegen Ende des Jahrzehnts ein Klima von Enttäuschung, Verunsicherung und Krise.²⁰ Einen Selbstverständnis und Struktur der Kirche empfindlich treffenden Ausdruck fand die Krise in einer Welle von Amtsniederlegungen gerade jüngerer Priester. Paul VI. sah sich genötigt, in der Enzyklika »Sacerdotalis caelibatus« aus dem Jahr 1967 die Beibehaltung des Pflichtzölibats zu betonen, ohne damit ein Ende der innerkirchlichen Diskussion verfügen zu können. Als sich der Papst 1968 dem Mehrheitsgutachten der von ihm selbst einberufenen Kommission verweigerte und in der Enzyklika »Humanae vitae« alle Formen einer »künstlichen« Empfängnisverhütung verwarf, verlor der kirchliche Autoritätsanspruch in Fragen von Sexualität und Lebens-

18 Heinz Hürten, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960*, Mainz 1986, S. 256.

19 Damberg (wie Anm. 5), S. 257.

20 Gatz (wie Anm. 8), S. 107–108.

führung unter der Mehrheit der Katholiken offenkundig an Geltung. Die deutschen Bischöfe suchten mit ihrer »Königsteiner Erklärung« dem Autoritätsverfall die Spitze zu nehmen, indem sie auf die Letztverantwortlichkeit des persönlichen Gewissens verwiesen. Auf dem Essener Katholikentag 1968 wurde unübersehbar deutlich, daß der Ende der 60er Jahre manifeste Formen annehmende Wertwandlungsschub in der bundesrepublikanischen Gesellschaft keineswegs vor den Katholiken halt gemacht hatte. Den aus den Reihen von CAJ und BDKJ schon auf dem Essener Katholikentag 1968 erhobenen Ruf nach einem nationalen Pastoralkonzil griff die Kirchenleitung schnell – wenn auch ohne Begeisterung – auf. Zur Vorbereitung auf die »Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland« ließen die Bischöfe ihre Gläubigen 1970 in einer Totalerhebung befragen. Die von Gerhard Schmidtchen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführte und publizierte Synodenumfrage am Ende des hier betrachteten Zeitraums ließ erkennen, daß sich im Verhältnis der Katholiken zu ihrer Kirche inzwischen ein tiefgreifender Wandel vollzogen hatte.²¹

II. Die katholische Kirche in der DDR

Die Entwicklung der Kirchen in der DDR insgesamt verlief mit einer gewissen Spiegelbildlichkeit zu der in der Bundesrepublik. Bestimmend für die Lage der Kirchen in Ostdeutschland wurde – als Kontinuitätslinie durch die vierzigjährige Geschichte der DDR sich hindurchziehend – die mit allen Mitteln staatlicher Macht betriebene Zurückdrängung und Verbannung der Kirchen aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sowie die stetigen Versuche der Spaltung zwischen Kirchenleitungen und Kirchenvolk einerseits und zwischen – im Sinne der Staatsmacht – »fortschrittlichen« und »rückschrittlichen« Kräften in den Kirchen andererseits.²² Der staatlich-ideologische Homogenisierungsdruck forcierte die Säkularisierung erheblich, was vor allem die protestantische Seite traf, die dadurch ihre Mehrheitsposition in der Gesamtbevölkerung einbüßte. Der Rückgang der Kirchenmitgliedschaft der evangelischen Kirche erfolgte nicht kontinuierlich, sondern weist zwei Höhepunkte auf: die zweite Hälfte der 50er Jahre und die Jahre zwischen 1967 bis 1975.²³

21 Gerhard Schmidtchen, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Forschungsbericht über die Umfragen zur Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg i. Br. 1972.

22 Detlef Pollack, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994, S. 78–372.

23 Ebd., S. 384.

Die Austrittswellen zeigen auch den Höhepunkt des politischen Drucks auf die katholische Kirche an. Sie hatte sich von Anfang an in ihrer minoritären Randstellung eher auf ein Überwintern eingerichtet. Ihre Verluste an Mitgliedern waren auch prozentual gesehen geringer als die der evangelischen Kirche. Von Beginn an zogen sich die Katholiken stärker aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zurück und zeigten sich insgesamt in höherem Maße immun gegenüber der staatlichen Repression. Sie bezahlten ihre höhere Stabilität mit einer noch ausgeprägteren gesellschaftlichen Isolierung. Zwischen 1948 und 1961 – dem Jahr des Mauerbaus – verminderte sich die Zahl der Katholiken in der DDR um über eine Million.²⁴ Die Katholiken waren überproportional an der Fluchtbewegung vor dem Mauerbau beteiligt, zumal viele von ihnen aus den deutschen Ostgebieten stammten und ohne regionale Wurzeln den Weg in den Westen Deutschlands bevorzugten.

Innerkirchlich trat mit dem Mauerbau notgedrungen die bis dahin dominierende Orientierung an der Kirche im Westen zurück. Die Impulse des Zweiten Vatikanums in die Richtung eines Dialogs mit der gesellschaftlichen Umwelt fanden ein nur sehr verhaltenes Echo.²⁵ Kardinal Bengsch, der wenige Tage nach dem Mauerbau Bischof von Berlin geworden war, gehörte zu den wenigen Bischöfen, die dem Dialogmanifest des Konzils, der Pastorkonstitution »Gaudium et spes«, ihre Zustimmung verweigert hatten. Wie er gegenüber Papst Paul VI. betonte, hielt er das Risiko des Mißbrauchs des Textes durch totalitäre Regime für zu hoch.²⁶ Entsprechend war die den 60er Jahren ihren Stempel aufdrückende »Ära Bengsch« durch eine strikte Abgrenzung gegenüber Staat und Gesellschaft in der DDR geprägt. Eine Ausnahme bildete die 1965 beschlossene und nach längerer Vorbereitungszeit 1969 eröffnete Diözesansynode des Bistums Meißen.²⁷ Das dort verabschiedete Grundsatzpapier »Ziele und Aufgaben der Erneuerung des Bistums Meißen nach dem II. Vatikanischen Konzil«²⁸ versuchte eine offene Positionsbestimmung der Kirche in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu formulieren. Auf der 1973

24 Josef Pilvousek, Die katholische Kirche in der DDR, in: Kirche und Katholizismus (wie Anm. 8), S. 132–150, hier: S. 133.

25 Jürgen Selke, Katholische Kirche im Sozialismus? Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in der DDR zum Weltfriedenstag 1983 und seine Bedeutung für das Verhältnis von Katholischer Kirche und Staat DDR, Altenberge 1995, S. 57–62.

26 Pilvousek (wie Anm. 24), S. 147.

27 Selke (wie Anm. 25), S. 60–62; Ute Haese, Katholische Kirche in der DDR zwischen Staat und Gesellschaft, in: Stimmen der Zeit 118 (1993), S. 241–254, hier: S. 242–245.

28 Dokumente zur Synode des Bistums Meißen 1966–1971, hrsg. im Auftrag des Bischofs von Meißen, Dresden 1972, S. 19–38.

begonnenen Pastoralsynode aller Jurisdiktionsbezirke der DDR in Dresden setzte sich – nach dem plötzlichen Tod des Meißener Bischofs Otto Spülbeck 1970 – die Bengsche Linie der strikten Abgrenzung und des Rückzugs der katholischen Kirche aus dem gesellschaftlichen Leben durch.²⁹

III. Vom Aufbruch zum Absturz in die Moderne: Der Umbruch der späten 60er Jahre unter den Katholiken der Bundesrepublik

Für die am leichtesten zähl- und meßbaren Indikatoren von Kirchlichkeit liegen für die Gesamtentwicklung der Bundesrepublik Zeitreihen vor, die den Umbruch in den späten 60er Jahren innerhalb der katholischen Bevölkerung in scharfen Konturen hervortreten lassen.³⁰ Die Nachkriegszeit bis in die Mitte der 60er Jahre hinein stellte für die katholische Kirche wie für die religiös-kirchliche Lage in der Bundesrepublik insgesamt eine gewisse Einmaligkeit im gesamten Jahrhundert dar.³¹ Wie die Zeitreihen zum Kirchenaustritt verdeutlichen, hat es keine ähnliche Phase sinkender und geringer Austrittshäufigkeit gegeben, wie in den Jahren zwischen 1950 und 1967.³² Nach den vom Institut für Demoskopie Allensbach erhobenen Daten zum regelmäßigen Gottesdienstbesuch von Katholiken ergibt sich ein ähnliches Bild. Bei den Katholiken stieg der schon 1952 mit 51 Prozent hohe Gottesdienstbesuch bis 1963 sogar auf 55 % an.³³ Die Gottesdienstbesucher verteilten sich in diesem Zeitraum relativ gleichmäßig auf alle Altersstufen, wobei die mittleren Jahrgänge die niedrigsten Werte aufwiesen. In die kirchliche Ritualpraxis am Lebensende waren so gut wie alle integriert, aber auch die Taufbereitschaft und die Teilnahme an der kirchlichen Eheschließung gehörte für die große Mehrheit zum

29 Theo Mechtenberg, *Die Lage der Kirchen in der DDR*, München 1985, S.94.

30 Zum Folgenden vgl. ausführlicher Karl Gabriel, *Christentum zwischen Tradition und Postmoderne*, Freiburg i. Br. 2000, S. 31–68 u. 121–177.

31 Karl Gabriel, *Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung eines konfessionellen Milieus*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 418–430.

32 Wolfgang Pittkowski u. Rainer Volz, *Konfession und politische Orientierung. Das Beispiel der Konfessionslosen*, in: *Religion und Konfession. Studien zu politischen, ethischen und religiösen Einstellungen von Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden*, hrsg. von Karl-Fritz Daiber, Hannover 1989, S. 93–112, 96; Gabriel, *Christentum* (wie Anm. 30), S.47.

33 Renate Köcher, *Religiös in einer säkularisierten Welt*, in: Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher, *Die verletzte Nation*, Stuttgart 1987, 164–281, hier: S. 175.

»normalen« Verhaltensrepertoire an den Lebenswenden. Irritationen löste lediglich die schon in den 50er Jahren ansteigende Zahl der Mischehen aus. Im Jahr 1967 erprobte Gerhard Schmidchen zum ersten Mal eine Frageform, die Auskunft über das Verhältnis der Bevölkerung zur Kirche geben sollte.³⁴ Während die sehr dezidierte Äußerung »Ich bin gläubiges Mitglied meiner Kirche und stehe zu ihrer Lehre« bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern zu 84 Prozent Zustimmung fand, teilte diese Meinung unter den Katholiken insgesamt eine Mehrheit von 52 Prozent. In der Geschichte der Bundesrepublik wurden diese Werte seither nicht mehr erreicht.³⁵ Wo in die 50er Jahre zurückreichende Zeitreihen zu Glaubensfragen zur Verfügung stehen, zeigt sich eine bis Mitte der 60er Jahre nur allmählich abnehmende Tendenz der Bejahung kirchlicher Lehren.³⁶

Seit Mitte der 60er Jahre sich ankündigend, begann gegen Ende dieses Jahrzehnts mit einer scharfen Zäsur eine neue Phase in der Geschichte des Verhältnisses der Katholiken zu ihrer Kirche. Die bis dahin außerordentlich hohe Integrationskraft der Kirche verlor plötzlich an Wirksamkeit. Darauf deuten alle verfügbaren Daten hin. Die schon angesprochenen Zeitreihen lassen die Sachverhalte am anschaulichsten hervortreten. Die Kirchenaustrittszahlen aus der katholischen Kirche schnellten plötzlich um mehr als das Dreifache nach oben und erreichten einen neuen Höhepunkt. Hatte die katholische Kirche im Jahr 1966 noch rund 22000 Austritte zu verzeichnen, so waren es 1970 schon knapp 70000.³⁷ Zwischen 1968 und 1973 verlor die katholische Kirche knapp ein Drittel ihrer regelmäßigen Gottesdienstbesucher. Unter den 16- bis 29jährigen war es beinahe die Hälfte. »Die plötzliche Abwendung von der Kirche« – so resümierte Renate Köcher die Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach – »erfaßte zwar alle Gruppen der Bevölkerung, doch nicht annähernd im gleichen Ausmaß. Es waren vor allem Männer, die höheren Bildungsschichten, Großstadtbewohner und besonders junge Leute, die den Gottesdiensten fernblieben.«³⁸

Die Umfragen aus Anlaß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland sollten Ende der 60er Jahre mehr Licht in die Motive des veränderten Verhaltens der Katholiken bringen.³⁹ Zwischen Mai 1970 und März 1971 wurden, wie erwähnt, unter der Verant-

34 Gerhard Schmidchen, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern/München 1973, S. 263.

35 Ebd. S. 264 f.

36 Michael N. Ebertz, *Kirche im Gegenwind. Zum Umbruch der religiösen Landschaft*. Freiburg i. Br. 1997, S. 38.

37 Pittkowski/Volz (wie Anm. 32), S. 96.

38 Köcher (wie Anm. 33), S. 175.

39 Schmidchen, *Zwischen Kirche* (wie Anm. 21).

wortung von Gerhard Schmidtchen vom Institut für Demoskopie Allensbach insgesamt drei Umfragen durchgeführt: Eine allgemeine schriftliche Umfrage unter allen Katholiken, eine repräsentative Kontrollerhebung zur allgemeinen schriftlichen Umfrage und eine mündliche Repräsentativumfrage. Für das kirchendistanzierte Verhalten vieler Katholiken Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelte Schmidtchen folgende Erklärung: Wenn man die Katholiken nach ihren Wertstrebungen fragte und gleichzeitig gegenüberstellte, in welchen Wertbereichen sie die Kirche als hinderlich, förderlich bzw. wertindifferent sehen, so stoße man auf tiefgreifende Nichtübereinstimmungen. Das Ausmaß der Nichtübereinstimmung zwischen dem kirchlichen Wertsystem und dem gesellschaftlichen Wertsystem bestimmt – so Schmidtchen – weitgehend den Kirchenbesuch und das Verhältnis zur Kirche insgesamt. In vielen Variationen konnte Schmidtchen belegen, daß diejenigen Katholiken, die sich in ihren Freiheitsbestrebungen, in ihrer Suche nach sozialer Gerechtigkeit, in ihren Wünschen, etwas vom Leben haben zu wollen und im Ziel, überflüssige Autoritäten abzubauen, von der Kirche behindert sahen, eine insgesamt kritischere Haltung zur Kirche einnahmen und seltener am Gottesdienst und den übrigen kirchlichen Teilnahmeformen partizipierten.⁴⁰ Insgesamt wiesen die Ergebnisse der Synodenumfragen darauf hin, daß der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre einsetzende tiefgreifende soziale Wandel in der Bundesrepublik auch viele Katholiken erfaßte und unter ihnen zu einer Veränderung von Wertprioritäten führte. Die kirchlichen Deutungsmuster verloren angesichts der neuen Situation ihre Plausibilität. Es kam infolgedessen in allen Dimensionen zu einem – gemessen an der vorherigen Phase – deutlich distanzierteren Verhältnis einer großen Zahl von Katholiken zur Kirche.

In einer empirischen Studie aus einer Großstadt des Ruhrgebiets, deren Erhebungsphase ebenfalls in das Jahr 1970 fiel, kam Ursula Boos-Nünning zu ähnlichen Ergebnissen.⁴¹ Die große Mehrheit der Katholiken hatte eine kirchengebundene Religiosität mehr oder weniger deutlich hinter sich gelassen. Ihre Religiosität blieb aber eine kirchlich formulierte, christliche Religiosität.⁴² Im Zentrum dieser eher informellen Religiosität stand das Gefühl, im Glauben Hilfe zu finden, das Vertrauen auf Gott, das Sich-Geborgenfühlen in einer höheren Macht und der Glaube, in den letzten Lebensstunden Trost und Sicherheit zu erhalten. Dagegen spielte für diese Sozialform der Religiosität der sonntägliche Gottesdienstbesuch, der Kontakt mit der Gemeinde, der Kommunionempfang

40 Ebd. S. 6–154.

41 Ursula Boos-Nünning, Dimensionen der Religiosität. Zur Operationalisierung und Messung religiöser Einstellungen, München/Mainz 1972.

42 Ebd. S. 152.

oder der formelle Glaube an ein Weiterleben nach dem Tod nur eine geringe Rolle. Während die kirchengebundene, formelle Religiosität – so schloß Boos-Nünning aus ihren Daten – ein marginales Phänomen geworden sei, treffe dies für die informelle, nach wie vor aber kirchlich beeinflusste und formulierte Religiosität keineswegs zu. Gemessen an dieser Art von Religiosität waren Ende der 60er Jahre – so das Ergebnis von Boos-Nünning – die Hälfte aller Katholiken als sehr religiös oder religiös zu bezeichnen.⁴³

Damit läßt sich aus dem verfügbaren Umfragematerial für die Lage der katholischen Kirche und der Katholiken in der Umbruchsituation der späten 60er Jahre folgendes Resümee ziehen: Die Kirche büßte einen Teil ihrer bis dahin außerordentlich hohen Integrationskraft ein. Dies äußerte sich nicht primär in einer Abwendung von der Kirche und in einer völligen religiösen Indifferenz, sondern vielmehr in einem stärkeren Abrücken von kirchlichen Verhaltenserwartungen und in einer größeren Distanz zu den kirchlichen Glaubensvorgaben. Die Daten weisen darauf hin, daß das Verblassen der konfessionellen Milieus für den historisch seit den Kulturkampfzeiten außerordentlich hoch verkirchlichten Katholizismus besonders tiefgreifende Veränderungen mit sich brachte. Die im Kulturkampf geschmiedete Einheit von Volksreligion und kirchlicher Religion, die sich bis in die 60er Jahre hinein erhalten hatte, löste sich auf. Hier ist das Zentrum der Veränderungen im Katholizismus zu suchen.

Der enge Bezug der katholischen Kirche zu einer Renaissance traditionaler und bürgerlich-industrieller Wertmuster in den 50er und frühen 60er Jahren wurde ihr besonders im Verhältnis zu den Jüngeren und Gebildeteren gewissermaßen zum Verhängnis. Darauf machen auch die Daten zum Wertwandel der späten 60er Jahre aufmerksam. Klages resümiert seine Daten im Bezug auf die Zeit zwischen Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre folgendermaßen: »Phase eines deutlichen Abbaus der Pflicht- und Akzeptanzwerte bei gleichzeitiger Expansion der Selbstentfaltungswerte.«⁴⁴ Neben der Kirchenbindung und dem distanzierteren Verhältnis zu Institutionen und Traditionen insgesamt manifestierte sich der Wertwandlungsschub dieser Periode nach dem Ausweis der in den 70er Jahren einsetzenden Wertwandlungsforschung am deutlichsten in folgenden Wertbereichen: Leistung als selbstverständlich und unbedingt geltender Pflichtwert verlor an Bedeutung; das politische Interesse und die Ansprüche an die Politik nahmen sprunghaft zu und die Erziehungsziele zeigten einen deutlichen Wandel von einer hohen Bewertung von Konformität zu einer Rangerhöhung des Werts Selbständigkeit.⁴⁵

43 Ebd. S. 153.

44 Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt a. M. 1985, S. 21.

45 Heiner Meulemann, Wertwandel in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1980:

IV. Der Modernisierungsschub in der Gesellschaft der Bundesrepublik und die Auflösung des Katholizismus als Sozialform

Bis zur Mitte der 60er Jahre konnte es den Anschein haben, als vollzögen sich die Modernisierungsprozesse gänzlich außerhalb des Katholizismus und als sorgten die Modernisierungswellen nur jeweils aufs neue dafür, den Katholizismus als unerschütterliche Festung mit neuer Plausibilität zu versorgen. Diese im Katholizismus zwischen dem Ersten und Zweiten Vatikanischen Konzil herrschende Selbstinterpretation stimmte nur bedingt mit der Realität überein. Im Inneren des Katholizismus vollzogen sich strukturelle und kulturelle Modernisierungsprozesse, die auf subtile Weise die weitere Entwicklung vorbereiteten.

Die Katholiken in der Bundesrepublik haben bereits in den 50er Jahren begonnen, ihre Abgrenzung gegenüber der sich modernisierenden Gesellschaft zu lockern. Als der Modernisierungsschub in den 60er Jahren einsetzte, waren sie keine gesellschaftliche Gruppe mehr, die sich vornehmlich negativ und in Abgrenzung zu einer herrschenden Kultur in die Gesellschaft der Bundesrepublik integrierte. Vielmehr bot die Nachkriegssituation den Katholiken die Chance, ihre politische und kulturelle Diskriminierung als Bürger zweiter Klasse endgültig zu überwinden. Ihr Einfluß auf Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik in der Nachkriegsepoche war einer der historisch neuen Faktoren in der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik.⁴⁶ Den anlaufenden ökonomischen und politischen Modernisierungsprozeß haben die Katholiken nachhaltig mitvollzogen und mitgetragen. Deshalb kann es nicht verwundern, daß der Umbruch zur entfalteten Moderne seit Ende der 60er Jahre sich zum ersten Mal nicht mehr am Rande, sondern mitten in der katholischen Teiltradition des Christentums vollzog. Im Kontext der bürgerlich-modernen Industriegesellschaft hatte die katholische Tradition in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine spezifische Sozialform herausgebildet, für die drei Merkmalskomplexe charakteristisch waren:

1. Die Einbindung unterschiedlicher katholischer Sozialmilieus in ein geschlossenes, konfessionelles Gruppenmilieu mit eigener »Welt-Anschauung«, eigenen Institutionen und einer spezifischen Ritualisierung des Alltags.
2. Die Zentralisierung und Bürokratisierung der kirchlichen Amtsstruk-

Versuch einer zusammenfassenden Deutung vorliegender Zeitreihen, in: *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel*, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Berlin 1985, S. 391–411, hier: S. 409.

⁴⁶ Karl Gabriel u. Franz-Xaver Kaufmann, *Der Katholizismus in den deutschsprachigen Ländern*, in: *Religion, Kirchen und Gesellschaft in Deutschland*, hrsg. von

turen mit einer Sakralisierung der modernisierten Organisationsformen und einer Disziplinierung des von der »Welt« getrennten Klerus.

3. Die Herausbildung eines geschlossenen Weltanschauungssystems, das sowohl die Distanz zur modernen Welt, als auch den Anspruch auf ein Monopol letztgültiger Weltdeutungen legitimierte.⁴⁷

Der Umbruch zur entfaltenen Moderne seit Mitte der 60er Jahre brachte zentrale Elemente des Katholizismus als Sozialform zur Auflösung und destruierte damit das komplexe Gesamtgefüge des Katholizismus, wie es sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte. Mit dem weitgehenden Verschwinden traditionaler Produktions- und Lebensformen und dem Abschmelzen der Großgruppenmilieus verlor der Katholizismus seine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewonnene soziale Basis. Die Enttraditionalisierung der industriegesellschaftlichen Lebensformen raubte ihm ein Stück eingelebter Geltung. Die Folgewirkungen des weitergehenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses trafen damit den Katholizismus zum ersten Mal in seiner Geschichte ohne Rückzugsmöglichkeiten in traditionale Lebenswelten. Sie konfrontierten ihn mit einem strukturell erzeugten Individualisierungsschub und mit dem Zwang, die Teilnahme am religiösen Leben für den Einzelnen freizugeben und kompatibel zu machen mit der Inklusion in alle anderen gesellschaftlichen Lebensbereiche.⁴⁸ Der Katholizismus sah sich damit gesellschaftsstrukturell erzeugten Ansprüchen auf Freiheit, Selbstbestimmung und Autonomie des einzelnen gegenüber, denen sich seine traditionalisierte Sozialform als nicht gewachsen erwies. Die in den milieuspezifischen Ritualisierungen des Alltags verankerten Kommunikationsbeschränkungen und Negationsverbote brachen zusammen und schufen neue Räume der Kontingenz, Kritik und polarisierenden Auseinandersetzung. Die einsetzenden Prozesse der Individualisierung, De-Institutionalisierung und Pluralisierung vollzogen sich nicht mehr außerhalb oder am Rande des Katholizismus, sondern reichten bis in seine Kernbereiche hinein und begannen seine aus dem 19. Jahrhundert stammende Sozialform aufzulösen.

Welche Bedeutung kommt dem innerkirchlichen Ereignis des Jahrzehnts – dem Zweiten Vatikanum – für die beginnende Erosion des Katholizismus zu? Die Ankündigung des Konzils und sein Verlauf führten

Franz-Xaver Kaufmann u. Bernhard Schäfers, Opladen 1988, S. 31–57, hier: S. 44–47; Gabriel, *Die Katholiken* (wie Anm. 31), S. 428–430.

47 Gabriel, *Christentum* (wie Anm. 30), S. 165; Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), *Katholiken*, Münster 1993, S. 601–621.

48 Niklas Luhmann, *Funktion der Religion*, Frankfurt a. M. 1977, S. 232–242; Karel Dobbelare, *Secularity and Religion: The Persisting Tension*, in: *The Journal of Oriental Studies* 26 (1987), S. 11–20.

gerade bei den für die Bildung des Katholizismus als Sozialform konstitutiven Eckpfeilern kirchlich-theologischen Denkens zwischen 1850 und 1950 zu einer tiefgreifenden »Umcodierung« der Glaubenstradition.⁴⁹ Ohne sich an irgendeiner Stelle über definierte katholische Lehrinhalte hinwegzusetzen, codierte das Konzilsdenken von »Dissoziation« auf »Dialog« um. Es suchte einen eigenen Standort für die Kirche in der modernen Welt und akzeptierte deren Existenz als Ort eines »verheutigten« Glaubens. Es suchte Brücken zu schlagen zu den Denkströmungen der Gegenwart und entdeckte in ihnen bereichernde Einsichten für die eigene Auseinandersetzung mit den »Zeichen der Zeit«. Es akzentuierte eine solidarische Zeitgenossenschaft mit allen Menschen, besonders mit den Armen und Bedrängten. Es legitimierte die Pluralität von sprachlichen und kulturellen Ausdrucksformen des Glaubens in der Liturgie. Es stellte sich in der Frage der religiösen Freiheit und Autonomie des einzelnen gegenüber der öffentlichen Gewalt auf die Seite des Individuums und sagte sich von der Tradition erzwungenen Glaubens los. Es betrachtete das Gewissen des Einzelnen, das auch als irriges Gewissen seine Würde nicht verliert, als den »Knotenpunkt der Gemeinsamkeit zwischen Christen und Nichtchristen und damit als die eigentliche Drehscheibe des Dialogs«. ⁵⁰

Unbestreitbar delegitimierte das Konzil den über ein Jahrhundert herrschenden kirchlichen Triumphalismus, die scharfe Abgrenzung gegenüber der modernen Welt und ihre pauschale Abwertung als »Betriebsunfall« der (Heils)-Geschichte. Es löste sich damit von einem zentralen Baustein im Gebäude des Katholizismus als Sozialform und trug so zu seiner Destabilisierung bei. Der Katholizismus öffnete sich, um den Anschluß an die gesellschaftliche Entwicklung nicht gänzlich zu verlieren. Dem Katholizismus der Zwischenkonzilszeit drohte gewissermaßen das endgültige »Herausfallen« aus der gesellschaftlichen Evolution.⁵¹

Trotzdem erscheint es wichtig, den Einfluß des Konzils auf die Auflösung des Katholizismus als Sozialform nicht zu überschätzen. Die im innerkirchlichen Raum zu beobachtende Fixierung auf das Konzil als Auslöser und entscheidender Faktor des Auflösungsprozesses ist empirisch nicht haltbar und blendet die gesellschaftlichen Prozesse der Milieuauflösung im Übergang zur entfalteten Moderne weitgehend aus. Bekanntlich löste sich von denselben gesellschaftsstrukturellen Faktoren beeinflusst, parallel zum katholischen Milieu auch das der sozialistischen Arbeiterschaft auf.⁵² Dies bestärkt die Annahme, daß es auch ohne das Konzil zu

49 Gabriel, *Christentum* (wie Anm. 30), S. 175–177.

50 Ratzinger, *Pastorale Konstitution*, in: ders., *Vorlesungen über das Apostolische Glaubensbekenntnis*, München 1968, S. 330.

51 Peter Fuchs, *Gefährliche Modernität. Das zweite vatikanische Konzil und die Veränderung des Messeritus*, in *KZfSS* 44 (1992), S. 1–11, hier: S. 9f.

beschleunigten Auflösungsprozessen im Milieuzusammenhang des Katholizismus gekommen wäre. Das Konzil verhinderte, daß der Katholizismus auf das Schicksal eines insgesamt schrumpfenden, sich in fundamentalistischen Wertkonjunkturen hin und wieder ein wenig füllenden Rest-Milieus als Widerlager der modernen Gesellschaftsentwicklung festgelegt wurde. Der Preis dafür war der Verlust der seit dem 19. Jahrhundert gebildeten Sozialform und die Transformation hin zu einem sich seit Ende der 60er Jahre entwickelnden innerkirchlichen Pluralismus.

52 Karl Gabriel, Die Erosion der Milieus. Das Ende von Arbeiterbewegung und politischem Katholizismus?, in: Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung, hrsg. von Heiner Ludwig u. Wolfgang Schroeder, S. 241–261, hier: S. 247–251.

Martin Greschat

Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren

I. Volkskirche im Wandel

Im Dezemberheft des Jahres 1967 erschien im »Spiegel« die große Emnid-Untersuchung »Was glauben die Deutschen?« Die Veröffentlichung erregte beträchtliches Aufsehen und stieß eine intensive Diskussion an. In diesem Zusammenhang wurde dann im Sommer 1968 der Text der Studie mit fünf ausführlichen Kommentaren von katholischen und evangelischen Theologen ediert.¹ An diesen Stellungnahmen ist zum einen die durchgängige Charakterisierung der gegenwärtigen religiös-kirchlichen Situation als »Krise« bemerkenswert: als Zeit wachsender und sicherlich immer noch zunehmender Schwierigkeiten, als »Glaubenskrise« oder »krisenhafte Umbruchsituation« – und zum anderen die insgesamt optimistische Überzeugung, mit den anstehenden Problemen durch »Diskussion« und einen offenen Dialog, durch die Realisierung von Transparenz, rationaler Argumentation sowie die Mitteilung von mehr und besseren Informationen fertig werden zu können. Inhaltlich konstatierten sämtliche Autoren eine unübersehbare Individualisierung hinsichtlich der Akzeptanz sowohl der dogmatischen als auch der ethischen Grundsätze beider großer Konfessionskirchen. Interessanterweise handelte es sich dabei jedoch kaum noch um das alte Gefälle von kirchlich-theologischem Sachwissen hin zu einer religiös-konfessionellen Schwundstufe, sondern um die bewußte individuelle Aneignung dessen, was die Zeitgenossen als glaubwürdig ansahen. Insofern konnte mit dieser Individualisierung des christlichen Glaubens dessen betont personaler Charakter Hand in Hand gehen. Man

1 Was glauben die Deutschen? Die Emnid-Umfrage. Ergebnisse, Kommentare, hrsg. von Werner Harenberg, München/Mainz 1968.

wählte hier und verwarf da, durchaus in eigener Entscheidung, was man als wesentlich oder doch einleuchtend anzuerkennen bereit war.

Selbstverständlich kulminierten in einer solchen Einstellung – nun vor allem bezogen auf den Protestantismus – sehr unterschiedliche religiöse und soziale, kirchliche und politische Faktoren. Zwei Beispiele mögen genügen, um die Bandbreite des Problems zumindest anzudeuten. Eine 1964/65 durchgeführte Untersuchung von evangelischen Gottesdienstgemeinden in einer württembergischen Stadtregion kam zu dem Ergebnis, daß die regelmäßigen Besucher keineswegs einer bestimmten sozialen Gruppe angehörten, auch nicht eine entsprechende Kompensation suchten, sondern daß sie »das egozentrische Erbauungsbedürfnis, das Bedürfnis nach Anonymität und zweckbestimmten Kontakten« leitete.² Man mag diese Individualisierung als ein neuartiges Bedürfnis nach Versachlichung und Privatisierung charakterisieren. Doch dahinter stand auch eine lange Tradition bürgerlich-protestantischer Frömmigkeit. Eine andere Dimension des Individualisierungsprozesses wird durch den in derselben Zeit eindeutig zutage tretenden Wandel der Erziehungsziele markiert.³ Um »Gehorsam« ging es nun immer weniger, die demoskopisch ermittelte Zustimmung zu diesem Wert sank im Verlauf der 60er Jahre kontinuierlich von knapp 30 auf rund 15 Prozent; während sich in demselben Zeitraum durchgängig mehr als 40 Prozent der Befragten für die Erziehung zur »Ordnungsliebe« aussprachen, stieg die Zustimmung zur »Selbständigkeit« von knapp 30 auf über 45 Prozent.

Im religiös-kirchlichen Bereich erwuchs aus dieser schnell voranschreitenden Individualisierung die Erfahrung eines beträchtlichen Pluralismus innerhalb der eigenen Konfession. Auch diese Erfahrung hatte im Protestantismus bereits eine längere, auch bittere Tradition. Seit dem 19. Jahrhundert existierten vor allem zwischen liberalen und »positiven« Protestanten häufig klare und nicht selten schroffe Abgrenzungen. Diese Gegensätze bestanden weiter, sie verschärften sich zum Teil sogar noch. Doch gleichzeitig relativierte sich nun zunehmend die Akzeptanz kirchlicher Lehraussagen oder löste sich völlig auf. Daraus konnte dann eine echte ökumenische Gesinnung insbesondere gegenüber den Katholiken ebenso erwachsen wie die Vergleichültigung sämtlicher kirchlich-theologischer Positionen. Die selbst gewählte Möblierung des eigenen religiösen Haushaltes brachte sowohl Selbstsicherheit und Selbstgerechtigkeit

2 Jens Martin Lohse, *Kirche ohne Kontakte? Beziehungsformen in einem Industrie-
raum*, Berlin 1967, S. 182.

3 Helmut Klages, *Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Ein-
setzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren*,
in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, hrsg. von
Karl Dietrich Bracher, Berlin 1992, S. 517–544, hier: S. 518 f.

als auch tiefe Verunsicherungen im Blick auf die Bewältigung von Kontingenzerfahrungen wie auch der alltäglichen Orientierung mit sich. Und schließlich verlor die Kirche, gerade unter Protestanten, im Verlauf dieser Entwicklung rasch an Weisungs- und Leitungskompetenz, mithin an Vertrauen und Ansehen unter ihren Mitgliedern.

Diese wenigen Andeutungen verweisen bereits auf die größeren Zusammenhänge, in denen die Phänomene Religion, Kirche und Konfession zu verorten sind. Denn nicht nur *sie* veränderten sich unübersehbar in jenem Jahrzehnt, sondern die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt.⁴ Im Blick darauf hat Hermann Rudolph von dem »großen Umbau der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse« gesprochen.⁵ Dazu gehörte auch die Studentenbewegung. Aber der Umbruch reichte zum einen erheblich weiter, und er ging zum anderen beträchtlich tiefer. Nicht allein ein Wandel der Öffentlichkeit ließ sich konstatieren, sondern eine massive Verschiebung der »Orientierungslinien des öffentlichen Bewusstseins«.⁶ Dazu gehörte das Drängen auf Rationalität, Modernisierung und Effizienz ebenso wie die Faszination, die von Planungen und konstruktiven Entwürfen ausging. Gleichzeitig warf jede Gruppe der anderen »Immobilismus« vor. In der Tat läßt sich die Geschichte jener Jahre nur schreiben, wenn man auch etwas »weiß von der gereizten Spannung, dem fiebrigen, auf Veränderung drängenden Meinungsklima, das damals alle Handelnden empfanden«.⁷ Im Blick auf den Protestantismus und die Evangelische Kirche bedeutet das: Innerhalb kurzer Zeit, nämlich von der Mitte der 60er Jahre bis zum Ende des Jahrzehnts – und natürlich darüber hinaus – vollzog sich eine offenkundige und zunehmend rasante Veränderung der religiösen und kirchlichen Rahmenbedingungen.

Einige Beispiele zur Illustration:⁸ Der regelmäßige Gottesdienstbesuch,

4 Vgl. dazu im einzelnen die Beiträge in diesem Band.

5 Hermann Rudolph, *Eine Zeit vergessener Anfänge: Die sechziger Jahre*, in: *Politische Kultur und deutsche Frage*, hrsg. von Werner Weidenfeld, Köln 1989, S. 59–72, hier: S. 61.

6 Ebd., S. 65.

7 Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949–1976*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*. Bd. 2: *Beiträge der Wissenschaft*, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a. Stuttgart 1976, S. 523–554, hier: S. 527.

8 Ich beziehe mich im Folgenden vor allem auf die von Karl Gabriel, *Christentum zwischen Tradition und Postmoderne*, Freiburg i.Br. 1992, besonders S. 27–68, zusammengestellten Materialien. Differenziertere Angaben finden sich darüber hinaus in: *Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953–1979*, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann u. Edgar Piel, München 1983; *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach 1964; *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967*, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach 1967; *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973*, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach 1974.

der bis 1963 unter evangelischen Christen mit ca. 15 Prozent recht weit verbreitet gewesen war, sank auffällig stark innerhalb weniger Jahre. 1973 betrug der Anteil nur noch 7 Prozent. In den Altersgruppen bis zu den Mittvierzigern war der Einbruch noch offenkundiger (11 Prozent = 1963; 6 Prozent = 1967; 3 Prozent = 1973). Die Kirchenaustritte lagen bis 1967 bei etwa 44 000 im Jahr.⁹ Durch Übertritte und Wiederaufnahmen wurden sie bis zu diesem Zeitpunkt nahezu ausgeglichen. Doch 1968 stieg die Zahl der Austritte auf mehr als 60 000, erreichte 1969 die Zahl von rund 112 000 und schnellte 1970 auf ca. 203 000 empor. In welchem Ausmaß in derselben Zeit die Plausibilität und Akzeptanz kirchlicher Wertesysteme und Deutungsmuster auch unter kirchlich gebundenen Protestanten abnahm, belegt die 1973 von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vorgelegte Erhebung unter ihren Mitgliedern.¹⁰ Danach stand am unteren Ende der Skala, mit zwei bis neun Prozent, die Zustimmung zu den traditionellen christlich-bürgerlichen Werten. Dann folgte ein unübersehbarer Sprung: 17 Prozent der Befragten drängten vor allem auf eine neue, menschlichere Gesellschaft, 19 Prozent wollten die Welt verstehen, setzten auf Durchsetzungsvermögen und Erfolg, 23 Prozent nannten Freiheit und Unabhängigkeit als besonders erstrebenswert, 25 Prozent wünschten sich eine fortschrittliche Gesellschaft. Für den Abbau überflüssiger Autoritäten traten 30 Prozent dieser Kirchenmitglieder ein – und nicht weniger als 33 Prozent für möglichst freie Beziehungen zum anderen Geschlecht.

Der Wandel gegenüber der Nachkriegszeit und den 50er Jahren ist offenkundig.¹¹ Er wurde jedoch auch von den protestantischen Zeitgenossen keineswegs nur als Abbruch und Niedergang erlebt, sondern durchaus als Chance, als Eröffnung neuer Wege und Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Kirche.

II. Andere Stimmführer

Dieser Prozeß einer tiefgreifenden und umfassenden Veränderung der volksgeschichtlichen Struktur ist die eine Seite der Realität. Mit ihr korrespondierte andererseits ein seit den späten 50er Jahren deutlicher Wandel

9 Was wird aus der Kirche? Ergebnisse der 2. EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft, hrsg. von Johannes Hanselmann u. a., Gütersloh 1984, S. 13.

10 Vgl. dazu Gabriel (wie Anm. 8), besonders S. 56–58.

11 Vgl. zum Kontext Martin Greschat, »Rechristianisierung« und »Säkularisierung«. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, in: Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, hrsg. von Jochen-Christoph Kaiser u. Anselm Doering-Manteuffel, Stuttgart 1990, S. 1–24.

auch der Stimmführerschaft in der Evangelischen Kirche; insofern begannen auch hier die 60er in den 50er Jahren.¹² Die Kirchlichen Bruderschaften, die bis dahin theologisch und kirchenpolitisch – und durchaus auch politisch – eine wesentliche Rolle innerhalb und außerhalb der Evangelischen Kirche gespielt hatten, verloren in dieser Öffentlichkeit nun zunehmend an Resonanz.

Diese Kirchlichen Bruderschaften bzw. Arbeitskreise Kirchlicher Bruderschaften waren in der Bundesrepublik gegründet worden, um alle jene Kreise und Kräfte zu sammeln, die auf dem Boden der Erfahrungen des vorangegangenen Kirchenkampfes gegen den Nationalsozialismus im Sinne der Theologie Karl Barths die politische Entwicklung in Deutschland generell und in den beiden deutschen Staaten besonders kritisch begleiten wollten.¹³ Dafür suchten deren Mitglieder auch jüngere Theologen heranzuziehen, um die Einengung auf die Generation der »alten Kirchenkämpfer« aufzubrechen. Dasselbe gilt für den im Januar 1958 in der DDR gegründeten »Weißenseer Arbeitskreis«, das bedeutendste Gremium der dortigen Kirchlichen Bruderschaften.¹⁴

Hier wie da gab es sogleich beträchtliche interne Spannungen und Konflikte. Drängten die einen auf Aktionen, forderten die anderen grundsätzliche, insbesondere theologische Reflexionen. Der 1958 eskalierende und in einer großen Öffentlichkeit ausgetragene Streit über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr spielte als Katalysator eine wichtige Rolle. Sowohl im Osten wie auch im Westen Deutschlands sammelten und verbanden sich die Kirchlichen Bruderschaften sogleich im Kampf gegen diese Politik. Die alsbald als »Atomsynode« charakterisierte Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im April 1958 in Berlin-Spandau endete allerdings nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der sogenannten »Ohnmachtsformel«. Obwohl man die gegensätzlichen Auffassungen nicht habe überwinden können, gelte doch, hieß es zuletzt: »Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.«¹⁵

12 Vgl. dazu besonders: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993.

13 Ernst Wolf, *Zur Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften*, in: *Communio Viatorum* 5 (1962), S. 42–56; Diethard Buchstädt, *Kirche für die Welt. Entstehung, Geschichte und Wirken der Kirchlichen Bruderschaften im Rheinland und in Württemberg 1945–1960*, Köln 1999.

14 Christian Stappenbeck, *Die Anfänge des Weißenseer Arbeitskreises vor 25 Jahren. Ein Kapitel Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften*, in: *Weißenseer Blätter*, 1983, S. 36–46.

15 *Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954–1969. Dokumente und Kommentare*, hrsg. von Christian Welther, München 1981, S. 139.

Mit welcher Erbitterung der Streit in Berlin-Spandau geführt worden war, belegen die von der rheinischen und westfälischen Bruderschaft im März 1958 veröffentlichten »10 Artikel«. Sie warfen der Bundesregierung ziemlich unverblümt die Mitwirkung an der Vorbereitung eines Atomkrieges vor, forderten die kompromißlose Ächtung aller Atomwaffen und schlossen: »Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.«¹⁶ Mit dieser Proklamation war allerdings der Bogen überspannt. Auch innerhalb der Bruderschaften meldeten sich nun kritische Stimmen zu Wort. So konstatierte z. B. Hermann Diem, Mitglied der Württembergischen Theologischen Sozietät und Professor für Systematische Theologie in Tübingen: Man habe weithin den Kontakt zu den Gemeinden und insbesondere zur jüngeren Theologengeneration verloren. Und politisch sei das Konzept der »dritten Kraft« umfassend gescheitert. »Damit haben wir, abgesehen davon, wie weit der Osten uns nur politisch ausbeutete, im Westen jede Wirkungsmöglichkeit verspielt. Durch beides zusammen sind wir als »Bruderschafts-Front« jedenfalls in bezug auf die Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung steril geworden.«¹⁷

Zu Irritationen bis hin zu Auflösungserscheinungen innerhalb einiger Bruderschaften trug dann nicht unerheblich auch der politische Kurswandel der SPD bei. Zusammen mit ihr und den Gewerkschaften hatten führende Vertreter der Bruderschaften, allen voran Martin Niemöller, am 23. März 1958 in Frankfurt am Main die Kampagne »Kampf dem Atomtod« begonnen. Im Bundestag attackierte Gustav Heinemann am 23. Januar und am 25. März jenes Jahres mit äußerster Schärfe die Politik Adenauers und der CDU/CSU.¹⁸ Heinemann gehörte auch zu der Kommission, die 1959 den Deutschlandplan der SPD vorlegte, worin diese der DDR weit entgegenkam.¹⁹ Doch sehr schnell war dieses Konzept Makulatur. Die SPD verabschiedete im gleichen Jahr ihr Godesberger Programm, und in seiner großen Rede im Bundestag, am 30. Juni 1960, akzeptierte Herbert Wehner für sich und seine Partei die politischen Grundsatzentscheidun-

16 Ebd., S. 84. Die neue Fassung dieser Artikel vom 4.10.1958 (vgl. ebd., S. 97f.) argumentierte zwar etwas vorsichtiger, beharrte jedoch auf dem Absolutheitsanspruch.

17 Hektographierter Text, 5 Seiten. Vorhanden im Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn: Nachlaß Gustav Heinemann, Kirchliche Angelegenheiten II, undatiert. Nach Ulrich Möller, Im Prozeß des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957–1962, Neukirchen-Vluyn 1999, bes. 154f., Anm. 460, ist dieses Schreiben auf Dezember 1960 zu datieren.

18 Auszüge beider Reden in: Atomwaffen und Ethik (wie Anm. 15), S. 122–126.

19 Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996, besonders S. 482 ff.

gen Adenauers. Gleichzeitig unterstrichen die führenden Politiker der SPD nachdrücklich im Parlament und in der Öffentlichkeit die Gemeinsamkeiten zwischen ihrer Zielsetzung und derjenigen der Regierung.

Dieser Kurs weckte viel Unbehagen und Unmut im Parteivolk. Auch an empörtem Aufbegehren der Genossen gegen die neue »unmoralische« Politik fehlte es nicht. Diese Unzufriedenheit richtete sich – wie z. B. im Bezirk Hessen-Süd – vor allem gegen das Einlenken der SPD gegenüber der Regierung in Fragen der Sicherheitspolitik sowie der atomaren Rüstung.²⁰ Nachdem die Partei die Position der politischen Fundamentalopposition aufgegeben hatte, war sie für viele Intellektuelle, Professoren und Künstler, aber auch für evangelische Christen und Pfarrer, nicht mehr wählbar. Diese wandten sich statt dessen, zumindest partiell, der kommunistisch dominierten Deutschen Friedensunion (DFU) zu, die im Dezember 1960 in Stuttgart gegründet worden war. Der Zusammenhalt der westdeutschen Kirchlichen Bruderschaften wurde dadurch weiter belastet. Auf ihrer Leiterkonferenz am 24./25. Mai 1961 in Frankfurt am Main stand auch das Thema der Bundestagswahlen im September auf dem Programm.²¹ Beredt warb Heinemann für einen nüchternen Umgang mit der politischen Realität, für die Bereitschaft, sich auf die gegebenen Verhältnisse einzulassen, mithin sich für die SPD zu engagieren – »man kann doch nicht immer in die Rettungsboote springen«. Diese Ausführungen ernteten lauten und empörten Widerspruch. Die einen erbitterte die von Heinemann angedeutete Möglichkeit einer großen Koalition aus SPD und CDU. Mindestens ebenso viele Delegierte erklärten sich nachdrücklich für die DFU und distanzieren sich schroff von der SPD. Kompromißlos behauptete Martin Niemöller, »alle Parteien [seien] vom Teufel«. Er fuhr fort: »Wenn Adenauer und Brandt in meinem Wahlkreis kandidieren, dann wähle ich Adenauer!« Ganz in diesem Sinn veröffentlichte Niemöl-

20 Ausführlicher dazu Beatrix W. Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966*, Bonn 1990, besonders S. 158 f. Heinemann wurde vom Parteivorstand und dann noch einmal von Ollenhauer als Parteivorsitzendem attestiert, daß man seine religiös begründete Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr respektiere. Doch müsse Heinemann akzeptieren, daß die SPD dieses Thema als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit betrachte. Vgl. dazu Klotzbach (wie Anm. 19), S. 556, sowie Atomwaffen und Ethik (wie Anm. 15), S. 132.

21 Leiterkonferenz der Bruderschaften, 24./25.5.1961. Vgl. EZA Berlin, Bestand 2: Kirchenkanzlei der EKD; Bestand 86: Struktur- und Verfassungsausschuß der EKD; Bestand 87: Der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung; Bestand 104: Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR; Bestand 607: Nachlaß Gerhard Gülzow; Bestand 613: Nachlaß Heinz Kloppenburg; Bestand 650: Nachlaß Erwin Wilkens; hier: Protokoll im EZA 613/86/8, S. 4. 7–10.

ler 1965, zur nächsten Bundestagswahl, einen Aufruf, in dem er sich für die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln aussprach. Heinemann griff ihn daraufhin öffentlich an: »Wer als Mann der Kirche zur Verlebendigung der Demokratie und zur Sicherung des Friedens nicht mehr vorzuschlagen hat, als Niemöller es tut, muß sich fragen lassen, ob denn die Kirche heute bereits den Beitrag zu einer guten Entwicklung geleistet hat, den man von ihr erwarten durfte.«²² Hier wird die enorme Bedeutung Heinemanns für die Heranführung evangelischer Christen – und zwar insbesondere aus den bruderrätlichen Kreisen und ihrem Umfeld – an die parlamentarische Demokratie durch ihre Einbindung in die SPD sehr deutlich.²³

Die Kommission, die nach dem Scheitern der EKD-Synode im April 1958 eingesetzt worden war, um vielleicht doch noch eine Übereinkunft zu erzielen, tagte einige Male erfolglos unter dem Vorsitz des Tübinger Juristen Ludwig Raiser.²⁴ Die USA dachten nicht daran, ihre Verfügungsgewalt über die Atomwaffen mit den Verbündeten zu teilen. Die NATO entwickelte eine neue, flexiblere Abwehrstrategie. Und im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows drängten andere politische Probleme in den Vordergrund. Zu diesem Abklingen der innerkirchlichen Kontroverse über die atomare Bewaffnung trug allerdings die Tatsache nicht unerheblich bei, daß in der Zwischenzeit von einem anderen Ausschuß ein Konzept vorgelegt worden war: die sogenannten elf »Heidelberger Thesen«.²⁵ Erarbeitet hatten sie seit 1957 ein von der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg gebildeter unabhängiger Kreis aus Naturwissenschaftlern, Juristen, Historikern und Theologen. Die Anregung zu diesem Unternehmen war vom Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesregierung in Bonn, Hermann Kunst, ausgegangen. Seit Kunst auch die Funktion des evangelischen Militärbischofs ausübte, hatte er die Bildung eines eigenständigen wissenschaftlichen Gremiums vorangetrieben, das ihn im Blick auf sämtliche Fragen, welche die nuklearen Waffen betrafen, beraten sollte. Dabei war dieser Kreis so

22 Antwort an Niemöller. SPD-Pressedienst, 6.1.1965. Abgedruckt in: Gustav W. Heinemann, *Es gibt schwierige Vaterländer ... Reden und Aufsätze 1914–1969*, hrsg. von Helmut Lindemann, Frankfurt a. M. 1977, S. 325.

23 Dieser Aspekt ist noch kaum erforscht. Die sonst vorzügliche Arbeit von Josef Müller (*Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957*, Düsseldorf 1990, besonders S. 393ff.) greift an dieser Stelle eindeutig zu kurz.

24 Auszüge aus den Zwischenberichten der Kommission in: *Atomwaffen und Ethik* (wie Anm. 15), S. 139–142; EZA 87/1104. Im Sommer 1967 wurde die Kommission offiziell aufgelöst (EZA 2/2619).

25 Abgedruckt in: *Atomwaffen und Ethik* (wie Anm. 15), S. 142–148, sowie im Studienband der Kommission: *Atomzeitalter, Krieg und Frieden*, hrsg. von Günter Howe, Witten 1959, S. 226–236.

zusammengesetzt, daß ihm die verschiedenen theologischen Richtungen angehörten. Als Vertreter der bruderrätlichen Position ließ sich der in Berlin lehrende systematische Theologe Helmut Gollwitzer gewinnen. Es gelang dann dem Naturwissenschaftler und Sekretär des Ausschusses, Günter Howe, sowie vor allem Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph, zu einer Übereinkunft mit Gollwitzer in Gestalt jener elf Thesen zu gelangen.²⁶ Von grundsätzlicher Bedeutung dafür war die These 6: »Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.« Dazu gehörte wesentlich das Eingeständnis, an diesem Punkt keine allgemeingültige ethische Aussage machen zu können.²⁷ Obwohl der innerkirchliche Streit mit der Veröffentlichung der Heidelberger Thesen im Herbst 1959 keineswegs beendet war und viele bruderrätliche Zusammenschlüsse Gollwitzer hart attackierten, schuf dieses Dokument doch neue Gemeinsamkeiten. Aus der Gruppe der Mitglieder dieses Ausschusses erwuchs nun jener protestantische Führungskreis, der fähig war, sich in einer breiteren Öffentlichkeit Gehör und Einfluß zu verschaffen. Gestalt gewann dieses Neue im sogenannten »Tübinger Memorandum«.

III. Das Tübinger Memorandum

Unter der Devise »Mehr Wahrheit in der Politik« hatten im Herbst 1961 acht in der Bundesrepublik Deutschland bekannte und angesehene evangelische Persönlichkeiten eine kurze Denkschrift verfaßt.²⁸ Darin warfen sie – vor dem Hintergrund der auch durch die »Umarmungsstrategie« der SPD verursachten weitverbreiteten Unzufriedenheit über die politischen Zustände – sämtlichen Parteien vor, die Realitäten im In- und Ausland gegenüber der Bevölkerung zu verschleiern und dringend gebotene Entscheidungen zu verschleppen. Diese Behauptung begründeten die Autoren an Hand von fünf Themenkreisen:

1. Es gebe keine »aktive Außenpolitik«, die einerseits unbeirrbar an der Verteidigung Westberlins und der Wiedervereinigung Deutschlands im europäischen Kontext festhalte und andererseits gerade deshalb durch

26 Howe berichtete Kunst am 7.1.1959 über die Zuspitzung in der Kommissionsarbeit »zu einem leidenschaftlichen Ringen mit Prof. Gollwitzer, auch aus der Hoffnung heraus, daß eine Einigung möglich sein werde«. EZA 87/1106.

27 Weizsäcker legte den Kommissionsmitgliedern Anfang 1960 eine ausführliche Studie vor: »Gibt es komplementäres Handeln?« EZA 87/1104.

28 Vgl. dazu Martin Greschat »Mehr Wahrheit in der Politik!« Das Tübinger Memorandum von 1961, in: VfZ 48 (2000), S. 491–513; vgl. auch Möller (wie Anm. 17), bes. S. 181–282 u. 406–437.

den Verzicht auf die Rückgewinnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße zur Beruhigung und Normalisierung der Verhältnisse im Osten und Westen beitrage.

2. Geboten sei eine »militärisch effektive, politisch behutsame Rüstungspolitik«, also gerade nicht das laute oder auch leise Drängen der Bundesrepublik auf Mitverfügung über Atomwaffen.
3. Gleichzeitig gelte es, ernsthaft Sorge zu tragen und konkrete Schritte zu unternehmen für »richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz«.
4. Zur wirksamen Verteidigung gegen den Kommunismus gehörten nicht nur Waffen, sondern eine »planvolle Sozialpolitik«, die sich nicht mit einzelnen zufälligen Maßnahmen und Wahlgeschenken begnüge.
5. Die umfassenden technischen, industriellen und wirtschaftlichen Umbrüche in der Gegenwart verlangten größte Anstrengungen für eine »tiefgreifende Schulreform«.

Weil Teile dieses Textes durch eine Indiskretion bekannt wurden, veröffentlichten die Autoren das gesamte Memorandum am 24. Februar 1962.²⁹ Die Wirkung war enorm. Noch am selben Tag brachten einzelne überregionale Tageszeitungen im Westen und Osten Deutschlands Berichte mit zum Teil reißerischen Überschriften. Schnell konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf den bitteren und schmerzenden Punkt der Oder-Neiße-Linie. Vor allem darüber wurde in den Medien, den Verbänden und Parteien, aber auch innerhalb der Evangelischen Kirche nun intensiv und erbittert gestritten.

Diese Wirkung war natürlich nur möglich, weil die Autoren des Memorandums zur intellektuellen Führungsschicht der Bundesrepublik gehörten. An erster Stelle ist hier der bereits erwähnte Carl Friedrich von Weizsäcker zu nennen, der entscheidend an der Abfassung der Denkschrift beteiligt war. Neben ihm stand Ludwig Raiser, Professor für bürgerliches Recht, der ebenfalls in vielen anderen Bereichen der Öffentlichkeit wirkte, u. a. als Vorsitzender des Wissenschaftsrates und Präsident der Europäischen Rektorenkonferenz. Ähnliches gilt für den Pädagogen und Religionsphilosophen Georg Picht, der die Forschungsstelle der FESt in Heidelberg leitete und u. a. im Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen eine führende Rolle spielte. Ausgesprochen effizient, wengleich zumeist im Hintergrund, agierte der Naturwissenschaftler Günter Howe, Mitarbeiter der FESt und Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg. Und sie alle gehörten, zusammen mit Bischof Kunst, zum Führungskreis der Evangelischen Studiengemeinschaft, einer von den

29 Abgedruckt im Kirchlichen Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland. Bde. 89. 1962 bis 97. 1970, Gütersloh 1964–1972, hier: 1962, S. 75–78, sowie bei Ludwig Raiser, *Vom rechten Gebrauch der Freiheit*, Stuttgart 1982, S. 41–47.

Evangelischen Landeskirchen, den Evangelischen Akademien sowie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag getragenen Institution. Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Kuratoriums der FES_t war Raiser. Alle Genannten kannten sich seit Jahren und einige verband sogar Freundschaft.

Die in der Evangelischen Studiengemeinschaft tätigen Persönlichkeiten besaßen auch Verbindungen in andere gesellschaftliche Bereiche hinein. Das gilt z. B. für Klaus von Bismarck, damals Intendant des Westdeutschen Rundfunks in Köln. In dieser Position sowie als Mitglied im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages – und als Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt – brachte Bismarck, wie die anderen Autoren des Memorandums auch, mit seiner Persönlichkeit zugleich weitere kulturelle, gesellschaftliche und politische Gesichtspunkte und Verbindungen in die Überlegungen und die Arbeit an der Denkschrift ein. Dasselbe gilt für den Soziologen und Juristen Hellmut Becker, der durch Picht gewonnen wurde. Becker, zu diesem Zeitpunkt Präsident des Verbandes Deutscher Volkshochschulen, aber auch im Beirat der Inneren Führung im Verteidigungsministerium tätig, hatte zu den Verteidigern von Ernst von Weizsäcker im »Wilhelmstraßen-Prozeß« gehört und war seitdem mit der Familie Weizsäcker befreundet. Carl Friedrich von Weizsäcker zog Werner Heisenberg hinzu, Vorbild und Freund seit langem. Durch Howe stieß schließlich der allen Autoren bekannte Präses der Rheinischen Landeskirche und Theologieprofessor Joachim Beckmann zum Kreis. Andere begleiteten die Gespräche nur eine Zeit lang, so z. B. Theodor Eschenburg oder der Romanist Gerhard Heß, Raisers Nachfolger als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Biochemiker und Nobelpreisträger Adolf Butenandt oder der Nationalökonom Constantin von Dietze, bis 1961 Präsident der Synode der EKD.

Die Verfasser des Tübinger Memorandums wurzelten also in einem weit verzweigten Geflecht potentiell Gleichgesinnter. Sie agierten effizient und kompetent in vielfältigen Bereichen der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Dabei ist zum einen die Feststellung wichtig, daß sie alle die bis dahin innerhalb der Evangelischen Kirche weithin dominierende Alternative »lutherisch« oder »barthianisch«, bruderrätlich oder volkskirchlich nur noch am Rande bewegte. Dazu gehörte zum anderen, daß diese Persönlichkeiten eine im damaligen Protestantismus und erst recht in kirchlichen evangelischen Kreisen keineswegs selbstverständliche liberal-demokratische Wertehierarchie vertraten und vorantrieben. Was auch immer der Prozeß der »Verwestlichung« der Deutschen umfassen mag³⁰: Die

30 Instrukтив dazu ist Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, Göttingen 1999. Vgl. jetzt auch Thomas Sauer, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999.

Autoren des Tübinger Memorandums trugen dazu in einem beachtlichen Ausmaß bei.

Angefangen hatte alles freilich ausgesprochen bescheiden. Bei einem Gespräch mit Bischof Kunst im Sommer 1961 bezweifelte Weizsäcker, daß es sinnvoll sei, sich als einzelner, ohne Rückhalt bei Verbänden oder Parteien, gegen problematische Entwicklungen in der Bundesrepublik zu stemmen. Kunst widersprach ihm vehement mit der Begründung: »Resignieren ist kein christliches Geschäft.«³¹ Er versprach, einen Katalog mit kritischen Anfragen dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler sowie den evangelischen Abgeordneten der drei im Bundestag vertretenen Parteien zuzustellen.³²

Im Sommer 1961 entstand das Memorandum, vor allem im Verlauf von zwei Tagungen in Tübingen. Während des Wahlkampfes wollte man es nicht veröffentlichen, dann auch nicht vor Abschluß der Regierungsbildung. Am 6. November unterzeichneten schließlich die acht Autoren das Dokument und stellten es Bischof Kunst zur Verteilung an die evangelischen Abgeordneten zu. Dabei kam man überein, mit jeder Partei gesondert zu diskutieren, um – wie Kunst es ausdrückte – zu verhüten, »daß die Herren bei einem gemeinsamen Gespräch beim mea culpa jeweils an die Brust der anderen Partei klopfen.«³³

Um den Wahrheitsanspruch in der Politik sollte es nach einer Formulierung Raisers in der »Zeit« vom 20. April 1962 im Tübinger Memorandum gehen.³⁴ »Was wir fordern«, schrieb er, »ist nicht ein Verzicht auf Taktik als legitimes Mittel, politische Ziele zu erreichen, sondern Wahrhaftigkeit in mehrfachem Sinn: Wahrhaftigkeit als Bereitschaft, geschichtliche Fakten anzuerkennen und sich, auch wo es weh tut, von Illusionen zu lösen, als Mut, dem Volk selbst bittere Wahrheiten zu sagen, als Nüchternheit in der Abschätzung eigener und fremder Kräfte sowie der Erfolgsaussichten und der Gefahr des Scheiterns, als Entschlossenheit, sich den großen und schwierigen Aufgaben zu stellen und um die richtigen Wege zu einer dauerhaften Lösung zu ringen.«

Ein derartiges Vertrauen in die politische Reife der Bevölkerung, also darauf, daß viele Menschen in der Bundesrepublik fähig und willens wären, auch bittere und schmerzliche Wahrheiten anzuerkennen, gehörte für die Autoren des Memorandums zu den Grundlagen der Demokratie. Weizsäcker legte darauf bei der ersten öffentlichen Stellungnahme der

31 Zit. u. a. bei Hartmut Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*, 2 Bde., Göttingen 1984–1985, hier: Bd. 2 (1985), S. 318.

32 Raiser an Kunst, 5.11.1961, BA Koblenz, Nachlaß Raiser, Bd. 42 (1961/62).

33 Howe an Beckmann, 14.11.1961, LKAR Düsseldorf, Handakten Beckmann, B 135, S. 33.

34 Die Zeit, Nr. 16 vom 20.4.1962, S. 4.

Gruppe besonderes Gewicht.³⁵ Auf die Mitverantwortung jedes einzelnen komme es an. Ihm zufolge hieß das: »So können Lagen entstehen, in denen die Politiker darauf angewiesen sind, daß auch Staatsbürger, die selbst nicht im aktiven politischen Leben stehen, auf vordringliche Notwendigkeiten hinweisen.« Raiser sekundierte ihm: »Nach unserer Überzeugung ist es zur Stärkung unserer Demokratie hoch an der Zeit, daß sich unter denen, die in ihrem eigenen Lebensbereich selbständig und verantwortlich zu denken und zu handeln gewohnt sind, Menschen finden, die entschlossen sind, jene in einem Parteienstaat unentbehrliche Funktion wahrzunehmen.«³⁶

Gefördert und vertieft wurde diese Einstellung für die Acht durch ihre religiöse Überzeugung, ihr protestantisches Ethos. Dazu erklärte Raiser, ebenfalls in der »Zeit«: »Hinter der Bereitschaft zu solcher Arbeit steht die gemeinsame Überzeugung, daß christliche Gemeinde und politisches Gemeinwesen uns nicht einfach als überzeitliche Institutionen gegeben sind, sondern zugleich aufgegeben wurden und in aller weltlicher Verstrickung und Verwirrung nur genauso viel darzustellen vermögen, wie ihre Gläubigen und Bürger ihnen zubringen an Mitarbeit und Mitverantwortung, an sorgender Gewissenserforschung und an Opferbereitschaft. Ob solche Überzeugung spezifisch protestantischen Ursprungs ist, sei hier ganz offengelassen, da uns kontrovers-theologische Polemik mit Christen anderer Konfessionen oder irgendeine Überheblichkeit gegenüber Mitbürgern, deren politisches Verantwortungsbewußtsein nicht auf christlichem Glauben ruht, ganz fern liegt. Es möge genügen, den Grund zu bezeichnen, auf dem wir stehen und damit zugleich zu erklären, warum wir es für richtig gehalten haben, uns mit unserem Memorandum zunächst an eine Anzahl evangelischer Abgeordneter zu wenden, bei denen wir voraussetzen durften, daß ihre politische Arbeit auf der gleichen Überzeugung beruht.«³⁷

Als das Mittel, um Wahrhaftigkeit und Vertrauen, Verantwortungsbeußtsein und demokratische Gesinnung auszubreiten, galt den Verfassern des Memorandums das offene Gespräch, der rationale Diskurs. Das umschloß eine Veränderung der politischen Öffentlichkeit im Sinne des Drängens auf eine echte Streitkultur, orientiert an der Erneuerung der Gesellschaft.

Termingründe verhinderten zunächst die geplanten Besprechungen mit den Parteien. Doch die Autoren hörten seitens der SPD von zustimmenden Äußerungen Fritz Erlers und vor allem Willy Brandts.³⁸ Ähnliche

35 Ebd., Nr. 10 vom 9.3.1962, S. 8: »Warum wir das Wort ergriffen.«

36 Wie Anm. 34.

37 Ebd.

38 Raiser an Weizsäcker, 3.12.1961, BA, Raiser, Bd. 42.

Hinweise kamen von CDU-Politikern.³⁹ Die Unterredung mit ihnen fand am 30. Januar 1962 in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre statt. Im Blick auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie jedoch war die Ablehnung einhellig. Unverbindlich blieb das Gespräch mit der FDP. Von der Aussprache mit den SPD-Politikern am 14. Februar hatten einige der Acht am meisten erwartet. Zu den Teilnehmern zählten Martin Hirsch, Adolf Arndt, Gustav Heinemann, Hans Merten sowie Herbert Wehner.⁴⁰ Dieser dominierte – und somit der Widerspruch gegen die meisten Aussagen des Memorandums. Beim Thema der Oder-Neiße-Grenze äußerten die Sozialdemokraten schließlich ihr Nein derart kategorisch, daß Raiser und Weizsäcker auf ein Schlußwort verzichteten. Unverkennbar war »die SPD so leidenschaftlich bemüht, jeden Vorwurf einer mangelnden nationalen Gesinnung von sich abzuwehren, daß eigentlich gegen das hier zu grundlegende Trauma kein rationales Argument mehr half.«⁴¹

Durch die Veröffentlichung der Denkschrift im Februar 1962 war eine neue Situation geschaffen. Die Gespräche mit den Parteien endeten zwar nicht abrupt, aber sie versickerten doch schnell angesichts der sich sogleich polarisierenden öffentlichen Auseinandersetzungen. Dabei spielten die Vertriebenenverbände mit ihren lautstarken Diffamierungen alsbald eine zentrale Rolle. Zurückhaltender in der Sprache, aber sachlich auf derselben Linie äußerte sich der Ostkirchenausschuß, also das vom Rat der EKD bestellte Gremium zur Wahrung der kirchlichen Belange der Vertriebenen.

Die meisten evangelischen Christen adressierten ihre Stellungnahmen an Präses Beckmann. Auch dabei ging es nahezu ausschließlich um die Ostpolitik. Sofort nach Bekanntwerden des Textes kamen spontane Zustimmungen, von theologischen und kirchlichen Freunden, aber auch von Unbekannten.⁴² Aber selbstverständlich fehlten auch die bösen und niederträchtigen Schreiben nicht. Ein Hamburger Arzt hoffte, man werde den Präses wie eine Ratte erschlagen.⁴³ Andere argumentierten bibliozistisch und meinten, so das Recht auf Heimat bzw. die deutschen Ostgebiete begründen zu können.

Um in diesen Streit möglichst nicht hineingezogen zu werden, erklärte der Rat der EKD am 12. Mai 1962, er habe das Tübinger Memorandum weder veranlaßt noch vor seiner Veröffentlichung gekannt. Er nehme dazu auch jetzt nicht Stellung, bedaure jedoch »die von einigen Verbänden und Kreisen gewählte Form der Kritik an dem Memorandum und an der Person der Verfasser in einer Sachdiskussion, bei der es sich um Le-

39 Kunst an Raiser, 6.12.1961, LKAR (wie Anm. 33), B 135, S. 34–36.

40 Howe an Beckmann, 20.2.1962, ebd., S. 62.

41 Ebd.

42 Vgl. dazu das Material in LKAR (wie Anm. 33), B 139–140.

43 Dazu und zum folgenden ebd., B 137–138.

bensfragen der Nation handelt.«⁴⁴ Faktisch bedeutete das eine vorsichtige Distanzierung von jenen Kräften, die auch in der Evangelischen Kirche eine neue, auf Ausgleich und Verständigung basierende Ostpolitik wollten. Diesen Kontext hatte Raiser vor Augen, als er am 11. März an Beckmann schrieb: Mit dem Kampf auf dem politischen Feld würden sie sicherlich fertig. »Was mich aber in zunehmendem Maße beschäftigt, das ist die bei dieser Gelegenheit deutlich gewordene innerkirchliche Situation, und dazu wäre mir Ihre Meinung und Ihr Rat sehr erwünscht.«⁴⁵ Beckmann stimmte Raiser einerseits zu – »In unserer Kirche ist hier wie in den meisten politischen Fragen nur ganz wenig Einsicht« –, verwies jedoch andererseits auf die mannigfachen Aktivitäten, die seit einiger Zeit nicht nur in der Rheinischen Kirche unternommen würden, um mit den Vertriebenen ins Gespräch zu kommen. Hier müsse man weitermachen.⁴⁶

Dazu entschloß sich dann auch Raiser – und zwar durchaus in dem Bewußtsein, »daß wir hier innerhalb unserer Kirche am Anfang eines langen und mühsamen Weges stehen.«⁴⁷ Auch innerhalb des Protestantismus und der Evangelischen Kirche waren die Widerstände gegen ein Umdenken in der Ostpolitik offensichtlich beträchtlich. Aber es hatte sich doch auch gezeigt, daß es in der Bundesrepublik Menschen gab, die den Zielsetzungen der Acht und ihrem Memorandum zustimmten. So konnte dieses Dokument als ein Signal für alle diejenigen dienen, die eine Veränderung in der Ostpolitik wollten.

Die Politiker und Parteien waren noch nicht so weit. Auf dem Parteitag der SPD, 1964 in Karlsruhe, sahen die Delegierten rechts und links vor sich großformatige Photos von Schumacher und Ollenhauer, in der Mitte eine Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 und darunter das Motto: »Erbe und Auftrag!«⁴⁸ Vor diesem Hintergrund nahm Heinemann in einem Brief vom 28. September 1964 an Raiser ausdrücklich die von Marion Gräfin Dönhoff in der »Zeit« veröffentlichte Bezeichnung der Acht als »Lobbyisten der Vernunft« auf. Sie könnten wagen und tun, was die Politiker sich nicht erlauben durften. Heinemann warb dann um Verständnis für die SPD, die unmöglich allein »die Liquidation des Hitler-Krieges in seinen bitteren Konsequenzen« übernehmen könne. Er fuhr fort: »Meinerseits möchte ich Sie dringlich bitten, spüren zu lassen, daß Sie und Ihre engeren Freunde bei der Fahne bleiben, die Sie mit dem Memorandum gehißt haben.«⁴⁹

44 Kirchliches Jahrbuch (wie Anm. 29) 1962, S. 82.

45 Beckmann, B 135, S. 65.

46 Schreiben vom 18.3.1962, BA, Raiser, Bd. 42.

47 Raiser an Kunst, 2.5.1962, ebd.

48 Klotzbach (wie Anm. 19), S. 569.

49 BA, Raiser, Bd. 6 (1974–1980).

Das war in der Tat der Fall. Damals arbeitete die Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung unter dem Vorsitz von Raiser bereits seit Monaten an einer Denkschrift, die im Herbst 1965 mit dem Titel »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« veröffentlicht wurde. Dieses Dokument bewegte und erregte die Öffentlichkeit noch erheblich stärker als das Tübinger Memorandum. Gleichzeitig trug es ganz wesentlich zur Veränderung des geistigen und vor allem des politischen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland bei.

IV. Die Ostdenkschrift

Zunächst allerdings sah es so aus, als werde der Ostkirchenausschuß im Auftrag und Namen der EKD eine gegen die Aussagen des Tübinger Memorandums gerichtete Stellungnahme für das »Recht auf Heimat« publizieren.⁵⁰ Dementsprechend entzog der Rat der EKD zunächst der von Ludwig Raiser geleiteten Kammer für Öffentliche Verantwortung den Auftrag, über dasselbe Thema wie der Ostkirchenausschuß zu arbeiten. Es war dann vor allem das Verdienst von Bischof Kunst, daß es gelang, sowohl den neuen Ratsvorsitzenden, Bischof Kurt Scharf von Berlin-Brandenburg, als auch den Rat der EKD davon zu überzeugen, daß man nicht eine kirchenpolitische Gruppe für die ganze Evangelische Kirche reden lassen könne, die Kammer also die Thematik zu behandeln habe. Der Rat der EKD widerrief daraufhin im März 1963 seinen früheren Beschluß. Nach einer solchen »Kette von Miß- und Halbverständnissen« – wie Raiser es ausdrückte⁵¹ – begann die Kammer im Herbst 1963 mit der Arbeit an der »Ostdenkschrift«.

Raiser wußte nur zu gut, worauf er sich dabei auch persönlich einließ. Aber er war überzeugt, daß weder er noch die Kammer diesem Problemkreis ausweichen dürften. »Denn die Kirche ist hier ganz einfach gefordert. Sie wird von den Vertriebenen, als ein Stück geretteter Heimat, für sich und leider auch für die Forderungen ihrer politischen Führer in Anspruch genommen, und sie war ja auch beim Memorandum mit im Spiel (gleichgültig, warum und inwiefern). Ich will auch gar nicht verschweigen, daß in meinen Augen die Kirche hier eine spezifische Aufgabe hat:

⁵⁰ Die umfassendste Darstellung der Entstehung der Denkschrift bietet Rudolph, *Evangelische Kirche* (wie Anm. 31), Bd. 2 (1985), S. 86–149. Da der Verfasser damals viele Archivalien noch nicht nutzen konnte, bleiben seine Ausführungen jedoch bisweilen unklar oder konstruiert.

⁵¹ Raiser an von Harling, Kirchenkanzlei der EKD, 24.8.1963, EZA 2/84/043/143 Bh.

die Befriedung der Vertriebenen, die Anbahnung eines neuen Verständnisses unserer Aufgabe gegenüber Polen u. a. sind Aufgaben, die die Politiker allein gar nicht leisten können, wenn die Kirche dazu nicht im Sittlichen den Boden bereitet.«⁵²

Weil nicht nur die Vertriebenenverbände, sondern auch der Ostkirchenausschuß wieder und wieder mit dem Grundsatz »Recht auf Heimat« argumentierten, veröffentlichte Raiser in derselben Zeit einen kurzen Artikel über die juristische Relevanz dieses Prinzips.⁵³ Darin hob er zwei Gesichtspunkte hervor, die dann von der Denkschrift aufgenommen wurden. Zum einen legte Raiser dar, auf wie wenig sicherem Boden man sich juristisch bei der Berufung auf das »Recht auf Heimat« bewegte und daß es sich dabei jedenfalls nicht um einen völkerrechtlich anerkannten Grundsatz handelte. Zum anderen wies Raiser darauf hin, daß das Ernstnehmen eines solchen Rechts unabdingbar zu der Frage führe, wie es denn um das Heimatrecht der jetzt in diesen deutschen Ostgebieten lebenden und vor allem der dort geborenen Polen stehe. Beide Völker hätten Unrecht und Verbrechen auf sich geladen, urteilte Raiser. »Man kann das deutsch-polnische Verhältnis vereinfacht so beschreiben, daß vor dem Forum des Völkerrechts hier weniger Recht gegen Recht als vielmehr Unrecht gegen Unrecht steht.« Insofern gelte es, neues und besseres Recht zu schaffen, anstatt sich gegenseitig das erlittene Unrecht vorzurechnen. »Das Ziel muß vielmehr sein, neues Recht zwischen Polen und Deutschen zu stiften, eine bessere als die zerbrochene alte Ordnung, um in gegenseitiger Anerkennung die Zukunft beider Völker und den Frieden Europas an dieser empfindlichen Stelle zu sichern.« Das sei die Aufgabe des ganzen deutschen Volkes, nicht nur der Vertriebenen. »Wohl aber gilt es, auch und gerade sie für das Ziel zu gewinnen.« Wie das gelingen könnte, blieb dann allerdings während der gesamten Zeit der Arbeit an der Denkschrift eine offene Frage.

Die innerhalb der Kirche existierenden theologischen und kirchenpolitischen Positionen verdichteten sich in zwei Thesenreihen, die beide ausführlich in der Kammer diskutiert wurden. Die erste Stellungnahme lieferte der Bielefelder Arbeitskreis der Kirchlichen Bruderschaften. Seit dem Bekanntwerden des Tübinger Memorandums hatte diese Gruppe unter der Leitung des Betheler Sozialethikers Wolfgang Schweitzer über die Thematik des Rechts auf Heimat sowie der Oder-Neiße-Grenze gearbeitet. Das in neunzehn Thesen gefaßte Ergebnis erläuterte Schweitzer auf der Sitzung am 29. November 1963 und veröffentlichte es, gegen den

⁵² Ebd.

⁵³ Ludwig Raiser, Das »Recht auf Heimat« als Schlüssel zum deutschen Ostproblem? Ein juristischer Diskussionsbeitrag, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 7 (1963), S. 384–390, besonders S. 389 f.

Willen der Kammer, sogleich in einer leicht überarbeiteten Fassung unter dem Titel »Die Versöhnung in Christus und die Frage des deutschen Anspruchs auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße«. ⁵⁴ Diese Überschrift der Bielefelder Thesen formulierte bereits das Programm. Aufgrund der Versöhnung der Welt durch Gott in Jesus Christus folgerten die Bielefelder, daß diesem Handeln Gottes das Eintreten der Christen sowie der christlichen Gemeinde für Frieden und Versöhnung korrespondieren müsse – und zwar nicht nur im individuellen Bereich, sondern ebenso im sozialen und insbesondere im politischen Raum. Daraus ergab sich ein Verständnis von Recht, das sich als lebenserhaltend im Sinne der Realisierung von Versöhnung und Frieden charakterisieren ließ. In der siebten These hieß es, die Liebe trete »in den Dienst des Rechts, indem sie einerseits das vorhandene Recht kritisch begrenzt, andererseits die Vernunft dazu anfeuert, an der Erhaltung, Verbesserung und Verwirklichung des irdischen Rechts zu arbeiten«. Unverkennbar zeichnete sich bereits hier die Tendenz ab, die Realitäten des Interesses, der Macht und Herrschaft zurücktreten zu lassen, mithin den Rechtsbegriff zu spiritualisieren. Sicherlich konnten der einzelne und die christliche Gemeinde den Zusammenbruch Deutschlands mit seinen Folgen als das »gerechte Gericht Gottes« anerkennen und deshalb alle »Rechtsansprüche« fahren lassen. Aber war eine solche Position politisch handhabbar? Fraglos gab es auch gute Gründe, um mit der siebzehnten These zu argumentieren: »In der gegenwärtigen Situation erscheint die Preisgabe des deutschen Anspruchs auf die verlorenen Ostgebiete und der Verzicht auf die Rückkehr dorthin um des Friedens und um eines guten Zusammenlebens mit unseren östlichen Nachbarn willen als geboten.« Aber zumindest als pure Behauptung – wenn nicht sogar als klerikale Anmaßung – mußte erscheinen, was die Bielefelder als Begründung dafür boten: »Zu solcher Erkenntnis befreit das Evangelium die politische Vernunft.«

Gegen diese Position richteten sich die Thesen, die Klaus Harms seitens des Ostkirchenausschusses auf derselben Sitzung der Kammer vortrug. Daraus erwachsen schließlich die am 29. September 1964 in Lübeck von Vertretern des Ostkirchenausschusses unterzeichneten siebzehn Sätze. Sie sollten die offizielle Zusammenfassung seiner Position darstellen. Veröffentlicht wurden diese Thesen im Januar 1965 unter der Überschrift »Das Evangelium von Jesus Christus für die Heimatvertriebenen«. ⁵⁵

⁵⁴ Wolfgang Schweitzer, *Die Versöhnung in Christus und die Frage des deutschen Anspruchs auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße*, in: *Junge Kirche* 24 (1963), S. 718–723.

⁵⁵ Abgedruckt in: *Stimmen zur Denkschrift der EKD: Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, hrsg. von Peter Nasarski, Köln 1966, S. 92–97.

Nachdrücklich wiesen die Lübecker die von den Bielefeldern proklamierten eindeutigen politischen Folgerungen zurück und verwarfen gleichzeitig nachdrücklich jede Indienstnahme des Evangeliums für menschliche bzw. politische Ziele und Interessen. Weil der Protestantismus und die Evangelische Kirche falsch und verhängnisvoll bis in die jüngste Vergangenheit hinein gehandelt hätten, stellten sich die Lübecker auf den Boden der Stuttgarter Schulderklärung, sprachen von eigener Schuld sowie der Schuld des deutschen Protestantismus hinsichtlich seiner »Verquickung« des Evangeliums mit »Heimat, Volk und Vaterland«.

Doch nach dieser Grundlegung bezeichnete These neun die Heimat als Gabe Gottes, weshalb Menschen unrecht handelten, die sie anderen wegnahmen. Aber inwiefern ließ sich daraus folgern, daß ein solches Handeln bedeutete, einen Menschen »aus der Verantwortung, die Gott ihm auferlegt hat, heraus[z]ureißen«? Und noch ungereimter mutet an, daß nun ausgerechnet das Evangelium gegen einen solchen Raub ins Feld geführt wurde: »Und das ist uns vom Evangelium her verboten und ein bitteres Unrecht an den Menschen.« Eine solche Argumentation hatte offenkundig kaum noch etwas mit ernsthafter Theologie zu tun, sondern diente lediglich der Stabilisierung der eigenen Position. Daß »Evangelium« in diesem Kontext tatsächlich nur noch die fromme Formulierung für die Legitimierung des bedingungslos festgehaltenen eigenen Rechts auf Heimat bildete, belegt die siebzehnte und letzte These: Nach der Versicherung, daß »Gott das Recht liebhat«, hieß es weiter, es sei »vom Evangelium her sogar geboten, daß wir gegen eine voreilige Verzichtserklärung [...] warnend unsere Stimme erheben«; das Wort »voreilig« wurde im übrigen erst nachträglich eingefügt.

Die Mitglieder der Kammer weigerten sich, bei diesem Entweder-Oder stehenzubleiben, das die Bielefelder und Lübecker Thesen theologisch und kirchenpolitisch dargelegt hatten. Zu dieser Haltung trugen vor allem die Erfahrungen und Einsichten bei, die viele Mitglieder der Kammer im Zusammenhang mit der erwähnten Atomdiskussion gemacht hatten. Unterstützt wurde diese Einstellung nun durch die im Dezember 1964 von dem westfälischen Oberkirchenrat Danielsmeyer vorgetragene 21 Thesen insofern, als dieser die Möglichkeit einer theologischen Begründung sowohl für den geforderten Verzicht als auch den Rechtsanspruch hinsichtlich der deutschen Ostgebiete nachdrücklich bestritt.⁵⁶ Im Zusammenhang damit leitete die Kammer einen eindeutigen Paradigmenwechsel ein, der dann auch in die endgültige Fassung der Denkschrift einging. Dort hieß es im Blick auf die genannten beiden Thesenreihen: »Beide Betrachtungsweisen schätzen offenbar die Leistungsfähigkeit der

⁵⁶ Protokoll der Sitzung vom 18./19.12.1964, EZA 2/84/043/144. Die Thesen finden sich ebd., 607/15.

Theologie für den politischen Rat und die politische Entscheidung falsch ein. Die Theologie wird ähnlich wie das Völkerrecht nur einen Teilbeitrag zur Lösung der anstehenden politischen Fragen leisten können. Ihr politisches Mitreden betrifft weniger die Oberschicht der konkreten politischen Entscheidung als vielmehr die Tiefenschicht der inneren Voraussetzungen, des realistischen Urteils und der wirklichen Bereitschaft zur Versöhnung.«⁵⁷

Die Anhörung der Vertreter der Vertriebenenverbände im Februar 1964 hatte zu keinen neuen Erkenntnissen geführt.⁵⁸ Aber die Diskussion brachte insofern Klarheit, als von dieser Seite nicht nur jedes Rühren am deutschen Rechtsanspruch auf die Ostgebiete schroff und erbittert zurückgewiesen wurde, sondern auch die Bemühungen um politische Entspannung. Auf die Frage, wieviele Vertriebene denn wohl gewillt wären, in die alte Heimat zurückzukehren, antwortete Philipp von Bismarck: »Es gehe nicht um die persönlichen Interessen der Heimatvertriebenen, sondern darum, die Unruhe zu erhalten, um eine Stabilisierung der jetzigen Machtverhältnisse zu verhindern. Das seien wir den Satellitenvölkern im Ostblock schuldig, die durch unsere Schuld ihre Freiheit verloren haben.«⁵⁹

Sowohl angesichts dieser Stellungnahmen als auch der Haltung der Bielefelder und Lübecker, die durch die Veröffentlichung ihrer Thesen für einen pragmatischen Kompromiß kaum mehr Raum ließen, beschloß die Kammer, einen eigenen Weg zu suchen, unabhängig von den theologischen und politischen Parteien. In dieser Auffassung wurden die Mitglieder der Kammer zumindest indirekt durch die Anhörung einiger bekannter Persönlichkeiten bestärkt.⁶⁰ Sie alle warnten nachdrücklich, sich zum Thema der deutschen Ostgebiete und der Oder-Neiße-Linie zu äußern – schon gar nicht als Kirche, wie Marion Gräfin Dönhoff unterstrich! Hier war die Kammer offenkundig bereits erheblich weiter als viele Repräsentanten der Öffentlichkeit.

Am 18. und 19. Dezember 1964 fand in Ost-Berlin eine Aussprache über den endgültigen Text der Denkschrift mit einigen Mitgliedern der Kammer aus der DDR statt.⁶¹ Das Ergebnis war zwiespältig, vor allem deshalb, weil es sich hier um ein ausgesprochen westliches Problem handelte

57 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, 1965, in: Die Denkschriften der EKD. Bd. 1/1: Frieden, Versöhnung und Menschenrechte. Gütersloh 1978, S. 77–126, hier: S. 119.

58 Protokoll der Sitzung am 21./22.2.1964, EZA 650/95/68.

59 Ebd., S. 5.

60 Protokoll der Sitzung am 29.11.1963, EZA 2/84/043/142. Zu den Gästen gehörten außerdem Reinold von Thadden-Trieglaff, Lieselotte Funcke sowie Berthold Martin.

61 Protokoll der Sitzung am 18./19.12.1964, EZA 2/84/043/144.

und die Vertreter aus der DDR fürchteten, in die zu erwartenden öffentlichen Auseinandersetzungen im eigenen Land hineingezogen zu werden.⁶² Am sympathischsten wäre es ihnen deshalb gewesen, wenn nur die Westdeutschen die Denkschrift herausgebracht hätten. Doch das war unmöglich, weil dadurch die Einheit der EKD, an der die meisten kirchlichen Repräsentanten auch aus der DDR trotz der Teilung Deutschlands und der Mauer durch Berlin nach wie vor festhielten, offiziell preisgegeben worden wäre. Andererseits führte diese Diskussion zu einer eindeutigen Ausweitung der Perspektive, weil die Vertreter aus der DDR drängten, nicht nur von den Vertriebenen zu sprechen, sondern deren Schicksal in die »größeren politischen, geschichtlichen und völkerrechtlichen Zusammenhänge hineinzustellen«. Das Ziel müsse sein, einen Beitrag zu »einer künftigen haltbaren Friedensordnung zwischen den Völkern« zu liefern. Indem die Denkschrift diese Intention aufnahm, trug sie zu einem weiteren Paradigmenwechsel bei: Jetzt ging es um die Gestaltung einer neuen und besseren Ordnung in Europa – und nicht allein um deutsche Belange.

Im August war die Ostdenkschrift im wesentlichen fertiggestellt, am 1. Oktober 1965 unterzeichnete Bischof Scharf als Ratsvorsitzender der EKD das Vorwort, das die Verantwortung für diesen Text ausdrücklich auf die westdeutschen Mitglieder der Kammer begrenzte. Allerdings handelte es sich hier um Probleme, »die das ganze deutsche Volk angehen.«⁶³ Anschließend wurden in einem ersten Kapitel »Umfang und Zusammenhänge der Probleme« umrissen. Danach ging es um »Die Vertriebenen in Gesellschaft und Kirche«. Die Leistungen bei der Integration dieser Menschen wurden ausführlich gewürdigt, aber selbstkritisch auch die Defizite benannt. Das dritte Kapitel lenkte den Blick auf die »gegenwärtige Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie«, wobei auch der 1950 abgeschlossene Vertrag über die gemeinsame Grenze zwischen Polen und der DDR Erwähnung fand. Das vierte Kapitel behandelte »Völkerrechtliche Fragen«. Dazu hieß es zuletzt: Da sich die Probleme auf der juristischen Ebene nicht lösen ließen, gelte es, »einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. Damit wird nicht gerechtfertigt, was in der Vergangenheit geschehen ist, aber das friedliche Zusammenleben beider Völker für die Zukunft ermöglicht«. Von den »Theologischen und ethischen Erwägungen« im fünften Kapitel

62 Die Vertreter aus der DDR forderten deshalb die Klarstellung, daß es in der Denkschrift lediglich um Westdeutschland ging und daß der Görlitzer Vertrag vom Jahre 1950 erwähnt würde (EZA 104/117, 14.7.1965). Generalsuperintendent Günter Jacob lehnte die Denkschrift ab (EZA 2/84/043/144, 27.8.1965). Umgekehrt zeigten sich weder Oberkirchenrat Wilkens noch Raiser bereit, von »Umsiedlern« statt von Vertriebenen zu sprechen (EZA 81/Scharf, 0237, Bd. I, 10.9.1965; EZA 650/95/96, 16.9.1965).

63 Zum Text der Denkschrift vgl. Anm. 57.

mitsamt der Gegenüberstellung der Lübecker und Bielefelder Thesen sowie der ausdrücklichen Begrenzung der Leistungsfähigkeit der Theologie in dem hier behandelten Kontext war bereits die Rede. Das sechste Kapitel handelte über »Die deutschen Ostgrenzen als politische Aufgabe«. Hier hieß es zuletzt: Sicherlich könne diese Denkschrift den Politikern keine Handlungsanweisungen geben. »Aber sie sieht eine Aufgabe der Kirche darin, dem deutschen Volk die Ziele, auf die es ankommt, deutlicher bewußt zu machen, als das in der innerdeutschen Diskussion meist geschieht, und die in dieser Diskussion so oft zutage tretenden Widerstände gegen diese Ziele auszuräumen. Ist damit der Handlungsspielraum der Politiker erweitert, so bleibt es ihre Aufgabe, von dieser Möglichkeit den rechten Gebrauch zu machen.«

Diese »Ostdenkschrift« brachte in der Bundesrepublik eine wahre Flut von Reaktionen hervor. Dabei reichten die Äußerungen in den Medien von freudiger Zustimmung bis zu leidenschaftlichen, haßerfüllten Ablehnungen. Auch Morddrohungen gegen die Autoren fehlten nicht. Listet man die veröffentlichten Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der Bereitschaft oder Verweigerung eines rationalen Diskurses mit dem Thema auf, erklärten sich rund zwei Drittel dazu bereit, ein Drittel lehnte das ab.⁶⁴ Diese Relation blieb während der recht langen öffentlichen Aktualität des Themas bis zum März 1966 stabil.

Die erste Stellungnahme kam von dem katholischen Wochenblatt »Echo der Zeit« am 14. Oktober 1965, also noch vor Ablauf der bis zum 20. Oktober geltenden Sperrfrist für die Presse. Mit betont negativ eingeleiteten Textauszügen verband das Blatt eine schroffe Polemik gegen die Ostpolitik des Bundesaußenministers Gerhard Schröder.⁶⁵ Gleichzeitig bliesen die Vertriebenenverbände zum Sturm. Aus diesem Lager erschienen, ebenfalls vor dem 20. Oktober, mehr als 15 Artikel gegen die Denkschrift, durchweg mit der Behauptung, die Evangelische Kirche predige den einseitigen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete. Ablehnend äußerten sich dann auch konservative politische sowie betont katholische Kreise – was diesen lautes Lob seitens der Vertriebenenverbände einbrachte.⁶⁶

64 So Henkys in: Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, hrsg. von Reinhard Henkys, Stuttgart 1966, S. 34.

65 Herbert Czaja berichtet, er habe die Denkschrift etwa am 7.11. von einem evangelischen Bundestagsabgeordneten erhalten und daraufhin diesen Artikel geschrieben (ders., Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik, Frankfurt a. M. 1996, S. 437). Der Mitverfasser der Denkschrift, Oberkirchenrat Erwin Wilkens, fragte am 26.10.1965 bei Rainer Barzel an, warum die CDU/CSU ausgerechnet diesen Artikel verbreite (EZA 650/95/73).

66 Nahezu ausschließlich solche ablehnenden Stellungnahmen sind in den Stimmen zur Denkschrift (wie Anm. 55) zusammengestellt.

Wohlwollend-distanziert urteilten die meisten Politiker⁶⁷ – Schröder wie auch Mende, Gerstenmaier, Wehner oder Brandt. Die Abgabe einer offiziellen Stellungnahme hielt die Bundesregierung für überflüssig. Aber CDU/CSU und SPD setzten Ausschüsse ein, um das Thema zu diskutieren. Denn unverkennbar bewegten die aufgeworfenen Fragen einen beträchtlichen Teil auch der Parteimitglieder. Der CDU-Abgeordnete Blumenfeld in Hamburg begrüßte z. B. nachdrücklich die Denkschrift. Viel Beifall erhielt Wilhelm Simpfendörfer, weil er aufgrund der Haltung seiner Partei in dieser Frage sein Amt als Ehrenvorsitzender der CDU von Nordwürttemberg niederlegte.⁶⁸ In Berlin attackierten Mitglieder der SPD ihre Partei, weil diese sich nicht eindeutig für die Denkschrift erklärte. Im Gesamtdeutschen Ministerium schließlich wurde ein umfangreiches Gutachten erstellt, in dem zwar einerseits eine Reihe von Einwänden gegen die Denkschrift erhoben wurde, andererseits jedoch für sie wesentliche Gesichtspunkte Zustimmung fanden – angefangen bei der Problematik, beim gleichzeitigen Beharren auf den Grenzen von 1937 die Wiedervereinigung zu erreichen, über das Gewicht des Gedankens der Versöhnung bis hin zur Notwendigkeit, Illusionen in der Bevölkerung abzubauen. Die Schlußfolgerung lautete: Die Bundesregierung solle keine offizielle Stellungnahme abgeben, wohl aber »die durch die Denkschrift ausgelöste Diskussion um die Probleme der deutschen Ostgrenzen als nützlich und notwendig begrüßen und in diesem Sinne auch die Denkschrift als einen bedeutsamen Beitrag zur Klärung dieser Fragen würdigen«.⁶⁹ Auszüge aus diesem Memorandum wurden, wiederum in polemischer Absicht, am 20. Februar 1966 vom »Echo der Zeit« veröffentlicht.

Auch in den innerkirchlichen Gesprächen und Auseinandersetzungen spielten politische Gesichtspunkte eine zentrale Rolle. Hier wurde der Streit deshalb so laut und leidenschaftlich ausgetragen, weil sich unter ihren Mitgliedern sowohl entschiedene Befürworter einer Versöhnung mit Polen befanden, insbesondere in den Kreisen der Kirchlichen Bruderschaften, als auch engagierte Vertreter der deutschen Rechtsansprüche, vor allem in den Vertriebenenverbänden. Hinter der Ostdenkschrift stand allerdings eine für den deutschen Protestantismus ungewöhnlich breite theologische und kirchenpolitische Front. Sie reichte von bruderrätlich gestimmten Theologen wie Vogel, Schweitzer oder Gollwitzer bis zu ganz anders orientierten Persönlichkeiten, wie z. B. Thielicke oder Pannenberg.

67 Vgl. dazu Deutschland (wie Anm. 64), besonders S. 41 ff. Einen informativen Überblick über die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung bietet: Deutschlands Osten – Polens Westen? Eine Dokumentation, hrsg. von Hansjakob Stehle, Frankfurt a. M. 1965.

68 Abschrift seines Schreibens vom November 1965 im EZA 104/118.

69 Im EZA finden sich zwei Photokopien dieses Textes: 650/95/87 und 609/41/K 6.

Und hier stimmten auch die Präses Wilm und Beckmann mit den lutherischen Bischöfen Lilje und Dietzfelbinger überein.

Ganz wesentliche Auseinandersetzungen vollzogen sich auf der regionalen bzw. der lokalen Ebene: in den Gemeinden und Kirchenkreisen, in Ausschüssen, Vereinen und Verbänden und insbesondere in den Evangelischen Akademien.⁷⁰ Die Denkschrift wühlte viele Gemeinden in einem Maße auf, der sich nur mit dem erbitterten Streit um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den frühen 50er Jahren vergleichen läßt. Politische und vor allem gesellschaftliche Themen zogen jetzt insgesamt das Interesse, zumal der jüngeren Generation, auf sich. Diese Entwicklung kann man deutlich an den Veranstaltungen der Evangelischen Kirchentage ablesen, die man als »Seismographen« bezeichnet hat für das, »was Christen in der Welt bewegt«. Auf dem Dortmunder Kirchentag im Juli 1963 standen erstmals jene Fragen im Vordergrund, erstmals auch eingegrenzt auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit.⁷¹ Auf allen diese Ebenen manifestierte sich also in dieser Zeit eine beträchtliche Veränderung des politischen Bewußtseins.

Die offizielle kirchliche Billigung der Ostdenkschrift erfolgte durch die EKD – Synode, die vom 13. bis zum 18. März 1966 in Berlin-Spandau tagte. Die hier erarbeitete und dann von allen westdeutschen Kirchen akzeptierte Erklärung⁷² formulierte zwar in mancher Hinsicht vorsichtiger, nahm jedoch von den Aussagen der Denkschrift nichts zurück. Nach dem Dank an die Vertriebenen für ihre Leistungen beim Wiederaufbau ging der Blick nach vorn. Die Synodalen bezeichneten die »Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn« als eine allen Deutschen gestellte Aufgabe und bezogen den von dem polnischen Primas Wyszynski proklamierten Satz »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung« ausdrücklich auch auf sich und ihre Gemeinden.⁷³

V. Religiöse und politische Reaktionen

Die Auseinandersetzungen mit der Ostdenkschrift verschärfen allerdings auch viele längst vorhandene religiöse, kirchliche und politische Unterschiede zu schroffen Gegensätzen. Insofern war es kaum zufällig, daß es

70 Reiches Material dazu bietet Rudolph, *Evangelische Kirche* (wie Anm. 31), Bd. 2 (1985), S. 150–210.

71 Harald Schröter, *Kirchentag als vor – läufige Kirche. Der Kirchentag als eine besondere Gestalt des Christseins zwischen Kirche und Welt*, Stuttgart 1993, S. 11 u. 285 ff.

72 *Vertreibung und Versöhnung*, 18.3.1966: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1/1 und 1/2, Gütersloh 1978, hier: Bd. 1/1, S. 128–132.

73 Vgl. dazu Edith Heller, *Macht – Kirche – Politik*, Köln 1992.

in dieser Zeit zu Zusammenschlüssen Gleichgesinnter kam, die sich auf diese Weise gegen die allgemeine theologische und kirchliche Entwicklung stemmten. Im direkten Widerspruch gegen die Ostdenkschrift gründeten einige Theologen und Nichttheologen Ostern 1966 in Stuttgart die »Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher«.⁷⁴ Zu den Initiatoren gehörten u. a. der Schriftsteller Bernt von Heiseler, der Dortmunder Pfarrer Alexander Evertz und der Freiburger Oberlandesgerichtsrat Karl Salm. Ihre ultrakonservative nationalistische Gesinnung hatten einige von ihnen schon vorher öffentlich dokumentiert.⁷⁵ Nun riefen sie das »evangelische Kirchenvolk Deutschlands« auf, sich ihnen anzuschließen. Denn das Erscheinen der Ostdenkschrift habe den »Eindruck verstärkt, daß das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Staat, Volk und Vaterland nicht mehr in Ordnung ist. Unzählige treue evangelische Deutsche, die in Liebe und Verehrung an ihrer Kirche hängen, fühlen sich von ihr im Stich gelassen.« Als die Ursache dieser Fehlentwicklung galt den Autoren eine falsche Theologie: Genauso wie 1933 die Deutschen Christen in der nationalsozialistischen Machtergreifung eine besondere Offenbarung Gottes in der Geschichte sahen, hätten führende evangelische Theologen den deutschen Zusammenbruch 1945 »als ein Wort Gottes aufgefaßt, dem man politische Weisung entnimmt. Man empfiehlt dem deutschen Volk eine Bußhaltung, die sich im Verzicht auf seine Rechte äußern soll.«

Diese Sätze belegen eine zutiefst unkritische, noch ganz in der Vergangenheit verwurzelte Zuordnung von Evangelischer Kirche und deutschem Volk. Daß einige der Initiatoren des Aufrufs auf der Seite der Bekennenden Kirche gestanden hatten, macht ihre Argumentation nicht besser. Denn offenkundig war ihnen, wie Präses Beckmann in einem offenen Brief an von Heiseler feststellte, völlig fremd geblieben, was die evangelische Theologie, insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg, als die Aufgabe der Kirche und das Wesen ihrer Verkündigung dargelegt und gepredigt hatte. Folgerichtig wiederholten die Vertreter der Notgemeinschaft dann auch die alten Vorwürfe gegen die Anerkennung der deutschen Schuld: Die Kirche habe ihre Aufgabe, dem Volk Trost zu spenden, nicht wahrgenommen, behauptete von Heiseler. Sie habe sich statt dessen »immer wieder zur Wortführerin der durchaus einseitigen Vorwürfe ma-

74 Vgl. dazu und zum folgenden: Evangelischer Pressedienst/Grüner Dienst, 15.4.1966, S. 1–10.

75 Alexander Evertz, *Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland*, Wuppertal-Barmen 1966 (1. Aufl. 1964); Karl Salm, *Eine evangelische Antwort. Zur Denkschrift der EKD über die deutsche Ostpolitik*, Freiburg i.Br. 1966. Diese Schrift bezeichnete ein Kritiker in der »Süddeutschen Zeitung« zu Recht als »nationalistisch, chraschneiderisch gegenüber den Verfassern der Denkschrift, anti-amerikanisch, antisozialistisch und äußerst selbstgerecht« (wie Anm. 73, S. 9). Diese Charakterisierung paßt genauso für das Buch von Evertz.

chen lassen, die das Ausland aus politischen Gründen und zu leicht erkennbaren politischen Zwecken gegen uns erhob. Und damit hat sie, die Kirche selbst, das Entstehen echter Bußgesinnung unter den Deutschen verhindert«!

Sicherlich sprachen solche Worte aus, was nicht wenige evangelische Gemeindeglieder ähnlich dachten und empfanden. Doch darum traten sie keineswegs der Notgemeinschaft bei. Lediglich die im November 1964 in Hannover gegründete rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) spendete lauten Beifall. Wahrscheinlich wäre die Notgemeinschaft auch nur eine Episode geblieben, hätte sie es nicht geschafft, schließlich doch in die 1970 gegründete »Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands« aufgenommen zu werden. Diese Organisation speiste sich aus anderen Quellen – wozu neben evangelikalen, fundamentalistischen und dann auch charismatischen Einflüssen aus den USA vor allem die religiösen, theologischen und kirchlichen Traditionen der Erweckungsbewegungen im 19. Jahrhundert sowie der Gemeinschaftsbewegung an der Wende zum 20. Jahrhundert gehörten.⁷⁶

Zu neuer Aktivität drängten diese Kräfte vor dem Hintergrund der zunehmenden Auflösung des bis in die 50er Jahre in den Kirchen und Gemeinden dominierenden Bibelverständnisses. Selbstverständlich hatte es die wissenschaftliche historisch-kritische Exegese auch damals gegeben. Aber die Mehrzahl der Pfarrer und Gemeindeglieder begriff doch, zumal seit den Jahren des »Dritten Reiches«, angesichts der Schrecken des nationalsozialistischen Regimes und dann des Krieges, die biblischen Texte als direkte, unmittelbare Anrede Gottes. Unter solchen Voraussetzungen gab es zunächst kein Verständnis für das zuerst 1941 von Rudolf Bultmann vorgetragene Programm der »Entmythologisierung« des Neuen Testaments, das die Herausarbeitung der existentiellen, den modernen Menschen betreffenden Botschaft des Evangeliums aus dem historischen Material der Bibel intendierte. Dagegen wandten sich in den 50er Jahren erneut weite kirchliche sowie theologische Kreise. Allerdings ging im Zuge der Normalisierung der Verhältnisse in der Bundesrepublik auch auf den Kathedern und Kanzeln eine schrittweise Distanzierung gegenüber jenem früheren Bibelverständnis einher. Man pflichtete zwar keineswegs einfach der Theologie Bultmanns bei, aber man ließ nun faktisch keine

76 Informativ dazu: Hartmut Stratmann, *Kein anderes Evangelium. Geist und Geschichte der neuen Bekenntnisbewegung*, Hamburg 1970; Friedhelm Jung, *Die deutsche Evangelikale Bewegung. Grundlinien ihrer Geschichte und Theologie*, Frankfurt a. M. 1992; Reinhard Scheerer, *Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen Deutschlands 1966–1991. Geschichte und Gestalt eines konservativ-evangelikalen Aufbruchs*, Frankfurt a. M. 1997.

andere Methode der Bibelauslegung als die historisch-kritische mehr gelten.

Der Name Bultmanns stand gleichwohl, vor allem in erwecklichen Kreisen, bewußt oder unbewußt sowohl für ein bestimmtes theologisches Programm als auch für diesen Prozeß der Auflösung des traditionellen Verständnisses der Bibel als Gottes Wort. Und nicht zufällig entzündete sich der Streit in Bethel: wo einerseits eine lebendige erweckliche Frömmigkeit tief und fest verankert war – und andererseits ein betont rational argumentierender Neutestamentler umfassend neue theologische Antworten offerierte. Der 1963 entstandene Betheler Kreis, zu dem u. a. der Dozent für Altes Testament, Hellmuth Frey, sowie die Pfarrer Paul Deitenbeck und Rudolf Bäumer gehörten, versuchte zunächst erfolglos, Professor Marxsen aus der Prüfungskommission der Westfälischen Landeskirche zu entfernen. Danach wandten sie sich an die Gemeinden. Vorträge »moderner Theologen« auf dem Kölner Kirchentag 1965 – darunter die Ausführungen von Dorothee Sölle über eine Theologie »nach dem Tode Gottes« – ließen die Entwicklung eskalieren. Am 12. Januar 1966 fand im Bahnhofssaal in Hamm in Westfalen die Gründungsversammlung der »Bekenntnisbewegung ›Kein anderes Evangelium‹« statt. Zur anschließenden Großkundgebung am 6. März in der Dortmunder Westfalenhalle kamen rund 20000 Menschen. Nachdem es den Führern der Bekenntnisbewegung nicht gelungen war, den Kirchentag 1967 in Hannover nach ihren Vorstellungen zu gestalten, erreichten sie in Stuttgart 1969 die Einsetzung einer eigenen Arbeitsgruppe: »Streit um Jesus«. Diese Veranstaltung gehörte zu den bestbesuchten des Kirchentages. Eine Einigung zwischen den Universitätstheologen und den Anhängern der Bekenntnisbewegung kam freilich nicht zustande.

In der »Düsseldorfer Erklärung« formulierten diese Kreise im November 1967 ihre Überzeugung in sieben theologischen, betont traditionellen Sätzen. Formuliert hatte sie der Erlanger systematische Theologe Walter Künneth. Danach galt, daß nur derjenige, der den Heiligen Geist besitze, die Bibel richtig auszulegen vermöge. Kompromißlos festzuhalten war am orthodoxen Verständnis der Lehre von den zwei Naturen Christi, der Lehre von seinem stellvertretenden Versöhnungstod, seiner leiblichen Auferstehung sowie seiner Wiederkehr zum Weltgericht am Ende der Zeiten.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese komplizierten dogmatischen Aussagen viele Anhänger der Bekenntnisbewegung intensiver beschäftigt haben. Wesentlicher war wohl, daß solche trutzigen Wiederholungen des Vertrauten und Geglauten verbanden und stabilisierten. Wie wichtig dieses Moment jedenfalls *auch* war, geht aus der schnellen Ausbreitung der Bekenntnisbewegung in vielen Kirchen und Gemeinden in der Bundesrepublik hervor. Eine Reihe von Kirchenleitungen äußerte sich freundlich

oder doch zumindest verständnisvoll. Alles das war nur zu verständlich auf dem Hintergrund der einschneidenden Einbrüche in die traditionellen Formen und Inhalte des evangelischen Glaubens in den 60er Jahren. Denn viele Pfarrer und Gemeindeglieder konnten oftmals das, was sie hörten und erlebten, nur als Abfall vom Christentum deuten, als Verfälschung der zeitlos wahren evangelischen Lehre – so primär die Fundamentalisten – oder als Preisgabe des lebendigen, persönlich erfahrenen Glaubens an Jesus Christus – so vor allem die Evangelikalen. Die Rede von einem neuen, schlimmeren Kirchenkampf als im »Dritten Reich« ging um. Dagegen wollte man sich zusammenschließen. Bei alledem wollte man mit Politik zunächst nichts zu tun haben. Nicht selten wurde sogar die »Politisierung« der Kirche, ihrer Verlautbarungen und Predigten attackiert. Doch seit den ausgehenden 60er und vollends in den 70er Jahren sahen sich diese Kreise aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen genötigt, immer lauter und nachdrücklicher gegen den Verfall von Sitte und Moral zu protestieren. Daß sie mit alledem im Namen Gottes entschieden antimoderne, illiberale und antidemokratische Vorstellungen und Zielsetzungen proklamierten und mobilisierten, dürfte den wenigsten bewußt gewesen sein. Nichtsdestoweniger verteidigten und verbreiteten diese evangelikalen Gruppen solche Denk- und Lebensmodelle. Diese prägten dann in einem beträchtlichen Ausmaß das Erscheinungsbild vieler Kirchengemeinden. Hier lagen jedenfalls nicht die Zentren der Austrittsbewegung! Faktisch bildeten natürlich auch diese Kreise nur ein Segment neben anderen. Wie intensiv der Prozeß der »Säkularisierung und Pluralisierung« generell erfahren und zum Teil auch erlitten wurde, belegen wiederum die Evangelischen Kirchentage: In Hamburg 1958 und 1959 in München wurden diese Fragen erstmals vorsichtig in den Blick genommen. Auf dem Dortmunder Kirchentag standen sie 1963 unter der Devise »Mit Konflikten leben« im Mittelpunkt.⁷⁷

VI. »Friedensaufgaben der Deutschen«

Auch in der DDR existierten evangelikale Gruppen. Aber sie spielten kaum eine herausgehobene Rolle. Das lag zum einen an der konservativen Prägung der Bibelwissenschaften in diesem Land, wodurch die Ablösung von dem in den Gemeinden tradierten Bibelverständnis insgesamt sehr viel langsamer und behutsamer vor sich ging. Zum anderen – und vor allem – verhinderte der staatliche Druck auf die Kirchen die Herausbildung einer eigenen Bekenntnisbewegung. Insgesamt vollzog sich das kirchliche Leben in der DDR sowohl traditioneller als auch zumindest

⁷⁷ Schröter (wie Anm. 71), S. 240, 257 f. u. 285 f.

partiell intensiver. Im Unterschied zur Bundesrepublik sank hier die Zahl der Kirchengaustritte in den 60er Jahren. Der wachsende Rückgang des Anteils evangelischer Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung resultierte einerseits aus den hohen Verlusten in den 50er Jahren und andererseits aus der dadurch bedingten niedrigen Zahl von Taufen.⁷⁸ Der Minderheitenstatus förderte den gemeindlichen Zusammenhalt, im Unterschied zu jener konventionell – individuellen Kirchlichkeit in Westdeutschland, wovon eingangs die Rede war. Instruktiv – und durchaus auch noch für die 60er Jahre gültig – ist in dieser Beziehung die Sorge eines Diplomaten der bundesrepublikanischen Handelsmission in Helsinki. Dieser schrieb im Herbst 1959 anlässlich eines Besuchs finnischer Pfarrer in evangelischen Gemeinden der DDR an das Auswärtige Amt: »Die finnischen Geistlichen könnten zu der Auffassung kommen, daß Glaubensfreudigkeit und Opferbereitschaft in der SBZ größer sind als in der Wirtschaftswunder-Bundesrepublik und daß daher der engere Kontakt mit den Geistlichen der SBZ ihnen mehr geben könnte als der mit ihren Amtsbrüdern in der Bundesrepublik Deutschland.«⁷⁹

Die Ostdenkschrift machte auf die kirchliche Bevölkerung in der DDR auch deshalb nur wenig Eindruck, weil es hier keine Vertriebenenverbände gab, und über die Zustände in den ehemals deutschen Ostgebieten hatten sich die Menschen durch Reisen nach Polen längst ihr eigenes Bild machen können. Von der Zurückhaltung östlicher Theologen und Kirchenführer gegenüber dieser Denkschrift war bereits die Rede. Johannes Hamel, Dozent am Naumburger Katechetischen Oberseminar, der bereits in den 50er Jahren öffentlich für ein selbstbewußtes Leben als Christ in der DDR eingetreten war, erklärte im Dezember 1966, es sei das »Manko« dieses Dokuments, daß es »die Existenz der DDR verschweigt«.⁸⁰ Und auf der Leiterkonferenz der Kirchlichen Bruderschaften im Juni desselben Jahres sprach Albrecht Schönherr, damals Generalsuperintendent und eine der führenden Persönlichkeiten im Weißenseer Arbeitskreis, von der »Fehlentwicklung« der EKD, die sie hindere, sich wirklich wichtigen Aufgaben zuzuwenden. »Daneben entstünden Denkschriften, die reine ›Westarbeiten‹ darstellten, obwohl sie als ›Denkschriften der EKD‹ der Öffentlichkeit präsentiert würden.«⁸¹

78 Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart 1994, S. 380–390.

79 *Durchschrift des Schreibens vom 15.9.1959*, EZA, 6/85, 1808. Ein Referent notierte dazu an den Rand: »stimmt, aber war schon im alten Rom bekannt: plenus venter non studet libenter«!

80 Protokoll der Sitzung am 16.12.1966 der Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung, EZA 2/1363.

81 Protokoll der Sitzung am 1./2.6.1966, EZA 613/86/10.

»Die Distanz zur Bundesrepublik ist größer geworden«, konstatierte der Soziologe Peter Ludz in der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung im Rahmen seines Referats über den »Wandel der Sozialstruktur in der DDR«. ⁸² Diese Tatsache wirkte sich unverkennbar auch auf das Selbstverständnis und die Arbeit der östlichen – und umgekehrt der westlichen Mitglieder der EKD aus. Seit dem Bau der Mauer konzentrierten sich die Überlegungen in den ostdeutschen Kirchen mehr und mehr auf die Frage der Realisierung eines sinnerfüllten Lebens in der DDR. Als Orientierung dafür legte die ostdeutsche Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen im März 1963 »Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche« vor. ⁸³ Sie waren als Aktualisierung der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 gedacht, d. h. man wollte einerseits die befreiende Herrschaft Christi bezeugen, wodurch »uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen« widerfährt (Barmen II); und andererseits das staatliche Handeln kritisch begleiten durch die Erinnerung »an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten« (Barmen V). Konkret umschloß das eine doppelte Warnung: sowohl vor dem Rückzug der Christen aus der Gesellschaft, als auch vor der pauschalen Anpassung an sie. Unverkennbar war allerdings in diesen zehn Sätzen, daß hier eine beengte und bedrängte Kirche redete.

Gegen diese Grundhaltung richteten sich die Ende 1963 veröffentlichten »Sieben Sätze« des Weißenseer Arbeitskreises »Von der Freiheit der Kirche zum Dienen«. ⁸⁴ Sie proklamierten die großen Aufgaben und Möglichkeiten der Kirche gerade in der sozialistischen Gesellschaft. Mit Nachdruck traten die Autoren für die Solidarität mit den Gottlosen ein, für die zentrale Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt. Nur wenig erfuhr man dagegen von der kritischen Potenz des Evangeliums, das sich jeder Identifikation der Verheißungen Gottes mit vorhandenen Wirklichkeiten, auch im Sozialismus, widersetzt.

Diese beiden Texte spielten kirchlich und theologisch in den Evangelischen Kirchen der DDR dauerhaft eine wichtige Rolle. Angesichts der zunehmenden Attacks der SED auf die gesamtdeutsche Organisation der EKD mitsamt der Verhinderung gemeinsamer Tagungen drängten die ostdeutschen Kirchenführer dann auf eine Klärung der noch vorhandenen und mehr noch der unbedingt festzuhaltenden gesamtdeutschen Ge-

82 Wie Anm. 76.

83 Vgl. dazu Thomas Friebe, *Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945–1969. Eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirchen in Deutschland*, Gütersloh 1992, besonders S. 276–294; Pollack (wie Anm. 78), besonders S. 202–204.

84 Friebe (wie Anm. 83), besonders S. 295–315; Pollack (wie Anm. 78), S. 203–208.

meinsamkeiten. So hieß es im Februar 1968 im Protokoll der Sitzung der Kirchenkonferenz, d. h. des Beratungsgremiums für die Synode und den Rat der EKD, besetzt mit Delegierten aus den Leitungen der angeschlossenen Landeskirchen, im Blick auf die jetzt vorliegende Denkschrift »Friedensaufgaben der Deutschen«: »Dahinter steht die Initiative und der dringende Wunsch von Christen in der DDR.« Sodann: »Bei der Arbeit an diesem Thema verwirklicht sich ein Stück dessen, wofür die EKD da sein soll: die Verpflichtung, eine gemeinsame Geschichte zu bewältigen, sich der Not der Menschen anzunehmen und Ausschau zu halten nach dem, was auf uns zukommt. Es ist nicht ihre Aufgabe, gemeinsame politische Überzeugungen zu entwickeln.«⁸⁵

Fast ein Jahr lang hatte eine Kommission an diesem Text gearbeitet. Die Formulierungen waren vor allem das Werk der beiden westdeutschen Politiker Erhard Eppler (SPD) und Richard von Weizsäcker (CDU). Beide schrieben jedoch nur, was auch die andere Seite akzeptierte.⁸⁶ Insofern handelte es sich bei diesem Dokument um eine echte gesamtdeutsche Verlautbarung. Völlig zu Recht unterstrich von Weizsäcker, »daß es zur Zeit wohl kein zweites Gremium in Deutschland mehr gibt, welches in Ost und West gemeinsam aussprechen und begründen kann, daß und warum wir in Deutschland noch immer zusammengehören.«⁸⁷

Diese Einhelligkeit wurde allerdings noch vor der Veröffentlichung der Denkschrift unterlaufen, vor allem durch westdeutsche Mitglieder sowohl der Kammer als auch des Rates der EKD. Man wandte sich insbesondere gegen die nach ihrer Meinung behauptete Gleichrangigkeit der beiden politischen Systeme. Deshalb erfolgte die Veröffentlichung der Denkschrift am 1. März 1968 mit ausdrücklichen Vorbehalten.⁸⁸ Diese richteten sich nicht gegen die weltweiten Aufgaben der Kirche für Abrüstung, Entspannung und Frieden, auch nicht gegen die danach aufgelisteten Verpflichtungen im europäischen Kontext. Unstrittig erschien auch der Abschnitt, der die nach wie vor bestehende »Zusammengehörigkeit der Deutschen« herausarbeitete. Der Widerspruch entzündete sich an den konkreten Zielsetzungen: der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und dem Verzicht auf die Wiederherstellung des Nationalstaates zu Gunsten einer föderativen europäischen Ordnung, schließlich dem Drängen auf die Kooperation beider deutscher Staaten. Aber gleichzeitig forderte die

85 Protokoll der Sitzung am 28./29.2.1968, EZA 2/1495, S. 17f.

86 Am 7.2.1968 schrieb Eppler an den bayerischen Dekan Putz, er dürfe bei der Lektüre der Denkschrift nie vergessen, »daß wir wochenlang nach Formeln gesucht haben, die unsere Freunde auf der anderen Seite mitsprechen könnten«. EZA 2/1495.

87 An Wilkens, 3.1.1968, EZA 2/1495.

88 Denkschriften (wie Anm. 72), hier: Bd. 1/2, S. 15–33.

Denkschrift doch auch Pressefreiheit und die Anerkennung des »freien Willens der Bürger« im Blick auf die Frage der »politischen Gemeinschaft der Deutschen«!

Die Presse konnte mit dieser Stellungnahme wenig anfangen. Im Osten antwortete der Denkschrift eisiges Schweigen. Im Westen ging man in aller Regel mit mildem Lächeln über sie hinweg – »sie ist ein Dokument guten Willens, mehr nicht.«⁸⁹

Durchweg übersehen wurde bei der öffentlichen Rezeption dieser Denkschrift, daß es sich dabei um ein eigenständiges Modell des von Egon Bahr 1963 verkündeten »Wandels durch Annäherung« handelte, also der langfristigen Veränderung der politischen Verhältnisse in der DDR durch intensive Kontakte und Verbindungen seitens der Bundesrepublik. Dabei bestand der außerordentliche Vorteil dieses kirchlichen Konzepts darin, daß es auf der Zustimmung der ostdeutschen Kirchenführer basierte und nicht allein vom Westen her entworfen war. Für diesen Text sprach schließlich, daß er mit langen Zeiträumen rechnete, deshalb zu intensiver gegenseitiger Information aufforderte, aber ebenso zu »Gelassenheit« sowie zu einem »langen Mut«, den die Deutschen »auf ihrem Weg in eine gemeinsame Zukunft nötig haben.«⁹⁰ In diesem Sinn hatte von Weizsäcker auf der Sitzung des Rates der EKD im Februar 1968 von der Notwendigkeit gesprochen, »langfristige Leitlinien aufzuzeigen«. Er hatte hinzugefügt: »Aber sicher ist, daß nicht mehr lange ein gemeinsames Reden möglich ist.«⁹¹

Solche Sorgen gingen allerdings im Frühjahr 1968 unter, ebenso wie die eindringlich mahnenden Worten von Reinhard Henkys im Evangelischen Pressedienst, doch trotz des Hinweggehens der DDR über diese Denkschrift sich auf deren Gedanken einzulassen – wegen der Menschen, zumal der jüngeren in Ostdeutschland. Denn, fuhr Henkys fort, »daß die Menschen dort, wie sich die Führung der DDR auch verändern mag, immer weniger bereit sind, blind den politischen Vorstellungen der Bundesrepublik zu folgen, das ist nun wirklich eine Realität.«⁹²

Sicherlich verhinderten die Studentenbewegung mitsamt den nun answellenden kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Westen einerseits und andererseits die intensiven Diskussionen um die neue Verfassung in Ostdeutschland eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Denkschrift. Doch zu konstatieren bleibt, daß das Auseinanderleben der Menschen und Christen in beiden deutschen Staaten, ganz

89 Einen Überblick über die Reaktionen der Presse bietet EZA 2/1491 bis 2/1493.

Vgl. auch Evangelischer Pressedienst, Nr. 10 und 11, 6. und 13.3.1968.

90 Wie Anm. 84, S. 33.

91 Protokollauszug der Sitzung vom 28.2.1968: EZA 104/125.

92 Evangelischer Pressedienst, Nr. 11 vom 13.3.1968, S. 8.

unabhängig von solchen äußeren Umständen, inzwischen weit vorangeschritten war.

VII. Der Einbruch der »Dritten Welt«

In den beiden deutschen Staaten traten in diesen Jahren zunehmend die Realitäten und Probleme der Dritten Welt in das öffentliche Bewußtsein. Dieser Vorgang stand im weltpolitischen Kontext des Bemühens beider Supermächte, ideologischen und politischen Einfluß in den unabhängig gewordenen Staaten Asiens und Afrikas zu gewinnen. Gleichzeitig spielte der Krieg in Vietnam eine kaum zu überschätzende Rolle. Im Westen, gerade auch in der Bundesrepublik, weckte er nehmend beträchtliche Irritationen. Im Osten bot dieser Krieg Anlaß zu lautstarker Empörung, in die selbstverständlich auch die DDR einstimmte. In ähnlicher Weise polarisierend wirkte die Politik der Apartheid in Südafrika. Scharfe Attacken gegen Kolonialismus und Rassismus, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und das Elend in den Ländern der Dritten Welt gab es jetzt zunehmend auch in Westdeutschland. Hier wandte sich die junge Generation gleichzeitig mit hochmoralischem Anspruch gegen die Anpassung ihrer Eltern an den Nationalsozialismus, das Verschweigen dieser Vergangenheit – aber ebenso gegen satte Selbstzufriedenheit, »Konsumterror«, das kapitalistische System und das »Establishment« insgesamt. Die mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen die Notstandsgesetze zunächst eng verschwisterte Studentenbewegung war entschieden anti-amerikanisch und emotional gestimmt – und weitete doch gleichzeitig den Blick, indem sie auf breiter Front die traditionelle kleindeutsche Enge aufbrach. Man proklamierte soziale Utopien und weit ausgreifende radikale Visionen – und versank nicht selten in altbekannte romantische deutsche Träumereien. An die Stelle eines nüchternen Pragmatismus traten zunehmend marxistische bzw. neomarxistische Theorien. Sie galten bald als Mittel zur Erklärung aller Probleme, als Schlüssel für sämtliche Schlösser.

Alles das gab es auch in beiden Kirchen. Überhaupt fanden seit dieser Zeit in Deutschland bis dahin ungekannte Annäherungen und sogar Bündnisse zwischen Protestanten und Katholiken statt. Von unten, also auf der Ebene der Gemeinden, wuchsen Kontakte und Begegnungen. Sie wurden durch das Zweite Vatikanische Konzil und seine Auswirkungen beträchtlich gefördert. Mit dem Ökumenismusdekret (1964) äußerte sich der römische Katholizismus dann erstmals positiv über die anderen christlichen Konfessionskirchen – insgesamt hatte sich die Atmosphäre gewandelt.

Den neuen Tendenzen öffnete sich seit der Mitte der 60er Jahre ein Großteil der Evangelischen Studentengemeinden besonders bedingungslos. Nicht nur Außenstehende irritierte ihre intensive Zuwendung zu neo-

marxistischen Analysen und politischem Engagement – anstelle der bislang üblichen Bibelarbeiten. Ähnliches ließe sich von Veranstaltungen in Evangelischen Akademien oder auch auf Kirchentagen berichten. So begannen z. B. die Evangelischen Kirchentage 1963 und 1965 nicht mehr wie bis dahin üblich mit Bibelarbeiten. In der kirchlichen Jugendarbeit mühten sich die Verantwortlichen zwar intensiv um einen neuen, modernen Stil. Trotzdem nahm die Abwanderung junger Menschen in beiden Konfessionen zum Teil dramatische Formen an. Im Bistum Münster etwa begann dieser Einbruch 1957 und setzte sich bis 1971 kontinuierlich fort.⁹³ Diese Entwicklung läßt sich ebenso generalisieren wie die Feststellung über die Katholische Junge Gemeinde: »kein anderer Verband nahm den ›Zeitgeist‹ so rasch und intensiv auf.«⁹⁴

Konzentriert zeigte sich dieser Paradigmenwechsel in der ökumenischen Bewegung⁹⁵ – und strahlte von da aus in viele Länder zurück, auch in die Evangelischen Kirchen der beiden deutschen Staaten. Mit Leidenschaft und Überzeugungskraft attackierten die Christen und Kirchenführer aus Asien und Afrika jetzt ihre Glaubensgenossen in Europa und den USA, konfrontierten sie mit den Nöten und Schwierigkeiten in ihren Heimatländern. Einen Durchbruch im Sinne der breitenwirksamen Einwirkung auf das öffentliche Bewußtsein innerhalb und außerhalb der Kirchen bildete die 1966 in Genf tagende »Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft«.⁹⁶ Nahezu die Hälfte der Delegierten kam aus jenen »Entwicklungsländern«. Noch nie zuvor hatte eine ökumenische Versammlung mit so vielen Fachleuten – im Verhältnis zu den Theologen – stattgefunden. Jetzt attackierten sie die westliche Welt und deren Wirtschaftssystem, gerade auch mit marxistischen Theorien, hielten den Weißen das Elend und den Hunger in den jungen Staaten vor Augen, die offene und verdeckte Ausbeutung, den Rassismus mitsamt einem kaum verhüllten Neokolonialismus. Immer wieder war dabei von Revolution die Rede, wobei der Begriff eigentümlich schillerte zwischen der Aufforderung, das Bewußtsein zu verändern, aktiv am sozialen und politischen Wandel mitzuwirken – und dabei schließlich auch die Anwendung von Gewalt zu tolerieren oder sogar selbst einzusetzen.

Diese Aufbruchstimmung prägte auch die IV. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die 1968 in Uppsala in Schweden zu-

93 Wilhelm Damberg, *Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945 – 1980*, Paderborn 1997.

94 Ebd.

95 *Geschichte der Ökumenischen Bewegung 1948–1968*, hrsg. von Harold E. Fey, Göttingen 1974; Reinhard Frieling, *Der Weg des ökumenischen Gedankens. Eine Ökumenekunde*, Göttingen 1992.

96 Vgl. ebd., besonders S. 82 ff. u. S. 300ff. sowie *Kirchliches Jahrbuch* (wie Anm. 29) 1968, S. 327 ff.

sammentrat.⁹⁷ Die Mehrheit der etwa 700 Delegierten aus 235 Kirchen erfüllte das Bewußtsein, am Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche zu stehen. Diese Überzeugung brachte auch das Thema der Tagung zum Ausdruck, nämlich das Wort aus der Offenbarung des Johannes »Siehe, ich mache alles neu« (21,5). Niemand bezweifelte, daß es sich dabei um eine revolutionäre Aussage handelte, doch gab es sogleich erbiterte Auseinandersetzungen darüber, wie und auf welchen Wegen sich ein solcher Wandel erreichen ließe. Argumentierten die einen eher streng theologisch, proklamierten andere neue, radikale, revolutionäre Lösungen. Dieser Gegensatz beherrschte sämtliche Verhandlungen und Diskussionen. Ein zentrales Problem, das dann auch in der Folgezeit die Ökumene begleitete, wurde hier erstmals nicht nur pointiert formuliert, sondern auch Streitbar diskutiert: Ging es bei alledem um die Ausbreitung des Reiches Gottes – oder um den Aufbau einer möglichst vollkommenen säkularen Weltgesellschaft? Und wie verhielt sich das eine zum anderen?

Die Auswirkungen dieser neuen und komplizierten Phänomene auf die deutschen Kirchen lassen sich exemplarisch am Beispiel ihrer Reaktionen auf das Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) verdeutlichen.⁹⁸ Um nicht nur zu reden und zu fordern, sondern endlich auch zu handeln, war in Uppsala beschlossen worden, aktiv gegen den Rassismus vorzugehen. Nach eingehenden Überlegungen hatte man dafür 1969 einen Sonderfonds in Höhe von einer halben Million Dollar eingerichtet, in den der ÖRK 200 000 Dollar einzahlte. Den Rest sollten die Mitgliedskirchen aufbringen. Im September 1970 verteilte das Exekutivkomitee schließlich die Summe an neunzehn Organisationen. Diese hatten versichert, das Geld nicht für militärische Zwecke auszugeben, der ÖRK verzichtete seinerseits darauf, diese Zusage zu kontrollieren. Daß es sich bei der geforderten Unterscheidung zwischen friedlicher und gewaltbereiter Nutzung um fließende Übergänge handelte, war jedem Einsichtigen klar.

Gegen diesen Beschluß erhob sich vor allem in der Bundesrepublik lauter Widerspruch. Hermann Dietzfelbinger, bayerischer Landesbischof und seit 1967 Ratsvorsitzender der EKD, verlangte vom ÖRK die eindeutige Distanzierung von jeder Organisation, die auch Gewalt anwende. Differenzierter argumentierte der Rat der EKD: Sicherlich gelte die »prinzipielle Ablehnung von Gewaltanwendung in politischen und ge-

97 Vgl. ebd., S. 441 ff. Vorher, nämlich vom 21. bis 27.4.1968, hatte in Beirut die Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsländern stattgefunden, die gemeinsam vom ÖRK und der römisch-katholischen Kirche veranstaltet worden war. Vgl. dazu Kirchliches Jahrbuch (wie Anm. 29) 1968, S. 365 ff.

98 Antirassismus-Programm der Ökumene. Dokumentation einer Auseinandersetzung, hrsg. von Klaus-Martin Beckmann, Witten 1971; Christel Meyers-Herwart, Die Rezeption des Antirassismus-Programms in der EKD, Stuttgart 1979.

sellschaftlichen Auseinandersetzungen.« Doch es sei zugleich »eine ernste Frage«, wie die Christenheit »den Grundsatz der Gewaltlosigkeit in der Wirklichkeit der Welt in jedem einzelnen Falle durchhalten kann.«⁹⁹ Die Kirche von Hessen und Nassau spendete – allerdings als einzige – 100 000 DM für den Sonderfonds. Erregte Debatten in der kirchlichen und nichtkirchlichen Presse begleiteten diese Vorgänge. Dabei trat das Thema, die Bekämpfung des Rassismus, allerdings fast völlig in den Hintergrund. Was die Gemüter bewegte, war der Widerspruch gegen die Unterstützung von Gewalt durch Christen und Kirchen. Ökumenische Gesichtspunkte spielten dabei bald kaum noch eine Rolle. Auf dem Hintergrund radikaler studentischer Parolen, gewalttätiger Demonstrationen und den Anfängen terroristischer Aktionen dominierte in der Bundesrepublik generell das Verlangen nach Ordnung und Sicherheit – und in den Kirchen zumeist der Wunsch, die Volkskirche zu bewahren und zu stabilisieren. Dagegen stellte sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR »dankbar« hinter das Antirassismus-Programm des ÖRK und betonte seine »Solidarität mit Menschen, die aus rassistischen Gründen unterdrückt sind und sich gegen diese Unterdrückung zur Wehr setzen.«¹⁰⁰

VIII. Die Gründung des Kirchenbundes

Zunehmend unüberhörbar wurden im Verlauf der 60er Jahre die Stimmen, die dafür plädierten, daß die Evangelischen Kirchen in der DDR eigene Wege suchen und gehen müßten. Ein ganzes Bündel von Motiven führte schließlich am Ende des Jahrzehnts zur Aufspaltung der EKD. Man hatte sich, wie berichtet, in beiden Teilen Deutschlands auseinandergelebt. Im Osten verschärfte die SED mit ihren Attacken den Druck auf die gesamtdeutsche Organisation der EKD – und betrieb gleichzeitig eine geschickte Differenzierungspolitik, indem sie solchen Theologen und kirchenleitenden Persönlichkeiten demonstrativ entgegenkam, die der offiziellen politischen Linie des Staates applaudierten. Das galt insbesondere für den thüringischen Landesbischof Moritz Mitzenheim.¹⁰¹

99 Antirassismus-Programm (wie Anm. 98), S. 73.

100 Ebd. S. 210f. Vgl. auch Pollack (wie Anm. 78), S. 233 f.; 267 f.; generell Robert F. Goeckel, *Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen* unter Ulbricht und Honecker, Leipzig 1995, S. 141–150.

101 Vgl. hierzu und zum folgenden Pollack (wie Anm. 78), besonders S. 211–252; Goeckel (wie Anm. 100), besonders S. 76–150; Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom »Dritten Weg*, Frankfurt a. M. 1995, S. 21–64; *Die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Materialien aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED und dem Archiv der Ost-CDU*, hrsg. von Manfred Wilke u. a., Berlin 1994.

Die Mehrheit der Delegierten in der ostdeutschen Konferenz der Kirchenleitungen wehrte sich zunächst entschieden gegen die Trennung von der EKD. Auf der Regionalsynode Ost der EKD, die Anfang April 1967 in Fürstenwalde tagte, betonte Bischof Krummacher, es sei geradezu eine »Frage des Glaubensgehorsams«, daß die Christen aus beiden Teilen Deutschlands in der Evangelischen Kirche zusammen blieben.¹⁰² Doch die Anfang 1968 vorgelegte neue Verfassung der DDR schuf insofern eine neue Situation, als sie keinerlei staatsübergreifende Organisationen mehr zuließ. Während Mitzenheim sogleich öffentlich erklärte, daß Staatsgrenzen selbstverständlich auch Kirchengrenzen bildeten, suchte die Mehrheit der Kirchenführer nach einem tragfähigen Kompromiß. Man wollte sich einerseits nicht vom Staat auseinanderdividieren lassen – und sah andererseits doch sehr klar, daß man, auf sich allein gestellt, keinen direkten Konfrontationskurs fahren konnte. Daraus resultierte einerseits die Distanzierung von der Erklärung von Fürstenwalde und andererseits die am 15. Februar 1968 von sämtlichen Kirchenführern in der DDR – abgesehen von Bischof Mitzenheim – im »Brief aus Lehnin« unterzeichnete Stellungnahme, worin die Kirche sich und ihre Mitglieder ausdrücklich auf den Boden der neuen Verfassung stellte: »Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.«¹⁰³ Hand in Hand damit ging, gegen den Einspruch der EKD, der Aufbau einer eigenen, auf der Zustimmung der Evangelischen Kirchen in der DDR basierenden Organisation, eben des »Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR«. Doch in deren Grundordnung hieß es, mit auch theologisch kaum noch zu steigerndem Nachdruck: »Der Bund *bekannt sich* [Hervorhebung M. G.] zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland.«¹⁰⁴ Mit dieser Formulierung wurden schließlich auch jene Kirchenführer für den neuen Bund gewonnen, die sich bis dahin nachdrücklich und zäh gegen die Aufspaltung der EKD gewehrt hatten.

Die dominierende Gestalt in diesem gesamten Prozeß war Albrecht Schönherr, Bischofsverweser von Berlin-Brandenburg seit 1967 und von 1969 an Bischof sowie Vorstandsvorsitzender des Kirchenbundes. Als Leiter des Sekretariats agierte Manfred Stolpe. Am 10. Juni 1969 akzeptierten sämtliche evangelische Landeskirchen in der DDR die neue Organisation des Kirchenbundes.

Der Kirchenbund konzentrierte sich auf die Situation in der DDR – und daneben auf Themen und Probleme der Dritten Welt im Rahmen der

102 Zit. nach: Pollack (wie Anm. 78), S. 213.

103 Ebd., S. 216.

104 Kirchliches Jahrbuch (wie Anm. 29) 1969, S. 257.

Ökumenc.¹⁰⁵ Die Zielsetzungen im eigenen Land umriß die erste Synode des Bundes im Juni 1970 mit den Stichworten »Umkehr zu Gott – Hinwendung zum Nächsten – Verzicht auf Privilegien.«¹⁰⁶ Orientiert am Leitbild der kleinen missionarischen Schar wollte man in der DDR »Kirche für andere« sein. Das brachten auch Wendungen wie »Kirche als Dienstgemeinschaft« oder als »Lerngemeinschaft« zum Ausdruck – insbesondere Schönherr's Formulierung aus dem Jahre 1971: »Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: In dieser so geprägten Gesellschaft, nicht *neben* ihr, nicht *gegen* sie.«

Diese Entwicklung umschloß eine wachsende Konzentration zumindest der kirchenleitenden Organe in der DDR auf die Fragen und Probleme im eigenen Land.¹⁰⁷ Insofern gelang es der SED, die gesamtdeutsche Euphorie abzubremsen, welche die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung weckte. Auf der anderen Seite sah sich dann der Rat der EKD, trotz intensiver Diskussion, nicht in der Lage, ein klares Votum für die Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag abzugeben. Er ermutigte lediglich »alle Politiker [...], den Weg der Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn, den die Evangelische Kirche seit langem bewußt beschritten hat, nach vorn zu gehen.«¹⁰⁸

Die Zeitgenossen erkannten in der Regel nicht den radikalen kulturellen Bruch, der sich im Verlauf der 60er Jahre vollzog, keineswegs nur in Westdeutschland, sondern auch in anderen Regionen Europas sowie in den USA. Die bis dahin weitgehend dominierende bürgerliche Lebens- und Denkstruktur – wozu immer auch eine christlich-konservative Grundhaltung gehört hatte – brach nun in kurzer Zeit zusammen.¹⁰⁹ Jetzt setzte sich erstmals ein zunehmend breit gefächerter, betont individualistisch ausgerichteter Pluralismus durch. Dieser Umbruch betraf keineswegs nur die überkommene Ausprägung der Religion, d. h. also des Christentums und der Kirchen. Aber hier verdichteten sich doch in besonderer Weise die tiefgreifenden Veränderungen.

105 Vgl. Anm. 96.

106 Bund der evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung, hrsg. von Reinhard Henkys, (epd-Dokumentation, Nr. 1) Witten 1970, S. 70. Dort auch das folgende Zitat.

107 Kennzeichnend dafür ist auch die Beobachtung, daß »Die Zeichen der Zeit«, eine der führenden kirchlichen Zeitschriften in der DDR, seit 1969 faktisch aufhörte, über die Kirchen in Westdeutschland zu informieren: Mitteilung von Jens Büllisch, Arbeitspapier vom 16.7.1998.

108 Erklärung des Rates der EKD vom 20.3.1972: BA, NL1287/Raiser, Bd. 41.

109 Vgl. dazu auch Martin Greschat (wie Anm. 11).

Detlef Siegfried

Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968

Als die »Halbstarcken« in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Öffentlichkeit verunsicherten, da entsprach die überwältigende Resonanz in den Medien sicherlich nicht dem tatsächlichen Rückhalt dieses neuen Stils in der jungen Generation. Auch in den vorangegangenen Jahrzehnten hatte man deviante Jugendliche beobachten können, die sich in einer Grauzone von kultureller Abweichung, oppositioneller Aufsässigkeit und Kriminalität bewegten. Doch daraus konnte noch nicht ernsthaft eine »rebellische Generation« destilliert werden, wie das dann anhand der Halbstarcken erfolgte, dem »Prototyp der Verachtung der Erwachsenen«.¹ Dieses Phäno-

1 Hans Heinrich Muchow, *Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend*, Reinbek 1959, S. 124. Der Wandel der Jugendkultur in den 50er Jahren – insbesondere seine »rebellischen« Momente – hat in den letzten Jahren einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Vgl. vor allem: Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992; Uta G. Poiger, *Jazz, Rock, and Rebels: Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000. Zu den Verläufen in anderen westeuropäischen Ländern vgl. etwa: Dick Bradley, *Understanding Rock'n'Roll. Popular Music in Britain 1955–1964*, Buckingham/Philadelphia 1992; Edward Larkey, *Pungent Sounds: Constructing Identity with Popular Music in Austria*, New York u. a. 1993; Kurt Luger, *Die konsumierte Rebellion. Geschichte der Jugendkultur 1945–1990*, Wien-St. Johann 1991; Kristin Ross, *Fast Cars, Clean Bodies. Decolonization and the Reordering of French Culture*, Cambridge/Mass./London 1995. Mehr mit Blick auf die Normalverhältnisse westdeutschen Jugendlebens die Regionalstudie von Axel Schildt, »Heute ist die Jugend skeptisch geworden«. Freizeit und Jugendförderung in Hamburg in den 1950er Jahren, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte*, 82, 1996, S. 209–254. Vgl. auch: Axel Schildt, *Von der Not der Jugend zur Teenager-Kultur: Aufwachsen in den 50er Jahren*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 335–348.

men – das hatten aufmerksame Zeitgenossen schon damals erkannt – war von der Presse künstlich aufgebauscht worden,² und die aufgeregte Berichterstattung sagte letztlich mehr über den mentalen Zustand der Gesellschaft aus als über den der betroffenen Jugendlichen. Gleichwohl waren in dieser minoritären Jugendkultur bestimmte habituelle Verhaltensformen im Kern enthalten, die später – modifiziert – größere Teile der jungen Generation ergriffen. Von heute aus erscheinen »Halbstarkenkrawalle« und »Studentenrevolte« oft als zwei Pole, an denen sich gleichsam dramatisch verdichtet die aufrührerischen Potentiale einer neuartigen Jugendkultur entluden. Allerdings handelte es sich nicht um »zwei Rebellionen« einer Generation.³ Vielmehr bestand zwischen »Halbstarkenkrawallen« und »Studentenbewegung« ein Spannungsbogen, in dem sich eine dramatische Veränderung des gesellschaftlichen Diskurses über Jugend und Erziehung und damit über Werte und Normen der bundesrepublikanischen Gesellschaft abbildete.⁴

Dieser Wandel soll im folgenden an einem signifikanten Punkt skizziert

2 Dazu bemerkte Schelsky schon 1957 treffend: »in dieses aus publizistischen Bedürfnissen aufgeblasene Schlagwort ist [...] so ziemlich alles hineingestopft worden, was den Erwachsenen als ›Notstand‹ oder wenigstens als unerfreulich, wenn nicht nur unverständlich an der Jugend einmal wieder auffiel«. Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf, Köln 1957, S. 495. Diese Erkenntnis war am Anfang der 60er Jahre bereits so weit verbreitet, daß man schon von einem Allgemeinplatz sprechen kann (vgl. z. B. Theodor Dolezol, Die Spontanen und ihre Organisatoren, in: deutsche jugend 8 [1960], S. 473 f.), und auch die historische Forschung neigt nach dem Abklingen der bis vor kurzem anhaltenden Tendenz zur Idealisierung der Halbstarken als Symbolgestalten einer »Jugendrebellion« nun zu nüchternen Befunden. So etwa: Thomas Grotum, Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre, Frankfurt a. M./New York 1994. Kenkmanns Untersuchung legt nahe, diese Art von Devianz wohl primär in der Kontinuitätslinie jugendlicher Subkulturen zu sehen. Vgl. Alfons Kenkmann, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1995, S. 364.

3 Marina Fischer-Kowalski, Halbstarke 1958, Studenten 1968: Eine Generation und zwei Rebellionen, in: Ulf Preuss-Lausitz u. a., Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, Weinheim/Basel 1995, S. 53–70; ähnlich auch der Ansatz von Heinz Bude, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt a. M. 1995. Bude spricht davon, die »späten sechziger« hätten »ihren Probelauf in den späten fünfziger Jahren« gehabt (S. 50).

4 Das Verhältnis von populärer Jugendkultur und politischer Opposition in den 60er Jahren ist seit dem von Preuß-Lausitz u. a. 1983 hrsg. Sammelband, der das Thema aus soziologischer Perspektive reflektierte, kaum Gegenstand eingehenderer wissenschaftlicher Betrachtung gewesen. Vgl. aber neben der reichhaltigen autobiographischen Literatur die facettenreichen Sammelbände: *When I was Young... Kindheit und Jugend in der Flower-Power-Zeit*, hrsg. von Doris Foitzik, Catherine Schenda u. Victor Ströver, Bremen o.J.; *Twen. Revision einer Legende*, hrsg. von Michael Koetzle, München 1995; und den prägnanten Überblick von Wolfgang

werden, an der Politisierungstendenz, die keineswegs erst am Ende der 60er Jahre durch die Studentenbewegung einer verkrusteten bundesrepublikanischen Gesellschaft gleichsam brachial implantiert wurde. Statt dessen läßt sich schon am Beginn des Jahrzehnts ein massiver Politisierungsdruck feststellen, der primär aus einer kulturkritischen Interpretation der Konsumgesellschaft und ihrer Wirkungen auf die nachwachsende Generation entstand. Parallel dazu und entlang der großen gesellschaftlichen Konfliktlinien wurden Elemente der neuen Jugendkulturen, die sich wesentlich über Musik definierten, zunehmend auch »von unten« politisch aufgeladen.⁵

I. Dominanz des Jugendideals und Informalisierung

Aufstand der Jugend gegen die Welt der Erwachsenen – dieses schlichte Bild vom Generationenverhältnis entsprach am Anfang wie am Ende der 60er Jahre den zeitgenössischen Vorstellungen – jedenfalls so, wie sie in

Kraushaar, *Time Is On My Side. Die Beat-Ära*, in: Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, hrsg. von Willi Bucher u. Klaus Pohl, Darmstadt/Neuwied 1986, S. 214–223. Erst jetzt beginnt sich die Forschung allmählich diesem Gegenstand zuzuwenden. Vgl. etwa den Entwurf von Jakob Tanner, »The Times They Are A-Changin'«. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen, in: 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey, Göttingen 1998, S. 206–223.

- 5 Zur Politisierung »von oben« in den 50er und frühen 60er Jahren vgl. Detlef Siegfried, *Stalin und Elvis. Antikommunismus zwischen Erfahrung, Ideologie und Eigensinn*, in: *Sowi* 29 (1999), H. 1, S. 27–35. »Jugendkultur« wird im folgenden als Sammelbegriff für jene Vielzahl von disparaten Stilen jugendlichen Freizeitverhaltens gebraucht, die zum einen aus dem Traditionsbestand weitergeführt und transformiert wurden, aber in einem stärkeren Ausmaß als in den vorangegangenen Jahrzehnten in den 60er Jahren neu entstanden und gesellschaftliche Prägekraft bekamen; vgl. den Überblick von Dieter Baacke/Wilfried Ferchhoff, *Jugend und Kultur*, in: *Handbuch der Jugendforschung*, hrsg. von Heinz-Hermann Krüger, 2., erw. u. aktual. Aufl., Opladen 1993, S. 403–446. »Politisierung« wird verstanden als Tendenz, Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und auch scheinbar abgeschirmte private Habitusformen stärker öffentlich zu kommunizieren; vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. M. e. Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt a. M. 1996 (Erstveröffentlichung 1962). Solcherart weiche Kategorien bekamen im Übergang der klassischen Moderne zu einer Konsumgesellschaft mit postmodernen Zügen größere Bedeutung als zuvor. Zur Dringlichkeit und Problematik der Erweiterung klassischer Sozialgeschichte um kulturhistorische Dimensionen vgl. vor allem Ute Daniel, *Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft*, Teil 1 u. 2, in: *GWU* 48 (1997), S. 195–218 u. S. 259–278; den Sammelband *Kulturgeschichte Heute*, hrsg. von Wolfgang Hardtwig u. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996 sowie die aktuelle Kontroverse im *Rechtshistorischen Journal* 1999.

den populären Medien zu finden waren. Die professionellen Beobachter der Verhältnisse, Soziologen, Psychologen und Pädagogen vor allem, sahen hingegen das Charakteristische der Entwicklung seit den späten 50er Jahren darin, daß sich die Verhaltensweisen der Jugendlichen und die der Erwachsenen in der westdeutschen Konsumgesellschaft im Grunde genommen nicht voneinander unterschieden.⁶ Friedrich Tenbruck sprach in diesem Sinne von einem »Puerilismus der Gesamtkultur«.⁷ Insofern widerspiegelt die Debatte um die Jugendkultur der 60er Jahre die Reflexion über die Gefährdungen, Potentiale und Zukunftshoffnungen der ganzen Gesellschaft. Und das Unbehagen an der zunehmenden Wirkungslosigkeit der staatlichen Jugendschutz- und Jugendpflagemassnahmen, das die einen umtrieb, war den anderen gerade Ausweis dessen, was Norbert Elias als Prozeß der »Informalisierung« beschrieben hat – des Übergangs von fremdbestimmten zu selbstbestimmten Verhaltensmustern.⁸ Für Helmut Kentler etwa war das »aufregendste Merkmal« der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation gerade die Tatsache, daß »gesellschaftliche Initiative und Aktivität zu einem großen, entscheidenden Teil nicht mehr von den hierfür vorgesehenen offiziellen Institutionen und Organisationen ausgehen, sondern von privaten Zirkeln und privatistischen Bewegungen vorbereitet und ausgelöst werden.«⁹ Nicht zuletzt diese inoffiziellen Zonen jenseits der »formierten Gesellschaft« waren es, aus denen dann – entweder mißtrauisch beäugt oder hoffnungsvoll registriert – die »Fundamentalliberalisierung« Westdeutschlands (Jürgen Habermas) vorangetrieben wurde. Im Kampf um die Definition der »privatistischen« Kulturen wurde der Kampf um die künftige Gestalt der bundesrepublikanischen Gesellschaft ausgefochten.

Hinter allen Vorstellungen und Projektionen, die an die neuen Jugendkulturen herangetragen wurden, stand die Suche nach einem spezifischen kulturellen Stil des Deutschen in der entwickelten Konsumgesellschaft. Was ist deutsch in einer modernen Bundesrepublik Deutschland, und wie

6 In Abgrenzung gegen Schelsky, der behauptet hatte, die Jugendlichen von heute seien erwachsen geworden, profilierte Kentler aus deutscher Perspektive die Idee von der Entstehung einer internationalen jugendlichen Subkultur; vgl. Helmut Kentler, »Subkulturen« von Jugendlichen, in: *deutsche jugend* 12 [1964], S. 403–412. Dieser Position stand Friedrich H. Tenbruck (*Jugend und Gesellschaft. Soziologische Perspektiven*, Freiburg 1962, S. 58 ff.) am nächsten, der von der Jugend als »Teilkultur« sprach, während Ludwig von Friedeburg (*Zum Verhältnis von Jugend und Gesellschaft*, in: *Jugend in der modernen Gesellschaft*, hrsg. von Ludwig von Friedeburg, Köln/Berlin 1965, S. 177) die Jugendphase weicher definierte, als »schwer abgrenzbaren Übergang zwischen Kindheit und Erwachsensein«.

7 Tenbruck (wie Anm. 6), S. 49 f.

8 Vor allem in: Norbert Elias, *Der Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1988, S. 312 ff.

9 Kentler (wie Anm. 6), S. 409.

wird dies ausgehandelt? – das sollte nicht nur politisch, sondern auch kulturell neu bestimmt werden. Und Deutschsein in der Bundesrepublik wurde definiert innerhalb eines stark restringierten Kräftefeldes mit den Eckpunkten NS-Vergangenheit, Kalter Krieg, Wiedervereinigungsgebot und Westorientierung. In diesem politisch-kulturellen Raum entstanden die neuen Jugendstile, und dort wurden sie auch überprüft. Dieser Raum veränderte sich im Laufe der 60er Jahre – auch deshalb, weil sich die politischen und kulturellen Stile junger Leute veränderten.

II. Die Manipulationen der Manager

Schon angesichts der »Halbstarcken« war man sich uneinig gewesen, inwiefern diese neuartige Erscheinung als »politisch« oder »unpolitisch« zu bewerten sei. Seit dem Ende der 50er Jahre, als die modernen Musikstile gemäßigt, gefiltert und damit breiteren Käuferschichten zugänglich gemacht worden waren, als nicht mehr das Klischee des »Halbstarcken«, sondern das des »Teenagers« das öffentliche Bild von Jugendkultur bestimmte, hatte Politik mit dieser scheinbar nur auf Vergnügen ausgerichteten Massenkultur nichts mehr zu tun. Helmut Schelsky hatte in der Abwendung von den Ideologien ein signifikantes Merkmal der »skeptischen Generation« gesehen, allerdings in den »Halbstarcken« die Vorboten einer antikonformistischen Ausbruchsbewegung.¹⁰ In der öffentlichen Wahrnehmung setzte sich vor allem die erste Komponente seiner Analyse fest,

¹⁰ Schelsky (wie Anm. 2), S. 494 ff. Vgl. dazu die Analyse Poigers, die der von Schelsky repräsentierten modernen Richtung der bundesdeutschen Identitätsproduzenten attestiert, diese hätte die Jugendkultur durch die Behauptung »depolitisiert«, die modernen Formen des jugendlichen Freizeitverhaltens seien privatisiert – und damit sei schließlich der konservativen Kulturkritik der Wind aus den Segeln genommen worden; vgl. Uta G. Poiger, *Rock 'n' Roll, Female Sexuality and the Cold War Battle over German Identities*, in: *The Journal of Modern History* 68, September 1996, S. 602 ff. Allerdings ist Schelskys Haltung in dieser Frage wohl doch ambivalent. Im Hinblick auf die Generation der »Flakhelfer« konterkarierte er zwar die aufgeregten Phantasien vom bevorstehenden Untergang des Abendlandes, doch gerade die Mitte der 50er Jahre heranwachsende neue Jugendgeneration bekam durch den von ihr zu erwartenden »SzeSSIONISMUS« gegen den »Konformitätsdruck der modernen Gesellschaft« einen deutlich politischeren Anstrich. Schelsky bestand zwar darauf, daß radikale politische und soziale Bewegungen nicht zu erwarten seien. Schließlich ging es ihm als Modernisierer des Konservatismus darum, die Nachkriegsjugend gewissermaßen idealtypisch gegen die »politischen« Generationen des Ersten Weltkriegs abzuheben. Dieses idealtypische Modell war allerdings mit der realgeschichtlichen Entwicklung kaum zur Deckung zu bringen, und dieses Problem scheint in der »szeSSIONISTISCHEN« Qualität des Privaten auf, die als antikonformistische Ausbruchstendenz zweifellos ein Politikum war. Schelsky (wie Anm. 2), S. 495 u. S. 497.

so daß nach dem Abflauen des »Halbstarke«-Diskurses sich nun die im Hinblick auf die Politik »lethargischen«¹¹ »Teenager« in die Vorstellung von einer unengagierten und konsumverfallenen Jugend bündig einfügten. Auch in den politischen Jugendverbänden, besonders stark bei den sozialistischen, galten Vergnügen und Politik geradezu als Antipole.¹² Das Unpolitische der Jugendkultur galt als unerwünscht und bedenkliches Defizit. In dieser Sicht verbanden sich die scheinbar hemmungslose Vergnügungssucht einerseits und die politische Abstinenz andererseits zu jenem gefährlichen Gemisch, das Jugendliche für Verführungen besonders anfällig machte. Diese als geradezu existentiell empfundene Situation ordnete sich aus der Sicht des konservativen Kulturpessimismus ohne weiteres ein in die Reihe der Herausforderungen, die das Jahrhundert bis dahin für die Jugend bereitgehalten hatte. So forderte Wilhelm Ellbracht, Pädagoge und Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Jugendschutz, die Stärkung der »Gewissensbildung«, den Aufbau einer »resistance« gegen die uns manipulierenden Mächte der öffentlichen Meinung, der Presse, des Fernsehens«, denn dies entscheide über das »Schicksal unserer Jugend«. An gleicher Stelle führte er aus: »Die Elite der Freideutschen Jugend ist in den Kämpfen bei Ypern und Langemarck verblutet oder in den Parteikämpfen der noch ungesicherten Weimarer Republik verbraucht worden. Sorgen wir, daß die Gewissensbildung diesmal nicht scheitert an dem selbstzufriedenen, von einflußreichen Kräften angeheizten Konsumgeist und Genußwillen unserer Zeit.«¹³

Mitte der 60er Jahre waren solche Stimmen zwar noch allenthalben laut vernehmbar, aber alles andere als unangefochten. In den Auseinandersetzungen um die Jugendkultur konkurrierten zwei Sichtweisen, die sich an

- 11 Helmut Lamprecht, *Teenager und Manager*, München 1965, S. 10. Zum Profil des »Teenagers« vgl. Ingrid Volkmer, *Teenager – Ausgangspunkt medialer und ästhetischer Kommerzialisierung der Jugendphase*, in: *Jugend 1900–1970*, hrsg. von Dieter Baacke u. a., Opladen 1991, S. 142–154.
- 12 Vgl. etwa die Untersuchung *Berliner Jugend 1962*, hektographierter Forschungsbericht, Bad Godesberg 1962. Dabei v. a. die besonders ausgeprägt elitären Haltungen bei den »Falken«. Vgl. auch Heinz Stuckmann, *Was die jungen Leute singen*, in: *deutsche jugend 7* (1959), S. 34.
- 13 Wilhelm Ellbracht, *Gewissensbildung als Einübung in die Freiheit*, in: *Ruf ins Volk 5* (1966), S. 35 f. Schon 1963 hatte der evangelische Theologe Helmut Thielicke die gegenwärtige Situation mit dem Widerstand im Dritten Reich analogisiert, als er am 20. Todestag der Geschwister Scholl einen »fundamentalen Frontwechsel« sah: »Wenn es damals das Thema war, die Freiheit gegen den totalen Staat zu verteidigen, so könnte es heute zum Thema werden, den Staat vor der zügellosen Freiheit entfesselter Gruppen oder Publikationsorgane in Schutz zu nehmen.« *Jugendschutz-Materialdienst*, hrsg. vom Evangelischen Bundesarbeitskreis für Jugendschutz, Nr. 19 vom Jan/Febr 1966, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356–21.04–1, Bd. 2.

eben jener Frage unterschieden: Wie geht die Jugend mit den neuen Möglichkeiten um, die die Konsumgesellschaft bereitstellt? Die eine Richtung strapazierte vor allem die Denkfigur von einer »ahnungslosen« und darum »verführbaren« Jugend. Die andere Richtung, die etwa seit der Mitte der 60er Jahre die öffentliche Meinung bestimmte, betonte hingegen deren Verhaltensstabilität und souveränen Umgang mit der Konsumkultur. Während die eine »Besorgnis« artikulierte, plädierte die andere für Gelassenheit.

In den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts wurde die öffentliche Debatte um Jugend geradezu dominiert von der Vorstellung der manipulativen Kraft der Werbung – ein Topos, der am Ende der 60er Jahre über die Amalgamierung mit Theoremen aus der Frankfurter Schule dann auch die Entfremdungsdiskurse der oppositionellen Jungintellektuellen bestimmte. Ausgangspunkt war die Beobachtung, daß Jugendliche inzwischen über ein beachtliches Maß an Geldmitteln verfügten, was als Anlaß für allerlei Befürchtungen diente.¹⁴ Der Leiter des Bremer Jugendamtes etwa bemühte 1959 die klassische Argumentationsfigur: »mit den Mitteln einer geschickten Werbepsychologie« würden »ständig neue Bedürfnisse [...] geweckt«, und die moderne Vergnügungsindustrie würde »alle Ansätze eines kritischen Selbstbewußtseins [...] untergraben«. In Anknüpfung an Hans Freyer formulierte er: »Der Mensch führt sein Leben nicht mehr, sondern er wird von anonymen Kräften gelebt. Das führt dazu, daß unsere Heranwachsenden in vielen Fällen, bevor sie ein Urteil haben, vom Angebot der Kulturindustrie überrannt werden.« Und er fügte hinzu: Die Bedürfnisse der »Teenager« seien real gar nicht vorhanden, sondern sie würden »manipuliert!«¹⁵ Und angesichts der ersten Beatles-Erfolge

14 Aus der Unmenge der Beispiele, in denen Wirtschaftskraft und Geschäftstüchtigkeit Jugendlicher zur Begründung für »Besorgnis« angeführt wurde vgl. etwa den in der lokalen Öffentlichkeit eindrucksvollen Vorgang einer »Riverboat-Shuffle« auf der Weser, die von einem »noch minderjährigen jungen Mann« privat organisiert worden war und zum Entsetzen von Jugendamt und Polizei im vollständigen Chaos endete. Kurz darauf wurde das Mindestalter für die Teilnahme an derartigen Veranstaltungen in Hamburg und den Umkreisen auf 18 Jahre heraufgesetzt; Bremer Nachrichten vom 12.10.1961; Auszug aus der Niederschrift der Besprechung mit Vertretern der Hamburg nahegelegenen Kreise ..., 19.1.1962, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356–00.00; aus der einflußreichen Literatur vgl. Ruth Münster, Geld in Nietenhosen, Stuttgart 1961; Eberhard Gross, Geld in Kinderhänden, Stuttgart 1966; aus der von dieser Debatte angestoßenen Forschung mit differenzierten Ergebnissen: Manfred Hambitzer, Jugendliche und Konsumverhalten, in: Psychologische Marktanalyse, hrsg. von Reinhold Bergler, Bern 1965, S. 61–85; vgl. auch die Zusammenfassung von Dorothea-Luise Scharmann, Konsumverhalten von Jugendlichen, München 1965.

15 Standort und Aufgaben der Jugendpflege im Jugendamt, Juni 1959, StAB, 4,126/1, 65. Zu Freyer: Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 375. Diese Argu-

schrieb eine konservative Kommentatorin: »Hinter dem Fanatismus der Jugendlichen steht die eiskalte Berechnung der Fabrikanten und Manager, die an Schallplatten, Gitarren, Schlagzeug und Fan-Kleidung ein Vermögen verdienen.«¹⁶

Am Anfang der 60er Jahre war die kritische Haltung von Pädagogen, Psychologen und Jugendfunktionären gegenüber der Industrie und vor allem gegenüber der freizeitbezogenen Konsumgüterindustrie so weit verbreitet, daß man ohne weiteres von einem Common sense sprechen kann. »Manager« und »Bosse« erschienen als unsichtbare Drahtzieher im Hintergrund, die aus purem Profitinteresse ihre Geschäfte betrieben.¹⁷ Das war die aktive Komponente einer bipolaren Denkfigur. Als zweite, passive Komponente figurierten die betroffenen Jugendlichen. Sie waren demgegenüber rein und unschuldig, in der zeitgenössischen Terminologie: »ahnungslos«.¹⁸ Dieser Konstruktion lag die Sicht von dem Lebensabschnitt Jugend als Moratorium der Unschuld zugrunde, in dem gleichsam von innen heraus und abgeschottet von den negativen Einflüssen der Erwachsenenwelt der notwendige Reifungsprozeß vonstatten gehen soll-

mentationsweise wurde vielfach variiert und nicht selten ganz direkt auf die Jugendkultur bezogen: »Das Raffinierte beim Geschäft mit der Jugend: Man hämmert der Jugend von früh bis spät ein, sie habe diese oder jene Bedürfnisse, konkret: der junge Mann brauche unbedingt eine Lederjacke, eine James-Dean-Hose, eine Peter-Kraus-Krawatte; das junge Mädchen unbedingt Blucjeans oder einen Conny-Teen, unbedingt eine Platte von Elvis.« Bremer Bürgerzeitung vom 15.4.1961.

16 Oda Schaefer, Beatlemania, in: Melos (1964), S. 338.

17 In diesem Feindbild traf sich die Konsumkritik der traditionalistischen westdeutschen Konservativen, der oppositionellen Intellektuellen in West- und Ostdeutschland und der SED. Hinweise auf die normativen Diskurse in der DDR zwischen den Protagonisten des Jazz und der SED bei Uta G. Poiger, Amerikanischer Jazz und (ost)deutsche Respektabilität, in: Akten. Fingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, hrsg. von Alf Lüdtke u. Peter Becker, Berlin 1997, S. 119–136. Biographisch bündelt sich die Systemabhängigkeit der Feindbildkonstruktion etwa in der Argumentation von Siegfried Schmidt-Joos, der vor dem Hintergrund einer DDR-Jazzsozialisation dann auch im Westen ganz auf der Höhe der Zeit war: Siegfried Schmidt-Joos, Geschäfte mit Schlagern, Bremen 1960.

18 Schaefer, Beatlemania (wie Anm. 16), S. 338. Daß der Topos von der Ahnungslosigkeit nicht nur auf Jugendliche beschränkt war, sondern auch im Hinblick auf die Erwachsenen verwandt wurde – im Kontext der Kampagne gegen »Schmutz- und Schundliteratur« wurde etwa eine Tonbildreihe mit dem Titel »Die Eltern waren ahnungslos« eingesetzt –, deutet daraufhin, daß es sich bei dem Klischee eines ursprünglichen Zustands der Reinheit, der von unbekanntem äußeren Mächten angetastet würde, um eine besonders ausgeprägte Denkfigur der Zeit handelte, die nicht zuletzt auch auf die Entlastung der Erwachsenen zielte. Schließlich kennzeichnete »Ahnungslosigkeit« auch die vorgebliche Haltung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber dem Nationalsozialismus.

te. Entscheidungs- oder Nichtentscheidungsfähigkeit der Jugendlichen war eine Frage der »Ahnung« oder der »Ahnungslosigkeit«, denn »unanständige Geschäfte kann man nur mit dem machen, der keine Ahnung hat!«¹⁹

III. Die Souveränität der Ahnungslosen

Allerdings galt diese düstere Sicht der Dinge – so sehr sie noch die öffentliche Meinung beherrschte²⁰ – in Teilen der aufgeklärten Öffentlichkeit schon als rückständig, was etwa besagten Bremer Jugendamtman zu der Bemerkung veranlaßte, »leicht« werde »man zum heute gängigen Kulturpessimisten gestempelt. Kein Spengler – aber im Sinne Toynbees »herausfordernder Aufruf zum Handeln.«²¹ Seit den frühen 50er Jahren gehörte der Verweis auf den Handlungsappell des auch in der Bundesrepublik breit rezipierten britischen Historikers zu den Standards zeitkritischer Reflexionen. Mit diesen Herausforderungen war vor allem die weltpolitische Bedrohung des »Abendlands« durch die »asiatische« Sowjetunion gemeint.²² Dies war auch der politische Hintergrund der Konsumkritik: Die Konstellation des Kalten Krieges diente als aktuelle politische Grundierung des Abwehrreflexes. Dieser Reflex war nur ein Teil eines mehrgliedrigen Abwehrszenarios, das den Rahmen für die politische und kulturelle Kontur der jungen Bundesrepublik abgab. Man habe sich vor allem gegen dreierlei Verfallserscheinungen der modernen Welt abzusetzen: von der nationalsozialistischen Massenbewegung, an der viele Zeitgenossen selbst teilgenommen hatten, von der gegenwärtigen und als akut bedrohlich empfundenen Massenbewegung des Kommunismus und von den verführerischen Angeboten der Konsumindustrie, die vermeintlich ebenfalls zur »Vermassung« beitrugen und deshalb politisch bedenklich waren.

Die modernere Interpretation der Zeitverhältnisse hatte sich schon in den 50er Jahren von dem hier gezeichneten Bild nicht so sehr in der Diag-

19 So ein ungenannter Teilnehmer auf einem Wochenendseminar des Bremer Landesjugendrings, zit. nach: *Weser-Kurier* vom 10.4.1961.

20 »Diese Gruppe spricht auf Tagungen, sie erweckt den Eindruck, so sei das in Deutschland nun einmal. Die anderen sind still, unsicher, kein echter Gegensatz. Sie fragen gern, und wenn die anderen laut werden, sind sie eh bereit, nachzugeben.« – so Gerhard Mauz' knappe atmosphärische Skizze der Kräfteverhältnisse in: *Die Welt* vom 17.5.1960.

21 Wie Anm. 15.

22 So etwa in einem Merkur-Aufsatz »Asiens Rückstoß« von 1952. Vgl. Jost Hermand, *Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965*, München 1986, S. 236 f.

nose unterschieden, sondern eher in der Bewertung ihrer Folgen. So teilte auch Helmut Schelsky durchaus die Sicht von der manipulativen Kraft der Werbung und dem »Konformitätsdruck der Konsumgesellschaft«. Auch er sah den anthropologischen Typus der modernen Gesellschaft als »von der sozialen Erfüllung seiner eigenen Begehrlichkeiten institutionell umstellten Menschen«. ²³ Allerdings seien die Jugendlichen im Hinblick auf ihre Anpassungsfähigkeit an die »Strukturen der Modernität« den Erwachsenen »in vieler Hinsicht überlegen«. ²⁴ Insofern setzte Schelsky nicht auf Abwehr der neuen Vielfalt, nicht auf dirigistische Erziehung, sondern auf Toleranz und Verständnis – selbst für zu erwartende provokative Ausbruchversuche. Aus seiner Perspektive verkörperte die heranwachsende Generation die Avantgarde der Moderne, die in der Lage sei, den Fortschritt souverän zu gestalten, anstatt seinen Gefährdungen zu erliegen.

Und die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben, die Mitte der 60er Jahre vorlagen, bestätigten diese These. Die jungen Leute bewegten sich weitaus stärker in den herkömmlichen Bahnen und kamen mit den Verführungen der Konsumwelt besser zurecht als weithin erwartet. Dies war etwa der Befund des Schelsky-Schülers Viggo Graf Blücher, der 1966 eine detaillierte Analyse veröffentlichte. ²⁵ Blücher knüpfte hier insoweit an den bisherigen Stand der Debatte an, als er die Schulung der Kritikfähigkeit bzw. – etwas abstrakter – »Bildung« als Gegengewicht zu den Verlockungen des Konsums in die Waagschale warf: »Bildung schafft beste Voraussetzung gegenüber den Bedrohungen der Fremdsteuerung.« ²⁶ Seine Studie führte aber über die bis dahin populäre Sicht von der Konsumverfallenheit der Jugend weit hinaus; diese gehe vielmehr »recht souverän mit den zahlreichen Möglichkeiten ihrer Freizeitwelt um. In lässiger Haltung begegnet sie dem Phänomen, das früher als »Reizüberflutung« bezeichnet wurde«. ²⁷ Auch Walter Jaide hatte kurz zuvor ein hohes Maß an Verhaltensstabilität im Alltag festgestellt. Ein »unerwartet starker Teil tendiert in »konservativem« Widerspiel gegen alle Veränderungen zur Stabilität, Kontinuität, Normalität gleichsam zeitlos bürgerlicher Verhältnisse sowohl in der Politik wie in der Religion, im

23 Schelsky (wie Anm. 2), S. 495.

24 Ebd., S. 81.

25 Viggo Graf Blücher, *Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute*, Düsseldorf, Köln 1966. Die aufbereiteten Rohdaten zu Blüchers Interpretation finden sich in: Emnid – Institut für Meinungsforschung, *Junge Menschen 1964. Lebensbereiche, Denkweisen, Gesellungsformen. Tabellarischer Bericht zur Untersuchung »Die Generation der Unbefangenen«*, Bielefeld 1966.

26 Blücher (wie Anm. 25), S. 246.

27 Ebd., S. 187.

Lebensstil wie in der Auffassung von Beruf, Familie und Freizeit«. ²⁸ Dieses Insistieren auf der Stabilität der langen Dauer, auf dem verhältnismäßig unspektakulären Verlauf der Anpassungsprozesse an die veränderten Lebenswelten der Überflußgesellschaft verschaffte einem nüchternen und modernen Ton die nötige wissenschaftliche Fundamentierung gegen die affektiven Aufgeregtheiten des traditionellen Antimodernismus. Dies richtete sich auch gegen den Kulturpessimismus der »kritischen Theoretiker«, die zunehmend die Deutungskompetenz in Fragen der Kulturkritik übernahmen. Deren Attraktion bestand gerade darin, daß eine Kritik am deutschen Militarismus und Nationalsozialismus bündig angeschlossen werden konnte an die geläufige Kritik der modernen Jugendkultur – verdichtet etwa in der Formel vom »Stahlbad des Fun« (Theodor Adorno). ²⁹

IV. Autonomie durch Politisierung

Der starke Politisierungsdruck der 60er Jahre, die Idee, Jugendliche müßten kritisch sein, um in der modernen Welt bestehen zu können, war ursprünglich entstanden aus einer Abwehrbewegung gegen die Kommerzialisierung. 1961 formulierte ein Jugendverbandsfunktionär: »Wir müssen die Jungen und Mädchen in unseren Gruppen zum selbständigen Denken, zum kritischen Hören und Sehen veranlassen, damit sie nicht ohne eigene Meinung jeder Parole folgen, die geschäftstüchtige Unternehmer ihnen suggerieren.« ³⁰ Tatsächlich herrschte am Beginn der 60er Jahre vielfach der Eindruck vor, die westdeutsche Jugend sei nicht nur in kommerzieller, sondern auch in politischer Hinsicht »verführbar«. Denn

28 Walter Jaide, *Das Verhältnis der Jugend zur Politik. Empirische Untersuchungen zur politischen Anteilnahme und Meinungsbildung junger Menschen der Geburtsjahrgänge 1940–1946*, Darmstadt 1963, S. 129.

29 Zu Adornos Kritik der populären Musik in den 60er Jahren vgl. die Skizze: Peter Kemper, »Der Rock ist ein Gebrauchswert«. Warum Adorno die Beatles verschmähte, in: *Merkur*, H. 510/11 (1991), S. 890–902. Außerdem jetzt: Theodore Gracyk, *Rhythm and Noise. An Aesthetics of Rock*, Durham/London 1996, S. 150 ff.

30 *Weser-Kurier* vom 10.4.1961. Diese Überzeugung wurde vielfach geteilt, und sie löste zahlreiche Initiativen aus, der oberflächlichen Massenkultur mit kritischer Bewußtseinsbildung zu begegnen. So versuchte etwa eine ganze Reihe von Rundfunksendern, die Einfältigkeit von Schlagertexten zu zeigen – etwa in den eigens zu diesem Zwecke eingerichteten Sendereihen »Über Geschmack läßt sich doch streiten« (NDR), »Schlimmer geht's nimmer« (Bayerischer Rundfunk) oder »Platte aus dem Giftschränk« (Radio Bremen); vgl. Norbert Linke, *Der Kontakt zwischen Hörer und Massenmedien*, in: *Schlager in Deutschland. Beiträge zur Analyse der Populärmusik und des Musikmarktes*, hrsg. von Siegmund Helms, Wiesbaden 1972, S. 297.

es bestehe ja die Gefahr, wie ein anderer Jugendfunktionär formulierte, »daß eine Jugend, die sich geschäftlich ausnutzen läßt, es eines Tages nicht mehr merkt, wenn sie auch politisch ausgenutzt wird.«³¹ Es waren die »politischen Geschäfte«, »die man im Dunklen oder Hellen mit der Jugend bereits macht oder noch vorbereitet«, die sowohl die Vertreter der klassischen Kulturkritik wie auch die »fortschrittlicheren« Gesellschaftswissenschaftler für bekämpfenswert hielten. Für viele drohte noch immer – in zeitgemäßer Sprachregelung – der »sowjetische Totalitarismus«. Anderen erschien die politische Manipulationskraft einer autoritären Variante des westdeutschen Kapitalismus gefährlicher – man befürchtete eine »neue Diktatur, gut getarnt und in Glacéhandschuhen«, wie Helmut Kentler meinte, oder – so Ludwig von Friedeburg – einen »Obrigkeitsstaat antikommunistischer Prägung«.³²

1964 hieß es in der Fachzeitschrift »deutsche jugend« anhand der verblüffenden Erfolge der Beatles, »die jugendliche Massenhysterie könnte [...] auch in gefährlichere Bahnen gelenkt werden. Die Rattenfänger aus Liverpool sind vergleichsweise harmlos«.³³ »Rattenfänger«, »Diktatur«, »Propaganda«, »Brückenköpfe im Lager der Jugend« usw. – dort, wo es nicht explizit artikuliert wurde, zeigten die metaphorischen Beschreibungsversuche, wie stark die neuen Jugendkulturen über die zeitgenössischen Topoi des Totalitarismus gefaßt wurden. Die Folie für Befürchtungen und Projektionen bildeten vor allem die NS-Erfahrung und die Konfrontationssituation des Kalten Krieges. In dieser Debatte erschienen kommerzielle und politische Werbestrategien als eine Art Kriegführung gegen die »ahnungslose« nachwachsende Generation.

Die von Kentler angedeutete pessimistische Zukunftsvision entsprach durchaus dem Zeitgeist. Allgemein befürchtete man, daß das staatspolitische Bewußtsein der Bürger keineswegs so gefestigt war wie die schnelle wirtschaftliche Konsolidierung vorgaukelte. Die Überzeugung, der We-

31 Dies und das folgende nach: Bremer Bürgerzeitung vom 15.4.1961; Bremer Nachrichten vom 10.4.1961.

32 vom Friedeburg (wie Anm. 6), S. 184. Kentler, zit. nach: Bremer Bürgerzeitung vom 15.4.1961; vgl. auch Bremer Nachrichten vom 10.4.1961. Der Psychologe und spätere Sexualpädagoge Helmut Kentler, damals mit 33 Jahren Mitarbeiter der Evangelischen Akademie Arnoldsheim und als Tabubrecher bekannt, sprach 1961 als Hauptreferent auf einer Tagung des Bremer Landesjugendrings über »politische Geschäfte« mit der Kernthese, die Jugend sei politisch verführbar, »weil sie kein lebensnahes Verhältnis zum Staat habe.« Jugendliche würden in der Bundesrepublik nicht zu engagierten Menschen erzogen, sondern zu »Anpassungsartisten«. Eine neue Diktatur, so Kentler, sei auch deshalb möglich, weil die historischen Wurzeln des Nationalsozialismus »heute nicht im mindesten ausgerottet« seien. Ebd.

33 Karsten Peters, Ein ganz neues Beatle-Gefühl, in: deutsche jugend 12 [1964], S. 373.

sten sei »moderner« als der Osten,³⁴ war zwar weitverbreitet, aber wie tragfähig diese Basis sein würde, ob man einer »vielleicht besseren, vielleicht aber auch schlechteren Ordnung« entgegengehe, erschien als sehr unsicher.³⁵ Nach der Überzeugung vieler konnte schon eine nicht ganz so große Wirtschaftskrise genügen, um das ideell labile Staatswesen Westdeutschlands ins Wanken zu bringen. Aus dieser Perspektive war auch die Bildungsoffensive der 60er Jahre nicht nur ein Zugeständnis an wirtschaftliche Erfordernisse, sondern auch Korrelat des zunehmenden Materialismus, der Automation, der Konsumverfallenheit. Durch sie sollte der wohl unausweichliche und auch nicht schlichtweg abgelehnte wirtschaftlich-technische Fortschritt mit Sinn aufgeladen werden, um ihn kulturell bändigen und politisch dirigieren zu können. Die Argumente für die Notwendigkeit einer solchen Sinnstiftung wurden primär aus dem ideologischen Arsenal der Totalitarismus-Konstruktionen entnommen. Inwieweit die Sinngehalte der Älteren noch tragfähig waren und ihre Sinnstiftungskompetenz überhaupt noch anerkannt werden konnte – dies war dann das Thema des Konfliktes zwischen den Generationen, vor allem innerhalb des Bildungsbürgertums selbst. Jedenfalls führte die Annahme, es sei »noch nicht gelungen, große Teile unseres Volkes zu entschiedenem Eintreten für die freiheitliche Lebensordnung zu gewinnen«, und nach einer wirtschaftlich bedingten Destabilisierung könne »das Erbe dem Totalitarismus« zufallen, »diesmal aber wahrscheinlich dem sowjetischen«, zu der Folgerung, nun auf das bewährte Instrumentarium der Aufklärung zurückzugreifen – auf Vernunft und Belehrung.³⁶ Vor allem der Umstand, daß man sich in der Vergangenheit »nicht gründlich genug um eine alle Schichten unseres Volkes umfassende gesellschaftspolitische Bewußtseinsbildung bemüht« habe, galt als Manko, denn zum einen erschienen besonders die nichtbürgerlichen Schichten gefährdet – Stichwort »Halbstarkenkrawalle« –, zum anderen erschien der Gegner im Kalten Krieg nun weniger militärisch, sondern vor allem in Fragen der Bildung und Schulung im Vorteil. Während die westdeutsche Jugend, so schien es, von den Managern unpolitisch gehal-

34 »Der Westen ist moderner« – so der Titel eines Vortrags im Frankfurter Amerikahaus 1958, zit. nach: Axel Schildt, Die USA als »Kulturnation«. Zur Bedeutung der Amerikahäuser, in: Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Alf Lütke, Inge Marßolek u. Adelheid von Saldern, Stuttgart 1996, S. 267.

35 Dolezol (wie Anm. 2), S. 471.

36 So der »Arbeitsausschuß für politische Bildung« in Vlotho – ein Kreis von sieben Prominenten verschiedener politischer Couleur, unter ihnen Walter Scheel und Felix Messerschmidt, der Direktor der politischen Akademie Tutzing; Arbeitsausschuß für politische Bildung, Hat die freie Welt noch eine Zukunft?, Juli 1960, StAB, 7,1081/112.

ten wurde, so drillte man die Jugend in der DDR »ganz konsequent auf künftige politische Aufgaben«.37

Diese an der Dekadenwende artikulierten Befürchtungen wurden just in jenem Jahr 1966 auf der Basis umfassenden empirischen Materials gewissermaßen projektiv bestätigt, als der wirtschaftliche Steilflug vorübergehend eine erste kleinere Turbulenz passierte. Viggo Graf Blücher konstatierte in seiner 1966 veröffentlichten Studie, bei wirtschaftlicher Instabilität sei ein »Erdrutsch« des Vertrauens« in der ansonsten doch recht traditionsfesten jungen Generation zu befürchten.³⁸ Und auch Elisabeth Pfeil zweifelte in ihrer im selben Jahr verfaßten Arbeit an der Tragfähigkeit der »inneren Reserven« in der jungen Generation.³⁹ Es ist nicht ganz ohne Ironie, daß im darauffolgenden Jahr 1967 sich diese Befürchtungen auf geradezu verblüffende Weise bewahrheiteten – ohne daß der vermutete Ursachenzusammenhang wirklich bestand. Es war weniger die ökonomische als die moralische Qualität der Wirtschaftsflaute, die vor dem Hintergrund der beschriebenen mentalen Konditionierung starke Auswirkungen hatte und dann wohl auch die Konfrontationssituation von 1967/68 beträchtlich beeinflusste.

Freilich bezog sich die Sicht von einer politisch labilen und deshalb leicht destabilisierbaren Jugend keineswegs nur auf die Haltekraft wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in einer unsicheren Welt. Gerade die politischen und kulturellen Deutungsmuster sollten einen Orientierungsrahmen bieten, der auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten demokratische Zuverlässigkeit garantierte. Dies war die Denkfigur, die den zahlreichen Interventionen gegen die Verführungsmacht der neuen Jugendkultur zugrundelag. Denn ob die Leitbilder, an denen sich im Laufe der 60er Jahre mehr und mehr Jugendliche orientierten, vertrauenswürdige Zukunftsperspektiven repräsentierten, schien manchen Zeitgenossen mehr als fraglich. »Glauben Sie wirklich«, so insistierte ein empörter Realschullehrer nach einer Beat-Club-Sendung, bei der man erstmals im Deutschen Fernsehen Jimi Hendrix hatte bewundern können, »daß die verwahrlosten, unappetitlichen Gestalten, die sich da zuckend vor dem Mikrophon produzierten, geeignet sind, unserer an sich labilen Jugend als nachahmenswertes Vorbild zu dienen?«⁴⁰

37 Helmut Lamprecht, *Teenager und Manager*, München 1965, S. 52.

38 Blücher (wie Anm. 25), S. 385.

39 Elisabeth Pfeil, *Die 23jährigen. Eine Generationsuntersuchung am Geburtsjahrgang 1941*, Tübingen 1968, S. 355.

40 E. W. an Bayerisches Fernsehen, 13.3.1967, Radio Bremen [RB], Beat Club Presseauschnittsammlung. Wie stark die Kritik an der vermeintlichen Vorbildwirkung der Stars – neben den hier aufscheinenden rassistischen Implikationen – die Grundfesten der deutschen Leistungsgesellschaft gefährdet sah, zeigt sich daran, daß immer wieder die Auswirkungen auf das Arbeitsethos der jungen Generation

Der geläufige Gedanke, die Jugend stärker zu kritischem Selbstdenken anzuhalten, mündete schließlich in eine allgemeine Kritikeuphorie und in die Forderung nach stärkerem Engagement. Es sei nämlich möglich, so Kentler, ebenso wie kommerzielle Bedürfnisse erzeugt würden, auch politische Bedürfnisse zu wecken.⁴¹ Beide Positionen – diejenige, die die Erziehung zur Kritikfähigkeit gegen die Verlockungen der Werbung forderte, und diejenige, die der Jugend Souveränität im Umgang mit dem Konsum bescheinigte – trafen sich in der Forderung nach mehr Autonomie für die Jugend, die etwa ab Mitte der 60er Jahre im soziologischen und pädagogischen Diskurs dominierte und große Teile der öffentlichen Meinung bestimmte. Bildung und Politisierung galten nicht erst den Studierenden von 1968 als Katalysatoren der Kritikfähigkeit gegenüber den »geheimen Verführern«, sondern waren allgemein akzeptierte neue Verhaltenslehren gegenüber der unverstandenen und als unüberschaubar empfundenen Welt des Konsums und der Politik.⁴² In einer Zeit der scheinbar unendlichen konsumtiven Möglichkeiten erschien gesellschaftliches Engagement als probates Gegenmittel, das geeignet war, den allgemeinen »Formverlust«⁴³ der Konsumgesellschaft wieder auszugleichen.

Als positives Gegenbild zu randalierenden »Halbstarcken« und unpoli-

thematisiert wurden. So stellten etwa Bremer Jugendschützer fest, die aus dem Boden schießenden Fan-Clubs seien so »eine große Gefahr, weil sie fragwürdige Leitbilder vermitteln und der junge Mensch allmählich die Überzeugung gewinnt, daß nicht mehr die handwerkliche und geistige Leistung den Erfolg bringt, sondern die Beschaffenheit körperlicher Formen und der Gebrauch der Stimme.« Abt. Jugendförderung an Amtsleitung Jugendamt, 8.2.62, StAB, 4, 126/1, 25. Die Kritik an der Dominanz der Körper und der Entmäßigung der Stimme enthält insofern keineswegs nur Disziplinierungsideen im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse, die Sexualität und den wohltemperierten Grundton der bürgerlichen Gesellschaft – sie insistiert auch massiv auf der Beibehaltung der traditionellen Wertkriterien moderner Arbeitsverhältnisse.

41 Bremer Bürgerzeitung vom 15.4.1961 und Bremer Nachrichten vom 10.4.1961.

42 So die Essenz bei Jürgen Habermas u. a., Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied/Berlin 1961. Diese Studie war die erste in einer ganzen Reihe weiterer Untersuchungen zum Forschungsfeld »Politische und soziale Engagementbereitschaft Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland« – so der paradigmatische Titel eines ab 1965 laufenden Forschungsprojekts, das von Walter Jaide u. a. durchgeführt wurde. Bemerkenswert Habermas' selbstkritische Rückschau von 1990, in der er konstatierte, seine damalige »Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven zum privatistischen, vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum« greift zu kurz. Die Resistenzfähigkeit und vor allem das kritische Potential eines in seinen kulturellen Gewohnheiten aus Klassenschranken hervortretenden, pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt.« Habermas, Strukturwandel (wie Anm. 5), S. 30.

43 So Friedrich Tenbruck im Hinblick auf das Jugendverhalten. Tenbruck (wie Anm. 6), S. 48.

tischen »Teenagern« wurde in den frühen 60er Jahren der engagierte und hilfreiche Jugendliche wiederentdeckt. »Die ›Halbstarke‹ sterben aus«, meldeten etwa die »Bremer Nachrichten« 1962 und berichteten von »Zusammenschlüsse[n] von Jugendlichen, die es satt haben, ›immer als Buhmänner angesehen zu werden‹ und sich geradezu begierig zeigen, gute Taten zu vollbringen«. Im Alltag wolle man beweisen, so wird ein 16jähriger darin zitiert, »daß man zu den Anständigen gehören will.«⁴⁴ »Anständig« war, wer sich nicht sinnlos herumtrieb, sondern sich sozial oder politisch engagierte.

72 Prozent aller Befragten hätten die Vorstellung, so konstatierte Blücher in einer Auswertung der großen Emnid-Jugenderhebung von 1964, »daß man sich in heutiger Zeit doch wohl mit Politik befassen sollte oder müßte«, und Jürgen Friedrich konstatierte, der von ihm untersuchte Jahrgang 1941 sei sich »größten Teils« des allgemeinen Anspruchs nach politischer Aktivität »bewußt«. Die von der konservativen wie liberalen Kulturkritik vorgetragene Forderung nach stärkerer Befähigung der Jugend zur Kritik setzte die junge Generation unter einen hohen Politisierungsdruck.

V. Heimat, blamiert

Die meisten Jugendlichen verspürten den gestiegenen Politisierungsdruck sehr wohl, ohne ihm allerdings sogleich – wenn überhaupt – zu erliegen. Vieles spricht dafür, daß diese Einflüsse auf mittlere Sicht nicht ohne Effekte blieben. Im allgemeinen lagen pädagogischer Anspruch und gesellschaftliche Wirklichkeit jedoch vorerst so weit auseinander, daß die Betroffenen unzählige Lehrerinnen und Sozialarbeiter mit der vermeintlichen Flucht in die »unpolitischen« Jugendkulturen zur Verzweiflung brachten. Und nicht zufällig kristallisierte sich die Ablenkungskraft des Unpolitischen ausgerechnet und besonders augenfällig im Kernbereich westdeutscher Identitätsbildung, in der geteilten Reichshauptstadt und am Thema der Wiedervereinigung: »Wenn wir in Berlin zum Beispiel erleben müssen«, so berichtete ein Sozialpädagoge 1962, »daß eine Gruppe von Deutschen und Engländern vor allen Dingen darauf brennt, durch die Tanzlo-

44 Bremer Nachrichten vom 6.10.1962. Dolezol ([wie Anm. 2], S. 475) beobachtete 1960: »Die Tatsache, daß Jugendliche beisammensitzen und nicht randalieren, ist längst keine Sensation mehr. Das Nachlassen der Publicity hat hier vieles erst aufs rechte Maß zurückgeschnitten.« Aus Nürnberg verlautete: »Überall regt es sich. Die Jungen und Mädchen demonstrieren förmlich, daß sie nicht das sind, wofür sie die Leser von Sensationsblättern und die Besucher von Sensationsfilmen halten.« Wochenend (Nürnberg) vom 6.1.1960.

45 Blücher (wie Anm. 25), S. 327; Pfeil (wie Anm. 39), S. 299.

kale zu ziehen und schon vormittags in den Kellern untertaucht, die Mauer und die politische Lage der geteilten Stadt dagegen nur am Rande Interesse finden – dann ist die Mühe vergeblich gewesen.«⁴⁶ Hier gerieten wichtige Grundpfeiler des politischen Selbstverständnisses sichtlich ins Wanken – nicht so sehr, weil die Jugendlichen etwa von vornherein andere politische Vorstellungen gehabt hätten, sondern weil der »privatistische« Stil der jungen Leute den politischen Sinn unterließ, mit dem Lehrer und Erzieher ihr Alltagsverhalten gern angereichert hätten.

Dies war auch das zentrale Problem bei den Auslandsaufenthalten westdeutscher Jugendlicher, die den kulturellen Anschluß an den Westen gewährleisten und zugleich dem Ausland die gewandelte deutsche Realität nahebringen sollten. Jugend erschien hier geradezu als das Medium der Rehabilitierung Deutschlands, und auf ihre Zukunftsfähigkeit wurde große Hoffnung gesetzt.⁴⁷ Die Bremer Jugendsenatorin Annemarie Mevissen erklärte 1965 im Kontext eines regionalen deutsch-französischen Jugendaustausches, zu keiner Zeit habe »die Jugend eine so wesentliche Aufgabe übernommen wie jetzt«, und an der praktizierten internationalen Partnerschaft zeige sich, »was junge Menschen vermöchten, wenn es darum geht, Ressentiments zu überwinden«.⁴⁸ Besonders sensibel wurde der Umgang mit der NS-Erfahrung in der bundesrepublikanischen Gegenwart behandelt. Die junge Generation sollte die Überwindung des deutschen Sonderbewußtseins durch die praktische Tat dokumentieren und gleichzeitig glaubhaft belegen, daß die antisemitischen Tendenzen, die seit den Kölner Synagogenschmierereien von 1959/60 im Ausland wieder aufmerksam zur Kenntnis genommen wurden, nicht die bundesdeutsche Realität ausmachten. Damit sie ihre »Heimat nicht blamieren« – so titelte der *Weser-Kurier* 1961 –, wurden für die Teilnehmer von Jugendreisegruppen Vorbereitungskurse abgehalten, in denen die »teils recht kümmerlichen Schulkenntnisse in der jüngsten Geschichte und in Gegenwartskunde« aufgebessert werden sollten, denn die Gastgeber würden nicht zuletzt nach der NS-Vergangenheit und ihrer gegenwärtigen Virulenz fragen.⁴⁹ Allerdings blieben die Ergebnisse der Jugendrei-

46 Bremer Nachrichten vom 6.10.1962. Zum hohen politischen Symbolwert der früheren Reichshauptstadt nach dem Mauerbau vgl. aus kritischer Perspektive den Artikel »Berliner Tabu«, in: *Twen*, Nr. 2 vom Februar 1963.

47 Diese Sichtweise war freilich nicht nur in der Erwachsenengeneration zu finden, sondern – zumindest als abstrakte Überzeugung – in bemerkenswert starkem Maße unter Jugendlichen, insbesondere jungen Intellektuellen. Dafür steht etwa eine Hamburger Studentin, die erklärte, sie würde gern den »Ruf der Deutschen aus dem Dritten Reich abschaffen helfen, beweisen, daß wir nicht so sind.« *Zit. nach: Pfeil* (wie Anm. 39), S. 327.

48 Bremer Nachrichten vom 15.4.1965.

49 *Weser-Kurier* vom 21.4.1961.

sen in dieser Hinsicht enttäuschend, denn der größte Teil der Jugendlichen war weniger an der Politik interessiert als daran, Spaß zu haben – am besten möglichst hautnah am Brennpunkt der Welt, in Großbritannien, das in dieser Zeit der maßgebliche Impulsgeber der internationalen Musikszene war, anders als die USA in Reichweite lag und wo man sich überdies – anders als etwa in Frankreich – auch noch einigermaßen verständigen konnte.⁵⁰ Vor allem auf der britischen Insel registrierten die deutschen Veranstalter von Jugendaustauschreisen eine ausgesprochene Neigung, sich abends der Beat-Musik hinzugeben, und das Bundesministerium für Familie und Jugend kritisierte, in einer ganzen Reihe der dortigen Sprachschulen würde »zu wenig gelernt, dagegen abends getanzt, Bier getrunken und Eis gegessen.«⁵¹ Alles in allem, so wurde von den Veranstaltern beklagt, sei das Ergebnis der Reisen »zu mager«, denn es gelänge nicht, die deutschen Jugendlichen dadurch »politisch zu aktivieren«.⁵² »Ein großer Teil der Jugendlichen«, so notierte die Bremer Jugendförderung 1966, »sieht die Maßnahmen der internationalen Jugendförderung als billige Reisemöglichkeit an und ist sich der besonderen Bedeutung nicht bewußt.«⁵³

50 Die Vorstellung von einer einseitigen »Amerikanisierung«, wie sie die Forschungsansätze für die Geschichte der Jugendkultur in den 50er Jahren dominiert, ist für die 60er Jahre schon auf den ersten Blick nicht sehr weiterführend. Anstatt sich auf die Untersuchung einseitiger Adaptionenrelationen zu konzentrieren, scheint es sinnvoller, die Mischungsverhältnisse aus heterogenen internationalen Einflüssen und weitergeführten deutschen Traditionsbeständen konkret auszuloten. Kritische Anmerkungen zum Amerikanisierungsdiskurs bei: Arnold Sywottek, *The Americanization of Everyday Life? Early Trends in Consumer and Leisure-Time Behavior*, in: *America and the Shaping of German Society 1945–1955*, hrsg. von Michael Ermath, Providence 1993, S. 132–152; Michael Ermath, »Amerikanisierung« und deutsche Kulturkritik 1945–1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, hrsg. von Konrad Jarasch u. Hannes Siegrist, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 315–334.

51 Bundesminister für Familien- und Jugendfragen an Niedersächsischen Kultusminister, 14.6.1961, StAB, Landesjugendring 288. Zu den Freizeitpräferenzen: *Weser-Kurier* vom 18.8.1964. 1966 machte man sich dann Sorgen wegen des »Gammer-Exports in alle Welt«. Die »auffälligsten Nichtstuer«, so vermittelte die Autorin die Beobachtungen eines »südfranzösischen Bürgermeisters«, seien Nordeuropäer »und immer wieder Deutsche«, und sie appellierte an die »Amtlichkeit«, der »fortgesetzten Schädigung unseres Ansehens entgegenzuwirken«. *Ruf ins Volk*, 6, 1966. Und an anderer Stelle hört man von 2000 deutschen Jugendlichen, die von Hamburg ins schwedische Kollmar reisten und »diese nichts Böses ahnende Ortschaft mit Jazzmusik und wilden Tänzen« überfielen«. H.T. an Senatorin Paula Karpinski, 13.10.1960, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356–00.00.

52 Bremer Nachrichten vom 18.12.1965.

53 Jugendamt Bremen, Bericht über die im Jahre 1966 durchgeführten Aufgaben der Abteilung Jugendförderung, 20.10.1966, StAB, 4,126/1, 25.

VI. »Hart, frech und schmutzig« – Allianzen in der proletarischen Subkultur

Tatsächlich besaß auch die scheinbar unpolitische Jugendkultur der 60er Jahre politischen Gehalt: zum einen als ein von dem bis dahin Bekannten abweichender kultureller Stil, der als Massenstil zunehmend normative Kraft bekam. Zum anderen aber unterlagen der bundesrepublikanischen Ausprägung von Popkultur auch explizit politische Aussagen, deren Themen zu einem gewichtigen Teil spezifisch deutsche waren.

In den Zirkeln der intellektuellen »Exis« waren politische Diskussionen über die Themen der Zeit – Wiederaufrüstung, Rassenverfolgung, Konzentrationslager – schon gang und gäbe gewesen; die Berliner »Falken« hatten bereits Mitte der 50er Jahre um neue Mitglieder mit der Lösung geworben, es sei sinnvoller, Jazz zu machen als in einer Uniform zu marschieren, und die »Welt der Arbeit« hatte 1958 gemeldet, vom Jazz sei »noch keiner gestorben, von der Marschmusik immerhin schon ein paar Millionen«. ⁵⁴ Bezeichnenderweise wurden die politischen Debatten der 50er Jahre primär mit dem Jazzkontext konnotiert, weniger mit der Rock-'n'-Roll-orientierten Halbstarkenkultur. Deren öffentlich ventilierter politischer Gehalt war weniger eigenen Ursprungs, sondern vielmehr von der Kulturkritik künstlich projiziert. Diese noch verhältnismäßig deutliche Scheidung entlang sozialer Grenzen und eng daran gebundener musikalischer Präferenzen ging seit den frühen 60er Jahren stark zurück – in dem Maße, wie auch die Sprößlinge der Eliten sich der populären Massenkultur zuwandten.

Seit 1958, seit der radauträchtigen Deutschlandtournee Bill Haleys und der Domestizierung Elvis Presleys mit seiner Einberufung zum Militär, vergingen einige Jahre, in denen sich die öffentliche Aufregung um die Jugendkultur legte und die gemäßigeren Formen einer neuen jugendlichen Massenkultur im großen und ganzen wenn nicht unbedingt mit Sympathie, so doch mit einer gewissen Erleichterung wahrgenommen wurden.

54 Die »Falken«, zit. nach: Uta G. Poiger, *Rebels with a Cause? American Popular Culture, the 1956 Youth Riots and the New Conception of Masculinity in East and West Germany*, in: *The American Impact on Postwar Germany*, hrsg. von Reiner Pommerin, Providence/Oxford 1995, S. 113; *Welt der Arbeit* vom 30.5.1958, zit. nach: Kaspar Maase, *Amerikanisierung von unten. Demonstrative Vulgarität und kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, in: *Amerikanisierung. Traum und Alptraum* (wie Anm. 34), S. 302, Anm.42. Zum politischen Profil der Exis vgl. Heinz-Hermann Krüger, »Exis habe ich keine gesehen«. Auf der Suche nach einer jugendlichen Gegenkultur in den 50er Jahren, in: »Die Elvis-Tolle, die hatte ich mir unauffällig wachsen lassen«. *Lebensgeschichte und jugendliche Alltagskultur in den fünfziger Jahren*, hrsg. von Heinz-Hermann Krüger, Opladen 1985, S. 129–151. Vgl. auch Katrin Brigl u. Siegfried Schmidt-Joos, Fritz Rau. *Buchhalter der Träume*, Severin 1985, S. 61.

Als dann aber Anfang der 60er Jahre wiederum rauhere Formen der Musik, des Tanzes, des jugendlichen Habitus die Öffentlichkeit erneut beunruhigten, da hatte sich ein neuer Ton beigemischt, ein politischer, und er kam aus einem verrufenen Umfeld, aus dem Hamburger »Kiez«. Nicht die weiche Teenagerkultur wurde hier gepflegt, sondern wie das Ambiente, so sollte auch die Musik sein: »hart, frech und schmutzig«. ⁵⁵ Der derbe Ton gehörte zum Profil, das erst die Anziehungskraft der Szene ausmachte. Der Gründer des Hamburger Star-Club, Manfred Weißleder, Jahrgang 1928 und gelernter Flugzeugmechaniker, war bereits Besitzer einer Reihe von Striptease-Läden, als er 1962 mit dem Tanzlokal an der Großen Freiheit einen Anziehungspunkt schuf, der nicht nur für Deutschland, sondern auch für Großbritannien ein bedeutsamer Nukleus der neuen Jugendkultur wurde. ⁵⁶ Der Club zog von Beginn an nicht nur Arbeiterjugendliche an, sondern zunehmend auch Oberschüler und Studierende, und er wurde so zu einem sozialen Schmelztiegel der neuen Jugendkultur. ⁵⁷

»Der Star-Club-Besucher« geriet zu einer Art Typus – zu einem Symbol für unangepaßtes und abweichendes Jugendverhalten. »Der Star-

55 So Achim Reichel von den Rattles über die damals bevorzugte Ausprägung des Rock, zit. nach: Dieter Beckmann u. Klaus Martens, Star-Club, Reinbek 1980, S. 110.

56 Vgl. dazu ebd., S. 14ff u. S. 147; Günter Zint, Große Freiheit 39. Vom Beat zum Bums. Vom »Star-Club« zum »Salambo«, München 1987, S. 18 ff.; Thomas Rehwagen u. Thorsten Schmidt, »Mach Schau!« Die Beatles in Hamburg, Braunschweig 1992. Jetzt vorzüglich zur Hamburger Jugendszene in der ersten Hälfte der 60er Jahre: Rüdiger Articus u. a., Die Beatles in Harburg, Hamburg 1996.

57 Vgl. dazu auch Dieter Baacke, Beat – die sprachlose Opposition, München ¹1972, S. 195. Achim Reichel berichtet über die Star-Club-Fans, das Publikum sei am Anfang »ziemlich proletarisch« gewesen. »Es war reichlich St.-Pauli-durchtränkt, Eimsbüttel, Barmbek, so aus der Gegend. Und es gab einige wenige, das waren denn schon so erlauchte Kreise, also sogenannte Exis, die ins Rocklager übergewechselt sind. Wie Astrid Kirchherr und irgendwelche Schülerinnen und Schüler und Kunststudenten, also auch Leute aus wohlbehüteten Familien. Aber im wesentlichen war das schon ein ziemlich rauhbeinigtes Publikum.« Zit. nach: Beckmann/Martens (wie Anm. 55), S. 132. Von den »Exis« kam auch Günter Zint (Was bedeutet der Star-Club in meiner Biographie?, Dezember 1995, eig. Bestand.), der spätere »Hausfotograf« und in den 70er Jahren dann Dokumentar der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik, von der anderen Seite des sozialen Spektrums etwa Inge Viett (Nie war ich furchtloser. Autobiographie, Hamburg 1996, S. 56), in den 70er Jahren Mitglied der »Bewegung 2. Juni« und der RAF. Über die Affinität von Studenten der britischen Art Schools zur Popmusik – insbesondere über ihre Blues-Wurzeln, die mit dem zeitgenössischen Diskurs über Rassismus korrespondierten: Simon Frith u. Howard Horne, Art Into Pop, London, New York 1987. Einen eindrucksvollen Bericht über die zunehmende Neigung westdeutscher Jungbohémians zu den »Trivial-Mythen der Gegenwart« bietet: Rio Reiser, König von Deutschland. Von Ton Steine Scherben in die Hitparaden. Erinnerungen, Köln 1994, S. 64.

Club-Besucher« war es, den man dem sündigen Umfeld entreißen und »vom Wert eines guten Tanzabends [...] überzeugen« wollte.⁵⁸ Es war besonders das Image von der Verführungskraft des Zwielfichtigen, die Nähe zur »Unterwelt«⁵⁹, das die Aversionen ebenso provozierte wie es viele Jugendliche anzog. Besondere Brisanz bekam der Club dadurch, daß sein kulturelles Profil stark an politische Aussagen zu den Themenfeldern Remilitarisierung, Revanchismus, NS-Vergangenheit und Ostpolitik gebunden wurde. Und politische Eindeutigkeit gehörte auch zum Konzept der »Star-Club-News«, die als meinungsstarkes und provokatives Alternativblatt zur angepaßten »Bravo« aufgebaut werden sollten, was allerdings an der Option des ursprünglich interessierten Bauer-Verlages für das eigenständige Verlagsprojekt »OK« scheiterte.⁶⁰ Weißleder selbst gehörte zwar noch zur »Flakhelfer-Generation«, aber er traf einen Ton, den ein Teil der jungen Leute als adäquate Artikulation der eigenen Interessen ansah. In der ersten Ausgabe des Blattes verkündete Weißleder programmatisch: »Jedem nüchtern denkenden Menschen ist [...] ein Beatle-Haircut lieber als der militärische Plätzchenschnitt unserer jüngeren Geschichte. Und elektrische Gitarren erzeugen einen angenehmeren Klang als das Landsknechtsgetrommel und die Fanfaren der schon wieder gen Ostland drängenden neuen Jugendverbände. Auch wenn diese vorgeben, für eine Freiheit zu tönen, in der mancher dem Nächsten sogar seinen Haarschnitt und seinen Musikgeschmack vorschreiben will. Sie heucheln eben wieder. Immer noch!«⁶¹

In dieser Begründung bündeln sich wesentliche Elemente der moralischen und politischen Kritik, die keineswegs mehr minoritär waren: realitätsfremder Atavismus der Ewiggestrigen, willkürliche Eingrenzung der proklamierten Freiheit und moralische Unglaubwürdigkeit. Weißleder unterlegte auch den internationalen Aspekten seiner Arbeit einen po-

58 Schaufenster. Zeitschrift für Jugend und Technik, Nr. 5 [1965]. Bei der Hamburger Aktion Jugendschutz stand der Einfluß des Star-Club im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit; vgl. u. a. Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Hamburg, Rundschreiben, 7.9.1962, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356-21.03, Bd. 3.

59 »Ist es nicht traurig, daß Beat heutzutage bei einigen immer noch als eine Art Unterweltsprodukt angesehen wird«, kommentierte Beat-Club-Moderatorin Uschi Nerke die Bitte einiger Zuschauerinnen, ihre Anonymität zu wahren. [Drehbuch Beat-Club 3], [Dezember 1965], RB, Beat Club [BC] 3.

60 Star-Club-News vom Dezember 1965.

61 Star-Club-News vom August 1964. Ein Jahr später war dann – ganz passend zu dieser essentiellen politischen Position – Donovan als neben Dylan größter Solo-Held der »Protestgeneration« im Beat-Club zu Gast und beklagte den »Universal Soldier«. Mitte der 60er Jahre war Weißleders vergangenheitsreflektierte Verteidigungsstrategie, die ja schon aus dem Jazz-Kontext bekannt war, nicht besonders revolutionär, sondern eher ein geläufiger Allgemeinplatz der Gesellschaftskritik.

litischen Sinn, etwa, als er seine guten Kontakte nutzte, um einen Empfang einer Star-Club-Delegation beim Liverpooleser Bürgermeister einzufädeln. Gerade angesichts der Tatsache, daß Liverpool »von der Deutschen Luftwaffe im letzten Krieg nahezu zerstört wurde«, so notierte er, sei die Aussage des Stadtoberhauptes besonders bemerkenswert, daß das Kennenlernen »vom Mensch zum Menschen« weit größeren Erfolg hätte »als die Kontaktpflege durch die berufsmäßige Diplomatie«. ⁶² Insofern deckten sich Intentionen und Ergebnisse des Besuchs ganz mit denen des internationalen Jugendaustauschs. Freilich ging es darum, gleichsam unter dem Zeichen der neuen Musik die Völkerverständigung zu befördern, private Beziehungen und auch Spaß als politische Momente zu verstehen. Eine Denkfigur des Kulturpessimismus wurde allerdings unverändert übernommen: Die Idee von der Manipulation durch »geheim« Machenschaften unkontrollierbarer Instanzen, insbesondere der »Bosse«. ⁶³ Und schließlich waren bei den Auseinandersetzungen um die Schließung des Star-Clubs im Jahre 1964 schon die Konfliktlinien deutlich sichtbar, die wenige Jahre später die studentischen Aktionen charakterisierten: Konflikte zwischen Ordnungsmacht und Jugendlichen, Blockade und Demonstration, Polizeieinsatz – und eine geteilte öffentliche Meinung samt einer provokativen Haltung der »Bild-Zeitung«, die fragte, warum die Polizei die Demonstranten nicht mit Knüppeln auseinanderjagt habe. ⁶⁴

Vgl. etwa Sam Jensen, Erfahrungen eines Plattenjockeys, in: deutsche jugend 14 [1966], S. 520f.: Nicht die Gewalttätigkeiten bei Beat-Konzerten seien typisch, sondern »die größten Zerstörungen der Weltgeschichte« wurden »von Militärmärschen begleitet«. Oder ein Leserbrief auf einen Twen-Bericht über Burschenschaften: »Mir sind auf jeden Fall die Studenten, die ich in einem Jazzkeller treffe, 10mal lieber als solche, die singen Alt-deutscher Machtgesang.« Twen, Nr. 7 vom Juli 1962.

62 Star-Club-News vom August 1964.

63 Vgl. u. a. das anhand der Hitparaden besonders kritisch betrachtete Wirken der Musikkonzerne und der »Programm-Bosse« der Rundfunkanstalten, bei denen die »vollprofessionellen, gelenkten »Fan-Clubs« eine wichtige Rolle spielten. Star-Club-News vom Juni 1965. Im September 1965 war dort von der »Springer-Meinungs-Maschine« zu lesen.

64 Vgl. Beckmann/Martens (wie Anm. 55), S. 153ff. Wie sehr der Topos von der Polizei als staatlichem Repressionselement nicht nur unter Intellektuellen, sondern im Kontext der populären Jugendkultur schon Mitte der 60er Jahre verbreitet war, zeigt etwa eine Bremer Reaktion. Als die Polizei aus nichtigen Gründen das Verbot von Beatfestivals in der Bremer Stadthalle erwog, ließ der Veranstalter verlauten: »Mir scheint, wir leben in einem Polizeistaat! Die Jugend in Bremen will keinen Krawall, sie will sich nur amüsieren. Aber die Polizei hindert sie daran«, so die Bremer Nachrichten vom 14.4.1966; vgl. zu diesem Zusammenhang auch den Aufsatz von Klaus Weinbauer in diesem Band.

VII. Das politische Private

Immer wieder versuchten Vertreter der neuen Jugendszene, die Haarlänge oder den Musikgeschmack als nicht reglementierbare Privatsache zu definieren, und diese Argumentation fand durchaus Verständnis. Weißleder etwa arbeitete die Besonderheit der hyperpolitisierten Beat-Wahrnehmung in Westdeutschland durch den Vergleich mit England heraus. Dort würde nämlich »in dieser Musik nicht eine Art von Rebellion gegen die staatliche Ordnung« gesehen, sondern »ein anerkanntes Freizeithobby der Jugend«. ⁶⁵ Die massiven Eingriffe in die Privatsphäre seien ein »eingefleischte[s] deutsche[s] Übel«. ⁶⁶ Allerdings wurde dieses Insistieren auf der Freiheit des Privaten selbst zum Politikum gemacht. Die moderne Populärkultur wurde von ihren Verteidigern profiliert vor dem Hintergrund und in scharfer Abgrenzung zur deutschen Vergangenheit. Dies erschöpfte sich nicht in einer Gegenreaktion auf die politischen Projektionen der Kulturkritik. Zwar waren Parallelisierungen der Beatmusik mit dem Nationalsozialismus nach wie vor en vogue. Noch weit in die 60er Jahre hinein diente der mit der NS-Erfahrung aufgeladene Topos vom »uniforme[n] Grau der Vermassung« ⁶⁷ zur Denunzierung der populären Jugendkultur. ⁶⁸ Und dennoch war deren antinationalsozialistische und antimilitaristische Kontur mehr als eine reine Abwehrbewegung. »Das Private ist politisch« – diese Losung, erst am Ende der 60er Jahre populärisiert, war schon am Beginn des Jahrzehnts die heimliche Botschaft sowohl der konservativen Kulturkritik wie auch der progressiven Manipulationskritiker. Und gefüllt mit liberalen und aufklärerischen Inhalten gewann diese Vorstellung auch auf Seiten der Jugendkultur eine eigene Dynamik und eigene Artikulationsfelder. Die politische Erneuerungskraft wurde propagandistisch immer wieder ins Feld geführt, um die jugendliche Klientel für sich zu mobilisieren. Das war die politische Legitimation des »Neuen« im Kulturkampf gegen die Vertreter des »Alten«.

Schon Ende der 50er Jahre war gegen die konservative Kulturkritik dafür plädiert worden, populäre Jugendkultur nicht als Werteverfall zu

65 Star-Club-News vom Oktober 1965.

66 Star-Club-News vom Juni 1965.

67 Edith Göbel, Mädchen zwischen 14 und 18. Ihre Probleme und Interessen, ihre Vorbilder, Leitbilder und Ideale, und ihr Verhältnis zu den Erwachsenen, Hannover 1964, S. 18.

68 1961 erschien Elvis Presley als »zweitbekannteste[r] Gefreite[r] unseres Jahrhunderts«, so Walter von la Roche, Erfahrungen mit Schlager-Fans, in: deutsche jugend 9 [1961], S. 358; in der »Zeit« sah Heinz Josef Herbort das Hamburger Beatles-Gastspiel als »totales Konzert«. Die Zeit vom 1.7.1966, zit. nach: Baacke, Beat (wie Anm. 57), S. 55. und Hans Malchow notierte, die Beatbegeisterung sei eine schon von den NSDAP-Reichsparteitagen her bekannte »soziale Hordenreaktion«, so das Sonntagsblatt vom 3.7.1966, zit. nach: Ebd., S. 54.

interpretieren, sondern als Ausdruck einer neuen Lebenslust.⁶⁹ Dieser scheinbare Wandel zum Unpolitischen war allerdings durchaus vereinbar mit den herrschenden Vorstellungen von Jugendgefährdung. Er war keineswegs frei von erzieherischen Implikationen; die Frage war nämlich, in welcher konkreten Gestalt das frohe Jugendleben vor sich gehen sollte.⁷⁰ Zunächst einmal, so lautete die weitverbreitete Auffassung, mußten vor allem die nicht organisierten Jugendlichen in einem außerschulischen Erziehungsraum gebunden werden, denn: »Wir können sie erst erzieherisch beeinflussen, wenn sie bei uns sind.«⁷¹

In Hamburg hatte die Aktion Jugendschutz schon im Jahre 1957 damit begonnen, regelmäßige Jugendtanzveranstaltungen zu organisieren – damals noch mit dem primären Ziel, »gegen die negativen Einflüsse bestimmter, vornehmlich von Jugendlichen besuchter Lokale ein Gegengewicht zu schaffen.«⁷² Man bot moderne Tanzmusik an, um durch die Form der Veranstaltung den habituellen Stil der Jugendlichen »möglichst unauffällig« zu prägen. »Es muß also eine Atmosphäre bereitet werden, die einerseits erzieherischen Anforderungen gerecht wird, andererseits aber auch gewisse Ähnlichkeiten mit den von diesen Jugendlichen bevorzugten Tanzlokalen haben sollte. Die Veranstalter achten deshalb darauf, daß die Beleuchtung, Kleidung der Besucher und der Ablauf der Tanzabende unseren Vorstellungen entsprechen, während die Musik auf den Geschmack junger Leute ausgerichtet ist.«⁷³ Dieses Konzept war bis in

69 So hatte etwa der Stabschef der Bundeswehr, Adolf Heusinger, 1959 darauf insistiert, daß Rock 'n' Roll und Jugendkriminalität verschiedene Dinge seien und vor der Verdammung jugendlicher Lebensfreude gewarnt. Poiger, Rock 'n' Roll (wie Anm. 10), S. 613.

70 Franz Metzger, Die Musikbox als aktuelles Freizeitangebot der Jugendpflege?, in: deutsche jugend 8 [1960], S. 124–128.

71 Ebd., S. 128.

72 Mitteilungsblatt der Jugendbehörde Hamburg, hrsg. von d. Verwaltungsabteilung vom 24.6.1963. Anderenorts wurden derartige Veranstaltungen unter öffentlicher Kontrolle – veranstaltet vom Jugendamt bzw. Stadtjugendpfleger oder auch dem Kreisjugendring – erst später ins Leben gerufen, in der Regel 1959. So etwa in Oldenburg (Nordwest-Zeitung vom 28.9.1959), Bayreuth (Fränkischer Tag vom 3.11.1960), Mannheim (Telegraf vom 30.7.1959). In diesem Jahr eröffnete Stadtschulrat Fingele ein Jugendcafé in München. Erscheinungsbild und Habitus entsprachen ganz dem, was man erhoffte: »Man sieht weder Brigitte-Bardot-Doppelgängerinnen noch Audrey-Hepburn-Kopien. Die jungen Mädchen haben die weiten Röcke in der Taille mit Schärpen oder blitzenden Metallbändern gegürtet. Sie schlagen die dunkelgefärbten Wimpern nieder. Sitzen bleibt keine. Die Männer sind in der Überzahl. Einige stehen, die Hände in den Hosentaschen, am Rand des Parketts und wippen heftig im Takt mit«, so die Süddeutsche Zeitung vom 28.7.1959.

73 Mitteilungsblatt der Jugendbehörde Hamburg, hrsg. von der Verwaltungsabteilung, vom 24.6.1963.

die frühen 60er Jahre sehr erfolgreich, verlor dann aber zusehends an Anziehungskraft und scheiterte schließlich 1966 mangels Masse, als die zahlreichen »Kellerlokale« und eine neue Veranstaltungsreihe der DAG-Jugend, die »Swingtime«, nicht nur junge Bands aufboten, sondern auch eine lockerere Atmosphäre.⁷⁴ Das eigentliche Erfolgsrezept der Konkurrenz aber lag darin, daß diese sich an den Publikumswünschen orientierte, während bei der Aktion Jugendschutz der bevormundende Erziehungsgedanke im Vordergrund stand. 1965 attestierte ein kritischer Abiturient den früher einmal beliebten Veranstaltungen der Jugendschützer, die Atmosphäre sei »derart vergreist, steril und für Jugendliche geradezu abartig. Das ist so recht nach dem Geschmack der Veranstalter, diesen Mittfünzigern, die sich vorgaukeln, ›die Jugend‹ zu verstehen. Mein Vorschlag: Licht aus (nicht ganz), junge Leute als Organisatoren, andere Band, niedrigere Preise. Ich bin überzeugt, daß die alten Männer nur das Beste wollen und sich viel, viel Mühe geben. Aber ohne Charme, Humor, Geist und ein wenig Sex geht's nicht. Verstehen sie das nicht, so müssen sie abtreten.«⁷⁵ »Gepflegte Kleidung« und »saubere Atmosphäre«, Flutlichtbeleuchtung und »anständige Tanzhaltung« als Ausweise gesitteter Jugendfreizeit und als Medien der Erziehung konnten sich letztlich nicht behaupten gegen Nietenhosen und Rollkragenpullover, Kelleratmosphäre und »ein wenig Sex«.⁷⁶

VIII. Tanz und Politik

Mit dieser Veranstaltungsreihe war die Idee gescheitert, man könnte moralische und politische Werte der Gesellschaft in der Jugend verankern, indem man die Stile gleichsam von oben erzieherisch definierte. Daß dieses Konzept noch am Ende der 50er Jahre erfolgreich gewesen war, Mitte der 60er Jahre aber nicht mehr, zeigte, daß sich nicht nur der Geschmack der umkämpften Mehrheit verändert hatte, sondern auch ihre Bereit-

74 Hamburger Abendblatt vom 28./29.5.1966.

75 O. Abs. an Box [Hamburger Abendblatt], [Februar 1965], StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356-21.03-1, Bd. 2.

76 Die bipolaren Stilmerkmale etwa in: Hamburger Abendblatt vom 13./14.2.1965 u. vom 20./21.2.1965; Vermerk, 10.2.1959; StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356-21.03-1; Aktion Jugendschutz an Wandsbeker Zeitung, 22.2.1960, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356-21.03-1; W.B. an Kulturring der Jugend, 17.7.1961, StAH, Jugendbehörde II, Abl. vom 24.10.1986, 356-21.03-1, Bd. 2; zum Zusammenhang von sexueller Liberalisierung und Politisierung vgl. Dagmar Herzog, »Pleasure, Sex and Politics Belong Together«: Post-Holocaust Memory and the Sexual Revolution in West Germany, in: *Critical Inquiry* 24 (1998), S. 393-444.

schaft, gegebene Normen als verbindlich zu übernehmen. Die jüngeren Vertreter der Pädagogik und Psychologie trugen dieser Einsicht Rechnung und gaben ihren erzieherischen Optionen eine Richtung, die eng an die Politisierungsdiskurse in den frühen 60er Jahren gebunden waren. Sie konstatierten, daß die aktuellen Stile der Jugendlichen als faktische Gegebenheit akzeptiert werden müßten, darüber hinaus aber auch als Medium sehr verschiedener Inhalte verwandt werden könnten. Der Psychologe und Pädagoge Lutz Rössner etwa wollte nachweisen, »daß auch die ›modernen Jugendlichen‹, die angeblich nur der Gangster-Kultur, der Musik-Box und dem Rock 'n' Roll ergeben sind, einer allseitigen Bildung zugeführt werden können, wenn diese in ihrem ureigensten Bereich sich vollzieht, aus ihm heraus sich gestaltet.«⁷⁷ Statt Ablehnung und Transformation der populären Jugendkultur nun Instrumentalisierung zur Durchsetzung der gesellschaftlichen Erziehungsziele – in diesem Falle vor allem der Internationalität und der Toleranz. Auch in der Praxis der Jugendverbandsarbeit ging man nach den unübersehbaren Erfolgen der Beatmusik etwa seit 1963 dazu über, mit moderner Musik für sich zu werben. Darunter fanden sich dann – wie sich etwa am Beispiel der damit sehr erfolgreichen Hamburger DAG-Jugend zeigte – auch die gewerkschaftlichen und zum Teil die politischen Jugendverbände.⁷⁸

Die »Tanzlust der Jugendlichen«, so hatte Rössner argumentiert, sei »ein hervorragendes Mittel [...], um pädagogisch wirksam zu sein«, eine Möglichkeit der »Werbung« für die Jugendarbeit, der die Jugendlichen sonst fernbleiben würden, und ein »wirksames Mittel [...] gegen Außenseitertum und Gefährdung«.⁷⁹ Legitimation und Fluchtpunkt all dessen war das Argument, die ursprünglich »gefährdeten« Jugendlichen hätten sich nach der Integration über Tanzveranstaltungen dann auch für politische Themen interessiert, etwa die Todesstrafe, den Kommunismus, die Rassentrennung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau – klassische Themen der öffentlichen Debatte seit den späten 50er Jahren.⁸⁰ Doch die Überlegung, man könne Tanz und Musik zum heimlichen Medium für Politik benutzen, weil dies, wie Rössner formulierte, »zwar objektiv ein Erziehungsbereich ist, den Jugendlichen aber nicht als ein solcher erscheint« – dieses Kalkül wurde von den Betroffenen sehr schnell durchschaut, und gerade

77 Lutz Rössner, *Jugend im Erziehungsbereich des Tanzes*, Stuttgart 1963, S. 92.

78 Aus der Vielzahl der Quellen etwa: SJD/Die Falken an Landesjugendring Bremen, 31.3.1965, StAB, LJR 256. Neben der DAG versuchte sich auch die IG Metall auf diesem Feld zu profilieren, indem sie 1964 einen Bandwettbewerb veranstaltete, [Drehbuch Beat Club 16], [Januar 1967], RB, BC 16; R.S. an Leckebusch, 17.4.1966, RB, BC 10.

79 Rössner (wie Anm. 77), S. 63 u. S. 71 f.

80 Dies und das folgende: Ebd., S. 90 ff.

an dieser Konstruktion entwickelte sich massive Kritik. Sie wollten, so lautete die übereinstimmende Replik, in ihrer Freizeit »nicht noch zusätzlich erzogen und gegängelt« werden.⁸¹ Kommerzielle Lokale, Kinos, aber auch private Refugien – zum hochverdichteten Symbol avancierte der »Keller« – wurden gerade deshalb immer attraktiver, weil dort erzieherische Interventionen von Erwachsenen weitgehend ausgeschlossen werden konnten. Andererseits deutete sich der Verlauf der künftigen Eskalationsspirale schon an: Die nicht institutionell geregelte Jugendkultur definierte die Maßstäbe, denen die Pädagogik ihrer eigenen Logik nach nur folgen konnte, wenn sie überhaupt noch am Erziehungsprozeß beteiligt sein wollte; und weil die autonomieorientierten Absetzungsbewegungen dagegen stärker wurden, schoben sich die Grenzen des Akzeptablen immer weiter hinaus. Diese Eskalationsspirale wurde in Schwung gehalten von verschiedenen Momenten der Provokation, an denen sich dann immer wieder die Kritik des »Establishments« kristallisierte.

Provokationsstrategie und Happeningkultur feierten nicht zufällig seit Mitte der 60er Jahre ihre größten Erfolge, weil es eben darum ging, jugendliche Autonomie gegen Pädagogisierung zu verteidigen. »Die Rolling Stones«, so repetierte ein Erstsemesterstudent 1968 die Konfrontationsklischees unter Jungintellektuellen, »werden auch von vielen im SDS geschätzt, weil sie sich vom System nicht vereinnahmen lassen.«⁸²

IX. Intellektuellen-Crossover

Daß zunehmend auch junge Intellektuelle von den neuen, mit dem Nimbus des Rauhen und Rebellischen versehenen Stilen angezogen wurden, war einerseits symptomatisch für die kulturelle Annäherung der ursprünglich disparaten, sozial gebundenen Freizeitstile, und es war andererseits sehr folgenreich für die politischen Konturen der Jugendkultur.

Daß diese nach den bekannten Kategorien von Politik, Kultur, Privatleben schwer einzuordnen war, sondern in allen Bereichen und zwischen ihnen schillerte – dies hing auch mit den neuen sozialen Mischungsverhältnissen zusammen. In der Bundesrepublik waren es, wie die Emnid-Studie

81 So die Ergebnisse einer Befragung jugendlicher Tanzveranstaltungsbesucher, Hamburger Abendblatt vom 28./29.5.1966. Typisch die auf die zeitgenössische Erziehungsterminologie abhebende Aussage eines Jugendlichen: »Meine Freunde und ich sind jetzt auf der Suche nach einem Kellerlokal, wo wir unsere Ruhe haben und nicht dauernd von den Alten »gestaltet« werden«, zit. nach: Bremer Nachrichten vom 18.11.1961. Aus der Vielzahl der weiteren Hinweise auf diesen Zusammenhang schon seit Mitte der 50er Jahre vgl. etwa Schelsky (wie Anm. 2), S. 496; Dolezol (wie Anm. 2), S. 472.

82 Zit. nach Baacke, Beat (wie Anm. 57), S. 134.

von 1964 gezeigt hatte, gerade die »mittleren Jahrgänge« im Alter zwischen 18 und 21, die sich als besonders »politisch« verstanden – im Unterschied vor allem zu den etwas Älteren, bei denen noch die von Schelsky diagnostizierte Skepsis bzw. das politische Desinteresse nachklang.⁸³ Blücher destillierte aus diesem Befund die bemerkenswerte Prognose, daß vor allem »die jungen Oberschüler« die künftige »strukturlitende Schicht in politischen Entwicklungen« heutiger Jugend zu werden versprechen.⁸⁴ Und in der Tat war es dann vor allem dieses Generationssegment, das in den Hochzeiten der Studentenbewegung 1967/68 viele Aktivisten stellte – die 21- bis 25jährigen. Und sie waren auch diejenigen Jahrgänge, die die soziale Durchlässigkeit der Jugendkulturen in den 60er Jahren maßgeblich beförderten. Seit dem Beginn des Jahrzehnts – damals im Alter von 14 bis 17 – waren sie von den rasanten Veränderungen der Jugendkultur geprägt worden und hatten sie selbst mitbewirkt. Anfangs war es wohl nur eine Minderheit gewesen, die sich von den traditionellen Präferenzen für die Klassik oder den Jazz gelöst hatte und auch für populäre Stile offener geworden war, doch im Laufe des Jahrzehnts nahm die Pluralität in dieser Hinsicht zu – ebenso wie die hin- und herchangierenden Crossover-Versuche. 1967 eruierte das Allensbacher Institut für Demoskopie bei einer Repräsentativuntersuchung der Leserschaft des »Twen« – jenes Zeitgeistmagazins für die etwas ältere und gebildete Jugend –, diese interessiere sich »für Beat-Musik und Parties, aber zur gleichen Zeit in sehr betonter Weise für Politik«.⁸⁵

83 Blücher (wie Anm. 25), S. 328; vgl. auch Pfeil (wie Anm. 39), S. 299 u. S. 307. Auch anderweitig sind die Differenzen in den Einstellungen herausgearbeitet worden. So stellte sich etwa bei einem Vergleich von Studenten und Primanern von Ende 1963 heraus, daß die Studenten noch deutlich stärker einen Wert wie Nächstenliebe hochhielten (16 Prozent gegenüber 5 Prozent bei den Schülern), während die Oberschüler statt dessen stärker den »pagmatisch-leistungsmäßigen Aspekt« betonten: Während 13 Prozent der Studierenden meinten, der Sinn des Lebens bestehe darin, »Pflicht und Aufgaben zu erfüllen« oder »etwas Besonderes zu leisten«, so waren es bei den Primanern 24 Prozent, vgl. Hans Hartmann, Weltanschauliche Einstellungen heutiger westdeutscher Primaner. Eine empirische Untersuchung, München 1969, S. 125. Auch in anderen Bereichen unterschieden sich die Profile signifikant: So wurde die Forderung nach Toleranz, Weltoffenheit, Völkerverständigung und kosmopolitischen Ideen von 30 Prozent der Primaner geteilt, während dies bei nur 11 Prozent der Studierenden der Fall war (ebd., S. 129).

84 Blücher (wie Anm. 25), S. 344; dazu detailliert auf S. 348 ff. u. 356 f. Bemerkenswerterweise war dies auch in der DDR eine magische Figur. Dort wurde der »Oberschüler« zur Schlüsselfigur im Kampf zwischen alten und neuen Erziehungseinflüssen aufgebaut. »Dorothee Wierling, Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka u. Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 404–425, hier: S. 407.

85 Institut für Demoskopie, Allensbach, Twen-Leser. Ergebnisse einer marktsoziologischen Studie, 22.5.1967, BA Koblenz, Zsg. 132, 1428.

Allerdings war die Öffnung zur Populärkultur alles andere als unumstritten. Die Ambivalenz zwischen populären und elitären Tendenzen intellektueller Jugendlicher zeigte sich etwa im Stil der Ostermärsche. Schon beim Ostermarsch von 1963 hatte sich die zunehmende Politisierung und latente Bereitschaft zum Engagement in einem auffällig wachsenden Anteil junger Leute gezeigt – noch sehr deutlich vor dem Höhepunkt seiner Resonanz im Jahre 1967. Allerdings war der Stil des Marsches weniger von der populären Beatmusik inspiriert; er stand eher in der symbolischen Tradition der Jugendbewegung, bestenfalls mit modischen Applikationen versehen. Der Ostermarsch zog »begleitet von den Klängen der unermüdlichen Banjo- und Klampfenspieler« durch die Lande und fand dann als »linker, klampfender Wandervogel«⁸⁶ letztlich auch nicht den Anschluß an den Mainstream der neuen Massenkultur.⁸⁷ Unter politischen Intellektuellen wurde dieses etwas altbackene Erscheinungsbild massiv kritisiert. Freilich plädierten sie nicht für eine kulturelle Modernisierung, sondern für eine noch stärkere Politisierung, und zwar in einem nüchternen und sachlichen Sinne: »Politisierung heißt Verzicht auf jegliche Romantik, ganz besonders bei den Märschen selbst, deren äußeres Bild entscheidend dazu beiträgt, ob wir politisch ernst genommen werden oder mit geringschätzigem Lächeln abgelehnt werden.«⁸⁸ Vielen von ihnen ging es nicht primär um neue kulturelle Ausdrucksformen, sondern um die Inhalte, um die politische Kritik – und insofern bewegten sich ihre Präferenzen gar nicht außerhalb der zeitgenössischen Diskurse. 1963 jedenfalls sah Oberkirchenrat Kloppenburg die starke Teilnahme der Jugend ganz im Sinne der Politisierungsforderung der liberalen Öffentlichkeit: »Innerhalb der jungen Generation vollzieht sich eine Wendung zum eigenen Denken, die bei vielen eine aktive Bereitschaft zu einem Engagement einschließt. Sie kennen unsere politische Vergangenheit und wollen ihr nicht ausweichen, sondern sie wollen es besser machen. Weil die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen weithin institutionell erstarrt sind und mit einer unabhängig denkenden Jugend nichts anzufangen wissen, sind zum Beispiel die Ostermärsche eine Möglichkeit, ein politisches Bekenntnis zu Demokratie und zum friedlichen Miteinander der Völker abzulegen.«⁸⁹

Andererseits gewann die Idee, neue musikalische Ausdrucksformen als

86 *Mannheimer Morgen* vom 16.6.1967.

87 [Bericht], 11.4.1963, SAPMO, DY 30/IV A2/10.02/301. Vgl. dazu insgesamt Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970*, Frankfurt a. M./ New York 1977, insbesondere S. 140ff.

88 So jedenfalls eine Stimme in der theoretischen Zeitschrift des SDS: Edgar Weick, *Ostermarsch und Politik*, in: *neue kritik*, Nr. 21 vom Februar 1964.

89 [Bericht], 11.4.1963, SAPMO, DY 30/IV A2/10.02/301.

ein Medium für Sinn zu benutzen, im Laufe der 60er Jahre auch in der politischen Intellektuellenszenerie an Anziehungskraft – allerdings zunächst begrenzt auf die Einflüsse der amerikanischen Folkmusik und des französischen Chanson. So waren sich die Veranstalter des Festivals auf der Burg Waldeck lange Zeit ganz darüber einig, mit dem Musikgeschäft nichts zu tun haben zu wollen. 1967 sprach Reginald Rudolf – kenntnisreicher Beobachter der Musikszene in Ost- und Westdeutschland – von der »Folklore-Begeisterung einer vom Schlagerschlamassel enttäuschten Jugend«, so, als habe eine Neuzuwendung zum Sinn stattgefunden – nun freilich in gesellschaftskritischer Ausprägung.⁹⁰ Im selben Jahr luden die Waldeck-Veranstalter die populärsten amerikanischen Folkstars gar nicht erst ein, weil, wie einer von ihnen erklärte, »die Dylans [...] kommerziell festgelegt« seien. Dort debattierte man im selben Jahr vor allem Themen der historischen Selbstvergewisserung, auch über »Das politische Lied als Methode der politischen Bildung«. Von hier aus, so kritisierte Rudolf am Beispiel Franz Josef Degenhardts die Protestsänger, war der Weg zur belehrenden Aufklärungsliteratur nicht mehr weit: »Text ohne Musik wird zur Poesie, so wie die Poesie zum Leitartikel übergeht, wenn das dichterische Wort ausbleibt.«⁹¹

Doch auch in dieser Szenerie öffnete man sich allmählich – wenn auch zögerlich – gegenüber der vielgeschmähten Populärkultur. Am Publikum des Star-Club oder auch des Beat-Club, an der Leserschaft des Twen hatte sich ja schon gezeigt, wie nun auch Oberschüler und Studenten zunehmend Gefallen an Rock- und Beatmusik entwickelten und schon mehr als »Mitläufer«⁹² waren, wie noch bei den »Halbstarkenkrawallen«. Allerdings sah man durchaus häufig Anlaß, dieses Interesse gewissermaßen intellektuell zu sublimieren – etwa dort, wo ein »Studienanfänger der Soziologie« seinen ohne weiteres einsichtigen Wunsch nach einer Eintrittskarte für Radio Bremens Beat-Club mit der Begründung veredelte, dies wäre in fachlicher Hinsicht für ihn »höchst anregend«.⁹³ 1969 jedenfalls berichtete Rudolf in einem Artikel über das linksintellektuelle Waldeck-Festival dann von »übersteuerte[r] Verstärkermusik von Jimi-Hendrix-Gitarren und Fugs-Anklängen« und konstatierte, die »Waldeck-Veteranen« würden »vom Popgetöse donnernd überhallt«.⁹⁴

90 Frankfurter Rundschau vom 10.6.1967.

91 Ebd.

92 So Maase, in: Amerikanisierung. Traum und Alptraum (wie Anm. 34), S. 304.

93 K.-H.R. an Beat-Club, 16.7.1966, RB, BC 10.

94 Frankfurter Rundschau vom 27.9.1969.

X. Provokationspolitik in der populären Massenkultur

Unter den Verteidigern der Beatkultur war es schon ein Allgemeinplatz: Als Folie des gegnerischen Tuns war die Verstrickung der älteren Generation in den Nationalsozialismus ständig präsen- ter Hintergrund. Weißleder etwa analogisierte die staatlichen Maßnahmen gegen den Star-Club – konkret ging es um eine 1963 vorgenommene Polizeirazzia, bei der es zu 50 Festnahmen kam – mit der NS-Verfolgung, ebenso wie die Reichsschrifttumskammer bemüht wurde, wenn es darum ging, die Entscheidungen des Deutschen Fernsehens im Hinblick auf den Einsatz von Popstars historisch zu verorten.⁹⁵ Aggressive Vorstöße gegen die Jugendkultur aus der älteren Generation konterte Weißleder durch den Verweis auf deren mutmaßliche »Ideale«: »Kaiser Wilhelm, Adolf Hitler, Auschwitz oder Verdun«.⁹⁶ Und Beat-Club-Regisseur Michael Leckebusch begründete seine Abneigung gegen den deutschen Schlager damit, daß der »auch von Leuten gemacht würde, die sich früher ums Horst-Wessel-Lied und ähnliches bemüht hätten und nun meinen, mit der Zeit gehen zu müssen, doch letzten Endes nicht aus ihren braunen Schuhen herauskämen.«⁹⁷

Die Tatsache, daß Langhaarigen gewaltsam die Haare geschnitten wurden, sei – so sah man es an der Hamburger Großen Freiheit – eine »offensichtlich vom HJ-Streifendienst aus der Hitler-Epoche übernommene Methode, andere zu verunstalten«.⁹⁸ Diejenigen, die sich über Gewalttätigkeiten bei Beatkonzerten erregten, hätten sich früher auch geprügelt – »bei den Saalschlachten zwischen Nazis und Kommune. Da gab's laufend Tote. Wofür? Das haben wir später ja gesehen. Die sollen also alle mal schön die Klappe halten.«⁹⁹

Die zweite Abwehrfolie – allerdings in einer deutlich geringeren Ausprägung als der Nationalsozialismus – waren die DDR und die Sowjetunion. In der Debatte um den Sinn des herkömmlichen Jugendschutzes hatte Heinrich Böll 1966 gemeint, dieser sei wirklich praktizierbar »nur in kommunistischen Ländern«.¹⁰⁰ Und der »Spiegel« wählte die DDR als Folie, als er notierte, nach dem Jimi Hendrix-Auftritt im Beat-Club vom März 1967 »druckte Springers ›Hör zu‹ Leserbriefe ab, wie sie gewöhnlich nur Ulbrichts ›Neues Deutschland‹ gegen die ›Affenkultur‹ bringt.«¹⁰¹

95 Star-Club-News vom August 1965 u. vom Oktober 1965.

96 Star-Club-News vom Juli 1965.

97 Höllenspiegel vom Januar 1970.

98 Star-Club-News vom Juli 1965.

99 Ebd.

100 Frankfurter Rundschau vom 30.4.1966, zit. nach: Ruf ins Volk 7 (1966), S. 52.

101 Der Spiegel, Nr. 35/1968.

Im Umfeld des Star-Club nahm man diese Vergleichsebene sehr ernst. Noch während der repressiven Wende in der DDR-Kulturpolitik vom Herbst 1965 war man dort von der Beispiellosigkeit der bundesrepublikanischen Repression überzeugt: »In keinem Lande außerhalb des Ostblocks, ja, wahrscheinlich nicht einmal dort« würden die Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit – gemeint waren Übergriffe gegen Langhaarige – »so durch weite Kreise der Allgemeinheit und offenbar auch von staatlichen Stellen gedeckt oder gar gefördert wie bei uns.«¹⁰²

Durch ihre Einbettung in den spezifischen historischen und gegenwärtigen Hintergrund – NS-Geschichte und deutsche Teilung – bekam die Beat-Rezeption in Westdeutschland ein ausgesprochen politisches Profil. Diese Definitionsversuche wurden allerdings durchaus nicht unwidersprochen hingenommen. Es kam vor, daß weniger radikale Beatanhänger mutmaßten, die »Star-Club-News« seien wohl »kommunistisch angehaucht«.¹⁰³ Und in der Tat waren die politischen Neigungen der Fans zweifellos sehr viel heterogener als der oppositionelle Nimbus der Musik oder auch die öffentlichen Statements mancher Protagonisten vermuten ließen. Das Subversive der neuen Kultur lag jedoch weniger auf der Ebene politischer Programmatik, für die man sich engagiert hätte. Vielmehr unterliefen die neuen kulturellen Standards die traditionellen Definitionen des Deutschen gerade durch ihre vopolitischen Gehalte. Dies reflektierte etwa Bundespräsident Lübke 1965, als er bedauerte, daß in der Situation der deutschen Teilung »das Interesse unserer Jugend am Chorgesang abnimmt und das Singen vaterländischer Lieder bei der jungen Generation vielfach als veraltet und überholt angesehen wird.«¹⁰⁴ Auch Volkes Stimme maß den ästhetischen und kulturellen Stilelementen elementare politische Sprengkraft bei – auf klassische Weise etwa eine Mutter, die meinte, »daß beim Rock 'n' Roll das nationale Ehrgefühl verloren gehen« würde.¹⁰⁵ Und ein Beat-Club-Zuschauer zeigte, welcher Art die politischen Folgen des nachlassenden nationalen Selbstwertgefühls seien. Durch den übermäßigen Gebrauch der englischen Sprache sei nicht nur eine »Überfremdung« zu befürchten, sondern auch eine deutschlandpolitische Kräfteverschiebung: »Lange dauert es nicht mehr, und wir verlie-

102 Star-Club-News vom November 1965.

103 So in einem Leserbrief in Star-Club-News vom Dezember 1965. Vergleichbar auch die an dem politischen Kommentator Gerhard Zwerenz exemplifizierte Kritik eines Twen-Lesers, man habe »es endlich satt, von ›halblinks‹ traktiert« zu werden. Twen, Nr. 10 vom Oktober 1963.

104 So am 28.3.1965 in Kassel zum Thema »Musik – Ausdruck der Volksart. Das kulturelle und politische Gut des Volksliedes«, zit. nach: Song, Chanson, Folklore, Bänkelsang (ab 1969: Song, Zeitschrift für progressive Subkultur) 2 (1966).

105 Zit. nach: von la Roche (wie Anm. 68), S. 358.

ren jeden Anspruch, Gesamtdeutschland zu repräsentieren. Das eigentliche Deutschland wird dann die DDR sein.«¹⁰⁶

Einerseits war das Klima, in dem sich nichtkonformistische Jugendliche bewegten, im großen und ganzen recht frostig – auch angesichts der Tatsache, daß die liberalen Positionen zwar in der Wissenschaft und den Feuilletons mehr und mehr dominierten, aber eben doch nicht so schnell auf die tägliche Lebenspraxis durchschlugen. Andererseits aber hatte der Hegemonieverlust des autoritären Kulturpessimismus Folgen: Anders als in den 50er Jahren diente er nun mehr und mehr zur Illustration dessen, wie man nicht sein wollte. In einer zunehmend auf Liberalität orientierten Öffentlichkeit erschienen nationalfundamentalistische Attacken derart abschreckend und zugleich absurd, daß sie mehr und mehr als provokatives Spielmaterial dienten. Im Beat-Club etwa, der als erste dezidierte Jugendmusiksendung im Deutschen Fernsehen seit September 1965 ausgestrahlt wurde, veröffentlichte man zielgerichtet Protestbriefe derartigen Zuschnitts. Schon bei der Konzeption der Sendung hatte man mit einem Popularisierungseffekt durch aggressive Reaktionen älterer Zuschauer gerechnet. Freilich machten die Protestbriefe in der großen Menge der Zuschauerpost mit etwa 5 Prozent nur einen sehr geringen Teil aus – »solche Sachen, wie sie Panorama auch bekommt«, resümierte Regisseur Michael Leckebusch später, »was halt passiert, wenn man nicht so in den allgemeinen Rahmen paßt.«¹⁰⁷ In der zweiten Sendung wurden dann

106 A. S. an SPD-Fraktion im Rundfunkrat von Radio Bremen, 3.10.1965, RB, BC 2. Mit ähnlichem Tenor auch ein Beitrag in: *Ruf ins Volk* 7 (1966), S. 51. Darin wurde dafür eingetreten, mit den zügellosen Auswüchsen im öffentlichen Leben Westdeutschlands »der östlichen Propagandamühle nicht immer das billige Wasser zu liefern«, sondern statt dessen das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland durch »gewisse Beschränkungen« der persönlichen Freiheit wieder zu befestigen. Die ultrakonservative Szenerie in Westdeutschland plädierte damit tendenziell für einen Nachvollzug jener repressiven Wende der DDR-Kulturpolitik im Jahre 1965, als dort nach einer zweijährigen Phase der Liberalisierung wiederum die westliche Dekadenz verdammt wurde. Zwischen 1963 und 1965, als die DDR-Führung die Zügel locker hielt, war das Feindbild der westdeutschen Kulturkritik noch rundum stimmig gewesen. In Oda Schaefers 1964 veröffentlichtem Szenario von den Gefahren britischer Popmusik jedenfalls fügte sich die liberale Haltung der DDR stimmig ein: »In den Ostblock-Ländern ist man ›Beatles-positiv‹, damit hängt wohl zusammen, daß Frankreichs Kommunisten diese ganze Richtung enorm poussieren.« Schaefer, *Beatlemania* (wie Anm. 16), S. 338. In erste Legitimationsprobleme kam man erst, als sich der dortige Kurs abrupt verschärfte und plötzlich ausgerechnet die DDR-Führung jene Unversöhnlichkeit an den Tag legte, von der man sich auch für die Bundesrepublik etwas mehr wünschte. Zur Diskussion um die populäre Jugendkultur in der DDR grundlegend: Michael Rauhut, *Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag*, Berlin 1993.

107 Höllenspiegel vom Januar 1970. Der prozentuale Anteil nach Leckebuschs Schätzung in *Twen* vom 3.2.1969.

Zuschauerbriefe eingeblendet, die die Resonanz der Premierensendung dokumentieren sollten. Die Regie beschränkte sich keineswegs auf positive Äußerungen, sondern faksimilierte auch kraß diffamierende: »Massenausbruch von Wahnsinn«, »Sendung gehört ins Affenhaus« oder auch »Ich habe immer mit Stolz bekannt, daß ich eine Deutsche bin. Heute muß ich immer wieder sagen: ›Armes Deutschland!‹«¹⁰⁸ Dies war dann auch ein Phänomen, das in der wohlwollenden Presseberichterstattung über den Beat-Club zu beobachten war: Stets wurde das allgemeine Lob durch Beispiele dieser Art dumpfer Ausfälle angereichert.¹⁰⁹ Ein gewisses Quantum feindlicher Kritik gehörte dazu, um die Fortschrittlichkeit und Bedeutsamkeit der eigenen Position zu beglaubigen. Dabei waren die politisch konturierten, rechtsradikalen Aussagen als Negativfolien besonders beliebt, was Radio Bremen Ende 1969 dazu veranlaßte, zur 50. Jubiläumssendung ein Kompendium mit rechtsradikaler Zuschauerpost an die Presse zu versenden, die dies dann auch bereitwillig verarbeitete.¹¹⁰

XI. Grenzen der Toleranz

Anders als allgemein vermutet, waren diese radikalen Äußerungen nicht generationell einseitig zuzuordnen. Wie in den Erwachsenengenerationen, so gingen auch unter den jungen Leuten die Haltungen weit auseinander. Viele Ältere standen der neuen Populärkultur durchaus aufgeschlossen und tolerant gegenüber, ja, ihre Pluralität und Toleranz entwickelte sich gerade gegen die unversöhnliche Ablehnungsfront, die in der öffentlichen Wahrnehmung immer mehr mit den Merkmalen des Antiquierten, des Spießigen, des traditionell Deutschen behaftet war. Der Soziologe Friedhelm Neidhardt zog anläßlich der Ordensverleihung an die Beatles durch die britische Königin und mit Blick auf die deutschen Verhältnisse den Schluß, die Erwachsenengesellschaft »veranstaltet selbst ›outlets‹, die sie der Jugend zurechnet, und versichert sich in einem Vorgang umgreifender Vergesellschaftung auch des Aufbegehrens gegen ihre eigenen Gebräuche und Normen«.¹¹¹ In dem Maße, wie Beatkultur zur

108 So in der Sendung vom 30.10.1965.

109 So etwa in: Hör Zu vom 10. bis 16.6.1967; Twen vom 3.2.1969; Höllenspiegel vom Januar 1970.

110 In RB, Beat Club Presseauschnittsammlung. Auszugweiser Wiederabdruck etwa in der Bremer Bürgerzeitung vom 16.1.1970.

111 Friedhelm Neidhardt, Die junge Generation. Jugend und Gesellschaft in der Bundesrepublik, Opladen 1967, S. 87. Aus der Vielzahl der Hinweise auf Toleranz oder gar Jugendfixierung Erwachsener: »Eure Sendung von gestern hat mir sehr viel Freude gemacht, obwohl ich nicht mehr zu dem ›jungen Volk‹ gehöre, sondern schon im ›Mittelalter‹ stehe (41 Jahre).« »Da ich mit meinem Mann ja in

Massenkultur wurde, schoben sich die Grenzen des Akzeptablen für viele Erwachsene immer weiter hinaus. Selbst der »Ruf ins Volk«, das besonders wachsame Periodikum »für Volksgesundheit und Jugendschutz«, schlug 1966 – auf dem Höhepunkt der bundesdeutschen Beatlemania – versöhnliche Töne an: Die »Begeisterung für Beat und Beatles [...] artet zwar manchmal in hysterischen Trubel aus, ist jedoch durchaus nicht prinzipiell negativ zu bewerten. Hier findet die Jugend ein Ventil gegen die allzu normierte, geordnete Umwelt. Die ältere Generation kann sich nur schwer an das sich etwa beim Beat äussernde Lebensgefühl gewöhnen, so daß sie allzu leicht dazu geneigt ist, ausschließlich mit Verboten und Protesten zu reagieren.«¹¹² Eine deutliche Toleranzgrenze wurde erst wieder erreicht, als die Medien direkt im Kontext der Wirtschaftsflaute von 1966 in der Jugendszenerie neue Signale politischer Radikalität und kultureller Distanzierung ausmachten und weitergaben. Nun schienen gesellschaftliche Normen wiederum so stark gefährdet, daß manche derjenigen, die sich mit gepflegter Beatmusik inzwischen ebenso angefreundet hatten wie mit politischen Wandlungstendenzen, für eine Rückbesinnung auf die traditionellen Werte eintraten. Derartige Vorbehalte kristallisierten sich besonders stark in der ersten Jahreshälfte 1967 – etwa an der zum Bürgerschreck stilisierten »Kommune I«. Im März 1967 traten erstmals im Deutschen Fernsehen die britische Skandalband The Who und Jimi Hendrix auf, was massiv alle jene Vorbehalte mobilisierte, die sich unterhalb der Ebene formaler Akzeptanz erhalten hatten – oft extrem nationalistischer und rassistischer Art.¹¹³ Angesichts der irritierend tiefgreifenden

keinen »Beat-Schuppen« gehen kann, habe ich einfach keine Möglichkeit, eine bekannte Beatkapelle in Kassel zu hören.« H. K. an Beat Club, 26.9.1965, RB, BC 1. Im Umfeld des Beat Club wurde immer wieder auf die positive Resonanz der Sendung unter Erwachsenen hingewiesen (z. B.: Presstext Beatclub 2, 1.10.1965, RB, BC 2; Isarspecht und Weisheitszahn 2, 1966; Abendzeitung [München] vom 13.1.1968.), und Leckebusch strapazierte das Beispiel eines beatbegeisterten Senioren sogar so sehr, daß ein Jugendblatt schon von »Mikes berühmtem Rentner von 94 Jahren« sprach. Zit. nach: Höllenspiegel vom Januar 1970.

112 Ruf ins Volk 3 (1966).

113 So ist etwa von »Affen« die Rede (Hör Zu vom 10.-16.6.1967; Der Spiegel Nr. 35/1968), von »verwahrlosten, unappetitlichen Gestalten« (E.W. an Beat-Club, 13.3.1967, RB, Beat-Club 29), einer »Mischung von Urwald und Maschine« (G. W. an den Pädagogischen Beirat von Radio Bremen, 15.3.1967, RB, Beat-Club 29.). Im Beat-Club machte sich die neue Qualität der Kritik an der Verurteilung des neuen Sendekonzeptes fest, das etwa von »Berliner Beatfreunde[n]« kritisiert wurde: »Das geht zu weit! Wir wollen Beat und keine lasziven Tänze einer Nymphomanin, keine englischen Ansager – wenn der Bart auch noch so lang ist. Farbige sind außerdem unerwünscht.« Berliner Beatfreunde an Beat-Club, 11.3.1967, RB, BC 18. Es spricht eine ganze Reihe weiterer Gründe dafür, in der Entwicklung der populären Jugendkultur einen Schnittpunkt im Jahre 1967 zu markieren. 1967 war vielfach vom »Ende des Beat« die Rede. Als Indikatoren dafür

kulturellen Umbrüche der 60er Jahre artikulierten sich bedeutend massiver als zuvor diejenigen Stimmen, die den übermäßigen Zerfall der Autorität beklagten. Ihnen gingen die Liberalisierungstendenzen nun doch entschieden zu weit, und parallel zu den zunehmend pluralistischen Tendenzen der Gesellschaft fanden jene in wachsendem Maße Gehör, die für eine entschiedene Besinnung auf vermeintlich traditionelle Werte plädierten. »Neben den gehäuft bemühten deutschen Grundbegriffen ›Ordnung‹, ›Sauberkeit‹, ›Disziplin‹, ›Familie‹, ›Heimat‹ und ›Vaterland‹ erfährt auch das Autoritätsthema seine Neubelebung«¹¹⁴ – auf diesen Nenner brachte ein Pädagoge in der zweiten Jahreshälfte 1967 den atmosphärischen Backlash. Und auch die Meinungsforschung machte eine autoritäre Radikalisierung aus. Blücher etwa konstatierte, in wesentlichen Problemfeldern würden die Thesen der NPD »zu Anfang 1967 von größeren, zum Teil beträchtlich größeren Teilgruppen vertreten als im Herbst 1965«.¹¹⁵ Für viele skeptische Beobachter der Liberalisierung bewahrheitete sich immer mehr die Befürchtung, daß es »gefährlich« sei, nur deshalb »eine gültige sittliche Norm zu ändern, weil sie eben [...] nicht eingehalten wird«. Diese Art der »Ersetzung der Idealnorm durch die statistische Durchschnittsnorm führt über eine Wertrelativierung schließlich zur Ablehnung einer Wertordnung überhaupt und zum Standpunkt des atheistischen Anarchisten« – so hatte es 1965 schon ein Kritiker prophezeit.¹¹⁶

Noch bevor die fundamentalistischen Entwürfe der späten 60er Jahre die gesellschaftlichen Gegenpositionen radikalisierten, war auf seiten der Beat-Protagonisten trotz mitunter scharfer politischer Kritik das Bemühen vorherrschend, jenseits der modischen Accessoires liegende demokratische Standfestigkeit und Engagement zu demonstrieren sowie Toleranz und Pluralität einzufordern. Davon zeugte etwa eine im Januar 1967 abgehaltene gemeinsame Wohltätigkeitsveranstaltung der Hamburger

galten der Niedergang der Club-Kultur, das Ende vieler Live-Bands, der rasante Aufstieg der Diskotheken, die Einflüsse der amerikanischen Hippiekultur und neuer musikalischer Trends wie Psychedelic oder Soul und natürlich die stärkere Amalgamierung von Pop und Politik. Vgl. dazu aus lokaler Perspektive die Rückschau auf das Jahr 1967 in: *Weser-Kurier* vom 31.12.1967. Einen signifikanten Schnittpunkt kultureller Standards im Jahr 1967 lokalisiert auch: Ines Hennenberg, *Das Bild der weiblichen Teenager in der Jugendzeitschrift BRAVO (1961–1967)*. Ein Beitrag zur westdeutschen Sozialkultur der 60er Jahre, Magisterarbeit, Hamburg 1993.

114 Udo Perle, *Jugend und »Autorität«*, in: *deutsche jugend* 15 [1967], S. 347.

115 Viggo Graf Blücher, *Die Rechtsradikalen und die Bevölkerung*, in: *Emnid-Informationen*, Nr. 8/9 vom August/September 1968.

116 Dietmar Rost, in: *Jugendschutz-Materialdienst*, hrsg. vom Evangelischen Bundesarbeitskreis für Jugendschutz, Nr. 17a vom Juni/Juli 1965, StAH, *Jugendbehörde II*, Abl. vom 24.10.1986, 356–21.04–1, Bd. 2.

DAG-Jugend mit dem Star-Club und dem Bremer Beat-Club zugunsten eines Kinderheimes, die nach Weißleders Intention in der Öffentlichkeit deutlich machen sollte, »daß in den Köpfen unter dem Beatles-Haircut nicht gesellschaftsfeindliche Gedanken reifen, sondern eine aufgeschlossene, hilfsbereite Einstellung zu den Dingen des täglichen Lebens zu finden sind, an der sich mancher Erwachsene orientieren sollte.«¹¹⁷ Und Leckebusch definierte die Vorbildwirkung der Jugendlichen in puncto Toleranz und Hilfsbereitschaft als wesentliches Integrationsmoment – auch in internationaler Hinsicht. Dem Vorsitzenden einer lokalen Kyffhäuserkameradschaft, der gegen die »Diffamierung deutscher Sitten« und das »Dröhnen der Urwaldtrommeln« protestiert hatte, teilte er mit: »Wir sind der Meinung, daß eine solche Jugend – auch wenn man manchmal mit der äußeren Erscheinungsform nicht ganz einverstanden sein mag – dem Deutschtum, wie Sie es nennen, mehr nützt, als manches in unserer jüngsten Vergangenheit.«¹¹⁸

Andererseits begannen nun junge Intellektuelle sich der Popkultur anzunähern – wenn auch sehr zögerlich und keineswegs in ihrer Mehrheit. Dort, wo dies geschah, waren die politischen Töne oftmals deutlich radikaler. Damit wurde dann jene scharfe Kritik an Staat und Gesellschaft auf die Spitze getrieben, mit der Weißleder schon früh seinen Star-Club profiliert hatte. Die Härte der Rockmusik, von der Achim Reichel sprach, korrespondierte mit einer zunehmenden Härte der politischen Aussage sehr symbolisch, als 1966 eine Reihe von radikal gestimmten Schriftstellern im Star-Club auftrat. Gabriele Wohmann, Peter O. Chotjewitz und Reinhard Baumgart lasen dort aus ihren Werken und koppelten damit inhaltliche Positionen an die Popmusik, die das politische System in der Bundesrepublik grundsätzlich in Frage stellten – »vor lauter Antikommunismus taub und erblindet« (Wohmann) und »das Bisherige muß man radikal zerschlagen« (Chotjewitz).¹¹⁹ Auch daß Hubert Fichte im selben Jahr und ebenfalls ausgerechnet im Star-Club zu den Songs von Ian & The Zodiacs las, war kein Zufall. Beat und Prosa machten »gemeinsame Sache«, wie »Die Zeit« ganz zutreffend den Versuch kennzeichnete, Alltagskultur politisch aufzuwerten: »sie dementierten das angebliche Schisma zwischen der [...] Pop-Kultur [...] und der seriösen, der höheren, der dunkel gekleideten »eigentlichen« Kultur.«¹²⁰

Zwar wurde die herkömmliche Trennung von U- und E-Musik wenn nicht aufgehoben, so doch als tendenziell überwindbar angesehen – darin

117 Weißleder an Leckebusch, 25.9.1966, RB, BC 16.

118 Leckebusch an Herrn K., 1.2.1967, RB, BC Presseauschnittsammlung.

119 Zit. nach: Klaus Briegleb, 1968. *Literatur in der antiautoritären Bewegung*, Frankfurt a.M. 1993, S. 231 f. und S. 118.

120 Zit. nach: Baacke, *Beat* (wie Anm. 57), S. 222.

dokumentierte sich auch der politische Zeitgeist, der nach Überwindung der sozialen Distinktionen strebte. Allerdings wurden nun ausgerechnet unter den jungen, »progressiven« Intellektuellen starke Reserven gegenüber der Populärkultur konserviert. Obwohl manchen von ihnen die neue Musik durchaus in die Beine ging, wurde sie doch in ihrer flächendeckenden gesellschaftlichen Ausstrahlungskraft hauptsächlich als Teil eines wirkungsvollen Entpolitisierungsmechanismus angesehen. Auf dem linken Flügel der Nachwuchsakademiker jedenfalls bestimmte diese Sichtweise die Position zur konsumvermittelten Populärkultur. Auf der Gründungskonferenz des SDS-nahen »Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler« am 17./18. Juni 1967 führte der Göttinger Primaner und spätere Vorsitzende Reinhard Kahl die Beatmusik als schlagendes Beispiel für die entpolitisierende Kraft der Vereinnahmung an, die jede oppositionelle Regung wieder zu paralisieren drohte: »Konsumzwang vermag die Freiheit der Jugendlichen, also die Spanne der gesellschaftlich verlustig gegangenen Kontrolle, für die Gesellschaft wieder zurückzugewinnen. Musterbeispiel ist dafür die Geschichte des Beat. Er war zu seinem Beginn in Liverpool so etwas wie ein revolutionärer Protest, Anklage gegen die Gesellschaft und Entrückung von der Gesellschaft zugleich. Unsere Industrie hat es verstanden, den Beat zu integrieren, zu entpolitisieren und zu einer Konsumsparte zu machen.«¹²¹

In der Folgezeit begann diese Position auch die öffentliche Wahrnehmung der Beatmusik immer stärker zu bestimmen. Das zeigte sich etwa an der Kritik des Beat-Club, der ab September 1968 zwar WDR-Wortbeiträge aufnahm, die aus der reinen Musiksendung ein Jugendmagazin mit umfassenderem Anspruch machen sollten, aber von Jungintellektuellen dennoch als Teil der Entpolitisierungsstrategie wahrgenommen wurde. Das Gros der Musikfans sprach sich gegen die »schlauhen Schulfunkbeiträge« im Beat-Club aus, weil sie die Künstlerauftritte unterbrechen, an denen sie hauptsächlich interessiert waren.¹²² Auch die jungen Intellektuellen kritisierten die neue Sendeform, allerdings aus anderen Gründen. Sie forderten eine noch weiter gehende Radikalisierung der Idee einer ausgesprochen politischen Jugendkultur. So etwa ein 19jähriger Student, der die erste Sendung in erweitertem Konzept wegen der Abwesenheit der Politik kritisierte. Die Beschränkung der Wortbeiträge »auf Fragen des Make up und des Boyfriend« erschien ihm als »Fortsetzung der völligen Entpolitisierung [...], der wir hier täglich überall aus-

121 Reinhard Kahl, Grundsatzreferat des AUSS, 1. Schülerkongreß des AUSS, 18.6.1967, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, 52374.

122 So die Kennzeichnung einer Familie aus »Swinging Düsseldorf«, C.B. an Beat-Club, 14.9.1968, RB, BC Pressemappe.

gesetzt sind.«¹²³ Und Manfred Delling repetierte die zeitgenössischen Ansprüche der Intellektuellen an das politische Profil einer Jugendkultursendung, indem er dem Beat-Club in der »Frankfurter Rundschau« eine zwiespältige Rolle zur Politik attestierte: Er sei nur insoweit engagiert, »wie die elementare Lebensfreude des Pop in einer mürrischen Zeit auch eine Form des Protestes ist, aber weitgehend ein abstrakter, nicht auf die konkrete Situation gezielter. Eigentlich also ein unpolitischer, weil Politik nicht heißen kann, sich zu entziehen, sondern sich zu stellen.«¹²⁴ Am Ende der 60er Jahre hatten sich die Forderungen nach Politisierung, Kritikfähigkeit und Engagement, die der politischen Kultur der Bundesrepublik am Anfang des Jahrzehnts mit der erzieherischen Immunisierungsstrategie gegen den Konsumismus implantiert worden war, zur weitverbreiteten Hyperpolitisierung verdichtet – allerdings mit Zielprojektionen und Stilen, die der konservativen Kulturkritik völlig ferngelegen hatten.

Etwa seit 1967 verbanden viele Medien die Impulse aus der populären Jugendkultur mit den politischen Forderungen der Studierenden. Das mediale Bild von Jugend war in sich heterogen, »verwirrend«, wie der »Spiegel« notierte: »Mitwirkende sind eine konsumierende und eine demonstrierende, eine narzißtisch mit sich selbst beschäftigte und eine aktivistisch sich engagierende Jugend, Chelsea-Girls und Rote Garden, Rudi Dutschke und Twiggy.«¹²⁵ So ergab sich ein zwar in sich vielschichtiges, aber doch durch die Klammer der Generation und des vermeintlich rebellischen Habitus zusammengehaltenes Gesamtkunstwerk – ein »Happening Jugend«, wie wiederum der »Spiegel« formulierte. Wie sehr diese Vorstellung auch über die politischen Lager hinweg zu einem Topos der Wahrnehmung geworden war, zeigte etwa die Tatsache, daß selbst die »Welt« aus dem Hause Springer 1968 – allerdings noch vor dem Attentat auf Dutschke und den darauffolgenden Osterunruhen – die Verknüpfung von Popmusik und Rebellion verkündete: »Beat ist noch immer die einzige Kunst, die den Aufstand der Jugend überzeugend artikuliert.«¹²⁶

Diese Amalgamierung von Pop und Politik, die Politisierung der populären Jugendkultur, entsprang nicht von vornherein dem Bedürfnis der jugendlichen Musikrezipienten. Diese waren eher, wie Ernest Borneman 1964 beobachtet hatte, jeder Erziehung und Belehrung überdrüssig und hatten hauptsächlich ein Interesse: einen »harten Beat«.¹²⁷ Auch am Ende der 60er Jahre bewegte sich die Mehrheit der Jugendlichen im großen und

123 D.W. an Beat-Club, 14.9.1968, RB, BC Pressemappe.

124 Frankfurter Rundschau vom 8.4.1969.

125 Der Spiegel, 41, 1967, S. 156.

126 Die Welt vom 29.2.1968, zit. nach: Baacke, Beat (wie Anm. 57), S. 56f.

127 Ernst Borneman, Jazz Club. Ein Programmvorschlag, 8.6.1964, RB, BC 1.

ganzen nicht sehr weit außerhalb der Bahnen der westdeutschen Gesellschaft, sie zeigte sich zwar stärker politisch interessiert als die Gesamtbevölkerung, aber bei weitem nicht so stark wie die Studenten. Jedenfalls unterschieden sich Politisierungsgrad und Politisierungsrichtung nach sozialer Herkunft und Bildungsstand. Die Autoren einer Emnid-Studie, die die Entwicklungslinien in den 60er Jahren verfolgten, unterschieden 1969 sehr zugespitzt »eine ›konservative‹ Unter- und Mittelschicht« und eine »›aggressive, wenn nicht revolutionäre‹ Bildungsoberschicht«. ¹²⁸ In einer anderen Untersuchung hatten Rudolf Wildenmann und Max Kaase 1968 festgestellt, daß 8 Prozent der nichtakademischen Jugendlichen sich als politisch sehr stark interessiert einstufen, während es bei den Studenten 23 Prozent waren, in der Bevölkerung 5 Prozent. Für stark interessiert hielten sich immerhin 17 Prozent der Jugendlichen (Studenten 33 Prozent, Bevölkerung 9 Prozent). ¹²⁹ Während für Jugendliche wie für Studenten gleichermaßen Familie und Beruf ganz oben auf der persönlichen Bedeutungsskala standen, lagen die Bekenntnisse zu Politik und Freizeit weit auseinander: Für 54 Prozent der nichtakademischen jungen Leute rangierte die Freizeit ganz oben, bei den Studenten waren es nur 36 Prozent. Für diese hingegen hatte die Politik (42 Prozent) eine höhere Bedeutung als für Jugendliche (19 Prozent). Alles in allem also lag der Politisierungsgrad nichtakademischer Jugendlicher weit unter dem der Studierenden, aber doch auch deutlich über dem der Gesamtbevölkerung. Damit lagen Jugendliche ganz im Gesamttrend der Entwicklung. Aufs ganze gesehen stieg das politische Interesse der Westdeutschen zu keiner anderen Zeit so stark an wie zwischen den späten 50er und den späten 60er Jahren. Während bis 1960 noch weniger als 30 Prozent der Bevölkerung ganz allgemein von sich behaupteten, sie seien politisch interessiert, lag ihr Anteil 1969 bei über 40 Prozent. Seit den 70er Jahren war es dann konstant etwa die Hälfte der Bevölkerung. ¹³⁰

Der Politisierungsdruck von oben und von unten sowie der Aufstieg des Fernsehens verfehlten ihre Wirkung auch auf Jugendliche nicht. Seit

128 Emnid, Junge Intelligenzschicht 1968/69. Politische Meinungen, Einstellungen und Verhaltensbereitschaften, Textbericht, Bielefeld 1969, S. 3. Dies war ein durchaus verbreiteter Befund der Sozialwissenschaft. Vgl. etwa Günter C. Behrmann, Politische Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher, in: Jugend zwischen Auflehnung und Anpassung. Einstellungen, Verhaltensweisen, Lebenschancen, hrsg. von Hans-Georg Wehling, Stuttgart u. a. 1973, S. 73ff.

129 Rudolf Wildenmann u. Max Kaase, »Die unruhige Generation«. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Mannheim 1968, S. 34 f.

130 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, hrsg. von Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach und Bonn 1974, S. 213; Thomas Gensike, Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel, in: APuZ, B 42/96 vom 11.10.1996, S. 12.

1968 waren die Versuche, eine derartige Politisierung zu beschleunigen, auf einer Vielzahl von Feldern zu beobachten. Dies hing einerseits mit der großen Medienaufmerksamkeit zusammen, die politisierte Jugendphänomene fanden. Neue Jugendzeitschriften, die Populärkultur und Politik zum Konzept einer »Pop-Revolution« verbanden, schossen ebenso aus dem Boden wie vergleichbare Jugendsendungen der Fernsehanstalten.¹³¹ Auch der in diesem Sinne bis dahin eher subkutan wirksame Beat-Club erhielt durch die genannten Wortbeiträge des WDR einen deutlichen Politisierungsschub. Michael Leckebusch hielt für diese programmatische Erweiterung eine Begründung bereit, die man auch schon im kulturkritischen Diskurs der frühen 60er Jahre vernommen hatte: »Umdenken ist schwierig, aber [...] Um- und Mitdenken, Kritischsein, Nicht-alles-»fressen« kann man beibringen.«¹³² Eine wesentliche Voraussetzung für die mögliche Verbindung von Pop und Politik lag darin, daß die Sogkraft populärer Jugendmusik seit den frühen 60er Jahren auch Realschüler, Gymnasiasten und Studierende erfaßte – ganz anders als noch in der schichtgebundenen Halbstarkenszenerie der 50er Jahre. Die hohe politische Sensibilität der Mittel- und Oberschichtjugendlichen beeinflusste sowohl die Rezeption wie auch die Produktion von Popmusik. Dies zeigte sich dann ab 1968 auch an der Entstehung politischer Rockbands wie »Ihre Kinder«, »Floh de Cologne« und »Ton Steine Scherben«, die ihre Wurzeln sowohl in der Beatmusik wie im politischen Aktionstheater hatten.

1967/68 hatten aufmerksame Beobachter bereits erkannt, daß zwischen den kulturkritischen Diskursen der frühen 60er Jahre und den aktuellen Tendenzen in der Studentenschaft ein Zusammenhang bestand. Aus der Sicht des Berliner »Tagesspiegel« etwa speiste sich der Hegemonieverlust des traditionellen Kulturpessimismus, der »passiven Zivilisationsfeindlichkeit«, aus zwei Quellen: Die Dinge änderten sich, »als Politiker aus Kreisen der älteren Generation und aus Kreisen der Studenten die ursprünglich unpolitischen Jugendlichen politisierten.«¹³³ Das sah der sozialdemokratische Querulant Jochen Steffen Ende 1968 ganz ähnlich, als er dem wenige Jahre zuvor noch um die Kritikfähigkeit der jungen Leute so

131 Für die »Pop-Revolution« warb die Zeitschrift *Crash* (Frankfurter Rundschau vom 9.11.1968), und am Übergang zu den 70er Jahren hieß so eine Jugendsendung des Westdeutschen Rundfunks mit exzeptionell großer Zuhörerschaft unter Oberschülern; vgl. Infratest, *Der jugendliche Radiohörer*. Nordrhein-Westfalen 1971, München 1971, S. 81. Zur Rolle der Medien demnächst Detlef Siegfried, *Draht zum Westen. Populäre Jugendkultur in den Medien der Bundesrepublik 1963 bis 1971*, in: Buch, Buchhandel und Rundfunk: 1968 und die Folgen, hrsg. von Monika Estermann u. Edgar Lersch.

132 Michael Leckebusch, *Gedanken zum Beat-Club*, November 1969, RB, BC Pressemappe.

133 *Der Tagesspiegel* vom 17.9.1967.

besorgten westdeutschen »Establishment«, dem nun die ganze Richtung nicht mehr paÙte, den Spiegel vorhielt: »Es ist noch gar nicht solange her, da klagte man über das [...] Desinteresse der Jugend an der Politik, und die Etatposten für politische Jugendarbeit stiegen ständig. Heute hat man eine politisierte Jugend.«¹³⁴

¹³⁴ Berliner Stimme vom 16.11.1968.

Dorothee Wierling

Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen in der DDR der 60er Jahre

I. Einleitung

Karl Mannheim hat in seinem zuerst 1928 erschienenen Text zum »Problem der Generationen«¹ zwischen Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheiten unterschieden und damit Stufen des Wissens oder der Reflexion über die Zugehörigkeit zu einer von anderen unterschiedenen Generation bezeichnet. Die Generationslagerung ergibt sich in diesem Konzept aus der für benachbarte Geburtsjahrgänge entstehenden ähnlichen Lage »im historischen Ströme gesellschaftlichen Geschehens«; der Generationszusammenhang kommt zustande durch die »realen sozialen und geistigen Gehalte«, die gemeinsam erfahren werden, d. h. der Generationszusammenhang umfaßt nur einen Teil der Altersgruppe; und schließlich bezeichnet die Generationseinheit jene Untergruppen des Generationszusammenhangs, die eine gemeinsame Antwort auf diese Erfahrungen, etwa in Form von Wert-Orientierungen und kulturellen Praxen hervorbringen. Da in jeder Gesellschaft mehrere Generationen gleichzeitig in solchen Zusammenhängen und Einheiten agieren, entsteht zwischen ihnen ein spezifisches Interaktionsmuster, dessen Beschreibung die Dynamik oder auch Stagnation einer historischen Phase erhellen kann. In diesem Sinne wird es mir im Folgenden um das Generationenprofil der 60er Jahre und die Profile der damals wirksamen Generationen in der DDR gehen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf solchen Generationen, deren Erfahrungen und Reaktionen den gesellschaftlichen

¹ Karl Mannheim, Das Problem der Generationen. Zuerst erschienen in: KVfS 7 (1928), H. 2, S. 157 – 185, u. ebd., H. 3, S. 309 – 330; die folgende Zitate nach: Karl Mannheim, Wissenssoziologie, Neuwied 1970, S. 527 u. 543.

Zustand und Wandel in der DDR entscheidend beeinflußt haben, doch ist mehr gemeint als »politische« Generation im Sinne einer direkten, bewußten Einflußnahme auf den Gang der eigenen Geschichte. Vielmehr geht es darüber hinaus um die historischen Entwicklungen, die sich aus den generationellen Prägungen und der generationellen Struktur ergaben, die für die 60er Jahre in der DDR typisch sind.

Vier Generationen haben in der DDR eine wichtige Rolle gespielt.² Zunächst ist das die ältere Aufbaugeneration der DDR, d. h. die vor oder um den Ersten Weltkrieg Geborenen. Sie hatten das »Dritte Reich« schon als Erwachsene erlebt und befanden sich am Ende des Krieges in der zweiten Lebenshälfte. Sie hatten als Eltern, als Berufstätige und eventuell als politisch Aktive in Zusammenhängen gestanden, die nach 1945 in unterschiedlichem Ausmaß zerstört waren und für die sie nun zur Verantwortung gezogen werden konnten. Nur eine kleine Minderheit rückte in der SBZ in verantwortliche Positionen ein, und nur die linientreuen Kommunisten konnten diese auch halten. Die zentralen Machtpositionen besetzten die aus Moskau zurückgekehrten Exilierten. An der gesellschaftlichen Basis aber fanden sich die »kleinen« Leute, die Bürgerlichen, Unpolitischen und Entnazifizierten, die – zusammen mit dem Gros der Arbeiterschaft – nichts wollten als irgendwie durchkommen. Nennenswerte Aufstiege fanden in dieser Generation nicht statt, ebensowenig wie eine nennenswerte Politisierung im Sinne der SED.

Bei der zweiten, der jüngeren Aufbaugeneration handelt es sich um die Geburtsjahrgänge der 20er Jahre, also jene Generation, die als Flakhelfer-, als HJ- oder als FDJ-Generation bezeichnet wird. Ich werde im weiteren dafür den Begriff der HJ-Generation benutzen, da er, ohne die NS-Jugendorganisation und deren direkten Einfluß zu überschätzen, doch die zentrale Tatsache betont, daß diese Generation im Nationalsozialismus politisch sozialisiert und sowohl dadurch, als auch durch sein Scheitern in einer entscheidenden biographischen Phase getroffen wurde.³

Drittens handelt es sich um die erste Nachkriegsgeneration der DDR,

2 Es fehlt mittlerweile nicht an Versuchen, die Geschichte der DDR im Rahmen einer Generationenanalyse zu verstehen. Dazu insbesondere: Hartmut Zwahr, Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Zwahr, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka, Stuttgart 1994, S. 426–465, besonders S. 447 ff. Mehr als soziologische Kohortenanalyse angelegt: Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, hrsg. von Johannes Huinink u. a., Berlin 1995.

3 Ich möchte hier verweisen auf Dietrich Mühlbergs Einführung einer weiteren Zwischengeneration, die er die »nachstalinistische Aufbaugeneration« nennt, und die in den 30er Jahren geboren wurde. Sie war in den 60er Jahren noch nicht sehr einflußreich und unterscheidet sich von der HJ-Generation durch ihre unbestreitbare »Unschuld« im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, wodurch ein wich-

also die Geburtsjahrgänge 1945 bis 1955. Diese Begrenzung erklärt sich einerseits aus der Bedeutung, die das Kriegsende für die Gegenwartserfahrung und Zukunftserwartung hatte, andererseits aus der Tatsache, daß die vor 1955 Geborenen ihre Jugend in einer Phase systematischer Durchorganisation und flächendeckender Kontrolle der Erziehungseinflüsse durchlebten, in einer Zeit, die noch vom Pathos des antifaschistischen Gründungsmythos und einer sozialistischen Zukunft erfüllt war.

Und schließlich wird die jüngere Generation der DDR wichtig, diejenigen, die in die 60er Jahre hineingeboren wurden und am Ende junge Erwachsene waren. Sie wuchsen in den sogenannten besten Jahren der DDR auf. Nicht mehr unter Ulbricht, sondern unter dem pragmatischeren Honecker verbrachten sie ihre Jugend, in der der Westen zwar noch verschlossen, aber nicht mehr tabu war. Weder das Sicherheitsbedürfnis der Alten, noch das Pathos des Antifaschismus, des schweren Anfangs und gelungenen Aufbaus gingen auf sie über. Allerdings waren auch die Aufstiegskanäle weitgehend geschlossen und jede Zukunftsvision verschwunden.⁴ Gerade in dieser Situation entstand nicht nur Überdruß an der DDR, sondern auch das ironische Spiel mit den Zeichen der Macht. Die DDR wurde – anscheinend leichten Herzens – aufgegeben, ja, ihr Ende wurde von diesen Jungen gefeiert wie ein großes historisches Fest.

Im Folgenden wird es um die beiden mittleren Generationen der DDR gehen, also die HJ-Generation und die erste Nachkriegsgeneration. Die HJ-Generation befand sich in den 60er Jahren in der Lebensmitte. Sie stellte das Gros der Eltern der Nachkriegsgeborenen: ca. zwei Drittel aller Mütter der Geburtsjahrgänge 1949 und 1950 waren zwischen 1920 und 1930 geboren, davon wiederum die Mehrheit nach 1925. Obwohl entsprechende Zahlen für die Väter fehlen, liegt – wegen der hohen Zahl der Kriegstoten in der nächst älteren Geburtskohorte, die Vermutung nahe, daß sie in ihrer Mehrheit relativ jung, oder aber sehr viel älter als die Mütter waren.⁵ Die HJ-Generation hatte in den 60er Jahren die verantwortlichen Positionen vor Ort, vor allem im Bereich der Verwaltung, der

tiges Machtmittel über sie wegfällt. Hier könnte ein Grund für den allmählichen Wandel der politischen Kultur in der DDR der 70er Jahre liegen. Dietrich Mühlberg, *Wer waren die 68er im Osten?* Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, 1998.

4 Dazu Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität in der DDR*, Berlin 1995. Schon 1988 hat Lutz Niethammer auf diesen Bruch der Tradierung des schweren Anfangs hingewiesen: *Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR*, in: *BIOS* 2 (1988), H. 1, S. 19 – 66.

5 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 3 (1957), hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1958, Tabelle 17, u. dass., 2 (1956), Berlin 1957, Tabelle 12. Demnach war der Frauenüberschuß infolge des Krieges am höchsten in den Geburtsjahrgängen 1910–1915 und 1920–1925.

»Sicherheit« und der sogenannten Volksbildung, sowie in den politischen Parteien und Massenorganisationen inne oder übernahm sie doch im Laufe dieser Dekade. Als lokale Basiselite stand sie aber zugleich unter dem Kommando der Zentrale, die von ihr die Durchsetzung der politischen, sozialen und ökonomischen Normen erwartete.

Die Nachkriegsgeneration ging in den 60er Jahren in die Jugendphase über: Sie trat ein in die höhere Schulbildung, die berufliche Ausbildung, die Universität, die Armee, die Jugendorganisation und die Partei. Sie begann, die Bindung an das Elternhaus zu lösen und eigene soziale Beziehungen sowie eine eigene Subkultur zu entwickeln. Dabei traf sie vor allem auf die HJ-Generation als ihr Gegenüber. Die Vorerfahrungen und Erwartungen, die beide Generationen in diese Begegnung mitbrachten, sowie die sich aus ihren Konflikten ergebende gesellschaftliche Dynamik und Stagnation kennzeichneten die DDR der 60er Jahre.

II. Vorgeschichten der 60er Jahre

Die HJ-Generation hatte ihre Kindheit in der Weimarer Republik verbracht. Deren Krisen erinnerten immer wieder an die Unsicherheit der sozialen Existenz – die Hoffnung richtete sich auf eine Zukunft, in der das Leben planbarer sein und der soziale Aufstieg eine realistischere Chance darstellen würde. Für die Kinder der Weimarer Republik schienen sich solche Versprechen mit den sogenannten »guten« 30er Jahren zu verwirklichen.⁶ Die »Friedensjahre« des »Dritten Reichs« erlebten sie in der Berufsausbildung. Soweit proletarischer Herkunft, waren die Jugendlichen jener Zeit gegenüber ihren Eltern im Vorteil, vor allem Mädchen stiegen nun häufiger in einen Angestelltenberuf ein und überschritten somit die »Kragenlinie«. Manchmal dauerte die Zukunftsgewißheit dieser Jugendgeneration bis in den Krieg hinein, der am Ende aber doch die meisten biographischen Entwürfe durchkreuzte.

Der Krieg brachte sowohl Erfahrungen von Bewährung als auch traumatisierende Erlebnisse und insgesamt einen dramatischen Eintritt in das Erwachsenenalter. Sichtbare Zeichen dafür waren die verfrühte Übernahme von Erwachsenen-Rollen, die Auflockerung oder Auflösung elterlicher Kontrolle und elterlichen Schutzes bis hin zu Gewalterfahrungen und zur Gegenwart des Todes. Ob bei Aufräumarbeiten, in den Flüchtlingstrecks, beim späten Fronteinsatz oder in den Stellungen der Flakhel-

⁶ Ulrich Herbert, Die guten und die schlechten Zeiten. Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews, in: »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, hrsg. von Lutz Niethammer, Bonn/Berlin 1983, S. 67–96.

fer: In die Begegnung mit dem potentiellen und realen Tod mischten sich Bewährungs- und Heldentumsphantasien mit am Ende wohl dominierenden Erfahrungen von Angst, Desillusionierung und Schock, der Vereinzelung und Desorientierung.⁷ Für die meisten Jugendlichen bedeutete das Kriegsende den Zusammenbruch persönlicher, sozialer, regionaler und ideologischer Zugehörigkeiten – Erschütterungen, die von den geschwächten Eltern kaum kompensiert werden konnten. In manche Erzählungen dieser DDR-Generation mischt sich als »Heilungsgeschichte« der Topos von der als Bekehrung erlebten Repolitisierung, meist gebunden an eine antifaschistische Figur, sei es ein entlassener KZ-Häftling oder ein an deutscher Klassik gebildeter russischer Besatzungsoffizier. Während die Masse der Jugendlichen sich nach 1945 politisch zurückzog und auf den privaten Aufbau, vor allem das Wiederanknüpfen an berufliche Pläne, konzentrierte, wenn sie nicht zunächst in depressiver Orientierungslosigkeit verharrte, griff eine starke Minderheit der HJ-Generation in der DDR auf die Sinnangebote der neuen Machthaber zurück, die Verbrechen und die Niederlage des NS-Regimes erklärten, ein alternatives geschlossenes Weltbild und Zukunftsprojekt verkündeten, mit der Siegermacht, ihrem allmächtigen Führer und einer straffen Organisation einen autoritären Identifikationsrahmen anboten und schließlich ein Feld für jenen manischen Aktivismus eröffneten, mit dem sich scheinbar bruchlos in die neue Zeit hinüberwechseln ließ.⁸

Das Jahr 1950 markiert in der DDR zwar das mit der höchsten Scheidungsrate nach 1945, aber auch das mit der höchsten Eheschließungs- und Geburtenrate. Die 50er Jahre brachten Etablierung und Rückkehr zu »Normalität«, waren aber auch die dynamischste Phase der DDR-Geschichte, in der sich die entscheidenden ökonomischen und sozialen Umwälzungen vollzogen, letztere als sozialer Aufstieg, von dem vor allem die

7 Rolf Schörken, *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Opladen 1990; ders., *Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins*, Stuttgart 1984; *Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland*, hrsg. von Franz-Werner Kersting, München 1998. Bei den Flakhelfern handelt es sich allerdings überwiegend um Gymnasiasten, also 1945 um Jugendliche aus der Mittelschicht. Zu den Kriegsendelerlebnissen auch proletarischer Jugendlicher siehe Arbetz Niethammer, *Heimat und Front. Versuch, zehn Kriegerinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes zu verstehen*, in: »Die Jahre weiß man nicht,...« (wie Anm. 6), S. 163–232.

8 Alexander von Plato, *The Hitler Youth Generation and its Role in the Two Postwar German States*, in: *Generations in Conflict. Youth revolt and generation formation in Germany 1770 – 1968*, hrsg. von Mark Roseman, Cambridge 1995, S. 210–226; Dorothee Wierling, *Education, Mobility and Dilemmas: The Hitler Youth Generation in the GDR*, in: *Dictatorship as experience. Towards a socio-cultural history of the GDR*, hrsg. von Konrad H. Jarausch, Oxford 1999.

HJ-Generation profitierte. 1950 war die hier betrachtete Generation 20 – 30 Jahre alt. Sie stellte das Reservoir für die dringend benötigten neuen »Kader« im Bereich der Verwaltung, staatlicher sowie politischer Institutionen und vor allem öffentlicher Erziehung. Der Aufbaumythos bezog sich aber keineswegs nur auf sozialen Aufstieg und Elitenbildung, sondern auch auf die Arbeiterschaft im Sinne der Teilhabe an der weiteren Industrialisierung und Modernisierung der DDR-Gesellschaft. In diesen Zusammenhang gehören die großen Aufbauprojekte wie das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) ebenso wie die Qualifizierungskampagnen für Ungelernte.⁹ Das Leitbild jener Jahre war der junge männliche Facharbeiter mit schwerindustriellem Arbeitsplatz und glücklicher Familie. Die Grunderfahrung jener, die sich um Integration in den Herrschaftsapparat bemühten, wenn auch auf unterster Ebene, war freilich keine ungebrochen positive, denn die kleine Macht vor Ort war an die Unterwerfung unter die Macht der Zentrale gebunden, vor der man rechenschaftspflichtig war, ohne nach unten entscheidungsberechtigt zu sein; und als Angehöriger der HJ-Generation blieb man für immer in der Schuld derjenigen, die das Ideal der DDR-Gründergeneration darstellten: die antifaschistischen Kämpfer. Unter den Bedingungen der DDR konnte das Blutopfer dieser kommunistischen Heiligen nicht wiederholt oder eingeholt werden – auch nicht durch Mutproben gegen die Aufständischen des 17. Juni 1953. Dem repolitisierten Teil der HJ-Generation blieb nur die Bereitschaft zu Disziplin, Loyalität und Selbsterziehung. Ihre Lehre aus den gesammelten Erfahrungen war das Verharren im Schutze der Macht und die Konzentration auf den privaten Wiederaufbau. Gegenüber der Macht unsichtbar zu bleiben, wenn man an ihr schon keinen Anteil hatte, wurde nach dem 17. Juni 1953 erst recht zur Maxime der Mehrheit dieser Generation.

Die erste Nachkriegsgeneration der DDR kam in der Übergangsphase vom Chaos des Kriegsendes und der frühen Nachkriegszeit zum wiedergeordneten Alltag zur Welt – sie kann als Resultat des Willens zur Normalität gelten. Angesichts der gesellschaftlichen Erschütterungen und Brüche der elterlichen Biographien kann von einem besonderen Glücksauftrag gesprochen werden, unter dem diese Nachkriegskinder standen. Der Wunsch der Eltern nach einem besseren Leben für ihre Kinder wies Parallelen zu dem politischen Projekt des sozialistischen Aufbaus in der DDR auf, ein Zukunftsprojekt, das in besonderer Weise auf die Kinder baute und sich einer Propaganda bediente, die Familiäres und Gesellschaftliches systematisch miteinander vermischte, so daß Sorge, Liebe

9 Vgl. den Ausstellungskatalog »aufbau west – aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, hrsg. von Rosmarie Beier, Berlin 1997.

und Dankbarkeit nicht nur die Beziehungen mit den Eltern, sondern auch die mit so abstrakten Größen wie Regierung, Partei, Arbeiterklasse bezeichneten.¹⁰ Aus den autobiographischen Erzählungen von Angehörigen dieser DDR-Generation geht hervor, daß sie ihren Ursprung sehr stark in der Vergangenheit des Krieges, in der Vorgeschichte der Eltern verorten, so als seien sie schon, bzw. noch dageigewesen. In diesem Sinne waren diese Nachgeborenen mental noch Kriegskinder, so wie Heinz Bude das für die realen Kriegskinder im Westen gezeigt hat, aus denen sich später die »68er« rekrutierten.¹¹ Die harten und noch instabilen Zeiten der 50er Jahre forderten von den Kindern die Übernahme von Verantwortung und einsichtige Verzichtsleistungen, die sie früh in Erwachsenenpositionen zwangen. Gleichzeitig waren sie eingebunden in ein aufwendiges und dogmatisches öffentliches Erziehungsprogramm, das über die Schule weit hinausging und inhaltlich als Welterklärungsmaschine gestaltet war. Darin spielte der Antifaschismus als aus der älteren Generation heraus gebrachtes Opfer eine entscheidende Rolle, und mit ihm Gewalt und Tod als Bedrohung, die durch dieses Opfer vom Kind dauerhaft abgewendet wurden. Neben dieser mehrfachen Vergangenheitsorientierung zeigten sich die 50er Jahre vor allem als Zukunftsversprechen an die Nachgeborenen. Diese gelten als »das menschliche Material«¹² eines umfassenden Erziehungsprogramms, das nach einem simplen Input-Output-Modell funktionierte und sich aus der optimistischen Überzeugung speiste, daß die Nachkriegskinder, da sie weder Kapitalismus noch Nationalsozialismus oder Krieg erlebt hatten und von klein auf unter dem Einfluß eines sich immer weiter perfektionierenden Erziehungssystems standen, weitgehend formbar sein würden. Sie sollten die erste Generation eines neuen Menschen bilden. Freilich war dieses System in den 50er Jahren durchaus nicht perfekt, auch nicht im öffentlichen Raum – denn erst allmählich konnten die entnazifizierten Schulen sozialistisch dominiert werden. Noch bestimmten vor allem im ländlichen Raum Lehrer, die ihre Ausbildung in der Weimarer Republik erhalten hatten und konservativ oder re-

10 Zu dieser Verknüpfung von privaten und politischen Erfahrungen im Sinne einer Familialisierung von Politik Dorothee Wierling, Vater, Mutter, Politik. Die ersten deutschen Nachkriegskinder in den 50er Jahren, in: *Hypateia* 9/1997, S. 17–24.

11 Dorothee Wierling, Nationalsozialismus und Krieg in den Lebensgeschichten der ersten Nachkriegsgeneration der DDR, in: *Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit*, hrsg. von Elisabeth Domansky und Harald Welzer, Tübingen 1999, S. 35–56. Zu den »68ern« in Westdeutschland: Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948*, Frankfurt a. M. 1995.

12 So Otto Grotewohl in einer Rede vor der 1. Parteikonferenz der SED 1949, zit. nach: *Partei und Jugend, Dokumente marxistisch-leninistischer Jugendpolitik*, Berlin 1986, S. 325 f., hier: S. 326.

formpädagogisch gesinnt waren, den erzieherischen Geist.¹³ Noch waren nicht alle Kinder in der Organisation der Jungen Pioniere erfaßt, noch beherrschten die Kirchen in vielen Regionen die Freizeit und die Seelen.¹⁴ Dennoch schien die Nachkriegsgeneration die Hoffnungen, die auf sie gerichtet waren – von Eltern ebenso wie von den Agenten der staatlichen Erziehung – zu erfüllen. Das zeigen sowohl die Erfolgsberichte über die reibungslose Bildungsreform, als auch die autobiographischen Erzählungen, die fast immer den Stolz auf das Halstuch der Jungen Pioniere erwähnen. Insofern begannen die 60er Jahre vielversprechend.

III. Hoffnung und Enttäuschung der 60er Jahre

Die 60er Jahre können als der Höhepunkt der Erziehungsdiktatur in der DDR gelten. Erst jetzt war es gelungen, die übergroße Mehrheit der Kinder vom Kleinkind bis zum Jugendalter zu erfassen und planmäßig zu bilden. Mit der Bildungsreform gelang es nun flächendeckend, d. h. auch auf dem Lande, die pädagogischen Ziele mit neuem Nachkriegspersonal durchzusetzen; die Massenorganisationen waren fest verankert und hatten das Monopol über die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen gesichert. Gegenüber den vorwiegend repressiven, unsystematischen und gegenüber der Massenflucht letztlich hilflosen Anstrengungen der 50er Jahre galt die DDR der 60er Jahre nach dem Mauerbau als ein geschlossenes Gebiet, in dem sich Plan und Gesetz als die zentralen Kategorien auf die zukünftige Entwicklung auch der Menschen und der ganzen Gesellschaft anwenden ließen.

Erziehung erhielt ihre Bedeutung aber weit über die in jeder modernen Gesellschaft dafür vorhandenen Institutionen hinaus durch die Tatsache, daß im Grunde die ganze Gesellschaft als Objekt einer Erziehung galt, die jene Mängel zu kompensieren hatte, die sich aus der zwangsweisen und außengesteuerten – statt revolutionären – Einführung des staatssozialistischen Systems ergaben. Das taktische Lavieren zwischen den Polen repressiver Kontrolle einerseits und eher integrativen, offenen Erziehungsstilen andererseits läßt sich in den 60er Jahren besonders deutlich zeigen. Die Hauptagenten waren dabei, wie erwähnt, die HJ-Generation, welche die meisten »Erzieher«positionen an »der Front«, wie es in der

13 Zur Auseinandersetzung und Ausschaltung der Reformpädagogik in der DDR Peter Dudek u. Peter Petersen. *Reformpädagogik in der SBZ und der DDR 1945 – 1950*, Weinheim 1996.

14 Christoph Kleßmann, *Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen*, hrsg. von Manfred Hettling u. a., München 1991, S. 146–154; ders., *Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR*, in: *Sozialgeschichte der DDR* (wie Anm. 2), S. 254–270.

Erinnerung manchmal heißt, einnahm, also in der direkten Begegnung mit den zu Erziehenden stand, und die erste Nachkriegsgeneration, die in besonderer Weise als erziehungsfähig galt, von deren erfolgreicher Erziehung aber auch das ganze Zukunftsprojekt DDR abzuhängen schien.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß »Jugend« eine zentrale Rolle im Idealbild der sozialistischen Gesellschaft einnahm. Dies hatte zwar auch für die HJ-Generation Ende der 40er Jahre gegolten, – aber trotz ihres demonstrativen Optimismus war sie doch eine gebrochene Jugend gewesen, enttäuscht, betrogen, geschlagen; die in den 60er Jahren auf der historischen Bühne erscheinende jüngere Generation aber galt von vornherein als eine starke, optimistische, tatkräftige Jugend, eine, die sich zwar des schweren Anfangs noch bewußt war, die aber andererseits voller Zuversicht in eine glänzende Zukunft blickte.¹⁵

Jugend gilt in allen Gesellschaften als Quelle von Konflikten, weil sich in der kritischen Phase der Adoleszenz die Heranwachsenden zumindest teilweise aus der Abhängigkeit von den Erziehern lösen und selbst Verantwortung für sich und in der Gesellschaft übernehmen, durch ihre Ausbildung, ihre Arbeit, ihre Bewaffnung, ihre Sexualität usw.¹⁶ Claude Levi-Strauss hat zwischen »kalten« und »heißen« Gesellschaften unterschieden. In kalten Gesellschaften gelten die Heranwachsenden als besonders gefährlich, weil sie die Stabilität und Traditionsgebundenheit der Gemeinschaft gefährden, sie zu zerstören drohen. Deshalb werden in solchen Gesellschaften Rituale entwickelt, die sicherstellen sollen, daß die Jugendlichen an die Gruppe und die in ihr geltenden Werte fest gebunden werden. In heißen Gesellschaften wird das Veränderungspotential begrüßt und genutzt, denn hier ist Fähigkeit zum Wandel, »Fortschritt« das Entscheidende, und Jugend gilt als die Gruppe, an die die notwendigen Veränderungen und Modernisierungen delegiert werden können.

Die DDR der 60er Jahre befand sich nun in der schwierigen Position, einerseits eine beschleunigte Modernisierung initiieren zu wollen und zu müssen, in der »Jugend« eine bedeutende, aktive Rolle zukommen sollte, und zwar nicht nur durch ihre anerzogene Loyalität, sondern auch durch ihre Kreativität, Begeisterung und also einen Überschuß an Aktivität und Mobilisierung, durch die der Fortschritt erst vorangetrieben werden konnte. Insofern war die DDR eine »heiße« Kultur im Sinne von Levi-

15 Als Textbeispiel möge eine Rede Honeckers von 1960 zum 10. Jahrestag des Jugendgesetzes dienen: Träume früherer Generationen – in der DDR heute Wirklichkeit, in: Erich Honecker, Zur Jugendpolitik der SED, Berlin 1977, S. 278–284.

16 Zum Problem der Adoleszenz Mario Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozeß, Frankfurt a. M. 1997 (zuerst 1984), S. 271–368.

Strauss. Sie war aber eine »kalte« Kultur, insofern sie jenen Fortschritt als einen ganz bestimmten, planbaren und zu kontrollierenden Prozeß vorstellte, in dem Jugend nur in engstem Rahmen aktiv werden durfte. Der Fortschritt war nicht offen, sondern durch ein geschlossenes Sinnsystem bereits definiert, um nur noch an der Basis verwirklicht zu werden. Die Geschichte des Generationenverhältnisses in der DDR der 60er Jahre läßt sich entlang dieses Dilemmas zwischen Mobilisierung und Kontrolle, zwischen heiß und kalt erzählen.

Nachdem der Schock des Mauerbaus sich etwas gelegt hatte, begann mit der wohlwollenden Duldung der zentralen Führung der DDR eine Gruppe im Umfeld des ZK eine neue Jugendpolitik zu entwerfen, die der Tatsache Rechnung tragen sollte, daß die Mauer die Jugend im wörtlichen Sinn in der DDR hielt, daß es sich bei der Zielgruppe, den 14 bis 18jährigen, also Nachkriegsgeborenen, um eine Generation handelte, die über keinerlei alternative historische Erfahrungen verfügte und bereits ohne größere Probleme die Erziehung der 50er Jahre durchlaufen hatte, daß diese Gruppe nun aktiv in den Aufbau des Sozialismus eingreifen würde und daß man die natürliche Dynamik der Jugendphase für die gesellschaftliche nutzen müsse sowie daß zugleich der Jugend gewisse Spielräume gegeben werden müßten, in denen ihrem Bedürfnis nach Auseinandersetzung und Kritik des Bestehenden ebenso Rechnung getragen werde wie ihrem Bedürfnis nach Ausleben ihrer Autonomiewünsche, vor allem im Freizeitbereich. Dieser Entwurf nahm offizielle Gestalt an im sogenannten Jugendkommuniqué, einer Erklärung des Politbüros »zu Problemen der Jugend« vom September 1963 mit dem Titel: »Jugend von heute – Hausherrn von morgen – der Jugend Vertrauen und Verantwortung.«¹⁷ Anders als der Titel vermuten läßt, ging es in diesem Text allerdings nicht vorwiegend um »Probleme der Jugend«, sondern um Probleme der Gesellschaft, an deren Lösung die Jugend beteiligt werden sollte – also den möglichen Beitrag Jugendlicher zu den Modernisierungsanstrengungen der DDR. Dazu gehörten dann auch Konzessionen an die Freizeitneigungen der Beatfans; vor allem aber wurden Jugendliche aufgefordert, auf der Grundlage des Jugendkommunikés ihr Umfeld kritisch zu kommentieren und ihre Angelegenheiten im Rahmen der neuen Möglichkeiten selbst in die Hand zu nehmen. Diese neue »Linie« der SED-Jugendpolitik war durchaus ernst gemeint, denn sie wurde in zahlreichen »Aussprachen« vor Ort mit Schülern, Lehrlingen und jungen Arbeitern diskutiert, und die Berichte darüber informieren auch über die Skepsis und Sorge der Erzieher, die gegenüber eifrigen FDJlern und aufsässigen Jugendlichen ihre Autorität zu verteidigen ver-

17 Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zu Problemen der Jugend in der DDR, Schriftenreihe des Staatsrats der DDR 5/1963.

suchten und die übergeordneten Stellen vor der Gefahr totaler Disziplinlosigkeit warnten.¹⁸

Im Zentrum der Ängste vor der Jugend stand die kulturelle Gefahr, die sie repräsentierte, eine Gefahr, die freilich »oben« als hochpolitisch gedeutet wurde. Trotz Mauer und weitgehender Abschirmung gegen »westliche« Einflüsse hatte sich nämlich in der DDR eine neue, an die Beat- und Rockmusik, bestimmte Frisur- und Kleidungsstile, Körpersprachen und Vergemeinschaftungsformen gebundene jugendliche Subkultur entwickelt und verbreitet, in der die staatlichen Autoritäten zunächst einmal eine Form westlich-imperialistischer Infiltration sahen, durch die die Jugend quasi zum inneren Feind zu werden drohte. Im Jugendkommuniqué fand sich zu diesem Problem der später oft zitierte Satz, die Jugend könne nach ihrem eigenen Takt tanzen, solange sie taktvoll bleibe – sie könne also in einer Art Anstands-Rahmen ihre Bedürfnisse ausleben. Diesen Anstandsrahmen zu bestimmen war insbesondere Aufgabe der FDJ und der DDR-eigenen Medien, die mit Jugendclubs und Jugendmusiksendungen die Freizeit »jugendgemäß« zu gestalten suchten. Dazu gehörte der 1964 aus Anlaß des Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin eingerichtete Radiosender DT 64, dessen Aufgabe es war, im Rahmen der 60/40-Regelung, also der Festlegung eines geringeren Anteils von westlichen Stücken am Musikprogramm – eine Regelung, die auch für Live-Auftritte von Beatgruppen galt – jugendliche Musikbedürfnisse zu befriedigen, aber auch im Sinne des Regimes zu steuern.¹⁹

Der zweite Problemkreis betraf die Frage, inwieweit die Jugend sich tatsächlich aktiv an der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft beteiligen würde. Aus dem Kontrollraum der Schule entlassen und schutzlos der Realität der Arbeitswelt ausgesetzt, ließen die meisten Jugendlichen in ihrem Engagement und ihrer gläubigen Loyalität nach. Im Vergleich mit den Versprechungen und der Utopie der sozialistischen Gesellschaft fiel die Realität deutlich ab – und so fand nun eine politische Annäherung an die Eltern statt, die in ihrer überwiegenden Mehrheit dem Sozialismus skeptisch bis feindselig gegenüberstanden. Nur wenn die Realität als eine erschien, in die die Jugend aktiv, kritisch und verändernd eingreifen konnte, so die Autoren des Jugendkommuniqués, waren sie in-

18 Aus dem reichhaltigen Archivmaterial sei hier nur ein Beispiel erwähnt, in dem die Abteilung Jugend beim ZK der SED in einem Bericht aus Leipzig darauf hingewiesen wird, daß sowohl Funktionäre, als auch Betriebsleitungen und Lehrer dem Kommuniqué und der Jugend skeptisch und ablehnend gegenüberstünden, und in »sektiererischer« Weise an ihren veralteten Methoden der »Gängelung« der Jugend festhielten. BA-SAPMO, IV A 2/16/17, Information Leipzig vom 2.10.63, unpaginiert.

19 Dazu Michael Rauhut, *Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964–1972 – Politik und Alltag*, Berlin 1993.

nerlich an die DDR zu binden. Dazu gehörte auch, Jugend im Sozialismus als eine eigene Gruppe mit besonderen, legitimen Interessen und Möglichkeiten anzuerkennen.

In die erste Hälfte der 60er Jahre fällt auch die Planung des späteren Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig unter der Leitung des Soziologen Walter Friedrich. Bis zum Ende der DDR hat dieses Institut die Lebens- und Gedankenwelt Jugendlicher in zum Teil sehr aufwendigen repräsentativen und Langzeit- bzw. Intervallstudien erforscht. Wenn diese Forschungen auch im Auftrag und im Dienst von FDJ und SED durchgeführt wurden, so enthielten sie doch Ansätze zu einer rationalen, realitätsgerechten Wahrnehmung Jugendlicher; die Ergebnisse waren aber insofern nur begrenzt wirksam, als sie gerade dort in ideologisch verschleiender Form dargestellt wurden, wo sie zu kritischen Schlußfolgerungen für die Politik hätten führen müssen, und vor allem, weil sie nur einer verbands- und parteiinternen »Öffentlichkeit« zugänglich gemacht wurden, so daß »Probleme der Jugend« niemals Gegenstand einer breiteren Diskussion wurden.

Das Jahr 1965 markiert die Krise und Wende dieser Politik: Nachdem ein von der FDJ inszenierter landesweiter Gitarrengruppenwettbewerb nicht das erwünschte Ergebnis, nämlich eine sozialistische Unterhaltungsmusik, erbrachte, wurde das ganze Experiment abgebrochen und Beatgruppen mit englischen Titeln und Namen verloren ihre Lizenz – in Leipzig blieben von 50 Gruppen nur 4 übrig. Öffentliche Proteste von Jugendlichen waren die Folge, in Leipzig fand sogar eine Demonstration mit 2000 Teilnehmern und 200 Verhaftungen statt.²⁰ Solche Renitenz alarmierte die Machthaber zusätzlich: Das 11. Plenum des ZK der SED besiegelte im Herbst 1965 in harten Worten, daß die Jugend fortan wieder nach dem Takt der Partei zu tanzen bzw. zu marschieren habe.²¹

Der DDR-Jugend gegenüber stand eine durchaus heterogene ältere Generation, die in den Erziehungsinstitutionen vor allem aus der repolitisierten HJ-Generation bestand. Diese Gruppe – eine Generationseinheit im Mannheimschen Sinne – war in mehrfacher Hinsicht auf die erfolgreiche Erziehung bzw. Kontrolle der Jugend angewiesen. Denn einerseits hing daran ihr beruflicher Erfolg und damit zugleich ihre Teilhabe an der Herrschaft, andererseits stand diese Aufgabe ja auch im Zusammenhang mit ihrer Bewährung als Generation, ihrem Wiedergutmachungswerk, auf das sie von den neuen Machthabern verpflichtet war – und schließlich

20 Dorothee Wierling, *Der Staat, die Jugend und der Westen. Texte zu Konflikten der 1960er Jahre*, in: *Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, hrsg. von Peter Becker u. Alf Luedtke, Berlin 1997, S. 223–240.

21 Vergleiche das Wortprotokoll des Plenums BA-SAPMO IV 2/1/336.

diente der Glaube an die Macht der Erziehung auch dazu, die eigene Um-erziehung als möglich und erfolgreich erscheinen zu lassen. Aus dieser Verkettung des Erzieherschicksals mit dem der Zöglinge ergab sich eine große Bereitschaft der Erzieher, die vorgegebene Linie der Argumentation, daß die Jugend von außen, also dem Westen verführt und infiziert sei, zu bestärken und die ganze Energie auf das Schließen jener Betreuungslücken zu verwenden, die vom »Gegner« als Einfallstor benutzt werden konnten.²²

Schwieriger einzuordnen sind die Eltern, die ja mehrheitlich demselben Generationszusammenhang entstammten wie die staatlichen Erzieher, sich aber in der Regel auf die private, also familiäre und berufliche Re-Etablierung konzentriert hatten und das politische Sinnangebot der DDR weitgehend ablehnten. Diese Eltern teilten mit den staatlichen Erziehern die Erfahrung einer Adoleszenz unter den chaotischen und traumatischen Bedingungen von Krieg und Kriegsende und hatten insofern ähnliche Konsequenzen aus dieser Erfahrung gezogen, als sie eine starke Orientierung auf Sicherheit und Ordnung teilten. Doch während die staatlichen Agenten beides im Schoße oder in der Nähe einer autoritären und mächtigen Instanz, der Partei, suchten, bauten die Eltern auf die Ordnung des Alltags, die Einhaltung von Routinen, Normen und Pflichten; so waren sie vor Chaos und Gefahr geschützt, vor der negativen Aufmerksamkeit der Mächtigen ebenso wie vor der Mißachtung der eigenen Gruppe. Der jugendliche Nonkonformismus der 60er Jahre, ihr provozierendes Aussehen, ihr renitentes Auftreten, die wilde Musik und die Schamlosigkeit ihrer leidenschaftlichen Tänze: All das wurde allgemein als zerstörerisch für die etablierte Ordnung empfunden. Indem aber die SED das jugendliche Verhalten politisierte und als prowestlich ebenso wie als antisozialistisch deutete, setzte sie dieser Gemeinsamkeit in der Abwehr ungewollt Grenzen, anstatt das beabsichtigte Bündnis unter ihren politischen Vorzeichen zu schaffen. Einerseits schuf sie statt dessen anti-kommunistische Solidarität zwischen den Generationen, andererseits bedrohte sie durch die Zuspitzung des Konflikts die konfliktscheue Haltung der meisten Erwachsenen, die die Auseinandersetzung eher herunterspielen wollten.²³ So kam es zu keinem Bündnis der Aufbaugeneration als

22 Zu den Sprachregelungen bezüglich der DDR-eigenen Anhänger der westlichen Popkultur Dorothee Wierling, »Negative Erscheinungen...« – Zu einigen Sprach- und Argumentationsmustern in der Auseinandersetzung mit der Jugendsubkultur in der DDR der 60er Jahre, in: Werkstatt Geschichte 5 (1993), S. 29–37.

23 Darauf verweisen sowohl die Stimmungsberichte nach Straßenkonflikten mit Jugendlichen (obwohl bei dieser Gelegenheit auch der etwas peinliche Ruf nach Einweisung in Arbeitslager laut wurde), als auch die systematischeren Befragungen der Arbeitskollegen von sog. »Pilzköpfen«; vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) – Studien PK (Pilzkopf) I, II, Staatsarchiv Leipzig, SED IV B-2/16/707.

ganzer gegen die Nachkriegsjugend, im Gegenteil wurde das private Bündnis gegen die Sphäre der Politik gestärkt, der Generationenkonflikt in der Familie durch den gemeinsamen Gegner verdeckt, auf diesen abgelenkt und damit in anderer Weise politisiert.

In der Mitte der 60er Jahre hatte sich somit ein deutlicher Umschwung vollzogen, bei dem das dominierende Bild der Jugend als »Heilsbringer« von demjenigen der Jugend als »Zerstörer« abgelöst worden war. Doch dahinter steckte eine komplexere Wirklichkeit und eine widersprüchliche Rhetorik. Erstens war nur eine Minderheit der Jugend in der Rolle als leidenschaftliche Zukunftsmenschen aufgegangen, so wie auch nur eine Minderheit die Rolle des amerikanisierten Anti-Helden spielte. Die Mehrheit fühlte sich nur leicht oder gelegentlich von dem einen oder anderen Angebot berührt oder fasziniert und erprobte eher spielerisch, welche Möglichkeiten die Welt und ihre verschiedenen Deuter anzubieten hatten. Sie waren FDJ-Mitglieder und Beatles- bzw. Rolling Stones-Fans, Lehrlinge und »Eckensteher«, lernten Russisch und Englisch. Zweitens deutet vieles darauf hin, daß Familie, Schule und Arbeit einen dämpfenden Einfluß auf das jugendliche Experimentieren hatten, teils durch die mächtige Realität, die sie darstellten, teils durch ihre »kühlende«, d. h. reglementierende und kontrollierende Funktion, teils durch das Band der Dankbarkeit gegenüber den Eltern und ihren Opfern in den schweren Anfängen der DDR. Diese Dankbarkeit ist ein dauerhaftes Element der Beziehung der frühen Nachkriegsgeneration zu ihren Eltern und manchmal auch staatlichen Erziehern und unterscheidet sie von den Gleichaltrigen im Westen. Es war die längere Nachkriegszeit in der DDR und die dauerhafte Schwächung der Eltern im System, die zu einem eher solidarischen Generationenverhältnis in den Familien führte: Als weitgehend unterdrückte und abhängige »Untertanen«, die weder aus demokratischen Rechten noch aus ökonomischem Erfolg neues Selbstbewußtsein ziehen konnten, sondern allein aus einem Bündnis mit der Macht, wodurch sie aber in eine besondere Form von Abhängigkeit gerieten, erschienen die Eltern langfristig schutzbedürftig. Daß sie sich in den schweren Zeiten des Anfangs durch ihre Arbeit und persönliche Verzichtleistungen für ihre Kinder aufgeopfert hatten, ist ebenfalls stark im Bewußtsein der ersten Nachkriegsgeneration vertreten; beide Aspekte führten zu einer dankbaren Loyalität, die zwischen den Generationen im Westen kaum eine Rolle spielte.²⁴ Allerdings konnte die DDR-Führung keineswegs darauf ver-

24 Ich kann hier nur pauschal auf die lebensgeschichtlichen Interviews verweisen, die ich zwischen 1991 und 1995 mit Angehörigen des Geburtsjahrgangs 1949/50 in der DDR durchgeführt habe. Im Vergleich mit dem Westen muß allerdings berücksichtigt werden, daß auch dort das Ausleben von Generationenkonflikten ein klassenspezifisches Phänomen, d. h. eher typisch für (klein)bürgerliche als proletarische Milieus ist.

zichten, in der Jugend weiterhin den Hoffnungs- und Zukunftsträger zu sehen und sie als solche zu präsentieren. Nach dem politischen Bruch von 1965 konzentrierte sich diese Rhetorik immer mehr auf technokratische Aspekte, auf die »wissenschaftlich-technische Revolution«, auf Raumfahrt und Kybernetik, auf die technische Machbarkeit von Fortschritt – gerade Jugendliche wurden so auf das Jahr 2000 als konkrete Utopie eingeschworen, während die romantische Utopie des Kommunismus immer weiter in den Hintergrund geriet.²⁵ Daneben entwarf die Propaganda den DDR-Jugendlichen als Kunstfigur, die sich voll mit der DDR und dem Sozialismus identifizierte. »DDR und Jugend sind eins«, schrieb damals Egon Krenz.²⁶ Aus dieser Phantasie-Identität ergaben sich nun widersprüchliche Folgen: Einmal versuchten die Erzieher, vor allem in der FDJ, ein »frohes Jugendleben« im Sinne des Sozialismus zu inszenieren, durch Singeklubs, sozialistische Tänze und eine sozialistische »Jugendmode«. Der Erfolg war begrenzt. Zum anderen versuchten sie weiterhin, jugendliche Realität in der DDR mit wissenschaftlichen Methoden genauer zu erfassen und dadurch bessere Erziehungspläne erstellen zu können – z. B. durch das oben erwähnte Zentralinstitut für Jugendforschung. Und schließlich machte sich an der pädagogischen »Front« eine resignierte Erzieherhaltung breit, die sich vor allem in der immer geringeren Aussagekraft der Berichtsakten zeigt. Jede konkrete Beschreibung von Konflikten und Problemen produzierte anscheinend schon zuviel Komplexität – statt dessen erscheinen alltägliche »Störungen« fast nur noch in solchen Floskeln wie »immer mehr, noch nicht alle«, in denen das »Zurückbleiben« der Vielen hinter der zukunftsächtigen Formulierung fast verschwand.

IV. »1968« und Bilanz

1968 gilt als das Datum, welches die endgültige Auseinanderentwicklung der politischen Kulturen in beiden deutschen Staaten bezeichnet. Dem Befreiungsschlag im Westen scheint im Osten nur bedrückendes Schweigen gegenüber gestanden zu haben. Doch ein genauerer Blick lohnt sich: In der DDR reagierten die sozialistischen Intellektuellen, vor allem Studenten, mit großem Interesse auf den »Prager Frühling«. Aber auch SED-

25 Darauf verweisen die DDR-eigenen Umfragen, die am Ende der 60er Jahre ergaben, daß die Gründe für eine zustimmende Haltung zur DDR eher im Bereich der privaten Sicherheit und der technokratischen Modernisierung lagen; vgl. U(mfrage) (19)69, Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, Teil 1, Jugendarchiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung, B 6273 (jetzt in SAPMO), S. 5 ff.

26 Jugendforschung (1969), H. 11, S. 17–28.

Reformer, die vorwiegend der »nachstalinistischen Aufbaugeneration«²⁷ angehörten, hatten versucht, die Reformdiskussionen aus anderen sozialistischen Ländern auf die DDR anzuwenden. Spätestens 1965 waren diese Kräfte mit dem 11. Plenum entmachtet worden, dennoch schöpften sie aus dem tschechoslowakischen Experiment neue Hoffnung. Aber als im Spätsommer die Panzer in Prag einfuhren, waren es gerade sie und die intellektuelle Jugend, also Oberschüler und Studenten, die am leichtesten diszipliniert werden konnten. Massenhaft wurden ihnen Zustimmungserklärungen zum Einmarsch abgefordert. In einigen Schulen wurden Schüler relegiert, weil sie sich in Aufsätzen dagegen ausgesprochen hatten, oder weil sie sich schützend vor Relegierte stellten.²⁸ In der Einführungswoche zum Studienjahr 1968/69 standen die Diskussionen und »Klärungen« um die Militäraktion der Warschauer Paktstaaten im Zentrum oft qualender Veranstaltungen. Wer keine Zustimmungserklärung zum Einmarsch unterzeichnete, riskierte den Verlust des Studienplatzes – oder allgemeiner: Die »Hausherrn von morgen« mußten heute auch gegen ihre Überzeugung Loyalität zeigen. Man kann sagen, daß dieser *deal* 1968 erstmals flächendeckend erprobt wurde und sich – bis auf Einzelfälle – bewährte. Eine solche Ausnahme bildete eine Gruppe von Studenten und Schülern in Berlin, zu denen einige Kinder von prominenten jüdischen und kommunistischen Emigranten gehörten, aber auch solche von der HJ-Generation angehörenden hohen Funktionären der SED. Sie wurden beim Protest praktisch auf frischer Tat ertappt, verhaftet, und, als der Fall durch Robert Havemann, dessen zwei Söhne Frank und Florian ebenfalls zu dieser Gruppe gehörten, im Westen bekannt geworden war, nach einem Prozeß auf Bewährung wieder freigelassen.²⁹ Öffentliche Proteste gegen den Einmarsch stammten ansonsten fast ausschließlich von jungen männlichen Arbeitern, die wegen nächtlicher Dubcek-Rufe in den Straßen, handgeschriebenen Zetteln und Wutausbrüchen gegen den Einmarsch verhaftet wurden. Doch verweist eine Analyse dieser Vorfälle eher auf einen diffusen Protest, der von Einzelnen, spontan, und häufig unter erheblichem Alkoholeinfluß geäußert wurde – und sich des politischen Zeichens vielleicht nur bediente, um die Machthaber viel allgemeiner zu

27 Eine Kategorie von Dietrich Mühlberg (wie Anm. 3). Ich verweise auf ein Forschungsprojekt von Tanja Bürgel an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena zu solchen Reformansätzen in der DDR der frühen 60er Jahre.

28 Vgl. dazu den Fall eines Oberschülers in Leipzig, dessen ganze Familie durch ihre kritische Haltung in Gefahr geriet, ihre Positionen in Beruf und Schule zu verlieren. Der Fall ist dokumentiert im Stadtarchiv Leipzig, Bestand StuR, Abt. Volksbildung, 10355, Bl. 64–68.

29 Noch längst sind nicht alle Facetten dieses interessanten Falls erforscht. Für eine erste Analyse vgl. Armin Mitter u. Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekanntes Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 451 ff.

reizen. Anders als im Westen, wo es die studentische Jugend war, von der die größten Herausforderungen für den Nachkriegsstaat ausgingen, stellten in der DDR die männlichen Arbeiterjugendlichen die eigentliche Gefahr dar, und zwar nicht, weil sie eine politische Opposition im engeren Sinne formten, sondern weil sie durch ihre alltägliche Dysfunktionalität und ihr politisches Desinteresse den Erziehungsanspruch des Staates ins Leere laufen ließen.

Dennoch kann man sagen, daß »Prag 1968« als politisches Datum für die Nachkriegsgeneration der DDR das vollendet, was »gebrochene« Adoleszenz genannt worden ist.³⁰ Als 1969 20jährige DDR-Bürger unter dem Motto »Ich bin so alt wie die Republik« in Zeitungen und auf Festveranstaltungen auftraten, um Zeugnis abzulegen für die DDR, war dieses Erziehungsprojekt innerlich fast schon an sein Ende gelangt.

1968 steht aber auch im Westen für mehr als für eine Studentenrevolte oder für das politische Projekt einer Neuen Linken. Es bezeichnet vielmehr einen eindeutigen Wandel in der politischen Kultur des Landes, eine Hinwendung zu einer weniger autoritären, genußfreudigeren und auch »westlicheren« Gesellschaft, an der letztlich alle Bevölkerungskreise, vor allem aber die Jugend, teilhatten. Dieser Aspekt, den Karl-Heinz Bohrer den »Phantasieanteil« von 1968 genannt hat³¹, hat auch in der DDR in mehrfacher Weise seine Wirkung entfaltet: zunächst durch die Teilhabe der DDR-Jugend an der westlichen Popkultur, vor allem an der Musik. Gerade durch die Politisierung dieser Subkultur »von oben« und durch die erschwerten Bedingungen, unter denen diese konsumiert und ausgelebt werden konnte, erfuhr die Popkultur in der DDR eine ungeheure Aufwertung. Damit verbunden waren Erfahrungen rauschhaften Genusses, die als Befreiung von den dogmatischen und disziplinierten Ritualen sozialistischer Kulturveranstaltungen wirkten. War die repressive Politik gegenüber diesem Phänomen auch unklug, so steckte dahinter doch die richtige Erkenntnis, daß diese »Unkultur« allem widersprach, was von einer disziplinierten, einsatzfreudigen, soldatisch-männlichen Jugend erwartet und gefordert wurde. Erst in den 70er Jahren gelang es durch die Duldung und Förderung einer DDR-eigenen Rockkultur, diese wieder stärker an das politische Projekt des »realen Sozialismus« zu binden.

Zweitens kam es im Laufe der 70er Jahre in der DDR zu Ansätzen einer undogmatischen Linken, die sich auch aus studentischen SED-Kreisen zusammensetzte und trotzkistische und maoistische Varianten des Marxismus studierte und in kleinen, konspirativen Gruppen diskutierte, um sie auf die DDR-Gesellschaft und deren nötige und mögliche Refor-

30 Erdheim (wie Anm. 16), S. 317 ff.

31 Karl Heinz Bohrer, 1968: Die Phantasie an die Macht? Studentenbewegung – Walter Benjamin – Surrealismus, in: Merkur 585 (Dezember 1997), S. 1069–1080.

men anzuwenden. Es scheint, daß das reale Scheitern eines solchen Reformprogramms in Prag 1968 das theoretische Interesse geweckt hatte, und von daher der Anschluß an die westlichen Marxismusdiskussionen erleichtert worden war, die 1968 selbst kaum eine Rolle gespielt hatten.³² Aus diesen Gruppen der 70er Jahre gingen die stärksten Impulse für eine linke Opposition in der DDR wie die Initiative Frieden und Menschenrechte aus. Während solche Kreise in starkem Maße von den oppositionellen Kreisen der osteuropäischen Länder lernten, ließ sich in einem dritten Bereich wieder ein stärkerer westlicher »68er«-Einfluß auf die DDR der 70er und 80er Jahre feststellen: in den alternativen Kunst- und Lebensformen, die unter dem Begriff der Bohème zusammengefaßt worden sind.³³

Die Generation, die sowohl die politisch-oppositionellen Gruppen als auch die Mitglieder einer alternativen Kulturszene zahlenmäßig dominierte –, die Jahrgänge 1945 bis 1955, machte ihre zentralen Generationserfahrungen – im Sinne einer Auseinandersetzung um jugendliche Erfahrungen, Ansprüche, Stile und Einstellungen – mit dem Eintritt der Adoleszenten in die Welt der 60er Jahre – in der Auseinandersetzung mit jener Generation, die bis auf wenige Ausnahmen auf Sicherheit, Kontrolle und Disziplin orientiert war, um die eigene, prekäre Lage nicht zu gefährden: die HJ-Generation. Das dadurch unterdrückte und erst verspätet und nur vereinzelt ausbrechende neue Lebensgefühl der DDR-Nachkriegskinder konnte in der DDR weder eine prägende Wirkung entfalten, noch kam es überhaupt zu einer Selbstthematisierung als Generation jenseits der offiziellen Propaganda und der diffusen Widerständigkeit, die sich in Musik- und Kleidungsstilen ausdrückte, ohne sich darüberhinaus artikulieren zu können. Der Zukunftsauftrag und die Zukunftsversprechen gingen ins Leere und kamen mit 1989 auch an ihr offizielles Ende.

32 Mentoren solcher theoretischer Auseinandersetzungen waren einerseits Robert Havemann, aber auch der Philosoph Wolfgang Heise, der Bahros »Alternative« betreute. Es entstanden aber auch unabhängig von diesen und ohne Wissen voneinander theoretische Zirkel wie der trotzkistische Lesekreis um Klaus Wolfram und Wolfgang Templin an der Humboldt-Universität Mitte der 60er Jahre.

33 Paul Kaiser u. Claudia Petzold, *Bohème und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere 1970 – 1989*, Berlin 1997.

Ute Frevert

Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Experimentierraum*

Wenn sich westdeutsche »68er« erinnern, erzählen sie nicht nur von Demonstrationen und Teach-Ins, sondern auch von Wohngemeinschaften, Kommunarden, freier Liebe und Kinderläden. In der verklärenden Rückschau geraten ihnen die 60er Jahre, besonders deren zweite Hälfte, zum großen Aufbruch, der auch und vor allem die privaten Lebensverhältnisse verändert habe. Der stickige Mief der 50er Jahre, heißt es immer wieder, sei einem frischen Wind gewichen, der nicht zuletzt die Beziehungen zwischen den Geschlechtern radikal umgestaltet habe. Frauennemanzipation und sexuelle Befreiung – beide werden gern als Errungenschaften der »68er« vereinnahmt. Anders als die politische Revolution, die weitgehend theoretisch blieb, sei die kulturelle Revolution in der konkreten Lebenspraxis überdies sogar verwirklicht worden; sie habe Lebensformen und Verhaltensweisen generiert, die gleichsam vorbildhaft für die Gesamtgesellschaft geworden seien.

Diese Behauptung weckt Zweifel. Brachten die 60er Jahre wirklich schon einen »Umbruch der Geschlechterverhältnisse« hervor? Ist die Vorstellung eines Kontinuitätsbruchs, einer rapiden und massiven Veränderung, eines Richtungswechsels in den Beziehungen zwischen Frauen und Männern – zumindest in Westdeutschland – nicht eher mit den 70er Jahren verbunden? Autonome Frauenbewegung, § 218, sexuelle Liberalisierung, neues Familienrecht, Politisierung – all das fand in den 70er, nicht in den 60er Jahren statt. Stehen die 60er Jahre deshalb nicht doch stärker in der Tradition der 50er, als daß sie einen Bruch – Umbruch oder Aufbruch – markieren? Oder – vorsichtiger – sind sie nicht mit Blick auf die

* Ich danke Anne Schmidt für ihre umfangreichen und umsichtigen Recherchen.

Geschlechterverhältnisse eher eine Zeit des Übergangs als eine des radikalen Neuanfangs?

I. Kontinuitäten / Aufbrüche

Daß »die 68er« ihre Erfahrungen als eindeutige Zäsur verbuchten, entsprach der Handlungslogik einer neuen sozialen Bewegung. Um die eigene Originalität und Innovationskraft gebührend zur Geltung zu bringen, mußte die unmittelbare Vergangenheit auf Abstand gehalten werden. Je drastischer die Traditionalität und Bewegungslosigkeit der 50er Jahre ausgemalt wurden, desto beeindruckender nahm sich die reklamierte Dynamik der nachgewachsenen Generation aus. Schließlich konnte der neue Wind der späten 60er Jahre um so frischer wehen, je miefiger die Verhältnisse davor ausfielen.

Dieser Konstruktion begegnet man nicht nur in der politischen Rhetorik der Studentenbewegung, sondern auch in vielen Veröffentlichungen zur Frauen- und Familienpolitik dieser Zeit.¹ Die Dynamik der 50er Jahre gerade auch auf geschlechterpolitischem Gebiet aber gerät damit aus dem Blick. Die Adenauer-Zeit nur als Restauration traditioneller Geschlechterverhältnisse abzuurteilen und sie mit ihrer konservativ-katholischen Familienpolitik gleichzusetzen, verkennt gegenläufige Entwicklungen und Tendenzen, die bereits den Zeitgenossen auffielen.

So verzeichnete etwa die Erwerbsquote verheirateter Frauen in der frühen Bundesrepublik einen rasanten Anstieg: von 26,4 Prozent 1950 auf 36,5 Prozent 1961. Gewerkschafterinnen machten gegen die offen diskriminierende Lohnpolitik Front und prozessierten erfolgreich gegen die bis 1955 in Tarifverträgen üblichen Frauenlohngruppen und Frauenabschlagsklauseln. Der Bonner Bundestag verabschiedete 1958 ein Gleichberechtigungsgesetz, das dem Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes folgte und die meisten männlichen Privilegien des Bürgerlichen Gesetzbuches abschaffte. § 1354 BGB, der dem Ehemann allein die Entscheidung »in

¹ Beispiele: Angela Delille u. Andrea Grohn, *Blick zurück aufs Glück. Frauenleben und Familienpolitik in den 50er Jahren*, Berlin 1985; *Perlonzzeit. Wie die Frauen ihr Wirtschaftswunder erlebten*, hrsg. von Angela Delille u. Andrea Grohn, Berlin 1985; Astrid Joosten, *Die Frau, das »segenspendende Herz der Familie«*. Familienpolitik als Frauenpolitik in der »Ära Adenauer«, Pfaffenweiler 1990. Wesentlich differenziertere Darstellungen sind Merith Niehuss, *Kontinuität und Wandel der Familie in den 50er Jahren*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1998, S. 316–334; Klaus-Jörg Ruhl, *Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945–1963)*, München 1994; Robert G. Moeller, *Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik*, München 1997.

allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten« zugestanden, wurde ersatzlos gestrichen, das Recht verheirateter Frauen auf Erwerbsarbeit grundsätzlich bekräftigt. Nicht trennen wollten sich Regierung und Parlament allerdings von der Entscheidungshoheit des Vaters in strittigen Erziehungsfragen und seinem juristischen Vertretungsrecht. Hier mußte das Verfassungsgericht intervenieren, das diese Privilegien 1959 für grundgesetzwidrig erklärte.

Auf diese Entwicklungen hinzuweisen heißt selbstverständlich nicht, die 50er Jahre als Paradies der Gleichberechtigung hochzuloben. Die Widerstände waren immens: in den Gewerkschaften, die am Leitbild des männlichen Familienernährers festhielten, in den Kirchen, die als stärkste Bastionen einer restaurativen Familienideologie auftraten, in der Politik, die sich nach Kräften mühte, den unbequemen Gleichberechtigungsartikel des Grundgesetzes und seine Anpassungsmahnung zu ignorieren. Doch es gab einflußreiche Gegenteilstendenzen, im Rechtssystem ebenso wie in der wirtschaftlichen Entwicklung. Nicht nur benötigte der ökonomische Aufschwung Arbeitskräfte, die man zunehmend unter Frauen rekrutierte; auch die gestiegenen Konsumbedürfnisse der Bevölkerung, die ihrerseits das Wirtschaftswachstum ankurbelten, ließen sich ohne den »Zusatz«-Verdienst der Ehefrauen kaum befriedigen. Die demographische Entwicklung tat das Ihrige: In den 50er Jahren sank das Heiratsalter (bei Männern von 28,1 auf 25,9 Jahre, bei Frauen von 25,4 auf 23,7 Jahre). Die jungen Familien wiederum brauchten Geld, um sich einzurichten und die verlockenden Angebote des expandierenden Konsumgütermarktes zu nutzen.

Dieser Trend setzte sich in den 60er Jahren fort. Die Erwerbsquote verheirateter Frauen stieg weiter an, allerdings nicht mehr so schnell wie in den 50er Jahren, und lag 1970 in der Bundesrepublik immerhin bei 40,9 Prozent. Zugleich veränderte sich das Profil weiblicher Erwerbsarbeit: Waren 1961 noch 22,1 Prozent aller weiblichen Erwerbspersonen als mithelfende Familienangehörige, vorwiegend in der Landwirtschaft, beschäftigt, sank ihr Anteil bis 1970 auf 14,5 Prozent. Im Gegenzug stieg der Anteil der Industriearbeiterinnen von 30,9 auf 34,2 Prozent, der der Angestellten und Beamtinnen gar von 29,8 auf 44,4 Prozent.² Es waren also vor allem und in rasant zunehmendem Maße die Dienstleistungsberufe, die Arbeitsplätze für Frauen bereitstellten und sie umwarben. Gerade diese Berufe konnten nicht durch »Gastarbeiter« unterschichtet werden und bildeten daher – bis heute – eine relativ unangefochtene Domäne weiblicher Erwerbsarbeit.

Parallel zu dieser Entwicklung geriet der Hausfrauen-Beruf in die Krise. Bereits 1961 veröffentlichte die »Brigitte«, damals neben der »Con-

² Ute Frevert, *Frauen-Geschichte*, Frankfurt 1986, Tab. 7 u. 8, S. 290 f.

stanze« die meistgelesene Frauenzeitschrift in der Bundesrepublik,³ einen Artikel über »die zornigen jungen Frauen«. Gemeint waren jungverheiratete Frauen mit kleinen Kindern – eine angesichts des drastisch gesunkenen Heiratsalters und Rückgangs der Ledigenquote merklich größere gewordene Gruppe. Über sie hieß es nun: »Sie haben nie Zeit, und trotzdem langweilen sie sich zu Tode – über Arbeiten, die getan werden müssen, aber keinen Spaß machen. Sie hängen an ihrem Mann und an ihren Kindern, aber sie fühlen sich benachteiligt, zurückgesetzt, verkümmert, weil sie immer nur an der einen Hälfte des Lebens beteiligt sind und weil ihnen das verlorengeliebt, was »andere Frauen« haben: ein spannender Beruf, Umgang mit interessanten Menschen, Abwechslung, Unterhaltung [...] Sie kommen sich in ihren vier Wänden wie eingekerkert vor, und sie fühlen sich wie Bettlerinnen, weil sie auf das Geld angewiesen sind, das ihnen ihr Mann auf den Tisch legt. Sie sind unbezahlte Köchinnen, Putzfrauen ohne Stundenlohn, Kindermädchen mit Familienanschluß. Sie sind nur Hausfrauen.«⁴

Dieser Artikel fand ein lebhaftes Leserinnen-Echo. Manche Briefeschreiberinnen stimmten zu und beschrieben sich selber als zornig, erschöpft und unglücklich. Die meisten allerdings waren nicht einverstanden, sondern erklärten sich mit ihrem Los zufrieden. Sie gaben zu bedenken, daß man im Leben eben nicht alles haben könne und sich bescheiden müsse, daß alle Bitterkeit letztlich doch »durch das Glück in der Familie aufgewogen« werde.⁵

Gegen Ende der 60er Jahre hatte sich das Bild geändert. 1969 startete die »Brigitte« eine Fragebogen-Aktion unter ihren Leserinnen. Die Aktion stand unter dem Motto »Zurück in den Beruf? Eine Schicksalsfrage für alle Frauen«. Die Antwort war eindeutig: Von insgesamt 7000 nicht berufstätigen Hausfrauen, die den Fragebogen ausfüllten, erklärten 93 Prozent, sie wollten ins Berufsleben zurückkehren. Die meisten begründeten dies damit, daß sie »mehr unter Menschen kommen« wollten, daß ihnen der erlernte Beruf – vorwiegend im Büro-, Verwaltungs-, Sozial- und Pflegebereich – Spaß mache, daß sie im Haushalt nicht ausgefüllt seien und daß sie über eigenes Geld verfügen wollten.⁶

Diese Ergebnisse markierten einen neuen Trend: Frauen akzeptierten Berufstätigkeit als eine Lebensform, die der Familie mindestens gleichge-

3 1959 erschien die »Brigitte« in einer Auflage von fast 400.000 Exemplaren; 1969 erreichte sie über 1 Million Exemplare; nach der im gleichen Jahr stattfindenden Fusion mit »Constanze« waren es 1,4 Mio.; vgl. Jutta Röser, *Auf der Sonnenseite des Lebens? Constanze und Brigitte*, in: Hart und Zart. *Frauenleben 1920–1970*, Berlin 1990, S. 420.

4 *Brigitte* 15/1961, S. 75.

5 *Brigitte* 20/1961, S. 68 f.

6 *Brigitte* 18/1969, S. 110–115.

ordnet war. Anders als in den 50er Jahren, als Konsumwünsche bzw. ein nicht ausreichendes Familieneinkommen als hauptsächliche Motive weiblicher Erwerbsarbeit genannt wurden, spielten die immateriellen Vorzüge der Berufsarbeit in den 60er Jahren eine zunehmend größere Rolle. Das hatte einerseits etwas mit der Berufstätigkeit selber zu tun: Gerade die vermehrt angebotenen Tätigkeiten im tertiären Sektor galten als sozial, kommunikativ, sauber und relativ gut bezahlt, anders als die früher üblichen Tätigkeiten in der Industrie, aber auch in der Land- und Hauswirtschaft.

Zum anderen spiegelte sich in der neuen Wertschätzung weiblicher Berufsarbeit aber auch ein veränderter Lebensplan. Sinkendes Heiratsalter und sinkende Kinderzahlen hatten zur Folge, daß Frauen noch relativ jung waren, wenn die familiäre Hege- und Pflegephase beendet war. Zugleich führten verbesserte Konsummöglichkeiten, bequemere Produkte und die erhöhte Ausstattung der privaten Haushalte mit technischen Geräten dazu, daß die für Haushaltsarbeit aufzuwendende Zeit sich verringerte. In dieser Situation ging die Zahl jener Frauen drastisch zurück, die betonten, »Ich gehöre auch zu den glücklichen ›Nur-Hausfrauen‹«, und die darauf verwiesen, daß sie auch ohne oder mit nur einem Kind keine Langeweile kennen würden: »Mein Mann bekommt seinen heißgeliebten selbstgebackenen Kuchen und sein Eingemachtes [...] Zuerst ist die Wohnung in tadellosem Zustand zu halten.«⁷

Solche Positionen fanden selbst in der Politik immer weniger Zustimmung. Anlässlich der Bundestagswahl 1969 befragt, ob ihre Partei »auch an die Frauen« dachte, äußerten sich die Vorsitzenden von CDU, SPD und FDP zwar alles andere als radikal. Alle glaubten an eine natürliche, biologisch vorgegebene Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Aber selbst Kurt Georg Kiesinger stimmte – vor allem im Hinblick auf »unseren Arbeitskräftemangel in den kommenden Jahren und Jahrzehnten« – der Meinung nicht zu, daß verheiratete Frauen nicht erwerbstätig sein sollten – eine Meinung, die laut Umfrage damals noch 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung vertraten. Er wies allerdings im gleichen Atemzug darauf hin, daß sich die Frauen überlegen müßten, »ob die Kinder dadurch nicht zu Schaden kommen«. Auf die Frage, ob sich die CDU für die Errichtung von Kindergärten einsetze, antwortete er nicht, sondern hob die Rolle von Großeltern hervor. Willy Brandt hingegen bejahte ausdrücklich »die Verpflichtung zum Ausbau der Einrichtungen, die zur Entlastung für die berufstätige Mutter notwendig sind«. Allerdings machte er auch darauf aufmerksam, daß solche Einrichtungen, beispielsweise Kindertagesstätten, Vorschulen und Ganztagschulen, auch und vor allem eine sozial kompensatorische Funktion besäßen, indem sie »allen Kindern

7 Brigitte 23/1969, S. 215.

schon im frühen Entwicklungsstadium gleiche Startchancen für das Leben« geben könnten.⁸

II. Systemvergleiche

Mit solchen Meinungsäußerungen begab sich Brandt in eine – damals höchst prekäre – Nähe zur Frauen- und Familienpolitik des anderen deutschen Staates. Sowohl die DDR-Regierung als auch die politische Klasse der Bundesrepublik ließen in den 50er und 60er Jahren keine Gelegenheit verstreichen, ihre grundlegende Differenz auf diesem Gebiet zu betonen. Die Systemkonkurrenz wurde nicht zuletzt auch auf der Ebene der Geschlechterpolitik ausgetragen. Warfen westdeutsche Politiker und Kirchenvertreter der DDR vor, Frauen in die Berufssklaverei zu treiben und die Familien zu verstaatlichen, konterten DDR-Funktionäre mit dem Hinweis auf die Familiensklaverei westdeutscher Frauen. Auch dann, als sie sich in der realen Politik aufeinander zubewegten, blieb die feindliche Rhetorik erhalten.

In der DDR wurde weibliche Erwerbsarbeit von Anfang an äußerst positiv bewertet. Dafür waren nicht so sehr ideologische Gründe im Gefolge der offiziell vertretenen sozialistischen Emanzipationstheorie verantwortlich; ausschlaggebend war vielmehr der bereits in den 50er Jahren spürbare akute Arbeitskräftemangel angesichts hoher Abwanderungsraten in die Bundesrepublik. Niedrige Löhne und hohe Konsumgüterpreise unterminierten das im Westen propagierte Modell des männlichen Familiernährers und motivierten zunehmend mehr Frauen dazu, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Heroisierung der Arbeit erfaßte nicht nur Männer, sondern auch Frauen. Dem Bergarbeiter Adolf Hennecke stand die Weberin Frida Hockauf als »Heldin der Arbeit« zur Seite. Frauenzeitschriften der DDR setzten die »Frau an der Werkbank« ins rechte Bild und erklärten die berufstätige, burschikos zupackende, junge Frau zur weiblichen Leitfigur der Republik.⁹ Daß diese Frau neben ihrer Berufstätigkeit auch für Haushalt und Kinder zuständig war, wurde nicht problematisiert; es war – im Osten wie im Westen – selbstverständlich.¹⁰

8 Alle Zitate nach: Brigitte 19/1969, S. 106 ff.

9 Ina Merkel, ... und Du, Frau an der Werkbank. Die DDR in den 50er Jahren, Berlin 1990.

10 Erst die »Mutti-Politik« der 70er Jahre setzte – unter dem Eindruck massiv sinkender Geburtenzahlen – an diesem Problem an – allerdings nicht in der Weise, daß jetzt auch Männer zur Haushalts- und Familienarbeit herangezogen werden sollten. Statt dessen wurden großzügige sozialpolitische Programme aufgelegt, die Frauen in den Stand setzen sollten, Familien- und Berufsarbeit besser miteinander zu vereinbaren. In der Bundesrepublik erfolgte diese Politik in den 80er Jahren,

Die 60er Jahre fügten dem nichts wesentlich Neues hinzu. Nach wie vor wurden DDR-Frauen auf allen Ebenen dazu ermuntert, sich nahtlos in die Arbeitsgesellschaft zu integrieren und im Beruf Seite an Seite mit den Kollegen »ihren Mann« zu stehen. Die Frauenerwerbsquote stieg denn auch von 65,2 Prozent 1960 auf 78,1 Prozent 1969 – und hob sich damit immer deutlicher von der bundesdeutschen Entwicklung ab, wo der Anteil erwerbstätiger Frauen bei unter 50 Prozent stagnierte.¹¹ Zudem legte man in der DDR nun einen merklich stärkeren Akzent auf Qualifizierung. Sowohl Betriebe als auch Hoch- und Fachschulen boten Frauen Fortbildungsmöglichkeiten und Sonderstudien an, um geschlechterspezifische Hierarchien abzubauen und Erwerbsarbeit attraktiver zu gestalten. Außerdem war man bemüht, traditionelle Berufs- und Studienfachpräferenzen aufzubrechen und Frauen zielstrebig in sogenannte Männerberufe umzulenken. So stieg etwa der Anteil der Studentinnen in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften von 27 Prozent im Jahre 1962 auf 42 Prozent 1969. Überhaupt zeigten Frauen ein deutlich gewachsenes Interesse an einer akademischen Berufstätigkeit. Ende der 60er Jahre betrug ihr Anteil an der Gesamtstudentenschaft bereits 34 Prozent. In der Bundesrepublik lag er damals noch unter 30 Prozent.¹²

Die DDR war dem deutschen Weststaat folglich auf dem Gebiet der Frauenförderung und -integration deutlich voraus. Allerdings nahm man diesen Vorsprung auf westlicher Seite lange Zeit entweder nicht zur

erneut mit einer Zeitverzögerung von etwa einem Jahrzehnt. Vgl. zur DDR-Entwicklung Ina Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelble u. a., Stuttgart 1994, S. 359–382; Ute Gerhard, Die staatlich institutionalisierte »Lösung« der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Ebd., S. 383–403.

11 Die DDR-Zahlen wurden berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1962, S. 32 u. 174 f.; dass. 1970, Berlin 1970, S. 434; dass. 1971, Berlin 1971, S. 58 f. In der Bundesrepublik lag die Frauenerwerbsquote 1960 bei 47,4 Prozent, 1969 bei 47,8 Prozent. Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1962, S. 44 u. 143; dass. 1970, Stuttgart 1970, S. 118; dass. 1971, Stuttgart 1971, S. 35. Die Erwerbsquote benennt den Anteil erwerbstätiger Frauen an der Gesamtzahl von Frauen im erwerbsfähigen Alter (15–65 J.).

12 Gunilla-Friederike Budde, »Tüchtige Traktoristinnen« und »schicke Stenotypistinnen«. Frauenbilder in den deutschen Nachkriegsgesellschaften, in: Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, hrsg. von Konrad Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt 1997, S. 243–273; dies., Paradedfrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland, in: Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, hrsg. von Gunilla Friederike Budde, Göttingen 1997, S. 183–211; Karin Zachmann, Frauen für die technische Revolution. Studentinnen und Absolventinnen Technischer Hochschulen in der SBZ/DDR, in: Ebd., S. 121–156.

Kenntnis oder bewertete ihn anders. Für eine Frauen- und Familienpolitik, die sich bis weit in die 60er Jahre hinein am – wie auch immer fiktiven – Leitbild der nicht erwerbstätigen Mutter mit drei Kindern orientierte, bestand kein Anlaß, in der DDR eine ernsthafte Konkurrentin zu sehen. Angesichts diametral entgegengesetzter Zielvorgaben schien es entbehrlich, Leistungsvergleiche anzustellen. Auch die westlichen Frauenzeitschriften ignorierten die DDR-Realität; Berichte über Frauen jenseits der Mauer sucht man in der »Brigitte« weitgehend vergebens. Selbst als sich die Frauenbilder hier seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre veränderten, geschah dies ohne Rekurs auf das östliche Modell. Obwohl beispielsweise das Thema Berufstätigkeit in den 1969 erscheinenden »Brigitte«-Heften unangefochten und ausdrücklich positiv bewertet im Mittelpunkt stand, fand sich kein Hinweis auf entsprechende Erfahrungen in der DDR. Offenbar nahm man letztere nicht als Herausforderung wahr – weder im positiven noch im negativen Sinn.

Umgekehrt spielte der Selbstvergleich mit der Bundesrepublik in der DDR der 60er Jahre nach wie vor eine wichtige Rolle. Sie spiegelte sich nicht zuletzt in der Redaktionspolitik der Frauenzeitschriften »Frau von heute« bzw. »Für Dich«. Die Abgrenzung vom Westen nahm hier durchweg großen Raum ein. Die Identität der DDR konstituierte sich auch im Bereich der Frauenpolitik vor allem durch die immer wieder hervorgehobene Differenz zur Bundesrepublik. Letzterer warf man vor, das verfassungsmäßige Gleichberechtigungsgebot zu mißachten und Frauen statt dessen als billige Arbeitskräfte und Sexualobjekte auszubeuten. Demgegenüber habe die DDR die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht, und dies nicht nur im Rechtssystem, sondern auch in der Ökonomie. Daß diese Leistung von den eigenen Bürgerinnen anerkannt und honoriert werde, sollte der Bericht über eine Frau verdeutlichen, die mit ihrem Ehemann aus der DDR in die Bundesrepublik umgesiedelt war, nach kurzer Zeit aber wieder zurückkehrte, weil sie im Westen nur Hausfrau sein durfte und ihre Berufsarbeit vermißte.¹³

Auch was die Bildungsbeteiligung von Frauen betraf, konnte die DDR Erfolge vorweisen, denen die Bundesrepublik sichtbar hinterherhinkte. Selbst wenn Frauen in Führungspositionen hier wie dort unbekannte Wesen waren, unternahm man in der DDR weitaus früher und gezielter Anstrengungen, Frauen auf qualifizierte Berufskarrieren vorzubereiten. Seit die westdeutsche »Bildungskatastrophe« Politik und Öffentlichkeit zu beschäftigen begann, wurde dieser Vorsprung in der Bundesrepublik – wengleich zähneknirschend – auch zur Kenntnis genommen. Im Bildungswesen, dessen immenser Einfluß auf das Beschäftigungssystem unbestreitbar war, zeigte sich die DDR der 60er Jahre ungleich moderner

13 Frau von heute, 31.3.1961, S. 10.

und innovativer als die Bundesrepublik, und davon profitierte nicht zuletzt auch die »weibliche Begabungsreserve«. »Neidlos wird man zugeben müssen«, hieß es im RIAS am 13. Juni 1969, »daß in der DDR mehr Frauen z. B. als in der Bundesrepublik eine Hochschulausbildung besitzen, daß es mehr Kindergärten und Kinderkrippenplätze gibt, über 60 Prozent der in der Volksbildung Beschäftigten sind Frauen«.¹⁴

Blieb die bundesrepublikanische Politik der 60er Jahre auf dem Gebiet der Kinderbetreuung, vor allem auf Druck der Kirchen, ausgesprochen restriktiv, holte sie im Bildungsbereich nach und nach auf. Die Demokratisierung der Bildungsbeteiligung, von der vor allem die unteren Mittelschichten profitierten, kam nicht nur den Söhnen, sondern allmählich auch den Töchtern der kleinen Angestellten, Beamten und Facharbeiter zugute. Zwar erwies sich hier die Haltung, daß sich kostspielige Bildungsinvestitionen für Mädchen eigentlich nicht lohnten, da sie den teuer bezahlten Beruf ohnehin bei der Eheschließung aufgeben würden, als ausgesprochen resistent. Dennoch verfehlten die politischen Signale – vor allem der Hinweis auf dringend benötigte Volks- und Elementarschullehrerinnen, deren Tätigkeit als ausgesprochen familienverträglich galt – ihre Wirkung nicht. Sozialer Aufstieg durch Bildung: Diese Zauberformel dehnte sich seit Mitte der 60er Jahre auch auf Frauen aus und führte nicht nur im Gymnasialbereich, sondern auch an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen zu einem kontinuierlichen Anstieg der Studentinnenzahlen. Lag der Studentinnenanteil an den Universitäten 1965 noch bei 22,5 Prozent, erreichte er im Studienjahr 1969/70 bereits 30 Prozent. Besonders beeindruckend waren die absoluten Ziffern: Studierten 1961 erst knapp 40 000 Frauen, hatte sich ihre Zahl neun Jahre später fast verdreifacht. Obwohl die numerische Explosion der Studentinnen- und Studentenzahlen erst in den 70er und 80er Jahren stattfand¹⁵, deutete sich bereits in den 60er Jahren eine Entwicklung an, die für die Geschlechterverhältnisse der Republik von großer Bedeutung sein würde.

Nicht zufällig wurde die Neue Frauenbewegung, die seit den späten 60er Jahren von sich reden machte, von jungen, meist akademisch gebildeten Frauen getragen. Sie begann nicht nur an den Universitäten, sondern sie behielt hier auch ihren zentralen Stützpunkt – obwohl sie es schaffte, eine breite gesellschaftliche Ausstrahlung zu gewinnen. Aber das ist eine Geschichte der 70er Jahre; das vorhergehende Jahrzehnt schuf hierfür nur die strukturellen Voraussetzungen, indem es zuerst zögerlich, später gezielter und absichtsvoller höhere Bildungsinstitutionen für Frauen öffnete und letzteren damit die Möglichkeit verschaffte, später qualifi-

14 Zit. nach: Budde, *Paradefrauen* (wie Anm. 12), S. 193.

15 1989/90 studierten an westdeutschen Universitäten insgesamt 424.818 Frauen, die 41,8 Prozent der Gesamtstudentenschaft stellten.

zierte und (besonders im Medienbereich) auch einflußreiche, öffentlichkeitswirksame Berufstätigkeiten auszuüben.¹⁶

Den Charakter einer Inkubationszeit tragen die 60er Jahre auch dort, wo die privaten Beziehungen der Geschlechter verhandelt wurden. Ehe, Liebe, Sexualität – dies waren nach wie vor Kernthemen, die vor allem in den westdeutschen Frauenzeitschriften absolute Priorität genossen. Die »Brigitte« des Jahrgangs 1960 etwa vermittelte den Eindruck, daß sich das Leben von Frauen einzig um Liebe, Ehe und Familie drehe. Sowohl in den Artikeln als auch in Leserinnenbriefen und in den Werbungsanzeigen dominierte das Thema alle anderen. Vor allem sehr junge Frauen schienen es kaum erwarten zu können, zu heiraten und einen Mann »recht glücklich zu machen«. Möglicherweise spiegelte sich hier die Erfahrung älterer Frauen, die aufgrund der vielen männlichen Kriegstoten ihrer Generation ungewollt ledig geblieben waren. Ihrem Schicksal versuchten die Jüngeren dadurch zu entgehen, daß sie möglichst früh einen Heiratspartner suchten und eine Ehe eingingen.

Der seit den 50er Jahren statistisch faßbare Trend, immer jünger zu heiraten, setzte sich fort in einer deutlichen Steigerung der Fruchtbarkeitsziffer. Lag diese, bezogen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren, 1950 bei 70 Geburten, betrug sie 1960 82 und steigerte sich bis 1965 auf 85 Geburten. Danach drehte sich der Trend um; 1969 kamen auf 1000 Frauen nur noch 75 Geburten. Die Entwicklung in der DDR verlief strukturell ähnlich, zeigte allerdings eine dramatischere Dynamik, indem die Fruchtbarkeitsziffer, die 1960 höher gewesen war als in der Bundesrepublik, 1969 ein weitaus niedrigeres Niveau erreichte. Diese drastische Verringerung bot dann Anlaß für die sozialpolitische Offensive der 70er Jahre. Sie suchte die offensichtliche Geburtenunfreudigkeit der überwiegend berufstätigen Mütter durch eine gezielte »Mutti«-Politik zu beheben.¹⁷

Zumindest die erste Hälfte der 60er Jahre stand folglich, bezogen auf Eheschließung und Familienplanung, eindeutig in der Kontinuität der 50er Jahre und setzte den damals begonnenen Trend, wenngleich verlangsamt, fort. Vor allem seit Mitte der 60er Jahre aber machten sich Veränderungen bemerkbar. Sie drückten sich beispielsweise in einem Anstieg der Scheidungshäufigkeit aus: Standen 1960 in der Bundesrepublik 100 Ehe-

16 Formell stand der Zugang zu Gymnasien und Universitäten Frauen seit dem frühen 20. Jahrhundert offen. Die mentalen Restriktionen, diesen Zugang auch zu nutzen und Bildung als berufsqualifizierend zu begreifen, blieben jedoch weiterhin wirkmächtig und wurden vom vorwiegend männlichen Lehrpersonal nach Kräften verstärkt.

17 Merkel, Leitbilder (wie Anm. 10), S. 373 f.; Gerhard, »Lösung« (wie Anm. 10), S. 391. Zu dieser Politik zählten u. a. die Erhöhung des Kindergeldes und der Krippen- und Kindergartenplätze, großzügige Kredite mit der Möglichkeit des »Abkinderns«, Geburtenbeihilfen und das Babyjahr.

schließungen knapp 9 Scheidungen gegenüber, waren es 1969 bereits 16. In der DDR kamen bereits 1960 14,6 Scheidungen auf 100 Eheschließungen; die Steigerung auf 23 Scheidungen neun Jahre später lag zwar auf deutlich höherem Niveau, verlief aber insgesamt weniger rasant als im Westen.

Die heile Geschlechterwelt, verkörpert in stabilen Ehen mit zwei bis drei Kindern und klarer geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, zeigte folglich in den 60er Jahren die ersten Risse. Obwohl die Ehe für immer mehr Frauen und Männer zur gleichermaßen ersehnten wie realisierten Lebensform geworden war,¹⁸ erzeugte sie offenbar Probleme, die das Geschlechterverhältnis dynamisierten. In dem Maße, wie die Erwartungen an die Ehe und den Ehepartner stiegen, wurden sie auch enttäuschungsfähiger. Der Märchenprinz, den die Romane der Lesezirkel und Groschenhefte in Aussicht stellten, hielt oft nicht, was er versprach; die »ideale Frau«, die sich der Mann wünschte, entpuppte sich womöglich bald als »zornige junge Frau«, die nicht nur sein Zuhause verschönern wollte, sondern auch selbständige Lebenspläne verfolgte.¹⁹

Auf diese prekäre Konstellation nahm die in den 60er Jahren in der Bundesrepublik aufflammende Sexualitäts-Debatte in mehrfacher Hinsicht Bezug. Zum einen läßt sich diese Debatte als Ausdruck gesteigerter Erwartungen an die eheliche Sexualität interpretieren. Oswald Kolle, der Verfasser sogenannter Aufklärungsliteratur, ging von diesen Erwartungen aus – und trug seinerseits durch Artikel, Bücher und Filme in Millionenaufgabe dazu bei, sie zu steigern. Sein Plädoyer für eine »natürliche« und freie Sexualität traf in der bundesdeutschen Bevölkerung auf regen Widerhall. Die »Neue Revue«, in der Kolles Aufklärungsserien (»Deine Frau, das unbekannte Wesen«; »Dein Mann, das unbekannte Wesen«, »Das Wunder der Liebe«, »Geheimnis der Liebe«) veröffentlicht wurden, konnte ihre Auflage in den 60er Jahren mehr als verdoppeln.²⁰ Kolles zweiteiliger Film »Das Wunder der Liebe – Sexualität in der Ehe« war 1968 ein ausgesprochener Publikumsrenner; innerhalb von vier Monaten sahen ihn fünf Millionen Bundesbürger und verwiesen James Bond auf den zweiten Platz der Publikumsgunst. Die gebundene Ausgabe des Drei-

18 Vgl. die massiven Veränderungen des Familienstandes, bezogen auf die jüngeren und mittleren Altersgruppen: Waren in der Bundesrepublik 1950 nur 33,3 Prozent der 20–30jährigen Männer und 47,5 Prozent der altersgleichen Frauen verheiratet, waren es 1970 bereits 47 bzw. 70,6 Prozent. In der Altersgruppe der 30–40jährigen stieg der Verheiratetenanteil bei Männern von 80,4 auf 84,9 Prozent, bei Frauen von 72,5 auf 87,2 Prozent (Gesellschaftliche Daten 1982, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Freiburg 1982, S. 17).

19 Aufschlußreich sind hier die Artikel zur »idealen Frau« bzw. zum »idealen Mann« in der *Brigitte*, 4/1961, S. 43 f. und 3/1961, S. 54 f.

20 Spiegel Nr. 21/1968, S. 72 ff.

teilers »Dein Kind/Mann/Frau, das unbekannte Wesen« erlebte bis Mitte 1968 eine Auflage von 300 000 Exemplaren; die Aufnahme in das Buch-Club-Vertriebssystem sicherte ihm ständig neue und weitere Leser.²¹ Vor allem Frauen fühlten sich von Kolles Botschaft angezogen; wöchentlich erhielt der Autor etwa 200 Leserbriefe, die seinen Rat erbaten und seine Hilfe bei Partnerschafts- und Sexualproblemen suchten. Sein Appell an Männer, mehr Zärtlichkeit zu zeigen und einfühlsamer auf die Bedürfnisse ihrer Partnerinnen einzugehen, fand bei Frauen offenbar begeisterte Aufnahme.²²

Aber auch Männern hatte Kolle etwas zu sagen, zeichnete er Frauen doch als sexuell empfängliche, anspruchsvolle Geschöpfe, von deren – richtig verstandener und geweckter – Liebesfähigkeit Männer unendlich profitieren könnten. Nicht unüblich waren in der Folge Kontaktanzeigen folgenden Inhalts: »Oswalt-Kolle-Leser, 30 Jahre, 1,80 groß, 90 kg, selbstständig, sucht junge, hübsche, charmante Leserin kennenzulernen.«²³ Solche Anzeigen aber waren nicht unbedingt im Sinne des Aufklärungspapstes. Sein erklärtes Ziel war es schließlich, die Sexualität im ehelichen Schlafzimmer attraktiver zu gestalten und damit seinen Beitrag zur sich anbahnenden Ehekrise der modernen Wohlstandsgesellschaft zu leisten. Selbst sein Film »Zum Beispiel: Ehebruch« sollte, wie es die letzte Instanz der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft sah, vor allem zeigen, wie sehr ein Seitensprung die Ehe gefährde; mitnichten ging es ihm darum, Ehebruch zu verharmlosen (wie die Kirchenvertreter in der FSK mutmaßten) oder gar dazu aufzufordern.

Kolle machte sich damit nicht nur die gesteigerten Erwartungen an eheliche Partnerschaft und Sexualität zunutze (und wurde mit seiner Aufklärungsempfase zum reichen Mann); er bot zugleich eine Methode zur Lösung allfälliger Probleme an. Ähnlich wie der holländische Frauenarzt van de Velde, der in den 20er Jahren Millionen Leser über die »vollkommene Ehe« belehrt hatte, verschrieb er sich der Aufgabe, die Ehe als Institution zu retten, indem er sie erotisch-sexualtechnisch reformierte und modernisierte.

Auch auf diesem Gebiet erwiesen sich die 60er Jahre damit als Interimsphase, die Dynamik zugleich freisetzte und zu bändigen suchte. Schließlich hatte die mit Kolles Aufklärungs-Kampagne intendierte öffentliche Aufwertung der Sexualität auch den Effekt, sie als potentiellen Unruhefaktor anzuerkennen. Wenn sexuelle Befriedigung – für beide Geschlechter – als wesentliche Bestandsgarantie einer Ehe galt, wurde es

21 Spiegel Nr. 29/1968, S. 32.

22 Darauf verwies jedenfalls der »Spiegel«, der sich seit Anfang 1968 intensiv, allerdings eher abfällig, mit Kolle beschäftigte.

23 Zit. in: Spiegel Nr. 27/1968, S. 114.

möglich, die Trennung mit dem Hinweis auf das Ausbleiben jener Zufriedenheit zu begründen. Die öffentliche Thematisierung und Legitimierung von Sexualität setzte folglich eine Anspruchsspirale in Gang, die potentiell destabilisierende Wirkungen haben konnte – was von der katholischen Kirche auch sehr präzise erkannt wurde.²⁴

Begleitet und gefördert wurde die neue sexuelle Empfindsamkeit durch die zunehmende Verfügbarkeit sicherer Empfängnisverhütung. 1961 kam die Anti-Baby-Pille auf den westdeutschen Markt; allerdings lief der Verkauf zunächst nur zögerlich an. Bereits 1966 war die Pille zu 100 Prozent in der bundesrepublikanischen Bevölkerung bekannt, und 1970 verkaufte die Schering AG 27,8 Millionen Monatspackungen.²⁵ Die Pille, die die Empfängnisverhütung ganz in die Hände der Frauen legte und Männer vollständig davon entlastete, erleichterte Frauen zweifellos den unbeschwerteren Umgang mit Sexualität, indem sie die Angst vor einer ungewollten Schwangerschaft bannte. Gerade junge, unverheiratete Frauen empfanden dies als unschätzbaren Freiheitsgewinn, von dem sie aber nur unvollkommen profitierten: Vor allem in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten war es in den 60er Jahren nicht immer einfach, einen Arzt dazu zu bewegen, die Pille zu verschreiben. Die öffentliche Tabuisierung jugendlicher und vorehelicher Sexualität war hier noch weit verbreitet.

Das war im übrigen kein Privileg der Bundesrepublik; auch in der mindestens ebenso kleinbürgerlich geprägten DDR gab es diese Tabus, möglicherweise sogar noch in stärkerem Maße als im Westen. Die sozialistische Moral, hieß es dazu von offizieller Stelle, sei eine saubere Moral, die ohne Sexualisierung auskomme. Die Kolle-Filme wurden deshalb in der DDR nicht gezeigt, vergleichbare eigene Filme nicht gedreht. Als der Therapeut Siegfried Schnabl dem Verlag »Volk und Gesundheit« 1968 sein Manuskript »Mann und Frau intim. Fragen des gesunden und gestörten Geschlechtslebens« vorlegte, wurde es mit der Begründung »Kein öffentlicher Bedarf« abgelehnt.²⁶ Auch die Pille, in der DDR versöhnlich »Wunschkindpille« genannt, kam erst später und seltener auf den Markt als in der Bundesrepublik. Zwar brachte die VEB Jenapharm bereits 1965 das erste DDR-eigene hormonelle Kontrazeptivum heraus,

24 Einen Meilenstein setzte hier Papst Paul VI. mit seiner am 25. Juli 1968 veröffentlichten Enzyklika »Humanae vitae«, die sich dezidiert gegen die Trennung von Sexualität und Fortpflanzung aussprach. Sie richtete sich damit sowohl gegen die Pille, die diese Trennung erleichterte, als auch gegen die Aufwertung und Freisetzung von Sexualität überhaupt.

25 Sabine Sieg, »Anovolar« – die erste europäische Pille. Zur Geschichte eines Medikaments, in: Die Pille. Von der Lust und von der Liebe, hrsg. von Gisela Staupe u. Lisa Vieth, Berlin 1996, S. 131–144.

26 Gisela Staupe u. Lisa Vieth, »Man gibt mir zu sehr recht. Wir liegen nicht mehr gut.« Ein Gespräch mit Oswald Kolle, in: Ebd., S. 193–204, hier: S. 201 f.

doch hinkte der Absatz weit hinter den bundesdeutschen Verkaufszahlen hinterher.²⁷

Die besonders in der Jugendkultur praktizierte, experimentierfreudige Sexualität ließ damit bis in die 70er Jahre auf sich warten. Allerdings zeichneten sich Tendenzen, die in diese Richtung wiesen, bereits in den späten 60er Jahren ab. Anders als im ländlich-katholischen Milieu, das solche Entwicklungen dezidiert ablehnte, wurden sie in städtisch-»progressiven« Kreisen uneingeschränkt positiv bewertet. Für die Ambivalenzen sexueller Liberalisierung hatte man damals noch keinen Blick. Erst später entdeckte man ihre negativen Seiten. So schützte die Pille Frauen zwar verlässlich vor einer ungewollten Schwangerschaft, machte sie aber auch sexuell verfügbar. Die Aufklärungsarbeit eines Oswalt Kolle wiederum beförderte die Produktion einer sexuellen Kultur, die Frauen und Männer unter einen enormen Erfolgszwang stellte. Sexuelles Versagen wurde vor allem für Männer zu einer manifesten Bedrohung, die massive Ängste und einen entsprechenden Leistungsdruck auslöste.

III. Männer

Dieser Hinweis gemahnt an die banale Tatsache, daß »Geschlechterverhältnisse« von zwei Geschlechtern handeln, von Frauen und Männern. Ein Essay, der sich mit Kontinuität und Wandel in den Geschlechterverhältnissen der 60er Jahre beschäftigt, kann sich deshalb nicht darauf beschränken, den Status, die Positionsgewinne und -verluste von Frauen zu bilanzieren. Selbst wenn eine solche Lesart historisch wohl begründet ist und sowohl von den Zeitgenossen als auch von den (rare) Geschichtsschreibern der 60er Jahre immerfort reproduziert wird, halbiert sie die Perspektive und Fragestellung auf unbefriedigende Weise. Männer verkörpern keinesfalls die stille, unproblematische Seite des Geschlechtersystems, die deshalb keiner näheren Analyse bedarf. Vielmehr sind sie systematisch und historisch in gleichem Maße wie Frauen in gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungsprozesse einbezogen. Positionsgewinne und -verluste von Frauen lassen Männer nicht untangiert. Ob Frauen Leitungspositionen besetzen dürfen oder nicht, hängt nicht zuletzt von Männern ab, die sie in diese Positionen berufen; darüber hinaus hat es Auswirkungen auf das männliche Selbstwertgefühl und die Vorstellungen, die sich Männer von ihrer gesellschaftlichen Rolle machen. Wenn Frauen »zornig« werden, bekommen Männer diesen Zorn zu spüren. Welche Weiblichkeitsbilder in einer Gesellschaft kursieren, beeinflusst

²⁷ Gislinde Schwarz, Von der Antibaby- zur Wunschkindpille und zurück. Kontrazeptiva in der DDR, in: Ebd., S. 149–163.

auch die Wahrnehmungen und Deutungen von Männlichkeit (und umgekehrt).

Männliche Rollenbilder und Lebensplanungen reagieren aber nicht bloß auf Veränderungen und Herausforderungen, die von Frauen ausgehen. Sie werden auch – ebenso wie ihre weiblichen Äquivalente – von übergreifenden Modernisierungsprozessen erfaßt, geformt und umgestaltet. Ökonomische und konjunkturelle Entwicklungen sind dafür ebenso bedeutsam wie politische und militärische Strukturen.

Die folgenden Überlegungen zu diesem Problemkomplex sind ausgesprochen vorläufiger Natur, da sie nicht auf eine breite Forschungsdiskussion zurückgreifen können. Die mangelnde wissenschaftliche Aufmerksamkeit spiegelt das Desinteresse der Zeitgenossen, auch der zeitgenössischen Sozialforscher, die ihr Augenmerk nur sehr zögerlich auf geschlechterpolitische Fragen richteten und wenn überhaupt, dann vor allem Frauen (weibliche Erwerbsarbeit, Bildungsverhalten, politische Beteiligung) in den Blick nahmen.

Vollkommen unerforscht sind beispielsweise die Auswirkungen, die die Veränderungen der Arbeitswelt und des Arbeitsmarktes auf männliche Selbstbilder und Rollenvorstellungen hatten. Zweifellos definierten sich Männer auch in den 60er Jahren, die zumindest in ihrer ersten Hälfte noch ganz im Zeichen von Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel standen, in erster Linie durch ihre Berufsarbeit samt dem dadurch erzielten finanziellen Verdienst und sozialen Status. Der Charakter der Arbeit allerdings änderte sich: Der Umbau von der Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft, der in den 60er Jahren vor allem in der Bundesrepublik rasch voranschritt, ließ traditionelle Männerarbeitsplätze in Industrie und Bergbau zugunsten neuer Erwerbschancen im tertiären Sektor schrumpfen. Zugleich wurden im Zeichen der Vollbeschäftigung gerade jene Arbeitsplätze, die mit traditionell männlichen Kennzeichen ausgestattet waren und etwa große Körperkraft sowie dauerhafte körperliche Belastbarkeit erforderten, von ausländischen »Gastarbeitern« übernommen. Der klassische, ausgesprochen maskuline Arbeiter geriet allmählich ins Hintertreffen und wich dem Büroangestellten, dessen Körperlichkeit für seine Tätigkeit völlig unerheblich war. Damit rückten andere Männlichkeits-Typen ins Bild (und in die Werbung): Der smarte, gepflegte, seriöse Mann mit kurzgeschnittenem Haar und glatt rasiertem Gesicht in Anzug und Kravatte verdrängte den schwitzenden, angestrengt arbeitenden »Malocher«.

Daß Männer sich weiterhin primär über ihren (wenngleich verschobenen) Status als Erwerbstätige definierten, heißt nicht, daß sie familienabstinent gewesen wären. Im Gegenteil eroberte die Familie gerade in den 60er Jahren einen größeren Platz im männlichen Lebenszusammenhang. Auch Männer heirateten früher; zudem führte die von den Gewerkschaf-

ten sukzessive durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung dazu, daß die männliche Präsenz in der Familie stieg. Auch die gewachsene Urlaubsfreudigkeit verstärkte die Familienorientierung von Männern, indem die Zeit, die sie mit ihren Kindern und Ehefrauen intensiv und gemeinsam verbrachten, deutlich zunahm. Gesteigerte Konsummöglichkeiten wurden in der Familie geplant und realisiert; auch der gemeinsame Konsum unterstützte die Familiarisierung von Männern.

Gleichwohl wirkte die Arbeitsorientierung von Männern in ihre – wichtiger gewordene – Familienwelt hinein. Vor allem zementierte sie den Anspruch des Ehemanns und Vaters, als Familienernährer geachtet und hoffiert zu werden. Dieser Anspruch geriet nun allerdings in Konflikt mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen – einer Erwerbstätigkeit, die nicht zuletzt dafür verantwortlich war, daß die Familienmitglieder die verbesserten Konsumchancen auch tatsächlich nutzen und realisieren konnten. Selbst wenn sich das Modell des männlichen Ernährers, dem eine Hausfrau und – maximal – Zuverdienerin gegenüberstand, nach wie vor als individuelles und gesellschaftspolitisches Leitmotiv erhielt, geriet es doch seit den 60er Jahren merklich unter Druck. Nicht nur entzog ihm die stetig wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen jüngeren und mittleren Alters Schritt für Schritt die reale Grundlage; auch die gestiegene Bildungspräsenz und die veränderten Lebenspläne junger Mädchen und Frauen ließen seine zukünftige Geltung fraglich werden.

Allerdings waren 1964 immer noch 75 Prozent der bundesrepublikanischen Männer der Meinung, die Frau gehöre ins Haus – ganz allgemein und besonders dann, wenn Kinder zu versorgen seien. Wenn eine Ehefrau trotzdem berufstätig war, nahmen Männer dies nicht zum Anlaß, sich stärker im Haushalt und bei der Kinderbetreuung zu engagieren. Sowohl in der DDR, wo die klassische Arbeitsteilung der Geschlechter sehr viel früher und radikaler verschwand, als auch in der Bundesrepublik blieben die Familienrollen der Geschlechter markant getrennt. Die offiziell empfohlene und beschworene »Partnerschaft« zwischen Frauen und Männern trat allenfalls im familialen Konsumverhalten in Aktion; die innerfamiliale Arbeitsteilung blieb davon unberührt. Selbst wenn Frauen Berufs- und Familienarbeit mischten, zogen es Männer vor, an traditionellen Rollenvorgaben festzuhalten.

Sehr viel sichtbarer und entschiedener dagegen fiel der Wandel auf einem Gebiet aus, das zumindest bis zur Mitte der 40er Jahre einen Kern traditioneller Männlichkeits-Vorstellungen gebildet hatte: dem Militär. Obwohl beide deutsche Staaten seit den 50er Jahren wieder Armeen aufbauten und zum System der allgemeinen Wehrpflicht zurückkehrten, konnte sich das Militär nicht mehr in gleicher Intensität wie vor 1945 als »Schule der Männlichkeit« profilieren. Selbst wenn viele bundesdeutsche Arbeitgeber auf den abgeleisteten Wehrdienst ihrer neu einzustellenden

Mitarbeiter Wert legten («Haben Sie gedient?») und Aufstiegs- und Karrierechancen in der DDR unverhohlen an den Dienst in der NVA gebunden wurden, gewann die Uniform nicht jene magische Ausstrahlung zurück, die sie im 19. und frühen 20. Jahrhundert besessen hatte. Die durchgreifende Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens – in der Bundesrepublik stärker vollzogen als in der DDR²⁸ – ließ den soldatischen Mann, jene Ikone der Nazi-Zeit, zum Anachronismus werden.

Gerade in der Jugendkultur konnte er nicht mehr Fuß fassen: Hier tauchte in den 60er Jahren sogar ein Typ auf, der sein drastisches Gegenbild verkörperte. Lässig statt zackig, langhaarig statt kurzgeschoren, sensibel statt großmäulig läutete er den radikalen Abschied von jenen Generationen ein, deren Kindheit und Adoleszenz in der einen oder anderen Form durch militarisierte Jugendverbände geprägt worden war. In der viel stärker informalierten Jugendszene der 60er Jahre fand das »Idol des gebieterischen, knallharten Supermannes, der selbst kaum Gefühlsregungen kennt«, immer weniger Anhänger; statt dessen bekannte man sich, nicht zuletzt durch Kleidung, Haarlänge, Gesten, zu dem Bedürfnis, »sich anzukuscheln« und öfters mal »abzuschlafen«.²⁹

So heftig diese Hippie-Kultur sich auch von traditionelleren Männlichkeits-Vorstellungen distanzierte, so begrenzt blieb doch ihr Einfluß auf die öffentlichkeitswirksamen Bilder idealer Männlichkeit. Von den visuellen und Print-Medien immer professioneller und glanzvoller vermittelt, entstanden diese auf einem gänzlich anderen Parkett: dem der Technik und des Sports. Technik und Sport – in beiden Feldern fanden Männer in den 60er Jahren neue, vordem ungeahnte Möglichkeiten, ihren Geschlechtscharakter kontrastiv zu behaupten und in Szene zu setzen. Die vor allem in der Bundesrepublik rasant steigende Motorisierungsrate lieferte Männern ihr liebstes Spielzeug, zugleich aber auch das Mittel, sozialen Aufstieg und Dynamik öffentlich zu präsentieren. Das Auto – in seiner Doppelfunktion als Konsumartikel und technischer Herausforderung – nahm im Freizeitverhalten junger wie erwachsener Männer einen immer größeren Stellenwert ein.³⁰ Jungen Männern bot es die Gelegenheit,

28 Auf diese Differenz verweist auch die unterschiedliche Redaktionspolitik der deutsch-deutschen Frauenzeitungen. Hielt sich etwa die »Brigitte« mit Artikeln über Soldaten und Bundeswehr sehr zurück und berichtete, wenn überhaupt, eher skeptisch («Verrohung»), zeichnete die DDR-Zeitschrift »Frau von Heute« ein durchweg positives, vorbildhaftes Porträt der NVA-Soldaten und präsentierte sie als Beschützer von Frauen und Kindern. Vgl. etwa die Artikel in »Brigitte« 24/1961, S. 70f., sowie »Frau von Heute«, 3.3.1961, S. 7; 20.10.1961, S. 6.

29 Spiegel, Nr. 47/1968, S. 67.

30 In der DDR, wo 1970 erst 16 Prozent der Familien ein Auto besaßen (im Unterschied zur Bundesrepublik, wo der Anteil bereits bei 50 Prozent lag), übernahm das motorisierte Zweirad diese Funktion.

sich als Hobby-Rennfahrer und Bastler darzustellen; Familienväter konnten sich am Steuer des liebevoll gepflegten Gefährts als Familienoberhäupter beweisen.³¹ Daß auch immer mehr Frauen den Führerschein erwarben – 1969 entfiel immerhin ein Drittel aller in der Bundesrepublik erteilten Fahrerlaubnisse auf Frauen³² –, heißt nicht, daß sie damit auch bereits das Anrecht besaßen, den Wagen zu kutschieren.

Auch der Sport – sowohl der passiv geschaute als auch der aktiv praktizierte – entwickelte sich zu einem Freizeit-Bereich, der Geschlechter-Differenzen scharf markierte und Männern Reservate einräumte, in denen sie ihre spezifischen Vorlieben und Gruppenrituale ausleben konnten. Selbst wenn der Anteil weiblicher Mitglieder in Turn- und Sportvereinen in den 60er Jahren leicht anstieg – in der Bundesrepublik übrigens stärker als in der DDR –, waren Männer dort unbestritten in der Mehrheit: 1961 waren 80 Prozent, 1969 immer noch 74 Prozent der Mitglieder des (westdeutschen) Deutschen Sportbundes Männer; in der DDR schwankte der männliche Anteil zwischen 73 und 74 Prozent.³³ Noch eindeutiger zeichnete sich das maskuline Profil in den Fußballvereinen ab. Die Fußball euphorie der Nachkriegszeit, die Identifikation mit den »Helden von Bern«, setzte sich in den 60er Jahren unvermindert fort; besonders nach der Eröffnung der Bundesliga 1963 stiegen die (fast ausschließlich männlichen) Mitgliederzahlen des Deutschen Fußballbundes rasant an.³⁴ Männer, die in ihrer Kindheit und Jugend den Ball gekickt hatten, blieben ihm auch später treu, als Fans der Vereine, als Besucher im Stadion oder als Zuschauer vor dem Fernseher. Nirgendwo war die männliche Vergemeinschaftung so stark und flächendeckend wie im Fußballsport. Ein Großteil jener agonalen Energien, die Männer nach 1945 nicht mehr in para-, prä- oder militärischen Zirkeln ausleben durften, fand hier (ebenso wie im Autoverkehr) ein geeignetes Exerzierfeld.

Eine heile Männerwelt gab es in den 60er Jahren auch noch in der Politik. Kaum eine Frau störte das bierselige Miteinander; sowohl auf Ortsvereinsebene als auch in den höheren Parteigremien blieben Männer weitgehend unter sich. Dieses Muster erhielt sich auch bei den »zornigen jungen Männern«, die seit den frühen 50er Jahren in der bundesrepublik

31 Dietmar Klenke, Die deutsche Katastrophe und das Automobil, in: *Moderne Zeiten. Technik und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Michael Salewski, Stuttgart 1994, S. 157–173.

32 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1970, S. 301.

33 Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1971, S. 402; dass. 1970, Berlin 1970, S. 91; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1962, S. 118 f.

34 Fußball, soccer, calcio, hrsg. von Christiane Eisenberg, München 1997, S. 120.

kanischen Politik und Literatur von sich reden machten. Selbst im SDS hielten sich Frauen zurück und waren für logistische Probleme zuständig, anstatt politische Diskussionen zu führen. Ein ähnliches Muster zeigte sich in der DDR; obwohl auf der Jugendebe (FDJ) Mädchen nicht anders als Jungen mobilisiert wurden, waren Volkskammer, Politbüro und Zentralkomitee weitgehend frauenlose Räume.

IV. Resümee

Im Ergebnis läßt sich bilanzieren, daß die Auf- und Umbruchsignale, die der Erwerbs- und Bildungsbereich in die Geschlechterwelt entsandte, in den 60er Jahren noch keine gravierenden Verhaltensunsicherheiten auslösten. Für Männer, deren Monopole und Privilegien in den Bildungsinstitutionen ebenso wie auf dem Arbeitsmarkt allmählich unter Druck gerieten, gab es genügend kompensatorische Felder, auf denen sie sich von Frauen abgrenzen konnten. Frauen selber stellten diese Felder nicht in Frage, ebenso wenig wie sie beanspruchten, ihr eigenes traditionelles Feld, die Familie, mit Männern zu teilen. Statt dessen gewöhnten sie sich daran, phasenweise zwischen Familie und Berufstätigkeit zu wechseln (in der Bundesrepublik) oder beides dauerhaft, wenngleich immer häufiger in Form von Teilzeit-Erwerbstätigkeit, miteinander zu verbinden (in der DDR).

Die zeittypischen Familiarisierungstendenzen, die vor allem im wachsenden Freizeitbereich sichtbar wurden, bargen sowohl Chancen als auch Risiken: Einerseits förderten sie die Annäherung der Geschlechter und eine partnerschaftliche Konstruktion ihrer Beziehungen. Verstärkt wurde diese Annäherung durch die öffentliche Aufwertung von Sexualität, Zärtlichkeit und Erotik. Andererseits öffnete sich der private Bereich damit aber auch der Kritik: Gesteigerte Anforderungen an Intimität, Verständnis und Rücksichtnahme setzten Männer wie Frauen einem erhöhten Erwartungsdruck aus, dem sie nicht immer – und offenbar immer seltener – standhielten.

Die DDR wies in dieser Hinsicht der Bundesrepublik den Weg. Zugleich aber unternahm sie vor allem in den 60er Jahren vermehrte Anstrengungen, politisch auf das Geschlechterverhältnis einzuwirken und es unter dem Signum der Gleichberechtigung vornehmlich im Erwerbsleben umzugestalten. Der staatlich initiierten und forcierten Frauenförderungs-politik im Osten hatte der Westen nichts entgegenzuhalten. Hier gingen die Impulse für eine gezielte Veränderung der Geschlechterverhältnisse eher »von unten«, von der Jugend- und Bildungsszene aus. Zu veritablen »Umbrüchen« der Geschlechterverhältnisse, die auch gesamtgesellschaftlich sichtbar waren, kam es hier aber erst in den 70er Jahren.

Anselm Doering-Manteuffel

Eine neue Stufe der Verwestlichung? Kultur und Öffentlichkeit in den 60er Jahren

In den 60er Jahren bildeten die Bundesrepublik und die DDR soziokulturell ihr spezifisches Profil als der unverwechselbar westdeutsche und der unverwechselbar ostdeutsche Teilstaat aus. Die massive Trennung, die der Mauerbau bewirkte, hat dabei gewiß eine große Rolle gespielt, und in diesem Jahrzehnt standen die beiden deutschen Gesellschaften wohl am deutlichsten spürbar in der gesamten Epoche der Zweistaatlichkeit mit dem Rücken gegeneinander. Beide Seiten nahmen die jeweils andere mit verminderter Aufmerksamkeit wahr, nicht nur deshalb, weil die Teilung Kommunikationswege und Informationsmöglichkeiten nun stärker beeinträchtigte, sondern weil in beiden Blöcken des Ost-West-Konflikts ein stürmischer Veränderungsprozeß ablief, welcher die Energien der Gesellschaften in den beteiligten Ländern des westlichen wie des östlichen Lagers auf die interne Bewältigung dieser Veränderungen lenkte. Das konnte an den Deutschen hüben und drüben nicht spurlos vorbeigehen. Im Gegenteil, die Wirkungen waren hier besonders deutlich zu erkennen.

Werfen wir zuerst einen kurzen Blick auf die Konstellation zwischen West und Ost im Kalten Krieg.¹ 1957 hatte die Sowjetunion als erstes Land der Erde einen Satelliten, den »Sputnik«, ins Weltall geschossen. Sie hatte damit den hohen Stand ihrer technischen Leistungsfähigkeit, ja ihre Überlegenheit über die USA demonstriert und nebenbei zu erkennen gegeben, daß sie jetzt über Interkontinentalraketen verfügte und ihre schon seit 1949 vorhandenen Atombomben nunmehr über den Pazifik oder den Atlantik befördern konnte. Über Nacht war die Unangreifbarkeit der

¹ Vgl. hierzu Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998.

USA zu einer Fiktion geworden. Die Rivalität zwischen den Blockvorfürmachern nahm eine neue Qualität an. Es ging jetzt um die Frage, ob unter der nuklearen Bedrohung eine der beiden Supermächte künftig die Suprematie im internationalen System würde praktizieren können oder ob das Staatensystem des Ost-West-Konflikts durch das Patt zwischen den Vorfürmachern bestimmt sein würde. Zuerst begann die Sowjetunion mit einer gleichermaßen politischen wie technischen Kraftanstrengung, die im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren darauf hinzudeuten schien, daß der Osten womöglich doch den Westen »einholen und überholen« könne, wie seine Propaganda verkündete. Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom Spätherbst 1958 deutete diesen Anspruch ebenso an wie die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba zwei Jahre später. Von 1959 bis 1962 führte die Rivalität der Supermächte schließlich bis an den Rand des Krieges, und als sie beigelegt worden war, zog sich nicht nur die Mauer durch Berlin als sichtbares Zeichen des machtpolitischen Kompromisses zwischen West und Ost. Dem Osten war es nicht gelungen, West-Berlin dem DDR-Territorium einzuverleiben, denn der Westen hatte seine Präsenz in den Westsektoren als unantastbar markiert und darüber auf seine besatzungsrechtliche Gewalt im Ostsektor, welcher fortan »Hauptstadt der DDR« genannt wurde, verzichtet. Vielmehr lenkten beide Seiten 1962 auch in der Raketenkrise ein. Die Sowjetunion baute ihre Abschußanlagen auf Kuba wieder ab, und die USA demontierten Stellungen in der Türkei. Jetzt war klar geworden, daß es eine Suprematie einer der beiden Supermächte im internationalen System nicht geben würde. Man mußte sich im Patt arrangieren. Hier begann das Nachdenken über politische Instrumentarien zur Regelung solcher Krisen, die an den Rand des Atomkriegs führten; kurz: Es begann das Nachdenken über die Prinzipien der Entspannungspolitik. Schon vorher hatte noch etwas anderes begonnen, das die Entwicklung in den 60er Jahren und das Bewußtsein der Menschen insbesondere in der westlichen Welt deutlich prägen sollte. Unter dem neu gewählten, jungen Präsidenten John F. Kennedy entschied die Regierung der USA, der Sowjetunion auf dem Feld der Raketen- und Raumfahrttechnologie mit allen aktivierbaren Ressourcen entgegenzutreten und den Wettbewerb zu forcieren: Wenn die erste Rakete im Weltall aus der Sowjetunion stammte, dann mußte der erste Mensch auf dem Mond ein Amerikaner sein. Aus dem »Sputnikschock« vom Herbst 1957 war im Juli 1958 die NASA hervorgegangen, deren Satellitenprogramm unter Kennedy ab Januar 1961 auf dieses Ziel ausgerichtet wurde. Am 21. Juli 1969 pflanzte Neil Armstrong die amerikanische Flagge in den staubigen Boden des Mondes. Die Sowjetunion hatte das Rennen verloren, ein dauerhaftes Einholen oder gar Überholen des Westens war ihr nicht möglich.

Das bildet die Außenansicht der Entwicklungen, die in den 60er Jahren

die Gemüter bewegten. Die Innenansicht² gibt den Blick frei auf Komponenten, welche den Zusammenhang zwischen den innergesellschaftlichen Veränderungen und dem internationalen Geschehen widerspiegeln und die atmosphärische Eigenart von Öffentlichkeit und Sozialkultur in diesem Jahrzehnt kennzeichneten. Das war zunächst die zunehmende mediale Präsenz des internationalen Geschehens; das war die wachsende gesellschaftliche Fixierung auf den Fortschritt und dessen Planbarkeit, ein steigender Optimismus, daß technisch alles machbar sei, wenn man es nur anpackte; das war der Wandel von ideologischen Grundmustern der Nachkriegszeit: durch eine intensive Rezeption des Marxismus und neomarxistischer Theorien in den westlichen Ländern, mit denen sich linke und linksliberale Intellektuelle im Nachhinein vom Antikommunismus der 50er Jahre distanzieren, und durch eine kulturelle Aufbruchstimmung im Osten, die kritische Offenheit zu ermöglichen schien und die Hoffnung auf einen humanen, dem liberalen Dialog aufgeschlossenen Sozialismus nährte; und das war schließlich das Bewußtsein von Bewegung, Fortschritt im Alltagsleben und der Stabilisierung der materiellen Lebensbedingungen. Bei den Nachkriegsdeutschen kehrte jetzt der Wohlstand ein, im Westen mehr, im Osten nur ein wenig, aber immerhin auch dort spürbarer als in einem sozialistischen Nachbarland wie Polen. Das wachsende Angebot an erschwinglichen Verbrauchsgütern und der Massenkonsum verschoben auch die kulturellen Parameter. Hier wirkten US-amerikanische Einflüsse auf die Deutschen, zuerst und besonders stark im Westen, aber aus der Bundesrepublik dann auch hinein in die DDR und die Länder des Ostblocks. Bei aller gegenseitigen Entfremdung der Deutschen nach dem Mauerbau, bei allen Erscheinungsformen von typisch westdeutscher oder typisch ostdeutscher Prägung der Gesellschaften erfaßte der übergeordnete Prozeß des Wettlaufs der Systeme um die überlegene technisch-wirtschaftliche und soziale Modernität die Menschen in beiden deutschen Staaten gleichermaßen. Wenn die Beiträge dieses Abschnitts doch in stärkerem Maß die Entwicklung in der Bundesrepublik darstellen, dann hängt das zum einen damit zusammen, daß die Geschichte des Westens weit intensiver erforscht ist als die des Ostens, während zum anderen sichtbar wird, wieviel leichter die Dynamik gesellschaftlichen Wandels in einer offenen Gesellschaft analysiert werden kann als in einer diktatorisch beherrschten.

Die 60er Jahre waren das Jahrzehnt der Ausbreitung des Fernsehens. Das war ein Prozeß, der die kulturelle Homogenisierung in den beiden deutschen Staaten maßgeblich vorantrieb.³ Je mehr alle Menschen ein und

2 Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 391–396; Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999.

3 Vgl. den Beitrag von Konrad Düssel in diesem Band.

dasselbe sehen konnten, desto mehr bewirkten die im Fernsehen angebotenen Muster kulturelle Stanzungen: Wahrnehmungshorizont, Informationen und Kenntnisse, Wertorientierungen und Ordnungsvorstellungen wurden in den Sendeanstalten in einem je unterschiedlichen urbanen Kontext normiert und den Empfängern in Groß- und Kleinstädten und auf dem flachen Land gleichermaßen zugänglich gemacht. Das Fernsehen wurde in den ländlichen Regionen, je mehr es sich dort ausbreitete, zur Agentur der »Anpassung an die urbanen Konsumgewohnheiten« (Knut Hickethier) und ergänzte hier einen zweiten Prozeß der Abschleifung des Stadt-Land-Gegensatzes. Denn je mehr die Menschen nach dem Krieg – zunächst als Folge der Zerbombung – außerhalb der städtischen Zentren angesiedelt wurden, je mehr sich dann der Zug ins Grüne herausbildete und der Eigenheimbau erst am Stadtrand, dann als Gürtel um stadtnahe Dörfer Wirklichkeit wurde, desto mehr entwickelte sich der Berufspendler zu einem modernen Typus des Arbeitnehmers. Dessen Existenzform erforderte nicht nur den Besitz eines PKW und machte den extensiven Ausbau des Straßennetzes nötig. Vielmehr ebnete sie den Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Milieu ein und rückte ihn als kulturelle Erfahrung von Generationen in den Hintergrund. Das Fernsehen begleitete und verstärkte diese Entwicklung.⁴

Als Triebkraft gesamtgesellschaftlicher Modernisierung war das Fernsehen in Deutschland zugleich ganz unmodern. Vielleicht mußte es das sein, um die Wirkung der Applanierung von alten kulturellen Mustern einer ländlich-bäuerlichen oder städtisch-bürgerlichen Existenz abzumildern. Die Pflege des deutschen Schlagers mit »Mannsbildern« wie Heino und Roy Black, Komödienstadel, bajuwarische Ursprünglichkeit, Trachtenkostümierung und die bieder männliche Fetzigkeit eines Entertainers wie Peter Alexander bedienten Sehnsüchte der Menschen, die ihre Alltagserfahrung in der verstädternden Provinz nicht zu stillen vermochte. Gleichzeitig erfolgte, parallel dazu, der Einmarsch der amerikanischen Fernsehunterhaltung mit Serien wie *Fury*, *Lassie* oder *Bonanza*. Das war die heile Welt der weißen Mittelklasse in den USA, wo Ordnung herrschte, Großmut und Anständigkeit zu Hause waren und immer ein Held zur Stelle war, wenn Ungemach nahte – wenn die feindliche Welt in die eigene einzubrechen drohte. Auch in der sich anbahnenden Ära der Entspannung markierte der Kommunismus, »der Osten« die feindliche Welt. Für die Aufnahme der US-amerikanischen Ideologie mit dem tapferen Individuum, das Recht und Besitz selbstlos verteidigt, gefährdete Ordnung wiederherstellt und das Böse überwindet, war nach dem Zweiten Weltkrieg wohl kein Land so offen wie Westdeutschland: Besiegt, zerschlagen, die

4 Vgl. Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massemedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 262–305.

nationale Identität zerstört und den Nationalsozialismus noch in den Gliedern, waren Sinnangebote gefragt, die aus der kulturellen Tradition des kleindeutschen Nationalstaats nicht zu decken waren. Weniger die 50er, aber entscheidend die 60er Jahre machten das offenbar. Das Fernsehen nahm hier eine wichtige Vermittlungsfunktion wahr, indem es dazu beitrug, das Selbstverständnis der Deutschen nach Hitler zu formen.⁵

Aber nicht nur das Fernsehen, nicht nur Comic-Hefte mit *Batman*- oder *Superman*-Geschichten brachten die Botschaft Amerikas ins Haus. Kulturelle Entwicklungen im westlichen Ausland wurden fast mehr noch vom Radio aufgenommen als vom Fernsehen, zumal dort, wo die Jugend anzusprechen war. Das Fernsehen entstand und etablierte sich für die Erwachsenenwelt, es war seriös, ernst und wirkte dort, wo es Unterhaltungsprogramme bot, behäbig und bierselig deutsch. Nur die Krimis und die Serien waren auch etwas für Jugendliche und stammten nicht ohne Grund von einem englischen Autor wie Francis Durbridge oder aus amerikanischen Studios. Die Unterhaltungsmusik der Jugend indessen, Rock in den 50er und Beat in den 60er Jahren, kam durch das Radio unter die Leute, und so hatten beide Funkmedien ihren Anteil an der Wirkung auf die Gesellschaft und Einfluß auf deren Wandel.⁶ Es gehört mit ins Bild der westdeutschen Mediengeschichte, daß sowohl Radio als auch Fernsehen der Bundesrepublik beträchtliche Bedeutung für die DDR hatten und dort in scharfer Konkurrenz zur Produktion der DDR-Medien standen. Die dortige Verfügbarkeit von Medien schloß immer endogene und exogene Komponenten in sich. Das kennzeichnete sie unverwechselbar, während – außer vielleicht in West-Berlin – das DDR-Fernsehen und der Rundfunk nur von wenigen einzelnen konsumiert wurden. Im Wettkampf der Systeme dominierten die Massenmedien des Westens.

Was die 60er Jahre kulturell kennzeichnete, waren jedoch nicht nur Entwicklungen im Bereich von Unterhaltung und medialem Massenkonsum. Mindestens ebenso wichtig waren die geistigen Strömungen im Bereich der Elitenkultur und der wissenschaftlichen und literarischen Intelligenz. In den 50er Jahren hatte das geistige Klima in der Bundesrepublik noch stark den Einfluß von Persönlichkeiten spüren lassen, die noch im Wilhelminischen Kaiserreich erwachsen geworden waren und bürgerlichen Bildungsvorstellungen überwiegend konservativer Spielart anhängen. Das galt insbesondere an den Universitäten, aber auch im Theater und im Feuilleton der überregionalen Presse dominierte dieses Muster.

5 Gerhard Bliersbach, *So grün war die Heide...* Die gar nicht so heile Welt im Nachkriegsfilm, Weinheim/Basel 1989; *Amerikanische Einstellung. Deutsches Fernsehen und US-amerikanische Produktionen*, hrsg. von Irmela Schneider, Heidelberg 1992.

6 Vgl. den Beitrag von Konrad Dussel in diesem Band.

Am Ende der 50er Jahre traten hier Veränderungen ein, und kurz darauf waren Anzeichen intellektuellen Aufbruchs allenthalben zu spüren. Die Ideen und Orientierungen der Studentenbewegung leiteten sich von dort her. »1968« begann im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren.⁷

Große Bedeutung erlangte der intellektuelle Einfluß deutscher Remigranten auf das linke Spektrum der Studentenschaft in den Geistes- und Sozialwissenschaften.⁸ Die deutsche Studentenbewegung ist nicht zu verstehen, wenn man das Augenmerk nur auf die Außerparlamentarische Opposition, die APO, in den Jahren von 1966 bis 1969 richtet. In der APO trafen sich Studierende, Gewerkschafter und Intellektuelle aus Literatur und Medien in ihrem Protest gegen die Notstandsgesetzgebung einer Bundesregierung, die als Große Koalition aus CDU/CSU und SPD eine wirkungsvolle, kritische innerparlamentarische Opposition unmöglich zu machen schien. Die APO bündelte obendrein vieles, was in den bewegten Jahren 1967/68 dann pauschal mit dem »Studentenprotest« assoziiert wurde, seien es die spektakulären Erscheinungsformen der Lebensstilrevolution in Gestalt der »Kommune I« oder des Angriffs auf das »Establishment«, seien es die gewaltsamen Proteste gegen den Vietnamkrieg und die kapitalistische Blockvormacht USA, die nach den Schüssen auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke in den Terrorismus hinüberleiteten.⁹

Aber die intellektuellen Antriebskräfte in der Studentenbewegung werden darüber nicht greifbar. Die Trennung von SPD und SDS 1960 war eine Folge des ein Jahr zuvor beschlossenen Godesberger Programms. Der SDS widersetzte sich dem in Godesberg vollzogenen Verzicht auf den Marxismus in den programmatischen Aussagen der SPD und hielt den »Traditionsozialismus der Arbeiterbewegung« (Claus-Dieter Krohn) in bestimmten Zirkeln weiterhin aufrecht. Doch bedeutungsvoller als diese rückwärtsgerichtete Orientierung, die aber immerhin die Parteilinie der SED in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren zur Geltung brachte und publizistisch verbreitete, waren die Einflüsse jener linken Intellektuellen, die vor dem Nationalsozialismus ins Exil geflohen waren und nach 1945 die Rückkehr nach Deutschland gewagt hatten. Die bekanntesten Gruppen wirkten in Frankfurt a. M. und Berlin – Horkheimer und Adorno als Repräsentanten der Frankfurter Schule, Fraenkel, Löwenthal, Flechtheim und manche andere als Gründungsprofessoren der Freien Universität Berlin, in der sie die Politikwissenschaft etablierten. Hier entstanden die Diskussionsräume für die Theoriebildung der Neuen Linken in West-

7 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

8 Vgl. den Beitrag von Claus-Dieter Krohn in diesem Band.

9 Görtemaker (wie Anm. 2), S. 475–525.

deutschland. Hier wurde die Kritik an einer spezifischen Spielart des Linksliberalismus artikuliert, der in den 50er Jahren aus den USA nach Deutschland gekommen war und die Programmreform der SPD maßgeblich beeinflusst hatte. Die Kritik aus der Studentenbewegung an der Godesberger SPD war insofern eine rein innerwestliche Kritik, als der Neomarxismus der Neuen Linken in Westeuropa wie in den USA gegen die Theoriebildung und die politischen Herrschaftsansprüche des aus dem amerikanischen New Deal hervorgegangenen und u. a. im Reformprogramm der SPD zur Geltung gelangten *consensus liberalism* artikuliert wurde. Die verständnislosen Rufe aus der bürgerlich-konservativen Öffentlichkeit gegen die intellektuellen Wortführer der Studentenbewegung, »Geht doch nach drüben!«, zeigten nur an, wie wenig diese geistigen Impulse in der Gesellschaft verstanden wurden, sie konnten bei den Studenten nur Kopfschütteln hervorrufen.¹⁰

Beim europäisch-atlantischen Kreislauf geistiger Strömungen in Europa vor dem Nationalsozialismus, in den USA seit den 30er Jahren und wiederum in Europa seit 1945/50 spielten die Remigranten eine bedeutende Rolle. Sie nahmen die sozialwissenschaftlichen Frageansätze ihrer Theoriebildung mit ins Exil, erlebten dort die Konfrontation mit einer anderen intellektuellen Welt und einem anderen, ungezwungenen geistigen Klima, integrierten neue Eindrücke, Einsichten und persönliche Lebenserfahrung in diesen abstrakten Kontext und kehrten so, gleichermaßen gewandelt und sich gleich geblieben, später nach Deutschland zurück. Sie schufen in den westdeutschen Universitäten den Raum, wo eine westlich-marxistische Theoriebildung kritische Distanz sowohl zum amerikanisch-westeuropäischen (New Deal-)Linksliberalismus als auch zum deutschen Nationalkonservatismus ermöglichte. Daraus ging die intellektuelle Bedeutung und kulturelle Wirksamkeit der Studentenbewegung hervor.

Diese deutschen Intellektuellen hatten vor dem Nationalsozialismus fliehen müssen wegen ihrer sozialistischen Orientierung und meist wegen ihrer jüdischen Abkunft. Als Remigranten wurden sie in Deutschland keineswegs freudig begrüßt; neben vielen anderen Motiven wirkte hier die Praxis der Volksgemeinschaft deutlich nach. Wer zurückkehrte, paßte sich möglichst leise in seinen künftigen sozialen und beruflichen Kontext ein, integrierte sich in das soziale Verhaltensmuster des »kommunikativen Beschweigens«. So blieb es den Jungen überlassen, den Part der Gesellschaftskritik im Deutschland nach Hitler zu übernehmen, den die Alten, ihre akademischen Lehrer, nicht annehmen wollten und konn-

10 Clemens Albrecht u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M./New York 1999; Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? (wie Anm. 7), S. 71–126.

ten.¹¹ Gleichzeitig aber vollzog sich in den USA eine ganz intensive Annäherung zwischen jenen deutschen Emigranten, die nach 1945 nicht nach Europa zurückkehrten, und den jungen Intellektuellen, die dann zu Wortführern der *New Left* in Amerika wurden. Hier handelte es sich vielfach um Interaktion zwischen Angehörigen der jüdischen Mittelschicht der USA und jüdischen Emigranten aus Europa, und hier wurden die Fragen über die kulturellen Zusammenhänge des Nationalsozialismus und des Genozid formuliert. Die Verbindungen zwischen der *New Left* in den USA und der Neuen Linken in der Bundesrepublik brachten diese Fragen dann nach Deutschland, wo sie erneut gestellt wurden – bitter, insistierend und mit tiefer Wirkung auf den Generationenzusammenhang von Kindern und Eltern. »Die studentischen Akteure in den USA waren Kinder der Opfer, die deutschen dagegen Nachkommen der Täter oder Mitläufer« (Krohn). Der gesellschaftlich so notwendige intergenerationelle Dialog kam in der Bundesrepublik wohl wegen dieses Zusammenhangs nicht zustande, nicht mit den Eltern und nicht mit den akademischen Lehrern. So blieb die Studentenbewegung mit ihrem gesellschaftskritischen Anspruch im Vorfeld des zentralen Problems stecken. Doktrinäre Verhärtungen in den späteren Jahren dürften zum Teil daraus zu erklären sein.

Vor dem Hintergrund dieser Einflüsse auf die Studentenbewegung gewinnt das politische Engagement der Schriftsteller seine deutlich andere Kontur.¹² Auch hier gab es den Bezugspunkt, von wo Wandel und Bewegung ihren Ausgang nahmen. Das war ein weiteres Mal die programmatische Umorientierung der SPD zwischen 1957 und 1959, die in der linken Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft in den folgenden Jahren Erwartungen auf Veränderung und Erneuerung weckte. Die stickige Enge der Wiederaufbauzeit, die viele seit der Mitte der 50er Jahre empfunden hatten, wurde zunehmend kritisiert, indessen nicht unbedingt überwunden. Immerhin, das politische Engagement der Schriftsteller schuf Unruhe, rief Verhaltensweisen von Biederkeit und Obrigkeitsfrömmigkeit in der »Gesellschaft der Kanzlerdemokratie«¹³ ins allgemeine Bewußtsein, aber die literarischen Protagonisten waren selbst viel zu sehr von der Atmosphäre der Gründerjahre der Republik beeinflusst, als daß sie sich vom westdeutschen Teilstaat hätten vollständig emanzipieren können. Sie blieben in der Wohlstandsstube hocken, die sie zwar nicht liebten, die ihnen aber doch

11 Claus-Dieter Krohn macht auf diesen wichtigen Sachverhalt aufmerksam, der die persönliche Tragik eines jeden Emigranten- und Remigrantenlebens ahnen läßt. Vgl. dazu seinen Beitrag in diesem Band.

12 Per Øhrgaard stellt dies mit Blick auf die frühen 60er Jahre in seinem Beitrag in diesem Band dar.

13 Anselm Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1–18.

zum Zuhause geworden war. Anders als die Remigranten im Universitätsbetrieb, anders auch als ein emigrierter Schriftsteller wie Thomas Mann, der den Rückweg nach Europa nur bis in die Schweiz nahm und mit Deutschland weder künstlerisch noch staatsbürgerlich enge Berührung suchte, waren die Literaten der Nachkriegszeit Bundesrepublikaner, und sie blieben es mit Inbrunst. Die 60er Jahre bildeten das Jahrzehnt, in dem sie sich politisch und soziokulturell plazierten. Am Beispiel von Günter Grass und Hans Magnus Enzensberger lassen sich zwei Varianten dieses Verhaltens aufzeigen. Das Engagement von Grass für Willy Brandt, den Kanzlerkandidaten der SPD seit 1960, galt einem charismatischen Sozialdemokraten, der wie keiner vor ihm die SPD als eine bundesrepublikanische politische Kraft verkörperte. Als Regierender Bürgermeister Berlins gehörte Brandt zu den wichtigsten und einflußreichsten »Westernisierern« in der SPD, in jenem Kreis, der die westdeutsche demokratische Linke im Verlauf der 50er und frühen 60er Jahre dem Gedankengut des *consensus liberalism* zu öffnen half und die Aussöhnung von Kapitalismus, individuellem Gewinnstreben und staatlicher Rahmenplanung in der Wirtschaft politisch verwirklichte. In der Atmosphäre des Aufbruchs, des Fortschrittsdenkens und des Glaubens, daß alles prinzipiell machbar sei, verkörperte Brandt seit Mitte der 60er Jahre den Willen zur Modernisierung in der Gesellschaft und zur Entspannung zwischen den feindlichen Blöcken. Grass kämpfte mit Wahlreden für Brandt allerdings nicht so sehr wegen dessen entschiedener Westorientierung, sondern weil Brandt als Repräsentant der jungen Generation und der politischen Linken in der Bundespolitik die Alternative zum bürgerlichen und marktwirtschaftlichen Konservatismus der Ära von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard verkörperte. Enzensberger hingegen zog es vor, als kritischer Intellektueller Distanz zum politischen Geschäft und mithin zur SPD zu halten. Diese beiden Varianten wurden charakteristisch für die Formen des politischen Engagements von Schriftstellern in der Bundesrepublik, so daß die 60er Jahre in der Tat viel mehr als die 50er Jahre als diejenige Dekade anzusprechen sind, wo sich das kulturelle Profil Westdeutschlands herausbildete.¹⁴

Dieses Bild verfestigt sich noch, wenn man die Entwicklung des Films zur gleichen Zeit betrachtet.¹⁵ Es gab eine auffallende Parallelität und die damit gleichwohl verknüpfte Gegensätzlichkeit des Geschehens in der Bundesrepublik und der DDR. Der künstlerische Aufbruch bei den Filmen erfolgte hier wie dort in der ersten Hälfte der 60er Jahre und führte dazu, daß sich spezifische west- und ostdeutsche Artikulationsformen

14 Helmut L. Müller, Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim/Basel 1982.

15 Vgl. den Beitrag von Irmgard Wilharm in diesem Band.

deutlicher als zuvor herausbildeten. In den 50er Jahren repräsentierten die Filme in der Bundesrepublik das gesellschaftliche Phänomen des »kommunikativen Beschweigens« der NS-Vergangenheit, nicht nur, weil sie eine heile ländliche oder städtische Welt beschworen, die es nicht gab und nie gegeben hatte, sondern auch, weil als Regisseure prominente Vertreter des nationalsozialistischen Films in der Bundesrepublik, nunmehr im Gewand des unpolitischen Künstlers, weiterarbeiten konnten. Insgesamt war das Filmschaffen jener Zeit sehr traditionell, und dagegen richtete sich 1962 das Oberhausener Manifest mit seinem Schlagwort »Papas Kino ist tot«. In der DDR der 50er Jahre war hingegen der doktrinäre Kommunismus aus der KPD-Tradition der 20er Jahre und in der sowjetischen Spielart maßstabgebend, der Stalinismus bildete die Richtschnur. Nach dem Mauerbau änderte sich das, und der rasante Wandel in den Staaten und Gesellschaften beider Blöcke des Ost-West-Konflikts beflügelte in der DDR eine Aufbruchstimmung, die die Filmer dazu trieb, heiße Eisen anzupacken. Ein markantes Merkmal dafür waren die Tabubrüche in filmischen Darstellungen, die eine Reformnotwendigkeit, aber auch das Vertrauen in die Reformfähigkeit des Staatssozialismus signalisierten. In der Bundesrepublik war das nicht anders, nur bezogen sich die Tabubrüche auf andere Zusammenhänge. Während in der DDR die filmische Darstellung eines Streiks einen Tabubruch im Selbstverständnis des Systems markierte, war es in der Bundesrepublik die Inszenierung der Kontinuität vom Nationalsozialismus zur Gegenwart oder filmischer Spott über das verkniffene Arbeitsethos der Wiederaufbaugesellschaft. Der spielerische Unernst, der in den Filmen von May Spils zu sehen war, reflektierte gesellschaftliche Trends in der Jugend der 60er Jahre von den USA bis nach Deutschland, aber die Aufbruchstimmung, die darüber vermittelt wurde, war kein Privileg des Westens, sondern galt – für begrenzte Zeit – auch im Osten. Der Glaube an den Fortschritt und die technische Faszination von der grundsätzlichen Machbarkeit einer umfassend modernen Welt kennzeichnete die Industriegesellschaften auf beiden Seiten und erlebte in den 60er Jahren einen Höhepunkt.¹⁶

Die Konsumwelt bildete die übergeordneten Trends naturgemäß in der kapitalistischen Welt des Westens deutlicher ab als im Osten.¹⁷ Aber wiederum verliefen die Entwicklungen nicht konträr, sondern parallel – wenn auch zeitlich versetzt. Mit den Stichworten »Kunststoff«, »Wohnen« und »Auto« sind Felder des Wandels in der Alltagswelt benannt, die einen gemeinsamen Bestandteil der kollektiven Erfahrung der west- und ostdeut-

16 Vgl. dazu *Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*, hrsg. von Rosmarie Beier, Ostfildern-Ruit 1997.

17 Vgl. die Beiträge von Wolfgang Ruppert und – für das Feld der Bildenden Kunst – von Hans-Joachim Manske in diesem Band.

schen Bevölkerung ausmachen. Im Westen trieb die Einführung von Kunststoff im Haushalt die Entstehung der Wegwerfgesellschaft voran, hier wurden sowohl die Wohnung als auch das Auto zu Symbolen des erreichten Wohlstands und sozialen Status. Zugleich setzte sich die zeitgemäße Ästhetik durch, die – dem Fortschrittsgeist und der Techniksfaszination des Jahrzehnts entsprechend – jetzt Funktionalität hoch bewertete und das »Gelsenkirchener Barock« im Wohnzimmer oder die schwellenden Formen der Autos aus den 50er Jahren geringschätzte. Außerdem gab es Einflüsse aus der US-amerikanischen Konsumwelt, sichtbar z. B. am »Sideboard«, welches in den 60er Jahren die biedere, klobige alte Anrichte verdrängte, vor allem aber am Siegeszug des »Supermarkts«, dem der »Tante Emma-Laden« zum Opfer fiel. »Tante Emma« war ein Mensch, im Kittel hinter einem großen Tresen; ihr Lebensmittel- oder »Kolonialwaren«geschäft war nicht zuletzt ein Ort nachbarlicher Kommunikation. Das löste sich, in den 60er Jahren beginnend, allmählich auf. Der Supermarkt reduzierte die persönliche Beziehung zwischen Ladeninhabern und Kunden auf eine reine »Geld-Ware-Beziehung im Verkauf«, er veränderte unser Konsumverhalten von Grund auf und schuf obendrein die Anschauung kultureller Gemeinsamkeit in allen Ländern der westlichen Welt – von San Francisco bis nach West-Berlin.¹⁸

Es nimmt nicht wunder, daß der Konsum mit den zentralen Orten Supermarkt und Kaufhaus zum Gegenstand antikapitalistischer und anti-amerikanischer Gesellschaftskritik in den 60er Jahren wurde. Die Konsumerfahrung in der sich ausbreitenden Wohlstandsgesellschaft war neu, die Stätten des Konsums waren amerikanisch inspiriert, und das dahinter stehende ökonomische Prinzip wurde als menschenfeindlich, ja »faschistisch« entlarvt. Daran gespiegelt wurde der Sozialismus als Gesellschaftsform des Fortschritts, als Vorkämpfer des Weltfriedens und als Verkörperung einer gerechteren Welt. Denn die 60er Jahre waren auch das Jahrzehnt der politischen und moralischen Demontage des bisherigen Vorbildes für Freiheit, Modernität und Humanität in der westlichen Welt und wiederum vor allem im westlichen Deutschland. Die USA führten in Vietnam einen Krieg, der dem ethischen Anspruch ihrer Politik Hohn sprach und aus der Sicht der marxistisch inspirierten Jugend in allen Ländern des Westens das wahre Gesicht des Kapitalismus enthüllte. In der Gegnerschaft gegen die USA bündelten sich die Ablehnung des Vietnamkriegs, Kapitalismuskritik und Distanz zu den neuen Formen des Konsums sowie Sympathie für den Kriegsgegner der USA, das kommunistische Nordvietnam und Ho Tschj-minh. Das Kaufhaus war das Symbol des amerikanisch geformten Konsumkapitalismus, das Feuer symbolisier-

¹⁸ Vgl. Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, hrsg. von Konrad H. Jarausch u. I Jannes Siegrist, Frankfurt a. M./New York 1997.

te die Kriegführung der USA in Vietnam. Als in Brüssel ein Kaufhaus aus Protest gegen diesen Krieg in Brand gesteckt wurde, reagierte darauf in Berlin die »Kommune I« mit ihrem Flugblatt: »Warum brennst du, Konsument?«¹⁹ Auch das kennzeichnete Kultur und Öffentlichkeit am Ende der 60er Jahre:

»Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen: Coca Cola und Hiroshima, das deutsche Wirtschaftswunder und der vietnamesische Krieg, die Freie Universität und die Universität von Teheran sind die faszinierenden und erregenden Leistungen und weltweit bekannten Gütezeichen amerikanischen Tatendrangs und amerikanischen Erfindergeists; werben diesseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Vorhang für freedom und democracy.

Mit einem neuen Gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole.

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum ersten Mal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

Skeptiker mögen davor warnen, »König Kunde«, den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbenen, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende Wirtschaft in Gefahr sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, so lange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das bei aller menschlichen Tragik im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, daß man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstranten andichten will, vermag uns nicht irrezuführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die Plakate von gestern tragen, und wir wissen, daß sie trotz aller abstrakten Bücherweisheit und romantischen Träumerei noch immer an unserer dynamisch-amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

Kommune I (24. 5. 1967)«

19 Warum brennst du, Konsument? Flugblatt der Kommune I von 1967, mit einem Kommentar von Barbara Sichtermann, in: *Freibeuter* 36 (1988), S. 101–106.

Konrad Dussel

Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive

Die Bedeutung der 60er Jahre für die Geschichte der Funkmedien in Deutschland ist kaum zu überschätzen. Das Fernsehen etablierte sich endgültig als Massenmedium. Schon allein das Wachstum der Teilnehmerzahlen spiegelt diese Entwicklung wider: Gab es zu Beginn des Jahrzehnts in vier Haushalten durchschnittlich nur einen angemeldeten Fernseher, so waren es an seinem Ende drei. Die Gegebenheiten glichen sich dabei im Westen wie im Osten Deutschlands in erstaunlicher Weise. Der Triumphzug des Fernsehens war ein gesamtdeutsches Phänomen.¹ Allerdings wurde der Hörfunk dadurch nicht verdrängt. Er konnte sich auf sehr hohem Niveau behaupten; seine Haushaltsquote lag schon 1960 bei fast 95 Prozent. Auch dies gilt für beide deutschen Staaten.²

Auch die rundfunkgeschichtlichen Zäsuren, die es überhaupt erst sinnvoll erscheinen lassen, die Medienentwicklung der 60er Jahre als eigenen historischen Abschnitt zu betrachten,³ lagen in Ost und West eng beieinander, und die dazwischenliegenden medienimmanenten Entwicklungen verliefen weitgehend parallel. Genau zu datieren ist der Einschnitt 1961: Am

1 Peter Hoff, in: Knut Hickethier (unter Mitarbeit von Peter Hoff), *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart/Weimar 1998, S. 285.

2 *Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980*, hrsg. von Klaus Berg u. Marie-Luise Kiefer, Frankfurt a. M./Berlin 1982, S. 17; eigene Berechnungen.

3 Vgl. zum mediengeschichtlichen Kontext allgemein: Axel Schildt, *Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR*, in: *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, hrsg. von Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow u. Bernd Stöver, Bonn 1998, S. 58–71.

28. Februar jenen Jahres verwarf das Karlsruher Bundesverfassungsgericht die Pläne Bundeskanzler Adenauers für ein kommerziell betriebenes, aber staatlich gelenktes zweites Fernsehprogramm, was die definitive Fundierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems im Westen bedeutete. Im Osten bildet der Bau der Berliner Mauer am 13. August das entscheidende Datum. Fortan wurden die Funkmedien der DDR zunehmend von gesamtdeutschen Aufgaben entlastet, trat die Konzentration auf die eigene, als sozialistisch definierte Gesellschaft in den Vordergrund; das Problem, dennoch permanent auf die Angebote der Funkmedien des Westens reagieren zu müssen, blieb davon jedoch unberührt.

Im Laufe des Jahrzehnts mußten sich die Funkmedien beider deutscher Staaten in ihre neuen Rollen hineinfinden – das Fernsehen als Leitmedium, der Hörfunk als Begleitmedium. Politische Vorstöße, Programmveränderungen unter Konkurrenzdruck und Wandlungen des Nutzungsverhaltens waren dabei auf eine Art und Weise ineinander verwoben, daß kaum eindeutige Bedingungsverhältnisse auszumachen sind.

Am Ende des Jahrzehnts stand ein fließender, gleichwohl aber deutlich wahrnehmbarer Übergang zu einer neuen Phase. Im Osten war er schärfer akzentuiert als im Westen: Die Entmachtung Walter Ulbrichts und die Machtübernahme Erich Honeckers im Mai 1971 setzte auch den Medien, und vor allem: dem Fernsehen, neue Ziele. Besonders die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach mehr Unterhaltung sollten bedient werden – eine Aufgabe, der man sich auch im Westen zunehmend verschrieb. Die Expansion des Fernsehens stieß nämlich auf Grenzen, es mußte sich reorganisieren und seine Angebote sorgfältiger mit den Wünschen des Publikums in Einklang bringen.

Die gesellschaftlichen Gegebenheiten hatten sich inzwischen verändert, und Fernsehen wie Hörfunk waren nicht ganz unbeteiligt daran gewesen. Die Entwicklung kann allerdings nur in Umrissen gezeichnet werden, denn noch fehlt es an ausreichender empirischer Forschung, vor allem für die DDR. Vorläufig kann deshalb nur behauptet werden, daß in den 60er Jahren vor allem das Fernsehen sich anschickte, in beiden deutschen Staaten jene Nationalkultur mit zu formen, die seit dem 18. Jahrhundert so häufig gefordert worden war. »Indem es bei großen Bevölkerungsmehrheiten Themen für die gesellschaftliche Selbstverständigung stiftete, gemeinsame emotionale Erlebnisse schuf und neue Vorstellungen popularisierte«,⁴ unterstützte es maßgeblich jene gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse, die die Unterschiede zwischen Stadt und Land, den verschiedenen Regionen und den noch vorhandenen sozialmoralischen Milieus aufweichten.⁵ Im Angesicht von Tages-

4 Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 202.

5 Knut Hickethier, Zwischen Einschalten und Ausschalten. Fernsehgeschichte als

schau und Durbridge-Krimis waren alle deutschen Fernsehteilnehmer gleich – auf jeden Fall im Westen, und zu erheblichen Teilen auch im Osten.

Wenn es denn je bei irgendwelchen Rundfunkverantwortlichen das bewußte Ziel der Bildung einer solchen Kulturgemeinschaft gegeben haben sollte, so wurde es nicht erreicht, denn noch während alte Gräben zugeschüttet wurden, taten sich neue auf: Die ›Klassengesellschaft‹ mag zwar unter tatkräftiger Mitwirkung von Fernsehen und Hörfunk in eine ›Massengesellschaft‹ übergegangen sein, aber diese ›Masse‹ war alles andere als homogen, sondern wies von Anfang an neue Segmentierungen auf, die im Laufe der folgenden Jahrzehnte – in neuen Phasen der Medien- wie Gesellschaftsgeschichte – immer größeres Gewicht erlangen sollten. Auch die neuen Fragmentierungen waren keineswegs nur vom Rundfunk verursacht; gleichwohl kann er als Indikator für umfassende massenkulturelle Veränderungen dienen.

Der unzureichende Forschungsstand erlaubt es nur, den Verlauf dieser eben angedeuteten Entwicklung umrißhaft nachzuzeichnen. Rahmendaten zur Geschichte des Fernsehens, zu seinen institutions- (I) wie programmgeschichtlichen Aspekten (II) sind genauso leicht verfügbar wie für manche Bereiche der Mediennutzung (III) oder der Entwicklungen im Hörfunk (IV); und mit Einschränkungen gilt dies sogar für die entsprechenden Gegebenheiten in der DDR (V). Schwierig wird es genau dann, wenn die engere mediengeschichtliche Perspektive aufgegeben und allgemeinere sozialgeschichtliche Dimensionen thematisiert werden sollen. Dann können nur Vermutungen geäußert werden (VI), die vielleicht zukünftiger Forschung die Richtung weisen mögen.

I. Institutionelle und organisatorische Entwicklungen im westdeutschen Fernsehen

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre tobte in der Bundesrepublik ein erbitterter politischer Streit darüber, wie das technisch mögliche zweite Fernsehprogramm organisiert werden sollte. Während Kanzler Adenauer und ihm nahestehende Industriekreise für eine kommerzielle Unternehmung unter staatlicher Leitung votierten, wollten die öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, die als ARD gemeinsam das erste Programm veranstalteten, ihr System auch auf das neue Angebot ausgedehnt sehen. Mächtige Unterstützung fanden sie in den Landesregierungen.

Geschichte des Zuschauens, in: Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Helmut Kreuzer u. Christian W. Thomsen, 5 Bde., München 1994, Bd. 5, S. 237–306, hier: S. 269 ff.

gen, für die es letztlich um ein wichtiges Stück von Selbstbehauptung gegenüber den Ansprüchen immer umfassenderer Bundeskompetenz ging.

Die hehren Grundsätze, die die Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Systems in den Vordergrund der Diskussion zu schieben suchten, wurden dabei von der Öffentlichkeit – soweit sie sich auf den vielzitierten ›kleinen Mann‹ (aber auch die gleiche Frau) auf der Straße bezog – kaum zur Kenntnis genommen. Um deren Meinung kennenzulernen, ließ Elisabeth Noelle(-Neumann) bei ihren Befragungen im Januar 1958 zwei scharf formulierte Positionen gegenüberstellen. Auf der einen Seite wurde behauptet: »Ich finde ein privates Fernsehen nicht richtig, noch dazu von der Industrie finanziert. Die hätten dann ein riesiges Machtinstrument in der Hand und könnten die Leute politisch beeinflussen, wie es ihnen paßt«; auf der anderen Seite hieß es: »Ach was, die werden sich hüten, in ihrem Fernsehprogramm Politik zu machen. Der ganze Zweck ist doch, daß sich die Leute unterhalten, damit am Ende auch die Reklame ankommt. Außerdem kann man ja abschalten, wenn es einem zu bunt wird.« 70 Prozent der befragten Fernsehteilnehmer stimmten diesem zweiten Statement zu; das erste bejahten nur 17 Prozent, während die restlichen 13 Prozent unentschieden waren. Interessanterweise unterschieden sich die Proportionen in der Bevölkerung insgesamt – schließlich waren die Fernsehteilnehmer 1958 ja erst eine Minderheit – nicht wesentlich davon. Und dasselbe gilt für die Zusatzfrage, bei der der politische Tenor der Statements durch einen (hoch)kulturellen ersetzt worden war.⁶

Unabhängig von der demoskopisch ermittelten Majorität konnten sich aber dann doch die Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Systems durchsetzen, auch wenn es dazu des Gangs vor das Bundesverfassungsgericht bedurfte. Im Gefolge des Karlsruher Urteils vergaben die Landesregierungen die neu zur Verfügung stehenden Frequenzen aber nicht für ein zweites Programm der ARD, sondern für eines einer neu zu gründenden öffentlich-rechtlichen Anstalt, des ZDF. Das ZDF konnte am 1. April 1963 seine Tätigkeit formell aufnehmen.⁷

Über die Vergabe der Frequenzen für ein fast gleichzeitig mit dem zweiten Programm möglich gewordenes drittes Programm gab es dann

6 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn (1965), S. 114.

7 Die beiden älteren Standard-Darstellungen Klaus Wehmeiers (Die Geschichte des ZDF. Teil 1: Entstehung und Entwicklung 1961–1966, Mainz 1979) und Hans Bauschs (Rundfunkpolitik nach 1945, München 1980) sind neuerdings durch Rüdiger Steinmetz, Freies Fernsehen. Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland, Konstanz 1996, zu ergänzen.

keine nennenswerten Diskussionen mehr. Die Länder wollten die Regionalberichterstattung gestärkt sehen und unterstützten »ihre« Anstalten dabei, verschiedene, voneinander unabhängige dritte Programme aufzubauen. Das dritte Programm des Bayerischen Rundfunks konnte schon am 22. September 1964 mit seinen Sendungen beginnen; am 5. Oktober 1964 folgte der Hessische Rundfunk. NDR, RB und SFB kooperierten und begannen am 4. Januar 1965, der WDR am 17. Dezember 1965. In Südwestdeutschland waren es landespolitische Eigenheiten, die den Programmstart des von SDR, SWF und SR gemeinsam getragenen »Südwest 3« bis zum 5. April 1969 verzögerten.⁸

Bei aller grundsätzlichen Sicherung, die das öffentlich-rechtlich organisierte Fernsehen in der Bundesrepublik durch den Spruch der Verfassungsrichter erfahren hatte, fehlte es jedoch nicht an politischen Angriffen in wichtigen Teilfragen. Die Allianz aus Regierungslager und ihm nahestehenden Industriekreisen formierte sich sehr bald erneut. Zum aufsehenerregenden Streitfall wurde die Rundfunk-Werbung, weil der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger unter Führung Axel Springers eine massive Wettbewerbsverzerrung durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beklagte. Der CDU-Antrag im Bundestag, eine Untersuchungskommission einzusetzen, fand 1963 eine Mehrheit, die weitergehende Initiative, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gewerbliche Werbung ganz zu verbieten, versandete 1965 während der Vorbereitungen zur Bundestagswahl in der Ausschubarbeit. Ende 1967 stellte die Untersuchungskommission schließlich fest, daß die bedenkliche Wettbewerbsverzerrung nicht zwischen Rundfunk und Presse stattfände, sondern innerhalb der zunehmenden Konzentrationsprozessen unterliegenden Presse selbst.⁹

Im Laufe der 60er Jahre war zwar die Verkaufsauflage der Tageszeitungen von 14,8 Millionen auf 18,1 Millionen gestiegen; gleichzeitig war aber die Zahl der Zeitungsausgaben leicht gefallen, von rund 1500 auf knapp 1400. Besorgniserregend war dies vor allem deshalb, weil die Zahl der »publizistischen Einheiten«, jener Blätter, die über eine vollständige, auch den Nachrichten- und Kommentarteil selbständig produzierende Redaktion verfügten, in nur zehn Jahren von 200 auf 149, also um fast genau ein Viertel, gesunken war. Unbestritten dominierend war dabei das Springer-Imperium mit seinem Flaggschiff »Bild-Zeitung« (auch wenn der Marktanteil von fast 40 Prozent, der 1968 in aller Munde war,

8 Dieter Roß, Für interessierte Minderheiten. Die III. Fernsehprogramme, in: ARD-Jahrbuch 1969, Hamburg 1969, S. 169–171.

9 Bausch (wie Anm. 7), S. 528ff; ausführliche Auszüge aus dem Kommissionsbericht in: Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung, hrsg. von der ARD. 5 Bde., Mainz 1969.

nur durch einige kleinere Manipulationen bei der Berechnung zustande gekommen war).¹⁰

Springers Medienmacht war zudem auf dem Zeitschriftensektor abgesichert. Zwar verkaufte er im Zuge der zunehmenden Anti-Presskonzentrations-Debatte im Sommer 1968 ein Drittel seiner Zeitschriften, sein Marktanteil blieb aber mit 13,3 Prozent beachtlich genug. Im Kreis der »vier Großen« auf dem Zeitschriftensektor nahm er weiterhin unangefochten den zweiten Platz ein. Nur der Bauer-Konzern hatte noch größere Verkaufserfolge vorzuweisen. Obwohl Burda und Gruner + Jahr/Bertelsmann nur mit einem beträchtlichem Abstand folgten, war in der Summe das Ergebnis jedoch bedenklich genug: Die vier größten Zeitschriftenkonzerne teilten 1970 64 Prozent des Zeitschriftenmarktes unter sich auf, nachdem es noch 1968 nur 56,7 Prozent gewesen waren.¹¹

Weit unauffälliger als der Streit um Werbefunk und Werbefernsehen war die Partei-Politisierung der Rundfunkpolitik betrieben worden, deren Ziel die direkte Einflußnahme in den einzelnen Anstalten war. Schon die ZDF-Gründung war mit der Bildung einschlägiger »Freundeskreise« verbunden gewesen. Und spätestens das Ausscheiden Konrad Adenauers aus dem Bundeskanzleramt markiert einen wichtigen Umbruch, zumindest für seine Partei: Die Rundfunkpolitik Adenauers war in eine solche der CDU umzuformen. Rundfunkreferenten im Parteiapparat und ein Rundfunkpolitischer Ausschuß mußten ein Terrain zu besetzen suchen, auf dem die SPD schon seit Jahren tätig war, um ihre Defizite als Oppositionspartei auszugleichen. Hier wie dort waren die Erfolge bei der Disziplinierung der jeweils eigenen »Mannschaft« – von Landesparlamentariern wie Gremienmitgliedern und Führungskräften in den Anstalten – jedoch sehr unbeständig. Bundespolitische und Länder-Interessen waren unter dem Druck medienimmanenter Entwicklungen nicht dauerhaft zu koordinieren.¹² Nicht zuletzt bedurfte es harter Verhandlungen, um jenen Staatsvertrag abzuschließen, der erstmals in der deutschen Rundfunkgeschichte eine Erhöhung der Rundfunkgebühren von 2 Mark auf 2,50 Mark für den Hörfunk und von 5 auf 6 Mark für das Fernsehen ab dem 1. Januar 1970 ermöglichte.¹³

10 Norbert Frei, Die Presse, in: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4: Kultur, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1989, S. 370–416, hier: S. 400 ff.

11 Der Konzentrationsprozeß setzte sich bis Mitte der 70er Jahre fort, um dann – mit leichten Schwankungen – zu stagnieren (Marktanteil der »vier Großen« 1975: 69,2 Prozent; 1998: 63 Prozent). Vgl. Media Perspektiven Basisdaten. Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1979 (ff), S. 11, bzw. S. 58.

12 Konrad Dussel, Die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969, Baden-Baden 1995, S. 143ff.

13 Bausch (wie Anm. 7), S. 684 ff.

II. Wachstum und Profilierung. Die Entwicklung der westdeutschen Fernsehprogramme

Beim Blick auf die Entwicklung der Fernsehprogramme ist als erstes auf ihr enormes quantitatives Wachstum hinzuweisen. Allein schon das erste, das Gemeinschaftsprogramm der ARD weitete im Laufe der 60er Jahre sein Volumen erheblich aus: 1960 präsentierte es 114 617 Minuten Programm, d. h. durchschnittlich 5,2 Stunden pro Tag, und 1970 waren es schon fast genau doppelt soviel, nämlich 228 952. Hinzu kamen 212 233 Minuten durch das ZDF und zwischen 70- und 130 000 Minuten für das Dritte Programm, je nach regionalem Anbieter.¹⁴

Der unter rezeptions- und damit sozialgeschichtlicher Perspektive interessante Punkt liegt in zwei eng miteinander verbundenen Konsequenzen. Bei 5,2 Stunden täglichem Programm auf einem Kanal war jeder Zuschauer 1960 im Prinzip noch in der Lage, das gesamte Angebot im Wortsinne vollständig zu überblicken, nämlich sich Beitrag für Beitrag anzusehen. Rechnet man die nachmittägliche Stunde für Kinder und Jugendliche und vielleicht auch noch die vorabendliche halbe Stunde für das Regional- und Werbeprogramm ab, bleibt eine abendliche Kernzeit von etwas mehr als drei Stunden mit einem bundesweit zu empfangenden Programm, das in ganz umfassender Weise *agenda setting* betreiben konnte: Hier wurde präsentiert, was die Nation in beachtlichen Teilen sah und was in unterschiedlichster Form Stoff für Nachdenken und Gespräche liefern konnte.

Schon 1970 war dieser für die Fernsehmacher im Rückblick fast paradiesische Zustand Vergangenheit. Das Programmangebot war so groß geworden, daß das Publikum bei der Nutzung grundsätzlich zur Selektion gezwungen war. Jenseits der empirisch zu registrierenden Entscheidungen (auf die erst im nächsten Abschnitt näher einzugehen ist) hatte dies aber auch für die Programmverantwortlichen Konsequenzen. Sie mußten ihre Intentionen klarer herausarbeiten und entscheiden, wie sie im Verhältnis zu den Publikumsinteressen zu bewerten waren.

Nicht zuletzt unter dem Druck dieser Umstände begann sich erstmals ein geschlossenes publizistisches Profil des Fernsehens herauszukristallisieren. Schon vor dem Programmstart des ZDF machte man sich in der ARD daran, den Bereich politischer Information systematisch zu kultivieren. Im engsten Sinne bedeutete dies, die Nachrichten über das Weltgeschehen durch ein eigenes, immer engeres und damit auch: immer aufwendigeres Korrespondentennetz auszubauen. Am Ende des Jahrzehnts verfügte die ARD über 12 Posten mit insgesamt 40 festen Berichterstat-

¹⁴ Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 134, 221 u. 226.

tern in Europa und 16 im außereuropäischen Ausland mit insgesamt 24 Mitarbeitern.¹⁵

Daneben wuchs das Bedürfnis, die Nation nicht nur punktuell mit Nachrichten zu versorgen, sondern auch mit den Ergebnissen umfassender Recherchen und Hintergrundberichten, die nicht dem Diktat der Tagesaktualität unterworfen sein mußten. Nach zaghaften Anfängen im provisorischen zweiten Programm der ARD entwickelten sich die politischen Magazine zu jenen Schauplätzen, wo sich die Integrität des öffentlich-rechtlich organisierten Fernsehens inhaltlich zu bewähren hatte. Vor allem das »Panorama« des Norddeutschen Rundfunks geriet immer wieder in die Schußlinie von aufgebrachtten Bundes- und Landespolitikern. Deutlich weniger umstritten waren das süddeutsche Pendant »Report« sowie die WDR-Produktion »Monitor« (seit 21. Mai 1965). Von 1965 bis 1968 hatten die ARD-Magazine sogar zwei feste Sendeplätze, montags und freitags nach der »Tagesschau« (ansonsten mußten sie sich in den Montag-Termin teilen). Das ZDF begann sein eigenes Magazin, das »ZDF-Magazin«, erst am Ende des Jahrzehnts, am 8. Januar 1969.¹⁶

Und schließlich wurde ein Fernsehdokumentarismus gepflegt, der gleichermaßen bestrebt war, deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten und deutsche Gegenwart kritisch zu durchleuchten. Nur zwei Beispiele seien genannt: Am 21. Oktober 1960 begann die ARD, die siebenteilige WDR/SDR-Reihe »Das Dritte Reich« auszustrahlen; der Erkundung westdeutscher Gegenwartsbefindlichkeit widmete sich vor allem die SDR-Reihe »Zeichen der Zeit«.¹⁷

Auch die Bereiche Bildung und Kultur vermochten ihr Profil in den Fernsehprogrammen der 60er Jahre zu stärken. Als »Blütezeit des Fernsehspiels« (Hickethier) hat dieser Zeitraum besondere Beachtung gefunden.¹⁸ Allerdings ist zu konstatieren, daß mit dem Ausbau der Dritten Programme vor allem die Bildungsangebote zunehmend ausgegliedert und gezielt in ein Programm für Minderheiten abgeschoben wurden.

15 Berechnet nach Dietrich Schwarzkopf, Welt im Programm. Die Auslandskorrespondenten der ARD, in: ARD-Jahrbuch 1970, S. 32–39, hier: S. 37 ff.

16 Heidemarie Schumacher, Ästhetik, Funktion und Geschichte der Magazine im Fernsehprogramm der Bundesrepublik Deutschland, in: Geschichte des Fernsehens (wie Anm. 5), Bd. 3, S. 101–174; Gerhard Lampe u. Heidemarie Schumacher, Das »Panorama« der 60er Jahre. Zur Geschichte des ersten politischen Fernsehmagazins der BRD, Berlin 1991 (Buch und Video); Konrad Dussel, Die Politiker und das öffentlich-rechtliche Fernsehen. NDR und SWF in den fünfziger und sechziger Jahren, in: RuF 44 (1996), S. 86–101.

17 Peter Zimmermann, Geschichte von Dokumentarfilm und Reportage von der Adenauer-Ära bis zur Gegenwart, in: Geschichte des Fernsehens (wie Anm. 5), Bd. 3, S. 213–324.

18 Knut Hickethier, Das Fernsehspiel oder Der Kunstanspruch der Erzählmachine Fernsehen, in: Geschichte des Fernsehens (wie Anm. 5), Bd. 2, S. 303–348.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre behauptete die ARD einen Informationsanteil von insgesamt 34 bis 36 Prozent in ihrem Programm, das ZDF dagegen nur einen von 26 bis 27 Prozent. Deutlich waren auch die Unterschiede bei der Rubrik »Fernsehspiel/Film«: bei der ARD 18 bis 19 Prozent, beim ZDF 24 bis 25 Prozent.¹⁹ Leider ermöglichen es die von den Anstalten selbst vorgelegten, aber nach unterschiedlichen Kriterien berechneten Zahlen nicht, das landläufige Globalurteil über das im Vergleich zur ARD wesentlich unterhaltungsfreudigere ZDF quantitativ präzise zu fundieren, aber man wird die vorhandenen, im Informationsbereich bis zu zehn Prozentpunkte betragenden Unterschiede nicht nur auf unterschiedliche Abgrenzungen der Untersuchungskategorien zurückführen können.

Schon die Diskussionen um die kommerzielle Organisation des zweiten Programms hatten deutlich gemacht, daß hier ein Schwerpunkt bei der Unterhaltung gesetzt werden würde. Das ZDF, das sich aufgrund der gesetzlich-staatsvertraglichen Vorgaben zu einem beachtlichen Teil aus Werbeeinnahmen finanzieren mußte, verschloß sich dieser Erwartung nicht. Selbst der durchaus auf eine philosophische Begründung seines Programmangebots bedachte erste ZDF-Intendant Karl Holzamer, vorzeiten Ordinarius für Philosophie und Pädagogik an der Universität Mainz, gab als Leitlinie vor: »Der stete Fluß muß Unterhaltung sein, in die alles andere eingebettet wird oder daraus emporragt.«²⁰

Die ARD versuchte durchaus, sich auf diese Konkurrenz einzustellen. Ihr größter Erfolg war sicherlich die Verpflichtung des englischen Krimiautors Francis Durbridge. Mit einer Fülle von verfilmten Mehrteilern war er während des gesamten Jahrzehnts im ersten Programm präsent. Zum Einschaltquoten-Spitzenreiter der Programmgeschichte schlechthin entwickelte sich dabei der Sechsteiler »Das Halstuch«, der 1962 ausgestrahlt wurde: Zeitweise wurde an 90 Prozent der Geräte das spannende Geschehen verfolgt, dem der Kabarettist Wolfgang Neuss – damals ein beachtlicher Skandal – die Spitze zu brechen suchte, indem er in einer Tageszeitung veröffentlichte: »Dieter Borsche ist der Mörder.«²¹

Mit dem Programm verbundene ökonomische Überlegungen taten ein Übriges: Zum einen bedurfte die vorabendliche Werbung eines gefälligen Umfeldes, und zum anderen war es unter dem zunehmenden Diktat knapper werdender Haushaltsmittel allemal preiswerter, dutzendweise Folgen amerikanischer Fernsehserien einzukaufen, als Eigenes aufwendig selbst zu produzieren. Serien wie »Fury«, »Lassie« und »Flipper« rückten

19 Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 221.

20 Zit. nach: Ebd., S. 216.

21 Joan Kristin Bleicher, Chronik zur Programmgeschichte des deutschen Fernsehens, Berlin 1993, S. 113.

auf breiter Front in die Kinder- und Vorabendprogramme ein, und fragt man nach der bekanntesten Fernseh-Familie im Deutschland der 60er Jahre, so kann als Antwort nur auf die US-amerikanischen Cartwrights auf ihrer Ranch »Ponderosa« verwiesen werden, die allerdings ohne weibliche Familienmitglieder auskommen mußten: »Bonanza« war von 1962 bis 1965 kontinuierlich im Sonntagnachmittagsprogramm der ARD präsent und anschließend, 1967 bis 1973, beim ZDF.

Das grundlegende Problem der Programmkonstruktion war Fernsehverantwortlichen wie Politikern bewußt: Gegenüber der Unterhaltung (zumal kommerziell erprobten US-Produkten) hatten alle anderen Programmfunktionen einen schweren Stand. Man suchte deshalb die prinzipielle Konkurrenz zwischen ARD und ZDF durch detaillierte Koordinationsabkommen zum bloßen »Kontrast« zu entschärfen. Der perfekte »Unterhaltungsslalom« auf Zuschauerseite sollte durch gewisse Schutz-zonen verhindert werden, wo in beiden Programmen auf Unterhaltungsangebote verzichtet wurde. Ausdrücklich wurde beispielsweise dem ZDF von seinem Fernsehrat vorgeschrieben, zwar ein vom ARD-Programm »inhaltlich verschiedenes« Angebot zu präsentieren, dabei aber darauf zu achten, daß »der Bildungswert der ausgestrahlten Sendungen annähernd gleich sein [solle]. Eine extrem verschiedene Wertigkeit soll vermieden werden.«²² Die Praxis der Fernsehnutzung mußte beweisen, ob dieser Ansatz auf Produzentenseite dauerhaft durchgehalten werden konnte.

III. Mediennutzung als Volksentscheid?

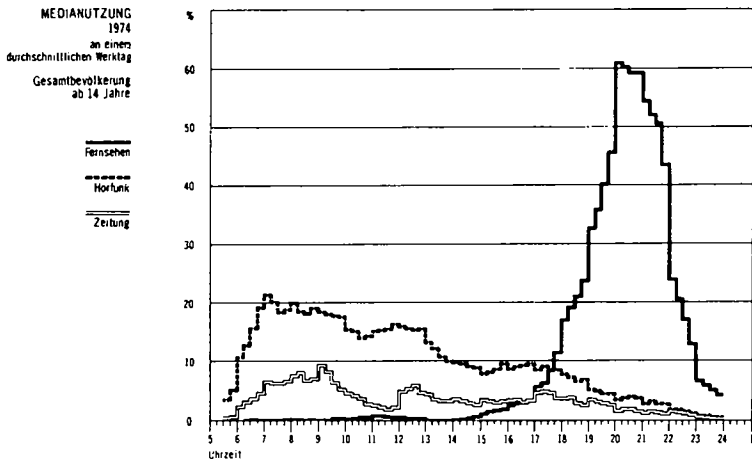
Die vordergründige Widersprüchlichkeit der einleitend getroffenen Feststellung, daß im Laufe der 60er Jahre der Verbreitungsgrad des Fernsehens geradezu explosiv zunahm, während daneben der Hörfunk auf seinem hohem Niveau keine Einschränkung fand, kann auf der Basis des durchschnittlichen Nutzungsverhaltens bis zu einem gewissen Grad geklärt werden: In diesem Jahrzehnt vollzog sich nämlich ein großflächiger Bruch mit dem seit den späten 20er Jahren etablierten traditionellen Mediennutzungsverhalten, bei dem man den Hörfunk als »Hegemon der häuslichen Freizeit« (Schildt) apostrophieren kann, während die dem Medienkonsum außer Haus gewidmete Freizeit vor allem im Zeichen des Kinos stand.²³ Bis Ende der 60er Jahre hatte das Fernsehen

22 Zit. nach: Quellen zur Programmggeschichte des deutschen Hörfunks und Fernsehens, hrsg. von Konrad Dussel u. Edgar Lersch, Göttingen/Zürich 1999, S. 419.

23 Axel Schildt, Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre,

dann die Hörfunknutzung von ihrem angestammten Platz am Abend fast völlig verdrängt. Die folgende Grafik (bis 1974 veränderte sich kaum etwas) verdeutlicht die Gegebenheiten an einem durchschnittlichen Werktag:

Reichweiten der Medien im Tagesablauf 1974²⁴



Auch das Kino konnte mit diesem problemlos in Pantoffeln zu konsumierenden Ansturm neuer Bildwelten nicht konkurrieren. Waren 1960 noch fast 600 Millionen Kinokarten verkauft worden, so waren es zehn Jahre später gerade noch 160 Millionen. Das Theater hatte sich dagegen annähernd behaupten können, allerdings handelte es sich bei 19 bzw. 18 Millionen Karten um einen weitaus beschränkteren Nutzerkreis.²⁵

Über das Fernsehverhalten der Westdeutschen liegen unübersehbare Mengen von empirischen Daten vor. Wer jedoch glaubt, daß damit alle Fragen problemlos zu beantworten wären, übersieht die immanenten Grenzen dieses Materials. Sie liegen weniger darin, daß die einschlägige Forschung erst mit dem Programmstart des ZDF, also dem April 1963, einsetzte, oder man Zahlen gegenüber sowieso grundsätzlich skeptisch sein könnte. Das Kardinalproblem ist vielmehr darin zu sehen, daß fast alle Untersuchungen auf ein und dasselbe Ziel ausgerichtet waren und die

hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 458–476 (dort S. 466 eine Graphik zur Veranschaulichung des typischen traditionellen Hör-Verhaltens).

²⁴ Massenkommunikation II (wie Anm. 2), S. 62.

²⁵ Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 201.

daraus resultierenden Ergebnisse deshalb nur beschränkt für ganz anders orientierte Fragen Antworten liefern können.

Die Zuschauerforschung der Rundfunkanstalten – in den 60er Jahren im Prinzip die einzige empirische Zuschauerforschung überhaupt – war primär reichweitenorientiert, weil die werbetreibende Wirtschaft nur an derartigen Werten interessiert war.²⁶ Kern der von ARD und ZDF gemeinsam in Auftrag gegebenen und von einem Ableger des Münchner Infratest-Unternehmens durchgeführten Untersuchungen war die stichprobenweise Messung der Einschaltquoten mittels eines entsprechend konstruierten Gerätes. Bereits einen Tag nach der Ausstrahlung wurden die Programmverantwortlichen darüber informiert, welchen Zuschaueranteil insgesamt ihre Sendungen in der Bevölkerung gefunden hatten. Vor allem das ZDF, das aufgrund seiner Finanzverfassung weitaus werbeabhängiger war als die ARD, hielt mit diesen Zahlen von Anfang an nicht hinter dem Berg. Bis heute enthalten die ZDF-Jahrbücher umfangreiche Angaben über die für die Zuschauer attraktivsten Angebote des jeweils behandelten Zeitraums.

Aber was ist daraus ablesbar? Zunächst einmal der schon zeitgenössisch wenig überraschende Befund, daß Unterhaltungssendungen weitaus besser ankamen als explizit Politisches oder hohe Kultur. Für 1967 beispielsweise enthüllt das ZDF-Jahrbuch, daß sich unter den zehn Sendungen mit den höchsten Sehbeteiligungen vier Krimis (allein der Weihnachts-Dreiteiler »Der Tod läuft hinterher« hatte die Werte 73, 83 und 83 Prozent) und fünf Unterhaltungsshows (davon viermal »Der goldene Schuß« mit Quoten von 72-74 Prozent) befanden. Erst an zehnter Stelle folgte eine Sportübertragung, ein Europapokalspiel mit dem FC Bayern München (68 Prozent).²⁷

Man kann daraus folgern, daß an vielen Abenden des Jahres von Nord bis Süd, in Städten und auf dem Land dieselben Sendungen genossen wurden. Die Wirkung der Durbridge-Krimis auf dem ersten Programm als »Straßenfeger« ist nachgerade legendär. Elisabeth Noelle(-Neumann) konnte im Frühjahr 1964 feststellen, daß beispielsweise den von der ARD im Januar 1963 ausgestrahlten Fünfteiler »Tim Frazer« 59 Prozent der Fernsehteilnehmer (37 Prozent der Gesamtbevölkerung) komplett gesehen hatten und weitere 21 (bzw. 16 Prozent) den überwiegenden Teil.²⁸

Über die Auswirkungen dieses Konsums – individuell wie gesamtge-

26 Zusammenfassend: Hansjörg Bessler, *Hörer- und Zuschauerforschung*, München 1980.

27 Vgl. darüber hinaus den Überblick bei Werner Faulstich, *Fernsehgeschichte als Erfolgsgeschichte. Die Sendungen mit den höchsten Einschaltquoten*, in: *Geschichte des Fernsehens* (wie Anm. 5), Bd. 5, S. 217–236.

28 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967*, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn 1967, S. 121.

sellschaftlich – ist man dadurch noch nicht unterrichtet. Die zeitgenössische Forschung war kommunikatororientiert: Man war überzeugt, relativ eindimensional von den Absichten der Macher direkt auf die Wirkungen bei den Nutzern schließen zu können; eigenständiger Wirkungsstudien bedurfte es deshalb nicht. Grundlegende Kritik erfuhr dieser Ansatz erst im Laufe der 70er Jahre, und dann gleich in doppelter Hinsicht: Zum einen stellte die grundlagentheoretisch orientierte akademische Kommunikationswissenschaft diesen Schluß immer mehr in Frage, indem sie zunehmend die Bedeutung der aktiven Zuschauerleistung betonte;²⁹ und zum anderen wurde man durch eine naheliegende Konsequenz des traditionellen Ansatzes selbst alarmiert: Wie wirkten sich dann die zunehmend häufigeren Gewaltdarstellungen im Fernsehen aus?³⁰

In den 60er Jahren allerdings interessierte außer den Reichweiten nur noch ein Problem in größerem Umfang: politische Information und damit politische Meinungsbildung durch die Massenmedien. Der Ansatz der größten deutschen Längsschnittstudie zum Mediennutzungsverhalten der Bevölkerung war ganz davon geprägt.³¹ Vordergründig konnte man mit ihren Ergebnissen zufrieden sein: Die Reichweite des politischen Informationsangebotes der Medien pro durchschnittlichem Werktag stieg in den 60er (und 70er) Jahren kontinuierlich. Die größten Gewinne erzielte dabei zwar der Hörfunk, dafür lag das Ausgangsniveau des Fernsehens wesentlich höher. Allerdings mußte es bedenklich stimmen, daß der Anteil derjenigen, die nicht von den politischen Informationsangeboten des Fernsehens erreicht wurden, zunahm, während er im Falle des Hörfunks abnahm.³²

Die grundsätzliche Einstellung zur Informationsqualität des Fernsehens war ambivalent. Während 1964 70 Prozent und 1970 sogar 73 Prozent der Befragten bejahten, daß es »einen vollständigen Überblick über alle wichtigen Entwicklungen in der Politik und im Zeitgeschehen« gebe, waren die Vorbehalte gegenüber der Einschätzung, es berichte »wahrheitsgetreu und gibt die Dinge immer so wieder, wie sie in Wirklichkeit sind«, wesentlich größer. Dieses Statement wurde nur von 47 bzw. 56 Prozent der Befragten bejaht.³³

29 Vgl. dazu ganz programmatisch Wolfgang R. Langenbacher, Georg Räder u. Hans-Jürgen Weiß, Zur Notwendigkeit einer Neukonzeption der Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik, in: Massenkommunikation II (wie Anm. 2), S. 9–39.

30 Bessler (wie Anm. 26), S. 270ff.

31 Massenkommunikation. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung, hrsg. von Klaus Berg u. Marie-Luise Kiefer, Mainz 1978. Die Untersuchung wurde in mehreren Wellen bis in die Gegenwart (zuletzt: 1995) fortgesetzt.

32 Massenkommunikation II (wie Anm. 2), S. 66 ff.

33 Ebd., S. 101 (in den 70er Jahren verschlechterten sich die Werte in beiden Richtungen erheblich).

Der aus diesen und vergleichbaren Zahlen leicht ableitbare Vorwurf mangelnder Objektivität des Fernsehens beschäftigte die Rundfunkanstalten Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in beträchtlichem Maße. Es milderte die zum Teil sehr kräftige Kritik von Landes- und Bundespolitikern kaum, daß verschiedene Forschungsergebnisse nahelegten, den Einfluß des Fernsehens auf die politische Meinungsbildung insgesamt nicht zu überschätzen. Repräsentative Befragungen zum besonders umstrittenen »Panorama«-Magazin beispielsweise förderten 1968 zutage, daß zwischen den Stammsehern, den gelegentlichen Sehern und denjenigen, die sich dieses Magazin nie ansahen, keine signifikanten Meinungsunterschiede über die im Magazin behandelten Themen bestünden.³⁴

Mit hochaggregierten Reichweite-Daten und punktuellen Fragen nach der Nutzung von politischer Information war die Mehrdimensionalität der Medienumbrüche der 60er Jahre auf der Nutzerseite allerdings nur beschränkt zu erfassen. Einigermaßen überraschend war es denn auch, daß nach der dritten Wiederholung der großen Massenkommunikationsstudie 1980 festgestellt werden mußte: »Das Fernsehen hat, nach einem Siegeszug bis 1970, bei den Bundesbürgern spürbar an subjektiver Unentbehrlichkeit verloren«. Im Vergleich dazu hatte der Hörfunk kontinuierlich gewonnen und lag 1980 sogar erstmals vor dem Fernsehen.³⁵ Zweifellos hatte der Hörfunk an Attraktivität gewonnen, aber was genau war geschehen?

IV. Hörfunk-Wandel im Schatten des Fernsehens

Die Probleme, die der Hörfunknutzung durch die Fernseh-Konkurrenz in Deutschland erwachsen würden, waren schon frühzeitig absehbar, weil man die Erfahrungen in den USA und Großbritannien kritisch auswerte. Mit ziemlicher Sicherheit ließ sich der zu erwartende drastische Hörschwund am Abend prognostizieren. Der Hörfunk mußte reagieren, wenn er nicht insgesamt in eine Nischenexistenz abgedrängt werden wollte.

Der erste, der sich weit vorausschauend konzeptionell mit den neuen Gegebenheiten auseinandersetzte, war SDR-Programmdirektor Peter

34 Bessler (wie Anm. 26), S. 240; Ludwig von Friedeburg, Meinungsbildung durch aktuelle Magazinsendungen des Fernsehens, in: Publizistik 14 (1969), S. 162–172. Deziert anderer Meinung war schon damals Elisabeth Noelle-Neumann, vgl. etwa Elisabeth Noelle-Neumann, Kann das Fernsehen als Stachel der Gesellschaft wirken? Ergebnisse der Kommunikationsforschung, in: Fernseh-Kritik. Die gesellschaftskritische Funktion des Fernsehens, hrsg. von Dieter Stolte, Mainz 1970, S. 79–90.

35 Massenkommunikation II (wie Anm. 2), S. 88.

Kehm. Er stellte schon 1957 heraus, daß das Fernsehen »als Mittel der Information und der Unterhaltung im weitesten Sinne beim breiten Publikum ziemlich genau den Platz einnehmen [werde], den bis heute und in abnehmendem Maße auch für die kommenden Jahre noch der Hörfunk behauptet.« Genauso klar war für ihn auch, daß die Chance des Hörfunks zum einen in der Schnelligkeit seiner Berichterstattung und der Beweglichkeit bei ihrer Nutzung läge, zum anderen aber auch in der Möglichkeit, zwei zueinander alternative Programme anbieten zu können. Allerdings sah er die Zukunft in der Gestaltung von zwei Hörfunkprogrammen »von gegensätzlichem Charakter«, aber eben nur am Abend, in direkter Konkurrenz zum Fernsehprogramm. Ansonsten sollten die »Sendernetze zu den Stunden, in denen kein Fernsehprogramm angeboten wird, zur Verbreitung eines allgemeinen, nicht weiter differenzierten Programms, eines ›Tagesprogramms«, das sich an Hörfunk- und Fernsehteilnehmer gleichermaßen wendet, zusammengeschlossen werden.«³⁶

Die Zukunft des Hörfunks lag jedoch gerade darin, Kehms Ansatz zweier stark kontrastiv zueinander gebauter Hörfunkprogramme nicht auf die Abendstunden zu beschränken, sondern auf den ganzen Tagesverlauf auszudehnen. Im Laufe der 60er Jahre führten alle Landesrundfunkanstalten (Hörfunk) Programmstrukturformen durch, die es ermöglichten, in einem Programm – meistens dem ersten – »sowohl die stets verfügbare Informationsquelle zu sein, als auch zu möglichst jeder Zeit unterhaltende Musik zu bieten«, wie der Hörfunkdirektor des HR, Henning Wicht, 1969 resümierte. Im anderen Programm, zumeist dem zweiten, richtete man sich dagegen an »selektive Hörer«, bot »anspruchsvolle Musiksendungen« sowie »kulturelle und bildende Wortbeiträge.«³⁷

Die entscheidende formale Neuerung bestand in der großflächigen Einführung von Magazinprogrammen, bei denen in einen dichten Teppich unterhaltender Musik Kurznachrichten und leicht nebenbei konsumierbare Informationen aller Art eingewebt wurden. Beim SWF beispielsweise wurde seit 1967 das Tagesprogramm des ersten Programms von drei großen Magazinen dieser Art beherrscht: vor 8 Uhr, von 10–12 Uhr und von 13–15 Uhr.

Die formale Neuerung der Magazine wurde zudem von einer inhaltlichen Änderung begleitet, deren Auswirkungen überhaupt nicht überschätzt werden können. Im offiziellen Rückblick wurde sie nur gestreift,

36 Peter Kehm, Das Fernsehen und die Zukunft des Hörfunks. Versuch einer Aufgabenbestimmung, in: Quellen zur Programmgeschichte (wie Anm. 22), S. 274 u. 279.

37 Henning Wicht, Der Hörfunk im Zeitalter des Fernsehens. Die Programme der ARD-Anstalten, in: ARD-Jahrbuch 1969, Hamburg 1969, S. 63–90, hier: S. 64 u. 71.

als der HR-Hörfunkdirektor fast beiläufig bemerkte, daß »das Phänomen einer speziell für Jugendliche gemachten und von Jugendlichen konsumierten Musik [...] in starkem Maße die Programmgestaltung« der magazinbeherrschten Programme bestimme.³⁸ Tatsächlich vollzog sich in der Unterhaltungsmusik einer der tiefgreifendsten Umbrüche in der jüngeren deutschen Populärkultur überhaupt.

Der Hörfunk befand sich zwar in scharfer Konkurrenz zum Fernsehen, aber doch nur hinsichtlich eher traditioneller Nutzungsweisen am Abend; in anderer Hinsicht, was den Ausdruck vor allem jugendlichen Lebensgefühls durch Musik anbelangte, mußte er mit der Tonträger-Industrie – und d. h. für diese Zeit vor allem: den Schallplatten-Produzenten – konkurrieren. Das Fernsehen war in dieser Hinsicht nämlich eher altbacken. Sein großer Unterhaltungsstar war in den 60er Jahren nicht Jimi Hendrix, sondern Peter Alexander, wie Knut Hickethier pointiert formulierte.³⁹ Angloamerikanische Popmusik begann erst seit 1965 mit dem »Beat-Club« von Radio Bremen ins ARD-Programm einzurücken; und kaum mehr als nur oberflächlich Anglisiertes hatte die »Hitparade« des ZDF seit Januar 1969 zu bieten.

Das *trend setting* war von der Schallplatten-Industrie übernommen worden. Sie sorgte dafür, daß die Popmusik zum Zentrum des Jugendalltags, ja der Massenkultur insgesamt werden konnte. Wie stark ihr Markt expandierte und wie gravierend er sich dabei veränderte, vermögen schon wenige Zahlenangaben zu zeigen: 1965 wurden 16,3 Millionen Langspiel-Schallplatten verkauft, 1970 waren es weit mehr als doppelt so viele, 42,1 Millionen. Gleichzeitig hatte die Relation zwischen E(rnster)- und U(nterhaltungs)-Musik drastisch gewechselt. Der Marktanteil der E-Musik hatte sich von 42,3 Prozent auf 18,5 Prozent mehr als halbiert; entsprechend war der Anteil der U-Musik von 57,7 Prozent auf 81,5 Prozent geklettert. Und zudem war die U-Musik nicht dieselbe geblieben. Vor allem der deutsche Schlager, der in den 50er Jahren noch auf einen Marktanteil von rund 50 Prozent gekommen war, fiel immer mehr in der Käufergunst zurück. 1970 lag sein Anteil noch bei etwa zehn Prozent.⁴⁰ Es war ihm genausowenig wie der E-Musik gelungen, die ganz überwiegend – zu etwa 80 Prozent⁴¹ – jugendlichen Schallplattenkäufer zu seinen Gunsten zu mobilisieren. Anders als noch Freddy Quinn in den 50er konnten Roy Black und Heino in den 60er Jahren nur noch Nischen in der kom-

38 Ebd., S. 66.

39 Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 257.

40 Werner Zeppenfeld, Tonträger in der Bundesrepublik Deutschland. Anatomie eines medialen Massenmarktes, Bochum 1978, S. 57 ff.

41 Kaspar Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970, Frankfurt a. M. 1997, S. 255.

merziellen Musikproduktion besetzen. Maßstäbe setzten demgegenüber die Beatles und die Rolling Stones sowie eine Vielzahl anderer angloamerikanischer Pop- und Rockbands; und dieser Trend setzte sich in den 70er Jahren ungebrochen fort.

Die qualitativen Veränderungen der deutschen Hörfunkprogramme im Laufe der 60er Jahre sind noch nicht detailliert untersucht worden. Allerdings ist es deutlich, daß die Landesrundfunkanstalten nur mit einem gewissen Zögern den Vorgaben des jugendlichen Musikgeschmacks folgten. Einer ganz »generellen ›Luxemburgisierung‹ der Programme, einer zu weit gehenden Spezialisierung oder allgemeinen Auflösung der Programmformen«, wollte man sich nicht unterwerfen.⁴² Die Praktiken des Kommerzfunks von Radio Luxemburg sollten von den gebührenfinanzierten Landesrundfunkanstalten nicht vorbehaltlos übernommen werden.

Der Konkurrenzdruck zwang jedoch zu weiteren Anpassungsleistungen, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre vorgenommen wurden: Die zunehmend verfügbaren Frequenzen für dritte UKW-Programme wurden immer mehr der Popmusik zur Verfügung gestellt. Eine Pioniertat war es, als der Südwestfunk 1970 die Sendereihe »Pop-Shop – das Teenagermagazin« in der Mittagszeit von 12–15 Uhr einführte. Der Bayerische Rundfunk zog am 1. April 1971 mit »Bayern 3, der Servicewelle von Radio München« nach.

Nicht zuletzt war mit diesen Neuerungen ein entscheidender Wechsel der Produktionsabläufe verbunden: Die U-Musik, die in den neuen dritten Programmen durchschnittlich rund zwei Drittel des Angebots umfaßte, wurde fast völlig von Industrieträgern eingespielt; die traditionelle Eigenproduktion der Anstalten sank in diesem Bereich zur Bedeutungslosigkeit herab.

Die verschiedenen Reformen der öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme wurden wesentlich dadurch erleichtert, daß die Publikumsreaktionen insgesamt sehr positiv ausfielen. Vor allem in den jüngeren Teilen der Bevölkerung wuchs die subjektiv empfundene Unentbehrlichkeit des Hörfunks; sie konnte in dieser Hinsicht Anfang der 70er Jahre sogar das Fernsehen hinter sich lassen.⁴³ Das konkrete durchschnittliche Hörverhalten stabilisierte sich für lange Jahre in der Form, wie es im angeführten Schaubild über die Reichweite der Medien bereits gezeigt wurde.

42 Wicht (wie Anm. 37), S. 65.

43 Massenkommunikation (wie Anm. 31), S. 133; Jürgen Pfifferling, Zur Situation des Hörfunks in der Bundesrepublik, in: Media Perspektiven (1973), S. 325–334.

V. Gegebenheiten in der DDR

Eine Rundfunkgeschichte der Bundesrepublik zu schreiben, ohne die DDR zu erwähnen, wäre zwar lückenhaft, aber nicht in entscheidenden Punkten (zumal wenn man das Rezeptionsverhalten der westdeutschen Bevölkerung in den Vordergrund stellte). Ganz anders sähe dies im umgekehrten Falle aus: Hörfunk und Fernsehen der DDR mußten sich in permanenter, engster Bezugnahme auf die West-Medien entwickeln, ob sie es wollten oder nicht. In vieler Hinsicht war das Abhängigkeitsverhältnis ganz eindeutig: Der Westen machte die Vorgaben, die vom Osten mehr oder minder zögernd übernommen wurden. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß sich die SED bemühte, eigene Akzente zu setzen. Die dadurch gegebene immanente Widersprüchlichkeit des »deutschen demokratischen Rundfunks« bedarf deshalb besonderer Aufmerksamkeit.

Die äußere Entwicklung des DDR-Rundfunks in den 60er Jahren verlief in verblüffender Parallelität zu derjenigen des Westens. Im Vordergrund stand die schon einleitend erwähnte explosive Ausbreitung des Fernsehens – 1961 gab es knapp 1,5 Millionen angemeldeter Fernsehgeräte in Ostdeutschland, 1971 waren es über 4,5 Millionen. Die Erweiterung des Programmangebots hielt damit allerdings nicht ganz Schritt; die Sendezeit verdoppelte sich nur, weil es dem »Deutschen Fernsehfunke« erst 1969 gelang, stundenweise ein zweites Programm anzubieten. An die Verwirklichung gar eines dritten Programms war nie zu denken.

Die Programmangebote des Ost-Fernsehens zeigten auf den ersten Blick kaum eigenes Profil. Genauere Untersuchungen ergaben, daß sich seine Programmstruktur »nicht wesentlich von der des bundesdeutschen Fernsehens unterschied«; wie dort gab das Fernsehen »mit seinem vertikalen und horizontalen Aufbau ein geordnetes Bild von Welt, das sich mit dem Programmfluß ähnlich den Westprogrammen in den Alltag der Zuschauer eingepaßt hatte.«⁴⁴ Die strukturellen Ähnlichkeiten setzten sich bis in einzelne Sendekonzepte hinein fort. Um nur drei Beispiele zu nennen: Karl-Eduard von Schnitzlers »Der Schwarze Kanal« (seit 21. März 1960) war als Gegenstück zu Thilo Kochs Reihe »Die Rote Optik« (seit 1958) konzipiert;⁴⁵ das publikumswirksame Prinzip des Mehrteilers entdeckten die Ostberliner Fernsehmacher in der WDR-Erfolgsproduktion »So weit die Füße tragen« und antworteten darauf 1961 ganz programmatisch mit »Gewissen in Aufruhr«;⁴⁶ und selbst das Konzept des innenpolitischen Magazins »Prisma«, das am 21. März 1963 im DFF Premiere

44 Peter Hoff, in: Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 304 f.

45 Ebd., S. 172 u. 283.

46 Ebd., S. 293 f.

hatte, nahm ganz ausdrücklich auf ein westdeutsches Vorbild Bezug, das »Panorama« vom NDR.⁴⁷

Auch die Auswirkungen des Fernseh-Booms auf den Hörfunk und die Art und Weise, wie man in der DDR zu reagieren suchte, sind ganz parallel zu den westdeutschen Entwicklungen zu beschreiben. Eine relativ eigenständige Hörerforschung wurde etabliert,⁴⁸ und nicht zuletzt deren Ergebnisse führten zu einer stärkeren inneren, auf Kontrast angelegten Profilierung der schon seit 1958 vorhandenen jeweils zwei Programme bei Radio DDR und beim Berliner Rundfunk. Eine undatierte, wohl 1968 erschienene offizielle DDR-Broschüre – »Deutscher Demokratischer Rundfunk – Informationen«⁴⁹ – resümierte ganz im westlichen Stil, zunächst für Radio DDR: »Das I. Programm dient der Information und Unterhaltung. [...] Das II. Programm für Probleme und Meinungen kann als ein Bildungsprogramm angesehen werden, das gehobeneren Ansprüchen genügt.« Selbstverständlich wurde als Grund für diese 1963/64 vorgenommene Umstrukturierung als erstes das neue »Programm der Vervollendung des Sozialismus in der DDR« genannt, aber: »hinzu kamen gewandelte Hörgewohnheiten, die sich aus der Entwicklung des Fernsehfunks, von Transistor-Radiogeräten, aus Schicht-Arbeit und Fünf-Tage-Arbeitswoche ergaben.« Und ähnlich hieß es für das erste Programm des Berliner Rundfunks, in dem nun auch die Jugend besonders berücksichtigt werden sollte: »Zahlreiche Tests hatten bestätigt, daß neue Hörgewohnheiten entstanden waren, die sich vor allem auf wirkungsvolle Sendungen im Frühprogramm und während der späten Nachmittagsstunden richteten. Ihnen trägt der Berliner Rundfunk u. a. Rechnung durch die sonntägliche Unterhaltungssendung »7–10 Sonntagmorgen in Spreeathen« oder des wochentags erscheinenden Vier-Stunden-Programms (!) des Jugendstudios »DT 64« für junge Leute.« Auch in der DDR wandelte sich der Hörfunk zum Tagesbegleitmedium, das ganze Programme nur für Unterhaltungsmusik und bloß eingestreute Information bereitzustellen hatte.

Gleichzeitig sah sich der DDR-Rundfunk damit konfrontiert, auf sich wandelnde politische Vorgaben reagieren zu müssen. Mit dem Bau der Berliner Mauer rückte der gesamtdeutsche Auftrag immer mehr in den Hintergrund; ganz formell wurde in dieser Hinsicht unter Honecker 1971/72 ein Schlußpunkt gesetzt, als die Tätigkeit der beiden seit 1956

47 Gerhard Scheumann, Heikle Gratwanderung – Die Sendereihe »Prisma«, in: Mit uns zieht die neue Zeit ... 40 Jahre DDR-Medien, hrsg. von Heide Riedel, Berlin 1993, S. 131–138, hier: S. 132.

48 Konrad Dussel, Der DDR-Rundfunk und seine Hörer. Ansätze zur Rezeptionsforschung in Ostdeutschland (1945–1965), in: RuG 24 (1998), S. 122–136.

49 Belegexemplar im Deutschen Rundfunkarchiv Berlin.

bzw. 1960 aktiven ausgesprochenen Propagandainstrumente, des »Deutschen Freiheitssenders« und des »Deutschen Soldatensenders«, ganz eingestellt⁵⁰, der Deutschlandsender in »Stimme der DDR« und der Deutsche Fernsehfunk in »DDR-Fernsehen« umbenannt wurde.

In den Vordergrund trat der Kampf für den »umfassenden Aufbau des Sozialismus«, der im Januar 1963 als höchstes Ziel durch den VI. Parteitag der SED förmlich erstmals im Parteiprogramm der SED überhaupt festgeschrieben worden war. Auch der Rundfunk hatte dazu seinen Beitrag zu leisten. Das Fernsehen scheint dabei sogar sein Soll übererfüllt zu haben, denn es ging schon über das normale Jubiläums-Lob hinaus, wenn Parteichef Walter Ulbricht anlässlich von zehn Jahren DFF 1962 formulierte: »Wir wissen, daß sich auf dem Gebiete der Kunst eine große Wandlung in der DDR vollzieht. Im Fernsehen zeigt sich das am deutlichsten. Dort gibt es auch die wenigsten Hemmnisse. Die Zusammenarbeit mit der Leitung des Fernsehens und auch mit den dort wirkenden Künstlern ist gut. Sie sind gegenwärtig sozusagen der Vortrupp.«⁵¹ Dieses im Sinne der SED gute Verhältnis scheint in den folgenden Jahren fortbestanden zu haben. Während der großen Abrechnung mit diversen kulturellen »Irrtümern« und ihren Urhebern auf dem 11. Plenum des ZK der SED im November 1965 wurde das Fernsehen nur ganz beiläufig erwähnt.

Größerer Unmut galt da von Parteiseite schon dem Hörfunk. Vor allem dem Jugendprogramm DT 64 wurde 1965 vom ZK-Berichterstatter Erich Honecker vorgeworfen, »den Erscheinungen der amerikanischen Unmoral und Dekadenz nicht offen entgegengetreten« zu sein.⁵² Die ostdeutsche Beat-Kultur erhielt durch die Bannsprüche der SED zwar einen herben Rückschlag, völlig zu beseitigen war sie dadurch jedoch nicht (zumal sich ostdeutsche Eigenprodukte wie der staatlich verordnete Modetanz »Lipsi« in keiner Weise durchsetzen konnten). Der Versuch, sich von der internationalen Musikentwicklung abzukoppeln, wurde 1972 mit der Einberufung einer sogenannten »Tanzmusikkonferenz« definitiv aufgegeben.⁵³

Die massenkommunikative Situation in der DDR wurde immer komplizierter. Die zentrale Aufgabe, »die gesellschaftlichen Modernisierungsvorhaben mit Hilfe der Medien zu vermitteln«, konnte der DDR-eigene Rundfunk nur mit großen Abstrichen erfüllen, weil es zu keiner echten

50 Jürgen Wilke u. Stephan Sartoris, Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg, in: Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, hrsg. von Jürgen Wilke, Köln u.a. 1997, S. 292–331.

51 Zit. nach: Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 297.

52 Zit. nach: Ebd., S. 300 f.

53 Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1993; Olaf Leitner, Rockszene DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, Reinbek 1983.

Diskussion der dabei anstehenden Probleme kommen durfte: »Kommunikative Vermittlung der von ihr gesetzten Ziele konnte sich die SED nur in der Form vorstellen, daß ihre Vorgaben akzeptiert wurden; Aufgabe der Medien war es, diese Transformation zu leisten«. Eine systematische »politisch-ideologische Entdifferenzierung« war die Folge.⁵⁴

Es ist zu vermuten, daß diese Mängel auf Empfängerseite bis zu einem gewissen Grad durch die westdeutschen Rundfunkprogramme ausgeglichen wurden. Genauere Untersuchungen liegen dazu bislang allerdings noch nicht vor. Datenmaterial der 80er Jahre – also einer Zeit, in der die Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft in der DDR sicherlich noch weiter fortgeschritten war als in den 60er Jahren – mahnen jedoch zur Vorsicht: zum einen, was das Ausmaß des West-Medienkonsums überhaupt angeht, und zum anderen, was die Präferenzen im einzelnen betrifft. Beim Hörfunk war es noch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre so, daß rund 70 Prozent der DDR-Bevölkerung die eigenen Sender einstellten, vor allem Radio DDR I und Berliner Rundfunk.⁵⁵ Beim Fernsehen war die Proportion zwar – cum grano salis – genau umgekehrt, aber mit wichtigen Differenzierungen: Attraktiv am westdeutschen Fernsehangebot war für die ostdeutschen Nutzer vor allem die politische Information und weniger die Unterhaltung. Die empirischen Befunde der 80er Jahre legen sogar den Schluß nahe, daß »der Mangel an Glaubwürdigkeit in den informationspolitischen Sendungen jahrzehntelang mit Identifikationsangeboten in künstlerisch überzeugenden Geschichten und Gestalten der Fernseh dramatik kompensiert werden konnte.«⁵⁶

VI. Gesellschaftliche Gesamtwirkungen

Auch wenn es der Forschungsstand noch nicht erlaubt, definitive Befunde zu formulieren, muß am Ende doch zumindest theseartig noch einmal auf die einleitend formulierten Vermutungen über die gesellschaftlichen Gesamtwirkungen vor allem der beiden Funkmedien Bezug genommen werden. Mit Knut Hickethier ist hervorzuheben, daß das Fernsehen in den 60er Jahren primär als »Vermittlungsagentur gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse« zu begreifen ist. Intendiert oder

54 Peter Hoff, in: Hickethier, Geschichte des dt. Fernsehens (wie Anm. 1), S. 282 u. 286.

55 Liselotte Mühlberg, Hörerforschung des DDR-Rundfunks, in: Mit uns zieht die neue Zeit (wie Anm. 47), S. 173–181, hier: S. 177.

56 Christa Braumann, Fernsehforschung zwischen Parteilichkeit und Objektivität. Zur Zuschauerforschung in der ehemaligen DDR, in: RuF 42 (1994), S. 524–541, hier: S. 535.

nicht, stabilisierte das Fernsehen die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zuletzt dadurch, daß es neue Verhaltensstandards setzte. Und dies geschah flächendeckend: Mit seiner Ausbreitung auf dem Lande »wurde es zum Agenten der Anpassung an die urbanen Konsumgewohnheiten.«⁵⁷

Bei aller notwendigen Betonung des Integrationsaspekts darf jedoch nicht übersehen werden, daß fast gleichzeitig neue Differenzierungsprozesse begannen, die am Ende des Jahrzehnts fernsehintern durchaus wahrgenommen und unter dem Begriff der »Zielgruppenprogramme« thematisiert wurden.⁵⁸ Hickethiers Annahmen dürften auch auf die DDR zu übertragen sein. Eine ganz andere Frage ist es jedoch zu entscheiden, ob die jeweiligen Prozesse nicht nur parallel, sondern insgesamt konvergent verliefen.

Zudem müssen seine auf das Fernsehen beschränkte Überlegungen um verschiedene andere Aspekte erweitert werden, wenn der gesamtgesellschaftliche Medien- und Kulturwandel thematisiert werden soll. Schon wenige auf den Hörfunkbereich bezogene Beobachtungen machen nämlich deutlich, daß neben die in den 60er Jahren durchaus noch vorhandenen starken integrativen, alte Milieugrenzen überwindenden Kräfte des Fernsehens neue Segmentierungstendenzen traten, die ganz andere gesellschaftliche Trennlinien schufen. Diese Trennlinien allein am Konsum stilistisch unterschiedlicher Unterhaltungsmusik festmachen zu wollen, wäre zwar völlig verfehlt. Immerhin kann er aber als Indikator für unterschiedliche Lebensgefühle und Lebensweisen in der Bevölkerung dienen. Die Medienumbrüche wären dann im Kontext des schon seit den 70er Jahren untersuchten allgemeinen Wertewandels zu thematisieren⁵⁹ und von dort auf das sozialwissenschaftliche Konzept der »Erlebnisgesellschaft« mit ihren ganz unterschiedlichen kulturellen Milieus zu übertragen.⁶⁰

57 Hickethier, *Geschichte des dt. Fernsehens* (wie Anm. 1), S. 202, 241 u. 113; ergänzend: ders., *Geschichte des Zuschauens* (wie Anm. 5), S. 265 ff.

58 Dieter Stolte [als Leiter der ZDF-Hauptabteilung Programmplanung], *Anmerkungen zu einer Programmkonzeption der Zukunft*, in: *ZDF-Jahrbuch 1970*, Mainz 1970, S. 66–69.

59 Die Fülle vorangegangener Forschung zusammenfassend: Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M. 1989.

60 Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M./New York 1992.

Claus-Dieter Krohn

Die westdeutsche Studentenbewegung und das »andere Deutschland«

Im Rückblick ist die bundesdeutsche Studentenbewegung als eine Art Erbschaftsverweigerung bezeichnet worden.¹ Sicher ist es richtig, daß die sogenannten »68er« die Normen und Werte der NS-belasteten älteren Generation und deren Verdrängungen im materiellen Wiederaufbau nach 1945 radikal in Frage gestellt haben. Gleichwohl ist das Urteil falsch, da es sich ebenso wie die periodisch aufbrechenden Kontroversen im bisherigen Fünfjahres-Rhythmus der Gedenktage nur auf die eruptiven Protestaktionen in der kurzen Phase 1967/68 orientiert. Diese Ereignisse schlossen jedoch nur eine Entwicklung ab, die unter ganz anderen Vorzeichen schon Ende der 50er Jahre begonnen hatte, als sich erstmalig in der Nachkriegszeit eine jüngere Generation zu Wort meldete, die in den Wirtschaftswunderjahren herangewachsen und die gesellschaftspolitischen Versteinerungen im Kalten Krieg nicht widerspruchslos hinzunehmen bereit war. Das begann mit den unartikulierten Krawallen der Halbstarken und erhielt erste intellektuelle Konturen in der »Kampf dem Atomtod«- und Ostermarschbewegung und den Konflikten des jüngeren akademischen Nachwuchses im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) mit der Mutterpartei SPD nach Verabschiedung des Godesberger Programms im November 1959.

Der Konflikt, der zur Trennung von SDS und SPD führte, markiert einen wichtigen Schritt der Selbstfindung jüngerer Intellektueller; der SDS war fortan nicht mehr das Sprungbrett für Parteikarrieren, sondern avancierte zum geistigen und organisatorischen Zentrum alternativer Gesellschafts- und Lebensentwürfe. Dennoch waren diese frühen emanzipatorischen Impulse begrenzt. Die Kritik des SDS am Godesberger Programm

1 Jürgen Leinemann, Die wilden 68er, in: Spiegel-Spezial, Nr. 1/1988, S. 59–69.

übersah ebenso dessen Modernisierungsansätze wie sein künftiger Rekurs auf den Traditionsozialismus der Arbeiterbewegung konservative, ja anachronistische Züge trug. Wären solche Orientierungen im SDS, für die vor allem die Abendroth-Schule in Marburg, die aus der studentischen Anti-Atombewegung hervorgegangene Argument-Gruppe in Berlin oder die Kölner Fraktion standen, beherrschend geworden, wäre »1968« wohl zu kaum mehr als einer Fußnote der deutschen Nachkriegsgeschichte geworden. Die Gründung der zahlreichen zumeist kurzlebigen, theoretisch auf jeden Fall bedeutungslosen marxistischen Splitter-Parteien durch studentische Aktivisten in der »Organisationsphase« nach dem Zerfall des SDS 1968 mag dafür ein Indiz sein. Vor dem Hintergrund des antikomunistischen Konsenses in der frühen Bundesrepublik sollte die traditionelle Marxismus-Rezeption, zu verstehen als Identitätssuche durch Tabuverletzung, allerdings nicht unterschätzt werden.

Daß die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre dennoch in solchem Ausmaß zur Zäsur der bundesdeutschen Geschichte beitrug und unter ihrem Druck die bis dahin noch nachwirkenden Leitbilder des wilhelminischen Obrigkeitsstaates in der patriarchalischen Adenauerzeit hinweggefegt wurden, beruhte vielmehr auf anderen Einflüssen. Darauf verweist bereits die Tatsache, daß studentische Unruhen eine internationale Erscheinung waren, hervorgegangen aus jeweils anderen Anlässen, wenngleich etwa die autoritären Universitätsstrukturen und vor allem der Vietnam-Krieg die wohl wichtigsten Katalysatoren für die Formierung der weltweiten Protestbewegung darstellten. Immanuel Wallerstein schreibt den Ereignissen des Jahres 1968 gar die Bedeutung eines Strukturbruchs zu, der die ideologische und kulturelle Realität des Weltsystems radikal verändert habe.² Ohne auf die verschiedenen nationalen Motivlagen der Proteste oder die zahlreichen Einflußfaktoren wie die Musik und die Mode einzugehen, die sich zu der folgenden umfassenden Lebensstilrevolution verbanden, sei hier nur angedeutet, daß es kaum eine Rebellion in der neueren Geschichte gegeben hat, die so ausschließlich von jüngeren Intellektuellen bestimmt wurde. Und sie traten nicht nur als soziale oder Altersgruppe auf, sondern als breite kulturelle Phalanx mit einem neuen Weltverständnis und mit ausgeprägten theoretischen Ansprüchen. Ihre Schubkraft gewann diese Bewegung nicht nur durch die Kampfansage an das herrschende »Establishment«, sondern auch mit ihrer Ablehnung der »alten Linken«. Die Stichworte dafür hatte der Soziologe C. Wright Mills von der Columbia University 1960 in seinem berühmten »Letter to the New Left« geliefert, der weltweite Verbreitung fand – in Deutschland wurde er in der Studentenzeitschrift »konkret« abgedruckt – und der der

2 Immanuel Wallerstein, 1968: eine Revolution im Weltsystem, in: 1968 – ein europäisches Jahr?, hrsg. von Etienne François u. a., Leipzig 1997, S. 19–33.

Bewegung ihren Namen gab.³ Vor dem Hintergrund der Entartung des Sozialismus im Stalinismus bzw. im sowjetischen Block und der Integration der Arbeiter in den westlichen Wohlstandsgesellschaften forderte er anstelle des alten proletarisch-revolutionären Puritanismus neue Sensoren und Instrumente für eine kritische Gesellschaftsanalyse, wobei er in der Spontaneität und Phantasie der jungen Intelligenz das Agens der künftigen Neuorientierung sah.

Der Prozeß der Bewußtseinsdämmerung der Neuen Linken in Deutschland und die damit verbundene Suche nach intellektuellen Orientierungen soll hier knapp skizziert werden. Entscheidende Anstöße kamen von dem kleinen antiautoritären Flügel des SDS, aus der Ostermarschbewegung und aus der bürgerlichen Jugendbewegung im Umkreis der »dj. 1.11«, jener kleinen nach 1945 wiederbelebten Gruppierung der am 1. November 1929 von Eberhard Koebel-Tusk gegründeten Deutschen Jungenschaft, die sich von der gesellschaftsfernen, privat gerichteten bündischen Jugend der 20er Jahre getrennt hatte und während der Weltwirtschaftskrise, im Vorfeld des Nationalsozialismus politisch immer weiter nach links gerückt war. Personell waren diese Milieus in den 50er Jahren insofern vernetzt, als jugendbewegte Gymnasiasten später im Studium erstaunlich häufig Anschluß an den SDS suchten. Sie alle entdeckten am Ende jenes Jahrzehnts wissenschaftliche Texte und gesellschaftstheoretische Entwürfe, die nachhaltig auf den öffentlichen Diskurs in den 60er Jahren wirken sollten. Unterlegt war das zugleich mit einer politisch-moralischen Dimension, denn ihre Anregungen bezogen die jungen Intellektuellen zu einem guten Teil von jenem geistigen Erbe, das von den Nationalsozialisten vertrieben worden war und sich im Exil internationalisiert hatte. Die Spuren dieses Erbes, der heute häufig verklärten »Weimarer Kultur«, waren hierzulande so nachdrücklich ausgelöscht worden, daß sie nach 1945 weitgehend vergessen waren. Ihre Wiederaneignung und multiplikative Vermittlung begründen die kulturgeschichtliche Bedeutung der 68er; in der mittlerweile kaum noch überschaubaren Literatur über die Protestgeneration ist das bisher kaum thematisiert worden. Betont sei allerdings, daß diese Rezeption nur ein Segment der studentischen Bewußtseinsbildung darstellte, das aber quasi das moralische Fundament für ihre sonstige Theoricaneignung wie auch für den damit verbundenen, häufig unerträglichen rhetorischen Belehrungsgestus lieferte.

Unter der »Weimarer Kultur« ist jener intellektuelle Dialog in den 20er Jahren zu verstehen, der in starkem Maße ein Dialog deutscher Juden zur eigenen Positionsbestimmung und Selbstverständigung in der neuen de-

3 C. Wright Mills, »Letter to the New Left«, in: *Studies on the Left. A Journal of Research, Social Theory, and Review*, Vol. 2, No. 1, 1961; dt. in: *konkret*, Nr. 23/24, 1961.

mokratischen Gesellschaft nach 1918 gewesen ist. Seinen Niederschlag hat er in der Literatur, den Avantgarde-Künsten und den – hier besonders interessierenden – modernen Sozialwissenschaften gefunden. Zu deren Professionalisierung trugen gerade junge Gelehrte jüdischer Herkunft bei, die vor dem Hintergrund der brüchigen Emanzipation und Assimilation im 19. Jahrhundert den gesellschaftskritischen Blick par excellence entwickelt hatten. Daraus entwickelten sich nach ihrer Vertreibung durch die Nationalsozialisten unter den Akkulturationsbedingungen in den USA, wohin die meisten von ihnen geflohen waren, jene erfahrungsgepägten permanenten Lernprozesse, deren disziplinübergreifende Ideopotentiale von der jungen Intelligenz in den verschiedenen Ländern gleichermaßen verstanden wurden. Vor allem die jüngeren sozialistischen Emigranten, für die nicht nur die im Exil entwickelte Kritische Theorie des ehemaligen Frankfurter Instituts für Sozialforschung steht, trafen mit ihren am philosophischen Frühwerk von Marx – das erstmals Ende der 20er Jahre publiziert worden war – sowie ihren an der Psychoanalyse Sigmund Freuds orientierten Analysen die Stimmung der jüngeren Generation. Nicht der objektivistische Determinismus des auf die Ökonomie reduzierten Marxschen Alterswerks bzw. das Theorieverständnis der sozialistischen Parteien bestimmte ihren Forschungsansatz, sondern die subjektzentrierte Entfremdung des Menschen in der modernen Welt mit ihren Zwängen und anonymen gesellschaftlichen Institutionen.

In den expandierenden Massenuniversitäten der 60er Jahre und ihren von den realen Problemen abgehobenen Lehrinhalten waren solche Analysen für die Studenten direkt erleb- und nachvollziehbar. Die Erbschaft »jener zwanziger Jahre«, so Theodor W. Adorno⁴, in der kurz »die offene Möglichkeit einer politisch befreiten Gesellschaft« aufgeschienen war, wurde zur Quelle für das potentielle oder tatsächliche Widerstandsbewußtsein, das sich insbesondere an den herrschenden politischen und kulturellen Normen der USA und der Bundesrepublik entzündete. Hier wäre auch das vielzitierte Bild der »Flaschenpost« einzuordnen, mit dem das Institut für Sozialforschung seine Arbeit umschrieben hat.⁵ Es weist erstens auf die Verständigungsprobleme im Exil, signalisiert zweitens die Abkehr von einer intellektuellen Praxis, die sich einst vor 1933 noch der proletarischen Kultur verbunden glaubte, dann aber im New Deal-Amerika der Roosevelt-Ära immerhin so reformuliert wurde, daß sie – trotz aller Skepsis gegenüber der amerikanischen Kultur – den Anschluß an die demokratischen Standards der westlichen Zivilgesellschaf-

4 Theodor W. Adorno, *Jene zwanziger Jahre*, in: *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, hrsg. von Theodor W. Adorno, Frankfurt a. M. 1963, S. 59–68.

5 Vgl. dazu *Vierzig Jahre Flaschenpost: »Dialektik der Aufklärung«? 1947–1987*, hrsg. von Willem van Reijen u. Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a. M. 1987.

ten fand, und es markiert drittens bei den nach Ende der NS-Herrschaft zurückgekehrten Institutsmitgliedern eine selbst inszenierte Auserwähltheitsattitüde, die in der »Neuen Linken« ihren Adressatenkreis fand.

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno gehörten zu derjenigen Minderheit von Emigranten, die seit Ende der 40er Jahre in die Bundesrepublik zurückgekehrt waren. Von diesen Remigranten konnten die jungen Studenten bei ihrer intellektuellen Suche allerdings kaum aktive Unterstützung erwarten. Denn charakteristisch für die Nachkriegszeit war, daß keiner der Rückkehrer mit offenen Armen empfangen wurde; sie taten also gut daran, sich mit moralischen und politischen Erwartungen zurückzuhalten. So weit sich übersehen läßt, haben die wenigen zurückgekehrten Hochschullehrer zu keiner Zeit ihre jüdische Existenz und die lebensgeschichtliche Bedeutung ihrer Vertreibung gegenüber den Studenten thematisiert.

Nicht weil, sondern obwohl sie Emigranten waren, wurden die Rückkehrer akzeptiert. Sie waren nur willkommen, soweit ihr Beitrag für den materiellen Wiederaufbau nützlich war und sie als Vermittler von Kontakten fungierten, die dem westlichen Deutschland den Wiedereintritt in die internationale Staatengemeinschaft erlaubten. Das nach 1945 vorhandene Mißtrauen der Deutschen gegen die alten Landsleute, worin unschwer die Nachwirkungen der NS-Volksgemeinschaftsideologie erkennbar sind, konnte jederzeit offensiv gegen jene vermeintlichen Vaterlandsverräter mobilisiert werden. Die maßlosen Attacken auf Willy Brandt bis weit in die 60er Jahre hinein belegen das.⁶ Nicht einmal die literarische Öffentlichkeit, die sich in der »Kahlschlag«-Phase nach 1945 so gern antifaschistisch und nonkonformistisch gab, konnte mit den Remigranten etwas anfangen. Die »Gruppe 47« hat keinen von ihnen in ihren Kreis gebeten; erst Mitte der 60er Jahre – also kurz vor ihrem Ende – wurden gelegentlich auch ehemalige Emigranten, so etwa Erich Fried oder Peter Weiss, zu den Tagungen eingeladen.

In solcher Atmosphäre führten die intellektuellen Rückkehrer eine Art Doppelexistenz. Max Horkheimer machte zwar äußerlich eine bemerkenswerte Karriere, mit seiner Wahl zum Rektor der Universität Frankfurt stand zum ersten Mal nach Ende der NS-Herrschaft 1951 ein Jude an der Spitze einer deutschen Universität, aber diese Rolle führte zu ständigen Selbstzweifeln. Mit tiefsitzender Skepsis über die deutsche Nachkriegsentwicklung schwankte er dauernd zwischen Bleiben in Deutsch-

6 Genauer dazu Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, hrsg. von Claus-Dieter Krohn u. Patrik von zur Mühlen, Marburg 1997, S. 10; Exil und Remigration, hrsg. von Claus-Dieter Krohn u. a., München 1991; Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976, S. 241.

land und Rückkehr in die USA; seine amerikanische Staatsbürgerschaft hat er deshalb – wie auch Adorno und andere universitäre Rückkehrer – nie aufgegeben.⁷ Die noch in Amerika öffentlich vorgetragene Kritik am Scheitern der Entnazifizierung und an den fehlenden Selbstreinigungskräften der deutschen Universitäten äußerte Horkheimer in Frankfurt fortan nur noch im vertrauten Freundeskreis. Noch Ende der 50er Jahre gingen seine Ängste und taktische Vorsicht soweit, dem hoffnungsvollen Institutsassistenten Jürgen Habermas die Habilitation unmöglich zu machen, weil dessen »unbekümmerte Art« der Marx-Rezeption und außerdem dessen Engagement in der Anti-Atombewegung die Außenwirkung des Instituts für Sozialforschung »ruinieren« könnten.⁸

Vor dem Hintergrund dieser »nicht-symmetrischen Diskretion« übernahm die Studentenbewegung der 60er Jahre die Aufgabe, die ursprünglich den Remigranten vorgeschwebt haben mochte. Tragisch muten daher die Konflikte an, die später zwischen den jungen Akteuren und ihren geistigen Vätern aufbrechen sollten. Weil sich diese in das »kommunikative Bescheiden«⁹ des postfaschistischen Konsenses der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft weitgehend integriert hatten, waren die Studenten auf der Suche nach Orientierung weitgehend auf sich allein gestellt; und sie fingen quasi beim Nullpunkt an. Exemplarisch dafür mag ein unscheinbarer Artikel 1959 in der kleinen Zeitschrift »Pläne«, einem Organ der bündischen Jugend, genannt werden. Der Verfasser, der später zur sogenannten Argument-Gruppe gehörte, hatte dort die von Theodor W. Adorno 1955 herausgegebenen zweibändigen *Schriften* Walter Benjamins sowie Ernst Blochs *Spuren* vorgestellt, Schriftsteller, von denen er noch nie etwas gehört hatte, weitere Lebensdaten habe er nicht ermitteln können. Immerhin gewährte der Rezensent mit sensiblem Gespür, daß die Texte »einen lehren können, was man vernünftig nachdenken« heißen kann.¹⁰

Augenscheinlich eröffneten sich hier neue Horizonte. Kurz zuvor hatte der gleiche Autor in einer Broschüre unter dem programmatischen Titel *Rebellion der Jungen* die Geschichte von Tusk und der dj. 1.11 vorgestellt und diese beispielgebend für die Einstellung der Jugend zur Politik und Gesellschaft seiner eigenen Gegenwart genannt. Immerhin tauchten

7 Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung*, München 1986, S. 550.

8 Max Horkheimer, *The Lessons of Fascism*, in: *Tensions that cause War*, hrsg. von Hadley Cantril, Urbana 1950, S. 209 ff.; ders., *Briefwechsel 1949–1973*, Frankfurt a. M. 1996, S. 36 passim; zu Habermas S. 437–447.

9 Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *HZ* 236, 1983, S. 594.

10 Kay Tjaden, in: *Pläne. Eine junge Zeitschrift für kulturelle und politische Fragen* 3 (1959), H. 2, S. 12 f.

bereits in diesem Text einige Schlüsselbegriffe auf, die zentral für das Selbstverständigungsvokabular der Studenten einige Jahre später werden sollten. Der Autor wollte seine Forderung nach Politisierung der Jugend in »radikalem Sinne« verstanden wissen; sie war gedacht als Appell an diejenigen, die sich heute wie vor dreißig Jahren einen Rest von »kritischem Bewußtsein« erhalten hätten und deshalb »bei den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen aufbegehren« müßten.¹¹ Wie stark die Kontinuitätslinien von der linken bündischen Jugend aus den 20er Jahren bis in die studentischen Aufbrüche der 60er Jahre fortwirkten, mag die Tatsache andeuten, daß sowohl die Zeitschrift »Pläne« wie auch der aus ihr hervorgegangene gleichnamige Verlag den Titel eines von tusk 1932/33 – vor seiner Flucht nach Großbritannien – herausgegebenen Organs der dj. 1.11 übernahm. Sowohl die Zeitschrift wie auch der Verlag sollten eine wichtige Multiplikator-Funktion für die frühe Bewußtseinsformung der späteren Protestgeneration haben. Gleichzeitig markierten die entstehende Studentenbewegung und die ihr dann folgenden politischen Schülergruppen das Ende des nach 1945 reaktivierten und in den 50er Jahren für kurze Zeit wieder blühenden bündischen Eigenlebens in zahlreichen Gruppen und Verbänden, denen jetzt der Nachwuchs abhanden kam.

Nicht von ungefähr gehörten die Universitäten Berlin und Frankfurt zu den Zentren sowohl der studentischen Proteste als auch der zurückgekehrten Wissenschaftler. Während die Studenten dort in den 60er Jahren schrittweise die antifaschistische Kultur des 1933 vertriebenen »anderen Deutschland« für sich entdeckten, fanden sie bei ihren zurückgekehrten Lehrern nur wenig, bestenfalls indirekte Unterstützung. Das gilt sowohl für das für die intellektuelle Formung der Studenten so wichtige Frankfurter Institut für Sozialforschung wie auch für die Kerngruppe der Berliner Politikwissenschaftler um Ossip Flechtheim, Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal. Nur camouffiert traute sich beispielsweise Adorno, öffentlich zu diagnostizieren, daß die in Deutschland abgebrochenen Traditionen halbvergessene Aufgaben hinterlassen hätten und daß zur »eigenen Konsequenz weiterzutreiben [ist], was 1933 von einer Explosion begraben ward.« Zwar konnten sich die Studenten von seinem Appell ermutigt fühlen, daß hierzulande nur das Aussicht habe, »etwas nicht Überflüssiges zustande zu bringen, [...] was frei ist von Feigheit und Ichschwäche, was ungedeckt sich vorwagt und all dem absagt, was im Deutsch der nach-Hitlerschen Epoche mit einem widerlichen Ausdruck Leitbild heißt.« Doch selbst diese verklausulierten Vagheiten schränkte Adorno sogleich ein, weil für ihn die rezeptive Anknüpfung an den emanzipatorischen Geist »vor der Katastrophe« nurmehr die »Ahnung von Sterilität« in der Bundesre-

¹¹ Kay Tjaden, *Rebellion der Jungen. Die Geschichte von tusk und der dj. 1.11*, Frankfurt a. M. 1958, S. 6.

publik vermittelte.¹² Die studentische Wiederentdeckung jener hierzulande zerstörten geistigen Traditionen geschah somit nicht allein in Opposition zur Geschichtslosigkeit der Adenauer-Ära, sondern zugleich auch gegen die leibhaftigen Repräsentanten dieser Tradition, die gleichwohl intern – wie der jüngst veröffentlichte Briefwechsel Max Horkheimers dokumentiert – den moralischen Kern der studentischen Unruhen durchaus sahen.¹³ Wie dominierend immerhin die Kritische Theorie für die Studenten wurde, belegt die Tatsache, daß die Entstehung und das Namensetikett der intellektuell anregendsten ›antiautoritären‹ Gruppen auf das frühere Institut für Sozialforschung mit seinen umfassenden Analysen während der Exiljahre über die ›autoritäre Persönlichkeit‹ zurückzuführen sind; in der Bundesrepublik setzte sich für sie die in den USA und anderen Ländern übliche Bezeichnung ›Neue Linke‹ nicht durch.

Die doppelte Frontstellung weist zugleich auf ein Problem, das typisch für die intellektuelle Rezeption der deutschen Protestgeneration wurde. Erkennbar ist einerseits die Unsicherheit, Selektivität und Brüchigkeit ihrer tastenden Orientierung. Andererseits nahm ihre Theoriesucht wahllos heterogene Impulse auf. Man denke nur an die mit dem Vietnamkrieg in den Blick geratenen Befreiungskämpfe und -theorien der Dritten Welt; in der Ikonisierung Che Guevaras wurde das plakativ symbolisiert. Allerdings zählten zu ihren rezipierten Standardwerken auch hier die Schriften ehemaliger deutscher Emigranten, so etwa Paul Barans oder Andre Gunder Franks, die in den USA zusammen mit anderen Schicksalsgenossen zu den Begründern der modernen Interdisziplin Entwicklungstheorie gehört hatten.¹⁴

Nur einzelne Elemente der vom ›anderen Deutschland‹ bereitgestellten intellektuellen Botschaft wurden wahrgenommen. So sah man etwa nur deren gesellschaftskritische Dissidenz und die davon ableitbaren Widerstandspotentiale; die ihr eingeschriebenen kulturellen Einflüsse der aus Deutschland vertriebenen Juden dagegen blieben unbeachtet. Das erstaunt um so mehr, als der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt 1963/65 dazu die Anstöße hätte geben können. Zur Bedeutung der jüdischen Kultur

12 Adorno, *Jene zwanziger Jahre* (wie Anm. 4), S. 63 f.

13 Vgl. dazu auch *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995*, 3 Bde., hrsg. von Wolfgang Kraushaar, Hamburg 1998, insbesondere Bd. 2: Dokumente.

14 Vgl. u. a. Paul A. Baran, *The Political Economy of Growth*, New York 1957, dt. Übersetzung Neuwied 1966; Andre Gunder Frank, *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*, New York/London 1967, dt. Übersetzung 1969. Allgemein dazu Ingo Juchler, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt*, Berlin 1996.

und ihrer Zerstörung nach 1933 fanden die Studenten ebenso wenig Zugang wie etwa zu den jüdischen Wurzeln der Kritischen Theorie. Sicher repräsentativ für diesen eingeschränkten Horizont sind die Einlassungen des vormaligen APO-Anwalts Horst Mahler anlässlich seiner Verurteilung als RAF-Terrorist Anfang der 70er Jahre: »Gegenwärtig leiden weit aus mehr Menschen unter dem faschistischen Terror des imperialistischen Systems als das in den Jahren von 1933 bis 1945 der Fall war.« Die jüdischen Opfer des NS-Rassenwahns wolle er zwar nicht herunterspielen, doch sie dürften »uns nicht daran hindern, die faschistischen Greuelthaten zur Kenntnis zu nehmen, die die Zionisten heute am palästinensischen Volk begehen.«¹⁵ Immerhin konnte sich diese Ignoranz auf die von Horkheimer in seinem vielrezipierten Aufsatz »Die Juden und Europa« von 1939 bereitgestellte, wenngleich anders hergeleitete Formel berufen, wonach zur Erklärung des Antisemitismus »auf die Tendenzen des Kapitals« zurückgegriffen werden müßte.¹⁶

Die Studenten kamen daher auch nicht auf die Idee, daß die Gesellschafts- und Kapitalismuskritik der jungen deutschjüdischen Sozialwissenschaftler in den 20er Jahren vielfach Chiffren für etwas anderes gewesen sein könnten, nämlich Abrechnung mit dem jüdischen Bürgertum, das seine Identität unter dem selbst auferlegten Assimilationsdruck preisgegeben hatte, so daß die Emanzipationsverheißung also in Selbstentfremdung der Außenseiter umgeschlagen war. Hannah Arendts darüber schon Anfang der 30er Jahre in ihrem als Habilitationsschrift konzipierten Rahel Varnhagen-Werk und ihre dann in diversen Aufsätzen in den USA angestellten Reflektionen, ihre Gegenüberstellung von assimiliertem jüdischen »Parvenu« und »bewußtem Paria« als dem politisch emanzipierten Juden, der für sie zugleich Typus des Widerstands aus der gesellschaftlichen Marginalisierung heraus war, blieben den deutschen Studenten trotz des Verweisungszusammenhangs auf den eigenen sozialen Status unbekannt.¹⁷ Trotz Hannah Arendts publizistischer Präsenz in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, genannt sei nur ihr *Eichmann in Jerusalem* von 1964, fielen ihre gesellschaftspolitischen Analysen aus den Rezeptionsraster der Studenten; ihre Schriften erlebten hierzulande erst in den letzten Jahren eine Renaissance.

Gleiches gilt für die lange allzu eng mit ihrem Namen verbundene To-

15 Horst Mahler, Rede vor Gericht, hektographiert, o. O. o. J. (1974), S. 9 passim.

16 Max Horkheimer, Die Juden und Europa, in: ZfS 8 (1939), S. 115–137; Raubdruck 1967.

17 Vgl. Hannah Arendt, Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik, München 1959; dies., We Refugees, in: Menorah Journal 31 (Januar 1943), S. 69 ff.; dies., The Jew as Pariah. A Hidden Tradition, in: Jewish Social Studies 6/2 (Februar 1944), S. 99 f.

totalitarismusanalyse. Die Studenten sahen nicht, daß dieser herrschaftstheoretische Erklärungsansatz in den 30er Jahren von Emigranten entwickelt worden war, in dem sich erfahrungswissenschaftlich die eigene politische Vertreibung und ›rassische‹ Ausgrenzung widerspiegelten. Er war für jede Variante gesellschaftlicher Unterdrückung sensibel: gegenüber dem Terror der Nationalsozialisten, dem Stalinschen Gulag bis hin zur technischen Rationalität bzw. der Massenmanipulation in den demokratischen Gesellschaften, man denke nur an Horkheimers und Adornos Schrift *Dialektik der Aufklärung* aus den frühen 40er Jahren. Obwohl diese zum Schlüsselwerk in den 60er Jahren wurde, blieben viele studentische Vertreter sogar des antiautoritären Flügels der Totalitarismustheorie gegenüber merkwürdig abweisend, trotz ihrer offensiven Ablehnung des Sowjetsystems. Mit der dichotomischen Verengung und Funktionalisierung der Totalitarismustheorie zur Zeit des Kalten Krieges ist das kaum zu erklären.

Weiterhin wurde von den Studenten kaum beachtet, in welchem Ausmaß die Emigranten ihre aus Deutschland mitgebrachten theoretischen Anschauungen in der neuen Lebenswelt der USA angesichts des dort üblichen pragmatischen und demokratischen Wissenschaftsverständnisses modifiziert hatten und welchen Beitrag so auch die Remigranten zur zivilgesellschaftlichen Fundierung des Denkens im westlichen Deutschland leisteten. Mit ihrem in Amerika geschärften Verständnis von der Autonomie der Politik, das eine Ablehnung des alten linken ökonomischen Determinismus implizierte, repräsentierten sie im Kontext der traditionellen deutschen Universität den neuen Typus eines ›political scholar‹, der neue theoretische Einsichten und Methoden, vor allem der empirischen Sozialforschung, sowie interdisziplinäre und international vergleichende Analyseansätze mitbrachte und damit sowohl zur curricularen Neubestimmung der Disziplinen beitrug als auch das intellektuelle Komplement des demokratischen Aufbaus lieferte. Zunächst konnten solche Einflüsse – vor allem gilt das für die Soziologie und die Politikwissenschaft – nur indirekt und mit größter Zurückhaltung gegen den Widerstand der Kollegen geltend gemacht werden, die diese Modernisierungsimporte verächtlich als Besatzungsdiktate abtaten. Erst jüngere Wissenschaftler, die in den 50er Jahren von längeren Studienaufenthalten in den USA zurückgekehrt waren, sollten hier die weiteren Wege ebnen.

Kaum gewahrten die Studenten auch, wer ihnen das erste eigene wissenschaftliche Experimentierfeld ermöglichte. Neben dem Suhrkamp-Verlag war das vor allem die Europäische Verlagsanstalt (EVA), die mit ihren zahllosen Reihentiteln für die publizistische studentische Gegenöffentlichkeit sorgte. Immerhin war die EVA nach 1945 von Remigranten aus dem ehemaligen Intellektuellenzirkel des Internationalen Sozialisti-

schen Kampfbundes (ISK) gegründet worden und hatte in den 50er Jahren in ihrem Verlagsprogramm an die antifaschistische Tradition des »anderen Deutschland« angeknüpft. Sie hatte zahlreiche Exilschriften durch Neuauflagen in der Bundesrepublik bekannt gemacht; genannt seien nur Arthur Rosenbergs *Geschichte der Weimarer Republik* von 1935 oder die deutsche Übersetzung von Hannah Arendts *Origins of Totalitarianism* von 1951.¹⁸ Die Kontinuität, an die die antiautoritären Studenten anzuknüpfen suchten, war hier schon längst gegeben, ohne daß ihnen das zunächst klar war.

Schließlich ist die generationsspezifische Seite nicht zu übersehen, die den Konflikt zwischen zurückgekehrten Lehrern und ihren Studenten prägte. Den Entscheidungen der Emigranten zur Rückkehr hatte ein hohes Maß an Hoffnungen auf ein demokratisches Deutschland zugrunde gelegen. Das zurückgenommene Verhalten der Remigranten noch in den 60er Jahren belegt, daß sie die Entwicklung der Bundesrepublik für viel labiler hielten als die Jüngeren, die bereits in der – wie immer funktionierenden – Demokratie aufgewachsen waren. Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel sah durchaus diesen Zwiespalt. Für ihn begriffen die in dem einzigartigen Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit aufgewachsenen unruhigen Studenten und jungen Assistenten kaum die traumatischen Zwangsvorstellungen, die das politische Denken ihrer Lehrer bestimmten. Die Professoren wiederum würden nicht verstehen, daß die Jüngeren ernsthaft aus der Nazizeit Lehren ziehen wollten. So verharteten beide Gruppen in steriler Konfrontation, in der sie sich gegenseitig beschuldigten, entweder noch einer Ideologie zu huldigen, die zum Faschismus geführt habe, oder die Bedeutung der neuen rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung nicht zu erkennen.¹⁹

Insbesondere wird das in der vehementen Kritik von Remigranten an den studentischen Engagements gegen die Kriegführung der USA in Vietnam deutlich, hinter der sich zugleich die Irritation über ihr einstiges Zufluchtsland verbarg. Adorno wollte in den studentischen Aktionen nur »begriffslosen Praktizismus« sehen, während Horkheimer dem von ihm so wahrgenommenen Anti-Amerikanismus der Jüngeren vorhielt, nicht zu sehen, daß »wir hier nicht zusammen wären und frei reden könnten, wenn Amerika nicht eingegriffen und Deutschland und Europa vor dem furchtbarsten totalitären Terror schließlich gerettet hätte.« In eigentümlicher politischer Realitätswahrnehmung war für Horkheimer der Vietnam-Krieg nur »ein berechtigter Versuch, dem Vordringen der Chinesen

18 Vgl. dazu die Beiträge von Alfons Söllner und Klaus Körner, in: Rückkehr und Aufbau (wie Anm. 6).

19 Ernst Fraenkel, Der Konflikt an der Freien Universität, in: Universität und Demokratie, hrsg. von Ernst Fraenkel, Stuttgart u. a. 1967, S. 40.

schon in Asien Einhalt zu tun.«²⁰ Ganz anders wirkten demgegenüber die Auftritte Herbert Marcuses in Deutschland. Souverän, von den zivilen Normen der USA geprägt, verstand er es, gelassener und auch verständnisvoller mit den Studenten umzugehen als die Rückkehrer. Im übrigen warf er der selektiven Wahrnehmung seiner alten Instituts-Kollegen Blindheit vor den amerikanischen Verbrechen in Vietnam vor. Ja, für Marcuse wurde erst die Begegnung mit den rebellierenden Studenten in Berlin und Frankfurt zu einer Art »Versöhnung« mit Deutschland; unverhohlen begeisterte ihn insbesondere Rudi Dutschke: »Herrlich: einer der denken kann und handeln, der sich nicht fangen läßt – auch nicht von der alten Linken.«²¹

Deutlich werden die Brüchigkeit und Unsicherheit der tastenden studentischen Orientierungssuche, wenn man die strukturell ähnlichen amerikanischen Verhältnisse zum Vergleich heranzieht. Von Beginn an empfingen dort die Studenten von ihren akademischen Lehrern, von denen viele ehemalige Emigranten waren, wichtige Impulse und aktive Unterstützung. Nicht von ungefähr zählten auch in den USA diejenigen Universitäten zu den Zentren des Protestes, an denen sie stark repräsentiert waren; benannt seien nur Brandeis, Columbia, Madison oder Berkeley. Die Aktionen der amerikanischen New Left – das Free Speech Movement, die Bürgerrechtsbewegung und dann die Proteste gegen den Vietnam-Krieg – hatten zu einer Identität geführt, die in starkem Maße von Emigranten mitgeprägt worden ist. Das legen zumindest die zahllosen Topoi in den Verlautbarungen amerikanischer Studenten nahe. Während der Columbia-Revolte im April 1968 anlässlich der landesweiten Proteste gegen die Militärforschung an den Universitäten propagierte etwa der Studentenfürher Mark Rudd, daß es darauf ankomme, »not to be a good German«, und das war für ihn die schweigende Mehrheit Amerikas. Der dort lehrende Psychoanalytiker Erich Fromm wurde als einer der wenigen akademischen Lehrer von den Studenten akzeptiert, weil dieser »great shrink« die geeigneten Stichworte für deren »revolution of life« gegen die »society of zombies« gefunden habe.²² Ähnliche Denkfiguren finden sich unter den Studenten in Madison. Die Schüler des Soziologen Hans Gerth und des Historikers George L. Mosse – dazu hatte auch der bereits 1962 verstorbene C. Wright Mills gehört – empfanden sich in der

20 Max Horkheimer, Späne. [Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer, in unverbindlicher Formulierung aufgeschrieben von Friedrich Pollock], Frankfurt a. M. 1988, S. 492.

21 Horkheimer, Briefwechsel 1949–1973 (wie Anm. 8), S. 642 ff.; H. Marcuse an R. Dutschke, 11.3.68, zit. nach: Frankfurter Schule und Studentenbewegung (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 347.

22 James S. Kunen, The Strawberry Statement. Notes of a College Revolutionary, New York 1969, S. 55.

amerikanischen Zivilisation als »spiritual orphans« und »psychic exiles« und erhoben das Schlagwort »We are still searching for our Weimar« zu ihrem Schlachtruf.²³ In welche Details der historischen Anknüpfung man ging, zeigte sich bei der Präsidentenwahl 1968. Bei der Frage, wer das »kleinere Übel« sei, Lyndon B. Johnson, während dessen bisheriger Amtszeit der Vietnam-Krieg eskaliert war, oder Richard Nixon, der von den McCarthy-Ausschüssen her übel beleumdet war, erhoffte man sich im Rekurs auf die Tolerierungspolitik der SPD zur Zeit der Präsidentschaftskabinette am Ende der Weimarer Republik die nötigen Entscheidungshinweise.²⁴

Exemplarisch sei noch Brandeis genannt, eine nach dem Zweiten Weltkrieg von amerikanischen Juden als Reaktion auf den Holocaust gegründete Universität zur Bewahrung der europäisch-jüdischen Kulturtradition. Dort lehrten ausschließlich Emigranten oder in Europa Geborene, neben Herbert Marcuse u. a. Lewis Coser, die zu den tatkräftigen Förderern der Studenten in der Bürgerrechtsbewegung und gegen den Vietnam-Krieg gehörten. Mit seinem 1964 publizierten *One Dimensional Man*, einer Analyse der fortgeschrittenen Industriegesellschaft und ihrer totalitären Manipulationsinstrumente, sollte Marcuse zum bedeutendsten Stichwortgeber für die Studenten diesseits und jenseits des Atlantiks werden. Wie kein anderes Mitglied aus dem ehemaligen Institut für Sozialforschung setzte er damit die Forschungstradition der Kritischen Theorie fort. Die Brandeis-Studenten waren von Marcuse nicht nur intellektuell fasziniert, weil er ihnen die Augen für die Mythen der liberalen Ideologie öffnete, sie fühlten sich mit ihm auch emotional verbunden, weil er wie sie die Verhältnisse unerträglich fand und genauso ruhelos nach Auswegen suchte, ohne fertige Antworten zu haben: »He was the very antithesis of a demagogue«, so einer seiner Schüler 1964, »he was above all a German in the classroom, as he is in his writing. Dry, precise language, ponderous abstractions, and an air of seriousness to everything he did.«²⁵

Einen ähnlichen Einfluß hatte Lewis Coser, nicht nur mit flammenden Aufrufen gegen den Vietnam-Krieg, gegen die Johnson-Administration oder als Begründer der soziologischen Konflikttheorie, sondern auch mit der von ihm und dem ehemaligen Trotzkiisten Irving Howe 1954 gegründeten Zeitschrift »Dissent« als Reaktion auf die in den McCarthy-Jahren

23 Vgl. *History and the New Left*. Madison, Wisconsin 1950–1970, hrsg. von Paul Buhle, Philadelphia 1990, S. 252 f.

24 Hal Draper, *Who's Going to Be the Lesser Evil in '68?* (1967), wiederabgedruckt in: *The New Left of the Sixties*, hrsg. von Michael Friedman, Berkeley 1972, S. 55–61.

25 Jon Landau, *The Baptism of Brandeis*, in: *US. A Paperback Magazine*, No. 1/1969, S. 69–92.

immer zurückhaltender gewordenen, ehemals kritischen Publikationen wie etwa die »Partisan Review«. »Dissent« war nicht nur ein wichtiges Medium mit zahlreichen Beiträgen prominenter Emigranten zur Verbreitung der alternativen europäischen politischen Kultur in demokratisch sozialistischer Tradition, sondern wurde auch zu einem wichtigen Forum für die jungen intellektuellen Wortführer der New Left wie Michael Walzer, den Theoretiker des zivilen Ungehorsams, Tom Hayden, Verfasser des Port Huron Statement von 1962, dem Gründungsdokument des amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society), oder Todd Gitlin, dessen Vorsitzenden in den 60er Jahren.²⁶ Ihnen wurden zuweilen gar ganze Heftinhalte eingeräumt, so beispielsweise 1962 zum Leitthema »The Young Radicals«, das Coser selbst mit einem verständnisvollen Kommentar versah. Selbstkritisch ging er dort mit den Intellektuellen der alten Linken ins Gericht, die in den 30er und 40er Jahren mit ihrer starken Bindung an parteipolitische Programme ihre Aufgabe verfehlt und nach den folgenden Enttäuschungen in sterilem Selbsthaß ihre ursprüngliche Liebe zum Leben verloren hätten, während die ungebundene Neue Linke, unbelastet von den alten Kontroversen, die existenzialistische Vision neuer Möglichkeiten und Hoffnungen aufscheinen ließ.²⁷

Die Bürgerrechtsbewegung und die Proteste der New Left gegen den Vietnam-Krieg motivierten einen anderen ehemaligen Emigranten, den Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman von der Harvard University, sogar, ein soziologisches Modell über die Reaktionsweisen von Einzelnen und Gruppen auf Leistungsdefizite und Fehlfunktionen des gesellschaftlichen Systems oder seiner Teile zu entwerfen, welches zugleich direkte Bezüge zu seiner eigenen abenteuerlichen Biographie hatte. Der 1933 kurz nach dem Abitur aus Deutschland geflohene Hirschman, der in Frankreich und England Wirtschaftswissenschaften studiert, 1936 aktiv am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und 1938 in Triest promoviert hatte, war nach Beginn des Zweiten Weltkriegs als Freiwilliger in die französische Armee eingetreten, und er hatte nach deren Niederlage als Mitarbeiter des von dem legendären Varian Fry geführten amerikanischen Hilfskomitees in Marseille die illegale Flucht deutscher Antifaschisten aus dem unbesetzten Südfrankreich organisiert; Ende 1940 ging er selbst in die USA und zählt wie die bereits erwähnten Baran und Frank heute ebenfalls zu den Begründern und bedeutenden Repräsentanten der Entwicklungsökonomie. Nach zuerst unscheinbaren Beobachtungen markt-

26 Claus-Dieter Krohn, Die Entdeckung des »anderen Deutschland« in der intellektuellen Protestbewegung der 1960er Jahre in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 13, München 1995, S. 16–51.

27 Dissent (Spring 1962), S. 129–138.

widrigen Verhaltens in den Entwicklungsländern, die dem gängigen Rationalprinzip der ökonomischen Theorie widersprachen, veranlaßten ihn die Aktionen der amerikanischen Protestbewegung, in seiner 1970 vorgelegten Studie *Exit, Voice, and Loyalty* systematisch nach den Motiven und Äußerungsformen sozialer Unzufriedenheit zu fragen. Mit den dort vorgestellten Reaktionsweisen Abwanderung (Exit) und Widerspruch (Voice) beschrieb Hirschman Grundmuster menschlichen Handelns auf diagnostizierte Negativentwicklungen – zum einen den privaten passiven Rückzug, zum anderen die kompliziertere, an gemeinschaftliche Organisation gebundene aktive Haltung des sich Beschwerens und Protestes. Zentrales Thema dieses seltenen Theoretisierungsversuchs menschlichen Verhaltens bei Defiziten unterschiedlicher Systemkonstellationen war die Sorge, daß durch private Abwanderung diejenigen Kräfte geschwächt würden, deren kollektiver Widerspruch nötig wäre, um solche Defizite erfolgreich zu bekämpfen. Wie sehr Hirschmans eigene Lebensgeschichte diese Analyse mit beeinflußt hat, deutet die eigens für die deutsche Übersetzung geschriebene Einleitung an. Dort weist er auf die Situation in Deutschland nach 1933 hin, als die meisten der Jungen und Tatkräftigen das Land verließen und eine geschwächte Gemeinschaft der Hitler-Gegner zurückließen. Zwar räumt er ein, daß wirksamer Widerspruch unter totalitärem Terror unmöglich sei, aber das ändere nichts daran, daß seine Untersuchung auch als Bekenntnis eines eigenen »Schuldgefühls« verstanden werden könne, vor dessen Hintergrund ihm die Proteste der New Left als ermutigendes Zeichen erschienen.²⁸

Erkennbar wird hier eine Verbindung früherer Emigranten zur jüngeren Generation, die in Deutschland undenkbar war. Die Älteren gewahrten in der Unruhe der Jüngeren ein Stück von dem, was ihre eigene Jugend bestimmt hatte, und für die jungen Intellektuellen verstanden die Älteren das Unbehagen zu artikulieren und analytisch zu verarbeiten, welches sie selbst zunächst nur diffus empfunden hatten. In einer Mischung von Verachtung und vage geahnter Wehmut charakterisieren zahlreiche studentische Berichte diese Gelehrten als die außerordentlichen Repräsentanten einer untergehenden Zeit, die hellhörig für die Probleme der Gegenwart geblieben waren. Sie würden die »vitality of an older tra-

28 Albert O. Hirschman, *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge, Mass. 1970; dt. *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*, Tübingen 1974. Die Denkbilder Abwanderung und Widerspruch sind inzwischen von zahlreichen Soziologen und Politologen übernommen worden; Hirschman selbst hat sein Modell nach 1989 am Beispiel der Geschichte und des Endes der DDR überprüft, vgl. Albert O. Hirschman, *Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Leviathan* 20 (1992), S. 330ff.

dition [...] to take a stand and cast their lot with the aspirations of the young« symbolisieren; sie hätten einen »hot approach to scholarship«, der in der Multiversity mehr und mehr unterzugehen drohte.²⁹

Daß die ›Weimar Culture‹ nahezu selbstverständlich zur Chiffre der intellektuellen Selbstverständigung amerikanischer Studenten werden konnte, lag nicht allein an den von Emigranten vermittelten gesellschaftskritischen Impulsen, die im intergenerationellen Dialog weitergegeben wurden. Sicher dürfte auch der gemeinsame jüdische Hintergrund eine Rolle gespielt haben. Die Wortführer der New Left kamen in der großen Mehrheit aus der jüdischen Mittelschicht, häufig Einwanderer der zweiten Generation; viele hatten unmittelbar vom Genozid in Europa betroffene Angehörige. Die studentischen Akteure in den USA waren Kinder der Opfer, die deutschen dagegen nicht selten Nachkommen der Täter oder Mitläufer. Bei der Columbia-Revolt sprach etwa Mark Rudd davon, welche Bedeutung die eintätowierten Nummern auf den Armen überlebender Verwandter für seine politische Sozialisation gehabt habe. Und auf den SDS-Landeskonferenzen zählte Todd Gitlin, wer von den Delegierten jüdischer Herkunft war.³⁰ Augenscheinlich entdeckten viele der jungen Intellektuellen jetzt auch ihre jüdische Identität wieder, die von den Eltern unter dem Konformitätsdruck der *melting pot society* aufgegeben worden war. Einen ähnlichen Prozeß hatten nach 1933 zahlreiche emigrierte deutsche Intellektuelle aus dem assimilierten jüdischen Bürgertum durchgemacht. Der Mosse-Schüler in Madison und studentische Mitherausgeber der »Studies on the Left«, Paul Breines, erklärte pointiert, »by becoming a Leftist and an intellectual, I was beginning to become a Jew.«³¹ Reflektiert wird das auch von den Schmähearolen in der Öffentlichkeit gegen die Studentenproteste. Dem Stereotyp hierzulande »Geht doch nach drüben« entsprach in den USA der antisemitische Slogan »Go Back to Brooklyn«, dem bevorzugten New Yorker Wohnquartier jüdischer Einwanderer.

Welche Bedeutung die symbiotische Beziehung von deutschen Emigranten und amerikanischen Studenten gehabt hat, mag der spektakuläre Erfolg des Bestsellers *The Closing of the American Mind* aus der Feder des Philosophen Allan Bloom 1987 illustrieren. In dieser Kampfschrift zur geistig-moralische Wende während der Reagan-Ära wird mit dem

29 Landau (wie Anm. 25), S. 73.

30 The German-Jewish Legacy in America 1938–1988. From *Bildung* to the Bill of Rights, hrsg. von Abe Peck, Detroit 1989, S. 190; Maurice Isserman, *If I had a Hammer. The Death of the Old Left and the Birth of the New Left*, New York 1987, S. 207.

31 Paul Breines, *Germans, Journals and Jews/Madison, Men, Marxism and Mosse: A Tale of Jewish-Leftist Identity. Confusion in America*, in: *New German Critique*, No. 20/1980, S. 90.

unheilvollen Einfluß jener intellektuellen »German connection« abgerechnet, die mit ihren ideologie- und gesellschaftskritischen Methoden die jüngere Generation verdorben und das Verständnis für die großen liberalen und christlichen Werte Amerikas zerstört und die amerikanische Kultur zu einer Art »Disneyland version of the Weimar Republic« gemacht habe.³²

Wie anders war dagegen die Situation in der Bundesrepublik. Die kritisch-selbstbewußte deutsch-jüdische Außenseiterkultur gab es hier nicht mehr. Ernst Bloch z. B. – der mit seiner bis ins hohe Alter bewahrten Radikalität viel stärker als die remigrierten Theoretiker der Kritischen Theorie zur Identifikationsfigur der Studenten wurde – lehnte trotz aller Sympathien für das Vorhaben seine Teilnahme am Internationalen Vietnam-Kongreß in Berlin im Februar 1968 ab, weil er Mißverständnisse in der Öffentlichkeit befürchtete. Denn mit Erich Fried, Peter Weiss und Günter Anders sollten dort weitere ehemalige jüdische Emigranten als prominente Redner auftreten.³³ So fehlte auch der universitäre intergenerationelle Dialog und damit die lebendige intellektuelle Kontinuität der studentischen Selbstfindung. Neidvoll blickte etwa Rudi Dutschke auf jenes »andere Deutschland«, dessen Niederlage 1933 er zugleich für einen tendenziell befreienden Prozeß hielt, während seine Generation geschichtslos und allein sei. Sie habe wohl »manchen gelungenen subversiven Blick«, aber keinen »Totalitäts-Blick« entwickeln können.³⁴ Diejenigen, die dazu hätten beitragen können, hielten sich bedeckt. Max Horkheimer weigerte sich, als er von großen Verlagen gedrängt wurde, seine frühen Arbeiten aus den 30er und 40er Jahren neu auflegen zu lassen. Dem Hinweis, daß sie längst als Raubdrucke unter den Studenten kursierten und insofern Gemeingut geworden seien, hielt er entgegen, viele seiner ohnehin überholten »orthodox-marxistischen Diagnosen« von damals würden nur die Reaktionäre munitionieren. Erst nach mehrjährigem Zögern gab er 1968 seine Genehmigung für eine Auswahl, nicht ohne ihr ein distanzierendes Vorwort voranzustellen.³⁵ Zudem fehlten in der zweibändigen Sammlung wichtige Aufsätze, wie etwa der bereits genannte über »Die Juden und Europa« und der über

32 Allan Bloom, *The Closing of the American Mind. How Higher Education has failed Democracy and impoverished the Souls of today's Students*, New York 1987, S. 141–156.

33 Lieber Genosse Bloch... Briefe von Rudi Dutschke, Gretchen Dutschke-Klotz und Karola Bloch 1968–1979, hrsg. von Karola Bloch u. Wolf Schröter, Mössingen-Talheim 1988, S. 29.

34 Ebd., S. 38.

35 Max Horkheimer, *Briefwechsel 1949–1973* (wie Anm. 8), S. 599; ders., *Kritische Theorie. Eine Dokumentation*, hrsg. von Alfred Schmidt, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1968.

den »Autoritären Staat«, der 1942 versteckt in der nur institutsintern verbreiteten Gedenkschrift für Walter Benjamin erschienen war. Gerade der letztere, der 1967 durch einen Raubdruck bekannt wurde, lieferte mit seiner These vom »integralen Etatismus« den Zentralbegriff für die anti-autoritäre, totalitarismustheoretische Interpretation gleichermaßen der NS-Vergangenheit, des sowjetischen Staatssozialismus wie auch der westlichen industriekapitalistischen Gesellschaft, wobei sein analytischer Kern, die Abschaffung der Opposition – sei es durch Terror oder Manipulation, unter dem Druck der Monopole oder der staatlichen Bürokratie – zur Zeit der großen Koalition greifbare empirische Evidenz zu haben schien.³⁶

Bereits Mitte der 50er Jahre hatte die in Hamburg erscheinende, jedoch überregionale Zeitschrift »Studentenkurier«, die 1957 in »konkret« umbenannt wurde, an die Traditionen der Weimarer Kultur anzuknüpfen gesucht. Die spezifische »konkret«-Methode nahm die Collagen- und Montagetechnik John Heartfields und der Dadaisten auf, und die journalistische Schnodderigkeit, in der Information, Bekenntnis und Agitation eine Einheit bildeten, suchte das Erbe Kurt Tucholskys zu bewahren. Literarisch entwickelte »konkret« die sogenannte »schizographische Schreibhaltung«, die im Zorn über die politischen Zustände der Adenauer-Jahre kämpferische Opposition ausdrücken wollte, wofür die nach 1933 vertriebenen Literaten zum Vorbild wurden: »Da haben die Nazis«, so der Feuilleton-Chef Peter Rühmkorf, »schon genau die richtige Vorauswahl für uns getroffen.« Die großen Namen der vertriebenen Kultur ließen die »konkret«-Leute »ihrer Zeit gegenüber das einzig angemessene Gefühl, den horror vacui empfinden.«³⁷

So wichtig die Vorarbeit von »konkret« für die Bewußtseinsbildung der künftigen Protestgeneration seit Ende der 50er Jahre gewesen war, prägend wirkten ihre auf den literarischen Bereich beschränkten intellektuellen Anknüpfungen nicht. Bedeutender wurden vielmehr die Diskussio-

36 Vgl. dazu das Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967, abgedruckt in: Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, hrsg. von der Redaktion diskus, Berlin-Amsterdam 1991, S. 253–258; vgl. auch Wolfgang Kraushaar, Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H. 3, S. 76–105.

37 Peter Rühmkorf, Werner Riegel: »... beladen mit Sendung, Dichter und armes Schwein, Zürich 1988, S. 11; ders., Grosz-Memoiren, in: Studentenkurier 3 (1957), H. 1, S. 9. Ob auch die Studenten-Zeitschriften an den einzelnen Universitäten an jene Traditionen anknüpften, bedarf noch der Untersuchung; im Frankfurter diskus beispielsweise war das nicht der Fall. Genauer dazu Krohn, Entdeckung des »anderen Deutschland« (wie Anm. 26), S. 16–51.

nen in der sogenannten »Subversiven Aktion«, aus der u. a. die Berliner Studenten und ehemaligen DDR-Flüchtlinge Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, der spätere Kommune I-Mitbegründer Dieter Kunzelmann und der Münchener Student Frank Böckelmann kamen. Die Berliner hatten sich zunächst zwischen der »repressiven Arbeitsteilung« von SDS und Argument-Club positioniert, ehe sie zur Verbreiterung ihrer Aktionsbasis 1965 dem SDS beigetreten waren, der in ihren Augen trotz Trennung von der SPD kaum mehr als ein dürftiges »Gelegenheitsprodukt der revolutionären Ebbe der Nachkriegszeit« darstellte. Mit bemerkenswerten Kenntnissen der internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion hatte sich die Subversive Aktion und ihre Keimzelle, die in der Münchener Bohème Ende der 50er Jahre entstandene »Gruppe Spur«, zu dieser Zeit schon systematisch mit den gesellschaftswissenschaftlichen Analysen der deutschen Emigration beschäftigt – einige Zeit, ehe etwa mit Herbert Marcuses Vortrag über »Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers« auf dem deutschen Soziologentag 1964 die provokativ-oppositionelle Dimension der Kritischen Theorie einer weiteren Öffentlichkeit in den Blick geriet.

Personell und in ihrer internationalen Ausrichtung unterschied sich die Subversive Aktion vom deutschen sozialistischen Traditionsmilieu. Sie entstammte dem Umkreis der von Künstlern in Paris und anderen europäischen Städten gegründeten »Situationistischen Internationale«, die mit ihren spontanen Experimenten, der Schaffung von Situationen, auf die Anonymität und Entfremdung in der modernen Gesellschaft aufmerksam machen wollte, wobei sie die herkömmlichen politischen Theorien als manipulative Gängelung ablehnte. Die Situationisten sollten später die Stichworte für die »Provos« in Amsterdam und die »Enragés« des Pariser Mai 1968 liefern. In der Kunst sahen sie die einzige Chance zu authentischer kritischer Bewußtseinsbildung, was weitgehend auch dem kunsttheoretischen Verständnis der Kritischen Theorie entsprach. Deren Rezeption durch die Gruppe Spur führte 1962 zum Bruch mit der Situationistischen Internationale und zur Bildung der Subversiven Aktion. Anstelle der artistischen Selbstgenügsamkeit der Situationisten bot die Kritische Theorie einen viel umfassenderen gesellschaftskritischen Zugang zur Analyse der modernen Kulturindustrie.

Systematisch wurden von der Subversiven Aktion fortan die Schriften von ehemaligen Emigranten rezipiert. Bereits ein Jahr später empfahl sie einen Lektürekanon für die junge intellektuelle Avantgarde in Deutschland, der sich wie ein *Who's who* der unorthodoxen Theoretiker des Exils liest. Der künftige »homo subversivus« solle seine Weltansicht beziehen »aus der Zusammenschau der Intentionen von Marx, der komplexen Psychologie und der psychoanalytischen Bewegung (Abraham, Ferenczi, Freud, Pfister, Reich, Rank) ...«, der Frankfurter Schule (Adorno, Benja-

min, Horkheimer, Kracauer, H. Marcuse) sowie den Anliegen der subversiven Literatur und einiger künstlerischer Bewegungen.« Eine bestimmte »Denkschule« wollte man daraus nicht entwickeln; »durch intellektuelles Tasten« habe man sich vom bisher lediglich diffus empfundenen Unbehagen über die gesellschaftlichen Tatbestände befreit, und das entziehe sich jeder theoretischen Kategorisierung.³⁸ Welches neue Selbstbewußtsein damit einher ging, zeigte nicht nur der Hohn der Subversiven Aktion über den Traditionsozialismus mit seiner »Chimäre der revolutionären Klasse« und über die asiatische Fundierung der »nicht-sozialistischen Sowjetunion« – Rudi Dutschke sollte aus diesem Kontext später sein Dissertationsthema wählen –, sondern auch ihr publizistischer »Vatermord« an Theodor Adorno 1964, den dieser sogleich mit einer Strafanzeige beantwortete: Ein von ihr in verschiedenen Universitätsstädten verbreitetes Flugblatt mit montierten Zitaten aus dem Werk Adornos und mit seinem fingierten Impressum wollte die Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, daß er wie kein anderer die Defizite der Gesellschaft offengelegt, die Möglichkeit aktiven Eingreifens aber für unmöglich gehalten habe.³⁹

Rudi Dutschke konnte somit auf einen gesicherten Wissens-Kanon zurückgreifen, als er 1966 eine kommentierte Bibliographie zur sozialistischen Theoriedebatte vorlegte, die gegen die Traditionalisten im SDS gerichtet war. In Anlehnung an Marcuse und die von Karl Korsch 1950 in den USA formulierten »Zehn Thesen über Marxismus« sah er in Marx nur noch »einen unter vielen Vorläufern« für die Neue Linke. Vor dem Hintergrund des im »real existierenden« Sozialismus pervertierten Marxismus, aber auch angesichts des nicht aufgearbeiteten Nationalsozialismus lenkte Dutschkes Bibliographie auf die Schriften des »anderen Deutschland«: »Erst in der Emigration sind ernsthafte und tiefe Analysen« vorgelegt worden, in denen jenseits der engen ökonomischen Denkhorizonte die angemessenen Instrumentarien einer zeitgemäßen Gesellschaftstheorie entwickelt worden seien. Weder die Arbeiterklasse noch andere spezifische Gruppen würden eine historische Mission erfüllen oder seien legitimiert, im Namen der Menschheit zu sprechen. Statt dessen plädierte Dutschke für eine Kultur- und Bewußtseinsrevolution, die ihre Gegner in den Autoritäten jeder Art sah. Und mit seiner Devise »Wir machen nicht mehr mit« übernahm er direkt das Strategiemodell der »Großen Weige-

38 Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, hrsg. und kommentiert von Frank Böckelmann u. Herbert Nagel, Frankfurt a. M. 1976, S. 24–32; Unverbindliche Richtlinien, Nr. 2/1963, S. 5 u. 27. Vgl. auch Uwe Bergmann, Rudi Dutschke u. a., Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 62.

39 Subversive Aktion (wie Anm. 38), S. 122 u. 145 ff.

rung« von Herbert Marcuse.⁴⁰ Hieran knüpfte auch der Adorno-Schüler Hans-Jürgen Krahl an, als er die Horkheimer-These vom »integralen Etatismus« zu einer eigenständigen Analyse der modernen Gesellschaft auszubauen suchte, die zugleich der neuen intellektuellen Gegenöffentlichkeit die Argumente gegen den »Denkverfall« der remigrierten Institutsvertreter liefern wollte.

Dieser erst ansatzweise entfaltete Rezeptions- und Selbstfindungsprozeß, in dem die eigenständige Wiederentdeckung verschütteter Theorien und Theoretiker, das Freiheitsgefühl aus dem Erlebnis des neu erworbenen Wissens und der daraus abgeleitete Anspruch auf eine neue aufklärerische Mündigkeitsmoral verschmolzen, wurde mit den gewaltsamen polizeilichen Übergriffen bei den studentischen Demonstrationen seit Herbst 1966, vor allem in Berlin, und dann mit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg jedoch zusehends in den Hintergrund gedrängt. Nach dem 2. Juni 1967, der zur Politisierung einer ganzen Generation führte, wurde die bisher nur kleine studentische Protestelite von einem Wildwuchs radikaloppositioneller Gruppen überrollt, die in der folgenden Zeit zu unterschiedlichen dogmatischen Ideologien, Aktions- und Gewaltmythen Zuflucht nahmen. Nicht nur der SDS als bisheriger Diskussionsfokus blieb dabei auf der Strecke, sondern auch die Universität verlor ihre Bedeutung als Forum von Analyse und Kritik; sie geriet in zunehmende Bevormundung durch die staatliche Bürokratie.⁴¹

Erst in der Schockphase nach dem 2. Juni sollte es zu einer kurzfristigen Gemeinsamkeit und zum intensiveren Dialog zwischen den Remigranten und den Studenten kommen. In Frankfurt sprang der Sozialphilosoph Ulrich Sonnemann in einem programmatischen Artikel unter dem Titel »Der schnelle Tod und die langsamen Kommilitonen« den hilf- und ratlosen Jüngeren zur Seite. Sie hätten offenbar noch nicht »das Gesetz der deutschen Geschichte« mit seinem machtstaatlich sanktionierten »Gewaltmenschentum« erkannt.⁴² Fassungslos war auch Theodor Adorno; seine Vorlesung über Ästhetik am 6. Juni begann er mit der Erklärung, »daß stets noch in Deutschland die offizielle und mit dem Geist von Demokratie unvereinbare Neigung höherer Instanzen herrscht, Aktionen der im doppelten Sinn untergeordneten Organe a priori zu decken«, wobei für ihn die Berliner Vorgänge allerdings »von dem Furchtbaren« des Sechstagekrieges in Israel überschattet wurden. Zwar war er einige Tage später nach Berlin aufgebrochen, um mit wenig Gespür für die Situation

⁴⁰ Rudi Dutschke, Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart, SDS-Korrespondenz, Sdr.-Nr. 1966, Neuauflage Heidelberg 1969, S. 11.

⁴¹ Genauere dazu Bernd Rabehl, Am Ende der Utopie. Die Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin 1988, S. 242–255.

⁴² diskus, Juli 1967, S. 1

einen länger verabredeten Vortrag an der Freien Universität über Goethes Iphigenie zu halten, der dann prompt im Tumult unterging. Aber trotz dieser und weiterer Provokationen in der Folgezeit lehnte er eine öffentliche Distanzierung von der APO ab: »So genau ich weiß, daß die Studenten eine Scheinrevolte betreiben und das eigene Bewußtsein der Unwirklichkeit ihres Treibens durch die Aktionen übertäuben, so genau weiß ich auch, daß sie, und die Intellektuellen überhaupt, auf der Plattform der deutschen Reaktion die Rolle der Juden übernommen haben.«⁴³

Auch künftig blieb Adorno ambivalent. Nach wiederholten Störungen seiner Seminare und der krawallartigen Frankfurter Institutsbesetzung im Winter 1968/69 schrieb er kurz vor seinem Tode im Zustand »äußerster Depression« an Marcuse, daß er zwar die »Meriten der Studentenbewegung« nicht leugnen wolle; »sie hat den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen.« Aber ihr sei ebenso ein Quentchen Wahn beigemischt, »dem das Totalitäre teleologisch innewohnt«, so daß er die »Gefahr des Umschlags der Studentenbewegung in Faschismus« durchaus für möglich hielt. Der Freund dagegen empfahl mehr Gelassenheit. Auch er lehne den studentischen Anspruch ab, Theorie in aktionistische Praxis umsetzen zu wollen, dennoch gab er zu bedenken, »daß unsere Sache [...] eher bei den rebellierenden Studenten aufgehoben ist als bei der Polizei.« Die Verhältnisse seien so elend und erstickend, Marcuse erinnerte an den Krieg in Vietnam, daß Rebellion dagegen zur moralischen Pflicht werde. Die Studenten seien nicht zuletzt von ihrer beider Denken beeinflusst worden, »ich bin darüber sehr froh und bin gewillt, mich mit dem Vatermord abzufinden, obwohl es manchmal weh tut.«⁴⁴

Ähnliche Unterschiede der Bewertung findet man in den Korrespondenzen Horkheimers mit dem Sozialwissenschaftler Adolph Lowe in den USA, seinem langjährigen Freund aus der Frankfurter Zeit vor 1933 und dann gemeinsamen Exiljahren in New York. Auf Horkheimers Befürchtung, daß den Aggressionen der aktivistischen Studenten sozialpsychologische Motive zugrunde liegen könnten, »die dem Faschismus ähnlicher sind als seinem Gegenteil«, riet Lowe zu souveräner Haltung. Er habe zwar auch den Eindruck, daß die radikalen Studenten in ihrem Aktionismus zuweilen nicht wüßten, wo der Schuh drückt; das heiße jedoch nicht, »daß der Schuh nicht drückt.« Aufgabe der Älteren sei es deshalb, ihnen bei der Erkenntnis zu helfen, was sie im Moment noch nicht klar sehen könnten.⁴⁵

43 diskus, Extrablatt 8./9. Juni 1967, S. 2; Theodor W. Adorno an Günter Grass, 4.11.68, zit. nach: Frankfurter Schule und Studentenbewegung (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 472–474.

44 T.W. Adorno an H. Marcuse 19.6.69 u. 6.8.69; Marcuse an Adorno 5.4.69, Herbert Marcuse-Archiv, Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M.

45 Horkheimer, Briefwechsel 1949–1973 (wie Anm. 8), S. 739 u. 767. Zu Lowe vgl.

Trotz des mit dem 2. Juni verbundenen Bruchs ist aus heutiger Rückschau dennoch unübersehbar, in welchem Ausmaß die jungen Intellektuellen bereits den Weg für die kulturelle Zäsur in der Bundesrepublik gebahnt hatten. Die antiautoritäre Neue Linke hat dafür gesorgt, daß die großen gesellschaftswissenschaftlichen Analysen aus den 20er Jahren und dem Exil hierzulande zu Klassikern wurden, die der Forschung neue Impulse gaben – die Exilforschung ist beispielsweise ein Produkt dieses Aufbruchs. Er hat auch dazu geführt, daß die älteren Arbeiten des Instituts für Sozialforschung wirkungsgeschichtlich überhaupt erst homogenisiert als »Frankfurter Schule« oder »Kritische Theorie« öffentlich wahrgenommen wurden.⁴⁶ Unter diesen Etiketten wurden sie dann zur symbolischen Identifikation einer ganzen Generation und damit zum bedeutendsten Fokus intellektueller Lagerbildung im Nachkriegsdeutschland. Dazu gehörte auch der später so häufig mokant kommentierte soziologisierende Studenten-Jargon. Übergangen wurde dabei, daß dieses intellektuelle Rotwelsch nicht nur an das verschüttete modernitätskritische Denken der vertriebenen Gelehrten angeschlossen, sondern zugleich als kollektiver schöpferischer Akt das Bedürfnis nach Wiedergutmachung und Vereinigung mit dem »guten Objekt« zum Ausdruck brachte. Treffend hat Hubert Fichte diesen Sachverhalt 1968 in seinem Roman *Die Palette* über die gleichnamige Hamburger Szene-Kneipe benannt: »Die Wörter kommen aus der Emigration zurück.«⁴⁷ Deren Sprachschatz und die ihm zugrundeliegenden Denkmuster erlaubten überhaupt erst das Ansprechen des Verdrängten und die Analyse dessen, was verändert werden mußte.

Die Schlüsselbegriffe der Emigranten-Analysen wie Entfremdung, Verdinglichung, Repression, Warencharakter, Verblendungszusammenhang, Manipulation oder Kulturindustrie sind – zusammen mit den amerikanischen Kommunikationsformen wie teach-in, sit-in und Happening – von den Studenten in die öffentliche Sprache eingeführt worden. Flankiert von anderen Ausformungen der Lebensstilrevolution markierte diese Rezeption und multiplikative Verbreitung in den Alltagsdeutungen den Kern der kulturellen Zäsur der 60er Jahre. Erstmalig ist damit in der Bundesrepublik auch die kulturelle Hegemonie der Konservativen wirkungsvoll aufgebrochen worden. Und dementsprechend aggressiv fielen die Reaktionen aus. Sie reichten etwa von den Ausfällen konservativer Publi-

Claus-Dieter Krohn, *Der philosophische Ökonom. Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes*, Marburg 1996, besonders S. 139 ff.

46 Dazu jetzt Clemens Albrecht u. a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 169 ff. u. 247 ff.

47 Hubert Fichte, *Die Palette*, Reinbek 1968, S. 51. Dazu auch Lothar Baier u. a., *Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung*, Berlin 1988.

zisten (Ludolf Herrmann), die den Studenten bescheinigten, mehr an Werten zerstört zu haben als die Nationalsozialisten, bis zur Einrichtung einer speziellen »Semantik-Gruppe« der CDU. Sie wollte die verlorene Argumentationsherrschaft zurückgewinnen, die dann allerdings nur in den unbeholfenen Versuchen einer »geistig-moralischen Wende« nach 1982 ihren Ausdruck fand.⁴⁸

48 Martin Wengeler, 1968 – eine Zäsur im politischen Sprachgebrauch?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 12/1997, S. 1106–1108.; Cordt Schnibben, Vollstrecker des Weltgewissens, in: Der Spiegel, Nr. 23/1997, S. 108.

Per Øhrgaard

»ich bin nicht zu
herrn willy brandt gefahren« –
Zum politischen Engagement der
Schriftsteller in der Bundesrepublik
am Beginn der 60er Jahre

Nach der Wende in der DDR, dem Ende des Kalten Krieges und der Herstellung der deutschen Einheit war vielerorts zu hören, die Intellektuellen – und damit waren fast immer die liberalen oder linken unter ihnen gemeint – hätten jetzt klein beigeben müssen. Sie hätten im Laufe der Jahre alles Mögliche verkündet und behauptet; doch jetzt laufe ihnen die Weltgeschichte davon, sie hätten ihr »Deutungsmonopol« verloren. Solche Feststellungen richteten sich etwa gegen Günter Grass oder Jürgen Habermas, die einer anderen Form deutscher Einigung das Wort redeten und die zwar mittlerweile in vielem recht behalten haben, aber dennoch, oder gerade deswegen, immer noch als Personen gelten, die den Anschluß verpaßt haben. Es fällt offenbar schwer, intellektuellen Meinungs austausch anders denn als Machtkampf zu begreifen¹.

Aber hatten denn die liberalen oder linken Autoren und Intellektuellen vom Schlage eines Grass oder Habermas je ein Deutungsmonopol, oder hatten sie je gemeint, die deutsche Nation führen zu müssen? »Was bleibt, stiftet das Fernsehen«, schrieb Enzensberger 1968 resigniert,² und auch seinen Kollegen blieb das nicht verborgen. Heinrich Böll wehrte sich 1967 in einem Interview mit Marcel Reich-Ranicki für die »Zeit« gegen die Rolle als »Schreihals vom Dienst«. Die Schriftsteller hätten zwar einiges bewirkt, sagte er – mit dem ironischen Zusatz: »vor allem haben sie der Bundesrepublik außenpolitisch einen Kredit eingebracht, den diese

¹ Kurz vor der Drucklegung dieses Beitrags schrieb der »Spiegel« (Nr. 47/1998, S. 276) in einem Nachruf auf Niklas Luhmann, daß die Linke in Diskussionen mit ihm »ihre theoretische Luftthoheit« verloren habe.

² Hans Magnus Enzensberger, Gemeinplätze, die neueste Literatur betreffend, in: Kursbuch 15, 1968, S. 187.

gar nicht verdient.« Doch dann lehnte er ein anhaltendes »Engagement« ab: »Ja, weil ich nicht als etablierter Aufpasser, als Teil des ›guten Gewissens‹, als einer der ›funktionalisierten Schreihälse‹ vom Dienst, als willkommener Bösewicht, der immer wieder durch seine Existenz bestätigt, wie wunderbar frei wir sind, verschlissen werden möchte. Die Deutschen sollten anfangen, sich ihre Freiheit zu nehmen, sie nicht mehr zu delegieren.«³ Und Günter Grass, dem besonders viele den Ehrgeiz, der Präzeptor Germaniae zu sein, nachsagen, schrieb 1972 sein Buch »Aus dem Tagebuch einer Schnecke«, das einerseits stolze Rechenschaft über seinen Wahlkampf im Jahre 1969 ablegte, andererseits ganz deutlich die Grenzen benannte, die dem Einfluß der Intellektuellen auf die Politik gesetzt sind; man braucht nur die abschließende Rede »Vom Stillstand im Fortschritt. Variationen zu Albrecht Dürers Kupferstich ›Melencolia I‹« zu lesen, um sich davon zu überzeugen.⁴

Ähnlich sah dies der Schriftsteller Wolfdietrich Schnurre, der nach dem Bau der Berliner Mauer gemeinsam mit Günter Grass einen Protest und einen Appell an die Kollegen im Schriftstellerverband der DDR veröffentlicht hatte. Als Hans Werner Richter, der Gründungsvater der Gruppe 47, Schnurre für die Teilnahme an einem offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Chruschtschow gewinnen wollte, schrieb Schnurre am 29. August 1961 an Richter: »wo soviel politisch versäumt worden ist, wo soviel Falsches längst festgerastert ist, was sollen da die Schriftsteller machen? An Chruschtschow [sic] schreiben? Der wischt sich den Arsch mit so'm Brief, wo er sie zu hunderten kriegt, aus anderen Ländern in anderer Sache. Ich glaube, man kann nur eins tun: Die Schuldigen von den Unschuldigen trennen. Die ostdeutschen Schriftsteller sind schuldig, das wissen wir jetzt.«⁵

Das ist nur ein Beispiel, viele weitere ließen sich anführen. Ich will damit weder sagen, daß Schriftsteller und Intellektuelle ihr Engagement nicht ernst gemeint hätten, noch daß dieser oder jener seinen Einfluß immer ganz gering geachtet habe, oder daß alles überhaupt vergeblich gewesen sei. Aber wer den engagierten Schriftstellern unterstellt, sie hätten überheblich die Vordenker der Nation sein wollen oder blauäugig an die unmittelbare Wirkung ihrer Sprüche geglaubt, der irrt: Die kritischen Schriftsteller schätzten ihre tatsächliche Wirkung und Macht (fast) immer viel nüchterner ein als viele ihrer Gegner.

3 Die Zeit vom 11.8.1967, S. 12.

4 Günter Grass, Aus dem Tagebuch einer Schnecke, Neuwied/Darmstadt 1972, S. 340–368.

5 Hans Werner Richter, Briefe, hrsg. von Sabine Cofalla, München 1997, S. 352. Der Anmerkungsstil dieses Buches ist ein zeitgeschichtliches Nachschlagewerk ersten Ranges.

Macht hatten und haben Intellektuelle im Grunde immer nur dann, wenn sie entweder die real existierenden Mächtigen leise beeinflussen können, oder wenn es ihnen gelingt, die Mächtigen zu Dummheiten zu provozieren. Der letztere Fall trat z. B. ein, als der geschäftsführende Bundesvorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, 1963 von der Gruppe 47 als einer »geheimen Reichsschrifttumskammer« sprach,⁶ oder als Bundeskanzler Ludwig Erhard im Wahlkampf 1965 als Antwort auf eine Attacke Rolf Hochhuths die kritischen Schriftsteller mit »ganz kleinen Pinschern« verglich.⁷ Da leisteten die Politiker den kritischen Intellektuellen in einem Ausmaß Schützenhilfe, das diese sich kaum hatten träumen lassen.

I.

Mit solchen Beispielen wäre man denn bei den Anfängen der sogenannten Politisierung der westdeutschen Literatur. Allerdings sollte gleich vorneweg betont werden, daß die Keime jener Bewegung, die sich vor allem in den Jahren um 1968 »Luft machte«, sich viel früher finden. 1968 war ebenso sehr Kulmination wie Anfang. Bereits Ende der 50er Jahre kristallisierte sich vieles heraus, was erst später deutlich ins Bewußtsein rückte. In diesem Beitrag geht es um einen relativ kleinen Kreis von Personen und Vorgängen. Wenn also im folgenden gelegentlich von »verbreiteten Haltungen« oder davon, was »man« so tat und sagte, die Rede ist, sollte man im Gedächtnis behalten, daß damit nicht die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik, sondern eine Gruppe von Schriftstellern oder sonstigen Intellektuellen gemeint ist.

Wohl haben – wie oben angedeutet – offene Briefe, Appelle und Proteste oft nicht viel erbracht – an sich, d. h. wenn man sie als Ursachen bewertet. Sieht man sie aber als Folgen bereits stattgefundener oder Symptome stattfindender Reflexions- und Klärungsprozesse, haben sie durchaus ihren Stellenwert. Und es zeigt sich dann, daß in den frühen Diskussionen der Intellektuellen Entwicklungen zum Vorschein kommen, die diese Diskussionen wiederum als Ansätze für den viel breiteren politischen Aufbruch in der Bundesrepublik der 60er Jahre erscheinen lassen.

Am deutlichsten läßt sich dieser Zusammenhang vielleicht an den Wahlreden von Günter Grass beobachten: Er fing 1961 an, dem Regie-

6 Vgl. ebd., S. 447–464.

7 Vgl. Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute, hrsg. von Klaus Wagenbach, Winfried Stephan u. Michael Krüger, Berlin 1979, S. 228.

renden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, publizistisch zur Seite zu stehen,⁸ vermittelt u. a. durch den Berliner Wirtschaftssenator (und späteren Bundesminister) Karl Schiller, der übrigens seinerseits den Autor bei der Abfassung des Währungsreform-Kapitels der »Hundejahre« beraten haben soll.⁹ 1965 zog Grass dann mit seinen Reden für Brandt – zunächst weniger für die SPD – und für die deutsche Demokratie durch die Lande, von vielen Journalisten und von dem verbreiteten Mißtrauen seitens der Partei begleitet; und 1969 hatten sich in einer Unzahl kleiner und großer Städte die sogenannten »Wählerinitiativen« gebildet, die aktiv für die SPD warben.

Da spielte vieles zusammen: Weder stampte Grass diese neue Bewegung aus dem Boden, noch wäre sie ohne ihn so effizient geworden. Daß er den Regierungswechsel von 1969 zustande gebracht hätte, wäre eine übertriebene Behauptung. Daß er aber vielen Bürgern vorlebte, wie man sich zäh und ausdauernd in die Politik einmischen konnte, ist Tatsache. Eine fein-säuberliche Unterscheidung von Ursache und Wirkung ist also nicht möglich, wohl aber das Feststellen ineinander greifender Prozesse.

II.

In den 50er Jahren war die »Ohne mich«-Haltung unter Intellektuellen verbreitet gewesen. Politik schien vielen Schriftstellern suspekt, einmal überhaupt und dann vor allem weil der inzwischen so genannte »CDU-Staat« sich für die Ewigkeit einzurichten schien. Bei den Wahlen 1957 hatte die CDU/CSU die absolute Mehrheit im Bundestag errungen, und Heinrich Bölls »Hauptstädtisches Journal«, im selben Jahr geschrieben, bewahrheitete sich: sagt doch in jener Erzählung der eine reaktivierte General, Murcks-Maloche, zum anderen, Machorka-Muff: »Eine Demokratie, in der wir die Mehrheit des Parlaments auf unserer Seite haben, ist weitaus besser als eine Diktatur.«¹⁰ Es gab zwar politische Proteste,¹¹ aber wenig Aussicht auf Veränderung. Der Anthologietitel »Ich lebe in der

8 Vgl. Heinrich Vormweg, Günter Grass, Reinbek 1986, S. 81. – Grass sollte, wie Fritz J. Raddatz meinte, dem Regierenden Bürgermeister ein wenig »deutschen Humor« zur Verfügung stellen; vgl. Richter (wie Anm. 5), S. 345.

9 Günter Grass, Hundejahre, Roman, Neuwied/Berlin 1963, S. 490–514. Zur Rolle Schillers vgl. Der Spiegel, Nr. 36/1963, S. 69.

10 Heinrich Böll, Gesammelte Erzählungen, Bd. 2, Köln/Bornheim 1981, S. 133.

11 S. dazu die Dokumentationen von Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie 1949–1959, 3 Bde., Hamburg 1996; Frankfurter Schule und Studentebewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, 3 Bde., Hamburg 1998.

Bundesrepublik«¹² klang fast melancholisch, viele der Beiträge übrigens auch; dafür erschien später eine weitere Anthologie mit dem etwas trotzigeren Titel: »Ich lebe nicht in der Bundesrepublik.«¹³

Exil, altes oder neues, oder zumindest Distanz zu Deutschland schien nicht wenigen angesagt: Hans Magnus Enzensberger lebte gern im Ausland, z. B. in Italien oder viele Jahre in Norwegen, wo er von einer Insel im Oslofjord aus die Deutschen ihres Provinzialismus bezichtigte (doch stilisierte er nie seinen Wohnsitz zum Exil!). Einmal – nach der Machtübernahme de Gaulles im Jahre 1958 – schlug Enzensberger in einem Brief dem in Paris lebenden Paul Celan vor, nach Kopenhagen zu ziehen (was er auch selbst erwogen hatte) – das sei eine Stadt, in der er, Celan, es werde aushalten können.¹⁴ Alfred Andersch ließ sich im schweizerischen Tessin nieder, und er war und blieb dort nicht allein.¹⁵

In unterschiedlicher Gestalt gab es aber immerhin so etwas wie eine literarische Opposition. Einige der bereits Genannten gehörten zu ihr; die Romane von Wolfgang Koeppen oder Hans Erich Nossack prangerten auf je eigene Weise die Zustände in der neuen Bundesrepublik an, doch auch mit dem deutlichen Unterton des Vergeblichen, als würden sie Adornos Diktum, es gebe kein richtiges Leben im falschen, bestätigen. Bei Koeppen verzweifelt ein in die Bundesrepublik zurückgekehrter Emigrant als Politiker an der Unveränderbarkeit Deutschlands und nimmt sich schließlich das Leben (»Das Treibhaus«, 1953); die Industriellengattin bei Nossack läuft ihrem neureichen Düsseldorfer Leben davon, aber das wahre Leben gibt es auch für sie nur im Tode: sie prallt gegen eine Autobahnbrücke (»Spätestens im November«, 1955). Auch unter den Jüngeren regte sich eine gewisse Aggressivität, z. B. bei Peter Rühmkorf, der mit den Anstoß zur Zeitschrift »konkret« gab, die zunächst eine Studentenzeitung war. Die maßgeblichen literarischen Zeitschriften hießen politisch bescheidener, dafür abstrakter und philosophisch und literarisch anspruchsvoller »Akzente« (ab 1954) oder »Texte und Zeichen« (1955-57).

Aufdringliche Tatsachen wie z. B. die Spaltung Deutschlands kamen – bis zur Übersiedlung Uwe Johnsons 1959 – in der bundesdeutschen Literatur kaum vor; nennenswerte Ausnahmen sind Arno Schmidts Roman »Das steinerne Herz« aus dem Jahre 1956 und Hans Erich Nossacks zwei

12 Hrsg. von Wolfgang Weyrauch, München 1960.

13 Hrsg. von Hermann Kesten, München 1964. Die Grenzen waren freilich nicht ganz scharf gezogen: In der erstgenannten Anthologie schrieb Enzensberger aus Italien, in der letztgenannten Ludwig Marcuse, der immerhin nach eigener Aussage die Hälfte seiner Zeit in Deutschland verbrachte.

14 Hans Magnus Enzensberger an Paul Celan 30.11.1958. (Dt. Literaturarchiv Marbach. A: Celan; vgl. auch Anm. 21)

15 Vgl. Richter (wie Anm. 5), S. 355.

Jahre später erschienener Roman »Der jüngere Bruder«. ¹⁶ Daß gerade Hans Werner Richter, Günter Grass, Siegfried Lenz – Richter von Anfang an, die beiden Jüngeren nach und nach – sich mehr oder weniger parteipolitisch engagierten (Richter mit seinem »Grünwalder Kreis« ab 1956, dem u. a. Hans-Jochen Vogel und Ernst Nolte angehörten, ¹⁷ Grass und Lenz als Befürworter der SPD, wenn auch in unterschiedlichem Tonfall), könnte vielleicht gerade damit zu tun haben, daß sie aus dem Osten kamen. Richter hatte seine ganze Familie in der DDR – und erlebte den Mauerbau zu Besuch bei seinen Verwandten, ¹⁸ Grass und Lenz waren im juristischen Sinne Vertriebene, wollten es aber im politischen (Verbands-) Sinne gerade nicht sein.

Es mutet geradezu symbolisch an, daß der erste Kanzler der Bundesrepublik und deren erster »nationaler« Schriftsteller beide aus Köln stammen: Konrad Adenauer schuf die rheinische Republik, die lange Zeit jede Opposition, zumindest die von links, ausgrenzte, Heinrich Böll eine Literatur, mit der kein Staat zu machen war, die vielmehr beharrlich das moralische Vergessen im wirtschaftlichen Aufschwung thematisierte. Den Staat machten die neuen Konservativen – unterstützt von nicht wenigen ehemaligen Nazis.

In die Zeit der absoluten Mehrheit der CDU fiel die Wende der SPD. Die Partei gab es auf, weiterhin auf einen Bewußtseinswandel der Westdeutschen zu hoffen, und paßte sich der veränderten Realität an. Mit dem Godesberger Programm von 1959 und dem Bekenntnis zur NATO 1960 war die SPD staatstragend geworden, aber dafür in den Augen der kritischen Schriftsteller noch weniger wählbar als zuvor. Jetzt schien es gar keine ernstzunehmende Opposition mehr zu geben. Die KPD war schon vor dem Verbot der Partei im Jahre 1956 keine Zuflucht gewesen; die Deutsche Friedensunion, 1960 gegründet, wurde es nie. Überhaupt unterschied sich die Situation der intellektuellen Opposition in der Bundesrepublik von der in einigen anderen westeuropäischen Ländern dadurch, daß wegen der Teilung Deutschlands die KP keine Alternative darstellte. ¹⁹ Initiativen wie der Grünwalder Kreis oder – viel später – der Versuch von Günter Grass und anderen, direkt auf die Politik einzuwirken, stießen auf wenig Gegenliebe seitens der sich heimatlos fühlenden Intellektu-

16 Es hätte sich also niemand über das Fehlen großer Wenderomane kurz nach 1989/90 wundern müssen; die Geschichte arbeiten eben nur diejenigen auf, denen sie widerfährt, und auch das findet nicht von einem Tag auf den anderen statt.

17 Letzterem war der Kreis nicht radikal genug, vgl. Richter (wie Anm. 5), S. 245 ff.

18 Vgl. Richter (wie Anm. 5), S. 349 ff.

19 Wenn in den 80er und 90er Jahren französische Intellektuelle zuweilen eine Auseinandersetzung ihrer (west-)deutschen Kollegen mit dem Stalinismus einklagten, war dazu eigentlich nur zu sagen, daß die Deutschen eben keine Stalinisten gewesen waren und daher auch nichts wiedergutzumachen hatten.

ellen. Die SPD war in den Augen jener Opposition viel zu suspekt geworden; sie schiele ja nur nach der Macht. Es soll nicht vergessen werden, daß Willy Brandt, später oft als linke Integrationsfigur gepriesen, damals eher zum rechten Flügel der SPD gehörte, das Godesberger Programm mittrug und als Regierender Bürgermeister von Berlin eine antikommunistische Frontfigur war. Es war nicht Brandt, sondern Helmut Schmidt, der am 22. März 1958 zum Generalstreik gegen die Pläne zur Atombewaffnung der Bundesrepublik aufrief.²⁰

III.

Ein Beispiel für die Ablehnung eines politischen Engagements im parteipolitischen Sinne liefert der Briefwechsel zwischen Hans Magnus Enzensberger und Alfred Andersch.²¹ Er enthält keine Sensationen in dem Sinne, daß hier bislang unbekannte Haltungen oder Ansichten zutage treten; schließlich haben beide Autoren sich oft und mit Nachdruck zur Politik geäußert, auch in ihrem dichterischen Werk, und über Andersch erschien 1990 eine informationsreiche Biographie.²² Dennoch spricht der Briefwechsel eine offenere Sprache, etwa diese:

Am 28. Oktober 1960 schreibt Enzensberger, damals in Frankfurt als Lektor des Suhrkamp Verlags ansässig, an Andersch über literarische Querelen (sowie über seinen nach wie vor gehegten Plan, nach Kopenhagen zu ziehen); es handelt sich dabei u. a. um Angriffe auf Andersch nach seinem 1959 erschienenen Roman »Die Rote«, dessen Hauptfigur, eine deutsche Sekretärin, mit einem italienischen Kommunisten zusammenfindet. Auch von der deutschen Politik und von aufkommenden Ideen, doch irgendwie die Opposition in den Wahlen 1961 zu unterstützen, ist die Rede, denn einige SPD-Leute hätten ihre Fühler ausgestreckt. Andersch antwortet am 3. November 1960 u. a.: »und ich jedenfalls denke nicht daran, mich für die Herren Wehner und Willy Brandt zu opfern.« Enzensberger schreibt seinerseits am 16. November 1960 an Andersch, daß man um ein gewisses tagespolitisches Engagement wohl nicht herumkomme, wenn es auch eine »donquichotterie« sei: »es ist eben ein verdammtes, ein verdammtes land.«

Die Vorbehalte des Alfred Andersch gegen die Bundesrepublik werden in einem Brief vom 11. März 1961 noch deutlicher. Darin heißt es u. a.:

²⁰ Vgl. z. B. Richter (wie Anm. 5), S. 260.

²¹ Deutsches Literaturarchiv Marbach (A: Andersch) – Zitate mit Genehmigung des Diogenes Verlags, Hans Magnus Enzensbergers und des Archivs. Die folgenden Zitate aus dem Briefwechsel stammen alle aus den in Marbach lagernden Briefen.

²² Stephan Reinhardt, Alfred Andersch. Eine Biographie, Zürich 1990.

»Und ich werde auch nicht diesen Dummkopf, der etwas so sagenhaft Herrliches wie die norwegische Staatsbürgerschaft aufgegeben hat, um in Deutschland Politiker zu werden, als Alternative zu dem senilen Lumpen sehen.« Ob der Passus »Politiker zu werden« auch noch auf den berühmten Satz in »Mein Kampf« anspielt, möge dahingestellt sein; doch auch wenn es der Fall sein sollte, hat Andersch damit gewiß nicht Brandt mit Hitler gleichsetzen wollen. Fünf Tage vorher hatte Enzensberger mitgeteilt, daß es schwer sei, »jemand zu finden der unabhängig denken kann, die mitstreiter hier neigen dazu, falsche alternativen anzuerkennen; damit ist man aber schon verloren.« Immerhin plante Enzensberger eine internationale Zeitschrift, die in drei Sprachen – deutsch, italienisch und französisch – erscheinen sollte; dieser über längere Zeit verfolgte Plan zerschlug sich immer wieder, bevor er 1965 mit dem bald sehr einflußreichen, wenn auch nur deutschsprachigen »Kursbuch« annähernd realisiert werden konnte.

IV.

Die in Enzensbergers Augen »falschen Alternativen« wurden nach dem 13. August 1961 schlagartig sichtbar. Günter Grass und Wolfdieterich Schnurre protestierten gegen den Mauerbau in der Form eines offenen Briefes an den Schriftstellerverband der DDR, und Grass schrieb zudem auch einen solchen an die grand old lady der DDR-Literatur, Anna Seghers. Wer jetzt schweige, so meinten die beiden Berliner Autoren, mache sich mitschuldig; sie verlangten von den Kollegen in der DDR zwar nicht, die Mauer abzureißen, aber sie forderten sie immerhin auf, sie nicht gutzuheißen. Genau das taten aber die so angesprochenen DDR-Autoren.²³ Enzensberger schrieb daraufhin am 18. Oktober 1961 an Andersch:

»an der berlin-krise ist, so scheint es mir, die entente (immer schon eine gebrechliche und vorläufige entente) der dreißigjährigen zugrundegegangen. nach außen hin ist der vorgang durch die offenen briefe von graß und schnurre sichtbar geworden. nach innen sind die risse im gebälk noch weit verheerender. bei leuten, die wir mehr oder weniger zu den unsern gerechnet haben, ist ›links‹ zu einer art schimpfwort geworden. selbst leute wie höllerer verlangen nun plötzlich einen ›harten kurs‹ und ›sofortige maßnahmen‹. graß ist der meinung, am 13. august hätte der westen schießen sollen. eine minderheit betet unterdessen die thesen ulbrichts nach.«

Mit der Zeitschrift sei es daher bis auf weiteres nichts. Andersch antwortet am 1. November 1961 mit einer Kritik an Höllerer, Grass und Schnurre, »die ja allesamt ein falsches Bewußtsein haben. Mit diesen Leuten kann man keine Pferde stehlen. Man braucht nur ›Katz und Maus‹ zu

23 Vgl. Vaterland, Muttersprache (wie Anm. 7), S. 183ff.

lesen (ein ausgezeichnetes Buch, ein auf geniale Weise politisch und religiös zweideutiges Buch), um zu wissen, daß dieser Schriftsteller eines Tages einmal ein Schriftsteller der Rechten sein wird. Nein, ich will das noch nicht so entschieden haben. Grass hat viele Möglichkeiten.« Dasselbe gelte für Martin Walser, obwohl er provinzieller sei. Es lohne sich überhaupt kaum, mit Leuten zu diskutieren, die nicht »The New Statesman« oder »La Stampa« oder »Les Temps Modernes« läsen ...

Auf der Seite Enzensbergers stand eine aggressive Unlust, sich mit Deutschland zu beschäftigen – daher seine immer wiederholten Ausflüge in andere Länder, die in seinen Augen aufgeschlossener und moderner waren. Im Jahre 1962 gipfelte diese Abneigung in seinem unter dem Titel »Journalismus als Eiertanz« erschienenen Verriß der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ).²⁴ Enzensbergers Angriff machte der FAZ immerhin zu schaffen. Die Zeitung ließ eine ganze Broschüre ausarbeiten und in Tausenden von Exemplaren verschicken, um die Kritik zu widerlegen, was ihr nur halbwegs gelang.²⁵ Man mag darin immerhin ein Beispiel für die Bedeutung einer intellektuellen Kritik sehen. Wer so zu Werke ging wie Enzensberger, blieb keineswegs ohne Wirkung; die FAZ hatte noch einen Ruf zu verlieren und gab sich nicht mit der bloßen Marktposition zufrieden.

Aus vielen Äußerungen und Briefen Enzensbergers aus den späten 50er und frühen 60er Jahren sprechen Unmut und Ausweglosigkeit, z. B. als er Anfang 1962 die Anthologie »Der Ruf« gelesen hatte, eine Anthologie jener Zeitschrift also, die Hans Werner Richter und Alfred Andersch 1946 gegründet hatten und die im Jahr darauf von den amerikanischen Behörden verboten worden war, worauf sich einige der Mitarbeiter zum erstenmal als später sogenannte »Gruppe 47« versammelt hatten.²⁶ Ja, meint

24 Hans Magnus Enzensberger, *Einzelheiten*, Frankfurt a. M. 1962, S. 16–61. Zwei Jahre vorher hatte er in einem Gedichtband (landessprache, Frankfurt a. M. 1960, S. 12) die Zeitung als das »frankfurter allgemeine geröchel« apostrophiert.

25 In der 4. Auflage der »*Einzelheiten*« ging Enzensberger darauf ein: »Der hier vorliegende Text unterscheidet sich von dem der ersten Auflage in vier Punkten. Eine erste Korrektur, und die einzig erhebliche, verdanke ich einem Hinweis von Benno Reifenberg, gegeben in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. Juli 1962. Ein Jahr später haben sich Verlag und Redaktion der Zeitung zur Veröffentlichung einer vierundvierzig Seiten starken Broschüre entschlossen. Auf Grund dieses Textes, den ich gewissenhaft geprüft habe, konnte ich folgende Verbesserungen vornehmen: drei Sätze wurden gestrichen, drei Sätze hinzugefügt, ein Satz erfuhr eine geringfügige Veränderung. Im übrigen bestätigt die Broschüre meine Analyse Punkt für Punkt. Sie verteidigt den Eiertanz durch Eiertänze.« Zit. nach: »*Dichten und Trachten*« (Verlagsprospekt des Hauses Suhrkamp) Herbst 1963, S. 93.

26 *Der Ruf*. Eine deutsche Nachkriegszeitung, hrsg. von Hans Schwab-Felisch, München 1962.

Enzensberger in einem Brief an Andersch vom 25. März 1962 aus Norwegen, die Älteren hätten damals schon alles vorausgesehen, »diese folgerichtigkeit, wie auf einer ameisenstraße, dieser mangel an überraschung, wendung, geist, dialektik, witz, doppelsinn, die deutsche geschichte«, kurzum: mit Deutschland könne man sich nicht abgeben. Später im Jahr schreibt er, wiederum aus Norwegen (28. November 1962), er habe eine Allergie gegen Deutschland: »mit ideologischen vorstellungen hat das kaum noch etwas zu tun.« Man sollte sich vielleicht einmal treffen, und warum nicht »hier [in Norwegen] wo die luft reiner ist (eine redensart die ich allmählich begreife)?«

Zwischen März und November 1962 lag allerdings ein bedeutsames Ereignis: die »Spiegel«-Affäre. Sie hatte Proteste von vielen Seiten ausgelöst und erhebliche Folgewirkungen auch auf die Politik gezeitigt. In seinem Brief an Andersch vom 30. Januar 1963 freute sich Enzensberger dann auch über den Sturz des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß: »das war für deutsche verhältnisse ein unwahrscheinlicher sieg für die demokratie«, doch zugleich distanzierte er sich nach wie vor von Deutschland: »selbst in einem nest wie bologna gibt es mehr wahrhaftige intellektuelle als in frankfurt und hamburg zusammengenommen«, und beklagte sich über »das politische analphabetentum in deutschland [...] (ich nehme mich selber nicht aus)«. Diese Metapher machte sich Enzensberger im Jahre 1968 zunutze, als er in den »Gemeinplätze[n], die neueste Literatur betreffend« sich um »die politische Alphabetisierung Deutschlands« bemühte.²⁷ Der sogenannten Tagespolitik blieb er freilich weiterhin fern:

»ich bin nicht zu herrn willy brandt gefahren,²⁸ und den wahlkampf der da kommt können sie ohne mich veranstalten. in dieser hinsicht: wie weit man sich einmischen soll in tagespolitik – habe ich ein paar jahre gebraucht, um deine ansicht nicht nur zu verstehen sondern auch zu teilen; jetzt finde ich: du hast, wie übrigens meistens, recht gehabt.« (Enzensberger an Andersch 11. Juni 1964).

V.

Spricht da Arroganz oder Naivität? Sowohl Andersch als Enzensberger dachten durchaus elitär, Andersch suchte sogar zeitweilig die Nähe zu Ernst Jünger, den er »für die Linke retten« wollte,²⁹ und beide zogen oft

²⁷ Kursbuch 15, 1968, S. 187–197, hier: S. 197.

²⁸ Es handelte sich um ein Treffen Ende April 1964 in Berlin, vgl. Richter (wie Anm. 5), S. 499.

²⁹ So sein Biograph Reinhardt (wie Anm. 22), S. 538.

über die Deutschen her, die sich für den Mittelpunkt der Welt hielten und keine Ahnung von den intellektuellen Stürmen draußen in der Welt hätten. Auf der anderen Seite steckte in dieser Haltung auch ein gewisser Aberglaube: das Gras jenseits des Zaunes ist eben immer grüner... Waren am Ende die Internationalisten Andersch und Enzensberger mit ihrer Bewunderung für alles, was sich außerhalb der Bundesrepublik abspielte, die wahren Provinzler?

Enzensberger hatte, wie er schrieb, »ein paar jahre« gebraucht, um die Ansicht Anderschs zu teilen. Denn immerhin hatte er früher die Einmischung in die Tagespolitik für unumgänglich gehalten und sich – anders als Andersch – im Jahre 1961 an einem von Martin Walser herausgegebenen Sammelband beteiligt, der, wenn auch nur in der Form der Frage, für einen Regierungswechsel in Bonn warb.³⁰ Eigentlich stand Hans Werner Richter hinter der Publikation, wollte aber nicht als Herausgeber zeichnen, weil er ohnehin als der SPD nahestehend bekannt war und es ja darum ging, die Unterstützung der Opposition durch bislang abstinente Autoren unter Beweis zu stellen.

Die Autoren antworteten auf die Frage im Titel zwar mit Ja, aber es fällt auf, wie sehr einige von ihnen sich gleichzeitig bemühten, zur Tagespolitik auf Distanz zu gehen. Enzensberger z. B. schrieb: »Es gibt bei uns zulande eine Partei, die heißt demokratisch und sozial und ist in der Opposition. Sie biedert sich bei ihren Feinden an, sie ist zahm, sie apportiert und macht Männchen.«³¹ Eine deutliche Empfehlung der SPD kann man das schwerlich nennen. Vier Jahre später gab Hans Werner Richter einen weiteren Sammelband heraus, mit einem entschiedeneren Titel,³² doch diesmal ohne Beteiligung Enzensbergers.

Wie Andersch sich die Einmischung in die Politik vorstellte, verrät ein Brief an Enzensberger vom 24. März 1963. Er war vor dem Hintergrund der »Spiegel«-Affäre geschrieben worden, zu der auch eine Reihe von Angehörigen der gerade in Berlin tagenden »Gruppe 47« eine Erklärung veröffentlicht hatte. Etwa ein halbes Jahr später schrieb Andersch an Enzensberger:

»ich bin immer noch froh über unsere berliner erklärung. die sass. gerade weil ihre sprache so schön spiessig und un-originell war. sie wird noch grosse kreise ziehen. liegt dem gesindel schwer im magen. alle zwei jahre so ein schlag, dann haben wir das unsere getan.«

Die Erklärung der Schriftsteller hatte in der Tat großes Aufsehen er-

30 Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?, hrsg. von Martin Walser, Reinbek 1961.

31 Ebd., S. 66.

32 Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, hrsg. v. Hans Werner Richter, Reinbek 1965.

regt, vor allem weil sie – auf die ausdrückliche Forderung von Andersch hin – auch den folgenden Satz enthielt: »In einer Zeit, die den Krieg als Mittel der Politik unbrauchbar gemacht hat, halten sie [die Unterzeichner] die Unterrichtung der Öffentlichkeit über sogenannte militärische Geheimnisse für eine sittliche Pflicht, die sie jederzeit erfüllen würden.«³³

Nun läßt sich wohl darüber streiten, ob diese Formulierung in einer Situation, in der es dem »Spiegel« gerade darum gehen mußte, nichts Kriminelles begangen zu haben (was auch nicht der Fall war, wie die Gerichte nachher feststellten), als besonders hilfreich gelten konnte – wie übrigens auch darüber, ob die Bereitschaft der Schriftsteller nicht unter den Begriff »Gratismut« fiel. Es wurde damals auch gestritten: Günter Grass und Wolfdietrich Schnurre lehnten es ab, sich an der Erklärung zu beteiligen. Andersch schrieb am 20. Januar 1963 an Hans Werner Richter: »Grass' Haltung in Berlin war ja mehr als komisch (obwohl mir nach seinen Büchern kein Rätsel)«,³⁴ und am selben Tag an Wolfgang Koeppen, Grass habe geschrien, »es gäbe zwei Totengräber der Demokratie, die Rechtskreise und die Linksintellektuellen«.³⁵

Alfred Andersch blieb seiner Abneigung gegen Günter Grass treu. In seiner Antwort auf Enzensbergers bereits zitierten Brief vom 11. Juni 1964 mit der Auskunft, er, Enzensberger, sei nicht zu Herrn Willy Brandt gefahren, und den anstehenden Wahlkampf könne man ohne ihn machen, schrieb Andersch am 2. Juli 1964:

»Ich arbeite an keiner Sache mit, an der *Günter Grass* entscheidenden oder auch nur bedeutenden Anteil hätte, nicht, weil ich ihm seinen schriftstellerischen Erfolg neide oder ihn als literarische Figur für unbedeutend hielte, sondern weil ich ihn politisch für einen Flachkopf und – als Antikommunisten aus Überzeugung oder aus Karriere-Gründen – für gefährlich ansehe. Ich würde höchstens sporadisch an einer Sache teilnehmen, die – aus welchen Gründen auch immer – eine antikommunistische sideline unterhält.«

Hier spricht einerseits der alte Antifaschist, der seine Volksfronthoffnung noch nicht ganz aufgegeben hatte, andererseits aber auch der klassische Nonkonformist, der seine Unabhängigkeit in Gefahr sieht. Wer die ungefähr gleichzeitigen Polemiken des um 15 Jahre jüngeren Enzensberger liest,³⁶ findet ihn nicht kommunistenfreundlicher als Grass, nur setzte er diese Haltung nicht direkt in politische Reden um. Zweifellos befürchtete Enzensberger, daß ihm bei einem offen ausgesprochenen Antikom-

33 Zit. nach: Vaterland, Muttersprache (wie Anm. 7), S. 199.

34 Richter (wie Anm. 5), S. 444.

35 Ebd., S. 445.

36 Etwa den »Offenen Brief an [den DDR-Schriftsteller] Peter Hacks«, in: Enzensberger, Einzelheiten (wie Anm. 24) S. 208–212.

munismus sofort die Vereinnahmung durch die herrschende Ideologie drohen werde, wie seine zitierte Bemerkung über »falsche alternativen« zeigt. Grass seinerseits sah nicht ein, warum er nicht auch in dieser Angelegenheit seine Meinung zu Protokoll geben sollte, auch wenn sie mit derjenigen der überwiegenden Mehrheit der Westdeutschen einschließlich der Regierung übereinstimmte. Eher meinte er wohl, dadurch ein freieres Feld für andere Diskussionen zu gewinnen. Von einer höheren Warte des Intellektuellen hielt Günter Grass nie allzu viel; er wollte, wie er immer betonte, als Bürger in der Politik mitreden, nicht als Schriftsteller.³⁷ Er nutzte seinen Ruhm als »Begrüßgustav« und war sich der vollen Säle sicher – dann aber sprach er über den Milchpfennig, die Büchereien der Bundeswehr oder die Lehrlingsfortbildung.

Die Spaltung der »Entente« (Enzensberger) wurde spätestens Mitte der 60er Jahre unübersehbar. Grass trat eindeutig für die SPD ein; viele andere, darunter auch Enzensberger, hielten von der ganzen politischen Landschaft der Bundesrepublik nichts mehr. Während Grass ab 1965 immer wieder SPD-nahe Reden hielt, schrieb Enzensberger in seinen »Berliner Gemeinplätzen« 1968, »daß das politische System der Bundesrepublik nicht mehr reparabel ist. Man muß ihm zustimmen, oder man muß es durch ein neues System ersetzen. Eine dritte Möglichkeit ist nicht abzusehen.«³⁸ – ein Satz, den er viel später selbstironisch zurückgenommen hat.³⁹

VI.

Das neue Engagement Enzensbergers ab 1967/68⁴⁰ befremdete aber auch zeitweilig den alten Freund und Mentor Andersch. In den »Gemeinplätzen, die neueste Literatur betreffend« hatte Enzensberger fürchterliche Musterung gehalten und auch die linke Intelligenz der 50er Jahre der Weltfremdheit, ja des Eskapismus geziehen. Neu war das nicht, sofern es um die »Provinziellen« ging, die weder »The New Statesman« noch »La Stampa« lasen, aber es schien jetzt alle zu treffen – übrigens auch den Autor selbst, der sich keineswegs von der Schelte ausnahm: man habe mo-

37 Ein späterer Sammenband von Grass trug den bezeichnenden Titel: *Der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare*, Darmstadt/Neuwied 1974.

38 Kursbuch 11, 1968, S. 151–169, hier: S. 157.

39 Vgl. Hans Magnus Enzensberger: *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreungen*, Frankfurt a. M. 1988, S. 253.

40 Noch 1966 hatte Enzensberger zusammen mit Walter Euchner, Gert Schäfer und Dieter Senghaas einen »Katechismus zur deutschen Frage« veröffentlicht (Kursbuch 4, S. 1–55), der die Bundesrepublik nicht in Bausch und Bogen verdammete, vielmehr konkrete politische Vorschläge enthielt; für die ab 1969 umgesetzte »neue Ostpolitik« scheint er sich dann nicht mehr interessiert zu haben.

ralisch und nicht politisch argumentiert, man sei in die Ästhetik geflüchtet, man habe einer Avantgarde ebenso blindlings gehorcht wie seinerzeit die Faschisten dem Blut und Boden – so ungefähr lautete seine Kritik.⁴¹

Diese Kritik Enzensbergers wollte Andersch nun doch nicht auf sich sitzen lassen, zum einen weil er sie tatsächlich als ungerecht empfand, zum anderen weil er, der Ältere, seine Zeit langsam auslaufen sah und seinen Einsatz nicht geschmälert sehen wollte, während der Jüngere sich gerade zu einem neuen Lebensabschnitt aufmachte. Am 15. Mai 1970 schrieb er an Enzensberger, die »Kursbücher« 15 und 20 seien zwar sehr gut, es gebe aber auch »grundsätzliche Fehler. Ad 15: Ich glaube, dass das, was Böll, Koeppen, Arno Schmidt und ein paar andere, vielleicht auch ich, gemacht haben, nicht ganz so nutzlos war, wie Du es darstellst. Es wurden einige schon sehr böse Bücher geschrieben (das TREIBHAUS, einiges von Böll, fast alles von Arno Schmidt, die KIRSCHEN usw.).⁴² Insgesamt wurde ein keineswegs harmloses Nein in die Welt gestellt. Insofern ist Deine Darstellung unhistorisch, also unmarxistisch. Vielleicht hat der unmittelbar folgende Auftritt von Grass dann alles verdunkelt, alle Perspektiven verschoben. Der müsste allerdings einmal ganz genau untersucht werden. Ad 20: ich glaube nicht an die Erledigung des Buches durch die elektronischen Medien. Was im KURSBUCH steht, erfahre ich nur durch das KURSBUCH. Und gerade diejenigen Deiner Sätze, auf die es mir ankommt, vermittelt mir, auch in jeglicher Zukunft, keine Datenbank.«⁴³

Schluß

Im Rückblick auf diesen Ausschnitt aus den 60er Jahren bleibt die Frage: Wer war hier eigentlich der Politische, wer der Unpolitische? Als sich

41 Kursbuch 15 (wie Anm. 27). Interessanterweise konnte Enzensberger 1968 ungeschoren behaupten, man habe sich nach 1945 damit begnügt, »einen besseren Geschmack als die Nazis« zu haben und habe fleißig all das gekauft, was jene nicht gemocht hätten, darunter »Bilder, auf denen nichts zu erkennen war, und Gedichte, in denen nichts stand.« (Ebd., S. 189). Als Günter Grass 1985 in seiner Gedenkrede zum 8. Mai sich für die gegenständlichen und gegen die »abstrakten« Maler der Nachkriegszeit aussprach, wurde ihm gleich von allen Seiten vorgeworfen, er habe von entarteter Kunst geredet; vgl. »...und die Vergangenheit sitzt immer mit am Tisch«. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (West) 1945/1954–1993, hrsg. von der Stiftung Archiv der Akademie der Künste, ausgewählt und kommentiert von Christine Fischer-Defoy, Berlin o. J. (1997), S. 297–307.

42 Wolfgang Koeppen, *Das Treibhaus*, Roman, 1953; Alfred Andersch, *Die Kirschen der Freiheit*. Ein Bericht [über Andersch' Desertion 1944 in Italien], Frankfurt a. M. 1952.

43 Im Kursbuch 20, 1970, war Enzensberger: *Baukasten zu einer Theorie der Medien* erschienen (S. 159–186).

Anfang der 60er Jahre die Möglichkeit einer aktiven politischen Einflußnahme am Horizont zeigte, spaltete sich der Kreis der »engagierten« Schriftsteller. Einige folgten Richter und Grass in die SPD oder doch zumindest bis in deren Vorhöfe, andere fuhren »nicht zu herrn willy brandt«. Diese anderen betrieben eine andere Art der Politisierung, die sie für viel perspektivreicher hielten. Um diese letztere Politisierung voranzutreiben, mußten auch alte Loyalitäten aufgekündigt werden. Enzensberger ging im »Kursbuch« nicht nur mit dem »falschen Bewußtsein« irgendwelcher Reformisten, sondern auch mit der eigenen Vergangenheit ins Gericht.

Gegen die Linie von Grass – vor allem wohl gegen seine Forderung, die anderen sollten auf diese Linie einschwenken, siehe z. B. seine Büchner-Preis-»Rede über das Selbstverständliche« von 1965⁴⁴ – läßt sich einiges einwenden, obwohl längst nicht alles, was im Laufe der Jahre gesagt wurde, sich als stichhaltig erwiesen hat. Man hat Günter Grass oft vorgeworfen, aus Ignoranz oder Eitelkeit die Möglichkeiten des Schriftstellers in der Politik überschätzt zu haben. Im Rückblick drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß jemand wie Alfred Andersch viel eher den Traum von der erlösenden Wirkung markiger Dichterworte geträumt hat. Hans Magnus Enzensberger stand – oder vielmehr bewegte sich – in der Mitte: Er konnte sich am Ende weder mit dem Pragmatismus eines Grass noch mit der hehren Geste von Andersch anfreunden, wenn er auch vom Temperament her eher der Andersch'schen Position zugeneigt war. In Enzensbergers Optik waren auch hier wohl wieder einmal »falsche alternativen« im Spiel. Doch die von ihm selber 1968 aufgestellte Alternative von »Zustimmung oder Revolution« konnte sich auf Dauer auch nicht behaupten.

44 Die Rede wurde vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen gehalten, die der SPD zwar einen Stimmengewinn, nicht aber den Regierungswechsel bescherten. Vgl. Günter Grass, Über das Selbstverständliche. Politische Schriften, Nachdruck München 1969 (Erstausgabe 1968), S. 68–83.

Irmgard Wilharm

Tabubrüche in Ost und West – Filme der 60er Jahre in der Bundesrepublik und der DDR

Die 60er Jahre bilden hinsichtlich der Filmproduktion in beiden deutschen Staaten eine Umbruchphase mit zugleich gegenläufigen Entwicklungen. Das war zu erwarten, wenn man davon ausgeht, daß Spielfilme – unabhängig vom konkreten Thema – zwar niemals Abbildung von Realität sind (das gilt auch für sogenannte Dokumentarfilme), aber Interpretationen von Wahrgenommenem, und insofern zeigen sie ein Stück »Realität in den Köpfen«. Für Film als Massenmedium, an dessen komplizierter und teurer Herstellung viele beteiligt sind, gilt dies mehr als für individuelle künstlerische Produkte. Das bedeutet nicht nur, daß Spielfilme Krisen und Veränderungen in der östlichen und westlichen Welt thematisieren (von der Kuba-Krise zum Versuch internationaler Entspannung, von Dekolonisierung, Vietnamkrieg und weltweiten Protestbewegungen, von partieller Entstalinisierung in den Ostblockstaaten zum Neben- und Gegeneinander von »Tauwetter« und Restriktion); vielmehr geht es um die partielle Veränderung und Erschütterung von Einstellungen und tradierten Wertungen, auch von Feindbildern und Tabus.

Dieser Vorgang spiegelt sich auch in der Filmproduktion der Nachbarstaaten in West und Ost. Erinnerung sei an die großen Werke von Ingmar Bergmann, Federico Fellini und Michelangelo Antonioni sowie an Roman Polanski, Francois Truffaut, Alain Resnais und andere Autoren-Regisseure der Nouvelle Vague. In der Sowjetunion entstand 1962 ein eindrucksvoller Antikriegsfilm ohne Feindbild und mit vollendeter Ästhetik, »Iwans Kindheit« von Andrej Tarkowski. Zu erwähnen wären auch »Neun Tage eines Jahres« (1962) von Michael Romm oder »Friede dem Eintretenden« (1962) von Alexander Alow und Wladimir Naumow. Diese und andere sowjetische Produktionen wirkten auf die Filmema-

cher und Filmenthusiasten nicht nur in den Ostblockstaaten, und jedenfalls waren sie Ansporn für die Nachwuchsfilmer der DDR.¹

Gemeinhin werden mit den Filmen der 60er Jahre in beiden deutschen Staaten zwei einschneidende Daten verbunden: das Oberhausener Manifest vom Februar 1962 mit dem Schlachtruf »Papas Kino ist tot!« und das 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965, welches das Ende der vorsichtigen Liberalisierung seit dem Mauerbau auf kulturellem Gebiet brachte und zum Verbot von 13 DEFA-Filmen des Jahres führte. Es wäre aber irreführend, sich allein auf die Ausnahmefilme in beiden deutschen Staaten zu konzentrieren, denn Papas Kino war keineswegs tot, und auch in der DDR gab es herkömmliche Produktionen: Opern- und Operettenfilme, historische Abenteuerfilme und zwischen 1966 und 1975 je einen Indianerfilm, in dem nach historischen Vorlagen die Ausrottung der Indianer in den USA thematisiert wurde. Hinzu kamen Science-fiction-Filme. Dominierende Themen in der DEFA-Produktion waren durchgängig Krieg und Antifaschismus. Dabei gab es neben propagandistischen Streifen (z. B. die Thälmann-Filme von Kurt Maetzig in den 50er Jahren) sehr gute Produktionen, die auch international erfolgreich waren (z. B. »Ehe im Schatten« ebenfalls von Maetzig, 1947, oder »Die Abenteuer des Werner Holt«, 1963/64, nach dem ersten Teil des Romans von Dieter Noll). Die DEFA produzierte im Jahr durchschnittlich 15 Filme.² Zur Kinoszene gehörten auch ausländische Produktionen, darunter auch aus dem westlichen Ausland und, handverlesen, selbst aus der Bundesrepublik. Zu gesellschaftskritischen westdeutschen Filmen, die auch Ende der 50er Jahre rar waren, schrieb Karl-Eduard von Schnitzler selbst den bewertenden Kommentar in den Programmheften des ProgressFilm-Vertriebs der DDR. So heißt es in Heft 53/59 zu »Wir Wunderkinder« (Kurt Hoffmann, 1958) über den Kriegsgewinnler und Opportunisten Bruno Tiches: »Die Tiches stürzen in Bonn nicht in Fahrstuhlschächte, sondern steigen zum Minister auf, zum Wirtschaftsführer, zum Fördernden Mitglied des Vereins »Rettet die Freiheit«. Die Tiches' alias Strauß und Schröder werden durch die fortschrittlichen Kräfte gestürzt, die die Wahrheit erkennen und sich ihrer Kraft bewußt werden, zu ihnen gehören auch die Boeckels. Hier aber sind die Grenzen der westdeutschen Filmfreiheit. Trotzdem ist dieser Film eine Tat.« Über »Das Mädchen Rosemarie« (Rolf Thiele, 1958) philosophierte Schnitzler in Heft 62/59 abschließend: »Das ist mehr

1 Einen guten einführenden Überblick über die Filmproduktionen der 60er Jahre bietet Fischer Filmgeschichte, Bd. 4: Zwischen Tradition und Neuorientierung 1961–1976, hrsg. von Werner Faulstich u. Helmut Korte, Frankfurt a. M. 1995, S. 11–37.

2 Der beste Überblick über die Spielfilme der DEFA seit 1946 findet sich in: Das zweite Leben der Filmstadt Babelsberg, DEFA-Spielfilme 1946–1992, hrsg. von Ralf Schenk, Berlin 1994, S. 356–541.

als ein spannender Kriminalfall. Und mehr auch als ein erregendes Sittengemälde. Es ist die Widerspiegelung eines politischen Zustandes. Die gesellschaftliche Kritik geht nicht sehr in die Tiefe; es werden auch nicht die gesellschaftlichen Ursachen gezeigt; und schon gar nicht die Gegenkräfte – schließlich wurde dieser Film im Staat der Schröder und Strauß, des Verfassungsschutzes, der Filmkontrolle und des Karlsruher Gerichts gedreht. Dennoch wird sichtbar, daß dieser Zustand geändert werden muß!« Nach Schnitzler ging also die Gesellschaftskritik in beiden Filmen in die richtige Richtung, aber – mangels theoretischer Grundlage – nicht weit genug.

Auch die DDR hatte, wenn auch mit leichter Verzögerung, das Problem des Besucherrückgangs in den Kinos wegen der Ausbreitung des Fernsehens. In der Bundesrepublik sollte der reguläre Fernsehbetrieb am ersten Weihnachtsfeiertag 1952 beginnen. Also entschloß man sich aus Konkurrenzgründen und wegen des politischen Signals, das Ost-Berliner Fernsehprogramm am 21. Dezember, Stalins Geburtstag, zu starten.³ Ende 1959 waren bereits 593 479 Haushalte versorgt. Ähnlich wie in der Bundesrepublik gab es 1957 den Höchststand bei den Kinobesuchern (bei 316 Millionen). Bis 1967 ging er auf 99,2 Millionen zurück.⁴

Auch in der Bundesrepublik müssen Ausnahmefilme des neuen deutschen Films, die seit Mitte der 60er Jahre entstanden, also keineswegs direkt nach dem Oberhausener Manifest, vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Genreproduktion gesehen werden. Die Musikfilme mit Freddy Quinn waren Renner bis 1970. Die Verfilmung von Simmels Romanen, besonders »Es muß nicht immer Kaviar sein« (1961), wurde zum großen Erfolg; Karl-May-Verfilmungen hatten ein jugendliches Stammpublikum, und Edgar-Wallace-Streifen flimmerten (Produktionen von 1959 bis 1972) über die Leinwände. Die populären deutschen Filme änderten nichts daran, daß ausländische Produktionen den westdeutschen Kinomarkt dominierten (1961: 400 gegenüber 70 deutschen Produktionen). Große Verleih- und Produktionsfirmen brachen zusammen (Ufa-Film 1962), und das Kinosterben begann. Im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Fernsehens ging der Kinobesuch von 512 Millionen 1961 auf 161 Millionen 1971 zurück.⁵

Die Zunahme von Spielfilmen im Fernsehprogramm fügte der Film-

3 Hans Müncheberg, Ganz ohne Vorbild. Die Entstehung des »Deutschen Fernsehfunks« und sein Weg zum Massenmedium, in: *Unsere Medien – Unsere Republik* 2, 1961, Nr. 3: *Getrennte Lebenswege*. Projekt des Adolf-Grimme-Instituts des Deutschen Volkshochschulverbandes e. V., o. O. 1992, S. 29–31.

4 Heinz Kersten, Entwicklungslinien, in: *Film in der DDR*, München/Wien 1977, S. 7–56, hier: S. 23.

5 Zahlen zum Vergleich Filmbesucher - Fernsehteilnehmer gemäß Spio-Statistik in: Georg Roeber u. Gerhard Jacoby, *Handbuch der filmwirtschaftlichen Medienbereiche*, München 1973, S. 206.

produktion und den Kinos weiteren Schaden zu. Den Experten war klar, daß eine Erneuerung der westdeutschen Filmproduktion nur mit neuen Strukturen von Kooperation und Finanzierung möglich sein würde. Die Diskussion über diese anstehenden Veränderungen wurde seit den 50er Jahren in den Fach- und Verbandszeitschriften der Filmwirtschaft, vor allem im »Film-Echo«, kontrovers geführt. Zu denen, die das Problem frühzeitig erkannten, gehörte Herbert Tischendorf, der seinen erfolgreichen Verleih Herzogfilm 1957 an den neuen Ufa-Konzern abgab und sich nur noch der Produktion widmete. Pläne zur Kooperation mit dem Fernsehen gab es u. a. bei Kurt Schorcht (München), aber er starb unerwartet früh im September 1957, und sein anspruchsvoller Verleih ging an die Bavaria (München). Kooperationspläne gab es auch bei Hans Abich, Produzent der Filmaufbau GmbH Göttingen. Er scheiterte allerdings an Finanzierungsproblemen und ging selbst zum Fernsehen, zunächst zu Radio Bremen (1961) als Programmdirektor, dann Intendant (1968); 1973 wurde er Programmdirektor der ARD.

Große Verleihfirmen wie die Gloria-Film unter der geschickten Leitung von Ilse Kubaschewski konnten sich bis Anfang der 70er Jahre halten. Die besondere Bedeutung der großen Verleihfirmen lag darin, daß sie bis zur beginnenden neuen Filmförderung ab Mitte der 60er Jahre Produktionen zu 70 bis 100 Prozent vorfinanzierten und damit faktisch über das Zustandekommen von Filmen, auch über Besetzungen und Schnitte entscheiden konnten. Die Aufarbeitung der nur zum Teil erhaltenen Verleihakten ist deshalb besonders aufschlußreich für die Frage, warum der westdeutsche Film bis Mitte der 60er Jahre – von einigen Ausnahmen abgesehen – so konventionell war und primär auf sicheren ökonomischen Erfolg nach bewährtem Muster setzte.⁶ Die Rahmenbedingungen der Durchschnittsproduktionen und der Kino- und Filmkrise in Ost- und Westdeutschland muß man mitdenken, wenn von herausragenden DEFA-Verbotsfilmen und dem »neuen deutschen Film« gesprochen wird.

Als Zäsur in der Filmproduktion beider deutscher Staaten zeichnet sich 1965/66 ab. Ähnlich waren strukturelle Bedingungen wie die genannte Konkurrenz des Fernsehens, auch wenn der kommerzielle Druck in Westdeutschland sich viel stärker ausdrückte. Ähnlich war auch, daß die neuen Filme in Ost und West von einer neuen Generation realisiert wurden. Mactzig als der große Filmpionier der DDR, seit 1955 Rektor der Hochschule für Filmkunst in Potsdam-Babelsberg, war die Ausnahme. Gerade weil sich die neuen Filme verstärkt der Gegenwart der eigenen Gesellschaft zuwandten, entstanden aus dieser strukturellen Ähnlichkeit

6 Zu den großen Verleihfirmen gibt es bislang kaum Literatur, was an der schwierigen Quellensituation liegen dürfte. Die Rahmendaten finden sich bei Roeber/Jacoby (wie Anm. 5), S. 237 ff.

zugleich unterschiedliche Selbstreflexionen, weil die Probleme beider Gesellschaften völlig andere waren.

Die Zäsur von 1965/66 zeichnete sich auf der Ebene der Filmproduktion in beiden Staaten schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre ab. Die DEFA-Verbotfilme von 1965/66 hatten Vorläufer (z. B. »Der geteilte Himmel«, 1964 von Peter Hoff nach dem Roman von Christa Wolf gedreht),⁷ aber die Aufdeckung und Kritik von systembedingten Widersprüchen war 1965 radikaler. In Westdeutschland erregte Herbert Veselys Böll-Verfilmung »Das Brot der frühen Jahre« (1961) mit seiner Abkehr vom Wertesystem der Väter-Generation Aufsehen. Der Film wurde kein Publikumserfolg,⁸ aber der Generationswechsel zu denen, die die Wiederaufbaumentalität nicht mehr teilten, zeichnete sich ab. Der Mauerbau war die wichtigste Voraussetzung dafür, daß beide deutsche Gesellschaften aufhörten, sich als Provisorium zu verstehen. Für die DDR war dieser Einschnitt tiefer als für die seit den frühen 50er Jahren zunehmend zum offenen Westen hin orientierte Bundesrepublik. Armin Müller-Stahl machte in einem Gespräch im Februar 1989 die Ambivalenz dieses Ereignisses aus seiner Sicht deutlich. Er hielt sich gerade im Westen auf, ging aber zurück:

»Und ich weiß noch genau, wie es war, als die Schranke sich öffnete: für meinen Bruder (West-Berliner) als Schranke, und für mich öffnete und schloß sie sich als Mausefalle. Ich war plötzlich drin. Da habe ich mich erstmal in den Straßengraben gesetzt und geheult, weil ich dachte ›Scheiße‹. Und dann kam ich zu meiner Mutter in dieses graue Leipzig und alles schien mir so trostlos. Dann fuhren wir nach Babelsberg, und dort stand Frank Beyer und sagt: ›Es war richtig, was sie gemacht haben: Mauer zu, dann haben wir endlich Ruhe!‹ Ich wollte auf der Stelle fliehen, sofort wieder zurück, so schockiert war ich. Der Film, den ich gerade selbst erlebt hatte, war sicherlich viel aufregender und spannender gewesen, jedenfalls für mich, als der, den wir da herstellten. Aber nun war ich da, und wir drehten wieder, und dann begann ja auch nach einiger Zeit etwas anderes [...] Plötzlich begann eine Art Frühling. Ich hatte das Gefühl, die Schaufenster sind etwas voller, die Mädchen hübscher, ich hatte das Gefühl, es geht wieder los [...] Plötzlich das Gefühl zu haben, man ist auf der richtigen Seite. Ich jedenfalls hatte es. Mir schien plötzlich, wir können wirklich etwas verändern, wir leben im besseren Teil Deutschlands, es passierte was. Ich entdeckte Dinge, die ich vorher an mir nicht kannte: den Wunsch mitzumachen, dieses und jenes zu verändern.«⁹

7 Erika Richter, *Zwischen Mauerbau und Kahlschlag 1961 bis 1965*, in: *Das zweite Leben der Filmstadt Babelsberg* (wie Anm. 2), S. 159–211, hier: S. 194 ff.

8 Fischer *Filmgeschichte* Bd.4 (wie Anm. 1), S. 18 f.

9 Interview mit Armin Müller-Stahl in: *Filmland DDR*, hrsg. von Harry Blunk u. Dirk Jungnickel, Köln 1990, S. 59–70, hier: S. 61 f.

Dieses Gefühl, daß etwas im sozialistischen Sinne verändert werden könne und müsse, hatte offenbar eine weite Verbreitung und ergriff auch einen Teil der kulturpolitischen Führungsschichten. Günter Witt, stellvertretender Minister für Kultur und Leiter der Hauptverwaltung Film, riet am 14. März 1964 unter Berufung auf den Bitterfelder Weg dazu, heiße Eisen anzupacken, Widersprüche aufzudecken. Er verlangte auch, beim Ankauf von ausländischen Filmen für die eigenen Kinos weniger besorgt zu sein und auf die Reife der Zuschauer zu vertrauen. Und er wandte sich gegen bürokratische Eingriffe: »An die Filmkunst werden manchmal Forderungen gestellt, die ihrem Wesen widersprechen. Das führte dann zu Helden aus der Retorte, die unglaublich wirken, nicht überzeugen können und keine tiefe Anteilnahme beim Zuschauer auslösen. Das Leben ist bunt und vielschichtig. Ein Spielfilm ist weder eine Dienstvorschrift in bewegten Bildern, noch ein illustriertes Lehrbuch für eine Neuerermethode«. Nach solchen im Neuen Deutschland vom 17. März 1964 veröffentlichten Worten erscheinen die Verbotsfilme nicht mehr so überraschend, sondern entsprechen einer damals im Westen nur begrenzt wahrgenommenen Aufbruchstimmung, zumindest bei den Intellektuellen. Mit dem 11. ZK-Plenum, dem »Kahlschlag«, nahm diese Hoffnung ein abruptes Ende.

Das berückichtigte 11. Plenum war eigentlich primär ein Wirtschaftsplenum. Hintergrund war der fehlgeschlagene Versuch, ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit Dezentralisierung und Produktionsanreizen durch Gewinnbeteiligung einzuführen. Da die UdSSR solche Pläne nicht mittrug, entschied sich das Politbüro des ZK der SED im November 1962 zu einem Alleingang, der aber nicht den erhofften schnellen Erfolg brachte. Das 11. Plenum kehrte, noch ehe die Reformen greifen konnten, zu dirigistischem Zentralismus zurück, auch wenn es verbal am Reformplan festhielt. Die tatsächlichen ökonomischen Probleme der DDR (Verschuldung im Außenhandel, Rückstände bei Großinvestitionen in Landwirtschaft und Industrie) machten Partei und Staatsführung angreifbar und empfindlich gegenüber öffentlicher Kritik, selbst wenn Reformen im Rahmen des Sozialismus gefordert wurden. So mußten die seit dem Mauerbau gewachsenen liberaleren Strömungen, zu denen auch eine Justizreform und Veränderungen in der Jugendpolitik beigetragen hatten, mit einer Führung in Konflikt geraten, die die Krise durch dirigistisches Kurshalten zu meistern versuchte. Am stärksten betroffen waren diejenigen Künstler und Intellektuellen, die sich mit Gegenwart und Zukunft ihrer eigenen Gesellschaft beschäftigten, vor allem die Schriftsteller und eben die Filmschaffenden der DEFA. Mit dem »Kahlschlag« wurde ein Exempel statuiert.¹⁰

10 Bester Überblick in Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, hrsg. von Günther Agde, Berlin 1991; darin zum Zusammen-

Die am schärfsten kritisierten Filme waren »Denk bloß nicht, ich heule« (Buch: Manfred Freitag und Joachim Nestler, Regie: Frank Vogel) und »Das Kaninchen bin ich« (Buch: Manfred Bieler, Regie: Kurt Maetzig). Beide wurden verboten und kamen erst 1989/90 aus den Archiven an die Öffentlichkeit. Eine Ausnahme bildete »Spur der Steine« von Frank Beyler, der nach dem 11. Plenum noch zur Aufführung freigegeben wurde, aber kurz nach der Premiere aufgrund von gesteuerten Publikumsprotesten ebenfalls verboten wurde.¹¹ Auf »Spur der Steine« waren seitens der Reformer im Kulturbereich große Hoffnungen gesetzt worden. In der großangelegten Werbekampagne prangte Manfred Krug als damals außerordentlich populärer Schauspieler in der Hauptrolle des Balla auf allen Plakaten. Mit dem Verbot auch dieses Films wurde der Kurswechsel für die Bevölkerung der DDR drastisch demonstriert. Eine Analyse dieses und des Films von Maetzig, der auch eine Sonderstellung unter den Verbotfilmen hatte, soll zeigen, wie die eigene Gesellschaft reflektiert wurde, welche Hoffnungen und welche Tabus berührt und zerstört wurden.

Die Verdammung von Maetzigs Film, nach dem die anderen Verbotfilme als »Kaninchenfilme« bezeichnet wurden, war besonders spektakulär, weil Maetzig aufgrund seiner Leistungen eigentlich unangreifbar zu sein schien. Der Film erzählt die Geschichte von Maria und dem Recht. Drehbuchgrundlage war ein Roman von Manfred Bieler, ebenfalls bereits der Kritik verfallen. Maria lebt bei ihrer Tante und arbeitet als Kellnerin. Sie darf nicht studieren, weil ihr Bruder wegen nicht näher definierter republikfeindlicher Äußerungen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt ist. Maria verliebt sich – ohne sich dessen anfangs bewußt zu sein – in den Richter Deister, der ihren Bruder verurteilt hat. Sie schafft es nicht, sich von Deister zu trennen, obwohl sie bei einem Tanzfest in einer Dorfkneipe erlebt, wie Deister auf einen Betrunkenen reagiert, der den Tod eines Volksarmisten laut begrüßt.

Maria sieht in dieser Reaktion und in der Auseinandersetzung zwischen dem Richter und dem Dorfbürgermeister über die unterschiedlichen Rechtsauffassungen einen direkten Bezug zum Verfahren gegen ihren Bruder. Auf die Frage des Bürgermeisters, ob sie nicht als Zugin aussagen wolle, lehnt sie ab mit der Begründung, daß sie den Mann ja gar

hang von Wirtschafts- und Kulturpolitik: Nikolai Knoth, Das 11. Plenum – Wirtschafts- oder Kulturplenum?, S. 64–68.

11 Rolf Richter, Verbotene Filme – verbotene Hoffnung. DEFA-Produktionen der 60er Jahre uraufgeführt, in: Unsere Medien Unsere Republik 9, Oktober 1991, S. 44–47; Richter, Zwischen Mauerbau und Kahlschlag (wie Anm. 7), S. 194–211; Joshua Feinstein, Spur der Steine: Zum Verhältnis von Gegenwart und Geschichte im DEFA-Spielfilm der sechziger Jahre, in: Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, hrsg. von Martin Sabrow, Leipzig 1997, S. 217–236

nicht kenne, und: »Der kommt innen Knast, da können Sie auch nix machen [...] Ich bin da Expertin«. Der Bürgermeister reagiert mit der mehr für sich selbst getroffenen Feststellung, das sei eben der Fehler, daß man die Menschen zu wenig kenne. Dahinter steht die gegen den Richter erhobene Forderung, bei Schulduweisungen den konkreten Menschen zu sehen und nicht nur formalen Prinzipien zu folgen.

Für Maria ist die Trennung zwischen dem konkreten Menschen und seinem Verhalten in unterschiedlichen Situationen nicht möglich, sie kann nur ein Ganzes sehen. Der Richter hat in ihren Augen den Bruder und den Betrunkenen unmenschlich behandelt; er muß deshalb aus ihrer Sicht auch in der Beziehung zu ihr zerstörerisch sein: »Schlägst du mich jetzt? Schlag mich doch, wenn du willst! Es kommt doch schon nicht mehr drauf an.« Der Richter verläßt – verständnislos gegenüber diesem Ausbruch – das Haus. Maria stellt ein Gnadengesuch für ihren Bruder und stößt bei diesem Anlaß auf den Richter, mit dem es zu einer Auseinandersetzung kommt, weil Maria die formaljuristischen Argumentationen nicht akzeptiert und auf deren Widersprüche verweist. Sie trifft unerwartet vor ihrer Wohnung wieder auf den Richter, der ihr sagt, daß nun alles anders geworden sei, daß er sie begriffen habe und sie brauche. Beide schlafen miteinander, und der Richter stellt seine Wandlung zu neuer Rechtsauffassung dar.

Maria erkennt, daß für den Richter sowohl das Verfahren gegen ihren Bruder als auch die neue Bereitschaft, selbst das Gnadengesuch zu vertreten, nur Mittel für die eigene Karriere sind und daß die neue Rechtsauffassung nur opportunistische Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen bedeutet. Maria erkennt, daß sie wieder nur benutzt wird und daß sie nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange sitzen bleiben darf. Sie verabschiedet den Richter mit dem Satz: »Du bist ein Schwein!« Als ihr Bruder entlassen wird, wirft er ihr vor, daß sie mit seinem Richter geschlafen hat. Seine Unfähigkeit, mit der Situation umzugehen, treibt ihn zu hilfloser Brutalität: er schlägt Maria. Handfeste Hilfe findet Maria bei ihrer Tante, die in der Küche einen Waschzuber aufbaut und Maria praktisch und symbolisch reinigt und sie wieder aufbaut. Maria ist kein Kaninchen mehr, sondern ein »alter Hase« und schreibt sich zum Studium ein.

Optisch wird die Rückbesinnung auf die eigene Stärke am deutlichsten, wenn wir Maria nach der Waschzubersequenz sehen, wie sie vor dem Spiegel ihre Verletzungen mit Schminke überdeckt. Die Kamera zeigt zuerst Maria halbnah im Spiegel, während sie noch mit der Tante spricht; dann die Augenpartie im Spiegel in Großaufnahme, perfekt geschminkt, heil und schön. Dazu Marias Stimme als innerer Monolog: »Das könnte dir so passen! Ne, ich bleibe nicht liegen, ich steh' wieder auf, ich lass' mir nicht das Fell über die Ohren ziehen. Ich bin kein Kaninchen mehr, ich bin 'nen alter Hase.«

Der Film nimmt, betrachtet man Marias Entwicklung, ein »positives« Ende. Aber die Forderungen eines eng verstandenen sozialistischen Realismus sind zweifellos nicht erfüllt: Der karrieresüchtige Richter wird weiter richten, der brutal-hilflose Bruder weiter schlagen. Der mutige Dorfbürgermeister ändert seinen Ton gegenüber dem Richter, als er keine Chance sieht, diesen zu überzeugen. Am Ende des Films steht die Solidarität der beiden Frauen. Sie sind aufrechte Gestalten, aber sie leben in einer Welt, die ihnen den aufrechten Gang sehr schwer macht. Es gibt keinen selbstverständlichen Fortschritt im Geist des Sozialismus, sondern er muß mühsam auch gegen Institutionen im real existierenden Sozialismus erkämpft werden. Wenn Konflikte und Irrtümer Teil der erkennbaren Entwicklung sind, heißt das, daß politische Instanzen auf allen Ebenen nicht selbstverständlich im Recht sind, sondern in Frage gestellt werden können und müssen.

Damit war für die Mehrheit der damaligen Partei- und Staatsführung ein Tabu berührt. Nach der Sitzung des 11. Plenums übten Witt und Maetzig Selbstkritik. Maetzig hat 1987 zu dem Vorgang Stellung genommen:

»Ich war über die Ablehnung des Films, den nicht nur ich für einen gelungenen Film hielt, sehr erschrocken, denn meine Absichten waren dem, was man dem Film vorwarf, ganz konträr, und ich hatte ja diese Absichten nicht aus politischer Naivität, sondern nach wohldurchdachtem Konzept geformt. Ich war ein großes Risiko ganz bewußt eingegangen. Aber nun stieg auch der Westen agitatorisch ein und machte aus dem Vorfall etwas, was mir ganz und gar gegen den Strich ging – heute würde man sagen – eine Dissidentendiskussion. Ich fühlte mich aber ganz und gar nicht als Dissident [...] Und ich wollte auch die anderen Künstler, die auf dem 11. Plenum genannt und kritisiert worden waren, davor bewahren, so etikettiert zu werden, denn dies hätte die Gefahr eines Gegeneinanders mit einem bitteren Ende heraufbeschworen. Und da mußte die Auseinandersetzung abgebrochen werden. Das war der Hauptbeweggrund für meine selbstkritische Stellungnahme, und in diesem Bezug stehe ich auch heute noch dazu.«¹²

Das andere spektakuläre Verbot betraf, wie erwähnt, »Spur der Steine« von Frank Beyer. Das Neue Deutschland zog in einer Kritik vom 6. Juli 1966 das vernichtende Fazit: »Der Film erfaßt nicht das Ethos, die politisch-moralische Kraft der Arbeiterklasse und der Ideen des Sozialismus, bringt dafür aber Szenen auf die Leinwand, die bei den Zuschauern mit Recht Empörung auslösten. So werden schauspielerische Leistungen entwertet durch eine falsche Konzeption, deren Folge ein mißlungener Film ist.«

12 Kurt Maetzig, *Filmarbeit: Gespräche, Reden, Schriften*, hrsg. von Günther Agde, Berlin 1987, S. 162.

Der Film spielt auf einer Großbaustelle einer zukünftigen Chemiefabrik. Verschiedene Kräfte bemühen sich, mit dem materiellen und organisatorischen Chaos umzugehen. Der neue reformfreundige Parteifunktionär Horrath trifft auf den Anführer der starken, aber undisziplinierten Baubrigade Balla (Manfred Krug). Beide verlieben sich in die neue Ingenieurin Kathi, die ebenfalls die Reformen vorantreiben will, und stoßen auf verknöcherte, unfähige Führungskräfte im Betrieb. Der Machtkampf zwischen den Gruppierungen wird spielerisch, aber demonstrativ vorbereitet durch einen Zweikampf zwischen Balla und Horrath bei einem Zimmermannsritual, in dem Balla Sieger bleibt. Die Ingenieurin unterstützt Horrath auf der betrieblichen Ebene. Er bittet sie um Pläne, die es ihm ermöglichen, vorübergehend den Kraftwerksbau stillzulegen, an dem sich Fehler in der Projektierung herausgestellt haben, und dafür an der anderen Baustelle mit allen Kräften weiter zu arbeiten. Nach einem Schnitt sieht man den als unfähig und hilflos dargestellten Projektleiter auf Horraths Arbeitsstelle erscheinen. Er beschwert sich über die geplante Stilllegung des Kraftwerkbaus: »Fehler in der Projektion hat's hier schon oft gegeben. Das ist doch kein Grund, den Plan zu ändern!« »Warum eigentlich nicht?« »Weil der Plan heilig ist, merken Sie sich das!«

Kathi wird schwanger, aber Horrath ist zu schwach, sich von seiner Familie oder der Ingenieurin zu trennen, und sein Versetzungsantrag wird ohne nähere Prüfung abgelehnt. Da er selbst nicht bereit ist, seine Vaterschaft zuzugeben, weigert sich auch die Ingenieurin, ihn zu nennen, und unterwirft sich einer entwürdigenden ritualisierten Betriebsversammlung, die damit als untaugliches Instrument der Konfliktlösung erscheint. Da sich die organisatorische Verwirrung auf der Baustelle nicht bessert und nicht gearbeitet werden kann, holt sich Balla bei dem älteren Arbeiter Franz Rat, wie man denn »früher«, d. h. in der Weimarer Republik, mit so einer Situation umgegangen sei. Heraus kommt der Vorschlag zum Streik. Zwar kommt der nicht zustande, aber der Gedanke, daß das Arbeiterkampfinstrument aus Zeiten der für überwunden erklärten Klassengesellschaft immer noch notwendig sei, stellt die harmonisierenden Konfliktmuster des real existierenden Sozialismus in Frage.

Der Film greift ein weiteres Tabu auf: die Selbstkritik als Ausdruck des Lernens aus eigenen Fehlern. Die Selbstkritik des unfähigen Baustellenleiters, der entgegen seinem eigenen Antrag das Projekt weiter leiten mußte, entlarvt das Ritual als Farce. Der Zuschauer durchschaut Horraths pathetische Forderung nach Ehrlichkeit sowie die gesamte Verhandlungsführung als falsches Pathos, weil er Horraths private Verheimlichungen auf Kosten von Kathi kennt. Die verlangt die Chance, erst einmal zu lernen, sich für die Wahrheit zu entscheiden. Implizit sagt sie damit, daß die bestehenden Rahmenbedingungen dieses Lernen erschweren. Sie formuliert die zentrale Forderung dieses und der anderen verbotenen Filme. Es

geht um Wahrhaftigkeit, um Glaubwürdigkeit und um Moral. Horrath und die Ingenieurin haben am Schluß des Films ihre Leitungsfunktionen verloren und arbeiten auf der Baustelle. Die Ingenieurin verläßt den Ort und ihre Arbeit, um anderswo neu anzufangen .

Auch Beyers Film entspricht keinem eng gefaßten sozialistischen Realismus. Der menschlich schwache Parteifunktionär verliert seine Stelle gerade, weil er sich zur Wahrheit durchringt. Die Ingenieurin verläßt die Baustelle, auf der sie niemand, außer Balla nach einem Lernprozeß, unterstützt hat. Balla selbst macht zwar einen Lernprozeß durch, aber er tritt nicht in die Partei ein, sondern bleibt wacher Beobachter. Die Parteirituale der Wahrheitsfindung werden als unglaubwürdig entlarvt. In Maetzig's und Beyers Filmen ist die Kommunikation zwischen den Menschen gestört, und die Partei ist eher Hindernis als Hilfe bei der Problemlösung.

Der von Erich Honecker vorgetragene Bericht des Politbüros an das 11. Plenum traf in jedenfalls einem Punkt etwas Richtiges: die DEFA-Filme sowie die theoretische Diskussion von Filmemachern gingen von Entfremdung als einem Grundproblem auch im real existierenden Sozialismus aus. Im Bericht heißt es über die Filme: »Dem einzelnen stehen Kollektive und Leiter von Partei und Staat als kalte fremde Macht gegenüber. Unsere Wirklichkeit wird nur als schweres opferreiches Durchgangsstadium zu einer illusionären schönen Zukunft angesehen [...] Es gibt eine einfache Rechnung: Wollen wir die Arbeitsproduktivität und damit den Lebensstandard weiter erhöhen, woran doch alle Bürger der DDR interessiert sind, dann kann man nicht nihilistische ausweglose und moralzersetzende Philosophien in Literatur, Film, Theater, Fernsehen und Zeitschriften verbreiten.«¹³ D. h., kulturelle Arbeit jeder Art sollte den als gewiß angenommenen historischen Prozeß im Sinn des fortschreitenden Sozialismus begleiten, stützen und fördern, aber nicht in Frage stellen, auch nicht partiell im Sinn verschiedener Wege zu einem Ziel. Kulturpolitik war deshalb in der DDR nie nur Kulturpolitik.

In einem offenen Gesellschaftssystem auf pluralistischer Grundlage kann es keine so klare Zielsetzung für Kulturpolitik geben, außer der allgemeinen Orientierung an Menschenrechten und der Schaffung und Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen. D. h. nicht, daß nicht immer wieder versucht wurde und wird, Kultur politisch zu instrumentalisieren. Nur sind solche Bemühungen nicht so leicht legitimierbar. Daß es sie gab, und zwar auch oder gerade in den 60er Jahren in der Bundesrepublik, ist keine Frage. Bekannt sind zornige Kommentare von Bundeskanzler Ludwig Erhard zu politisch-moralischer Kritik von Schriftstellern Anfang der 60er Jahre. So wehrte er sich am 9. Juli 1965 in einer Rede

13 Zit. nach: Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED, hrsg. von Elmar Schubbe, Stuttgart 1972, S. 1076–1081, hier: S. 1077

vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU in Düsseldorf: »Neuerdings ist sogar Mode geworden, daß auch gewisse Dichter unter die Sozialpolitiker und Sozialkritiker gehen. Wenn sie das tun – das ist natürlich ihr gutes demokratisches Recht –, müssen sie sich aber auch gefallen lassen, so angesprochen zu werden, wie sie es verdienen, nämlich als Banausen und Nichtskönner, die über Dinge urteilen, von denen sie einfach nichts verstehen!«¹⁴ In diesem Fall war Rolf Hochhuth gemeint, bei anderer Gelegenheit wurden die Schriftsteller als Pinscher tituliert. Im Klartext hieß das: die Dichter sollen dichten, Politik ist Sache der Politiker.

Diese geforderte politische Enthaltensamkeit war seit Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre bei einem Teil der Intellektuellen nicht mehr gegeben. Die Schriftsteller wandten sich Themen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zu und fanden breite Resonanz: so Günter Grass' »Blechtrommel«, Heinrich Bölls »Ansichten eines Clowns« und Rolf Hochhuths »Stellvertreter«. Die Kritik der westdeutschen Intellektuellen war – wie die in den Verbotsfilmen der DDR – moralisch motiviert, sie zielte auf die Diskrepanz von Anspruch und erfahrener Wirklichkeit.

Aber die Themen in der Bundesrepublik waren andere als in der DDR. Während letztere den Antifaschismus seit Beginn ihrer Existenz thematisierte und zu einer Art Gründungsideologie stilisierte, begann die öffentliche Diskussion über den Nationalsozialismus und die Kontinuitäten nach 1945 auf breiterer Basis in Westdeutschland erst mit Beginn des Auschwitzprozesses 1963. Anlässlich der Auseinandersetzung um die Verjährung von nationalsozialistischem Völkermord brachte Willy Brandt am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing das Problem im brüchigen Selbstverständnis der Bundesrepublik auf den Punkt. Es gehe um keine formaljuristische Frage, sondern es sei der Eindruck entstanden, »es werde der Mantel einer überbeanspruchten Nächstenliebe über Fälle gebreitet, bei denen es gar nicht mehr in unserer Hand liegt, zu verhindern, daß sie draußen als symptomatisch gesehen werden. Es hat keine deutsche Selbstreinigung gegeben, und es hat die Kraft gefehlt, das Volk in aller sachlichen Härte und menschlichen Offenheit mit seiner Vergangenheit zu konfrontieren.«¹⁵

Dieser Prozeß kam in Gang, als die Jüngeren, die vom Lebensalter her nicht mehr direkt betroffen waren, zu fragen begannen. Zu der Kritik am Verschweigen und Verharmlosen von NS-Verbrechen kamen vor dem Hintergrund großer Umbrüche auf internationaler Ebene (Dekolonialisierung seit 1960, beginnende Entstalinisierung, Kuba-Krise 1962 und Vietnamkrieg) Krisenerfahrungen in der Bundesrepublik. Die Spiegel-Affä-

14 Wirtschaftstag der CDU/CSU Düsseldorf 1965. Thesen, Protokolle, Bonn 1965, S. 464–477.

15 ADG 37, 1963, S. 10700.

re 1962 erschütterte die Glaubwürdigkeit der Regierung Adenauer und erzwang eine Kabinettsumbildung. Die Rezession 1966/67 mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet zeigte, daß das Wirtschaftswunder Grenzen hatte. Die anhaltende Diskussion um die Notstandsgesetze (seit 1958, beschlossen am 30. Mai 1968 von der Großen Koalition) mobilisierte breiten öffentlichen Protest und verstärkte die außerparlamentarische Opposition, deren Kern seit der Erschießung von Benno Ohnesorg bei der Demonstration gegen den Schah von Persien am 2. Juni 1967 die Studenten bildeten.

Die sogenannte APO hatte Entsprechungen in allen westlichen Industriestaaten, soweit es um den moralischen Protest gegen die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit der »freien Welt« ging. Zu den Besonderheiten in Westdeutschland gehörte die Kritik an NS-Kontinuitäten, an den verkrusteten Bildungseinrichtungen, am Meinungsmonopol der »Bild«-Zeitung und insgesamt an der biederen Wirtschaftswundergesellschaft, ihren Konventionen und Tabus. Dieser breiten Palette entsprachen unterschiedliche Protestformen, die teils aus den USA übernommen waren: Boykott oder Umfunktionierung von Lehrveranstaltungen in Hochschulen; Demonstrationen für Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt, gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze; Erprobung neuer Formen des Zusammenlebens in Wohngemeinschaften mit Enttabuisierung von Sexualität, Kritik an der Konsumgesellschaft und ihrem Selbstverständnis als Leistungsgesellschaft. Damit waren mehrere Konstanten, die für Stabilität der westdeutschen Gesellschaft in den 50er Jahren zentral waren, brüchig geworden: der Antikommunismus durch die beginnende Entspannungspolitik; das positive Amerikabild durch den Vietnamkrieg; die Konzentration auf die Aufbauleistung nach 1945 durch Zweifel an Konsum und Leistung als alleinigem Lebensinhalt.

Die Tabubrüche in Westdeutschland waren vielfältiger als in der DDR. In den verbotenen DEFA-Filmen wurde der real existierende Sozialismus an der theoretischen Vorstellung eines demokratischen Sozialismus gemessen, die faktisch auftretenden Probleme schienen in diesem Rahmen lösbar zu sein. Die Kritik hatte deshalb eine eindeutige Stoßrichtung. In Westdeutschland reichte das diffuse Unbehagen weit über die protestierenden Studenten hinaus. Nach der gescheiterten Regierung Erhard versuchte die Große Koalition, das Protestpotential mit pragmatischen Reformen einzugrenzen: Es gab Änderungen im politischen Strafrecht und Anfänge neuer Bildungspolitik durch Expansion der Bildungseinrichtungen, aber ohne strukturelle Reformen. Bekanntlich wuchs das Protestpotential unter der Großen Koalition ohne handlungsfähige parlamentarische Opposition. Die rechtsextreme NPD feierte Erfolge in Kommunen und Ländern, und erst mit der sozialliberalen Koalition und Brandts Ankündigung von »mehr Demokratie« nach den Wahlen vom September

1969 bahnte sich eine neue Stabilisierung an. Ein Teil der außerparlamentarischen Opposition konnte in der Hoffnung auf Reformen integriert werden, ein kleiner Teil geriet ins gesellschaftliche Abseits des Terrorismus, der ein zentrales Thema der 70er Jahre wurde.

Einen zeitgenössischen westdeutschen Film, der die gesellschaftlichen Konflikte und Umbrüche der 60er Jahre insgesamt reflektierte und auf ein Massenpublikum zielte, wie dies die verbotenen DEFA-Filme für die DDR taten, gibt es nicht. Allenfalls ließen sich die Filme von Rainer Werner Fassbinder aus den 70er Jahren zum Vergleich heranziehen. Sie thematisieren die westdeutsche Konsumgesellschaft und die Spuren des Nationalsozialismus, und sie waren trotz ihrer Gesellschaftskritik Kinoerfolge – ein seltener Fall in der Bundesrepublik. Fassbinder wollte Filme für ein großes Publikum machen. Dies ist ihm gelungen, am besten vielleicht in »Die Ehe der Maria Braun« (1978), ein Film voller Spannung und großer ästhetischer Effekte, zugleich eine Parabel deutscher Nachkriegsgeschichte.

In den westdeutschen Produktionen der späten 60er Jahre spiegeln sich die Konflikte und Brüche der Zeit, aber verteilt auf ganz unterschiedliche Filme, die jeweils ein anderes Publikum ansprachen. Repräsentative Beispiele zu nennen, ist deshalb schwierig. Unter dem Aspekt der Tabubrüche bieten sich zwei thematische Bereiche an: die verdeckten Kontinuitäten zum Nationalsozialismus und die Versuche, das alltägliche Leben gegen konventionelle Ordnung und Leistungsdruck lustvoller zu gestalten. Das eindrucksvollste Beispiel einer westdeutschen Gesellschaftsanalyse mit dem Blick auf Kontinuitäten ist Alexander Kluges »Abschied von gestern« (1966).¹⁶ Der Film bekam bei den Festspielen in Venedig acht Preise, war auch im Ausland erfolgreich, aber in der Bundesrepublik ein Film für intellektuelle Minderheiten. Trotzdem ist er mit der Enthüllung, daß der versuchte Abschied von gestern nicht gelungen sei, thematisch und in der Ästhetik ein Einschnitt in der westdeutschen Filmproduktion.

Ein Erfolgsfilm, der eine Welle ähnlicher Produktionen auslöste, war dagegen die Komödie »Zur Sache, Schätzchen« (1967/68). Die damals erst fünfundzwanzigjährige May Spils forderte als Regisseurin: »Man sollte endlich die Langeweile aus den Kinos vertreiben, und das haben die Herren vom jungen deutschen Film bisher kaum geschafft.«¹⁷ Für May Spils und andere ihrer Generation waren die Verfasser des Oberhausener Manifestes und deren Versuche der filmischen Gesellschaftsanalyse schon nicht mehr aktuell. Vielmehr ging es um eine Darstellung des neuen Le-

16 »Abschied von gestern« (1965/66) war Kluges erster Spielfilm, der die Geschichte der Anita G. aus »Lebensläufe«, 1962, zugrunde legte. Enno Patalas, Filmprotokoll. Abschied von gestern, Frankfurt a. M. o. J.

17 Joe Hembus, Der deutsche Film kann gar nicht besser sein, München 1981, S. 234.

bensgefühls der damals jungen Generation, um Verdrossenheit gegenüber Konventionen und Erwartungen der Leistungsgesellschaft.

In »Zur Sache, Schätzchen« und dem nach gleichem Muster gemachten »Nicht fummeln, Liebling« (1969) führt May Spils einen jungen Aussteiger der Schwabinger Szene vor, in beiden Filmen von Werner Enke dargestellt. Die jeweiligen Geschichten sind nicht so wichtig und schnell erzählt, es geht mehr um Einstellungen und um das Milieu. In »Zur Sache, Schätzchen« beobachtet Martin (Werner Enke) gelangweilt einen Einbruch und wird von Freund Henry (Henry van Lyck) dazu bewegt, den Einbruch der Polizei zu melden. Martins offensichtliches Desinteresse am Erfolg der Polizei macht ihn selbst verdächtig. Er entkommt zunächst vom Revier, weil Freundin Barbara (Uschi Glas) die Polizisten mit einem Striptease ablenkt. Nach seiner späteren Verhaftung spielt Martin so lange mit einer – wie er sagt ungeladenen – Pistole herum, daß ein Polizist die Nerven verliert und schießt. Der nicht lebensgefährlich verletzte Martin kommentiert: »Da haben Sie aber Glück gehabt.«

In »Nicht fummeln, Liebling« soll der antibürgerliche Held (Werner Enke) Geld verdienen, um auch etwas zur Wohngemeinschaft beizutragen. Auf Anraten seines Freundes versucht er es zunächst beim Film, bringt aber den einzigen Satz, den er als Kellner sagen soll, nicht heraus. Die ganze Sequenz ist eine Parodie auf »Papas Kino«. Es folgt eine Parodie der Phantasien über die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Als Fanal soll ein Toilettenhäuschen im Warenhaus explodieren. Bei der Generalprobe auf einer Wiese beobachtet die Polizei das Happening. Nach der Verhaftung übertölpelt der Held einen Ordnungshüter, flieht in dessen Uniform und liefert einer jungen Frau aus reichem Milieu (Gila von Weitershausen) eine gekonnte Persiflage auf die Polizei: der Held und die neue Freundin spielen in der Spielzeugabteilung des Warenhauses, in dem die Toilette explodieren soll, was mißlingt. Das Paar stößt auf »Knolles Lustfibel« und erprobt nach Rezept die jeweiligen erogenen Zonen. Bei weiteren Spielen erscheint die Polizei, der Held flüchtet in einem geklauten Mercedes, den er mangels Fahrkenntnis kaputtfährt. Er entkommt aus dem brennenden Auto und beobachtet, wie sich Polizisten aus zwei Revieren um die Zuständigkeit streiten, während ein Leichenwagen wartet. Der Held läßt sich von den Polizisten Feuer geben und verschwindet im dunklen Park mit der Bemerkung: »Der alte Schwung ist hin.«

In beiden Filmen wird die gewohnte Ordnung durch den antibürgerlichen Held spielerisch in Frage gestellt, allen voran die Polizei und das traditionelle Kino. Auch die Phraseologie und Gewaltphantasien der neuen Linken werden karikiert und die mühsamen Versuche von Oswald Kolle, mit seinen Filmen die Deutschen aus ihrer sexuellen Verklemmung und Einfallslosigkeit zu befreien. Der antibürgerliche Held stellt mit seinem

Desinteresse an Arbeit als Selbstzweck die Grundlagen der westdeutschen Wiederaufbaugesellschaft in Frage. In der Wirkung sind deshalb beide Filme hochpolitisch, ohne den Anspruch einer Gesellschaftsanalyse zu erheben.

Genau das versuchte Alexander Kluge mit »Abschied von gestern«. Mit der Geschichte der Anita G. aus den »Lebensläufen« von Kluge werden Entfremdung und Verwirrung gezeigt, die als bestimmende Grundzüge auch andere Beispiele des neuen deutschen Films prägen. Aus Sicht der Anita G., von der nur bekannt ist, daß sie aus einer Leipziger jüdischen Familie stammt, 1957 in den Westen gekommen ist und kleinere Straftaten begangen hat, wird das jeweilige Gegenüber als Teil der Gesellschaft vorgeführt: ein Richter, ein Geschäftsmann, Hoteliers und Vermieter, Professoren, ein Ministerialbeamter, die Polizei, das Gefängnis. Anitas Geschichte, soweit es eine ist, stellt sich als kontinuierlicher sozialer Abstieg dar, unterbrochen von Zwischentiteln und Kommentaren, mit dem Fazit: »Jeder ist an allem schuld. Aber wenn jeder das wüßte, hätten wir das Paradies auf Erden.«

Drei Sequenzen sind für die Analyse besonders ergiebig: die Verhandlung gegen Anita G. wegen des Diebstahls einer Strickjacke, der Besuch von Anita bei einem Soziologieprofessor und einem zweiten Professor, um einen persönlichen Rat zu bekommen, und der Schluß: Anita in der Isolation, in einer rotierenden Welt, zu der sie keinen Zugang bekommt und in die Ordnung des Gefängnisses flüchtet. Der erste Filmabschnitt steht unter dem Zwischentitel »Uns trennt von gestern kein Abgrund, sondern die veränderte Lage«. Der Richter trennt bei Anitas Vernehmung das Gestern, den deutschen Faschismus, von der Gegenwart auf der Verfahrensebene ab. Die Kamereinstellungen widersprechen in der ganzen Gerichtsszene den üblichen Sehgewohnheiten (d. h. halbnah in Augenhöhe). Der Richter erscheint zu Beginn der Verhandlung nur mit seinem Hinterkopf im Bild, d. h. er ist Institution, nicht Person. Der Eindruck des Unpersönlichen im Verfahren wird verstärkt durch Totale und Kameraübersicht auf den Gerichtssaal, in dem die Menschen nahezu verschwinden. Der Richter erscheint mehrfach aus leichter Untersicht, d. h. dominierend, Anita aus Kameraübersicht, d. h. objekthaft. Nahaufnahmen der Gesichter in psychologischer Absicht gibt es nicht, damit auch keine Identifikationsmöglichkeiten für den Betrachter, sondern distanzierte Beobachtung. Anitas Besuche bei zwei Professoren der Universität dienen im Film der Vorführung – im doppelten Sinn – des Wissenschaftsbetriebs in zugespitzter Form mit Mitteln der Satire. Entsprechend dem Zwischentitel »Sie will ein neues Leben anfangen« begibt sich Anita zu einem Professor, um Informationen über dessen geplantes Seminar zur »Volksouveränität« zu bekommen. In dem Nicht-Gespräch wird klar, daß es keinerlei Ansatz von Kommunikation zwischen beiden gibt. Das gilt auch

für den zweiten Professorenbesuch, bei dem Anita einen persönlichen Rat erhofft.

In der letzten Sequenz wird Anitas Isolation – diesmal ganz ohne Sprache, allein durch Kamera und Musik – vielleicht am deutlichsten ins Bild gebracht. Nach dem Zwischentitel »Es wird einmal ein Wunder geschehn« sehen wir Anita allein auf ihrem Koffer auf einer Wiese im Park neben einer Schnellstraße sitzen. Die Kamera (Totale, Obersicht) zeigt Anita allein in der Bildmitte und umkreist sie in immer schnellerem Tempo, wobei Bäume und Büsche den Blick auf sie kurzfristig verstellen. Dabei klingt laute Tangomusik, die an sich Nähe suggeriert. Dann geht die Kamera auf Anita und verfolgt aus deren Sicht ein sich immer mehr entfernendes Flugzeug. Da die Kameraperspektiven auf das Flugzeug mehrfach wechseln, entsteht keine eindeutige Bewegungsrichtung, die der Zuschauer aus Anitas Perspektive als Richtung/Ziel wahrnehmen könnte. Die Assoziation bestimmter glückverheißender Reklamen entsteht kurzfristig, wird aber im Bild zerstört. Die Kamera geht erneut (Obersicht) auf Anita, auf ihrem Koffer nachdenkend, und zeigt sie dann mit Koffer auf einer grauen Straße mit hohen Häusern. Sie geht zwischen fahrenden Autos von Kamera und Zuschauern weg. Sie wird sich, mangels anderer Perspektive, im Gefängnis einfinden.

Nicht zufällig wurde die Ästhetik bei Kluges Film stärker berücksichtigt als bei May Spils und den beiden DEFA-Filmen. Diese arbeiteten mehr mit konventionellen Sehgewohnheiten, weil sie – anders als Kluges Film – auf Identifikation angelegt waren, aber nicht auf Identifikation mit ungebrochenen Helden, wie meist noch in den 50er Jahren. Vielmehr waren Haupt- und Nebenfiguren der beiden DEFA-Filme zugleich Opfer und Beteiligte an Zwängen, aus denen sie sich mühsam und mit unterschiedlichem Erfolg zu lösen versuchten. Dabei fällt auf, daß die Frauen fast durchgängig die stärkeren Figuren waren.

Die Filme der 60er Jahre enthielten in Ost- und Westdeutschland eine neue Art der Selbstreflexion, die auch in der bewußt eingesetzten Ästhetik deutlich wird. In den DEFA-Filmen wurden die konventionellen Sehgewohnheiten dann durchbrochen, wenn die Aussage dies erforderte. Beispiele dafür sind die Spiel/Kampfszene zwischen Horrath und Balla und die Schminkszene der Maria. Die Gegenwartsfilme im Kulturfrühling der DDR meinten die eigene Gesellschaft als sozialistische, die eine Chance haben sollte und sie damals, mindestens aus Sicht der Intellektuellen, zu haben schien. Die Gesellschaftsanalyse in Kluges Film meinte die westdeutsche Gesellschaft, die sich »von gestern« zu trennen versuchte. Bei May Spils wurde der »Abschied von gestern« durch Parodien der konventionellen Ordnung und ironisch gebrochene Helden demonstriert.

In den Produktionen von Ost und West ging es um Grunderfahrungen von Entfremdung, aber mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Zie-

len. Die Debatten in der DDR um den nicht ausreichenden Neorealismus (weil nicht aufbauend), um den sozialistischen Realismus, gegen »dekadente« Theorien der Entfremdung (mit der Prager Diskussion um Kafka im Hintergrund) wurden im Rahmen sozialistischer Vorstellungen geführt. Die Probleme erschienen aus Sicht der Filmemacher in einem reformierten sozialistischen System als lösbar, d. h. die Filme blieben auf ihre Art »aufbauend«. Das gilt nicht für die zeitgleichen westdeutschen Produktionen, die die Brüche der 60er Jahre anders reflektierten und keine Zielvorstellungen anboten, dies weder konnten noch wollten. Die Filme der 60er Jahre spiegelten die innere Auseinanderentwicklung in beiden deutschen Gesellschaften.

Wolfgang Ruppert

Zur Konsumwelt der 60er Jahre

Im kollektiven Gedächtnis¹ sind die 60er Jahre durch markante Entwicklungen charakterisiert, die mit der Ausweitung der Konsumgesellschaft² verbunden waren: der fortschreitenden Kommerzialisierung des »modernen« Lebens,³ einer zunehmenden Vermodung der industriellen Massenkultur,⁴ aber auch der weitergehenden Durchdringung der materiellen Kultur mit technischen Innovationen, denen eine leistungssteigernde Wirkung zuerkannt wurde. Diese Tendenzen waren durchweg nicht neu, aber sie bewirkten nun die quantitative Expansion des Massenkonsums und die Diversifikation der Formen des Lebenskomforts. Dessen Vorzüge hatten die gesteigerte Teilhabe der Menschen an den Praktiken des

1 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985 (frz. Originalausgabe 1925). In dieser Studie wurde die Erinnerung als ein kollektives soziales Phänomen untersucht, dem Rekonstruktionen von Vorstellungen zugrunde liegen.

2 Verschiedene Ansätze zur Definition und Erforschung der Geschichte der Konsumgesellschaft versammelt: *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, hrsg. von Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble u. Jürgen Kocka, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 51 ff.

3 Anmerkungen hierzu unter dem Begriff »Lebensstil«: Ursula A. J. Becher, *Geschichte des modernen Lebensstils. Essen – Wohnen – Freizeit – Reisen*, München 1990, S. 11 ff.

4 Zum Begriff: Wolfgang Ruppert, *Zur Kulturgeschichte der Alltagsdinge*, in: *Fahrrad, Auto, Fernsehschrank. Zur Kulturgeschichte der Alltagsdinge*, hrsg. von Wolfgang Ruppert, Frankfurt a. M. 1993, S. 14–36, hier: S. 32 ff.; ders., *Zur Geschichte der industriellen Massenkultur. Überlegungen zur Begründung eines Forschungsansatzes*, in: *Chiffren des Alltags. Erkundungen zur Geschichte der industriellen Massenkultur*, hrsg. von Wolfgang Ruppert, Marburg 1993, S. 9–22.

Konsums in ihrer Alltagskultur zur Folge. Bei diesen tiefreichenden zivilisationsgeschichtlichen Wandlungen griff die »kulturelle Modernisierung«⁵ von Formen der immateriellen und der materiellen Kultur ineinander:⁶ Die Wünsche nach der Erfüllung von ungebundenen Bedürfnissen⁷ der Individuen und die Vorstellungen von einem »modernen« Leben im »Wohlstand« richteten sich in ihrer Bildlichkeit auf die Aneignung der dinglichen Konsumobjekte. Diese bezogen sich auf die Gebrauchseigenschaften der Dinge ebenso wie auf ihre ästhetischen Erscheinungen, ihr Design, soweit dieses einer Vorstellung von Modernität zu entsprechen schien.

Im zeitgenössischen Verständnis war der Begriff »modern« jedoch meist mit der emphatischen Bedeutung von »Fortschritt« aufgeladen. Allerdings stand der innovativen Offenheit gegenüber dem »Neuen«, die nicht nur auf technischem Gebiet das publizierte Zeitbewußtsein dominierte,⁸ die Orientierung der überwiegenden Zahl der Konsumenten an konventionellen Geschmacksmustern gegenüber. Somit blieb für die 60er Jahre eine Spannung zwischen einer mentalen Orientierung an längerfristig tradierten Mustern der Alltagskultur und den kulturellen Brüchen charakteristisch. Ein aussagekräftiges Beispiel hierfür sind die Umdefinitionen der Zonen des weiblichen Körpers, für die ein unbedingter Zwang zur Verhüllung nicht länger galt. Dieser mentalitätsgeschichtliche Wandel der Einstellungen hatte erhebliche Reibungen zur Folge, die sich aus den Wahrnehmungen des gerade noch »Statthaften« und den kulturellen Mustern des »gewohnt Üblichen« ergaben. Die Unterschiede in den Wertvorstellungen wurden häufig von den Generationen der Jugendlichen und ihrer in den 30er Jahren aufgewachsenen Eltern repräsentiert. In einer gleitenden Transformation verschob sich die kulturelle Bedeutung des Bikinis ebenso wie die des Minikleids im Verlauf eines Jahrzehnts bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre von der provokativen Sensation zu einem gängigen Massenartikel des Kaufhauskonsums.

Für die breitere Bevölkerung vollzogen sich derartige strukturelle Wandlungen in der Alltagskultur vorbewußt, allmählich und graduell. Sie erlebte die Veränderungen der Wahrnehmungs- und Geschmacksmuster

5 Vgl. zur Definition Wolfgang Ruppert, *Der moderne Künstler. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1998, S. 33.

6 Bemerkungen zum Wechselbezug der immateriellen und materiellen Kultur in: *Um 1968. Die Repräsentation der Dinge*, hrsg. von Wolfgang Ruppert, Marburg 1998, S. 12 f.

7 Diskussion des Begriffs Bedürfnisse: David Sabean, *Die Produktion von Sinn beim Konsum der Dinge*, in: *Fahrrad, Auto, Fernsehschrank (wie Anm. 4)*, S. 37–51.

8 Vgl. grundsätzlich Boris Groys, *Über das Neue. Versuch einer Kulturökonomie*, München/Wien 1992.

in ihrer Lebenspraxis als eine scheinbar naturhafte Ausbreitung des Konsums. Dem standen unterschiedliche intellektuelle Ansätze zu einer kritischen Reflexion der Wirkungen des Konsums auf das Leben der Menschen gegenüber, die die Situation der Individuen in der Gesellschaft und die Suche nach Alternativen thematisierten. Dieser Beitrag beschränkt sich darauf, einige markante qualitative Tendenzen in der Entwicklung der materiellen Kultur, der Objektfelder des Konsums sowie der kommentierenden Analysen hierzu in diesem Zeitraum zu skizzieren.

I. Modernisierung des Konsums

Der Konsum expandierte in den 60er Jahren nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht.⁹ Grundlage hierfür war die Weiterführung der zivilisationsgeschichtlichen Entwicklungen, die gemeinhin mit dem Begriff der Rationalisierung der Lebenswelt¹⁰ beschrieben werden. Dies hatte sowohl die »Automatisierung« der Maschinen in der industriellen Arbeitswelt als auch die Mechanisierung¹¹ und die Elektrifizierung der häuslichen reproduzierenden Arbeiten zur Folge.¹²

In manchen Sektoren vollzog sich sowohl eine Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit der Geräte als auch eine Ausdifferenzierung der Gerätekultur, die in der Neuerfindung von Objekten ihren Ausdruck fand. Diese dienten teils der Minderung von körperlichen Belastungen, teils der Ausgestaltung des Komforts, wie dies beispielsweise bei den elektrischen Haushaltsgeräten der Fall war.¹³ Solche Objekte wurden allerdings längerfristig nur dann in das Ensemble der materiellen Kultur aufgenommen, wenn sie durch den Kauf und die Aneignung durch die Konsumenten als Konsumwaren in deren Lebenszusammenhang inte-

9 Becher (wie Anm. 3, S. 225) geht zwischen 1953 und 1986 von einer »nahezu kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards der privaten Haushalte« aus. Ein Überblick: Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt a. M./New York 1997.

10 Zur vielschichtigen Bedeutung dieses Begriffs bei Max Weber vgl. Detlev K. Peukert, *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen 1989, insbesondere auch das Kapitel »Paradoxien der Rationalisierung«, S. 83–91.

11 Dieser Begriff wurde erstmals empirisch verfolgt von Sigfried Giedion, *Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte*, Frankfurt a. M. 1982, S. 33ff.

12 Ebd., S. 595 ff.

13 Ebd., S. 63. In den USA kamen kleinere Geräte wie Ventilatoren, Bügeleisen, Toaster um 1910, der elektrische Staubsauger 1917, elektrische Kochherde 1930, der elektrische Kühlschrank 1932 erstmals auf den Markt. Vgl. Michael Wildt, *Am Beginn der Konsumgesellschaft. Mangelersparung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1994, S. 143ff.

griert werden konnten. In diesem Falle ermöglichten sie die Neugestaltung von Alltagspraktiken oder fanden als eine Bereicherung im Lebensgenuß Akzeptanz. Dies kann man beispielhaft an einem Objekt wie dem »Toaster« nachvollziehen, der sich im Zuge des kulturellen Transfers der »Amerikanisierung« in den 50er Jahren als ein Objekt der üblichen industriellen Massenkultur auch auf dem deutschen Markt ausbreitete und in den 60er Jahren in der Eßkultur der Westdeutschen Normalität erlangte. Der Toaster war in seiner technischen Konstruktion so konzipiert, daß er das Rösten von Scheiben aus Kastenweißbrot ermöglichte, wodurch die bisher üblichen Formen des Genusses des Grundnahrungsmittels Brot ergänzt wurden. Der englischsprachige Name verweist auf die Übernahme dieses Gerätes und der damit verbundenen Nahrungsform aus dem »fremden« kulturellen Raum »des Westens«, womit zugleich – durch Öffnungen wie diese – die Hegemonie des in den 30er Jahren propagierten Leitbildes der »Säuberung« der deutschen Kultur von »ausländischen« Einflüssen konterkariert wurde.

Ein weiteres Gerät, das in den 60er Jahren schließlich zum selbstverständlichen Konsumstandard in den Haushalten avancierte, ist die Küchenmaschine. Sie erleichterte und beschleunigte solche Arbeiten, die nach dem konventionellen Muster der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung von der Hausfrau in der Küche bewältigt werden mußten. Mit dieser Zwecksetzung war die Konstruktion der Küchenmaschine dafür konzipiert, die anstrengenden Arbeiten des Zerkleinerns, Schlagens und Rührens zu übernehmen. Von diesem Handgerät wurden die bis dahin selbstverständlichen Praktiken verändert. Die mit der Muskelkraft und dem Werkzeug Rührlöffel zu bewegend Masse wurde nun durch einen Elektromotor in Bewegung gebracht.

Ein weiteres charakteristisches Beispiel einer derartigen Diversifikation in der Gerätekultur vollzog sich beim Fernsehapparat.¹⁴ Seit dem Start des Fernsehprogramms in der Bundesrepublik 1952 stieg das zum Empfang erforderliche Fernschmöbel in den bald selbstverständlichen Wunschhorizont der Konsumenten auf, so daß in der ersten Hälfte der 60er Jahre von einem normalisierten Einbezug dieser Geräte in die Wohnungsausstattungen ausgegangen werden kann. In den ersten Jahren war noch der Einbau eines Fernsehempfangsteils in ein Radiogerät möglich gewesen. Nach kurzer Zeit setzte sich jedoch das Empfangsgerät als selbständiges Möbel durch, und es kam bald ein mobiles Fernsehgerät hinzu,¹⁵ das vor allem die zusätzliche außerhäusliche Teilhabe am Fernsehprogramm ermöglichte

14 Ein Überblick: Knut Hickethier, *Der Fernseher. Zwischen Teilhabe und Medienkonsum*, in: *Fahrrad, Auto, Fernsehschrank* (wie Anm. 4), S. 162–187.

15 Susanne Tippach-Schneider, *Der Blick in die Ferne. Über das Fernsehgerät in der DDR in vergleichender Perspektive*, in: *Um 1968* (wie Anm. 6), S. 119.

oder auch als Zweitgerät im Haus zur Individualisierung des Fernsehkonsums innerhalb der Familie beitrug.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Erweiterung des Ensembles von Konsumobjekten in den 50er und 60er Jahren bestand in der Verfügbarkeit des weiterentwickelten Werkstoffes Kunststoff.¹⁶ Neben Holz und Metall traten damit von der Natur abweichende Materialien der Plastikwelten deutlicher im Erscheinungsbild der Alltagskultur hervor, die häufig durch intensive und vielschattierte Farben charakterisiert waren. Beispielsweise hatte der Kunststoff Resopal bereits seit den 50er Jahren als ein häufig verwendeter Werkstoff bei der Gestaltung von Oberflächen, für Tischplatten und in der Möbelgestaltung Akzeptanz gefunden. Gerade die überwiegend in Grautönen variierenden Farben dieses Werkstoffes entsprachen einer Vorstellung von moderner Funktionalität. Mit dieser Aufladung als Markierung des »Zeitgemäßen« verband sich die kulturelle Bedeutung einer Anmutung von Hygiene, Sauberkeit und unempfindlicher Praktikabilität.¹⁷

Zugleich setzte sich mit dem steigenden Warenangebot in den 60er Jahren die Tendenz zur »Wegwerfgesellschaft« zunehmend durch.¹⁸ Die Hersteller von Objekten der industriellen Massenkultur waren an der Expansion ihres Marktes interessiert und suchten bei einer drohenden Sättigung nach Konzepten, die einen beschleunigten Objektumlauf stimulierten. Damit verschob sich das Interesse der Produzenten von der die Wertbegriffe bis dahin beherrschenden Orientierung an guten handwerklichen Standards mit langer Haltbarkeit hin zu einer Produktion, die die Absatzchancen durch einen schnelleren Verschleiß und daher notwendige Neuananschaffungen erweiterte. Auch die Beziehung der Menschen zu den Dingen veränderte sich.¹⁹ War die in der Gesellschaft tradierte Konvention des Umgangs mit einem Ding bis dahin auf einen lebenslangen Gebrauch angelegt gewesen, wie beispielsweise beim Sofa, so verkürzte sich nun der mit dem dinglichen Objekt verbundene Zeitbegriff auf den vernutzenden Verbrauch.

Ein illustratives Beispiel hierzu aus dem Gegenstandsfeld der industriellen Massenkultur ist die Veränderung im Entwurf von Feuerzeugen zu einem Wegwerfartikel.²⁰ Dieses Gebrauchsobjekt war bis dahin in einer komplexen Konstruktion als eine kleine Maschine aus 50 bis 60 Metallteilen zusammengesetzt worden. Zugleich hatten zahlreiche Varianten der

16 Vgl. Sabine Weißler, *Plastikwelten*, Berlin 1985.

17 Friedrich Wolfram Heubach, *Das bedingte Leben. Entwurf zu einer Theorie der psychologischen Gegenständlichkeit der Dinge*, München 1987, S. 127.

18 Ex und hopp. *Das Prinzip Wegwerf*, hrsg. im Auftrag des Deutschen Werkbundes von Ot Hoffmann, Gießen 1989.

19 Vgl. Wolfgang Ruppert, *Zur Kulturgeschichte* (wie Anm. 4), S. 27 f.

20 Gui Bonsiepe, *Taschenfeuerzeug*, in: *Form III* (1966), S. 41–45.

ästhetischen Gestaltung ihm den Charakter eines symbolischen Repräsentationsobjektes verliehen. 1965 ermöglichte der Einbezug von Kunststoff eine radikale Neufassung des Objektbegriffes. Nunmehr wurde der Metallkopf mit Reibrad und Feuerstein auf einen als Stab gestalteten Behälter für die Brennflüssigkeit aus Plastik gesetzt. Analog zur Streichholzschachtel konnte das materiell nahezu wertlose Objekt nach seiner Entleerung weggeworfen werden.

Da die Optimierung der Technik im Epochenbewußtsein der Menschen einen hohen Stellenwert einnahm, wurde der Versachlichung eine hohe Aussagekraft als ein Charakteristikum der Zeit zugesprochen. Dementsprechend sollte diese in einer adäquaten ästhetischen Gestaltung der Form der Objekte repräsentiert werden. So ist zu erklären, daß sich unter den im Zeitgeschmack konkurrierenden Auffassungen von einem »zeitgemäßen Design« eine als »modern« verstandene Form der strengen Sachlichkeit durchsetzte. Die ästhetischen Erscheinungsbilder sollten zu einer neuen Klarheit der Wahrnehmung beitragen. Diese auf die »modern« eingestellte Minderheit unter den Konsumenten zielende Ästhetik setzte sich von den im Massenkonsum weiterhin dominierenden Schmuckformen der Goldzierleisten oder des »Gelsenkirchener Barock« bei Einrichtungsmöbeln ab.

II. Objektfelder des Konsums

Grundsätzlich ist daher zwischen den Objekten der industriellen Massenkultur und denen eines dezidiert distinktiven Geschmacks zu unterscheiden,²¹ der sich auf exponierte ästhetische Formen bezog, wenngleich sich in den meisten Konsumsparten, so beim Auto, der Wohnungsausstattung oder der Mode, bedeutsame Überschneidungen feststellen lassen. Die Dinge der industriellen Massenkultur wurden auf ihre Gebrauchswerte und den Massengeschmack hin produziert, während die Objekte der zweiten Kategorie einer besonderen ästhetischen Form folgten, die sich von der zumeist veralltäglichten »Normalität« der ersteren abhob.

Wie ist es zu erklären, daß das Auto in den 60er Jahren zu einem der begehrtesten Objekte der Aneignungswünsche avancierte? Der langfristige Vorgang der Massenmotorisierung hatte bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einen weiteren Schub erfahren, der sich in den 60er Jahren in einer Form des Massenkonsums fortsetzte.²² Dies fand einen eindrucksvollen

21 Zum Problem allgemein: Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a. M. 1982.

22 Zusammenfassend: Wolfgang Ruppert, *Das Auto. »Herrschaft über Raum und Zeit«*, in: *Fahrrad, Auto, Fernsehschrank* (wie Anm. 4), S. 119–161.

vollen Niederschlag in der Statistik. 1959 besaßen von 1000 Einwohnern in der Bundesrepublik 69 und in der DDR 8 einen eigenen PKW, 1969 waren es 207 in der Bundesrepublik und 54 in der DDR.²³

Zwei Ebenen, die sich überlagerten, waren für die Attraktivität des Autos ausschlaggebend: die seines Gebrauchswertes und die der symbolischen Repräsentation. Sein Gebrauchswert bestand in der Steigerung der Mobilität des Individuums, in der »Herrschaft über Raum und Zeit«.²⁴ Die Nutzung des Autos beschleunigte die Bewegung im Raum und verdichtete damit zugleich die Erlebnisfolge, die der Autofahrer mit seiner Herrschaft über die Geschwindigkeit selbst bestimmen konnte. Dieses Handlungspotential, das dem Objekt bereits in seine Konstruktion eingeschrieben war, erklärt den Siegeszug, den das Auto seit seiner »Erfindung« 1886 über das ganze 20. Jahrhundert hinweg vollzog.

Doch neben den Vorzügen dieses Dings für die Lebensgestaltung des Individuums ist mit seiner Erscheinungsform eine zweite Ebene verbunden, und zwar die der symbolischen Repräsentation in der Öffentlichkeit. Da das Auto einerseits ein signifikanter Ausdruck für die Funktionsfähigkeit der epochentypischen Technik und deren fortwährender Innovation blieb, wurde die bloße Teilhabe an der Nutzung des Autos zugleich zu einem Symbol der Teilhabe an der Modernität der Objektkultur. Dies hatte bereits in den 50er Jahren selbst dem Kauf eines Kleinwagens eine hohe Attraktivität verliehen, die in den 60er Jahren nicht völlig verblaßte und sich beispielsweise mit Modellen wie dem Fiat 500 bei Autofahrern mit kleinem Einkommen verfestigte. Darüber hinaus bestimmte jedoch die symbolische Form der Repräsentation der sozialen Differenz in den 60er Jahren die Muster der Autokultur. Bereits seit den ersten Autogenerationen um 1900 hatten derartige distinktive Formen und exquisite Ausstattungen zur Prägnanz des Fahrzeugs und des gesellschaftlichen Ansehens seines Fahrers beigetragen.²⁵

In dem Maße, wie das Auto nun als ein Massenprodukt die Straßen füllte, gewann dessen exquisite Form als ein Medium der sozialen Abgrenzung und der Individualisierung für das Besitzbürgertum an Bedeutung. Die hochwertigen Autos von Mercedes, von BMW oder der Opel Kapitän wurden als Objekte des demonstrativen Konsums der Oberschicht mit »Extras« ausgestattet und dementsprechend wahrgenommen. Ihnen stand der VW Käfer als ein in den 30er Jahren auf hohe Serienfertigung konzipiertes Massenprodukt gegenüber, das Ende der 40er Jahre tat-

23 Aufstellung bei Hartmut Kaelble, Europäische Besonderheiten des Massenkonsums 1950–1990, in: Europäische Konsumgeschichte (wie Anm. 2), S. 169–203, hier: S. 197.

24 Fahrrad, Auto, Fernsehschrank (wie Anm. 4), S. 120f. und 138f.

25 Ebd., S. 151 ff.

sächlich auf den westdeutschen Straßen eingeführt und in den 60er Jahren bereits als eine Legende der Verlässlichkeit kommuniziert wurde.

Seit Ende der 50er Jahre gewannen zudem solche Mittelschichtenautos in der Bundesrepublik an Bedeutung, die der mit den Einkommenszuwächsen breiterer Arbeitnehmerschichten verbundenen sozialen Aufstiegsmobilität eine dingliche Repräsentation geben konnten. Mit diesem sozialgeschichtlichen Prozeß verdichtete sich ein Bedürfnis, sich auch in einer symbolischen Form von der scheinbaren Uniformität »der Masse« abzuheben, die zunehmend mit eingeführten seriellen Massenprodukten, wie dem VW Käfer, assoziiert wurde. In den 50er Jahren hatte beispielsweise der Opel Rekord diese explizite Bedeutung der Repräsentation der »besserverdienenden« Mittelschichten eingenommen. In den frühen 60er Jahren trat der Opel Kadett als neues Einstiegsfahrzeug dieses Herstellers hinzu.

Bereits Ende der 20er Jahre hatte der sogenannte »Sloanismus«, ein Konzept der inneren Differenzierung der Produktpalette der Firma Opel, für den amerikanischen Markt an Plausibilität gewonnen.²⁶ Der Käufer konnte sich einen Ort in einer symbolischen Hierarchie der Dinge kaufen, der seinem Selbstwertgefühl und seinen finanziellen Ressourcen entsprach. Im Zuge der sozialgeschichtlichen Ausdifferenzierungen der Angestellten- oder Facharbeiterberufe fand diese Produktpolitik der bewußten Distinktion über die Ausstattung und Form der Autos auch in der Bundesrepublik durch die Herstellerfirmen Anwendung.

Mit dieser stärkeren Aufladung des Autos mit Statuswerten erhielten andererseits die Kleinwagen der 50er Jahre von ihren Größen und Formen her in den 60er Jahren die Bedeutung eines bloßen Notbehelfs, im Sinne eines »fahrbaren Untersatzes«, zugewiesen: BMW Isetta, Heinkel Kabinenroller, Lloyd Alexander und andere blieben zwar noch auf den Straßen der Bundesrepublik präsent, sie galten jedoch zunehmend als Vehikel einer allmählich vergehenden Zeit des Übergangs.

Ein vergleichender Blick auf die Entwicklung in der DDR bietet einen interessanten Kontrast, der gegenläufige kulturelle Wertsetzungen bei der Konzeption von Objekten veranschaulicht.²⁷ Die Vision einer zukünftigen »sozialistischen Lebensweise«, die auf mehr sozialer Gleichheit beruhen sollte, schien die Bedeutung der sozialen Distinktion obsolet zu machen. Daher konzentrierte sich die Produktpolitik in der DDR auf zwei Modelle mit verschiedenen Varianten, auf den Trabant von 1957 und den

²⁶ Ebd., S. 136.

²⁷ Wolfgang Ruppert, *Der verblässende Reiz der Dinge. Die Produktion von Bedeutung als Teilschicht der Objektgeschichte in der industriellen Massenkultur, in: Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektkultur und ihre Musealisierung*, hrsg. von Gerd Kuhn u. Andreas Ludwig, Hamburg 1997, S. 220.

Wartburg von 1962. Diese Fahrzeuge wurden für einen langfristigen Gebrauch mit lediglich leichten technischen und gestalterischen Veränderungen jahrzehntelang bis zum Ende der DDR produziert.

Ein weiteres Feld, auf das sich die Konsumwünsche richteten, war die Möblierung des Wohnraumes. Die Wohnungsbaupolitik der Bundesrepublik hatte zu steigenden durchschnittlichen Wohnungsgrößen beigetragen und die Tendenz zur Individualisierung der Raumorganisation befördert.²⁸ Dies eröffnete Spielräume für die Aufteilung des verfügbaren Platzes an die Familienmitglieder, so daß ein eigenes Zimmer zunehmend auch für die Kinder der Mittel- und Unterschichten vorgesehen werden konnte. Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit bei einer breiteren Bevölkerung noch die Erfüllung der unmittelbaren Gebrauchswertbedürfnisse des Sitzens, Schlafens oder Essens im Vordergrund der einzelnen Zukäufe gestanden hatten, traten nun die Prestigewerte der Statussteigerung durch den repräsentativen Konsum von Möbeln hinzu. Der Kauf eines neuen Wohn-, Schlaf- oder Kinderzimmers oder aber einer neuen Küche symbolisierte finanziellen Wohlstand und den Gestus, durch eigene Arbeit »vorangekommen zu sein«. Die verbreitetste Form der Möblierung blieb allerdings die Durchmischung der Einrichtungen mit Möbeln aus unterschiedlicher zeitlicher Provenienz. In dieser Weise stand die Ergänzung der bereits vorhandenen Einrichtung durch einen Musikschrank, ein Sideboard, auf dem der neue Fernseher Platz finden konnte, oder eine neue Couch mit Sessel und Couchtisch der völligen Neueinrichtung beim Neubezug einer Wohnung gegenüber.

Die epochentypischen Muster des Zeitbewußtseins der 60er Jahre fanden auch bei den Möbeln in einer spezifischen ästhetischen Form einen Ausdruck, der als Versachlichung bezeichnet werden kann: Die Klarheit des konstruktiven Aufbaus sowie die Geradlinigkeit der Linienführung bei Kanten und Flächen waren Geschmacksmuster, die mit Modernität codiert wurden. Damit setzte sich auch im Massenkonsum eine Formensprache durch, wenn auch in einer etwas anderen Weise, die in den 50er Jahren noch als ein spezifisches Zeichen für eine Experimentierstätte der kulturellen Moderne, für die Ulmer Hochschule für Gestaltung, gegolten hatte.²⁹ Der »rechte Winkel« von Ulm war zuerst Ausdruck einer Programmatik der radikalen Sachlichkeit gewesen, die die Konstruktion von Objekten auf ihren Zweck ausrichtete und den Verzicht auf »überflüssiges« Ornament oder eine verselbständigte ästhetische Form erklärt hatte. Die Ästhetik dieser Objektkultur propagierte statt dessen eine Erschei-

28 Vgl. Adelheid von Saldern, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995, S. 296.

29 Vgl. Wolfgang Ruppert, *Ulm ist tot. Es lebe Ulm! Rückblick auf die Hochschule für Gestaltung*, in: *Kursbuch 106*, 1991, S. 119–140.

nungsweise der Dinge, die die Zeichen von ihrem Informationswert ableitete und die Form aus der Funktion begründete. In der Theorie des »Funktionalismus« sollte die Form das Ding vor allem in seiner Bedeutung für den Gebrauch kenntlich machen.

Die Utopie dieses Denkansatzes war im Rahmen des Fortschrittskonzeptes der Moderne auf eine verbesserte Lebenswelt, auf die Langlebigkeit sowie eine optimale Verwendbarkeit der gestalteten Objekte gerichtet. In den 60er Jahren entsprach diesem Konzept beispielsweise der Dia-Projektor »Kodak Carousel S« (Entwurf Hans Gugelot), der 1963 von der Firma Braun auf den Markt gebracht wurde. Dieser Hersteller nahm die Entwurfstätigkeit der Ulmer Gestalter in besonderer Weise in die Produktpalette seiner Elektrogeräte auf: Ein Gerät wie der Elektrorasierer Sixtant SM 31 (Entwurf Gerd Alfred Müller und Hans Gugelot, 1962) errang einen großen Marktanteil. Die Phono- und Radiogeräte blieben in den 50er Jahren, als Einzelstücke oder auch in die Gerätekombination eines Musikschanks integriert, zunächst an den üblichen Geschmacksmustern orientiert. Ebenfalls 1962 brachte die Firma Braun jedoch ein neuartig strukturiertes Geräteensemble auf den deutschen Markt, eine Stereoanlage, die als ein Ausdruck der Steigerung und Intensivierung des Hörerlebnisses erklärt werden kann. Sie beließ die technischen Einzelgeräte, wie Lautsprecher, Verstärker, Plattenspieler, Tonband, sichtbar und als Bausteine austauschbar.³⁰ Bis dahin galt als übliche Geschmackskonvention, daß Technik generell nicht in das Wohnzimmer passe und diese daher in einem Möbelgehäuse versteckt werden müsse, wie dies beispielsweise beim Nähmaschinenmöbel oder für den Musikschrank gegolten hatte. An dieser Neukonzeption der Stereoanlage wurden die Ulmer Grundsätze der Ästhetisierung von Funktionen realisiert, und auch die Farbgebung entsprach mit einem hellen Grauton dem ästhetischen Anspruch von Sachlichkeit.

Unverkennbar zielte dieses Konsumgerät auf den »modernen« Geschmack jener Minderheit im Bürgertum, die sich nicht nur technische Qualität leisten konnte, sondern sich zugleich in ihren ästhetischen Wahrnehmungsmustern gegenüber der Bevölkerungsmehrheit distinktiv absetzte. Die Wertigkeit des Besonderen dieses Gerätes wurde zudem durch die Preise der Firma Braun gestützt, die sich im oberen Preissegment des Warenspektrums bewegten.

Neben den auf Gebrauchswerte hin entworfenen und im Massenkonsum gängigen Objekten entstanden in den 60er Jahren auch Objekte, die ein vielschichtiges Profil der ästhetischen Moderne veranschaulichten. Hierzu zählen solche Entwürfe, die zunächst als Pionierarbeiten von ein-

30 Stefan Gauß, Das Erlebnis des Hörens. Die Stereoanlage als kulturelle Erfahrung, in: Um 1968 (wie Anm. 6), S. 76.

zelen Designern konzipiert und erst später von einem Hersteller auf den Markt gebracht wurden. Ein Beispiel für diese verzögerte Zugänglichkeit sind Stühle des dänischen Gestalters Verner Panton. Dieser hatte bereits 1960 einen freischwingenden Stuhl ganz aus Plastik entworfen, der aber erst 1967, nun in eine breitere Entwicklung eingebettet, in Produktion ging.³¹ Der Kontext hatte sich in der Zwischenzeit dahingehend verändert, daß dem Zeitgeist der späteren 60er Jahre auch bei Produktkonzepten ein Mut zu »revolutionären« Veränderungen zu entsprechen schien. Allerdings hob sich diese Ebene des exquisiten Designs, das auf eine dezidierte ästhetische Form zielte, weiterhin vom Markt des Massenkonsums ab. Die Rezeption der Objekte setzte einen Konsumenten voraus, der einen besonderen Geschmack mit der Urteilskraft als aneignendes Individuum verband und, vor dem Hintergrund seines »kulturellen Kapitals«, die künstlerische Form als ein Symbol der Distinktion gegenüber den »üblichen« Objekten als bereichernd wahrzunehmen in der Lage war.³²

Die herstellenden Firmen trugen bei derartigen Produkten ein höheres unternehmerisches Risiko, da deren Erfolg nicht im voraus kalkulierbar war. Während der Entwerfer bei üblichen Seriegütern für den Konsum hinter dem Herstellernamen zurücktrat und den Nutzern in der Regel unbekannt blieb, trat der Gestalter in diesem Bereich des besonderen Entwurfs dezidiert als künstlerischer Akteur auf. Dies setzte gegenüber der berufsüblichen Tätigkeit von Industriedesignern, sei es als Freiberufler oder als Angestellte, einen größeren Spielraum für norm- und konventionensprengende Entwürfe voraus. In diesem Fall wurde die kreative Individualität des Entwerfers mit seinem Namen als Schöpfer dieses Objektes hervorgehoben, zumal seine Erfindungskraft sich in einer neuartigen ästhetischen Form objektiverte.³³ Dieser Entwerfer entsprach der Vorstellung vom modernen Künstler, wie sie in der Gesellschaft kommuniziert wurde. Die Zone des Marktes für die besondere Form wurde von Firmen wie Knoll International und anderen bedient.

Es bedurfte jedoch zusätzlich des zeittypischen mentalen Klimas »um 1968«, einer Aufbruchsstimmung aus den Konventionen des sozialen und kulturellen Lebens, damit zwei Sitzobjekten eine kulturtransformierende Symbolik zuwuchs. Sie waren jeweils von Dreiergruppen junger Entwerfer konzipiert worden.³⁴ So führte 1967 die Verwendung von farbigem

31 Barbara Mundt, *Produkt Design 1900–1990. Eine Einführung*, Berlin 1991, S. 184 f.

32 Bourdieu (wie Anm. 21), S. 405 ff.

33 Zur Repräsentation der Künstlerindividualität vgl. Ruppert, *Der moderne Künstler* (wie Anm. 5), S. 309 f.

34 Vgl. auch Mundt (wie Anm. 31), S. 194.

Kunststoff für einen aufblasbaren Sessel zur neuen Form eines weichen, transportablen Möbels, wengleich dessen materielle Transparenz eher an Badeutensilien wie einen Schwimmring erinnerte. Dieser Sessel »Blow« entsprach in seiner Form einem Clubsessel, welche ihm das Gewicht des Majestätischen verlieh, wengleich die Beweglichkeit und Durchsichtigkeit dieses Sitzes in einen verfremdenden Gegensatz zu dessen Tradition eines herrschaftlichen Mobiliars trat. Verschiedentlich wurde dieser Widerspruch auch als ein signifikantes Beispiel der Pop-Art benannt.

Aus dem Zeitgeist des Jahres 1968 entstand ferner ein Sitzsack, der »Sacco«, als ein neuartiges Objekt ohne stabilisierenden Rahmen. Es schrieb dem Sitzenden keine Haltung vor, wie dies bisher beim stabilen Stuhl, Sessel oder Thron der Fall gewesen war, sondern ließ freies Spiel für die jeweils individuellen Bedürfnisse und Bewegungsexperimente. Dieser in sich mobile Sack, gefüllt mit Kunststoffgranulat, sollte sich dem menschlichen Körper anpassen und somit ein in sich häufig variierendes Sitzen ermöglichen. Der italienische Hersteller Zanotta brachte dieses Sitzobjekt 1969 auf den Markt.

Ferner wurden gegen Ende der 60er Jahre von verschiedenen Gestaltern auch neuartige Liegelandchaften als Ausdruck der Gestaltung von konkreten Utopien entworfen.³⁵ Sie entnahmen die Vorstellungen hierzu den Bildern der technischen Science Fiction, wie sie mit der Verbreitung der Fernsehbilder von der Eroberung des Weltraumes und der ersten Begehung des Mondes durch einen Menschen Plausibilität angenommen hatten. Die Entgrenzung der Räume des Menschen und seiner überkommenen Gebrauchsstandards durch den technischen Fortschritt wirkte nun wiederum auf die Formung von neuen Geschmacksmustern und ihre zeitbezogenen Bedeutungen zurück.

Auch beim Modekonsum sind unterschiedliche Schichten zu beobachten.³⁶ Der breite Markt für Bekleidungsartikel orientierte sich an den symbolischen Formen eines traditionellen Frauenbildes, das in Schnittlängen und Farbgebung der Ausstattung von Konventionen der Weiblichkeit diente. Im Verlauf der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurden Formen der op-Art, gegen Ende auch großflächig-stilisierte Blumenmuster in das Dessin der Stoffe adaptiert. Sie wurden als Zeichen der Partizipation an den künstlerischen und kulturellen Entwicklungen wahrgenommen.

Daneben vollzogen sich in den 60er Jahren zwei markante Entwicklungen von dezidierter Aussagekraft für den kulturellen Wandel. Beide

35 '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt. Ausstellungskatalog Kunstmuseum Düsseldorf, Köln 1998, S. 72 f.; allgemein: Um 1968. Konkrete Utopien in Kunst und Gesellschaft, Köln 1990.

36 Allgemein: Die Listen der Mode, hrsg. von Silvia Bovenschen, Frankfurt a. M. 1986; Ingrid Loschek, Reclams Mode und Kostümlexikon, Stuttgart 1987.

stehen für die Umschreibung von Bedeutungen des weiblichen Körpers. Der Bikini und das Minikleid veranschaulichen, wie auch bis dahin tabuisierte und dem Blick entzogene Körperzonen nunmehr offen gezeigt werden konnten. Bei beiden Bekleidungsstücken führte die Entwicklung ihrer Codierungen, ausgehend vom Entwurf einzelner Gestalter, über eine erste subkulturelle Aneignung und ein zunächst mit Skandalen verbundenes Tragen in der Öffentlichkeit hin zu veralltäglichten Formen des akzeptierten Massenkonsums.

An beiden Bekleidungsstücken wird somit die Bedeutung des kulturellen Kontextes für die Akzeptanz von Objekten in der alltäglichen sozialen Kommunikation deutlich. Diese läßt sich in drei Phasen unterteilen: Zunächst wurde der »Bikini« 1946 als eine zweiteilige Badebekleidung, die den Bauch freiließ, auf einer Modenschau in Paris vorgestellt. Wenngleich diese Form bereits zuvor bekannt war, erschien dies im Zeitkontext als Tabubruch. Es dauerte bis in die 50er Jahre, daß dieses Bekleidungsstück in der Öffentlichkeit der Schwimmbäder getragen werden konnte, wenn auch mit der ambivalenten Wahrnehmung eines gegenüber dem konventionellen Badeanzug teilweise »nackten« Körpers. Erst mit der Öffnung dieser kulturellen Wahrnehmungsmuster und einer Liberalisierung der Normen trat im Verlauf der 60er Jahre eine Normalisierung ein. Bis Ende der 60er Jahre setzte sich diese Enttabuisierung des weiblichen Körpers mit dem Baden und Sonnen auch auf Liegewiesen von Parks, z. B. dem Englischen Garten in München, in der partiell unbedeckten Weise des »oben ohne« fort.

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich am Minikleid beobachten. Bereits 1958/59 stellte die englische Entwerferin Mary Quant eine Kollektion von Hängekleidern vor, bei denen die Saumlänge in den Bereich oberhalb des Knies verschoben war. Es zog sich jedoch bis zur Mitte der 60er Jahre hin, daß diese Rocklänge auch in der industriellen Massenfertigung in Deutschland akzeptiert wurde. Zunächst blieb der Minirock mit der Assoziation von Jugendlichkeit verbunden. Eine exponierte Form des Bruchs mit Konventionen war zudem die mit dem englischen Model Twiggy propagierte Kind-Mode, die als das Extrem einer gesteigerten Schlankheit der Silhouette Aufmerksamkeit auf sich zog.

III. Orte und Akteure des Konsums

Mit der Intensivierung des Konsums expandierten die Zonen des Warenaustausches in der Gesellschaft. In Deutschland wurden diese verdichteten Verkehrsbereiche weiterhin in den Innenstädten ausgebaut, wo sich schon seit dem 19. Jahrhundert in den Fachgeschäften und Kaufhäusern ein breiteres Warenangebot konzentriert hatte. Die Massenmotorisierung

und das Wachstum des Gütertransports zog Sachzwänge nach sich, die Konzepte zum Umbau der Städte als unausweichlich erscheinen ließen. Parkhäuser für Automobile galten als ein »zeitgemäßer« Ausdruck für eine urbane Entwicklungsdynamik der reibungslosen Beschleunigung, Ringautobahnen als ihre notwendige Fortschreibung in den Großstädten. Schließlich verschmolzen die Vorstellungen von »moderner« Cityarchitektur mit der Ausgestaltung der Konsumzonen und setzten das Leitbild der beschleunigten Zirkulation von Personen wie Gütern um.

Als ein neuartiger Ort des alltäglichen Einkaufs, der die Beziehung zwischen den Käufern und den Waren aus der Vermittlung durch die Person eines Verkäufers heraustreten ließ, gewann der Supermarkt an Attraktivität.³⁷ An amerikanischen Vorbildern orientiert und bereits seit den frühen 50er Jahren in Deutschland vereinzelt erprobt, etablierte sich diese Verkaufsform im Verlauf der 60er Jahre schließlich flächendeckend. Sie setzte sich nicht nur aufgrund eines verbreiterten Warenangebots, sondern insbesondere wegen der höheren betriebswirtschaftlichen Rationalität gegenüber den im Lebensmittelhandel bis dahin dominierenden »Tante-Emma«-Läden durch. Mit diesem Namen war die häufig persönliche Beziehung zwischen den Ladeninhabern und den Kunden zum Ausdruck gebracht worden, die nun von einer reinen Geld-Ware-Beziehung im Verkauf abgelöst wurde. Diese Veränderung ist als ein Vorgang der weiteren Versachlichung der Lebenswelt zu beschreiben.

Im Zuge des Wachstums des Güteraustausches erhielt die Werbung einen wachsenden Stellenwert. Sie zielte darauf, die Wünsche der Konsumenten zu erfassen, sie zu binden und auf die zu bewerbenden Waren zu lenken. Die Gestaltung einer attraktiven Bildlichkeit setzte einen Bezug zu den vorhandenen Erwartungen oder Alltagspraktiken voraus. Zusätzliche Plakatflächen boten Raum für die suggestive Inszenierung der Warenästhetik.³⁸ Dementsprechend wurden die Schaufenster in den urbanen Verkehrszonen ausgebaut.

Die Profession der »Werber« repräsentierte die speziellen Fachkompetenzen, die zur Produktion dieser zielorientierten Kommunikation mit den Medien der Grafik oder von Werbefilmen erforderlich waren. Ihre Phantasiearbeit knüpfte an den vorhandenen Wertvorstellungen an, visualisierte diese, schuf in Texten Zusammenhänge oder inszenierte im »Zeitgeist« bereits vorhandene Erlebnisformen in neuartiger Weise.

Diese Vermittlungsarbeit mit Bild und verbaler Sprache wurde konzeptionell im Laufe der 60er Jahre im Sinne nonverbaler Suggestion perfektioniert, wie dies an einigen Beispielen bis 1968 nachvollzogen werden

37 Wildt (wie Anm. 13), S. 179 f.

38 Eine Analyse aus der Beobachtung zeitgenössischer Entwicklungen bietet Wolfgang Fritz Haug, Kritik der Warenästhetik, Frankfurt a. M. 1971.

kann. Beispielsweise arbeitete ein Werbefilm für die Seife »Palmolive« aus dem Jahr 1963 mit üblichen Mustern im Geschlechterverhältnis, einem konventionellen Weiblichkeitsbild der Jugendlichkeit und ihrem männlichen Pendant. Dagegen näherte sich die Werbung der Firma Braun dem »sachlichen« Konzept einer Gebrauchsinformation. Deutlich abgesetzt hierzu bildeten um 1968 spezifische kulturelle Muster des Zeitkontextes den Hintergrund für eine neuartige Afri Cola-Werbung von Charles Wilp. Sie verband die im »Zeitgeist« liegende erweiterte Wahrnehmung des »Psychedelic« und die Assoziation einer ungebremsten erotischen Körperlichkeit mit dem Genuß des Getränks.

IV. Aufkommende Konsumkritik

Bereits 1965/66 erfuhr die optimistische Vorstellung eines immerwährenden Wachstums und der Einebnung der Klassenunterschiede in der bürgerlichen Gesellschaft zur »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Helmut Schelsky) mit einer ersten Wirtschaftskrise seit dem »Wirtschaftswunder« der späten 50er Jahre eine Erschütterung. Im Wettstreit der Systeme zwischen dem zur »sozialen Marktwirtschaft« entwickelten Kapitalismus der Bundesrepublik und dem »real existierenden Sozialismus« der DDR nahm der Konsum der Dinge zweifellos eine zentrale Bedeutung ein. Die produzierten Warenmengen und die Breite des Angebotes an die Konsumenten schienen eine Überlegenheit der Bundesrepublik gegenüber der DDR zu belegen. Die Reduzierung des Bewußtseins auf ein materielles Weltbild wurde jedoch von einem Teil der Intelligenz und der Studentenbewegung in Frage gestellt. Um den Konsum und seine Auswirkungen auf die Lebensführung entwickelte sich eine Systemdebatte. In diesem Kontext fiel dem Kaufhaus eine symbolische Aufladung zu.³⁹ Es erschien nicht nur den Konsumenten als der zentrale Ort der Warenauswahl und des -konsums, sondern es wurde gerade deswegen von radikalen Minderheiten in der Studentenbewegung als ein Aggressionsziel betrachtet.

Der Frankfurter Kaufhausbrand war daher nicht zufällig ein Keim des terroristischen Flügels der studentischen Rebellion gegen den »Spätkapitalismus«. Andreas Baader sowie Gudrun Ensslin hatten durch ihre Aktion mit dem Mittel von Brandanschlägen versucht, einen symbolischen Zusammenhang zwischen dem Konsum und dem mit Napalm gegen Menschen geführten Krieg der USA in Vietnam herzustellen. Es wurde schließlich darüber gestritten, ob eine derartige Vorgehensweise als eine

39 Explizit ausgeführt bei Ulrike Marie Meinhof in ihren Texten für Konkret im Spätherbst 1968; vgl. Peter Brückner, Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976.

symbolische Aktion politisch zulässig oder als Brandstiftung zu bewerten sei.

Auf einer theoretischen Ebene der Analyse von Wirkungen, die die fortschreitende Kommerzialisierung des modernen Lebens begleiteten, des Konsums von Gütern ebenso wie von Informationen, hatten insbesondere Autoren der »Frankfurter Schule« Aufmerksamkeit gefunden. Herbert Marcuse, der die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft beschrieben hatte, sah die »Präformierung« des Individuums als eine Bedingung und Folge der strukturierten Prozesse des Konsums von Waren.⁴⁰ Gegenüber dieser Form von »Manipulation« des Konsumenten trat die Vorstellung der »Emanzipation« des Individuums aus den »Sachzwängen« der Konsumgesellschaft in den Sinnhorizont von breiteren Teilen der Intelligenz der Bundesrepublik, ohne daß diese ihre Kritik an die breitere Bevölkerung vermitteln konnten.

⁴⁰ Vgl. meine Analyse zu Herbert Marcuse in: Um 1968 (wie Anm. 6), S. 18 f.

Hans-Joachim Manske

»Das Lachen der Beatles
gilt mehr als die Anerkennung
von Marcel Duchamp«¹ –
Zur Bildenden Kunst der 60er Jahre
in Deutschland

In der Bundesrepublik und in der DDR entstanden erst in den 60er Jahren Kunstzentren von internationaler Bedeutung. In Westdeutschland bildeten sich mit der Düsseldorfer Akademie, deren spiritus rector seit 1961 Joseph Beuys war, sowie Köln, wo seit 1967 der Internationale Kölner Kunstmarkt veranstaltet wurde, zwei Mittelpunkte der künstlerischen Szene. Sie bildeten wie Paris und New York ein Laboratorium, in denen Künstler aus aller Welt neue Konzeptionen und Handlungsstrategien erprobten und sich gegenseitig anregten. Zugleich entstanden Weltzentren des Handels mit Aktueller Kunst, die die internationale Anerkennung junger deutscher Künstlerinnen und Künstler nach 1945 förderten.² Das von Dieter Honisch beklagte »Fehlen einer überregionalen und nationalen Diskussionsebene« in den 50er Jahren wurde durch die Aktivitäten in Düsseldorf und Köln schnell überwunden.³

Als lebendige Kunstorte erwiesen sich neben dem Rheinland auch München und Berlin. An der Münchener Akademie entstand 1958 die Gruppe »Spur« (Lothar Fischer, Heimrad Prem, Josef Senft, Helmut

1 Joseph Beuys (1965), zit. nach: Walter Grasskamp, Schwierigkeiten mit Beuys, in: ders., Der lange Marsch durch die Illusionen, München 1995, S. 64–78, hier: S. 76.

2 Die Kataloge »Die 60er Jahre. Kölns Weg zur Kunstmetropole. Vom Happening zum Kunstmarkt«, Kölnischer Kunstverein, hrsg. von Wulf Herzogenrath u. Gabriele Lueg, Köln 1986 und »Brennpunkt Düsseldorf, 1962 – 1987«, Kunstmuseum Düsseldorf, Düsseldorf 1987 sind die bisher materialreichsten Dokumentationen über diese neuen »Weltzentren« der aktuellen Kunst.

3 Hans-Joachim Manske, »Anschlußsuche an die Moderne«: Bildende Kunst in Westdeutschland 1945 – 1960, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 563–582, hier: S. 574.

Sturm, Hans-Peter Zimmer), die sich zu einer »ästhetisch-politischen Kraft« (Hans M. Bachmayer) entwickelte. 1959 schloß sich die Gruppe der »Situationistischen Internationale« an. Durch ihr Manifest von 1958, Flugblätter und ihre Zeitschrift (1960/61) entstand ein von Ironie und Provokation geprägtes Aktionsfeld, das sich auch auf den öffentlichen Raum erstreckte und mit entsprechenden Reaktionen von Polizei und Justiz die Kunst programmgemäß in das Leben umschlagen ließ. Zur Gruppe »Spur« gehörte längere Zeit der spätere Kommunarde Dieter Kunzelmann, der seine Erfahrungen in die Polit-Happenings der 60er Jahre in West-Berlin eingehen ließ. Als eigene Gruppe ging aus der Situationistischen Internationale 1962/63 die in München von Kunzelmann mit gegründete »Subversive Aktion« hervor, der sich in West-Berlin Rudi Dutschke und Bernd Rabehl anschlossen.⁴

In West-Berlin machten die Maler Georg Baselitz und Eugen Schönebeck durch ihr erstes und zweites »Pandämonium« (1961 und 1962) auf sich aufmerksam. Beide Künstler kamen Mitte der 50er Jahre aus Ostdeutschland dorthin. Sie beriefen sich wie Markus Lüpertz, der 1964 die einflußreiche Berliner Künstlergruppe »Groß-Görschen« mitbegründete, in ihrer Malerei auf expressive Tendenzen in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts in Deutschland sowie in der amerikanischen und europäischen Nachkriegsmoderne. Die expressive Handschrift der genannten Künstler wandte sich gegen den propagierten »Sozialistischen Realismus« des Ostens sowie gegen die abstrakten informellen und tachistischen Strömungen des Westens.

Zur gleichen Zeit fand in Leipzig Bernhard Heisig ebenfalls zu einer expressiv ausgerichteten Malerei, die an Lovis Corinth und Max Beckmann anknüpfte. Heisig gehört wie Wolfgang Matheuer und Werner Tübke zu den wichtigsten älteren Vertretern der sogenannten »Leipziger Schule«, die in den 60er Jahren – zusammen mit Willi Sitte in Halle – am entschiedensten mit der stalinistischen Programmkunst und der »Betriebskunst« des »Bitterfelder Weges« in der DDR brach. Als traditionelle Zentren der Kunst in Ostdeutschland behaupteten sich Dresden, wo

4 Vgl. Hans-M. Bachmayer, Die »Spur« – zu Kunst, Gaudi und Politik, in: Aufbrüche. Manifeste, Manifestationen. Positionen in der Bildenden Kunst zu Beginn der 60er Jahre in Berlin, Kat., Düsseldorf und München 1984, S. 134–184, hier: S. 180 (Manifest der Gruppe »Spur«) u. 171–177 (erstes und zweites Pandämonium); Pia Dornacher, Zwischen Passion und Manifest: Die Gruppe Spur 1958 bis 1965, in: Deutschlandbilder. Martin-Gropius-Bau, Kat., Berlin 1997, S. 184–188; Rudi Dutschke, Aufrecht gehen. Eine fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981, S. 195 f.; Robert Ohrt, Phantom Avantgarde. Eine Geschichte der Situationistischen Internationale und der modernen Kunst, Hamburg 1997, S. 185–273; Leisten Sie keinen Widerstand! Dieter Kunzelmann. Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998, S. 18–37, 49 u. 56–58.

seit 1946 die Nationalen Kunstausstellungen der Aktuellen Kunst in der SBZ und dann der DDR stattfanden, und Ost-Berlin, wo die Ostdeutsche Akademie der Künste als Beratungsgremium von Partei und Staat, als Initiator von Ausstellungen und als Ausbildungsstätte von Meisterschülern eine dominante inhaltliche und kunstpolitische Stellung einnahm. Ihre wichtigsten Vertreter waren in den 60er Jahren Fritz Cremer, Wieland Förster und Werner Stötzer.⁵

I. ›Westkunst‹ – The making of a counter culture

Die Kunst der 60er Jahre gilt heute als »Sattelzeit« in den USA und Westeuropa, in den sozialistischen Staaten könnte man sie als eine Abkehr von den stalinistischen Kunstdoktrinen der 50er Jahre, speziell in der DDR, als eine allmähliche Revision von einem starren Realismusbegriff sehen.⁶

In den USA verlor die Nachkriegsmoderne ihren Ruf, eine echte Gegenkultur zu sein; junge Künstler sahen sie durch ihre Kanonisierung als »affirmative« hegemoniale Kultur des Westens (Andreas Huyssen) an, die ihre kritische Kraft verloren hatte. Deren Symbolfigur Clement Greenberg, der einflussreichste amerikanische Kritiker der 50er Jahre, definierte den Modernismus als eine radikal selbstreflexive ästhetische Position und ließ diese als einziger relevante künstlerische Äußerung gelten. Der Angriff gegen die Hochmoderne als Institution Kunst wurde im Namen einer ›Postmoderne‹ geführt, wobei das Präfix ›Post‹ in den Augen des Kritikers Leslie Fiedler als eine Versprechung auf eine ›post-männliche,

5 Zur expressiven Malerei von Schönebeck, Baselitz, Lüpertz und Heisig vgl. Fritz Jacobi, Die Beharrlichkeit des Vergessens, in: *Das 20. Jahrhundert. Ein Jahrhundert Kunst in Deutschland*, Kat., hrsg. von der Nationalgalerie Berlin, Berlin 1999, S. 170 – 178; Heinz Ohff, Ein Jahr Groß Görschen 35, in: *Stationen der Moderne*, Kat., hrsg. von der Berlinischen Galerie, Berlin 1989, S. 519–523. Zu den Kunstzentren Leipzig und Dresden vgl. Bernd Lindner, Verstellter, offener Blick. Eine Rezeptionsgeschichte Bildender Kunst im Osten Deutschlands 1945–1995, Köln u. a. 1998, S. 46–49; Uwe M. Schneede, Farbe und merkwürdiges Vorbild ins Land tragen – Entwicklung in der Kunst der DDR, in: *Zeitvergleich. Malerei und Grafik aus der DDR*, Kunstverein Hamburg, Kat., Hamburg 1984 (weitere Stationen Stuttgart, Düsseldorf, München, Nürnberg, Hannover); *Zwischen Diskussion und Disziplin. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost) 1945/50 bis 1993*, hrsg. von der Stiftung Archiv der Künste, in Zusammenarbeit mit Inge Jens, ausgewählt und kommentiert von Ulrich Dietzel u. Gudrun Geißler, Berlin 1997, S. 35.

6 Zum Begriff Sattelzeit vgl. Reinhart Koselleck, Richtlinien für das Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit, in: *Archiv für Begriffsgeschichte*, Bd. XI, 1967, S. 81–99, hier: S. 91. Zur gesellschaftlichen Entwicklung und dem »Bitterfelder Weg« in den 60er Jahren in der DDR vgl. Martin Damus, Malerei der DDR. Funktionen der Bildenden Kunst im Realen Sozialismus, Reinbek 1991, S. 183ff.

post-humanistische, post-puritanische Welt« zu verstehen war. Es entstanden neue und produktive Beziehungen zwischen hoher Kunst und gewissen Formen der Massenkultur – eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zu den künstlerischen Strategien der Hochmoderne in den 50er Jahren einerseits und zur Kunst der 70er Jahre andererseits. Andreas Huyssen definiert die 60er Jahre in den USA als eine Moderne, die sich auf frühe Konzepte der Avantgarde wie die Verschmelzung von Kunst und Leben berief, aus der heraus Kritik an der Institution Kunst zugleich gegen die sozialen und politischen Institutionen gerichtet war.⁷

II. Bilder malen nach Bildern (Fotos)

Die Kunst der 60er Jahre war nicht mehr von einem abstrakt und informell verstandenen Modernismus, der in den USA und Westeuropa als Weltsprache und als Metapher unbegrenzter künstlerischer und individueller politischer Freiheit gegolten hatte, geprägt, sondern von sehr pluralen Konzeptionen. Ihnen ist gemeinsam, daß das Ziel der klassischen Avantgarde hinterfragt und neu interpretiert wurde: der radikale Autonomieanspruch, der sich in Selbstbezüglichkeit und Gegenstandslosigkeit auf der einen und in der Formel »Kunst gleich Leben« auf der anderen Seite ausdrückte. Am radikalsten vollzog sich dies in der englischen und amerikanischen Kunst, die primär die Medienwelt und deren massenkulturelle Bildsprachen thematisierte. Die traditionelle Gleichsetzung von Kunst mit absoluter innovativer Formgebung wurde aufgehoben. Die Pop-Art bediente sich nicht neuer Formen, sondern entdeckte vorhandene. »All is pretty« lautet die Devise von Andy Warhol, dem konsequentesten Vertreter dieses künstlerischen Ansatzes. Die Jahrtausende alte Auseinandersetzung in der religiösen und profanen Kunst um die Bildwürdigkeit des Darzustellenden, die immer auch Ausdruck gesellschaftlicher Distinktion war, trat in ein neues Stadium. Die Idole des Films, des Fernsehens, der Comics und die Suggestivität der Werbung wurden zum Rohstoff der Kunst. Die Nobilitierung der banalen Bildwelten, die die ›Bewußtseinsindustrie‹ der Filmstudios und Werbebüros produzierten, galt vielen Künstlerinnen und Künstlern als gezielter Angriff auf die abgehobene »Höhenkammkultur« und als radikale Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Realitäten; jahrhundertlang war jegliches neue Sehen in der Kunst mit einem »Zurück zur Natur« begründet worden, jetzt legten das Künstliche und Kommerzielle eine neue

7 Andreas Huyssen, Postmoderne – eine amerikanische Internationale?, in: Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels, hrsg. von Andreas Huyssen u. Klaus R. Scherpe, Reinbek 1986, S. 17–22.

Sicht auf die Wirklichkeit frei. Das mechanische Auge sollte das menschliche ersetzen.

In diesem Sinne verstand sich Andy Warhol als eine Maschine. Die meisten seiner Werke besaßen seriellen Charakter, wobei der Siebdruck dominierte; auch seine Leinwandbilder waren nur bedruckt und zeigten keine Spur einer individuellen Handschrift. Er signierte nicht, sondern bediente sich eines Stempels oder ließ andere stempeln.

Der deutsche Maler Gerhard Richter, der zu den international bedeutendsten Künstlern des letzten Vierteljahrhunderts zählt, erhob nach seinem Wechsel von Dresden nach Düsseldorf 1961 das Abmalen von Fotos zu einer »Bildphilosophie«. 1964/65 faßte er diese pointiert zusammen: »Wissen Sie, was prima war? Zu merken, daß so eine blödsinnige, absurde Sache wie das Abmalen einer Postkarte ein Bild ergeben kann. Und dann die Freiheit, malen zu können, was Spaß macht. Hirsche, Flugzeuge, Könige, Sekretärinnen. Nichts mehr erfinden zu müssen, alles vergessen, was man unter Malerei versteht, Farbe, Komposition, Räumlichkeit und was man so alles wußte und dachte. Das war plötzlich nicht mehr Voraussetzung für Kunst. [...] Ich kopiere Fotos nicht mühselig und mit handwerklichem Aufwand, sondern entwickle eine rationelle Technik, die rationell ist, weil ich ähnlich wie eine Kamera male, und die so aussieht, weil ich die veränderte Art zu malen ausnütze, die durch die Fotografie entstand.«⁸ Aus dem »Rohstoff« ist so ein eigenständiges Kunstwerk geworden, in dem Fotomaterial aller Art, auch eigene Aufnahmen, zu einem zeitgeschichtlichen »Dokument« montiert sind – eine Möglichkeit des Notierens und Erinnerens in Bildern, die ebenso real wie fiktiv ist.⁹

Andy Warhol, der sein Werk und seine Person ausschließlich über Fotos definierte, besaß eine große Fotosammlung vornehmlich von Porträts der Hollywoodstars, die nicht nur seine Begeisterung für den Film von frühester Jugend an, sondern sein Interesse an medialen Darstellungen dokumentiert, die Menschen so formen, wie sie sich der Welt zeigen wollen. In Warhols Sammlung befanden sich auch alle Fotos, die er seit den 50er Jahren von sich hatte machen lassen, um ein den Stars der Traumfa-

8 Gerhard Richter. Text. Schriften und Interviews, hrsg. von Hans-Ulrich Obrist, Frankfurt a. M./Leipzig 1993, S. 28–29; Bazon Brock, Andy Warhol – endlich nichts als ein großer Maler, in: ders., Die RE-Dekade. Kunst und Kultur der 80er Jahre, München 1990, S. 295–298; vgl. auch Gerhard Richter. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III (Werkübersicht), Kat., Bonn 1993.

9 Gerhard Richter. Atlas, Kat., hrsg. von F. Jahn, München 1989; Thomas Otto, Enteignet Richter? Anmerkungen zu Gerhard Richters »Atlas« und seinem Zyklus »18. Oktober 1977«, in: Materialien zur documenta X. Ein Reader für Unterricht und Studium, hrsg. Werner Stehr u. Johannes Kirschenmann, Ostfildern-Ruit 1997, S. 97–100.

brik vergleichbares Image aufzubauen. Warhol schuf ein Bild des Menschen, in dem das Typische und Distinktive individuelle Merkmale zurückdrängt, um einen Mythos zu schaffen – allerdings einen Mythos, dessen wechselnde Erscheinungsbilder ihre ästhetisch-manipulativen Absichten ständig thematisieren. Von allen Pop-Art-Künstlern verfolgte Warhol seine Strategie, ausschließlich in Bildern nach kommerziellen Vorlagen zu denken bzw. solche zu schaffen, am konsequentesten. Film und Fotos waren für ihn gerade in ihrer »inszenierten Realität« und ihrem Anspruch auf Objektivität extrem bewußtseinsbildend in diesem Jahrhundert. Er verarbeitete sie nach eigenen Worten »absichtslos«, ihn interessierte nur die »Oberfläche«; Sinn und Bedeutung besaßen für ihn keine Dimension, weil allein die Manipulation die Essenz aller Bilderfabrikation ausmache und der Künstler nichts anderes tun müsse, um die Rituale des »social life« zu bestätigen und neu zu schaffen. »Ich weiß nicht, wo das Künstliche aufhört und das Reale beginnt«, sagte Warhol. An dieser »Nahtstelle« entstand seine Kunst, die ihn zum »Prince of Pop« und mit seiner Polaroid-Kamera zum »idealen Hofmaler« für eine internationale »Aristokratie« machte. »Andy Warhols Fotowelt trägt Züge eines Schlaraffenlandes: Speisen gibt es im Überfluß, vor allem Süßigkeiten, Torten, Candys. Elegante Dinner, Fun am Strand von Montauk, zerwühlte Betten in mondänen Hotels – Sex und Food. Katastrophen haben für den Maler, der mit den »Desasters« zu Beginn der 60er Jahre die Metaphern für den »Tod in Amerika« geschaffen hatte, in den späten 70er und 80er Jahren keinen Platz mehr in der Welt.«¹⁰

»The medium is the message« lautete die Losung von Marshall McLuhan. Seine Veröffentlichung »Understanding Media: The extension of man« war eine der Bibeln der jungen amerikanischen Künstlergeneration in den 60er Jahren.

III. »Alles ist Pop« und »Pop ist alles«¹¹

Die Pop-Art, die sich seit Mitte der 50er Jahre von London (Eduardo Paolozzi, Richard Hamilton, Peter Blake) und etwas später von New York (Andy Warhol, Claes Oldenbourg, Roy Lichtenstein) aus verbreitete, kann als Initiator und als Ausdruck eines zentralen Lebensgefühls in den USA und in Westeuropa gesehen werden. Die wichtigsten Künstler in London und New York hatten als Gebrauchsgrafiker, Designer und Plakatmaler gearbeitet und entwickelten aus dieser kommerziellen Spra-

¹⁰ Christoph Heinrich, Andy Warhol. Art-Director – Amateur-Künstler in: Andy Warhol. Photography. Hamburger Kunsthalle, Kat., Hamburg 1999, S. 11 u. 15.

¹¹ Tilman Osterwold, Pop-Art, Köln 1999, S. 227.

che Bilder, die zu Sachen, und Sachen, die zu Bildern werden (Tilman Osterwold). Der Amerikaner Billy Klüver nennt sie »Factualists«, die dahin tendierten, Gegenstände, Tatsachen, Zustände, Gefühle (»Happiness is a fact«) als »Facts« zu begreifen. Allen gemeinsam war ihre ironische Haltung zu diesen Fakten, verbunden mit einem ausgeprägten Realitätssinn und einer analytischen und reflexiven Konzeption. Tilman Osterwold sieht in der Tendenz, die Grenzen zwischen Kunst und Nichtkunst aufzulösen, und die nach innen gewandten Kriterien der Kunst in den 50er Jahren durch nach außen orientierte abzulösen, den Grund für die große, auch kommerzielle Resonanz. Er weist ebenso darauf hin, daß die Pop-Art eine konzeptionelle Kunst ist, für die das gleiche »Credo« »Du siehst was Du siehst« gilt, das der amerikanische Künstler Ed Reinhard für die Vertreter der zeitgleichen abstrakten minimalistischen Kunst formulierte, wodurch diese beiden sehr heterogenen künstlerischen Auffassungen sich in ihrem Realitätssinn und ihrer Tatsachenorientierung deutlich von dem abstrakten Expressionismus und dem Informel der Nachkriegszeit in den USA und in Westeuropa abheben.¹²

Die Vertreter der »Minimal Art« benutzten vorgefertigte Elemente aus der Industrie. Zu ihnen gehörten in den USA u. a. Robert Morris, Donald Judd, Dan Flavin, Carl André und der Engländer Anthony Caro. Die Kompositionsprinzipien der Minimal Art – Anonymität, Wiederholung und Gleichartigkeit – waren einem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet, der sich gegen die herrschende Ausstellungsideologie des Schönen und Wertvollen in den Galerien und Museen richtete. Carl André etwa sah in seinem Vorgehen einen gesellschaftskritischen Ansatz bzw. politischen Protest. Die Minimal-Art setzte wie die Pop-Art auf alltägliche Materialien, die nach Auffassung der Produzenten die »künstlerische Sprache des kleinen Mannes« in sich bargen.¹³

IV. It was twenty years ago today ... Covers der Beatles

Das erste Bild, das alle collagenhaften Merkmale der Pop-Art aufwies und einem Millionenpublikum bekannt wurde, war das Cover der Beatles-LP »Sergeant Pepper's Lonely Hearts Club Band« (1967). Der englische Grafiker und Maler Peter Blake, der seit den späten 50er Jahren u. a. durch Musikerporträts bekannt geworden ist, zeigt die Beatles nebeneinander als Wachspuppen und Lebende in den historischen Kostümen einer Blaskapelle im Kreise von Größen des Geistes, des Films und der Musik. Alle

¹² Ebd., S. 226.

¹³ Thomas Crow, *Die Kunst der 60er Jahre. Von der Pop-Art zu Yves Klein und Joseph Beuys*, Köln 1997, S. 142 f.

zeitgenössischen Register der aktuellen Verfremdung und Ironisierung sind eingesetzt – ein Jahr, nachdem die Beatles in San Francisco ihren letzten öffentlichen Auftritt hatten, waren sie bereits im Pantheon angekommen. Marx und Einstein, Gandhi und der Guru Sri Lahiri Mahasaya, Marlene Dietrich und Marilyn Monroe, Johnny Weismüller und Boxweltmeister Sonny Liston, George Bernhard Shaw und der Schriftsteller und ›Drogenguru‹ William Burroughs – ein Historienbild, das in der Tradition von Werken wie der »Nachtwache« (Schützengilde) von Rembrandt zu sehen ist, jedoch in seiner Mischung von Entauratisierung und Neu-Auratisierung einen scharfen Bruch in der Ikonografie von Personendarstellungen zeigt. Die visuelle Strategie war zukunftsweisend, inklusive des Wechsels von Farb- und Schwarzweiß-Fotografie und der selektiven Wahrnehmungs- und Erinnerungsmuster.

In den 60er Jahren gab es keine Pop-Platte, in der die neodadaistischen Montagetechniken in Bild, Ton und Texten in einem vergleichbaren ›Pop-Art-Continuum‹ zum Ausdruck kam. Diese Verzahnung von Culture und Counterculture, rückblickend als die Geburtsstunde neuer und noch aggressiverer Vermarktungsstrategien erkennbar, war für Künstler wie den Engländer Richard Hamilton in jener Zeit ein »grundsätzliches Glaubensbekenntnis für die sich verändernden gesellschaftlichen Werte«¹⁴. Ursprünglich sollte auf dem Cover von ›Sergeant Pepper‹ auch eine Figur Adolf Hitlers erscheinen.¹⁵ Eine solche Provokation, einer momentanen Verärgerung von John Lennon über amerikanische Reaktionen auf eines seiner Interviews entspringend, wäre in der weltweiten Kulturindustrie um 1967 eine Ausnahme gewesen; die »Reanimation« von rechtsradikalen Parolen und Bildern avancierte erst später zum festen Bestandteil der »Pop-Musik«.

Schon 1961 bemerkte Richard Hamilton zur Pop-Art: »Daß Affirmation als Avantgarde-Ästhetik vorgebracht wird, ist selten.«¹⁶ Er hielt diese Einstellung für notwendig, damit sich die Bildende Kunst neben der Massenkultur behaupten konnte. Er selber hatte mit seiner Collage »Just what is it that makes today's homes so different, so appealing?« 1956 die Vorstellung ironisiert, der Erwerb von typischen Wegwerfartikeln der Konsumgesellschaft bzw. die Identifizierung mit den von der Werbung suggerierten Wünschen könne den Lebensalltag tatsächlich prägen; zum ersten Mal erschien an zentraler Stelle auf einem Bild das Wort Pop. Hamilton

14 Dieter Schwarz, *Exteriors, Interiors, Objekts, People*, in Richard Hamilton, Kestner-Gesellschaft, Kat., Hannover 1990, S. 15.

15 Vgl. den Text von Peter Blake in dem Begleitheft zur Disc von Sergeant Pepper's 1987 bei EMI Records Ltd. Dort sind auch namentlich alle Personen auf dem Cover genannt.

16 Schwarz (wie Anm. 14), S. 15.

vermischte wie Warhol »perfekte Bildklischees mit ironisch reflektierenden, künstlerischen Ebenen«¹⁷. Hamilton, der gute persönliche Beziehungen zu den Beatles und den Rolling Stones unterhielt, schuf 1968 das Cover für das »White Album« der Beatles, das aus weißem Karton mit den reliefhaft erhabenen Blockbuchstaben THE BEATLES bestand.

Die konzeptionelle und gestalterische Differenz zwischen dem Cover von Peter Blake und dem von Richard Hamilton erklärt sich aus der intensiven Beschäftigung Hamiltons mit dem Werk von Marcel Duchamp, der mit seinen um 1910 im Zusammenhang mit dem Dadaismus entstandenen ready-mades (u. a. Flaschenständer, Urinoir), die er in unjuriierten Ausstellungen in New York zeigte, der erste und einflußreichste Vertreter einer dadaistischen und konzeptuellen Anti-Kunst des Jahrhunderts gewesen war. 1941 schuf er ein tragbares Miniaturmuseum, die grüne Schachtel (*Boîte-en-valise*), das alle seine früheren Werke als verkleinerte Musterkollektion enthielt. Sieben Jahre lang edierte Hamilton ein 1934 in der grünen Schachtel deponiertes Manuskript Duchamps zu seinem Werk des »Großen Glases« (1915–1923), das den offenen Kunstbegriff, sowie ihn Duchamp verstand, konstituierte.

Vor allem die von Hamilton initiierte erste große Ausstellung in der Tate Gallery in London 1966 und die erste amerikanische Retrospektive drei Jahre zuvor im Pasadena Museum of Art, die u. a. Andy Warhol besuchte, machten Marcel Duchamp in kürzester Zeit allen jüngeren Künstlerinnen und Künstlern in Westeuropa und den USA bekannt. Er wurde durch seine Werke, aber noch mehr durch die konzeptuelle, alle Traditionsformen, die Institutionen und den Begriff Kunst negierende Position zur einflußreichsten Künstlerpersönlichkeit der Nachkriegsmoderne nach 1960 – eine Position, die zuvor Picasso für sich hatte beanspruchen können. Nachdem Duchamp in den 60er Jahren in kürzester Zeit aus fast vollständiger Vergessenheit gerissen und zu einer weltbekannten Person geworden war, spielte er seine Rolle als »Künstler ohne Kunst« souverän weiter. Seine provokativ zur Schau gestellte Indifferenz (»Es gibt keine Lösung, weil es keine Probleme gibt«), vor allem aber sein Schweigen veranlaßte Joseph Beuys 1964 zu seiner Aktion »Das Schweigen von Duchamp wird überbewertet«.¹⁸

17 Osterwold (wie Anm. 11), S. 211.

18 Vgl. Crow (wie Anm. 13), S. 80–82; Calvin Thomkins, Marcel Duchamp, München, Wien 1999; Uwe M. Schneede, Joseph Beuys. Die Aktionen, Stuttgart 1994, S. 80–82; Christoph Gremmer u. Michael Brix, »Hiermit trete ich aus der Kunst aus«. Beuys' Abrechnung mit der Moderne und seine Perspektive einer Nachmoderne, in: Beuys und Leonardo, Kat., Pathos Werkstatt Kunst und Medien, hrsg. von Michael Brix, FH München 1993, S. 21–25. Zum Duchamp-Konflikt vgl. »Um 1968«. Konkrete Utopien in Kunst und Gesellschaft, Kunsthalle Düsseldorf, Kat., Düsseldorf 1990 S. 17–59.

V. Kunst als Ware und anti-kommerzielle intermediäre Aktionsform

Andy Warhol machte in den für ihn besonders erfolgreichen 70er Jahren die lakonische Bemerkung, daß nur ein verkauftes Bild ein gutes Bild sei. Diese provokative Äußerung war outing und Versteckspiel zugleich. Einerseits trug Warhol zu einem weltweiten Boom für aktuelle Kunst bei, der die betont kommerzielle Einstellung junger Künstlerinnen und Künstler im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entscheidend beeinflusste. Andererseits bezeichnete man seine »oberflächlich-kitschigen Bilder« als »Gesellschaftskritik«, die eine neue ästhetische Logik geschaffen hätten.¹⁹ Auch wenn Warhol stets betonte, kein politischer Künstler zu sein, verstand er es doch, aus einem affirmativen Ansatz heraus sehr komplex die Beliebigkeit, Camouflage und immer wieder die Brutalität moderner Bildmedien sichtbar zu machen.

Es gab bei den Vertretern der amerikanischen Pop-Art nur wenige, die dezidiert zu politischen Themen Stellung nahmen. Zu ihnen gehörte der Kalifornier Edward Kienholz, der 1968 in Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg »das tragbare Kriegerdenkmal« schuf. Dieses Werk wurde von dem Sammler Ludwig erworben und war seit Ende der 60er Jahre im Wallraf-Richartz-Museum in Köln zu sehen. Die engagierte Pop-Art von Kienholz gewann durch große Ausstellungen einen starken Einfluß auf die Kunstszene in der Bundesrepublik und West-Berlin.²⁰

Die »Janusköpfigkeit« der Pop-Art, die naiv und ironisch, gesellschaftskritisch und im Sinne von Marcel Duchamp als eine konzeptuelle Anti-Kunst gesehen werden konnte, beschleunigte den kommerziellen Erfolg eher als das sie ihn hemmte. Der Galerist Andy Warhols, Leo Castelli, der in den 50er Jahren die berühmtesten amerikanischen abstrakten Expressionisten und Hard-edge-Maler sowie die wichtigsten Väter der Pop-Art (Robert Rauschenberg und Jasper Johns) vertreten hatte, schuf der Pop-Art zunächst im Osten und Westen der USA, danach vor allem in Westeuropa einen breiten Absatzmarkt. Seine ehemalige Frau Ilena Sonnabend besaß seit 1960 eine Galerie in Paris.

Der Erfolg von Castelli bildete zugleich die Meßlatte für neue Verkaufsstrategien, vor allem unter gezielter Beteiligung der Medien, und eine Bedrohung für die westeuropäische Kunstszene, in der schon in den 50er Jahren nationale Eitelkeiten die Auseinandersetzung zwischen Paris

¹⁹ So der Künstler John Miller in der Kunstzeitung Nr. 41, Januar 2000, S. 20.

²⁰ Die wichtigsten großen Ausstellungen von Kienholz in Deutschland waren »Kienholz: 1960–1970« in der Städtischen Kunsthalle Düsseldorf (1970) und die Retrospektive in der Berlinischen Galerie 1997; zu beiden Ausstellungen gab es umfangreiche Kataloge.

und New York als metropolitane Orte für Künstler und den Handel mit aktueller Kunst bestimmt hatten.

In der Bundesrepublik wandte sich Beuys gegen die Oberflächlichkeit der Pop-Art; für ihn waren die um 1960 aus den USA kommenden Aktionsformen, vor allem das Happening und die sich daraus entwickelnde Fluxus-Art, ungleich wichtiger. Auch in diesen Konzepten stand die Wechselbeziehung zwischen Kunst und Leben im Vordergrund. Sie hatten ihren Ursprung vor allem in experimenteller Musik und im Tanz der 50er Jahre; waren intermediär angelegt und bevorzugten das Situative und die »laienhafte« Ausübung ihrer Darbietungen, die immer auf unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten, aber auch auf provokative Irritationen zielten.

John Cage (1912–1992), ein Schönberg-Schüler, verband die von ihm selbst komponierte elektronische Musik mit Zufallsgeräuschen und Klangeffekten aus dem Alltag. In seinem ersten Happening, dem »Klangstück 4♯ 33²« aus dem Jahr 1950, inspiriert von den leergelassenen weißen Leinwänden seines Freundes Robert Rauschenberg, hatte ein Pianist vier Minuten und dreißig Sekunden auf dem Podium zu sitzen, ohne dabei die Tastatur des Klaviers zu betätigen. Der Klang des Stückes bestand allein aus den Geräuschen, die das Publikum hustend, protestierend oder Beifall klatschend verursachte.²¹

1959 realisierte der amerikanische Künstler Allan Kaprow eine Aktion mit dem Titel »18 Happenings in 6 parts« und verwendete dabei zum ersten Mal das Wort Happening in einem künstlerischen Kontext. Im Hinblick auf die aktionistische Malerei von Jackson Pollock, dem einflussreichsten amerikanischen Künstler der Nachkriegsmoderne in den 50er Jahren, forderte er die dort begonnene Entgrenzung der Malerei definitiv zu sprengen: »Wir müssen uns mit dem Raum und den Gegenständen unseres alltäglichen Lebens befassen, ja uns davon faszinieren lassen, entweder von unseren Körpern, Kleidern, Räumen oder, wenn es sein muß, von der Breite der 42. Straße ..., gänzlich unbekanntem Ereignissen – in Mülltonnen, Polizeiakten, Hotelfoyers entdeckt, in Schaufenstern oder auf der Straße gesehen«²².

Fast gleichzeitig entwickelte der deutsche Künstler Wolf Vostell, der sich in den späten 50er Jahren mit De-Collagen (Plakatabrisse) beschäftigt hatte, seine Konzeption von Happenings, vor allem in Außenräumen, die in den 60er Jahren einen außergewöhnlichen Versuch einer Verbindung von »Kunst und Leben« darstellten, auch wenn die Beteiligten sich nach einem vorher festgelegten Programm bewegen mußten.²³

21 Karin Thomas, *Bis heute. Stilgeschichte der Bildenden Kunst im 20. Jahrhundert*. 10. erw. u. überarb. Auflage, Köln 1998, S. 243.

22 Allan Kaprow, zit. nach: Crow (wie Anm. 13), S. 33.

23 In dem bekanntesten Happening von Wolf Vostell »In Ulm, um Ulm und um Ulm herum« das 1964 in Zusammenarbeit mit dem Ulmer Theater entstand, war eines

Die experimentellen Formen des Happening und der Fluxus-Art wurden in der Bundesrepublik vor allem durch den amerikanischen Grafiker George Macunias verbreitet, der seit Anfang der 60er Jahre beim amerikanischen Militär in Wiesbaden arbeitete. Das Wiesbadener »Festum Fluxorum« 1962 machte amerikanische Künstler wie z. B. George Brecht und Dick Higgins schnell bekannt; in der Folge bildete sich um Macunias ein Kreis von Künstlern, zu denen u. a. der Amerikaner Emmett Williams, die Franzosen Ben Vautier und Robert Filliou, der Koreaner Nam June Paik und die Deutschen Joseph Beuys und Wolf Vostell gehörten. Macunias wandte sich gegen den wertvollen, singulären Kunstgegenstand und wollte ihn durch »billigen, alltäglichen und vergänglichen« Ersatz abgelöst wissen – die Fluxus-Künstler arbeiteten dementsprechend mit Gegenständen, die sie zufällig an einem Aktionsort vorfanden. Ihre Veranstaltungen wurden nicht wiederholt, und da es selten Materialisate gab, fanden sich auch kaum Möglichkeiten zu einer kommerziellen Verwertung durch den Kunstmarkt. Aus diesem Grunde konnte auch kein traditioneller Personenkult entstehen.²⁴

der 24 »verwischten Ereignisse« der Besuch der 300 Teilnehmer auf einem Militärflugplatz bei Ulm. In der Publikumsanweisung hieß es: »Bewundern Sie das Flugzeug. Stuhlreihen sind von drei Seiten um drei Düsenmaschinen gestellt. Publikum nimmt Platz, die Piloten lassen zehn Minuten ununterbrochen die Düsentriebwerke auf verschiedenen Stufen arbeiten.« Der Bundestagsabgeordnete Dr. Schmidt aus Wuppertal sah durch das Happening auf dem Militärflugplatz – weitere Stationen der Aktion waren u. a. eine Autowaschanlage, eine Tiefgarage, ein Freibad in der Dunkelheit und ein Kuhstall – die »Würde der Bundeswehr« bedroht. Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel antwortete ihm in einer parlamentarischen Fragestunde, wie es zu dieser ungewollten Beteiligung der Bundeswehr an einem Happening gekommen wäre. Der Geschwaderkommandant sei in seinem Bemühen um eine gute Öffentlichkeitsarbeit vom Dramaturgen des Theaters und vom Künstler getäuscht worden und hätte eine weitere Teilnahme an solcher Kunst in Zukunft abgelehnt. Vgl. Crow (wie Anm. 13), S. 33; Vostell. Retrospektive 1958 bis 1974, Neuer Berliner Kunstverein e. V. in Zusammenarbeit mit der Nationalgalerie Berlin, Kat., Berlin 1975, S. 120–135; Vostell. Happening und Leben, hrsg. von Helmut Heissenbüttel u. Otto F. Walter, Neuwied/Berlin 1970; Vostell, Kat., Leverkusen 1992 (Wanderausstellung in Bonn, Köln, Leverkusen, Mannheim, Mühlheim a. d. Ruhr); zum Happening in Ulm vgl. Sighart Ott, Kunst und Staat. Der Künstler zwischen Freiheit und Zensur, München 1968, S. 174 f.

24 Rainer Wick, Zur Soziologie intermediärer Kunstpraxis. Happening, Fluxus, Aktionen, Köln 1975; zu George Macunias vgl. Ina Conzen, Vom Manager der Avantgarde zum Fluxus-Dirigenten. George Macunias in Deutschland, in: Eine lange Geschichte mit vielen Knoten. Fluxus in Deutschland 1962 bis 1994. Eine Ausstellung des Instituts für Auslandsbeziehungen, Kat., Stuttgart, 1995, S. 18–31 (der Katalog ist die ausführlichste Dokumentation von Fluxus-Aktivitäten in Deutschland); Mister Fluxus. Ein Gemeinschaftsporträt von George Macunias 1931 bis 1978. Aus persönlichen Erinnerungen gesammelt von Emmett Williams u. Ay-o und montiert von Emmett Williams u. Ann Noel, hrsg. von Ute u. Michael Berger,

VI. Frauen in der Kunst des Happening, des Fluxus und der Aktionen

In der Aktionskunst, vor allem bei den Performances, die theatralische und bildkünstlerische Elemente zu einer neuen Form von ›Körperkunst‹ vereinten, profilierten sich stärker als je zuvor in der Geschichte der Kunst Frauen, die diesen offenen Kunstkonzeptionen wesentliche Impulse gaben und einen entscheidenden Anteil an der Formulierung eines mit der Tradition radikal brechenden ›unpathetischen‹ Künstlerbildes hatten. In den USA kamen die ersten Anstöße vom »modern dance«, der bereits in den 50er Jahren musikalische Vorgaben und feste Handlungspläne abgelehnt hatte, und wiederum Einfluß auf den Fluxus-Komponisten La Monte Young und den späteren Minimal-Künstler Robert Morris ausübte. Erster zentraler Ort war die Judson Memorial Church in New York, in der es Anfang der 60er Jahre zu einer Zusammenarbeit zwischen Künstlern und politischen Gruppen wie »Women's Strike« und »American Friends« kam. Im »Judson Workshop« wurden Grundsätze der genannten pazifistischen Gruppen übernommen: Keiner sollte eine dominante Rolle spielen und keiner abgewiesen werden. Im Judson-Kreis wurden die serielle Wiederholung anstelle von Hierarchie, die Gleichheit der einzelnen Teile und die Ablehnung jeder Art von verklärender Selbstinszenierung als »moralischer Imperativ« begriffen. »Jede gründliche Auseinandersetzung mit der Kunst der 60er Jahre muß gewärtigen, daß der [hier] skizzierten Bewegung bzw. ihren politischen und häufig feministischen Zielen ein ebenbürtiger Platz einzuräumen ist, neben der weitaus bekannteren Avantgardebewegung dieser Zeit, Andy Warhol's ›Factory‹.«²⁵

Eine wichtige Rolle in vielen Aktionen spielte die Aufforderung an die Besucher, direkt in das Geschehen einzugreifen. Diese partizipative Strategie ging oft über eine reine Animation zum Mitmachen hinaus. Eines der frühen feministischen Fluxus-Projekte, in denen eine aktive Rolle des Publikums geradezu herausgefordert wurde, war das Stück »Cut peace«, das Yoko Ono 1964 in Kyoto aufführte. Die Künstlerin kniete völlig bewegungslos auf der Bühne, während das Publikum dazu aufgefordert war, einzeln auf sie zuzugehen und Stücke ihrer Kleidung abzuschneiden. »Es gibt kaum ein Kunstwerk, das so früh und so deutlich die politische Frage aufwarf, wie sehr die Rolle der Frau von gesellschaftlichen Konventionen bestimmt wird, die über ihren Körper und ihr Aussehen

Wiesbaden 1996 (Biografie S. 359–362). Einen international angelegten Überblick bietet der Katalog der Ausstellung »Out of actions?« Zwischen Performance und Objekt 1949–1979, hrsg. von Peter Noever und dem Museum für Angewandte Kunst (deutsche Ausgabe), Wien 1998.

25 Crow (wie Anm. 13), S. 128.

entscheiden.«²⁶ Eine vergleichbare Aktion führte die Österreicherin Valie Export 1968 mit ihrem »Tapp- und Tastkino« auf den Straßen in Wien durch. Sie hatte sich einen Kasten mit zwei Löchern umgeschnallt, durch die man an die nackte Brust greifen konnte.²⁷

VII. Nachwirkungen der Fluxus-Art

Peter Noever betonte kürzlich, daß es in den 60er Jahren zunächst um eine künstlerische Emanzipation, um eine radikale Erweiterung des modernen bis hin zu einem offenen Kunstbegriff gegangen sei, doch habe die zunehmende Brisanz der weltweiten politischen Krisen und Proteste eine revolutionäre Aufbruchstimmung bewirkt, die die künstlerischen Aktionen schon bald weit über den ästhetischen Raum hinaus politisch wirksam machten. Er resümierte: »Man hat zuweilen das Gefühl, daß die in den 60ern freigesetzten Energien und Aggressionen durchaus auch noch in unserer Zeit an der Schwelle zum neuen Jahrtausend eine immer größere Rolle spielen können. Durch das Zusammentreffen nonkonformistischer künstlerischer Ausdrucksformen mit Mitteln des politischen Widerstandes entstanden einige der für die Weiterentwicklung der zeitgenössischen Kunst ausschlaggebenden Werke unseres Jahrhunderts.«²⁸

Der Schweizer Harald Szeemann, der einflußreichste westeuropäische Ausstellungsmacher seit Ende der 60er Jahre, war 1970 für die Ausstellung »Happening und Fluxus« im Kölnischen Kunstverein verantwortlich. Im Katalog wurde hauptsächlich der Zeitraum 1959 – 1965 dokumentiert. Szeemann sah die Ausstellung schon als Retrospektive an, obwohl sie beträchtliches Aufsehen erregte. Grundsätzlich trat für ihn die geforderte Partizipation hinter der Intensität des Performers zurück; er wies auf die zerdehnte Zeit hin und zitierte den Fluxus-Künstler Dick Higgins, der von Gefährlichkeit und Langeweile als zwei wesentlichen Qualitäten aktuellen aktionistischen Kunstschaffens gesprochen hatte. Szeemann machte sehr deutlich, daß die Anonymität bei aktionistischer und aufklärerischer Kunst nicht gelänge, weil die Kunst Leistung Einzelner bzw. die Addition von Einzelleistungen sei. Das sei ihre Stärke als Kunst und ihre Schwäche im Gesellschaftlichen.²⁹ Der in Köln beteiligte

26 Ebd., S. 133.

27 Carmela Thiele, Valie Export. Kunst als Gegenwehr, in: Kritisches Lexikon der Gegenwartskunst, H. 18, 1999, S. 6.

28 »Out of actions?« (wie Anm. 24), S. 9.

29 »Happening und Fluxus«, Kölnischer Kunstverein, Kat., Köln 1970, Vorwort; Justin Hoffmann, Destruktionskunst. Der Mythos der Zerstörung in der Kunst der frühen 60er Jahre, München 1995, S. 25 ff.

deutsche Künstler Thomas Schmit hat das Dilemma der aktionistischen Kunst, die neue Verbindungen zwischen Kunst und Leben suchte, mit lapidaren Worten beschrieben: »Ich gehe nur mal um drei Straßenecken. Sobald ich das als Kunstereignis ankündige, hat es einen Sockel weg.«³⁰

Viele Künstlerinnen und Künstler, die nicht auf den Sockel wollten und sich in den 60er Jahren sehr unterschiedlichen Konzepten einer Anti-Kunst und neuen Beziehungen zwischen der Kunst und dem Publikum verschrieben hatten, sind dennoch heute weit über eine begrenzte internationale Fachöffentlichkeit hinaus in den Medien und über den Kunstmarkt berühmt.³¹ Der »harte Kern« der intermediär agierenden Happening-, Performance- und Fluxus-Künstlerinnen und -künstler, die situativ und prozeßhaft arbeiteten, hat allerdings sehr wenige Werke, die museal präsentabel sind, hinterlassen. Unabhängig von Dokumentationen sind aber Künstlerbücher entstanden, darüber hinaus ist die »Anti-Kunst« in einfach gedruckten Einladungskarten, Programmzetteln und Plakaten erhalten. Eine private Sammlung solcher »Billig-Drucksachen« aus den 60er Jahren, die heute »Originale« von hoher künstlerischer Qualität darstellen, ist 1999 für 1,5 Millionen DM vom Neuen Museum Weserburg in Bremen angekauft worden.

VIII. Demokratisierung der Kunst – »Ars Multiplicata« auf dem Kölner Kunstmarkt 1967 und auf der documenta IV

Die Spannungen zwischen einer anti-kommerziellen Grundhaltung und kommerziellen Notwendigkeiten zeigt sich besonders an der »Ars Multiplicata« – begrenzten Serien von Objekten und Grafiken, die als eine tiefgreifende Demokratisierung des Kunstangebotes gesehen wurden, und konsequent dem künstlerischen Prinzip der Serialität entsprachen, mit der Künstler wie Andy Warhol, Richard Hamilton und Künstler der europäischen Op-Art wie Victor Vasarely arbeiteten.

Als sich im Verlauf der 60er Jahre immer mehr Künstlerinnen und Künstler der Pop-Art, der Minimal-Art, der Op-Art und der Kinetik zuwandten, um neue technische Möglichkeiten zu erproben und den Be-

30 Zit. nach: Karl Ruhrberg, *Aufstand und Einverständnis: Düsseldorf in den 60er Jahren*, in: *Aufbrüche* (wie Anm. 4), S. 86–97, hier: S. 96.

31 Im *Kunstkompaß* der Zeitschrift »Capital« (Nr. 11, November 1999) sind neben Joseph Beuys, der in der Liste der bekanntesten und erfolgreichsten Künstler des letzten Jahrhundertdrittels knapp hinter Andy Warhol liegt, noch sieben Künstler in der Liste der »Hundert Größten« des Jahres 1999, die in der Aktionskunst der 60er Jahre eine wichtige Rolle gespielt haben.

griff des Originals und seiner Aura, den man immer stärker als eine elitäre Strategie des Kunstmarktes empfand, zu unterlaufen, gab es auf der documenta IV 1968 einen eigenen Ausstellungsbereich und einen eigenen Katalog für die »vielfältigste Kunst«. Darüber hinaus war bereits zur documenta III eine documenta-Foundation gegründet worden, in der Künstlerinnen und Künstler serielle Werke kostenlos zur Eigenfinanzierung der documenta zur Verfügung stellten – das Angebot war im documenta-Katalog abgedruckt. Die documenta-Foundation, ein eingetragener Verein, wurde von dem Kölner Galeristen Hein Stünke und den Kölner Sammlern Andreas und Christoph Vowinckel organisiert. Stünke hatte zusammen mit Rudolf Zwirner 1967 den ersten Kölner Kunstmarkt initiiert, und die Gebrüder Vowinckel schufen in ihrem Haus in der Lindenstraße in Köln einen Ort, in dem mehrere Galerien einzogen und zeitweilig über eine eigene Zeitschrift, Gemeinschaftseröffnungen und kombinierte Werbung zusammenarbeiteten.³²

Der Kölner Kunstmarkt, die räumliche Nähe von Galerien und gemeinsame Aktivitäten machten weltweit Schule. Die in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Verkaufserfolge beruhten nicht zuletzt auf der Pop- und Op-Art und den für damalige Kunsthandelspreise sehr billigen Auflagenprojekten. Für einige Jahre war eine weltweite Forderung junger Künstlerinnen und Künstler in Erfüllung gegangen – eine Demokratisierung des Kunstangebotes schuf nicht nur einen größeren Kreis von Kennern, sondern auch einen sich ständig erweiternden Markt für jüngere Menschen, die als Studenten sich gelegentlich ein signiertes Künstlerposter erlauben konnten oder die ihr erstes Geld verdienten und, zunächst aus Freude und Begeisterung an den neuen Motiven, Farben und Formen, zu sammeln begannen. Viele bekannte Privatsammlungen in Westdeutschland, die Sammlungen von Reinhard Onnasch in Berlin, Hans Grothe in Duisburg, Lothar Schirmer in München und Wolfgang Hahn in Köln haben in diesen Jahren ihren Ursprung – abgesehen von den Großsammlern Karl Ströher in Darmstadt und Peter Ludwig in Aachen.

»Ob Beatles oder Warhol, Mini oder schreiende Farben, das Zauberwort hieß: Pop. Auf diese Stimmung, ohne jedes Vorbild, setzte der erste Kölner Kunstmarkt 1967. Der Erfolg wirft alle Vorstellungen von der Schwierigkeit lebender Kunst über den Haufen. Lebende Kunst läßt sich an den Mann bringen, und ihre Darbietung wird zum Volksfest. Die erste

32 Wulf Herzogenrath, Die Geburt der Kunstmetropole Köln aus dem Geist der Musikaktion um 1960. Eine kühne These mit einigen Belegen, in: »Die 60er Jahre ...« (wie Anm. 2), S. 20 u. 25; Hein Stünke, Bemerkungen zur Vorgeschichte und Geschichte des Kölner Kunstmarktes, in: Ebd., S. 352–346; Rudolf Zwirner, Deutsche Nachkriegskunst im Kontext des internationalen Kunstgeschehens, in: Deutschlandbilder (wie Anm. 4), S. 58off.

deutsche Kunstszene ist da, über Nacht. Nach Ludwigs Worten war es ›die Atmosphäre des Kunstmarkts‹, die ihn bewog, seine Dauerleihgaben Köln anzubieten – eine Pop-Sammlung, wie es sie auf der Welt nicht gab [...] Eine kurze, glückliche Identifikation, Kunst ›in der Gesellschaft‹. Die Entfremdung seit der industriellen Revolution zwischen Kunst, Zivilisation und Ökonomie schien aufgehoben.«³³

Im Jahr der Eröffnung des ersten Kölner Kunstmarkts erschien das Buch des Wirtschaftsjournalisten Willi Bongard mit dem Titel »Kunst und Kommerz« über einen längeren Aufenthalt in New York, wo er die Galerieszene für Aktuelle Kunst untersucht hatte. Er wandte sich gegen die in Westeuropa gern angeführte Verschwörungstheorie, nach der amerikanische Galeristen, Künstler und Kritiker die Pop-Art lanciert hätten. Gleichzeitig sah er die Chance, daß die junge Kunst zusammen mit Galerien, die wie offensive kleine Unternehmen geführt würden, einen zukunftsweisenden Markt erobern könnte.

Sein Setzen auf eine preiswerte Kunst, wie sie besonders in der ›Ars Multiplicata‹ gegeben war, erfüllte sich nicht, weil die neuen Strömungen der 70er Jahre, die eher auf das Konzeptuelle als auf das Material setzten, sich seiner populistischen Distributionsform verweigerten. Das marktkonforme Denken Bongards erfuhr aufgrund der antikapitalistischen Grundhaltung vieler junger Künstlerinnen und Künstler erheblichen Widerspruch. Die damals noch fast unglaubliche Kommerzialisierung Aktueller Kunst, die Expansion des amerikanischen und europäischen Kunsthandels sowie eine bis dahin unbekannte Orientierung von Künstlern und Kunstkritikern am Kunstmarkt gaben ihm aber nachträglich Recht. Der von Bongard konzipierte Kunstkompaß, der jährlich in dem Wirtschaftsmagazin »Capital« veröffentlicht wird, ist heute die wichtigste Beratungshilfe für den Kauf jüngerer Kunst und zugleich die entscheidende Erfolgsstatistik für lebende Künstlerinnen und Künstler. 1967 hielt Bongard solche Bewertungstabellen – u. a. aufgeteilt nach wichtigen Ausstellungsorten, nach Veröffentlichungen in führenden Kunstzeitschriften und nach den kommerziellen Ergebnissen – noch für undurchführbar.³⁴

IX. Die Edition MAT als Initiative von Produzenten

Als 1959 der Schweizer Künstler Daniel Spoerri seine Edition MAT (Multiplication d'Art Transformable) gründete, ging es ihm nicht nur um multiplizierte Originale (Multiples) aus dem Bereich der kinetischen Kunst

33 Georg Jappe, *Kölns Weg zur Kunstmetropole. Vom Happening zum Kunstmarkt*, Kat., Köln 1986, S. 572 f.; Wulf Herzogenrath (wie Anm. 32), S. 19–24.

34 Willi Bongard, *Kunst und Kommerz*, Oldenburg/Hamburg 1967, S. 254–263.

(Kunstwerke, die sich bewegen oder bewegen lassen), deren Ausführung auch in den Händen anderer als denen des Künstlers liegen konnte, sondern ebenso um einen einheitlichen Preis für alle Werke der Edition, egal ob der Autor mehr oder weniger bekannt war. Dieser Preis sollte niedrig sein, um sich von den kommerziellen Mechanismen des Kunsthandels zu lösen.

Die Edition MAT wurde wegweisend für Künstlerinitiativen in Westeuropa und den USA. Auf den ersten Ausstellungen in Paris, Mailand, London, Stockholm, Krefeld und Zürich ließen sich trotz größter Schwierigkeiten die egalitären Vorstellungen von Spoerri durchhalten. Nach einer Krise wurde die Edition MAT in Zusammenarbeit mit der Kölner Galerie ›Der Spiegel‹ von Hein Stünke seit 1964 fortgeführt.³⁵

Ein besonderes Verdienst von Daniel Spoerri war es, daß er für jeden Ausstellungsort die Liste der beteiligten Künstlerinnen und Künstler ergänzte, so daß sich ein interessantes Bild der internationalen Verflechtungen in der Kunst um 1960 bietet. Spoerri hatte sich 1960 in Paris der Gruppe der »Nouveau Réalistes« angeschlossen, die um den Kunstkritiker Pierre Restany entstanden war. Restany formulierte das Postulat eines neuen Verständnisses der Realität, die direkt in das Werk integriert wurde. Trotz der Verwandtschaft mit den geschilderten Konzeptionen amerikanischer Künstlerinnen und Künstler – der gemeinsame Nenner war das Kunstverständnis von Marcel Duchamp –, entstand eine sehr eigenwillige Objektkunst. Von dieser Gruppe, die nur wenige Jahre bestand, nahmen Arman, Christo, Jean Tinguely und Niki de Saint Phalle, die seither zu den weltweit bekanntesten Künstlern gehören, an der Edition MAT teil. Christo wurde durch seine spektakulären »Verpackungen« und Niki de Saint Phalle durch ihre poppigen, zum Teil begehbaren Nanas (Riesenweiber) bekannt; Jean Tinguely errang u. a. durch seine gegen die technische Perfektion gerichtete Maschinenkunst große Beachtung.

Der bedeutendste Teilnehmer der Edition MAT war Marcel Duchamp, der in dieser Zeit abwechselnd in den USA und in Frankreich lebte. Er stellte seine 1935 entworfenen Roto-Reliefs zur Verfügung, Inkunabeln der um 1960 besonders aktuellen kinetischen Kunst und der Op-Art. Ein »Klassiker« des 20. Jahrhunderts war der Amerikaner Man Ray, der seit den 20er Jahren in Paris lebte und über sein kubistisches und surrealistisches malerisches Frühwerk zu einem der bedeutendsten und einflussreichsten Fotografen, vor allem im Bereich der Fotomontage, wurde.

Das Werk von Marcel Duchamp und Man Ray erlebte durch das Inter-

35 Zur Edition MAT vgl. Katerina Vatsella, *Edition MAT: Daniel Spoerri, Karl Gerstner und das Multiple. Die Entstehung einer Kunstform*, Bremen 1998, S. 36–72; zur Kunst in Paris in den 60er Jahren vgl. Robert Fleck, *Zentrum Paris. Malerei und Gesellschaft in Paris seit 1960*, Klagenfurt 1993.

esse junger Künstlerinnen und Künstler eine Renaissance. Der Ansatz von Duchamp bestimmte weite Teile der Bildenden Kunst des ausgehenden 20. Jahrhunderts, die Beschäftigung mit Man Ray führte in den 60er Jahren endgültig zur Anerkennung der Fotografie als ein autonomes künstlerisches Medium. Man Ray, der sich in den 20er Jahren auch als Filmmacher betätigt hatte, öffnete wiederum den Blick für den surrealistischen Film der 20er Jahre in Frankreich und den expressionistischen Film in Deutschland sowie auf das Werk von Regisseuren wie dem Spanier Louis Buñuel und dem Deutschen Fritz Lang, die in den 30er Jahren nach Mexiko bzw. in die USA emigriert waren. Das in der Bundesrepublik zum ersten Mal von Otto Stelzer untersuchte Verhältnis der Fotografie zur Bildenden Kunst führte nicht nur zu dem Ergebnis, daß die Verbindung sehr viel intensiver geworden war, als sie aus Sicht der Bildenden Kunst gesehen wurde, sondern auch, daß die Fotografie erheblichen Anteil an der Entwicklung der gegenstandsfreien Kunst und der Raum- und Lichtexperimente hatte, die im italienischen Futurismus, am Bauhaus und im Surrealismus u. a. zu Untersuchungen der Wahrnehmung von Raum, Licht und Bewegung geführt hatten, die in der Kinetik und der Op-Art der Zeit um 1960 neu aufgegriffen wurden.

Der an der Edition beteiligte Heinz Mack gehörte zur Düsseldorfer Gruppe »Zero«. Zusammen mit Otto Piene und Günther Uecker bildete er die erste international erfolgreiche westdeutsche Künstlergruppe, die illusionistische und informelle Malerei ablehnte und Licht und Bewegung im Raum sowie Elemente wie Feuer, Wasser und Luft in ihren Objekten und Installationen einsetzte. Endgültigen internationalen Durchbruch erzielten sie mit ihrem ›Lichtraum‹ auf der documenta III 1964 in Kassel.³⁶

Ein weiterer Klassiker in der Edition MAT war der ehemalige Bauhaus-Lehrer Josef Albers, der seit 1933 in den USA lehrte. Albers, der sich seit den 20er Jahren mit den Gesetzen der Farbe beschäftigt hatte und seit 1949 mit seiner Serie »Homage to the Square« ein konsequent abstrakt-geometrisches Konzept verfolgte, das in neo-konstruktivistischen Tendenzen und in der Op-Art große Beachtung fand, war 1955 und 1964 auf der documenta I und der documenta III vertreten.³⁷

Der in der Tradition von Josef Albers arbeitende Victor Vasarely, der

36 Otto Stelzer, *Kunst und Photographie. Kontakte, Einflüsse, Wirkungen*, München 1978. Zu den internationalen Kontakten und der Verbindung der Gruppe »Zero« zu der Pariser Szene vgl. *Aufbrüche*, (wie Anm. 4), S. 88–92, und *Das Manifest »Zero«*. *Der neue Idealismus*, in: Ebd., S. 184.

37 Ein ebenso wie Albers international bekannter Künstler in der Edition MAT war der Schweizer Hans Arp, der seit den 20er Jahren überwiegend in Paris gelebt hatte. Er war auf den ersten drei documenta-Ausstellungen vertreten gewesen.

seit 1930 in Paris lebte, war der in den 60er und 70er Jahren bekannteste Konstruktivist, der unter Verwendung wissenschaftlicher Theorien und mathematischer Berechnungen eine abstrakt-geometrische Kunst schuf, die Raum, Körper, Materie, Bewegung und Zeit in einer naturwissenschaftlich geprägten Umwelt veranschaulichen sollte. Er schuf kinetische Bilder, entwarf Städte und Häuser nach seinen farbtheoretischen Vorstellungen und ließ Grafiken und Poster in hohen Auflagen verbreiten, wodurch er sich besonders eng den Vorstellungen eines für alle erschwinglichen Kunstwerkes verbunden wußte.

Die unmittelbar zur Fluxus-Bewegung gehörenden Künstler, die Spoerri's Einladung annahmen, waren der Amerikaner George Brecht, der Franzose Robert Filliou und ein Freund Spoerri's, der in Deutschland geborene und seit 1943 in der Schweiz lebende Dieter Roth. Er stand wie der Schweizer André Thomkins der Fluxus-Bewegung nahe, war allerdings objektorientierter, obwohl seine »Skulpturen« oft aus vergänglichen Materialien (Schokolade, Zucker) bestanden. Dieter Roth wie André Thomkins, die beide auch an Wortschöpfungen (Palindrome) arbeiteten, besaßen in den 70er Jahren zeitweilig eine Professur in Düsseldorf.

X. Düsseldorf in den 60er Jahren – Zentrum der internationalen Kunstströmungen und Laboratorium für eigene Wege in der westdeutschen Kunst

Zwei Künstler, die für die Edition MAT angesprochen wurden, mit denen aber letztlich keine Vereinbarung zustande kam, waren der Franzose Yves Klein und der Italiener Piero Manzoni. Beide waren in ihrer sehr kurzen Schaffenszeit jeweils die bedeutendsten Vertreter einer monochromen Malerei, wobei Klein zunächst das ihm patentierte »Internationale Klein Blau« (IKB) einsetzte, Manzoni in seinen Achromes sich ausschließlich auf die Farbe Weiß beschränkte, wobei beide ihre Farben auch im Rahmen von Aktionen benutzten. Klein ließ bei seinen »Anthropometrien« Frauen, deren Körper mit seiner blauen Farbe bedeckt waren, sich auf Papierrollen bewegen und veränderte anschließend nur leicht die Konturen. Manzoni schuf »magische Sockel«, durch die die darauf stehende Person zum Kunstwerk erhoben wurde; er signierte die Personen und machte daraus lebende Skulpturen.

Beide Künstler suchten eine konzeptuelle Einheit von Kunst und Leben, wobei spirituelle Ansätze und Ziele eine große Rolle spielten. Ihre Happenings bzw. Aktionen sollten die noch bestehenden Kunstvorstellungen endgültig zerstören, weshalb die Strategien extrem provokativ angelegt wurden. Klein forderte öffentlich, Atomblitze mit seinem Blau ein-

zufärben, um ein Totalkunstwerk zu erreichen, Manzoni ließ 90 Dosen mit der Aufschrift »Merde d'Artiste« (Künstlerscheiße) herstellen, die etikettiert und beschriftet zum jeweiligen Tagespreis für Gold verkauft werden sollten.

Die Haltung beider Künstler übte großen Einfluß auf die Kunst der 60er Jahre in Westeuropa aus. Mit ihrem Habitus als »Magier und Schamanen« wirkten sie unmittelbar auf die öffentlichen Aktionen von Joseph Beuys zu Beginn seiner Lehrtätigkeit in Düsseldorf 1961 ein, einer Zeit, in der Beuys sich dem Kreis der Fluxus-Bewegung um George Macunias anschloß. »Als Yves Klein 1962 im Alter von 34 Jahren starb, gab es niemanden mehr, der Beuys seine Rolle als Scher und Mythenträger Europas streitig gemacht hätte. Der frühe Tod des italienischen Künstlers Piero Manzoni (1933 – 1963) im Jahr darauf führte dazu, daß gewichtige Gegenpositionen zu den grandiosen und ohne einen Funken Ironie inszenierten Selbstdarstellungen fehlten.«³⁸

Yves Klein hatte seine erste Ausstellung 1957 in der Düsseldorfer Galerie Alfred Schmela. Schmela, der sehr früh die Bedeutung von Joseph Beuys erkannt hatte, war dank seines hervorragenden Gespürs für außergewöhnliche Positionen der einflußreichste und wichtigste Galerist der 60er Jahre, der weit über Düsseldorf hinaus operierte. In seiner Galerie war ein großer Teil der Künstlerinnen und Künstler vertreten, deren Ideen das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts mitbestimmten.³⁹

Mit Hilfe der Akademie, der Galerien, des Kunstvereins und ab Ende der 60er Jahre der Kunsthalle wurde die Stadt zu einem Versuchsfeld sehr heterogener künstlerischer Theorien und Praxis. John Cage, Nam June Paik und weitere Fluxus-Künstler, die »Neuen Realisten« aus Paris wie Arman und Daniel Spoerri waren ebenso regelmäßig in Düsseldorf wie der Bulgare Christo, die Belgier Panamarenko und Marcel Broodthaers, die Amerikaner James Lee Byars und Robert Morris sowie Eva Hesse. Zum Teil hielten sie sich sogar länger in Düsseldorf auf. Sie trafen auf die Lehrer der Akademie, auf bedeutende Vertreter des deutschen Informel wie Gerhard Hochme, Winfred Gaul, Peter Brüning und den wichtigsten deutschen Bildhauer jener Jahre, Norbert Kricke, auf die genannte Gruppe Zero, die Schweizer Dieter Roth und André Thomkins sowie natürlich auf Joseph Beuys und seine Meisterschülerinnen und – Schüler wie Blinky Palermo, Immi Knoebel, Anselm Kiefer, Jörg Immendorff, Ulrike Rosenbach, Ute Klophaus und Katherina Sieverding,

38 Crow (wie Anm. 13), S. 137; zu Manzoni: Germano Celant, Piero Manzoni. Catalogo generale, Mailand 1989 (Erstausgabe 1975), S. 310; zu Klein: Sidra Stich, Yves Klein, Ostfildern 1994 (das Buch erschien zu Ausstellungen in Köln, Düsseldorf, London und Madrid).

39 Vgl. Alfred Schmela: Galerist. Wegbereiter der Avantgarde, hrsg. von Karl Ruhrberg, Köln 1996, S. 24–83.

die zusammen mit anderen die neue Internationalität der Kunst in Westdeutschland definierten.⁴⁰

Aktionistische und konzeptuelle, in weiterem und engerem Sinne politische Strategien und die gegenstandsfreie Kunst des Informel sowie der Minimal-Art trafen unmittelbar aufeinander und provozierten ein »Reizklima«, das auch mit handfesten Auseinandersetzungen verbunden war. Als angesichts der Auseinandersetzung um die »Lidl-Akademie« von Jörg Immendorff und Chris Reinecke der Rektor 1968 die Polizei zu Hilfe rief, standen sich Vertreter der modernistischen, abstrakten Kunst und der aktionistischen, neo-dadaistischen und kommunikativen bzw. politischen Konzepte unversöhnlich gegenüber. Dieser Konflikt schwelte weiter und kam erst zu einem vorläufigen Ende, als der Kultusminister Johannes Rau 1972 Joseph Beuys von der Akademie wies – ein Akt, mit dem die 60er Jahre symbolisch zu Ende gingen.⁴¹

Die Irritation, die Beuys noch in jenen Jahren auch bei liberalen und politisch engagierten Künstlern wie der Lyrikerin Margarete Hannsmann auslöste, die sehr eng mit HAP Grieshaber, einem der politisch engagiertesten westdeutschen Künstler der Nachkriegszeit, befreundet war, zeigt ihr Schreiben an den Chef des Feuilletons der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Karl Korn, kurz nach der Entlassung von Joseph Beuys. Darin heißt es u. a.: »Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht, da ich sehr viel unterwegs bin, gefragt werde (von Magdeburg bis Neuchatel), worin die Faszination dieses Heiligen, Märtyrers, Scharlatans, Genies, Irren, Sektierers, Rattenfängers bestünde [...]. Schon vor Jahren erschien er in meinem Hörspiel als Professor Tod; inzwischen halte ich ihn für einen Schwerbeschädigten des Zweiten Weltkriegs [...] habt Mitleid mit Beuys und seinen 1118 Schülern!«⁴²

40 Imi Giese, Jörg Immendorff, Imi Knoebel, Palermo, Katharina Sieverding, Kat., Braunschweig 1999/2000. In diesen Kreis gehörten auch die Fotografen Hilla und Bernd Becher, die mit ihren Dokumentationen von Industriearchitekturen eine völlig neue Dimension skulptural-architektonischen Wahrnehmens schufen und mit ihren Schülern die deutsche Fotografie wieder auf Weltniveau hoben.

41 Die Verfehlung von Beuys war es, daß er sich – als eine Aktion seines erweiterten Kunstbegriffs – an die von der Akademie festgelegte Zahl der Studierenden in seiner Klasse nicht hielt und alle Studierwilligen aufnahm und dieses durch spontane Besetzungen des Sekretariats unterstrich. Zu Immendorff und Reinecke vgl. Immendorffs Handbuch der Akademie für Adler, Kat. Portikus, Frankfurt a. M. 1990 (Buchausgabe Köln 1990) u. Chris Reinecke, 60er Jahre-Lidl-Zeit, Köln 1999 (Kat. zu Ausstellungen in Düsseldorf, Karlsruhe und München).

42 Georg Jappe, Beuys packen. Dokumente 1968 – 1996, Regensburg 1996, S. 149. Die Charakterisierung als Schwerbeschädigter ist eine Anspielung auf die schwere Kopfverletzung von Joseph Beuys im Zweiten Weltkrieg.

XI. Kapitalistischer Realismus

Vom 11. Oktober bis 25. Oktober 1963 wurde die Kunstausstellung Konrad Lueg und Gerhard Richter »Leben mit Pop« veranstaltet. Dabei sollte es sich nach dem Bekunden der Künstler um eine »Demonstration für den Kapitalistischen Realismus« handeln. Lueg und Richter sowie Sigmar Polke hatten zusammen mit Manfred Kuttner bereits im Mai 1963 in einem Ladenlokal ein vergleichbares Projekt veranstaltet. Sie verstanden sich als deutsche Pop-Künstler; prinzipiell ging es auch ihnen darum, die Sphäre der Kunst mit der des Konsums unauflösbar zu verweben. Das Happening im Möbelhaus Berges war der Beginn eines neuen Kapitels der Düsseldorfer Kunstgeschichte, obwohl es im Schaffen der Künstler eine Ausnahme blieb.⁴³ Während sie mit ihrer Aktion u. a. auf das im Februar des gleichen Jahres in Düsseldorf veranstaltete zweitägige Fluxus-Konzert mit allen bekannten Namen, auf dem Joseph Beuys zum ersten Mal öffentlich auftrat, reagierten, wandten sie sich anschließend, als überall vom »Ausstieg aus dem Bild« geredet wurde, ausschließlich der Malerei zu und begannen eine neue Karriere.

Das Grundprinzip des Happenings im Möbelhaus Berges hatte darin bestanden, die gesamte Präsentation des Hauses unverändert zu belassen. In einem separaten Ausstellungsraum wurde ein durchschnittliches Wohnzimmer mit Mobiliar, Speisen und Getränken aufgestellt, wobei die einzelnen Möbel, auch die Stühle, auf denen die beiden Maler saßen, als Plastiken auf Sockel gestellt waren, um alles Gezeigte, auch die Künstler selbst, zu einem Bestandteil der Ausstellung zu erklären. In einem separaten Warteraum wurden die Besucher von 14 Rehbock-Geweihen empfangen, geschossen 1938 bis 1942 in Pommern; auf den 39 einfachen Stühlen lag jeweils eine Ausgabe der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 11. Oktober 1963 – dies war der Tag, an dem Konrad Adenauer seinen Rücktritt ankündigte. Dazu kamen u. a. zwei lebensgroße Figuren aus Drahtgeflecht und bemaltem Papier, die Alfred Schmela und John F. Kennedy darstellten, sowie der damals offizielle Anzug von Joseph Beuys – Hut gelbes Hemd, blaue Socken, Schuhe – an der Wand und Zettel mit braunen Kreuzen; am Boden stand ein Kasten mit Palmin und Margarine. In einem Bericht hieß es, daß die Besucher die von den beiden Künstlern jeweils eingeschlagenen Routen nicht eingehalten, sondern sich in den einzelnen Abteilungen verlaufen und erst am Schluß in der Küchenabteilung das bereitgestellte Bier getrunken hätten.

Die Künstler traten nicht in der Pose des genialen Schöpfers, sondern als durchschnittliche Konsumenten und Nutzer eines Wohnzimmers auf,

43 Ich nenne mich als Maler Konrad Lueg, Kat., Bielefeld/Gent 1999/2000; Ruhrberg (wie Anm. 30), S. 95.

als Subjekte und Objekte zugleich. Dieses »Doppelspiel« war ein radikaler Angriff auf den Modernismus der 50er Jahre mit seinem Leitbild der bedingungslosen subjektiven Introspektion und eine Entwertung des aus dem deutschen Idealismus überlieferten Kunstbegriffes, der dem künstlerischen Schaffen eine betonte Exklusivität bescheinigte.⁴⁴

Sowohl für Gerhard Richter wie für Sigmar Polke war das Happening der Beginn einer intensiven und andauernden Auseinandersetzung mit der Massenkultur. Auch wenn ihre Interpretationen von Alltagsbildern, bei Polke auch von einzelnen Werken berühmter Kollegen, von deutlicher Ironie geprägt war, wurde diese doch nicht als »Distinktionswert« eingesetzt. Die visuelle Welt der Werbung und der Massenmedien trat immer auch in ihrer Faszination ins Bild. Polkes Schilderung seines »Werdeganges«, in Schriftform gebracht von Friedrich Wolfram Holbach, besitzt den Titel: »Frühe Einflüsse, späte Folgen. Oder: Wie kamen die Affen in mein Schaffen? und andere ikono-biografische Fragen«. Hier wurde auf die »Bäckerblume« verwiesen, das Organ der Bäcker-Innung, das Polke als Kind kennenlernte, sowie auf das Palmin-Album, mit den der Ware beigelegten Bildern mit Motiven wie Sternenhimmel, sehr viel Südsee, Saurier, seltenen Vögeln und Tieren. Die Erinnerung an diese Bilderwelt der Kindheit war für Polke prägend gewesen. »Hier in diesen Bildwerken, dem Palmin-Album und der Bäckerblume, erfuhr mein Weltbild tiefste Prägung, – und auch meine anderen Bilder sind ohne sie nicht bzw. nur zu denken.« Das Markenzeichen des reinen Kokosfettes, die Palme, hatte es Polke besonders angetan: »So also traten die Palmen in mein Schaffen – und mit ihnen die Affen, denn als ich eines Nachts davon träumte ein Affe zu sein, war ich, fühlte ich mich den Palmen ganz nah, so nah wie nie.« Und das war so wunderbar, daß ich dann, wenn mein Palm-Sehnen wieder einmal aufbrach, mir affenmalend wenigstens eine gewisse Linderung verschaffen konnte.⁴⁵

Polke wie Richter haben mit ihrem Projekt »Kapitalistischer Realismus« – ein Begriff, der etwas später von dem Berliner Galeristen René Block für einige gesellschaftskritische künstlerische Positionen in der Bundesrepublik verwendet wurde – nach Meinung von Gregor Stemmerich eine wirksamere politische Kritik als viele ihrer späterer Kollegen geleistet, entlarvten sie doch die Ideologie der Ideologiefreiheit. Auch für Richter hatte der Kapitalistische Realismus eine biographische Variante,

44 Kai-Uwe Hemken, Gerhard Richter. 18. Oktober 1977, Frankfurt a.M. 1998, S. 15–17.

45 Sigmar Polke, Die Drei Lügen der Malerei, Kat., Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik, Bonn 1998, S. 285–294, hier: S. 286; Magrit Rowell, Sigmar Polke. Strategien der Subversion, in: Polke. Arbeiten auf Papier 1963 – 1974, Kat., Kunsthalle Hamburg 1999.

war er doch als Maler im Sozialistischen Realismus groß geworden und erst kurz vor dem Bau der Berliner Mauer von Dresden nach Düsseldorf gegangen. 1962 notierte Richter: »Sobald künstlerisches Tun zum ›Ismus‹ geworden ist, handelt es sich nicht mehr um solches. Denn nur, was täglich um Form und Existenz ringt, ist lebendig. (Als Vergleich: Das Soziale ist eine Form und Methode, die heutiger Einsicht gemäß und richtig ist. Erhebt es sich dagegen zum Sozial-ismus, zur Ordnung und zum Dogma, dann gibt es sein Bestes und Eigentliches auf und kann zum Verbrechen werden.) [...] Ich bin ja nicht hierher gekommen, um dem ›Materialismus‹ zu entfliehen; der herrscht hier viel ausschließlicher und geistloser, sondern entfliehen mußte ich dem verbrecherischen ›Idealismus der Sozialisten‹.«⁴⁶

XII. Deutschlandbilder: Gerhard Richter, Georg Baselitz und Werner Tübke

Als Gerhard Richter 1961 von Ost- nach Westdeutschland wechselte, hatte er in sein Album, dem späteren »Atlas«, bereits zahlreiche Fotos seiner Familie und der Orte seiner Kindheit und Jugend aufgenommen. 1962 nahm er diese Fotos zum Ausgangspunkt seiner in Schwarz-Weiß und verschiedenen Grautönen gehaltenen Malerei, wobei er nach der Übertragung des Motivs auf die Leinwand die noch feuchte Farbe verwischte, um eine deutliche Distanz zum Dargestellten zu erzielen. Neben einzelnen Personen, Personengruppen oder Gegenständen erscheinen auch Bilder nach Fotografien, mit denen Richter auf die Vergangenheit seiner Familie im Nationalsozialismus und andere Personen dieser Zeit Bezug nahm.⁴⁷ Richter selbst bezeichnete die Wahl der Vorlagen als zufällig: »Wenn ich auch glaubhaft und richtig male, so als

46 Polke (wie Anm. 45), S. 286; zum Begriff »Kapitalistischer Realismus« vgl. René Block, *Mein letztes Wort* (ich will hier nicht erklären warum ?), in: ders., *Grafik des Kapitalistischen Realismus*, Berlin 1971, S. 15 u. 30; Gregor Stemmerich, »Go West« – Ostdeutsche Künstler in der BRD. Der andere Blick aufs eigene Land, Vortrag, gehalten am 19.3.1999 auf dem 25. Deutschen Kunsthistorikertag in Jena; Gerhard Richter, *Text* (wie Anm. 8), S. 9; *Ausgebürgert. Künstler aus der DDR und aus dem Sowjetischen Sektor Berlin 1949–1989*, Kat., Dresden/Berlin 1990.

47 1975 malte er das Bild »Tante Marianne«, die unter Schizophrenie gelitten hatte und in die Irrenanstalt Groß-Schweidnitz bei Löbau eingeliefert worden war; dort soll sie verstorben sein, wahrscheinlich aber ist, daß sie der Euthanasie zum Opfer fiel. Ebenfalls in dem Jahr wurde ein Zeitungsfoto gemalt, das die Verhaftung von Professor Werner Heyde zeigte, der damals zu den führenden Euthanasie-Ärzten gehört und nach dem Kriege unter dem Namen Dr. Fritz Sawade in Flensburg als Neurologe und Gerichtsgutachter gearbeitet hatte.

sei die Abbildung wichtig, benutze ich sie doch nur als Vorwand für ein Bild.«⁴⁸

Stefan Germer zufolge vertauschten die Fotobilder Richters sowohl Hochkultur mit Massenkultur wie das Öffentliche mit dem Privaten. Richter stieß bei seinen Amateurfotos auch auf Sujets, die aus dem Bereich des Avantgardistischen ausgeschieden und in den des Banalen oder Trivialen verbannt worden waren. Ein solches Sujet war auch die Geschichte des Dritten Reiches. Richter »entdeckt[e] das Historische an den Orten, an die man es nach dem Ende des Dritten Reiches verschoben hatte. Was aus der öffentlichen Sphäre verschwunden war, behielt im Privaten, in den Fotoalben und Kriegserinnerungen seinen Platz.«⁴⁹

Der Maler Georg Baselitz zeigte in seiner ersten Ausstellung u. a. das Bild »Große Nacht im Eimer«, auf dem ein masturbierender Knabe mit übergroßem Penis in kurzen Hosen zu sehen ist, der aber durch seine Darstellungsweise jede Form von Kontakt und Identifikation des Betrachters verhinderte. Dieses Bild von Baselitz war deutlich als eine Provokation der Öffentlichkeit angelegt. Im Vergleich zu Richter wählte er eine suggestive und vom Gegenstand her verständliche Bildsprache, die aber in ihrer Expressivität versuchte, die im Nationalsozialismus verlorene Tradition des Avantgardistischen neu zu beleben. Er zweifelte nicht wie Richter an der Zukunft von Malerei, sondern beschwor in seinen frühen Werken ihre physische Präsenz und ihre Wirkungsmöglichkeiten auf den Betrachter. Diese Werke riefen großen Widerspruch hervor; Baselitz und seine Galeristen wurden wegen »gemeinschaftlicher Ausstellung unzüchtiger Darstellungen« angeklagt und zu Geldstrafen verurteilt. Ende der 60er Jahre entschärfte Baselitz seine Motive, indem er seine figurativen Bilder über Kopf aufhing, um, so seine Begründung, eine Malerei zu präsentieren, die nicht vom Motiv beherrscht werden sollte – Diese Form wurde sein Markenzeichen.

Unter Einbeziehung der bereits erwähnten »Pandämonischen Manifeste«, die Baselitz mit Eugen Schönebeck verfaßte, interpretierte Germer die nicht auf die Verdrängung der Vergangenheit zielende, aber sie evozierende Malerei von Baselitz als die »Pose des pubertären Rebellen, der wünscht, nicht erwachsen werden zu wollen, um nicht für das von den Vätern Angerichtete zur Verantwortung gezogen werden zu können«.

48 Susanne Hüper, Gerhard Richter. Der Kapitalistische Realismus und seine Malerei nach Fotografien von 1962 bis 1966, in: Deutschlandbilder (wie Anm. 4), S. 265–268, hier: S. 265.

49 Stefan Germer, Die Wiederkehr des Verdrängten. Zum Umgang mit deutscher Geschichte bei Baselitz, Kiefer, Immendorff und Richter, Köln 1999, S. 44; Stefan Germer, Probevortrag, Frankfurt a. M. 1994, in: Germeriana. Unveröffentlichte oder übersetzte Schriften von Stefan Germer zur zeitgenössischen und modernen Kunst. Jahresring 46, Jahrbuch für moderne Kunst, Köln 1999, S. 42.

Noch in seiner Auflehnung trat der Künstler ein deutsches Erbe an, in Verhältnissen, die das Vergangene verleugneten, sich gegen die zu leistende Trauerarbeit sperren. »Folgerichtig kann die Geschichte auch nicht das Sujet, sondern allenfalls die Bedingung seiner Produktion bilden. [...] Die erotisierten und fragmentierten Körper sind das Gegenstück zur Ästhetisierung des Körpers im Faschismus.«⁵⁰

Die Darstellungen von Richter und Baselitz zur deutschen Geschichte begannen nicht mit großen Metaphern; der Grund für die zunächst anzutreffende Prä-Dominanz der partikularen Formen war – unabhängig von ihrer positiven bzw. kritischen, hinterfragenden Einstellung zur Malerei – von der noch vorherrschenden Verdrängung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bestimmt.

Anne Erfle zitiert in ihrem Beitrag über die »Deutschlandbilder« Sigmar Polkes die Forderung des französischen Philosophen Jean-François Lyotard an die moderne Malerei: »Sichtbar machen, daß es etwas gibt, das man denken, nicht aber sehen oder sichtbar machen kann.«⁵¹ Diese Aussage beschreibt sehr gut das Verständnis, das viele Künstlerinnen und Künstler als konzeptuelle Grundhaltung seit den 60er Jahren leitet. Der Akt des künstlerischen Schaffens soll gleichzeitig ein Prozeß seiner kritischen Hinterfragung sein – nur auf dieser Basis schien vielen die Kunst, deren traditionelle Ausdrucksformen und Institutionen Duchamp »ad absurdum« geführt zu haben schien, noch möglich. In der thematischen Kunst, worunter vor allem die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte fiel, fanden sich in den 60er Jahren sowohl »konzeptuell-anstößige« und »bedeutungshaft-aufklärerische« Positionen.

1965 entstanden parallel zu den biographischen und nationalen »Verwischungen nach Fotos« von Gerhard Richter (z. B. »Werner Heide im November 1959, als er sich den Behörden stellte«) drei Fassungen der »Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze« von Werner Tübke. Tübke interpretierte nach den Worten Eduard Beaucamps »mit Vorliebe Geschichte durch Geschichte«, d. h. durch historische Bewußtseins- und Bildformen. In altmeisterlichem Stil, in einer »Reanimation« der Malerei des 16. Jahrhunderts in Deutschland und Italien, entwickelte er Bilder von größter kompositioneller und semantischer Dichte, in denen Gegenwart und Vergangenheit in virtuosen Inszenierungen zu einem assoziationsreichen Vexier-Bild verbunden wurden.

In einem der erwähnten Bilder von Tübke teilt der marionettenhaft dargestellte Richter Dr. jur. Schulze »das Bild in eine linke Sphäre der höllischen Gewalt und ihrer Opfer und die paradisische Welt der Täter in der rechten Hälfte. [...] Der Blick des Ungeheuers fällt seitlich auf ein

⁵⁰ Germer, *Wiederkehr* (wie Anm. 49), S. 42.

⁵¹ *Deutschlandbilder* (wie Anm. 4), S. 271.

KZ-Szenarium, ein Kistengestell, in dem Häftlinge, Tote, beschriftete Säрге mit Namen jüdischer Opfer stecken. [...] Die Szenen verknäueln sich, gehen ineinander über, überlagern sich fast. [...] Man erkennt auf der linken Seite eine SA-Figur, darunter einen Uniformierten mit Himmler-Zügen, der einen blutig gemarterten Mann exekutiert [...] Links vom Richter die Schrecken, rechts die Idylle, die heile Welt der Täter. [...] In der rechten unteren Hälfte rücken die Extreme nah zusammen: Die bürgerlichen Laster, durch erotische Szenen vergegenwärtigt, und das entfesselte Grauen des Dritten Reiches ... Es entfaltet sich ein böses, bürgerliches Interieur, das [...] an Dix, diesmal an den Dix der 20er Jahre erinnert [...] Das alles sind Splitter, Assoziationen, Reste von Träumen, Idealen und Gegenwelten, die das Seelenleben des Künstlers bewegen, die das Unheil nicht abwenden und verhindern konnten und sich auch in der Erinnerung nicht zusammenfügen und schlüssig deuten lassen.«⁵²

Tübke hatte für seine individuellen akademischen Neigungen, nicht zuletzt für die »Wandlungsfülle der Kunst« und seine überragende zeichnerische Begabung, in der DDR der 60er Jahre einen Weg aus dem noch immer engen Parteidiktat eines »Sozialistischen Realismus« gefunden. Die Diskussion um das »kulturelle Erbe«, in der schon in den Architekturdiskussionen der späten 40er Jahre die »frühbürgerliche Revolution« in das Blickfeld gekommen war, und die ständige Forderung nach antifaschistischen Themen verknüpfte er zu einer künstlerischen Konzeption, die aus der Sackgasse der »Formalismus«-Debatte herausführen konnte. Trotz größter Widerstände der offiziellen parteilichen Kunstkritik hatte sich Tübke Anfang der 70er Jahre durchgesetzt, nachdem seine erste Einzelausstellung 1971 in Italien ein großer Erfolg geworden war.

Sowohl Gerhard Richter wie Werner Tübke verstanden sich nicht primär als politisch engagierte Künstler, sondern beanspruchten unter sehr gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen einen hohen Grad an künstlerischer Autonomie, was ein Interesse an der persönlichen und gesellschaftlichen Verarbeitung von Geschichte nicht ausschloß.

Ende 1987 und im Frühjahr 1988 beendete Tübke sein Panorama-Bild in Frankenhausen, für das ihm 1975 anlässlich des 450. Jahrestages der Schlacht bei Frankenhausen vom Kultusministerium der DDR der Auftrag erteilt worden war, und Gerhard Richter schloß seinen insgesamt 15 Bilder umfassenden Zyklus zur RAF, zum Tod der Terroristen im Hochsicherheits-Gefängnis Stuttgart-Stammheim sowie zu Ereignissen aus der Frühzeit des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland ab.

52 Eduard Beaucamp, Werner Tübke: »Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze III«, in: Deutschlandbilder (wie Anm. 4), S. 204; ferner Werner Tübke – Das malerische Werk. Verzeichnis der Gemälde 1976 – 1999. Ausstellung Bad Frankenhausen, Kat., Amsterdam/Dresden 1999.

Die Eröffnung des Panoramas in Frankenhausen und die Ausstellungen des Zyklus »18. Oktober 1977« fielen in das Jahr 1989. Während Tübke im Laufe der über zehnjährigen Entstehung seines Werkes sich immer weiter von allen politischen Vorgaben befreit hatte und schließlich auch die Ausführung ohne Assistenz erledigte und damit einen Auftrag zu einem Selbstauftrag verwandelt hatte, hatte sich Richter fast ebenfalls zehn Jahre lang mit dem Thema der RAF beschäftigt. Das Panorama in Frankenhausen stand schon von seinem Auftrag her in der Tradition des Historienbildes, der Zyklus »18. Oktober 1977« war nicht als ein klassisches Historienbild konzipiert worden. Dennoch sind beide Arbeiten durch die historischen Umstände zu repräsentativen künstlerischen Gedächtnisbildern geworden, die, wenn auch unterschiedlich in der Gewichtung, für Ost- wie Westdeutschland eine große Bedeutung besitzen. Darüber hinaus sind sie der vorläufige Höhepunkt einer themenbezogenen »Re-Nationalisierung«, die sich aus der gemeinsamen Erinnerungsarbeit und dem ›Leidschatz‹ einer Nachkriegsgeneration in den 60er Jahren als ein Schwerpunkt in der Bildenden Kunst ergeben hatte.

XIII. Joseph Beuys – die Gesellschaft als ›soziale Plastik‹

»In Deutschland hält ein Mann namens Joseph Beuys, Künstler, ehemaliger Medizinstudent und ehemaliger Pilot der Luftwaffe, nun Professor an der Akademie in Düsseldorf, eine Ansprache bei Semesterbeginn. Mit einer Axt in der Hand ahmt er zehn Minuten lang den Schrei eines Hirschen nach. Er hat die Deutsche Studentenpartei und einige Jahre zuvor die politische Partei der Tiere gegründet. Hunderte von Blättern hat er mit Tuschzeichnungen von ursprünglicher, geheimnisvoller Schönheit bedeckt, sich mit rituellen Aktionen in Szene gesetzt, bei denen die kleinste Geste enorme symbolische Energien freisetzt, er hat aus den unpassendsten Materialien Objekte gefertigt und ihnen okkulte Kräfte zugeschrieben. Er stellt sie zur Zeit auf der documenta in Kassel als Reliquien aus. Wer es hören will, dem erklärt er, wie man sie gebraucht, als handle es sich um wissenschaftliche Geräte. Er propagiert die soziale Plastik und ist auf dem besten Wege, ein lebender Mythos zu werden. Er hat die Malerei einem toten Hasen erklärt, und die Schüler, die sich in seinen Vorlesungen drängen, lehrt er, daß jeder Mensch ein Künstler und das wahre Kapital nicht das Geld, sondern die Kreativität sei.« (Thierry de Duve)⁵³

53 Der 18. Oktober 1977 – ein Zyklus in der Tradition der Historienmalerei?, in: Martin Henatsch, Gerhard Richter. 18. Oktober 1977. Das verwehte Bild der Geschichte, Frankfurt a. M. 1998, S. 42–55; Gilles Néret, Avantgarde. Malerei und Plastik. 1945 bis 1975, München 1988, S. 216 f.

Joseph Beuys, 1921 geboren, war einer der wenigen Künstler seiner Generation, der versucht hat, sich nicht nur mit der deutschen Vergangenheit, z. B. zehn Jahre lang mit dem Thema Auschwitz, auseinanderzusetzen, sondern auf der Grundlage von naturwissenschaftlichen und anthroposophischen Studien sowie mit christlicher und archaischer Symbolik der Kunst und der Gesellschaft, die er als eine organische und spirituelle Einheit sah, Wege aus dem Blockdenken der politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts zu weisen. Er forderte eine anthropologische, auf den Menschen ausgerichtete Kunst, die nicht wie die meisten Ansätze der Verbindung von Kunst und Leben in den Avantgarden des 20. Jahrhunderts zu einem affirmativen Bestandteil des herrschenden System werden sollten. Sein berühmtes Wort »jeder Mensch ist ein Künstler« meinte nicht, daß jeder im traditionellen Sinne ein Künstler sei, sondern er wollte damit auf die potentielle Fähigkeit aller Menschen verweisen, sich frei zu entfalten. In diesem Sinne war für Beuys Kunst »Freiheitswissenschaft«. Er selber wollte diesen Prozeß, den er mit sich selber vornahm, in all seinen Einzelheiten, Widersprüchen und Schwierigkeiten nach außen tragen, weshalb er die Rolle eines Künders oder eines Revolutionärs neuen Typs darin sah, mit Hilfe eines erweiterten Kunstbegriffs den Menschen die Aufgabe zuzuweisen, sich als Natur- und Geisteswesen gleichermaßen zu verstehen. »La Rivoluzione siamo noi« steht auf einem als Postkarte und Poster 1970/1971 erschienenen Multiple, das Beuys in seinem klassischen Outfit mit Anglerweste, Hut und Tasche zeigte. 1964 erklärte er seinen Lebenslauf als identisch mit seinem Werklauf und unterschied folgerichtig nicht mehr zwischen künstlerischen und anderen Tätigkeiten.⁵⁴

Beuys erntete für seine dezidiert politischen Aktivitäten sowohl Widerspruch als auch Zustimmung. 1967 gründete er die »Deutsche Studentenpartei«, die er später in »Fluxus-Zone West« umbenannte, 1970 die »Organisation der Nichtwähler / Freie Volksabstimmung« und 1971 die »Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung, Freie Volksinitiative e.V.« Sein parteipolitischer Höhepunkt war die Kandidatur zur Wahl des Europaparlamentes 1979/1980 für die Grünen. Nach seiner Entlassung aus der Düsseldorfer Kunstakademie 1972 initiierte er die »Freie Internationale Hochschule für Kreativität und interdisziplinäre Forschung«, für die Heinrich Böll das Programm schrieb.

Beuys ließ sich durch die Kritik an seinen rational oft nur sehr schwer nachzuvollziehenden Gedanken sowie an seiner Doppelrolle als Heilslehrer und Starkünstler – der bekannteste neben Andy Warhol seit den 60er Jahren – wenig beirren. »Trotz seines subjektivistischen Umgangs mit Politik und Wissenschaft konnte Beuys eine angesehene und zeitweise

54 Eugen Blume, Der Künstler als Erlöser – La Rivoluzione siamo noi, in: Das 20. Jahrhundert (wie Anm. 5), S. 180f.

beinah einflußreiche Figur des öffentlichen Lebens werden, weil er das Talent besaß, die richtigen Themen zum richtigen Zeitpunkt aufzugreifen.«⁵⁵

Zu diesen Themen gehörte die von Beuys bis an den Rand seiner physischen Belastbarkeit gepflegte Diskussionskultur, mit welcher er neue kommunikative Strukturen zwischen Politik und Verwaltung einerseits und der Bevölkerung andererseits zu etablieren versuchte, sowie seine weit über den Bereich der Kunstakademie hinaus wirkende Pädagogik. So nahm Beuys u. a. prägenden Einfluß auf seine Schülerinnen und Schüler an der Akademie sowie auf Kollegen, und er setzte programmatische Akzente. »Jeder muß durch sein Fach zu menschenkundlichen Erkenntnissen führen. Dazu gehört das ganze Leben, auch Politik. Wenn eine Schülerin bei mir einmal ihre Kinder besser erziehen sollte, so ist das für mich mehr, als einen großen Künstler ausgebildet zu haben. Man kann nicht mehr von dem alten akademischen Konzept ausgehen, große Künstler auszubilden, das bleibt ein glücklicher Zufall. Wovon man aber ausgehen kann, ist die Idee, das Kunst und aus Kunst gewonnene Erkenntnisse ein rückfließendes Element ins Leben bilden können«, so eine seiner umstrittensten pädagogischen Zielsetzungen.⁵⁶

Auch außerhalb der Kunstszene erzielte Beuys mit seinen politischen Aktivitäten eine breite Wirkung. Provokante politische Äußerungen wie der Vorschlag im Programmheft einer internationalen Fluxus-Aktion an der TH Aachen am 20. Juli 1964, die Berliner Mauer aus rein formalästhetischen Gründen um fünf Zentimeter zu erhöhen, führten dabei erstmals dazu, seine Entlassung aus der Kunstakademie Düsseldorf zu erwägen, welche dann, wie erwähnt, 1972 vollzogen wurde.⁵⁷ Dies hinderte ihn aber nicht, auch später mit spektakulären politisch orientierten Kunstaktionen öffentlichen Widerspruch zu provozieren.⁵⁸

Beuys entwickelte sein politisch-mythisches Verständnis einer Verbin-

55 Grasskamp (wie Anm. 1), S. 68.

56 Zit. nach: Jappe, *Beuys packen* (wie Anm. 42), S. 51–53; Carl-Peter Buschkühle, *Wärmezeit. Zur Kunst als Kunstpädagogik bei Joseph Beuys*, Frankfurt a. M. 1997.

57 Während der Aachener Aktionen war es außerdem zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Beuys und einem Studenten gekommen. Danach hatte Beuys mit blutender Nase ein Kreuz hochgehalten. Dieses Foto machte Beuys in seiner Rolle als »messianischer Künstler« zum ersten Mal weit bekannt. Vgl. Adam C. Oellers, *Fluxus an der Grenze. Aachen, 20. Juli 1964*, in: *Deutschlandbilder* (wie Anm. 4), S. 232–239, hier: S. 238; Hans Markus Horst, *Kreuz und Christus. Die religiöse Botschaft im Werk von Joseph Beuys*, Stuttgart 1998, S. 200ff.

58 So z. B. mit dem Projekt »Gesamtkunstwerk Freie und Hansestadt Hamburg« 1983, vgl. Uwe M. Schneede, *Joseph Beuys' »Gesamtkunstwerk Freie und Hansestadt Hamburg«*, in: *Kunst im öffentlichen Raum. Anstöße der 80er Jahre*, hrsg. von Volker Plagemann, Köln 1989, S. 198–205; vgl. allgemein zu solchen Aktionen Sabine Sabor, *Ökologische Perspektiven in der westdeutschen Kunst nach 1945*, Bochum 1998.

derung von Kunst und Leben prozeßhaft, wobei seiner Auseinandersetzung mit der anthroposophischen Dreigliederung (Geist – Recht – Demokratie) und seinem Plädoyer für einen erweiterten Kunstbegriff offenkundig biographische Motive aus seiner Jugend und Soldatenzeit – und damit seiner Vergangenheit im NS-Regime – sowie seinem Beginn als unbekannter, mit großen psychischen und finanziellen Problemen kämpfender Künstler in den 50er Jahren zugrunde lagen. Georg Jappe betonte zu recht, daß Beuys von Zeitgenossen zwar als große Künstlerpersönlichkeit, für viele sogar als größte ihres Lebens, geschätzt und respektiert worden ist, »aber eben als Künstler durch und durch; nicht Anthroposoph oder Kulturphilosoph, Politiker oder Mystiker – das alles war sekundär, waren Gedankengänge als Anregungsfelder für eine anthropologische, kleine menschenkundliche Kunst. Beuys griff vieles auf, von ganzen Themen bis zu einzelnen Sprüchen, integrierte vieles [...] Grundprinzip blieb das künstlerische, und künstlerisch ist er an alle Fragen herangegangen.«⁵⁹

Auch nach seiner Berufung an die Düsseldorfer Akademie für »Monumentale Bildhauerei« blieb Beuys wie die Mehrheit seiner zeitgenössischen Kollegen zunächst ein introvertierter, an aktueller Politik wenig interessierter Künstler. Erst durch die Berührung mit der Fluxus-Bewegung und die Herausbildung seiner Aktionsformen – zwei Drittel dieser Aktionen fanden zwischen 1963 und 1970 statt – entwickelte er eine Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Geschehen, dessen Teil er durch sein Werk und seine Person wurde. 1967 wurde die erste Retrospektive seines Werkes im Städtischen Museum Mönchengladbach unter dem Titel »Joseph Beuys. Parallelprozeß I« gezeigt. Als der Darmstädter Fabrikant Karl Ströher kurz vor der Eröffnung alle Objekte und gleichzeitig die größte private Pop-Art, die Leo Kraushar-Collection in New York, erwarb, erklimmte Beuys in den Augen der Fachöffentlichkeit und des internationalen Kunsthandels die gleiche Ebene wie die damals schon renommierten Amerikaner Andy Warhol, Robert Rauschenberg, Jasper Johns oder Claes Oldenburg. Ströher schloß mit Beuys auch einen Vertrag zu einer dauerhaften finanziellen Unterstützung, der es dem Künstler ermöglichte, seine politischen Ziele zu erreichen.⁶⁰

In eben jenem Jahr gründete Beuys die Deutsche Studentenpartei und begann damit ein politisches Engagement, das sich zunächst auf eine Reform der Künstlerausbildung an der Düsseldorfer Akademie konzentrier-

59 Jappe, *Beuys packen* (wie Anm. 42), S. 18; *Kunst der 60er Jahre*, 4. verb. Aufl., Sammlung Ludwig im Wallraf-Richartz-Museum, Kat., Köln 1970; Eva Wenzel u. Jessyka Beuys, *Joseph Beuys: Block-Beuys. Der Beuys-Block im Hessischen Landesmuseum Darmstadt*, gekürzte Sonderausgabe, München 1997.

60 Vgl. Barbara Lange, *Joseph Beuys. Richtkräfte einer neuen Gesellschaft*, Berlin 1999, S. 104 f.

te und ihn in den erwähnten scharfen Konflikt mit vielen seiner Kollegen und dem Kultusministerium brachte.⁶¹

Beuys avancierte durch seine provokativen Werke und Aktionen zu einem der umstrittensten bundesdeutschen Künstler.⁶² Vom international bekannten und politisch ebenfalls engagierten Wolf Vostell, der zum Teil noch früher als Beuys brisante Themen wie Auschwitz, die Stadt- und Umweltzerstörung sowie Konsumkritik in seinen Werken und seinen berühmt gewordenen Happenings aufgegriffen hatte, unterschied sich Beuys nicht nur durch seine mythische Symbolsprache, sondern auch durch seine visionären gesellschaftlichen Perspektiven. Vostell beschränkte sich auf die Kritik an der westlichen Gesellschaft, wobei er gleichzeitig ihre Faszination thematisierte; Beuys wollte eine andere Gesellschaft, die die Menschen aus den Zwängen der dominierenden Ideologien befreite und ihnen das Bewußtsein vermitteln sollte, als einzelne Teil einer »sozialen Plastik« zu sein.⁶³

Wolf Vostell gestaltete den Katalog der Sammlung Aktueller Kunst des Sammlerpaars Irene und Peter Ludwig, die im Frühjahr 1969 als Teil des Kölner Wallraf-Richartz-Museums eröffnet wurde. Im Vorwort zur vierten Auflage des als eigenes Kunstobjekt präsentierten Kataloges, dessen zeittypisches Design zwischen Pop-Art und *arte povera* inzwischen eine breite ästhetische Nachfolge gefunden hat, teilte Direktor Gerd von der Osten mit, daß die Bestände vor allem der amerikanischen Pop-Art durch das Sammlerpaar weiter ergänzt worden seien. Dementsprechend waren vor allem amerikanischen Künstlern mehrere Abbildungsseiten gewidmet, Beuys dagegen nur eine. Ebenfalls 1969 übergab Karl Ströher, der wie Ludwig eine große Pop-Sammlung besaß, seinen Werkkomplex von Beuys, den »Block-Beuys«, als Dauerleihgabe an das Darmstädter Landesmuseum. Während in Köln die Bilder und Skulpturen in traditioneller Weise präsentiert wurden, installierte in Darmstadt Beuys selber sein Ensemble in sieben Räumen zu einem »Gesamtkunstwerk«, in dem Skulptu-

61 Vgl. Susanne Fischermann, Johannes Cladders. Museumsmann und Künstler, Frankfurt 1997, S. 33–83; Heiner Stachelhaus (Joseph Beuys, Düsseldorf 1989, besonders S. 135–157) bietet nach wie vor die beste Einführung in das Leben und das Werk von Beuys.

62 Dies schlug sich auch in der späteren Würdigung von Beuys' Werk und Wirkung nieder; vgl. Lange (wie Anm. 59), S. 169 u. 243; Franz Gieseke u. Albert Markert, Flieger, Filz und Vaterland. Eine erweiterte Beuys-Biographie, Berlin 1996; Sandro Bocola, Die Kunst der Moderne. Zur Struktur und Dynamik ihrer Entwicklung. Von Goya bis Beuys, München/New York 1997, S. 537; Germer, Wiederkehr (wie Anm. 49), S. 31 ff.; Dirk Luckow, Joseph Beuys und die amerikanische Anti-Form-Kunst, Berlin 1996, S. 326 f.; Anne Hoormann, Land-Art. Kunstprojekte zwischen Landschaft und öffentlichem Raum, Berlin 1996; zur body-art vgl. den Katalog »Out of actions?« (wie Anm. 24).

63 Für Literatur zu Wolf Vostell vgl. Anm. 23.

ren, Plastiken, Aktionswerkzeuge, Bilder, Zeichnungen und Partituren zu einer materiellen und geistigen Gesamtheit verdichtet wurden. Aus diesem Anlaß richtete Beuys als Teil des Ensembles auch eine Vitrine mit dem Titel »Auschwitz-Demonstration« ein, in der er seine Objekte aus den Jahren 1956 bis 1964 in einer Form von »Ekel-Ästhetik« – oft aus verderbenden Lebensmitteln bestehend – zusammenstellte.⁶⁴

Weder das Ensemble noch die Vitrine zum Thema Auschwitz wären 1969 in der Sammlung Ludwig und im Wallraf-Richartz-Museum, d. h. in einem musealen Zusammenhang, möglich gewesen. Noch fünf Jahre später lehnte, wie erwähnt, die personell weitgehend identische Museumsleitung das Manet-Projekt von Hans Haacke ab, weil sie den Zusammenhang von Kunst und wirtschaftlichen Interessen bei Sammlern und Förderern in einer Sphäre ausschließlich geistiger Macht für nicht darstellungswürdig hielt.

Der internationale Einfluß von Beuys erstreckte sich nicht nur auf die USA, sondern auch auf Italien, wo ab Mitte der 60er Jahre ebenfalls Kunstwerke mit »armen Materialien« wie Blei, Fett, Gummi oder Kohle verwendet wurden, die der Kritiker Germano Celant als »arte povera« bezeichnete.

Die Haltung dieser Künstler (Giovanni Anselmo, Jannis Kounellis, Mario Merz u. a.) war inspiriert von den Protesten der Studentenbewegungen in Europa und in den Vereinigten Staaten. Der nackte Gegenstand symbolisiere eine Erkenntnis, die nicht durch Autoritäten wie Eltern, Priester, Lehrer, Polizisten, Generäle und Politiker gefiltert und verzerrt wurde. Auch in diesem »neuen Humanismus«, wie Celant ihn nannte, ließen sich viele Vergleiche zu Beuys herstellen.⁶⁵

Ende der 60er Jahre entwickelte sich, überwiegend ausgehend von den USA, eine konzeptuelle Kunst, die in sehr unterschiedlichen Formen Semiotik, Sprechakttheorie und Systemtheorie thematisiert. Kunst und Sprache sowie die Kontextualität zwischen Kunst und Kunst, Kunst und Raum und Kunst und Zeit bestimmten die Überlegungen. Das Konzept bzw. das Exposé wurde wichtiger als die Ausführung, die andere übernehmen konnten. Einzelne Vertreter dieses Ansatzes wie die Amerikaner Lawrence Weiner, Sol Le Witt und Joseph Kosuth, der Franzose Daniel Burin und die Deutsche Hanne Darboven wurden in der internationalen Kunstszene in den 70er Jahren bestimmend.⁶⁶

64 Mario Kramer, Joseph Beuys: »Auschwitz-Demonstration 1956–1964«, in: Deutschlandbilder (wie Anm. 4), S. 293–303.

65 Crow (wie Anm. 13), S. 147; Dirk Luckow, Joseph Beuys und die amerikanische Anti-Form-Kunst. Einfluß und Wechselwirkung zwischen Beuys und Morris, Hesse, Nauman, Serra, Berlin 1998, S. 326 f.; Germano Celant, Arte Povera, Basel 1989.

66 Ulrich Tragatschnig, Konzeptuelle Kunst. Interpretationsparadigmen, Berlin 1998.

XIV. Kunst und Leben als Künstlermandat? Künstlerinnen und Künstler in der DDR

Die sehr kontroverse, häufig polemische Debatte, die nach 1989 vor allem gegen die sogenannten »Staatskünstler« wie Bernhard Heisig, Willi Sitte, Werner Tübke und andere einsetzte, war einerseits Ausdruck der sehr unterschiedlichen Kunstauffassungen, wie sie sich vor allem in den 60er Jahren in beiden deutschen Staaten durchgesetzt hatten; auf der einen Seite ein radikal moderner Kunstbegriff, der keine Grenzen akzeptierte, auf der anderen Seite traditionalistische Vorstellungen, die noch Motiv und Thema, Symbol und Botschaft sowie die historische Verbindlichkeit der Form und eine soziale Verbindlichkeit der Kunst beinhalteten. Mit dieser Kunstauffassung war der Glaube vieler Künstler – und Politiker – an eine sozialutopische Transzendenz und moralische Verantwortung der Kunst verbunden, der ebenso wie die ästhetische Grundauffassung ein bürgerliches Erbe beinhaltete. Der Kunsthistoriker Ulrich Kuhhirt definierte den Zusammenhang künstlerischen Schaffens und gesellschaftlich verantwortlichen Handelns und Denkens. »Der Künstler mußte die sozialistische Revolution gleichsam auch in sich selbst vollziehen, Gesellschaftliches und Künstlerisches, Politisches und Ästhetisches in Einklang bringen.«⁶⁷

Martin Warnke stellt in einem Beitrag über den DDR-Künstler fest, daß die biographischen Angaben in Katalogen, Kunstgeschichten und Kunstkritiken der DDR denkbar knapp wären. »Fast müßte man als erstes Charakteristikum des DDR-Künstlers angeben, daß er keine Biografie haben durfte; daß er im Schrifttum eher als Begriffswesen denn als Lebewesen erscheint.«⁶⁸

Es fehlen u. a. so wichtige Angaben wie die soziale Herkunft, d. h. es sollte vor allem bei den Jüngeren keine Auskunft darüber erteilt werden, ob es sich um Arbeiterkinder bzw. um Talente »von unten« handelte, so wie sie der »Bitterfelder Weg« propagiert hatte.

Eine bessere Kenntnis und eine exemplarische Erforschung der Biografien von »inoffiziellen und offiziellen« Künstlern würde die Grundlage ergeben, auf der man die jeweils individuellen Strategien der Künstler in der DDR in den 60er Jahren und in einzelnen Phasen der offiziellen Kunstpolitik besser beurteilen und Vergleiche mit Künstlern in Westdeutschland ziehen könnte.

67 Zit. nach: Martin Warnke, Gibt es den DDR-Künstler? Anmerkungen zu einem Künstlertypus, in: Auf der Suche nach dem verlorenen Staat. Die Kunst der Parteien und Massenorganisationen der DDR, hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Museums und Ars Nicolai GmbH von Monika Flacke, Berlin 1994, S. 40–46, hier: S. 40.

68 Ebd.

Der größte Arbeitsmarkt für Künstlerinnen und Künstler in der DDR war angesichts eines fehlenden Kunsthandels und von Galerien für Aktuelle Kunst die architekturbezogene Kunst und nach den Beschlüssen der Bitterfelder Konferenz 1959 die Tätigkeit in Betrieben in unmittelbarer Auseinandersetzung mit den »in der Produktion arbeitenden Menschen«. ⁶⁹

Die einzig umfassende Studie über die Auftragskunst, die bisher vorliegt, stammt von dem Leipziger Kunstwissenschaftler Peter Guth. In ihr sind die konzeptionellen und ideologischen Vorgaben, auf die Künstler in diesem Bereich reagieren mußten, in ihrer historischen Entwicklung seit 1945 unter dem Titel »Wände der Verheißung« dargelegt. Seine »Inhaltsangaben« der Jahre zwischen 1961 und 1971 geben die Aufgabe der öffentlichen Kunst nach dem Bau der Mauer deutlich wieder: »Der Traum vom Heimatland. Von der harmonisierenden Wirkung der Kunst beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihrer Behausungen.« ⁷⁰

Die architekturbezogene Kunst entstand in Ostdeutschland und in Westdeutschland in den 60er Jahren sehr häufig auf der Grundlage des geringsten gemeinsamen Nenners, weil viele Mitsprachen und Planer, Architekten und Techniker den Künstlern kaum eine Möglichkeit boten, sich mit ihren gestalterischen Ideen durchzusetzen. Die Betriebskunst in der Folge des Bitterfelder Weges hat den Künstlerinnen und Künstlern einen guten, aus Sicht der Funktionäre manchmal zu guten, Einblick in die industrielle Produktion verschafft, aber die künstlerischen Ergebnisse befriedigten weder Produzenten noch Rezipienten. ⁷¹

69 Zur späteren Entwicklung von Galerien vgl. Paul Kaiser, Spuren des Eigensinns. Inoffizielle Galerien und autonome Künstlergruppen in der DDR zwischen Aktionismus und Selbstbescheidung, in: Aufstieg und Fall der Moderne, Kat., hrsg. von Rolf Bothe u. Thomas Föhl, Weimar 1999, S. 474 ff.

70 Vgl. Peter Guth, Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995, S. 191 ff.; Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945–1990. Aufsätze. Berichte. Materialien, hrsg. Günter Feist, Eckhart Gillen u. Beatrice Vierneisel, Köln 1996; eine Übersicht über die Auftragskunst der DDR gibt der Katalog »Auftragskunst der DDR. 1949–1990«, hrsg. von Monika Flacke, Deutsches Historisches Museum Berlin 1995, S. 127–207.

71 Lindner (wie Anm. 5), S. 125 ff.; vgl. auch Damus (wie Anm. 6), S. 183 ff.; Martin Damus u. Henning Rogge, Fuchs im Busch und Bronzeflamme. Zeitgenössische Plastik in Berlin-West. Ein Kunstbuch und eine neue Art von Stadtführer, München 1979. Zu den Problemen von Künstlerinnen und Künstlern mit der Auftragskunst und dem mit dem Osten vergleichbaren Harmoniebedürfnis in Westdeutschland vgl. Hans-Joachim Manske, Zu den Inhalten öffentlicher Kunstwerke nach 1945, in: Kunst im Stadtbild. Von Kunst am Bau zu Kunst im öffentlichen Raum, Kat., Wanderausstellung der Universität Bremen 1976, S. 52–81, ders., »Unschuldige Provinzialität«. Die Kunst am Bau in den 50er Jahren, in: Flugdächer und Weserziegel. Architektur der 50er Jahre in Bremen, Worpswede 1990, S. 65–81; zur Situation des Künstlers gegenüber den Auftraggebern in den 50er und 60er Jahren vgl. den ebd. abgedruckten Brief des Bremer Künstlers Ulf Schoener an das Bremer Hochbauamt 1955.

Die Qualitätsprobleme der öffentlichen Kunst und der Betriebskunst in der DDR gelten vor allem für die Malerei, aber nicht in gleichem Maße für die figürliche Skulptur. In den 50er Jahren saßen auf den Lehrstühlen in Dresden und Halle, vor allem aber in Ost-Berlin (Gustav Seitz, Waldemar Grzimek, Fritz Cremer) Künstler, die sich auf die lange und bedeutende Tradition figürlicher Kunst in Deutschland verstanden; vor allem in Berlin hatte dieser »Realismus« in der Skulptur seit dem frühen 19. Jahrhundert (Gottfried Schadow) einen Schwerpunkt, der auch in Westberlin durch alle neuen internationalen Bewegungen der tonangebenden westlichen Nachkriegsmoderne erhalten blieb. Der Realismus in der Skulptur hat nicht nur eine auch im internationalen Vergleich kontinuierliche Leistungshöhe gewahrt, seine Vertreterinnen und Vertreter haben in ihren gestalterischen Aussagen Vorstellungen von der Würde des Menschenbildes in der Kunst durchgehalten – schon in den 50er Jahren verweigerten sich die meisten dem Sozialistischen Realismus und ließen Staat und Partei bei monumentalen propagandistischen Aufgaben immer häufiger bis zum Ende der DDR zu sowjetrussischen Künstlern greifen.⁷²

Zwei äußerst gegensätzliche Künstler in der DDR waren Gerhard Altenbourg (Pseudonym, eigentlich Gerhard Ströch, geb. 1926) und Fritz Cremer (geb. 1906).

Altenbourg wurde schon 1950 in Weimar exmatrikuliert und sah sich bis Anfang der 80er Jahre einem Ausstellungsboykott in der DDR gegenüber. Der bedeutendste Künstler der DDR in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten lebte in seinem Land in Innerer Emigration, war dagegen in der alten Bundesrepublik hoch geachtet. Schon 1952 hatte er in der Westberliner Galerie von Rudolf Springer seine erste Einzelausstellung, in den 60er Jahren wurden seine Werke in der Kritik und im Kunsthandel hoch gehandelt. Seit 1970 war er Mitglied der Akademie der Künste Westberlin.

Seine Biographie (Studienzeit, Kriegsteilnahme) und sein souveränes malerisches und grafisches Werk besitzen zahlreiche Parallelen zum Leben und Schaffen des fünf Jahre jüngeren Joseph Beuys bis 1960. Beide Künstler reflektierten mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen ihre Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt und entwickelten daraus ein Werk, das in seiner jeweiligen Qualität maßstabsetzend für die Kunst in Ost- und Westdeutschland war und wirkte.⁷³

72 Waldemar Grzimek, *Deutsche Bildhauer des 20. Jahrhunderts. Leben. Schulen. Wirkungen*, Wiesbaden 1969; *Bildhauerkunst aus der Deutschen Demokratischen Republik*, Kat., hrsg. vom Zentrum für Kunstausstellungen der DDR, Berlin 1987 (Wanderausstellung in Bonn, München und Mannheim).

73 *Zeitvergleich* (wie Anm. 5), S. 41–53; *Bilder aus Deutschland. Kunst der DDR aus der Sammlung Ludwig*, Kat., Joseph-Haubrich-Kunsthalle Köln 1990, S. 68–77.

Fritz Cremer ist im Vergleich zu Gerhard Altenbourg immer ein »offizieller Künstler« gewesen. 1928 trat er in die Kommunistische Partei ein, seit Beginn der 30er Jahre lebte er in Berlin und war von 1934 bis 1938 Meisterschüler von Wilhelm Gerstel, danach besaß er ein Meisteratelier an der Preußischen Akademie der Künste. Er unternahm zahlreiche Auslandsreisen, eine davon führte ihn 1936 nach London zu Hanns Eisler, Helene Weigel und Bertolt Brecht. Zwischen 1940 und 1944 war er Soldat, 1942 erhielt er den Rom-Preis (Aufenthalt in der Villa Massimo). Er geriet in jugoslawische Kriegsgefangenschaft und wurde im Oktober 1946 Professor an der Bildhauerabteilung der »Akademie für Angewandte Kunst« in Wien, wo er eine Statue für den Österreicher-Gedenkraum im ehemaligen KZ. Auschwitz begann.

Trotz seiner kommunistischen Überzeugungen und seiner Verbindungen zum Widerstand – seine Frau, die Tänzerin Hanna Berger, wurde 1942 als Mitkämpferin der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe von der Gestapo verhaftet – blieb Cremer im Schutze der Berliner Akademie unbehelligt. Sowohl sein Lehrer Gerstel, aber später auch Arno Breker, schafften es, die Politik aus den Meisterklassen-Ateliers herauszuhalten. Cremers traditionelle Figürlichkeit wurde akzeptiert.

1950 zum Mitglied der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin / DDR und zum Leiter eines ihrer Meisterateliers berufen,⁷⁴ wurde Cremer der bekannteste, offiziell anerkannteste und fest hinter dem Aufbau des Sozialismus in der DDR stehende Künstler, der in der sogenannten Formalismus-Debatte, in der es um die Frage ging, ob die abstrakten Bildsprachen der frühen Moderne und der Nachkriegsmoderne für eine sozialistische Kunst zu nutzen seien, für eine aktive Auseinandersetzung mit der »Westkunst« plädierte.

Im Herbst 1961 initiierte Fritz Cremer die Ausstellung »Junge Künstler« der Akademie der Künste, die sofort heftig kritisiert wurde, vor allem von Alfred Kurella, den besonders ein Film des Malers Jürgen Böttcher über ein Interview mit drei Arbeitern, die sich in ihrer Freizeit künstlerisch betätigen, aufregte. Das Ganze war als eine Satire auf den Bitterfelder Weg gemeint und wurde auch so gesehen.

Die Absicht Cremers war es, zu zeigen, daß es neben der offiziellen Kunstpolitik eine nicht zur Kenntnis genommene oder gar unterdrückte große Kunst im Stillen gebe. Er verfolgte damit genau die Linie, die unter

74 Fritz Cremer – Plastik und Grafik, Kat., Wilhelm-Lehmbruck-Museum der Stadt Duisburg 1980/81. Die Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Kunsthandel der DDR organisiert; die biographischen Angaben zu Cremer stammen von Christine Hofmeister, der damaligen vertretenden Leiterin der Nationalgalerie Ost-Berlin (im Katalog S. 12–47). Die Aussage über das Verhalten Arno Brekers stammt von Fritz Cremer aus einem Gespräch mit dem Autor 1983 in Ost-Berlin.

repressiven politischen Verhältnissen einzelne seiner Vorgänger an der Akademie im »Dritten Reich« eingenommen hatten. Cremer, der sich seit Ende der 50er Jahre immer stärker auf Bertolt Brecht berief, war sich dessen Warnung an die Maler der DDR, den »normalen Kitsch« der Sowjetunion nicht zu übernehmen und Themen wie »die Trambahnschaffnerin spricht mit dem Volkspolizisten« auszuschließen, vollauf bewußt. Als Reaktion auf die Parteikritik an der Ausstellung trat Cremer im Januar 1962 von seiner Position als Sekretär der Sektion Bildende Kunst der Deutschen Akademie zurück.⁷⁵

Am vehementesten plädierte Cremer nach der zweiten Bitterfelder Konferenz 1964 für die Abschaffung des »dogmatischen Teufels«. »Wir brauchen eine Kunst, die die Menschen zum Denken veranlaßt, und wir brauchen keine Kunst, die ihnen das Denken abnimmt [...]. Wir brauchen keine volkstümliche Kunst. Das Volk ist nicht »tümlich« ... schließlich haben wir im tausendjährigen Reich eine solche Periode von Muff und Staub verlorener Kleinbürger und heroischer Volkstümlerei hinter uns [...]. Brauchen wir eine volksverbundene Kunst? Ja und nein [...]. Guernica ist, wenn man die Kunst als ein allgemeines humanistisches Anliegen ansieht, [...] nicht weniger volksverbunden als die Sixtinische Madonna. Und diese Einsicht und Erkenntnis zumindest brauchen wir, um weiter zu kommen und tiefer in die Politik einzudringen.«⁷⁶

Cremer empfand sein Künstlermandat ausschließlich als eine Notwendigkeit und Möglichkeit, mit der Öffentlichkeit über die Form und den Inhalt von Kunst kontrovers zu diskutieren, um an dem mitzuwirken, was man einmal Sozialistische Kunst nennen könnte: »Ich mach' auch keine Kunst zum Gefallen. Manchmal ja. Aber im Grunde mache ich etwas, um geistige produktive Kräfte herauszufordern, aber natürlich in kritischem Sinne.«⁷⁷

Cremer war einer der prominenten Künstler in der DDR, der aus grundsätzlicher sozialistischer Überzeugung Brüche in seinem Werk auf sich nahm, aber gleichzeitig seine Anpassungen kritisch reflektierte. Gerade in der extremen kommunikativen Interpretation ihres Künstlermandats waren sich vielleicht Fritz Cremer und Joseph Beuys trotz des Altersunterschiedes und des gesellschaftlichen Umfeldes durchaus nahe. Sie beide einte eine Auffassung von Kunst und Leben bzw. vom kritischen und utopischen gesellschaftlichen Engagement, das sich deutlich

75 »Zwischen Diskussion und Disziplin« (wie Anm. 5), S. 239–243; Lindner (wie Anm. 5), S. 134–136; Jost Hermand, *Avantgarde und Regression. 200 Jahre deutsche Kunst*, Leipzig 1995, S. 163.

76 Zit. nach: Lindner (wie Anm. 5), S. 139.

77 Fritz Cremer, *Projekte – Studien – Resultate*, Kat., National-Galerie Ost/Akademie der Künste 1977, S. 49.

von der Auffassung des »unpolitischen Künstlers« (Gottfried Benn) unterschied.

Die 60er Jahre in der Bildenden Kunst der DDR endeten mit der siebten Kunstausstellung 1972 in Dresden, in der die Künstler der »Leipziger Schule« zum ersten Mal mit ihren Arbeiten der 60er Jahre vertreten waren und bei Befragungen des Publikums mittlere Plätze in der »Hitliste« einnahmen. Die siebte Kunstausstellung zählte 655 000 Besucher, nahezu eine Verdreifachung gegenüber der sechsten 1970.

In Kassel wurde 1972 die V. documenta, die weitgehend von dem Schweizer Ausstellungsmacher Harald Szeemann bestimmt worden ist, eröffnet. Die Breite der Ansätze vom Fotorealismus zum Konzeptuellen, von der Kunst der Geisteskranken bis zu den Individuellen Mythologien spiegelte eindrucksvoll die »Expansion der Künste«. Das Paradoxon Individuelle Mythologien, eine Begriffsschöpfung von Szeemann, bezeichnete danach eine prinzipielle künstlerische Haltung, deren wichtigster Vertreter Joseph Beuys war.

Die documenta V wurde von 220 000 Menschen besucht, eine Steigerung gegenüber der vorhergehenden um 6,3 Prozent.

Abkürzungsverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ADG	Archiv der Gegenwart
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«
BA	Bundesarchiv
BDA	Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BGB	Bundesgesetzblatt
BIOS	Zeitschrift für Biographieforschung und oral history
BPA	Bundespresseamt
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BverfGE	Bundesverfassungsgericht
CAJ	Christliche Arbeiterjugend
CDU	Christdemokratische Union Deutschlands
DA	Deutschland Archiv
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DFE	Deutscher Fernsehfunke
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DIS	Deutsch-Israelische Studiengruppe
DP	Deutsche Partei
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
dt.	deutsch(e)
EA	Europa-Archiv
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EVA	Evangelische Verlagsanstalt
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZA	Evangelisches Zentralarchiv, Berlin
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

FDJ	Freie Deutsche Jugend
FESSt	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle (der Filmwirtschaft)
FU	Freie Universität
GG	Geschichte und Gesellschaft
GM	Gewerkschaftliche Monatshefte
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
HJb	Historisches Jahrbuch
HZ	Historische Zeitschrift
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JEIH	Journal of European Integration History
JEV	Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KVfS	Kölner Vierteljahresschrift für Soziologie
KZ	Konzentrationslager
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LKAR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MiFriFi	Mittelfristige Finanzplanung
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NG	Die Neue Gesellschaft
NÖSPL	Neues ökonomisches System der Planung und Lenkung
NÖS	Neues ökonomisches System
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPL	Neue Politische Literatur
NVA	Nationale Volksarmee
NWHStAD	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
OEEC	Organization for European Economic Co-operation
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PH	Pädagogische Hochschule
PPBS	Planning Programming Budgeting System
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RAF	Rote Armee Fraktion
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RuF	Rundfunk und Fernsehen
RuG	Rundfunk und Geschichte

SAPMO	Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin (im BA)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Sowi	Sozialwissenschaftliche Informationen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SRP	Sozialistische Reichspartei
StAB	Staatsarchiv Bremen
StAH	Staatsarchiv Hamburg
StBA	Statistisches Bundesamt, Außenstelle Berlin, Bestand Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (inzwischen: BA, Abteilungen Berlin-Lichterfelde)
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
TH	Technische Hochschule
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VMI	Verband Württembergisch-Badischer Metallindustrieller
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WSI	Wirtschaftswissenschaftliches Institut (des DGB)
WVO	Warschauer Vertragsorganisation
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfS	Zeitschrift für Sozialforschung
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZK	Zentralkomitee

Auswahlbibliographie

Noch weniger als die 50er sind die 60er Jahre schon Gegenstand intensiver historischer Forschung. Erste essayistische Skizzen und flächige Synthesen vorwiegend politikgeschichtlicher Provenienz sowie vor allem auf die irisierenden kulturellen Phänomene bezogene populäre Darstellungen liegen vor, während sich einschlägige Studien zur Gesellschaft der beiden deutschen Staaten in den 60er Jahren erst allmählich vermehren.¹ Dies war allerdings vor gut einem Jahrzehnt, als in der zeitgeschichtlichen Forschung die Grenze der Besatzungsphase überschritten und die Gründerjahre der beiden deutschen Staaten einbezogen wurden, kaum anders.

Insofern wurden in die folgende Auswahlbibliographie, die sich auf Buchpublikationen seit 1970 beschränkt und dabei Aktenpublikationen² und Dokumentationen sowie geschichtspädagogische Publikationen³ unberücksichtigt läßt, etliche Veröffentlichungen aufgenommen, die sich nicht ausschließlich auf die 60er Jahre konzentrieren, diese aber immerhin in eine Gesamtdarstellung von Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten und Gesellschaften einbeziehen. Die folgenden Hinweise beanspruchen nicht als umfassende Information über den Kenntnisstand zum Thema zu gelten, sondern sollen lediglich einige Felder bezeichnen, auf denen mit erkennbar geschichtswissenschaftlichem Interesse versucht wurde, den Forschungsstand synthetisierend voranzutreiben.

- 1 Vgl. für die Bundesrepublik der 50er Jahre die Hinweise zur Literatur seit 1980 in *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 33)*, Bonn 1998 (aktualisierte Studienausgabe), S. 841–846; zu den westdeutschen 60er Jahren vgl. einige Hinweise auf weiterführende Literatur in den Aufsätzen von Bernd Faulenbach, »Modernisierung« in der Bundesrepublik und in der DDR während der 60er Jahre, in: *Zeitgeschichte* 25 (1998), S. 282–294; Klaus Schönhoven, Kontinuitäten und Brüche – zur doppelten deutschen Geschichte nach 1945, in: *TAJB* 28 (1999), S. 237–255; ders., Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *GG* 25 (1999), S. 123–145; Alf Lüdtke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: *APuZ*, B 36/98 vom 28.8.1998, S. 3–16; der Befund gilt im Übrigen auch für viele andere Länder und vergleichende europäische Perspektiven, wo gleichfalls die historische Rekonstruktion der 60er Jahre erst an ihrem Anfang steht; vgl. etwa Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, 1958–1974*, Oxford 1999.
- 2 Dies gilt etwa für die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, 1963–1969, München 1994–2000.
- 3 Z. B. *Zeiten des Wandel. Deutschland 1961–1974*, (=Informationen für politische Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, H. 258), Bonn 1998; Uwe Reimer, *Die Sechziger Jahre. Deutschland zwischen Protest und Erstarrung (1962–1972)*, Frankfurt a. M. 1993.

1. Übergreifende Darstellungen und Sammelbände

- Albrecht, Ulrich u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979.
- Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, hrsg. von Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt a. M./New York 1997.
- Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), Bde. 1 (Marktwirtschaft und politische Regulierung) u. 2 (Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise), hrsg. von Klaus Voy u. a., Marburg 1991.
- Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, hrsg. von Hartmut Kaelble (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 64), Opladen 1992.
- Borowsky, Peter, Deutschland 1945 bis 1969, Hannover 1993.
- Bracher, Karl Dietrich u. a., Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (Geschichte der Bundesrepublik, V/1), Stuttgart u. Mannheim 1986.
- Brunn, Gerhard u. Reulecke, Jürgen, Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996 (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, 10), Stuttgart 1996.
- CheSchahShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow. Ein Bilder-Lese-Buch, hrsg. von Eckhard Siepmann u. a., Reinbek 1986.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963, Darmstadt 1988.
- Ellwein, Thomas, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 29), München 1989.
- 50 Jahre Bundesrepublik. Daten und Diskussionen, hrsg. von Eckart Conze u. Gabriele Metzler, Stuttgart 1999.
- Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, München 1970.
- Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bde., hrsg. von Wolfgang Benz, aktualisierte u. erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1989.
- Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, hrsg. von Richard Bessel u. Ralph Jessen, Göttingen 1996.
- Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972 (Zeithistorische Studien, 10), Berlin 1997.
- Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten eine Nation. Deutsche Geschichte

- 1955–1970 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 265), Bonn 1988.
- Korte, Hermann, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Frankfurt a. M. 1987.
- Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 4. überarbeitete u. erweiterte Auflage (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, 19), München 2000.
- Rytlewski, Ralf u. Opp de Hipt, Manfred, Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen. 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1987.
- Rupp, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München u. Wien 2000.
- Schildt, Axel, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999.
- Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, hrsg. von Werner Conze u. Mario Rainer Lepsius (Industrielle Welt, 34), Stuttgart 1985.
- Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelble u. a., Stuttgart 1994.
- Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996.
- Thränhardt, Dietrich, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996.
- Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Christoph Kleßmann u. a., Berlin 1999.
- Weber, Hermann, Die DDR 1945–1990, 3., überarbeitete u. erweiterte Auflage (Oldenbourg – Grundriß der Geschichte, 20), München 2000.
- Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, hrsg. von Hans Günter Hockerts (Schriftenreihe der VfZ, 76), München 1998.
- Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat (Schriftenreihe der VfZ, 61), München 1990.
- Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, hrsg. von Matthias Frese u. Michael Prinz (Forschungen zur Regionalgeschichte, 18), Paderborn 1996.
- Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, hrsg. von Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow u. Bernd Stöver, Bonn 1998.

2. Wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik

- Abelshauer, Werner, Die Lagen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966 (Historisches Seminar, 5), Düsseldorf 1987.
- Berghahn, Volker R., The Americanization of West German Industry 1945–1973, Cambridge 1986.
- Groeben, Hans von der, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1982.
- Hoffmann, Heinz, Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 79), Stuttgart 1999.
- Hübner, Peter, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970 (Zeithistorische Studien, 3), Berlin 1995.
- Lauschke, Karl, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Jahre der Kohlekrise 1958–1968 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, 42), Marburg 1984.
- Mühlfriedel, Wolfgang u. Wießner, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin (DDR) 1989.
- Roesler, Jörg, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1990.
- Schatz, Klaus-Werner, Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Analysen und Prognosen (Kieker Studien, 128), Tübingen 1974.
- Steiner, André, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Wee, Herman van der, Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, 6), München 1984.

3. Gesellschaftliche Entwicklung

- Ackermann, Volker, Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961 (Studien zur historischen Migrationsforschung, 1), Osnabrück 1995.
- Andersen, Arne, Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute, Frankfurt a. M./New York 1997.
- Arbeiter im 20. Jahrhundert (Industrielle Welt, 51), hrsg. von Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991.

- Bell, Daniel, Die nachindustrielle Gesellschaft, Neuauflage, Frankfurt a. M./New York 1989.
- Bethlehem, Siegfried, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Geschichte und Gesellschaft, 26), Stuttgart 1982.
- Damberg, Wilhelm, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 79), Paderborn u. a. 1997.
- Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte: Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, hrsg. von Rainer Schulze (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945, 4), Hildesheim 1987.
- Friebel, Thomas, Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945–1969. Eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirchen in Deutschland, Gütersloh 1992.
- Gabriel, Karl, Christentum zwischen Tradition und Postmoderne (Quaestiones disputatae, 141), Freiburg i. Br. 1998.
- Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953–1979, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann u. Edgar Piel, München 1983.
- Greinacher, Norbert u. Risse, H. Theo, Bilanz des deutschen Katholizismus, Mainz 1966.
- Heckmann, Friedrich, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981.
- Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin u. a. 1986.
- Humm, Antonia Maria, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1999.
- Inglehart, Ronald, Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt a. M. 1989.
- Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert), hrsg. von Hannes Siegrist u. a., Frankfurt a. M./New York 1997.
- Kmicziak, Peter, Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten (Schriften der Kommission für Wirtschaftlichen und Sozialen Wandel, 135), Göttingen 1976.
- Lehmann, Albrecht, Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1993.

- Mechtenberg, Theo, Die Lage der Kirchen in der DDR, München 1985.
- Mooser, Josef, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984.
- Niethammer, Lutz u. a., Die Volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.
- Oertzen, Christine von, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdiene. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 132), Göttingen 1999.
- Osterland, Martin u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD (Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen), Frankfurt a. M. 1973.
- Die Pille. Von der Lust und von der Liebe, hrsg. von Gisela Staupe u. Lisa Vieth, Berlin 1996.
- Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, hrsg. von Gerhard Fürmetz, Herbert Reinke u. Klaus Weinbauer (Forum Zeitgeschichte, 10), Hamburg 2000 (im Erscheinen).
- Preuss-Lausitz, Ulf, u. a., Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, Weinheim/Basel 1983.
- Rudolph, Hartmut, Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972, 2 Bde. (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, 11–12), Göttingen 1984–1985.
- Schmidtchen, Gerhard, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern/München 1979.
- Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft, hrsg. von Helmut Klages, Frankfurt a. M. 1993.
- Werkentin, Falco, Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt/New York 1984.
- Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, hrsg. von Helmut Klages, Frankfurt a. M. 1992
- Unbekannte Wesen: Frauen in den sechziger Jahren, hrsg. von Bärbel Becker, Berlin 1987.

4. Bildung, Kultur und Medien

- '68 – Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, hrsg. von Wolfgang Schepers, Köln 1998.
- Articus, Rüdiger u. a., Die Beatles in Harburg (Veröffentlichungen des Hamburger Museums für Archäologie und die Geschichte Harburgs – Helms-Museum, 76), Hamburg 1996.
- Barck, Simone u. a., Jedes Buch ein Abenteuer. Zensur-System und litera-

- rische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1997.
- Bausch, Hans, Rundfunkpolitik nach 1945, Teile 1 u. 2 (Rundfunk in Deutschland, 3-4), München 1980.
- Briegleb, Klaus, 1968. Literatur in der antiautoritären Bewegung, Frankfurt a. M. 1993.
- Classen, Christoph, Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955-1965 (Medien in Geschichte und Gegenwart, 13), Köln u. a. 1999.
- Dussel, Konrad, Die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969 (SWF-Rundfunkgeschichte, 5), Baden-Baden 1995.
- Amerikanische Einstellung. Deutsches Fernsehen und US-amerikanische Produktionen, hrsg. von Irmela Schneider (Reihe Siegen/Medienwissenschaft, 112), Heidelberg 1992.
- Fischer Filmgeschichte, Bd. 4: Zwischen Tradition und Neuorientierung 1961-1976, hrsg. von Werner Faulstich u. Helmut Korte, Frankfurt a. M. 1995.
- Am Fuß der Blauen Berge. Die Flimmerkiste in den 60er Jahren, hrsg. von Bernd Müllender u. Achim Nöllenheidt, Essen 1994.
- Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1965, hrsg. von Ernst Schulin (Schriften des Historischen Kollegs, 14), München 1989.
- Geserick, Rolf, 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989.
- Glaser, Hermann, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949-1967, München 1986.
- Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, hrsg. von Christoph Führ u. Carl-Ludwig Furck, Bd. 6, München 1998.
- Hermant, Jost, Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-85, München 1988.
- Hickethier, Knut (unter Mitarbeit von Peter Hoff), Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998.
- Der Rote Korsar. Traumwelt Kino der fünfziger und sechziger Jahre, hrsg. von Thomas Bertram, Essen 1998.
- Das zweite Leben der Filmstadt Babelsberg, DEFA-Spielfilme 1946-1992, hrsg. vom Filmmuseum Potsdam, Red. Ralf Schenk, Berlin 1994.
- Leitner, Olaf, Rockszene DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, Reinbek 1983.
- Deutsche Literatur der 60er Jahre. Ein Lesebuch, hrsg. von Klaus Wagenbach, überarbeitete Neuauflage, Berlin 1994.

- Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, hrsg. von Ludwig Fischer (Hansens Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 10), München 1986.
- Lundgreen, Peter, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.
- Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980, hrsg. von Klaus Berg u. Marie-Luise Kiefer (Media Perspektiven, 2), Frankfurt a. M./Berlin 1982.
- Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Jürgen Wilke, Köln u. a. 1999.
- Mit uns zieht die neue Zeit... 40 Jahre DDR-Medien, hrsg. von Heide Riedel, Berlin 1993.
- Um 1968. Die Repräsentation der Dinge, hrsg. von Wolfgang Ruppert, Marburg 1998.
- Das Panorama der 60er Jahre. Zur Geschichte des ersten politischen Fernsehmagazins der BRD, hrsg. von Gerhard Lampe u. Heidemarie Schumacher, Berlin 1991.
- Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv, Marbach 1998.
- Rauhut, Michael, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag (Basis-Druck-Dokument, 16), Berlin 1993.
- Schulze Gerhard, Die Erlebnis-Gesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M./New York 1997.
- Die Kultur unseres Jahrhunderts, Bd. 5: Die Sechziger, hrsg. von Hilmar Hoffmann u. Heinrich Klotz, Düsseldorf u. a. 1987.
- Twen. Revision einer Legende, hrsg. von Michael Koetzle, München 1995.
- Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945. Ein Nachlesebuch für die Oberstufe, hrsg. von Klaus Wagenbach u. a. (Quarthefte, 100), Berlin 1979.
- Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln u. a. 1996.

5. Politik / politische Kultur

- Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hrsg. von Rainer A. Blasius (Schriftenreihe der VfZ, 68), München 1994.
- Albrecht, Clemens u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M./New York 1999.
- Albrecht, Willy, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom

- parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken (Politik und Gesellschaftsgeschichte, 35), Bonn 1994.
- Baier, Lothar u. a., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988.
- Baring, Arnulf (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker), Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
- Bergmann, Werner u. Erb, Rainer, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991.
- Bouvier, Beatrix W., Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990.
- Buchhaas, Dorothee, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 68), Düsseldorf 1981.
- Bude, Heinz, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt a. M. 1995.
- Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen im Wandel, hrsg. von James A. Coony u. a., Stuttgart 1985.
- Chaussy, Ulrich, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Darmstadt 1983.
- Conze, Eckart, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1965.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Dubiel, Helmut, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des deutschen Bundestages, München/Wien 1999.
- Grasskamp, Walter, Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik, München 1995.
- Großmann, Thomas, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 56), Mainz 1991.
- Henschel, Volker, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.
- Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur großen Koalition: 1963–1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4), Stuttgart/Wiesbaden 1984.
- Holl, Kurt u. Glunz, Claudia, 1968 am Rhein. Satisfaction und Ruhender Verkehr, Köln 1998.
- Juchler, Ingo, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der

- Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien der Dritten Welt (Beiträge zur politischen Wissenschaft 68), Berlin 1996.
- Kadereit, Ralf, Karl Jaspers und die Bundesrepublik Deutschland. Politische Gedanken eines Philosophen (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Goerres-Gesellschaft, 18), Paderborn 1999.
- Käppner, Joachim, Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR (Forum Zeitgeschichte, 9), Hamburg 1999.
- Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, hrsg. von Günter Agde, Berlin 1991.
- Klenke, Dietmar, »Freier Stau für freie Bürger«. Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949–1994, Darmstadt 1995.
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982.
- Kraushaar, Wolfgang, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Frankfurt a. M. 1998.
- Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Werner Weidenfeld, Köln 1989.
- Langguth, Gerd, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968 (Bibliothek Wissenschaft und Politik, 30), Köln 1983.
- Lemke, Michael, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt (Zeithistorische Studien, 5), Berlin 1995.
- Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1991.
- Mosler, Peter, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach, Reinbek 1977.
1968. The World Transformed, hrsg. von Carole Fink (Publications of the German Historical Institute), Cambridge University Press 1998.
- 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Ingrid Gilcher-Holtey (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998.
- Vom Obrigkeitsstaat zur entgrenzten Politik. Politische Einstellungen und politisches Verhalten in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, hrsg. von Ralf Zoll, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Osterheld, Horst, »Ich gehe nicht leichten Herzens ...« Adenauers letzte

- Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 44), Mainz 1986.
- Osterheld, Horst, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 23), Düsseldorf 1992.
- Otto, Karl A., Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt a. M./New York 1980.
- Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Alf Mintzel u. Heinrich Oberreuter, Opladen 1992.
- Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, 2 Bde., hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1983–1984.
- Pulzer, Peter G. J., German Politics 1945–1995, Oxford 1995.
- Reucher, Ursula, Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956–1965). Ein Beitrag zur Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 34), Düsseldorf 1999.
- Sauer, Thomas, Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme, 3), München 1999.
- Schmoeckel, Reinhard u. Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die Große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Folgen (Bouvier-Forum, 6), Bonn 1991.
- Schneider, Michael, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Prozeß (1958–1968) (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 17), Bonn 1986.
- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991.
- Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963. Mit einem einleitenden Essay von Johannes Gross (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3), Stuttgart 1983.
- Sowinski, Oliver, Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31: Politikwissenschaft, 337), Frankfurt a. M. 1998.
- Stadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.
- Verwandlungspolitik. Nationalsozialistische Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, hrsg. von Wilfried Loth u. Bernd-A. Rusinek, Frankfurt a. M./New York 1998
- Wolfrum, Edgar, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Bührer, Werner, Dr. phil., geb. 1950; Privatdozent, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität München. Veröffentlichungen u. a.: Westdeutschland in der OEEC, München 1997; (Hrsg.), Henry Axel Bueck, Mein Lebenslauf, Stuttgart 1997; (Mithrsg.), Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Baden-Baden 2000.

Classen, Christoph, M. A., geb. 1965; Wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Veröffentlichungen u. a.: Bilder der Vergangenheit. Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965 (Medien in Geschichte und Gegenwart, 13), Köln u. a. 1999; Vom Anfang im Ende: »Befreiung im Rundfunk«, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Fallstudien aus der frühen DDR, hrsg. von Martin Sabrow, Köln u. a., 1999, S. 87–118.

Doering-Manteuffel, Anselm, Dr. phil., geb. 1949; Prof. für Neuere Geschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen. Veröffentlichungen u. a.: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955, Mainz 1981; Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1983, 1988; Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

Dussel, Konrad, Dr. phil., geb. 1957; 1994 apl. Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Mannheim. Veröffentlichungen u. a.: Deutsche Rundfunkgeschichte. Eine Einführung, Konstanz 1999; (Mithrsg.), Quellen zur Programmggeschichte des deutschen Hörfunks und Fernsehens, Göttingen 1999.

Frevert, Ute, Dr. phil., geb. 1954; Prof. für Allgemeine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des 19./20. Jahrhunderts an der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen u. a.: Krankheit als politisches Problem 1770–1880. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung, Göttingen 1984; Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991; »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995; (mit Aleida Assmann), Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten, Stuttgart 1999.

Gabriel, Karl, Dr. phil., geb. 1943; Prof. für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Direktor des gleichnamigen Instituts. Veröffentlichungen u. a.: Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg 1999; Religiöse Individualisierung oder Säkularisierung, Gütersloh 1996; Institution, Organisation, Bewegung, Opladen 1998.

Greschat, Martin, Dr. theol., geb. 1934; emer. Prof. für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte an der Justus Liebig-Universität Gießen. Veröffentlichungen u. a.: Martin Bucer, Ein Reformator und seine Zeit, 1491 – 1551, München 1990; (Hrsg.), Gestalten der Kirchengeschichte, 12 Bde., Stuttgart 1994; Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Stuttgart 1994.

Hardach, Gerd, Dr. rer. pol., geb. 1941; Prof. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Marburg. Veröffentlichungen u. a.: König Kopra. Die Marianen unter deutscher Herrschaft 1899–1914, Stuttgart 1990; Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952, München 1994.

Herbert, Ulrich, Dr. phil., geb. 1951; Prof. für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i.Br. Veröffentlichungen u. a.: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985, 1986; Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, Frankfurt/M. 1995; Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996.

Hunn, Karin, M. A., geb. 1969; Wiss. Mitarbeiterin und Doktorandin am Historischen Seminar der Universität Freiburg (Thema: »Türkische Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Politik und Lebenswirklichkeit 1961–1984«).

Kenkmann, Alfons, Dr. phil., geb. 1957; Leiter der Erinnerungs-, Forschungs- und historisch-politischen Bildungsstätte »Villa ten Hompel«, Münster. Veröffentlichungen u. a.: Wilde Jugend. Die Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise und Währungsreform, Essen 1996; (mit Sybille Baumbach, Uwe Kaminsky und Beate Meyer), Rückblenden. Lebensgeschichtliche Interviews mit Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg, Hamburg 1999; (Mithrsg.), Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999.

Krohn, Claus-Dieter, Dr. phil., geb. 1941; Prof. für Neuere Geschichte, lehrt Kultur- und Sozialgeschichte an der Universität Lüneburg. Veröffentlichungen u. a.: *Der philosophische Ökonom. Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes*, Marburg 1996; (Mithrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998; und *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, Darmstadt 1999.

Lammers, Karl Christian, cand. mag., geb. 1943; seit 1975 Associate Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Kopenhagen; 1994/95 Gastprofessor an der Universität Kiel, 1999/2000 an der Universität Tübingen. Veröffentlichungen u. a.: *Fascination og forbrydelse. Den nazistiske tid 1919–1945*, Kopenhagen 1992; *Det nye Tyskland 1945–1992*, Kopenhagen 1993; *Bundesrepublik Deutschland*, Kopenhagen 1996.

Manske, Hans-Joachim, Dr. phil., geb. 1944; Prof. für Architekturtheorie, Stadtbildgestaltung (Kunst im öffentlichen Raum) und Kunstgeschichte an der Universität Bremen; Direktor der Städtischen Galerie in Bremen. Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.), *Kunst im öffentlichen Raum in Bremen 1973–1993*, Lilienthal 1993; *Anschlußsuche an die Moderne: Bildende Kunst in Westdeutschland 1945–1960*, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hrsg. von Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 563–582.

Øhrgaard, Per, Ph. d., Dr. phil., geb. 1944; seit 1980 Prof. für Deutsche Literatur an der Universität Kopenhagen. Veröffentlichungen u. a.: *Die Genesung des Narcissus. Eine Studie zu Goethe: Wilhelm Meisters Lehrjahre*, Kopenhagen 1978; *Der Sturm und Drang und der junge Goethe. Goethes erste Weimarer Jahre*, in: Sven Aage Jørgensen, Klaus Bohnen, Per Øhrgaard, *Aufklärung, Sturm und Drang, Frühe Klassik (= de Boor/Newald: Geschichte der deutschen Literatur, VI)*, München 1990, S. 425–515; *Goethe. Et essay*, København 1999.

Requate, Jörg, Dr. phil., geb. 1962; Hochschulassistent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen u. a.: *Journalismus als Beruf, Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich*, Göttingen 1995; *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *GG 25 (1999)*, S. 5–32; *Vergangenheitsdiskurs und Justizreform in den 60er Jahren*, in: *Historiker als Richter – Richter als Historiker*, hrsg. von Norbert Frei u. a., München 2000.

Ruck, Michael, Dr. phil., geb. 1954; Prof. für Geschichte u. ihre Didaktik an der Universität Flensburg, Direktor am Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig. Veröffentlichungen u. a.: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923, Köln 1985; (Hrsg. mit Cornelia Rauh-Kühne), Regionale Eliten zwischen Demokratie und Diktatur. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993; Korpsgeist und Staatsbewusstsein: Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972, München 1996; Bibliographie zum Nationalsozialismus, erweiterte Neuauflage, 2 Bde., Köln 2000.

Rudolph, Karsten, Dr. phil., geb. 1962; Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum. Veröffentlichungen u. a.: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1971–1923), Köln u. a. 1995; (Mithrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995; Vision impossible? Studenten nach dem Streik, Essen 1999.

Ruppert, Wolfgang, Dr. phil., geb. 1946; Prof. für Kulturgeschichte an der Universität der Künste Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983; Der moderne Künstler. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne im 19 und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1998; (Hrsg.), Um 1968. Die Repräsentation der Dinge, Marburg 1998.

Rusinek, Bernd-A., Dr. phil., geb. 1954; apl. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Veröffentlichungen u. a.: Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) von ihrer Gründung bis 1980, Frankfurt a. M./New York 1996; Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider / Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf 1996; (Mithrsg.), Verwandlungspolitik. Nationalsozialistische Eliten in der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M./New York 1998.

Schildt, Axel, Dr. phil., geb. 1951; Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Die Grindelhochhäuser, Hamburg 1988; Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ›Zeitgeist‹ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995; Konservatismus in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998; Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideen-

landschaft der 50er Jahre, München 1999; *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999.

Schroeder, Wolfgang, Dr. rer. soc., geb. 1960; Referent beim Vorstand der IG Metall. Veröffentlichungen u. a.: *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992; (mit Burkhard Ruppert), *Austritte aus Arbeitgeberverbänden: Eine Gefahr für das deutsche Modell?*, Marburg 1996; (mit Wolfgang Kowalsky), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994.

Siegfried, Detlef, Dr. phil., geb. 1958; seit 1996 Associate Professor für Neuere Deutsche Geschichte und Kulturgeschichte an der Universität Kopenhagen, Wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: *Zwischen Einheitspartei und »Bruderkampf«. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46*, Kiel 1992; (Mithrsg.), *Spurensucher. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit*, Weinheim 1997; *Die Kunst des Fliegens. Intellektuelle, Radikalismus und Flugzeugproduktion 1914–1933*, Frankfurt a. M./New York 2001.

Steiner, André, Dr. oec., geb. 1959; Privatdozent am Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim. Veröffentlichungen u. a.: *Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947*, in: *ApuZ*, B 49-50/93 vom 3.12.1993, S. 32–39; *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999.

Sywottek, Arnold, Dr. phil., 1942–2000; ehemals Prof. für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: (jeweils als Mithrsg.), *Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert*, Hamburg 1983; *Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 1988; *Macht Stadt krank? Vom Umgang mit Gesundheit und Krankheit*, Hamburg 1996; *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; 1998.

Weinhauer, Klaus, Dr. phil., geb. 1958; Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: *Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger*

Hafenarbeiter 1914–1933, Paderborn u. a. 1994; (Mithrsg.), Nachkriegs-polizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945 – 1969, Hamburg 2001; (mit Patrick Wagner), Tatarenblut und Immertreu. Wilde Cliques und Ringvereine um 1930 – Ordnungsfaktoren und Krisensymbole in unsicheren Zeiten, in: *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, hrsg. von Martin Dinges u. Fritz Sack, Konstanz 2000.

Wierling, Dorothee, Dr. phil., geb. 1950; Privatdozentin an der Universität Potsdam, Stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: *Mädchen für alles. Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstmädchen um die Jahrhundertwende*, Berlin u. a. 1987; (mit Lutz Niethammer u. Alexander von Plato), *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991; *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie*, Berlin 2002.

Wilharm, Irmgard, Dr. phil., geb. 1940; Prof. an der Universität Hannover. Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.), *Deutsche Geschichte 1962–1983. Dokumente in zwei Bänden*, Frankfurt/M. 1985; (Hrsg.), *Geschichte in Bildern. Von der Miniatur bis zum Film als historische Quelle*, Pfaffenweiler 1995.

Personenregister*

- Abendroth, Wolfgang 42; 475f.; 696
 Abich, Hans 737
 Abraham, Karl 713
 Ackerknecht, Erwin H. 131
 Adam, Uwe D. 154
 Adenauer, Konrad 21; 36; 46; 81; 91; 103; 124; 143; 168; 175; 177; 179; 184; 208f.; 249; 253; 256; 259; 261; 263; 272; 311; 317-319; 323; 348; 370-374; 429; 549f.; 555; 669; 674f.; 678; 724; 746; 790
 Adickes, Franz 426
 Adorno, Theodor W. 41; 83; 87; 92; 97; 103f.; 113; 366; 592; 666; 698-705; 713-716
 Agartz, Viktor 500
 Agnoli, Johannes 476
 Aicher, Otl 37
 Albers, Josef 786
 Alexander, Peter 664; 688
 Alow, Alexander 734
 Altenbourg, Gerhard 804
 Altmann, Rüdiger 211
 Amerongen, Otto Wolf von 359
 Amery, Carl 531
 Anders, Günter 711
 Andersch, Alfred 145; 723-733
 André, Carl 774
 Andres, Stefan 184
 Anselmo, Giovanni 801
 Antonioni, Michelangelo 734
 Apel, Erich 224; 231
 Apitz, Bruno 91; 182
 Arendt, Hannah 96f.; 703; 705
 Arendt, Walter 302; 306f.
 Arman 785; 788
 Arndt, Adolf 428; 439; 557
 Arndt, Hans-Joachim 367
 Armstrong, Neil 662
 Augstein, Rudolf 121

 Baader, Andreas 766
 Bachof, Otto 158
 Bäumer, Rudolf 570
 Bahr, Egon 39; 99; 344; 575
 Bahrdt, Hans Paul 37
 Balke, Siegfried 511
 Baran, Paul 702; 708
 Barth, Karl 548
 Baseltz, Georg 769; 792-794
 Bauer, Fritz 435f.
 Baumgart, Reinhard 618
 Bausinger, Hermann 162-164
 Bebermeyer, Gustav 155f.; 159
 Bebermeyer, Hartmut 391
 Becher, Johannes R. 182
 Becker, Egon 95; 461f.; 464
 Becker, Hellmut 554
 Beckmann, Joachim 554; 557f.; 567f.
 Beckmann, Max 769
 Beitz, Berthold 359
 Bell, Daniel 324
 Benda, Ernst 98
 Bender, Peter 111
 Bengsch, Alfred 535
 Benjamin, Walter 142; 700; 712-714
 Benn, Gottfried 184
 Berg, Alexander 131; 140
 Berger, Hanna 805
 Bergh, Ernst van den 452
 Bergmann, Ingmar 734
 Berlit, Jan-Wolfgang 431
 Berra, Xaver (= Raschorn, Theo) 434f.
 Beuys, Joseph 768; 776f.; 788-790; 796-807
 Beyer, Frank 91; 738-744
 Biedenkopf, Kurt H. 396; 486
 Bieler, Manfred 740
 Bismarck, Klaus von 554
 Bismarck, Otto von 328; 472
 Bismarck, Philipp von 563
 Black, Roy 664; 688
 Blake, Peter 773f.; 776
 Blank, Theodor 282; 286f.
 Bleicher, Willi 512; 515
 Bloch, Ernst 700; 711
 Block, René 791
 Bloom, Allan 710
 Blücher, Viggo Graf 102; 591; 595; 609
 Blumenfeld, Erik 566
 Böckelmann, Frank 713
 Boehlich, Walter 119; 126f.; 132f.; 140; 145
 Boll, Heinrich 123; 128; 183; 612; 719; 722; 724; 732; 738; 745; 797
 Bongard, Willi 784
 Bornemann, Ernest 620
 Borroughs, William 775
 Borsche, Dieter 681
 Bracher, Karl Dietrich 137; 338
 Brandt, Willy 39; 45-47; 99; 175; 179; 216; 269; 307; 311; 324f.; 333; 343; 344; 349; 356; 358; 359; 391; 413; 482-485; 550; 556; 566; 646f.; 669; 699; 722-733; 745f.
 Brauweiler, Heinz 458
 Brecht, Bertolt 137f.; 182; 805
 Brecht, George 779; 787
 Breines, Paul 710
 Breker, Arno 805
 Brenner, Otto 502; 523
 Brentano, Heinrich von 257
 Brentano, Margerita von 98
 Breschnew, Iljitsch 63
 Broodthaers, Marcel 788
 Brüning, Peter 788
 Bruyn, Gunter de 182
 Bucher, Ewald 131
 Buchner, Max 135f.; 140
 Bultmann, Rudolf 569f.
 Buñuel, Louis 786
 Burg, Lou van 33
 Burger, Heinz Otto 129f.; 138; 143
 Burin, Daniel 801
 Busse, Ernst 186
 Butenandt, Adolf 554
 Byars, James Lee 788

 Cage, John 778; 788
 Caro, Anthony 774
 Cassel, Dieter 396
 Castelli, Leo 777
 Celan, Paul 723
 Chotjewitz, Peter O. 618
 Christo, Jeanne-Claude 785; 788
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 63; 175; 223; 551; 662; 720
 Conze, Werner 138f.; 143; 150
 Corinth, I. ovis 769
 Coser, Lewis 707
 Cremer, Fritz 770; 804-806
 Curtius, Ernst Robert 126; 133
 Czaja, Herbert 565

 Dahrendorf, Ralf 24; 35; 368; 370; 376f.; 408; 435; 527
 Danielsmeyer, Werner 362
 Degenhardt, Franz-Josef 102; 140; 611
 Deitenbeck, Paul 570
 Delius, Friedrich Christian 145
 Dellling, Manfred 620
 Denninger, Erhard 468
 Diem, Hermann 152; 154; 158f.; 549
 Diepgen, Eberhard 121
 Dietrich, Marlene 775
 Dietzfelbinger, Hermann 567; 578
 Dietze, Constantin von 554
 Dimitroff, Georgi 173
 Dinslage, Karl 424
 Dirks, Walter 125
 Dönhoff, Marion Gräfin 558; 563
 Döpfner, Julius 530
 Duchamp, Marcel 768; 776f.; 785
 Dürer, Albrecht 720
 Dürrenmatt, Friedrich 137; 362
 Dufhues, Josef Hermann 721
 Durbridge, Francis 675; 681; 684
 Dutschke, Rudi 42; 117; 140f.; 215; 620; 666; 706; 711-714; 769
 Dylan, Bob 21; 602

 Ehmke, Horst 107; 390f.
 Eichmann, Adolf 37; 86-88; 96; 98; 127f.; 171; 175; 184; 189
 Einstein, Albert 775
 Eisenhower, Dwight D. 91
 Eisler, Gerhart 177
 Eißer, Georg 155f.; 159
 Elias, Norbert 585

* Fußnoten sowie aktuelle Autoren sind nicht berücksichtigt.

- Ellbracht, Wilhelm 587
 Ellwein, Thomas 464
 Engelhardt 158
 Enke, Werner 142; 748
 Ensslin, Gudrun 105; 766
 Enzensberger, Hans Magnus
 96; 127; 476; 669; 719; 723-
 733
 Eppler, Ehrhard 574
 Erdmann, Gerhard 511
 Erdmann, Karl Dietrich 150
 Erhard, Ludwig 21; 43-46; 94;
 104; 116f.; 120; 122; 204;
 209-212; 257; 259; 263-266;
 269; 276; 311; 318; 321;
 325f.; 361; 370-373; 381-
 386; 391; 413; 484f.; 522;
 669; 721; 744-746
 Erhardt, Sophie 157
 Erler, Fritz 45; 482; 556
 Erlinghagen, Karl 410f.
 Eschenburg, Theodor 152; 158;
 554
 Evertz, Alexander 568
 Export, Valie 781

 Fanon, Franz 50
 Fassbinder, Rainer Werner 747
 Fellini, Federico 734
 Ferenczi, Sándor 713
 Fest, Joachim 183
 Fichte, Hubert 618; 717
 Fiedler, Leslie 770
 Filliou, Robert 779; 787
 Fischer, Fritz 336; 338f.
 Fischer, Lothar 768
 Flavin, Dan 774
 Flechtheim, Ossip K. 476; 666;
 701
 Flitner, Andreas 165
 Fohl, Carl 302f.
 Förster, Wieland 770
 Forsthoff, Ernst 367; 380
 Fouchet, Christian 254; 265
 Fraenkel, Ernst 666; 701; 705
 Frankel, Jonas 119
 Fränkel, Wolfgang 175; 429
 Frank, Andre Gunder 702; 708
 Frank, Anne 189
 Frank, Walter 157; 163
 Freisler, Roland 440
 Freitag, Manfred 740
 Frenzel, Jürgen 453f.; 463
 Frey, Hellmuth 570
 Freyer, Franz 368
 Freyer, Hans 588
 Fricke, Gerhard 139; 143
 Fried, Erich 699; 711
 Friedeburg, Ludwig von 593
 Frisch, Max 80
 Fromm, Erich 706
 Fry, Varian 708
 Fuhr, Peter 98

 Gandhi, Mahatma 775
 Gaul, Winfred 788
 Gaulle, Charles de 248; 250;
 253-271; 351
 Gaup, R. 157
 Gaus, Günter 476
 Gehlen, Arnold 136
 Geipel, Robert 412
 Geißler, Christian 183
 Gerstel, Wilhelm 805
 Gerstenmaier, Eugen 103; 566

 Gerth, Hans 706
 Gieseler, Wilhelm 157
 Gitlin, Todd 708; 710
 Glas, Uschi 748
 Globke, Hans 81; 88f.; 140;
 167; 175; 189; 429
 Godard, Jean-Luc 51
 Goebbels, Joseph 151; 174
 Goldmann, Nahum 143
 Goerdeler, Carl Friedrich 187
 Görner, Alexander 135
 Gollwitzer, Helmut 118; 552;
 566
 Gotsche, Otto 182
 Gottlieb, Bernward 131
 Grass, Günter 80; 129; 183;
 476; 669; 719-733; 745
 Gremliza, Hermann Ludwig
 152; 155-160
 Greven, Michael Th. 476
 Griese, Friedrich 120
 Grieshaber, HAP 789
 Groeben, Hans von der 263
 Groenberg, Clement 770
 Grotewohl, Otto 56; 90
 Grothe, Hans 783
 Grün, Max von der 43
 Grzimek, Waldemar 804
 Güde, Max 81
 Güttges, Hans 438
 Guevara, Che 50; 702
 Gugelot, Hans 761
 Guillaume, Gunter 359

 Haacke, Hans 801
 Habermas, Jürgen 124; 475f.;
 585; 719
 Haffner, Sebastian 430; 434;
 436
 Hahn, Wolfgang 783
 Haley, Bill 600
 Haller, Johannes 157
 Hallstein, Walter 251f.; 258;
 267; 270; 371f.
 Hamel, Johannes 572
 Hamilton, Richard 773-776;
 782
 Handke, Peter 144
 Hannsmann, Margarete 789
 Hansen, Kurt 121
 Hardenberg, Wilfried Graf von
 453f.
 Harms, Klaus 561
 Hassel, Kai-Uwe von 326
 Haug, Wolfgang Friedrich 161
 Havemann, Robert 63; 639; 641
 Hayden, Tom 708
 Heartfields, John 712
 Hegel, Georg Wilhelm Fried-
 rich 472
 Heinemann, Gustav 49; 358;
 424; 549-551; 557f.
 Heino 664; 688
 Heisenberg, Werner 554
 Heisig, Bernhard 769; 802
 Heisler, Bernt von 568
 Hendrix, Jimi 595; 611; 612;
 616; 688
 Henkys, Reinhard 575
 Hennecke, Adolf 647
 Hentig, Hartmut von 402
 Hermann, Ludolf 717
 Hermlin, Stephan 90
 Herold, Horst 444; 454f.
 Heß, Gerhard 554

 Higgins, Dick 779; 781
 Himmelr, Heinrich 131; 795
 Hinz, Liselotte 455f.; 460f.; 465
 Hirsch, Martin 557
 Hirschmann, Albert O. 708f.
 Hitler, Adolf 92; 115; 136; 151;
 161; 163; 172; 176; 181; 429;
 513; 612; 665; 667; 726; 775
 Hobsbawn, Eric 17
 Hochhuth, Rolf 42; 95; 100;
 531; 721; 745
 Hockauf, Frida 647
 Hoffner, Joseph 531f.
 Hochme, Gerhard 788
 Holbach, Friedrich Wolfram
 791
 Höllerer, Walter 726
 Hoff, Peter 738
 Hoffmann, Heinrich 152; 155;
 157
 Hoffmann, Kurt 735
 Hofmann, Gunter 11
 Holzamer, Karl 33; 681
 Honecker, Erich 63; 69f.; 218;
 246f.; 674; 691; 744
 Horkheimer, Max 666; 699-
 705; 711; 714-716
 Horntal, Steffen 463
 Howe, Günter 552-554
 Howe, Irving 707
 Huber, Ludwig 414
 Hüllen, Herbert van 511
 Hunold, Tonis 450-453

 Immendorff, Jörg 788f.

 Jacob, Günter 564
 Jacobsen, Walter 84
 Jackel, Eberhard 476
 Jaeger, Richard 434f.
 Jandl, Ernst 46
 Janossy, Ferenc 198
 Jaspers, Karl 49; 100
 Jens, Walter 119; 129f.
 Johns, Jasper 777; 799
 Johnson, Lyndon B. 353; 707
 Johnson, Uwe 129; 723
 Judd, Donald 774

 Kafka, Franz 125; 138; 175
 Kahl, Reinhard 619
 Kahn-Ackermann 404
 Kaiser, Joseph H. 364; 386
 Kaprow, Allan 778
 Kaschnitz, Marie Luise 183
 Kater, Michael H. 139
 Kattenstroth, Ludwig 287
 Kehm, Peter 686f.
 Keitel, Gerhard 157
 Kennedy, John F. 39; 352; 353;
 365; 662; 790
 Kentler, Helmut 585; 593
 Kiefer, Anselm 788
 Kienscholz, Edward 777
 Kiesinger, Kurt Georg 46f.;
 103; 122f.; 140; 269; 391; 436
 Kipphardt, Heiner 42
 Kirchheimer, Otto 46
 Kirchner, Dieter 509
 Klages, Helmut 363
 Klarsfeld, Beate 123
 Klein, Yves 787; 788
 Klopphaus, Ute 788
 Kloppenburg, Heinz 610
 Kluge, Alexander 747-750

830 Personenregister

- Kluge, Paul 138
 Knoebel, Immi 788
 Koch, Thilo 690
 Koebel-Tusk, Eberhard 697
 Koepfen, Wolfgang 723; 730;
 733
 Kohl, Helmut 486
 Kolbenheyer, Erwin Guido 129
 Kollé, Oswald 33; 652-655;
 748
 Kondratieff, Nikolai 199
 Korn, Karl 789
 Korsch, Karl 714
 Korte, Hermann 18
 Kosuth, Joseph 801
 Kounellis, Jannis 801
 Kracauer, Siegfried 714
 Krahl, Hans-Jürgen 715
 Kricke, Norbert 788
 Krippendorf, Ekkehart 476
 Krockow, Christian Graf von
 417
 Kröger, Horst 99f.
 Krone, Heinrich 253
 Krüger, Horst 175
 Krug, Manfred 740; 743
 Krummacker, Friedrich-Wil-
 helm 580
 Kubel, Alfred 48
 Kuczynski, Jürgen 97f.
 Kühn, Heinz 484
 Künneth, Walter 570
 Kuhn, Karl Georg 157
 Kunst, Hermann 551; 553; 555;
 559
 Kunzelmann, Dieter 713; 769
 Kurella, Alfred 805
 Kuttner, Manfred 790
 Kuznets, Simon 199

 Lahr, Rolf 268f.
 Lang, Fritz 786
 Langhans, Rainer 141
 Iarenz, Karl 151
 Leber, Georg 502
 LeBon, Gustave 466
 Leckebusch, Michael 612; 614;
 616; 622
 Lennon, John 775
 ●Lenz, Siegfried 724
 Leonhardt, Rudolf Walter 119;
 129; 133
 Le Witt, Sol 801
 Ley, Hermann 169
 Lichtenstein, Roy 773
 Lilje, Hanns 567
 Liston, Sonny 775
 Löwenthal, Richard 666; 701
 Lorenz, Konrad 424
 Lowe, Adolph 716
 Loewy, Ernst 119
 Ludwig, Peter 783f.; 800
 Ludz, Peter 573
 Lübke, Hermann 140; 341;
 368f.
 Lübke, Heinrich 64; 100; 119-
 123; 131f.; 140; 175; 187;
 613
 Lueg, Konrad 790
 Lupertz, Markus 769
 Lyck, Henry van 748
 Lyotard, Jean-François 794

 Mack, Heinz 786
 Macunias, George 779; 788

 Maetzig, Kurt 735; 737; 740;
 742
 Mahasaya, Sri Lahiri 775
 Mahler, Horst 703
 Mann, Thomas 130; 132; 137
 Mannheim, Karl 624
 Manzoni, Piero 787f.
 Marcuse, Herbert 147; 707;
 714-716; 767
 Markmann, Heinz 395
 Marschall, Georg C. 202; 322
 Martini, Fritz 119
 Marx, Karl 50f.; 272; 689; 700;
 713; 775
 Marxsen, Willi 570
 Mattheuer, Wolfgang 769
 May, Karl 736
 McCarthy, Joseph 707
 McLuhan, Marshall 773
 Mehnert, Klaus 13f.; 137; 143
 Meinecke, Friedrich 149
 Mende, Erich 566
 Menzel, Eberhard 151
 Merten, Hans 557
 Merz, Mario 801
 Messerschmidt, Felix 594
 Meyer, A. 157
 Meyers, Franz 415
 Mevissen, Annemarie 598
 Michel, Robert 475
 Mikat, Paul 405
 Mills, C. Wright 696; 706
 Mitscherlich, Alexander 37; 97;
 101
 Mitscherlich, Margarete 97; 101
 Mitzenheim, Moritz 579
 Möllemann, Jürgen 423
 Mösel, Albert 434
 Mohler, Armin 103
 Monnet, Jean 248; 261
 Monroe, Marilyn 775
 Morris, Robert 774; 780
 Moser, Hugo 130-133; 137
 Mosse, Georg L. 706; 710
 Müller, Gerd Alfred 761
 Müller-Stahl, Armin 738
 Murville, Couve de 260
 Musil, Robert 138

 Naumow, Wladimir 738
 Neidhardt, Friedhelm 615
 Nestler, Joachim 740
 Neumann, Sigmund 472
 Neuss, Wolfgang 681
 Niemöller, Martin 549-551
 Nixon, Richard 707
 Noelle(-Neumann), Elisabeth
 676; 684
 Noll, Dieter 735
 Nolte, Ernst 724
 Norden, Albert 88; 90; 122;
 174; 429
 Nossack, Hans Erich 723

 Oberländer, Theodor 81; 83;
 140; 167; 175; 429
 Ohnesorg, Benno 105; 118;
 124; 141; 666; 715
 Oldenbourg, Claes 773; 799
 Ollenhauer, Erich 317; 558
 Oncken, Hermann 135
 Onnasch, Reinhard 783
 Ono, Yoko 780
 Osten, Gerd von der 800
 Ostrogorski, Moisei 475

 Paik, Nam June 779; 788
 Palermo, Binky 788
 Panamarenko 788
 Pannenberg 566
 Panton, Verner 762
 Paolozzi, Eduardo 773
 Papst Paul VI. 45; 533
 Papst Pius XII. 530
 Papst Johannes XXIII. 530
 Pahlans, Günter 180f.
 Petri, Franz 136; 139
 Pfahler, Gerhard 126; 156; 159
 Pfeil, Elisabeth 595
 Pfister, Oskar, Robert 713
 Picasso, Pablo 776
 Picht, Georg 38; 362; 369f.;
 376; 392; 403; 406f.; 553f.
 Pieck, Wilhelm 56
 Piene, Otto 786
 Pölnitz, Götz Freiherr von 135
 Polanski, Roman 734
 Polke, Sigmar 790f.; 794
 Pollock, Jackson 778
 Popper, Karl R. 41; 401
 Prem, Heimrad 768
 Presley, Elvis 600; 604
 Priecke, Walther 437-439
 Pulch, Otto 437-439
 Pulver, Robert 468

 Quant, Mary 764
 Quinn, Freddy 688; 736
 Quittnat, Heinz 448-450; 453;
 457f.; 463

 Rabbow, Fritz 463-465
 Rabelh, Bernd 713; 769
 Raiser, Ludwig 551; 553-560;
 564
 Rank, Otto 713
 Rasch, Harold 396
 Rasehorn, Theo 424; 430; 434-
 439
 Rau, Johannes 423; 789
 Rauschenberg, Robert 777f.;
 799
 Ray, Man 785f.
 Reihse, Reinhold 432; 440
 Reich, Marcel 713
 Reich-Ranicki, Marcel 719
 Reichel, Achim 618
 Reinecke, Chris 789
 Reinhard, Fd 774
 Reggen, Konrad 137
 Resnais, Alain 734
 Restany, Pierre 785
 Richter, Gerhard 772; 790-796
 Richter, Hans Werner 119; 129;
 405; 476; 720; 724-730; 733
 Ried, Georg 129
 Riehl, Wilhelm Heinrich 136
 Ritter, Gerhard 335f.; 338f.
 Ritter, Robert 157
 Rössner, Lutz 607
 Romm, Michael 734
 Roncalli, Angelo Guiseppe
 (=Papst Johannes XXIII.)
 530
 Rosenbach, Ulrike 788
 Rosenberg, Alfred 151
 Rosenberg, Arthur 705
 Rosenberg, Ludwig 204
 Roth, Dieter 787f.
 Roth, Joseph 129; 143
 Rothfels, Hans 163